PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

№ 16

MOSKAU KREML. ◆ PETROGRAD SMOLNY

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER, RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE.

Die Zeitschrift wird redigiert von *G. Sinowjew* und erscheint unter nächster Teilnahme von Bucharin, Kamenew, Lenin, Lunatscharski, Pokrowski, Rakowski, Rjasanow, Trotzki (Rußland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Kilbom, Nerman, Ström (Schweden), Friis, Grepp, Tranmael (Norwegen), Ravesteijn, Roland-Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Steinhardt, Strasser, Tomann (Oesterreich), M. Albert, Levi, Pieck, Radek, Thalheimer, K. Zetkin (Deutschland), Mac Laine, Pankhurst, Quelch, Rotstein (England), Cachin, Delinières, Guilbeaux, Loriot, Monatte, Péricat, Sadoul, Souvarine (Frankreich), Balabanoff, Bombacci, Bordiga (Italien), Herzog, Humbert-Droz, Münzenberg, Platten (Schweiz), Alpari, Bela Kun, Rudas, Rudnyanszky (Ungarn), Marchlewsky (Polen), Blagojew, Kabaktschijew, Kolarow (Bulgarien), John Reed, Jim Larkin (Amerika) u. a.

№ 16

ZWEITER JAHRGANG

VERLAG: PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62, TEL. 1-19
REDAKTION: PETROGRAD, SMOLNY, KAB. G. SINOWJEW

Verlag der
Kommunistischen Internationale.

In Kommission:
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf.
Louis Cahnbley, Hamburg 8

Hergestellt bei Konrad Hanf, Hamburg 8

1921

Inhaltsverzeichnis.

Seite

G. Sinowjew: Vor dem Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale 1
Karl Radek: Die Gründung der 2½ Internationale . . . 13
J. Stepanow: Die ausländischen Konzessionen 51
Helene Brion: Eine Aufgabe des französischen Kommunismus 61
Tom Quelch: Die Gegner der sozialen Revolution in England 65
Bela Szánto: Parteiverschmelzungen in Ungarn und in Deutschland 73
Ein britischer Kommunist: Zwei Revolutionen in Irland 78
Franz Koritschoner: Die Arbeiterräte in Deutsch-Oesterreich 88
Chr. Kabaktschieff: Der Balkan am Vorabend der Revolution 96
J. Jansen: Ueber die Entwicklung der Kommunistischen Partei in den Niederlanden 104
J. Herzog: Der Kampf für die Kommunistische Internationale in der Schweiz 115
Ein Delegierter der Liga: Die revolutionäre Bewegung in Süd-Afrika 119
Wl. Wilenski (Sibirjakow): Am Vorabend der Entstehung der Kommunistischen Partei in China 133
Sakai: Ueberblick über die sozialistische Bewegung in Japan bis 1917 144
Sen Katayama: Revolutionäre Strömungen in Japan . . 155
G. Moros: Zur Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland . . 160
J. Nowomirski: P. A. Kropotkin als Theoretiker des Anarchismus 203

Die Pariser Kommune.

Karl Marx: Die Pariser Kommune 231
J. Steklow: Der Grundfehler der Pariser Kommune . . . 243

Seite

J. Stepanow: Die Pariser Kommune und die russische Revolution 262
Der weiße Terror nach dem Sturz der Kommune (Episoden aus der Maiwoche) 273

Der Internationale Rat der Roten Gewerkschaften.

G. H.: Die Industriearbeiter der Welt 330
Bericht über den Verband für gewerkschaftliche Propaganda in Schweden 341
An die Arbeiter Großbritanniens. Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und des Provisorischen Rats der Gewerkschafts-Internationale 345
Beschlüsse des Ersten Gewerkschafts-Kongresses der Balkan-Donauländer 354
An die Gewerkschaften der Lederindustrie: Aufruf des Allrussischen Verbandes der Arbeiter und Angestellten der Gerberei-, Kürschner- und Riemenindustrie 362
An den Generalsekretär des Internationalen Verbandes der Schuhmacher und Lederarbeiter 363
Die industrielle Krise und die gelben Gewerkschaften in England 365
Der Drang nach Moskau 372
Die Gewerkschaftsbewegung in Polen 376

Die internationale Genossenschaftsbewegung.

L. Chintschuk: Die Vereinheitlichung der Genossenschaftsbewegung 384
Richtlinien der internationalen Genossenschaftsbewegung 391

Dokumente der internationalen Kommunistischen Bewegung.

Regeln für die illegale Arbeit. (Herausgegeben vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Amerikas) . 395
Die Arbeitslosigkeit (Aufruf des Zentralvollzugsausschusses der Kommunistischen Partei Amerikas) 403
Zusatzantrag zum Beschluß über den Beitritt zur Kommunistischen Internationale . . 412
Aufruf der Kreisleitung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in Reichenberg . 415

Seite

Resolution der irländischen Bürgerwehr . . . 417

Aufruf des Vorstandes der Finnischen Gewerkschaftsorganisation 419

Gruß und Aufruf an die Arbeiterinnen und Arbeiter der ganzen Welt 421

Gruß an die geliebte Führerin und Mitkämpferin, Genossin Clara Zetkin 424

Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Aus den Protokollen des Exekutivkomitees 425

G. Sinowjew: Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale 440

G. Sinowjew: Dem Bürger Jouhaux (Paris), den Bürgern Fimmen und Oudegeest (Amsterdam) 441

Ein neuer Versuch des internationalen Betrugs. (Ueber die 2½ Internationale) 445

An die Arbeitenden aller Länder, an alle der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Organisationen 448

An den Kongreß der Französischen Sozialistischen Partei in Tours 451

An den Kongreß der Italienischen Sozialistischen Partei in Florenz 452

An die Kommunistische Partei Italiens 454

An die Mitglieder der Sozialistischen Partei Rumäniens, an alle klassenbewußten Arbeiter 455

Schreiben des Exekutivkomitees der Sozialistischen Partei Rumäniens an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale 465

Erklärungen zu den Fragen, die vom Gen. Bucharin in der Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 11. November 1920 gestellt wurden . 472

Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei 479

An den Parteitag der Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs 483

An die Allrussische Konferenz des „Bund" in Minsk 484

Der fünfzigste Jahrestag der Pariser Kommune. — An alle der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien und Organisationen 485

Organisation des Statistisch-Wirtschaftlichen Büros 487

Fragebogen des Büros 491

Seite

Sektionen der Kommunistischen Internationale.

Olaf Scheflo: Die Lage in Norwegen 493
Schreiben der Kommunistischen Partei Amerikas an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale . . . 500
Die Vereinigte Kommunistische Partei Amerikas an die Kommunistische Internationale über die Vereinigung 512
Der Kongreß der finnischen Sozialistischen Organisation Amerikas 532
Die Konferenz der kommunistischen Parteien in England . . . 535
Kongreß der deutschen Linken in Reichenberg 537
Die Lage in der Kommunistischen Internationale. — Bericht des Gen. Sinowjew auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands 550
Ueber die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften. Entwurf eines Beschlusses des X. Kongresses der K. P. R., beantragt von einer Gruppe von Mitgliedern des Zentralkomitees in der Gewerkschaftskommission am Zentralkomitee 577
Ueber die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften. Entwurf eines Beschlusses des X. Kongresses der K. P. R., beantragt von einer Gruppe von Mitgliedern des Zentralkomitees der K. P. R., des Zentralkomitees der K. P. der Ukraine, dem Präsidium des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften u. a. 597
Liste der Organisationen, die sich für die Kommunistische Internationale erklärt haben 619

Die Internationale der Kommunistischen Jugend.

Einberufung des II. Internationalen Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale 661

Internationale Kommunistische Frauenbewegung.

Einleitung zur russischen Ausgabe der Richtlinien zur internationalen Kommunistischen Frauenbewegung 664

Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution.

Zwei Opfer der amerikanischen Bourgeoisie 672
Franz Wippel. — Klassenjustiz in Oesterreich 680
Der Prozeß gegen die Gründer der Finnländischen Sozialistischen Arbeiterpartei 684

Seite

Bücherschau.

Die Presse der Kommunistischen Internationale zum 1. Februar 1921 687
Rezensionen und Notizen 707
Der Krach der II. Internationale 726

Monatsschau der Kommunistischen Internationale.

Januar—Februar 1921 750

Illustrationen:

P. A. Kropotkin auf dem Totenbett. / Zur Pariser Kommune: L. A. Blanqui. / Delescluze. / Ferré. / Flourens. / Louise Michel. / Elisée Reclus. / Dombrowsky. / Sturz der Vendome-Säule. / Die Ermordung der Kommunarden nach der Schlacht am 25. Mai. / Gallifet wählt auf dem Marsche nach Versailles gefangene Kommunarden zum Erschießen aus. / Die Rache der Versailler. / Die Föderiertenmauer auf dem Père la Chaise.

Vor dem III. Kongreß der Kommunist. Internationale.

In der letzten Zeit ist in der Entwicklung einiger Parteien, die zur Kommunistischen Internationale gehören, ein gewisser Wendepunkt zu beobachten. Dieser besteht darin, daß unter den Spitzen einiger Parteien, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, die Tendenz der Schaffung eines rechten Flügels innerhalb der Dritten Internationale zutage tritt. Diese Tendenz wird besonders jetzt, da das Tempo der Entwicklung der internationalen proletarischen Revolution in Anbetracht einer ganzen Reihe von Umständen etwas verlangsamt wird, besonders gefährlich. Die Kommunistische Internationale muß diese Gefahr sehen und sie von Anfang an zu bekämpfen wissen.

Im Zentrum aller Streitigkeiten, die gegenwärtig in einigen der größten Sektionen der Kommunistischen Internationale vor sich gehen, steht zweifellos die italienische Frage.

Was ist eigentlich in Italien vor sich gegangen? Jeder bewußte Anhänger der Kommunistischen Internationale muß sich hierüber klare Rechenschaft abgeben. Die Italienische Sozialistische Partei hat sich als eine der ersten der Kommunistischen Internationale angeschlossen und galt im Laufe langer Zeit als eine der besten revolutionären Parteien. Sowohl die Kommunisten als auch die Zentristen und sogar fast alle Reformisten Italiens erklärten, daß sie auf Seiten der Kommunistischen Internationale stehen. So verhielt es sich bis zum Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale hat bis zum II. Kongreß keine Partei, die sich damals uns anschloß, zu irgend etwas verpflichtet. Die Zugehörigkeit war mehr eine nur symbolische. Eine Partei, die sich mit der Kommunistischen Internationale solidarisch erklärte, übernahm von der Kommunistischen Internationale deren ganze ungeheure moralische Autorität, auferlegte sich aber hierbei fast keinerlei ernste Pflichten. So verhielt es sich auch mit der Italienischen Sozialistischen Partei.

Anders wurde es nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Der II. Kongreß arbeitete die bekannten 21 Bedingungen aus. Der II. Kongreß gab jeder Partei zu verstehen, daß die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale nicht nur Rechte und Popularität verleiht, sondern auch Pflichten auferlegt. Die erste Bedingung des II. Kongresses war die Vertreibung der reformistischen und halbreformistischen Elemente aus allen der Kommunistischen Internationale sich anschließenden Parteien. Und gerade hier, als die Frage akut wurde, stellte sich heraus, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. In der Italienischen Sozialistischen Partei befand sich eine Mehrheit, die durchaus nicht mit „ihren" Reformisten brechen wollte.

Auf Schritt und Tritt wiederholte sich dieselbe Erscheinung. In jedem Lande, in dem sich schwankende „Kommunisten" des Typus Serrati befanden, wendeten sie sich mit folgender Erklärung an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale: „Unsere" Reformisten sind ganz besondere Reformisten, sie gleichen den Kommunisten durchaus und ganz, sie sind fast Kommunisten. In anderen Ländern muß man die Reformisten unbedingt ausschließen, aber in unserem Lande sind die Reformisten ganz gute revolutionäre Kameraden und in unserem Lande muß man sie unbedingt in der Partei belassen.

Schon auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale gab Genosse Serrati, der als Vertreter der

Mehrheit der Italienischen Sozialistischen Partei auftrat, eine ganze Reihe zweideutiger Erklärungen ab, die uns alle zu den traurigsten Betrachtungen Veranlassung gaben. Nach dem Kongreß aber benahm sich Genosse Serrati so, daß er alle schlimmsten Vermutungen, die über ihn geäußert worden waren, bestätigte. Er stellte sich als der feurigste Verteidiger „seiner" Reformisten heraus, er machte nicht vor dem Bruch mit der Kommunistischen Internationale Halt, um nur ja in den Reihen seiner Partei die rühmlich bekannten Reformisten zu schützen.

Bei einer solchen Lage der Dinge war das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale unvermeidlich in einen schroffen Konflikt mit dem Genossen Serrati und seinen Anhängern geraten. Im Verlaufe dieses Konfliktes mußten wir dem Genossen Serrati viele bittere Wahrheiten ins Gesicht sagen. Indem wir jetzt auf den verflossenen Kampf zurückblicken, können wir leider keines der gegen den Genossen Serrati ausgesprochenen Worte zurücknehmen. In der Tat, was war es, was der Genosse Serrati getan hat? Im Namen der „Einheit" hatte er es vorgezogen, sich von 60 000 der besten italienischen Proletarierkommunisten abzuspalten und wollte 11 000 rühmlich bekannte Opportunisten nicht opfern. Wieviel tönende Worte über den Nutzen der Einheit der Genosse Serrati auch vorbringen und wie sehr er auch seine Unschuld beweisen möge, so steht doch jedem bewußten Arbeiter, der Anhänger der Kommunistischen Internationale ist, die klare und unwiderlegliche Tatsache vor Augen: auf dem Kongreß in Livorno hatte Serrati 97 000 Stimmen, die Kommunisten 60 000 Stimmen und die Opportunisten 11 000 Stimmen, und Serrati hatte sich mit den Opportunisten g e g e n die Kommunisten vereinigt. Daß man solche Tatsachen weder durch Zufall noch durch Hitzigkeit oder einzelne Fehler erklären kann, darüber wird bei keinem vernünftigen Revolutionär ein Zweifel bestehen. Wenn Serrati sich mit den Reformisten gegen die Kommunisten vereinigt hat, so tat er

es nur aus dem einfachen Grunde, weil er zu den ersteren eine Neigung, eine Art krankhafte Neigung empfindet und weil er sich den Reformisten verwandter fühlt und mehr Sympathie für sie empfindet, als für die Kommunisten. Vor dieser sehr ernsten Tatsache treten alle kläglichen Redensarten über vermeintliche Fehler, die die italienischen Kommunisten oder das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gemacht haben sollen, zurück, von welch' letzterem es heißt, daß es den armen Serrati zu den Opportunisten „verstoßen" habe. In der Tat ist Serrati deshalb zu den Reformisten verstoßen worden, weil er zu ihnen verstoßen sein wollte. Er verband sich mit Turati gegen die italienischen Kommunisten nur aus dem einen Grunde, weil er dieses Bündnis wollte und es anstrebte. Wer dies nicht einsieht, ist ein politisches Kind.

In dem Augenblick, als der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale seine Sitzungen abhielt, wurde die objektive Lage Italiens immer revolutionärer. Die Krisis spitzte sich zu, der Kampf der italienischen Arbeiter entbrannte immer stärker. Auf einer ganzen Reihe von Beratungen mit den italienischen Delegierten wiesen wir Serrati und seine Gesinnungsgenossen darauf hin, daß die Partei sich zu entscheidenden Kämpfen vorbereiten müsse, daß sie sich den Augenblick nicht entgehen lassen und der italienischen Bourgeoisie nicht die Möglichkeit geben dürfe, sich zu kräftigen. Bald nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale entbrannte der Kampf der italienischen Arbeiter noch heftiger. Es begann die bekannte Bewegung der italienischen Arbeiter, die sich auf revolutionärem Wege der Fabriken und Werke bemächtigten und an die Bildung bewaffneter rotgardistischer Arbeiterabteilungen herantraten. Diese herrliche Bewegung hätte sich weiter entwickeln können, wenn dem die Passivität der Partei und die Verräterei der italienischen Reformisten nicht im Wege gestanden hätten. Der Führer der italienischen Bourgeoisie, Giolitti, eng verbündet mit dem italienischen Opportunisten-

führer D'Aragona (einem Freunde des Genossen Serrati!) haben dieser prächtigen Arbeiterbewegung das Genick gebrochen. Die italienischen Reformisten haben an den italienischen Proletariern den schändlichsten Verrat verübt. Und Serrati selbst wußte nichts Besseres zu tun, als D'Aragona zu rechtfertigen und die Sache so darzustellen, als wäre die genannte Bewegung der italienischen revolutionären Proletarier nichts weiter als eine eng-gewerkschaftliche Zunftbewegung, die mit dem Anfang eines unmittelbaren revolutionären Kampfes nichts gemein habe.

Stufe für Stufe! Wer A gesagt hat, muß auch B sagen. Wer sich nicht von den Reformisten trennen will, der muß sie auch dann verteidigen, wenn sie gemeinsten Verrat an der Arbeiterklasse verüben. Wer es zu keinem Bruch mit Turati und D'Aragona kommen lassen will, der muß stillschweigend die reformistischen Pillen schlucken, die ihm von diesen Herrschaften gereicht werden. In einer solchen Situation befand sich der Genosse Serrati.

Daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in der Beurteilung der allgemeinen Lage in Italien recht hatte, ist jetzt mehr als klar. Für jeden Revolutionär, der die Entwicklung der Ereignisse in Italien aufmerksam beobachtet, ist es jetzt klar, daß dank den Schwankungen der Partei in Italien der rechte Augenblick verpaßt worden ist. Die italienische Bourgeoisie hat mit außerordentlicher Geschicklichkeit das Schwanken der Serratiner ausgenutzt, um ihre Position zu festigen. Die italienische Bourgeoisie hat sich vom Kopf bis zu den Füßen bewaffnet. Die italienische Bourgeoisie hat die weißgardistische Bewegung der Fascisten aufgezogen und aufgepäppelt, die jetzt die Initiative in die Hand genommen hat. Die bourgeoise Reaktion wächst in Italien von Tag zu Tag und von Stunde zu Stunde. Die italienischen Reformisten haben der bourgeoisen Reaktion Tür und Tor geöffnet. Dank dem Schwanken des charakterlosen „Zentrums" in Italien wird der Kampf der italienischen Arbeiter viel schwerer werden, als er hätte

sein können, er wird mehr Opfer erfordern, sein Weg wird ein härterer und längerer sein. Die Schuld fällt jenen zu, die, wie Serrati, Augen haben, um nicht zu sehen, und Ohren, um nicht zu hören.

Italien ist das Land, das der Revolution am nächsten steht. Bei einer solchen Sachlage erscheinen alle Parteien Italiens unvermeidlich als weiter links stehend, als sie es in der Tat sind. So war es seinerzeit auch in Rußland. Der herannahende rote Feuerschein der revolutionären Feuersbrunst wirft seinen Widerschein auf alle italienischen Parteien. Die gelbe Farbe erscheint blaßrosa, die blaßrosa Farbe als rot: die italienischen Reformisten erscheinen nach dem, was sie sagen, als Revolutionäre, die italienischen Zentristen fast als Kommunisten. Auf diese optische Täuschung fielen wir alle eine Zeitlang herein. Vielen schien es und manchen erscheint es noch jetzt, daß die italienischen Serratianer tatsächlich Kommunisten sind. Jedoch ist es nicht so. Unter den Arbeitern, die Serrati nachfolgen, befindet sich natürlich eine große Zahl solcher, die morgen auf unserer Seite stehen werden. In der Tat aber bringen die Führer, mit Serrati an der Spitze, die zentristische Richtung zum Ausdruck, nur daß diese eine stark italienische Färbung hat. Es sind dies Zentristen mit einem stärkeren Temperament, mit größerer Sorglosigkeit in theoretischer Hinsicht, weniger folgerichtig, mehr befähigt in unserer Richtung zu schwanken, aber es sind dennoch Zentristen. Wir werden selbst sehr froh sein, wenn wir uns in dieser unserer Diagnose geirrt haben, wir werden sehr froh sein, wenn die nächsten Ereignisse diese unsere Ansicht widerlegen und uns beweisen werden, daß Serrati und seine nächsten Gesinnungsgenossen lediglich durch ein Mißverständnis das Bündnis mit den Reformisten geschlossen haben. Wir werden glücklich sein, wenn Serrati und seine nächsten Gesinnungsgenossen sich auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Lager der Kommunisten befinden werden. Aber der Gang der Ereig-

nisse hat uns bis jetzt leider sehr wenig Hoffnung hierfür gegeben. Und so war das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale verpflichtet, zu erklären, daß die Gruppe Serrati einen Platz außerhalb der Kommunistischen Internationale eingenommen hat, und daß es als einzige Sektion der Kommunistischen Internationale die junge Italienische Kommunistische Partei anerkennt.

In der Person Serratis und seiner nächsten Gesinnungsgenossen bekämpfen wir im Grunde genommen die „letzten Mohikaner" eines modernisierten und „revolutionisierten", nach italienischer Art geschminkten und frisierten Kautskyanertums. In der Person Serratis und seiner nächsten Gesinnungsgenossen bekämpfen wir im Grunde genommen eine italienische „revolutionäre" Varietät der 2½-Internationale. Den jetzigen Ansichten Serratis nachgeben hieße der 2½-Internationale nachgeben und dadurch der Zweiten Internationale einen Fingerreichen. Das war es ja, was einige unserer Anhänger, wie z. B. die in Deutschland, nicht begriffen haben.

In der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands ist, wie bekannt, eine gewisse Krisis eintreten. Ob diese Krisis nur die Parteispitzen oder auch die breiten Massen der Parteimitglieder betroffen hat, ist vorläufig schwer zu sagen.*) Wir wollen hoffen, daß nur die Spitzen von der Krankheit betroffen sind. Den äußeren Anlaß zum Auftreten der Unzufriedenheit mit der Politik des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gaben in Deutschland die italienischen Angelegenheiten. Ein Teil unserer Anhänger in Deutschland war dadurch entmutigt, daß auf dem Kongreß in Livorno die Anhänger der Kommunistischen Internationale sich in der Minderheit befanden. Das Abrücken des Genossen Serrati von der Kommunistischen Internationale erklärten diese deutschen Genossen mit der hartnäckigen Unversöhnlichkeit des Exeku-

*) Nach den letzten Nachrichten ist das erstere richtig.

tivkomitees der Kommunistischen Internationale, ohne zu verstehen, daß ein Verzicht auf die Forderung, die Reformisten aus der italienischen Partei auszuschließen, einer vollen ideellen Kapitulation der Dritten Internationale gleichkäme. P. Levi begann von „mechanischen" Spaltungen zu reden, die angeblich das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vollzieht. Levi begann die menschewistischen Beschuldigungen gegen die Kommunistische Internationale zu wiederholen.

Es gibt auch unter den Kommunisten Leute, die stets gern der Mehrheit angehören und die nicht begreifen, daß die Interessen der proletarischen Revolution manchmal gebieterisch verlangen, daß die Minderheit der Mehrheit direkt und unerschütterlich erklärt: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders." Eine solche Situation hatte sich für unsere Freunde, die italienischen Kommunisten, ergeben.

In Deutschland trat als Verteidiger Serratis ein Mitglied des Zentralkomitees der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, der Genosse Levi, auf. Auf Grund aller Dokumente und Berichte, über die wir verfügen, kommen wir, die Mitglieder des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, alle einstimmig zu dem Schlusse, daß der Genosse Levi sowohl bis zu dem Kongreß in Livorno, als auch auf dem Kongreß in Livorno selbst und auch nach demselben den Genossen Serrati systematisch gegen die italienischen Kommunisten und also auch gegen das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale unterstützt hat. Nach unserer Ueberzeugung sind die italienischen Angelegenheiten für den Genossen Levi nur ein Vorwand. In der Tat aber ist jene Opposition, die er dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gegenüber an den Tag legt, durch seine Unzufriedenheit mit unserer allgemeinen Politik und unserer Bewertung der deutschen Angelegenheiten hervorgerufen. Genosse Levi ist bemüht, einen rechten Flügel innerhalb der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands zu

bilden. Es ist darum ganz natürlich, daß er den Versuch macht, dasselbe auf der internationalen Arena und im besonderen in Italien zu tun. Schwache Versuche, einen rechten Flügel in der Kommunistischen Internationale zu organisieren, machte Genosse Levi bereits am Vorabend des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale und auf diesem Kongresse selbst. Diese Versuche waren damals nicht von Erfolg gekrönt und werden, wie wir hoffen, auch jetzt nicht von Erfolg gekrönt sein.*)

Aller Anfang ist schwer. Es war schwer, den ersten großen politischen Fehler zu begehen. Und jetzt, nachdem es P. Levi gelungen ist, auf dieser falschen Plattform eine ganze Gruppe zu bilden, wird diese Gruppe unvermeidlich bemüht sein, sich in jeder Frage dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gegenüberzustellen.

Eine ähnliche Erscheinung läßt sich in der Tschecho-Slowakei beobachten. Hier macht Genosse Smeral anscheinend einen Rückfall in opportunistische Stimmungen durch und ist ebenso bemüht, eine Art rechten Flügels der Kommunisten zu bilden. Wie die Resultate der Bemühungen des Genossen Smeral ausfallen werden, wissen wir noch nicht. Wir schreiben diese Zeilen am Vorabend des tschecho-slowakischen Kongresses. Aber womit auch

*) Gemeinsam mit dem Genossen Levi schied aus dem Bestande des Zentralkomitees der Vereinigten Kommunistischen Partei auch die Genossin Clara Zetkin aus. Wir sind fest überzeugt, daß ihr Austritt sich in der Tat durch ein Mißverständnis erklären läßt. Bei jeder neuen politischen Umgruppierung sind anfangs zufällige Austritte und Anschlüsse nach dieser oder jener Richtung unvermeidlich. Wir hoffen, daß auch der Austritt der Genossin eine solche Episode ist. Aus zahlreichen Gesprächen mit ihr während ihres Aufenthaltes in Rußland, aus der Art, wie vorzüglich sie die Kommunistische Internationale auf dem französischen Kongreß in Tours vertrat, aus ihrer ganzen voraufgegangenen Arbeit kommen wir zu dem Schlusse, daß sie auf jeden Fall keine Organisatorin eines rechten Flügels des Kommunismus sein kann. Sobald die Lage sich klären wird, davon sind wir fest überzeugt, wird Genossin Zetkin aufhören, mit ihrer Autorität eine Gruppe zu decken, die vom Genossen Levi geleitet wird. Wir wollen hoffen, daß sich dies ebenso mit dem Genossen Däumig und den anderen Genossen verhält, die gemeinsam mit Levi aus den Reihen des Zentralkomitees der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands ausgetreten sind.

der Kongreß enden möge, das eine steht außerhalb allen Zweifels, daß sich innerhalb der Reihen der tschecho-slowakischen Bewegung ein rechter Flügel organisieren wird.

Dies alles zusammengenommen, veranlaßt uns, nach Möglichkeit den III. Kongreß der Kommunistischen Internationale zu beschleunigen. Die Kommunistische Internationale ist eine Organisation, die sich am allerwenigsten mit Unklarheit und Verschwommenheit versöhnen kann. Die Kommunistische Internationale muß vollständige Klarheit über jede Partei schaffen, die schon der Kommunistischen Internationale angehört oder ihr anzugehören wünscht.

Wir wollen eine Internationale der Aktion, eine internationale Organisation haben, die aus einem Stücke gegossen ist, eine einige weltumfassende Kommunistische Partei mit einzelnen Verzweigungen in den verschiedenen Ländern. Wir dürfen unter keinen Umständen eine hohe Quantität zum Schaden der Qualität anstreben. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale muß unter solchen Umständen arbeiten, daß eine feste internationale proletarische Disziplin garantiert sei. Wenn diese oder jene große Partei mit diesem oder jenem wichtigen Entschluß der Kommunistischen Internationale unzufrieden ist, so ist es ihr verbürgtes Recht, an den Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zu appellieren. Und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale beschleunigt absichtlich den Weltkongreß, um allen, die mit dieser oder jener unserer Verfügungen unzufrieden sind, die Möglichkeit zu geben, an diesen Kongreß zu appellieren. Nur auf diese Weise wird die Organisation der Kommunistischen Internationale immer fester und einheitlicher werden, nur so werden alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören, ihre Rechte verteidigen und ihre Pflichten erfüllen lernen.

Wir ziehen jetzt die Bilanz einer ganzen Entwicklungsphase der Kommunistischen Internationale. Im Laufe der sieben Monate, die seit dem II. Kongreß der Kommunisti-

schen Internationale vergangen sind, hat eine ganze Reihe von Parteien eine sehr umfangreiche Diskussion anläßlich der Thesen des II. Kongresses durchgemacht. Wir haben in dieser Zeit eine Reihe glänzender Siege über die reformistischen und halbreformistischen Elemente davongetragen. Wir haben in einem Lande wie Frankreich einen ungeheuren Erfolg gehabt. Wir wissen, daß auch dort bestimmte Rückfälle und Schwankungen unvermeidlich sind, aber im Grundlegenden, im Groben ist die Arbeit der säuberlichen Scheidung in Frankreich vollendet. Wir sehen besonders aus den trefflichen Artikeln des Genossen Varin und der anderen Mitarbeiter des „Bulletin Communiste", daß es in Frankreich eine führende kommunistische Gruppe gibt, mit der wir uns in vollständiger Einmütigkeit und absoluter Solidarität in allen wichtigsten Fragen der französischen und internationalen Arbeiterbewegung befinden. Wir sehen auch, daß solche Männer, wie Genosse Cachin, jene Fahne, unter die sie sich gestellt haben, ehrlich und tapfer zu verteidigen wissen. Wir zweifeln auch keinen Augenblick daran, daß die französische Partei bald eine kommunistische Partei im eigentlichen Sinne des Wortes werden wird, und daß ihr eine große Zukunft bevorsteht.

Die Kommunistische Internationale hat im Laufe dieser sieben Monate auch sehr ernsthafte Erfolge im Kampfe gegen die Gelbe Amsterdamer Internationale der Gewerkschaften gehabt. Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich brodelt innerhalb der Gewerkschaften der Kampf zwischen „Moskau" und „Amsterdam". Die vom II. Kongreß der Kommunistischen Internationale in der Gewerkschaftsfrage eingeschlagene Taktik hat zweifellos ihre Rechtfertigung gefunden. Die nach dem III. Kongreß bevorstehende internationale Konferenz der Roten Gewerkschaften in Moskau wird das Fazit dieses unseres Kampfes ziehen. Die internationale Konferenz der Roten Gewerkschaften und der III. Weltkongreß der Kommunistischen

Internationale werden in einem kurzen Zeitabstand aufeinander folgen. Die Arbeit dieser zwei Kongresse muß durch innere Einheitlichkeit verknüpft sein. Sie werden sich gegenseitig ergänzen.

Aber neben unseren Erfolgen müssen wir auch die Gefahren sehen, die uns bedrohen.

Wir werden genügend ideelle Unversöhnlichkeit in bezug auf die „linken" Wirrköpfe anarchistischen Schlages an den Tag legen, die bestrebt sind, die internationale Arbeiterbewegung vom rechten Wege abzubringen. Der III. Weltkongreß wird die Frage dieser „Linken" auf die Spitze treiben. Aber wir werden wenigstens ebenso unversöhnlich in bezug auf jene sein, die innerhalb der Kommunistischen Internationale einen rechten Flügel zu schaffen bemüht sind. In der gegenwärtigen Uebergangsperiode muß das Steuer der Kommunistischen Parteien besonders in allen jenen Ländern fest in der Hand gehalten werden, in denen sich Tendenzen im Geiste Serratis und Levis zeigen. Der bevorstehende III. Weltkongreß wird nach unserer Ueberzeugung die Schwankenden stützen, die Irrenden auf den rechten Weg bringen, die Zurückbleibenden antreiben und, indem er alles, was es an Revolutionärem und Kommunistischem in der ganzen internationalen Arbeiterbewegung gibt, vereinigt, eine noch festere internationale Kampforganisation des Proletariats der ganzen Welt schaffen.

G. Sinowjew.

Die Gründung der 2½ Internationale.

1. Am Scheidewege zweier Epochen.

Der Zusammenbruch der zweiten Internationale am 4. August 1914 war der Ausdruck der Tatsache, daß die Zweite Internationale schon vor dem Kriege historisch unterhöhlt und überholt war. Die Tatsache, daß im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege trotz der wachsenden Verschärfung der Klassengegensätze in den einzelnen sozialistischen Parteien die Opportunisten mit jedem Tag an Einfluß gewannen, die Tatsache, daß die Internationale unfähig war, gegen die Kriegsgefahr tatkräftig anzukämpfen, alles dies bewies, daß sie nur auf den äußeren Anlaß zum Zusammenbruch wartete. Trotzdem war der Glaube an die Möglichkeit ihrer Reform, sogar bei den revolutionären Elementen so groß, daß die Feststellung ihres Todes durch das Manifest des Zentral-Komitees der Russischen Bolschewiki im November 1914 wie eine voreilige Grabrede am Bette eines kranken, aber noch erholungsfähigen Mannes wirkte. Alle Versuche der Bolschewiki, der polnischen und holländischen Marxisten, der deutschen Linksradikalen schon in Zimmerwald, wenigstens die Erkenntnis der Notwendigkeit der Gründung einer neuen wirklich revolutionären Internationale zu verbreiten, waren vergebens. Bis zu Ende des Krieges bildeten die Elemente, die sich die Gründung einer revolutionären Internationale zum Ziel setzten, eine geringe Minderheit. Sogar als es sich zeigte, daß die Zweite Internationale nach drei Jahren des Krieges unfähig war, sich

aufzuraffen zum Kampfe um den Frieden, sogar auf der Stockholmer Konferenz der Zimmerwalder Vereinigung, hielten noch einflußreiche Teile der „Internationalisten" es für möglich, an der Stockholmer Konferenz der Sozialpatrioten teilzunehmen. Ja, noch nach dem Siege der russischen Oktober-Revolution, ja, anderthalb Jahre nach ihr, nach dem Siege der deutschen November-Revolution, hielten sogar so revolutionäre Vorkämpfer der Kommunistischen Internationale wie Rosa Luxemburg und Leo Jogiches die formelle Gründung der Kommunistischen Internationale für verfrüht. Und wenn man heute das eben erschienene Protokoll des ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale, der im März zusammentrat, liest, sieht man, wie langsam sich die Massen zum revolutionären Kampfe sammelten, ohne den keine Kommunistische Internationale möglich ist.

Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale war, viel größer, als der größte Pessimist annehmen könnte. Er bestand nicht nur im Verrat der Führer, er bestand darin, daß vor dem Kriege die Internationale sich in erster Linie auf die qualifizierten — gelernten — Arbeiter stützte, auf die Arbeiter-Aristokratie, die sich „trotz" aller sozialistischen Phrasen verhältnismäßig wohnlich im kapitalistischen Staate fühlte, was den Boden bildete für alle demokratischen und pazifistischen Illusionen, mit denen sie die sozialdemokratische Bürokratie zu erfüllen verstand. Der Krieg brachte trotz der großen Opfer, die er von den Massen forderte, keine sofortige Aenderung in der Massenstimmung. Die Arbeiter, die in der Front kämpften, ließen sich von den sozialdemokratischen Parteien immer wieder mit der Hoffnung ködern, daß sie eben durch ihre Opfer und Leiden sich eine bessere Zukunft erkauften. Die Arbeiter im Hinterlande wurden korrumpiert durch die hohen Löhne und die Vergünstigungen, die sie für ihre schwere Arbeit in den kriegswichtigen Industrien genossen. Die Opposition fand in

Westeuropa Eingang zuerst in die Massen der Arbeiterfrauen und der proletarischen Jugend und inwieweit sie auch auf die breiteren Arbeitermassen übergriff, so ging sie nicht über platonische pazifistische Proteste gegen den Krieg und über das Streben hinaus, durch Druck auf die Regierungen diese zu veranlassen, einen gerechten Frieden zu schließen. Nur in zwei Ländern hat die Opposition gegen den Krieg breite Massen zum Kampfe mobilisiert: in Rußland und Italien. Dies war der Fall nicht nur, weil in diesen Ländern der imperialistische Charakter des Krieges besonders offen und kraß zutage trat, nicht nur, weil die Bourgeoisie und ihr staatlicher Apparat in diesen Ländern besonders schwach und verfault war, sondern auch in erster Linie darum, weil in diesen beiden Ländern die Schicht der Arbeiteraristokratie schwach und unentwickelt war.

Dank dieser Verfassung der internationalen Arbeiterklasse endete der Krieg nicht durch einen Aufstand des Proletariats, sondern durch einen Sieg eines der beiden imperialistischen Lager. Und in dem besiegten Lager war die Niederlage kein Resultat des offenen Aufstandes der Arbeiter im Waffenrock, sondern ihres passiven Versagens, ihres physischen Zusammenbruches unter der Last der Entbehrungen, des Blutverlustes und der feindlichen Uebermacht. Daraus ergab sich, daß die Arbeitermassen in den siegreichen Ländern nach Hause zurückkehrten, zum Teil patriotisch besoffen, zum Teil in der Ueberzeugung, daß die Bourgeoisie sich erkenntlich zeigen werde für ihre Mühe und ihre Leiden, daß die Epoche der Demokratie und des Friedens anbrechen werden. Nicht die proletarische Revolution, sondern der Wilsonismus war die Losung der Arbeitermassen in den siegreichen Ländern. In den besiegten Ländern aber überwog alle anderen Gefühle das Bedürfnis des Friedens, das Bedürfnis der Ruhe: ein Stück Speck stand höher als alle Träume von der Erlösung der Menschheit. Alle die Gefahren, die ihr drohten, existierten

für diese Masse nicht. Im Dezember 1918 fluteten in den Großstädten Deutschlands die Arbeitermassen freudig erregt in den Straßen, sie erfreuten sich an jedem, noch so armseligen Genußmittel, dessen sie jetzt habhaft werden konnten, und sie dachten keinen Augenblick daran, was der kommende Friede bedeutet. In allen Ländern konnte die Bourgeoisie ohne Schwierigkeiten die Demobilisierung der Heere durchführen. Und da nach dem Kriege angesichts des ungeheuren Warenmangels die Produktion überall neuen Aufschwung nahm, die Käufer jeden Preis, die Bourgeois jeden Lohn zahlten, vergingen Monate, bis die sozialen Konflikte sich zu verschärfen begannen. Zur Fahne, die die Kommunistische Internationale entfaltete, blickten im Frühjahr 1919 nur kleine Gruppen der Arbeiter in Westeuropa auf. Nicht nur die Unabhängige Arbeiter-Partei Englands, nicht nur die französischen Longuetisten, die in ihrer Partei eben die Mehrheit gewonnen hatten, sondern auch die deutschen Unabhängigen konnten ruhig nach Bern gehen, um dort mit den Scheidemännern, den Renaudels und Hendersons über die Erneuerung der Zweiten Internationale zu verhandeln.

Zwei Faktoren waren es, die eine Aenderung der Situation herbeiführten. In allen Ländern erholte sich die Bourgeoisie schnell von dem Schreck, den ihr die Oktober-Revolution eingejagt hatte, von der Angst, daß bei der Demobilisierung die Arbeiter ihr ihre Rechnung vorlegen würden. Die Bourgeoisie macht dem Proletariat Zugeständnisse, nur wenn sie muß. Und sie glaubt zu müssen, nur wenn sie die Faust des Proletariats an der Kehle fühlt. Da das Proletariat ihr nicht an die Kehle sprang, suchte sie es allmählich zurückzudrängen, und jedenfalls dachte sie nicht daran, ihm soziale Zugeständnisse zu machen. In Deutschland begann sie mit Hilfe der Sozialdemokratie ihre Machtmittel von neuem zu restaurieren, die Arbeiter- und Soldatenräte jeder staatlichen Funktion zu entkleiden. In England wollte sie von der Nationalisierung der Berg-

werke nichts hören. In Frankreich sammelte sie alle reaktionären Elemente unter der Losung des Kampfes gegen den Bolschewismus. Gleichzeitig mit dieser Verschärfung der Lage in allen einzelnen Ländern zeigte sich den von wilsonistischen Illusionen vollgepfropften Massen die vollkommene Unfähigkeit der Bourgeoisie, einen irgendwie dauernden, wenn auch kapitalistischen Frieden zu erreichen. Der Versailler Friede bewies diesen Massen, was sie der kommunistischen Propaganda nicht glaubten, daß es nicht nur keinen gerechten, sondern überhaupt keinen Frieden geben kann, ohne daß die Bourgeoisie von dem Staatsruder entfernt wird. Statt Frieden zu stiften, ruinierte das Ententekapital Mitteleuropa durch die Marterklausel der Versailler Verträge und sie begann offen Osteuropa durch die Intervention gegen Sowjetrußland zu zerstören. Dadurch brachte sie die vorübergehende wirtschaftliche Prosperitätsperiode, die auf den Waffenstillstand gefolgt war, zum schnellen Ende. Und während es immer klarer wurde, daß die Weltwirtschaft sich nicht erholen kann, wenn die Hälfte der Welt dazu verurteilt wird, in Ruinen verwandelt zu werden, trat immer krasser vor die Arbeitermassen die Frage: Wer soll denn die Kosten des Krieges tragen? Dank diesen inneren und äußeren Umständen, dank dem immer offenkundiger werdenden Zerfall der kapitalistischen Welt, ihrer Unfähigkeit, auch nur die kapitalistische Ordnung wiederherzustellen, radikalisieren sich die Arbeitermassen zusehends. Sogar in den siegreichen Ländern, sogar in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, ging über das Land eine Welle der Streiks, die von den Gewerkschaften entgegen dem Willen der Gompers organisiert wurden oder ohne jede Organisation durchgefochten wurden. In England tauchten in der Gewerkschaftsbewegung revolutionäre Tendenzen auf. Die Arbeiterschaft begnügte sich nicht mehr mit der Forderung der Lohnerhöhung, sondern forderte die Nationalisierung der Eisenbahnen

und Gruben. Die Arbeitermassen in Frankreich sprachen immer offener nicht nur ihre Sympathien für Sowjetrußland aus, sondern sie begannen immer offenkundiger Stellung gegen die bürgerliche Demokratie zu nehmen. Je mehr sich die Arbeitermassen in den Ländern der bürgerlichen Demokratie radikalisierten, desto mehr mußten sie auch gedanklich über sie hinausgehen. In Deutschland wirtschafteten die demokratischen Illusionen immer schneller ab. In Italien folgte ein Streik auf den andern, ein bewaffneter Zusammenstoß mit der Staatsgewalt auf den andern.

In dieser Situation konnten die proletarischen Parteien, die sich nicht offen auf den Boden der Koalition mit dem Bürgertum stellten, die mobile Teile der Arbeiterklasse vertraten, auf ihrem rein negativem Standpunkt der Kommunistischen Internationale gegenüber nicht verharren. Um die Massen zu behalten, mußten sie ihrer neuen Ideologie, ihrer neuen Aktionslust Zugeständnisse machen. Schon vor dem Kriege gab es zwischen dem radikalen Flügel der Arbeiterbewegung und ihrem opportunistischen Flügel eine Mittelrichtung, die an der radikalen Theorie des Marxismus festhielt, aber sich weigerte, die praktischen Schlüsse aus ihr zu ziehen. Die Drei-Teilung der Arbeiterbewegung kam am klarsten in Deutschland zum Ausdruck, das neben Rußland schon vor dem Kriege die Vorgefechte der Kommunistischen Internationale durchmachte: Im Kampfe zwischen dem Kautskyanismus und der linksradikalen Bewegung in den Fragen des Massenstreiks und des Imperialismus. Wenn auch in anderen Ländern die Drei-Teilung in die offenen Reformisten, die wirklich radikalen Marxisten und die Schein-Radikalen, das Zentrum, theoretisch nicht so klar zum Ausdruck kam, so waren doch in allen Ländern Elemente vorhanden, die an den radikalen Losungen und Theorien festhielten, ohne sie praktisch anwenden zu wollen. Diese Elemente, die in dem Kriege entweder offen auf die Seite

des Reformismus umschwenkten, oder nur passiv gegen die sozialpatriotische Politik protestierten, diese Elemente blieben sich auch jetzt getreu. Sie konnten nicht die Träger der radikalen Arbeiterbewegung werden, aber sie konnten auch nicht offen wie die Reformisten ihr entgegentreten. Ihre Politik mußte darauf gerichtet sein, die Massen an sich zu ketten durch die mehr oder weniger klare Annahme ihrer neuen revolutionären Denkformen, um diese Massen von der revolutionären Tat zurückzuhalten. Auf wen stützten sich diese Elemente und was waren die Gründe ihrer Politik? Die Reformisten stützten sich auf zwei Elemente: auf die Arbeiteraristokratie der großen Zentren, die nicht revolutionär kämpfen wollte, weil sie glaubte, auch ohne revolutionären Kampf auszukommen, und auf die zerstreute kleinbürgerliche Arbeiterschaft, die noch nicht wagte, in dem patriarchalischen Milieu der Provinz die Fahne der Rebellion zu hissen. Die Zentrumsleute stützten sich vor dem Kriege auf dasselbe Element, wie die Reformisten. In den Ländern mit alten sozialistischen Traditionen, wie in Deutschland und Frankreich, gab es jedoch genug gutsituierte Arbeiter, die gewöhnt waren an die sozialistischen Gedankengänge, und die der sozialistischen Ideologie bedurften wie der guten Sonntagszigarre. Seitdem im Kriege und nach dem Kriege auch die Arbeiteraristokratie immer mehr in ihrer Lage bedroht wurde, was die Radikalisierung auch großer Teile der bisherigen Arbeiteraristokratie herbeiführte, erhielt das Zentrum eine neue soziale Basis. Es ist die bisherige, immer mehr in ihrer Sicherheit erschütterte Arbeiteraristokratie, die anfängt, kämpfen zu wollen, aber die natürlich vor jedem Schritt, den sie vorwärts machen soll, sich umschaut, mit Angst an die Möglichkeiten und die Konsequenzen des Kampfes denkt, in entscheidenden Momenten vor ihnen zurückzuweichen sucht. Der jetzige deutsche Kommunist Richard Müller, ein ehrlicher

klassenbewußter Arbeiter, hat in seiner allmählichen Entwicklung zum Kommunismus als Vorsitzender des Berliner Arbeiterrates im Jahre 1918, wo er schon in Opposition zu der Leitung des deutschen Zentrums, zu der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie stand, eine Rede gehalten, in der besser als in irgend einem andern Dokument dieser zaudernde Uebergang der qualifizierten Arbeiter zur revolutionären Aktion zum Ausdruck gelangt. Richard Müller stand, als er seine Rede hielt, theoretisch schon auf dem Boden der proletarischen Diktatur. Und trotzdem rief er angsterfüllt in einem der Entscheidungsmomente der Aktion: Wenn das so weitergeht, so gerät Deutschland in immer größeres Elend, in ein Elend, das wir nicht verantworten und das wir nicht durchhalten können. Und er klammerte sich an die Idee irgend eines positiven Aufbaues. Wie in einem für den Historiker bestimmten Bilde trat hier die beklemmende Angst sogar eines Kämpfers vor den Notwendigkeiten und Unausweichlichkeiten des Kampfes zutage. Er schauderte für den Augenblick zurück, und wenn zu seiner Ehre gesagt werden kann, daß er die beklemmende Angst zu überwinden wußte, und in die kommunistischen Kampfesreihen eintrat, so machen Millionen von Proletariern diese Entwicklung nur langsam und etappenweise durch. Und dieser langsame Prozeß des Ueberganges der früheren Arbeiteraristokratie auf den Boden des Kampfes, bildet die materielle Grundlage der Zentrumspolitik. Die Führer dieser Mittelschicht der Arbeiterklasse sind ganz gewiß keine bewußten Konterrevolutionäre. Aber entweder sind es Intellektuelle, die in ihrer Ueberhebung der studierten Leute den Glauben an die schöpferische Tat der Arbeitermassen nicht aufbringen können, oder es sind Bürokraten aus der Arbeiteraristokratie, die sich vollgesogen haben mit bürgerlichem Aberglauben, mit reformistischen Illusionen und diese nicht loswerden können,

selbst wenn sie formell die Idee der Diktatur des Proletariats und der Revolution akzeptieren. Ihre Politik besteht darin, daß sie dieselbe Revolution, die sie theoretisch auf dem Papier anerkennen, zu einer Programm-Phrase machen, die man bei großen Gelegenheiten, bei großen Paraden, gebraucht, ohne daran zu denken, auch mit der Tat durch bewußte Verschärfung der Agitation und Propaganda, durch bewußte Verschärfung, Verbreiterung und Vertiefung der Klassenkämpfe für die Vorbereitung der Revolution zu wirken. Ihr Hauptvorwand für diese ihre Politik ist immer der Hinweis auf die internationale Lage, sie warten immer auf den Hannemann, der die größeren Stiefel hat, sie warten immer auf die Revolution in dem andern Lande, das günstigere Bedingungen für den revolutionären Kampf aufweist, als in ihrem Lande vorliegen. Die Vertreter dieser Politik findet man in allen Ländern, ihren ausgesprochensten Ausdruck bilden die deutsche Unabhängige Sozialdemokratie und die französischen Longuetisten.

2. Das internationale Zentrum.

Es ist hier nicht nötig, breit und weit die Geschichte der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu wiederholen. Zur Erinnerung nur ein paar Daten. Sie entstand durch die Spaltung des alten radikalen Flügels der deutschen Sozialdemokratie in Kautskyaner und Linksradikale. Ihre ersten Taten, noch als sie im Schoße der deutschen Sozialdemokratie sich befand, war die Verbreitung pazifistischer Illusionen über die Möglichkeit der Reform des Imperialismus, die Ablehnung der Propaganda und Agitation der Massenaktionen gegen die Kriegsgefahren und die zunehmende kapitalistische Reaktion, und die Befürwortung zusammen mit Scheidemann und Ebert, des Wahlbündnisses mit den Liberalen 1912. Beim Ausbruch des Krieges befand sich die große Mehrheit der jetzigen Unabhängigen Sozialdemokratie auf dem gleichen

Boden wie die Sozialpatrioten. Als sie später zum Kampfe gegen den Sozialpatriotismus und den Krieg unter dem Drucke der Arbeiter überging, beschränkte sie sich auf einen reinen Proteststandpunkt. Beim Ausbruch der deutschen Revolution bildete sie gemeinsam mit Scheidemann und Ebert eine Regierung, deren erster Akt in der Erklärung der Unantastbarkeit des Privateigentums bestand. Sie half die ersten Weißen Garden im Baltikum organisieren. Sie erklärte sich für die Demokratie, gegen die Diktatur. Als sie durch die Konsequenzen dieser Politik aus der Regierung getrieben wurde, um einer Koalition der Sozialpatrioten mit dem Bürgertum Platz zu machen, als sich die Kämpfe der Arbeiterschaft so verschärften, daß ihre im Kampfe stehenden Mitglieder von den Weißen Garden der demokratischen Regierung niederkartätscht wurden und nach der Diktatur des Proletariats zu rufen begannen, da suchte die Führerschaft der U. S. P. D. die Entwicklung ihrer Partei dadurch aufzuhalten, daß sie in die Massen die Idee des Kompromisses zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Diktatur hineinwarf, die Idee von der Verankerung der Arbeiterräte in die Noske-Verfassung. Als die Arbeitermassen über diese hanebüchene „Idee" hinweggingen, und sich klipp und klar auf den Boden der proletarischen Diktatur und des Rätesystems stellten, da akzeptierten die rechten Führer der Unabhängigen auch diese Idee, um nur die Massen in ihrer Hand zu behalten. Aber gleichzeitig erklärten sie auf dem Leipziger Parteitag sich entschieden gegen den Terror, d. h. gegen die rücksichtslose Verteidigung der Arbeiterdiktatur.

Die französischen Longuetisten bildeten im Kriege eine viel abgeschwächtere Ausgabe der deutschen Unabhängigen. Sie haben nicht nur während der ganzen Zeit des Krieges für die Kriegskredite gestimmt, sondern sie haben den Krieg auf der französischen Seite als einen Verteidigungskrieg dargestellt. Sie haben als Zweck

dieses Krieges die Verteidigung der Demokratie angegeben und huldigten hemmungslos dem krassesten Pazifismus. Sie haben während des ganzen Krieges kein einziges Mal ein illegales Flugblatt herausgegeben. Sie haben während des ganzen Krieges kein einziges Mal eine revolutionäre Rede im Parlament gehalten. Ihre Opposition gegen die Politik der französischen Bourgeoisie und der französischen Sozialpatrioten drückte sich aus nur in dem Flennen nach Friedensverhandlungen mit Deutschland, in den Protesten gegen die Verfälschung der Kriegsziele durch die Imperialisten. Nach dem Kriege verbreiteten sie ununterbrochen den Glauben an Wilson, den sie zu stützen suchten gegen die französischen Imperialisten. Als die Entente mit Frankreich an der Spitze anläßlich seines Kampfes gegen Sowjetrußland wachsende Sympathien in seinen Arbeitermassen für dasselbe weckte, als die Arbeitermassen Frankreichs sich immer entschiedener für die proletarische Diktatur auszusprechen begannen, da konnten die Longuetisten nicht umhin, selber die Verteidigung Sowjetrußlands zu führen. In ihren Entgegnungen auf die Verleumdungen Sowjetrußlands mußten sie natürlich auf die Ideologie der großen französischen Revolution zurückgreifen. Denn alles das, was gegen die russische Revolution von der Konterrevolution ausgeführt wurde, das wurde einstmals auch von der feudalen Konterrevolution gegen die französische Revolution angeführt. Auf diesem Wege gelangten Jean Longuet und die Seinen zur Anerkennung der Diktatur des Proletariats. Und es ist klar, daß in dem Lande der ältesten bürgerlichen Demokratie, in dem Lande des korruptesten bürgerlichen Parlamentarismus, in dem Lande, wo die Arbeiterklasse spontan aus ihrem Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie, und zum Parlamentarismus, die syndikalistische Theorie schuf von den Gewerkschaften als den Macht- und Produktionsorganen der sozialen Revolution, der Weg über den bürgerlichen Parlamentarismus hinweg gedanklich sich von selbst aufdrängte.

Aber, wenn auch die Longuetisten die Diktatur und das Rätesystem als mögliche Perspektive akzeptierten, so dachten sie natürlich nicht daran, den Diktatur- und Rätegedanken zur Achse ihrer Agitation und Propaganda zu machen, geschweige denn alle Hebel der Massenbewegung zu benutzen, um ihn zu verwirklichen, um seine Verwirklichung zu fördern. Ihre Presse und ihre parlamentarische Aktion dienten nicht der Weckung der revolutionären Energie der Massen, sie dienten im besten Falle einer schwächlichen Verteidigung der zunehmenden bürgerlichen Reaktion gegenüber. Und weil Longuet und seine Genossen die Revolution als Gegenstand von Reden, im besten Falle von sentimentaler Sehnsucht betrachteten, so hatte er keine Ursache, mit den Sozialpatrioten und offenen Reformisten zu brechen. Wie er in der Zeit der Auseinandersetzungen zwischen dem Marxismus und Reformismus in der französischen Arbeiterbewegung zwischen den beiden Gegenständen gependelt hat, so predigt er jetzt Einigkeit der Partei und sucht den Arbeitermassen zu beweisen, daß die unschuldigen Lämmlein des Reformismus — die Renaudel und Thomas — niemandem ein Wässerlein trüben wollen. Sie seien bereit, die Disziplin zu bewahren, wie er sie bewahrt habe. Es ist klar, daß bei dieser Stellungnahme die Longuetisten keinen Weg finden konnten zum Herzen des radikalen Flügels der Gewerkschaftsbewegung, der immer mehr kommunistisch wurde.

Der dritte im Bunde des europäischen Zentrums war die englische Unabhängige Arbeiterpartei. Sie entstand als opportunistische Reaktion gegen den starren, buchstabengläubigen Radikalismus Hyndmans, der es niemals verstanden hat, die Idee der sozialen Revolution mit dem praktischen Kampf des Proletariats zu verbinden. Gegenüber dem Hyndmanschen Buchstaben-Marxismus repräsentierte sie den stupiden, anglo-sächsischen Empirismus und einen warmen, religiös gefärbten Drang nach Kampf um Re-

formen. Die letztere Eigenschaft sammelte um sie einen Kern lebendiger, aktionslustiger, wenn auch unklarer Proletarier. Der Pazifismus der Unabhängigen Arbeiterpartei bildete eine Brücke zwischen ihr und dem „Little"-Engländertum, der Liberal-Handelsbourgeoisie, die da glaubte, ihren Profit sichere eher der Friede als der Krieg. Als der Weltkrieg ausbrach, befand sich ein großer Teil des englischen Liberalismus in Zweifeln, für oder gegen die Teilnahme am Kriege. Mit diesem Flügel, der von Simon Trevelyan, John Burns im Kabinett vertreten war, operierte der Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei Macdonald, und da er an die Arbeitermassen appellierend sich natürlich viel schärfer und radikaler ausdrücken mußte, hat er auch nicht die Möglichkeit, nach dem Kriegsausbruch umzuschwenken oder sich von der Politik zurückzuziehen. Die Partei hat eine Kampfposition bezogen. Diese Position wurde in der Praxis durch zwei Elemente verschärft: durch die revolutionären, ehrlichen, proletarischen Elemente, die gegen den Krieg waren, weil er ein kapitalistischer Krieg war, und durch die religiösen, quäkerischen Elemente, die gegen den Krieg waren, weil er nach ihrer Auffassung eine Sünde gegen Gott und den Menschen sei. Miteinander verbunden haben diese Elemente während des Krieges die Partei sogar zur prinzipiellen Verwerfung der Verteidigung des kapitalistischen Vaterlandes gebracht, wogegen sich die Macdonald und Snowden mit Händen und Füßen wehrten. Die Anhänger der I. L. P. haben nicht nur an den Massen-Bewegungen, die während des Krieges in England stattfanden, teilgenommen, sondern sie haben auch als einzelne Persönlichkeiten die größten Verfolgungen auf sich genommen, und der Stimme ihres Gewissens folgend, an dem Krieg nicht teilgenommen. Nach dem Kriege, als bei den Dezemberwahlen 1918 die liberal-konservative Koalition einen entschiedenen Sieg errang, und von neuem Massenbewegungen einsetzten, entwickelte sich der linke Flügel

der I. L. P. allmählich unter der Führung Allan Cliffords und Newbolds zum Kommunismus, während der rechte Flügel unter Führung Macdonalds und Snowdens auf den kommenden Wahlsieg der Arbeiterpartei und ihre Koalition mit den Linksliberalen vom Schlage Asquiths spekuliert. Dazwischen steht die Mitte der Partei unter Führung Wallhead's, eines Agitators und Organisators ohne jede positive Richtung. Unter dem Drucke des linken Flügels machte sie dem Gedanken der Revolution ein formelles Zugeständnis nach dem andern; da sie aber mit den bedeutendsten alten Führern der Partei nicht brechen will, so kann sie nicht umhin, eine Schaukelpolitik zu treiben. Inzwischen bereiten sich die Macdonald' und Snowden' auf die Rolle der Retter des demokratischen England vor der proletarischen Revolution vor. Sie gebrauchen die I. L. P. nur als Sprungbrett, um eventl. die Macht mit den ganz oder halbliberalen Führern der Gewerkschaftsbürokratie, mit Henderson und Thomas zu teilen.

Um diese drei Hauptgruppen des Zentrums sammeln sich seine Ueberreste in den anderen Ländern. So die Führer der Mehrheit der Schweizer Sozialdemokratie, die wie der energische Robert Grimm mit ihrer guten Nase spüren, man müsse den Massen der Hauptstädte, die radikal sind, nach dem Munde reden, aber man dürfe nicht mit der alten Führerschaft brechen, die im Namen des Schweizer Proletariats der Schweizer Bourgeoisie die Polizei- und Finanzdirektoren stellt. Sodann die Führer der Oesterreichischen Sozialdemokratie, die wie Friedrich Adler, Otto Bauer, erst unlängst zusammen mit den Renners und Seitz in der gemeinsamen Regierung mit den Christlich-Sozialen saßen, in der Idee der Koalition die Hilfe der Entente erbetteln wollten, für die Koalition die ungarische Revolution verrieten, die aber jetzt, nachdem die Koalition zusammengebrochen ist, nachdem das Elend des Proletariats maßlos gestiegen ist, diesem Proletariat radikale Wortbrocken zuwerfen müssen. Dies entspricht voll-

kommen ihrer Vergangenheit. Auch vor dem Kriege haben sie die marxistische Theorie zu der durch und durch opportunistischen Politik der österreichischen Sozialdemokratie geliefert. Während des Krieges wagte Friedrich Adler den Kampf gegen den glatten und schamlosen Verrat des Proletariats durch die k. u. k. Sozialdemokratie nur in geschlossenen Parteiversammlungen zu führen. Sein Hamletismus ging so weit, daß er aus politischer Feigheit persönlich Held wurde: er schoß Stürkh nieder, nur weil er nicht wagte, sich offen gegen die eigene Partei zu wenden. Seit Ausbruch der österreichischen Revolution spielten die beiden ein erbärmliches Doppelspiel. Während Friedrich Adler als Vorsitzender des deutschösterreichischen Reichsarbeitsrates den zukünftigen Marat der kommenden österreichischen proletarischen Revolution mimte und so durch Vertrösten die Arbeiterklasse an Taten verhinderte, spielte Otto Bauer den Tailleyrand der sozialdemokratisch-christlich-sozialen Regierung und vertröstete in anonymen Broschüren die hungernden österreichischen Arbeiter auf das Kommen der Weltrevolution in den Siegerländern. Jetzt, wo die Sozialdemokratie aus der Regierung verschwunden ist, spielen sie beide die Rolle der internationalen Revolutionäre mit dem Fallschirm. Otto Bauer, der in seiner Broschüre über „Bolschewismus oder Sozialdemokratie" die Theorie der Internationale des Zentrums gibt, und Friedrich Adler, der noch vor einem halben Jahre haarscharf bewies, man könne an die Gründung einer Internationale solange nicht denken, bis die Gegensätze, die die Arbeiterklasse jetzt zerreißen, überwunden sein werden, beide stehen jetzt an der Spitze der Bestrebungen zur internationalen Verbindung des Zentrums.

Und als ob es noch notwendig wäre, besonders kraß zu zeigen, was diese Internationale sein wird, treten unter ihren Begründern die russischen Menschewiki auf. Sie waren während des Krieges vor dem Ausbruch der russi-

schen Revolution gespalten in eine einflußreiche Gruppe von Auch-Internationalisten mit Martow an der Spitze, die sich an der Zimmerwalder Bewegung beteiligte, in eine Mehrheit, die teilnahm an den Komitees zur Unterstützung der Kriegsindustrie, und schließlich in die parlamentarische Fraktion, die zwischen beiden vermittelte. Als die Revolution ausbrach, stand die große Mehrheit der Menschewiki auf dem Boden der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie. Sie nahm teil an der bürgerlichen Regierung und half ihr, den Kampf des Proletariats um die Macht niederzuhalten. Die Minderheit jammerte über die verräterische Politik ihrer Parteigenossen, aber sie wagte nicht, aus der Partei auszutreten. Als das russische Proletariat die Kerenski-Regierung wegfegte, schloß sich die Minderheit und die Mehrheit der Menschewiki zum Kampfe gegen die Arbeiterregierung zusammen. Dieser Kampf wurde von einigen Menschewiki, wie von Martow, nur mit dem Maul geführt, viele andere aber führten ihn direkt auf der Seite der Konterrevolution. Die Menschewiki mit Martow an der Spitze stellten dem Proletariat Sowjet-Rußland als einen neuen Zarismus dar. In den Momenten aber, wo die Gefahr des Sieges der Konterrevolution bevorstand, straften sie sich Lügen und riefen die Massen zur Verteidigung der Sowjetregierung und der Errungenschaften der Revolution auf. Als das Proletariat Rußlands den Kampf führte gegen die bürgerliche Regierung, erklärten die Menschewiki es für eine Romantik, in Rußland den Sozialismus einführen zu wollen. In den ersten Monaten der proletarischen Diktatur forderte ihre Presse die Rückkehr zum Kapitalismus. Jetzt fordern die Menschewiki eine „gemäßigte Sozialisierung", ohne überhaupt sagen zu können, was dieses Kauderwelsch bedeutet. Die menschewikische Partei, deren Lebensgeschichte wir hier in Stichworten skizzierten, ist das liebste Kind des internationalen Zentrums. An ihren Schicksalen in Sowjet-Rußland demonstrieren sie die Schlechtigkeit

des Kommunismus, der sogar eine sozialistische Partei unterdrückt und verfolgt. Die Geschicke dieser Partei sind zweifelsohne bezeichnend für das ganze Zentrum. Geschont und unterstützt unter der Herrschaft des Bürgertums, an ihr beteiligt, mußten sie von der proletarischen Regierung unterdrückt werden, weil sie entweder direkt gegen sie kämpften, oder Verwirrung und Unsicherheit unter den Arbeitern verbreiteten. Durch das Mißtrauen in die proletarische Weltrevolution erklärten sie ihre Teilnahme an der bürgerlichen Regierung und jetzt treten sie auf als die Mitbegründer einer neuen Internationale, die auch die Internationale der Weltrevolution sein will.

3. Der Versuch des Kompromisses mit der Kommunistischen Internationale.

Zuerst schauten die Zentrumsleute aller Länder auf die Kommunistische Internationale von oben herab. Sie schien ihnen keine Macht zu sein, mit der zu rechnen wäre. Gegründet in der Zeit der größten Bedrängnis Sowjetrußlands, schien sie ihnen ebenso wie dies erste Land der proletarischen Diktatur dem sichern Tode geweiht. Noch im September 1919 erklärte, wie bekannt, der Schieber der deutschen Unabhängigen, Rudolf Hilferding, auf der September-Parteikonferenz, die Kommunistische Internationale sei Sowjetrußland, und man solle doch abwarten, wie sich die Geschicke Sowjetrußlands entscheiden werden. Man solle jedoch nicht einsteigen in ein untergehendes Schiff. Was dieser besonders robuste, besonders skrupellose und besonders zynische Vertreter des Zentrums so offen sagte, das dachten alle die zentristischen Pappenheimer. Gleichzeitig waren sie überzeugt, daß sich die im Kriege verlorene Jungfräulichkeit der II. Internationale reparieren lasse. Waren sie doch alle an der Berner wie der Luzerner Konferenz, diesem Instrumente der Weltbourgeoisie, beteiligt. Als sie aber erblickten, wie die Arbeiter, die mit ihnen noch nicht gebrochen hatten und die sie noch halten zu können hofften, immer ent-

schiedener ihre Stimme für die Kommunistische Internationale erhoben, da entschlossen sich die Zentrumsführer, eventuell der Kommunistischen Internationale beizutreten, wenn es nur gelingen würde, ihr die schädlichen Zähne auszubrechen.

Das gefährliche an der Kommunistischen Internationale war für diese erfahrenen Politiker natürlich nicht die Theorie des Kommunismus. Die Theorie des modernen Kommunismus ist die Marxsche Theorie der Gesellschaftsentwicklung und des Gesellschaftskampfes. Sie haben Marx jahrelang verfälscht. Sie haben jahrelang die besten grundsätzlichen Resolutionen angenommen, ohne irgendwas an ihrer opportunistischen Praxis zu ändern. Die Diktatur des Proletariats, sogar der Terror, konnte angenommen werden mit ein paar Wenn und Aber; denn sie hofften doch, daß sie von der Anwendung dieser Scheußlichkeiten durch die kapitalistische Restauration befreit werden. Was sie unter keinen Umständen akzeptieren konnten, das war irgendwelche Verpflichtung, konkrete Schritte zu tun, die der Vorbereitung der revolutionären Kämpfe dienen würden, irgendwelchen Organisationsformen der Kommunistischen Internationale zuzustimmen, die es ihnen unmöglich machen würden, sich über die Grundsätze der Kommunistischen Internationale hinwegzusetzen. Nach alten Gewohnheiten der Opportunisten aller Länder erklärten sie, prinzipiell mit der Kommunistischen Internationale einverstanden zu sein. Nur wollten sie mit ihr verhandeln über die Modalitäten der Zusammenfassung aller sozialrevolutionären Parteien. Der Sinn dieser Erklärungen war, daß das internationale Zentrum als Ganzes mit der Kommunistischen Internationale darüber verhandeln wollte, wie eine Kompromiß-Organisation gebildet werden könnte, die die kommunistischen Prinzipien mit der zentristischen Taktik verbinden würde. Dieses Spiel mißlang. Es gelang den zentristischen Parteien nicht, sich zu gemeinsamen Verhandlungen mit der

Kommunistischen Internationale zusammenzufinden. Da der Druck der Arbeitermassen in den einzelnen zentristischen Parteien ungleich war, mußten zuerst die französischen Zentrumsleute in Verhandlungen mit Sowjetrußland treten. Ihnen folgten die englischen Unabhängigen und die deutschen. Die französischen Zentristen zerfielen bei diesen Verhandlungen in zwei Teile. Die von Cachin und Frossard geführte Mehrheit des französischen Zentrums stellte sich entschlossen auf den Boden der Bedingungen, die ihr die Kommunistische Internationale vorlegte. Die Traditionen des Guesdismus, die wütende französische Reaktion waren ausschlaggebend bei diesem Entschluß. Die englischen Zentrumsleute mit Wallhead an der Spitze waren nicht genötigt, sich sofort zu entscheiden. Nachdem die englische Arbeiterbewegung sich zu der Drohung des Generalstreiks im Falle eines Krieges Englands gegen Sowjetrußland aufgeschwungen hatte, flaute sie nach der Niederlage der Roten Armee in Polen ab. Herr Wallhead und die Seinen nahmen nach England das offene Antwortschreiben des Exekutivkomitees mit, das der englischen Arbeiterklasse das Spiel enthüllte, das diese mit der Betonung der angeblich vollkommen verschiedenen englischen Bedingungen mit ihr trieben. Und sie beruhigten sich dabei. Die entscheidende Schlacht der Internationale wurde in ihren Beziehungen zu der größten Massenpartei des Zentrums, zu den deutschen Unabhängigen ausgefochten.

Die Crispien und Dittmann, die zu Hause von Zeit zu Zeit „kritische" Töne über die angeblichen marxistischen Mängel des Programms der Kommunistischen Internationale von sich gaben, schwiegen in Moskau wie Taubstumme, oder erklärten mit verlegener Miene, sie seien mit den grundsätzlichen Richtlinien einverstanden, soweit sie sie überblicken können". Der Kampf drehte sich um den Ausschluß der Reformisten aus der U. S. P. D. In der richtigen Ueberzeugung, daß es sich dabei nicht um

Kautsky und Hilferding allein handelt, sondern um Hunderte und aber Hunderte kleiner reformistischer Partei- und Gewerkschafts-Bürokraten, um einen Teil der Reichstagsfraktion, die gar nicht in der Lage sind, die Bedingungen der Kommunistischen Internationale durchzuführen, suchten sie mit allen Mitteln Hilferding und Kautsky zu retten, den einen, indem sie seinen Opportunismus leugneten, den andern, indem sie ihn als alten einflußlosen Trottel darzustellen suchten, den man aus Pietät ruhig im Wiener selbstgewählten Exil sterben lassen soll. Aber noch mehr als dieser Punkt war ihre Politik gefährdet durch die Tatsache, daß die Kommunistische Internationale nicht als lose Föderation der verschiedenen Parteien, sondern als zentralisierte internationale Kampfespartei aufgebaut werden sollte. Dieser Charakter der Internationale schnitt ihnen jede Möglichkeit des Sabotierens der Beschlüsse der Kommunistischen Internationalen Kongresse und der Exekutive ab. Somit war ihr Plan gescheitert. Auf dem Kongreß in Halle gingen sie zu wütenden prinzipiellen Angriffen gegen die Kommunistische Internationale über, die sie als Mischung des romantischen Putschismus und des grundsatzlosesten Opportunismus darzustellen suchten, gegründet, um als Organ der auswärtigen Politik Sowjetrußlands zu dienen. Sie ließen es zu einer Spaltung mit den revolutionären Arbeitern der eigenen Partei kommen, um nur die Einigkeit mit der Gewerkschaftsbürokratie nicht zu stören. Sie wählten zu ihrem Banner die Amsterdamer gelbe Gewerkschafts-Internationale, indem sie aus dieser Vereinigung der Legiene und Hendersons das Palladium des internationalen, proletarischen Kampfes machten.

Nachdem so der Plan der internationalen Zentrumsclique, die Kommunistische Internationale von innen heraus zu sabotieren, gescheitert war, mußten sie sich entweder entscheiden, der zweiten Internationale beizutreten

oder einen Ersatz für sie zu schaffen. Dieser Ersatz besteht in der 2½ Internationale, zu deren Bildung sie jetzt schritten.

4. Das Manifest und die Grundlinien der 2½ Internationale.

a) Die Diktatur des Proletariats und das internationale Zentrum.

Das Berner Manifest vom 10. Dezember 1920, mit dem sich die Väter der 2½ Internationale an die sozialistischen Parteien aller Länder wenden, ist ebenso bezeichnend durch das, was es sagt, wie durch das, was es verschweigt. Wenn in der jetzigen Weltlage eine proletarische Partei gegründet wird, geschweige denn ein internationaler Bund, so ist die erste Frage, zu der sie sich klipp und klar äußern muß, die Frage nach der Weltlage. Natürlich handelt es sich dabei nicht um allgemeine Redensarten über die Schlechtigkeit des Imperialismus oder einer der imperialistischen Gruppen, sondern um das feste Urteil darüber, ob wir uns in der Epoche der sich entwickelnden Weltrevolution befinden oder nicht. Mag man den Imperialismus noch so sehr verdammen, mag man mit der Kommunistischen Internationale vollkommen grundsätzlich einig sein in der prinzipiellen Beurteilung der imperialistischen Politik, man wird trotzdem ihm gegenüber eine ganz andere Politik treiben müssen, wenn man von der Kommunistischen Internationale abweicht in der Beurteilung der Frage: befinden wir uns im Prozeß der Weltrevolution, oder der begonnenen und aussichtsreichen Neubefestigung des imperialistischen Staatensystems. Im ersten Falle wird die Politik der proletarischen Parteien gerichtet sein auf die Niederwerfung des kapitalistischen Staates durch revolutionäre Massenaktionen, wobei alle historisch gegebenen politischen und organisatorischen Mittel der Vorbereitung

dieser Aktionen dienen müssen; im zweiten Falle wird man den Zusammenstößen mit der kapitalistischen Staatsgewalt bewußt aus dem Wege gehen müssen und sich als aktuelles Ziel die Organisation des Proletariats zwecks Besserung seiner Lage im Rahmen des Kapitalismus stellen, wobei das Festhalten am sozialistischen Endziele nur dazu dient, den Weg des Proletariats zu beleuchten, damit es nicht auf Abwege des Reformismus gelangt.

Ueber diese ausschlaggebende Frage sucht sich das Manifest der 2½ Internationale auszuschweigen. Es spricht mit keinem Worte von der Weltrevolution. Es spricht von der Revolution in Rußland und in Mitteleuropa, von der sie bedrohenden Weltreaktion, das heißt, es geht von Tatsachen aus, die zu verschweigen kein kapitalistischer Politiker wagt, weil sie doch Tatsachen sind, deren Bestehen nur ein offenkundiger Narr bestreiten könnte. Aber wie Lloyd George zwar offen von der deutschen und russischen Revolution spricht, jedoch sich hütet, von der in Entwicklung begriffenen Revolution der ganzen kapitalistischen Welt zu sprechen (einerseits, weil er als Kleinbürger fürchtet, den Tatsachen klar ins Auge zu schauen, anderseits weil er fürchtet, eine klare Feststellung der Lage würde auch die klare politische Stellungnahme der gegensätzlichen Klassen beschleunigen), so fürchten sich die Parteien der 2½ Internationale klar zu sagen, wie sie die Weltlage beurteilen. Sie wagen nicht zu sagen, obwohl das viele von ihnen denken: die kapitalistische Gesellschaft sei für absehbare Zeit gerettet, laßt die revolutionären Illusionen fahren! Denn das würde die revolutionären Proletarier abstoßen. Sie dürfen nicht sagen: die Weltrevolution entwickelt sich trotz Niederlagen, wenn auch nicht so schnell, wie man wünschen könnte, und die Bürgschaft ihres Sieges liegt in der steigenden Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft; denn würden sie es sagen, so müßten sie in allen

Ländern, trotz der Unterschiede im Grade der kapitalistischen Zersetzung jedes einzelnen, wenigstens die Agitation und Propaganda darauf zuspitzen, den Proletariern die Notwendigkeit und Unausweichlichkeit des revolutionären Kampfes zu beweisen; so drücken sie sich um die Stellungnahme durch die Phrase: „dieses kapitalistische System wird immer mehr unvereinbar mit den wirtschaftlichen und sozialen Lebenserfordernissen der proletarischen Massen, selbst in den Ländern der Sieger". Diese Kautschukparole sagt nichts, denn der Imperialismus war immer unvereinbar mit den Lebenserfordernissen des Proletariats und es ist klar, daß, je länger er existiert, desto unvereinbarer mit ihnen wird er.

Die Leitsätze, die am 22. Januar in Innsbruck durch die vorbereitende Kommission des Kongresses der 2½ Internationale (Adler - Grimm - Ledebour - Wallhead) ausgearbeitet worden sind, bleiben in der Frage „Weltrevolution oder Weiterbestehen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung" ebenso unbestimmt.

Die Hilferdinge, Bauer und Martows, die geistigen Köpfe der 2½ Internationale, werden uns auf diese Feststellung antworten: nur kommunistische Blindheit kann leugnen, daß in der Weltlage sich die revolutionären und konterrevolutionären Kräfte kreuzen, daß neben solchen, die auf die Zersetzung der kapitalistischen Wirtschaftskrise hinwirken, auch solche an der Arbeit sind, die die Macht des Kapitalismus wieder herzustellen suchen; schon aus historischer Vorsicht muß man sich hüten, zu prophezeien, welche Tendenz siegen wird. Wenn die gelahrten Herren so argumentieren sollten — und es bleibt ihnen nichts anderes übrig —, so ist ihnen darauf zu antworten: nicht um die Leugnung historischer Möglichkeiten handelt es sich. Die Kommunistische Internationale ist keinesfalls blind, um nicht zu sehen, daß beim Ausbleiben großer revolutionärer Bewegungen in den Ländern, wo der Kapi-

talismus noch wenig erschüttert ist, oder im Falle ihrer Niederlage, eine kapitalistische Restauration nicht ausgeschlossen ist. In der Eröffnungsrede des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale führte kein Geringerer wie Lenin aus: es gäbe keine ausweglosen Lagen; sollte das internationale Proletariat nicht genügende Kraft finden, die Bourgeoisie niederzuwerfen, so wird die Bourgeoisie auf diesem oder jenem Wege die Mittel finden, die kapitalistische Gesellschaft auf Kosten der völligen Versklavung von Millionen zur restaurieren. Der Unterschied zwischen dem marxistischen Revolutionär Lenin und den Opportunisten vom Schlage Hilferding und Bauer besteht nicht darin, daß sie Möglichkeiten anerkennen, und er eine Vogelstrauß-Politik spielt. Der Unterschied besteht in den Schlüssen. Der Revolutionär Lenin sagt dem Proletarier: „die Weltrevolution entwickelt sich; sie wird gespeist durch immer wachsende revolutionäre Strömungen, die aus den tiefsten Quellen der Gesellschaft entspringen. Aber gleichzeitig arbeiten die Kräfte der Beharrung und der Konterrevolution. Wenn Ihr nicht genug Kraft und Entschiedenheit zum Kampfe und zum Siege findet, so werdet Ihr besiegt. Darum müßt Ihr mit der größten Energie die Kräfte der Revolution zusammenfassen, ansetzen, und ihr zum Sieg verhelfen." Er nimmt die Perspektive der sich entwickelnden Weltrevolution als Ausgangspunkt für seine Taktik und zeigt, wie man konkret für die Weltrevolution zu arbeiten hat. Der Opportunist, der mit dem Gedanken an die Revolution spielt, aber sie fürchtet, läßt die Zukunft im Dunkel, um die Klarheit zu vermeiden über seine nächsten Schritte, um zu warten, was die Geschichte bringen mag. In seiner tiefsten Seele stöhnt er: Herr! Erspare mir diese Bitternis! Aber, gepeitscht von den eigenen Anhängern, wagt er nicht, sich offen und klar zum kapitalistischen „Aufbau" zu bekennen, wie es die Reformisten tun, die offen von der konterrevolutionären Perspektive ausgehen.

Niemals aber ist die Geschichte so freundlich, dem Politiker eine absolut unzweifelhafte Perspektive zu geben. Nur vollzogene Tatsachen sind unzweifelhaft. Der Politiker muß also nach Abschätzung aller in einer Epoche wirkenden Kräfte, ihre allgemeine Richtung festzustellen suchen, muß abwägen, welche der sich bekämpfenden Kräfte siegen werden, und er muß sich entscheiden, in welcher Richtung er die Kräfte der von ihm vertretenen Klasse einsetzen will. Jeder Perspektive entspricht eine bestimmte Politik. Der bestimmten revolutionären Perspektive der Kommunistischen Internationale entspricht eine bestimmte revolutionäre Politik. Der bestimmten konterrevolutionären Perspektive der Reformisten, die ehrlich erklären, daß eine Revolution für sie nicht in Betracht komme, entspricht die konterrevolutionäre Politik. Da die 2½ Internationale sich für k e i n e der beiden Perspektiven zu entscheiden wagt, so bestimmt ihre unbestimmte Perspektive eine unbestimmte Politik. Das wissen wir nicht nur aus der Praxis aller 2½-Parteien, sondern das bestätigt vollauf die Stellungnahme des Berner Manifestes zur Frage der Diktatur und des Rätesystems.

b) Die Frage der Diktatur, ihrer Formen, und die 2½ Internationale.

Seit drei Jahren wogt in der Arbeiterklasse der Kampf über den Weg, den sie einzuschlagen hat. Um zwei Fragen ringt das Bewußtsein des internationalen Proletariats. Die erste lautet: kann auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie mit ihren Mitteln der Kapitalismus besiegt werden. Oder ist dazu die revolutionäre Niederwerfung der Bourgeoisie und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur notwendig? Die zweite lautet: welche Formen soll die proletarische Diktatur annehmen? — Wie beantworten diese beiden Fragen die Führer der 2½ Internationale nach drei Jahren nicht nur der internationalen Diskussion,

sondern — was wichtiger ist — nach drei Jahren der Erfahrungen, die das europäische Proletariat in der russischen, finnischen, ungarischen, deutschen, österreichischen Revolution und Konterrevolution, in der „friedlichen" Entwicklung der Ententeländer gesammelt hat? Die Führer der 2½ Internationale geben auf diese Fragen nicht eine, sondern z w e i Antworten. Eine im Manifest vom 7. Dezember, die andere in den Grundlinien vom 10. Januar.

„Sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird es ü b e r a l l d o r t, w o d i e B o u r g e o i s i e d i e p r o l e t a r i s c h e S t a a t s g e w a l t s a b o t i e r t oder sich gegen sie auflehnt, diktatorische Mittel anwenden" — so heißt es i m M a n i f e s t. Wir fragen, wird irgendwo die Bourgeoisie die proletarische Staatsgewalt n i c h t sabotieren, ist es denkbar, daß sie sich gegen sie n i c h t auflehnt? Kurz und gut: h a l t e n d i e T h e o r e t i k e r d e r 2 ½ I n t e r n a t i o n a l e d i e H o f f n u n g a u f e i n e n f r e i w i l l i g e n V e r z i c h t d e r B o u r g e o i s i e, d i e s e G r u n d a u f f a s s u n g d e r R e f o r m i s t e n, f ü r e i n e r e a l e A u f f a s s u n g? Wenn ja, dann sind die Herren R e f o r m i s t e n, was wir immer behaupteten, und was sie immer mit Entrüstung leugneten. Sind sie aber keine reformistischen Illusionisten, haben wir es hier mit einem Produkt der „taktischen Schlauheit" zu tun, so wecken die 2½-Leute im Proletariat g e f ä h r l i c h e I l l u s i o n e n, für die es mit Niederlagen zu zahlen haben wird. Das größte Hemmnis der Entwicklung der Revolution besteht darin, daß ein großer Teil des Weltproletariats die Hoffnungen auf eine friedliche Rettung aus Not und Elend noch nicht aufgegeben hat. Weil es noch glaubt, es werde um all das Schwere des Bürgerkrieges herumkommen können, läßt es sich noch immer von der Bourgeoisie und ihren reformistischen Agenten betrügen. Die Aufgabe jeder revolutionären Arbeiterpartei besteht darin, dem Proletariat auf Grund aller Ereignisse tagtäglich einzuhämmern, es gebe kein Drittes, es sei zu wählen

zwischen der Diktatur der Bourgeoisie oder seiner eigenen, der proletarischen. Nur wenn das Proletariat fest davon überzeugt sein wird, wird es in sich die Kraft zum entscheidenden Kampfe finden. Indem die 2½ Internationale dem Proletariat die Hoffnung auf eine andere Lösung der vor ihm stehenden Fragen als durch die proletarische Diktatur weckt, lenkt sie es von dem revolutionären Kampf ab, wirkt sie als die Internationale der Verwirrung.

Ebenso wirkt sie in der Frage der Formen der Diktatur. „Es hängt von den gegebenen ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen der einzelnen Länder ab, welche Formen die Diktatur annehmen wird. Sollte das Proletariat mit den Mitteln der Demokratie die Macht erobern, so wäre im Falle des Widerstandes der Bourgeoisie auch die demokratische Staatsgewalt zur Anwendung der Diktatur gezwungen. Wird jedoch in der Periode der entscheidenden Machtkämpfe die Demokratie durch die Schärfe der Klassengegensätze gesprengt, so muß die Diktatur die Form einer Diktatur proletarischer Klassenkampforganisationen annehmen. Organe der Diktatur können je nach den Verhältnissen des einzelnen Landes Arbeiter-, Soldaten-, Bauernräte, lokale Selbstverwaltungskörper (Kommunen) oder andere, dem Lande eigentümliche Klassen-Organisationen sein." Was wird damit von der 2½Internationale gesagt? Vorerst, daß die Herrschaft der Arbeiterklasse auch durch allgemeine demokratische Einrichtungen, wie z. B. Parlamente, ausgeübt werden kann. Zweitens, daß nur im Falle des Widerstandes der Bourgeoisie die Herrschaft des Proletariats durch seine Klassenorganisationen ausgeübt werden kann. Welche Klassenorganisationen es sein werden, weiß das Manifest nicht; es können Räte sein, es können Kommunen sein, ohne daß das Manifest den Ausschluß der Bourgeoisie aus dem lokalen Selbstverwaltungskörper for-

dert, es können auch andere näher nicht bezeichnete Arbeiterorganisationen sein. Wie in diesen letzten Fällen die zentrale Revolutionsgewalt organisiert sein soll, darüber sagt das Manifest nichts. Was bedeutet diese Stellungnahme? Sie bedeutet, daß die 2½ Internationale als Kampflosung ein blankes Nichts aufstellt.

Worin bestand die Bedeutung der Losung des Rätesystems? Sie zeigte dem Proletariat vorerst, daß es seine Klassenorganisationen, seinen Herrschaftsapparat bilden müsse. Sie zeigte ihm zweitens, daß es nicht die alten Klassenorganisationen sein können, die das Proletariat, sei es nach seiner politischen Auffassung, sei es nach seinem Berufe, zusammenfassen. Es müssen Organisationen sein, die es als Klasse, unabhängig vom Beruf, unabhängig von seiner politischen Auffassung, in der Produktion, im Betriebe zusammenfassen. Als die Arbeiterräte in der russischen Revolution aufkamen, wußte man noch nicht, ob sie die Formen der proletarischen Diktatur in der Weltrevolution sein werden. Die finnische, österreichische, deutsche Revolution haben gezeigt, daß, wo das Proletariat um die Macht ringt, es zu Arbeiterräten als der gegebenen historischen Form seiner Klassenzusammenfassung greift. Und überall, in Italien, in England, wo sich das Proletariat nur revolutionär zu regen beginnt, wächst in ihm der Wille zur Bildung der Arbeiterräte. Der konterrevolutionäre Charakter des Fallenlassens der Rätelosung als des Weges der Weltrevolution durch die 2½ Internationale ergibt sich in erster Linie daraus, daß damit die die Arbeiter im Kampfe um die Machtorganisierende, zusammenfassende Losung fallen gelassen wird. Wo die Revolution ins akute Stadium gelangt, dort zeigt die Rätelosung dem Proletariat den Boden, auf dem es seine Kraft als Klasse sammeln und der Bourgeoisie entgegenstellen kann. Die Rätefrage wird somit aus der Frage von der zukünftigen

Form der Organisation der Diktatur zur politischen Frage von dem Kampf um die Diktatur.

Es ist möglich, daß die weitere Entwicklung der Weltrevolution die Formen der Organisation der Diktatur sehr verschiedenartig gestalten wird, wie z. B. die russische Revolution gezeigt hat, daß in gewissen Stadien des besonders scharfen Bürgerkrieges vorübergehend die Herrschaft des Proletariats durch eine noch straffere Zusammenfassung der Kraft des Proletariats verteidigt werden muß, als dies die breiten Organisationen der Arbeiterräte ermöglichen. Aber eins ist klar: für die Periode des Kampfes um die Macht sind die Arbeiterräte die zentrale politisch-organisierende Losung. Der Verzicht auf diese Losung, ihre Verwässerung durch Ersinnen von allerhand politischen Möglichkeiten bedeuten Verzicht auf die revolutionär organisierende Rolle der Internationale.

Die Herren Hilferding, Bauer und Martow suchen diesen Verzicht historisch zu drapieren und zu begründen, indem sie mit der Miene großer Gelehrter erklären: „Wie sich die bürgerliche Revolution in den verschiedenen Ländern in ganz verschiedenen Formen vollzogen hat, so wird, da die Stufe der kapitalistischen Entwicklung in allen Ländern nicht dieselbe ist, auch die proletarische Revolution in den einzelnen Ländern sich in mannigfaltigen Formen vollziehen." Das historische Wissen der Theoretiker der 2½Internationale steht ganz auf der Höhe ihres revolutionären Wollens. Die bürgerlichen Revolutionen haben sich überall durchgesetzt in der Form revolutionärer Kämpfe um das Parlament. Was die Geschichte der bürgerlichen Revolutionen beweist, ist eben die Tatsache, daß trotz der Unterschiede in der Entwicklungsstufe der verschiedenen Länder die historisch führende Klasse einer gegebenen Epoche um dasselbe Ziel mit denselben Mitteln kämpft. Die proletarische Revolution wird in verschiedenen Ländern große Unterschiede aufweisen. Aber von

einer und derselben Klasse um ein und dasselbe soziale Ziel geführt, ist sie in ihren Grundformen ein und derselbe Prozeß. Indem die Theoretiker der 2½ Internationale dies verkennen, beweisen sie nur, daß sie theoretisch vor Bäumen den Wald nicht sehen, um nur der Pflicht aus dem Wege zu gehen, eine wirkliche Internationale zu gründen.

Einen Monat nach der Verfassung des Manifestes korrigierten sich die Weisen der 2½ Internationale selbst. Sie ließen ihre Klugheiten über die mannigfaltigen Formen der Diktatur in den einzelnen Ländern fallen und bekennen sich in den Leitsätzen über die Methoden und Organisation des Klassenkampfes auf einmal unumwunden zuerst zur Idee der Diktatur des Proletariats, die in jedem Falle, wie auch das Proletariat zur Macht gelangen könnte, zur Aufrechterhaltung dieser Macht notwendig sein wird. Und mehr noch — während sie in dem Berner Manifest erklärten: die Organe der Diktatur könnten je nach den Verhältnissen des einzelnen Landes Arbeiter-, Soldaten-, Bauernräte, lokale Selbstverwaltungskörper (Kommunen) oder andere dem Lande eigentümliche Klassenorganisationen sein", schreiben sie jetzt: „die Diktatur des Proletariats muß dann ausgeübt werden auf der Grundlage der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, der gewerkschaftlichen oder anderer ähnlicher proletarischer Klassenorganisationen." Somit sind die demokratischen Selbstverwaltungskörper vom 7. Dezember bis zum 10. Januar als Organe der Diktatur verschwunden. Und da die anderen proletarischen Klassenorganisationen außerhalb der Arbeiterräte und der Gewerkschaften ein Pseudonym für das blanke Nichts sind, so bedeutet es, daß die Herren der 2½ Internationale schließlich dazu gekommen sind, man könne die proletarische Diktatur nur auf Arbeiterräte und Gewerkschaften stützen, wozu wir ihnen gratulieren. Denn wenn die Gewerkschaften sich auf Betriebsgrundlage statt auf Fachgrundlage umformen — und das ist der Zug der Zeit, das fordern nicht nur die Kommunisten, sondern alle fort-

geschrittenen Gewerkschaftler —, dann verschwindet der Unterschied zwischen dem Arbeiterrat und dem Rat der Betriebsräte, des untersten Organs der Gewerkschaften, fast bis zur Unkenntlichkeit. Die Resolution enthält noch weitere Fortschritte; sie sagt, daß in dem offenen Kampfe um die Eroberung oder Erhaltung der proletarischen Diktatur „nicht mehr die Stimmzettel entscheiden, sondern die ökonomischen und militärischen Kräfte der kämpfenden Klasse. Dann wird die Arbeiterklasse die Herrschaft nur durch die direkte Massenaktion, durch Massenstreiks und bewaffnete Aufstände erobern." Die Unabhängige Deutsche Sozialdemokratie, die sich auf den bewaffneten Aufstand vorbereitet, Rudolf Hilferding und Arthur Crispien am Maschinengewehr, welch ein Fortschritt, welch ein Fortschritt!

5. Die 2½ und die Kommunistische Internationale.

Wodurch unterscheidet sich denn die 2½ Internationale von der Kommunistischen Internationale? Sie erklärt sich gegen die schablonenhafte Nachahmung der Methoden der russischen Bauern- und Arbeiterrevolution. Aber selbst, wenn man die vier Unterzeichner der Resolution, Adler, Ledebour, Grimm, Wallhead vor die Maschinengewehre stellen würde, sie würden nicht sagen können, welche anderen Methoden als die in ihrer eigenen Resolution genannten die Kommunistische Internationale vorschlägt. Der zweite Unterschied, auf den sie die Existenz der 2½ Internationale bauen wollen, ist das angebliche Verkennen der Mannigfaltigkeit der Struktur der verschiedenen Länder und der in ihnen anzuwendenden Taktik durch die Kommunistische Internationale. Aber wieder könnte man die viere an die Wand stellen, ohne daß sie sagen könnten, welche verschiedene Taktik sie außerhalb der genannten, allgemeinen, von ihnen empfohlenen für zulässig halten? Sollte vielleicht die Sache so gemeint sein: Als allge-

meine Taktik empfehlen wir die revolutionäre Aktion bis zum Massenstreik und bewaffneten Aufstand. Als spezielle Taktik lassen wir aber die Koalition mit den Christlich-Sozialen zu, mit denen bisher die Partei Friedrich Adlers in einer Regierungsaß? Wir glauben eben, daß so und nicht anders die Sache gemeint ist, sonst würden die Herren nicht so zittern um die Autonomie der Einzelparteien, die Moskau angeblich antastet. Denn, wenn die Autonomie nur dazu dient, die gemeinsamen revolutionären Grundsätze in einzelnen Ländern anzuwenden, dann ist sie kein Gegensatz zu straffer, internationaler Zentralisation, sondern ein Instrument dieser Zentralisation. Daß es den vier Propheten darum geht, auf dem Papier revolutionäre Losungen niederzuschreiben, und in der Praxis reformistische Politik zu treiben, das beweist auch ihr Verhältnis zur Frage der Trennung von den Reformisten. Mit der Miene von Biedermännern erklären sie, die Parteien ändern sich, und die Menschen ändern sich. Sie werden durch ihre Fehler klüger. Man soll nicht jemanden aus der Internationale ausschließen, weil er früher Sozialpatriot war. Und man soll ihn nicht demütigen. Man soll von ihm nicht fordern, er müsse barfuß im Bußkleid, in Sack und Asche, nach Canossa wandern. Das ist sehr rührend und menschlich. Und die Kommunistische Internationale hat noch von keiner ihr angeschlossenen Partei gefordert, sie solle die Reformisten, die dem Reformismus abgesagt haben, im Kreml auf dem Altare zu Ehren Lenins schlachten. Sie fordert nur den Ausschluß der Reformisten und Sozialpatrioten, die Reformisten und Sozialpatrioten geblieben sind. Mit unschuldiger Miene wenden hier die Ledebour und Grimm, die Adler und die Wallhead ein: Und wenn solch ein armes Menschenkind von Reformist still und sittlich in der Partei bleibt und sich der Parteidisziplin unterwirft, warum soll man ihn aus der prole-

tarischen Familie wie einen räudigen Hund ausstoßen? Das Herz kann ihm doch dabei brechen. Nicht ohne Schlauheit versteht man die Dinge so zu wenden. Robert Grimm weiß, daß in dem Schweinestall, der sich Schweizerische Sozialdemokratie nennt, nicht er, sondern die reformistische Minderheit das Heft in den Händen hat. Die Gustav Müller, die Greuliche, die Jean Sigg und der Schwarm von Polizei- und Finanz-Direktoren, die sie umgeben, sie sitzen in allen parlamentarischen und Gemeinde-Fraktionen, sie haben den Machtapparat der Partei in den Händen. Sie fügen sich der Disziplin auf dem Parteitag und pfeifen tagtäglich auf seine Beschlüsse. Und wie steht es in der deutschösterreichischen Sozialdemokratie? Werden sich Herr Seitz, Ellenbogen, Leuthner, Renner, viel um die revolutionären Grundsätze, die Friedrich Adler in Innsbruck in seinem Herzen entdeckt hat, kümmern? Sie werden sich den Teufel um sie scheren, denn läßt man sie in der Partei, so hat man bewiesen, daß man der Parteieinigkeit wegen dem Krach aus dem Wege gehen wird. Jean Longuet hat sich jetzt zusammen mit dem alten Lakaien der französischen Bourgeoisie, mit Renaudel und seiner Klique, zu einer Partei verbunden, die der 2½ Internationale angehören soll. Wer glaubt auch nur einen Augenblick, daß Renaudel aus Parteidisziplin die Vaterlandsverteidigung praktisch ablehnen wird, wenn es darauf ankommt, was die Innsbrucker Leitsätze von ihm fordern. Die Toleranzklausel der 2½ Internationale macht sie aus einer Kampfesgenossenschaft gegen den Kapitalismus zu einem toleranten Hotel, wo jeder absteigen kann: der eine, um sittsam zu schlafen, der andere, um nicht sittsam zu „wachen".

Das Verhältnis zu den Reformisten, das ist der Angelpunkt der ganzen Frage von dem Aufbau der Internationale. Wer sich von den Reformisten, die Träger der bürgerlichen Politik in der Arbeiterbewegung sind, nicht trennen will, der wird niemals die noch so revolutionär klingenden Grundsätze praktisch ausführen. Die Grundsätze

werden ihm dienen zur Einschläferung der revolutionären Masse, und die Reformisten zur Verbindung mit der Bourgeoisie. Camille Huysmans, der kluge Zyniker, hatte vollkommen recht, als er über die Männer der 2½ Internationale sagte: „Sie denken wie wir und sie sprechen wie die Moskauer. Wir können nur beifügen: Sie denken nicht nur wie die Sozialpatrioten, sondern sie handeln wie die Sozialpatrioten. Nichts beleuchtet besser das Wesen der 2½ Internationale als die Tatsache, daß ihre Hauptbegründer dieselben Crispiene und Hilferdinge sind, die im Moment, wo sie diese sogenannte revolutionäre Internationale gründen, also das internationale Proletariat zur gemeinsamen Aktion gegen den Kapitalismus führen wollen, gleichzeitig sich gegen den Zusammenschluß zur gemeinsamen Aktion mit den Kommunisten wenden und sich dadurch mit den Sozialdemokraten zur Aktionslosigkeit vereinigen. Nach diesen Taten wird die 2½ Internationale beurteilt, nicht nach ihren Worten und Prinzipien. Die Prinzipien sind für die Opportunisten so billig wie Brombeeren, wenn sie nur das Proletariat von der revolutionären Aktion zurückhalten können.

6. Die Zukunft der 2½ Internationale.

Die 2½ Internationale ist eine Organisation ohne selbständige politische Idee. Sie ist eine Organisation, die die von der Kommunistischen Internationale entlehnten und verwässerten Ideen nicht gewillt ist, im Leben praktisch durchzuführen. Sie ist überhaupt keine internationale Organisation des Proletariats, sondern sie will bewußt eine internationale, lose Föderation der nationalen, zentristischen Parteien sein. Wie wenig sie auf ihre eigene Kampfes- und Lebensfähigkeit vertraut, beweist sie am besten, indem sie sich krampfhaft an die Amsterdamer Gelbe Gewerkschaftsinternationale klammert. Aber trotzdem wäre es ein Fehler, anzunehmen, daß sie unfähig ist, zu exi-

stieren. Wenn die revolutionäre Bewegung in den westeuropäischen Ländern sich nicht bald in schnellerem Tempo entwickeln wird, wenn der Prozeß der Radikalisierung der Arbeitermassen nicht schnell vor sich geht, so wird die 2½ Internationale die noch nicht entschieden revolutionären Arbeitermassen vor dem Zusammenschluß mit der Komm. Internationale zurückhalten. Sie wird das Heim sein für die politisch Obdachlosen, die sich nicht für hüben oder drüben entscheiden können. Ihre Existenz wird natürlich eine Scheinexistenz sein. Unfähig zu Taten, unfähig die lebendige, die revolutionäre Vorhut des Weltproletariats zu werden, wird sie die Illusion der Nachtruppen des Proletariats sein, solange sie durch die Ereignisse nicht an die Front der Weltrevolution getrieben werden.

Wie groß noch diese Massen der Zaudernden sind, das zeigen am besten die jüngsten Vorgänge in der Italienischen Sozialistischen Partei. Die Italienische Sozialistische Partei galt als eine der größten Parteien der Kommunistischen Internationale. Die hinter ihr stehenden Zehntausende und aber Zehntausende Arbeiter haben sich in den Vorgefechten der italienischen Revolution bewährt. Ihre Sympathien für Sowjet-Rußland haben sie aktiv ausgedrückt in der Zeit der größten Gefahren, die Sowjet-Rußland drohten. Sie haben sich für die Diktatur des Proletariats ausgesprochen. Sie haben die Idee der Arbeiterräte in sich aufgenommen und sie haben sogar versucht, in einer revolutionären Aktion die Kontrolle der Produktion durch Betriebsräte zu verwirklichen. Und trotzdem waren sie noch mit der reformistischen Vergangenheit durch Bande verbunden, deren Bedeutung sie selbst nicht verstehen, obwohl diese Bande drohen, die italienische Revolution zu erdrosseln. Weil die Reformisten in der italienischen Arbeiterbewegung sich vor dem Kriege gespalten haben, weil ihr offen imperialistischer Teil schon vor dem Kriege aus der Partei ausgeschieden ist, sieht die Mehrheit der ita-

lienischen revolutionären Arbeiter die Gefahr nicht, die darin besteht, daß ihre Führerschaft durchsetzt ist mit den demokratisch - pazifistischen Elementen, die Gegner der sozialen Revolution, die Gegner der Diktatur des Proletariats sind. Und diese Masse, die sich als ein Vortrupp der Kommunistischen Internationale hielt, hat in einem Teil, als sie zu entscheiden hatte zwischen den reformistischen Führern und der Kommunistischen Internationale, sich für die reformistischen Führer, gegen die Kommunistische Internationale ausgesprochen. Die Tatsache, daß diese hinter Serrati stehenden Arbeiter tief überzeugt sind, daß sie trotzdem der Kommunistischen Internationale treu geblieben sind, die Tatsache ist ein Beweis nicht gegen, sondern für die Größe der zentristischen Gefahr in der internationalen Arbeiterbewegung.

Das Gift des zentristischen Gedankens hat sich tief in die Arbeiterklasse hineingefressen. Dieses Gift auszutreiben, wird nur die Weiterentwicklung der Weltrevolution imstande sein. Es kann nicht auf theoretischen Wegen und Propaganda überwunden werden. Es wird nur überwunden durch den Kampf, der die Masse mit Entschiedenheit erfüllt, mit der Ueberzeugung, daß jedes Wanken in einer entscheidenden Situation den Tod bedeutet. Aber die Einsicht, daß der zentristische Geist erst in der Weltrevolution und durch sie überwunden werden kann, bedeutet nicht, daß die Kommunistische Internationale ihn in sich aufnehmen könnte, damit er in der Zukunft von der Revolution überwunden werde. Es ist selbstverständlich, daß, wo sich in ihren Organismus das zentristische Gift einschleicht, die angekrankten Glieder entfernt werden müssen, um nicht den ganzen Körper zu verseuchen. Mögen die Hilferdinge nur ruhig höhnen, wir seien Sektierer, die sich von der Arbeitermasse abschließen, wenn sie nicht bereit ist, alle unsere Rezepte ohne weiteres anzunehmen. Die Kommunistische Internationale ist die revolutionäre Vorhut des

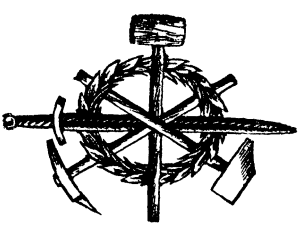
Proletariats. Und je mehr sie sich bewußt ist, daß sie in Fühlung, in stetigem Kontakt mit der sich langsam entwickelnden Arbeitermasse bleiben muß, desto mehr muß sie darum besorgt sein, daß in ihren Reihen, in den Reihen der Vorhut, ein ruhiges, sicheres Ziel- und Wegbewußtsein herrsche. Wer die Massen zum revolutionären Kampf führen will, muß mit ihnen natürlich in innigstem Kontakt sein. Er darf die Richtung ihrer spontanen Bewegung nicht willkürlich bestimmen wollen. Das tat die Kommunistische Internationale niemals. Sie setzt sich ihre Ziele auf Grund der Erfassung der Tendenzen der Entwicklung der Weltrevolution. An den Zielen der Kommunistischen Internationale festzuhalten, heißt nicht, doktrinär der Arbeitermasse seine eigenen Wünsche entgegenzustellen, sondern es heißt, an dem heutigen Tage der Arbeiterklasse an ihren morgigen Tag zu denken, es heißt, über die Windungen des Weges hinaus sein Ziel vor den Augen zu behalten. Es heißt, in der Bewegung der wankenden, oft vor den Konsequenzen ihres Kampfes zurückschreckenden, sich erst entwickelnden revolutionären Masse eine feste, geschlossene Avantgarde zu bilden, und mit ihrer Hilfe die Masse immer vorwärts zu treiben und zum Siege zu führen. Aus diesem Verhältnis ergibt sich die Notwendigkeit nicht nur des Zusammenhanges mit der noch schwankenden Masse, sondern auch die Pflicht des schärfsten Kampfes gegen alle ihre Illusionen, alle ihre Schwankungen und in erster Linie gegen die Ideologien des Zentrums, seine Führer und seine Organisationen. Das Verhältnis der Kommunistischen Internationale zur 2½ Internationale muß darum in erster Linie ein Verhältnis des Kampfes sein.

Je schärfer, je gründlicher wir den Lug und Trug, das Schwanken und Wanken der 2½ Internationale bekämpfen, desto fester werden wir unsere Reihen zusammenfassen, und auf die hinter der 2½ Internationale stehenden Massen einwirken. Mit diesen Massen wollen

wir kooperieren, wo sie nur in den Kampf treten. Mit ihren Führern wollen wir rücksichtslos kämpfen, wo nur und wann nur sie die Massen irreführen, wo nur und wann nur sie im Kampfe versagen.

Die Geschichte der rechten deutschen Unabhängigen nach der Spaltung in Halle hat gezeigt, wie sehr und wie schnell sie sich nach rechts entwickeln, nachdem sie den Ballast der revolutionären Arbeiter verloren haben. Diese Selbstdemaskierung der zentristischen Elemente wird den Sieg der Kommunistischen Internationale beschleunigen. Die 2½ Internationale ist ein Produkt des revolutionären Prozesses, den die ganze Welt durchmacht. Aber sie ist nicht ein Produkt, in dem sich der schaffende Geist der Weltrevolution ausdrückt. Sie ist ein decoctus historiae, ein Ausscheidungsprodukt der Weltrevolution. Darum wird die 2½ Internationale von dem Strom der Weltrevolution weggespült, sobald er in schnellere Bewegung gerät. Bis zu dieser Zeit haben wir sie zu bekämpfen als eine belastende Tradition, die das Aufwachen der Arbeiterschaft zum revolutionären Kampfe aufhält.

Karl Radek.



Die ausländischen Konzessionen.

I.

Das Dekret des Rats der Volkskommissare über die Konzessionen an Ausländer vom 23. November 1920 führt in ganz allgemeinen Umrissen die Bedingungen an, unter denen das auswärtige Kapital in Sowjetrußland das Recht erhalten könnte, gewisse Naturreichtümer, wie Wald und Mineralien auszubeuten. Schon dies allein genügte aber, um unter der Bourgeoisie Alarm zu schlagen. Jede einzelne nationale Gruppe befürchtet, daß andere ihr zuvorkommen könnten.

Die Gerüchte, daß das Konzessionsgeschäft mit einigen Kapitalistengruppen bereits in Gang komme, waren durchaus nicht angetan, die Gemüter zu beruhigen. Die französische Bourgeoisie beansprucht für sich das Vorrecht auf Ausbeutung sämtlicher Naturreichtümer Rußlands. Mit bitterem Vorwurf wendet sie sich an die englischen Kapitalistengruppen, die sich bereits anschicken, die Konzessionsverträge zu unterschreiben. Haben die Engländer denn ganz vergessen, daß die französische Bourgeoisie durch Gewährung von Anleihen, die den Zusammenbruch der Romanowschen Herrschaft eine Weile hinausschoben, sich ein heiliges Anrecht auf Rußland erworben hat? Japan erhebt seinerseits Einspruch gegen die amerikanischen Kapitalisten, die bei ihrer Bewerbung um Konzessionen auf Kamtschatka die alleinigen Rechte Japans auf den Fischfang unerlaubterweise außer Acht lassen.

Allem Anschein nach wird sich in der Konzessionsfrage dieselbe endlose, widerwärtige Geschichte abspielen wie in der Frage der Aufhebung der Handelsblockade gegen Sowjetrußland. Ein ganzes Jahr ist bereits ins Land gegangen, seit man erklärte, daß die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland eine Frage der nächsten Zeit sei. Ende März wird es ein Jahr, seit unsere Delegation nach dem Westen abreiste, und zwar anfangs als Delegation des Zentralverbandes

der Genossenschaften. Die Ententeregierungen wollten nicht freimütig eingestehen, daß sie mit ihren Versuchen die sozialistische Republik zu erdrosseln, eine Niederlage erlitten haben; sie wollten durch diese Form heuchlerisch den Anschein erwecken, als ob sie unter Umgehung der Sowjetmacht mit den russischen Genossenschaften Handelsverbindungen unterhalten könnten.

Hier harrte ihrer aber eine neue Niederlage. Die russischen Genossenschaften verwandelten sich (alsbald) aus weißgardistischen in sowjetische Arbeiter- und Bauernorganisationen. Anstatt es mit einem Faktor zu tun zu haben, welcher der Sowjetmacht versteckt oder offen feindlich gewesen wäre, sahen sie sich einem anderen gegenüber, der im Gegenteil ein Organ dieser Macht war. Anstatt mit einer Organisation Handel zu treiben, die bestrebt gewesen wäre, den Warenaustausch zum Schaden der gegenwärtigen Ordnung in Rußland auszunutzen, hätten sie es durch eine Sowjetorganisation tun müssen. Dies hätte aber nur zur größeren Festigung der Sowjetordnung beigetragen. Es versteht sich daher, daß die Bourgeoisie alle möglichen und unmöglichen Hebel in Bewegung setzte, um die Verhandlungen über Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen in die Länge zu ziehen. Der Vormarsch der weißpolnischen Truppen und Wrangels rief in ihnen aufs neue die Hoffnung wach, daß die reaktionäre Umwälzung in Rußland endlich gelingen und die Macht in die Hände einer Regierung übergehen werde, die der Entente ein treuer Diener sein würde.

Ein Jahr ist verstrichen, seit die Verhandlungen über den Warenaustausch begannen, und die Ententeregierungen haben die Frage der Handelsbeziehungen derart verwickelt, daß nur ein energischer Druck des westlichen Proletariats sie über den toten Punkt hinausführen kann. Sonst werden die willkürlichen Forderungen, die bald die französische, bald die englische Regierung, bald beide zusammen immer wieder von neuem aufstellen, kein Ende nehmen, Forderungen, die mit der für Rußland und für den Westen gleich notwendigen Aufhebung der Handelsblockade absolut nicht in Einklang zu bringen sind.

Die Konzessionen verfolgen in erster Linie das Ziel, die Wirkung, die der Warenaustausch ausüben soll, zu verstärken und zu beschleunigen. Das Wirtschaftsleben Europas hat an den Folgen des imperialistischen Krieges schwer zu tragen. Es macht eine schwere, sich immer verschärfende Krise durch. Die Ursache dieser Krise liegt nicht nur in der Unmöglichkeit,

die kapitalistische Disziplin wiederherzustellen und die Arbeiter zu zwingen, ihre frühere Lebensweise fortzusetzen und fernerhin Frondienste zu leisten, damit die Bourgeoisie sich bereichere; wir müssen die Ursache auch in dem stetig wachsenden Mangel an Brennmaterial und Rohstoffen suchen, unter dem Europa recht fühlbar zu leiden hat. Hierzu gesellt sich noch der Mangel an Getreide und anderen Lebensmitteln, der dazu angetan ist, den Ausbruch der Revolution zu beschleunigen.

Seit April 1919 hat die Entente eine überaus energische Handelsblockade über uns verhängt, die außer der wirtschaftlichen Erdrosselung der Sowjetrepublik auch noch das Ziel verfolgte, eine Art „Sanitätskordon" zu ziehen, um die Verschleppung der sozialistischen Ansteckung von Osten nach Westen zu verhüten. Es ist aber ein zweischneidiges Schwert, dessen die Entente sich bedient. Man kann ein riesiges Land, das in der Versorgung des Westens mit Getreide (bis zu 50 Proz. des eingeführten Getreides stammte aus Rußland), mit Brennmaterial und Rohstoffen eine große Rolle spielte, nicht ungestraft aus dem Netz der internationalen Handelsbeziehungen ausschließen. Statt das Anwachsen des revolutionären Kampfes aufzuhalten, hat diese Maßnahme durch Verschärfung des Hungers und der Arbeitslosigkeit in den westlichen Ländern ihn auf das äußerste verstärkt und beschleunigt.

Aber die Bourgeoisie kann nicht einfach zugeben, daß sie eine Dummheit begangen hat und offen den Warenaustausch mit Sowjetrußland beginnen. Trotz all ihrer heuchlerischen Redensarten weiß sie nur zu gut, daß der Warenaustausch mit dem Westen eine weitere Festigung der Sowjetordnung nach sich ziehen wird. Im Kriege hat sich die Sowjetmacht p o l i t i s c h behauptet; im Frieden hat sie sich w i r t s c h a f t l i c h gefestigt, und die Arbeiterklasse des Westens wird sich überzeugen müssen, daß der einzige Weg zur Ueberwindung des wirtschaftlichen Verfalls und zu höheren Gesellschaftsformen im Sozialismus zu finden ist.

Wir machen kein Hehl daraus, daß die Blockade uns sehr schwer getroffen hat. Unser ganzes Wirtschaftsleben hat sich unter den engsten Austauschbeziehungen zu dem Ausland entwickelt. Industrie, Landwirtschaft und Verkehr werden nur überaus langsam in Gang kommen, wenn der Westen uns nicht mit einigen Ausrüstungsgegenständen versorgt. Industriezweige, deren Entwicklung im Westen viele Jahrzehnte beanspruchte, lassen sich nicht in wenigen Jahren schaffen und

auf die nötige Höhe bringen. Der Ausgangspunkt unseres sozialistischen Aufbaus ist die Weltarbeitsteilung, die sich unter dem Kapitalismus eingebürgert hat. Wird die sozialistische Gesellschaft gewaltsam von den übrigen Ländern getrennt, so kann sie nur sehr langsam und nur mit großem Kraftaufwand aufgebaut werden.

Unser Warenaustausch mit dem Westen würde jedoch zu Anfang in ziemlich langsamem Tempo vor sich gehen. Der Umfang des Warenaustausches beschränkt sich auf den Grad unserer Lieferungsfähigkeit, d. h. auf das Quantum von Rohstoffen, mit dem wir die nach Rußland einzuführenden Industrieerzeugnisse bezahlen können. Unsere Rohstoff-Industrie und unser Verkehr haben aber durch den imperialistischen Krieg und auch durch den Klassenkampf, den wir drei Jahre lang gegen die gesamte kapitalistische Welt führen mußten, stark gelitten.

Es bildet sich somit ein circulus vitiosus. Liefert der Westen uns nicht die nötigen Maschinen, Lokomotiven, elektrisches Zubehör usw., so kann der Ueberschuß an Rohstoffen, Brennmaterial und Getreide, den wir an das Ausland abtreten könnten, nicht schnell genug abgegeben werden. Anderseits ist die Lage der Industrie im Westen hoffnungslos, wenn sie nicht Rohstoffe und Getreide von uns erhält. Infolge der revolutionären Gärung im Orient wird die Versorgung des Westens mit Rohstoffen und Lebensmitteln aus diesen Gebieten bald fühlbar zurückgehen. Die wucherische Ausbeutung durch das amerikanische Kapital wird sich noch mehr verstärken.

Wir schlagen dem westlichen Kapital nun vor, durch Uebernahme von Konzessionen die Ausbeutung der unermeßlichen Naturreichtümer Rußlands zu beschleunigen. Die Konzessionäre können die Produktionsmittel einführen, an denen es bei uns mangelt; sie können eine gewisse Anzahl qualifizierter Arbeiter und technischer Kräfte mit herüberbringen, die unsere einheimische Industrie nicht hat hervorbringen können. Während das westliche Kapital seine Rechnung mit uns durch einen gewissen Teil der Ausbeute begleicht, könnte es die Versorgung Europas mit Bau- und Stückholz, mit Papierholzmasse, Steinkohle, Getreide usw. in verhältnismäßig kurzer Zeit bedeutend heben.

Wir fürchten keineswegs, daß das Anschwellen der revolutionären Woge im Westen dadurch gehemmt werden könnte. Machtvoll hat die Bewegung eingesetzt; die proletarische Re-

volution im Westen kann durch die erhöhte Zufuhr von Getreide, Rohstoffen und Brennmaterial nicht verhütet werden.

Die Bourgeoisie des Westens weiß nur zu gut, daß die Konzessionen die Lage der Weltwirtschaft im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen verbessern könnten. Sie weiß, daß die Ausbeutung der russischen Wälder und Bergwerke ihr großen Gewinn einbringen würde und daß sie für die Sicherheit ihrer Kapitalanlagen in den konzessionierten Unternehmen nicht zu fürchten braucht, wenn sie sich nur ein für allemal von jedem ferneren Versuch lossagt, das Land der proletarischen Diktatur durch militärische Macht zu erwürgen. Man weiß im Westen die Sicherheit und die hohe Rentabilität einer derartigen Kapitalanlage richtig einzuschätzen. Daher auch der Entrüstungsschrei der Bourgeoisie aller größeren Staaten, daß man ihr zuvorgekommen sei und sie übergangen habe, sobald sie hört, daß irgend jemand schon Konzessionen von uns erhält.

Es beginnt derselbe unruhige, sinnlose Kampf, dasselbe Spiel wie in der Frage der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. Wie die Lage jetzt ist, gibt es keinen einzigen Ausweg für die Bourgeoisie. Wohin sie sich auch wenden mag, harrt ihrer entweder eine revolutionäre Zuspitzung der Gegensätze im eigenen Lande oder eine Festigung der sozialistischen Ordnung bei uns, die das Weiterbestehen der kapitalistischen Herrschaft im Westen unmöglich machen wird.

II.

Es wäre falsch, wollte man annehmen, daß die Konzessionen für uns bloß ein Mittel seien, dem Hunger und der Kälte, unter denen wir schwer zu leiden haben, baldmöglichst ein Ende zu machen. Sie sind keineswegs ein Mittel zur einfachen Wiederherstellung dessen, was der sechsjährige Krieg uns genommen hat; sie sind vielmehr ein Mittel, um von den politischen Prämissen des Sozialismus, die wir uns erobert haben, so schnell wie möglich zur tatsächlichen Verwirklichung des Sozialismus in allen sozialen Beziehungen schreiten zu können. Die Konzessionen sind ein ergänzender Hebel, der uns helfen soll, den Uebergang vom Kapitalismus durch die Diktatur des Proletariats zur kommunistischen Ordnung zu bewerkstelligen.

Wir alle wissen, daß die technische Basis, die wir vom Kapitalismus geerbt haben, selbst wenn sie durch den Krieg

nicht endgültig zerrüttet wäre, eine allzu schwache Stütze für die Diktatur der Arbeiterklasse ist. Bildet doch die Arbeiterklasse in Rußland zahlenmäßig nur einen kleinen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung. Von allen Seiten von kleinbürgerlichen Verhältnissen umgeben, fehlen ihr die günstigen objektiven Bedingungen für schöpferische sozialistische Arbeit. Ja, es gelingt ihr nur mit Mühe, den kleinbürgerlichen Geist in einigen ihrer eigenen Schichten zu bekämpfen.

Bei der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Industrie wird das Kapital sklavisch herzustellen versuchen, was es in der Vorkriegszeit besaß. Es wird eher wieder herstellen, als auf neuer Grundlage aufbauen. Die Eigentumsbeziehungen stellen sich hier der technischen Rationalisierung der Industrie, der Landwirtschaft und des Verkehrs als schier unüberwindliches Hindernis entgegen. Der Kapitalist wird sein Unternehmen an der früheren Stelle in Gang bringen, weil er dort sein Grundstück, seine Gruben und Bergwerke besitzt, wenn diese auch zur Hälfte schon erschöpft sind. Er wird zum Dampfbetrieb zurückkehren, da ihm noch einige Dampfkessel geblieben sind. Er wird die Gebäude nach altem Plan aufbauen, weil die Mauern der alten Fabriken noch dastehen. Er wird bestrebt sein, die Ausgaben nach Möglichkeit zu verringern und das Unternehmen schleunigst in Gang zu bringen, da seine Konkurrenten ihm sonst zuvorkommen könnten, und auch die Gläubiger nicht warten wollen. Durch das Kapital diktiert die Vergangenheit dem Unternehmer somit auf Schritt und Tritt ihren Willen. Die Forderungen der modernen Technik verschaffen sich nur vereinzelt Geltung, nur insofern, als sie einen Kompromiß mit dem Alten eingehen.

Das Proletariat hat durch Vernichtung des kapitalistischen und feudalen Eigentums den Grund und Boden freigemacht, der Industrie die Fesseln gelöst. Es kann frei und rationell an die industriellen Probleme herantreten. Das Alte, die Vergangenheit sind nichts weiter als ein Ausgangspunkt für seinen Aufbau. Die Grundlagen dieses Aufbaus bilden die von der Natur geschaffenen Bedingungen und die Möglichkeiten, die die moderne Technik bietet. Mit großer, fast schrankenloser Freiheit kann das Proletariat allen wirtschaftlichen Zufälligkeiten der gegenwärtigen Zeit, allem von der geschichtlichen Vergangenheit Uebernommenen gegenübertreten, das nicht nur in der Dampfepoche des Industriekapitals, sondern in manchen wesentlichen Zügen sogar in der handelskapitalistischen Epoche entstanden ist. Es kann seine Wirtschaft nach freiem, rationell

ausgearbeiteten, modernen Plan aufbauen, unabhängig von dem aus der alten, sehr alten Zeit übernommenen Knochengerüste der Eigentumsbeziehungen.

Die Erteilung von Konzessionen wäre kein revolutionärer Schritt, wenn die Sowjetmacht hiermit bloß das Ziel verfolgen würde, Spielraum zu gewinnen, Mittel für die laufenden Bedürfnisse zu beschaffen, einige Verbesserungen und Reparaturen vorzunehmen. In diesem Falle hätten wir es mit einer maskierten Anleihe zu tun, die in der Hauptsache ebenso unproduktiv und für unser Wirtschaftsleben als Ganzes ebenso nutzlos wäre, wie alle unproduktiven Anleihen.

In der Wirklichkeit aber sollen die konzessionierten Unternehmen als Bestandteil eines weiten, einheitlichen Programms dienen, das die Wiederherstellung unseres Wirtschaftslebens auf völlig neuen Grundlagen in Aussicht nimmt. Wo die kapitalistische Gesellschaft bei zögernden, kleinen „Halbreformen" stehen bleibt, tritt die proletarische Macht rationell, frei, revolutionär an das Werk heran.

Ende des vorigen Jahres erschien ein großes Sammelbuch unter dem Titel „Der Plan der Elektrifizierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik". Das Werk enthält Aufsätze einer Reihe hervorragender Fachmänner der Elektrotechnik, die die Frage von verschiedenen Seiten behandeln. Diese Aufsätze fußen ihrerseits auf zahlreichen, zum Teil bereits erschienenen, zum Teil im Druck befindlichen Vorarbeiten, die unser Wirtschaftsleben im Zusammenhang mit der geplanten Elektrifizierung eingehend und allseitig beleuchtete. Die umfangreiche, hauptsächlich aus der Feder des Genossen G. M. Krhishanowski stammende Einleitung enthält eine überaus klare, tiefe und allseitige Uebersicht dieser eine überaus klare, tiefe und allseitige Uebersicht dieser Arbeiten und bezeugt, daß der Verfasser nicht nur ein begabter Elektrotechniker, sondern auch ein hervorragender Wirtschaftler ist, der die seltene Gabe besitzt, seine Gedanken streng wissenschaftlich und zugleich klar und deutlich, in allen Einzelheiten durchdacht und begründet, mit bewundernswertem theoretischem Weitblick darzulegen.

Das Sammelwerk bietet viel mehr als sein Titel verspricht; denn das elektrifizierte Rußland wird ein ganz neues Rußland, ein Rußland des 20. Jahrhunderts sein, das alle Fesseln der Eigentumsbeziehungen abschütteln wird. Es wird ein Land sein mit planmäßig organisierter, vergesellschafteter Produktion, die nicht nur die Industrie und den Verkehr, son-

dern auch die Landwirtschaft umfaßt. Es wird das Land der größten Rationalität der Produktion sein, die die moderne Wissenschaft gestattet, eine werktätige Republik, die ein für allemal mit der Verschwendung der Arbeitskraft aufräumt. Mit einem Wort, es wird ein Land sein, das den Sozialismus verwirklicht, und eine Vorstufe zur kommunistischen Gesellschaftsordnung bedeutet.

Es sind keine Phantasten, keine Träumer, keine Utopisten, die die riesige Vorarbeit geleistet haben. Es sind Praktiker, die jeden Schritt, jedes Projekt an unseren wirtschaftlichen Möglichkeiten messen und kontrollieren. Die Behauptungen, die sie aufstellen, sind nicht aus den Fingern gesogen. Es sind die Anforderungen der modernen Technik, deren Gebote bisher durch die Enge der kapitalistischen Formen erstickt wurden. Dieser Plan, zu dessen Verwirklichung die sozialistische Regierung des Landes schreitet, ist nicht weniger realistisch als jeder andere Plan, den theoretisch und praktisch geschulte Ingenieure und Techniker für kapitalistische Unternehmer ausarbeiten. Der ganze Unterschied liegt bloß darin, daß wir alle kapitalistischen Unternehmer und zusammen mit ihnen alle Schranken und Hindernisse einer neuen Wirtschaftsweise beseitigen und die vergesellschaftete Wirtschaft ebenso betrachten, wie der einzelne Kapitalist sein einzelnes Unternehmen.

Aus Raummangel bin ich leider der Möglichkeit beraubt, eingehender bei diesem bemerkenswerten, von Fachleuten verfaßten Sammelwerk zu verweilen, das in jedem Absatz eine Anklage gegen den Kapitalismus, seine räuberische und unkundige Ausnutzung der Naturreichtümer, seine Verschwendung der lebendigen Menschenkraft, seine große Irrationalität ist. Ich will nur erwähnen, daß die planmäßige gesellschaftliche Ausnutzung selbst des spärlichen Inventars, das wir von der kapitalistischen Epoche übernommen haben, eine überaus erfolgreiche, die bisher erzielten Resultate um ein Vielfaches vergrößernde Maßnahme ist. (Siehe „Die Grundlagen des Entwurfs zur Elektrifizierung des Nordgebiets").

Auf Grund des Berichts des Genossen Krhishanowski nahm der 8. Kongreß der Sowjets dieses Programm der vollen Erneuerung Rußlands an, das unserer Arbeiterrepublik eine weite, feste Grundlage verleihen wird. Die Ausführung des Planes — zum mindesten in seinem grundlegenden Teil — ist auf 10 Jahre berechnet. Die Verfasser haben sich nicht bloß

auf die Ausarbeitung des Programms beschränkt. Sie haben gezeigt, wie wir es durch folgerichtiges Vorgehen in ein ausführbares Programm verwandeln können, das sogar mit unseren, durch den imperialistischen Krieg und die Angriffe der kapitalistischen Welt, die ihm folgten, aufs äußerste zerrütteten und geschwächten Mitteln verwirklicht werden kann. Sie haben gezeigt, daß die riesigen Arbeiten, die erst nach mehreren Jahren volle Resultate zeitigen können, planmäßig so verteilt werden können, daß gewisse Ergebnisse schon in kürzester Zeit selbst dem Dorfe zugute kommen. Ja, indem wir mit Arbeiten beginnen, die verhältnismäßig geringe Ausgaben beanspruchen, wie z. B. mit der rationellen Ausbeutung der nördlichen Wälder, werden wir ziemlich rasch die Mittel erlangen, die für die Ausführung der komplizierteren, bedeutenderen Teile des Programms erforderlich sind.

Die Verwirklichung dieses erstaunlichen, zugleich aber nüchternen und realistischen Programms wird im Laufe eines Jahrzehnts nicht mehr als die Hälfte, vielleicht sogar nicht mehr als ein Drittel der Gelder erfordern, die das Rußland der Romanow und Kerenski in den drei Jahren des imperialistischen Krieges verschleuderte.

Wir wollen jedoch in beschleunigtem Tempo zum Ziel gelangen. Es wird uns gelingen, die angegebenen Termine zu kürzen, wenn das westliche Kapital, durch die Aussicht auf hohen Gewinn angelockt und durch den wachsenden Mangel an Getreide, Rohstoffen und Brennmaterial gezwungen, einige der ihm angebotenen Konzessionen übernehmen wird. Das westliche Kapital wird auf diese Weise schneller zu dem erwarteten Gewinn kommen und die von ihm benötigten Rohstoffe usw. in größeren Quanten erhalten, als dies im Prozeß des sich langsam erholenden und entwickelnden Warenaustausches möglich wäre. Wir aber werden dadurch die Ausführung gewisser Teile unseres Programms beschleunigen und ausreichende Mittel zu seiner baldmöglichen Vollendung gewinnen.

Der Vorschlag ist klar. Die Kapitalisten würden bei diesem Geschäft ihre kapitalistischen Ziele verfolgen, während die sozialistische Gesellschaft ihren eigenen sozialistischen Zielen zustreben würde.

Gerade dies ist jedoch ein Grund für die Kapitalisten, unseren Vorschlägen mit größter Zurückhaltung und mit Mißtrauen zu begegnen.

Sie begreifen es wohl, daß unsere Vorschläge nicht nur ein Anerbieten an sie, sondern auch ein Aufruf an die Proletarier der ganzen Welt sind.

Durch die Gewährung der Konzessionen im Zusammenhang mit der Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens auf neuer Grundlage sagen wir den Proletariern der ganzen Welt: Seht, wie klein im Verhältnis zu den Unkosten für den Unterhalt des Heeres, der Flotte und des gesamten Unterdrückungsapparats des Kapitalismus die erforderlichen Mittel sind, um die Welt aus einer Hölle für die Arbeiterklasse in ein lichtes, freudeerfülltes Paradies zu verwandeln!

Seht, mit welchen Ketten der Kapitalismus nicht nur euch, sondern auch die Produktionstechnik gefesselt hat!

Es ist an euch, diese Ketten zu zerschlagen!

J. Stepanow.

Eine Aufgabe des französischen Kommunismus.

In einem in der „Revue de la Presse Russe" erschienenen ausgezeichneten Artikel „Neues über die russische Revolution" heißt es unter anderm: Unsere Revolution, die die Vorgeschichte der Menschheit abschließt und mit einer ganz neuen Seite ihrer wirklichen Geschichte beginnt, wirkt besonders interessant und lehrreich durch ihre vollständig neuen, riesenhaften Versuche.

Für uns Frauen, besonders für die französischen Frauen. ist die russische Revolution doppelt interessant, denn sie verwirklicht das Prinzip unserer Emanzipation in doppelter Beziehung: als Arbeiterin und als Frau. Indessen ist das Prinzip der Emanzipation der Frau als Frau in dem Lande, das bisher als das revolutionärste Land der Welt galt, nicht nur nicht verwirklicht, sondern nicht einmal theoretisch anerkannt. Und öfter als anderswo in Europa hatten wir in diesem Lande Gelegenheit, über die tiefsinnigen Worte Ibsens nachzudenken: „Das Menschengeschlecht umfaßt nicht beide Geschlechter, sondern nur das männliche."

Das Traurigste dabei war das Verhalten der bekanntesten Vertreter der Sozialisten und Syndikalisten (Renaudel, Jouhaux und Konsorten) und, ihrem Beispiele folgend, auch der ungeheuren Mehrheit der Organisationsmitglieder in dieser Frage. Mit der ihnen üblichen Verstocktheit und Dummheit und mit einem unverhohlenen Egoismus haben sich diese Herren stets irgend welcher aufklärenden Propaganda unter den Frauen widersetzt.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung besitzen wir eine kleine, — in der Tat sehr kleine! — Sammlung von Gesetzen, die das rechtlose Schicksal der französischen Frau ein wenig erleichtern: das Recht der Vaterschaftnachsuche auf gerichtlichem Wege (la recherche de la paternité), das Recht für eine verheiratete Frau, ihren Lohn selbst aufzuheben, die Forderung des Frauenwahlrechts usw. Man merkt auch nicht den geringsten Einfluß einer sozialistischen Tätigkeit im Parlament. Augenscheinlich haben die Sozialisten nicht gegen diese Gesetze gestimmt — wenigstens nicht alle unter ihnen —, aber zu ihrer Schande sei es gesagt, daß sie auch nicht ihre Urheber waren.

Vom politischen Standpunkte aus hat die Sozialistische Partei ebenfalls ein ausweichendes und doppelseitiges Spiel getrieben. Erst unter dem eisernen Druck der Frauenbewegung war sie gezwungen, und zwar seit 1908, auch weibliche Kandidaten bei den Wahlen in die Munizipalitäts- und gesetzgebenden Organe aufzustellen. Doch hat sie stets dafür Sorge getragen, daß dies in sehr geringer Anzahl und nur in solchen, sozialistisch vollständig „jungfräulichen", Wahlkreisen geschah, wo ein Durchfall von vornherein gesichert war, wo man nur auf eine lächerlich kleine Anzahl Stimmen hoffen konnte und die Wahlarbeit eine durchaus undankbare war. Hätte der Partei die Frauensache am Herzen gelegen, so brauchte sie ja nur in einem guten sozialistischen Wahlkreise, wo die Wahl eines Parteikandidaten von vornherein gesichert war, öffentlich damit ans Tageslicht zu treten. Vielleicht hätte diese kühne Neuerung eine Ungültigkeitserklärung der Wahlen nach sich gezogen, doch wäre der im Parlament verlorene Sitz in reichlichem Maße durch die großartige agitatorische Wirkung unter den Frauen und durch die kühne Geste aufgewogen worden. Doch unsere falschen „großen Männer" besaßen kein Verständnis dafür.

Auch von syndikalistischer Seite sind die Frauen nicht besser behandelt worden. Die ungeheure Mehrheit der zu Amsterdam gehörenden Gewerkschaften hat die Beteiligung der Frauen stets als ein notwendiges und unvermeidliches Uebel angesehen. Für diese Herren besteht noch die Frage: Hat die Frau überhaupt das Recht zur Arbeit? Jedenfalls verweigern sie ihr das Recht auf eine gut bezahlte Arbeit, das Recht auf eine ernsthafte technische Ausbildung und dulden sie nur in schlecht bezahlten Betrieben, wo keine Nachfrage nach qualifizierten Arbeitern besteht. Doch seit dem Kriege erweiterte sich das Feld der weiblichen Tätigkeit immer mehr. Die Frau ist so weit gekommen, daß sie für gleiche Arbeit gleichen Lohn fordert. Diese Forderung scheint in gewissen Kreisen schmerzlich empfunden zu werden, wie drei wenig bekannte Gewerkschaftsfunktionäre in Paris es an einem gewissen Maitage des Jahres 1920 offen ausgedrückt haben: „Daß die Frauen ebenso viel arbeiten wie wir, ist zulässig" — erklärte einer von ihnen — „aber sie dürfen nicht den gleichen Lohn haben: sie sind doch trotzdem nur Frauen!" Und ohne vom Dritten widersprochen zu werden, fügt der Zweite hinzu: „Dann lohnte es sich ja nicht mehr, ein Mann zu sein!" . . .

Solche Reden sind schreckenerregend. Diese Geistesgesinnung von Sklaven, die um jeden Preis die Frauen wieder als ihre Sklaven erhalten wollen, ist bedauernswert und zeugt von einem grenzenlosen moralischen Verfall. Es ist daher verständlich, daß die Frauen und besonders die Frauenrechtlerinnen sich unter diesen Umständen stets

dem ferngehalten haben, was sich Sozialismus, Syndikalismus und überhaupt „freiheitliche Bewegung" nennt.

Die Frauen werden aber nicht den gleichen Abscheu vor dem Kommunismus empfinden, wenn sie ihn erst kennen und wissen werden, was er für sie erstrebt. Es ist jedoch Sache des Kommunismus, der Frau entgegenzugehen, ebenso wie er dem Matrosen, dem Soldaten, dem Bauer entgegenkommt, d. h. mit einer besonderen, ihren Verhältnissen angepaßten Propaganda.

Doch die französischen Kommunisten sehen das nicht ein. Euch russischen Kommunisten, Frauen und Männern, liegt deshalb die Pflicht ob, sie darüber aufzuklären. Ihr habt beizeiten erkannt, daß die Frauenpropaganda notwendig ist und habt in Moskau ein besonderes Zentrum für die Arbeit unter den Frauen geschaffen. Ist das bei Euch notwendig, so um wieviel notwendiger bei uns, wo seit 130 Jahren eine männliche und bürgerliche Demokratie die widernatürlichsten Bedingungen der sozialen Verhältnisse aufrecht erhält.

Seid versichert, daß die besondere agitatorische Arbeit unter den Frauen keine vergebliche Arbeit sein wird! Ihr wißt besser als irgend jemand anders, von welcher Bedeutung der Enthusiasmus und der Wille der Frau in Zeiten der Revolution sind; Ihr habt die russischen Frauen bei der Arbeit gesehen. Wenn Ihr die französischen Frauen nicht bei der Arbeit seht, so liegt das daran, daß bis jetzt niemand daran gedacht hat, mit ihnen zu sprechen, sie aufzuklären, sie für die Sache der allgemeinen Befreiung zu gewinnen. Abseits aller jetzt die Menschheit bewegenden Strömungen harren sie Eurer. Geht zu ihnen, Ihr, die Ihr alles wagt und alles könnt! Mit dem sie auszeichnenden Kampfeifer werden sie sich sofort an Eure Seite stellen. Nur dann wird der sichere Sieg des französischen Proletariats über seine Unterdrücker möglich werden — der Sieg der Arbeit, der, wie es in dem oben erwähnten Artikel heißt „die erste Seite der wirklichen Geschichte der Menschheit ausfüllen wird."

Helene Brion.

„Vom 18. März bis zum Eindringen der Versailler Truppen in Paris blieb die proletarische Revolution so rein von allen den Gewalttaten, von denen die Revolutionen, und noch mehr die Konterrevolutionen der „höheren Klassen" strotzen, daß die Gegner keine andere Handhaben für ihre Entrüstung finden, als die Hinrichtung der Generale Lecomte und Clement Thomas und den Zusammenstoß auf der Place Vendôme.

Einer der bonapartistischen Offiziere, der bei dem nächtlichen Ueberfall auf Montmartre eine Rolle spielte, General Lecomte, hatte viermal dem 81. Linienregiment befohlen, auf einen unbewaffneten Haufen in der Place Pigale zu feuern, als die Truppen sich weigerten, schimpfte er sie wütend aus. Statt Weiber und Kinder zu erschießen, erschossen seine eigenen Leute ihn selbst. Die eingewurzelten Gewohnheiten, die den Soldaten unter der Zucht der Feinde der Arbeiter beigebracht wurden, verlieren sich selbstredend nicht in demselben Augenblick, wo diese Soldaten zu den Arbeitern übergehen. Dieselben Leute richteten auch Clement Thomas hin."

KARL MARX, „Der Bürgerkrieg in Frankreich".

Die Gegner der sozialen Revolution in England.

I.

Wie zwei feindliche Armeen stehen die Kapitalisten und die Arbeiterklasse Großbritanniens einander gegenüber. Die Klassengrenzen sind scharf gezogen; unmöglich sich darin zu irren, wer Kapitalist und wer Arbeiter, wer reich und wer arm ist. Jede der beiden Klassen stellt eine vollendete Organisation dar. Die Kapitalisten vereinigen sich in ihren Handelskammern, in den Verbänden der Unternehmer und Industriellen. Die Arbeiter sind in den mächtigen Gewerkschaften (Trade Unions) oder in den industriellen Verbänden (Industrial Unions) organisiert, wie die Föderation der Bergarbeiter Großbritanniens (Miners' Federation of Great Britain) ,die Nationale Eisenbahnerunion (National Union of Railwaymen), die Konföderation der Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie (Iron and Steel Trades' Confederation), die Vereinigte Ingenieurgesellschaft (Amalgamated Society of Engineers) und die Föderation der Transportarbeiter (Transport Workers' Federation).

Obgleich viele Arbeiter noch außerhalb der Gewerkschaften stehen, sind die organisierten Arbeiter in allen wesentlichsten Lebensfragen die Herren der Situation, da sie die Hauptindustriezweige in Händen halten. Mit anderen Worten: die Industrie des Landes könnte wohl ohne die unorganisierten, aber nicht ohne die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter weitergeführt werden.

Neben diesen beiden Hauptklassen haben wir in England die differenzierte Masse allerlei Gewerbe betreibender Personen, Literaten, Handelsreisender, Kleinbürger, die die Anhängsel des kapitalistischen Systems bilden. Diese Masse ist reaktionär, korrumpiert und verdankt ihre Erhebung über das Proletariat nur der Lüge und dem Betrug. Sie liefert den weißgardistischen Organisationen, den bürgerlichen Verbänden usw. das nötige Menschenmaterial.

II.

Die regierende, kapitalistische Klasse Englands ist die schlaueste, spitzfindigste und stolzeste der regierenden Klassen der Welt. Jahrhundertelange Erfahrung auf dem Gebiet des Stehlens, Plünderns und der Gewalttätigkeit in allen Weltteilen hat sie dazu gemacht. Sie hat mit allen Völkern und Ländern der Welt zu tun gehabt. Sie hat „regieren" gelernt, weil sie an allen Enden der Welt Kolonien besitzt, — obschon die letzten fünf Jahre des Raubens und Mordens in Irland eigentlich die Wahrheit des Ausspruches zu bestätigen scheinen, daß „Staatsmänner niemals lernen". Sie versteht es, eine Atmosphäre der Freiheit um sich zu schaffen und gleichzeitig mit eiserner Hand zu regieren und zu rauben. Sie versteht die demokratischen Grundsätze auszunutzen. Sie versteht es, eine „Preß- und Versammlungsfreiheit" zu gewähren, die in Wirklichkeit gar keine „Freiheit" ist. Sie versteht es, sich ankündigende Aufstände im Keime zu ersticken. Sie versteht es, die Führer der Massen in Indien, Ägypten, Südafrika und bei sich zuhause zu korrumpieren. Sie weiß, wie man die Führer der Arbeiterbewegung mit Ehren, Schmeichelei, öffentlichen Stellungen, Geld kaufen kann. Sie besitzt tiefe und weitgehende Kenntnisse der ökonomischen und politischen Kräfte. Sie verfügt über einen sorgfältig und gut organisierten Aufklärungsdienst. Die britischen Handels- und Geheimagenten sind vielleicht die

bestversorgten und bestausgerüsteten unter allen ähnlichen Kreaturen, und ihre Zahl ist Legion. Ueberall sind sie zu finden.

Es ist selbstverständlich, daß eine derartige regierende Klasse die Kunst der Selbstverteidigung, sowohl gegen innere Aufstände als auch gegen Angriffe von außen, in hervorragender Weise beherrscht. Die Politik Großbritanniens war von je her die machiavellistischste, die treuloseste und schlaueste aller Politik. Ist doch das kapitalistische Britannien als das „treulose Albion" unter allen Nationen bekannt! Wie oft hat nicht Großbritannien die kontinentalen Nationen gegeneinander aufgehetzt, damit sie sich gegenseitig zerfleischen und durch ihre Schwäche England die herrschende Stellung in ihren Ländern ermöglichen sollten! Und wie oft sind die Erhebungen der Arbeiterklasse im Inneren Englands entweder treulos verraten oder im Blute ertränkt worden!

Die britische kapitalistische Klasse verfügt erstens — über alle „Kräfte des Staates". Diese umfassen: das Parlament, eine gut organisierte Bürokratie, einen starken Gerichtsapparat, eine mächtige Polizei, endlich das Heer und die Marine. Militärpflicht gibt es nicht; daher ist die Armee eine freiwillige, eine Armee, die in Kasernen untergebracht ist und dem Volke entfremdet ist. Die Marine — der Stolz der herrschenden Klasse — ist sogar in noch größerem Maße von den Volksmassen isoliert. Nur selten erhalten die Matrosen, die besten Söhne der Arbeiterklasse, Urlaub, um an Land zu gehen. Dieser Urlaub wird meistens in den Hafenstädten, wie Portsmouth, Chatham, Dover, Liverpool oder Glasgow, zugebracht und wird verbracht in ungesunden Zerstreuungen — die natürliche Folge der dauernden Abgeschlossenheit an Bord der Kriegsschiffe.

Zweitens verfügt die englische kapitalistische Klasse über eine mächtige und wunderbar entwickelte Presse. In der ganzen Welt gibt es keine Zeitungen wie die kapitalistischen Zeitungen Großbritanniens. Sie sind einzig in

ihrer Art, und ihr Einfluß auf die Massen ist grenzenlos. In Millionen Exemplaren zirkulieren diese Zeitungen morgens und abends unter den Arbeitern. Ihre Lektüre verleiht der Lebensanschauung des Arbeiters die entsprechende Färbung, sie bestimmt in beträchtlichem Maße seine politischen Anschauungen, sie gibt seinen Gedanken eine bestimmte Richtung, sie modelliert seinen Geist zu sklavischer Hinnahme der Dinge, wie sie sind oder wie die Kontrolleure dieser Sprachrohre des Kapitalismus sie zu haben wünschen. „Geben Sie mir die Kontrolle über die Fleet Street" (Zentrum der britischen Presse) — „und in einigen Wochen haben wir eine Revolution", sagte Robert Williams auf einem kürzlich in London stattgefundenen Meeting. Robert Williams hat Recht. Hätten die Kommunisten zwei Wochen lang die Kontrolle über den „Daily Mail", „Daily Mirror", „Daily News", „Daily Sketch", „Daily Chronicle" und die übrigen kapitalistischen Zeitungen, so würde die Revolution unzweifelhaft ausbrechen, so groß ist ihr Einfluß. Die Kapitalisten sind sich ihrer Stärke in dieser Beziehung sehr wohl bewußt; daher gibt es in England nur eine Tageszeitung — der „Daily Herald", — die die Interessen der Arbeiterbewegung vertritt, und deswegen sind auch die Wochenzeitschriften der Arbeiter so klein.

Drittens verfügt die britische kapitalistische Klasse zur Verteidigung ihrer Interessen über sehr zahlreiche religiöse und halbreligiöse Organisationen — angefangen von der Staatskirche bis zur Wesleybruderschaft (Wesleyan Brotherhood). Für die Religion als solche haben die Massen im allgemeinen ein sehr geringes Interesse, aber viele dieser Organisationen haben tausende von ihnen beeinflußter Mitglieder, indem sie mit Hilfe von Sammelplätzen, Klubs, Gymnasien, sportlichen Veranstaltungen, Konzerten usw. ein gewisses soziales Milieu schaffen.

Durch diese mannigfaltigen Mittel hält die britische kapitalistische Klasse die Volksmassen in Unterwerfung.

III.

Daneben besitzt England in ausreichendem Maße seine Menschewiki, Sozialverräter und Betrüger der Arbeiterklasse. Diese sind nicht ganz so gut geschult wie ihre Brüder auf dem europäischen Kontinent — so z. B. besteht ein himmelweiter Unterschied zwischen Arthur Henderson und Emile Vandervelde. Der eine ist ein eher beschränkter Mann mit puritanischen Ansichten und mittelmäßiger Begabung, der andere — ein Gelehrter, ein Literat, ein glänzender Linguist und ein hervorragender Denker. Und doch — abgesehen von den aufrichtigen Menschewiki Ramsay Macdonald und Philipp Snowden — ist Arthur Henderson der Führer aller falschen Führer. Er vertritt ihren Typus — denn die britischen Arbeiterführer sind ein Typus für sich. Meistenteils besitzen sie keine Kenntnis von den sozialistischen Lehren und der Geschichte der Arbeiterbewegung, dafür aber in umso größerem Maße alle insularen Vorurteile und die Verstocktheit der großen Masse ihrer Landsleute. Ihre Karriere beginnt gewöhnlich in lokalen Gewerkschaftsabteilungen und geht weiter durch die Distriktsräte der Trade Unions bis zu den Vollzugsausschüssen. Dieser Weg gibt ihnen die Möglichkeit, sich eine große Redegewandtheit, einen, wenn auch sehr oberflächlichen, Witz und eine gewisse Portion Schlauheit anzueignen.

Wir haben bereits an anderer Stelle erwähnt, daß der britische Kapitalismus in diesen Arbeiterführern seine erste Verteidigungslinie sieht.

Das eigentümlichste bei diesen Führern ist, daß sie nicht „führen". Sie nennen sich nur „Führer". Der Abgeordnete J. H. Thomas z. B. oder der Abgeordnete Arthur Henderson lieben es, von sich direkt oder indirekt als von den Führern zu sprechen. Aber in Wirklichkeit führen sie nicht. Sie halten auf, sie hemmen, sie stellen Hindernisse in den Weg. Die kapitalistische Klasse hat

sie daran gewöhnt, jede Vorwärtsbewegung der Arbeiter aufzuhalten.

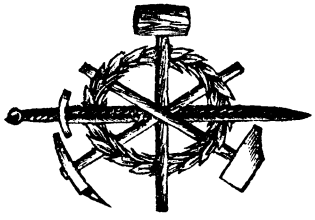
Sobald nur Gerüchte über Unzufriedenheit oder Streiks in einer Fabrik, einem Bergwerk oder auf einem Werk laut werden, werden diese Führer sofort in das bedrohte Gebiet gesandt, um durch ihre Ueberredungskunst, ihre Diplomatie, ihre Schlauheit den weiteren glatten Lauf der industriellen Maschinerie zu sichern.

Die Regierung verausgabte während des Krieges tausende Pfund Sterling für die Arbeiterführer, und tausende werden heute noch zu diesem Zweck verausgabt. Während die Ruinen Frankreichs und Flanderns vom Blute englischer Arbeiter getränkt wurden, während täglich die Söhne der arbeitenden Massen zu tausenden ihrem Tode entgegengesandt wurden, war es für jeden, der mit der Arbeiterbewegung vertraut war, ein Leichtes, auf den Gewerkschaftskongressen und wichtigen Arbeiterkonferenzen die Führer herauszufinden und zu sagen, in welchen Regierungskomitees sie saßen — in bezahlten Regierungskomitees, die wie Pilze aus der Erde schossen — und, bei einem einigermaßen tieferen Einblick wäre es auch ein Leichtes gewesen, ungefähr die Summen festzustellen, die diese Leute für ihre Unterstützung der brutalen Kriegspolitik der herrschenden Klasse erhielten. Diese Arbeiterführer verschachern der herrschenden Klasse den eigenen Einfluß auf die Massen für Geld und ehrenvolle öffentliche Aemter. Darin gleichen sie den Plebsführern des alten Rom, die des öfteren die Plebejer den Patriziern verraten haben. Noch gehoben wird der Einfluß dieser Arbeiterführer durch die kapitalistische Presse, welche sich in Lobgesängen ihrer Weisheit, ihrem gesunden Menschenverstand und Patriotismus überbietet. Ihnen zu Ehren veranstalten die Kapitalisten Banketts und Festlichkeiten. Wenn sie nach der Meinung der Kapitalisten ganz ungefährlich und zu zuverlässigen Werkzeugen geworden sind, gibt man ihnen den Titel des „Right Honourable"

(Titel der Parlamentsabgeordneten), macht man sie zu Mitgliedern des Kgl. Geheimen Rats (Kings Privy Council), zu Rittern der höchsten Orden und überhäuft sie mit Auszeichnungen. Die Führer der Britischen Arbeiterpartei, der Right Honourable Arthur Henderson, der Right Hon. J. R. Clynes, der Right Hon. J. N. Thomas usw. sind höchst „honourable" (ehrbare) Männer, und so ehrbar auch der Sekretär des Gewerkschaftskongresses — der Right Hon. C. W. Bowerman.

Es ist eine Tatsache, daß die Arbeiterbewegung in England sich in das Netz verstrickt hat, das die „ehrbaren" und von der kapitalistischen Klasse bezahlten Männer ihr geknüpft haben. Hauptsächlich von der Regierung angeworben aus dem Reiche der Gewerkschaftsbürokratie, von einer marktschreierischen Zeitungsreklame gepriesen, aber gewöhnlich lange nicht so intelligent wie ihre Herren und Meister — spielen diese Leute gern die Rolle des Judas.

Tom Quelch.



„In jeder Revolution drängen sich, neben ihren wirklichen Vertretern Leute anderen Gepräges vor. Einige sind die Ueberlebenden früherer Revolutionen, mit denen sie verwachsen sind, ohne Einsicht in die gegenwärtige Bewegung, aber doch im Besitz großen Einflusses auf das Volk durch ihren bekannten Mut und Charakter, oder auch durch bloße Tradition. Andere sind bloße Schreier, die, jahrelang dieselben ständigen Deklamationen gegen die Regierung des Tages wiederholend, sich in den Ruf von Revolutionären des reinsten Wassers zu bringen wußten. Auch nach dem 18. März kamen solche Leute zum Vorschein und spielten sogar in einigen Fällen eine hervorragende Rolle. Soweit ihre Macht ging, hemmten sie die wirkliche Aktion der Arbeiterklasse, wie sie die volle Entwicklung jeder früheren Revolution gehemmt haben. Sie sind ein unvermeidliches Uebel; mit der Zeit schüttelt man sie ab; aber gerade diese Zeit wurde der Kommune nicht gelassen."

KARL MARX, „Der Bürgerkrieg in Frankreich".

Parteiverschmelzungen in Ungarn und in Deutschland.

Die Verschmelzung der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei geschah in Ungarn unter ganz anderen Begleiterscheinungen als in Deutschland. Jene vollzog sich in einem Stadium der vorbereitenden Phase der Revolution, zu einer Zeit, als einerseits Sowjetrußland noch nicht genügend gefestigt war, als selbst in Rußland ein starker gegenrevolutionärer Ring die Rätediktatur der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu erwürgen drohte, als die wirtschaftliche Blockade der Entente das Sowjetsystem durch Aushungerung zu stürzen versuchte, anderseits als die Erschütterung des Kapitalismus im Weltmaßstabe sich zuerst offenbarte und zur Geltung kam, als die Welle der Weltrevolution sich nach aufwärts bewegte und ein rascheres Tempo versprach.

Zur Zeit der Verschmelzung der K. P. D. und U. S. P. D. erlebte die russische Sowjetmacht schon das dritte Jahr ihres Bestandes. Wiederholt bezwang sie die durch den Ententeimperialismus auf ihrem eigenen Gebiete organisierten gegenrevolutionären Armeen, kräftigte sich innerlich, ihre innen- und außenpolitische Linie ward klar und für das Weltproletariat verständlich. Sie rang nicht nur die wirtschaftliche Blockade der Entente nieder und schreitet so auf dem Wege der wirtschaftlichen Reorganisation vorwärts, sondern sie wurde auch zu einem weltpolitischen Machtfaktor. Nicht nur die Politik der Entente, sondern die aller Staaten der Welt ist durch ihre Stellungnahme zu Sowjetrußland charakterisiert.

Neben diesen entschieden wichtigen, aber doch äußerlichen Begleiterscheinungen sind noch andere vorhanden, die die Parteiverschmelzung in Deutschland von derjenigen in Ungarn wesentlich unterscheiden. Die zur Zeit der Parteivereinigung in Ungarn sich nach aufwärts bewegende revolutionäre Welle wurde durch eine Ebbe abgelöst. Die nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges in die proletarischen Parteien strömenden Lumpenproletarier und andere schwankende Schichten haben sich von den Proletariermassen losgelöst und stehen im Solde der Gegenrevolution. Die Bourgeoisie wurde bewußter, und die Gegenrevolution steht zur Abrechnung mit dem Proletariat gerüstet da.

Zur Zeit der ungarischen Parteivereinigung waren noch breite Massen des Weltproletariats in dem Irrtum befangen, daß die Revolution sich nur auf die besiegten Länder beschränken würde und die Siegerstaaten von ihr verschont blieben, so daß diese imstande sein würden, den Kapitalismus zu reorganisieren.

Zu jener Zeit waren in den Ententeländern nur sehr schwache Anzeichen einer Revolution bemerkbar. Die ungarische Parteivereinigung vollzog sich zur Zeit der Gründung der Kommunistischen Internationale. Die Kommunistische Internationale war damals noch schwach, die einzelnen Länder waren in ihr nur durch erst in der Bildung begriffene Parteien und belanglose Gruppen vertreten. Der überwältigende Teil des Weltproletariats glaubte damals noch an die Aktivität der Berner gelben Internationale. Heute hingegen ist die Zweite Internationale bereits tot, das Proletariat der ganzen Welt eilt mit Sturmschritten in die Kommunistische Internationale; selbst die pazifistisch orientierten sozialdemokratischen Parteien verließen das sinkende Schiff der Zweiten Internationale, um ohnmächtig abzuwarten, in welche Richtung der Sturm der Revolution sie schleudern wird. Seit der ungarischen Parteivereinigung wurde das Proletariat der

Ententeländer revolutioniert, und immer breitere Schichten treten für die Kommunistische Internationale ein. Die Kommunistische Internationale ist bereits das Herz des Weltproletariats geworden, und wenn sie auch heute noch keine Weltmacht ist, so stellt sie doch einen weltpolitischen Faktor dar.

Es ist ein gewaltiger Weg, den die Weltrevolution seit der ungarischen Parteivereinigung zurückgelegt hat. Dieser Weg der Weltrevolution, welcher zur gegenwärtigen Epoche führte, hat das Weltproletariat ganz anders eingestellt, als noch zur Zeit der ungarischen Parteivereinigung. In den Kämpfen der Revolution mit der Gegenrevolution wurde besonders das deutsche Proletariat ein ganz anderes, als es das ungarische zur Zeit der Parteivereinigung war.

Während des Weltkrieges war das ungarländische Proletariat einheitlich menschewistisch, und wenn auch eine revolutionäre Oberschicht vorhanden war, so war diese doch unfähig, den durch die Korruption der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie festgeschmiedeten Parteirahmen zu durchbrechen. Demgegenüber wurde der Rahmen der deutschen Partei schon bei Beginn des Krieges locker und brach inmitten des Krieges entzwei. Während nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges die Kommunistische Partei in Ungarn durch die Ausscheidung aus der Mutterpartei gegründet wurde, entstand die Kommunistische Partei in Deutschland durch die Ausscheidung aus einer durch die oppositionelle Gesinnung bereits gefestigten Zentrumspartei. Während es in der ersten revolutionären Welle dem linken Flügel der sozialdemokratischen Partei durch die rasche Machtergreifung des ungarischen Proletariats unmöglich gemacht wurde, sich zu einer Zentrumspartei herauszubilden, wurde dem deutschen Proletariat die Möglichkeit gegeben, den gegenrevolutionären Charakter der Sozialdemokratie zu erkennen und, wenn auch nicht

in die Kommunistische, so doch in die Zentrumspartei hinüberzuströmen. Während das ungarische Proletariat keine bewaffneten Kämpfe mit der Gegenrevolution ausgefochten hatte, waren die seit dem Zusammenbruch des Weltkrieges verstrichenen zwei Jahre für das deutsche Proletariat eine lange Kette von blutigen Kämpfen mit der Gegenrevolution, in welchen das zu der Zentrumspartei gehörende Proletariat mit den Kommunisten zusammen kämpfte, blutete und sein Leben opferte

Bei den Verschiedenheiten der beiden Vereinigungen ist dieser letzte Unterschied der wesentlichste, und dies ist das ausschlaggebende Merkmal der deutschen Vereinigung. In Ungarn vereinigte sich eine revolutionäre Partei mit der am Ruder befindlichen Sozialdemokratischen Partei zur Ausübung der Diktatur des Proletariats; in Deutschland hingegen vereinigen sich zwei Parteien, die bereits eine revolutionäre Vergangenheit hinter sich haben, für die Durchführung der Revolution, für den Machtaufstieg, für die Diktatur des Proletariats. Während für die ungarischen Sozialdemokraten die Vereinigung mit den Kommunisten bloß das Eingeständnis des Bankerotts ihrer bisherigen Politik und ausschließlich eine neue außenpolitische Orientierung bedeutete, ist die Vereinigung der U. S. P. D. mit der K. P. D. nur die organisatorische Vollendung dessen, was sich bisher gebildet hatte: der revolutionären Bereitschaft und Entschlossenheit der Massen.

Daher kommt es, daß bei der Verschmelzung in Deutschland jene Begleiterscheinungen fehlen, die in Ungarn in bedeutendem Maße vorhanden waren. Während in Ungarn die Verschmelzung der Organisationen nur mit der Ueberwindung der größten Hindernisse und unter persönlichen Schwierigkeiten vollzogen werden konnte, ergaben sich in Deutschland, nachdem schwere revolutionäre Kämpfe und eine lange anhaltende geistige

Vorbereitung vorangegangen waren, derartige Schwierigkeiten fast überhaupt nicht. Ohne den Verschmelzungsparteitag abzuwarten, wurde die Verschmelzung der Organisationen an unzähligen Orten bereits vollzogen, und der Verschmelzungsparteitag wird auf solche Weise eher zu einer bloßen Formalität, um jene Ueberreste aus dem Wege zu räumen, die noch auf das Bestehen zweier Parteien hindeuten könnten.

Die Rätediktatur in Ungarn veranschaulichte besonders die Rolle einer starken, gut organisierten kommunistischen Partei in der Revolution. Durch die Verschmelzung der beiden Parteien machte das deutsche Proletariat einen gewaltigen Schritt zur Eroberung der Macht. Durch die Verschmelzung der beiden Parteien erkennt es an, daß die revolutionäre Bereitschaft allein nicht genügt, denn zum Siege kann es ohne jene Waffe nicht gelangen, welche seinem Kampfe Geist, Richtung und Kraft verleiht. Und diese allerwichtigste Waffe ist die P a r t e i. Der Verschmelzungsparteitag ist bloß der Ausdruck jenes Willens des deutschen Proletariats, von dieser allerwichtigsten Waffe Gebrauch zu machen. Jene großen Kämpfe, die des deutschen Proletariats harren, werden die vereinigte Partei stählen, selbst jene blassen Nuancen verwischen, die heute noch vorhanden sind, und eben dadurch wird es unmöglich sein, daß sich solche Verräter finden werden wie in der vereinigten ungarischen Partei während der Rätediktatur. Die Lehren aus der Parteivereinigung und der Rätediktatur in Ungarn verwertet jetzt das deutsche Proletariat und in rascher Folge nach ihm das revolutionäre Proletariat der übrigen Länder.

Belà Szántó.

Zwei Revolutionen in Irland.

Vor weniger als neun Monaten gelang es der irischen Arbeiterklasse, in einem Entrüstungsausbruch gegen die britische Regierung, die mit der größten Seelenruhe zusah, wie zehn Sinnfeiner an den Folgen des Hungerstreiks im Gefängnis starben, die breiten Schichten der Mittelklasse und die irischen Intellektuellen in den ersten großen Nationalstreik hineinzuziehen. Es kam zu einem völligen, ausnahmslosen Stillstand in allen Zweigen der menschlichen Tätigkeit. Der Zusammenbruch des ganzen Regierungsapparates war so umfassend und allgemein, wie er nach dem großen Generalstreik von 1905 in Rußland beobachtet wurde. Doch wies der irische Generalstreik einen bis jetzt noch nie bemerkten Zug auf. Ueberall, in den kleinen Städten wie in den großen industriellen Zentren, in Galway und Limerick, in Waterford und Cork, lösten die organisierten Massen der Arbeiter und Bauern unter der Führung ihrer Gewerkschaftsvertreter die Organe der lokalen Selbstverwaltungen (Stadt- und Grafschaftsräte) auf. Und sie taten dies, trotzdem diese Organe im Laufe der letzten sechs Monate gänzlich unter der Kontrolle der Sinnfeiner (republikanischen) Mehrheit gestanden, jede Beziehung zu dem britischen Ministerium des Innern abgebrochen, seine Zirkulare nicht anerkannt und erklärt hatten, sich ausschließlich den Verfügungen des geheimen Komitees für innere Angelegenheiten von Dail Eireann, dem illegalen und revolutionären irischen Parlament, unterwerfen zu wollen. Auf diese Weise wurden sie zu illegalen und revolutionären Organen.

Obgleich das irische Proletariat kämpfte, um das Leben von Nationalisten und noch mehr von Trägern der Quintessenz der bürgerlich-revolutionären Ideologie zu retten, hielten die irischen Arbeiter es doch für notwendig, die nationalistischen, revolutionären Organe, die bisher die besten und standhaftesten Träger dieser Ideologie und in der Tat, auch des Kampfes des irischen Volkes im allgemeinen gewesen sind, aufzulösen. Ueberall rissen die Arbeiter die revolutionäre Flagge, die orange-weiß-grüne Trikolore der Irischen Republik herunter,

die zu verteidigen früher jeder ehrliche Ire als seine heilige Pflicht hielt, obgleich dies Verhaftungen und grausame Repressivmaßregeln seitens der Söldlinge Großbritanniens zur Folge hatte.

An Stelle der republikanischen Stadt- und Grafschaftsräte entstanden in einer ganzen Reihe von Ortschaften ohne Blutvergießen plötzlich Arbeiter- und Bauerndeputiertenräte, die auch tatsächlich an einigen Orten drei Tage lang, an anderen bis zu einer Woche existierten; an Stelle der republikanischen Trikolore erblickte man die rote Fahne der Arbeiter.

Die Bewegung flaute auf einmal ab, und die Erscheinungen verschwanden ebenso spontan wie sie entstanden waren, als die britische Regierung sich gezwungen sah, ihre Stellung schmachvoll aufzugeben und nach längerem Hungerstreik die unglücklichen Häftlinge freizulassen. Zur Zeit der Ereignisse selbst und auch später schien es, als ob die ganze Größe und Bedeutung der neuen Tendenzen unbemerkt vorüberziehen würde. Nur wenige verstanden es, aus dem Geschehenen einige Lehren zu ziehen.

Diese Erfahrung kann und muß jedoch ausgenutzt werden. Denn diese Erscheinung ist nur das deutlichste und auffallendste Merkmal einer ganzen Reihe von Symptomen, die, im ganzen genommen, den Marxisten und Kommunisten den einzigen Schlüssel zur richtigen Beurteilung der heutigen Lage in Irland geben können. Diese letzte, ebenso wie eine Menge anderer, weniger bedeutender Tatsachen lassen mit Bestimmtheit darauf schließen, daß in Irland, ebenso wie schon 15 Jahre vor der Februarrevolution in Rußland, zwei Revolutionen heranwachsen. Die eine ist ihrem Wesen nach, bürgerlich-idealistisch, die andere proletarisch-materialistisch; die eine, obgleich noch nicht vollendet, ist die letzte Stufe eines anhaltenden und allmählich sich entwickelnden Prozesses der nationalen Auflehnung; die andere trägt einen ausgeprägten Klassencharakter und wird, dank ihrem weit schnelleren Entwicklungstempo in 15 bis 20 Jahren die erste überholen; die eine birgt keine Gefahr mehr für das Bestehen des bürgerlichen britischen Reiches, während die andere zum ersten Mal in dem Jahrhunderte alten Kampfe gegen das britische Joch einerseits den Weg zum Vorstoß gegen das kapitalistische England und anderseits den der endgültigen Befreiung der irischen Arbeiter und Bauern erschließt.

Das gleichzeitige Bestehen dieser beiden revolutionären Strömungen, die schnellere Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins auf Kosten des nationalen

Bewußtseins, das alles läßt deutlich auf das Nahen der proletarischen Diktatur in Irland schließen und macht die dortige Lage für die russischen Genossen besonders interessant und verständlich.

* * *

Irland stellt in vielen Hinsichten ein Rußland in Miniatur dar. Eine große Ebene, eingeteilt in kleine Landparzellen (Farms), die im buchstäblichen Sinne des Wortes von hungrigen Barfüßlern bearbeitet werden, die alle Merkmale einer rückständigen oder künstlich in zurückgebliebenem Zustande gehaltenen Landwirtschaft trägt. Hie und da industrielle Inseln, große Städte, in denen arme Landleute, ohne von den alten und mächtigen Gewerkschaften geschützt zu werden, in die Hände der unbarmherzigen Ausbeuter fallen. Die obere Klasse besitzt unbeschränkte politische Gewalt im Lande und hat lange das Wachsen der einheimischen Industrie eingedämmt, aus Furcht, sie könnte der britischen Industrie Konkurrenz machen. Jetzt weigert sie sich aus dem gleichen Grunde, auch nur ein kleines Teilchen ihrer Gewalt einem nationalen Parlament von bürgerlichen und intellektuellen Deputierten abzutreten. Das einfache Volk ist überall — sogar in der besonders begünstigten englisch-schottischen Kolonie Ulster — unwissend, unkultiviert, die Beute eines kindlichen Aberglaubens des Katholizismus oder des rabiaten Fanatismus der protestantischen Kirche. Die Intelligenz ist durch das gemeinsam getragene Joch heute noch eng mit dem Volk verknüpft und besitzt mehrere sympathische Nationaleigenschaften, aber auch Laster — Trunkenheit, geistige Zügellosigkeit, politische Unverantwortlichkeit, Unbeständigkeit und die stete Neigung zu religiösem Mystizismus. Die bedeutende Klasse der Farmer wurde im Laufe der letzten 30 Jahre durch Parlamentsbeschlüsse künstlich geschaffen (Aufteilung des Großgrundbesitzes), um als soziale Stütze der fremden Regierung zu dienen, welche Aufgabe sie bis vor kurzem auch glänzend erfüllt hat. Das alles sind die charakteristischen Merkmale des alten Irland, und die russischen Genossen werden in ihnen außergewöhnlich viel Gemeinsames mit ihrem alten Rußland finden.

Es ist sehr begreiflich, warum alle Versuche der Bourgeoisie und der Intellektuellen, eine wirklich nationale Befreiungsbewegung ins Leben zu rufen — vom Aufstand Wolfe Tone's im Jahre 1798 bis zu den blutigen Krawallen in Dublin Ostern 1916 — immer im Blute ertränkt wurden und mit einem

völligen Fiasko endeten. Und es ist leicht erklärlich, warum nur das Auftreten einer gänzlich neuen, für die kapitalistische Epoche charakteristischen Massenbewegung — das Erwachen des sozialen Bewußtseins bei dem Proletariat — zum ersten Mal in Irland im ganzen irischen Volke einen noch nie dagewesenen Aufschwung des Kampfes um seine Freiheit herbeiführen konnte.

Vor 20 Jahren, als die Führer der internationalen Arbeiterbewegung noch garnicht an praktische Schritte für den Uebergang zum Sozialismus dachten, sondern dies für die Sache einer fernen Zukunft hielten, und als die Parole „Diktatur des Proletariats" entweder noch gar nicht aufgestellt war, oder in völligem Unverständnis ihrer Bedeutung angewandt wurde, gründete der irische Arbeiter und Marxist James Connolly, der sich durch härteste Entbehrungen und grenzenlose Anstrengungen zum Klassenbewußtsein durchgerungen hatte, eine kleine revolutionäre Zeitung „The Worker's Republic". In dieser Zeitung vertrat er die Auffassung, daß Irland nur durch einen den bestehenden Bedingungen entsprechenden Kampf vom englischen Kapital unabhängig werden könnte, und daß es entweder eine ausschließliche Arbeiter- und Bauernrepublik werden oder überhaupt zu existieren aufhören müsse. Zehn Jahre später, nachdem Connolly in den Vereinigten Staaten gelebt und dort vom alten Führer De Leon gehört hatte, daß der historische Prozeß überall zu diesem Resultat führen müsse, begann er von neuem, seine Ansichten in der Arbeiterpresse zu entwickeln und machte dieses Prinzip auch zur Grundlage seiner praktischen Tätigkeit. Diese äußerte sich in der Heranziehung aller klassenbewußten und sozialistischen Elemente unter den Arbeitern und den Intellektuellen zum Aufbau von Gewerkschaften für die breiten Volksmassen. Connolly hatte dabei im Auge, daß die Massen, wenn sie erst die Vorteile einer Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten im Kampfe gegen die Kapitalisten eingesehen haben würden, den revolutionären Pfad weiter verfolgen würden.

Man muß hervorheben, daß dank dem unerwarteten Erfolg dieser Bewegung Conolly, wie die meisten Anhänger De Leons, sich irrtümlich dazu verleiten ließ, die künftige Gesellschaftsordnung in einem Lichte darzustellen, als ob sie ausschließlich auf den lokalen Gewerkschaftsräten (Councils of Trade Unions) aufgebaut sein würde; dies geschah besonders, als trotz der Niederlage des Dubliner Transportarbeiterstreiks von 1913 die Bewegung einen neuen Weg einzuschlagen schien und zuerst die nicht qualifizierten Arbeiter und dann auch die

Dorfarmut ergriff. Wie dem auch sei, dieser Gedanke war in einem Lande, wo die Gewerkschaften noch nicht Zeit gehabt hatten, nach englischem Muster bürokratische Maschinen zu werden, von der Wahrheit nicht weit entfernt. Unzweifelhaft hat Connolly, indem er lange vor dem Kriege den Typus der „Arbeiterrepublik" der von den „bei dem extremen linken Flügel stehenden Elementen der revolutionären Intellektuellen" angestrebten „demokratischen Republik" gegenübergestellt und außerdem während des imperialistischen Krieges gezeigt hat, daß eine solche Parole kein Allgemeinplatz, keine „revolutionäre Mythe" à la Sorel ist, früher als irgend jemand anders die Schwelle der großen Wahrheit erreicht, der W. I. Lenin im April 1917 mit seinen Thesen über die Rolle der Sowjets endgültig zum Sieg verhalf.

Am Vorabend des Krieges gründete Connolly, neben den von den Anglophilen (Unionisten) in Ulster und ihren Gegnern (Nationalisten) im übrigen Irland gegründeten freiwilligen Armeen eine unabhängige „Bürgerarmee" (Citizen Army), die nur organisierten Arbeitern, die ihre Offiziere selbst wählten, offen stand. Im Falle eines Konflikts zwischen den bürgerlichen Armeen — der im Juni 1914 wahrscheinlich erschien — sollte diese Arbeitermiliz den Nationalisten helfen, die mit der britischen Bourgeoisie Sympathisierenden zu bekämpfen, während sie gleichzeitig das Recht auf eine spätere, selbständige Aktion für die Sache der Arbeiter in Anspruch nahm. Der Ausbruch des imperialistischen Krieges, Umstände militärischer Natur, das zwischen den irischen und britischen bürgerlichen Parteien geschlossene Kompromiß verhinderten die Entwicklung der proletarischen Aktion in dieser Richtung. Der mißglückte Aufstand von 1916, der sich hauptsächlich auf diese Bewegung stützte (von den zirka 1400 bewaffneten Soldaten der Irischen Republik gehörten 1100 der „Citizen Army" an), vernichtete Connolly's Bemühungen und stürzte ihn selbst in den blutigen Abgrund der britischen Repressalien.

Dessen ungeachtet setzte das „Liberty Hall" — das Zentralinstitut der großen Gewerkschaftsbewegung — seine Tätigkeit während des ganzen Krieges, vor wie nach dem Aufstande, erfolgreich fort. Besonders dadurch, daß es Zehntausende von Landarbeitern organisierte, (auf je 1000 Landarbeiter gehörten 10 den Gewerkschaften an) gab es ihnen die erste Erziehung zum politischen Kampf, als er im Jahre 1918 aufs neue entbrannte, und zu einer einigen und entschlossenen Aktion, als dieser Kampf sich im folgenden Jahre in eine wirkliche Revolution in nationalem Maßstabe verwandelte.

Der Aufstand von 1916 war ein verzweifelter und hoffnungsloser Versuch, die Massen des irischen Volkes vor dem imperialistischen Blutbade zu retten, indem sie gewaltsam auf dem Weg der nationalen Erhebung fortgezogen werden sollten. Wie viele andere, so erlitt auch dieser Versuch völligen Schiffbruch; denn weder die teilnahmslosen und feindlich gestimmten Massen noch der ferne und anderweitig beschäftigte deutsche Imperialismus kamen den Revolutionären zu Hilfe, wie manche Optimisten hoffen zu dürfen geglaubt hatten. Nichtsdestoweniger verwandelte die Dialektik des historischen Prozesses diese schwere Niederlage in die Quelle bezw. den Ausgangspunkt einer weiteren bis nun noch nicht abgeschlossenen Entwicklungsperiode mit einem unendlich größeren und imposanteren revolutionären Maßstabe, als die Dubliner es sich je gedacht hatten.

Die von der britischen Regierung gegen die Führer des Aufstandes verhängten blutigen Repressivmaßregeln; die allgemeine gerichtliche Verfolgung der bedeutendsten Führer der Arbeiterbewegung, endlich der unverschämte Versuch vom Jahre 1918, dem irischen Volke die obligatorische Militärpflicht aufzuzwingen, — während dieses Volk im Jahre 1914 doch für die Dauer des Krieges das Home-Rule nur unter der Bedingung, von solchen Pflichten befreit zu sein, aufgegeben hatte, — diese und manche anderen strengen Lehren riefen in den Massen die Stimmung hervor, die die Führer des Aufstandes von 1916 nicht hatten hervorrufen können.

Begonnen im Herbst 1918 mit einer nationalen Protestdemonstration und verkörpert in den verblüffenden Siegen der Republikanischen Partei der Sinn Feiners, die bis 1916 eine unbedeutende Gruppe von Intellektuellen darstellten, schritt die Bewegung in der allgemeinen Wahlkampagne im Dezember 1918 von Sieg zu Sieg, bis sie die ungeheuren Dimensionen angenommen hatte, die alle Mitteilungen der Tagespresse in den letzten Monaten von „der irischen Front" erkennen lassen. Das Vorhandensein einer selbständig organisierten zentralen und lokalen Gewalt, die, wie bereits erwähnt, Steuern erhebt und Anleihen beschließt, das Vorhandensein einer illegalen republikanischen Armee von gut mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffneten 200 000 Mann mit einem wohlorganisierten Administrations- und Generalstabsapparat, ein Netz von „illegalen" republikanischen Gerichtshöfen im ganzen Lande (in den nicht protestantischen Gebieten Irlands, d. h. in den Provinzen Munster, Leinster, Counnaught und Rolf-of-Ulster), an die sich die ganze Bevölkerung, einschließlich der anglophilen

Elemente und sogar der großen britischen Versicherungsgesellschaften wenden, tägliche Stockungen im Eisenbahnverkehr wegen der Weigerung der Arbeiter, bewaffnete Soldaten oder Polizei zu befördern, organisierte revolutionäre Handlungen, wie die Zerstörung von 50 Polizeikasernen oder 100 Steuereinzahlungskassen während einer Nacht, die Verabschiedung des vierten Teiles (5000) der ganzen britischen Beamtenschaft im Lauf von vier Monaten, epische Größe erreichende Hungerstreiks der politischen Gefangenen, anderseits die rein kriminelle, progromartige Handlungsweise der wenigstens 50 000 Mann zählenden britischen Besatzungsarmee und der Schwarzhundert-Polizei — das alles sind Anzeichen, daß zum ersten Mal in der Geschichte der irischen Nationalbewegung die ganze Nation auf den Schauplatz getreten ist und alle ihre Kräfte in dem Konflikt eingesetzt hat.

Aber für die Kommunisten der ganzen Welt ist am wichtigsten die Tatsache, daß sich unter der äußeren nationalistischen Hülle dieser Bewegung, unter den Valeras und Dail Eireann, eine gesunde Kerntruppe revolutionärer Proletarier verbirgt, die die Traditionen Connollys hochhalten und für die Errichtung einer Räterepublik kämpfen. Gleich bei Beginn der gegenwärtigen Periode, als im Jahre 1918 die Agitation gegen die Mobilisierung betrieben wurde, spielten die Lokalkomitees der irischen Transport- und Allgemeinen Arbeiterunion die Hauptrolle in den Bezirken. Am Tage der nationalen Protestversammlung organisierten sie einen weitgehenden Streik, der, obgleich er sich damals nicht zu einem Generalstreik auswachsen konnte, doch unzweifelhaft dem großen Generalstreik von 1920 den Weg ebnete. Unmittelbar nach dem Waffenstillstand an den imperialistischen Fronten und vor den allgemeinen Wahlen im Dezember 1918 beschloß die Irische Arbeiterpartei gemeinsam mit der Gewerkschaftsunion, in der die oben erwähnte Union die führende Rolle spielt, in diesem Falle die Sinn Feiners zu unterstützen und die Zahl ihrer eigenen Kandidaten im Einvernehmen mit dieser Partei herabzusetzen. Das geschah einzig und allein, um einen möglichst solidarischen Ausdruck des nationalen Selbständigkeitswillens als eine für die Revolution notwendige Vorstufe zu erreichen.

Kaum sechs Monate später, im Sommer 1919, hatte das revolutionäre Proletariat bereits Gelegenheit, seine Rivalin, die revolutionäre Bourgeoisie, daran zu erinnern, daß es genau wisse, wo der politische Schwerpunkt liege und daß es im

vorigen Dezember im vollen Bewußtsein seiner Klassenprobleme gehandelt habe.

Im Juni 1919 brach im ganzen südöstlichen Teile des Landes ein Landarbeiterstreik aus. Die wohlhabenden Farmer, dieselben, die seit 1917 den Sinn Feinern Geldmittel zur Verfügung stellten und ihre Söhne zu Offizieren in der Sinn Feiner Armee werden ließen — weil die britische Regierung ihnen drohte, ihre Arbeitskräfte für Kriegszwecke zu entziehen und sie auf diese Weise der ungeheuren Kriegsgewinne zu berauben, die sie für ihre Proviantlieferungen aus ihren Arbeitern herausholten —, entwickelten jetzt reaktionäre Tendenzen und wandten sich um Hilfe an die britischen Militärbehörden. Als diese daraufhin ihre Soldaten sandten, um die Ernte einzubringen, weigerten sich die Eisenbahner, die Truppen zu transportieren; als wiederum Militärarbeiter zur Wiederherstellung der Ordnung in Anspruch genommen wurden, legten die Transportarbeiter in Dublin und im Süden die Postbeamten die Arbeit nieder. Die Farmer waren zuletzt gezwungen, nachzugeben.

Eine andere typische Kundgebung des Geistes, von dem die die Avantgarde der heutigen Revolution bildenden arbeitenden Massen beseelt sind, ist der geradezu heldenmütige Kampf um die Milch- und Molkereiprodukte, deren Export eine der hauptsächlichsten Einnahmequellen der irischen Großgrundbesitzer bedeutet. Die wohlhabenden Farmer, die während des Krieges die Führer der republikanischen Bewegung spielten, hatten sich daran gewöhnt, höchst kaltblütig die Mehrzahl ihrer Erzeugnisse auf den britischen Markt zu exportieren und für die irischen Arbeiter und Bauern eine durchaus ungenügende Quantität zu unerhörten Preisen zurückzubehalten.

Im Frühjahr 1920 bemächtigen sich die Arbeiter in Knockalve und in einer Reihe anderer Ortschaften der Molkereien, genau wie es die italienischen Metallarbeiter sechs Monate später mit den Fabriken taten, mit dem Unterschied jedoch, daß die irischen Knechte mit Begeisterung die Arbeiter unterstützten und ihnen behilflich waren, die Molkereien unter der Benennung „Sowjetmolkereien" weiter im Betrieb zu erhalten. Endlich wurde in Dublin eine außerordentliche Gewerkschaftskonferenz abgehalten, und ein Kontrollkomitee wurde gewählt, das die zu exportierenden Quantitäten und die Preise für alle Produkte festsetzen sollte. Nur als die Farmer und Exporteure sich bereit erklärten, sich den Beschlüssen des obigen Komitees zu fügen, übergaben die Arbeiter die Molkereien und andere Unternehmen wieder den Besitzern.

Wie man erwarten konnte, entwickelte sich gleichzeitig mit der Uebertragung der revolutionären Bewegung auf das wirtschaftliche und soziale Gebiet — welche sich im Frühjahr dieses Jahres durch das Einsetzen von Arbeiterräten anstelle der republikanischen Räte geäußert hatte — auch ein deutlich zutage tretendes proletarisches Klassenbewußtsein in den Reihen der republikanischen Armee, in der die Grenze zwischen dem gemeinen Soldat und der Offiziersklasse, ebenso wie in jeder anderen bürgerlichen Armee, genau entsprechend der sozialen Klasseneinteilung gezogen war. Es ist kein Geheimnis, daß nur die Furcht vor der britischen Gewalt bezw. vor der Besatzungsarmee und der Königlichen Irischen Polizei die endgültige Spaltung der republikanischen Armee in der durch die Ereignisse von 1914 angedeuteten und auf ökonomischem und politischem Gebiete jetzt ziemlich klar umrissenen Richtung einstweilen noch nicht eintritt. Früher oder später, wenn im kritischen Moment die Räte der Arbeiterdeputierten wieder auferstehen, werden sie durch die Deputierten der Citizen Army oder der Roten Garde ergänzt werden, — wenn nicht vor dem Zusammenbruch der britischen Uebermacht, so doch im Augenblicke des Zusammenbruches selbst oder unmittelbar darauf.

Es ist daher von größter Wichtigkeit festzustellen, daß in Irland heute zwei Strömungen gegen die bestehende Ordnung kämpfen: die bürgerliche Strömung ist die weitaus schwächere und schöpft ihre Kraft aus der bedeutend stärkeren proletarischen Strömung, die hauptsächlich dank der revolutionären Ereignisse, unter denen erwuchs, und auch in beträchtlichem Maße unter dem Einfluß der proletarischen Revolution in Rußland reif geworden, zum Bewußtsein ihrer Aufgabe gelangt ist und sich jetzt zum entscheidenden Kampf rüstet.

Dieser Kampf kann nur dann auf einen erfolgreichen Ausgang rechnen, wenn endlich eine starke kommunistische Partei — deren Fehlen in dem Maße immer sichtbarer wird, wie die Massenbewegung das nationalistische Kampfgebiet verläßt — aus der vielversprechenden Irischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaftsunion sich entwickeln wird. Die Weltorganisation der Arbeiter — die Kommunistische Internationale — muß der Bildung einer solchen Partei ihre Hilfe gewähren.

Aber daß der Kampf beginnen wird, ist bereits durch den bisherigen Lauf der irischen Revolution vorbestimmt; er muß beginnen, sei es während des großen Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital in England, sei es nach der Bildung einer menschewistischen, aber nolens-volens pro-irischen Arbeiterregierung,

oder endlich nach dem Siege der wirklichen proletarischen Revolution in Großbritannien.

Morgen, übermorgen oder ein Jahr später — wird das unabhängige Irland unzweifelhaft kein bürgerlich-demokratischer Staat, sondern eine Räterepublik sein.

Ein britischer Kommunist.

Die Arbeiterräte in Deutsch-Oesterreich.

Der Arbeiterrat ist ein natürliches Kind des revolutionären Willens der Massen und des Opportunismus der Sozialverräter.

Als im Januar 1918 die ersten legalen Arbeiterräte aus dem beginnenden Massenstreik heraus entstanden, da wurden sie von der sozialdemokratischen Parteileitung verallgemeinert und aufgebaut, um aus ihnen ein Instrument zur Erwürgung revolutionärer Massenbewegungen, zur Niederschlagung spontaner politisch-ökonomischer Aktionen der Arbeitermassen zu schaffen. Die erste Handlung des Arbeiterrats bestand in einem konterrevolutionären Akte. Den Versicherungen des Grafen Czernin, den beruhigenden Erklärungen der Krone Glauben schenkend, befahl der Arbeiterrat die Einstellung des Streiks und stand bis Kriegsende nach altbewährtem Muster „Gewehr bei Fuß." Man hatte den Arbeiterrat geschaffen, um ein taugliches Instrument gegen die den Führern entgleitende Arbeiterbewegung in Bereitschaft zu haben.

Der revolutionäre Name sollte die gegenrevolutionäre Konterbande decken, mit revolutionären Phrasen wurde die revolutionäre Tat getötet.

Als sich im Juni 1918 eine radikale Strömung bemerkbar machte, wurde der Arbeiterrat neuerdings einberufen, diesmal in Verbindung mit den Bezirksvertrauensmännern der Sozialdemokratischen Partei (vereinigt in der Wiener Konferenz), und diese gemeinsame Tagung erwürgte die im Entstehen begriffene neuerliche Erhebung. Damit war

auch der illegale Arbeiter- und Soldatenrat, die Vereinigung sämtlicher revolutionärer Gruppen, der unmittelbar vor dem Januarstreik gegründet worden war, und eine systematische Propaganda für die Sowjetidee trotz seiner zahlenmäßigen Schwäche eingeleitet hatte, endgültig zusammengebrochen. Das illegale Propagandazentrum vermochte seine Tätigkeit nicht wieder aufzunehmen. Die Führer, die noch auf freiem Fuße geblieben waren, wurden verhaftet, und nur wenige kleine linksradikale Gruppen fristeten ihr Dasein, ohne miteinander in Verbindung treten zu können. Mit dem beginnenden Zusammenbruch der Oktobertage erhoben die Arbeiterräte wieder ihr Haupt. In einzelnen Gegenden gelang es sogar, die lokale Gewalt an sich zu reißen, die meist fremdsprachige Garnison zu entwaffnen und das Proletariat zu bewaffnen. Während die Nationalversammlung den Staat Deutsch-Oesterreich gründete, zerfiel das deutsche Sprachgebiet der alten Monarchie tatsächlich in eine lose Föderation unabhängiger, bezirkshauptmannschaftlicher, monarchistischer Diktaturen, proletarischer Räterepubliken. So entstand der proletarische „Wohlfahrtsausschuß" Kapfenberg, der sogar eigene Stempel auf die Marken druckte, um seine Souveränität zu bekunden, der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat von Ternitz, den die umliegenden Bauerndörfer willig als Lokalgewalt anerkannten, (der Ein- und Ausfuhrbewilligungen für Viehtransporte ausgab und die Villenbesitzer des Semmeringgebiets zwang, für die Kosten seiner Roten Garde aufzukommen). Auch in Wiener Neustadt war der Einfluß der Arbeiterräte ein ziemlich großer; bewaffnete Arbeiter patroullierten längs der Bahnstrecke und die eingeschüchterte Bourgeoisie fügte sich in alle Maßnahmen. Wenn die Sozialdemokratie wirklich noch eine Spur revolutionären Geistes in sich getragen hätte, so wäre es damals ihre Aufgabe gewesen, die lokalen Bewegungen zu einer höheren Einheit zusammenzufassen und die politische Macht durch die Arbeiterräte allerorts zu

ergreifen. Gestützt auf die Massenbewegung der bewaffneten Proletarier der Roten Garden und Volkswehren, gestützt darauf, daß die Arbeiterklasse die einzige organisierte Gewalt in Deutsch-Österreich darstellte, während die reaktionären Elemente nur in einigen rückständigen Gebieten ihre Macht behauptet hatten, konnte und mußte die proletarische Diktatur aufgerichtet werden. Die neunmal weisen Diplomaten und Staatsmänner der Sozialdemokratie aber setzten die Burgfriedenspolitik im Bürgerkrieg fort, — die Koalition mit der Bourgeoisie kam zustande, und während die Arbeiter Florisdorfs am 12. November 1918 für die sozialistische Republik demonstrierten, proklamierte die Sozialdemokratische Partei die demokratische und bürgerliche Republik und verkündete den Wiederaufbau des Kapitalismus als einzig mögliches Programm. Dennoch erstarkte die oppositionelle Stimmung in den Massen, der Arbeiterrat von Linz ergriff die Initiative zur interlokalen Zusammenfassung der Räte, und gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer, welche in den Räten nur ein Werkzeug, ein Organ der Sozialdemokratischen Partei erblickten, wurde die reaktionäre Bestimmung aufgehoben, daß nur Sozialdemokraten, die gerade die ersten Verfechter der Räteidee aus den Räten ausschlossen, dem Arbeiterrat angehören durften.

Eine provisorische Zentrale wurde im Februar geschaffen und später zum Zentralrat erweitert, indem die sozialdemokratische und kommunistische Parteileitung, die Gewerkschaftskommission und einige rechtsstehende Instanzen, wie das Frauenrechtskomitee, zu gemeinsamer Beratung zusammentraten. Der Zentralrat, die erste Form eines interparteiischen Arbeiterrats, war aus konterrevolutionären Gründen geschaffen worden. In Bayern wurde trotz der Warnungen der Kommunisten die Scheinräterepublik der Unabhängigen ausgerufen, in Ungarn sah sich die Sozialdemokratie gezwungen, ihre Vergangenheit

zu verleugnen und die Diktatur auf Halbpart in die Wege zu leiten, nachdem ihre bürgerlichen Koalitionsbrüder nicht mehr koalitionsgewillt erschienen. Die erste Handlung der ungarischen Proletarierdiktatur war ein Appell an die Nachbarländer. Die provisorische Reichsleitung der Arbeiterräte grüßte das ungarische Proletariat, aber es folgte nicht seinem Appell. Gegen die Stimmen der Kommunisten entschied sich die „Vertretung" der „Arbeiterschaft" gegen die Aktion zur Machtergreifung durch das Proletariat. Als am 17. April 1919 die Arbeitslosen und Heimkehrer demonstrierten und die mit brutaler Gewalt gegen sie vorgehenden Polizisten der Republik zu Paaren trieben, sprach der Zentralrat den Kommunisten seine Mißbilligung aus. Als am 15. Juni 1919 die Kommunistische Partei einen letzten verzweifelten Vorstoß zu unternehmen gedachte, um durch den Anschluß der deutsch-österreichischen Arbeiterklasse Räteungarn zu retten, war es der Arbeiterrat, der die Aktion der revolutionären Massen durch sein Dazwischentreten sabotierte und durch den Aufruf Friedrich Adlers die Konterrevolution auf die Kommunisten losließ. „Keine Gnade den Kommunisten"! Diese Parole Friedrich Adlers wurde von den Weißgardisten vollstreckt, obwohl die Kommunistische Partei am Tage vorher auf ihre Aktion verzichtet hatte. Die Toten des 15. Juni fielen als Opfer der verräterischen Politik der Majorität des Arbeiterrats. Die Opfer waren nicht vergebens gefallen. Die Parole der Kommunisten riß die Massen mit sich fort, und unter ihrem Drucke erfolgte die Demonstration vom 21. Juli, die Demonstration für die Erhaltung der Sowjetrepublik, die erste revolutionäre Demonstration der gesamten Arbeiterklasse, weil sie unter dem Drucke der Fabrikarbeiterschaft erfolgt war gegen den Willen der Instanzen der Sozialdemokratischen Partei. Es war zu spät — dem Verrat der ungarländischen Sozialdemokraten, den Drohungen und Versprechungen der Entente, der mangelnden Ent-

schlossenheit eines Teiles der Kommunisten erlag Räteungarn. Der österreichische Arbeiterrat aber, der eben noch auf seiner Reichskonferenz die Frage beraten hatte, ob Deutsch-Österreich reif sei zur Räterepublik, war zu einem Hilfsorgan des bürgerlichen Staates geworden, das einzelne besonders schlaue Sozialpatrioten sogar gesetzlich verankern und durch Zuziehung von Bürgerlichen zu einer ständigen Wirtschaftsinteressenvertretung erweitern wollten, wie es der damalige Staatssekretär des Innern, Matthias Eldersch, empfahl.

Der Arbeiterrat war zu einem Zerrbild seiner selbst geworden. Seine Mitglieder leisteten positive Arbeit in den Wohnungskommissionen und im Ernährungsamte als Markthelfer und Hilfskräfte der Demokratie. Die Gewerkschaften suchten den Arbeiterrat mit allen Mitteln zu sabotieren, und Friedrich Adler zeigte sich bereit, seine Kapitulation zu vollziehen, indem er — als die Gefahren der Reaktion sich verschärften — eine geplante Massendemonstration durch eine kombinierte Sitzung von Arbeiterräten und Parteifunktionären abwürgen wollte, indem er eine gewerkschaftlich kontrollierte Instanz, die „Union" nach Schweizer Muster zu schaffen gedachte, um sie dem Arbeiterrate entgegenzusetzen. Da griffen die Kommunisten ein. Sie verließen die „Union"-Versammlung. Die „Union" brach zusammen; der Arbeiterrat war gerettet.

Die Demonstration gegen die Reaktion fand am 13. März statt. Die gesamte Arbeiterklasse, die Proletarier im Waffenrock einbegriffen, demonstrierten gegen die Gefahr einer Habsburgischen oder Horthyschen Restauration. Der Arbeiterrat hatte die Führung ergriffen und hielt sie fest. Freilich mußten die Kommunisten stets auf der Wacht stehen, um zu verhindern, daß der Arbeiterrat für konterrevolutionäre unproletarische Parolen mißbraucht wurde. Als im Mai die Sozialdemokraten den Arbeiterrat mobilisieren wollten für den Ver-

mögensabgabeentwurf des österreichischen Staatssekretärs für Finanzen, protestierten die Kommunisten gegen diesen Mißbrauch der Räteinstitution, getrennt demonstrierten die Sozialdemokraten für die Staatserfordernisse, die Kommunisten für die Arbeiterbewaffnung. Als die Gefahren eines Konflikts Sowjetrußlands mit Polen sich verdichteten, forderten die Kommunisten energisch die Einstellung der Munitionslieferungen, wobei sie auf den Widerstand Friedrich Adlers stießen, der erklärte, daß die bestehenden Lieferungsverträge durchgeführt werden müßten. Erst später, als der Krieg ausgebrochen war und auch die Gefahren eines Ueberfalls Ungarns auf Oesterreich in das Bereich der Möglichkeit rückten, wurde die Kontrollkommission des Arbeiterrats geschaffen, um in zäher, zielbewußter Arbeit, teilweise zu spät, zu verhindern, daß Waffen zum Brudermord nach Polen geliefert wurden. Dennoch hat der Arbeiterrat auf diesem Gebiet eine große und systematische Arbeit geleistet, und auch bei der Gewerkschaftsblockade gegen Horthyungarn hat sich der Räteapparat trefflich bewährt. Wenn die Blockade zusammenbrach, so nicht nur wegen der mangelnden Unterstützung der Aktion durch einen Teil der mitteleuropäischen Arbeiterschaft, sondern vor allem, weil die gewerkschaftliche Bürokratie unter dem Drucke des Staatssekretärs des Aeußern Dr. Renner vom ersten Tage an mit den ungarischen Weißgardisten in Unterhandlung trat und so dem Boykott das Rückgrat brach. Die Masse der österreichischen Arbeiter, selbst ihre weit rechtsstehenden Elemente haben ihre proletarische Pflicht voll und ganz erfüllt. Schon vor der Proklamierung des Boykotts war die erste Sitzung eines ordentlich gewählten Reichsarbeiterrats zusammengetreten, und wenn auch die positiven Ergebnisse in bezug auf die Arbeiterbewaffnung mehr im Bereich des Wunsches als der Wirklichkeit blieben, so hatte dennoch die Tagung insofern größere

Bedeutung, als die Majorität des Arbeiterrats gegen die Koalitionspolitik Stellung nahm und das Rätesystem befestigte, indem auch in den rückständigen Gebieten, die bisher rätelos gewesen waren, die Vornahme von Arbeiterratswahlen festgesetzt und seither, wie in Steiermark, durchgeführt wurde.

Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich stehen vor großen und schwierigen Aufgaben. Die Gegenrevolution sammelt sich, bewaffnete Heimwehren reaktionärer Bauern, bewaffnete Offiziersdetachements schicken sich an, den Versuch einer Habsburgischen Restauration zu unternehmen. In diesen bevorstehenden Kämpfen muß das Proletariat wehrhaft gemacht werden, um in der entscheidenden Stunde gerüstet zu sein. Nicht der Stimmzettel kann entscheiden, nicht der 17. Oktober, der Tag der Nationalversammlungswahlen konnte der Losungstag sein, sondern in dem Augenblick, da die Gegenrevolution von außen und von innen angriff, da Horthy und die Heimwehren zum offenen Kampfe übergehen, wird der Arbeiterrat als Brennpunkt des Widerstandes der gesamten Arbeiterklasse die führende Instanz der Proletarier sein. Nicht Diskussionen mit dem bürgerlichen Klassengegner, nicht Kompromisse mit den Koalitionsbrüdern unserer Sozialdemokraten von gestern und morgen werden helfen, die Arbeiterklasse wird ihr Schicksal selbst entscheiden müssen im kompromißlosen Kampfe „mit aller Macht und bewaffneter Hand".

Sollte es aber den Führern der alten Partei gelingen, den Arbeiterrat durch die den Kommunisten abgelauschte unbedingte Fraktionsdisziplin zu ihrem Instrumente zu machen, zu einem Instrumente der Koalitionsfähigkeit, so würde der Arbeiterrat allerdings aufs schwerste kompromittiert werden. Die Politik der „altbewährten" Sozialpatrioten läuft darauf hinaus, durch Niederringung der Kommunisten bei den bevorstehenden Rätewahlen, durch Zertretung aller Oppositionsgelüste in den eigenen Reihen,

den Weg frei zu machen zum neuerlichen Eintritt in eine bürgerliche „demokratische" Regierung. Hierbei aber bedarf die zahlreiche Schar der Exminister und Ministeranwärter eines Einschüchterungsmittels gegen die Bourgeoisie, um sie dazu zu bewegen, „unter annehmbaren Bedingungen" mit den Sozialpatrioten einen neuen Pakt zu schließen. Die Sozialdemokratie bedarf daher — eines Arbeiterrats. Eines Arbeiterrats freilich, der ein Instrument ist, auf dem man alle Melodien spielen kann, vom drohenden Kampfgesang des Klassenkrieges bis zum minnigen Werbeliede zum Wiedereintritt in die Verbindung mit den Klassenfeinden. Sollte es bei den Wahlen den Opportunisten gelingen, die Kommunisten als mitbestimmenden Faktor auszuschalten, so wäre zwar nicht der Kommunismus, wohl aber die Existenz des Arbeiterrats als eines proletarischen Organs auf das allerschwerste gefährdet. Den Arbeiterrat zu einem wirklichen Sowjet gestalten, heißt die revolutionäre Losung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Arbeiterschaft weit über den organisatorischen Rahmen unserer Kadres hinaustreiben.

Der Arbeiterrat wird ein Instrument des Kampfes, er wird revolutionär sein — oder aufhören zu bestehen, er wird den Sieg erstreiten oder zu Grunde gehen im Lotterbett der Koalition. Die Arbeiterschaft hat das Wort.

Franz Koritschoner.

Der Balkan am Vorabend der Revolution.

Der Balkankrieg von 1912 war der Vorbote des imperialistischen Weltkrieges. Dieser Krieg wurde geführt nicht für die nationale Befreiung und Vereinigung der Balkanvölker, sondern für die Eroberung, für die Verteilung der europäischen Erbschaft des türkischen Balkanstaates, sowie für die Gewinnung neuer Märkte und neuer Handelsfronten für die Balkanbourgeoisie. Diese versteckte aber die wirklichen imperialistischen Ziele dieses Krieges unter der Maske der „Nationalideale", und es gelang ihr, die große Volksmasse in den Krieg hineinzutreiben. Der sogenannte Balkanbund entstand unter Rußlands Vormundschaft bezw. der der Entente. Bulgarien, das Zentrum des Balkanbundes und seiner aggressiven Politik, erlitt in diesem Kriege eine völlige Niederlage. Die Verbündeten gerieten in Streit bei der Verteilung der gemachten Beute, und Mazedonien, wo ca. 1 Million Bulgaren leben, wurde von Serbien erobert. Die Nationalvereinigung des bulgarischen Volkes wurde nicht erreicht. Damit wurde das Samenkorn zu einem neuen Krieg, zu einem Revanchekrieg gelegt.

Die frühere Bulgarische Sozialistische Arbeiterpartei, jetzt Kommunistische Partei Bulgariens genannt, wandte sich entschieden gegen diesen sogenannten Nationalkrieg. Dasselbe tat auch die Bruderpartei in Serbien. Die Voraussagungen dieser beiden Parteien für das Ende des Krieges haben sich verwirklicht.

Aber der Balkankrieg war nicht nur ein Krieg zwischen den Balkanvölkern. An ihm nahmen hinter den Kulissen

die beiden imperialistischen Gruppen teil: die Entente, die den Balkanbund als ihr Werkzeug ausnutzen wollte, und der Dreibund der Zentralmächte, welcher danach strebte, den Balkanbund zu zertrümmern, um die Türkei zu stärken und eine Brücke über den Balkan nach Konstantinopel zu schlagen. Die Niederlage Bulgariens hat seine Dynastie und Regierung in das Lager der Zentralmächte getrieben. Sie wurden während des großen imperialistischen Weltkrieges ein blindes Werkzeug in den Händen des Dreibundes. Aber in diesem Kriege erlitt Bulgarien eine noch schwerere Niederlage. Es hatte in diesen beiden Kriegen, dem Balkan- und dem Weltkrieg, 200 000 Tote, 200 000 Invalide — zusammen 400 000 Mann, das heißt die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung im Alter von 20 bis 50 Jahren verloren. Die Industrie in Bulgarien, soweit eine solche existierte, wurde durch den Krieg vernichtet. Der Ackerbau verlor nicht nur die Arbeitskräfte, sondern auch den größten Teil seiner Zugtiere, die bei seinem noch primitiven Zustand von unschätzbarem Werte sind. Die landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeuge sind abgenutzt, und es gibt keine Möglichkeit, sie zu erneuern. Der Transport (die Eisenbahn und die Landstraßen) ist verbraucht, — es gibt keine Mittel, ihn auszubessern. Deshalb ist der Export von Ackerbauprodukten unmöglich geworden. Infolge all dieser Ursachen wurde das Land in eine ökonomische Krise hineingedrängt, die sich von Tag zu Tag verschärft. Die äußeren Anzeichen für diese sich zuspitzende ökonomische Krise sind: die zunehmende Teuerung und die Entwertung des bulgarischen Geldes. Die Teuerung nimmt einen ungeheuren Umfang an: Das Brot kostet 10mal so viel, Fleisch, Milch, Butter und Schmalz 20mal so viel, Kleidung und Schuhzeug 25 bis 30mal so viel wie vor dem Kriege. Der Arbeitslohn ist aber nur um das Drei- bis Fünffache gestiegen. Das Einkommen der wenig besitzenden Bauern (das heißt jener Bauern, welche so wenig Land besitzen, daß sie von dem Ertrage selbst nicht leben

können oder mit großer Mühe doch nur so wenig erzielen, daß sie nichts auf den Markt bringen können) hat sich bedeutend verringert. Die Lage der Arbeiterklasse und der wenig besitzenden Bauern hat sich verschlimmert, und das Elend wird unerträglich. Die Arbeiter und die wenig Besitzenden bilden die Mehrheit der Bevölkerung Bulgariens. Die Arbeiter in der Industrie, in den kleinen Werkstätten und auf dem Lande zahlen mehr als 400 000, und die wenig besitzenden Bauern insgesamt mit ihren Familien bilden drei Viertel der Landbevölkerung. Das Land hat überwiegend kleinbäuerliches Besitztum. Nach dem imperialistischen Kriege geriet es in solch verworrene Zustände, daß es sich im Rahmen der kapitalistischen Ordnung nicht mehr entwickeln kann.

Die Kriege haben Bulgarien finanziell zerrüttet. Die Schulden betragen jetzt 30 Milliarden bei einem Nationalreichtum, der im Jahre 1911 auf 10,5 Milliarden geschätzt wurde. Das Ausgaben-Budget beträgt jetzt 5 Milliarden gegenüber 1,5 Milliarden Einkommen, trotzdem die Steuer bereits 5,5 mal erhöht wurden. Das Papiergeld ist um 3,5 Milliarden gestiegen, gegenüber einem Goldbestand von etwa 40 Millionen.

Die Folge der ökonomischen und finanziellen Zerrüttung ist die Entwertung der bulgarischen Valuta. Ein bulgarischer Lei hat jetzt den Wert von nur 7 Schweizer Centimes. Diese Entwertung macht den Austausch von Waren mit anderen Ländern unmöglich. Die Einfuhr von Maschinen, die eine dringende Notwendigkeit für den Wiederaufbau der Industrie bedeutet, ist dadurch unmöglich geworden.

Was macht die Bourgeoisie in dieser jämmerlichen und verzweifelten Lage? Sie hat während des Krieges, der für sie ein gutes Geschäft war, ihren Reichtum ungeheuer vermehrt. Im Jahre 1911 verfügten die bulgarischen Banken über einen Gesamtwert von 100 Millionen Lei. Während und nach dem Kriege wurden in Bulgarien mehr als hundert

Bankinstitute gegründet mit einer Kapitalanlage von 1 Milliarde Lei. Die so angehäuften Kapitalien verwendete die bulgarische Bourgeoisie nicht für produktive Zwecke, trotzdem sie die Phrase von der Notwendigkeit der Hebung der Produktion ständig im Munde führt, sondern für Handel und Spekulationen. Sie kaufte alle Ackerbauprodukte, Lebensmittel und Rohmaterialien auf, monopolisierte den Handel, erhöhte die Preise willkürlich und spekulierte. Auf diese Weise verteuert sie den Lebensunterhalt und steigert das Elend der Arbeitermassen ins Unendliche.

Eine der Hauptfolgen des Krieges ist, daß in derselben Zeit, in der ein kleines Häuflein Kapitalisten, Bankiers und Spekulanten reich wurden, die große Masse des Volkes verarmte. Der soziale Abgrund zwischen der Bourgeoisie einerseits und dem Proletariat und den Kleinbesitzern anderseits wurde noch vertieft. Diese Zuspitzung der sozialen Gegensätze ist die Ursache der Verschärfung der Klassenkämpfe in Bulgarien.

Die Bourgeoisie in Bulgarien ist vollständig kompromittiert. Im Balkankriege erlitt die Politik der russenfreundlichen bezw. ententefreundlichen bürgerlichen Parteien eine Niederlage; im Weltkriege hatte die Politik der Gegenparteien, der Dreibund-freundlichen, ebenfalls eine Niederlage zu verzeichnen. Der Nationalismus, der das einzige politische und ideale Banner der bulgarischen Bourgeoisie war, brach völlig zusammen. Die Bourgeoisie ist jetzt ohne Banner und genießt in den Volksmassen kein Vertrauen. Nur durch militärische und politische Diktatur hält sie die Macht aufrecht und bleibt an der Spitze der Regierung. Sie hat ihre Rolle ausgespielt und muß von der geschichtlichen Bühne zurücktreten, um den neuen, sich erhebenden revolutionären Klassen — den Arbeitern und Kleinbesitzern — Platz zu machen.

Die ökonomische und politische Krise beschränkt sich nicht nur auf Bulgarien. Trotzdem Jugoslawien und Rumänien die Sieger waren, wurden auch sie von dieser Krise

ergriffen. Serbien verlor in diesem Kriege die Hälfte seiner Bevölkerung und wurde vollständig ausgeplündert und verwüstet. Nur ein kleines mit Patriotismus paradierendes Häuflein von Spekulanten verstand es, die Vorteile aus dem Siege zu ziehen und sich ungeheure Reichtümer anzueignen. Der beste Beweis für den Umfang des sich ausbreitenden Elends, in welches das serbische Volk hineingetrieben wurde, ist die schnell anwachsende kommunistische Bewegung in diesem Lande. Unzufrieden mit diesen Verhältnissen sind nicht nur die Arbeiter und Kleinbesitzer. Die nationalistische Politik der serbischen Bourgeoisie, welche Serbien die Rolle eines Piemont auf dem Balkan zuteilen will und ihre Hegemonie den Kroaten Slowaken und Bosniaken durch militärische Gewalt aufzwingt, wird den Aufstand der unterdrückten Völker herbeiführen. Der Sieg Serbiens ist ein neuer Beweis dafür, daß die Nationalbefreiung und Vereinigung der Balkanvölker nicht auf dem Wege der nationalistischen Politik der Bourgeoisie erreicht werden kann. Die ökonomische und politische Krise in Jugoslawien verschärft sich. Die Bourgeoisie will und kann, wie in Bulgarien, das Volk aus dieser Krise nicht retten, im Gegenteil, sie verschärft die Krise immer mehr. Kompromittiert vor den Volksmassen, verlor sie deren Vertrauen und hält sich nur durch Diktatur an der Macht.

Auch Rumänien wurde durch den Weltkrieg zu Boden geworfen. Seine Arbeiter- und Bauernmassen sind ebenso ruiniert. Die rumänischen Bojaren (Großgrundbesitzer) halten ihre Bauern noch in Leibeigenschaft. Die Kapitalisten und Bojaren haben nach dem Kriege den Arbeitern und Bauern nichts anderes gegeben als neue Steuerlasten und noch größere Ausbeutung. Deshalb verflog der Jubel über den Sieg sehr schnell.

Nicht besser ist die Lage Griechenlands. Es steht noch immer im Kriege, und zwar für die Interessen der Londoner Bankiers und Athener Bourgeois.

Durch diesen verbrecherischen und wahnsinnigen Krieg, in welchem Griechenland die Rolle eines bezahlten Agenten der Entente spielt, vernichtet die Bourgeoisie Griechenlands die letzten Illusionen, welche der sterbende Imperialismus den Volksmassen gelassen hat. Deswegen wächst die Unzufriedenheit der Arbeiter und der wenig besitzenden Bevölkerung Griechenlands.

Alle Balkanländer — Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Griechenland — sind heute ökonomisch und finanziell vollständig von der Entente unterjocht, sie sind zu ihren Kolonien herabgedrückt. Die herrschenden Klassen in den Balkanländern sind treue Diener des Ententeimperialismus, und für die Brocken, die von seiner reichen Tafel abfallen, verkaufen sie die Selbständigkeit ihrer Völker.

Die Bourgeoisie stützt ihre innere Klassenherrschaft durch die äußere Hilfe der Entente. Dieses verräterische Spiel der herrschenden Klasse auf dem Balkan ist ihre letzte geschichtliche Rolle. Durch diesen Verrat beweist sie, daß ihre Politik unglück- und todbringend für alle Balkanvölker ist. Die Völker haben erkannt, daß sie nicht von der Bourgeoisie ihre Befreiung erwarten können.

Die sozialistischen Parteien auf dem Balkan haben immer gegen die nationalistische und kriegerische Politik der Balkanbourgeoisie gekämpft. Schon auf der ersten sozialistischen Balkankonferenz im Jahre 1910 in Belgrad proklamierten sie die Losung der Balkanföderation. Die Balkanvölker sind so zerstückelt und vermengt, sie stellen ein derartiges ethnographisches Gemisch dar, daß ihre Nationalvereinigung außerhalb des Rahmens einer Föderation nicht möglich ist. Nach dem imperialistischen Kriege und der russischen Revolution wurde aber klar, daß nicht die demokratische Republik, sondern der Sieg der Föderativen Sowjetrepublik des Balkans die arbeitenden Klassen befreien und die Balkanvölker wirklich vereinigen kann. Mit anderen Worten, es bestätigt sich der Standpunkt der sozialistischen Balkanparteien, daß nur

durch die soziale Revolution die Nationalbefreiung der unterdrückten Völker erreicht werden kann. Im Januar 1920 fand in Sofia eine neue, dritte Konferenz der kommunistischen Balkanparteien statt, auf der die Kommunistische Balkanföderation gegründet wurde. Die Aufgabe der Kommunistischen Balkanföderation ist die Errichtung der sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik auf dem Balkan, ein Ziel, welches man nur durch einheitliches Handeln aller kommunistischen Balkanparteien, das heißt, durch den geschlossenen Kampf der Arbeiter und der wenig besitzenden Klassen erreichen kann. Das Endziel der Balkankommunisten sowie der Kommunisten der ganzen Welt ist die Errichtung einer Föderation der sozialistischen Räterepubliken der Welt.

Die Kommunistischen Parteien Bulgariens, Jugoslaviens und Griechenlands sind der Kommunistischen Internationale angeschlossen. Sie erkennen die Thesen sowie die 21 Aufnahmebedingungen, welche von dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale ausgearbeitet wurden, an. Nur die Rumänische Sozialistische Partei ist noch nicht offiziell der Kommunistischen Internationale angeschlossen. Aber auch in ihr gewinnt der kommunistische Flügel die Oberhand, so daß vorauszusehen ist, daß diese Partei sich sehr bald der Kommunistischen Internationale anschließen wird. Die Kommunistischen Balkanparteien dulden in ihrer Mitte weder Reformisten noch Zentristen, das heißt, die Balkankommunisten kämpfen entschieden gegen das sogenannte Zentrum, welches gegenwärtig der schlimmste Feind für den Zusammenschluß des internationalen Proletariats unter dem Banner der Kommunistischen Internationale ist. Das Zentrum bringt Konfusion in die Arbeiterklasse und vergrößert nur ihre Verwirrung. Zum Glück gibt es in der Kommunistischen Partei Bulgariens weder Opportunisten noch Zentristen. In der jugoslawischen Partei blieb das Zentrum auf dem letzten Kongreß trotz der bis vor kurzem großen Autorität seines Führers,

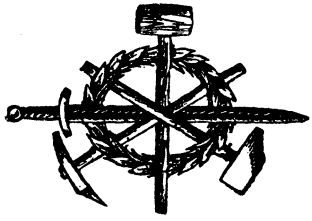
Dragischa Laptschewitsch in unbedeutender Minderheit. In der rumänischen Partei gehen die Arbeitermassen mit dem linken Flügel.

Die nationalistische, eroberungssüchtige und kriegerische Politik der Balkanbourgeoisie und der imperialistische Krieg haben die Balkanvölker in eine schwere ökonomische und politische Krise gestürzt. Die herrschenden Klassen sind nicht in der Lage, die Balkanvölker aus dieser Krise herauszuführen, sondern sie verschärfen im Gegenteil mit ihrer räuberischen und verräterischen Machtpolitik diese Krise noch mehr. Deshalb nimmt der revolutionäre Kampf der Arbeiter und der kleinen Eigentümer auf dem Balkan täglich größeren Umfang an.

Die Balkankommunisten können nicht sagen, wann die von der Bourgeoisie geschaffenen Lebensbedingungen die Balkanvölker endgültig auf den Weg der Revolution treiben werden. Die Balkankommunisten bauen jedoch eifrig ihre festgefügte und disziplinierte Organisation aus, sie bereiten sich unermüdlich vor, um unter dem Banner der Kommunistischen Internationale ihre Pflicht in der entscheidenden Stunde zu erfüllen.

Sofia.

Chr. Kabaktschieff.



Ueber die Entwicklung der Kommunistischen Partei in den Niederlanden.

I.

Die Entwicklung der Holländischen Kommunistischen Partei von einer oppositionellen Gruppe in der alten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu einer selbständigen Partei hat im Gegensatz zu der Entwicklung in anderen Ländern nicht erst während oder nach dem Kriege stattgefunden, sondern schon lange vor dem Kriege.

Die meisten kommunistischen Parteien sind auf dem Boden des bereits stark entwickelten Imperialismus entstanden. Im Gegensatz hierzu entstand die Holländische Kommunistische Partei zu einer Zeit, als der Imperialismus noch in den Kinderschuhen steckte; sie war den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen vorausgegangen, hatte dem holländischen Proletariat den Weg bereitet. Sie ist aus rein theoretischer, marxistischer Erkenntnis der kommenden internationalen Entwicklung heraus geboren. Daraus erklärt sich ihr langsames Wachsen und die Tatsache, daß sie erst nach Ausbruch des Krieges und nach dessen Rückwirkung auf die wirtschaftliche und politische Lage Hollands zu einigem Einfluß auf die breiteren Massen gekommen ist.

II.

Als Anfang der Arbeiterbewegung in Holland darf man die Rebellion der ihrer Existenz beraubten proletarisierten Schichten des Kleinbürger- und Kleinbauerntums und der in ihrer Selbständigkeit bedrohten Handwerker und der Hausindustrie halten, die Rebellion gegen den seit 1870 rasch emporkommenden industriellen Kapitalismus.

Nach dem Mißerfolge ihres Gründers, Domela Nieuwenhuise, im Parlament kehrte die Partei Anfang der 90-er Jahre dem Parlamentarismus den Rücken, verfiel dem Anarchismus und beschränkte sich in örtlichen föderativen Verbänden auf den rein ökonomischen Kampf.

Unter der Führung Troelstras als Politiker und v. d. Goes als Theoretiker ging 1893 aus dieser „alten Bewegung" die parlamentarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei hervor. Und Ende des vorigen Jahrhunderts war es dieser gelungen, das Fundament für eine politisch selbständige, festgefügte Arbeiterorganisation zu schaffen.

Diese politische Bewegung des Proletariats, die in enger Fühlung mit den zur selben Zeit sich entwickelnden Gewerkschaften arbeitete, erreichte bei dem allgemeinen Eisenbahnerstreik und dem daran sich anschließenden Generalstreik 1903 den Höhepunkt ihrer Aktionsfähigkeit.

Da zeigte sich, daß die größtmöglichste Kraftentfaltung der sämtlichen organisierten Arbeiterschaft Hollands der Aufgabe: die in der Staatsorganisation verkörperte Macht des Kapitals zu brechen — auf dieser Stufe ihrer Entwicklung nicht gewachsen war. In dumpfer Ahnung dieser Fatalität war es der Führer der S. D. A. P. Troelstra, der der Streikbewegung in dem kritischen Moment den verräterischen Dolchstich gab und zwar durch seinen Artikel: „Was jetzt?" Dadurch wurde der Streik gebrochen, und für die Arbeiter kamen nur Nachteile heraus.

Die Folge war nicht nur ein Rückgang der Bewegung, sondern auch die Beherrschung der Partei durch ihre vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus geleitete opportunistische Richtung. Die Taktik der Partei wurde nun den einander völlig widersprechenden Interessen der verschiedensten Arbeiterschichten angepaßt.

Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß die damaligen holländischen Arbeiter eine politisch sehr rückständige Masse waren, die noch tief im religiösen (oder genau so beschränkten kleinbürgerlichen antireligiösen) Sektierertum steckte und sich am liebsten von ihren Pfaffen (oder Antipfaffen) leiten ließ.

Und als die S. D. A. P. durch ihren Opportunismus dazu kam, unter diesen Schichten Einfluß zu gewinnen, da ging die sozialistische Arbeiterbewegung in Holland endgültig zu Grunde. Dies fiel mit dem Hinauswurf der marxistischen Opposition zusammen.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wuchs zu einer Massenpartei heran, jedoch zu einer Partei der in kleinbürgerlichen Verhältnissen lebenden oder kleinbürgerlich empfindenden Schichten, die sich in der wachsenden Vereinheitlichung ihrer Interessen zusammenschlossen als k l e i n b ü r g e r l i c h e M a s s e.

Der einzige Kampf, den die S. D. A. P. noch führte, ihr jahrelanger Kampf für das allgemeine Wahlrecht, zeigte den zähen Willen dieser kleinbürgerlichen Masse zur Wahrung ihrer politischen Interessen, zur Erhaltung der Demokratie.

Beim Ausbruch des Krieges handelte sie durchaus im kleinbürgerlichen Geiste als sie den Kriegskrediten zur Verteidigung des holländischen Kapitals zustimmte und nachher die ganze Kriegspolitik der holländischen Bourgeoisie unterstützte.

III.

In der ersten Phase ihrer glänzenden Entwicklung, zwischen 1893 und 1903, übte die Sozialdemokratie (S. D. A. P.) auch auf die Kreise der bürgerlichen Intellektuellen ihren Einfluß aus. Teilweise nahmen diese den Sozialismus ernst und befaßten sich aufs eindringlichste mit dem Studium der marxistischen Lehren, die sie nicht ohne gewisse Erfolge in den großen Massen zu verbreiten suchten. (Es sind hier die Namen Gorter, Roland-Holst und Pannekoek zu nennen).

Gleichzeitig begannen die theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb der S. D. A. P. über Wert und Mehrwert, Konzentration. Krisen und Verelendungstheorien, die nach dem Generalstreik 1903 zu immer schärfer werdenden Kämpfen zwischen dem Opportunismus und dem Marxismus führten. Diese Kämpfe wurden gefördert durch die Erfahrungen der russischen Revolution von 1905, die auf die inzwischen herangewachsenen jüngeren Marxisten tiefen Eindruck machte.

Dazu kam die Wirkung des in den großen Ländern Europas schnell emporwachsenden Imperialismus, dessen politische Tendenzen klar und scharf herauszuarbeiten unsere radikalen Marxisten in enger Fühlung mit den deutschen linksradikalen Genossen sich zur Pflicht machten.

Es war ihnen dabei nicht mehr um rein theoretische Aufklärung zu tun; es handelte sich um praktische Tagesfragen und deren Zusammenhang mit der neuen imperialistischen Entwicklung; es galt sie vom Standpunkte des Marxismus aus zu beleuchten und die Resultate den Arbeitern auf einfache Weise einzuschärfen. Den Marxismus praktisch anzuwenden war die Aufgabe.

Zu dem Zwecke wurde 1907 neben der wissenschaftlichen Monatsschrift „De Nieuwe Tyd" das Wochenblatt „De Tribune" gegründet, das diese Aufgabe glänzend erfüllte.

Sobald dieses Organ unter den Arbeitern einigen Einfluß gewann, fühlte sich die Führerschaft des Opportunismus ge-

nötigt, die Marxisten zu „erwürgen". Der Kampf um die selbständige Existenz der „Tribune", die sich die „Tribunisten" unter keiner Bedingung nehmen lassen wollten, fing an und endete schließlich damit, daß ihre Redakteure, van Ravesteyn, Wynkoop und Geton auf dem Kongreß in Deventor 1909 aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Damit wurde jedoch das von der S. D. A. P. bezweckte Ziel, die Ausrottung des Marxismus, nicht erreicht. Der Ausschluß in Deventor hatte die Gründung einer neuen Partei, der Sozialdemokratischen Partei (S. D. P.) zur Folge. Die „gemäßigten" Zentrumsmarxisten blieben und verödeten in der kleinbürgerlichen S. D. A. P. und machten sich an der ganzen weiteren Entwicklung derselben mitschuldig.

So entwickelte sich die S. D. P. als eine rein marxistische, anti-imperialistische und schließlich revolutionäre Partei, ähnlich den Bolschewiki in Rußland. Später, als die Bolschewiki sich nach ihrem Sieg als „Kommunistische Partei Rußlands" konstituiert hatten, bekundete die S. D. P. ihre Uebereinstimmung mit den russischen Kameraden öffentlich dadurch, daß sie den Namen der Partei in „Kommunistische Partei Hollands" umänderte.

Weniger noch als die Proletarier derjenigen Länder, die mitten in einer sprunghaften kapitalistischen Entwicklung lebten, waren die holländischen Arbeiter, die unter kleineren, sich nur langsam und fast unmerklich ändernden Verhältnissen lebten, imstande, die Weltentwicklung zu begreifen. So konnten sie auch die Rückwirkung dieser finanziell-kapitalistischen Weltentwicklung auf ihre eigene Lage und die daraus für sie sich ergebenden Lehren nicht erfassen.

Zieht man dann noch in Betracht, daß infolge des verschiedenen Tempos ihrer Entwicklung die Rückständigkeit der holländischen Verhältnisse gegenüber den großen Ländern von Jahr zu Jahr wuchs, dann wird es klar sein, daß für die Entfaltung einer selbständigen, eine rein marxistische Arbeiterpolitik treibenden Partei, wie es nur die S. D. P. sein konnte, in den Jahren zwischen 1909 und 1914 in Holland sehr wenig Boden vorhanden war. Für die „Tribune" hatte das städtische Proletariat bloß literarisches Interesse. Die Partei war ihr höchstens eine der schönen aber unausführbaren Theorien. So war es für die Sozialdemokratie leicht, ihren Anhängern jede Lüge gegen uns weiszumachen und schließlich das Lesen der „Tribune" zu verbieten. Damit wurde der Existenzkampf der Partei zu einem zähen Ringen um die Existenz des Blattes, und ihre Tätigkeit blieb jahrelang ausschließlich beschränkt auf uner-

müdliches intensives Verteidigen der alten Stellungen, ohne daß sie merklich an Einfluß gewann. Gehalten aber hat sie sich trotzdem. Die bei der Gründung der Partei etwas über 500 zählende Mitgliederzahl betrug, obwohl von diesen Gründern weniger als hundert übrig waren, 1914 noch immer 500.

Als dann schließlich der von den Marxisten schon lange vorausgesagte Krieg ausbrach, wurde auch Holland von den Weltereignissen mitgerissen.

Jetzt endlich kam die Zeit für die S. D. P. Die S. D. P. zeigte den Zweiflern ihr wahres Wesen. 1916 schloß sich der S. D. P. eine kleine Gruppe Oppositioneller an, die sich unter Leitung der Genossin Roland-Holst kurze Zeit als selbständige „Internationale Gruppe" gehalten hatte.

IV.

Die im Schatten der alles überwuchernden bürgerlichen Massenorganisationen der Sozialdemokratie und der „modernen" Gewerkschaften lebenden, als Reste aus der „alten Bewegung" jahrelang fortexistierenden syndikalistischen Gruppen und Gewerkschaften machten gegen die vom Kriege heraufbeschworene nationalistische Welle Front. Sie hatten sich unter der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung Hollands allmählich erneuert und den alten Geist des Anarchismus unter Beibehaltung der Rebellion gegen den Kapitalismus abgestreift.

Die Syndikalisten waren nicht mehr selbständige örtliche Organisationen für einen bloß ökonomischen Kampf; sie hatten sich zu einem örtlich und national zentralisierten Fachverband organisiert.

Infolgedessen vermieden sie es, zu Versicherungsinstituten herabzusinken. Sie wurden nicht, wie die „modernen" Gewerkschaften, Organisationen zur Erhaltung kleinbürgerlicher Lebensansprüche der Arbeiter, sondern blieben echte Kampforganisationen. Sie waren gegen Tarifverträge (wie sie die „Modernen" für viele Jahre abschlossen), wodurch sie nicht zu Förderern der nivellierenden Wirkung des Kapitalismus auf die allgemeine Lage der Arbeiter wurden.

Sie behielten für ihre Fach- und Ortsgruppen die Freiheit, ohne Befehl der Zentralleitung selbständige Aktionen zu führen, um die jeweilige Konjunktur ausnützen zu können. Sie betrachteten den Generalstreik als den Höhepunkt ihrer Aktionen.

Ihre seit 1903 nach dem Verrat Troelstras an dem damaligen Generalstreik erfolgte langsame Neubelebung fand eine Grenze

an der allgemeinen Geistesverfassung der holländischen Arbeiter, die massenhaft den kleinbürgerlichen modernen Gewerkschaften und der S. D. A. P. beitraten, welche der Aktionsfähigkeit der Syndikalisten immer ein Hemmnis entgegensetzten.

Die Schwäche der syndikalistischen Gewerkschaften liegt darin, daß sie sich nur mühsam ihren eigenen holländischen Verhältnissen entziehen können und durch Mangel an theoretischer Einsicht in die imperialistische Entwicklung die Tendenz zeigen, sich zwecks schnellerer Ausbreitung ihrer Organisationen diesen Verhältnissen anzupassen.

Der Krieg zwang sie, auch mit dem letzten Reste ihrer Abneigung, politische Aktionen zu führen, aufzuräumen.

Die von der S. D. A. P. Enttäuschten, die Syndikalisten, die freisozialistischen Gruppen, der Internationale Antimilitaristenverein und die christlichen Sozialisten, vereinigten sich nach Kriegsausbruch mit der S. D. A. P., um unter der geistigen Führung unserer Partei als „Agitationskomitee" — später „Revolutionäres Komitee gegen den Krieg und seine Folgen", den Kapitalismus während des Krieges zu bekämpfen.

Zunächst wurde gegen die Militarisierung der holländischen Arbeiter, welche zur Verteidigung der bedrohten Interessen ihrer Ausbeuter durchgeführt wurde, agitiert, dann gegen die deutsch orientierte Auslandspolitik, die Holland in den Krieg hineinzuziehen drohte, schließlich wurden auch die Massen in den Kampf mitgerissen, als er zur Attacke gegen die Quintessenz dieser Auslandspolitik wurde, gegen die das Volk vollkommen aushungernde Ausfuhrpolitik der Riesenprofite einheimsenden Kapitalisten- und Kriegsgewinnler.

Und immer lautete die Parole unserseits: auf zum Massenstreik gegen den Kapitalismus; Krieg dem Kriege, nicht prodeutsch und auch nicht pro-Entente, sondern gegen den Imperialismus. Diese Forderungen klangen endlich, als der Friede in Sicht kam, in der Losung aus: wir sind nicht für diesen Frieden zwischen kapitalistischen Interessengruppen, der kein Friede ist, — sondern für die Revolution, die den Frieden zwischen den Proletariern erringen wird. Und unter der Parole: „Gegen die Hungerpolitik dieser Regierung" führen wir die von Jahr zu Jahr mehr ausgehungerten Proletarier in wachsender Anzahl in Versammlungen, Straßendemonstrationen und eintägige Demonstrationsstreiks.

Als höchste Steigerung dieser Aktionen steuerte die S. D. P. einem planmäßig vorbereiteten Generalstreik zu, wofür die

Verhältnisse innerhalb der von dem „Revolutionären Komitee" allmählich fester umfaßten Organisationen Anfang 1917 reif waren. Der Streik, ziemlich gut durchgeführt, scheiterte jedoch an ungenügendem mitreißendem Einfluß auf die „moderne" Organisation und die außenstehenden, energielosen Massen, um so mehr, als die Arbeitslosigkeit damals äußerste Dimensionen angenommen hatte. Die allgemeine Unzufriedenheit des holländischen Proletariats führte bei gegebenen Verhältnissen bloß zum Zerfall in den eigenen Reihen.

Dies hatte auch unter den organisierten revolutionär gesinnten Arbeitern eine allgemeine Apathiestimmung zur Folge, die das holländische Volk zu jener Zeit beherrschte. Sie fürchteten die Folgen eines zweiten Experimentes für ihre Organisationen, sodaß, als einige Monate später, im Frühjahr, die hungernden Massen sich selbst die ihnen vorenthaltenen Lebensmittel aus den Schiffen und Stapelhäusern herausholten und Läden plünderten, die revolutionär Organisierten unfähig waren, diese Aufstandsbewegung durch einen Generalstreik in eine große, planmäßige, revolutionäre Volksaktion umzuleiten. Das Militär hatte leichtes Spiel, durch Gewehrsalven mit den hungernden Aufständischen fertig zu werden. Seitdem beherrschte der Geist des Duldens das holländische Proletariat. Sogar der Ausbruch der deutschen Revolution fand bloß in unseren eigenen Reihen einigen Widerhall. Man hatte sich die langen Kriegsjahre hindurch abgewöhnt, an eine Revolution in Deutschland zu glauben.

Es ist eine offenbare Lüge Troelstras, um seine persönliche Schandtat, seinen eigenen Irrtum und seine Verwirrung in den Novembertagen 1918 zu bemänteln, wenn er die Welt an eine damalige starke Erregung unter den Arbeitern glauben lassen will. Eine von unserer Partei geführte Demonstration in Amsterdam wurde vor der Kavalleriekaserne durch Schüsse auseinandergetrieben (4 Tote). Damit brach sofort jede weitere Bewegung zusammen, und zwar dadurch, daß die geplanten Versammlungen der S. D. A. P. rückgängig gemacht wurden. Das bedeutete eine moralische Entkräftung des revolutionären Teiles der Arbeiterklasse. Troelstra hatte also durch seine „Revolution" bloß die Geschäfte der Bourgeoisie besorgt.

V.

Die außerordentlich wuchtige und nicht nachlassende Tätigkeit der Kommunistischen Partei unter den Massen des Volkes, ihre Wühlarbeit unter den Soldaten während des Krieges, die tiefempfundenen Agitationsreden Wynkoops über die

russische Revolution und sein leidenschaftliches Eintreten für die eigene Revolution — trugen endlich Früchte. Zwar wurde die Vereinigung aller revolutionären Kräfte, die wir mit dem „Revolutionären Komitee" bezweckt hatten, nicht erreicht, aber es wurde doch die Grundlage dafür geschaffen. Die Partei selbst nahm an örtlichen Abteilungen und Mitgliedern zu (jetzt 2500 bis 3000, eine Verfünffachung also). Die Abonnentenzahl der im Jahre 1916 zu einem Tagesorgan umgewandelten Tribune ist endlich stabil geworden. (Anfang 1920 betrug sie 6000).

Kurz, die K. P. hat sich als Partei, als Organisation des kämpfenden Proletariats durchgerungen. Bei den Wahlen im Sommer 1918 bekam sie zwei Mitglieder ins Parlament, van Ravesteyn und Wynkoop, 34 in die Kommunalräte (davon in Amsterdam 6 auf 45 im Ganzen, die S. D. A. P. 13). Die für die K. P. abgegebene Stimmenzahl betrug bei diesen Parlamentswahlen mehr als 30.000.

Wie kommt es nun, daß dieses Wachstum der Partei im Verhältnis zu ihrer jahrelangen unaufhörlichen Aktivität und ihrer theoretischen Höhe dennoch so gering blieb; daß der Kampf der revolutionär gesinnten Arbeiter sich nicht zu größerer Wucht entfalten konnte?

Das läßt sich nur aus der besonderen Psyche der holländischen Arbeiter unter der Einwirkung des Krieges erklären. Während des Krieges hat das holländische Proletariat, von dem Trieb zu persönlicher Selbsterhaltung geführt, nur ein einziges Bestreben gehabt: nicht in den Krieg hineingezogen zu werden. Und dafür hat es alles geopfert. Jahrelang hat es sich vorschwindeln lassen, es sei notwendig, alles, was Holland an Lebensmitteln produziert, auszuführen, um nicht in den Krieg hineingezogen zu werden. Und für diese Dummheit und Angst hat es sich vier Jahre lang vollkommen aushungern und demoralisieren lassen.

Weil Holland dem Kriege fern blieb, ist sein Proletariat an Erfahrungen und Erlebnissen den anderen Proletariern gegenüber ärmer geblieben, sodaß sein geistiger Rückstand diesen Proletariern gegenüber um ein Erhebliches größer geworden ist als er vor dem Kriege schon war. Das Gefühl seiner Abhängigkeit von den Kapitalisten erreichte den Höhepunkt; sein Selbstbewußtsein und Klassenbewußtsein ist geringer als je. Zudem hat es nicht mit Waffen gekämpft. Seine Feigheit, sein Mangel an persönlichem Mut, sein Unwille, das Leben für seine eigene Klasse einzusetzen, sind die Folgen davon.

Man muß sich darüber klar sein, daß einem so stumpfsinnig gewordenen Proletariat gegenüber auch die beste kommunistische Propaganda und Taktik, auch der glühendste Wille einer revolutionären, zum Kampf bereiten Vorhut sich totlaufen muß.

Dieselbe Angst, die das holländische Volk vor dem Krieg hatte, fühlte es später vor der kommenden Revolution und dem Bürgerkrieg, denn daß dieser kommen muß, das weiß in Holland jedes Kind in dem entlegensten Dörflein.

VI.

Der Krieg hat für Holland neue Verhältnisse geschaffen. Während des Krieges war es von der Außenwelt abgesperrt. Sein Kolonialkapital war von seinem Ausbeutungsterrain abgeschnitten. Sein Schiffahrtskapital lag brach. Das Agrarkapital heimste Riesenprofite ein. Die Isolierung Hollands erfüllte niegeahnte, kühnste Erwartungen der Anhänger des Schutzzolles. Eine riesige Kapitalsumme suchte Anlage bei unbeschränkten Absatzmöglichkeiten zu nie dagewesenen Preisen.

Das holländische Kapital wurde gezwungen, sich im Inlande zu betätigen; ganz neue Industrien wuchsen aus dem Boden. Landbau und Milchproduktion wurden industriealisiert. Das Bankkapital konzentrierte sich mit Riesenschritten.

Die finanzkapitalistische Entwicklung Hollands erreichte das Weltniveau, das jetzt auch dem holländischen Proletariat zum Erlebnis wird. Diese neue Phase der wirtschaftlichen Entwicklung — auf Kosten der Aushungerung des Volkes erworben — bringt auch den Klassenkampf in eine neue Phase.

Erstens durch die immer wachsende Verschärfung der Klassengegensätze. Zweitens durch die mehr als je international einander beeinflussenden In- und Auslandsverhältnisse, und endlich durch die auf einander rückwirkenden Kräfte des Kapitalismus und der proletarischen Revolution, wodurch der Klassenkampf in Holland in dieselbe Phase gerückt wird wie im Ausland, in die Phase des versteckten Klassen- und des offenen Bürgerkrieges.

Während des Krieges hat das holländische Kapital, geschützt durch die kleinbürgerliche Sozialdemokratie und „modernen" Gewerkschaften und unter deren Mithilfe die weitgehendsten Maßnahmen gegen den „äußeren Feind" getroffen, hat diese aber nur gegen die „inneren Feinde" des „äußeren Feindes", d. h. gegen die ausländischen Deserteure und Revolutionäre angewandt. Nach dem Kriege hat es diese Ausnahme-

gesetze für „ausländische Revolutionäre" und gleichzeitig gegen „innere Feinde" beibehalten. Wo die Kriegsausnahmebestimmungen aufgehoben wurden, hat man diese im Verwaltungswege in Permanenz erklärt, um den „inneren Feind" zu bekämpfen.

So ist die Sozialdemokratie durch ihre Kriegspolitik die Helfershelferin der Bourgeoisie bei der Vorbereitung des Bürgerkrieges geworden.

Im Juni 1920 vervollständigte die Bourgeoisie ihre konterrevolutionären Maßnahmen durch ein Gesetz, das ihr ermöglicht, jede öffentliche revolutionäre Propaganda und Aktion der Gewerkschaften zu unterbinden.

Ein eintägiger Streik gegen dieses Gesetz, sogar von der S. D. A. P. und den „modernen" Gewerkschaften unterstützt, nützte dem holländischen Proletariat sehr wenig.

Die K. P. wird sich auf den Boden der neuen Tatsachen zu stellen haben. Sie wird neben ihrer öffentlichen Arbeit zur illegalen Arbeit schreiten müssen.

Das wird für uns um so schwieriger sein, als unsere besten Kräfte mit parlamentarischer Arbeit überhäuft sind und die Partei als solche stets eine Tradition der größtmöglichen Offenheit und „Demokratie" verfochten hat. Die Erfahrungen mit den neuen Gesetzbestimmungen werden jedoch die Parteigenossen veranlassen, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen und den versteckten Klassenkrieg zu führen.

Die Bourgeoisie wird dann wohl dafür sorgen, daß es zum offenen Bürgerkrieg kommt, für den sie sich seit dem sogenannten „Kartoffelaufstand" 1917 gerüstet hat; denn das holländische Kapital, das sich so sprunghaft auf das Niveau des Weltkapitals erhoben hat, hat sich ebenso sprunghaft für den Bürgerkrieg vorbereitet, der indessen zu ihrem sicheren Untergange führen wird.

Somit sind für Holland dieselben Verhältnisse geschaffen, in welchem das Proletariat der ganzen Welt lebt.

Das ist der neue Boden, auf welchem der Klassenkampf der Arbeiter zum revolutionären Kampf werden muß.

Auf diesem Boden wird auch das holländische Proletariat als Ganzes gezwungen, seinen Kampf nicht mehr als Kampf um seine Rechte innerhalb des kapitalistischen Systems, sondern als Kampf um die Macht der proletarischen Klasse und für die klassenlose Gesellschaftsordnung zu kämpfen, auf der es seine neue geistige und moralische Sittenwelt aufbauen wird.

J. Jansen.

Die Kommune mußte gleich von vornherein anerkennen, daß die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirtschaften könne mit der alten Staatsmaschine, daß diese Arbeiterklasse, um nicht ihrer eigenen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehen, einerseits die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen, anderseits aber sich sichern müsse gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese ohne alle Ausnahme für jederzeit absetzbar erklärte. Worin bestand die charakteristische Eigenart des bisherigen Staates? Die Gesellschaft hatte zur Besorgung ihrer gemeinsamen Interessen, ursprünglich durch einfache Arbeitsteilung, sich eigene Organe geschaffen. Aber diese Organe, deren Spitze die Staatsgewalt, hatten sich mit der Zeit, im Dienst ihrer eigenen Sonderinteressen, aus Dienern der Gesellschaft zu Heren über dieselbe verwandelt. Wie dies z. B. nicht bloß in der erblichen Monarchie, sondern ebensogut in der demokratischen Republik zu sehen ist."

Friedrich Engels.

Der Kampf für die Kommunistische Internationale in der Schweiz.

Der Kampf um die Kommunistische Internationale wird in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Schweizer Proletariats mit aller Schärfe geführt. Einige große örtliche Gewerkschaften haben bereits beschlossen, aus der Amsterdamer Internationale auszutreten und sich dem Moskauer Internationalen Gewerkschaftsbund anzuschließen. Der letzte Gewerkschaftskongreß, der im Oktober 1920 in Neuenburg stattfand, sollte ebenfalls zur Kommunistischen Internationale Stellung nehmen. Wegen Zeitmangel kam diese Angelegenheit jedoch nicht zur Sprache und wurde auf einen späteren Kongreß verschoben. Im großen und ganzen finden wir wie überall, so auch in der Schweiz dasselbe Bild. Der größte Teil der organisierten Arbeiter ist für die Kommunistische Internationale. Die Mehrzahl der Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei jedoch sind dagegen. Dementsprechend wird auch der Schweizer Gewerkschaftskongreß mit Mehrheit den Anschluß an die Kommunistische Gewerkschaftsinternationale ablehnen.

Während es innerhalb der Gewerkschaften nur ein Dafür oder Dagegen gibt, ist die Situation in der politischen Bewegung bedeutend verworrener. Das hat seinen Grund darin, daß es innerhalb des Schweizer Proletariats verschiedene politische Richtungen und Parteien gibt. Der rechte und der linke Flügel der Schweizer sozialistischen Bewegung wissen, was sie wollen. Der erste, vereinigt in der Grütlianerpartei, steht auf nationalem Boden und hat keine Lust, die Sozialpatrioteninternationale zu verlassen. Der letztere, die Kommunistische Partei der Schweiz, ist aufgenommen in der Kommunistischen Internationale. Der Kampf tobt also in der Mittelpartei, die die Masse der politisch organisierten Arbeiter umfaßt, in der Sozialdemokratischen Partei. Diese Partei ist ebenfalls in die verschiedensten politischen Richtungen gespalten. In ihr befinden sich Grütlianer reinsten Wassers, demokratische Pazifisten, Anhänger des Zentrums, christliche Sozialisten, dazu ein linker Flügel, der sich um Welti, Nobs, Platten, Humbert Droz gruppiert und selbst noch eine ganze Anzahl Kommunisten, die nebenbei der Sozialdemokratischen Partei

angeschlossen sind. Im letzten Jahr wurde in einer Urabstimmung innerhalb der sozialdemokratischen Parteisektionen der Eintritt in die Kommunistische Internationale abgelehnt. Aber die Diskussion kam trotzdem nicht zur Ruhe. Die Radikalisierung der Schweizer Arbeiterschaft geht ununterbrochen weiter und mit ihr auch der Wille, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen. Dieser Situation entsprechend hielt es die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei für notwendig, sich nochmals mit dieser Frage zu beschäftigen, und sie beschloß: „Der nächste Parteitag soll nochmals zur Kommunistischen Internationale Stellung nehmen. Unter Wahrung der Aktionsfreiheit hat sich die Sozialdemokratische Partei der Kommunistischen Internationale anzuschließen. Aber auch zu den Kommunisten im Lande selbst ist dadurch klare Situation zu schaffen, daß diese aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen werden.

Die Sozialdemokratische Linke hat sich kurz vor Beginn des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale, nach der Rückkehr des Genossen Platten aus Rußland, 54 Mann stark, in Olten versammelt, sich dort organisiert und beschlossen, innerhalb der Sozialdemokratischen Partei für den bedingungslosen Eintritt in die Kommunistische Internationale zu kämpfen. Sie hat einen Ausschuß, bestehend aus den Genossen Nobs, Wyß und R. Bloch in Zürich bestimmt und die Herausgabe einer Monatsschrift im Prinzip beschlossen.

Mittlerweile tagte in Moskau der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale. Die Linkssozialdemokraten waren auf diesem Kongreß neben der K. P. S. und der Sozialistischen Jugendorganisation ebenfalls und zwar gegen den Willen der sozialdemokratischen Parteileitung vertreten. Die Beschlüsse dieses internationalen Kongresses, die 21 Aufnahmebedingungen und besonders der Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, daß die K. P. S. in die Kommunistische Internationale aufgenommen ist und der linke Flügel der Sozialdemokratischen Partei sich innerhalb vier Monaten von den Opportunisten und den Rechtssozialisten zu trennen habe, um sich mit der K. P. S. zu vereinigen, schlug wie der Blitz in den sozialdemokratischen Parteisumpf hinein. Die Linkssozialdemokraten tagten wiederum und beschlossen auf einen Bericht ihres zurückgekehrten Delegierten Bringgolf hin, den 21 Bedingungen zuzustimmen, jedoch das von der Exekutive der Kommunistischen Internationale beschlossene gemeinsame Aktionskomitee mit der K. P. S. abzulehnen. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei kam ebenfalls am 10. Oktober in Olten zusammen und lehnte den Antrag Welti auf vorbehaltlose Annahme der 21 Bedingungen mit 47 gegen 11 Stimmen ab, ebenfalls einen Antrag Schneider Basel

und Nobs — Zürich, welcher die 21 Bedingungen verwirft, jedoch mit Moskau Beratungen über den Eintritt pflegen wollte, mit 49 gegen 8 Stimmen.

Dagegen wurde folgender Antrag Grimm mit 40 gegen 18 Stimmen zum Beschluß erhoben und an den außerordentlichen Parteitag weitergeleitet.

Der Parteivorstand hebt seinen Beschluß vom April 1920 betreffs Beitritt zur Kommunistischen Internationale auf. Der Parteivorstand beantragt für den außerordentlichen Parteitag:

1. Die 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale werden, weil unerfüllbar, abgelehnt. 2. Geschäftsleitung und Parteivorstand werden beauftragt, mit jenen Parteien des Auslandes, die sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen wünschen, aber mit den 21 Bedingungen nicht einverstanden sein können, in Verbindung zu treten, um gemeinsam mit diesen Parteien eine Revision der Aufnahmebedingungen zu erstreben und den nationalen Zusammenschluß der revolutionären Arbeiterparteien zu ermöglichen. 3. Dieser Beschluß ist der Urabstimmung zu unterbreiten.

Der außerordentliche Parteitag, der neben der Anschlußfrage auch die Programmrevision behandeln soll, wurde auf den 10., 11. und 12. Dezember 1920 nach Bern einberufen.

Dem Antrage Grimm haben alle grundsätzlichen Gegner der Kommunistischen Internationale, die die 21 Bedingungen auch für alle Zukunft verwerfen, die Sozialpatrioten Greulich, Graber, Gustav Müller, Schmidt, Huber, Kehl und Konsorten zugestimmt. Das genügt schon, um die Mentalität, den Sinn des Antrages Grimm zu bezeichnen. Aber ein weiteres Ergebnis zeitigte diese Parteivorstandssitzung: die Spaltung des linken Flügels der Sozialdemokratischen Partei. Schneider und Nobs, der selbst Präsident des Linksausschusses ist, stimmten gegen die 21 Bedingungen und wollten nochmals Unterhandlungen mit Moskau, was wesentlich auf dasselbe herauskommt, was Grimm will.

Der 10., 11. und 12. Dezember 1920 soll nun auch in der Schweiz die Geister scheiden.*) Die Situation ist folgende: Für die Annahme der 21 Bedingungen werden die Kantone Zürich, Basel-Stadt, Schaffhausen und Genf mit großer Mehrheit eintreten, so daß auf dem

*) Der Artikel wurde vor dem Parteitag geschrieben. Die Abstimmung auf dem Parteitag hat die Voraussagung des Verfassers bekanntlich bestätigt. Es wurden 213 Stimmen für und 350 gegen die Kommunistische Internationale abgegeben. Die Minderheit verließ den Sitzungssaal. Sie schob den formellen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei bis zur Vornahme einer Urabstimmung auf.
Die Redaktion.

nächsten Parteitag der Sozialdemokratischen Partei etwa ein Drittel der Delegierten für den bedingungslosen Eintritt stimmen wird. Von der gesamten sozialdemokratischen Parteipresse werden diese Aufnahmebedingungen abgelehnt. Das „Volksrecht", Zürich, wankt; nur der Baseler „Vorwärts" und in der Westschweiz der „Phare" führen den Kampf mit aller Entschiedenheit dafür. Von den 54 Linkssozialdemokraten, die in Olten zusammenkamen, werden kaum 50 Prozent fest bleiben. Nobs und Schneider sind bereits nach rechts abgeschwenkt.

Auf verschiedenen wichtigen Plätzen, so in Winterthur, Bern, Biel und Thurgau, in Luzern etc. haben die Linken in den Arbeiterorganisationen sehr wenig Einfluß und können ohne die Genossen der K. P. S. nichts ausrichten. Ob die Linkssozialdemokraten nach der Dezembertagung der Sozialdemokratischen Partei die Konsequenzen zu ziehen wagen und aus der Sozialdemokratischen Partei austreten, ist sehr fraglich.

Um allen Eventualitäten vorzubeugen, beschloß die K. P. S. auf einer Landeskonferenz in Zürich folgendes:

Die K. P. S. hat die intensivste Agitation zu entfalten und an allen Orten kommunistische Parteisektionen zu bilden. Jedoch dürfen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, die sich der K. P. S. angeschlossen haben und weiter anschließen, nicht aus der alten Partei austreten, sondern haben innerhalb derselben für die Kommunistische Internationale und für die Parteispaltung Hand in Hand mit den Linkssozialisten zu arbeiten. Trennen sich die Linkssozialdemokraten auf dem nächsten Parteitag analog den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale nicht von den Rechts- und Zentrumssozialisten, so haben die Mitglieder und Gruppen der K. P. S., die noch in der Sozialdemokratischen Partei sind, den Kollektivaustritt aus der Sozialdemokratischen Partei zu vollziehen.

Mögen sich die Verhältnisse so oder so entwickeln, mögen die sozialdemokratischen Führer die Kommunistische Internationale ablehnen oder mit dem Entschluß zaudern und schwanken, die revolutionären Massen drängen nach einer Entscheidung. Und die Entscheidung wird auf dem nächsten Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Anfang Dezember fallen. Ein längeres Hinausschieben gibt es nicht mehr. Die K. P. S., die heute verhältnismäßig noch klein ist, wird dadurch einen bedeutenden Zuwachs erhalten. Man rechnet mit 15 000 Mitgliedern. Damit würde sie zur zweitstärksten proletarischen Partei der Schweiz werden. Dadurch erhöht sich natürlich auch ihr Einfluß und ihre Aktivität, und beides ist in den heutigen chaotischen Verhältnissen der Schweiz eine dringende Notwendigkeit.

Jakob Herzog.

Die revolutionäre Bewegung in Südafrika.

Die große Mehrheit des südafrikanischen Proletariats gehört zum Stamme Bantu. Nirgends, außer in der Kapkolonie, besitzen die eingeborenen Proletarier irgend welche politischen Rechte; sie leben und arbeiten infolge des Paßsystems und der eigens für sie geschaffenen polizeilichen Vorschriften und Kriminalgesetze in einer Art Leibeigenschaft.

Die indischen und weißen Arbeiter bilden die Minderheit. An die Berichte und Erklärungen der offiziellen südafrikanischen Arbeiterorganisationen muß stets mit einer gewissen Vorsicht herangegangen werden; die weißen Arbeiter in Südafrika geben sich nämlich in beträchtlichem Maße derselben Illusion hin, wie die weißen Arbeitgeber. Sie halten sich für die Vertreter der ganzen Bevölkerung, und die in ihrer Gewalt stehende Masse der versklavten Eingeborenen existiert für sie politisch nicht.

Die Hauptmasse der eingeborenen Arbeiter, d. h. ungefähr 75 Prozent des südafrikanischen Proletariats, ist weder einer kollektiven Willensäußerung fähig, noch hat sie überhaupt ein entwickeltes Klassenbewußtsein. Diese Rückständigkeit erklärt sich hauptsächlich dadurch, daß die eingeborenen Arbeiter nicht dauernd in den industriellen Unternehmungen beschäftigt sind, sondern von Zeit zu Zeit in ihre Heimat zurückkehren.

Die politische Arbeiterbewegung.

Mit der Entstehung des Südafrikanischen Verbandes (S. African Union) im Jahre 1910 vereinigten sich die über das ganze Land verstreuten Arbeiterorganisationen und Gewerkschaftsräte (Trade Councils) in der Südafrikanischen Arbeiterpartei (S. African Labour Party) mit einem klar umrissenen sozialistischen Programm.

Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1910 erhielt die Südafrikanische Arbeiterpartei vier Mandate für das Bundes-

parlament. Eine Reihe weiterer Siege auf den Supplementswahlen erhöhte diese Zahl auf 8 im Jahre 1915, wo das Parlament aufgelöst wurde.

Die Streikbewegung und die politische Bewegung.

Im Juli 1913 brach ein großer Bergarbeiterstreik aus, dem sich bald auch die Arbeiter anderer Industriezweige anschlossen. Dieser Streik wurde weltbekannt infolge des von den Regierungstruppen in den Straßen Johannesburgs veranstalteten Blutbades.

Ein zweiter Generalstreik brach im Januar 1914 aus. (An ihm beteiligten sich nur die weißen Arbeiter). Die Eisenbahner traten zuerst in den Ausstand, ihnen folgten die Bergarbeiter und andere. Die Regierung traf außerordentliche Maßnahmen, und es gelang ihr, mit Hilfe besonders darauf gerichteter Vorbereitungen, besonderer Gesetze und polizeilicher Unterdrückungen, die Arbeiter zu schlagen. Die Folge war die Ausweisung von neun Streikführern.

Die durch die militärischen Repressivmaßregeln der Regierung hervorgerufene Entrüstung des aufgeklärten Teiles der Arbeitermassen führte dazu, daß bei den im März desselben Jahres stattfindenden Wahlen zum Provinzialrat die Südafrikanische Arbeiterpartei von ihren 25 Kandidaten 23 in den Transvaaler Provinzrat eintreten sah.

Für diesen Erfolg mußte die Partei büßen: sie wurde von einer großen Anzahl politischer Abenteurer überschwemmt, sodaß sie, als im August 1914 der Krieg ausbrach, noch nicht Zeit gehabt hatte, ihr inneres Gleichgewicht wiederherzustellen und sich von den der Arbeiterklasse fernstehenden Elementen zu befreien. Dennoch stimmten im Transvaaler Povinzrat von den 23 Parteikandidaten 10 für die Annahme der im Rat vorgelegten Resolution gegen den Krieg.

Auf der im Januar 1915 in East-London abgehaltenen Jahreskonferenz der Partei befand sich der ganze Parteiapparat in den Händen ihres antikriegerisch gestimmten Teiles, der auch die leitende Rolle auf der Konferenz spielte. Aber trotzdem die antimilitaristische Gruppe die intensive Unterstützung der Mehrheit besaß, nahm sie doch davon Abstand, ihren Einfluß geltend zu machen. Sie handelte im Glauben, die Einigkeit der Partei aufrecht erhalten zu müssen, und in der Hoffnung, die schnelle Beendigung des Krieges würde die Partei vor

einer Spaltung bewahren. Gen. W. H. Andrews, Chef der Partei und Führer der antimilitaristischen parlamentarischen Fraktion, wurde wieder zum Präsidenten gewählt; die Mehrheit der Exekutivmitglieder gehörte ebenfalls der antimilitaristischen Gruppe an.

Mit allen gegen eine Stimme wurde sodann eine Resolution angenommen, die es allen Parteimitgliedern freiließ, die Frage ihrer Beziehungen zum Kriege nach eigenem Ermessen und Gewissen zu lösen.

Diesen Kompromißcharakter behielt die Partei bis zum Juni 1915. Im Oktober desselben Jahres sollten die Allgemeinwahlen stattfinden. Oberst Creswell, der Führer der Partei im Parlamente, warf sogleich der antimilitaristischen Gruppe den Fehdehandschuh hin und forderte in einem Aufrufe alle Parteimitglieder auf, für den „Krieg bis zum Ende" zu stimmen. Zwanzig angesehene Parteimitglieder erließen sofort einen Gegenaufruf, und zum 22. August wurde eine besondere Konferenz zur Ausarbeitung der Wahlplattform einberufen. Während der ganzen Vorwahlperiode führte die Presse eine energische Lügen- und Verleumdungskampagne gegen die antimilitaristische Gruppe. Die dadurch hervorgerufene Erregung machte sich auf der Konferenz bemerkbar. Die Mehrheit stand nun auf Seite des „Krieges bis zum Ende". Als die Wahlen herankamen, waren alle früheren Reden über die Notwendigkeit einer Verständigung, alle früheren Verbindungen und Beziehungen, die früheren Bemühungen, den Anhängern des Krieges das Verbleiben in der Partei möglich zu machen, vergessen; vergebens war der Appell an die höheren Ideale, um derentwillen die Partei entstanden war. Alle Kandidaten, die gegen die Politik des „Krieges bis zum Ende" waren, wurden von den Listen gestrichen.

Die Spaltung.

Acht Mitglieder der Parteileitung, darunter der Vorsitzende, der Sekretär und der Schatzmeister, legten ihre Vollmachten nieder. Die antimilitaristischen Gruppen bildeten eine neue Organisation unter dem Namen „Internationale Liga der Südafrikanischen Arbeiterpartei" (International League of the S. A. L. P.), um eine selbständige Propaganda zu führen und die Partei wieder auf den Pfad des Internationalismus zu bringen.

Jedoch mit dem Steigen des Wahlfiebers konnte dieser Zustand nicht fortdauern. Fast gleichzeitig mit dem Beschluß der Ligamitglieder, aus der Südafrikanischen Partei aus-

zutreten und eine eigene Organisation zu bilden, sprach sich der Administrationsrat (Administrative Council) der Partei für den Ausschluß aller obigen Mitglieder aus. Die Liga begann ihr selbständiges Dasein im September 1915 unter dem Namen „Internationale Sozialistische Liga Südafrikas" (International Socialist League of S. A.).

Unser Organ „Die Internationale".

Sofort nach der Spaltung trat die Liga an die Herausgabe einer Wochenschrift „Die Internationale" (The International") heran, wovon sechs Jahrgänge bereits erschienen sind. Das offizielle Organ der Südafrikanischen Arbeiterpartei „Der Arbeiter" („The Worker") erschien jedoch seit 1915 wegen der Meinungsverschiedenheiten in der Kriegsfrage überhaupt nicht mehr. Seitdem besitzt die Südafrikanische Arbeiterpartei keine offizielle Zeitung oder Zeitschrift. Unsere Zeitschrift „The International" ist demnach die einzige Arbeiterwochenschrift in Südafrika. Der Umfang der Zeitschrift hat sich seit der Zeit ihrer Gründung verdoppelt. Die Liga besitzt eine eigene Druckerei, wodurch das rechtzeitige Erscheinen unserer Literatur erheblich erleichtert wird.

Die verhältnismäßig schwache Verbreitung der Zeitung ist auf die besonderen Schwierigkeiten zurückzuführen, die der sozialistischen Bewegung in Südafrika mit seinem größtenteils schwarzen Proletariat im Wege stehen.

Wahlresultate. – Nach der Entstehung der Liga.

Bei den Wahlen in den Transvaaler Provinzialrat im Jahre 1917 wurde im Kreise Benoni die Kandidatur des Gen. W. H. Andrews aufgestellt, und obgleich er durchfiel und ein Kandidat der Arbeiterpartei das Mandat erhielt, gelang es ihm doch, 355 Stimmen auf sich zu vereinigen. Das war genug, um die gesamte kapitalistische Presse zu veranlassen, ihr bis dahin sorgsam gehütetes Schweigen zu brechen und der Sache auf den Grund zu gehen.

Die Wahlkampagne wurde von der Liga unter folgenden Wahlsprüchen geführt: „Krieg dem Kriege"; „Industrieverbände (industrial unionism) statt Gewerkschaften (craft unionism)". Dadurch verteidigte man auch die Interessen der Eingeborenen.

Die Kandidatur Andrew's in Benoni rief nicht nur unter den Anhängern der Kriegspolitik eine große Erregung hervor. Das gegen die farbigen Eingeborenen herrschende Vorurteil

und der bei der holländischen Bevölkerung besonders tief wurzelnde Rassenhaß spielten hierbei eine große Rolle.

Je mehr der internationale Sozialismus an Popularität zunimmt, je gefährlicher wir werden, desto öfter und lieber nehmen die Feinde der Arbeiterklassen zum Rassenhaß und zu den Rassenvorurteilen ihre Zuflucht. Diese Waffe wurde mit einem solchen Erfolg von der Arbeiterpartei gegen uns ins Feld geführt, daß die Liga in Benoni sämtliche Stimmen der holländischen Bevölkerung verlor, trotzdem diese Bevölkerung bis dahin gegen den Krieg gestimmt war, soweit sie aus englischfeindlichen und kleinbürgerlichen Elementen bestand.

Der für diese Wahlen von der Arbeiterpartei ausgenutzte Rassenhaß wurde auch ihre Hauptwaffe für die Allgemeinwahlen im März 1920, bei denen die Liga fünf auf der Plattform der proletarischen Diktatur stehende Kandidaten aufgestellt hatte.

Da die überwältigende Mehrheit des südafrikanischen Proletariats zum Bantu-Stamme gehört, rückte die Nationalitätenfrage in Verbindung mit der Idee der Sowjets in den Vordergrund.

Südafrika hat, ebenso wie Rußland, eine bedeutende Landbevölkerung, und ebenso wie dort erscheint das Proletariat als Führer nicht nur der industriellen Arbeiter, sondern auch der ärmeren Bauern und Landarbeiter, die bei uns vorwiegend Eingeborene sind.

Eben diese Elemente müssen — ganz unabhängig von ihrer Hautfarbe — in Zukunft die „herrschende Klasse" bilden, die den ersten Schritt auf dem Wege zur proletarischen Revolution machen wird. Sie wird die Diktatur der Arbeiter und der ärmsten Bauern erobern und festhalten.

Das Problem des Sozialismus scheint in Südafrika unlösbar oder mindestens sehr schwierig, weil der größte Teil der weißen Arbeiter, auch wenn sie nicht Eigentümer sind, danach strebt, es zu werden und von der kleinbürgerlichen Ideologie angesteckt ist. Indessen ist jede Arbeiterbewegung, die die Organisation der eingeborenen Arbeiter vernachlässigt oder ihr fern bleibt, von vornherein zur Ohnmacht verurteilt. Jede Revolution, welche die niedrigen Schichten der Bevölkerung unberührt läßt, trägt in ihren Grundlagen einen bürgerlichen Charakter und ist nur dazu angetan, den Antagonismus, auf dem die gegenwärtige Ordnung aufgebaut ist, zu befestigen.

Dies eben will die Arbeiterpartei nicht einsehen, wenn sie, auf der Jagd nach Stimmenmehrheit, mit den weißen Gewerk-

schaftlern oder mit den Weißen überhaupt anbandelt und die Ausschließung der Schwarzen aus der Arbeiterbewegung predigt, was unvermeidlich zum Sinken der Löhne führen muß. Ohne Hilfe der Eingeborenen könnten die weißen Arbeiter nicht eine Woche lang existieren, wie dies der große Goldminenstreik zur Zeit der Wahlkampagne im März 1920 deutlich gezeigt hat.

Zur Schande der weißen Bergarbeiter muß es gesagt werden, daß sie ihre schwarzen Kameraden nicht nur nicht unterstützten, sondern durch ihre Handlungsweise sogar zu deren Niederlage beitrugen. Trotzdem die Liga einen ununterbrochenen hartnäckigen Kampf auf dem Boden der Rassenvorurteile zu bestehen hatte, die sowohl von der Presse als auch von der Arbeiterpartei als Waffe gegen die Eingeborenen benutzt wurden, so erließ sie doch sofort einen Aufruf an die weißen Bergarbeiter mit der Aufforderung, die schwarzen Kameraden nicht zu verraten (siehe „The International", 224). Die Südafrikanische Arbeiterpartei stand nicht nur abseits von diesem großen Eingeborenenstreik, sondern sie tat alles, um zu zeigen, daß die „schädlichen Sozialisten-Internationalisten" hinter ihm steckten. Es ging so weit, daß unsere Wahlmeetings von organisierten Banden, mit Mitgliedern der Arbeiterpartei an der Spitze, gesprengt wurden. Oft stimmten für die Arbeiterpartei unsere früheren Mitglieder, deren Interessen auf diese oder jene Weise vom Arbeiterstreik berührt waren und die eine kleinbürgerliche Neigung zu revolutionären Phrasen hegten. Am Vorabend der Wahlen veröffentlichte Oberst Creswell, der Führer der Arbeiterpartei, in der bürgerlichen Presse eine Erklärung über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Südafrika und Großbritannien. Infolge dieses Aufrufes sowie der Furcht des englischen Teiles der Bevölkerung vor einem möglichen Siege der Holländischen Nationalistischen Partei, die unter der Devise der „Unabhängigen Südafrikanischen Republik" auftrat, ging ein großer Teil der britischen nationalistischen Wähler endgültig zur Arbeiterpartei über. Sie erhielt 81 Mandate für das Bundesparlament.

Trotz der schweren Niederlage hatte unser Kampf doch sehr wertvolle Resultate zu verzeichnen, und wir können mit Befriedigung feststellen, daß das Prinzip der Solidarität der Arbeitenden, unabhängig von Rasse und Hautfarbe, sich immer mehr unter den weißen Arbeitern den Weg bahnt.

Wenn die Stärke oder der Einfluß einer Partei nur durch Wahlerfolge zu beurteilen wäre, so könnte man natürlich behaupten, daß die Sozialistische Liga nur eine sehr unbedeutende Rolle in der südafrikanischen Arbeiterbewegung spielt. Sollte

jedoch die Summe der revolutionären Leistungen der Bewegung in Betracht gezogen werden, der ungeheure Kampf, den sie gegen die Rassenvorurteile zu bestehen hat, ihre große Propagandaarbeit auf schriftlichem Wege und Versammlungen und die Tatsache, daß sie dank der Selbstaufopferung ihrer Mitglieder die einzige südafrikanische Arbeiterzeitung aufrecht erhält, so nimmt die Internationale Sozialistische Liga den Platz der einzigen starken, politischen Arbeiterorganisation Südafrikas ein.

Der Trust der Theaterbesitzer, dem die meisten öffentlichen Lokale in Südafrika gehören, verweigert uns seine Räume. Die von der Liga veranstalteten Meetings sind mehrmals von organisierten Schwarzhundertschaften gesprengt worden, worauf die Polizei sogar noch Gerichtsverfahren gegen unsere vom bewaffneten Pöbel überfallenen Mitglieder einleitete.

Ein im August 1916 veröffentliches Manifest gegen die Fortsetzung des Krieges gab den Anlaß zu einer polizeigerichtlichen Verfolgung gegen uns. Zwei Genossen wurden zu sechswöchentlicher Zwangsarbeit verurteilt. Das Urteil wurde jedoch von der Appellationsinstanz kassiert.

Ein mißlungener Plan der Regierung.

Im Juli 1918 wurden drei unserer weißen Genossen und fünf Eingeborene unter Anklage der Gewalttätigkeit verhaftet. Damals hatte die Liga — die einzige Organisation, die während des Krieges eine sozialistische Propaganda in Südafrika führte — unter den Arbeitern, besonders aber unter den Eingeborenen, eine gewisse Popularität erreicht. Zum erstenmal in der Geschichte Südafrikas fanden die Eingeborenen in der Liga eine Arbeiterorganisation, die gewillt war, für die Interessen des eingeborenen Proletariats und seine Befreiung zu kämpfen.

Die von der Liga ins Leben gerufene und aus den von ihr gegründeten Eingeborenenschulen hervorgegangene Organisation der Industriearbeiter Afrikas (Industrial Workers of Africa), eine revolutionäre Eingeborenenorganisation, begann die Behörden ernstlich zu beunruhigen, die in ihr einen gefährlichen Feind der gegenwärtigen Ordnung erblickten.

Gemeinsam mit dem Südafrikanischen Eingeborenen-Nationalkongreß organisierten die Industriearbeiter Afrikas eine Bewegung des passiven Widerstandes, um die Abschaffung des Paßsystems und eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Dies war

für die Regierung der Anlaß, gegen die Eingeborenen und ihre Organisation vorzugehen.

Die Departements für „Eingeborenen-Angelegenheiten" und der „Geheimdienst" schickten sich an, der Liga den tödlichen Stoß zu versetzen. Bereits sechs Monate vor der Verhaftung unserer Genossen hatte die Regierung mit Hilfe tendenziöser, nach England gesandter Telegramme Alarm geschlagen und auf diese Weise eine Besprechung im Parlament hervorgerufen, womit der Grundstein zu einer Kampagne für die Aufstachelung der öffentlichen Meinung gegen die Liga gelegt war.

In die Versammlungen der Industriearbeiter Afrikas und in die Ligaschulen schlichen sich Polizeispitzel ein, die alles genau zu beobachten hatten. Einer dieser Spitzel erbot sich sogar, den Posten eines Sekretärs der I. W. A. zu bekleiden. Die Verhaftungen erfolgten, jedoch nicht eher, als bis die Regierung eine sehr sensationelle, aber ebenso unklare und geheimnisvolle Mitteilung über die Liga veröffentlicht hatte: in ihr wurde die Liga mit deutschem Golde in Zusammenhang gebracht. Die Einzelheiten wurden aber aus Erwägungen der „öffentlichen Interessen" wohlweislich verschwiegen.

Es ereignete sich jedoch, daß der Hauptzeuge der Regierung — ein Eingeborener, Schüler einer unserer Schulen —, auf den unsere Lehren mehr Eindruck gemacht zu haben scheinen als das Gold der Regierung und der in der Gerichtsverhandlung eine lange Erklärung über die Tätigkeit der Liga verlesen hatte, plötzlich gestand, daß diese Erklärung von ihm weder verfaßt noch unterschrieben wäre. Dadurch wurde die sechsmonatliche Arbeit der Bundes-Regierung vernichtet, und das Verfahren mußte eingestellt werden.

Etwas über das schwarze Proletariat.

Die ersten Früchte unserer Propaganda gegen die Rassenvorurteile machten sich auf der am 5. August 1917 stattgefundenen Konferenz der südafrikanischen Sozialisten bemerkbar, die sich zur Wahl eines Delegierten zur Stockholmer Konferenz von 1917 versammelt hatte. Folgende auf dieser Konferenz vertretene Organisationen hoben die diesbezüglichen Verdienste der Liga hervor: die Sozialdemokratische Föderation Kapstadts, die Südafrikanische Friedens- und Schiedsgerichts-Gesellschaft (S. African Peace and Arbitrarian Society), die Jüdische Sozialistische Gesellschaft von Kapstadt, der Seeleuteverband und eine Reihe anderer sozialistischer Organisationen, die außerhalb der Liga stehen oder nicht unmittelbar mit ihr

verbunden sind, so z. B. der Hinduverband von Durban, vertreten durch Gen. Sigamoney, und eine Anzahl eingeborener Arbeiter.

Einer der letzteren erstattete der Konferenz Bericht über die schwierige Lage der eingeborenen Landwirtschaft. Für die europäischen Genossen wird es schwer sein, die ganze Bedeutung der Beteiligung der indischen und eingeborenen Vertreter an der Konferenz zu verstehen. Schon die Tatsache der Aeußerung des Klassenbewußtseins unter den schwarzen Proletariern und ihrer Verbindung mit den weißen Kameraden auf dieser Basis rief einen ungeheuren Enthusiasmus hervor. Die Propaganda der Idee der Klassensolidarität unter den schwarzen Arbeitern wurde von der Mehrheit der Weißen zu einer derartig verbrecherischen, aufrührerischen, gegen die bestehende Ordnung und die gesetzlichen Behörden gerichteten Tätigkeit gestempelt, daß der eine Etage tiefer im Gewerkschaftslokal versammelte Verwaltungsrat der Südafrikanischen Arbeiterpartei in das benachbarte Hotel übersiedelte — zum Zeichen des Protestes gegen die Beteiligung der schwarzen Arbeiter an der Konferenz zusammen mit den Weißen ... Die Folge war, daß die Liga das Hotel des Gewerkschaftsrates nicht mehr benutzen durfte. Dieses Vorgehen des Gewerkschaftsrates rief allerdings in der Kapkolonie, wo die schwarzen Arbeiter zusammen mit den weißen den Organisationen angehören, einen Sturm der Entrüstung hervor. Die Transvaaler Organisationen hingegen verhielten sich in dieser Frage höchst gleichgültig; denn dort wurzelt der Rassenhaß sehr tief, und die Schwarzen werden nicht in die Gewerkschaften aufgenommen!

Wir sind weit davon entfernt, zu behaupten, daß diese farbigen Delegierten die breiten Massen des schwarzen Proletariats vertraten. Wir betrachten sie eher als die Vorkämpfer dieser nach einer Willensäußerung strebenden Masse. Aber schon der bloße Umstand, daß diese stimmrechtlose und unorganisierte stumme Masse existiert, nimmt den Wahlen, an denen sich nur die weiße Bevölkerung beteiligt, ihre Bedeutung als eines Barometers der wirklichen Stärke der Arbeiterbewegung. Wir wiederholen, daß nicht die Anzahl der abgegebenen Stimmen, sondern allein sozusagen das spezifische Gewicht der sozialen Kraft den südafrikanischen Delegierten das Recht geben kann, an den Beratungen der Internationale teilzunehmen. Wir sind der Meinung, daß unsere Propaganda und die durch sie erzielten Erfolge unter den eingeborenen und indischen Arbeitern für die Millionen farbiger Proletarier in allen Weltteilen von ungeheurem Wert sind und dafür bürgen,

daß das schwarze Proletariat Südafrikas geschlossen den Weg der Arbeiterinternationale betreten wird.

Seit der erwähnten Konferenz erlebte Südafrika zwei sehr große und zwei oder drei kleinere Eingeborenenstreiks. Beim ersten forderten die schwarzen Arbeiter die Aufhebung des Paßgesetzes und eine Lohnerhöhung (wie bereits an anderer Stelle erwähnt).

Diese Bewegung entwickelte sich aus einem kleinen Streik um Lohnerhöhung, den die eingeborenen Angestellten der städtischen Verwaltung Johannesburgs führten. Da dies der erste Eingeborenenstreik war, verhängte das Polizeigericht mehrere strenge Urteile über die Streikenden, womit sie eine allgemeine Streikbewegung unter der eingeborenen Bevölkerung hervorrief. In ihrem Kampf gegen das Paßgesetz bedienten sich die Eingeborenen folgender revolutionärer Methode: Sie sammelten alle Pässe in große Säcke und verbrannten sie vor den Paßbüros und Polizeibezirken.

In dem im Januar 1920 in Kapstadt ausgebrochenen Proteststreik gegen die Ausfuhr von Lebensmitteln aus der Kolonie übten die weißen Arbeiter schändlichen Verrat an ihren schwarzen Kameraden, trotzdem die letzteren den Streik auf Aufforderung der Kapstadter Gewerkschaftsföderation (Federation of Trades) begonnen hatten.

Der dritte Streik wurde im März 1920 unter den Bergarbeitern ausgefochten. Ungefähr 40 000 eingeborene Arbeiter befanden sich täglich im Ausstand. Der Streik verlief folgendermaßen: sobald ein Schacht die Arbeit aufnahm, trat der andere in den Ausstand, sodaß die Polizei einen ununterbrochenen hartnäckigen Kampf gegen die Ausständigen zu führen hatte.

Alle Streiks in Transvaal wurden entweder durch polizeiliche Gewalt mit Unterstützung des weißen Pöbels oder durch das Militär unterdrückt. Die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten war ziemlich beträchtlich.

In den offiziellen Berichten über die Ergebnisse der Untersuchungen zur Feststellung der Unzufriedenheitsursachen unter den Eingeborenen bemühte sich die Regierung, die Gesellschaft zu überzeugen, nicht die schweren Arbeitsbedingungen seien der Grund der Unruhen gewesen, sondern die schädlichen Lehren der Internationalen Sozialistischen Liga und das Beispiel der weißen Arbeiter. Aber die Eingeborenen haben schon bewiesen, daß sie zum Klassenbewußtsein erwacht sind.

Allerdings konnte der revolutionäre Geist bei den Eingeborenen bisher keine bedeutenden Fortschritte machen, da ihnen die nötige Organisation fehlt. Eine Organisation, die die

revolutionären Bestrebungen der Eingeborenen zusammenfassen und ihnen die nötige Richtung geben würde, würde ihre Kraft unüberwindlich machen.

Der Anschluß an die Kommunistische Internationale.

Während des Krieges fand die Liga die engste Interessenverbindung in der Zimmerwalder Gruppe. Bis zum Ausbruch der russischen Revolution unterhielt die Liga eine ständige Verbindung mit der Italienischen Sozialistischen Partei und Genossen Grimm in Bern und stand unter ihrem geistigen Einfluß weit mehr als unter dem Einfluß unserer englischen Genossen, obgleich unser Vollzugsausschuß hauptsächlich aus Briten besteht.

Auf unserer fünften Konferenz beschloß die Liga, in die Kommunistische Internationale einzutreten.

Die industrielle Bewegung in Südafrika.

Ebenso wie die politische, erlitt auch die industrielle Bewegung in Südafrika durch den Krieg großen Schaden. Sie hatte sich noch nicht von ihrem Kampfe im Januar 1914 erholt, als der Krieg ausbrach.

Der erste Generalstreik, der im Juli 1913 mit einem Siege der Arbeiter endigte, schien die nationalen Gegensätze zwischen den englischen und holländischen Arbeitern beseitigt zu haben; es hatte in der Tat den Anschein, als ob die gewerkschaftliche Bewegung in Südafrika sich von nun ab auf der Basis des Internationalismus entwickeln würde. Aber der Krieg erweckte einen noch schärferen Gegensatz zwischen den beiden Völkern, und die schon ohnehin stark beschädigte industrielle Organisation fiel gänzlich zusammen.

Seit ihrer Entstehung führte die Liga eine energische Kampagne zugunsten des industriellen Unionismus (industrial unionism). Den Arbeitern leuchtete es endlich ein, daß die Kapitalisten die durch den Rassenhaß bewirkte Zerrissenheit des Proletariats ausnutzen, um die Arbeiterklasse im allgemeinen zu schwächen. 1916 und 1917 veranstaltete die Südafrikanische Industrielle Föderation eine solch glänzende Organisationskampagne in Transvaal, daß es heute schwer ist, in ganz Transvaal auch nur einen weißen Arbeiter zu finden, der nicht irgend einer Organisation angehört.

Die „Industrielle Föderation Südafrikas" (S. A. Industrial Federation) besteht aus Gewerkschaften und Industriever-

bänden. Man glaubte, daß durch diese Verbindung der Verbände mit den Gewerkschaften zu einer Föderation das beste Mittel zur Verbreitung des industriellen Unionismus geschaffen sei. Es stellte sich aber heraus, daß die Föderation jede revolutionäre Bewegung hemmt und der Verwirklichung der revolutionären Methoden des Klassenkampfes Hindernisse in den Weg setzt. Der einzige Schritt, den die Föderation bisher auf dem Wege zur industriellen Organisation gemacht hat, ist die Gründung der „Industriedepartements" (industrial Departements) im Rahmen der Föderation selbst, wobei in den letzteren die Gewerkschaften und Industrieverbände unberührt blieben.

Die industrielle Bewegung ist genötigt, in ihrer Organisations- und Revolutionstätigkeit in immer größerem Maße zu den Methoden der Liga überzugehen.

Noch vor drei Jahren existierten für die Industrieverbände die Eingeborenen überhaupt nicht. Als Arbeiter kamen sie für die ersteren gar nicht in Frage. Wer es wagte, die Organisation der unqualifizierten weißen Arbeiter — geschweige denn die der schwarzen Proletarier aus dem Stamme Bantu — zu verfechten, wurde für verrückt angesehen.

Heute wird der Eingeborenenfrage die nötige Aufmerksamkeit zugewendet, obgleich bis jetzt nichts Konkretes auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Doch steht diese Frage auf der Tagesordnung jeder Gewerkschaftskonferenz oder Delegiertenversammlung des einen oder anderen Industriezweiges. Im Vergleich zu den Verhältnissen vor drei Jahren ist also ein ungeheurer Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des zuerst von der Liga aufgestellten Solidaritätsprinzips der Arbeiter, unabhängig von Rasse oder Hautfarbe, gemacht worden.

In ihrer Propaganda für die Solidarität der Arbeiterklasse übersieht die Liga keinesfalls die Interessen, die eine Rasse mit der anderen verbindet. Trotz seiner kleinbürgerlichen Ideologie ist der weiße Arbeiter wirtschaftlich eng mit dem Eingeborenen verbunden und muß Hand in Hand mit ihm kämpfen.

Die südafrikanische Shop Steward (Fabrik-Aelteste) Bewegung.

Die Shop Steward Bewegung in England entwickelte sich spontan aus den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder gegen den Willen der offiziellen Gewerkschaftsbeamten. In Südafrika wurde diese Bewegung vom Gen. W. H. Andrews, unserem soeben aus England zurückgekehrten Delegierten zur Stockholmer Konferenz, eingeführt. In seiner Eigenschaft als Vertreter der

Liga trat er in einer Reihe gewerkschaftlicher Sektionsversammlungen, in den Generalversammlungen der Verbandsmitglieder und endlich in einigen von der Liga eigens zu diesem Zweck veranstalteten Meetings mit der Propaganda der Idee der Shop Stewards auf.

Diese Bewegung hat jedoch in Südafrika einen mehr oder minder künstlichen Charakter. Ebenso wie in den Gewerkschaften werden die Eingeborenen hier völlig ignoriert und haben keine Stimme in den Betriebsräten. Daher trägt die Bewegung auch nicht den Charakter einer echten revolutionären Bewegung.

Heute hat sich diese Bewegung mit Händen und Füßen an die Föderation gebunden, sodaß ihr Bestehen eigentlich zwecklos geworden ist. Die Föderation vereitelt jeden Versuch der Shop Stewards Comittees irgend eines Unternehmens, wie z. B. eines Bergwerks, einer Kraftstation usw., auf dem Wege der direkten Aktion die Befriedigung der Wünsche der Arbeiter zu erlangen. „Wir wünschen die vereinigte Massenaktion des Proletariats" sagt die Föderation, aber gleichzeitig tut sie alles, eine solche Massenaktion zu hintertreiben. Sobald irgendeine Krise die Form einer Massenaktion anzunehmen droht, wird die Frage sofort an das Vereinigte Büro, das Auskunftsbüro und Gott weiß wohin sonst überwiesen.

Die Föderation wird solange den Charakter einer kleinbürgerlichen Organisation behalten, bis die Eingeborenen den ihnen gebührenden Platz in ihren Reihen einnehmen. Trotz der revolutionären Phraseologie, die die Föderation stets im Munde führt, hilft sie in Wahrheit doch nur den Kapitalisten, die Proletarier aus dem Bantu-Stamm auszubeuten und stärkt dadurch die Stellung der weißen Ausbeuter.

In der Tat wendet sich die kapitalistische Presse von Zeit zu Zeit immer wieder an die weißen Arbeiter mit der Aufforderung, sich mit der Bourgeoisie friedlich zu verständigen, um allen Weißen die Möglichkeit zu geben, ungehindert die letzten Kräfte aus den Eingeborenen auszusaugen.

Die revolutionäre Bewegung unter den weißen Industriearbeitern.

Zwei Ereignisse waren es, die einen ungeheuren revolutionierenden Einfluß auf das Bewußtsein der Arbeiter ausübten. Das war die Bildung der munizipalen Arbeiterräte in Johannesburg und Durban. Diese Vorgänge haben gezeigt, daß der revo-

lutionäre Instinkt der Arbeiter ihrer theoretischen sozialistischen Entwicklung vorauseilt.

In Johannesburg entwickelte sich die Bewegung aus einem einfachen Lohnstreik der Mechaniker auf der städtischen Elektrizitätsstation. Da der Stadtrat eine Verständigung mit den Arbeitern verweigerte, entstand der Rat der Arbeiterdeputierten. Am 1. April bemächtigten sich die Mechaniker zusammen mit den Straßenbahnangestellten und -Arbeitern der Dienstabteilungen des Stadtrates, besetzten das Rathaus, und nahmen den Straßenbahn-, Beleuchtungs- und Wasserversorgungsdienst unter eigener Kontrolle wieder auf. Der erste unter der Roten Fahne ausfahrende Straßenbahnwagen verkündete den Sieg des Sowjets; 16 Mitglieder des Stadtrates demissionierten.

In Durban war die Aktion noch besser organisiert: Die Arbeiter bemächtigten sich aller städtischen Aemter und Unternehmungen.

Aber wie üblich, dachte in beiden Sowjets kein Mensch daran, den Eingeborenen einen Platz einzuräumen. Die Arbeiter haben in beiden Städten eine große Umsichtigkeit und großen Scharfblick an den Tag gelegt. Sie sahen sehr richtig ein, daß der Sowjet als dauernde Einrichtung bei der bestehenden kapitalistischen Ordnung nicht denkbar sei. Nachdem sie daher den Arbeitern die Möglichkeit gegeben hatten, zu kosten, wie die eigene Macht schmeckt, lösten sich diese Kontrollkomitees oder Sowjets selbst auf. Derartige Experimente können nur dann von dauerndem Erfolg gekrönt sein, wenn das Proletariat vorher die politische Macht erobert haben wird.

Es kommt vor, daß ein Tropfen genügt, um die Pumpe in Gang zu bringen. Im gegebenen Falle aber war das ganze Land noch lange nicht von revolutionärem Geiste durchdrungen. Indessen wollen wir hervorheben, daß die revolutionäre Disziplin der Arbeiter in beiden Sowjets eine mustergültige war.

Neben der Südafrikanischen Industriellen Föderation besitzen wir noch die Föderationen der Gewerkschaften („Federations of Trades") der Kapkolonie, die Gewerkschaftsföderation von Natal und den Nationalverband der Eisenbahner und Hafenangestellten. Die größte dieser Organisationen ist die Südafrikanische Föderation der Gewerkschaften; sie zählt allein ebensoviel Mitglieder wie alle übrigen Organisationen zusammen.

Ein Delegierter der Liga.

Am Vorabend der Entstehung der Kommunistischen Partei in China.

Das in Halbschlaf versunkene China erwacht. Die russische Oktoberrevolution hat keine geringe Rolle dabei gespielt. Ihr mächtiges Brausen wurde auch in dem Tale des Jang tse vernommen und hat die arbeitenden Massen Chinas aus dem Schlaf gerüttelt.

Hinter der „Großen Chinesischen Mauer", in der Mitte des vierhundert Millionen starken chinesischen Volkes spielt sich gegenwärtig der Prozeß der Umgruppierung der sozialen Kräfte ab. Neue soziale Kräfte wachsen heran, die immer lauter ihr Dasein verkünden und nicht nur verkünden, sondern auch aktiv auf dem Schauplatz des öffentlichen Lebens Chinas auftreten.

Zu solchen Kräften gehören in China jetzt zweifellos: die chinesische Studentenschaft und das numerisch wachsende chinesische industrielle Proletariat.

In der Mitte des Jahres 1919 entbrannte in China, — im Zusammenhang mit dem Beschluß der Entente auf der Versailler Konferenz, wonach Schantung für immer in den Krallen Japans belassen werden sollte —, eine starke Bewegung und schob einen neuen Faktor der chinesischen Oeffentlichkeit in den Vordergrund — die Studentenschaft.

Fast alle Lehranstalten Chinas streikten, und die Schüler stellten der chinesischen Regierung folgende Forderungen: 1. die Bestrafung der verräterischen Chinesen, der Japanfreundlichen; 2. die Freilassung der in Peking verhafteten Studenten; 3. Satisfaktionsforderung für die schlechte Behandlung der chinesischen Studenten in Japan; 4. Forderung von Garantien seitens England, Frankreich und Amerika, daß Tsin-Dao an China zurückgegeben würde; 5. schnellster Friedensschluß zwischen Norden und Süden; 6. sofortige Befehlerlassung an Truppen und Polizei, die Versammlungsfreiheit wieder herzustellen.

Unter den Studenten entstanden eine Reihe Organisationen, die sich zur Aufgabe stellten: 1. weitgehende Propaganda des Boykotts alles Japanischen — Waren, Dampfer, Kreditanstalten, Unterneh-

mungen und Geldzeichen; 2. weitgehendste Bekanntmachung der Bevölkerung mit den Erzeugnissen der vaterländischen Industrie zwecks Vergrößerung ihres Konsums in China. Die Propaganda der Studenten hatte großen Erfolg bei der Kaufmannschaft, welche dank ihrer Organisation (chinesische Handelskammern) den Boykott leicht verwirklichen konnte, den sie natürlich in ihrem eigenen Interesse ausnutzte.

Der Boykott als Ausdruck der antijapanischen Tendenzen fand in der Hauptsache im Manufakturwaren-, Teppich-, Buch-, Schreibwaren- und Zuckerhandel seine Anwendung. Die Kaufmannsgesellschaften und Gilden stellten Boykottregeln auf, für deren Verletzung dem Schuldigen große Geldstrafen, Ausschluß aus der Gilde und Vertrauensentziehung seitens des ganzen chinesischen Kaufmannstandes drohten.

In der letzten Zeit verbreitete sich der Boykott auch auf verschiedene japanische industrielle Unternehmungen. So kündigten in Sutschau alle Abonnenten der japanischen Kraftstation ihren Konsum der elektrischen Energie. Sogar die Rikschas weigerten sich, Japaner zu führen, obwohl diese höhere Bezahlung anboten.

Nicht überall verlief der Boykott friedlich. In einigen Städten (Uchu, Tchansha, Shasi, Kanton, Shanghai) wurden japanische Firmen teilweise geplündert und der größte Teil der Waren feierlich von der Menge verbrannt. Auch japanische Waren führende chinesische Geschäfte wurden geplündert. In anderen Städten ereigneten sich Ueberfälle gegen Japaner. Besonders planmäßig wurde der Boykott in der Provinz Tche-dsian durchgeführt, wo viele japanische Firmen Filialen haben. Dort weigerten sich die chinesischen Kaufleute sogar, den Japanern Lebensmittel zu verkaufen, sodaß diese gezwungen waren, nach Shanghai überzusiedeln.

In den meisten chinesischen Städten, besonders im Süden, mußten fast alle japanischen Firmen wegen der drohenden Plünderungen ihre Büros und Geschäfte schließen. Am schwächsten äußerte sich die antijapanische Bewegung in der Mandschurei, da dieser Teil Chinas infolge seiner besonderen Lage und der völligen ökonomischen Abhängigkeit von Japan nicht in der Lage war, den von der Handelskammer in Shanghai ausgehenden wiederholten Aufforderungen zum Boykott Folge zu leisten. Nur die kaufmännische Gesellschaft in Charbin hatte prinzipiell beschlossen, sich dem Boykott anzuschließen. Aber auch dort wurde der Boykott nur heimlich durchgeführt, um gefährliche Exzesse zu vermeiden. Trotz alledem tauchten sehr bald in Charbin und Funsiadan Proklamationen auf, die die Chinesen zu entschiedenstem Boykott aufforderten. In der letzten Zeit machte

sich eine ähnliche Bewegung auch unter den chinesischen Kaufleuten in Wladiwostok und Nikolsko-Ussurijsk bemerkbar.

Die offiziellen Vertreter Japans in China legten alsbald Protest gegen die antijapanischen Demonstrationen ein, und in den Zeitungen erschienen offizielle Erklärungen des japanischen Ministers des Auswärtigen über Japans Absicht, Skandun und alle Souveränitätsrechte daran an China zu übergeben. Doch hatten diese Schritte der japanischen Regierung fast gar keinen Einfluß auf den Boykott. Der Boykott dauerte erfolgreich fort, obgleich die chinesischen Behörden Maßnahmen zu seiner Aufhebung trafen.

Nach einer Reihe von Verfügungen der chinesischen Regierung über die Notwendigkeit eines loyalen Verhaltens gegenüber den Japanern und nach der in Peking erfolgten Verhaftung von 400 demonstrierenden Studenten brachen in verschiedenen chinesischen Städten Proteststreiks aus, deren einer in Shanghai sämtliche Handelsunternehmungen umfaßte. Zu den Streikenden gesellten sich die Bankangestellten und die Arbeiter der chinesischen und ausländischen Werften, Docks, Fabriken und Werke. Der Streik begann sich auch auf die Eisenbahnarbeiter auszudehnen. Bald gesellten sich zu Shanghai eine Reihe anderer Städte, besonders aus dem Süden. Zum Schutz der Unternehmungen wurden von den städtischen Behörden besondere Freiwilligendetachements als Ergänzung der Polizei organisiert. Die Ausständigen forderten die sofortige Freilassung der verhafteten Studenten und die Absetzung der japanfreundlichen Minister. Die Streikbewegung nahm derartig drohende Dimensionen an, daß die Pekinger Regierung sich gezwungen sah, nachzugeben: die Studenten wurden freigelassen, und der Abschied der unbeliebten Minister kundgegeben.

Bald danach machte sich ein Abnehmen des Streiks bemerkbar; aber der Boykott verbreitete sich immer mehr. Japan erhob deshalb wiederum entschiedenen Protest und sandte Kriegsschiffe in die chinesischen Gewässer. Infolge des steten Zunehmens der antijapanischen Bewegung in der Provinz Tche-dsian setzte die japanische Regierung die chinesische Regierung davon in Kenntnis, daß die japanischen Truppen auf der Insel Formosa den Befehl erhalten hätten, sich zur Besetzung der genannten Provinz bereit zu halten.

Die großartige Anteilnahme der chinesischen Studentenschaft an dieser Bewegung, die alle Beobachter des chinesischen Lebens in Erstaunen setzte, war kein bloßer Zufall. Sie war die Folge der von der chinesischen Studentenschaft entwickelten tiefgehenden organisatorischen Arbeit.

Gegenwärtig ist ganz China von einem Netz von Studentenorganisationen durchzogen, deren Durchschnittszahl auf 193 geschätzt wer-

den kann. An ihnen beteiligen sich die Schüler der Mittel- und Hochschulen im Alter von 16 Jahren an. Die Organisation ist auf dem Prinzip der strengsten Disziplin und Zentralisation aufgebaut. Das Zentralorgan befindet sich in Shanghai. Das Organisationsschema ist folgendes: die Lokalorganisationen wählen drei Delegierte und senden sie nach Shanghai, wo sie ein gesetzgebendes Organ von 18 Mitgliedern bilden. Außerdem wird ein aus sechs Mitgliedern bestehendes Exekutivkomitee gewählt. Zum gesetzgebenden Organ gehören außer den Lokalvertretern noch zwei Vertreter von den in Japan und Amerika studierenden Chinesen und ein Vertreter des russischen Fernen Ostens.

Das Exekutivkomitee besteht aus den Delegierten der Städte Peking, Shanghai, Tien-Tsin, Kanton, Hankou und Nanking. Vorsitzender des gesetzgebenden Organs ist Gun-de-Bei, Vorsitzender des Exekutivkomitees Di-Kan. Die Mitglieder sind: Kai-Bei-Dsin, Wan-Dei-Shi, Fan-Fu-Guan, Tzen-Tsao-Schen, Jao-Tso-sin.

Gun-De-Bei ist Führer der antijapanischen Partei, Di-Kan — Sozialist aus der Partei Go-Min-Dan (zusammen mit Sun-Wen); Kai-Bei-Dsin, Wan-Dei-Shi und Jao-Tso-sin sind Mitglieder der Partei Da-Tun-Dan (Sozialisten-Internationalisten); Fan-Fu-Guan ist Kommunist aus der Partei Tchen-Li-Tche; Tzen-Tsao-Schen ist japanfeindlich gesinnt.

In Shanghai erscheinen zwei sozialistische Zeitungen: „Tchchou-Bao" und „Shanghai-siuz-shen-shibao". Außerdem werden auch in der allgemeinen Presse sozialistische Fragen behandelt. Die Lokalorganisationen der Studierenden geben ebenfalls ihre Zeitungen heraus.

In dieser Bewegung spielt die Pekinger staatliche Universität eine große Rolle. Sie ist das Gehirn des Landes, das Zentrum, in dem sich unter der Führung einiger in revolutionären Kämpfen ergrauter Professoren, — der ältesten chinesischen Sozialisten, — der beste Teil der revolutionären chinesischen Jugend konzentriert. Dank der Achtung, die der Rektor der Universität Peking, Tsai-Juan-Pei, ein überzeugter Anarchist, im Lande und unter den Studierenden genießt, nimmt diese Universität eine nahezu autonome Stellung ein, und die Regierung wagt nicht, ihre Hand gegen sie zu erheben. Die Mehrheit der Studenten dieser Universität ist revolutionär gestimmt und zählt sich zu den Anarchisten oder Bolschewiki. Die Studenten geben zwei liberale Zeitschriften heraus: „Sin-tchao" („Neue Strömung"), an deren Herausgabe sich auch Professoren beteiligen und das „Wochenblatt" der Studenten der Universität Peking. Wie an der Zeitschrift, so beteiligen sich auch an den Zeitungen ausschließlich Studenten. Die erste Mainummer der Studentenzeitschrift ist ausschließlich der internationalen Arbeiterbewegung gewidmet. Die Studenten der Pekinger

Universität haben einen großen Einfluß auf den Pekinger Schülerbund, in dem die 29 Lehranstalten Pekings vertreten sind. Zwischen diesem Bund und dem Schülerbund der Stadt Shanghai bestehen etwas gespannte Beziehungen, denn der Pekinger Bund betrachtet den von Shanghai als ein Spielzeug in den Händen der südlichen Militaristen, die hinter seinem Rücken ihre eigenen Intriguen weiterspinnen.

Trotzdem besteht eine unmittelbare Verbindung zwischen der nördlichen und südlichen Studentenschaft. Diese Verbindung beschränkt sich nicht nur auf die Studentenschaft, sondern erstreckt sich ebenfalls auf die zuverlässigen Vertreter der politischen Gruppen (chinesische und koreanische) in Shanghai, auf das Streikbüro des Schülerbundes, auf die Arbeiterorganisation und auf die Journalisten. Dadurch hält man einen ständigen Kontakt mit Tsinanfu, Nanking, Hankou und Tchan-tchou (Provinz Fu-Dsian) und auch mit allen anderen Städten, in denen es einen Schülerbund gibt, aufrecht. Ein besonders enger Kontakt besteht mit Tchan-tchou, wo von dem General Tchen-tsiun-min — dem Gouverneur der Provinz Fu-Dsian — eine Kommune eingerichtet ist und eine ausgedehnte sozialistische Propaganda betrieben wird.

Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß die Bewegung der chinesischen Studierenden die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Unzweifelhaft hat die chinesische Studentenschaft im höchsten Grade nationalpatriotische Tendenzen an den Tag gelegt. In dieser Beziehung ging sie Hand in Hand mit der vaterländischen finanziellen und industriellen Bourgeoisie, den Handelskammern usw. Auch ist hier natürlich ein indirekter Block mit dem amerikanischen Kapital, welches im wirtschaftlichen Leben des modernen China keine geringe Rolle spielt, möglich. Aber gleichzeitig verknüpft die chinesische Studentenschaft ihre Ideologie aufs engste mit den sozialistischen Ideen und mit den in China bestehenden revolutionären Organisationen und nimmt als eine revolutionäre Kraft den regsten Anteil am politischen Leben des Landes. Den besten Beweis dafür liefern die letzten Ereignisse in China.

Nach der Niederlage der „Anfuisten" fand Anfang September in der Aula der Pekinger Universität eine Studentenversammlung statt, zu der die Mitglieder der acht bedeutendsten öffentlichen Organisationen Chinas eingeladen waren. Auf dieser Versammlung übernahm die Pekinger Studentenschaft die Initiative in der Frage der Einberufung des „Nationalkonvents".

Es wurde folgende Resolution angenommen:

1. Ein Komitee zur Vorbereitung der Einberufung des Konvents zu bilden; 2. alle Organisationen in einem Verband zu vereinigen.

Das Wahlvorbereitungskomitee muß sich in erster Linie mit der Vorbereitung zu den Wahlen in den lokalen Volksversammlungen (eine für jede Provinz) befassen. Jede dieser Provinzversammlungen entsendet sodann zwei Vertreter in die „Große Volksversammlung" ganz Chinas (Nationalkonvent), als deren Sitz Peking oder Shanghai vorgemerkt wird.

Nach Einberufung des Konvents legt das Komitee seine Vollmachten nieder und verwandelt sich in dessen Mandatsprüfungskommission.

Laut dem Projekt des Wahlvorbereitungskomitees finden die Wahlen der Delegierten zum Nationalkonvent folgendermaßen statt: Peking, Tian-Tsin, Shanghai und Hankou senden je drei Deputierte, jeder Kreis — je einen und jede provinziale Volksversammlung — je zwei Vertreter. Stimmberechtigt sind alle Bürger, die das Alter von zwanzig Jahren erreicht haben.

Nach der Auffassung der Einberufer hat der Nationalkonvent folgende Aufgaben: 1. ein Schema für die Einberufung eines neuen Parlaments auszuarbeiten; 2. die Mittel ausfindig zu machen, um das Land von seiner Schuldenlast zu befreien; 3. die Armee zu stärken; 4. alle geheimen Verträge und Abkommen zu veröffentlichen; 5. eine Konstitution auszuarbeiten.

Diese Initiative ist ein leuchtender Beweis der Macht der chinesischen Studentenschaft als einer bewußten politischen Schicht in der Masse des chinesischen Volkes. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die revolutionären Organisationen Chinas gegenwärtig einen heftigen Kampf um den Einfluß auf die breite Masse der chinesischen Studentenschaft führen.

Die revolutionären Organisationen Chinas.

Die Burg der chinesischen Revolutionäre, der „Kemintanen", ist das südliche China. Es war schon seit der Zeit Tainengowos von einem Netz geheimer Gesellschaften durchzogen, die sich zu zwei großen Verbänden zusammengeschlossen haben. Der erste ist die „Dreifaltigkeit" (San-tue-chone), die in Guandun, Guan-shi, Fuki-yen und Tchesian verbreitet war: der zweite — die „Alten Brüder" in Chuan und in den Provinzen des Jantsekiang. Später, zur Zeit des Sturzes der Dynastie Dai-tsing, vereinigten sich diese Verbände zu der „Gesellschaft der Eintracht", deren Vorsitzender der bekannte chinesische Revolutionär Sun-jat-sen war. Diese Partei war radikal und zeigte eine Tendenz zum Sozialismus.

Bald nach Ausbruch der ersten Revolution, in der Periode ihrer Entwicklung, bildeten sich folgende Parteien: 1. Gun-che-dan (republi-

kanisch), 2. Tun- i-che-dan (koalierte-republikanische Partei), 3. Go-Min-Dan (demokratisch). Die letzte entstand aus der „Gesellschaft der Eintracht". Ihr Programm lautete: 1. die Vereinigung des nördlichen und südlichen China; 2. die Abschaffung der auf dem Rassenunterschiede fußenden staatlichen und politischen Unterscheidungen; 3. die Verbesserung der ökonomischen Lage des chinesischen Volkes; 4. die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den ausländischen Staaten. — Später entstand eine Spaltung in dieser Partei; die eine Strömung genießt auch jetzt noch eine große Autorität im Süden. Ihre bedeutendsten Mitglieder sind: Sun-jat-sen, Tan-schao-i und Sun-chui-i.

Vom Augenblick des Ausbruchs der Großen Russischen Revolution an begann in China die Entstehung immer neuer Parteigruppen. Wir wollen von diesen Gruppen zwei sich allmählich herausbildende Parteien nennen: 1. Tchen-li-sche — diese Partei propagiert kommunistische Ideen, und ihre Aufgabe ist der Kampf gegen die südliche und nördliche militaristische Regierung. Der Führer der Partei ist Tchen-Dsiun-Min. Während der ersten Revolution 1911 war er Befehlshaber der Armee; 1913, während der zweiten Revolution, floh er, von Juanshikai geschlagen. 1917 organisierte er einen Aufstand, zog Truppenteile zusammen und besetzte die Provinz Fu-Tsian-Tchen-Dsium-Min. Er ist Anhänger des Rätesystems. 2. Die andere Partei „Da-Tun-Dan" ist eine sozialdemokratische Partei, die aber allmählich immer mehr von kommunistischen Ideen durchdrungen wird. Von ihren aktiven Arbeitern kann man Wen-Li nennen.

Tchan-Tchou, die Hauptstadt der Provinz Fu-Dsen, ist das Zentrum, in dem sich sämtliche revolutionär-sozialistischen Elemente Südchinas konzentrieren. Gegenwärtig sind dort die besten revolutionär gestimmten Kräfte des Landes versammelt. Der Pekinger Schülerbund, die Studenten der Universität Peking und die nördlichen Schülerorganisationen senden von Zeit zu Zeit ihre Vertreter dorthin, um dem General Tchen bei seiner Arbeit behilflich zu sein. Nach einiger Zeit kehren diese Vertreter als vollständig ausgebildete Agitatoren nach dem Norden zurück. Leute, die in Tchan-Tchou gewesen sind, erzählen von der mustergültigen Organisation der dortigen sogenannten „Aufklärungsabteilung", die sich in der Hauptsache mit der mündlichen und schriftlichen Propaganda der sozialistischen Lehren beschäftigt. Neben der „Aufklärungsabteilung" befindet sich die Redaktion der Zeitung „Min-Sin-Bao" (Der Stern von Funtsian), die in zwei Ausgaben (einmal täglich und zweimal wöchentlich) erscheint. Die Mitarbeiter der Redaktion verfassen Flugschriften und Proklamationen agitatorischen Charakters, welche gratis unter den Einwohnern von Tchan-Tchou verteilt und in das Innere des Landes

versandt werden. Die Herausgabe der Zeitungen in Tchan-Tchou hat in der Hauptsache die Verbreitung der sozialistischen Lehren zum Zweck.

Im Programm der Schule von Tchan-Tchou nimmt der Unterricht im Sozialismus einen breiten Raum ein. Tchan-Tchou ist ein Wallfahrtsort für die revolutionäre Jugend Chinas und für die chinesischen Sozialisten. Ab und zu finden dort Konferenzen der chinesischen Sozialisten und der revolutionär gestimmten Gruppen statt. Die Konferenzen werden gewöhnlich an den chinesischen Feiertagen oder in den Schulferien abgehalten. So fanden im Frühjahr 1920 auf dem Marktplatze von Tchan-Tchou große Manifestationen statt. Arbeiter, Schüler, Soldaten und Bauern beteiligten sich an dem großartigen Umzug mit roten Fahnen. Während der Manifestation wurden Reden gehalten, Flugschriften und Proklamationen anarchistischen Inhalts wurden verteilt, die, wie man behauptet, von dem alten Anarchisten Schifu, dem Prediger des „reinen" Anarchismus in China verfaßt waren. Schüler und Schülerinnen verteilten Broschüren und Flugblätter mit dem Titel „Rettet das Leben"; frühere Sozialisten und neu bekehrte „Kommunisten", vor den Verfolgungen der Pekinger Regierung nach Tchan-Tchou geflohene Propagandisten der antijapanischen Boykottbewegung hielten Ansprachen.

Zur Illustration bringen wir den Inhalt einer in Tchan-Tchou während der Manifestation am 1. Mai verteilten Proklamation:

In welch einer Zeit leben wir?

— Wo der Mensch den Menschen ausbeutet, der Starke — den Schwachen, der Reiche — den Armen, der Verbrecher — den Unschuldigen, der Unehrliche — den Ehrlichen.

Nichts dergleichen werdet ihr in der Tierwelt finden. Warum geschieht das?

Es gibt einen Staat, eine Regierung, Beamten, Bourgeoisie und Soldaten — das sind die Starken. Sie eben beuten die Schwachen aus.

Es gibt Privateigentum, Geld, Kleinbesitzer, Mittelstand und Kapitalisten. Ihnen gehört der Grund und Boden, sie haben die Maschinen an sich gerissen, sie wollen, daß Wohnung, Kleidung und Nahrung ihnen allein gehöre.

Weil die Beamten und Kapitalisten sich auf die Gewalt stützen, können Verbrecher am lichten Tage andere Menschen ausbeuten.

Nur die echte Demokratie, das einfache Volk, ist schuldlos daran. Rettet das Leben! Die Regierung beutet das Volk aus. Ebenso die Kapitalisten. Wie armselig ist das Leben unseres Volkes! Tagaus, tagein, jahraus, jahrein lebt es ohne jegliche Interessen, unter

Aufwendung der letzten Kräfte und unerhörten Entbehrungen; es bebaut das Land, es arbeitet, es handelt.

Wie soll man diesem Uebel abhelfen? Um das Leben zu retten, gibt es nur ein Mittel — die Revolution.

Was ist die soziale Revolution? Die soziale oder wirtschaftliche Revolution gleicht nicht der politischen Revolution. Aber bevor man die soziale Revolution beginnt, muß man die Regierung der Ausbeuter stürzen. Noch wichtiger ist es, alle Kapitalisten zu vernichten. Es darf keinen Privatbesitz mehr geben. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! Es lebe die absolute Gleichheit in Nahrung und Arbeit!

Lehrende und Lernende! Ihr lehrt und lernt. Sorgt also dafür, daß Ihr Euren Fähigkeiten gemäß ernährt werdet.

Ihr dürft nicht, nachdem Ihr flüchtig irgend etwas erlernt habt, zu gehorsamen Hunden der Regierung und der Kapitalisten werden!

Soldaten! Ihr müßt stark und gesund sein, um Regierung und Kapitalisten vernichten zu können; Ihr müßt Euch im Interesse einer besseren Zukunft Eures Volkes für das Allgemeinwohl opfern.

Landarbeiter! Schließt Euch zu Verbänden zusammen! Nur wer selbst die Erde bebaut, darf ihre Früchte genießen. Die Erde ist von der Natur geschenkt. Eure Arbeit und Eure Kräfte gehören Euch. Der Regierung Steuern und den Bodenbesitzern den Mietszins zahlen, bedeutet soviel, als ihnen Euer Fleisch und Blut auszuliefern.

Arbeiter! Ihr versteht Häuser zu bauen — deshalb müßt Ihr gut wohnen. Ihr versteht zu weben — deshalb müßt Ihr gut gekleidet sein. Ihr versteht verschiedene Gegenstände herzustellen — daher müßt Ihr den höchsten Wohlstand genießen.

Warum leidet Ihr heute solche Entbehrungen? Vereinigt Euch in Gewerkschaften! Ergreift die Rohstoffe, Drehbänke und Maschinen! Wer wird es wagen, Euch zu unterjochen?

Arbeitslose! Genug des Feierns! Vereinigt Euch in Scharen und erklärt den Kapitalisten den Krieg! Erde, Felder, Gärten, Fabriken, Maschinen und Rohstoffe, alles muß Gemeingut sein. Dann werdet Ihr Arbeit und Nahrung haben. Dann wird es keine Arbeitslosen geben.

Hört Alle! Die soziale Revolution ist keine leere Komödie des Einsetzens eines Präsidenten anstelle des Kaisers. Sie ist das einzige Mittel, um unser Leben zu retten. Die Völker aller Länder müssen sich an ihr beteiligen. Schließt Euch an! Schließt Euch an! Je eher wir die Revolution beginnen, desto schneller werden wir unser Leben retten!"

Als Verfasser dieser Proklamation nennt man den alten chinesischen Anarchisten Shi-Fu. Eins unterliegt keinem Zweifel: vieles in dieser Proklamation deutet auf die Entwicklung neuer Klassenmomente und der aus ihnen entstehenden Klassengegensätze in dem patriarchalischen Leben Chinas hin. Dieser Umstand ist wiederum eng damit verknüpft, daß die Fabrikschlote an der Küste des Stillen Ozeans zu rauchen beginnen.

Immer häufiger vernimmt man von Streiks der chinesischen Arbeiter. Die industrielle Chronik Chinas kann schon folgende Tatsachen bringen: über 20 000 Kohlengräber, die für die größte englische Firma „Bergadministration Kaylan" arbeiteten, sind in den Streik getreten. Er umfaßt folgende Städte: Tang-Shan, Makijaku, Likshike und Tchao-Kuo-tschwang. Die Lage wird für ernst gehalten. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 100 Prozent für diejenigen, die unter 50 Cent täglich erhalten, und von 10 Prozent für die, die über 50 Cent pro Tag haben. Die Administration weigerte sich, diese Forderungen zu erfüllen. Bei den Gruben sind überall Polizisten aufgestellt. — Solche Streiks sind keine Seltenheit mehr in China. Auch in Hongkong, in Shanghai, in den Steinkohlengruben von Tshili wurde gestreikt. In den letzten Jahren ergriff die Arbeiterbewegung das ganze westliche China und nicht nur die qualifizierten Arbeiter, sondern auch die Handlanger. Jedoch beteiligen sich die letzteren infolge ihrer ungenügenden Organisation sehr selten an den Streiks.

Die Mehrheit der chinesischen Arbeiter steht in den Verbänden („Gilden"), die ihre Interessen verteidigen. Die geistig besser entwickelten qualifizierten Arbeiter sind klassenbewußter und besser organisiert.

Vor kurzem streikten in Hongkong die technischen Arbeiter und Schreiner; in Shanghai ereignete sich ein viertätiger Streik der Maurer und Maler. Die Ausständigen forderten Lohnerhöhung usw.

Weit größere Dimensionen erreichte die Streikbewegung in den Kohlenbergwerken von Kajlan. Dort gab es mehrere Streiks von längerer Dauer. Die Arbeit wurde hauptsächlich wegen des zwischen den Arbeitern und kleinen Unternehmern bestehenden Vertrages eingestellt. In China besteht nämlich noch das sehr veraltete System der Kontrakte, wonach die Kohlengräber nicht unmittelbar der Gesellschaft, sondern kleinen Unternehmern verpflichtet sind. Die letzteren schließen mit den Arbeitern Verträge mit sehr ungünstigen Bedingungen für diese ab und beuten ihre Arbeit aus, indem sie sich einen bedeutenden Teil ihres Verdienstes aneignen.

In Verbindung mit dem unter den Kohlengräbern ausgebrochenen Streik kann man hoffen, daß es nicht mehr lange dauert, bis die besser organisierten, qualifizierten Arbeiter sich zur Verteidigung der Inter-

essen ihrer Kameraden erheben und dem „Schwitzsystem" ein Ende machen werden, das ein außerordentlich weites Feld für die Ausbeutung der chinesischen Proletarier bietet.

Die chinesische kommunistische Organisation „Tchen-li-she" hat diese wachsende Arbeiterbewegung in Betracht gezogen und versucht nun, sich auf diese, wie auf die chinesische Studentenschaft zu stützen. An der Ostküste Chinas findet man gegenwärtig schon ziemlich viele Arbeiterorganisationen, die mit dem Wachsen des Klassenbewußtseins unter dem chinesischen Proletariat entstanden sind.

Die nächste Aufgabe der chinesischen Kommunisten ist die Vereinigung aller dieser bis jetzt noch gespaltenen Kräfte in eine mächtige Kommunistische Partei Chinas.

Moskau, 10. Dezember 1920.

Wl. Wilenski (Sibirjakow).

Ueberblick über die sozialistische Bewegung in Japan bis 1917.*)

I.

Nach dem japanisch-chinesischen Kriege (1894—95) begann sich der Kapitalismus in Japan rasch zu entwickeln. Als sein unvermeidlicher Begleiter tauchte auch die Arbeiterbewegung zum ersten Mal in Japan auf. Gen. Katayama, der lange Zeit in Amerika studiert hatte, brachte die Idee des Sozialismus und der Arbeiterbewegung mit heim. Anfangs erfreute sich die Arbeiterbewegung der Unterstützung oder doch wenigstens der Sympathie von Politikern, Professoren und anderen Vertretern der Intellektuellen. Man durfte auf einen gewissen Erfolg hoffen. Es wurde ein Metallarbeiterverband gegründet, der während des Ausstandes der Arbeiter der japanischen Eisenbahngesellschaft eine führende Rolle spielte.

1899 wurde ein „Verband zum Studium des Sozialismus" gegründet, der seine Versammlungen in der unitarischen Kirche in Tokio abhielt. Die vorgeschritteneren Mitglieder des Verbandes begnügten sich aber bald nicht mehr mit bloßem „Studium". Sie trennten sich von dem konservativen Teil der Mitglieder und begannen offen für den Sozialismus Propaganda zu machen. Die geistigen Führer der Gruppe, die sich „Sozialistische Assoziation" nannte, waren Isho Abe, ein gläubiger Unitarier, der in Amerika Theologie studiert hatte und Katayama. 1901 konstituierten sie sich als „Sozialdemokratische Partei" und veröffentlichten ihr Programm in den Spalten der Tageszeitung „Yorozu Choho", die sich großer Popularität erfreute. Da der japanischen Regierung stets die Namen der Mitglieder des Vollzugsausschusses einer jeden politischen Partei mitgeteilt werden müssen, wurden folgende sechs Personen angegeben: Katayama, Abe, Dozent an der Universität zu Waseda; Denjiro Ko-

*) Der Artikel wurde nach Rußland im Jahre 1917 gesandt. Infolge der sibirischen Konterrevolution, die unsere Verbindungen abgeschnitten hat, erhalten wir den Artikel erst jetzt. Der nachfolgende Artikel von Sen Katayama vervollständigt ihn. *Die Redaktion.*

toku und K. Kawakami, Mitarbeiter des „Yorozu Choho"; N. Kinosita, Mitarbeiter des Blattes „Mai-Nichi-Shimbun" und Nishikawa, Absolvent der Universität Waseda. Die Partei wurde sofort verboten; dennoch gelang es ihr, einen großen Einfluß auf breite Gesellschaftskreise zu gewinnen. Seit jener Zeit ist das Wort „Sozialismus" jedem Intellektuellen geläufig.

Um dieselbe Zeit veröffentlichte der bekannte liberale Politiker und Schriftsteller Yano, der frühere japanische Gesandte in China, ein Buch, genannt „Die neue Gesellschaft", das auf das lesende Publikum einen großen Eindruck machte. Es war eine Utopie im Stile von Bellamys „Nach hundert Jahren". Ferner erschienen Kotoku „Das Wesen des Sozialismus" und Abes „Die Lösung der sozialen Fragen". Inzwischen gründete die Sozialistische Assoziation, die als Privatgruppe, mit Abe als Vorsitzenden und Katayama als Sekretär, wieder auferstanden war, eine kleine Zeitschrift: „Die Welt der Arbeit" und nach ihr den „Sozialist". Die Gruppe veranstaltete allmonatlich öffentliche Vorlesungen und gab einige Flugschriften heraus.

Zu gleicher Zeit schlossen sich allmählich auch die Arbeiter der Bewegung an. Sie begannen die Versammlungen zu besuchen. Die sozialistischen Zeitschriften fanden ihren Weg sogar in die Kohlengruben von Yubari, die in Hokkaido, einem kulturell und industriell stark rückständigen Gebiet im äußersten Norden Japans gelegen sind.

1903, als der russisch-japanische Krieg im Anzuge war, entstanden unter den Mitarbeitern der „Yorozu Choho" Unstimmigkeiten. Das Blatt galt als sozialistisch, da viele Sozialisten und Sozialreformisten zu seinen Mitarbeitern zählten und es auf das entschiedenste gegen den Krieg auftrat. Als es sich jedoch herausstellte, daß der Krieg unvermeidlich war, änderte der Herausgeber des Blattes seine Ansicht und begann den Krieg zu befürworten. Kotoku, Ishikawa und Sakai (Verfasser dieses Artikels) konnten sich dieser Ansicht nicht anschließen und traten aus der Redaktion der Zeitung aus. (Kawaki, dessen wir erwähnten, befand sich damals in Amerika. Auch er änderte seine Ansicht. Er weilt auch noch jetzt in Amerika und macht die größten Anstrengungen — anscheinend nicht ohne Erfolg — zu vergessen, daß er einer der Gründer der Japanischen Sozialdemokratischen Partei war.) Die drei genannten Sozialisten begannen bald darauf, eine Wochenschrift, genannt „Heimin Shimbun" (Volksnachrichten") herauszugeben, die großen Erfolg hatte. — Dies war ein Wendepunkt in der sozialistischen Bewegung Japans.

II.

Die Zeitschrift „Heimin Shimbun" wurde zum Mittelpunkt der sozialistischen Bewegung. Ihr mutiges Auftreten gegen den Krieg ge-

wann die Anerkennung vieler. Die Auflage des Blattes überstieg bald fünftausend. Katayama (der in persönlichen Angelegenheiten wieder nach Amerika reisen mußte), Abe, Kinosita, Dr. T. Kato und andere einflußreiche Personen unterstützten es nach Kräften. Nishikawa trat in die Redaktion ein. Die „Heimin-Shimbun"-Gruppe entwickelte eine weitgehende Agitations- und Propagandatätigkeit. Jeden Sonntag wurden in dem Redaktionslokal Versammlungen veranstaltet, die zahlreich besucht wurden. Die Gruppe gab viele Bücher und Flugschriften heraus, die von unseren jüngeren Genossen im ganzen Lande verbreitet wurden. Die besondere Aufmerksamkeit des Publikums erregten die jungen Mädchen, die sozialistische Zeitungen und Flugschriften verteilten oder verkauften. Es bildeten sich örtliche Gruppen in der Provinz. Vom Zentrum aus wurden mehrere Vorlesungsreisen durch das ganze Land veranstaltet. Es war die Glanzperiode der sozialistischen Bewegung in Japan.

Indessen begannen die Verfolgungen sehr bald. Unsere Zeitung wurde mehrmals verboten. Nachdem wir das „Kommunistische Manifest" von Marx und Engels zum Andenken an den Jahrestag seiner ersten Veröffentlichung in Uebersetzung herausgegeben hatten, wurde unser Blatt endgültig verboten. Wir begannen jedoch alsbald ein neues Wochenblatt „Chokugen" („Es ist ausgesprochen") herauszugeben und setzten den Kampf trotz der Repressalien fort. Sakai, Kotoku und Nishikawa wurden auf einige Monate ins Gefängnis geworfen. Wir stellten Kinosita als Kandidaten für die Parlamentswahlen auf. Zwar erhielt er nur 28 Stimmen, aber auch dies war ein gewisser Erfolg, wenn man die Repressalien und das beschränkte Wahlrecht in Japan in Betracht zieht. Abe zog sich von der aktiven Beteiligung an der Bewegung zurück, um sich seiner Tätigkeit als Universitätsprofessor zu widmen; er gab sich jedoch auch weiterhin als Sozialist aus.

1904 wohnte Katayama als Vertreter Japans dem Internationalen Sozialistischen Kongreß in Amsterdam bei und drückte dem russischen Delegierten Plechanow die Hand in einem Augenblick, als der japanisch-russische Krieg seinen Höhepunkt erreicht hatte.

1905 wurde der „Chokugen" endgültig verboten, und die Gruppe spaltete sich. Bis dahin litt ihre Richtung an Unbeständigkeit. Sie zählte viele Christen, moralisierende Sozialisten und gemäßigte Reformisten in ihren Reihen. Wie buntscheckig die Gruppe war, zeigen die Ansichtspostkarten, die sie veröffentlichte. Es waren fünf Bilderserien von Marx, Engels, Lassalle, Kropotkin und Tolstoi.

Als unsere Bewegung einen mehr revolutionären Charakter annahm, konnten die Mitglieder, die christlich-ethische Tendenzen verfolgten, sich mit der Gradlinigkeit und Entschlossenheit der radi-

kalen Elemente nicht einverstanden erklären. Deshalb kam es zu einer Spaltung.

Nach dem Krieg begannen zwei neue sozialistische Wochenschriften zu erscheinen: „Shinkigen" („Die neue Zeit"), ein Organ christlich-sozialistischer Richtung, zu dessen nächsten Mitarbeitern Kinosita und Abe zählten und „Nikari" („Das Licht"), das von Kotoku, Sakai unter der Beteiligung von Nishikawa und Yamaguchi herausgegeben wurde. „Nikari" vertrat die Idee des revolutionären und materialistischen Sozialismus.

Kotoku legte schon damals gewisse anarchistische Tendenzen an den Tag. Der Aufenthalt im Gefängnis untergrub seine Gesundheit, und er reiste nach Amerika, um sich zu erholen.

Sakai begann eine neue Zeitschrift „Das Studium des Sozialismus" herauszugeben, die erzieherische Zwecke verfolgte.

Die Arbeiterbewegung schien zeitweilig abzuflauen. Ganz plötzlich entstand in Tokio eine Volksbewegung gegen die Tokioter Straßenbahngesellschaft, die den Fahrpreis erheblich erhöhen wollte. Es kam zu bedeutenden Demonstrationen im Hibijapark, an denen unsere Genossen aktiv teilnahmen. Die Empörung wuchs derart, daß die Volksmenge die elektrischen Wagen in den Straßen anzuzünden begann. Viele unserer Genossen wurden aus diesem Anlaß ins Gefängnis geworfen. (Schon vorher und auch nach diesem Vorfall wurden viele Genossen für Artikel in der sozialistischen Presse zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Verhaftung von Sozialisten wurde nun zur alltäglichen Erscheinung.

Der Hibijapark war stets der Mittelpunkt bei allen Volkserregungen. Nach dem Friedensschluß zwischen Rußland und Japan spielten sich dort große Unruhen ab. Durch militaristische Agitation, welche Sieg und Ruhm und auch materielle Vorteile versprach, war das japanische Volk stark vom Chauvinismus ergriffen. Die japanische Regierung ging zwar als Sieger aus diesem Kriege hervor; es gelang ihr jedoch nicht, von Rußland eine Kriegsentschädigung zu erzielen, und das Volk, das sich betrogen und unnützerweise in den Krieg hineingezogen fühlte, war tief empört. Einige Politiker benutzten diese Stimmung der Massen, um mündlich und schriftlich gegen die Regierung zu agitieren. Die erregten Massen versammelten sich schließlich im Hibijapark und durchzogen in immer größeren Massen die Straßen von Tokio. Zwei Tage und Nächte hindurch wurden Zeitungsredaktionen demoliert, das Gebäude des Ministeriums des Innern, das sich unweit des Parkes befand, und fast alle Polizeiämter in den Hauptstraßen niedergebrannt.

Nach diesem Ereignis wurde der Hibijapark endgültig zum Lieblingsplatz für Kundgebungen und Massenunruhen, die ausbrachen,

so oft das Volk sich ernstlich gekränkt fühlte. Da der Park in der Nähe des Parlamentsgebäudes gelegen ist, begann man die Volksversammlungen im Hibijapark als „Parlament außerhalb des Parlaments" zu bezeichnen.

III.

Nach dem russisch-japanischen Kriege erlebte der Kapitalismus in Japan einen größeren Aufschwung als je zuvor. Neue Industriezweige entstanden und entwickelten sich rasch. Die „Narikin", die Kriegsgewinnler, trugen ihren Reichtum prahlerisch zur Schau. Die großen Städte wuchsen immer mehr, während die Landbevölkerung ebenso rasch abnahm. Die werktätigen Massen in Stadt und Land lebten in überaus schweren Verhältnissen. Die allgemeine Unzufriedenheit wuchs von Tag zu Tag.

Als Kotoku aus Amerika zurückkehrte, beseelte neue Energie unsere Genossen. Wir sammelten unsere Kräfte und begannen eine neue Zeitung unter der alten Benennung „Heimin Shimbun" herauszugeben. Zu den Mitarbeitern gehörten Kotoku, Sakai, Nishikawa, Ishikawa, Tozoe, Yamaguchi, Yamakawa und andere. Kinosita war aus der Bewegung ausgeschieden. Abe, Katayama, Dr. Kato u. a. halfen uns von außen. Dr. Kato begab sich kurz darauf nach Europa, wo er uns auf dem sozialistischen Kongreß in Stuttgart im Jahre 1907 als Delegierter vertrat.

Trotzdem unsere Zeitung eine große Auflage besaß (sie erschien in 10 000 Exemplaren), hatte sie von Anfang an mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Mangel an Geldmitteln und die Verfolgungen der Regierung zwangen uns, das Erscheinen des Blattes nach drei Monaten einzustellen. Zu jener Zeit brach in den Kupferbergwerken von Ashio ein großer Streik aus, der zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Arbeitern führte. Die Organisatoren und Führer des oben erwähnten Ausstandes der Grubenarbeiter von Yubari befanden sich nun in Ashio; natürlich unterhielten sie enge Beziehungen zu den Sozialisten. Die Führer der Grubenarbeiter, Minami, Nagawoka und viele andere, wurden eingekerkert. Auch Nishikawa und andere sozialistische Genossen wurden verhaftet. Im Zusammenhang mit dem Streik wurden auch die Repressalien gegen unsere Zeitung verschärft.

In unserer eigenen Mitte machten sich Unstimmigkeiten geltend. Kotokus anarchistische Tendenzen kamen immer deutlicher zum Ausdruck; er zeigte sich als entschiedener Gegner des Parlaments und des Parlamentarismus überhaupt und predigte die Notwendigkeit der direkten Aktion. Katayama, Tozoe, der ebenfalls in Amerika studiert

hatte, und andere standen auf seiten des Parlamentarismus. Sakai war keineswegs Gegner der direkten Aktion, erachtete aber auch gleichzeitig den parlamentarischen Kampf für notwendig. Da wir die Einheitlichkeit unserer politischen Tendenzen nur kurze Zeit aufrechterhalten konnten, beschlossen wir, einen Parteitag einzuberufen, um unsere zukünftige Taktik festzulegen.

Auf dem Parteitag brachte Kotoku eine Resolution zugunsten der direkten Aktion ein, Tozoe schlug eine Resolution vor, die den Parlamentarismus befürwortete, während Sakai eine Kompromißresolution beantragte, die den parlamentarischen Kampf ebenso anerkannte wie die direkte Aktion. Sakais Resolution wurde angenommen. Dem Parteitag wohnte der aus England eingetroffene Keir Hardie bei, der eine Ansprache hielt.

Bald darauf verloren wir jedoch unser Preßorgan und unsere Partei. Unsere Bewegung zersplitterte sich. Katayama und Nishikawa begannen eine Monatsschrift „Shakai Shimbun" („Soziale Nachrichten"), der Genosse Morichika das zweimal monatlich in Osaka erscheinende Organ „Heimin Shimbun" herauszugeben. Sakai, Yamakawa und Osugi gründeten einen Vorlesungsklub, den sie den „Dienstagsklub" nannten. Kotoku reiste nach Hause in die Provinz, Katayama begab sich wieder nach Amerika. Nishikawa und andere begannen eine neue Monatsschrift „Tokio Shakai Shimbun" herauszugeben. Wir müssen leider eingestehen, daß wir zu jener Zeit erbitterten Streit untereinander führten.

Wir besaßen damals ausgedehnte Beziehungen zu den Revolutionären in China, Korea, Indien und Annam, die mehr oder weniger sozialistisch oder anarchistisch gestimmt waren. Wir besuchten oft die Versammlungen unserer chinesischen Genossen in Japan, und viele von ihnen nahmen an unseren Versammlungen teil. Wir hatten zu der Zeit mehrere europäische Genossen in unserer Mitte, wie Gerschuni aus Rußland, Pilsudski aus Polen (beide waren aus Sibirien nach Japan gekommen) und den bereits erwähnten Keir Hardie aus England.

Eines Abends, als die Polizei in unser Versammlungslokal eindrang und die Anwesenden auseinanderjagte, stiegen wir auf das Dach des Hauses und hielten von dort aus Ansprachen an die Volksmenge auf der Straße. Viele von uns wurden verhaftet, darunter auch der chinesische Genosse Chang-Chi, der sich jedoch aus den Händen der Polizei losriß und glücklich entkam. Er wurde in Contumaciam zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, jedoch gelang es der japanischen Polizei nicht, seiner habhaft zu werden. Jetzt spielt Chang-Chi eine bedeutende Rolle unter den chinesischen Revolutionären.

IV.

1908 fand der sogenannte „Prozeß der roten Fahnen statt". Wir hatten uns zum Empfang des Gen. Yamaguchi versammelt, der soeben aus dem Gefängnis entlassen war. Gegen Ende der Versammlung rollten Osugi und andere zwei oder drei rote Fahnen auf, die in weißen Lettern die Aufschrift „Anarchistischer Kommunismus" zeigten, und trugen sie an der Spitze der Demonstrierenden durch die Straßen. Die Polizei, die alsbald zur Stelle war, versuchte die Fahnen den Trägern zu entreißen. Es entspann sich ein erbitterter Kampf um die roten Banner. Die Straßen waren ein wogendes Meer erregter, lärmender Volksmassen. Unter unseren Genossen befanden sich einige junge Mädchen. Da ereignete sich ein in Japan noch nie gesehenes Schauspiel. Mit glänzenden Augen und gelösten Haaren stürzten sie den männlichen Genossen zu Hilfe, wehrten sich gegen die Polizei und protestierten gegen sie. Viele unserer Genossen, darunter auch Sakai, wurden verhaftet. Die jungen Mädchen wurden nach einiger Zeit auf freien Fuß gesetzt; Osugi, Yamakawa, Sakai und einige andere aber wurden zu 1—1½ Jahren Gefängnishaft verurteilt.

Zu jener Zeit kehrte Kotoku nach Tokio zurück. Er wollte die sozialistische Bewegung zu neuem Leben erwecken, konnte aber infolge der grausamen Verfolgungen gar nichts tun. Er begann darauf eine neue Zeitschrift „Der freie Gedanke" herauszugeben, die aber nach kurzem verboten wurde. Die Bewegung sah sich gezwungen, illegal zu arbeiten. Viele anarchistische Broschüren und Flugblätter wurden insgeheim im ganzen Lande verbreitet. Kropotkins „Freiheit und Brot" wurde übersetzt und auf dem Konterbandenwege herausgegeben. Die Regierung war überrascht und legte eine blinde Wut an den Tag. Vor Kotokus Hause wurde ein Zelt aufgeschlagen, in dem die Polizei Tag und Nacht Wache hielt. Trotz dieser und verschiedener anderer Repressalien gelang es Kotoku und anderen, ihre Tätigkeit in gewissem Grade fortzusetzen und die Propaganda weiterzuführen.

Im Frühjahr 1910 wurden an irgend einer Stelle mehrere Bomben aufgefunden. Ohne weiteres verhaftete man Kotoku und viele andere Anarchisten. Die konservative Mehrheit der Bevölkerung wurde durch die Nachricht, daß ein Anschlag gegen das Leben des Mikado verübt worden sei, in Schrecken versetzt. Die Regierung berief eine außerordentliche Gerichtssitzung hinter geschlossenen Türen ein. 24 Personen wurden auf die Anklage hin, daß sie (wie es im Urteilsspruch heißt) „an dem Anschlag gegen das Leben Seiner Kaiserlichen Majestät am 3. November, dem Geburtstage des Mikado, mehr oder weniger beteiligt waren", zum Tode verurteilt. (Dem Verfasser dieses Artikels ist über diese Angelegenheit nur wenig bekannt, da er zu jener Zeit

im Gefängnis saß. Aber auch das Wenige, das ihm bekannt ist, hat er nicht das Recht, zu veröffentlichen.) Zwölf der Verurteilten wurde die Todesstrafe auf lebenslängliche Gefängnishaft gemildert; die übrigen zwölf wurden am 24. Januar 1911 im Gefängnis zu Tokio gehenkt. Es dürfte von Interesse sein, einige Angaben über die Erhängten zu machen.

Denjiro Kotoku, 41 Jahre alt, von schwacher Gesundheit, hager und klein gewachsen; er besaß reiche Kenntnisse in der englischen und chinesischen Literatur und wurde allgemein als einer der begabtesten Schriftsteller Japans anerkannt. Kotoku war ein Schüler des bekannten Erforschers der französischen Demokratie Nakae. Seinen religiösen Ansichten nach war er ein entschiedener Atheist. Während seiner letzten Gefangenschaft schrieb er ein Buch unter dem Titel: „Jesus Christus Flucht". Kotoku besaß eine alte Mutter, die er zärtlich liebte; sie starb kurz vor seiner Hinrichtung.

Suga Kanno, 31 Jahre alt, war eine sehr gebildete Frau, obwohl sie eine höhere Schule nicht absolviert hatte. Eine Zeitlang war sie Journalistin. Sie war nicht schön, aber voller Liebreiz, die Lebensfreundin Kotokus bis zu seiner letzten Verhaftung. Sie litt an Schwindsucht.

Gudo Uchiyama, ungefähr 35 Jahre alt, war buddhistischer Priester der Zensekte in Hokone, bis er seiner Ansichten wegen aus dem geistlichen Stande ausgeschlossen wurde. Er war ein eifriger Propagandist.

Tadao Niimura, 25 Jahre alt, der jüngste der hingerichteten Genossen, war der Sohn eines kleinen Farmers. Er war voller Tatkraft und besaß einen überaus entschlossenen Charakter.

Rikisaku Furukawa, 29 Jahre alt, Gärtner von Beruf, war geistig hochentwickelt. (Er sah knabenhaft jung aus, da er sogar für einen Japaner klein von Wuchs war.)

Takichi Miyashita, 37 Jahre alt, war Maschinist. Er ist der einzige unter den Erhängten, der der Arbeiterklasse angehörte.

Seinosuke Oishi, 45 Jahre alt, Dr. med., studierte in Amerika. Er besaß literarisches und philosophisches Talent und hatte zahlreiche Anhänger in seiner Heimat, der Provinz Kii.

Uichita Matsuwo, ungefähr 30 Jahre alt, Buddhist, mit guter Bildung, war Herausgeber einer Zeitschrift in der Provinz Kumamoto, aus der er stammte.

Uichiro Niimi, ungefähr 30 Jahre alt, arbeitete zusammen mit Matsuwo in der Schriftleitung der Zeitschrift.

Umpei Morichika, 31 Jahre alt, hatte eine landwirtschaftliche Schule absolviert und war eine Zeitlang Beamter im Staatsdienst. Er gehörte der marxistischen Richtung an.

Heishiro Naruishi, 30 Jahre alt, Student der Jurisprudenz, war ein Anhänger Oishis.

Kensi Okumiya, ein alter Revolutionär, ungefähr 57 Jahre alt, war eine Zeitlang eifrig in der alten Liberalen Partei tätig. Er saß wegen einer politischen Verschwörung lange Jahre im Gefängnis.

Ueber die zu lebenslänglicher Kerkerstrafe Verurteilten läßt sich nicht viel sagen; ihre Lage ist völlig aussichtslos. Sie leben unter den fürchterlichsten Bedingungen. Niemand, außer den nächsten Angehörigen, darf sie besuchen. Als einzige Lektüre gibt man ihnen Bücher von religiös-moralischem Charakter oder patriotische Schriften. Gen. Kemmai Takaji, ein Sozialist und ehemaliger buddhistischer Priester, verübte 1913, im Alter von 44 Jahren, Selbstmord im Gefängnis zu Chiba. In demselben Gefängnis nahm sich zwei Jahre später Gen. Setsudo Minao das Leben. Er war 32 Jahre alt, ebenfalls Sozialist und buddhistischer Priester. Von den zwei übrigen Genossen, die im gleichen Gefängnis untergebracht waren, machte Dogen-Sasaki, der jüngste der 24 Verurteilten, der am Tage des Urteilsspruches kaum 20 Jahre alt war, mehrmals Selbstmordversuche; schließlich erlag er seiner Krankheit. Yojiro Tobimatus, ein junger Farmer, ist noch am Leben, obwohl auch er krank ist.

Im Gefängnis zu Akita ist Gen. Seimo Sakamato untergebracht, der einzige Anarchist und Kommunist, dem das Urteil gemildert wurde. Er war Terrorist und hatte einen leidenschaftlichen Charakter. Im selben Gefängnis befinden sich die Genossen Seyichi Sakikulo und Kanzabro Nariushi, die ihr klägliches Dasein noch weiterschleppen. Von den fünf Genossen, die in das Gefängnis zu Nagasaki gesperrt wurden, starb Yastaro Miura, 30 Jahre alt im Jahre 1916. Elichiro Okamoto, ein ehemaliger Student der Universität Waseda, der seine soziale Stellung aufgab und Arbeiter wurde, starb am Krebs. Toramatsu Okabayashi, ein früherer Arzt, wurde geisteskrank. Kyuhai Takeda und Ushigi Komatsu sind noch am Leben.

Ich benutze die Gelegenheit, um unseren auswärtigen Genossen, besonders den amerikanischen Genossen an dieser Stelle unseren Dank für ihre brüderliche Solidarität im Protest gegen den „Fall Kotoku", sowie für die uns erwiesene moralische und materielle Hilfe auszudrücken.

V.

Nach dem „Onozess Kotoku" hörte unsere Bewegung eine Zeitlang fast ganz auf. Die Regierung war so aufgebracht und hysterisch, daß ihr sogar die Wörter „sozial" oder „Gesellschaft" gefährlich erschienen. Die Massen, unter denen unsere Ideen sich verbreiteten, fürchteten sich, die Wörter „Sozialismus" oder „Anarchismus" auszu-

sprechen. Alle, die mit uns sympathisierten und sogar einige unserer alten Genossen hielten sich versteckt. Sogar Gen. Nishikawa, einer der tatkräftigsten und beredtesten unserer Führer, brach die Beziehungen zu uns ab. Die übrigen Genossen standen unter unausgesetzter polizeilicher Aufsicht. Die Verbreitung von Schriften und die Veranstaltung von Versammlungen wurde strengstens verboten.

Unter diesen Verhältnissen, als der „weiße Terror", wie Gen. De Cleyre es genannt hätte, im Lande herrschte, kam uns der Ausbruch des großen Streiks der Straßenbahnarbeiter in Tokio Anfang 1912 sehr gelegen. 1913 begannen die Genossen Osugi und Arahata die Zeitschrift „Der neue Gedanke" herauszugeben, die äußerlich einen literarisch-philosophischen Charakter trug, dem Wesen nach aber anarchistisch und syndikalistisch war. Die Ideen, die der Zeitschrift zugrunde lagen, fanden einen warmen Widerhall, besonders in der literarischen Welt, wo der Naturalismus um sich gegriffen hatte und anarchistisch-individualistische Tendenzen vorherrschten. Die Zeitschrift war somit zu einer günstigen Zeit entstanden. Osugi und Arahata gewannen bald großes Ansehen als Schriftsteller und Revolutionäre. Sie vereinigten eine Gruppe von Anhängern um sich; es wurden kleine Versammlungen in Privatwohnungen veranstaltet. Die neue Bewegung begann sich Bahn zu brechen. Als die Zeitschrift zwei Jahre später jedoch in ein Organ für Propaganda und politische Agitation verwandelt und ihr sogar die alte Benennung „Heimin-Shimbun" gegeben wurde, wurde sie ohne weiteres verboten. Dies versetzte der noch schwachen Bewegung wiederum einen starken Rückschlag.

In demselben Jahre, 1915, gründete Sakai die Zeitschrift „Die neue Gesellschaft", die noch jetzt erscheint. Die Redaktion hat selbstverständlich nicht die Möglichkeit, alles, was ihrer politischen Ueberzeugung entspricht, zu veröffentlichen; jedoch bringt die Zeitschrift alles, was unter den jetzigen Verhältnissen gedruckt werden kann. Sie verfolgt die marxistische Richtung, hat aber auch Syndikalisten und Anarchisten zu Mitarbeitern. Die Zeitschrift gehört nicht Sakai, sondern wird von mehreren Genossen gemeinschaftlich herausgegeben. Die Hauptmitarbeiter außer Sakai sind Yamakawa, Takahata, Yamaguchi, Arahata und Yasunari. Ab und zu werden kleine Versammlungen veranstaltet. Die Bewegung wächst allmählich.

Bei den Parlamentswahlen im vorigen Frühjahr wurde Gen. Sakai von einer Gruppe Sozialisten als Kandidat aufgestellt. Trotz der üblichen Repressalien der Regierung wurde der Wahlkampf auf das eifrigste geführt.

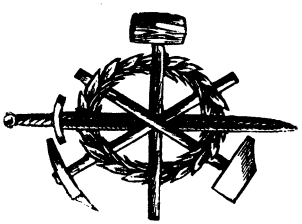
Unsere Versammlungen wurden von der Polizei gesprengt, unsere Aufrufe, Programme und sonstige Druckschriften wurden konfisziert. Man verbot sogar ein Flugblatt, das Sakai als Kandidaten empfahl.

Sakai erhielt nur 35 Stimmen. Wir betrachten dies jedoch durchaus nicht als Niederlage, da ja nur der vierzigste Teil der Bevölkerung Stimmrecht besitzt. Die Volksmassen, die sich zu unseren Versammlungen drängten, brachten uns stets die wärmste Sympathie entgegen. Ihr Beifall überzeugte uns, daß die Bewegung sich allmählich und beharrlich Bahn bricht. Dieses Mal wird sie nicht mehr unterdrückt werden können.

Wir müssen auch noch den Arbeiterverband Yu-ai-kai („Genossenschaftsassoziation") erwähnen, der vor ungefähr fünf Jahren entstand. Der Vorsitzende des Verbandes, Suzuki, der die kaiserliche Universität absolviert hat, zählt viele Freunde in den höheren Sphären und hat auch Beziehungen zu einigen Bankiers und Großkaufleuten. Es läßt sich hieraus leicht auf den Charakter des Verbandes schließen. Suzuki wird in einigen Kreisen als „Japanischer Gompers" bezeichnet. Im vorigen Jahr war er in Amerika, wo er seinem amerikanischen Vorbilde, Samuel Gompers, die Hand drückte.

Es muß jedoch im Auge behalten werden, daß die Yu-ai-kai jetzt die einzige Arbeiterorganisation in Japan ist und immer mehr wächst. Schon jetzt zählt sie 60 000 Mitglieder. Wenn sie sich gegenwärtig auch unter stark konservativem Einfluß befindet, können wir für die Zukunft vieles von ihr erwarten.

Sakai.



Revolutionäre Strömungen in Japan.

Der Krieg von 1914—1918 hat viel unbeschreibliches Unglück über die Menschheit gebracht. Die Arbeiter und die mittellose Bevölkerung der kriegführenden Nationen leiden noch immer unter den Kriegsfolgen. Für sie gibt es noch keinen Frieden. Sie sind die Opfer des in allen Ländern der Welt zur Herrschaft gelangten Militarismus geworden. Der Nationalismus, vom Chauvinismus stark durchtränkt, beherrscht jedes einzelne Land Europas und Amerikas. Die konkrete Folge des Krieges ist eine unerhörte Unterdrückung der Arbeiter und Armen.

Wie die russischen Arbeiter sich auf die Diktatur des Proletariats stützen, so stützen sich die Kapitalisten der übrigen Länder auf die Diktatur der kapitalistischen Klasse. Der einzige Unterschied in den Bestrebungen dieser zwei Diktaturen ist der, daß die eine eine zeitweilige, jene aber eine beständige sein soll. Die Diktatur des Proletariats besteht nur solange, wie die reaktionäre Macht der Bourgeoisie dauert, während die Diktatur der letzteren eine fortwährende ist und zur Erhaltung der kapitalistischen Klassenordnung dient.

Seitdem Japan das westliche Regierungssystem angenommen hat, sind die japanischen Arbeiter von der autokratischen kapitalistischen Regierung vollständig unterdrückt. Polizei, Gericht, Gefängnisse, Gendarmerie und Soldaten sind alles entlehnte Werkzeuge, die nach deutschem Muster eingerichtet sind. Und doch war die Situation Japans während des Krieges anders als die der anderen verbündeten Mächte. Es verdiente durch seine Kriegsindustrie, die für seine Verbündeten arbeitete. Diese Industrie erzielte häufig einen Gewinn von 75—100 Prozent; im Lande wurden einige tausend Milliarden angehäuft. Dieses Aufblühen der Industrie und des Außenhandels hatte eine außerordentliche Preissteigerung der wichtigsten Bedarfsartikel, besonders der Nahrungsmittel zur Folge. Die Kapitalisten verdienten überall Millionen. Die Arbeiter aber hatten das Nachsehen. Sie konnten die durch die Preissteigerung des Reis, dieses Hauptnahrungsmittels der Japaner, hervorgerufene Notlage schließlich nicht mehr ertragen und erhoben sich gegen die Reishändler.

Der große Aufstand brach im August 1916 aus. An den Unruhen, die an den verschiedensten Enden des Reiches ausbrachen, waren bis zu zehn Millionen Menschen beteiligt. Viele Häuser und Lager der Reishändler wurden niedergebrannt. Zehntausende Proletarier wurden verhaftet. Ungefähr 8000 wurden dem Gericht übergeben und zu Geldstrafen und Gefängnis verurteilt. Alle wurden nach dem strengsten Strafmaß abgeurteilt. Die Polizei unterdrückte selbstverständlich die Empörungen, und viele Menschen wurden von den Truppen getötet und verwundet. Endlich, nach langem Kampfe, gelang es den Staatsgewalten, die Massenaktion der Arbeiter und der armen Bevölkerung zu brechen.

Die Taten der japanischen Regierung demaskierten vor den Augen der Arbeiter die wahre Bestimmung der Armee und der Polizei. Die Arbeiter wissen jetzt, daß die Armee und die Polizei nur Diener der Kapitalisten sind, um jede Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Dies rief bei den Arbeitern viel Bitternis gegen die Armee, die Polizei und die Regierung überhaupt hervor. Gleichzeitig haben die Volksmassen Japans in den Empörungen vom August 1918 ihre Macht erprobt, und sie wissen nun, daß die Polizei und sogar die Armee einem gut organisierten Massenaufstand gegenüber machtlos sind.

Diese Erfahrungen haben zu einem besseren Verständnis der russischen Revolution durch die japanischen Arbeiter beigetragen. Das Proletariat Japans hat sich seit Beginn der russischen Revolution lebhaft für die russischen Ereignisse interessiert. Aus Sibirien zurückkehrende Soldaten und Fischer brachten ausführliche Nachrichten über die Lebensbedingungen in Rußland mit. Von Zeit zu Zeit teilen die japanischen Tageszeitungen mit, daß unter den japanischen Soldaten in Sibirien bolschewistische Propaganda betrieben wird. Diese Propaganda wurde in einigen Fällen von Russen, in anderen von zum Bolschewismus bekehrten Japanern geführt. Die japanischen militärischen Autoritäten wurden bei dieser Hiobspost von Entsetzen erfaßt und trafen strenge Vorsichtsmaßregeln gegen diese Propaganda.

Die Propaganda ist sehr erfolgreich gewesen. In einem Falle haben 27 Soldaten in Sibirien ihre Offiziere gezüchtigt. Die meuternden Soldaten wurden nach Japan geschickt und dem Kriegsgericht übergeben. Die Propaganda unter den Soldaten wird auch in Japan selbst geführt. In einer Truppendivision wurden insgeheim Flugschriften verteilt, welche im Falle der Entdeckung zum Tode des Verfassers geführt hätten. Viele haben Gefängnisstrafen abzubüßen, weil solche Proklamationen bei ihnen gefunden wurden.

Ein bedeutsamer Vorfall war der kürzlich geführte Prozeß und die Verurteilung eines Professors der Universität. Dieser Professor befaßt sich mit dem Studium des Bolschewismus, und zu Studienzwecken sandte man ihm eine bolschewistische Propagandaflugschrift

aus Sibirien. Dieses „Verbrechen" wurde von der Polizei „aufgedeckt" und führte zur mehrmonatigen Einkerkerung des Professors.

Außer diesen bekannten Fällen wird aber eine gewaltige illegale Propaganda geführt. Die Regierung hat alle Literatur radikalen Charakters verboten, und die Folge davon ist eben die illegale Tätigkeit.

Seit den Reisempörungen führen die japanischen Arbeiter den Kampf gegen den Kapitalismus mit Hilfe des Streiks fort. Der Streik ist in Japan ein Verbrechen, und Streikende unterliegen der Verhaftung und Einkerkerung ins Zuchthaus auf 6 Monate. Die Reisempörungen waren meist Massenaktionen und fanden in den Städten und großen Industriezentren statt. Die Massenbewegung hat ungeheure Dimensionen angenommen, und Streiks entbrennen jetzt auf jedem Industriegebiet trotz des Streikgesetzes. Fabrik-, Eisenbahn- und Bergwerkstreiks sind jetzt gewöhnliche Erscheinungen. Einige enden mit der Niederlage der Arbeiter, andere mit deren Sieg; aber die Bewegung steigt ständig.

Den Arbeitern Japans waren die russische und die deutsche Revolution wahre Offenbarungen. Sogar der Kuli auf den Straßen Tokios gibt jetzt dem Polizisten eine derbe Antwort und erinnert ihn an das Schicksal des Kaisers und des Zaren.

Die japanischen Arbeiter haben in den letzten 40—50 Jahren gelernt, Werkzeuge und Maschinen zu gebrauchen, die zuerst aus dem Westen eingeführt, später aber im Lande verfertigt wurden. Jetzt können sie Fabriken, Eisenbahnen, Dampf- und Kriegsschiffe bauen, Gewehre und Munition verfertigen. Sie haben dabei nicht die Zeit gehabt, andere Dinge, wie Politik und soziale Reformen zu lernen. Jeder Schritt vorwärts in der Industrialisierung des Landes wurde mit einer reaktionären Gesetzgebung quittiert.

Jetzt, wo die Arbeiter die wahre Schule der industriell-technischen Erziehung durchgemacht und sich dem bestehenden kapitalistischen Regime angepaßt haben, fangen sie an, auch ihre Rechte zu verteidigen. Trotz des strengen bürokratischen Regimes in der letzten Zeit haben sie gelernt, daß Streiks und Empörungen zu viel Opfer verlangen. So haben sie denn eine bessere Kampfesweise gegen die kapitalistische Unterdrückung gefunden — die organisierte offene Sabotage.

Die erste erfolgreich durchgeführte Sabotage war die zehntägige Sabotage von 16 000 Arbeitern auf der Werft in Kobe im August 1919. Diese Sabotage war der erste in weitem Maßstabe gemachte Versuch dieser Art und wurde den Unternehmern und der Welt vorher öffentlich angezeigt. Die Arbeiter empfingen ihre Löhne wie gewöhnlich und hielten auf strenge Ordnung und Disziplin. Es ist keine einzige Person verhaftet worden. Weder die Kapitalisten, noch die Be-

hörden mit ihrer allmächtigen Polizei und Gendarmerie konnten etwas zur Hintertreibung dieser Sabotage tun. Die Hand des Gesetzes war machtlos. Nach zehn Tagen beschlossen die Arbeiter bei der Abstimmung die Fortsetzung der Sabotage und siegten so im Kampf ohne jegliche Opfer und Lohnverluste. Es ist kein Wunder, daß eine solche unverwundbare Taktik von den Arbeitern aller Industriezweige angenommen wurde.

Die japanischen Arbeiter haben einen Vorzug vor den amerikanischen, sie sprechen alle dieselbe Sprache. Es gibt da keine vielsprachigen Föderationen und keine fremdländischen Kolonien wie in Amerika. Daher organisieren sie sich schnell trotz des Widerstandes der Gesetze. Zeitweise interessierten sie sich für das allgemeine Stimmrecht, aber seit den letzten allgemeinen Parlamentswahlen am 10. Mai 1920, bei denen die bürgerlichen Kandidaten einen unglaublichen Treubruch begingen, haben sie jede Hoffnung auf parlamentarische Aktionen aufgegeben und sich der direkten Aktion zugewandt. Vornehmlich aus diesem Grunde sehen sie mehr und mehr auf das bolschewistische Rußland, um seinem Beispiele zu folgen.

Die Erbitterung gegen die Armee wuchs seit den Reisempörungen, bei denen die Soldaten viele Streikende niederschossen, ungeheuer. Seit jener Zeit wurden viele Streiks von der Armee unterdrückt. Der Verlust des Ansehens der Armee unter den Arbeitern ist der wahre Grund, warum die in der Oeffentlichkeit viel besprochenen Vorgänge in Nikolajewsk nicht den erwarteten Zorn und Haß gegen die Russen erregten. Die Werktätigen sind nur gegen die Befehlshaber der Armee, die an dem unglücklichen Ereignis Schuld sind, empört.

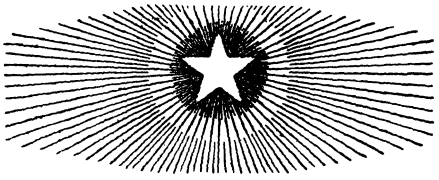
Ich werde den Ereignissen in Nikolajewsk einen besonderen, die sibirische Politik Japans beleuchtenden Artikel widmen. Aber es genügt zu sagen, daß der militärische Plan, einen Vorwand für die sibirische Expedition und die jetzige Okkupation von Nikolajewsk und Südsachalin durch die Aufreizung des nationalen Chauvinismus zu schaffen, gänzlich fehlgeschlagen ist. Das Volk ist mehr denn je gegen die Armee und die Regierung empört. Diese Empörung wurde durch das Geständnis der Militärbehörden, daß es die japanischen Truppen waren, die in Nikolajewsk um 2 Uhr nachts ohne die geringste Warnung einen unerwarteten Angriff machten, nur noch gesteigert.

Die japanischen Arbeiter werden von dem russischen Bolschewismus stärker beeinflußt als die amerikanischen.

Die bis jetzt bedrückten Sozialisten heben ihr Haupt und organisieren sich zu einer Partei, die die Regierung herausfordert. In der nächsten Zukunft wird es den Arbeitern möglich sein, die Selbständigkeit Koreas zu unterstützen und den Bolschewiki die Hand zu reichen.

Die japanischen Kapitalisten sind nicht so mächtig wie die des Westens, und die aus der allgemeinen Wehrpflicht entstandene Armee wird bald zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Arbeitersoldaten nicht mehr gegen ihre eigenen Brüder kämpfen dürfen.

Sen Katayama.



Zur Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland.

I.

Seit den ersten Tagen der Oktoberrevolution stieß die Sowjetmacht auf den Widerstand der Bourgeoisie durch die sogenannte Sabotage.

Die höhere, die mittlere und der größte Teil der kleinen Beamtenschaft vereinigte sich unter der Devise: „Wer nicht mit der Waffe in der Hand gegen die Aufrührer, die Bolschewiki kämpfen kann oder es wagt, der muß sie auf friedlichem Wege bekämpfen — durch den Boykott und die Arbeitsverweigerung".

Es ist überflüssig, darauf einzugehen, welche Folgen eine derartige Haltung der Beamtenschaft nach sich ziehen konnte, da sie doch faktisch den ganzen technischen Staatsapparat der noch nicht befestigten Sowjetmacht in Händen hielt.

Das Petrograder Proletariat war deshalb, während es sich gegen die Junker- und Offiziersbanden Kerenskis verteidigte, genötigt, der Sabotage einen schonungslosen Krieg zu erklären. Und die bald nach dem Umsturz ins Leben gerufene Außerordentliche Kommission von Petrograd machte sich an die Arbeit.

Als erstes stellte es sich heraus, daß die frühere kompromißlerische Stadtduma (Magistrat) und das „Komitee zur Rettung der Revolution" die ideellen Zentren und die Organisationen der Sabotage waren.

Im Namen der „Rettung der Revolution" sollte sich die Beamtenschaft, — so war der Plan — entsprechend dem

gewerkschaftlichen und Klassenprinzip vereinigen. Fast in allen Zentralinstituten entstanden Streikkomitees und in den Verwaltungsressorts entsprechende Zentralkomitees. Diese erhielten Mittel und Anweisungen vom „Zentralrat der Streikkomitees der Institute und Hauptressorts der Stadt Petrograd", welcher tatsächlich den Mittelpunkt für die Durchführung der Bourgeoissabotage in ganz Rußland bildete. In diesem „Rat" waren alle „lebendigen Kräfte" von den Kadetten bis zu den Bundisten und Menschewiki vertreten.

Wie aus Protokollen des „Rates" ersichtlich, waren deren ideelle Inspiratoren und Führer A. W. Tesler, D. Wenderowitsch, A. A. Charitonowa und andere. Materielle Unterstützung erhielt der „Zentralrat" aus den verschiedensten Quellen, angefangen vom Spezialfonds, der von der Zeitung „Denj" gebildet wurde, bis zu den Spenden großer Handelsfirmen.

Zur Illustration bringen wir einige Auszüge aus den bei der Liquidation des Rats gefundenen Quittungen.

Von N. I. Kuttler (früherer Minister unter Kerenski), Mitglied des Zentralkomitees der Kadettenpartei 540 000 Rubel, und 480 000 Rubel (erhalten durch Tesler (Bundist). Aehnliche Summen erhielt dieser vom Tabakfabrikanten Bogdanow, vom Handelshaus Stachow & Co. in Moskau, von den Banken Heisan, Mendelewitsch, und Orkin, von der Tulaer Agrarbank usw.

Sehr kennzeichnend für die Tätigkeit der Herren aus dem „Zentralrat" ist, daß sie für die Sabotage Summen zur Verfügung stellten, die aus der Kasse des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der ersten Zusammenberufung stammten und beim Administrator M. I. Broido und P. Filippowa-Griasnowa aufbewahrt waren. Die erwähnten Summen wurden von ihnen dem Mitglied des Zentralrats Tesler überreicht. Wie aus den Quittungen ersichtlich, verteilte dieser die Gelder in folgender Weise:

Bogdanow 6500 Rubel; M. Broido 109 000 Rubel; dem Schulrat der Heiligen Synode, zu Händen Kiesewetters 4000 Rubel; Ostaschkow, Mitglied des Vollzugsausschusses des Komitees für Verpflegung 3000 Rubel; den Mitgliedern des Zentralkomitees der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Martow, Dan, Zederbaum (?) 50 000 Rubel usw. usw.

Am eifrigsten wurde die Sabotage von den Angestellten der Kreditanstalten durchgeführt, was zur Folge hatte, daß die Banken und sogar die Reichsbank geschlossen werden mußten. Es war unmöglich, die erforderlichen, hauptsächlich für die Anschaffungen von Verpflegungsvorräten notwendigen Summen zu erheben. Schlüssel, Dokumente und Bücher wurden mitgenommen, versteckt oder in eine derartige Unordnung gebracht, daß es selbst dann, als die nötigen Kräfte zur Stelle waren, unmöglich war, die normale Arbeit wieder aufzunehmen. Die Angestellten und die Verwaltung der Verpflegungsorgane nutzten diesen Umstand aus und erließen einen Aufruf an das „Volk" mit dem Hinweis, daß die Bolschewiki die ganze Bevölkerung auszuhungern drohten.

Auch die höhere Eisenbahnverwaltung hielt mit der Sabotage keinesfalls zurück.

Auf der Nikolaibahn erließ sie Aufrufe an die Eisenbahnarbeiter und forderte sie auf, die Bolschewiki zu stürzen.

Die angedrohte Verhaftung nötigte sie, auf ihrem Posten zu verharren. Doch weigerte sie sich, sich dem Zentralvollzugsausschuß der Eisenbahner zu unterwerfen und setzte ihre Arbeit unter der Leitung der Geheimbefehle des Ministers Tachtamyschew fort.

Als aber die Hoffnung auf eine Wiederkehr der früheren Ordnung endgültig zu nichte wurde, legte die ganze Verwaltung, mit dem Chef der Linie, dem Ingenieur Manow, an der Spitze, am 12. Dezember die Arbeit nieder und ließ

die die Hauptstadt nährende Hauptlinie ohne jede technische Leitung.

Aehnlich war es im Post- und Telegraphenwesen.

Die Verfügungen des Rats der Volkskommissare wurden entweder gar nicht oder in einer unkenntlich verstümmelten Weise weitergegeben. Es ging so weit, daß einer der Dumaärzte sich weigerte, einen sterbenden Kranken aufzusuchen.

Nur die eiserne Hand des Proletariats ließ diese ganze Sippschaft fühlen, daß die Sowjetmacht ein Recht hatte, Arbeit von ihr zu fordern.

Die Verhaftung des „Zentralrats" und die Schließung der Zeitung „Denj" (Tag) untergruben die Quellen der Sabotage.

Einer nach dem anderen kehrten die gestrigen Saboteure auf ihren Posten zurück und gaben das Versprechen, ihr Verbrechen durch Arbeit gutzumachen. Mit der dem Proletariat eigenen Großmütigkeit wurden sie alle wieder aufgenommen, und es hängt jetzt ausschließlich von ihnen ab, wie sich die Sowjetmacht ihnen gegenüber weiter verhalten wird.

II.

In dem Maße, wie die sich auf die passive und meistenteils unpolitische, feige Masse der Beamtenschaft stützende Sabotage der Bourgeoisie als ein Mittel des gegenrevolutionären Kampfes eine Niederlage erlitten hat, können sich die aktiven Konterrevolutionäre in der Person der Junker, der Kaderoffiziere, der Menschewiki und Sozialrevolutionäre bis auf den heutigen Tag nicht mit dem Bestehen der proletarischen Gewalt versöhnen.

Bald nach dem Siege der Arbeiter über die Junker in Petrograd und Moskau bildeten sich am Don Offiziers- und Junkerbanden unter der Führung des Generals Alexejew. Gleichzeitig entstanden in Petrograd und Moskau eine

Reihe von Gruppen, die sich die Aufgabe stellten, dem „Don" in seinem aktiven, bewaffneten Kampfe gegen die Sowjetregierung zu Hilfe zu kommen.

In der Zeit vom Oktober 1917 bis April 1918 liquidierte die Allrussische Außerordentliche Kommission eine Reihe von Organisationen, wie den „Verband zur Rettung Rußlands", den „Verband der Konstituante", die „Militärliga" u. a., die alle von einem Gedanken beseelt waren, die Bolschewiki zu stürzen, jedoch weder Mittel noch Leute zu seiner Verwirklichung besaßen. Nur gegen Mitte des Jahres 1918 tritt die Konterrevolution als eine mehr oder minder organisierte Kraft als Stütze der Donfront auf. Ihr Organisator und Führer ist der nicht unbekannte Boris Sawinkow, Mitglied des damals bei General Alexejew am Don funktionierenden Zivilrats. In Moskau angekommen, begann er, alle aktiven, gegen die Sowjetmacht oppositionell gestimmten Elemente um sich zu gruppieren.

Es entstand der „Verband zur Verteidigung des Vaterlandes und der Freiheit", aus dessen Programm wir anbei einige Auszüge wiedergeben:

1. der Sturz der Regierung, die das Land an den Rand des Verderbens geführt hat.

2. die Errichtung einer festen, unermüdlich auf der Hut der nationalen Interessen Rußlands stehenden Regierung.

3. die Wiederherstellung der nationalen Armee auf Grundlage einer wirklichen militärischen Disziplin (ohne Komitees, Kommissare usw.). Die Wiederherstellung der verletzten Rechte des Kommando- und Verwaltungskorps. Nur im Innendienst und Disziplinargesetz sollen einige Aenderungen gemacht werden.

4. die Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland, gestützt auf die Entente usw.

Um möglichst viel Unzufriedene um sich zu gruppieren, erklärte sich der „Vaterlands- und Freiheitsverteidigungsverband" offiziell für unparteiisch. Doch wie aus den

Aussagen von Pinki, eines seiner aktiven Mitglieder, hervorgeht, gehörten z. B. zur Moskauer Organisation des Verbandes die politischen Parteien der „volkstümlichen" Sozialisten, Sozialrevolutionäre und linken Kadetten, und auch die Menschewiki sympathisierten; sie halfen jedoch nur in der Agitation und vermieden es, sich am bewaffneten Kampf zu beteiligen. Das einzige aktive Element, das aufrichtig und ohne Hintergedanken in die Reihen der Kämpfer für das Vaterland trat, waren die russischen Offiziere. Dank der beträchtlichen Geldunterstützung der Entente, die durch einen gewissen Wilenkin (Juriskonsult) vermittelt wurde, dank der Tätigkeit der englischen Regierung und dem tschechoslowakischen Aufstand erreichte der „Vaterlands- und Freiheitsverteidigungsverband" im Sommer 1918 Dimensionen, wie man sie unter den Verhältnissen der konspirativen Arbeit nicht größer hätte erreichen können. Von der richtigen Erwägung ausgehend, daß es undenkbar sei, außerhalb der Sowjetinstitute eine ernste Kampfesorganisation zu schaffen, begannen die Verbandsmitglieder, sich in die Sowjets einzuschmuggeln. Ein Agent des Verbandes drang sogar in den Kreml ein. Die Organisation bemächtigte sich fast völlig des militärischen Aufklärungsdienstes, der Verproviantierungsmiliz usw. In diese Zeit fällt auch der Befehl des Verbandsstabes über einen Aufstand in Moskau. Doch die nüchterne Beurteilung der Lage zwang Sawinkow, diesen Plan aufzugeben und sich an die Ausarbeitung eines anderen zu machen. Ueber diese Tätigkeitsperiode des „Vaterlandsverteidigungsverbandes" erzählt ein gewisser Dehrenthal in der weißgardistischen Zeitung „Otechestwenny Westnik" („Vaterlandsbote", Nr. 13 vom 24. November 1918) wie folgt:

„In Moskau einen Aufstand zu organisieren, hieß die ganze Sache von vornherein zu einer Niederlage zu verurteilen. Es wäre uns damals nicht schwer gewesen, uns der wichtigsten strategischen Punkte des Landes zu bemächtigen, den Rat der Volkskommissare zu verhaften usw.

Wären wir aber die Herren der Lage in der Hauptstadt mit einer Millionenbevölkerung geworden, so hieß das, sich dort behaupten zu müssen, die Verpflichtung zu übernehmen, Hunderttausende hungriger Mäuler zu füttern. Die neue Macht wäre nicht in der Lage gewesen, die Hoffnungen der Bevölkerung auf eine Verbesserung der Lebenslage zu erfüllen, und wäre dadurch gezwungen worden, die Sache, in deren Namen der Umsturz vollbracht wurde, unwiderruflich zu kompromittieren."

Damals erhielt der Verband die Nachricht über die Landung von Truppen, die die Verbündeten in Archangelsk und Murmansk vorbereiteten. Gleichzeitig wurde bekannt, daß ein Teil der Tschechoslowaken aus Sibirien nach dem europäischen Rußland zurückkehrte und daß man, im Falle Sawinkow die Macht ergreifen würde, auf ihre Unterstützung zählen könne.

Der „Verbandsstab" gab den Moskauer Plan auf und beschloß, sich der Stadt Kasan zu bemächtigen. Truppenteile wurden auserwählt, bestimmte Signalzeichen zu ihrer vorläufigen, unauffälligen Zusammenziehung verabredet, usw. Indessen unternahm die Außerordentliche Kommission plötzlich, als die Vorbereitungsarbeiten in vollem Gang waren, eine Haussuchung in der Wohnung eines der Regimentskommandeure; man fand Dokumente, und der Plan von Kasan mißglückte. Das Zentrum des Verbandes wurde jedoch nicht entdeckt, und einige Zeit darauf begann man einen neuen Aufstand, diesmal in Jaroslawl, zu organisieren.

In der Nacht vom 5. zum 6. Juni bemächtigte sich das Korps des Obersten Perchurow, des Generalstabschefs des Vaterlandsverteidigungsverbandes, der Stadt Jaroslawl. Nachdem es die Miliz entwaffnet hatte, gelang es dem Korps Post, Telegraph und alle Sowjeteinrichtungen zu besetzen, die lokalen Parteiarbeiter zu verhaften und zu erschießen und die Macht der „Nördlichen Freiwilligen Armee" auszurufen.

Laut dem Plan des Verbandes sollte der in Jaroslawl begonnene Aufstand von einer ganzen Reihe anderer Städte unterstützt werden, in denen sich Zellen des Verbandes befanden, insbesondere aber von Rybinsk, wo sich große Lager von Artilleriemunition befanden. Doch in Rybinsk mißglückte der Aufstand, da die lokale Außerordentliche Kommission rechtzeitig dahinter kam. Nach einem mehrstündigen, hartnäckigen und grausamen Kampf mußte das in Rybinsk eingetroffene Truppenkorps die Waffen niederlegen, und nur Jaroslawl blieb in den Händen des Obersten Perchurow.

Nachdem die Weißgardisten das Zentrum der Stadt eingenommen hatten, begaben sie sich auf die eifrige Suche nach den Mitgliedern des Gouvernements- und städtischen Exekutivkomitees und nach den hervorragenden Sowjetarbeitern. Die Weißgardisten erschossen zuerst die Führer — die Gnossen Nachimsohn, Rabotnow, Sackheim u. a. — und begannen sodann, die Sowjetangestellten in den Wohnungen zu suchen. Man verhaftete über 200 Personen. Sie wurden sämtlich allen möglichen Qualen und Verhöhnungen preisgegeben; man schleppte sie aus den Wohnungen, wie man sie gerade antraf: ohne Mützen, ohne Oberkleidung, manchmal sogar nur in Unterwäsche. Man warf sie in eine voll Wasser stehende Holzbarke, wo die Verhafteten buchstäblich dem Hungertode preisgegeben waren.

Vom Sonnabend, den 6. Juli bis Donnerstag, den 18. Juli, also 12 Tage lang, erhielten sie keine Nahrung. Nur zweimal während dieser ganzen Zeit brachte man jedes Mal zwei Pfund Brot für 100 Verhaftete, wobei die Ueberbringer — ein Milizist und ein Fräulein, scheinbar eine Krankenschwester — das Brot in Stücke brachen und es von ihrem Boot aus den Verhafteten auf der Barke wie Hunden zuwarfen.

Als die rote Artillerie Feuer über die Stadt eröffnete, überführten die Weißgardisten die Barke an die dem Feuer

ausgesetztesten Stellen. Dadurch wurden drei Genossen auf der Barke getötet und einige verwundet.

Die am Ufer postierte Wache erlaubte den Verhafteten nicht einmal, Wasser zu holen, und einige Genossen, die das versuchten, wurden verwundet. Die Getöteten blieben auf der Barke liegen; es war unmöglich, sie fortzuschaffen, ohne sich dem Feuer auszusetzen, und die verwesenden Leichen verpesteten die Luft.

Den Verhafteten blieb nur eins übrig: entweder Hungers zu sterben oder sich zu den Roten durchzuschleichen. Sie wählten die zweite Möglichkeit und in einem Augenblick, wo die Patrouille sich aus irgend einem Grunde entfernt hatte, machten sie die Kette los, zerrissen die Stricke und ließen sich von der Strömung tragen.

Als die schwimmende Barke sichtbar wurde, eröffneten auf sie sowohl die Weißgardisten als auch die Roten ein heftiges Feuer. Die vom Gewehr- und Mitrailleusenfeuer getroffene Barke füllte sich rasch mit Wasser. Pudkow und einige andere sprangen heraus und riefen den Ihrigen zu das Feuer einzustellen. Das rettete die Verhafteten vom Tode.

Unsere Truppenteile stellten das Feuer ein, und die Barke landete glücklich bei Korowniki.

Die geretteten Genossen hatten sich bis zur Unkenntlichkeit verändert.

Zwei Tage vor ihrer Flucht wurden nach einer Liste 22 Mann aus ihrer Mitte weggeholt, die zu den Mitgliedern des Exekutivkomitees und den verantwortlichen Sowjetangestellten gehörten, und unter Beschimpfungen und Fußtritten weggeführt. Unter ihnen befanden sich die Genossen Bolschakow, Tarnowski, Duschin, Dr. Konton, Dr. Troitzki, Popow, Kurakin u. a.

Von der Stadt Jaroslawl, der an historischen Denkmälern besonders reichen Zierde und Perle des Wolgagebiets, ist nach diesen Kämpfen fast nichts übrig geblieben. Die Holzbauten sind fast alle abgebrannt, alle Altertums-

denkmäler zerstört oder beschädigt. Vom Demidowlyzeum sind buchstäblich nur die Wände zurückgeblieben. Die ihm gegenüber gelegene Kathedrale ist halb zerstört. Der größte Teil der altertümlichen Kirchen aus dem 15. und 16. Jahrhundert ist entweder gänzlich zerstört oder stark beschädigt. Besonders gelitten hat die den Liebhabern der Altertümer sehr gut bekannte Kirche des Hl. Nikolaus des Nassen (Nikola Mokry). In der Stadt selbst blieb kein einziger Glockenturm vom Feuer unbeschädigt. Die Handelsstadt ist fast ganz abgebrannt, so das Handelsviertel, der alte Kaufhof und die große Wachramejew'sche Mühle. Viele öffentliche Bauten und Privathäuser sind von den Geschossen zerstört. Man findet kaum ein Haus, das nicht mehr oder minder beschädigt ist. Stark beschädigt sind auch das Gebäude der Hauptpost und der Telegraph, die Realschule, das Depot der freiwilligen Feuerwehr u. a. Es läßt sich nicht alles aufzählen.

Die obdach- und nahrungslosen Bewohner des abgebrannten Stadtteiles, die ihr ganzes Hab und Gut verloren hatten, suchten während der ganzen Zeit der Belagerung Obdach in den stehengebliebenen gemauerten Häusern und Kellern. Solange es eine Möglichkeit gab, flüchteten viele aus der Stadt. Ueberall in den Straßen lagen Menschen- und Tierleichen herum. Viele friedliche Einwohner, die sich auf Nahrungssuche hinausgewagt hatten, wurden erschossen.

Die Ereignisse in Jaroslawl bestätigten noch einmal die Beteiligung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre am „Vaterlands- und Freiheitsverteidigungsverband". So z. B. arbeiteten in Perchurows Stab der Menschewik Duschan, unter Kerenskis Gouvernementskommissariat, das Dumamitglied Sawinow (Menschewik), der rechte Sozialrevolutionär Mamirin und andere.

Der Sekretär der Druckergesellschaft, der Menschewik Bogdanow, erschien am ersten Tage des Aufstandes auf der Versammlung der Eisenbahner, beglückwünschte sie

zum Sturz der Bolschewiki und forderte sie auf, sich der Bewegung anzuschließen und ihre Wehr zur Bewachung der Stadt zur Verfügung zu stellen. Als man ihn jedoch fragte, wer nun die Macht übernehmen würde, gab er eine ausweichende Antwort. Es gelang ihm, 100 Mann zu versammeln, mit denen er sich nach der Stadt begab. Die große Masse der Eisenbahner und die ganze Karsinkin'sche Fabrik begriffen sofort, worauf das hinausging und schenkten den provokatorischen Reden der Lakaien der Bourgeoisie und Konterrevolution kein Gehör.

III.

Der Aufstand in Jaroslawl wurde von der Muromer Abteilung des „Vaterlandsverteidigungsverbandes" unterstützt.

Aus der Untersuchung in dieser Angelegenheit ergab sich folgendes:

Am 8. Juli abends, um 10—11 Uhr, begann plötzlich ganz unerwartet an verschiedenen Stadtenden, hauptsächlich in der Moskauer und Kasimower Straße, ein Gewehrfeuer. Wie es sich herausstellte, überfielen die Weißgardisten plötzlich das Wachtlokal, in das sie in verräterischer Weise ihre Soldaten hineingeführt hatten, verwundeten drei Rotarmisten — einen tötlich — und bemächtigten sich der Waffen. Gleichzeitig wurden das Kriegskommissariat und der lokale Deputiertenrat besetzt, sodaß Murom auf diese Weise in derselben Nacht in ihre Hände fiel. Sofort begannen die Verhaftungen der Sowjetarbeiter und Kommunisten sowie die Anwerbungen in die Weiße Garde. Ueberall waren große Zettel mit der Unterschrift des „Vaterlands- und Freiheitsverteidigungsverbandes" angeklebt, in denen die Bevölkerung aufgefordert wurde, die Sowjetmacht zu stürzen, und außerdem ein Befehl Nikolai Sacharows, des Kommandeurs der östlichen Abteilung der Nördlichen Freiwilligen-Armee (Muromab-

teilung) über die Registratur aller Offiziere im Stab. Dieser aus Sacharow, dem früheren Offizier Grigorjew, dem Kaufmann Alexei Shadin u. a. bestehende Stab sandte unter dem Kommando des früheren Offiziers Holberg, mit dem früheren Offizier Postrjakow an der Spitze, bewaffnete Detachements auf die Stationen Seliwanowo und Klimowo; beide hatten die Aufgabe, die Eisenbahnlinie zu beschädigen; eine dritte Abteilung begab sich auf die Station Nowaschino, um gegen die Arbeiter zu kämpfen, die sich zur Verteidigung der Sowjetmacht erhoben hatten.

Als die Weißen die Macht an sich rissen, begannen die Anhänger der Bourgeoisie ihre Kräfte zu fühlen. Sie freuten sich und beglückwünschten einander zur Befreiung vom Bolschewismus. Den nach dem Gefängnis abgeführten Sowjetarbeitern drohten sie grausame Rache an.

Aber dessenungeachtet ging außer der Bourgeoisie, der Geistlichkeit und den Intellektuellen niemand auf die Seite der Weißgardisten über, obgleich sie sogar den Versuch machten, die Arbeiter zu bestechen, indem sie aus der Stadt Lastautos mit Mehl und Brot für die Arbeiter der Moskau-Kasan-Eisenbahnlinie sandten. Die breite Masse der Bevölkerung verhielt sich gegenüber dem weißgardistischen Aufstand äußerst ablehnend. Es gelang den lokalen kommunistischen Kräften, gemeinsam mit den Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten und den Bauern der umliegenden Dörfer, die Verteidigung zu organisieren, und am Morgen des 10. Juli war der Aufstand liquidiert. Die Weißgardisten flohen aus der Stadt, wobei es ihnen jedoch gelang, 700 000 Rubel aus dem Lokalsowjet, dem Distriktskommissariat und einigen anderen Aemtern mitzunehmen. Ein Detachement von Rotarmisten und Arbeitern mit Jarlykow an der Spitze überholte die Weißen am Abend des 10. Juli bei der Station Domiki, schlug sie und zwang sie zur weiteren Flucht. In der Nacht des 11. Juli erlitten die Ueberreste der Weißgardisten bei Nowa-Dmitrowskoje eine endgültige Niederlage und flohen, an Wyxa vorbei, nach

Ardatow, wo sich ein Teil zerstreute und ein anderer einen Dampfer bestieg und in der Richtung auf Nishnij-Nowgorod abfuhr.

Im Zusammenhang mit dem Muromer Aufstand entdeckte und vereitelte die Außerordentliche Kommission von Nishnij-Nowgorod weitere Aufstandsversuche in Nishnij und Arsamas. An der Spitze der Organisation in Nishnij stand Kornilows Adjutant, der Leutnant Gromow, der am Don den Auftrag erhalten hatte, in Verbindung mit den früheren lokalen „Stützen der Gesellschaft" an die Formierung einer Truppenabteilung heranzugehen.

In Arsamas, wohin sich die Muromer „Flüchtlinge" gerettet hatten, beschäftigten sich die Weißen hauptsächlich mit der Beschädigung der Telegraphen- und Telephonleitungen, um auf diese Weise dem Aufstand in Nishnij zur Hilfe zu kommen.

Die von der Außerordentlichen Kommission entdeckte Verschwörung in Zarizyn bietet folgendes Bild:

Zur Führung des Aufstandes wurde ein Stab organisiert mit dem früheren Offizier Ugnewenko, dem Oberbefehlshaber aller bewaffneten aufständischen Kräfte, an der Spitze. Die politischen Funktionen des Stabes erfüllte I. I. Kutow, der Vertreter der „Demokratie", rechter Sozialrevolutionär, Mitglied der Konstituante des Gouvernements Saratow. Die Menschewiki hatten im entscheidenden Moment geschwankt und keinen Vertreter in den Stab gesandt. Der Aufstand sollte in der Nacht des 17. August um ½3 Uhr beginnen.

Die Kräfte, auf die die Weißgardisten rechneten, waren folgende: die weißgardistische Offiziersorganisation, zwei serbische Detachements und die Mitglieder der Kooperative „Frontowik". Man hoffte auch, die Arbeiter mit hineinzuziehen, und zwar mit Hilfe der Sozialrevolutionäre, wenn nötig, auch durch Betrug. Man hatte die Absicht, die Arbeiter durch die falsche Mitteilung irrezuführen, als ob

die Stadt von Weißgardisten besetzt wäre und man zu ihrer Befreiung eilen müsse; auch zählte man auf die Miliz.

Man rechnete, insgesamt ungefähr 1380 Mann zu versammeln. Waffen waren in genügender Anzahl vorhanden. Die serbischen Detachements und die Offiziersorganisation waren gut bewaffnet.

Geldmittel in der Summe von 10 Millionen Rubel standen zur Verfügung.

Die bei der Verhaftung des Stabes vorgefundenen Dokumente — ein Aufruf und ein Schlachtbefehl — sind sehr charakteristisch, und daher bringen wir den letzteren im Wortlaut.

Befehl Nr. 1.

Das Detachement Nr. 1 der Französischen Fabrik, im ganzen 225 Bajonette, besetzt um 2½ Uhr nachts den Stab der besonderen Verteidigung der Französischen Fabrik. Die übrigen 155 Mann besetzen die Munitionslager der Munitionsfabrik.

Der Detachementschef Nr. 2 mit 300 Mann besetzt folgende Aemter:

Das Post- und Telegraphenbüro, die Station der Eisenbahn Zarizyn-Südost.

Die Abteilung Nr. 2, im ganzen 60 Bajonette und 32 Säbel, setzt sich mit dem Detachement Nr. 2 in Verbindung und besetzt die Außerordentliche Kommission.

Das Detachement Nr. 6, 100 Bajonette, besetzt die Station der Eisenbahn Wladimir. Die Truppenabteilung Nr. 8 reißt das Geleise 7 Werst außerhalb der Stadt auf.

Das Detachement der Artillerieschule besetzt den Kommunistischen Klub.

Der Offiziersorganisation liegt die Besetzung der Funkenstation und der Kasernen in der Uspenskaja Straße ob.

Es muß rasch und ruhig gehandelt werden. Kein Feuer dort, wo es nicht unbedingt nötig ist. Es ist wünschenswert, Freiwillige zur Unschädlichmachung der Wachen vorzulassen.

Die Wachtposten müssen geräuschlos beseitigt werden; erst dann ist das Lokal vom Detachement zu besetzen.

Im Rayon der Französischen Fabrik müssen die verhafteten Rotarmisten und die Befehlshaber erschossen werden.

Abzeichen: rotes Bändchen am linken Aermel, ein Werschok breit, drei Werschok lang.

Noch im letzten Moment gelang es der Außerordentlichen Kommission von Zarizyn, auf die Spur des Stabes zu kommen und durch die Verhaftung der Anführer den Aufstand zu vereiteln.

IV.

Zur selben Zeit waren die an der Wolga gelegenen Gouvernements vom tschechoslowakischen Aufstand ergriffen. Aus dem entsprechenden Beweismaterial ergibt sich folgendes:

Der größte Teil der nach Wladiwostok rollenden tschechoslowakischen Transporte passierte Pensa, wo er laut der Vereinbarung zwischen der Sowjetmacht und dem tschechischen Kommando seine Waffen ablieferte und dann die Reise fortsetzte. Im Moment des Aufstandsausbruchs befanden sich in Pensa und auf der Eisenbahnlinie bis Rtischtchew über 3000 Tschechoslowaken, die ihre Waffen noch nicht abgeliefert hatten. Nachdem sie den Befehl zum Aufstand erhalten hatten, weigerten sich die Transporte, die Waffen abzuliefern und erklärten, sie würden sich mit Gewalt nach Sibirien durchschlagen.

Am Morgen des 28. Mai ergriffen sie auf der Station zwei Panzerautomobile des Pensaer Gouvernementsexekutivkomitees und eröffneten Kampfhandlungen. Trotzdem die Tschechen uns quantitativ fast zehnmal überlegen waren, hielten sich die Sowjettruppen standhaft bis zum Mittag des nächsten Tages; ein Teil verließ kämpfend die Stadt Pensa; ein anderer, dem es nicht gelungen war, die Kette der Tschechoslowaken zu durchbrechen, zerstreute sich zusammen mit den verantwortlichen Sowjetarbeitern in der Stadt und versuchte, einzeln zu entkommen, um sich dann in den umliegenden Dörfern wieder zu sammeln.

Während des Kampfes halfen die örtliche Bourgeoisie und die Konterrevolutionäre den Tschechen, indem sie aus den Fenstern auf die Sowjetarbeiter und Kommunisten schossen. Einige Offiziere kämpften in den Reihen der Tschechen und zeigten, wie man am besten der Roten Armee in den Rücken fallen könne.

Nachdem sich die Tschechen der Stadt bemächtigt hatten, begannen sie nach den Angaben der Bourgeoisie

mit Haussuchungen und Verhaftungen der sich verborgen haltenden Rotarmisten, Sowjetarbeitern und Kommunisten. Die Verhafteten wurden in ein Lager abgeführt und unterwegs unter den Beifallsrufen der bürgerlichen Bande grausam geschlagen. Die vom Sowjet aufgelöste Stadtduma versammelte sich wieder, um über die Frage der Verwaltungsorganisation zu beraten. Mit Begeisterung empfing sie die Vertreter des tschechoslowakischen Kommandos und begrüßte händeklatschend dessen Beschluß, alle gefangen genommenen tschechischen Kommunisten, Deutsche und Ungarn, die in den Reihen der Roten Armee gekämpft hatten, zu erschießen.

Die Kadettenfraktion und einige andere bürgerliche Dumagruppen sprachen sich für die Einsetzung einer festen Gewalt in der Stadt aus. Die Bourgeoisie sandte sogar eine Delegation zum tschechischen Kommando mit der Bitte, sich noch eine Woche in der Stadt aufzuhalten, um der neuen (bürgerlichen) Gewalt die Möglichkeit zu geben, eine Weiße Garde zu organisieren.

Als sich die tschechoslowakischen Banden der Stadt Kasan näherten, schöpften die konterrevolutionären Elemente neuen Mut und strengten alle Kräfte an, um diesem Abenteuer zum Erfolg zu verhelfen: es wurde eine „Troika" (aus drei Personen bestehende Kommission) zum Sturze der Sowjets organisiert und erhielt Unterstützung von der Kasaner Bourgeoisie.

Als die Tschechen in die Stadt eindrangen, nahm die Begeisterung der Bürgerlichen kein Ende.

Ueber die Zeit der Tschechenherrschaft in Kasan schreibt die Zeitung „Snamja Rewoluzii" („Die Fahne der Revolution"), Nr. 176, wie folgt:

> „Die Blutgier und die Roheit der kleinbürgerlichen Banden und der Antisemitismus nahmen mit der Unterstützung oder unter der direkten Beteiligung der Weißen derartig ungeheuerliche Formen an, wie man sie vielleicht höchstens unter Menschenfressern beobachten kann.
>
> In der Nacht der Besetzung Kasans von den Tschechen wurde in der Gostinodworskaja Straße, gegenüber dem Hotel „Sibirien", ein junger Mann erschossen. Früh morgens, als die

Menge vorbeizog, lebte der Unglückliche noch und bat um Trinken, doch keiner von den vorbeigehenden Bourgeois hatte Mitleid mit ihm. An der Ecke der Prolomnaja Str., gegenüber dem Hause Kollessows, lag ein Toter, ein bildschöner, riesengroßer Lette. Man brachte eine Leinwand und deckte sein Gesicht zu, doch die vorbeigehenden Bourgeois deckten es immer wieder auf. „Laßt ihn in Ruhe, er hat schon ausgelitten und wird sich vor Gott verantworten", sagte ich ihnen. „Möchtest du daneben liegen?" rief mir ein dicker Bauer zu. „Den Juden, den Juden müßt Ihr's ordentlich geben", redete ein strammer, schon angegrauter Bauer in städtischer Kleidung, aus dem Tschetinkin'schen Gasthause auf die tschechischen Wachtposten ein. In der Nähe des Trödelmarktes lag ebenfalls eine verstümmelte Leiche, wie man behauptete, die eines Kommissars. Bürgerliche Damen und Backfische standen herum und genossen, ohne zu schaudern, das Schauspiel.

Von der Woskressenskaja Straße bergabwärts kommt ein ungefähr 30 Jahre alter brünetter Jude. „Ein Kommissar, ein Kommissar!" schreit die bürgerliche Menge und treibt den Mann an den berittenen weißgardistischen Wachtposten heran, Dieser, ohne ein Wort zu sagen, versetzt dem Unglücklichen ein paar Nagaikahiebe auf den Kopf und führt ihn ab.

Nach etwa 10 Minuten höre ich, daß der Arme in der Petropawlowskaja Gasse ermordet worden sei. Ich gehe dorthin. Mir entgegen kommen zwei junge Mädchen von 15—16 Jahren. Die eine erzählt der anderen: „Er führt ihn bergauf, und jener sieht sich immer um und will etwas sagen. Da nimmt der Berittene seinen Säbel aus der Scheide und schlägt den Juden mit der flachen Seite überall hin, dann mit einem Mal übers Gesicht. Der Hut fiel ihm vom Kopfe. Er bückt sich, und setzte ihn wieder auf. Der Soldat fängt an, ihn zu hauen, und der Jude dreht sich immer." Und tänzelnd zeigen die Mädchen, wie der Unglückliche sich drehte. „Dann gab er ihm den Gnadenschuß." „Ich bin so froh, Gott hat es gefügt, daß ich sehen konnte, wie man einen Menschen tötet" — endigt die Erzählerin.

Neunzig Personen wurden von den Tschechen im Gefängnis erschossen. Was Grausamkeit anbetrifft, so steht der Kommandant von Simbirsk den Henkern von Kasan keinesfalls nach. Anbei sein Befehl:

Befehl Nr. 3.

Ich befehle allen Kaufleuten und Handelsunternehmungen, ihre normale Tätigkeit heute wieder aufzunehmen. Widrigenfalls werden diejenigen, die diesem Befehl nicht nachgekommen sind, als Saboteure erschossen werden.

Der Stadtkommandant Worobjew.

13. September 1918.

Befehl Nr. 4.

Es wird hiermit strengstens untersagt, Plünderungen, Exzesse und eigenmächtige Haussuchungen in der Stadt vorzunehmen. Ich erkläre, daß Haussuchungen und Konfiszierungen jeglicher Art nur mit einem Ausweise des Stadtkommandanten vorgenommen werden dürfen.

Ich erkläre, daß alle Personen, die, um der Bevölkerung Panik einzujagen, falsche Gerüchte verbreiten oder beim Plündern erfaßt werden, auf der Stelle erschossen werden.

Der Stadtkommandant Worobjew.

Simbirsk, 13-IX, 1918.

Aus den offiziellen Meldungen des Leutnants Worobjew ist ersichtlich, daß in den ersten Tagen seiner Gewalt in Simbirsk ca. 500 Personen verhaftet wurden; die genaue Zahl der Erschossenen läßt sich nicht feststellen.

Die „Kulturmenschen" unter der Fahne der Konstituante*), mit B. K. Fortunatow, W. Lebedew u. a. an der Spitze, verbreiteten mit ihrer Unterschrift versehene Aufrufe an die Sowjettruppen: „Vernichtet Eure Kommissare, stellt Euch an die Seite der Konstituante, und alle Eure Fehler und Irrungen werden Euch vergeben sein" . . . . .

Die Anhänger der Konstituante beschränkten sich nicht auf die Verbreitung von agitatorischen Flugblättern unter den Rotarmisten, sondern sie bemühten sich auch, die Großbauern und die weißgardistischen Banden in den Dörfern aufzuhetzen. Um die Bauern davon zu überzeugen, daß das Recht auf ihrer Seite sei, ersannen sie Fabeln, die Sowjetmacht wolle alles Getreide zu festen Preisen wegnehmen, um es nach Deutschland zu senden, Rotarmisten plünderten alles usw. Und ohne Erröten schworen sie den Bauern:

„Gott allein weiß es, daß alles, was wir Euch sagen, die reine Wahrheit ist. Möge Gott Euch beistehen, daß ihr das einseht."

Die Weißen bemühten sich auch, die Fremdvölker auf ihre Seite zu bringen. So verbreiteten sie z. B. im Gouverne-

*) Das Wort „utschredilowzy" ist als Spottname für die Anhänger der Konstituante zum geflügelten Worte in Rußland geworden und wäre am besten mit Konstituanteritter zu übersetzen.
Anm. d. Uebers.

ment Kasan ähnliche Proklamationen wie an die Landeingesessenen auch in tatarischer Sprache, in russischer und tatarischer Schrift abgedruckt.

V.

Auch die Geistlichkeit blieb hinter den weißgardistischen „Konstituantenanhängern" nicht zurück. In Nishni-Nowgorod versandten der Bischof Laurendus und der Oberpriester Porfirjew im Namen der Eparchialversammlung folgenden Aufruf in die Dörfer:

„Die revolutionäre Sowjetregierung führt ihr Dekret über die Trennung von Kirche und Staat durch, indem sie die Kapitalien der Heiligen Synode beschlagnahmt hat. Die Gemeinden sind der beleidigten Geistlichkeit nicht nur nicht zur Hilfe gekommen, sondern haben ihr vielerorts auch noch ihrerseits große materielle Unterdrückungen und Entbehrungen auferlegt.

An dieser traurigen Lage der Dorfgeistlichkeit dürfen wir nicht teilnahmslos vorübergehen, sie darf den Pfarrgenossen nicht gleichgültig sein. Da die Geistlichkeit unterdrückt und erniedrigt wird, müssen die Gemeinden es auch als eigene Erniedrigung empfinden.

Die Eparchialversammlung fordert die Bevölkerung auf, den der Kirche entrissenen Landbesitz den Pfarreien wiederzugeben und die in der Revolutionszeit abgeschaffte materielle Sicherstellung der Geistlichkeit in vollem Maße wiederherzustellen.

Das fordert die Gerechtigkeit, die Pflicht des Gewissens und die Ehre. Mögen die Gemeinden der Nishni-Nowgoroder Eparchie den Aufruf der Eparchialversammlung beherzigen und für die Priester sorgen, indem sie ihnen den erblichen Kirchen- und Anteilboden zurückgeben, sowie auch alles andere, was in der Zeit der Revolution abgenommen oder zerstört worden ist.

Orthodoxe Christen, eilt Eurer Mutter, der Kirche, zu Hilfe, sie fleht Euch an darum. Antwortet alle auf ihren Ruf. Laßt uns rüsten, um dem Feinde furchtlos gegenüberzutreten. Das Präsidium der Eparchialversammlung glaubt und hofft, daß zum 1. September alle nötigen Vorarbeiten getroffen sein werden."

Auch auf dem flachen Lande begannen die Aufstände. Wir bringen einiges aus dem offiziellen Untersuchungsmaterial der Außerordentlichen Kommission.

Am Abend des 5. August verbreitete sich im Dorf Kutschki, Distrikt Pensa, das Gerücht, daß sechs bis sieben Werst vom Dorfe entfernt, hinter dem Walde, einige tausend Bewaffneter aus den Elanschen und anderen Wolosts

(Bezirken) unter der Führung eines gewissen Sewastjanow, eines Bürgers aus der Elaner Wolost, ihr Lager aufgeschlagen hätten. Tatsächlich erschien, als das Verproviantierungsdetachement in der Nacht vom 5. zum 6. August das Dorf Kutschki verlassen hatte, eine Bande bewaffneter Bauern aus den umliegenden Wolosts, und am Morgen des 6. August begann die Exekution der in das Armutskomitee gewählten Bauern. Die Aufständischen töteten fünf Bauern aus Kutschki und etwa sieben Mann aus den Verproviantierungsdetachements. Der von den Aufrührern organisierte Aufklärungsdienst meldete das Nahen der Rotarmisten. Man sandte eine Delegation nach dem Gouvernement Samara mit der Bitte um Unterstützung.

Die angekommenen Abteilungen der Außerordentlichen Kommission des Gouvernements liquidierten den Aufruhr.

Bald danach brach im Dorf Dada, Distrikt Saran, ein Aufstand aus. Hier fielen der Lynchjustiz einige Agitatorinnen und die Organisatorin des Armutskomitees, Genossin Lus, zum Opfer. Ebenso der politische Kommissar des 1. Wladimirschen Verproviantierungsdetachements, Gen. Semjenow, und einige Rotarmisten, Lukin, Sotow, Trugin, Krupnow, Maximow und Sasonow. Einige Personen wurden verprügelt.

Die Sache verhielt sich folgendermaßen: Auf einer von den angekommenen kommunistischen Agitatorinnen abgehaltenen Versammlung fingen einige zweifelhafte Personen an, die Bauern gegen die Sowjetregierung aufzuhetzen. Es wurden provokatorische Fragen gestellt, wie: Warum sind die Juden, die den orthodoxen Glauben verfolgen, an der Macht? Warum müssen alle Kirchen versiegelt werden? Warum nimmt die Sowjetregierung den Bauern das Getreide ab und liefert es nach Deutschland? usw.

Als das Verproviantierungsdetachement im Dorfe erschien, verbreitete sich unter der Bevölkerung das provo-

katorische Gerücht, dasselbe sei gekommen, um die Kirche zu schließen und die Heiligenbilder sowie das ganze Getreide fortzunehmen. Am Morgen des 14. November begannen vom Marktplatz kommende aufgeregte Frauen, sich haufenweise vor dem Hause des Geistlichen zu sammeln, in dem der politische Kommissar Semjenow und die Agitatorin, Genossin Lus wohnten. Es wurde Sturm geläutet, die Menge stürmte in das Pfarrhaus und das Zimmer von Semjenow und Lus, schleppte die beiden auf die Straße und tötete sie, ebenso wie einige zu Hilfe hinzugeeilte Rotarmisten, worauf sie begannen, die übrigen Rotarmisten zu suchen und zu töten.

Einige Stunden später erschien ein anderes Detachement und stellte die Ordnung wieder her. Als nun die Kunde von dem Aufruhr in Dada sich in der Umgegend verbreitete, nutzten die rechten Sozialrevolutionäre diese Gelegenheit aus und beschlossen, einen Aufstand in größerem Maßstabe gegen die Sowjetregierung zu unternehmen.

Auf einer Versammlung wurde zur Leitung des Aufstandes der „Stab der 1. Bauernarmee" gewählt, der sich mit folgendem Befehl an die Bevölkerung wandte:

„Der Stab der I. Bauernarmee verfügt nicht über Preßfreiheit, doch wird er nach Möglichkeit die arbeitenden Bauernmassen auf dem Laufenden halten. Gerüchten, sowie bolschewistischen Zeitungen darf man keinen Glauben schenken.

Wir halten es für unsere Pflicht, der Bevölkerung mitzuteilen, daß die Bauernbewegung in Sasowo und Gouvernement Rjasan keineswegs unterdrückt ist, sondern im Gegenteil, sich immer mehr ausbreitet. Die zur Unterdrückung der Bewegung gesandten Rotarmisten sind zu den Aufständischen übergegangen, die bereits über Kavallerie und Artillerie, sowie über eine gut bewaffnete Infanterie verfügen. Aus Pensa sind die letzten Kräfte geschickt worden. Wie man vernimmt, haben sie eine Niederlage erlitten. In Saran und den umliegenden Distrikten erhebt sich die Bevölkerung gegen die Sowjetregierung.

Der Stab fordert diejenigen Bauern, die sich zur Verteidigung der ersten Armee stellen wollen, nochmals zur ruhigen organisatorischen Arbeit auf.

In Kurmysch, Gouvernement Kasan, stürmten die Bauern der benachbarten Dejanowskaja und der Streletz-Kosackenwolosts unter der Führung früherer Offiziere das

Zeughaus und das Pulverlager und ergriffen 300 Gewehre und viele Patronen. Zu den Aufwieglern gesellten sich die in Kurmysch anwesenden Eingezogenen, ein Teil der Bauern aus den Sassurischen Tschuwaschenwolosts und die städtische Jugend. Die Dorfreichen, die früheren Offiziere und einige Bürger mit Sawerkin an der Spitze hetzten die Bauern zum Aufstand auf.

In Kurmysch standen zwei kleine Truppenabteilungen, aber ein Teil der Rotarmisten war in den Distrikt kommandiert, und die in Kurmysch Zurückgebliebenen wurden so plötzlich überfallen, daß sie der weißgardistischen Bande gar keinen Widerstand leisten konnten. Der Aufstand bezweckte u. a. die Vereinigung mit den Tschechoslowaken, die damals unweit von Kasan standen. Im Laufe der Unruhen wurden viele Mitglieder des Exekutivkomitees verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Der Vorsitzende des Distriktsexekutivkomitees, Gen. N. A. Partjanow, wurde zusammen mit zwei Rotarmisten grausam ermordet. Sowjetarbeiter sandten telegraphische Mitteilungen über den Aufstand, worauf dann am 5. September ein Rotes Detachement eintraf, die Banden auseinanderjagte und die Verhafteten befreite.

VI.

In Anbetracht ihrer großen Dimensionen und der Zahl der Opfer verdienen die Aufstände im Gouvernement Wjatka besondere Aufmerksamkeit.

Ihr Anfang fällt in den August 1918, in den Augenblick des heftigsten Kampfes gegen die Kasan besetzt haltenden Tschechoslowaken.

In Ischewsk war es der „Verband der Frontsoldaten" mit seinem Vorsitzenden, dem früheren Feldwebel Soldatow an der Spitze, der den Aufstand vorbereitete, ihn organisierte und aktiv durchführte.

Diese Organisation, die alle von der Front heimgekehrten Soldaten vereinigte, verfolgte anfänglich rein kulturelle Aufgaben. Sie hatte einen Klub und eine Speise-

halle, organisierte Konzerte und Aufführungen, Vorlesungen und Diskussionen und schien sich für die Politik überhaupt nicht zu interessieren. Aber das schien nur so. In Wirklichkeit verrichteten die konterrevolutionären Offiziere, die in diesem Verband eine Zuflucht gefunden hatten, heimlich ihre verräterische Arbeit und verstanden es, sich den Verband durch eine systematische konterrevolutionäre Agitation gefügig zu machen und ihn in ein gehorsames Werkzeug zur Erfüllung der weißgardistischen Bestrebungen zu verwandeln.

Der Augenblick war sehr glücklich gewählt. Die Kommunistische Partei hatte gerade die Mehrzahl ihrer Mitglieder mobilisert und gegen Kasan gesandt, wo sie sich dem weiteren Vorrücken des Feindes entgegenstellen sollten. Dem Beispiel der Kommunisten waren die meisten aufrichtigen Anhänger der Sowjetregierung aus der Mitte der Arbeiter und Bauern gefolgt. In der Stadt verblieben nur einige verantwortliche Sowjetarbeiter, die infolge von Arbeitsüberhäufung die Nähe des Gewitters, das sich über ihren Köpfen zusammenzog, nicht spürten und bis zum letzten Moment keine Maßnahmen trafen, um den heranrückenden Ereignissen entgegenzuwirken.

Die Wolken zogen sich immer mehr zusammen. Offiziere und Konterrevolutionäre, die sich bis dahin vor der Sowjetregierung verborgen gehalten hatten, begannen der Stadt zuzuströmen und sich in den „Verband der Frontsoldaten" einzuschreiben. Bald nahm der Verband offen eine herausfordernde Haltung ein, und als das am 4. August nach dem Falle Kasans entstandene Revolutionskomitee ihm vorschlug, in die Reihen der sich formierenden Truppen einzutreten, erwiderte er rundweg mit einer Ablehnung. Erst dann besann sich das Revolutionskomitee und ließ den Vorsitzenden und einige der aktivsten Verbandsmitglieder, die bereits steckbrieflich verfolgt wurden, verhaften. Das goß jedoch nur Oel ins Feuer. Um 12 Uhr mittags, am 8. August, veranstalteten die „Frontsoldaten" vor dem

Fabrikgebäude fliegende Versammlungen, die auftretenden Redner hetzten die Menge gegen das Revolutionskomitee und forderten sie auf, die sofortige Freilassung der Verhafteten zu verlangen. Die herbeigeeilte Miliz wurde mit Drohungen, Beschimpfungen und Geschrei empfangen und war nicht imstande, die Menge auseinanderzujagen. Zur selben Zeit wurden in der Fabrik selbst Versammlungen abgehalten, auf denen die „Frontsoldaten" gemeinsam mit den rechten Sozialrevolutionären die Arbeiter aufforderten, den günstigen Augenblick auszunutzen, die Waffen zu ergreifen und zum Sowjetgebäude zu gehen, um die „gewalttätigen Bolschewiki" zu stürzen und die „echte demokratische Regierung, die Regierung der Sowjets und nicht der Partei" einzusetzen. Die irregeführte, unwissende Bevölkerung, die aus zur Hälfte an der Bauernscholle klebenden und ihren Eigentümerinteressen ergebenen Arbeitern bestand, schenkte den lauten Phrasen der verräterischen Führer Glauben, und als die „Frontsoldaten" das Waffenlager ausgeraubt hatten und mit Rufen „Hurrah", „Vorwärts", „Tod den Bolschewiki" aus der Fabrik in die Richtung des Sowjetlokals fortstürmten, gesellte sich ein bedeutender Teil der Arbeiter zu ihnen. Eine Abteilung der berittenen Miliz, die bei der Dolgowbrücke (über den Fluß Ish) versuchte, die Menge aufzuhalten, wurde mit einer Salve empfangen und mußte weichen. Man fing an zu schießen; es gab Tote und Verwundete. Die vom Blute betrunkene Menge stürmte unter Flüchen und Drohungen vorwärts. Bald gelangte sie an den Berg, die letzte natürliche Barriere vor dem Sowjetlokal. Plötzlich erschien eine Schar Gymnasiasten und Schüler der Waffenschule und stürzte sich zusammen mit der Menge auf das Sowjetlokal. Nach kurzem Feuer wurde das Lokal eingenommen und, vom Siege beflügelt, machte sich die Menge auf den Weg zum Kriegskommissariat, um die Verhafteten, darunter ihren Führer Soldatow, zu befreien. Bei diesem Kampf fiel auch der Vorsitzende des Exekutivkomitees von

Ischewsk, Cholmogorow, ein leidenschaftlicher Jüngling, ein glühender Kommunist, der angebetete Führer der Arbeiter von Ischewsk, der alle seine Kräfte der Sache der Revolution geopfert hatte. Bald darauf wurde das Kriegskommissariat eingenommen. Die verhafteten „Frontsoldaten" wurden befreit und die Sowjetarbeiter, die nicht rechtzeitig entkommen konnten, eingesperrt.

Auf diese Weise wurde im Laufe von 24 Stunden die für die Republik äußerst bedeutende Waffenfabrik Ischewsk von den Aufwieglern eingenommen.

Der Vorsitzende des „Verbandes der Frontsoldaten" Soldatow, wurde zum Helden des Tages und stellte sich neben dem rechten Sozialrevolutionär, dem Konstituantenschwärmer Busanow, an die Spitze der neuen „demokratischen" Regierung.

Schon durch ihre allerersten Handlungen zeigte diese Regierung der Bevölkerung ihr wahres Gesicht und auf welche Art sie die von ihr vielgepriesenen Freiheiten in die Wirklichkeit umzusetzen beabsichtigte. Gleich in den ersten Tagen waren alle Lokale, die nur irgendwie zu diesem Zweck gebraucht werden konnten, mit Verhafteten überfüllt. Nicht nur Kommunisten wurden eingesperrt, sondern auch linke Sozialrevolutionäre, Anarchisten, Maximalisten und sogar parteilose Arbeiter, die sich nur einer Sympathieäußerung für die Sowjetregierung schuldig gemacht hatten. In drei Tagen wurden über dreitausend Personen verhaftet.

Dann wurde der Sowjet neu gewählt, und zwar aus Menschewiki, rechten Sozialrevolutionären und Frontsoldaten.

Das erste, was der „demokratische Sowjet" zu tun hatte, war die Bestätigung des Todesurteils über acht der besten Genossen, die im Moment des Umsturzes von den Aufständischen ergriffen wurden. Es kamen auf diese Weise um: der Vorsitzende der Kriegsabteilung Isatschew, der Kriegskommissar Lichwintzew, der Vorsitzende der

Außerordentlichen Kommission Babuschkin, der Vorsitzende des Revolutionstribunals Michailow, der Chef der Miliz Rogalew, die Mitglieder des Revolutionskomitees Papelmeister, Posashennikowa und Botalowa. Sie wurden nicht erschossen, sondern grausam mit Bajonetten erstochen. Am anderen Tage verkündete Soldatow von einer Tribüne auf dem Platze feierlich der versammelten Volksmasse von diesem Vorgang.

Hiermit eröffnete die wahre „demokratische" Regierung in Ischewsk das erste „ruhmreiche Blatt" ihres Bestehens.

Unter dem Druck der Arbeiter jedoch, die die Verwirklichung der „echten Freiheiten" forderten, verkündete derselbe Soldatow noch am gleichen Tage und von derselben Tribüne, daß die Todesstrafe für immer abgeschafft sei, und daß die ermordeten Führer der bolschewistischen Verräter die ersten und letzten Opfer des Umsturzes sein würden. Wie die „edlen Demokraten" dieses Versprechen hielten, das bezeugen die Tausenden von Witwen und Waisen von Ischewsk, die jetzt noch von der lokalen Abteilung der Sozialen Fürsorge unterstützt werden, und die photographischen Abbildungen unserer grausam gemarterten und unter Inquisitionsfoltern umgebrachten kommunistischen Genossen.

Bemerkenswert ist auch das vom Führer des demokratischen Blocks, Soldatow, ersonnene primitive Gerichtsverfahren: In der dumpfen, überfüllten Gefägniskammer, wo die gequälten Häftlinge haufenweise auf dem Fußboden herumlagen, drang am Abend der betrunkene Soldatow mit seiner weißgardistischen Leibgarde ein. „Aufstehen, stillgestanden", vernimmt man die laute Stimme des Henkersknechtes. „Stellt Euch in zwei Reihen auf." Die erschrockenen Verhafteten beeilen sich, dem Kommando nachzukommen, stellen sich in zwei Reihen auf und harren angsterfüllt der weiteren Beschimpfungen der betrunkenen Henker. „Wofür bist Du verhaftet?" — wendet sich drohend der betrunkene Soldatow an einen der Ver-

hafteten. — „Du schweigst, Du Hund", — brüllt, ohne eine Antwort abzuwarten, die betrunkene Bestie und versetzt dem Unglücklichen mit dem Revolver einen wuchtigen Schlag übers Gesicht. „Schlagt ihn, Kinder", — kommandiert der betrunkene Henker, und vor den Augen der übrigen beginnt die grausame Folter des unglücklichen Opfers. Wie sie genug haben, entfernen sich die Henker aus der Kammer und hinter ihnen wird der gemarterte, blutüberströmte Genosse auf den Hof hinausgetragen, wo man ihn tötet. Solche Exekutionen wurden beinahe allabendlich vorgenommen, und zwar nicht nur von Feldwebel Soldatow, sondern auch von dem „echten Demokraten", dem Sozialrevolutionär Busanow.

Nachdem sie auf diese Weise die Anhänger der Sowjetmacht unschädlich gemacht hatten, begannen die neuen Rädelsführer mit fieberhafter Hast freiwillige Detachements zu formieren und die Mobilisierung durchzuführen, um ihr Gebiet zu erweitern und sich mit den Kasan besetzt haltenden Tschechoslowaken zu vereinigen.

Ein Freiwilligendetachement aus Bürgersöhnchen, Gymnasiasten und Schülern der Waffenschule nahm bald darauf unter der Führung des früheren Offiziers, des Henkers Kurakin, die Stadt Sarapul ein. Ein anderes Detachement, kommandiert von dem Oberst a. D. Wlasow und dem früheren Offizier Paschitsch, besetzte Wotkinsk.

Das Demokratiespiel währte aber nicht lange. Schon gegen den 10. August befand sich die ganze Gewalt in den Händen der Militärklique. Die Diktatur des Offizierstiefels erhob sich. An die Spitze stellte sich der aus Wotkinsk gebürtige frühere Oberst Jurjew, der sich zum Oberbefehlshaber aller bewaffneten Kräfte des Kamagebiets ernannte.

Die ganze männliche Bevölkerung im Alter von 18 bis 40 Jahren wurde unter die Waffen gerufen. Die für die Front Untauglichen wurden zu Befestigungsarbeiten in den Städten Ishowsk, Wotkinsk und Sarapul herangezogen.

Sich der Mobilisierung zu entziehen, war gleichbedeutend mit erschossen zu werden.

Mit solchen Maßnahmen gelang es den Aufständischen, innerhalb einer kurzen Frist die sogenannte „Volksarmee" in einem Umfange von einigen zehntausend Mann zusammenzuzimmern, mit deren Hilfe es ihnen auch gelang, die erste Offensive der Sowjettruppen unter Antonow, die am 16. August einige Werst an Ishewsk herangekommen waren, zu schlagen.

Doch ihr Siegestriumph nahm bald ein Ende. Durch die Logik der Dinge waren sie zu einem raschen und schmachvollen Untergang verdammt.

Trotz des Massenterrors des Gegners drang der Bolschewismus in das Herz der Aufständischen, in die „Volksarmee" ein. Sehr bald griff in ihr die Zersetzung um sich, und ganze Truppenteile begannen auf die Seite der Sowjetarmee überzugehen. Auch die Bevölkerung erwartete, trotz der Reize der „demokratischen Freiheiten", ungeduldig die Ankunft der Sowjettruppen, die sie von der wilden Willkür der ungezähmten kriegerischen Banden befreien würden. Die Offensive der Roten Truppen entwickelte sich erfolgreich, die Weißen waren gezwungen, eine Stellung nach der anderen aufzugeben. Die Stadt Sarapul wurde von den Roten zurückgewonnen. In Ishewsk brach eine Panik aus.

Der Oberbefehlshaber Jurjew schleuderte in seinen Aufrufen Donner und Blitz gegen die „Vaterlandsverräter" und verkündete legendäre Siege der Weißen: die Einnahme Perms, die Vereinigung seiner Truppenteile mit den Tschechoslowaken und ähnlichen Unsinn. Dasselbe wiederholte auch die Zeitung „Ishewski Westnik", die sich an Verleumdungen, Lügen und Provokationen gegen die Rote Armee überbot und wutschnaubend die Bevölkerung aufforderte, bis zur endgültigen Vereinigung mit den Tschechoslowaken durchzuhalten.

Aber es half nichts; die Aufständischen verloren immer mehr den Boden unter den Füßen. Den Zorn über ihre Mißerfolge ließen sie an den Verhafteten aus.

Der weiße Massenterror all denen gegenüber, die der Sympathie für die Sowjetregierung verdächtig waren, wurde mit einer schreckenerregenden Grausamkeit durchgeführt. Die zufälligen Augenzeugen dieser unmenschlichen Torturen in den Folterkammern der Geheimpolizei können ihrer nicht ohne Schaudern gedenken.

Die Henker legten eine in der Tat teuflische Grausamkeit an den Tag und überboten sich an Erfindungen immer neuer Qualen für ihre Opfer.

Vor der Uebergabe Sarapuls setzten die Weißen alle verhafteten Kommunisten und verantwortlichen Sowjetarbeiter auf Barken und ließen diese mit Hilfe von Schleppdampfern nach dem Landungsplatz „Ganjany" fortziehen. Nur dank der Tollkühnheit und der Geistesgegenwart des Kommandierenden der Wolga-Kama-Flußflottille, Gen. Raskolnikow, war es gelungen, die Barken mit den halbtoten Verhafteten unter der Nase der Weißen fortzuführen.

Es ist unmöglich, die Erzählungen der durch ein Wunder geretteten Genossen über die von ihnen in der inquisitorischen Folterkammer zugebrachten Tage mit anzuhören. Entkleidet, in Leinwandsäcken auf dem bloßen Körper, wurden sie, wie Heringe in einem Faß, in dunklen, schmutzigen Gefängniskammern zusammengepfercht. In diesem fürchterlichen Schmutz, Gestank, ohne Luft, harrten die Verurteilten des qualvollen Todes. Mehrere Genossen waren vor ihren Augen von der Hand der Henker, der früheren Offiziere Kurakin und Wlassow, gefallen. Die Verhafteten wurden auf Kommando nach oben geführt und mit Bajonetten in die Kama heruntergestürzt.

Als die Nachricht über das Verschwinden der Barken mit den Verhafteten bekannt wurde, kannte die Wut der weißgardistischen Henker keine Grenzen. Um irgend

welche Versuche zur Befreiung der Verhafteten in Ischewsk selbst zu vereiteln, erließ Jurjew folgenden Befehl vom 5. November 1918:

> „Mögen die Verhafteten Gott bitten, daß wir die Roten vertreiben sollen. Wenn die Roten sich der Stadt mehr als auf 3 Werst nähern, werden sämtliche Lokale, wo sich Verhaftete befinden, mit Bomben beworfen werden. In den Gefängniskammern muß absolute Ruhe herrschen; die Wachtposten haben den Befehl erhalten, bei dem geringsten Fluchtversuch ohne vorherige Warnung zu schießen. Wer sich einer Ordnungsverletzung schuldig macht, wird sofort auf den Hof hinausgeführt und erstochen."

Und tatsächlich wurden in der Nacht des 19. August 19 Personen auf dem Hof erschossen. Am anderen Tage wurde dem Chef der Wache in einem Armeebefehl für seine Wachsamkeit und Entschlossenheit Dank ausgesprochen. Das war die Wut eines verendenden Raubtieres. Die Gewalt der Henker erlebte ihre letzten Tage. Trotz aller Spitzfindigkeiten der Weißgardisten zog sich der rote Ring immer mehr um die Stadt Ishewsk zusammen.

Um den Geist der Armee zu heben, ließen die Weißen mehrere als Kosaken verkleidete Soldaten zu Pferde in der Stadt umherziehen. Aber nichts half mehr, und am 7. November standen die Roten vor der Stadt und begannen sie zu beschießen. Unter den Weißen brach eine fürchterliche Panik aus; eine unordentliche, eilige Räumung der Stadt begann. Soldatow und die anderen Offiziere liefen mit Revolvern in der Hand umher, um die Lawine der zurückgehenden Soldaten aufzuhalten.

In diesem Augenblick beschlossen die Verhafteten, die Panik auszunutzen: sie wagten einen Ausfall und überfielen die Wache mit bloßen Händen. Doch der Versuch mißlang. Eine hinzugeeilte Truppenabteilung umringte das Gefängnis und fing an, die Kammern durch die Bretterverschläge zu beschießen. Man vernahm Stöhnen und Schreien . . . Die Sterbenden röchelten, Blut floß in Strömen. Doch auch diese Truppenabteilung wurde bald in den allgemeinen Strudel hineingezogen.

Der Morgen graute. Das Feuer hatte nachgelassen. Nur hin und wieder ertönte ganz in der Nähe Maschinengewehrfeuer. Und plötzlich klingen die ermutigenden, brausenden Töne der „Internationale" durch die Fenster des „Totenhauses", und man vernimmt die Hufschläge der herannahenden Kavallerie.

Die gemarterten, halbtoten Verhafteten trauen ihren Ohren nicht. Doch die Töne klingen immer näher; man vernimmt sie schon am Hause Nr. 7 derselben Straße.

Stolz und frei erklingen die ersten Strophen der „Internationale" vor den Gefängnisfenstern, gesungen von Asiens roter Kavallerie.

Man kann nicht mehr zweifeln. Man eilt dahin. und den Augen bietet sich ein schreckliches Schauspiel: ein Haufen verstümmelter, entstellter Leichen; darunter in Blutlachen einige Verwundete, die schwache Lebenszeichen von sich geben. Sofort werden sie hinausgetragen. Einer stirbt in den Armen eines Genossen . . . Plötzlich erscheinen die Angehörigen der Verhafteten. Mit herzzerreißendem Geschrei stürzen sie sich über die entstellten Leichen ihrer Nächsten.

Tränenfeucht glänzen die Augen der rauhen, in Schlachten abgehärteten Kavalleristen; finster ziehen sie die Brauen zusammen, und Worte der Rache entsteigen ihrem Munde. Doch die kriegerische Arbeit ist noch nicht zu Ende.

Das Blut der zu Tode Gemarterten schreit um Rache, und die glorreiche rote Kavallerie stürzt den in panischem Schrecken fliehenden weißen Henkern nach. Die Weißen entfliehen in der Richtung nach Wotkinsk. Am Flusse Wotna und neben den Barken, diesen schwimmenden Gefängnissen, ein neuer Haufen entstellter Leichen.

So endete die dreimonatliche, blutige Wirtschaft der „Kama-Demokraten" verfluchten Angedenkens.

Vor diesem schrecklichen, wahrheitsgetreuen Bilde des Aufstandes von Ishewsk, der sich unter den „echten demo-

kratischen Parolen" vollzogen hatte, vor dem Andenken Hunderter und Aberhunderter zu Tode gequälter bester Genossen aus der Mitte der Arbeiter und Bauern müssen alle Heuchler und Schwätzer, die die Sowjetregierung der Grausamkeit beschuldigen, verstummen und diejenigen sich beschämt fühlen, die, ohne die Tatsachen zu kennen, uns den roten Terror vorgeworfen haben. Möge dieses blutige Blatt der kurzen Geschichte des Aufstandes in Ishewsk für immer im Gedächtnis der Bevölkerung des Gouvernements Wjatka und des ganzen Kamagebiets eingeprägt bleiben! Möge sie den Verrätern und Schlangen kein Gehör mehr schenken, die ihr alle möglichen Freiheiten und Vorrechte und das Paradies auf Erden nach dem Sturz des „bolschewistischen Joches" versprechen.

Ich halte es für um so notwendiger, diese Tatsachen in Erinnerung zurückzurufen, als in Ishewsk vor kurzem eine neue Verschwörung aufgedeckt wurde: der Aufstand wurde unter denselben „demokratischen" Devisen vorbereitet.

Die Diktatur des Proletariats oder die Diktatur der Bourgeoisie und des Offizierstiefels — ein Mittelding gibt es nicht. Das hat uns der Aufstand in Ishewsk 1918 gelehrt.

Fast gleichzeitig mit dem Aufstand in Ishewsk brachen auch in den Distrikten von Urshum und Nolinsk Aufstände aus, die denselben Zweck verfolgten: sich mit den Tschechoslowaken zu vereinigen, um ihnen die Offensive gegen Wjatka zu erleichtern.

Das Herz der Verschwörung war hier das 1. Moskauer Verproviantierungsregiment mit dem früheren Offizier Stepanow an der Spitze.

Das genannte Regiment erschien im Sommer 1918 im Distrikt Urshum, wo es die Getreideausfuhr überwachen sollte. Es verfehlte nicht, durch seine Räubereien und Unverschämtheiten die gesamte Bevölkerung sehr bald gegen die Sowjetregierung zu empören. Mit unmenschlicher

Grausamkeit unterdrückte das Regiment den von ihm selbst hervorgerufenen Entrüstungsausbruch der Bevölkerung in der Tscher-Turek Wolost. Aus Furcht vor der strengen Strafe der Sowjetgewalt für ihre Missetaten ging das Regiment auf den Vorschlag des Kommandeurs Stepanow ein, in den Städten Urshum, Malmysh und Nolinsk die Sowjets zu stürzen und sich dort bis zur Ankunft der Weißen zu halten. Es traf sich auch gerade, daß in diesen Städten jede konkrete Gewalt zu ihrer Verteidigung fehlte.

Die Aufwiegler hielten sich nur 14 Tage in den ergriffenen Distrikten, vom 7. bis zum 21. August 1918.

Mit Hilfe der lokalen Bourgeoisie und der Offiziersklique und unter der regen Beteiligung des dort ansässigen rechten Sozialrevolutionärs Beresowski bildete sich dort die provisorische Regierung des südlichen Bezirks; anstelle der Sowjets wurden in den Distrikten und Wolosts Semstwobehörden eingesetzt.

Von den in Urshum zum Tode verurteilten 12 der aktivsten Sowjetarbeiter konnten die Weißen nur zwei Kommunisten, die Genossen Drylewski und Karenin, erschießen. Die anderen wurden von dem am 21. August eingetroffenen Poltawaschen Regiment befreit, das die Stadt von den Aufwieglern säuberte.

In Nolinsk wurden 70 Rotarmisten, die sich im Seminar verbarrikadiert hatten und sich nicht ergeben wollten, auf grausame Weise von den Weißen verbrannt. Jedoch waren es die lokale Bourgeoisie und die Offiziere und nicht das Verproviantierungsregiment, die diese unmenschliche Exekution angeordnet hatten.

Ueberhaupt sei es im Interesse der Wahrheit erwähnt, daß im Gegensatz zu den Aufständischen von Ishewsk dieses Regiment anfangs sehr unentschlossen vorging und Erschießungen vermied. Der Verfasser dieser Zeilen wurde mit zwei anderen Genossen mit Waffen in der Hand von den Aufständischen in Urshum ergriffen, doch beschränkten sie sich darauf, daß sie die Waffen abnahmen und den

Gefangenen befahlen, bis zur Ankunft des Stabes an der Wand zu stehen. Sie unterließen es sogar, meine Taschen zu durchsuchen, wo sie ein Mandat der Außerordentlichen Kommission des Uralgebiets vorgefunden hätten, welches mir das Recht gab, die Untersuchung der Exzesse dieses Regiments und seine Entwaffnung vorzunehmen. Nur dank ihrer Fahrlässigkeit gelang es uns, nach dem Landungsplatz Medwedka zu entkommen.

Ein solches Verhalten der Aufständischen bei Ausbruch des Aufstandes läßt sich nur dadurch erklären, daß ein bedeutender Prozentsatz der Soldaten sich nur aus Furcht vor Strafe für ihr Marodieren und in der Hoffnung auf Bereicherung angeschlossen hatten. Ohne es zu wissen, liefen sie in die vom Provokateur Stepanow geschickt aufgestellte Falle und fühlten sich nachher von der ihnen aufgedrungenen Rolle bedrückt. Dadurch erklärt sich die verhältnismäßig rasche Niederlage der Aufständischen im Kampfe gegen das schwächere Poltawasche Regiment. Als die Rotarmisten dieses Regiments die Handlungen der Großbauern und Offiziere, die sich zu ihnen gesellt hatten, sahen, wandten sich die meisten mit Entsetzen von der verräterischen Sache ab und verstreuten sich in der Umgebung. Die auf sich selbst angewiesenen Banden der Dorfreichen und Offiziere wurden sehr bald geschlagen. Nur einem unbedeutenden Teil gelang es, mit den geraubten Geldmitteln nach Kasan zu entkommen.

VII.

Während in den Wolgagouvernements die Tschechoslowaken wüteten, spielten sich im Norden die folgenden Ereignisse ab.

Mitte Juni erhielt die Archangelsker Außerordentliche Kommission die Nachricht von der Gärung im Dorfe Emetzk. Angeblich war diese Gärung durch Gerüchte über eine bevorstehende Mobilisierung für die Rote Armee

hervorgerufen. Es stellte sich aber heraus, daß im Dorfe ein „Fünferausschuß" arbeitete, der sich „Gesellschaft zur Verteidigung der Bürgerrechte" nannte. Der Fünferausschuß bewaffnete die Bauern mit Gewehren, verschaffte zwei Maschinengewehre, organisierte einen Aufklärungsdienst und bereitete sich zum Aufstande vor; doch wurde er im letzten Moment verhaftet. In Schenkursk gelang der Aufstand zunächst; die Weißgardisten verhafteten die Mitglieder des lokalen Exekutivkomitees und begannen die in der Stadt befindlichen Rotarmisten zu entwaffnen. Herbeigeeilte Detachements der Roten Armee liquidierten den Aufstand. Alles das überzeugte die Allrussische Außerordentliche Kommission, daß in Archangelsk und im ganzen Gouvernement die Weißen etwas planten.

Gegen den 20. Juli erhielt die Archangelsker Außerordentliche Kommission Mitteilung über eine in der Stadt geplante Verschwörung gegen die Sowjetmacht. Aus den Mitteilungen war zu ersehen, daß die Offiziere die führende Rolle dabei spielten. Der Aufstand sollte in der Nacht des 31. Juli oder am 1. August beginnen. Die Stadt war in Rayons eingeteilt mit besonderen, im voraus gewählten Chefs, die auf ein besonderes Signal um 3 Uhr nachts alle Sowjetinstitute und die Funkenstation besetzen und sich an die Verbündeten um Hilfe wenden sollten; bis zur Ankunft der letzteren hofften sie, sich mit eigenen Kräften halten zu können. Als die Außerordentliche Kommission diese Nachricht erhielt, nahm sie Massenhaussuchungen und Verhaftungen unter den Offizieren vor, die bis zur Besetzung der Stadt fortdauerten.

Beim früheren Offizier Grigorij Ryzenkowitsch fand man u. a. Pläne des Gouvernements Archangelsk und des Norddünaflusses; bei der Untersuchung stellte es sich heraus, daß er den Auftrag erhalten hatte, in den Gouvernements Weißgardisten anzuwerben und sie, als Arbeiter verkleidet, nach Archangelsk zu dirigieren. Auch fand man bei ihm die Kopie eines chiffrierten Telegramms aus

Cholmogory folgenden Inhalts: „Der Heuankauf ist aufgeschoben. Die Barke wird das Heu nicht abholen. Benachrichtigt sofort die Verkäufer. Ich übernehme die Unkosten für die Benachrichtigung." Das bedeutete: „Der Aufstand wird aufgeschoben, die Barken werden die Leute nicht abholen, benachrichtigt die Beteiligten."

All dies zeugte dafür, daß ein Aufstand bestimmt geplant war, daß jedoch mit einer Niederlage gerechnet wurde, wenn keine Hilfe von den Verbündeten eintreffen sollte. Frühmorgens am 1. August zeigten sich über der Stadt englische Hydroplane, und gleichzeitig erhielt der Gouvernementssowjet die Nachricht von dem Erscheinen drei englischer Kreuzer bei der Insel „Mudjuga", die nach einigem Widerstand von den englischen Truppen besetzt wurde. Darauf forderte der Kommandierende des Rayons Archangelsk Potapow das Gouvernementsexekutivkomitee auf, alle Sowjetinstitute zu evakuieren und seinem Stab die Gewalt zu übergeben. Angesichts der drohenden Gefahr willigte der Sowjet ein und begann die Sowjetinstitute und die Wertsachen zu evakuieren. Wie es sich später herausstellte, war dieser Potapow ein Verräter und Agent der Weißen und Engländer. Nach Aussagen der Matrosen leitete er persönlich die weißgardistische Bewegung. Es ist kennzeichnend, daß sofort nach der Evakuation des Sowjets Potapows Stabsoffiziere ihn mit „Herr Oberst" anredeten. Gemeinsam mit den Weißen besetzten die Engländer die Stadt, stellten auf dem Hofe der Stadtduma Kanonen und in vielen Häusern Maschinengewehre auf. Das Lokal des Flottenkommissariats wurde wiederholt von ihnen beschossen, und nach hartnäckigem Widerstand einer kleinen Abteilung der Roten Armee ging die Stadt am 2. August ganz in die Hände der Weißen über. Die Macht der Konstituante wurde verkündet und die „Provisorische Regierung des Nördlichen Gebietes" eingesetzt.

Was die Festigkeit dieser Regierung betrifft, so ist es von Interesse, einen Auszug aus der französischen Zeitung

„L'Illustration" vom 23. August 1919 zu bringen: „Die Nordfront wird für die Bolschewiki in einigen Wochen nicht mehr existieren aus dem einfachen Grunde, weil die 1918 in Murmansk und Archangelsk gelandeten verbündeten Truppen dieses Gebiet von den Bolschewiki freimachen werden. Die russischen Freiwilligen sind irgend welcher ernster Operationen nicht fähig, wenn sie sich selbst überlassen werden."

Zur Unterstützung ihrer Truppenlandung benutzten die Verbündeten die Anwesenheit ihrer diplomatischen Missionen in Sowjetrußland und entsandten eine Reihe von Agenten in die Provinz, um Freiwillige für die Nördliche Armee zu werben.

Im Frühling 1918 stießen diese Werbungen auf keine besonderen Schwierigkeiten. In der Ukraine — damals von den Deutschen besetzt — befand sich ein ganzes Korps von durch die Deutschen entwaffneten polnischen Legionären. Diese konnten als Kampfeinheiten an anderen Fronten ausgenutzt werden. Die französische Mission in Moskau ging nun an diese Arbeit heran.

Unter der Vorspiegelung der Heimsendung französischer Staatsangehöriger sandte sie polnische Legionäre und Tschechoslowaken, mit französischen Dokumenten versehen. Zum Sammelpunkt war die Stadt Wologda ausersehen. Hier wurden die Leute sortiert und nach Archangelsk, ins Wolgagebiet und in die Koltschakarmee abtransportiert.

Diese verräterische Arbeit der französischen Mission wurde dank der Wachsamkeit unserer Genossen, die bemerkt hatten, daß zwei Waggons mit Ausländern vom Jaroslawbahnhof in Moskau nach Wolodga abgingen und daß ein Vertreter der französischen Mission und einige Moskauer Großindustrielle ihnen das Geleit gaben, vereitelt. Sobald die Legionäre den Zug bestiegen, wurde er von der Außerordentlichen Kommission umringt, und 45 Mann wurden verhaftet. Man fand bei ihnen von der französischen

Mission ausgestellte Papiere, die ihre französische Staatsangehörigkeit bestätigten. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß sie fast kein Wort Französisch verstanden.

Weitere Nachforschungen ergaben die Anwesenheit eines Detachements der Eisenbahnwache in der Stadt Woronesch, das aus polnischen Soldaten, hauptsächlich aus früheren Legionären, bestand. Seine Vorgesetzten ermöglichten die Ueberfahrt der Soldaten nach dem Murman. In Wologda entdeckte man bis 600 Legionäre. Das Offizierskorps wurde verhaftet und die freiwilligen Soldaten in anderen Truppenteilen untergebracht. Nach eingehender Aufklärung sahen die meisten unter ihnen ein, daß man sie in die weißgardistische Armee schickte, um ihr Blut für die verbündeten Kapitalisten, nicht aber für ihr Vaterland zu vergießen.

VIII.

Anfang August 1918 stellte die Allrussische Außerordentliche Kommission fest, daß die englische diplomatische Vertretung in Rußland Versuche machte, mit einigen Regimentern der Sowjetrepublik in Verbindung zu treten, um die Hauptstützpunkte in Moskau zu besetzen und die Verhaftung des Rats der Volkskommissare zu organisieren.

Nachforschungen ergaben, daß es dem Anfang August aus Petrograd nach Moskau mit einer Empfehlung an den Chef der britischen Mission Lockhart angekommenen Agenten Schneden gelungen war, eine Zusammenkunft Lockharts mit dem Kommandeur einer der lettischen Truppenabteilungen zu vermitteln. Diese Truppenabteilung wurde von den Engländern dazu bestimmt, die unmittelbare Verhaftung des Rats der Volkskommissare vorzunehmen.

Auf dieser Zusammenkunft wurde ebenfalls über die Möglichkeit beratschlagt, im Zusammenhang mit dem Vorrücken der Engländer am Murman in der nächsten Zukunft in Moskau einen Aufstand gegen die Sowjetregierung zu organisieren.

Es war beabsichtigt, etwa gegen den 10. September den Umsturz in Moskau zu vollziehen. Den Engländern war es sehr erwünscht, Lenin und Trotzki auf der Plenarsitzung des Volkskommissarenrats anwesend zu wissen, der in vollem Bestande verhaftet werden sollte. Man beabsichtigte, gleichzeitig auch die Staatsbank, das Hauptpost- und Telegraphengebäude zu besetzen und eine militärische Diktatur auszurufen. Alle Versammlungen sollten bis zur Ankunft der englischen Behörden unter Todesstrafe untersagt werden. Unter der Beteiligung der Vertreter der höheren Geistlichkeit wurde auch über die Abhaltung von öffentlichen Dankgebeten und Kirchenpredigten zugunsten des Umsturzes beratschlagt. Die Geistlichkeit gab ihre Einwilligung. Auf derselben Zusammenkunft überreichte Lockhart dem erwähnten Kommandeur 700 000 Rubel zur Organisation des Aufstandes.

Gleichzeitig fanden Beratungen der diplomatischen Vertreter der verschiedenen „verbündeten" Mächte statt, die das Ziel hatten, die innere Lage Rußlands zu verschärfen und die Sowjetregierung in ihrem Kampfe gegen die Tschechoslowaken und Anglo-Franzosen zu schwächen.

Wie sich herausstellte, bestand die nächste Aufgabe der in allen Städten verstreuten und unter falschen Papieren lebenden Agenten der Verbündeten darin, die Verpflegungsschwierigkeiten, besonders in Moskau und Petrograd, noch zu verschärfen. Pläne für Sprengungen von Eisenbahnlinien und Brücken zur Verhinderung der Lebensmittelzufuhr wurden ausgearbeitet, Brandschatzungen und Sprengattentate auf Lebensmittellager wurden beabsichtigt. Gleichzeitig ergab sich, daß die anglofranzösischen Verschwörer ein weitverzweigtes Spionagesystem in allen Kommissariaten unterhielten, was durch Haussuchungen, bei denen eine Reihe geheimer Mitteilungen von der Ostfront vorgefunden wurden, bestätigt wurde. Die im Zusammenhang hiermit verhafteten Offiziere (Kapitän Friede u. a.) sagten aus, daß die Anglo-Franzosen von ihnen ver-

trauliche Mitteilungen über die Bewegungen der Sowjettruppen und im allgemeinen allerlei geheime Angaben über die innere Lage Rußlands erhalten hatten.

In Verbindung damit wurden in Moskau und Petrograd Verhaftungen vorgenommen, die das Vorhandensein einer Verschwörung der diplomatischen und militärischen Vertreter der auswärtigen Mächte, welche die Organisation eines Aufstandes in Moskau und die Verhaftung des Rats der Volkskommissare verfolgte, ergaben.

Die Verschwörer waren keinesfalls wählerisch in ihren Mitteln. Sie schufen ein über ganz Rußland verzweigtes Netz konspirativer Organisationen, benutzten falsche Papiere und zahlten ungeheure Summen für die Bestechung der Agenten der Sowjetregierung. Die ganze Arbeit ging unter dem Schutz und der Leitung der diplomatischen Vertreter vor sich. Die Außerordentliche Kommission besitzt von Lockhart eigenhändig unterschriebene Bescheinigungen, laut denen die Verschwörer unter den Schutz der britischen militärischen Mission in Moskau gestellt wurden. Die Verschwörer besaßen einen ausführlichen Plan, um gleich nach dem Umsturz die Regierungsgewalt zu organisieren. Es war beabsichtigt, eine Diktatur von drei Personen einzusetzen, besondere Komitees in den Truppenteilen waren vorgesehen usw.

Nach Aufdeckung der Verschwörung wurden die Schuldigen dem Obersten Revolutionären Tribunal übergeben, dessen Urteilsspruch wir hier voll anführen:

„Im Namen der R. S. F. S. R. hat das Revolutionäre Tribunal des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Räte in seinen Sitzungen vom 28., 29. und 30. November, vom 2. und 3. Dezember 1918 das Verhör folgender Angeklagten in Sachen der Organisation der Spionage und der konterrevolutionären Verschwörung gegen die Arbeiter- und Bauernregierung der R. S. F. S. R. vorgenommen, des früheren Chefs der englischen Mission in Moskau L. L. Lockhart, des früheren französischen Generalkonsuls in

Moskau Grenard, des aktiven Leutnants der englischen Armee Sidney Georgijewitsch Reiley, des französischen Staatsangehörigen Vertaumont, des Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten Nordamerikas Xenofont Dmitrijewitsch Kolomatiano, der früheren Vorsteherin des französischen Mädchengymnasiums Jeanne Morenz, des britischen Staatsangehörigen William Kemberg Higgs, des früheren Oberstleutnants Alexander Zagriashski, der Schauspielerin des Künstlerischen Theaters Elisaweta Emeljanowna Otten, der früheren Aufseherin am Mädchengymnasium Maria Wladimirowna Friede, des Alexei Wladimirowitsch Potemkin, des früheren Moskauer Zollbeamten Pawel Maximowitsch Solius, des Studenten der Petrograder Universität Alexander Klawdiewitsch Chwalynski, des früheren Generalstabsobersten Ewgenij Michailowitsch Golizyn, des früheren Angestellten der Zentralstelle für die Evakuation der Gefangenen und Flüchtlinge Leonid Alexeijewitsch Iwanow, des Zeitungskorrespondenten Dmitrij Alexandrowitsch Ischewski, des früheren Generalmajors a. D. Peter Dmitrijewitsch Poletkowski, der früheren Angestellten des Verteilungsressorts des Allrussischen Zentralexekutivkomitees Olga Dmitrijewna Starshewskaja, des Automobildepotaufsehers des Militärbezirks Moskau Maxim Wassiljewitsch Trester und der tschechischen Bürger: Alexei Aloisowitsch Linhardt, Joseph Josephowitsch Pschenitschko, Jaroslaw Wjatscheslawowitsch Schmeitz und Stanislaw Fomitsch Jellinek — und hat die durch die Gerichtsuntersuchung aufgedeckte verbrecherische Tätigkeit der diplomatischen Agenten der imperialistischen Regierungen der englisch-französisch-amerikanischen Koalition festgestellt, die mit Hilfe der Vertreter der russischen bürgerlichen, konterrevolutionären Elemente, versucht hatten, auf dem Wege der Organisation heimlicher Agenturen zwecks Einsammlung von Mitteilungen politischen und militärischen Charakters, auf dem Wege der Bestechung und der Desorganisation der Roten Truppenteile, der Sprengung von Eisenbahn-

brücken, der Brandschatzung von Lebensmittellagern und endlich auf dem Wege des Sturzes der Arbeiter- und Bauernregierung und des Meuchelmordes der Führer der arbeitenden Massen nicht nur der russischen, sondern der internationalen sozialistischen Revolution einen tötlichen Schlag zu versetzen. Der Versuch des konterrevolutionären Umsturzes, begleitet von der zynischen Verletzung der Forderungen des internationalen Rechtes der Exterritorialität, wälzt die ganze Last der kriminellen Verantwortung zu allererst auf jene kapitalistischen Regierungen, in deren Diensten die aufgezählten Personen als bloße Vollstrecker standen. In der festen Gewißheit des nahenden Gerichts über die verbrecherischen imperialistischen Regierungen und der gerechten Strafe, die ihnen seitens ihrer eigenen, empörten arbeitenden Massen zuteil werden wird, beschließt das Revolutionäre Tribunal des Allrussischen Zentralexekutivkomitees, entsprechend dem Schuldigkeitsgrade jedes Angeklagten: die Angeklagten E. E. Otten, J. Morenz und S. F. Jellinek freizusprechen; die Angeklagte S. L. Starshewskaja zu drei Monaten Gefängnishaft unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu verurteilen nebst Entziehung des Rechtes, in den Staatsinstituten der Sowjetrepublik zu arbeiten; A. A. Zagriashski, A. W. Potemkin, P. N. Solius, A. K. Chwalynski, E. M. Golizyn, L. I. Iwanow, L. A. Ishewski und Maria Wladimirowna Friede zu 5 Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit zu verurteilen; M. M. Pschenitschko bis zur Einstellung der feindlichen Handlungen der Tschechoslowaken gegen Sowjetrußland in Gefängnishaft zu halten; R. R. Lockhart, Grenard, S. G. Reiley und G. Vertaumont für außerhalb des Gesetzes stehende Feinde der Arbeitenden zu erklären und sie beim ersten Wiederauftauchen auf dem Territorium der Sowjetrepublik zu erschießen; X. D. Kolomatiano und Alexander Wladimirowitsch Friede zum Tode durch Erschießung zu verurteilen.

Das Urteil ist innerhalb 24 Stunden vom Augenblick der Verkündung an zu vollstrecken."

So endete der geheime Versuch der ausländischen Kapitalisten, ihre „nördlichen", russischen „Brüder" von dem Schicksal zu befreien, das auch sie später ereilen wird.

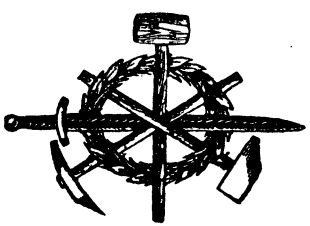
G. Moros.

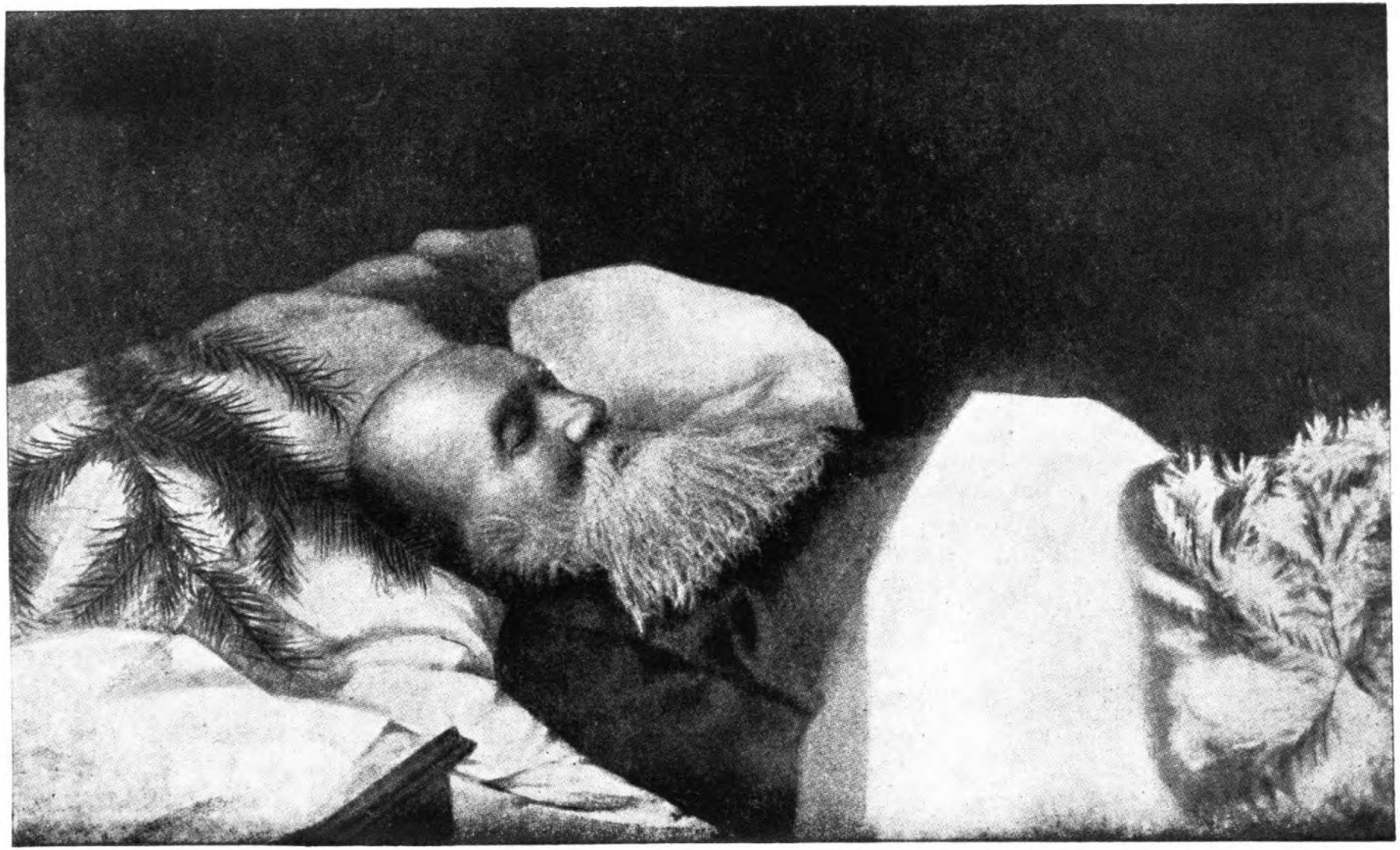
„Die Zivilisation und Gerechtigkeit der Bourgeoisordnung tritt hervor in ihrem wahren, gewitterschwangeren Licht, sobald die Sklaven in dieser Ordnung sich gegen ihre Herren empören.

Dann stellt sich die Zivilisation und Gerechtigkeit dar als unverhüllte Wildheit und gesetzlose Rache . . ."

„Die Bourgeoisie der ganzen Welt sieht der Massenschlächterei nach der Schlacht wohlgefällig zu, aber sie entsetzt sich über die Entweihung von Dach und Fach!"

KARL MARX, „Der Bürgerkrieg in Frankreich".





P. A. Kropotkin auf dem Totenbett

P. A. Kropotkin als Theoretiker des Anarchismus.

Peter Alexejewitsch Kropotkin ist tot.

Wenn ein großer Mensch stirbt, und besonders dann, wenn er in der Oeffentlichkeit gewirkt hat, beginnt an seinem Grabe ein erbitterter Kampf. Seinen Freunden erscheint er als ungewöhnliches Genie, während seine Feinde die Welt überzeugen wollen, daß die Menschheit durch seinen Tod von einem Bösewicht oder einem Auswurf der Gesellschaft befreit worden ist. Die einen, wie die anderen sind unversöhnlich.

Ich aber möchte unparteiisch bleiben.

I.

Ich traf Kropotkin zum ersten Male im Jahre 1905 in Paris, wohin er, wie ich glaube, illegal gekommen war. In der Privatwohnung seines Freundes hatten sich 2 bis 3 Dutzend Anarchisten versammelt. Man sprach von der heranreifenden Revolution in Rußland und von der Rolle, die die Anarchisten in ihr spielen würden. Peter Alexejewitsch sprach viel; sanfte kluge Worte strömten von seinen Lippen. Und doch, während das Ohr ihm aufmerksam lauschte, fühlte man das Verlangen, ihm zuzurufen: „Nicht dies, etwas anderes solltest du sagen!" Er sprach von der russischen Revolution im selben Ton, in denselben Worten, in denen er etwa von einer Revolution in Spanien oder auf den Sandwichinseln gesprochen hätte. Uns, die wir geradeswegs aus Rußland, von heißer illegaler Arbeit kamen und mit eigenen Augen gesehen hatten, wie im erbitterten,

furchtbaren Klassenkampf die Flamme des Bürgerkrieges aufloderte, uns klangen die beinahe nichtssagenden Worte von dem aufrührerischen Geist, dem schöpferischen Genie des Volkes usw. befremdend und süßlich. Als wir einen zagen Versuch machten, die Frage des Klassenkampfes zur Sprache zu bringen, wurde Kropotkin, der stets wohlwollende, äußerst erregt und gereizt und fiel uns immer ins Wort. Natürlich entschuldigte er sich später in rührender Weise bei mir und bat mich scherzend, — „einem alten Narren seinen unverträglichen Charakter zu verzeihen". Ich „verzieh" ihm nicht nur; ich war ganz hingerissen von dieser einheitlichen, ernsten, aufrichtigen Seele des Weisen. Trotzdem aber erhielt ich den unauslöschlichen Eindruck, daß Peter Kropotkin nicht mehr derselbe sei, daß er sich weit, unendlich weit von uns entfernt habe, ob in die Vergangenheit oder in die Zukunft hinein — wer vermochte es zu sagen?

Zwischen uns jungen Anarchisten und dem alten Lehrer hatte sich schon damals, vor 15 Jahren, eine unüberbrückbare Kluft aufgetan. Sämtliche anarchistischen Strömungen in Rußland waren in Opposition und im Kampf gegen die Lehre Kropotkins aufgewachsen. „Besnatschalije", „Das schwarze Banner", „Die neue Welt", „Burewestnik" — alle diese Organe, die die verschiedenen Schattierungen des anarchistischen Gedankens in Rußland zum Ausdruck brachten, waren gegen die Theorie Kropotkins gerichtet. Es bestand bloß eine einzige Kropotkinsche Gruppe, die Gruppe „Brot und Freiheit"; doch besaß sie nur geringen Einfluß in Rußland und löste sich bald in die übrigen Gruppen auf.

Bei meiner Rückkehr aus Amerika, im Sommer 1906, suchte ich Kropotkin auf, der damals unweit London im Städtchen Bromley lebte, wo er eine bescheidene Villa, „Violet" bewohnte. Ich traf ihn nicht an. Er war zur Kur in der Normandei. Als ich ihm mitteilte, daß ich behufs illegaler Arbeit nach Rußland zurückkehren wolle und

ihn gern sprechen möchte, schrieb er mir einen langen, herzlichen Brief, unterbrach seine Kur und reiste nach Bromley zurück. Wir verbrachten eine Reihe von Tagen miteinander. Nie werde ich die Begeisterung vergessen, die mich jedesmal ergriff, wenn wir allein blieben und er mir mit seiner sanften, tiefen Stimme von der Menschheit, von der Solidarität, der Toleranz, den Volksleiden und von seinem eigenen Leben sprach. Stiegen wir aber in unserem Gespräch auch nur ein wenig aus den luftigen Höhen der Moral und Philosophie herab, so war Kropotkin nicht wiederzuerkennen. Die kleinste Sympathieerklärung für die Theorie des Klassenkampfes, die kleinste Erklärung für die Notwendigkeit der Organisation genügte, um ihn in einen gereizten Zustand zu versetzen. Es wurde unmöglich, die Unterhaltung weiterzuführen.

Die große Revolution, die vor unser aller Augen heranreifte, erforderte von den aufrichtigen Revolutionären bedingungslose Klarheit des Programms, absolute Genauigkeit, konkrete Taktik und höchste Organisation. Vergebens aber versuchten wir, eine Verständigung mit Kropotkin zu erzielen. Der große Lehrmeister, der in der Erforschung der Vergangenheit soviel Geistesschärfe gezeigt hatte, wußte nichts als allgemeine Phrasen zu sagen, wenn von der Gegenwart die Rede war. Diese Phrasen waren lebendige Zitate aus seinen Artikeln, die schon vor langem in den Büchlein: „Reden eines Aufrührerischen", „Brot und Freiheit" usw. gesammelt wurden. Wir hatten keinen Grund, mit ihm zu streiten, aber auch keinen Anhaltspunkt zur Verständigung. Wollte es uns scheinen, als ob wir einander vollkommen verstanden hätten, so tauchte plötzlich irgendeine „unbedeutende" taktische Frage auf, die alle angenommenen Punkte der Verständigung ebenso rasch wieder umstürzte, und der Streit begann von neuem. Der letzte Stein des Anstoßes zwischen uns war die Stellungnahme des Anarchismus zu den „privaten Expropriationen".

Diese Frage war damals sehr akut, denn unter der Marke des Anarchismus trieben ganze Scharen von Räubern ihr Spiel, die den jungen ideellen Anarchismus gänzlich zu überschwemmen drohten. Die Führer der Bewegung mußten fest, streng, unerbittlich auftreten. Die jungen ideellen Anarchisten in Rußland sahen, welch erschreckende Ausdehnung das Uebel annahm und erklärten den Expropriatoren den unerbittlichen Kampf.

Als ich Kropotkin sagte, daß meine Freunde beschlossen hätten, jeden, der den Namen des Anarchismus zu Raub und Mord mißbrauchen würde, erbarmungslos niederzuschießen, geriet er außer sich und schloß seine lange Belehrungsrede mit den Worten: „Wir müssen die jungen Leute, die da fehlgehen, nicht töten, sondern sie belehren und bekehren. Es ist nicht Sache des Anarchisten, sie zu töten, ja, nicht einmal, sie zu kritisieren. Nicht durch Kritik, sondern durch das Beispiel müssen wir die Anarchisten belehren."

Dies war möglicherweise sehr human gedacht und trug auch ein Körnchen Wahrheit in sich. Was aber frommte uns diese Wahrheit? Mit einer solchen Taktik konnte man wohl eine neue Abart des Tolstoianertums ins Leben rufen, aber keine einheitliche, große, machtvolle revolutionäre Partei schaffen.

Unsere Unterhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Die Geschichte hat gezeigt, wer recht gehabt. Die „Brot und Freiheit" - Strömung zerrann spurlos wie ein Traum; der Anarchosyndikalismus assimilierte und saugte alle anderen Strömungen des russischen Anarchismus in sich auf.

Bei Kropotkins feurigen Predigten kam mir immer wieder der bittere Gedanke: „Wo ist denn der Führer des Anarchismus, wenn er nicht mit uns ist, die wir kämpfen und ein neues Leben schaffen?"

Viele Jahre vergingen. Wir machten noch zwei Revolutionen durch — die März- und die Oktoberrevolution.

Eine Gruppe russischer Anarchosyndikalisten trug sich mit dem Plan, eine große politische anarchistische Zeitung zu gründen. Um sie zum vereinigenden, organisierenden Mittelpunkt des ganzen russischen Anarchismus zu gestalten, brauchten wir den Namen Kropotkins. Wir bahnten Verhandlungen mit ihm an und gaben ihm zu verstehen, mit welcher Begeisterung dieser Gedanke in sämtlichen anarchistischen Kreisen, seine persönlichen Freunde mit eingeschlossen, aufgenommen wurde. Kropotkin aber fand, daß der Zeitpunkt für die Herausgabe eines großen politischen Blattes ungeeignet sei, man müsse Lesezirkel bilden, Propaganda treiben, durch persönliches Beispiel wirken, die Artikel aus „Les temps nouveaux" und „La Révolte" nachdrucken und verbreiten — Artikel, die schon längst zur archäologischen Seltenheit geworden waren. So war Kropotkin Ende 1917 nicht mit uns, nicht mit den Lebenden, sondern mit denen, die schon längst aus dem Leben geschieden waren.

Als die Botschaft kam, daß Peter Alexejewitsch Kropotkin in Dmitrow verschieden sei, mischte sich in die tiefe Trauer aller, die ihn liebten (und es waren ihrer viele, denn wer ihn kannte, der liebte ihn auch) das Gefühl, daß mit dem großen Greise zugleich der traditionelle, vom Leben losgelöste, träumerische Anarchismus zu Grabe getragen wurde. Was Wunder daher, daß die beiden einander schon lange bekämpfenden Tendenzen im russischen Anarchismus — der Realismus und der Utopismus, mit dem Leben oder außerhalb des Lebens — bereits an seinem offenen Grabe die Degen kreuzten? Es ist nicht schwer vorauszusehen, welche Tendenz siegen wird, es ist überall die siegreiche Tendenz des Lebens. Bald werden alle Anarchisten einsehen, daß man aus dem wohlfeilen Kritisieren keine Tugend machen darf, die Maske des Schweigens darf nicht als revolutionärer Tiefsinn gelten. Der Ausgangspunkt der neuen Bewegung muß deshalb eine objektive, rein wissenschaftliche Kritik des Kropotkinschen Nachlasses sein.

II.

Herzen hat in seinem Werk „Vergangenheit und Gedanken" („Byloje i Dumy") ein vortreffliches Bild Bakunins entworfen, das unwillkürlich in unserer Erinnerung aufsteigt, wenn wir von Kropotkin sprechen und zu ergründen versuchen, was er der Welt geben wollte und was er ihr gegeben hat.

„Bakunin — sagt Herzen — hatte viele Fehler, aber seine Fehler waren klein, seine guten Eigenschaften dagegen stark. Ist nicht schon das allein etwas Großes, daß er, wohin das Schicksal ihn auch führen mochte, mit wenigen Blicken die Lage überschaute, den revolutionären Strom ausschied und sofort daran ging, ihn weiterzulenken, ihn auszuweiten, eine brennende Lebensfrage aus ihm zu machen?" . . .

In diesem Menschen schlummerte der Keim einer unbegrenzten Tätigkeit, nach der keine Nachfrage bestand. Bakunin trug die Möglichkeit in sich, ein Agitator, ein Prediger, der Führer einer Partei oder einer Sekte, ein Erzketzer, ein Kämpfer zu werden. Weist ihm einen Platz an, wo ihr wollt, sei es auch am äußersten Ende der Welt, als Anabaptist, als Jakobiner, als Kamerad Anacharsis Cloots, als Freund Gracchus Babeufs — er würde die Massen mit sich fortreißen und die Geschicke der Völker erschüttern.

Er liebte aber nicht nur das Toben des Aufstandes, den Lärm der Klubs, der Straße und der Barrikaden; er liebte auch die vorbereitende Agitation, das erregte und zugleich gedämpfte Milieu der Konspirationen, Beratungen, der schlaflosen Nächte, Verhandlungen, Verträge, chemischer Tinte und verabredeter Zeichen. Bakunin gab sich nicht allzusehr damit ab, alle Umstände zu erwägen; sein Blick war auf das eine ferne Ziel gerichtet . . . Er riß die Menschen nicht durch seine Beweisführungen hin, sondern durch seinen Willen; er wollte glauben und glaubte . . .

Mit Siebenmeilenstiefeln überschritt er Berge und Seen, Jahre und Generationen."

Liest man diese Charakteristik Bakunins aus der Feder eines großen literarischen Künstlers, so will es manchmal scheinen, als ob sie geschrieben sei, um uns zu zeigen, was sein Schüler und Nachfolger Kropotkin nicht gewesen ist. Kropotkin liebte es nicht, „die Gegenwart zu untersuchen", um das Revolutionäre in ihr auszuscheiden. 1905 fühlte er sich mit den Anhängern der „Semstwos" und den Kadetten solidarisch. 1906 und 1907 wollte er das reaktionäre Wesen des Expropriatorentums nicht einsehen. In dem blutigen Gemetzel, das die imperialistischen Welträuber inszeniert hatten, stellte er sich Seite an Seite mit dem verachtungswürdigen Verräter Burzew. In den drei Jahren der gegenwärtigen Revolution wurde er sich über den revolutionären Charakter des Bolschewismus nicht klar und stand den rechten Sozialrevolutionären näher als den Anarchisten, die mit dem Bolschewismus eine Verständigung eingegangen waren. „Brennende Lebensfragen" waren ihm nur Fragen persönlicher Moral, nicht aber sozialpolitische Probleme. Es zog ihn nicht an das „äußerste Ende", sondern zur Mitte, und zwar zu der, die dem rechten Ende näher stand. Daher war er nicht geboren, „die Geschicke der Völker zu erschüttern", obgleich auch ihm das große Glück zufiel, in der Zeit der riesenhaftesten gesellschaftlichen Erschütterungen zu leben. In dieser großen Zeit schwieg er. In seiner Jugend liebte auch er natürlich die „Konspirationen"; auch er verstand es, ein Draufgänger zu sein und einen Deckmantel über die ehrbare Ethik zu werfen; auch er wollte glauben und anderen belebenden Glauben schenken. Er hätte sich sonst auch nicht den Ruf eines „Internationalen Meuterers" erworben. In den letzten 20 Jahren aber glaubte er nicht mehr und tötete auch in uns den Glauben. Die Ethik verschloß ihm die Augen für die Wirklichkeit; hinter seinem Buch über die Ethik versteckte er sich selbst vor dem, was er in seiner Jugend so

sehnsüchtig erträumt hatte und was er nicht erkannte, als es an der Lebensgrenze zu ihm kam — vor der Revolution.

III.

Wenn man sich Kropotkin vorstellt und seine charakteristische Eigenschaft festzustellen versucht, so gelangt man immer wieder zu dem Ergebnis, daß die Güte in ihm vorherrschend war. Dieser Güte entsprang sein Mitleid mit den Menschen, daß seinerseits das Gefühl der Empörung gegen die soziale Umgebung in ihm wachrief und festigte. Nicht von wissenschaftlicher Analyse des Lebens, nicht von wissenschaftlicher Prognose der Zukunft ließ er sich lenken, sondern vom Mitleid. Kropotkins Tochter spricht darüber: „Er liebte die Menschen mit der Liebe, die — wie er zu sagen pflegte — die Liebe des russischen Volkes ist, d. h. mit Mitleid". Da er fühlte, daß das Mitleid die Hauptkraft war, die ihn lenkte, so idealisierte er es begreiflicherweise und war bestrebt, es als beinahe kosmische Kraft darzustellen. Das wäre aber noch kein Unglück gewesen.

Das Unglück setzte dort ein, wo er versuchte, seine subjektiven Stimmungen zur Grundlage einer realen Politik zu machen. Seine Bücher „Reden eines Aufrührerischen", „Brot und Freiheit" und seine zahllosen Artikel enthalten alle die gleiche Predigt: Plündert den Armen nicht, unterdrückt den Schwachen nicht, liebet und bemitleidet einander. Wenn wir diese Predigt zum erstenmal lesen, überzeugt sie uns durch ihre unbedingte Gerechtigkeit. Daher gibt es auch kein zweites Agitationswerk in der Weltliteratur, das sich mit dem „Brot und Freiheit" messen könnte. Findet man jedoch dieselben Worte, Phrasen und Beweisführungen überall, in Proklamationen, Flugschriften und wissenschaftlichen Werken wieder, so kann man sich einer gewissen Gereiztheit nicht erwehren. Kein einziger Schriftsteller in der Welt hat die Worte „Solidarität" und

„Meuterei" so oft gebraucht wie Kropotkin. Was hat er aber getan, um diese „Solidarität", diese „Meuterei" zu organisieren?

Kropotkin war ein großer Apostel. Er war ein unvergleichlicher Prediger der Menschenliebe, denn er predigte durch das Beispiel. Ein Organisator aber war er ganz und gar nicht. Deshalb hat er auch weder in den Programmen der Kämpfenden, noch in dem gesellschaftlichen Leben von heute irgendwelche deutliche Spuren hinterlassen.

Alle seine Organisationspläne, seine ganze Taktik lief auf eine eigenartige Liebe zum Volk hinaus. Er war seinem Wesen nach ein Volksmann (Narodnik) von reinstem Wasser. Daher vermissen wir selbst in seinen gelehrten Arbeiten einen gewissen weiten Ausblick: sein großer wissenschaftlicher Geist, sein bedeutendes schriftstellerisches Talent winden sich im Schraubstock des engherzigen Dogmas der Volksliebe. Nach Bakunin hat wohl niemand dem Kampf mit der Religion und der Methaphysik soviel Kraft geopfert, wie Kropotkin. Wenn man jedoch seine wissenschaftlichen Arbeiten sorgfältig studiert, sich vom Verfasser gehorsam von einer Epoche zur anderen, von einem Volk zum anderen, aus einer Lebenssphäre in die andere führen läßt und zum glücklichen Ende gelangt, so empfindet man unwillkürlich einen gewissen Aerger. Zum Dank für das lange Umherirren belohnt dich der Verfasser mit einigen gefühlvollen Sentenzen, aus denen man bestenfalls eine kleine Predigt machen könnte; ein positives Aktionsprogramm läßt sich darauf aber keineswegs aufbauen.

Nehmen wir ein Beispiel: Kropotkin hat recht umfangreiche Abhandlungen über die Städte des Mittelalters, über das Kleingewerbe, die französische Revolution, die Pariser Kommune usw. geschrieben. Wenn man jedoch das Fazit seiner Erforschungen ziehen will und die Frage

aufwirft: Was muß nun getan werden? — so wartet man vergebens auf eine Antwort.

Im Mai 1920 schrieb Kropotkin einem Anarchisten:*) „Ich glaube fest an die Zukunft. Ich glaube daran, daß die syndikalistische Bewegung, d. h. die Gewerkschaftsbewegung, die vor kurzem auf ihrem Kongreß Vertreter von 28 Millionen Arbeitern versammelt hat, in den nächsten 50 Jahren als bedeutende Kraft auftreten wird, um an den Aufbau einer kommunistischen, staatenlosen Gesellschaft zu gehen" ...

„Ich glaube auch, daß bei der Organisation einer sozialistischen oder vielmehr kommunistischen Gesellschaft unter der Bauernschaft die Genossenschaftsbewegung, und zwar gerade die der russischen Bauern in den nächsten fünfzig Jahren ebenfalls einen lebensfähigen, schöpferischen Kern des kommunistischen Lebens bilden wird" ...

Es ist unbegreiflich, auf welche Weise die syndikalistische Bewegung, an deren Spitze Jouhaux, Oudegeest und andere geriebene Politikanten und durch und durch bürgerliche Staatsritter stehen, zum staatenlosen Kommunismus führen kann. Nicht minder unverständlich ist es, wie das durchaus händlerische Genossenschaftswesen ein neues kommunistisches Leben aufbauen soll. Und was hätten die Anarchisten damit zu schaffen? Was sollen sie in diesen 50 Jahren, d. h. zwei Generationen lang tun?

Es wäre natürlich keinem einzigen Parteiführer in den Sinn gekommen, die brennenden Tagesfragen so zu beantworten, wie Kropotkin es tut. Ihm, dem Apostel und Prediger, für den die Gesellschaft bloß ein Feld ist, auf dem er seine persönlichen Moralansichten säen kann, genügt das naive „ich glaube". Credo quia absurdum.

Wir wollen dem Verstorbenen natürlich keinen Vorwurf daraus machen. Es war uns nur daran gelegen, seine

*) „Anarchistische Organisationen dem Andenken Peter Alex. Kropotkins", den 8. Febr. 1921.

Rolle in der Geschichte des Anarchismus und der Revolution klar und deutlich festzustellen.

Er war kein Führer des Anarchismus und konnte es auch nicht sein; aber er war ein bedeutender Prediger.

IV.

In der Theorie der unter der Losung des Anarchismus auftretenden Strömungen gibt es eigentlich keinen einzigen Grundsatz, den man voll und ganz Kropotkin zuschreiben könnte. Man stößt oft auf die Behauptung, daß Kropotkin in einem gewissen Punkt der anarchistischen Doktrin eine Umwälzung herbeigeführt habe; der Anarchismus, der zu Bakunins Zeiten kolletivistisch war, soll dank Kropotkin kommunistisch geworden sein. Diese Behauptung beruht auf einem Mißverständnis.

„In seinen ökonomischen Ansichten — sagt uns Kropotkin selbst**) — war Bakunin durchaus Kommunist; auf Verabredung mit seinen föderalistischen Freunden aus der „Internationale" hin nannte er sich jedoch anarchistischer Kollektivist; hiermit entrichtete er dem Mißtrauen, das man in Frankreich den Staatskommunisten entgegenbrachte, seinen Tribut ... Für ihn, wie auch für seine Freunde bedeutete der Kollektivismus den gemeinschaftlichen Besitz an allem, was zur Produktion dient, ohne daß sie im Voraus festgestellt hätten, in welcher Form die Entlohnung der verschiedenen Produzentengruppen für die geleistete Arbeit erfolgen werde: ob sie die kommunistische Lehre annehmen, Arbeitsmarken, gleichen Tageslohn für alle oder irgendeine andere Lösung vorziehen werden."

Es ist klar, daß das neue Wort Kropotkins keineswegs einen Fortschritt in der Entwicklung der Theorie des Anarchismus bedeutete. Bakunin wußte, daß die Gesellschaft sich auf dem Besitz der Produktionsmittel und nicht dem der Verbrauchsmittel aufbaut, daß man daher in erster

**) P. Kropotkin „Anarchismus", Verlag „Golos Truda" („Arbeiterruf"), Petrograd. 19. S. 48—59.

Linie eine bestimmte Produktionsform schaffen muß, während die Formen der Verteilung im Verlauf der Revolution selbst, unter dem Einfluß der konkreten Kampfbedingungen ausgearbeitet werden. Die russische Revolution hat glänzend bewiesen, daß Bakunin recht hatte. Vor allem nahm das revolutionäre Volk die Produktionsmittel — Fabriken und Werke, Grund und Boden — in seine Hände. Die Verteilungsformen dagegen befinden sich noch jetzt im Stadium der Entwicklung, angefangen von dem bürgerlichen Arbeitslohn bis zum vollen Kommunismus. Seine Verwirklichung wird erst dann möglich werden, wenn die Arbeitsproduktivität durch die neuen Produktionsverhältnisse soweit gehoben ist, daß jedermann mit allem Nötigen versorgt werden kann.

Zugegeben, daß die Einführung der kommunistischen Idee in das Programm der anarchistischen Lehre in dem Sinne einen Fortschritt bedeutete, daß sie zur Klärung der Endziele beitrug, so war es doch zweifelsohne ein Rückschritt, daß Kropotkin anstelle der bestimmten, klaren Bakuninschen Formel des Klassenkampfes den irreführenden, manchmal sogar gefährlichen Begriff des außerhalb der Klassen stehenden oder alle Klassen umfassenden Volkes aufstellte. Gleich Marx besaß Bakunin einen starken analytischen Geist und begriff sehr wohl, daß zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat eine ganze Anzahl von Zwischengruppen der eigenen Ideologie stehen. Freilich sah er nirgends „antikollektivistische Schädel". Er verstand aber vorzüglich, daß man an die Bourgeoisie und die Intellektuellen in besonderer Weise herantreten müsse, daß diese Gruppen in einem Falle mit dem Proletariat gehen können und müssen, in tausend anderen Fällen aber gegen das Proletariat sein müssen. Als Wirtschaftler und Psycholog analysierte er ihre Ideologie; als Ideolog der Arbeiterklasse arbeitete er bestimmte taktische Pläne aus, um aus den wahrscheinlichen Feinden mögliche Verbündete zu machen. Ganz

anders tritt Kropotkin an diese gefährlichen Fragen heran. „Jeder ehrliche Mensch — sagt er*) — unter der Jugend, unter den Bauern, den städtischen Arbeitern, unter den Gebildeten und Ungebildeten, den Armen und Reichen muß — wenn nur ein warmes, gefühlvolles Herz in ihm schlägt — verstehen, wie die Rechte der Menschheit jetzt mit Füßen getreten werden: er muß sich seiner Rechte bewußt werden und dorthin gelangen, wohin die gegenwärtige Gesellschaftsordnung ihn stößt, er ist gezwungen, revolutionär zu werden" ... Die ganze Taktik der revolutionären Praxis wird hier auf dem warmen, gefühlvollen Herzen aufgebaut ...

Worin besteht eigentlich die Grundidee Kropotkins von der Vernichtung des Staates? Bakunin trennte nie das Kapital vom Staat, denn er begriff, daß sie bloß zwei Teile eines einzigen Wesens, der Herrschaft der Bourgeoisie, waren. Kropotkin hat durch seine zahlreichen, überaus ernsten und gewissenhaften Erforschungen über den Ursprung und das Wesen des Staates die Frage derartig verwirrt, daß man seinen Anarchismus gar nicht mehr vom bürgerlichen Liberalismus unterscheiden kann.

Bald stellt er ein Gleichheitszeichen zwischen den Staat und der Regierung. Bald versteht er unter dem Staat nur eine zentralisierte Regierung. Manchmal drückt er sich so aus, als ob die städtische Kommune des Mittelalters, die er hochtrabend „freie Kommune" nennt, beinahe der zukünftigen idealen Kommune gleichkomme oder, zum mindesten, einen Schritt auf dem Wege zur idealen Kommune vorstelle. Ein anderes Mal dagegen ist er sich des staatlichen und Klassencharakters der Städte des Mittelalters vollkommen bewußt.

In seinem Buch „Brot und Freiheit"*) lesen wir wie folgt:

*) **Reden eines Meuterers", Verlag „Stimme der Arbeit" („Golos Truda"), Petrograd—Moskau, 1921, S. 78.**

*) Ausgabe des Verlags „Stimme der Arbeit" (Golos Truda), Petrograd—Moskau, 1919, S. 50.

„Als die Kommunen des X., XI. und XII. Jahrhunderts sich von der Herrschaft ihrer weltlichen und kirchlichen Souverains emanzipieren, beginnt in ihnen sofort eine intensive Entwicklung der Grundsätze: gemeinsame Arbeit und gemeinsamer Konsum.

Die Stadt — eben die Stadt und nicht Privatpersonen (Der „Herr Grosse Nowgorod" in Rußland) — rüstete Schiffe aus und entsandte Karawanen, um mit fernen Ländern Handel zu treiben. Der erzielte Gewinn kam wiederum der ganzen Stadt und nicht einzelnen Kaufleuten zugute. Die Stadt kaufte auch die nötigen Vorräte für die Bevölkerung ein."

All dies ist verschwunden. Bloß die landwirtschaftliche Kommune kämpft noch um die Erhaltung der letzten Spuren dieses Kommunismus, und auch ihr gelingt es nur solange, bis der Staat seine schwere Faust in die Wagschale wirft.

An einer anderen Stelle der „Rede des Meuterers"**) sagt Kropotkin dagegen: „Schüttelten die mittelalterlichen Kommunen zugleich mit den Gutsherren auch die reichen Kaufherren ab, die sich durch den Warenhandel und durch Bankgeschäfte riesige Vermögen erworben hatten? — Leider nein! Nachdem die Städter die Schlösser der Adligen zerstört hatten, wurden sie nach einiger Zeit gewahr, daß die reichen Kaufherren ebensolche Schlösser zu errichten begannen und daß im Innenleben der Kommune ein Kampf zwischen Reich und Arm sich entspann, in den der König sich alsbald einmischte."

In der „freien Kommune" gab es also Klassenkampf. Die einen bereicherten sich, die anderen verarmten, der Gewinn kam keineswegs allen zugute; die „Stadt" war nur ein Sammelname für die Kaufmannsklasse, genau so wie das „Vaterland" jetzt nur ein Aushängeschild für die Bourgeoisie ist.

**) Verlag „Golos Truda", Petrograd—Moskau, 1919, S. 110.

Kropotkin, indem er zu dieser Schlußfolgerung gelangt war, begriff, daß eine derartige Kommune nicht das Ideal, ja nicht einmal der Vorläufer der zukünftigen Kommune war. Er bemüht sich folglich, den Unterschied festzustellen. In demselben Buch (S. 118) sagt er: „Für den Städter des Mittelalters war seine Kommune ein durch seine Grenzen streng abgeschiedener Staat (!). Für uns aber ist die Kommune nicht mehr eine bloße Bodeneinheit. Sie ist vielmehr ein allgemeiner Begriff (?) von irgendeinem (?) Bunde Gleichstehender, der weder Stadtmauern noch Grenzen kennt... Eine Kommune gemeinsamer Interessen wird geschaffen, deren Mitglieder über 1000 Dörfer und Städte verstreut sein werden"...

Ich muß gestehen, mir scheint es befremdend. Zweifellos wird es in den Kommunen einzelne Gruppen geben, die mit anderen ebensolchen oder mit ihnen nützlichen Gruppen verschiedenartige Bündnisse schließen werden. Kann irgendeine Kommune aber ohne bestimmte wirtschaftliche Grundlage bestehen? Bei den jetzigen Produktionsmethoden und Verkehrsmitteln, bei dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft, die uns noch nicht so weit gebracht haben, daß wir die Nahrungsmittel in Laboratorien herstellen können, kann eine Gesellschaft ohne bestimmtes Territorium wirtschaftlich nicht bestehen. Von einer Interessenkommune kann eher auf dem Gebiet der rein geistigen Tätigkeit die Rede sein, nicht aber auf dem Gebiet der Produktion, deren planmäßige Organisation eine unerläßliche Vorbedingung des Kommunismus ist.

V.

Gehen wir nun von der Wirtschaftslehre zur Politik über. In seinem Buche „Brot und Freiheit" sagt Kropotkin: „In der Geschichte entspricht jeder wirtschaftlichen Phase eine politische. Man kann die gegenwärtige Form der Eigentumsbeziehungen nicht zerstören, ohne zugleich eine neue politische Lebensordnung einzuführen..."

„Solange die Gesellschaft auf der Grundlage der Leibeigenschaft aufgebaut war, konnte sie sich mit der absoluten Monarchie vertragen. Als sie sich auf der Lohnarbeit und der Ausbeutung der Massen durch die Kapitalisten aufbaute, fand sie die beste Stütze der Ausbeutung im Parlamentarismus. Die Freie Gesellschaft dagegen wird nach Uebernahme des gemeinsamen Erbes — des Grund und Bodens, der Betriebe und Kapitalien — eine neue politische Organisationsform suchen müssen, die dem neuen wirtschaftlichen Leben entspricht, eine Organisationsform, die auf freiem Bündnis und freier Föderation beruhen wird."

An anderer Stelle*) sagt er: „Die freie Kommune — das ist die politische Form, die die soziale Revolution wird annehmen müssen" . . . .

„Ist keine zentrale Regierung nötig, die über die freien Kommunen befehligen wird, wird die nationale Regierung abgeschafft und die Einheit des Landes durch eine freie Föderation der Kommunen erzielt, so ist, unserer Ansicht nach, auch die zentrale Stadtverwaltung überflüssig und schädlich" . . . .

„Das Föderationsprinzip, d. h. die freie Vereinigung von Stadtteilen, Industrieverbänden, Konsum- und Austauschverbänden usw. genügt vollkommen, um im Innern der Kommune ein Einvernehmen der Produzenten, Konsumenten und anderer Bürgergruppen herzustellen."

Hier sind zum Teil zweifellos richtige Gedanken enthalten, die von der gesamten Geschichte der Volksrevolutionen diktiert wurden und in der Geschichte unserer großen Revolution eine klare Bestätigung finden.

Die russische Revolution hat es in ihrer ersten historischen Verfassung der Sowjetrepublik zum Ausdruck gebracht, daß wir keinen zentralisierten, auf Soldatenmacht beruhenden kommunistischen Staat, sondern ein freies Bündnis der Werktätigen schaffen wollen. Das Ver-

*) Die Anarchie, S. 44—45.

fassungsgesetz weist darauf hin, daß die Diktatur des Proletariats und der Dorfarmut nur eine zeitweilige Organisationsform ist, die „den Zweck verfolgt, die Bourgeoisie vollkommen zu unterdrücken, die Ausbeutung eines Menschen durch den anderen abzuschaffen und den Sozialismus zu errichten, unter dem es weder eine Klasseneinteilung noch eine Staatsmacht geben wird." „Die russische Republik — heißt es in der Konstitution — ist eine freie sozialistische Gemeinschaft aller Werktätigen Rußlands."

Auch das Föderationsprinzip hat gleich am Anfang der russischen Revolution seine Weihe empfangen. Es war Kropotkins sehnlichster Wunsch, daß die Revolutionäre, ohne auf die offizielle Sanktion des Parlaments zu warten, im ganzen Lande zur Revolution schreiten sollen. Nun denn, die russischen Kommunisten jagten sofort die hyperdemokratische Konstituante auseinander, warfen die bürgerlich-sozialistische Gewalt über Bord, ergriffen Petrograd und Moskau, bemächtigten sich einer Stadt nach der anderen, eines Dorfes nach dem anderen und setzten im ganzen Lande die Herrschaft der Werktätigen ein. Wenn das revolutionäre Rußland noch bis heute nicht zur freien sozialistischen Gesellschaft der Werktätigen geworden ist, so fällt die Schuld nicht auf die Doktrinäre des Staates, sondern auf die Bedingungen der Kriegszeit, die die größte Zentralisation Rußlands erforderlich machen, und auf die durch den vierjährigen imperialistischen Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Zerrüttung, die ebenfalls die größte Sparsamkeit und folglich auch die größte Zentralisation erfordert.

Neben gesunden, klaren Gedanken über die zukünftige politische Organisation der Gesellschaft finden wir bei Kropotkin jedoch viel Unklares, Irreführendes. Er verstand es nie, die Tendenzen von den Endzielen zu unterscheiden und warf die konkreten Aufgaben des gegebenen Augenblicks stets mit der letzten Etappe eines langwierigen Prozesses in einen Haufen zusammen. Man muß blind sein,

um nicht zu sehen, daß ein riesiges, kulturell zurückgebliebenes, zerrüttetes Land nicht mit einem Mal, gleich am ersten Tage der Revolution in einen freien, föderativen Bund der kleinsten landwirtschaftlichen Kommunen und Stadtteile verwandelt werden kann.

Ein ebensolches Gemisch von genialer Klarheit in der allgemeinen Prognose und von ärgerlicher Verschwommenheit, wo es sich um das Konkrete handelt, finden wir in Kropotkins Lehre über die Wege der sozialen Revolution.

„Es wird unsere Sache sein — beginnt er*) ganz richtig — dafür zu sorgen, das vom ersten Tage der Revolution an und während ihrer ganzen Dauer in dem vom Aufstand ergriffenen Gebiet kein einziger Mensch unter Brotmangel leide, keine einzige Frau vor der Bäckerei darauf zu warten habe, bis ihre Reihenfolge kommt und man ihr wie ein Almosen ein Stück Brot aus Kleie zuwirft, keinem einzigen Kinde das fehle, was sein schwacher Organismus verlangt."

„Um praktisch vorzugehen, muß das Volk in den Gegenden, wo die Revolution ausgebrochen ist, unserer Meinung nach sofort alle vorhandenen Lebensmittel ergreifen, sie registrieren und es so einzurichten suchen, daß nichts verloren geht, daß die Vorräte allen zugute kommen, um auf diese Weise die kritische Zeit zu überstehen."**)

Darin hat er natürlich recht, und die Taktik des russischen Kommunismus war auch darauf gerichtet: Requisition, Registrierung, Kartensystem.

„Dem Bauer — fährt Kropotkin fort***) — soll man nicht Papierscheine anbieten, sondern Gegenstände, deren er unmittelbar bedarf: Dresch- und Mähmaschinen, die er jetzt schweren Herzens entbehrt; Kleidung, die ihn vor dem Unwetter schützen kann; Lampen und Petroleum anstelle seiner Fackel; Schaufel, Sense, Pflug — mit einem Wort, alles, was ihm jetzt fehlt" . . .

*) „Brot und Freiheit", S. 80.
**) S. 83.
***) S. 101.

Hier haben wir aber ein Recht zu fragen: Und wenn die Stadt dem Bauern nichts von alledem bieten kann, weil sie, sagen wir, durch den Krieg völlig zerrüttet ist, wie es jetzt der Fall ist, was dann? Kropotkin gibt uns keine Antwort darauf. Er ist unerbittlich in seiner Verneinung der Macht: „Nicht Kommissare, mit roter oder bunter Schärpe umgürtet, die den Befehl erhalten, Vorräte an diesen oder jenen Ort zu schaffen, soll die Stadt aufs Land schicken, sondern Freunde, Brüder, die den Bauern sagen: Bringt uns eure Lebensmittel und nehmt aus unseren Warenlagern alles, was ihr braucht. Dann werden die Lebensmittel von allen Seiten der Stadt zufließen."

Eine Binsenwahrheit . . . Wenn unsere Warenlager aber leer sind, sodaß wir den Bauern fast nichts zu geben haben und die Bauern sich weigern, ihre Vorräte für die städtischen „Nichtstuer" herzugeben? Muß man in diesem Falle nicht dennoch Kommissare (wenn auch ohne jede Schärpe) auf das flache Land schicken?

Kropotkins Antwort ist um so weniger befriedigend, als er mit genialem Scharfblick Momente der Revolution voraussah, die sich erst jetzt herauskristallisierten und jetzt für alle offenbar geworden sind. „Der Bauer — sagt er — wird zweifellos die Revolution ausnutzen, um seinen von der Landarbeit gebeugten Nacken gerade zu biegen. Statt 14 oder 16 Stunden zu arbeiten, wie er es jetzt tut, wird er den ganz gerechten Wunsch haben, die Hälfte dieser Zeit auszuruhen. Dies kann zur Verringerung der Produktion der notwendigsten Nahrungsmittel, wie Brot und Fleisch führen."

„Man muß daher vernünftigerweise annehmen*), daß die Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Innern des Landes, wie auch aus dem Auslande sich im allgemeinen verringern wird. Wie ist dies gutzumachen? Ganz einfach: das

*) S. 105.

Fehlende muß durch eigene Kraft (d. h. durch die Kraft der Stadt selbst) ersetzt werden."

Kropotkin sieht nicht nur die größte Schwierigkeit unserer Revolution voraus: die Zerrüttung der Produktion und der Arbeit, die von den bürgerlichen Wirtschaftlern verschriene „Faulheitswoge", die Notwendigkeit des Warenaustausches zwischen Stadt und Land, sondern sogar die Notwendigkeit, die brachliegenden städtischen Grundstücke anzubauen. Diese Lösung erfordert jedoch einen langwierigen schweren Prozeß. Was aber muß das bereits hungernde Volk nun beginnen, wo es seine eigene Lebensmittelproduktion noch nicht in Gang gebracht hat, wo die städtischen Warenlager leer sind und man den Bauern nichts bieten kann, wo die Bauern — wie Kropotkin voraussah — die Aussaat verringert haben und der Stadt Getreide zu Marodeurpreisen anbieten? Soll sich die Stadt denn wirklich ganz auflösen und untergehen zum Wohlgefallen des kulturell zurückgebliebenen, nichtrevolutionären flachen Landes, das sie selbst zum Leben erweckt, dem sie Land und Freiheit verschafft hat? Natürlich sah Kropotkin mit seinem Scharfblick wohl ein, daß die organisierte Gewalt der Stadt über das flache Land unumgänglich notwendig ist, um einer noch grausameren, unmenschlichen Gewalt des flachen Landes über die Stadt vorzubeugen. Dies zugegeben, hieße jedoch den Klassenkampf im „Volke selbst", die Notwendigkeit einer gewissen Diktatur anerkennen. Kropotkin kann es nicht tun, denn es widerspricht seinen Ausgangsprämissen — dem Mitgefühl, der Solidarität, der Verneinung der Gewalt, Und er übergeht diese Frage mit Stillschweigen.

Nicht nur in der Politik ließ sich Kropotkin von rein ethischen Anschauungen leiten. Seine sämtlichen wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiete der Biologie, Zoologie und sogar der Geographie sind von jener Liebe durchdrungen, die eigentlich nichts anderes war als Mitleid. Es ist bekannt, wie freudig er in den siebziger Jahren Pro-

fessor Keßlers Gedanken aufgriff, daß „in der Natur außer dem Gesetz der gegenseitigen Bekämpfung auch noch das Gesetz der gegenseitigen Hilfe bestehe." In der Lehre Keßlers fühlte er eine Stütze zur „wissenschaftlichen" Verherrlichung des Mitleids. „Nur in einem Punkt — sagt Kropotkin*) — konnte ich mich nicht ganz mit den Ansichten Keßlers einverstanden erklären. Er beruft sich auf die „elterlichen Gefühle" und die Sorge um die Nachkommenschaft als Quelle der gegenseitigen Zuneigung der Tiere zueinander . . ."

„Ich lenkte die Hauptaufmerksamkeit darauf, daß in erster Reihe die gegenseitige Hilfe als wichtigster Faktor der Entwicklung festgestellt werden müsse und überließ es zukünftigen Forschern, den Ursprung der Instinkte der gegenseitige Hilfe in der Natur zu ergründen."**)

Kropotkin, der zufällig auf die Idee der gegenseitigen Hilfe gestoßen ist, weicht somit in bewußter Weise der Ergründung ihres Ursprungs aus, denn er muß fürchten, daß die Tatsachen, die er zugunsten der sattsam bekannten gegenseitigen Hilfe gesammelt hat, ebenso wie noch zahlreiche andere gegen sie sprechende Tatsachen mit dem instinktiven Mitleid bezw. Solidarität, die er zum Weltgesetz erhebt, nichts gemeinsam haben.

VI.

Der enge Rahmen eines journalistischen Artikels verbietet uns, die Tätigkeit und die Gedanken des großen Gelehrten und Revolutionärs allseitig zu beleuchten. Wir möchten gern, wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, zusammenfassen, was er der Welt hinterlassen hat. Der Geschichtsschreiber wird dem Leben, der wissenschaftlichen und Propagandatätigkeit dieses großen Mannes wohl die größte Hochachtung zollen. Uns, seine Zeitgenossen, die

*) P. Kropotkin. „Die gegenseitige Hilfe als Faktor der Evolution", S. 4.
**) Ibidem, S. 5.

wir noch nicht all die Probleme gelöst haben, um welche Kropotkins Leben und Gedanken sich drehten, fällt es noch schwer, ihm, ohne fehlzugehen, einen bestimmten Platz anzuweisen. Er war zu vielseitig, zu selbständig, als daß man sein Leben und Wirken in einer einzigen Formel zusammenfassen könnte.

Wenn man sich Kropotkins geistige Physiognomie genau ansieht, kommt einem unwillkürlich ein anderer, ihm merkwürdig verwandter großer Geist in Erinnerung — Plato. Der eine wie der andere sogen alle Früchte der vorangegangenen Entwicklung in sich auf und wurden zu Mittelpunkten genialer Intuitionen, zugleich aber auch unzähliger Widersprüche. Der eine wie der andere waren ihr Leben lang auf der Suche nach der vollkommenen Gesellschaft und widmeten dieser Aufgabe ihre ganze Kraft, ihr ganzes Wissen und Denken. Der eine wie der andere machten das Gesetz ihres persönlichen Geisteslebens — die Gerechtigkeit — zum Gesetz des Weltaufbaus, mit dem einzigen Unterschied, daß der große Grieche, vom Gefühl des Mitleids nicht niedergedrückt, die Gerechtigkeit in der Harmonie sah, während Kropotkin, der die grausamen Bilder der Leibeigenschaft und der herzlosen Ausschweifungen der Aristokratie nie verwinden konnte, als geistigen Protest gegen seine Umgebung die Idee der alles nivellierenden Gleichheit zum höchsten Gesetz erhob. Plato war der stolze Grieche, Kropotkin — der „reuige Adelige".*)

Kropotkin war ebensolch Rationalist wie Plato; er glaubte ebenso aufrichtig an die Herrschaft der Vernunft, mit dem Unterschied, daß Plato sein Ideal „die Politik" nannte, Kropotkin das seinige dagegen „Anarchie". Plato hat den Zwang eigentlich nicht zum höchsten Gesetz erhoben. Er glaubte, durch Erziehung könnte eine freiwillige Solidarität aller Mitglieder der Gesellschaft er-

*) Der Ausdruck stammt von dem bekannten russischen Schriftsteller N. K. Michajlowski.

zielt werden, wenn auch jeder nur seine eigene Aufgabe erfüllen würde. Kropotkin war seinerseits durchaus nicht der absolute Gegner des Staats, für den er sich selbst hielt. Er war für Föderalismus, Gewohnheitsrecht, Schiedsgericht, für das Vertragsprinzip; aber er verschwieg nicht, daß die Gemeinde das Recht habe, Gewalt auszuüben; ihm widerstrebte bloß der Gedanke einer organisierten Gewalt, eines geschriebenen Gesetzes; er war gegen den Zentralismus. Eigentlich hätte er sich in diesem Punkt mit dem alten Plato bis zu einem gewissen Grad einigen können, denn auch Plato wollte nicht durch tote Gesetze regieren, die er eher als allgemeine Direktiven betrachtete; auch er idealisierte die kleinen Kommunen, die Städte. Platos Staat heißt auch „polis", d. h. die Stadt mit den umliegenden Dörfern.

Man kann ohne besondere Uebertreibung behaupten, daß sogar in den philosophischen Ansichten Platos und Kropotkins die Kluft nicht unüberbrückbar ist. Plato war kein absoluter Idealist, da er die Existenz der äußeren Welt nicht verneinte. Kropotkin hielt sich für einen Materialisten (dieser Materialismus war recht unklar); aber er befürwortete den Materialismus nicht aus praktischen, sondern vielmehr aus philosophischen Erwägungen, als Protest gegen die Kirche. In einer Hinsicht aber haben Plato und Kropotkin ganz dasselbe Gesicht, stellen einen gewissen gemeinsamen Typus vor — in ihren Ansichten über die Moral. Beide sahen im Streben zur Vollkommenheit den Sinn des ganzen Seins. Plato wollte zur Erzielung dieser moralischen Vollkommenheit der menschlichen Rasse einen idealen Staat errichten, denn er glaubte, daß die Verwirklichung seines Gedankens nur durch den Staat möglich sei. Kropotkin, der das Volk idealisierte, beharrte nur deshalb auf der vollen und sofortigen Vernichtung des Staates, weil er glaubte, daß nur der Staat das Volk hindere, die unklaren Ideale der moralischen Vollkommenheit in Fleisch und Blut zu verwandeln.

Kropotkin spricht in seinen Werken selten von Plato, den er verächtlich als Staatsutopisten bezeichnet. Viel mehr nimmt es Wunder, daß er einen anderen Vorgänger, dem er die Hauptpfeiler seiner Lehre zu verdanken hat — Michael Bakunin — fast ganz mit Schweigen übergeht. Kropotkin erwähnt ihn nur beiläufig, und zwar immer in einem bedingt lobenden Tone, aus dem man mehr Kritik als Liebe heraushört. Und doch ist er Bakunin nicht minder verpflichtet als Plato. Der griechische Philosoph gab ihm den Gedanken der vom Heiligenschein der höchsten Moral umstrahlten vollkommenen Gesellschaft. Bakunin eröffnete ihm den Weg zum ersehnten gesellschaftlichen Ideal — den Volksaufstand. Das Ideal der Vollkommenheit, bei Plato viel zu abstrakt, flügellos und utopistisch erhielt bei Kropotkin, dank Bakunin, festen Boden und starke Flügel.

Noch stärker vielleicht als durch Plato und Bakunin wurde Kropotkin von einem dritten großen Geist, von Pierre-Joseph Proudhon beeinflußt. Bakunin war für Kropotkin zu sehr Realist. Bakunin lebte und atmete zusammen mit seiner Umgebung, er litt, gab sich auf, war Feuer und Flamme für die Interessen seiner Zeit, für die Interessen der Klasse. Diesen konkreten Interessen unterordnete er Wissenschaft, Philosophie und seine Taktik. Gleich Marx sah er den Grundfaktor der modernen Gesellschaft im Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, stürzte sich daher in völliger Selbstvergessenheit in das Lager des Proletariats und betrachtete die ganze Welt, alle Tagesaufgaben vom Standpunkt der realen Interessen d i e s e r Klasse. Für Kropotkin gab es keine Klassen, denn er blickte auf die Gesellschaft nicht wie ein kämpfender Gladiator, sondern als „büßender Adliger", den das Mitleid zum Volke vergiftet hat, für den es daher weder Proletariat noch Kleinbürgertum, noch Intellektuelle gibt, sondern nur Unterdrücker und Unterdrückte, Ehrliche und Ehrlose. Begreiflicherweise schienen ihm Bakunins Ansichten zu engherzig; er nahm sich vor, den „Bakunismus"

zu entwickeln, und bemerkte nicht, daß er eigentlich zum Proudhonismus zurückkehrte. Bei Proudhon fand er den Gedanken der genossenschaftlichen Organisation, der freien Verträge und der föderativen Organisation der Industrie. Proudhon gab ihm auch den Leitgedanken für seine Forschungen — die Gegenseitigkeit. Als Kropotkin von Keßler dieses Wort, und zwar in Anwendung auf das Gebiet des Tier- und Pflanzenlebens vernahm, ergriff ihn große Freude, denn die Hoffnung tat sich vor ihm auf, die Naturwissenschaften sozusagen zu „proudhonisieren". Er tat es auch in seinem bekannten Werk über die gegenseitige Hilfe.

Allein weder Plato, noch Bakunin, noch auch Proudhon erschließen uns alle Geistesquellen dieser reich begabten Natur, denn Kropotkin war in erster Reihe nicht Denker, nicht Revolutionär, nicht Mann der Oeffentlichkeit, sondern Prediger. Die Ethik war in seinen Augen alles. Deshalb gab er leichten Herzens alle seine Vorrechte und Reichtümer auf; deshalb auch konnte er so leicht der Wissenschaft entsagen, die ihm doch teurer war als der Reichtum; deshalb konnte geschehen, was allen seinen Freunden so unbegreiflich war, daß er der politischen und öffentlichen Tätigkeit entsagte, um sich in der Zeit der größten Stürme in eine halbländliche Stille zurückzuziehen und sich ganz den ewigen Fragen der Moral zu widmen. Er war in erster Linie der Prediger. Deshalb nähert er sich am meisten dem anderen großen russischen Geist, Leo Tolstoi.

Nicht umsonst sagte Kropotkin einst dem bekannten Tolstoijaner W. Tschertkow: „Wie sehr mir die Ansichten Tolstois verwandt sind, läßt sich daraus schließen, daß ich ein ganzes Werk geschrieben habe, in dem ich darlege, daß das Leben nicht auf dem Kampf ums Dasein, sondern auf gegenseitiger Hilfe beruht."

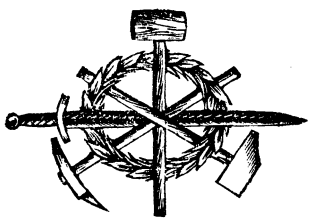
„Wenn Kropotkin — sagt derselbe Tschertkow — mir gegenüber jenes „geistige" Gebiet, in dem Tolstoi die Grundlage seiner Lebensauffassung sah, auch stets mit Schweigen überging, so fühlte man doch bestimmt, daß

Peter Alexejewitsch im Grunde seiner Seele durchaus kein Materialist, sondern ein Idealist von reinstem Wasser war." („Anarchistische Organisationen, dem Andenken P. A. Kropotkins").

Kropotkin fand durch Plato und die französischen Enzyklopädisten den Weg zu Tolstoi; von Bakunin gelangte er durch Proudhon wiederum zu Tolstoi. Wie nahe er ihm kam, wird uns wahrscheinlich seine „Ethik"*) zeigen.

Kropotkin ist tot, aber die dankbare Nachwelt wird ihn nicht vergessen. Sie wird seiner unerschöpflichen Liebe zur Menschheit, seiner grenzenlosen Ergebung für die Werktätigen gedenken. Sie wird den nicht vergessen, der ungeheuren Reichtum, Hofehren, Wissenschaft und Lebensfreuden von sich warf, um der Weltrevolution zu dienen; den Mann, der sich vielleicht öfters irrte, grausam irrte, aber stets, selbst in seinem Irrtum so uneigennützig, seelisch so rein und grenzenlos gerecht war, daß seine Stimme selbst seinen Feinden als Stimme des öffentlichen Gewissens galt. Nie und nimmer wird man den vergessen, der die größte Gefahr für die Revolution in der „geistigen Feigheit, in Vorurteilen, in Halbmaßnahmen" sah und uns gleich Danton für alle Zeiten zurief: „Mut, mehr Mut" . . . .

J. Nowomirski.



*) So heißt das Werk, an dem der Verstorbene bis zu seinem Tode arbeitete.

Alle früheren Klassen, die sich die Herrschaft eroberten, suchten ihre schon erworbene Lebensstellung zu sichern, indem sie die ganze Gesellschaft den Bedingungen ihres Erwerbes unterwarfen. Die Proletarier können sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen. Die Proletarier haben nichts von dem Ihrigen zu sichern, sie haben alle bisherigen Privatsicherheiten und alle Privatversicherungen zu zerstören.

Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Ueberbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.

Das Kommunistische Manifest.

Die Pariser Kommune.

Es sind 50 Jahre ins Land gegangen, seit die Pariser Arbeiter das Wort „Kommune" unsterblich gemacht haben. Viel Zeit ist darüber verflossen. Viel Arbeiterblut ist seitdem vergossen worden.

Niemals ist das Wort „Kommunard" oder „Kommunist', so populär unter den breitesten Schichten des Weltproletariats gewesen, wie jetzt, zur Zeit der fünfzigsten Jahresfeier der Pariser Kommune.

Nachfolgend bringen wir Artikel, die die schwachen Seiten und die Fehler der Pariser Kommune entschieden kritisieren. Doch trotz dieser Fehler läßt der Leser selbstverständlich nicht die unvergänglichen Verdienste, die sie gehabt hat, außer acht.

Das Hauptunglück der französischen Kommunarden bestand darin, daß sie keine kommunistische Partei hatten. Das haben die vorgeschrittenen Arbeiter der ganzen Welt jetzt eingesehen. Und gerade deshalb haben sie die Kommunistische Internationale gegründet.

Die Kommunistische Internationale hat das Erbe der Pariser Kommune übernommen, hat aber ihre Fehler und Schwächen beherzigt. Darin liegt ihre Kraft. Darin besteht ihre Unbesiegbarkeit.

Das Programm der Kommunistischen Internationale ist der beste Kranz auf dem Grabe der Pariser Kommunarden.

Die Redaktion.

L.A. BLANQUI.
1805 — 1881.

Die Pariser Kommune.

I.*)

Am Morgen des 18. März 1871 wurde Paris geweckt durch den Donnerruf: „Es lebe die Kommune!" Was ist die Kommune, diese Sphinx, die den Bourgeoisieverstand auf so harte Proben stellt?

„Die Proletarier von Paris," sagte das Zentralkomitee in seinem Manifest vom 18. März, „inmitten der Niederlagen und des Verrats der herrschenden Klassen, haben begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, daß sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen . . . Sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eigenen Geschicke zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen."

Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.

Die zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen — stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit — stammt her aus den Zeiten der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisiegesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus diente. Dennoch blieb ihre Entwicklung gehemmt durch allerhand mittelalterlichen Schutt, grund-

*) Wir bringen hier vier größere Abschnitte aus dem unsterblichen Werk von Karl Marx: „Der Bürgerkrieg in Frankreich". *Die Redaktion.*

herrliche und Adelsvorrechte, Lokalprivilegien, städtische und Zunftmonopole und Provinzialverfassungen. Der riesige Besen der französischen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts fegte alle diese Trümmer vergangener Zeiten weg, und reinigte so gleichzeitig den gesellschaftlichen Boden von den letzten Hindernissen, die dem Ueberbau des modernen Staatsgebäudes im Wege gestanden. Das moderne Staatsgebäude erhob sich unter dem ersten Kaisertum, das selbst wieder erzeugt worden war durch die Koalitionskriege des alten halbfeudalen Europas gegen das moderne Frankreich.

Während der nachfolgenden Herrschaftsform wurde die Regierung unter parlamentarische Kontrolle gestellt, d. h. unter die direkte Kontrolle der besitzenden Klassen. Einerseits entwickelte sie sich jetzt zu einem Treibhaus für kolossale Staatsschulden und erdrückende Steuern und wurde vermöge der unwiderstehlichen Anziehungskraft ihrer Amtsgewalt, ihrer Einkünfte und ihrer Stellenvergebung der Zankapfel für die konkurrierenden Fraktionen und Abenteurer der herrschenden Klassen, — anderseits änderte sich ihr politischer Charakter gleichzeitig mit den ökonomischen Veränderungen der Gesellschaft. In dem Maße, wie der Fortschritt der modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, vertiefte, in demselben Maße erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft.

II.

Der direkte Gegensatz des Kaisertums war die Kommune. Der Ruf nach der „sozialen Republik", womit das Pariser Proletariat die Februarrevolution einführte, drückte nur das unbestimmte Verlangen aus nach einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft

selbst. Die Kommune war die bestimmte Form dieser Republik.

Paris, der Mittelpunkt und Sitz der alten Regierungsmacht und gleichzeitig der gesellschaftliche Schwerpunkt der französischen Arbeiterklasse, Paris hatte sich in Waffen erhoben gegen den Versuch des Thiers und seiner Krautjunker, diese ihnen vom Kaisertum überkommene alte Regierungsmacht wieder herzustellen und zu verewigen. Paris konnte nur Widerstand leisten, weil es infolge der Belagerung die Armee losgeworden war, an deren Stelle es eine hauptsächlich aus Arbeitern bestehende Nationalgarde gesetzt hatte. Diese Tatsache galt es jetzt in eine bleibende Einrichtung zu verwandeln. Das erste Dekret der Kommune war daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk.

Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst. Die öffentlichen Aemter hörten auf, das Privateigentum der Handlanger der Zentralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeführte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt.

Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht zu brechen; sie dekretierte die Auflösung und Enteignung aller Kirchen, soweit sie besitzende Körperschaften waren. Die Pfaffen wurden in die Stille des Privatlebens zurückgesandt, um dort nach dem Bilde ihrer Vorgänger, der Apostel, sich von den Almosen der Gläubigen zu nähren. Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von aller Einmischung des Staates und der Kirche gereinigt. Damit war nicht nur die Schulbildung für jedermann zugänglich gemacht, sondern auch die Wissenschaft selbst von den ihr durch das Klassenvorurteil und die Regierungsgewalt auferlegten Fesseln befreit.

Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit, die nur dazu gedient hatte, ihre Unterwürfigkeit unter allen aufeinanderfolgenden Regierungen zu verdecken, deren jeder sie, der Reihe nach, den Eid der Treue geschworen und gebrochen hatten. Wie alle übrigen öffentlichen Diener, sollten sie fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein.

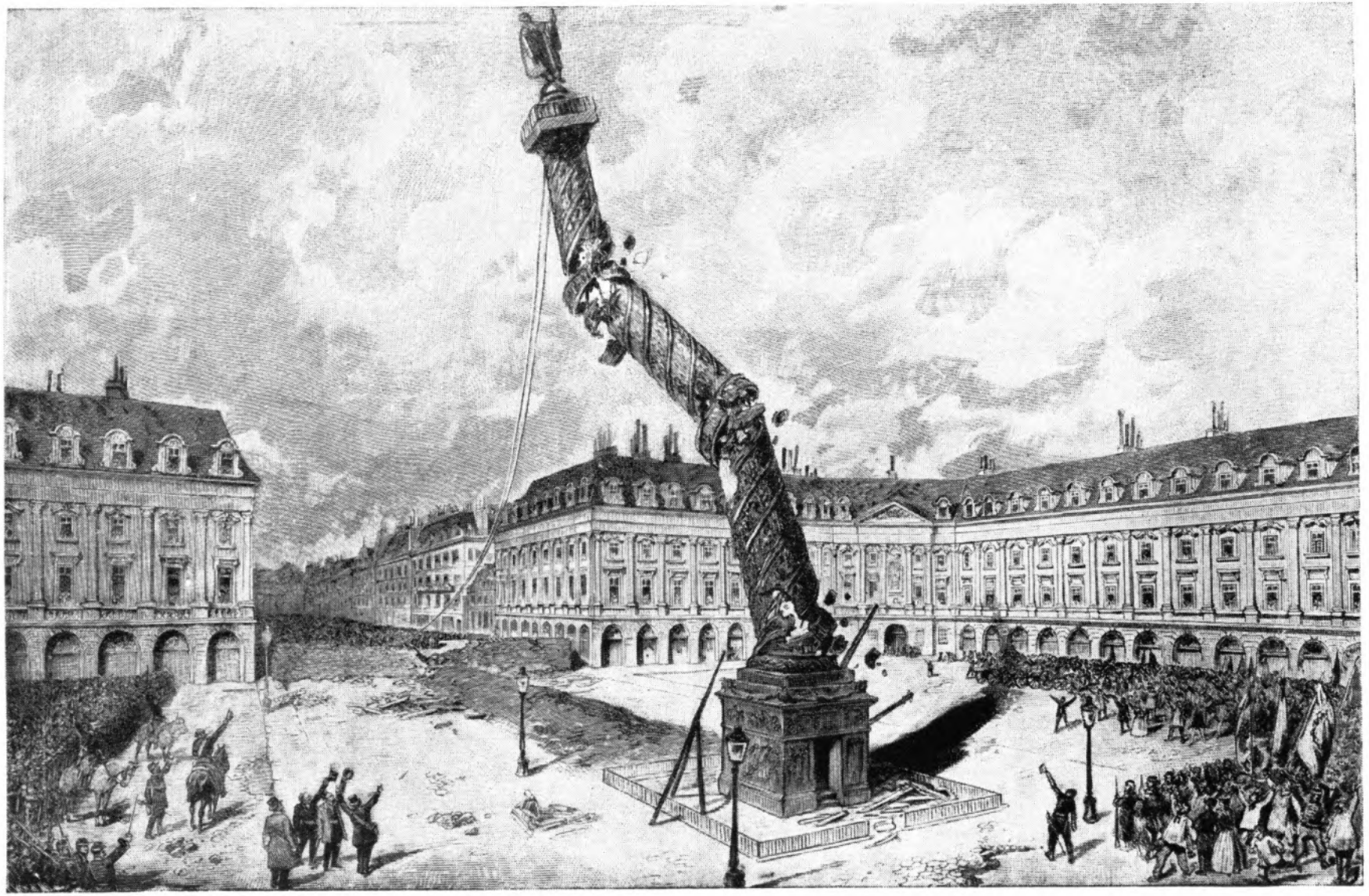
Die Pariser Kommune sollte selbstverständlich allen großen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs zum Muster dienen. Sobald die kommunale Ordnung der Dinge einmal in Paris und den Mittelpunkten zweiten Ranges eingeführt war, hätte die alte zentralisierte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Produzenten weichen müssen. In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sei, und daß das stehende Heer auf dem Lande durch eine Volksmiliz mit äußerst kurzer Dienstzeit ersetzt werden sollte. Die Landgemeinden eines jeden Bezirks sollten ihre gemeinsamen

Angelegenheiten durch eine Versammlung der Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation in Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein. Die wenigen, aber wichtigen Funktionen, welche dann noch für eine Zentralregierung übrig blieben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, d. h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden. Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern, im Gegenteil, organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vermittlung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war. Während es galt, die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden. Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten solle, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen. Und es ist bekannt genug, daß Gesellschaften ebenso gut wie einzelne, in wirklichen Geschäftssachen gewöhnlich den rechten Mann zu finden und, falls sie sich einmal täuschen, dies bald wieder gut zu machen wissen. Anderseits aber konnte nichts dem Geist der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen.

III.

Es ist das gewöhnliche Schicksal neuer geschichtlicher Schöpfungen, für das Seitenstück älterer und selbst verlebter Formen des gesellschaftlichen Lebens angesehen zu werden, denen sie einigermaßen ähnlich scheinen. So ist diese neue Kommune, die die moderne Staatsmacht bricht, angesehen worden für eine Wiederbelebung der mittelalterlichen Kommunen, welche jener Staatsmacht erst vorausgingen und dann ihre Grundlage bildeten. Die Kommunalverwaltung hat man betrachtet als einen Versuch, einen Bund kleiner Staaten, wie Montesquieu und die Girondisten ihn träumten, an die Stelle jener Einheit großer Völker zu setzen, die, wenn ursprünglich durch Gewalt zustande gebracht, doch jetzt ein mächtiger Faktor der gesellschaftlichen Produktion geworden ist. Den Gegensatz der Kommune gegen die Staatsmacht hielt man für eine übertriebene Form des alten Kampfes gegen Ueberzentralisation. Besondere geschichtliche Umstände mögen die klassische Entwicklung der Bourgeoisregierungsform, wie sie in Frankreich vor sich gegangen, in anderen Ländern verhindert und mögen gestattet haben, daß, wie in England, die großen zentralen Staatsorgane sich ergänzen durch korrupte Pfarreiversammlungen (vestries), geldschachernde Stadträte und wutschnaubende Armenverwalter in den Städten, und durch tatsächlich erbliche Friedensrichter auf dem Lande. Die Kommunalverfassung würde im Gegenteil dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgegeben haben, die bisher der Schmarotzerauswuchs „Staat", der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat. Durch diese Tat allein würde sie die Wiedergeburt Frankreichs in Gang gesetzt haben.

Die Mittelklasse der Provinzstädte sah in der Kommune einen Versuch zur Wiederherstellung der Herrschaft, die sie unter Louis Philipp über das Land ausgeübt hatte und die unter Louis Bonaparte verdrängt wurde durch die angebliche Herrschaft des Landes über die Städte. In



Sturz der Vendôme-Säule

Wirklichkeit aber hätte die Kommunalverfassung die ländlichen Produzenten unter die geistige Führung der Bezirkshauptstädte gebracht und ihnen dort, in den städtischen Arbeitern, die natürlichen Vertreter ihrer Interessen gesichert. Das bloße Bestehen der Kommune führte, als etwas Selbstverständliches, die lokale Selbstregierung mit sich, aber nun nicht mehr als Gegengewicht gegen die jetzt überflüssig gemachte Staatsmacht. Es konnte nur einem Bismarck einfallen, der, wenn nicht von seinen Blut — und Eisenintrigen in Anspruch genommen, gern zu seinem alten, seinem geistigen Kaliber so sehr zusagenden Handwerk als Mitarbeiter am „Kladderadatsch" zurückkehrt — nur einem solchen Kopf konnte es einfallen, der Pariser Kommune eine Sehnsucht nach jener Karikatur der alten französischen Städteverfassung von 1791, der preußischen Städteordnung unterzuschieben, die die städtischen Verwaltungen zu bloßen untergeordneten Rädern in der preußischen Staatsmaschinerie erniedrigt.

Die Kommune machte das Stichwort aller Bourgeoisrevolutionen — wohlfeile Regierung — zur Wahrheit, indem sie die beiden größten Ausgabequellen, die Armee und das Beamtentum, aufhob. Ihr bloßes Bestehen setzte das Nichtbestehen der Monarchie voraus, die, wenigstens in Europa, der regelrechte Ballast und der unentbehrliche Deckmantel der Klassenherrschaft ist. Sie verschaffte der Republik die Grundlage wirklich demokratischer Einrichtungen. Aber weder die „wohlfeile Regierung", noch die „wahre Republik" war ihr Endziel; beide ergaben sich nebenbei und von selbst.

Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, daß sie eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies: sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiter-

klasse, das Resultat des Kampfes der hervordringende gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.

Ohne diese letzte Bedingung war die Kommunalverfassung eine Unmöglichkeit und eine Täuschung. Die politische Herrschaft des Produzenten kann nicht bestehen neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtschaft. Die Kommune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruhte. Einmal die Arbeit emanzipiert, wird jeder Mensch ein Arbeiter, und produktive Arbeit hört auf, eine Klassengemeinschaft zu sein.

Es ist eine eigentümliche Tatsache: Trotz all des großen Geredes und der unermeßlichen Literatur der letzten sechzig Jahre über Emanzipation der Arbeiter — kaum nehmen die Arbeiter irgendwo die Sache in ihre eigenen Hände, so ertönen auch sofort wieder die apologetischen Redensarten der Fürsprecher der jetzigen Gesellschaft mit ihren beiden Polen: Kapital und Lohnsklaverei (der Grundbesitzer ist jetzt nur noch der stille Gesellschafter des Kapitalisten), als lebte die kapitalistische Gesellschaft noch im Stande reinster jungfräulicher Unschuld, alle ihre Grundsätze noch unentwickelt, alle ihre Selbsttäuschungen noch unenthüllt, alle ihre prostituierte Wirklichkeit noch nicht bloßgelegt! Die Kommune, rufen sie aus, will das Eigentum, die Grundlage aller Zivilisation abschaffen! Jawohl, meine Herren, die Kommune wollte jedes Klasseneigentum abschaffen, das die Arbeit der Vielen in den Reichtum der Wenigen verwandelt. Sie beabsichtigt die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt.

Aber dies ist der Kommunismus, der „unmögliche" Kommunismus! Nun, diejenigen Leute aus den herrschenden Klassen, die verständig genug sind, die Unmöglichkeit der Fortdauer des jetzigen Systems einzusehen — und deren gibt es viele — haben sich zu zudringlichen und großmäuligen Aposteln der genossenschaftlichen Produktion aufgeworfen. Wenn aber die genossenschaftliche Produktion nicht eitel Schein und Schwindel bleiben, wenn sie das kapitalistische System verdrängen, wenn die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigene Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen soll — was wäre das anderes, meine Herren, als der Kommunismus, der „mögliche" Kommunismus?

Die Arbeiterklasse verlangt keine Wunder von der Kommune. Sie hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.

Im vollen Bewußtsein ihrer geschichtlichen Sendung und mit dem Heldenentschluß, ihrer würdig zu handeln, kann die Arbeiterklasse sich begnügen, zu lächeln gegenüber den plumpen Schimpfereien der Lakaien von der Presse, wie gegenüber der lehrhaften Protektion der wohlmeinenden Bourgeoisdoktrinäre, die ihre unwissenden Ge-

meinplätze und Sektierermarotten im Orakelton wissenschaftlicher Unfehlbarkeit predigen.

Als die Pariser Kommune die Leitung der Revolution in ihre eigene Hand nahm; als einfache Arbeiter zum ersten Mal es wagten, das Regierungsprivilegium ihrer „natürlichen Obern", der Besitzenden, anzutasten, und, unter Umständen von beispielloser Schwierigkeit, ihre Arbeit bescheiden, gewissenhaft und wirksam verrichteten — sie verrichteten für Gehälter, deren höchstes kaum ein Fünftel von dem war, was nach einem hohen wissenschaftlichen Gewährsmann (Professor Huxley) das geringste ist für einen Sekretär des Londoner Schulrats, — da wand sich die alte Welt in Wutkrämpfen beim Anblick der roten Fahne, die als Symbol der Republik der Arbeit über dem Stadthause wehte.

Und doch war dies die erste Revolution, in der die Arbeiterklasse offen anerkannt wurde als die einzige Klasse, die noch einer gesellschaftlichen Initiative fähig war; anerkannt selbst durch die große Masse der Pariser Mittelklasse — Kleinhändler, Handwerker, Kaufleute — die reichen Kapitalisten allein ausgenommen. Die Kommune hatte sie gerettet durch eine weise Erledigung jener immer wiederkehrenden Ursachen des Streits in der Mittelklasse selbst, der Frage zwischen Schuldnern und Gläubigern. Derselbe Teil der Mittelklasse hatte sich 1848 bei der Unterdrückung des Arbeiteraufstandes vom Juni beteiligt, und unmittelbar darauf war er durch die konstituierende Versammlung ohne alle Umstände seinen Gläubigern zum Opfer gebracht worden. Aber dies war nicht der einzige Grund, weswegen er sich jetzt an die Arbeiter anschloß. Er fühlte, daß es nur noch eine Wahl gab: die Kommune oder das Kaisertum, gleichviel unter welchem Namen. Das Kaisertum hatte diese Mittelklasse ökonomisch ruiniert durch seine Verschleuderung des öffentlichen Reichtums, durch den von ihm großgezogenen Finanzschwindel, durch seine Beihilfe zur künstlich beschleunigten

Delescluze

Zentralisation des Kapitals und die dadurch bedingte Enteignung eines großen Teiles dieser Mittelklasse. Es hatte sie politisch unterdrückt, sie sittlich entrüstet durch seine Orgien, es hatte ihren Voltairianismus beleidigt durch Ueberlieferung der Erziehung ihrer Kinder an die „unwissenden Brüderlein", es hatte ihr Nationalgefühl als Franzosen empört, indem es sie kopfüber in einen Krieg stürzte, der für all die Verwüstung, die er anrichtete, nur einen Ersatz ließ — die Vernichtung des Kaisertums. In der Tat, nach der Auswanderung der hohen bonapartistischen und kapitalistischen Zigeunerbande aus Paris trat die wahre Ordnungspartei der Mittelklasse hervor als die „Union Républicaine", stellte sich unter die Fahne der Kommune und verteidigte sie gegen Thiers' absichtliche Entstellungen. Ob diese Dankbarkeit dieser großen Masse der Mittelklasse die jetzigen schweren Prüfungen bestehen wird, bleibt abzuwarten.

IV.

Die große soziale Maßregel der Kommune war ihr eigenes arbeitendes Dasein. Ihre besonderen Maßregeln konnten nur die Richtung andeuten, in der eine Regierung des Volkes durch das Volk sich bewegt. Dahin gehören die Abschaffung der Nachtarbeit der Bäckergesellen; das Verbot, bei Strafe, der bei Arbeitgebern üblichen Praxis, den Lohn herabzudrücken durch Auferlegung von Geldstrafen auf die Arbeiter unter allerlei Vorwänden, — ein Verfahren, wobei der Arbeitgeber in einer Person Gesetzgeber, Richter und Vollstrecker ist und obendrein das Geld einsteckt. Eine andere Maßregel dieser Art war die Auslieferung von allen geschlossenen Werkstätten und Fabriken an Arbeitergenossenschaften, unter Vorbehalt der Entschädigung, gleichviel, ob der betreffende Kapitalist geflüchtet war oder gar vorzog, die Arbeit einzustellen.

Die finanziellen Maßregeln der Kommune, ausgezeichnet durch ihre Einsicht und Mäßigung, konnten sich nur auf

solche beschränken, die mit der Lage einer belagerten Stadt verträglich waren. In Anbetracht der ungeheuren Diebstähle, begangen an der Stadt Paris durch die großen Finanzkompagnien und Bauunternehmer unter Haußmanns*), hätte die Kommune ein weit größeres Recht gehabt, ihr Eigentum zu konfiszieren, als Louis Bonaparte das der Familie Orleans. Die Hohenzollern und die englischen Oligarchen, die beide ein gutes Stück ihrer Besitzungen von geraubtem Kircheneigentum herleiten, waren natürlich höchst entrüstet über die Kommune, die aus der Säkularisation nur 8000 Franken profitierte.

Während die Versailler Regierung, sobald sie wieder zu etwas Mut und Stärke gekommen, die gewaltsamsten Mittel gegen die Kommune anwandte; während sie die freie Meinungsäußerung über ganz Frankreich unterdrückte und sogar Versammlungen von Delegierten der großen Städte verbot; während sie Versailles und das übrige Frankreich einer Spionage, weit schlimmer als die des zweiten Kaisertums, unterwarf; während sie durch ihre Gendarmen-Inquisitoren alle in Paris gedruckten Zeitungen verbrannte und alle Briefe von und nach Paris erbrach, während in der Nationalversammlung die furchtsamen Versuche, ein Wort für Paris zu verlautbaren, niedergeheult wurden in einer, selbst in der Junkerkammer von 1816 unerhörten Weise; während der blutdürstigen Kriegführung der Versailler außerhalb, und ihrer Versuche der Bestechung und Verschwörung innerhalb Paris — hätte da die Kommune nicht ihre Stellung schmählich verraten, wenn sie alle Anstandsformen des Liberalismus, wie im tiefsten Frieden, beobachtet hätte? Wäre die Regierung der Kommune der des Herrn Thiers verwandt gewesen, es wäre ebenso wenig Veranlassung dagewesen, Ordnungs-

*) Baron Haußmann war während des zweiten Kaiserreiches Präfekt des Seinedepartements, d. h. der Stadt Paris. Er ließ eine Anzahl neuer Straßen usw. durchführen, um die Bekämpfung der Arbeiteraufstände zu erleichtern. *Die Redaktion.*

parteiblätter in Paris, wie Kommunalblätter in Versailles zu unterdrücken.

Wunderbar in der Tat war die Verwandlung, die die Kommune an Paris vollzogen hatte! Keine Spur mehr von dem buhlerischen Paris des zweiten Kaisertums. Paris war nicht länger der Sammelplatz von britischen Grundbesitzern, irischen Absentees, amerikanischen Exsklavenhaltern und Emporkömmlingen, russischen Exleibeigenenbesitzern und walachischen Bojaren. Keine Leichen mehr in der Morgue, keine nächtlichen Einbrüche und fast keine Diebstähle mehr; seit den Februartagen von 1848 waren die Straßen von Paris wirklich einmal wieder sicher, und das ohne irgend welche Polizei. „Wir", sagte ein Mitglied der Kommune, „wir hören jetzt nichts mehr von Mord, Raub und Tätlichkeiten gegen Personen; es scheint in der Tat, als ob die Polizei alle ihre konservativen Freunde mit nach Versailles geschleppt habe." Die Kokotten hatten die Fährte ihrer Beschützer wiedergefunden — der flüchtigen Männer der Familie, der Religion und vor allem des Eigentums. An ihrer Stelle kamen die wirklichen Weiber von Paris wieder an die Oberfläche — heroisch, hochherzig und aufopfernd wie die Weiber des Altertums. Paris, arbeitend, denkend, kämpfend, blutend, über seinen Vorbereitungen einer neuen Gesellschaft fast vergessend der Kannibalen vor seinen Toren, strahlend in der Begeisterung seiner geschichtlichen Initiative!

Karl Marx.

Der Grundfehler der Pariser Kommune.

Wenn man aus geschichtlichen Ereignissen Lehren ziehen kann, so läßt sich aus der Geschichte der Pariser Kommune die unverrückbare Folgerung ableiten, daß ihr Hauptübel im Fehlen einer organisierten kommunistischen

Partei lag, die hinreichend stark, geschlossen und einflußreich war und ein fest umrissenes Programm, besonders aber einen klaren Plan für praktische Maßnahmen hatte. Diese Folgerung, die zum Teil schon von den Zeitgenossen der Kommune gezogen worden ist, hat jetzt nicht nur ein akademisches, sondern auch ein unmittelbar praktisches Interesse. Denjenigen Revolutionären unserer Zeit, die unsere Losungen im allgemeinen annehmen, aber die Bedeutung der kommunistischen Partei in der sozialen Revolution nicht verstehen, raten wir, die Geschichte der Pariser Kommune aufmerksam zu studieren. Sie wird sie über diesen Punkt besser aufklären, als alle theoretischen Erörterungen und abstrakten Argumente.

Dieses Studium wird sie davon überzeugen, daß die Geschichte der Kommune sich ganz anders gestaltet hätte, wenn ihr Schicksal von einer kommunistischen Partei geleitet worden wäre. Wir betonen: eben von einer kommunistischen, nicht aber von irgend einer anderen, d. h. von einer Partei, die nicht nur eine ausgesprochen revolutionäre Stellung einnimmt, nicht nur zu unversöhnlichem, folgerichtigem Klassenkampf bereit ist, sondern sich auch klare Rechenschaft über das Kräfteverhältnis in der modernen Gesellschaft ablegt und einen fest umrissenen Aktionsplan hat, der vermittels einer zentralisierten und disziplinierten Organisation durchgeführt wird.

Welche Partei konnte wohl zur Zeit der Kommune auf eine solche Rolle Anspruch erheben? Im damaligen Frankreich gab es keine einzige Organisation, die den Namen der Partei im modernen Sinne des Wortes verdiente, d. h., die einen bestimmten Mitgliederbestand, untereinander und mit dem Zentrum verbundene Ortskomitees, ein bestimmtes Programm und eine bestimmte Taktik besaß. Es gab dort eine ganze Reihe von Gruppen und Strömungen des sozialistischen Gedankens. Es gab Internationalisten, Blanquisten, Proudhonisten, Jakobiner usw. Aber keine von diesen Gruppen stand auf der Höhe der

Aufgabe, vor die sie von der Geschichte plötzlich gestellt worden war, weder hinsichtlich ihrer Organisation, noch hinsichtlich ihres Einflusses, oder ihres Verständnisses für die entstandene Lage. Als organisierte Einheit war der Proudhonismus zu jener Zeit gestorben, aber in den Köpfen lebte er fort. Unter dem Einfluß der proudhonistischen kleinbürgerlichen Ideen standen nicht nur zahlreiche Pariser Werkstätten, sondern auch viele Arbeiter der kapitalistischen Industrie, die von einer dichten kleinbürgerlichen Umgebung umringt waren. Sogar viele Führer der Arbeiterbewegung, darunter auch einige Männer der Kommune, waren nicht frei vom Einfluß proudhonistischer Ideen. Das äußerte sich sowohl in den programmatischen Erklärungen als auch in den Taten der Kommune, insbesondere ihrer wichtigsten Kommission „für Arbeit und Austausch" (schon dieser Name an sich ist recht bezeichnend).

Die einzige Fraktion, die anscheinend fähig war, das französische Proletariat in den Kampf für die soziale Revolution zu führen, war die Gruppe der Internationalisten. Aber sie war erstens zu schwach, und zweitens gab es in ihr keine innere Einheit. Unter den französischen Internationalisten jener Zeit gab es sowohl Marxisten (übrigens von recht unbestimmter Art) als auch Blanquisten, Proudhonisten (zum mindesten solche von gestern) und Bakunisten. Wie unklar überhaupt die Ansichten der damaligen französischen Internationalisten waren, geht daraus hervor, daß es z. B. bis jetzt noch schwierig ist, festzustellen, zu welchem Flügel der bemerkenswerteste Mensch gehörte, den die damalige Arbeitermasse hervorgebracht hat: Varlaine. Sowohl die Marxisten als auch die Bakunisten zählten ihn zu den ihrigen, und er selbst hätte schwerlich genau sagen können, welches sein Programm und seine Pläne seien. Die Staatsanwälte und Polizisten zählten die Schar der französischen Internationalisten nach Hunderttausenden, ja nach Millionen. In Wirklichkeit waren ihrer sehr

wenige, vielleicht einige Hundert, schwerlich einige Tausend. Wir sprechen nicht von jenen Arbeitern, die sich nach den Streiks geradezu fabrikweise in die Internationale einschrieben, aber ebenso auch wieder von ihr abfielen, wenn sie überhaupt je in Wirklichkeit zu ihr gehört hatten. Solche Leute aber, die sich die Grundsätze der Internationalen Arbeitergenossenschaft restlos und in ihrer ganzen Bedeutung zu eigen gemacht hatten, gab es außerordentlich wenige. Und selbst diejenigen, die vorhanden waren, verstanden es nicht, sich einen Weg zum Herzen der Arbeitermasse zu bahnen, zogen sie nicht mit sich fort und hatten keinen Einfluß auf sie.

Waren sie zur Leitung der Revolution vorbereitet? Nicht im geringsten. Sie erwarteten sie gar nicht einmal in naher Zukunft. Ohne richtige Einschätzung des revolutionären Charakters der damaligen Lage richteten sie sich auf eine lange organische Arbeit zur Vorbereitung der Elemente der künftigen sozialen Revolution ein, deren plötzliches Eintreten für sie eine Ueberraschung war. So ist es nicht verwunderlich, daß die Internationalisten — zum mindesten als Organisation — keine merkliche Rolle in der Revolution vom 18. März spielten und es nicht verstanden, der Arbeit der Kommune ihren Stempel aufzudrücken. Sie verblieben bis zum Ende in der Rolle der Opposition oder im besten Falle in der Rolle von Ratgebern und zudem nicht immer glücklichen Ratgebern (bekannt ist z. B. ihr Widerstand gegen alle terroristischen Maßnahmen). Und soweit die Internationalisten in der Provinz als Initiatoren der Revolution auftraten, waren es vornehmlich Anhänger des anarchistischen Flügels, Bakunisten, wie z. B. in Lyon, zum Teil in Marseille und Rouen. Als Einzelpersonen nahmen die Internationalisten auch am Zentralkomitee der Nationalgarde teil, aber sie gingen dort in der allgemeinen Masse unter und spielten nicht die Hauptrolle.

Soweit die Arbeiter an den aktiven Handlungen, die die Revolution vom 18. März vorbereiteten, teilnahmen,

handelten sie eher unter dem Einflusse der Blanquisten. Die Insurrektionsversuche, die der Kommune vorangingen (31. Oktober 1870 und 21. Januar 1871), wurden gerade von den Blanquisten geleitet. Die Blanquisten waren Revolutionäre der alten Schule. Der Sache der Arbeiterklasse tief ergeben und für ihren Sieg zu den äußersten Maßregeln bereit, fanden sie sich nicht genügend zurecht in den Bedingungen der modernen Arbeiterbewegung. Das Gefühl des beleidigten Patriotismus und die Bereitschaft, den Krieg gegen die preußischen Eroberer „bis zum Ende" durchzuführen, brachten die Pariser Arbeiter und Kleinbürger einander näher; diese Gefühle wurden auch von den Blanquisten geteilt. Dadurch richteten sie ihre eigene Sache zugrunde. Durch die lärmende patriotische Agitation wurden die breiten Massen der Bauernschaft, die um jeden Preis den Frieden wollten, gegen die Pariser Arbeiter und mittelbar auch gegen die Kommune aufgebracht, die sich in ihrer Vorstellung mit der Fortsetzung des Krieges identifizierte. Aber selbst die Blanquisten, die bei der Vorbereitung der Kommune eine aktive Rolle spielten und vor dem 18. März sie wiederholt zu schaffen versuchten, wurden von den Ereignissen überrascht und zeigten sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen.

Eine Partei, die imstande wäre, die Ereignisse vorauszusehen oder zum mindesten die unerwartet emporgeflammte Bewegung der Massen zu benutzen, ihr die erforderliche Richtung zu geben, sie vor besonders schreienden Fehlern zu bewahren und die durch diese Fehler geschlagenen Wunden zu heilen — eine solche Partei gab es weder zum Beginn der Revolution vom 18. März, noch während des ganzen Bestehens der Kommune. Die Pariser Kommune begann elementar, verlief elementar, und endete ebenso elementar.

Die führende Rolle in den Ereignissen vom 18. März fiel dem Zentralkomitee der Nationalgarde zu, d. h. einer Organisation, die zufällig im Wirbel der Ereignisse ent-

standen, bis zu einem gewissen Grade eigenmächtig war und aus Leuten bestand, die plötzlich an die Oberfläche geschleudert worden waren und die bis dahin in ihrer Mehrheit dem politischen Kampf ferngestanden hatten. Es war eine Art Rat der Soldaten- oder besser gesagt der Rotgardistendeputierten, die alle Vorzüge, zugleich aber auch alle Fehler der Masse widerspiegelten, die sie hervorgebracht hatte. Dieselbe Masse, die Nationalgarde, stellte eine Vereinigung von Proletariern und Kleinbürgern der Hauptstadt vor, eine Vereinigung, die ihrerseits nicht nach irgend einem bewußten politischen Plan, sondern im Verlauf des Krieges und der Belagerung, d. h. ebenfalls zufällig geschaffen worden war. Es ist begreiflich, daß das Komitee naturgemäß die unklaren Bestrebungen dieser Masse auch in ideeller Hinsicht widerspiegelte und im allgemeinen durchaus nicht höher stand als diese. Leider gilt das nicht nur vom Zentralkomitee, sondern auch von den Gruppen, die die politische Leitung der Revolution beanspruchten, darunter auch von den Blanquisten und sogar von den Internationalisten.

Häufig ist die Frage gestellt worden, ob die Kommune ein festes Programm gehabt hat. Ein solches Programm gab es nicht und konnte es auch nicht geben. Allzu buntscheckige Elemente vereinigten sich in dieser Bewegung, und keine von den Gesellschaftsgruppen, die an ihr teilnahmen, war zu klarem Klassenbewußtsein und zu klarer Formulierung ihrer Wünsche gekommen. Sowohl die von uns erwähnten politischen Gruppen als auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter (die Föderationen der syndikalen Kammern) und die ihnen folgenden oder außerhalb stehenden Massen hatten ihre Forderungen in der allgemeinen Losung der Kommune formuliert. Für die breiten Massen bedeutete die Kommune die Abschaffung der Gewalt der großbürgerlichen Gruppen, die Schaffung einer revolutionären Volksregierung, die imstande sein sollte, den fremdländischen Eroberer zu verjagen und ge-

Ferré

rechtere Zustände innerhalb des Landes herzustellen. Für die einsichtigeren Teilnehmer der Bewegung bedeutete die Kommune die Ergreifung der Macht durch das Proletariat. Wo? Im ganzen Lande? Nein. Fürs erste nur in irgend einem großen Industriezentrum, am besten in Paris, womöglich auch in einer Reihe solcher Zentren. Die Vereinigung (Föderation) der revolutionären Kommunen sollte eine Macht schaffen, die hinreichend gewesen wäre, um das Land vom Feinde zu säubern und die Gesellschaft sozialistisch auszubauen. Mehr als das: das Beispiel Frankreichs sollte schließlich auch andere Völker auf diesen Weg lenken, und so würde auf den Trümmern der bürgerlichen Ordnung ein freier internationaler Bund der Weltkommune erstehen.

Das war der allgemeine Rahmen. Aber welchen Inhalt hatte er? Das war unklar damals wie heute. Selbstverständlich ist das, was Marx über die Kommune sagt, ganz richtig. Ja, die Kommune war der erste Versuch des Proletariats, die Macht in seine Hände zu nehmen und den Staat, der bis dahin ein Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse war, in ein Werkzeug zu ihrer Befreiung zu verwandeln. Das war die erste proletarische Regierung, die instinktiv einen sozialistischen Charakter trug. Und wenn sie sich auch nicht von Anfang an als bewußtes Ziel den gesellschaftlichen Umbau in sozialistischer Richtung gestellt hätte, so wäre sie im Prozeß des Kampfes doch unvermeidlich auf den kommunistischen Weg geraten. Denn das Proletariat kann die von ihm erkämpfte politische Macht nicht zur Sicherung der wirtschaftlichen Herrschaft der Bourgeoisie verwenden, sondern muß sie zur wirtschaftlichen Enteignung der besitzenden Klassen benutzen. Das Proletariat kann nicht zugleich die politisch herrschende und wirtschaftlich unterdrückte Klasse sein. Das hat auch die Bourgeoisie sehr gut begriffen, und sie hatte auf ihre Weise recht, als sie, den Ereignissen vorgreifend, die Kommunarden für Kommunisten

und „Räuber" erklärte, obgleich sie niemanden hatten „berauben" und niemanden sozialisieren können.

Und dennoch bleibt es wahr, daß die Kommune kein festes Programm hatte, weder auf politischem noch auf sozialem Gebiet. Wenn Marx sagt, daß die Kommune „jene längst gesuchte politische Form war, in der sich die wirtschaftliche Befreiung der Arbeit vollziehen konnte", so ist das nicht richtig. Gerade eine politische Form, die der Aufgabe der sozialen Revolution entsprach, hat die Kommune nicht zu schaffen vermocht. Sie hat die politische Form nicht gefunden, die der Diktatur des Proletariats und seiner politischen Herrschaft entspricht. Es ist völlig offensichtlich, daß das nicht ihre Schuld war. Es war die Schuld der Epoche. Und bezeichnend ist in dieser Hinsicht das Beispiel von Marx selbst, der viele schwache Seiten der Kommune bemerkt, nicht aber ihre politische Form kritisiert hat, die sie von der bürgerlichen Demokratie ererbt hatte. Der Idee nach sollte die Kommune eine Regierung der Arbeiterklasse sein. Aber sie suchte sich dabei auf die allgemeine Abstimmung zu stützen, die nach den alten geographischen Einteilungen vorgenommen wurde. Und diesen kapitalen Mangel, der die Schwäche der Kommune in den ersten, den wichtigsten Wochen bedingte, bemerkt Marx überhaupt nicht, obgleich er ihren Führern Unentschlossenheit und Schlappheit zum Vorwurf macht. Aber diese Mängel waren ja organisch mit der Art der Zusammensetzung und Wahl der Kommune verknüpft. Erst die russische Revolution hat die adäquate politische Form für die proletarische Revolution gefunden; es ist die Sowjetmacht. Zur Zeit der Kommune hatte man von einer derartigen Form überhaupt keine Ahnung.

Der Form nach war die Kommune keine Organisation der Herrschaft der Arbeiterklasse allein. Ihr lag das allgemeine Wahlrecht ohne Unterschied der Klassen zugrunde. Das war ein großer Fehler, der sich aus dem Einfluß der vom Proletariat noch nicht überwundenen demo-

kratischen Illusionen erklärte. Die Wirkung des reinen, durch kein Wahlmanöver und keinen administrativen Druck entstellten allgemeinen Wahlrechts war von der Arbeiterklasse noch nicht genügend erprobt (das Beispiel von 1848 war nicht nur von der Masse vergessen), und es schien ihr, daß nur dieses als Werkzeug zu ihrer Befreiung dienen könne. Dieser Fehler war noch nicht so sehr gefährlich in den großen Städten, wo große Arbeitermassen konzentriert waren und wo, wie in Paris, das Kleinbürgertum zeitweilig der Arbeiterklasse folgte. Aber auch in Paris hat er nicht geringen Schaden gestiftet. Die Wahlen zur Kommune am 28. März ergaben freilich 65 Vertreter verschiedener revolutionärer und sozialistischer Gruppen und nur 21 Vertreter der Groß- und Mittelbourgeoisie. Nach einiger Zeit traten die bürgerlichen Mitglieder aus der Kommune aus, und sie verwandelte sich somit faktisch in die Vertreterin der Arbeiterklasse allein (wenn man von dem Kleinbürgertum absieht, das damals keine selbständige Rolle spielte). Aber diese bürgerliche Minderheit verstand den Fehler der Kommune zu benutzen und ihre Arbeit in der ersten Zeit zu paralysieren, indem sie sie in fruchtlose und schwächende Verhandlungen mit Versailles verstrickte. In der Provinz hätte, wenn diese der Kommune gefolgt wäre, die Anwendung dieses falschen Prinzips der „gesamtnationalen" Vertretung, das den Interessen der proletarischen Revolution absolut nicht entsprach, noch größeren Schaden gestiftet. Dort war der Einfluß der Pfaffen, der Gutsherren und der Bourgeoisie noch stärker als in der Hauptstadt, und er hätte die Vertretung der Werktätigen in den Ortskommunen noch mehr entstellt. Viele von diesen Ortskommunen wären durch eine solche Abstimmungsmethode einfach im Keim erstickt worden.

Noch schlimmer stand es um das soziale Programm. Wenn die zur Kommune gehörenden einzelnen Parteien schon kein solches Programm hatten, so konnte umsoweniger ein bestimmtes Programm in der Gesamtheit der

Kommune vorhanden sein. Die von ihr hinterlassenen Dokumente beweisen, daß die Kommune am Anfang kein solches Programm hatte und daß sie es auch im Lauf ihrer kurzen und stürmischen Tätigkeit nicht hat ausarbeiten können. Die Umstände waren einer solchen Arbeit nichts weniger als günstig.

Soweit die Männer der Kommune mit programmatischen Erklärungen haben hervortreten müssen, trugen letztere einen äußerst gemäßigten Charakter, der mit all unseren Vorstellungen von der Kommune nicht recht im Einklang steht. Das Wahlprogramm, das vom Zentralkomitee der den Internationalisten beigetretenen 20 Bezirke veröffentlicht wurde, war in typisch proudhonistischem Geiste gehalten. Es hatte einen völlig kleinbürgerlichen, demokratischen Charakter und enthielt fast nichts spezifisch Proletarisches. Es ist erstaunlich, daß auch die Deklaration der Kommune, ihr Manifest, das an das Land erlassen wurde, um dieses über die kommunistischen Grundsätze aufzuklären, einen ebenso verschwommenen Charakter trägt. Mit unnötig vielen Worten verbreitete sich das Manifest über die Autonomie der Kommunen (als ob es sich um diese handelte), und es sagt fast nichts über den sozialen Sinn des entbrannten verzweifelten Kampfes. Die einzige nebelhafte Andeutung über die Ziele der Kommunarden ist in sehr vorsichtiger Form gehalten: „Paris behält sich das Recht vor, Instanzen zu schaffen, welche imstande wären, die politische Macht und das Eigentum entsprechend den Anforderungen des Augenblicks, den Wünschen der interessierten Personen und gestützt auf die aus der Praxis geschöpften Tatsachen zum Gemeingut zu machen."

Aber das war eben das Unglück, daß die Praxis solche Tatsachen nicht ergab und einen ebenso unbestimmten Charakter trug wie die Theorie. Dieser auf den ersten Blick so seltsame Umstand ist schon längst von allen Geschichtsschreibern der Kommune hervorgehoben worden. Daß die

Mehrzahl der Mitglieder der Kommune zum Sozialismus neigte und mit ihm sympathisierte, unterliegt keinem Zweifel. Bei der Mehrzahl war dieser Sozialismus freilich von äußerst unbestimmter und instinktiver Art. Die Arbeitermassen, die hinter ihnen standen, strebten ebenso unklar nach sozialistischer Reform. Die Gespräche über kommunale Autonomie und Föderalismus interessierten sie, wenn überhaupt, doch nur insoweit, als sie sie mit ihren sozialen Erwartungen in Verbindung setzten.

In der ersten Periode der Kommune, als der Bund des Proletariats mit dem Kleinbürgertum noch aufrechterhalten und von den Kommunarden sehr geschätzt wurde, konnten einige von ihnen sich aus diplomatischen Erwägungen heraus vorsichtig ausdrücken, in der Furcht, einen wertvollen Verbündeten zurückzustoßen. Solche Erwägungen konnten z. B. bei der Ausarbeitung des Wahlprogramms eine Rolle spielen, von dem wir oben gesprochen haben. Es ist auch sehr möglich, daß das Manifest der Kommune in einem absichtlich gedämpften Tone abgefaßt war, eben, um die Bauern nicht zu erschrecken, die es hauptsächlich zu gewinnen suchte. Aber schon Mitte April stellte es sich heraus, daß das Kleinbürgertum in seiner Masse von der Kommune abgefallen war. Das zeigten u. a. die Ergänzungswahlen, an denen sich ausschließlich Arbeiter beteiligten. Sie waren es auch, die jetzt in den vordersten Stellungen allein für die Kommune kämpften. Jetzt war für diplomatische Erwägungen kein Raum mehr. Die Frage der sozialen Umgestaltung mußte in den Vordergrund gerückt werden — und zwar nicht in Deklarationen, für die die Kommune weder Zeit noch Lust hatte, sondern in der Praxis, in ihren Taten. Aber auch auf diesem Gebiet hat die Kommune sehr wenig getan, sie hat ihr sozialistisches Angesicht nicht recht zu zeigen gewagt.

Allbekannt ist das Verhalten der Kommune zur französischen Bank, vor der die Kommunarden schüchtern stehen blieben, aus Furcht, den Kredit zu erschüttern (eine rein

bürgerliche Erwägung, die bewies, wie machtvoll die Vorstellungen der bürgerlichen Welt ihre Köpfe beherrschten). Aber immerhin hat die Kommune der Bank einige Millionen für ihre Bedürfnisse entnommen. Mit nicht geringerer Schüchternheit machte sie halt vor jeglicher Antastung des Privateigentums. Nicht nur, daß die Häuser, Fabriken und Werke nicht nationalisiert wurden, sondern sogar die Frage der Wohnungsmieten und der Bezahlung der Wechsel wurde nicht rechtzeitig gelöst, — und es hatten doch eben diese Fragen das Kleinbürgertum anfänglich in die Arme des Proletariats getrieben. Den Arbeitern wurden die in den Lombards versetzten Sachen nicht rechtzeitig zurückgegeben. In der Abschaffung der Strafzahlungen und im Verbot der Nachtarbeit (übrigens nur in den Bäckereien) lag nichts Sozialistisches. Und auch das berühmte Dekret vom 16. April, das manche veranlaßt hat, vom sozialistischen Charakter der Kommune zu sprechen, enthielt eigentlich nichts spezifisch Sozialistisches. Der Befehl, alle von den Eigentümern verlassenen Werkstätten aufzuschreiben zwecks Uebergabe an die Arbeiter und Wiederaufnahme der Arbeit konnte in einer belagerten Stadt von jeder auch nicht sozialistischen Regierung angenommen werden, umsomehr, als das Dekret eine Entschädigung der Besitzer dieser Werkstätten in der Zukunft vorsah.

Es gab kein Programm, weil es keine Partei gab. Man konnte den Arbeitern und Bauern keine weiten Ausblicke zeigen, die ihren Enthusiasmus erweckt und sie kampfbereit gemacht hätten. Das war bereits ein gewaltiger Mangel. Ein noch größerer aber war das völlige Fehlen einer Kraft, die fähig war, den Gang der Ereignisse vorauszusehen, die Handlungen zu koordinieren, Planmäßigkeit in den Kampf zu bringen und vor allem, die Ursachen der Mißerfolge rasch zu begreifen und rechtzeitig Abhilfe zu schaffen.

Noch vor dem Entstehen der Kommune hat das Fehlen einer Partei ihr einen schweren Schlag versetzt. Es ist bekannt, daß die Kommune von der Provinz nicht unterstützt

wurde. Dabei reifte aber in den letzten Jahren des Zweiten Kaiserreichs in den Provinzstädten eine revolutionäre Stimmung heran, es waren Arbeiterorganisationen, Sektionen der Internationale, vorhanden, ebenso die Sympathie recht breiter Massen und die Bereitschaft zum Kampf gegen die Bourgeoisie. Aber all dies war verstreut, nicht organisiert, nicht einheitlich. Die vorhandenen Kräfte wurden in Teilausbrüchen, die ohne einheitlichen Plan, ohne Zusammenhang, ohne gemeinsame Leitung unternommen wurden, verzettelt. In Lyon, Brest und Marseille wurden vereinzelte Versuche unternommen, die Kommune im September bis Dezember 1870 auszurufen. Sie wurden von der Bourgeoisie natürlich mit Leichtigkeit unterdrückt. Diese Teilausbrüche erschöpften die Energie des Provinzproletariats, sodaß es sich im Augenblick der Proklamierung der Pariser Kommune nicht imstande erwies, sie aktiv zu unterstützen. Allerdings wurden nach dem Eintreffen der Nachrichten über die Revolution vom 18. März in einer Reihe von Städten neue Versuche gemacht, die Gewalt in die Hände der Arbeiter zu bringen (in Lyon, St. Etienne, Creuzot, Narbonne, Bordeaux, Marseille); aber, von niemand vereinheitlicht und folgerichtig geleitet, wurden sie bald unterdrückt und brachten den Parisern keine Hilfe.

Teilweise Mißerfolge und verfrühte Aktionen können selbstverständlich überall vorkommen, sogar bei Vorhandensein einer Partei. Vor ihnen ist keine Revolution gesichert. Aber eine organisierte und disziplinierte Partei kann begangene Fehler rasch wieder wettmachen, diese oder jene geschwächte Organisation stärken, ihr neue Arbeiter zuführen, sie der Gesamtbewegung eingliedern und alles so einrichten, daß der Mißerfolg selbst zur Quelle neuer Erfolge wird (Beispiel: die Tätigkeit der Bolschewiki nach der Juliaktion u. a.). Aber eine solche Partei gab es in Frankreich nicht, und was das Proletariat dort verlor, das verlor es endgültig.

Die Pariser Kommune begann und verlief elementar — dieses Urteil ist aber nichtssagend. In Wirklichkeit war die Kommune eine ununterbrochene Reihe von groben Fehlern und unverzeihlichen Mißgriffen, die den ganzen Heroismus ihrer ruhmvollen Verteidiger illusorisch machten. Es gab eben keine Partei, und die ganze Geschichte der Kommune verwandelt sich in eine einzige Tragödie. Die Revolution fand statt ohne jede Führung, in voller Unordnung und ohne jede Organisation. Keine einzige Maßregel war vorher von irgend jemand erörtert worden, kein Plan war gründlich entworfen und mehr oder weniger sorgfältig ausgearbeitet. Und wenn man zuweilen auch irgend eine vernünftige Maßregel plante, so war niemand da, der sie verwirklichen und über ihre Durchführung wachen konnte.

Einige Tatsachen mögen klarlegen, wie schwer das Fehlen einer kommunistischen Partei, die diesen Namen verdient, auf das Schicksal der Kommune gewirkt hat. Es wäre nichts leichter gewesen, als am 18. März die Mitglieder der bürgerlichen Regierung, die Vertreter der Hochbürokratie und der Großbourgeoisie festzunehmen. Aber daran hat niemand auch nur gedacht. Eine Abteilung Nationalgardisten zog am Hause vorüber, wo die Minister Thiers' versammelt waren, und rührte sie mit keinem Finger an. Es wäre eine Kleinigkeit gewesen, die Pariser Garnison (d. h. die Linientruppen) festzunehmen und zu entwaffnen. Die Armee war zersetzt, die Soldaten wollten den Offizieren nicht mehr gehorchen und hätten gar keinen Widerstand geleistet, im Gegenteil, sie hätten ihre Offiziere umgebracht. Aber von alledem geschah nichts. Den Ministern wurde gestattet, Paris frei zu verlassen und die demoralisierten Truppen fortzuführen, die dann in Versailles „bearbeitet" und in Henker des Pariser Proletariats verwandelt wurden. Der zum Oberbefehlshaber der aufständischen Nationalgarde ernannte ehemalige Marineoffizier Lullier ließ sogar die gefangen genommenen Offiziere aus dem Gefühl der „Kameradschaft", der Kaser-

Flourens

nenbrüderschaft heraus frei. Man hätte unverzüglich gegen das Zentrum des Feindes vorgehen sollen, gegen Versailles, hätte die schwarzreaktionäre Konstituante, die sich dort eingenistet hatte, festnehmen oder auseinanderjagen, hätte ihre in diesem Augenblick völlig unbedeutenden Streitkräfte zerschmettern sollen. Aber das geschah nicht. Noch mehr, man besetzte nicht einmal das Fort Mont Valerien, das den Weg aus Paris nach Versailles beherrschte. Lullier begnügte sich mit dem „Ehrenwort" des Fortkommandanten, daß er im ausgebrochenen Bürgerkrieg Neutralität bewahren werde (als ob das möglich ist!) — einem „Ehrenwort", das natürlich ebenso „ehrlich" gebrochen wurde.

Jeder Revolution wie jeder lebendigen Tat, sind unausweichlich Fehler eigen. Auch die kommunistische Partei ist von ihnen nicht frei. Haben wir Bolschewiki etwa wenig Fehler begangen? Auch wir haben Abenteurer wie Murawjew zu Befehlshabern der Fronten ernannt, auch wir haben den General Kraßnow auf Ehrenwort freigelassen usw. Aber wir haben nicht nur verstanden, Fehler zu begehen, wir haben außerdem verstanden, unsere Fehler rasch einzusehen und energische Maßnahmen zu ihrer Gutmachung zu ergreifen. Die Kommune aber war ein einziger Fehler. Es gab in ihr keine Kraft, die verständig und planmäßig arbeiten konnte. Das hat sie zugrunde gerichtet.

Das Fehlen des einheitlichen Nervenzentrums zog die Willenslähmung nach sich. Wie gut oder schlecht das Zentralkomitee war, das durch die Ereignisse in den Vordergrund geschoben wurde, mag dahingestellt bleiben; aber wenn es in den ersten Tagen der Revolution vor der Wahl der Kommune, als es das einzige Aktionsorgan bildete, mehr Initiative und Energie gezeigt hätte, so wären die Dinge nicht so schlecht gegangen, und die Lage der Kommune wäre nicht so hoffnungslos gewesen. Die ersten Tage der Revolution bestimmen eigentlich ihr ganzes weiteres Schicksal. Aber das Komitee leitete nichts und niemanden, weil es selbst von niemandem geleitet wurde.

Es hielt sich für nicht völlig „gesetzlich", und wartete auf die Bildung der Kommune. Aber als sie dann endlich entstand, legte das Komitee seine Vollmachten keineswegs nieder. Gerade dann wollte es handeln, was es vorher, als es allein auf dem Schauplatz war, nicht tat. Als Ergebnis verursachte seine Einmischung nur eine unnötige Verwirrung. Ein richtiges Zentrum aber war dennoch nicht vorhanden.

Vom materiellen Standpunkt war die Kommune nicht übel bestellt. Die Versorgung der Hauptstadt während ihrer Belagerung durch die Versailler fand ohne Unterbrechung statt, und die Lebensmittelfrage war nicht akut. An Militärausrüstung war ebenfalls genug vorhanden. Es gab viele Kämpfer. Aber das alles wurde nicht ausgenutzt und zerrann allmählich unter den Fingern. Beim Ausbruch der Revolution am 18. März hatte das aufständische Paris 300 000 Bajonette und 2000 Geschütze zu seiner Verfügung. Die Nationalgardisten waren revolutionär gestimmt und brannten vor Kampflust. Aber obgleich das Zentralkomitee eine solche Macht zu seiner Verfügung hatte, die die Hilfsquellen von Versailles anfangs um ein Vielfaches überstieg, tat es doch rein gar nichts. Im entscheidenden Augenblick befaßte es sich mit der Vorbereitung der Wahlen zur Kommune, statt durch entschlossenen Angriff die feindlichen Truppen zu zerschmettern, alle wichtigen strategischen Punkte zu besetzen und so die Möglichkeit gefahrloser Arbeit für die Kommune zu sichern.

Aber auch die Kommune selbst verfuhr nicht besser. Durch ihre Lauheit, Unfähigkeit und Systemlosigkeit brachte sie die Kräfte, die sie, wenn auch schon in geschwächtem und desorganisiertem Zustande vom Zentralkomitee erhalten hatte, vollends zur Zersetzung. Es ist bekannt, welche Unordnung im Militärressort der Kommune herrschte. Sie hatte eine unglückliche Hand in der Wahl der „Fachleute". Das bürgerliche Beamtentum antwortete

auf die Revolution mit Sabotage. Doch in den Zivilressorts vermochten die Arbeiter mit Erfolg die alte Bürokratie zu ersetzen, und Augenzeugen berichteten, daß Paris zur Zeit der Kommune keineswegs schlechter verwaltet worden sei, als in früheren Epochen. Auf militärischem Gebiet aber, dem in jenem Augenblick wichtigsten, gelang es leider nicht, dasselbe zu erreichen. Die Oberbefehlshaber, die von der Kommune ernannt wurden, waren einer schlechter und ungeeigneter als der andere. Der halbverrückte Lullier, der Abenteurer Cluseret, der von Armeevorurteilen durchdrungene Rossel — sie alle taugten nicht zur Rolle der Führer der revolutionären Armee, begriffen die Lage nicht, verstanden die ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel nicht auszunutzen, waren nicht imstande, in dem ihnen anvertrauten Heere Ordnung und revolutionäre Disziplin einzuführen. Die Kommune verstand nicht, die „Fachleute" umzumodeln und zum Dienst für die Sache der Arbeiter zu zwingen. Das war ihr wunder Punkt. Aber sie verstand es auch nicht, in ihren Truppen die Prinzipien der proletarischen Ordnung und Disziplin durchzuführen. Alle Militärchefs klagten einstimmig über allgemeine Unordnung und allgemeine Unlust, den Anordnungen Folge zu leisten. Dies alles wäre unmöglich gewesen, wenn es eine kommunistische Partei gegeben hätte. Die russische Revolution befand sich eine Zeitlang in keiner günstigeren Lage als die Kommune, aber es gelang ihr, die Schwierigkeiten zu überwinden, eine Armee zu organisieren, revolutionäre Ordnung und Disziplin einzuführen, sich die Fachleute gefügig zu machen, sie in eine entsprechende Stellung zu bringen und aus der Mitte der Arbeiter selbst zahlreiche Kaders roter Befehlshaber zu schaffen. Dies alles vermochte sie zu erreichen, dank der Existenz der kommunistischen Partei.

Die Kommune verstand weder die Sabotage noch den Verrat zu besiegen. Es fehlte das Auge des Herrn, das überall nach dem Rechten sah und rechtzeitig bemerkte,

wo etwas schlecht stand. Es genügt, daran zu erinnern, daß die imponierende Artillerie der Kommune, die auf den Höhen des Montmartre stand, im entscheidendsten Augenblick des Generalsturms der Versailler Truppen schwieg. Die Mehrzahl der Geschütze war, wie sich erwies, von Verrätern verdorben worden. Die revolutionäre Zitadelle, auf die die Kommune so stark gerechnet hatte, ergab sich fast kampflos. Die Versailler Truppen betraten Paris ohne einen Schuß von der Seite des Point du Jour: es erwies sich, daß diese Stelle ganz unbeschützt war, und es war einem Verräter gelungen, sich mit den vordersten Schützenketten der Versailler in Verbindung zu setzen, die einige Dutzend Schritte von der Stadt entfernt lagen. Und an einem solchen Punkte (vom Süden, also besonders verwundbar) gab es keinen Schutz! Das sind die bezeichnendsten Tatsachen. Aber Unordnung und Anarchie waren überhaupt charakteristisch für die ganze militärische Arbeit der Kommune. Es gab kein richtunggebendes, festgefügtes Zentrum, es gab keinen überlegten Plan, denn es war niemand da, der ihn annehmen und durchführen konnte.

Was Wunder, daß die Energie der Arbeiter allmählich erschlaffte und dem Gefühl der Apathie Platz machte. Statt 300 000 Kämpfer hatte Paris in der Feuerlinie bloß 5—6000 Bajonette, und zudem fast immer dieselben Leute. Das Agitationswesen, für die Revolution so überaus wichtig, befand sich in denkbar schlechtem Zustande. Die Provinz wurde von den Zielen der Kommune überhaupt nicht unterrichtet, die bürgerliche Verleumdung blieb unwidersprochen, die Sympathien der Massen für die Sache der Kommune wurden nicht erobert. Freilich war das beim Fehlen eines klaren Programms, das die Masse mit sich fortreißen konnte, auch schwer zu machen. Aber selbst bei der gegebenen Situation konnte auf diesem Gebiet Vieles geschehen, wenn Männer dafür vorhanden gewesen wären, wenn es eine Partei gegeben hätte, die sich für diese Frage interessierte, die die ganze Bedeutung der Agitation begriff

und über einen Apparat zu ihrer Durchführung verfügte. Unter solchen Umständen gewann die Kommune nicht nur keine neuen Anhänger, sondern verlor auch nach und nach ihre Mitläufer, sowie ihre Gründer. Zuerst wandte sich die kleinbürgerliche Masse ab, dann zeigten auch die Arbeiter immer mehr Gedrücktheit und Gleichgültigkeit. Im letzten Augenblick, als die Versailler schon in Paris eingedrungen waren und vorwärtsrückten, ihren Weg mit den Leichen der Opfer pflasternd, flammte der den Parisern eigentümliche Heroismus auf, aber es war schon zu spät: jetzt konnte man nur noch in Ehren fallen, aber nicht mehr siegen. Und auch da kämpfte nur ein verhältnismäßig unbedeutendes Häuflein von Arbeitern der Vorstädte, hauptsächlich aus Belleville.

Kein Wunder, daß schon gleich nach der Zerschmetterung der Kommune das allgemeine Fazit lautete: Es ist notwendig, eine Arbeiterpartei, eine politische Organisation der Arbeiterklasse zu schaffen, die imstande ist, ihren Kampf zu leiten und Einheit und Planmäßigkeit hineinzutragen. Mit Ausnahme der wenigen Anarchisten billigten Anhänger der verschiedensten Anschauungen diese Schlußfolgerung. Sowohl Blanquisten wie Vaillant, als auch Marxisten wie Lafargue und Proudhonisten wie Charles Longuet — alle bestanden einstimmig auf der Teilnahme des Proletariats am politischen Kampf und auf der Schaffung einer Arbeiterpartei, die allen bürgerlichen Parteien entgegentreten und den Kampf der Arbeiterklasse um ihre volle politische und wirtschaftliche Befreiung leiten konnte. Die Londoner Konferenz von 1871 und der Haager Kongreß der Internationale von 1872 haben in ihren bekannten Resolutionen über den politischen Kampf nur das Fazit aus der traurigen Erfahrung gezogen, die das internationale Proletariat aus der Geschichte der Pariser Kommune gewonnen hat.

Die ganze weitere Geschichte der Arbeiterbewegung hat die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung bestätigt. Aber

bisher erfolgte diese Bestätigung in negativem Sinne, durch das Beispiel der Mißerfolge und Niederlagen, die durch den Mangel eines einheitlichen, richtunggebenden, klassenbewußten Zentrums hervorgerufen wurden. Die russische Revolution hat eine positive Bestätigung geliefert, indem sie das Beispiel der ersten geglückten Arbeiterrevolution zeigt, die ihren Erfolg der Tätigkeit der organisierten Partei des Proletariats verdankt. Das parallele Studium der Geschichte der Pariser Kommune und der russischen Revolution von diesem Standpunkt aus muß denjenigen revolutionären Sozialisten endgültig die Augen öffnen, die aufrichtig den Sieg der Arbeitersache über das Kapital anstreben, aber noch immer die Rolle und Bedeutung der kommunistischen Partei in der sozialen Revolution nicht begriffen haben.

J. Steklow.

Die Pariser Kommune und die russische Revolution.

J. F. Dubrowinski (Gen. Innokenti) zum Gedenken.

I.

Die Kommunarden erfaßten nicht die erhabene geschichtliche Bedeutung ihres Kampfes.

Mit ihrem Blute schrieben sie eine unauslöschliche Seite der Geschichte der Menschheit, sie konnten das Geschriebene jedoch selbst nicht entziffern.

Sie kämpften und starben. Einige, die am Leben blieben, versuchten es später, sich klarzulegen und anderen zu erklären, wofür ihre Genossen gekämpft hatten und unter den Kugeln der Henker Thiers gefallen waren.

Aber welchen Sinn die verschiedenen Verfasser in dieses große geschichtliche Ereignis auch hineinlegten, ihre Einschätzung blieb doch stets niedriger als seine wahre geschichtliche Bedeutung.

Marx gab ihm eine geniale Deutung. Doch erst die emporkeimende proletarische Weltrevolution enthüllt die ganze Tiefe dieser Deutung, die im 19. Jahrhundert die Bedingungen der proletarischen Revolution des 20. Jahrhunderts voraussah.

II.

Alle Revolutionen haben etwas Prophetenhaftes an sich. Nicht nur, daß sie die laufenden Tagesaufgaben stellen und je nach dem konkreten Kräfteverhältnis der kämpfenden Klassen lösen. Sie sind eine merkwürdige Retorte, in der mit erstaunlicher Geschwindigkeit die Gegensätze aufkeimen, reifen und aufeinander stoßen, die im mehr oder weniger langsamen „organischen" Gang des evolutionären Entwicklungsprozesses erst nach Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten zur Entfaltung gekommen wären. Die Arbeiterbewegung des Jahres 1848 war eine „Antizipation" — eine Vorwegnahme der Formen, die der Klassenkampf erst in späteren Jahrzehnten annahm. In der russischen Revolution von 1905 lassen sich leicht die Keime der späteren revolutionären Kampfformen erkennen, deren die Arbeiterklasse sich bis zur Oktoberumwälzung 1917 bediente.

Wer die Erscheinungen der Revolution von 1905 beobachtet und bis zu Ende durchdacht hatte, dem war es klar: Sollte es der Arbeiterklasse im Bunde mit der Bauernschaft gelingen, die politische Macht zu ergreifen, so würde sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben dürfen. Stets wird mir eine Unterhaltung im Gedächtnis bleiben, die M. N. Petrowski und ich 1907 mit dem vorzeitig dahingegangenen Gen. Innokenti (I. F. Dubrowinski) pflegten. Er sah es deutlich, daß in der kapitalistischen Gesellschaft jede Klasse ihren Tendenzen nach „maximalistisch" ist. Der „Maximalismus" jeder Klasse wird nur durch die Gegenwirkung der anderen Klassen eingedämmt, die ebenso „maximalistisch" sind wie jene selbst. Die Agrarier willigen nur deshalb in Zugeständnisse ein, weil die gesellschaftliche Kraft der kapitalistischen Bourgeoisie und in zweiter Linie die Kraft der Arbeiterklasse sie dazu zwingt. Die Bourgeoisie weicht nur insofern von der folgerichtigen Verwirklichung der „Idee des dritten Standes" ab, als die Agrarier und namentlich die Arbeiterklasse ihr Hindernisse in den Weg legen.

War zu erwarten, daß die Arbeiterklasse Rußlands, nachdem sie die demokratische Revolution zu Ende geführt, d. h. im Bunde mit der revolutionären Bauernschaft die Macht ergriffen und nicht nur die Gutsherrn, sondern auch die Bürgerlichen aus dem Sattel gehoben hatte, sich selbst durch ein

„Minimalprogramm" im Zaume halten werde? Wie Dubrowinski Pokrowski und mir in überzeugendster Weise klarlegte, wird die Arbeiterklasse in ihrem revolutionären Kampf hier nicht Halt machen. Vorausgesetzt, daß die Machtergreifung sich nicht als vorübergehende Episode erweist, werden die Arbeiter von dem Minimalprogramm zur Verwirklichung ihres „Maximalprogramms" übergehen. Ja, Gen. Dubrowinski führte eine ganze Reihe von Tatsachen an, aus denen hervorging, daß die Proletarier eigentlich schon Ende 1905 das rein demokratische Programm überschritten und in ihren Forderungen aus dem Rahmen dessen heraustraten, was unter Wahrung des Kapitalismus verwirklicht werden kann. Und fürwahr, warum schrieben wir auf unser Banner: Nationalisierung des gutsherrschaftlichen Eigentums, und fügten nicht hinzu: Nationalisierung des kapitalistischen Eigentums, Nationalisierung der Fabriken und Werke? Geschah es nicht einzig und allein aus dem Grunde, weil wir zwar hofften, den Widerstand der Gutsbesitzer zu brechen, uns aber für zu schwach hielten, um auch noch den verzweifelten Widerstand der Bourgeoisie zu besiegen? Geschah es nicht deshalb, weil wir fürchten mußten, daß ein bedeutender Teil der Bauernschaft, die uns im Kampf mit der Bourgeoisie tatkräftig unterstützte, sich von uns zurückziehen würde, wenn wir die ihm verhältnismäßig fernstehende Frage des kapitalistischen Eigentums aufwarfen? Sobald aber Verhältnisse entstanden, bei welchen diese Befürchtungen fortfielen, was dann? Wird es uns gelingen, die Arbeiter zu überzeugen, daß die Lage, die für die Nationalisierung des Grund und Bodens reif ist, für die Nationalisierung der Betriebe noch unreif ist.

Gen. Innokenti teilte uns seine Beobachtungen mit. Im Dezember 1905 wurden einige Betriebe von den Eigentümern, Verwaltern und Angestellten im Stich gelassen. Die Arbeiter selbst übernahmen den Schutz der Betriebe. Sie schützten sie aber nicht für die Kapitalisten, sondern für sich selbst. Und zwar wurden sie dabei nicht nur von der elementaren Erwägung geleitet, daß sie mit der Plünderung des Fabrikeigentums Arbeit und Verdienst verlieren würden. Vielmehr schwebte ihnen schon damals, wenn auch noch unklar, die Erwägung vor, daß dies alles dem Volke und zum mindesten der Arbeiterklasse als gemeinsamer Besitz übergeben werden müsse.

Wäre die russische Revolution nicht durch auswärtige Intervention in Form eines Darlehens der französischen Kapita-

Louise Michel

listen an den Zarismus unterdrückt worden, wäre sie vorwärts geschritten, so hätte man aus dieser dunklen Forderung einen klaren und dringlichen Programmpunkt gemacht.

In der ursprünglichen, nebelhaften Formulierung trug die Tendenz der Besitzergreifung der Betriebe natürlicherweise einen syndikalistischen Charakter: Die Arbeiter eines bestimmten Betriebes ergreifen Besitz von diesem Betrieb.

Aber die Arbeiterklasse hatte damals nur ihr erstes Wort gesprochen. Und dieses Wort drang nur solchen außerordentlich feinen und scharf denkenden Beobachtern zu Ohren, wie der verstorbene Gen. Innokenti es war. Mit der Zeit hätte auch unsere ganze Partei dieses Wort vernommen. Als Vorhut der Arbeiterklasse wäre sie auch damals der sich entfaltenden Revolution treu geblieben. Der revolutionäre Instinkt zeigte dem Proletariat Rußlands einen nach dem anderen die Schritte, die die Offensivbewegung der Revolution erforderte. Die Partei des revolutionären Proletariats hätte diesen revolutionären Instinkt in revolutionäres Bewußtsein, in eine von ihr geleitete revolutionäre Aktion verwandelt.

Deshalb war sie bei Ausbruch der Revolution 1917 für die ihr erwachsenden Aufgaben auch gut vorbereitet.

III.

Die Hauptmasse der Kämpfer der Pariser Kommune lieferte nicht das Proletariat der Großindustrie, auch nicht das Proletariat im allgemeinen, sondern, namentlich in den ersten Wochen der Kommune, die im Zersetzen begriffenen Formen des Kleingewerbes, die sich im Prozeß der Proletarisierung befanden. Was den Typus der Industrieunternehmen und die Rolle der großkapitalistischen Formen anbelangt, stand Paris Anfang der 1870er Jahre bedeutend niedriger als Petersburg oder Moskau Anno 1905 und 1917.

Die Bewegung begann unter der zweifellosen Hegemonie der kleinbürgerlichen Elemente, die in zahlreiche Fraktionen mit oft durchaus unversöhnlichen kapitalistischen Anschauungen zerfielen. Sie zeichneten sich alle in gleichem Maße durch ihr verwirrtes und nebelhaftes Programm aus. Manchmal erfüllte sie wahre Furcht vor dem Aufwerfen wirtschaftlicher Fragen, die nur die Hoffnungslosigkeit der Lage der kleinbürgerlichen Formen in jener Zeit und ihre völlige Aussichtslosigkeit in der Zukunft enthüllt hätten.

Es war zu Anfang eine patriotische Bewegung, ein leidenschaftlicher Protest gegen die Regierung, die hinter ihren Auf-

rufen zur Verteidigung bloß ihren tatsächlichen Verrat, ihr bereits abgeschlossenes Geschäft mit der deutschen Regierung verstecken wollte. In der ersten Zeit hielten die Erinnerungen an die Revolutionskriege aus dem Ende des 18. Jahrhunderts die Geister der Aufständischen gefangen. Am Anfang bedeutete die Kommune den Krieg. Als flammender Ausbruch des Patriotismus, als Erinnerung an die hastige revolutionäre Abwehr, die sich im 18. Jahrhundert zum Angriff entwickelte, zog sie auch die bürgerlichen Elemente mit sich.

Wäre der Pariser Aufstand bereits im Oktober 1870 erfolgreich gewesen, so hätte er Thiers gestürzt und eine nationale, allfranzösische Regierung ergeben. Diese Regierung wäre eine wirkliche und keine Schauregierung gewesen, die Vaterlandsverteidigung heuchelte. Sie wäre jedoch eine bloße Abwehrregierung geblieben und nicht zur Pariser Kommune geworden. Sie wäre eine kraftlose Erinnerung an die Vergangenheit geblieben, aber keineswegs zum Vorboten der Zukunft geworden.

Die Kommune verlor viel kostbare Zeit dadurch, daß am Anfang unorganisierte, zur Organisation ihrer selbst und anderer unfähige, verschiedenen Klassen angehörende, schwankende, wankende und irrende kleinbürgerliche Elemente vorherrschten. Wir sehen hier einen Aufstand gegen die verräterische, betrügerische Regierung, dort Bemühungen, sich mit ihr zu verständigen und auszusöhnen, hier eine Revolution gegen die Regierung der Nationalversammlung, dort demokratischen Alarm, ob es auch zulässig sei, gegen diese durch „allnationale Wahlen" geschaffene Versammlung anzukämpfen; hier einen entschlossenen revolutionären Bruch mit dem gesamten bestehenden Staat und allen geschichtlichen Präzedenzen, dort fieberhaftes Suchen nach äußeren Formen der Gesetzlichkeit, nach einer Rechtfertigung durch geschichtliche Beispiele; hier eine tatsächliche Herausforderung an die gesamte alte Welt, dort ein Zurückweichen vor den Maßnahmen, die allein imstande gewesen wären, ihren Widerstand zu unterdrücken. Wie P. L. Lawrow sich treffend ausdrückt, war die Kommune eine Barrikade und dünkte sich eine Regierung. Unter Verhältnissen, die dringend die Diktatur der Arbeiterklasse erforderten, klammerte sie sich mit befremdender Blindheit an die demokratischen Formen. *)

*) Wir empfehlen dem Leser dringendst das Werk von P. Lawrow: „Die Pariser Kommune vom 18. März 1871", auf das Gen. Trotzki bereits in seinem „Terrorismus und Kommunismus" hinwies. Lawrows Buch, das 1879 geschrieben wurde, ist für unsere Zeit be-

IV.

Niemand bereitete die Kommune vor, niemand bereitete sich auf sie vor. Sie kam Freunden und Feinden unerwartet, den ersteren vielleicht noch mehr als den letzteren. In ihren Strömungen spiegelte sie den ganzen bunten Wirrwarr des damaligen Paris wider, das sich bereits zu zersetzen und dem Kapitalismus zu verfallen begann, aber noch längst nicht die kapitalistische Klarheit der sozialen Beziehungen und Klassengegensätze erreicht hatte. Große und kleine Gruppen, Fraktionen, Schulen und Sekten bekämpften einander. Es gab keine einzige Partei, die mit Recht hätte von sich sagen können, daß sie diejenige Partei sei, der das Proletariat zum entscheidenden Ansturm gegen den Kapitalismus folgen werde. Es gab nicht einmal eine Partei, die die Unvermeidlichkeit dieses Ansturms vorausgesehen hätte. Als die Feste eingenommen war, kam es daher niemandem in den Sinn, daß man sie dem Kapitalismus abgerungen hatte und daß sich eine neue Aera in der Geschichte der Menschheit auftue.

Es gab viele Doktrinen und Rezepte, viele geschichtliche Erinnerungen; aber es mangelte an einem klaren Programm, einem Aktionsplan, an Organisation zur Tat. Es gab breite Gruppen proletarischer Elemente voll stürmischer revolutionärer Energie; aber es war keine einflußreiche Organisation vorhanden, die diese Tatkraft in die Richtung des Klassenkampfes gelenkt und den ausgebrochenen Kampf mit den unmittelbaren, grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse verbunden hätte.

Die „Jakobiner", die den Worten nach die Notwendigkeit der Diktatur anerkannten, tatsächlich aber außerstande waren, sie zu organisieren, da sie nur als Diktatur der Arbeiterklasse von Nutzen sein und überhaupt verwirklicht werden konnte, die Proudhonisten verschiedener Schattierung, die nicht über die mannigfaltigen Formen der gegenseitigen Hilfe der Handwerker hinausgingen, die Berühmtheiten aus früheren Tagen, die zu wandelnden Leichen geworden waren, die „reinen"

---

sonders lehrreich. Jeder Sozialrevolutionär, in dem auch nur ein Fünkchen revolutionären Geistes glüht, muß mehr als einmal erröten, wenn er dieses Werk liest. Es wäre aber auch denjenigen westeuropäischen Genossen von Nutzen, die noch nicht endgültig mit den zahnlosen demokratischen Illusionen Kautskys gebrochen haben. Der Staatsverlag läßt zur Halbjahrhundertfeier der Kommune eine neue Ausgabe des Werkes erscheinen. Es wäre zeitgemäß, das Buch, wenn auch nur in einer der westeuropäischen Sprachen erscheinen zu lassen.

Demokraten, für die der ganze Sinn der Umwälzung in der politischen Umgestaltung Frankreichs bestand, sie alle wollten es in einen Bund autonomer Kommunen, die im 19. Jahrhundert die gesellschaftliche Struktur des Mittelalters wiederherstellen sollten, verwandeln. Die Führer der Arbeiterklasse, die für die Erhaltung des Privateigentums eiferten, Leute, die die proletarische Revolution auf verantwortungsvolle Posten gestellt hatte und die angstvoll jede Maßnahme vermieden, die den bürgerlichen Kredit hätte erschüttern können, alle diese Gruppen konnten die proletarischen Massen wohl desorganisieren und ihre Kräfte aufbrauchen; sie waren jedoch außerstande, die Massen zu einer geordneten Kraft, die mit Bewußtsein an die Lösung der entstandenen Klassenaufgaben heranging, zusammenzuschweißen.

Unter den Mitgliedern der Kommune und auch unter den Arbeitermassen gab es eine gewisse Anzahl von Anhängern der Internationale. Sie bildeten jedoch nur eine schwache Gruppe mit recht kleinem Einfluß. Zudem drangen die Ideen der Internationale vielfach in einer durch die vor- und frühkapitalistische Ordnung in Paris verunstalteten Form zu ihnen. In ihren Köpfen fanden Seite an Seite mit den Ideen Marx' kleinbürgerliche Widerspiegelungen des Kleingewerbes Platz, das zwar tief zerrüttet war und sich bereits in den Klauen des Kapitalismus befand, aber doch noch weit verbreitet war.

So kam es denn, daß das Proletariat, das die politische Macht tatsächlich erobert hatte, sich außerstande erwies, sie als Werkzeug seiner Befreiung auszunutzen und lange Zeit hindurch nicht einmal ahnte, daß es die politische Macht in Händen hielt.

Verwirrte Köpfe verwirrten das Proletariat, sodaß es mit altem Maß an die völlig neuen Verhältnisse herantrat.

V.

Die Bewegung hatte als patriotische begonnen. Sie zeigte anfangs die Tendenz, sich in eine „allnationale" zu entwickeln und „alle Klassen" mit der einen Losung der „Verteidigung bis zur letzten Möglichkeit" zu umspannen. Sie sollte jedoch bald einen mehr einheitlichen Charakter annehmen.

Von sicherem Klasseninstinkt getrieben, zog die Bourgeoisie allmählich nach Versailles zu der Regierung, die durch die „allgemeinen Wahlen" gewählt war und die „ganze Nation", d. h. die alten sozialen Beziehungen oder, mit anderen Worten, die Diktatur des Eigentums vorstellte. Dem Befehl dieser Re-

gierung, sowie ihren eigenen Neigungen Folge leistend, verließen die Beamten und Angestellten verschiedener Rangstufen, insbesondere aber die höhere und mittlere Beamtenschaft die Stadt Paris. Sie wollten die revolutionären Massen von Paris dadurch zwingen, sich dem „Willen des ganzen Volkes", d. h. dem Willen der Bourgeoisie, unterzuordnen. Das Kleinbürgertum und alle Zwischenelemente, die zur Ueberzeugung gekommen waren, daß Versailles keine Zugeständnisse machen werde und die Frage durch blutigen Kampf zwischen der „gesetzlichen Macht" von Versailles und der revolutionären Macht von Paris gelöst werden müsse, begannen ebenfalls, Paris zu verlassen, oder zum mindesten sich von den aufständischen Massen zu entfernen. Die Kommune begann daher mit der Entwicklung des Kampfes die anfängliche Buntscheckigkeit ihres Klassenbestandes zu verlieren; der Pariser Aufstand nahm immer deutlicher den Charakter einer proletarischen Revolution an.

Das Proletariat drückte als entschlossenste, revolutionärste und in ihrem revolutionären Geist klarste Klasse einigen der ersten Maßnahmen der Kommune seinen Stempel auf. Der Kampf ließ für die weitere Entwicklung der sozialistischen Zerstörung und des sozialistischen Aufbaus keine Zeit übrig. Aber auch diesem Kampf drückte, namentlich in den letzten Wochen, die Arbeiterklasse ihren Stempel auf. Es fehlte ihr natürlich an der nötigen Organisation, an Leitern und Führern. Sie hatte keine Zeit, ihre eigenen militärischen Fachmänner auszubilden; die wenigen Spezialisten aber, die aus der alten Armee zur Arbeiterschaft übergegangen waren, verdienten entweder kein Vertrauen oder waren schlechte Spezialisten; manchen von ihnen ging jedes Verständnis dafür ab, daß sie einen Krieg mit ganz anderen Aufgaben, ganz anderem Menschenmaterial und völlig verschiedenen Methoden vor sich hatten, als den Krieg gegen die preußischen Heere.

In der inneren organisatorischen Tätigkeit blieben die Massen allein, ohne Führer, ohne klare Köpfe mit weitem Ausblick, ohne Partei, in der die Massen einen deutlichen, rationellen Ausdruck ihrer noch unklaren Klasseninstinkte und ihrer elementaren Bestrebungen fanden, in der sie sich selbst erkennen konnten. Aber auch im äußeren bewaffneten Kampf gegen die kapitalistische Welt fehlte ihnen die gründliche Organisation, die planmäßige Führung. Sie haben bewunderungswürdige, unvergeßliche Beispiele proletarischen Heldenmuts geliefert, sie haben Tausende und Abertausende von Märtyrern für die künftige Revolution der Arbeiterklasse hergegeben. Ihr

Kampf selbst aber blieb ein bloßer Feuerschein am Himmel, ein Vorbote des heraufziehenden Weltsturms. Ihr proletarischer Instinkt, das Vorgefühl, daß den im Kampfe fallenden Tausenden Millionen und Abermillionen felsenfester Kämpfer folgen, die die Sache der Kommunarden zu Ende führen werden, veranlaßte sie, erhobenen Hauptes vor den Gewehrmündungen der Mörder von Versailles zu stehen. Mit ihrem Blick schleuderten sie den Henkern diese Drohung entgegen; ihr Verstand vermochte es noch nicht, dieser inneren Ueberzeugung in klaren Begriffen eine deutliche Formulierung zu geben.

Deshalb stand die Kommune im Kampfe allein da. Sie wandte sich zwar auch an die anderen Städte Frankreichs. Von unklarem Klasseninstinkt geleitet, anfänglich auf Losungen aufgebaut, die eine Zeitlang die Patrioten irreführten und sie auf die Seite der Kommune zogen, konnte sie sich aber noch nicht an das Proletariat der ganzen Welt wenden.

Die Zeit dafür war noch nicht gekommen. Es bedurfte noch weiterer fünfzig Jahre des Kampfes, der Leiden, des Verrats der Führer, der kleinbürgerlichen Illusionen, der blutigen Schrecken, — erst dann kam das fürchterliche Erwachen in einer vom Kapitalismus halb zertrümmerten Welt.

VI.

Das Proletariat der Kommune war noch kein Proletariat im jetzigen, großindustriellen Sinn des Wortes. In seiner überwiegenden Mehrheit war es, wie Fr. Engels sagt („Der große Bauernkrieg in Deutschland"), noch V o r p r o l e t a r i a t.

Es hatte noch nicht mit der alten Welt gebrochen, in der sich neben dem Kleingewerbe das Handelskapital breit machte. Daher waren die Ueberreste des Blanquismus, der nur dank verschiedener Zufälligkeiten nicht 1848 schon offen und rettungslos Bankerott machte, in seinen Augen von einem Glorienschein umstrahlt. Daher fand die Rezepte der Proudhonisten dort noch immer viele Anhänger. Deshalb auch erfreuten sich die „Jakobiner", für die die Geschichte beim Jahre 1793 stehengeblieben war, eines unzweifelhaften, wenn auch nur zeitweiligen Erfolges.

Trotz alledem aber war es der Keim des m o d e r n e n Proletariats, war es eine Klasse, der es, wenn auch erst in der nächsten oder zweitnächsten Generation bevorstand, sich selbst als Klasse zu vernichten, d. h. die ganze kapitalistische Gesellschaft einzugraben, sie samt allen ihren festesten Stützen, von ihrem tiefsten Grunde auf in die Luft zu sprengen. Es war eine

emporkeimende neue Klasse, die schon damals instinktiv die ganze ausbeuterische Gesellschaftsordnung verurteilte und sie später, von Klassenbewußtsein durchdrungen, abstoßen und stürzen sollte.

Die Leiden, die die Belagerung durch die preußische Armee mit sich brachte, die Verrätereien der „Abwehrregierung" befreiten die Arbeiterklasse von den Illusionen über die bürgerliche Republik. Unter den Qualen der Belagerung durch die Versailler brach sie mit der kapitalistischen Welt.

Es wurde bestimmt, daß das Gehalt eines Beamten den Verdienst eines gelernten Arbeiters nicht übersteigen solle, — wir haben hier ein Anzeichen, daß die proletarische Revolution ihr Haupt erhob.

Die Säule von Vendôme, die Napoleon I. nach dem Siege über Oesterreich 1809 aus eroberten Kanonen errichten ließ und die somit ein Sinnbild des Krieges und der Völkerverhetzung war, sollte abgetragen werden: — auch hier zeigte sich der Bruch mit dem Staat der Bourgeoisie, mit allem, was ihr heilig und teuer war. Es war zugleich auch ein Bruch mit dem patriotischen Fluge der ersten Tage der Kommune, eine gänzliche Verneinung ihrer ursprünglichen Deutung, die Kommune sei der Krieg. Nun verkündete die Kommune das Nahen einer Welt, in der es weder Kriege noch Kriegshelden geben würde.

Auch in der endgültigen Trennung der Kommune von der Kirche und der Vertreibung der Religion aus den Schulen zeigte sich die revolutionäre Entschlossenheit und Folgerichtigkeit des Proletariats. Welch krasser Unterschied zwischen ihm und jenen russischen Kleinbürgern, die sich Sozialrevolutionäre nennen und ihre Tätigkeit im Moskauer Stadtrat durch einen Gottesdienst einleiteten! Welch unendlicher Abgrund zwischen ihm und jenen georgischen Kleinbürgern, die sich Sozialdemokraten nennen und ihren öffentlichen Feierlichkeiten noch heutigentags einen Gottesdienst voranschicken!

Die Kommune übernahm die Fabriken und Werkstätten, die die nach Versailles geflüchteten Besitzer im Stich gelassen hatten, — dies war natürlich nur ein Anfang; es wäre ihm aber sicher eine entschlossene Fortsetzung gefolgt, wenn nicht bald darauf das Ende — der Triumph der Henker von Versailles — eingetreten wäre.

Ja, das Proletariat von Paris war nur ein Vorproletariat. In der angespannten, elektrisierten Atmosphäre, im Kampf mit den Ausbeutern, die zu grausamen Henkern wurden, in dem großen Märtyrium dieses Kampfes legte das Vorproletariat je-

doch rasch einen Weg zurück, der unter anderen Verhältnissen Jahrzehnte beansprucht hätte.

Wie unvollständig und vereinzelt die Maßnahmen auch waren, durch die das Proletariat von Paris seinen Willen kundtat, so zeigen sie doch, daß es sein „Maximalprogramm" zu verwirklichen begann und zur sozialistischen Umwälzung schritt.

Es schüttelte den Einfluß all der Jakobiner und Proudhonisten ab und befreite sich in der Lohe des Kampfes von allen kleinbürgerlichen Schlacken. Zugleich überflügelte es aber auch den Blanquismus, der das rein elementare revolutionäre Gefühl des Vorproletariats zum System erhob. Es schlug den Weg ein, auf dem dieses revolutionäre Gefühl sich mit einem weiten, alles umfassenden Ausblick vereinigen und in dieser Verschmelzung das Programm der revolutionären Aktion gebären sollte, das Marx und Engels in seinen Grundzügen entworfen hatten und das das Weltproletariat nunmehr zu verwirklichen beginnt.

* * *

Das russische Proletariat, das vorläufig als einziger Kämpfer des sozialistischen Weltumsturzes dasteht, hat in seinem einsamen Kampf unsagbare Qualen zu erleiden. Auf einer neuen Entwicklungsstufe, in einer ganz anderen geschichtlichen Umgebung hat es darin bis jetzt das Schicksal der Pariser Kommune geteilt.

Durch die Erfahrung der Pariser Kommune bereichert, hat es jedoch viel überflüssige Leiden vermeiden können; es hat bis jetzt alle seine Gegner geschlagen, weil es sich rasch von allen kleinbürgerlichen Mitläufern befreit und Folgerichtigkeit und Energie in seinen Kampf hineingetragen hat. Gleich dem Pariser Proletariat des Jahres 1871 hat es verhältnismäßig rasch vermocht, ideologisch mit der bürgerlichen Welt aufzuräumen, da diese Welt noch nicht Zeit hatte, es innerlich zu verkrüppeln und sich unterzuordnen. Es vermochte sich rascher zu organisieren, weil die Formen der kapitalistischen Unternehmen in Rußland heute höher stehen als in Paris zur Zeit der Kommune.

Das heutige Proletariat des Westens befindet sich in tieferer Abhängigkeit von der bürgerlichen Gesellschaft. Es reißt noch immer an den Ketten, die es an diese Gesellschaft fesseln. Es brauchte viele Monate, um die Lehren zu erfassen, die die Pariser Kommune sich in wenigen Wochen zu eigen machte.

Elisée Reclus

Die Atmosphäre verdichtet sich jedoch immer mehr. Immer häufiger ertönt von allen Seiten das Grollen des nahenden Gewitters. Wenn das Gewitter aufblitzt, tritt der ganze Mechanismus der ausbeuterischen Gesellschaft deutlich hervor. Immer aussichtsloser wird das Bestreben der „vermittelnden" Verräter, das heutige Proletariat, das revolutionäre Paris, das gesamte Proletariat, alle Unterdrückten der Welt, sich verwandeln wird vor einem revolutionären Ausbruch zurückzuhalten.

Die Zeit naht heran, da die Vertreter des siegreichen Proletariats aller Länder und aller unterdrückten Gebiete, die ihre Sklavenketten abgeschüttelt haben, entblößten Hauptes, mit wehenden roten Bannern, unter den Klängen der Internationale sich an den Gräbern der Kommunarden treffen werden.

An diesem Tage wird die besiegte Pariser Kommune ihren höchsten Siegestriumph feiern.

J. Stepanow.

Der weiße Terror nach dem Sturz der Kommune.

(Episoden aus der Maiwoche).

Die Völker besitzen ein kurzes Gedächtnis. Sie sind nur zu sehr geneigt, die schlechten Tage zu vergessen und ihren Feinden zu verzeihen. Gedenken die Arbeiter von Paris und jene von ganz Frankreich — die heute Zeugen des heldenmütigen und diesmal siegreichen Kampfes des russischen Proletariats gegen die internationale Reaktion sind — gedenken sie noch in genügender Weise der Art, in der sie nach der beispiellosen, großartigen Anstrengung der Pariser Kommune im Jahre 1871 von der Bourgeoisie und den Generälen, diesen Vollbringern schändlicher Taten, behandelt wurden?

Camille Pelletan, der seither schon des öfteren seine alten Sünden verleugnen mußte, veröffentlichte im Jahre 1880 ein dickes Buch über die blutige Woche von Paris, stark mit Dokumenten belegt. Niemand wird den vormaligen radikalen Minister verdächtigen, daß er eine übertriebene Sympathie für die Kommunisten hegte; denn er scheint weit davon entfernt, ihre revolutionären Ueberzeugungen zu teilen. Daher

muß sein Buch im Sinne einer gewissen Unparteilichkeit gewinnen.

Fast alle durch die Versailler verhafteten Mitglieder der Kommune wurden umgebracht, und ebenso alle, die schuldig befunden wurden, mit dem proletarischen Aufstand sympathisiert zu haben. Im Nachfolgenden wollen wir nur die Einzelheiten über die Hinrichtung der Bürger Varlin, J. B. Millière und Tony-Moilin veröffentlichen.

Um zu beweisen, daß sie gegen die proletarischen Massen oder richtiger gesagt gegen die Pariser Bevölkerung gerichtet waren, führen wir einige Dokumente über die von den Strafkommandos organisierten Schlachthäuser der Gefangenen an. Wir zitieren insbesondere jene Seiten vollständig, die sich auf das Feldgericht in Le Chatelet und auf die Niedermetzelungen in der Kaserne Lobau beziehen. Dies alles aber nur als Beispiel. Denn in ganz Frankreich ereignete sich das gleiche. Ueberall waren kleine Schlachthäuser in Tätigkeit, in den Bürgermeisterämtern, in den Schulen, auf leeren Plätzen, in den Steinbrüchen außerhalb der städtischen Bannmeile usw.; ausgedehnte Schlächtereien fanden statt in den Gefängnissen von Mazak und de la Roquette. Ferner fanden Massenabschlachtungen im Pantheon, auf den Buttes-Chaumont, am Friedhof Père Lachaise statt.

Einige der von uns veröffentlichten Schriftstücke beziehen sich auf die Einnahme von Montmartre durch die Versailler. Dem haben wir nichts als die Bemerkung beizufügen, daß Belleville und La Villette durch das Gemetzel im vollsten Sinne des Wortes entvölkert wurden.

Die Repressalien, Niederschießungen und Verschickungen dauerten bis zum Monat August. Camille Pelletan, der die Ziffer der Toten feststellt und die offizielle Zahl von siebzehntausend nennt (diese Zahl wurde von den die Strafkommandos befehligenden Generälen angegeben), gelangt zu dem Ergebnis, daß im Laufe der blutigen Woche des Monats Mai 1871 knapp gerechnet, dreißigtausend Pariser Arbeiter ermordet wurden.

Zu dieser Zahl muß man aber noch jene hinzurechnen, die auf den Pontons starben oder nach Neu-Caledonien oder sonst wohin verschickt wurden (unter diesen befanden sich auch Rochefort und Louise Michel) und dort dem Fieber erlagen. Man möge sich bloß erinnern, daß vierzigtausend Personen, Männer, Frauen und Kinder, in Paris verhaftet, nach Versailles gebracht und in Satory unter den grausamsten Bedingungen eingekerkert wurden, und daß die Henker selbst gezwungen waren, zuzugeben, daß zwei Drittel dieser Unglücklichen un-

schuldig waren; dann wird man vielleicht eine annähernde Vorstellung von der Art und Weise haben, mit der die siegreiche Bourgeoisie das werktätige Volk behandelt.

Auf diesem Leichenfelde wurde mit Hilfe des Schlächters Gallifet die Dritte bürgerliche Republik errichtet, ebenso wie die Zweite Republik im Jahre 1848 vom Henker Cavaignac auf einem in den Arbeitervierteln angehäuften Berg von Leichen gegründet wurde.

Solcher Art ist der edle Ursprung der bürgerlichen Republiken. *Die Redaktion.*

I.

Jean-Baptiste Millière.

Am 28. Mai um halb drei Uhr sandte Thiers ein Telegramm an die Departements, in dem es hieß:

„Der nur allzu berüchtigte Deleschuze wurde von den Truppen des Generals Clinchant tot aufgelesen. Der nicht weniger berüchtigte Millière wurde niedergeschossen, weil er drei Revolverschüsse auf den Korporal abgab, der ihn verhaftete."

Der Mann, dessen Tod Thiers in dieser Form mitteilt, war ein Volksvertreter. Seine Hinrichtung war ein zwiefaches Verbrechen.

Ich habe Millière während des Prozesses von Tours zum ersten Mal gesehen. Er war lang und hager. Ein längliches Gesicht, dem die mageren Falten, die Brille und die bis auf die Schultern niederfallenden grauen Haare einen unvergeßlichen Ausdruck verliehen. Die seinen Zügen aufgeprägte Energie gab ihm das korrekte Aussehen eines braven Bürobeamten. Durch seine Willenskraft und harte Arbeit hatte sich Millière zu dem gemacht, was er geworden war. Er war, wie ich glaube, Sohn eines Böttchers und gelangte durch eisernen Fleiß zum Grad eines Doktors der Rechte. Als er sich in den ersten Jahren des Kaiserreichs durchsetzte, hatte er bereits eine lange Zeit des Kampfes hinter sich.

Er besaß die bittere Leidenschaft jener, die gelitten haben. Aber er verstand es, sie zu regeln und zu beherrschen. Seine ruhige und sichere Haltung, seine seltene Redegewandtheit übten eine gewaltige Wirkung aus. Im Prozeß von Tours erzielte er einen umso glänzenderen Erfolg, als dieser gänzlich unerwartet kam. Man befragte die ihn begleitenden Gendarmen,

und es erwies sich, daß seine Verführungskraft bis zu ihnen gereicht hatte! Ihre Aussagen bestätigten seine Worte.

Millière war Mitglied der Versammlung, als die Bewegung des 18. März losbrach. Niemand bedauerte dies mehr als er. Er schloß sich den Reihen der Abgeordneten und Bürgermeister an, die zu einem Ausgleich zu gelangen suchten. Ein konservatives Mitglied der Versammlung, de Saint-Pierre, spricht in dem Werk über den 18. März (Band II, S. 519) in folgenden Ausdrücken über die Haltung Millières:

„Ich sah Millière in meinem Büro weinen. Ich hörte ihn sagen: „So ist das Volk von Paris! Gut sind nur die Leute vom Lande. Alle übrigen besitzen nur eine künstliche Erziehung". Und als er dies sagte, weinte er. Er sah aus wie ein Wahnsinniger!"

De Saint-Pierre gibt aller Wahrscheinlichkeit nach die Worte Millières nicht gerade mit der allergrößten Genauigkeit wieder, aber man kann dieser Zeugenschaft zum mindesten entnehmen, wie fern der Abgeordnete von Paris der Bewegung des 18. März stand.

Der Bürgerkrieg brach aus: Millière blieb in Paris. Während Floquet, Clémenceau, Lockroy ihre Abschiedsgesuche nach Versailles sandten, um das Versöhnungswerk zu versuchen, das so viele Schrecken hätte verhüten können, blieb er Abgeordneter und beschränkte sich darauf, einen Brief zu veröffentlichen, in dem er die Versammlung angriff; gleichzeitig vermied er es jedoch, sein Mandat aufzugeben. Man kann sein Vorgehen und die Erklärungen, die er hierfür gab, auffassen, wie immer man will, sicher ist, daß die Versammlung nicht über ein Abschiedsgesuch entscheiden konnte, das ihr nie eingereicht wurde, daß sie keine Verfolgungen anordnen konnte, die man nie von ihr verlangt hatte, und daß Millière auch weiterhin das Mandat eines Volksvertreters bekleidete.

Zurückgeblieben in der großen Stadt, die von der gesetzlichen Gewalt bombardiert und mit Aushungerung bedroht wurde, fing er allgemach an, die allgemeine Erbitterung zu teilen, jedoch nahm er keinen Anteil an der Regierung der Kommune: er lehnte jeden Titel ab und spielte keinerlei Rolle, ausgenommen bei der großen Versammlung im Hofe des Louvre für die eingeborenen Bürger der Departements, auf der er präsidierte und Reden hielt. Die Zeitung aber, die er zusammen mit Georg Duchesne redigierte, wurde von den Leuten im Rathaus so sehr als gegnerisch betrachtet, daß sie sie in den Tagen, die

dem Einmarsch der Versailler Truppen in Paris unmittelbar vorausgingen, durch ein Dekret verboten. Auch Jules Simon reiht in seiner Geschichte der Regierung Thiers Millière unter jene ein, die sich von der Regierung in Versailles lossagten, ohne sich der Kommune anzuschließen.

Wie aber war sein Verhalten während des Kampfes? Man erzählt, daß er mit Föderierten in den Moniteur Universel gekommen sei und mit ihnen dort eine Haussuchung vorgenommen habe. Man erzählt (und Maxime Ducamp bestätigt es), daß man ihn im Gefängnis de la Santé gesehen hätte. Sicher scheint zu sein, daß er am Vorabend der Einnahme des Pantheon in seinem Stadtviertel kommen und gehen gesehen wurde, unbewaffnet und in Zivilkleidung. In der „Times" vom 25. Mai habe ich folgendes Telegramm gelesen: „Gestern wurde ein Jäger der Fußtruppen, der sich weigerte, sich den Kommunisten anzuschließen, nur dank den Bemühungen Millières gerettet".

In den Reihen der Kommunisten gab es einen Mann des gleichen Namens, der Oberst der Föderierten war. Der Leser weiß, wie viele Opfer solche Art Verwechslungen forderten.

Ueber seine Hinrichtung besitze ich außer Zeitungsnotizen drei Aussagen von Augenzeugen: in erster Reihe die berüchtigte Erzählung des Hauptmanns Garcin in der parlamentarischen Rundfrage, ferner die Aussage von Louis Mie, dem hervorragenden Redner, der als Abgeordneter der Gironde starb und dem Drama zufällig beiwohnte. Er kam als Abgeordneter des Munizipalrats mit seinem Kollegen Leymarie aus Périgueux, um Thiers zu besuchen. Auf der Durchreise in Paris wohnte er der Erschießung Millières bei. Er redigierte und veröffentlichte eine Erzählung über die Hinrichtung, der er folgende Worte vorausschickte: „Ich schwöre, daß dies die reine Wahrheit ist und nichts als die Wahrheit". Sein Gefährte Leymarie bestätigte die Erzählung mit der gleichen Formel und dem gleichen Gelübde. Endlich war der Leiter der „Justice", Marpon, dessen Buchhandlung, wie bekannt, sich in den Galerien des Odeon befindet, mit einem seiner Freunde anwesend, und er lieferte mir die Einzelheiten, die sich im übrigen mit der Erzählung von Louis Mie vollständig decken.

Garcin sagt („Parlamentarische Rundfrage", S. 238):

„Millière wurde gegen zehn Uhr morgens in einem Hause, das, wie ich glaube, ihm gehörte, verhaftet. Er hatte dem Sergeanten und dem Korporal, die ihn verhaften sollten, gewissen Widerstand geleistet, er hatte einen Revolver hervor-

gezogen und geschossen. Er wurde von zwei sehr erregten Männern geführt, auch die Menge war erregt und wollte ihn in Stücke reißen."

Der Anfang dieser Erzählung ist durchaus falsch. Millière wurde nicht in seinem Hause verhaftet, Millière hat nicht auf die Soldaten geschossen, die ihn verhafteten.

„Le Figaro" vom 16. Juni enthält einen merkwürdigen Brief eines gewissen Henri de Montaut, Eskadronkommandeur und Delegierter des V. Bezirks. Dieser Vertreter der bewaffneten Macht jener Epoche richtet ein Schreiben an das genannte Blatt, das mit den Worten beginnt: „Lieber Herr von Villemessant . . . ." Ein rührendes Beispiel von dem guten Einvernehmen zwischen der Boulevardpresse und der Säbeldiktatur.

Henri de Montaut sagt, daß er wenige Tage nach der Hinrichtung Millières in seinem Kabinett den Besuch der Frau Fourès empfing, der Schwiegermutter Millières, die ihn bat, ihr den Zutritt zu ihrer in Versailles gefangen gehaltenen Tochter zu erleichtern. Und er fügt hinzu: „Sie brachte mir zwei Bestätigungen für meine Erzählung, von der sie im übrigen erklärte, daß sie vollkommen den Tatsachen entspräche. Millière wurde in ihrem Hause versteckt gefunden und hat angeblich nicht auf die Truppen geschossen. Er hat ja nie in seinem Leben eine Waffe besessen, mein Herr, sagte sie mir unter Tränen."

In der Vorladung, die später, am 12. Februar 1873, von der Witwe Millières an Garcin geschickt wurde, heißt es, daß Millière am 26. Mai 1871, gegen 10 Uhr vormittags, im Hause der Ehegatten Fourès, Schuhmacher, die seine Schwiegereltern waren, verhaftet wurde: hierdurch wird der erste Punkt des Briefes an den „Figaro" bestätigt.

Was die angeblichen Revolverschüsse anbelangt, von denen im Telegramme Thiers behauptet wird, daß es ihrer drei waren, und bezüglich derer sich Garcin schon weniger bestimmt äußert, so läßt die Aussage Louis Mies erraten, was eigentlich daran Wahres ist.

Nachdem sie die Hinrichtung gesehen hatten, warfen sich die aufs äußerste erschütterten Mie und Leymarie sofort in einen Wagen und begaben sich nach Versailles. Dort angekommen, kamen sie sofort, sogar ohne vorher die Kleidung zu wechseln, um eine Audienz bei Barthélemy Saint-Hilaire ein.

Ich zitiere die Erzählung Louis Mies:

„In einem geeigneten Augenblick sagte ich zu Barthélemy Saint-Hilaire:

„— Man hat Millière vor unseren Augen niedergeschossen."

„— Dann müssen Sie, unterbrach er mich, auch die Revolverschüsse gehört haben, die er auf die Soldaten abfeuerte!"

— Die Revolverschüsse, die er auf die Truppe abfeuerte? „Aber, entgegnete ich, seit dreiviertel Stunden befand er sich zwischen einem Doppelspalier von Soldaten, und seine Hände waren leer, als er im Pantheon fiel."

„— Wir haben einen offiziellen Bericht erhalten, der bestätigt, was ich Ihnen sage."

— — — — — — — — — — — — —

„Einige Stunden später unterhielt ich mich mit Leymarie und machte ihn darauf aufmerksam, daß wir, obgleich wir den Pantheonplatz in dem Augenblick verließen, in dem Millière seinen letzten Seufzer aushauchte, und in größter Eile nach Versailles gefahren waren, dort schon das Protokoll über seine Hinrichtung vorgefunden hatten."

Vor der Hinrichtung sah L. Mie, wie Millière von den Soldaten, die ihn soeben verhaftet hatten, ins Palais Luxembourg gebracht wurde. Diese Soldaten und die dort versammelte Volksmenge, die ihm vom Pantheon gefolgt war, sie alle überschütteten ihn mit Beschimpfungen. Millière stand einige Zeit inmitten der Flut von Beschimpfungen, an die Mauer des Luxembourg Palastes gelehnt, und weder Mie noch Marpon, noch sein Freund, die dort anwesend waren und ausgepfiffen wurden, weil sie eine Bemerkung fallen ließen, haben von diesen angeblichen Revolverschüssen auch nur ein Sterbenswörtchen gehört. Und doch mußte dies das erste Gerücht sein, das unter dem Publikum hätte Verbreitung finden müssen, das erste Wort, das die Soldaten, wenn sie soeben unter dem Feuer des Revolvers gestanden hätten, der Menge hingeworfen hätten, der erste Vorwurf, den die höhnende Masse dem Opfer ins Gesicht geschleudert hätte.

Indessen, hierüber fällt kein Wort, und der berühmte Revolver erscheint erst in Versailles im offiziellen Bericht, durch den die Militärbehörde die Hinrichtung eines Volksvertreters im selben Augenblick, wo diese stattfindet, anzeigt — und rechtfertigt.

Ich glaube nicht, daß auch nur der leiseste Zweifel über den wahren Sachverhalt bestehen kann.

Millière wurde am Freitag gegen zehn Uhr vormittags bei seinem Schwiegervater, dem Schuhmacher Fourès, Rue d'Ulm 38, verhaftet und hat auf die ihn verhaftenden Soldaten nicht geschossen.

Nun wollen wir sehen, wie er hingerichtet wurde.

Louis Mie kam am 25. Mai von Versailles nach Paris. Frühzeitig am Morgen des 26. kaufte er sich das Blatt „Petite Presse"; es enthielt die Mitteilung, daß Millière füsiliert worden war.

Später besuchte er das Gasthaus „Foyot": An einem benachbarten Tische unterhielten sich etwa acht bis zehn Offiziere sehr laut: „Ist es wahr, daß Millière gestern füsiliert wurde?" — „Ja, X. hat es mir selbst erzählt."

Nach Beendigung des Frühstücks traf Mie beim Verlassen des Lokals einige Soldaten, die um einen Gefangenen herumstanden. Es war Millière.

Im strömenden Regen, eingeschlossen von einer drohenden, johlenden Menschenmenge, inmitten einer in zwei Reihen marschierenden Abteilung, schritt Millière dahin, schwarz gekleidet, in zugeknöpftem Überzieher, einen Zylinder auf dem Kopfe, von einem Soldaten und einem Polizeiagenten in Zivil, in deren Gürteln je zwei große Revolver steckten, am Kragen und bei den Händen gepackt.

Die Bedeckung machte vor dem Tor des Luxembourg vor den Fenstern des Gasthauses Foyot Halt. Im ersten Stockwerk waren der Kommandierende des 2. Korps, General de Cissey, der Royalist und Mitglied der Versammlung Marquis de Quinsonas und der mit dem Verhör der Gefangenen beauftragte Hauptmann Garcin eben im Begriff zu frühstücken; sie traten alle ans Fenster, um zuzusehen.

Unten ertönte ein Durcheinander von Ausrufen: „Millière! In den Tod mit Millière!" Ein Soldat, der sein Gewehr ohne Bajonett am Ende des Laufes hielt, rief: „Ich habe ihn gefangengenommen!" Louis Mie und Leymarie hörten, wie er hinzufügte: „Daher kommt es mir zu, ihn zu füsilieren!" Marpon und einer seiner Freunde hörten ferner, wie der Soldat dem am Fenster stehenden Zuschauer die folgenden wenig ehrerbietigen Worte zurief, die beweisen, wie sehr ihm der Stolz über die gelungene Gefangennahme zu Kopf gestiegen war: „Kommen Sie herunter, General!" Es wurde nicht einmal versucht, auch nur den Anschein einer Gerichtsverhandlung zu erwecken. Zwei Schritte weiter, in einem der Säle des Luxembourg tagte angeblich ein Kriegsgericht. Aber niemandem kam es in den Sinn, den Volksvertreter Millière vor dieses zu stellen, nicht einmal dem Kommandeur des zweiten Korps, der dem Vorgang vom Fenster aus zusah. Ein Soldat der Nationalgarde, die dreifarbige Binde am Arm, mit kräftigen Schultern, packte Millière am Handgelenk und stieß ihn an die Mauer der

Dombrowsky

Fassade. Indessen johlte die Menge ohne Unterlaß gegen ihn: „Dieb! Mörder! Brandstifter!" Irgend jemand schrie: „Entblöße dein Haupt, du Schurke!" Millière blieb sehr gelassen: Er legte seinen Hut auf den Sockel eines Wandpfeilers und verschränkte die Arme über der Brust.

Ein Priester im Zylinder verließ den Luxembourg: Der Beichtvater der zum Erschießen Verurteilten! Denn die Meuchelmörder aus dem Luxembourg und der Kaserne Lobau besaßen die Aufmerksamkeit, ihren Opfern den Beistand der Religion anzubieten, und es gab Priester, die bei Ausübung ihres Amtes mit einem Zipfel ihrer Soutane durch das Blut der Ermordeten schleiften.

Millière verabschiedete den Priester mit einer ruhigen Handbewegung. Der Abbé blieb beharrlich. Ein Offizier forderte ihn auf, sich zurückzuziehen. Hierauf entstand eine Bewegung unter den Soldaten: Sie stellten sich für das Pelotonfeuer zurecht; sie taten es aber so ungeschickt und wenig präzise, sagt Louis Mie, daß, wenn sie geschossen hätten, ihre Kugeln höchstens beim Abprallen hätten treffen können.

Millière sollte eben hingerichtet werden, als ein Offizier dazwischentrat. Mie erzählt, daß er aus dem Luxembourg kam. Die Erzählung des Hauptmanns Garcin weist darauf hin, daß es Garcin selbst war, und daß er aus dem Gasthause Foyot kam. Was ging zwischen ihnen vor? Garcin selbst wird es uns erzählen („Parlamentarische Rundfrage"):

„Ich wandte mich an ihn und sagte: „Sie heißen doch Millière?" — „Jawohl, und Ihnen ist es nicht unbekannt, daß ich Deputierter bin!" — „Das ist wohl möglich, aber ich glaube, daß Sie Ihr Mandat als Abgeordneter verloren haben. Übrigens befindet sich unter uns ein Abgeordneter, Herr de Quinsonas, der Sie erkennen wird."

Hierauf teilte ich Millière mit, daß er auf Befehl des Generals füsiliert werden sollte. Er fragte mich: „Wofür?" Ich antwortete ihm: „Ich kenne Sie nur dem Namen nach. Ich habe von Ihnen verfaßte Artikel gelesen, die mich empört haben. Sie sind eine Schlange, die man zertreten muß. Sie hassen die Gesellschaft". Er unterbrach mich, indem er mit bedeutsamer Miene sagte: „O ja! Ich hasse sie wohl, diese Gesellschaft!" — „Nun gut, sie steht im Begriff, Sie aus ihrer Mitte zu entfernen. Sie wird Sie sofort vor die Gewehrmündungen stellen". — „Das wäre summarische Justiz, Barbarei, Grausamkeit". — „Und alle die Grausamkeiten, die Sie verübt haben, zählen Sie die für nichts?

Auf alle Fälle, im Augenblick, wo Sie erklären, daß Sie Millière sind, gibt es keinen anderen Ausweg mehr".

„Der General hatte befohlen, daß er im Pantheon zu füsilieren sei, knieend, um damit die Gesellschaft um Vergebung zu bitten für all die Übel, die er ihr zugefügt hatte" ...

Dies ereignete sich in Frankreich im neunzehnten Jahrhundert.

An einem Fenster stand ein Korpskommandeur, namens de Cissey, der General Thiers', der einige Tage später dessen Kriegsminister wurde, und der ihn zwei Jahre darauf verlassen sollte. Und dieser General, dieser Minister von morgen, wohnt diesem Auftritt bei und erteilt den barbarischen Befehl, der den Meuchelmord eines Deputierten noch durch die Verlängerung seiner Qualen und die effektvolle Inszenierung kompliziert: er braucht die Kolonnade des Pantheon, er braucht die theatralische Kniebeuge des Volksvertreters, den er töten lassen will, er braucht noch dieses agonisierende Spießrutenlaufen unter der johlenden Menge, er braucht noch die moralische Tortur, die brutalen Beschimpfungen der höchsten Erniedrigung ... Dies war der Gedanke des Generals, während er weiter frühstückte und von einer Ecke der noch mit Speisen bedeckten Tafel aus dem Trauerspiel zusah ... Und dieser Mann ist jener Cissey, den wir gesehen haben, diese Maske mit den schweren, schläfrigen Augenlidern, mit der undeutlichen, dem Rollen einer Trommel ähnlichen Sprache, mit einem durch Schlaffheit verschwommenen Gesicht, das den Anschein hatte, als würde es immer wieder aufgefrischt ... Es ist jener Minister, den zu entlassen sogar Max Mahon gezwungen war .. Warum? ... Das kümmert mich wenig.

Und der Abgeordnete? ... Es gab dort einen Abgeordneten, einen Rechten, einen Marquis, einen gewissen de Quinsonas, der zu seinen Lebzeiten nicht viel von sich reden machte; aber er war am 18. März im Faubourg Saint-Antoine verhaftet worden. Darauf war er sehr stolz; und da er sich in der Kommission der Historiker befand, die mit der Rundfrage über den 18. März beauftragt war, so war er für seine kurze Verhaftung, die nur wenige Minuten gedauert hatte, reichlich entschädigt. Aus dem Protokoll der Rundfrage ersieht man, daß er alle Augenblicke die Zeugen unterbricht, um ihnen immer wieder ein kleines Abenteuer zu erzählen.

Diesem obskuren Marquis war die Eigenschaft eines Vertreters der Nation zugefallen: er war zugegen, als man einen Mann heranschleppte, dessen Leben zwiefach geheiligt war, und trotzdem er ein Mann ist und ihm ein Teil der nationalen

Souveränität in die Hände gegeben ist, sagt er nicht: „Respektieren Sie die Souveränität der Versammlung, achten Sie die Einrichtung des allgemeinen Wahlrechts . . ." Nein, er ist zugegen als Neugieriger, er plaudert mit de Cissey, vielleicht hat er sogar an der Zusammenstellung des Programms für die Feierlichkeiten mitgewirkt. Man denkt sogar im Moment der Hinrichtung an ihn . . . damit er Protest erheben solle? O nein! Sondern um den Gefangenen zu agnoszieren und zu denunzieren, um zu sagen: „Jawohl, es ist Millière". Es ist der erste Gedanke des Hauptmanns Garcin: „Es befindet sich unter uns ein Abgeordneter, Herr de Quinsonas, der Sie erkennen wird."

Lassen wir diese beiden Männer, den General und den Marquis, ihr unterbrochenes Frühstück beendigen.

Die Abteilung schloß sich neuerlich um Millière zusammen. Man setzte sich nach dem Pantheon in Marsch. Garcin begab sich ebenfalls dorthin. Ein Gewitterregen ging nieder, ohne die Menge zerstreuen zu können, die sich hinter dem Zuge drängte und stieß. Man kam zum Gittertor des Pantheon, das sich öffnete und hinter Millière sofort wieder schloß. Der Unglückliche wurde zwischen die zwei in der Mitte ragenden Säulen gestellt. Langsam, einen um den andern, öffnete er alle Knöpfe seiner Weste und entblößte seine Brust. Louis Mie sah, wie er einen Brief aus der Tasche zog und eine Uhr oder ein Medaillon vom Halse löste und dem Offizier übergab, der an seiner Seite stand. Sodann stellte ihn der Offizier (ich zitiere die Schilderung des Louis Mie) „in solcher Weise, daß er von rückwärts füsiliert werden mußte. Er jedoch drehte sich mit einer brüsken Bewegung wieder um, und stand mit verschränkten Armen, Aug' in Auge zur Truppe. Bis zu diesem Augenblick war Millière teilnahmslos geblieben. Einige Worte wurden gewechselt. Es schien, daß Millière sich weigerte, einem Befehle zu gehorchen."

Wieder mag uns Garcin erzählen, was weiter geschah:

„Er weigerte sich, auf den Knien liegend füsiliert zu werden. Ich hatte ihm gesagt: „Es ist befohlen worden, daß Sie auf den Knien liegend zu füsilieren sind, und nicht anders." Er spielte ein wenig Komödie; er öffnete seine Kleider, indem er seine Brust dem mit der Hinrichtung betrauten Peloton wies. Ich sagte ihm: „Sie bemühen sich um die Inszenierung; Sie wollen, daß man davon sprechen soll, wie Sie gestorben sind. Sterben Sie ruhig! So wird es besser sein". — „Es steht mir frei, in meinem Interesse und in dem der Sache, die ich zu meiner eigenen gemacht habe, das zu tun, was mir gut scheint".

— „Nun wohl, knien Sie nieder". Da sagte er mir: „Ich werde nicht niederknien, außer Sie zwingen mich mit Hilfe zweier Soldaten auf die Knie". — Ich ließ ihn auf die Knie niederzwingen . . ."

In der Tat, alle Zeugen, deren Erzählungen liegen vor mir, sahen den Offizier zur Truppe zurückkehren, worauf auf seinen Befehl ein Soldat hervortrat, auf Millière zuging und diesen auf die Knie niederzwang, indem er ihn auf die Schultern drückte.

Dieser Offizier, der sich über einen Sterbenden lustig macht und ihn brutalisiert, dieser Offizier, der findet, daß dieser Mann, weil er furchtlos stirbt, „Komödie spielt", dieser Offizier, der sogar den Mut seines Opfers mit dem unerhörten Ausdruck beschimpft: „Sie bemühen sich um die Inszenierung", handelte nicht während eines Wutausbruchs einer unzurechnungsfähigen oder einer durch den Kampf erbitterten Menge, sondern auf Grund eines kaltblütig erteilten Befehls eines Chefs, der nach einem guten Frühstück beim Nachtisch sitzt . . . Wer möchte an soviel Scheußlichkeit glauben, wenn Garcin selbst sich nicht der Mühe unterzogen hätte, sich all dessen in einem offiziellen Dokument zu rühmen?

Nachdem man Millière auf die Knie niedergezwungen hatte, wurde Feuer kommandiert. Hier lasse ich Louis Mie weitersprechen:

„Bloß ungefähr die Hälfte der Gewehre des Pelotons richtete sich gegen ihn; die übrigen blieben in den Armen der Soldaten ruhen. Im Glauben, daß sein letzter Augenblick gekommen sei, rief Millière dreimal: „Es lebe die Republik!" . . . Der Kommandeur hatte seine Sache augenscheinlich schlecht vorbereitet, denn die Gewehre entluden sich nicht, und der Offizier näherte sich der Truppenabteilung und ließ jene sich wieder erheben, die sich voreilig niedergebeugt hatten.

Hierauf zeigte er ihnen mit dem Degen, wie das Kommando zum Feuern gegeben wird.

„Es lebe das Volk! Es lebe die Menschheit!" rief Millière aus.

Der Militärposten, dessen Ellbogen meinen Arm streifte, antworte auf diese Worte mit den folgenden: „Wir scheißen auf deine Menschheit!" Kaum hatte ich diese Worte gehört, als Millière wie vom Blitz getroffen zu Boden stürzte.

Eine Militärperson, „ich glaube, daß es ein Unteroffizier war", sagt Louis Mie, erkletterte rasch die Stufen und gab einen Revolverschuß, — den Gnadenschuß — ab, direkt ins Gesicht des Füsilierten.

Garcin erzählt einfach:

„Man schritt an seine Hinrichtung. Er rief aus: „Es lebe die Menschheit!" Er wollte noch anderes rufen, aber da war er bereits tot."

Eine oder zwei Stunden später sah mein Kollege und Freund, M. J. Destrem, in der Rue Notre-Dame des-Champs einen Soldaten auf einem Prellstein sitzen, umgeben von einer Reihe von Vorübergehenden, die stehen geblieben waren. Er unterhielt sich mit den Leuten. Der Soldat, — ein Bauernknabe — erzählte über die Hinrichtung Millières, an der er soeben Teil genommen hatte. Er erzählte den Hergang einfach, teilnahmlos, ohne Abscheu vor diesem Meuchelmord, ohne Erbitterung gegen das Opfer; er sprach davon in seinem bäuerlichen Dialekt so, als ob er den Verkauf einer Kuh auf dem Markt schildere.

Man kennt die komische Erzählung des Dorfbewohners Pierrot in Molières Don Juan. Stellen Sie sich diesen Pierrot vor, wie er sprechen würde, wenn er diesen dramatischen Vorfall schildern sollte, wenn er all das Entsetzliche in seinem Jargon wiedergeben würde! Der Soldat wiederholte beständig: „Er rief aus: Es lebe die Menschheit! Es lebe die Menschheit!", gerade als ob dieser Ausruf ihn so sonderbar berührt hätte wie eine kabbalistische Formel.

Im Jahre 1873 strengte die Witwe Millières gegen den Hauptmann Garcin wegen der Füsilierung ihres Mannes einen Prozeß an. Garcin nahm sich gar nicht die Mühe, einen Anwalt mit der Führung der Sache zu betrauen. Er wurde durch ein Memorandum des Präfekten des Departements Seine-et-Oise und das nachfolgende Schriftstück gedeckt:

Kriegsministerium.
Generalstab.

Kabinett des Ministers.

Versailles, am 26. März 1873.

„Der dem Generalstab des 2. Korps zugeteilte Hauptmann Garcin hat während der zweiten Belagerung von Paris nur auf Grund der Befehle gehandelt, die er von seinen Vorgesetzten erhielt.

Er kann daher in keiner Weise für Tatsachen zur Verantwortung gezogen werden, die eine Folge dieser Befehle waren. Die Verantwortung hierfür bleibt ausschließlich jenen, die diese Befehle erteilten, und was

insbesondere den Fall Millière anbelangt, so hat er nur die Aufträge ausgeführt, die er erhalten hatte.

Der Kriegsminister General de Cissey.

Die Witwe Millière mußte sich glücklich schätzen, daß sie nicht noch schwerere Unannehmlichkeiten erleiden mußte als den Verlust ihres Prozesses. Man fand allgemein, daß es ihrerseits eine zynische Herausforderung war, auch nur den Versuch einer Reklamation wegen der Tötung ihres Mannes, des Deputierten, zu wagen. Wenn man einer im Progress de Lyon aus dieser Zeit erschienenen Korrespondenz Glauben schenken soll, so hat der über diese Kühnheit aufgebrachte General de Cissey mit besonderem Nachdruck ihre Verhaftung verlangt, und es war der ganze eigensinnige Widerstand Dufaures erforderlich, um zu erreichen, daß dem Verlangen des Kriegsministers nicht Folge geleistet wurde.

Eine gute Tat findet immer ihre Belohnung.

Während die Offiziere, die sich durch glänzende Taten im preußischen Kriege ausgezeichnet hatten, in Ungnade fielen oder der Chargen verlustig erklärt wurden, die sie sich vor dem Feinde verdient hatten, während Denfert Oberst blieb und alle von dem Verteidiger von Belfort zugunsten der von ihm befehligten Offiziere eingereichten Beförderungsvorschläge systematisch zurückgewiesen wurden, erreichte der Hauptmann Garcin eine Beförderung, deren ungewöhnliche Raschheit allen in die Augen fiel. Millière hatte ihm Glück gebracht.

II.

Die Hinrichtung Tony-Moilins.

Gelegentlich der Erzählung über den Verlauf des Prozesses von Ulysse Parent vor dem Kriegsgerichte im Luxembourg, sagte ich, daß in dem Augenblick, wo sich die Richter über sein Schicksal berieten, ihre Beratung plötzlich unterbrochen wurde.

Ich zitiere die Erzählung Parents:

„Plötzlich zog ein ungeheurer Lärm, der sich draußen erhob, die Aufmerksamkeit aller auf sich: die Tür öffnete sich mit Gepolter, eine Menschenwelle überflutete den Saal. Sie schleppten in ihrer Mitte einen Mann mit sich, den sie mit einem Triumphgeheul dem Gerichtshof vor die Füße schleuderten.

Als der Mann sich erhob, bleich, zerschunden, erkannte ich in ihm den Doktor Tony-Moilin.

Von diesem Augenblick an war ich in Vergessenheit geraten, und es begann ein neues Verhör.

Aus den Zeugenaussagen und den Erklärungen, die Tony-Moilin selbst gab, konnte ich entnehmen, daß seit dem Beginn der Woche nach ihm gefahndet worden war, daß er vorerst Zuflucht bei einem Freunde gefunden hatte, der ihn jedoch, durch die Verantwortung, die er durch diese Tat auf sich geladen hatte, bald beunruhigt, bat, sich anderswo einen Schlupfwinkel zu suchen. Entmutigt kehrte Tony-Moilin nächtlicherweise in seine Wohnung in der Rue de Seine zurück.

Brauche ich besonders zu erwähnen, daß die Anzeige, auf Grund deren er dort wieder herausgerissen wurde, von einem seiner Nachbarn stammte, einem Doktor der Medizin, seinem Kollegen?

Nachdem diese ersten Punkte festgestellt waren, setzte der Vorsitzende seine Fragen fort:

„Sie kennen das Schicksal, das jene erwartet, die gegen die reguläre Armee die Waffen ergriffen haben, und insbesondere wenn sie, so wie Sie, ein höheres Kommando innehatten?"

„Ich hatte niemals ein Kommando inne", antwortete der Angeklagte, in der ihm eigenen langsamen und ruhigen Art. „Ich war bloß Wundarzt des Bataillons meines Viertels, und nur zu oft mußte ich von meinen Lanzetten und Sonden Gebrauch machen", fügte er mit einem traurigen Lächeln hinzu, sodaß ich nicht daran denken konnte, mich meines Degens oder eines Gewehrs zu bedienen."

„Sehr richtig! Sie widmeten den Leuten der Kommune Ihre Pflege und ließen unsere Soldaten füsilieren."

„Ich habe meine Pflege jedem ohne Unterschied zuteil werden lassen und ließ niemanden füsilieren," erwiderte nochmals Tony-Moilin.

„Seit dem 18. März waren Sie ständig im Bürgermeisteramt des VI. Bezirkes, und Sie wurden zu einem der glühendsten Anhänger der Kommune."

„Nach dem Rücktritt der Regierung wurde ich mit den Funktionen eines Leiters des VI. Bezirks betraut, die ich übrigens nur im Laufe weniger Tage ausübte. Was hingegen meine Ansichten über die Kommune anbelangt, so sind diese keineswegs so, wie Sie sich das vorstellen."

Hier hörte Tony-Moilin zu sprechen auf. Ein plötzlicher Traumzustand schien sich über sein Bewußtsein gebreitet zu

haben. Sein Blick wurde leer. Er schien vollständig vergessen zu haben, an welchem Ort er sich befand und welche Anklage auf ihm lastete, und höchstwahrscheinlich sprach er mehr zu sich selbst, als daß er sich an den Gerichtshof wandte, als ich ihn mit leiser Stimme, jeden seiner Sätze mit einer Art von nervösem Schlucken pointierend, sagen hörte:

„Ja, die Kommune hat Fehler begangen... Sie hat sich unterwegs verloren... Nicht das wurde getan, was getan werden mußte... Sie verstanden nicht, das Problem zu lösen..."

Er nahm seinen Kopf zwischen beide Hände, als ob er die unruhigen Gedanken, die ihn bestürmten, zusammenpressen wollte; sodann richtete er seinen ganzen Körper zu stolzer Haltung auf, und mit erhobenem Arm, mit begeistertem Antlitz, mit klarer und ernster Stimme rief er laut aus:

„Ich, ich bin Anhänger der Weltrepublik und der Gleichheit aller Menschen."

Im Saale erschallte Gelächter, das jedoch vom Vorsitzenden unverzüglich unterdrückt wurde.

Dieser Auftritt hatte mich tief erschüttert. Ich kannte Tony-Moilin nur sehr wenig, jedoch hatte ich ihn im Jahre 1868 in den politischen Versammlungen häufig getroffen. Ich wußte, daß er von der Idee beseelt war, soziale Reformen durchzuführen, und ebenso, daß sein Verstand etwas paradox und in gewissem Sinne auch phantastisch war. Dabei war er äußerst gefühlvoll, weich und wohlwollend, sodaß man fühlte, daß in ihm der Glaube eines wahren Apostels schlummerte.

Der Vorsitzende des Gerichtshofs hatte neuerlich das Wort ergriffen:

„Die Grundsätze, denen Sie Ausdruck verleihen, beweisen nur die Richtigkeit der Informationen, die wir über Ihre Person erhalten haben. Im übrigen würde es für unsere Überzeugung genügend sein, die Berühmtheit zu kennen, die sich an Ihren Namen knüpft. Sie sind einer der Führer des Sozialismus und einer der gefährlichsten Menschen. Von dieser Art Menschen muß man sich freimachen, sich ihrer entledigen. Haben Sie irgend etwas zu Ihrer Verteidigung anzuführen?"

Der Angeklagte erhob überrascht die Augen und machte eine verneinende Bewegung.

Es folgte eine kurze Beratung. Sodann erhob sich der Vorsitzende und verkündigte mit vor Erregung zitternder Stimme:

„Mein Herr," sagte er feierlich, „Sie sind zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Urteil wird Ihnen zugestellt werden."

In diesem Augenblick hatte ich meine eigene Lage ganz vergessen; ich war von Mitleid und Angst erfüllt, und das Herz klopfte mir zum Zerspringen; mit aller Aufmerksamkeit betrachtete ich diesen dem Tode geweihten Mann.

Seine Züge hatten sich gefurcht, und das nervöse Zucken, von dem ich bereits gesprochen habe, machte sich wieder bemerkbar. Nichtsdestoweniger nahm er in äußerst gemessener Weise neuerlich das Wort:

„Meine Herren, wenn ich jetzt sterbe, werde ich eine Gefährtin, eine Frau, hinterlassen. Wird man mir gestatten, vor meinem Tode meine Beziehungen ihr gegenüber und vor dem Gesetz in Ordnung zu bringen?"

Er machte eine Pause; sodann fügte er mit einem leichten Zittern der Stimme und einer gewissen Anstrengung, seine Erschütterung zu verbergen, hinzu:

„Meine Herren, ich würde den größten Wert darauf legen."

„Wenn es möglich ist, sagte der Vorsitzende, so können Sie überzeugt sein, daß es geschehen wird. Treten Sie jetzt ab."

Tony-Moilin begab sich zu einer in einer Ecke des Saales stehenden Bank, um Platz zu nehmen: die Bank der Abgesonderten.

Im nächsten Augenblick bemerkte der Vorsitzende den Ulysse Parent, den man aus Unachtsamkeit an einem anderen Platze hatte sitzen lassen, und ließ ihn auf derselben Bank Platz nehmen: dies bedeutete sein Todesurteil.

Tony-Moilin und er schüttelten sich schweigend die Hand.

„Auch Sie!", sagte der Arzt.

Hierauf verfielen sie in tiefes Schweigen.

Gegen Mitternacht wurde die Sitzung aufgehoben, und die beiden Verurteilten wurden voneinander getrennt.

Inzwischen hatte man Frau Moilin aus ihrer Wohnung holen lassen, und während dieses schändlichen Prozesses ließ man sie in einer Art von niedrigem Saal warten. Dorthin wurde Tony-Moilin gebracht: „Was wurde beschlossen?" — „Ich werde um fünf Uhr füsiliert werden." Und die beiden verbrachten die Nacht in diesem fürchterlichen Saal, vor den Wachen, in halblautem Gespräch.

Sie tauschten ihre letzten Worte aus; sie unterhielten sich über ihre zu legalisierende Verbindung, und ich weiß nicht, welche bitteren Skrupel den Geist dieses Mannes quälten, aber er empfand Angst davor, seinen Namen mit jener zu vereinen, die die Gefährtin seines Lebens war, um nicht gleichzeitig auch den blutigen Schrecken seines Todes auf sie zu übertragen. Derselbe Mensch, der hocherhobenen Hauptes

sein Todesurteil hingenommen hatte, fragte jetzt schüchtern: „Erschreckt es Dich nicht, die Frau eines Hingerichteten zu werden?"

Sodann dachte Frau Moilin daran, daß ihr in einigen Stunden von ihrem Gemahl, mit dem das Gesetz eben im Begriffe stand, sie zu vereinen, nichts bleiben würde, nicht einmal seine irdischen Überreste, daß die Füsilierung aus ihm einen verstümmelten, durchlöcherten, von Kugeln zerfleischten Körper machen würde, der unter den übrigen Körpern des Massengrabes verschwinden würde ... Das Hochzeitsgeschenk, das sie sich wünschte, war eben dieser Körper, und daher richtete sie an Tony-Moilin die Bitte, daß ihr seine Henker seinen Körper ausfolgen möchten, und daß dieser Körper nicht zu entsetzlich entstellt werden möge.

Auf solche Art verging für Tony-Moilin diese sonderbare Hochzeitsnacht, die in das Morgengrauen der Füsilierung hinüberlief; so sah er durch die Scheiben des niedrigen Saales das Licht seines letzten Lebenstages fallen. Zur Aufstellung des Ehekontraktes hatte man einen in der Nachbarschaft, in der Rue de Condè, wohnhaften Notar wecken lassen. Seine Ankunft unterbrach das Zusammensein der beiden Ehegatten, die von ihren Kerkermeistern überwacht wurden. Für diese traurige Vereinigung wurde auf den Rat des Notars anstelle eines Kontraktes ein Testament aufgestellt. Die Akte ist mit sieben Uhr morgens datiert. Der Bürgermeister Herisson kam um acht Uhr und schritt an die düstere Trauung. Was war das für eine Zeit, in der ein Munizipalbeamter gezwungen war, in die Hand einer Frau jene eines Mannes zu legen, den ihm, dem Vertreter des Gesetzes, Meuchelmörder brachten und sofort wieder wegführten!

Man führte die beiden Gatten in den Saal zurück, in dem sie die Nacht verbracht hatten. Sodann, nach Verlauf von zehn Minuten, ließ man Frau Tony-Moilin herausbitten. Sie kam heraus und traf einen Priester. Der Leser weiß, daß die Schlächter große Freunde der Religion waren. „Madame, sagte der Priester, Ihre Ehe muß auch vor Gott legalisiert werden. Und, den Umständen entsprechend, fing er an, mystische Sachen zu sprechen; er sprach von der Seele und der Materie, er rief Gott an, der seinem Priester erlaubte, als Beichtvater den Opfern der Gemetzel beizustehen. Ist es nicht sonderbar, daß ein Diener des Herrn, der bei diesen Schlächtereien mitwirken mußte, sich für verpflichtet hielt, den Opfern Vernunft zu predigen statt den Henkern?

Frau Tony-Moilin versprach, die Beschwörungen des Priesters ihrem Manne mitzuteilen. Er unterbrach sie schon bei den ersten Worten: „Hast Du denn Deine Ansichten geändert?", fragte er.

— Wenn wir uns aber getäuscht hätten?

— „Wir täuschen uns nicht."

Und Tony-Moilin ging hinaus, um dem Priester selbst die Antwort zu bringen: „Wir werden Ihnen beweisen, daß wir unsere Märtyrer haben können, genau so wie der Katholizismus", sagte er ihm. Der Abbé bat den Verurteilten wenigstens um die Erlaubnis, ihn zum Richtplatz begleiten zu dürfen. Tony-Moilin willigte gern ein; wenn er auch bis zum letzten Augenblick den Beistand des Priesters zurückweise, so sagte er, nehme er doch mit Vergnügen die Gesellschaft eines Ehrenmannes an.

Nun blieb noch ein Zusammentreffen mit dem Hauptmann Garcin übrig. Die Verurteilten wurden diesem Stabsoffizier überwiesen, der beauftragt war, ihnen für Mac-Mahon alle möglichen Informationen über den Aufstand zu entlocken. Bevor das Opfer vernichtet wurde, gelangte er als „menschliches Dokument" in die Hände dieses scharfsichtigen Historikers. Er befragte Tony-Moilin über dessen Ansichten über die Kommune; er hatte sogar die geniale Idee, ihn über die Namen der ausländischen Führer der Internationale zu befragen. Die Kommune stellte für diese Herren ein finsteres Komplott von Romanen und Feuilletons vor, die von außen her durch eine Art von „Berggeist" dirigiert wurden, und Garcin wollte den Faden dieses Romans, von dem er träumte, finden.

Tony-Moilin, von diesem Frager gequält, antwortete einfach und beharrlich:

„Die Namen, die Sie wissen wollen, kenne ich nicht, und wenn ich sie kennen würde, so würde ich sie Ihnen nicht sagen".

Endlich erschien das Peloton. Der Verurteilte umarmte seine Frau und schritt zum Richtplatz. Die unglückliche Frau blieb dort zurück. Es war entsetzlich: Garcin war noch immer von der Meute seiner Angeber umringt. Die feigen und grausamen Bourgeois, die die Fährte Tony-Moilins verfolgt und ihn ausgeliefert hatten, die F., die D., die G., sie alle waren beim Stabshauptmann versammelt. Man mußte ihre aufreizende Nachbarschaft erdulden. Frau Moilin wurde durch die Hoffnung aufrecht erhalten, daß sie die irdischen Überreste des Füsilierten wiedersehen, und daß man sie ihr ausliefern werde. Der Profoß hatte ihr versprochen, daß sie sie, falls dies zulässig wäre, erhalten würde. Sie hatte durch Tony-Moilin die Bitte

vorbringen lassen, daß der Gnadenschuß ins Herz abgegeben werde, um eine Entstellung des Gesichts zu vermeiden. Wissen Sie, wohin man sie, um zu warten, eintreten ließ? In ein Zimmer, dessen Fenster auf den Garten hinausgingen, und zwar auf jene Stelle des Gartens, wo man ihren Mann füsilierte! Sie mußte sich in einen Winkel flüchten und dem Fenster den Rücken kehren, um nicht zu sehen! Ich rufe in Ihre Erinnerung zurück, daß sie guter Hoffnung war.

Der Verurteilte wurde zu Füßen des steinernen Löwen gebracht, der links von den wenigen Stufen sich erhebt, über die man in die große Allee des Luxembourg gelangt. Bis vor kurzem konnte man die Kugelspuren noch im Sockel sehen.

Nach kurzer Zeit kam der Priester zurück, sehr bleich, und sagte zu Frau Moilin: „Verlangen Sie nicht, den Leichnam zu sehen ... Man wird ihn Ihnen morgen ausfolgen" ... Man hatte alles getan, damit der Leichnam in scheußlichster Weise durch die Kugeln entstellt wurde.

Braucht man noch besonders zu schildern, wie man die unglückliche Frau durch die Soldaten nach Hause geleiten ließ, wie man noch neuerliche Haussuchungen bei ihr vornehmen ließ, wie Tags darauf der Angeber F. es wagte, zu ihr zu kommen, und sagte: „Sie haben nicht allzuviel verloren, denn er war recht häßlich, der Füsilierte", wie man mit ihr zwei Monate lang spielte, um ihr die Auslieferung des Leichnams zu verweigern, wie man sie von Versailles zur Polizeipräfektur, von der Präfektur zum Friedhof schickte, wie man ihr Kosten verursachte, wie man von ihr forderte, daß sie sich die Zustimmung Thiers' und des Präfekten verschaffe, und wie man diesen Erlaubnissen keine Rechnung trug? ... Es war der formelle Befehl ergangen, den Leichnam unter keinen Umständen wiederzufinden.

Hören Sie einmal, wie Garcin den Verlauf schildert:

„Tony-Moilin wurde eines Abends, gegen neun Uhr verhaftet. Er sagte, daß er gewisse Verfügungen treffen wollte. Ein Punkt, der besonders hervorzuheben ist, ist, daß fast alle Führer der Kommune im Konkubinat lebten. Tony-Moilin bat, man möge ihm gestatten, daß er seine Verbindung legalisiere. Er wollte sein Vermögen für seine Konkubine sicherstellen. Man ließ die ganze Nacht zu seiner Verfügung, damit er seine Angelegenheiten ordnen könnte. Ich habe dies erst am Morgen des folgenden Tages erfahren, und ich habe ihn, wie alle übrigen, befragt, welchen Anteil er am Aufstande genommen habe, welches seine Ansichten über die Kommune seien, die er gründen wollte. Er antwortete mir: „Ich weise entschieden

die verabscheuungswürdigen Handlungen der Kommune zurück; ich wollte die Republik so gründen, wie ich sie mir erträumte; es ist mir nicht gelungen, und das ist mein Unglück."

Ich sagte ihm: „Aber alles in allem, wie stellen Sie sich zu diesen verabscheuungswürdigen Handlungen, wieso lassen Sie diese Brandstiftungen zu?" Er antwortete mir: „Es ist eben Krieg.

Ah! Feuer an alle Häuser legen und ihre Einwohner in die Luft fliegen lassen, das nennen Sie Krieg! Sie sahen doch diese Frauen und Kinder, die nicht wußten, wo sie sich verstecken sollten.

Es war Krieg. — Diese Worte allein sprechen jeden Menschen frei, der Sie zum Tode verurteilt. Sie verdienen keinerlei Mitleid."

Die letzten Worte, die er an seine Frau richtete, waren: „Du wirst mein Kind im Hasse erziehen gegen jene, die ich bekämpfte." Dies war sein letzter Auftrag.

Frau Tony-Moilin hatte gebeten, daß ihr Mann auf eine besondere Art erschossen werde, daß man seinen Kopf unberührt lasse, und daß man ihr den Leichnam ausfolge.

Der kommandierende General glaubte dieser Bitte nicht willfahren zu sollen. Er wurde in einem Massengrab begraben und man hatte die entsprechenden Befehle gegeben, daß der Leichnam nicht wiedergefunden werde.

(Rundfrage über den 18. März, Ss. 239, 240.)

III.

Die Hinrichtung Varlins.

Die Hinrichtung des Mitglieds der Kommune Varlin ist eine der erschütterndsten.

Louis-Eugène Varlin war damals einunddreißig Jahre alt. Buchbinder von Beruf, hatte er durch eigenen Fleiß seinen Geist geschult. Zusammen mit Tolain und Malon war er einer der Gründer der Ersten Internationale, in die nur erprobte Leute aufgenommen wurden. In der Kommune hatte er sich jener Minderheit angeschlossen, die vergeblich gegen die Ausschreitungen ankämpften. Er wurde in die Finanzabteilung delegiert, die von Jourde und ihm mit einem Ordnungsgeist und einer Gewissenhaftigkeit verwaltet wurden, daß sogar Historiker wie Jules Simon und Maxime Ducamp dies anerkennen mußten.

Zwecks Gruppierung gleichartiger Episoden bringe ich an dieser Stelle die Erzählung seiner Hinrichtung, obzwar sie am Sonntag, den 28. stattfand, als der Kampf bereits beendet war, und ganz Paris sich in den Händen der Truppen befand. Vor mir liegen mehrere Erzählungen über den Tod Varlins, vor allem die Zeitungsberichte aus jenen Tagen; auch wollte Maxime Ducamp ausnahmsweise diese summarische Hinrichtung nicht ignorieren und erzählte sie lang und breit. Ferner wurde am 25. Januar 1878 eine Akte aufgestellt, um den Tod Varlins festzustellen. Engelhardts Plaidoyer in dieser Sache liefert wertvolle Einzelheiten und enthält ein authentisches Dokument: den Bericht des Leutnants Sicre an seinen Obersten über die Verhaftung und Hinrichtung des Finanzdelegierten.

Varlin saß am Tische eines Kaffeehauses in der Rue Lafayette; er hatte keinerlei Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um seine Gesichtszüge zu verändern. Ein mit einem Orden dekorierter Priester in bürgerlicher Kleidung zeigte ihn dem Leutnant Sicre (vom 67. Linieninfanterieregiment) an, der eben vorbeiging. Der Leutnant selbst bezeugt dies. „Varlin versuchte, mir zu entkommen", fährt er fort, „indem er die Flucht ergriff und sich nach der Rue Cadet wandte. Ich packte ihn plötzlich am Kragen, hielt ihn mit Gewalt fest und schleppte ihn so bis in die Rue Lafayette, wo ich einige Soldaten der Linieninfanterie requirierte."

Sodann wurde er an beiden Händen gefesselt. Maxime Ducamp sucht diese Tatsache zu leugnen. „Ich glaube zu wissen, daß dies nicht der Fall war", schreibt er. Wir glauben zu wissen, daß es doch so war, denn der Bericht des Leutnants Sicre erwähnt ganz formell: „Nachdem ihm mit einem Riemen die Hände auf dem Rücken fest verschnürt worden waren . . ." Ein ehemaliger Korporal von der Linie schreibt mir: „Er wurde mit fest verbundenen Händen bis zum Richtplatze geführt." Sodann begann für den Unglücklichen dieses furchtbare Spießrutenlaufen unter einer Flut von tödlichen Beleidigungen aller Art, das sich bis zur Rue des Rosiers fortsetzen sollte. „Es wurde die Behauptung aufgestellt", sagt Ducamp, „daß man Varlin mit ausgesuchter Grausamkeit bis zum höchsten Punkt der Buttes Montmartre geführt hätte. Hierin lag gar keine Grausamkeit, sondern es geschah aus einem höchst natürlichen Grund, der auf der militärischen Disziplin beruhte." Unsere Leser wissen, welchen Wert der eben angeführte Grund hat, besonders wenn man sich

für verpflichtet hält, vor der Hinrichtung der Leute der vorgesetzten Behörde hierüber Bericht zu erstatten.

Der Gefangene wurde mit gefesselten Händen vor den General Laveaucoupet geführt, der damals den XVIII. Bezirk befehligte. Nach der Schilderung Ducamps hätten die Schmähungen und Tätlichkeiten in Montmartre begonnen. Diese Behauptung erscheint unwahrscheinlich und wird durch das orleanistische Blatt „Le Tricolore" widerlegt, das feststellt, daß der Gefangene nur mit großer Mühe bis Montmartre gelangen konnte. Der Vorgang war derart abstoßend, daß selbst Ducamp diesen Marsch „eine Leibesstrafe" nennt und die Angreifer unter der Menge als „Henker" bezeichnet. „Die Soldaten", so erzählt er, „hatten die größte Mühe, ihn zu schützen . . . Man schrie: In den Tod mit ihm! . . . Mehrere tausend Weiber in Begleitung einiger Männer drängten gegen die Soldaten. Varlin blieb gleichmütig, sehr bleich, aber sehr fest . . . . Ein Gassenbube schlug ihm mit einer Latte den Hut vom Kopf."

Im Nachfolgenden geben wir wieder, wie der Leutnant Sicre in seinem Bericht diese Szene schildert, die jeden bis einschließlich des Verfassers der Convulsions de Paris entrüstet.

„Während des Marsches wurde er von allen Leuten erkannt, die ihm auf seinem Wege begegneten, und beim Stabe angekommen, konnte er seine Identität nicht verleugnen."

Der General Laveaucoupet gab ohne Zögern den Befehl, ihn zu erschießen. Maxime Ducamp stellt diesen Befehl mit folgenden sonderbaren Worten fest: Varlin gestand seinen Namen. Ducamp sagt: „Das sehr fest, jedoch mit einiger Prahlerei abgegebene Geständnis hatte den Befehl zur Hinrichtung zur Folge." Dies ist der Nachteil der Prahlerei.

Hierauf ereignete sich eine abscheuliche Szene. Ich zitiere die Erzählung des Blattes „Le Tricolore":

„Der General antwortete mit leiser, gewichtiger Stimme: „Dort, hinter dieser Mauer".

Wir hatten nur diese vier Worte gehört. Am bezeichneten Ort angelangt, begann eine Stimme, deren Besitzer wir nicht erkennen konnten und der sofort viele andere folgten, zu schreien: „Er muß vorher noch spazieren geführt werden, es ist noch zu früh." Eine einzige Stimme fügte hinzu: „Der Gerechtigkeit muß in der Rue des Rosiers Genüge geleistet werden, wo diese Elenden die Generale Clément Thomas und Lecomte ermordeten . . ."

In der Rue des Rosiers angelangt, widersetzte sich der Stab, der dort sein Hauptquartier hatte, der Hinrichtung.

„Man mußte daher, von einer mit jedem Schritt immer mehr anwachsenden Volksmenge begleitet, den Rückweg auf die Buttes Montmartre antreten . . ."

Und die Menge brüllte: „Er soll noch länger leiden! Man muß ihn nach der Rue des Rosiers bringen!" Der Offizier, der den Gefangenen begleitete, soll diesem Wunsche Folge geleistet haben!

Leutnant Sicre vermeidet in seinem Bericht die Wiedergabe dieser Einzelheit. Er läßt durchblicken, daß der General Laveaucoupet den Ort der Hinrichtung bestimmt hätte. Maxime Ducamp jedoch, der die Orte zwar ein wenig verwechselt, bestätigt doch in diesem Punkte die Erzählung des Augenzeugen, der das Blatt „Le Tricolore" informierte. Er stellt fest, daß die Menge schrie: „Er muß noch spazieren geführt werden! Noch! Noch! Führt ihn um die ganzen Buttes Montmartre herum!"

Varlin wurde geführt „zu der Mauer des Gartens, wo am 18. März die Generäle Lecomte und Clément Thomas ermordet wurden" (Bericht des Leutnants Sicre). Der Mut verließ ihn nicht einen einzigen Augenblick. „Der Unteroffizier," erzählt Ducamp, „beging die Torheit, ihm eine kurze Ansprache zu halten." Zwei Soldaten traten herzu und wollten aus allernächster Nähe feuern, jedoch ihre Gewehre versagten. Zwei andere schießen . . . und jetzt erst findet der lange Todeskampf Varlins sein Ende.

„Er starb", schreibt mir der ehemalige Korporal, den ich bereits einmal zitierte, nachdem er mehrmals Feuer erhalten hatte, mit dem Rufe: Es lebe die Kommune! Es lebe die Republik! Zwischen dem zweiten und dritten Schuß machte er eine letzte Anstrengung, indem er sich erhob und noch einmal auszurufen versuchte: „Es lebe die Kommune!" Die Menge klatschte in die Hände.

Bei dem Toten fand man nach Angabe des Leutnants Sicre einen Betrag von 284 Franken und 15 Centimes, ein Taschenmesser, eine silberne Uhr und eine Visitenkarte von Tridon.

Dem Plaidoyer Engelhardts, das er in dem Prozesse hielt, von dem ich bereits gesprochen habe (nach dem Berichte des Blattes „La Lanterne"), entnehme ich folgende Stelle:

„Endlich wird im Bericht des Leutnants Sicre gesagt, daß man bei dem Leichnam eine silberne Uhr gefunden hätte.

Die Rache der Versailler

Diese Uhr kann den Beweis für die Identität des Füsilierten liefern, denn sie trug im Innern der Kapsel eine Inschrift. Sie wurde Varlin von seinen Kameraden als Zeichen ihrer Dankbarkeit gespendet, und der Graveur, dessen Zeugnis ich vorlege, bestätigt, folgende Worte hineingraviert zu haben: „An Eugène Varlin zum Andenken an seine Kameraden". Wer die Uhr bei dem Leichnam gefunden hat, muß sie notwendigerweise geöffnet haben, und er wird bestätigen können, daß diese Inschrift in ihr graviert war.

Ich kenne den Namen der Person, die diese Uhr besitzt und sie noch heute trägt.

Ich bin sogar in der Lage, eine sonderbare Einzelheit anführen zu können. Vor einigen Jahren nahm der Träger dieser Uhr an einem Diner teil, bei dem über die summarischen Hinrichtungen gesprochen wurde, die nach dem Einmarsch der Versailler Armee in Paris stattfanden. Irgendjemand erwähnte den Namen Varlin und bemerkte, daß dieser als Flüchtling in London lebe. Das Individuum, dessen Namen ich nicht nennen will, erwiderte:

„Varlin ist sicher tot, ich . . . habe seiner Hinrichtung beigewohnt. Eine bei dem Leichnam gefundene Uhr bestätigt seine Identität."

Hierauf zog er eine Uhr aus der Tasche, öffnete die Kapsel und ließ die erschütterten Teilnehmer folgende Inschrift lesen: „An Eugène Varlin, die dankbaren Buchbinderarbeiter." (Sensation.)

Ich wiederhole, daß ich den Namen dieses Individuums nicht nennen will; wenn Sie aber eine Untersuchung anordnen, so wird er zitiert werden, ebenso wie jene, welche die Inschrift lasen.

Wer ist dieses Individuum, das beim toten Varlin jene Gegenstände fand, die der Leutnant Sicre so detailliert in seinem Bericht anführt?

In wessen Tasche steckt die Uhr?

Wer es auch immer sei, Varlin wird sie nicht mehr zurückfordern, denn mehr als zwei Jahre nach seiner Füsilierung wurde er am 30. November 1872 in contumaciam zum Tode verurteilt.

IV.

Der Terror in Montmartre.

. . . Die Armee hatte sich mit Beginn des Morgengrauens in Bewegung gesetzt. Die Preußen hatten ihr unter den Befesti-

gungswerken eine neutrale Zone eingeräumt, die von der Division Montaudon besetzt wurde. Die Korps Clinchant und Ladmirault griffen von der Höhe der Buttes Montmartre gleichzeitig von allen Seiten an. Die kleinen Straßen mit steilem Gefälle, die sich an der Nordseite hinziehen, wie die Rue du Mont-Cenis, Rue du Poteau und die Rue des Saules, wurden nicht einmal durch Barrikaden verteidigt. Die Armee stieß dort kaum auf einige Schützen, die sich hinter Mauervorsprüngen verbargen. Vinoy erzählt, daß die regulären Truppen gegen Mittag am Gipfel der Buttes Montmartre anlangten. Um dreiviertel ein Uhr wurde dort die Trikolore gehißt. Alle Barrikaden, die noch Widerstand geleistet hatten, waren von rückwärts genommen worden.

Auf diese Art hatte sich die Armee des Montmartre bemächtigt, der nur von einem verwirrten Haufen Verzweifelter verteidigt wurde, ohne Ordnung, ohne Organisation, ohne Führer.

Diesbezüglich schreibt Vinoy: „In ihrer Unkenntnis militärischer Dinge hatten die Föderierten nicht daran gedacht, ihre Flanken zu schützen."

Wenn man die Truppen beim Einmarsch in Paris darauf aufmerksam machte, daß sie gleichzeitig ein Narrenhaus und eine Räuberhöhle betreten würden, dann kann man sich eine Vorstellung davon machen, wie die Befehle lauteten, die sie beim Eindringen nach Montmartre erhielten, den man als den Herd des Aufstandes betrachtete! Jeder einzelne Bewohner war verdächtig, allein um des Verbrechens willen, in Montmartre zu wohnen. Es hatte den Anschein, als ob dort die Häuser von den Mördern der Generäle Clément Thomas und Lecomte bevölkert wären. Der Leser hat bereits die Truppen in den konservativen Vierteln von Auteuil, Passy, La Madeleine und Notre-Dame-de-Lorette an der Arbeit gesehen: er errät, was auf den Buttes Montmartre vorgehen mußte.

Ich will versuchen, es zu erzählen, und zögere doch schon beim Beginn der Schilderung. Im Krieg, und insbesondere im Bürgerkrieg, sind allerlei Schandtaten möglich. Vor allem wohnt dem Töten eine gewisse Verführungskraft inne, und es kommt bald eine Stunde, wo es ganz maschinell geschieht; man könnte sagen, im Menschen erwacht das Urtier. Ferner, in einer großen Anhäufung von Menschen, zum Beispiel in einer Bevölkerung oder Armee, sind alle Verschiedenheiten der menschlichen Natur vertreten: in gewöhnlichen Zeitläuften werden die wilden Charaktere durch ihre Umgebung gebändigt;

im Unglück verlieren sie alle Hemmungen, und dann sind sie es, die die Uebrigen beherrschen.

Daher ist die Geschichte aller Bürgerkriege und sogar fast aller großen Kriege voll von Grausamkeitsakten, die manchmal sinnlos, manchmal raffiniert sind, und die, wenn sie späterhin erzählt werden, die Einbildungskraft verblüffen. Wenn man das Massaker entfesselt, muß man auch auf die daraus entstehenden Ungeheuerlichkeiten gefaßt sein. Es ist außerordentlich betrübend, diese entsetzlichen Erinnerungen wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, und wie sehr es auch manchmal nötig sein mag, sie wieder ans Tageslicht zu zerren, so sträubt sich die Feder doch oft, sogar die genauesten und positivsten Zeugenaussagen niederzuschreiben.

Am Montmartre wurde allerorten getötet.

Gemetzel in der Rue des Abbesses, an der Ecke der Rue Germain-Pilon. Soviele Verteidiger auf den Barrikaden standen, soviele Leichen gab es.

Gemetzel in der Rue Lepic, gegenüber der Rue Tholozé. Entlang dem Hause, das die Nummer 48 trägt, lagen nacheinander zwanzig Leichen auf dem Bürgersteig.

Gemetzel auf der Place de la Mairie. Die Föderierten, die sich dort befanden, wurden mit dem Bajonett durchbohrt.

Gemetzel in der Rue des Possoniers.

Gemetzel in Moulin-de-la-Galette. Dort wurden die Nationalgarden überrascht, umzingelt und entwaffnet. Einige von ihnen wurden an Ort und Stelle niedergemacht, die anderen wurden auf den Gipfel der Buttes Montmartre geführt und zwar auf den Nordhang, auf das Emplacement einer Batterie, die bestimmt war, während der Belagerung die preußischen Batterien von Stains zu bekämpfen, und wurden dort füsiliert.

Gemetzel in Chateau-Rouge. Die Leichen wurden in den Hof einer benachbarten Schule getragen, wo man eine Art Leichenhaus eingerichtet hatte. Ein Augenzeuge zählte siebenundfünfzig Leichen an einem einzigen Vormittage. „Ich werde es nie vergessen", schreibt mir ein Greis, dessen Brust voller Kugelwunden war. Er hatte einen Hund, der ihn nicht verlassen hatte, und der ihm mit herzzerreißendem Geheul überallhin folgte. „Zwei Tage lang hatten wir dieses traurige Bild vor Augen."

Die Föderierten, die man gefangen nahm, wurden längs einer der Schulmauern füsiliert. Man sieht die Kugelspuren noch heute in der Mauer."

Gemetzel in einem kleinen Gehege in der Rue des Carrières. In der genannten Straße hatte man dreizehn Verteidiger der Barrikaden gefangen genommen, darunter zwei Verwundete. Man führte sie dorthin. Alle wurden füsiliert. Ungefähr eine Stunde später kam ein Offizier, um dieses Beinhaus in Augenschein zu nehmen. Er blieb vor einem der Körper ziemlich lange in Betrachtung versunken, berührte ihn mehrmals mit seinem Spazierstock, und beim Weggehen machte er eine Bewegung, die zu sagen schien: Der da ist noch nicht tot. Nachdem sich der Offizier entfernt hatte, stürzte die Menge ins Gehege, und mitleidige Seelen trugen den Föderierten weg, der noch lebte.

Unter der Menge befand sich auch eine alte Frau, die von einem Hunde begleitet war. Der Hund warf sich auf eine der Leichen, deren Gesicht mit Blut bedeckt war. Das arme Tier heulte bald kläglich, bald leckte es sanft das Gesicht des Füsilierten . . . Die Frau näherte sich und wurde ohnmächtig . . Es war der Körper ihres Mannes.

Ueberhaupt findet man in der Maiwoche menschliche Gefühle hauptsächlich bei den Hunden.

Die Bewohner des Montmartre lebten im vollsten Sinne des Wortes inmitten von Leichen. Nichts bietet eine packendere Vorstellung von ihrem Schicksal als die Aeußerungen, die in der Zeitung „Le Soir" (vom 31. Mai) enthalten waren. Am 28. Mai leerte man vor dem Café du Grand-Delta das entsetzliche Massengrab, das in der Mitte des Platzes gegraben worden war und von dem noch weiterhin die Rede sein wird. Die zur Hälfte verwesten Leichen wurden auf Möbelwagen verladen. Alle Zuschauer waren von Entsetzen erfüllt.

Hier überlasse ich der Zeitung „Le Soir" das Wort:

„Ein junges Mädchen, das diesem Schauspiel beiwohnte, sagte mir: „In der Nähe von La Tour, wo ich wohne, habe ich noch ganz andere gesehen. In ein Loch hat man hundertfünfzig Nationalgardisten gestopft; es ist der reine Pestherd; Fliegen gibt es dort in Unmengen. Mein Vater starb am Sonntag; wir ließen ihn drei Tage liegen, und dann trugen ich, meine Schwester und mein Bruder ihn, in ein Tuch gewickelt, auf den Friedhof."

Solche Schreckensszenen verursachen einen unwiderstehlichen Todesrausch. Er endet damit, daß man für nichts und wieder nichts einen Menschen tötet. Ich habe hierfür Beispiele,

die ich nicht anzuführen wage. Es gibt eben einen Augenblick, wo die Gewehre sich von selbst entladen.

Ich habe eine große Zahl von Erzählungen über vereinzelte Hinrichtungen gesammelt. Ich zitiere auf gut Glück aus einem Hundert solcher:

Ein Sänger des Café-Conzert in der Rue de la Vieufville wurde füsiliert, weil bei ihm das Kostüm eines Liniensoldaten gefunden wurde, dessen er sich bediente, um die Bocquillon zu singen (ein ähnliches Mißgeschick ereilte irrtümlicherweise einen Schauspieler des Chatelet).

Ein Stellmacher namens Junger, Ecke der Rue Riquet und der Rue d'Aubervilliers wohnhaft, lag krank in seinem Bett; auf eine sinnlose Anzeige hin wurde er aus dem Bett geholt, um hingerichtet zu werden.

Ein Farbenhändler namens Tanguy wurde verhaftet, weil er schwarze Hände hatte; man war der Meinung, daß sie pulvergeschwärzt seien: er wurde mit Säbelhieben traktiert und verdankt sein Leben nur der Pflege, die ihm einige der mit ihm zusammen verhafteten Föderierten angedeihen ließen; sie brachten in nach Versailles.

Ein waffenloser Greis, auf den man in der Rue Clignancourt schoß, während er zur Bäckermeisterin L. ging, um Brot zu holen. Frau L. . . nahm den Leichnam auf.

Zwei Brüder Cabouret, Darmhändler, wohnten in der Rue Clignancourt Nr. 8. Als die Truppen einmarschierten, arbeiteten sie in ihrem Keller, in Hemdärmeln und Küferschürzen. Der ältere Bruder steigt hinauf, um durch das Schlüsselloch zu beobachten, was vorgeht. Er sieht die Truppen, öffnet die Tür und ruft seinen Bruder herbei. Dieser trug die Hose eines Nationalgarden. Dieser Hose verdankt er seine Verhaftung. Der ältere Bruder erhebt Protest: „Es ist mein Bruder . . . wir haben nicht gekämpft . . . wir haben gearbeitet." Man führt beide zum Barrikadengraben am Fuße der Chaussée Clignancourt. Sie halten sich umschlungen: sie sterben in gegenseitiger Umarmung. Zwei Tage später werden die beiden Leichen ausgegraben, die sich noch immer umschlungen halten.

Die Frau des älteren starb einige Zeit darauf, vom Wahnsinn befallen.

Ich erhalte noch neue Einzelheiten über den Tod der beiden Brüder Cabouret. Die Körper der beiden Brüder waren in die Grundaushebung eines im Bau begriffenen Hauses, oben in der Rue Rochechouart, geworfen worden. Dort gab es unter einer großen Zahl von Leichen auch Verwundete, die noch

röchelten. Der Hausmeister des Hauses Nr. 90 brachte ihnen zu trinken; er wurde verhaftet und an die Wand gestellt.

Eine Rote-Kreuz-Schwester, die man zu Hause antraf, wurde erschossen.

Die Erzählung eines Gefangenen, namens S. . . . spiegelt anschaulich das Aussehen des Montmartre wider, als die Truppen einzogen. Er hatte einen Laden in diesem Viertel. Vor meinen Augen liegt das von ihm selbst geschriebene Manuskript der Erzählung seiner traurigen Erlebnisse. Ich folge dieser Erzählung Schritt für Schritt.

Während des Kampfes blieb er bei sich zu Hause eingeschlossen. Gegen Abend klopft ein Feldwebel, gefolgt von Soldaten an die Türe des Ladens und droht, sie mit Gewalt zu sprengen. S. . . öffnet den Laden. Die Soldaten betreten wütend sämtliche Räume seiner Behausung. Der Feldwebel sagt ihm, daß er soeben seinen Namen im Stabe der 18. Legion gefunden habe. Sobald die Armee ein Stadtviertel betrat, suchte man auf diese Art Verdächtige zu entdecken. Ein Name, eine Adresse auf einer Liste konnten das Leben kosten. S. . . war nach dem 4. September Mitglied des Komitees für Ausrüstung geworden. Darin bestand sein Verbrechen.

Der Feldwebel begann in seinen Papieren zu wühlen, während die Soldaten die Zimmer, das Haus und die Keller durchstörberten. Ein Leutnant kam hinzu, der mit dem Feldwebel weiter wühlte. Sie fanden nichts als Geschäftspapiere, aber ein Soldat entdeckte im Keller den Kittel eines Nationalgarden: S. . . wurde verhaftet. Der Leutnant war so gnädig, seinen Leuten besonders einzuschärfen, den Mann keinesfalls zu mißhandeln. Er verabschiedete sich unter Tränen von seiner Familie und ging.

Er legte den Weg in Gesellschaft ebenfalls verhafteter Nachbarn zurück, darunter eines nebenan wohnhaften Kuchenbäckers, den man soeben aus einem unterirdischen Lokal, wo er sich versteckt hatte, hervorgeholt hatte. Schon nach den ersten Schritten sah er in der Rue Ramey den ersten Leichnam, der auf dem Rücken lag, entsetzlich verstümmelt: ein Mobilgardist, der, wie man erzählte, von den Soldaten soeben füsiliert worden war. In der Rue de la Fontenelle begannen die Beschimpfungen. Die Gefangenen wurden mit Faustschlägen traktiert, die das Blut hervorspritzen ließen. Dank der Empfehlung des Leutnants schützte der Korporal den S. . . .

In der Rue des Rosiers machte man im Hause Nr. 6 unseligen Angedenkens Halt. Man betrat den Garten mit seinem

verwüsteten und blutbespritzten Grün, wo die Generäle Lecomte und Thomas so tragisch massakriert und ebenso tragisch gerächt worden waren. Dort waren ungefähr zwanzig Personen versammelt, einige Frauen mit Rotkreuzarmbinden und ein siebzigjähriger Greis mit einer Schürze. Der Greis war vor Entsetzen außer sich. Er fragte jeden Soldaten: „Wird man uns füsilieren?" Die Soldaten erwiderten: „Sie kommen noch an die Reihe; ungefähr zwanzig haben wir schon erschossen." Ein Major kam hinzu, der einem Offizier den Befehl gab, die Gefangenen auf die Bastion 43 zu bringen. Man stellte sie in Reihen zu fünf, befahl ihnen, sich die Hände zu reichen, ließ sie aus dem Tor in der Rue de la Bonne heraustreten, in die Rue du Mont-Cenis hinuntergehen und in die Rue Marcadet einbiegen. Als sie an der Bastion anlangten, brach bereits die Nacht herein.

Dort befanden sich Gendarmen, mobilisierte städtische Polizeileute und ein Detachement des 45. Linieninfanterieregiments. Man verlangte zuerst von den Gefangenen, daß sie alle Messer oder Metallinstrumente, die sie etwa bei sich hätten, ablieferten, unter der Drohung, daß jeder füsiliert werden würde, bei dem bei der Durchsuchung ein derartiger Gegenstand gefunden werden würde. Man befahl allen, sich auf den Boden zu legen und drohte, daß jeder erschossen werden würde, der sich vom Boden erheben würde. Sodann zählte man die Gefangenen: es waren neunzig Männer und ungefähr zehn Frauen. Zum Schlafen brachte man sie zu einem Schutt- und Düngerhaufen, der hinter der Kaserne der Feuerwehr lag. Neue Gefangene wurden gebracht. Der verfügbare Platz erwies sich als unzureichend, und so legte sich einer auf den andern.

Die Nacht war hell. Es wurde früh Tag. Am Morgen trafen mehrere Gendarmerieoffiziere ein. Ein Kavalleriekorporal fragte, ob ein Mann namens Leveque da wäre, ein Maurer, der Mitglied des Zentralkomitees war. Leveque erhob sich: man fährt ihn in brutaler Weise an, zeigt ihm einen Erdhügel am Fuße der Bastion, sagt ihm, daß tags zuvor ein Artillerist der Kommune an dieser Stelle füsiliert und begraben worden sei, und daß er ihm bald dort Gesellschaft leisten würde. Tatsächlich hoben die Soldaten neben dem Artilleristen einen Graben aus.

Ein Oberst kam an, ein dicker, kleiner Mann, mit weißem Haar und Bart; er war in Begleitung von Offizieren. In der Hand trug er eine Gerte; er schickte sich an, die Unglücklichen Revue passieren zu lassen, wobei er mit spöttischer Miene mit

der Gerte auf sie wies. „Da bleiben Euch ja noch genug von diesen Bestien zum Vertilgen", sagte er, zu den Agenten gewandt. Sodann sprach er einen der Gefangenen an: „Der hat einen schönen Bart, einen richtigen Kommunebart." Endlich ging er an Leveque vorüber und, indem er ihn mit seinem Stöckchen berührte, fragte er ihn: „Dein Alter?" — „Vierunddreißig Jahre." — „Dein Handwerk?" — „Maurer." — „Maurer ist er und wollte Frankreich regieren!" — Dann zog er ein Journal aus der Tasche: „Hört einmal den Stil, den diese Herren schreiben." Und er verlas den letzten Aufruf des Zentralkomitees, in dem versichert wurde, daß die „Brüder von der Armee" beim Einmarsch in Paris den Gewehrkolben hoch in der Luft tragen würden. Dann sah er ihn von oben bis unten an: „Du hast nicht mitunterzeichnet?" . . . Leveque antwortete: „Man unterzeichnete nicht alles." — Darauf sagte der Oberst: „Nun gut, Deine Brüder von der Armee werden Dich füsilieren."

Eine schmerzliche Einzelheit: In dieser bebenden Herde von Gefangenen, von denen jeder einzelne befürchten mußte, daß er das Los des Leveque werde teilen müssen, versuchten einige ihren Schrecken in verächtlicher Weise zu überwinden, indem sie sich zum Echo des Obersten machten und mit Mühe ein falschklingendes Lachen ertönen ließen, das von Angst durchzittert war.

Kurze Zeit darauf kamen Offiziere des 88. kombinierten Regiments, um unter den Gefangenen die Soldaten des Regiments ausfindig zu machen, die am 18. März zur Kommune übergegangen waren. Einige wurden gefunden; man ließ sie aus den Reihen treten und auf dem Abhang der Bastion sich niederlegen. Sodann entstand eine Bewegung unter den Soldaten: Leveque wurde abgeführt, man brachte ihn zum Fortifikationsgraben, die Soldaten drängten sich auf der Brustwehr zusammen, um die Hinrichtung zu sehen. Die Salve des Pelotons ertönte, sodann fiel der Gnadenschuß, der Revolverschuß, der ins Ohr des Verwundeten abgegeben wurde, um ihm den Garaus zu machen.

Der Leichnam wurde in den Graben eingescharrt, von dem der Leser bereits gehört hat, daß er ausgehoben wurde. Und schon wurden andere Gräben für andere Opfer ausgehoben.

Man brachte fortwährend neue Gefangene, unter ihnen erkannte S. . . die Louise Michel. Dann ließ man die Verwundeten hervortreten und rangierte sie zusammen mit den Deserteuren vom 88. kombinierten Regiment.

Nach der Schlacht am 25. Mai

Die Lage war fürchterlich: fünfhundert Gefangene waren dort zusammengepfercht, wo tags vorher bloß neunzig waren; sie hockten oder saßen seit langen Stunden in einer Lage, die unerträglich wurde, den unbedeckten Kopf in der glühenden Sonne, mit knapper Not mit Nahrung versehen (man hatte jedem ein Stück Brot gegeben) die Kehle ausgebrannt vor Durst. Manche verloren den Verstand. Eine Frau und ihr Mann, die es nicht länger aushalten konnten, erhoben sich; sie wurden mit Kolbenstößen wieder zum Sitzen gezwungen und mit Erschießen bedroht. Der Tag verging, die Nacht brach an. Die Soldaten luden ihre Gewehre und erkletterten die Bastion, von wo aus sie die Gefangenen dominierten. Eine Kanone wurde auf sie gerichtet. Der Befehl wurde erteilt, beim ersten Fluchtversuch zu schießen. Der Anblick der Feuersbrünste erbitterte die Wächter. Ein neuer Tag brach an. Die Gefangenen waren stumpfsinnig und todmüde geworden: Die Ermüdung infolge des langen Liegens im Staube und Unrat, die Sonne, die ihnen auf den Schädeln brannte, all dies brachte sie von Sinnen. Einer der Unglücklichen erhob sich alle Augenblicke; er gebrauchte alle möglichen Vorwände, um nur ein paar Schritte machen zu können. Ein ungeduldig gewordener Feldwebel stürzte sich auf ihn und warf ihn zu Boden: sodann fesselte er ihn mit Hilfe seiner Leute an Händen und Füßen und legte ihn am Rand der Linie nieder.

Nun wurde Pferdegetrampel hörbar. Ein General kam an, umgeben von seinen Offizieren. „Ich bin Gallifet", sagte er. — Mit diesem General werden wir noch des öfteren zusammentreffen. Alle Erzählungen betonen einstimmig, daß es seine Gewohnheit war, vor allem seinen Namen in den Ohren der Aufständischen erschallen zu lassen. Man kann unschwer erraten, welche Drohungen und Aeußerungen der General sodann folgen ließ. — Weiter: „Was hat dieser Mann gemacht?" fragt er, auf einen Gefangenen deutend, den man soeben gefesselt hatte. Und nachdem man ihm erklärt hatte, warum man ihn so hatte festbinden müssen, meinte er: „Erschießen Sie ihn auf der Bastion." Man gehorchte. Der General fragte weiter: „Haben Sie auch Deserteure, vor allem Jäger?" — Man zeigte ihm einen jungen Menschen. Er ließ ihn aus seiner Einteilung treten. Der Unglückliche wollte sich verteidigen, eine Erklärung geben; man schleppte ihn fort und tötete ihn; er sprach und flehte noch als das Pelotonfeuer ihn schon niederstreckte.

Endlich entfernte sich der General. Am Abend, nach achtundvierzigstündigem Aufenthalt auf der Bastion, wurden die Gefangenen nach La Muette gebracht.

V.

Die Schlachthäuser.

In Paris waren die Bürgermeisterämter die natürlichen Mittelpunkte, von wo aus die Unterdrückung des Aufstands organisiert werden konnte. Nach der Reihe, wie sie eins nach dem andern in die Hände der Armee fielen, fanden sich dort zufällige Machthaber. Hierfür habe ich bereits mehrere Beispiele angeführt: ich habe gezeigt, daß im VIII. Bezirk Offiziere der Regierungsnationalgarde einen jungen Mann hinauswarfen, der von Barthélemy Saint-Hilaire mit Vollmachten ausgerüstet war; im V. Bezirk sah man einen Stabsoffizier, einen Freund Herrn de Villemessants, und in Montmartre den Obersten Perrier, unterstützt von einem Zivildelegierten, einem vormaligen Börsenspekulanten, der ebenso grausam und drohend war, wie der Oberst gemäßigt.

Selbstverständlich brachte man die Gefangenen in die Bürgermeisterämter, und überall, wohin Gefangene gebracht wurden, gab es Hinrichtungen.

Die Zeitung „La Patrie" vom 28. Mai zitiert aus dem Blatt „Le Siècle":

„In einigen Bürgermeisterämtern, die von den ehemaligen Bürgermeistern wieder bezogen wurden, hat man permanente Kriegsgerichte errichtet."

Sodann zitiert das Blatt ein Bürgermeisteramt, wo im Saale des Friedensgerichts „drei Offiziere in Zivilkleidung Sitzung abhalten, von Nationalgarden umgeben. Sie verhören alle verdächtigen Personen, die seit der Beendigung des Kampfes im Bezirke verhaftet wurden."

Es gab aber wohl in keinem Bürgermeisteramt ein Schlachthaus, das sich mit jenem vergleichen könnte, das im Bürgermeisteramte des Panthéon funktionierte. Es war, wie mir ein Augenzeuge erzählt, „zum Platzen voll von Leichen".

Ein anderer teilte mir folgende Tatsache mit: Ein Offizier betrat mit M. B. . . ., einem Ritter der Ehrenlegion, einen Hof. Ein leicht verwundeter Greis hatte dort die Nacht mitten unter den Toten zugebracht. Er war wahnsinnig geworden und lächelte, während er mit der Hand in einer leeren Tabaks-

dose wühlte. „Das ist einer", sagte M. B. . . ., „dem Gott wirklich Gnade erwiesen hat". Ohne ein Wort zu sprechen, näherte sich der Offizier dem Greis und zerschmetterte ihm mit einer Kugel den Schädel.

Aber außer den Bürgermeisterämtern gab es noch viele andere Mittelpunkte für die Hinrichtungen. Vor allem am linken Seineufer das Gefängnis Cherche-Midi. „Jeden Tag, hauptsächlich am Morgen", schreibt man mir, „wurden dort einige unglückliche Männer und Frauen füsiliert. Darunter war auch ein armes junges Mädchen von achtzehn Jahren, das in einem Geschäft in der Rue Tronchet angestellt war und beschuldigt wurde, daß es Soldaten vergiften wollte, während es ihnen zu trinken gab . . . Die Hinrichtungen fanden in der Nordecke des äußeren Hofes des Gefängnisses statt . . . Ein Möbelwagen brachte die Leichen auf den Friedhof Montparnasse. Der Wagen fuhr durch die Rue du Regard und die Rue de Rennes, und sein Weg war seiner ganzen Länge nach mit großen und zahlreichen Blutstropfen gezeichnet!" . . . .

Die Hinrichtungen dauerten während des ganzen Monats Juni an. „Seit dem 10. Juni", so schreibt mir der Doktor Robinet, „wurden infolge der Proteste der Nachbarn die Hinrichtungen nicht mehr bei Tag und auf den Höfen vorgenommen, sondern während der Nacht und in den Kellern". Ich selbst habe lange Zeit hindurch das verhängnisvolle Rollen der Gewehrsalven vernommen.

Zur Hinrichtung wurden Gefangene auch in die Polytechnische Schule im V. Bezirk gebracht.

Wenn ein Stadtviertel existiert, in dem scheinbar keine Hinrichtungen vorgenommen wurden, so ist dies der XVI. Bezirk. Dieser war erbittert gegen die Kommune gesinnt. Dieser Bezirk war der erste, der eingenommen wurde, und zwar fast ohne Kampf. Dennoch hatte auch dieser Bezirk sein Schlachthaus. „Das Profossenhaus", so erzählt mir ein ehrenwerter Geschäftsmann des Bezirkes, „war im Hause 22 der Rue Franklin etabliert. Dorhin brachte man ohne Unterlaß jene Unglücklichen, über die Denunziationen einliefen." Die Art und Weise, in der die Hinrichtungen vollzogen wurden, war fürchterlich. Ein Exekutionspeloton gab es nicht. Ein alter Polizeimann war gezwungen, alles allein zu machen. Die Opfer an die Wand zu stellen, war unmöglich, denn jeder fehlgegangene Schuß hätte eine Verfolgung nach sich gezogen. Daher band er die Opfer mit einem Riemen an einen im Hofe stehenden Pflaumenbaum und schoß auf sie, wie auf eine Ziel-

scheibe, so lange, bis sie tot waren. Die Leichen wurden auf den Friedhof von Passy geschafft.

Des weiteren erfolgten Hinrichtungen auch am Montmartre an zwei verschiedenen Orten, nächst der Rue des Rosiers und nächst dem Chateau-Rouge. Ich hatte bereits Gelegenheit, von diesen zwei Orten zu sprechen.

Im Hospital Lariboisière. — Ein dort wohnhaft gewesener Zögling, der damals dem Hospital zugeteilt war und heute Apotheker in Paris ist, sah, daß täglich unter den Fenstern des Hospitals, auf den leeren Terrains, entlang der Boulevards Magenta, die seither mit Häusern verbaut wurden, Hinrichtungen vollzogen wurden.

Am Nordbahnhof. — Ich habe bereits von dem grauenvollen Massengrab erzählt, das gegenüber dem Café du Delta errichtet wurde. Die Zeitung „La Liberté" vom 5. Juni berichtet hierüber folgendes: „Gestern Abend und heute Morgen war man damit beschäftigt, die Leichen der Föderierten zu beerdigen, die auf dem leeren Platz ganz oben in der Rue Rochechouart, gegenüber dem Café du Delta, aufgeschichtet waren. Es sind meistens Leichen der am Nordbahnhof füsilierten Insurgenten."

In der Kaserne de la Cité, heute die Polizeipräfektur. „Man brachte", so schreibt man mir, „die Gefangenen, paarweise durch einen Pfahl verbunden, und schoß auf sie aus einer Deckung hervor. Einer der Unglücklichen war der ersten Salve entgangen, während sein am gleichen Stricke hängender Gefährte gleich durch den ersten Schuß getötet wurde. Er versuchte zu laufen, um den Kugeln zu entgehen, wobei er den Leichnam nach sich schleppte!

In der Kaserne des Prinzen Eugen. — Ein Wirt aus der Rue Notre-Dame-de-Nazareth hatte sich während der ganzen Zeit der Herrschaft der Kommune in seinem Keller verborgen gehalten. Der Einzug der Armee bedeutete für ihn einen Festtag. Diesen wollte er durch ein außerordentliches Frühstück feiern. Zwei seiner Freunde kamen unvermutet zu ihm zu Besuch. Er lud sie zu dem Essen ein. Da tritt ein Korporal ein: „Unser Leutnant wünscht Sie zu sprechen." — „Was will er von mir?" — „Das weiß ich nicht." — (Es handelte sich vermutlich um eine Anzeige eines persönlichen Feindes des Wirtes.) Der Wirt entfernt sich in Begleitung seiner beiden Freunde. Seine Frau sagt: „Ich komme Dir nach", und steigt in ihr Zimmer hinauf, um sich Schuhe anzuziehen. Sodann sucht sie die Vorausgegangenen einzuholen. Man sagt ihr, sie

seien nach der Kaserne des Prinzen Eugen gegangen; sie läuft dorthin und findet die drei Leichen.

In der österreichischen Botschaft. — Das Blatt „La Liberté" teilte mit, daß sich dort ein Kriegsgerichtshof befand. In seiner Nummer vom 5. Juni glaubt das Blatt jedoch eine Berichtigung bringen zu müssen, und behauptet, daß die Kriegsgerichte keine Füsilierungen anbefohlen hätten.

„Neuerliche Mitteilungen modifizieren in gewissen Punkten die Einzelheiten, die wir in der vorgestrigen Nummer der „Liberté" über das Funktionieren der Kriegsgerichte und insbesondere des in der österreichischen Botschaft in der Rue de Grenelle-Saint-Germain installierten gebracht haben.

Diese Gerichte haben den Zweck, eine erstmalige Auslese unter den Gefangenen vorzunehmen, damit Personen, die nach dem Verhör als unschuldig befunden wurden, nicht unnützer Weise länger in Haft gehalten werden.

Gegen die übrigen wurde kein einziges Urteil gefällt, und folglich fand keine Hinrichtung statt."

Diese Berichtigung, die sich auf die Kriegsgerichte bezieht, das heißt auf Le Chatelet, Luxembourg, Collège de France und die österreichische Gesandtschaft, ist eins der dreistesten Dinge, die damals geschrieben wurden. Damals fanden noch auf der Börse Hinrichtungen statt. Man liest im Blatte „Le Français" vom 25. Juni:

„Auf der Börse wurde die größte Anzahl der mit der Waffe in der Hand gefangengenommenen Insurgenten hingerichtet. Wer Widerstand zu leisten versuchte, wurde an das Gitter gebunden."

Ferner fanden Hinrichtungen statt in der Kaserne der Munizipalgarden, neben der Mairie de la Banque. Als Ulysse Parent, der heute Mitglied des Munizipalrats ist, zum erstenmal verhaftet wurde, und zwar am Donnerstag, den 25. (diese Einzelheiten habe ich von ihm selbst erhalten), wurde er in die Mairie de la Banque gebracht, wo er durch den Obersten Quevauvilliers verhört wurde. Nach einigen Fragen sagte ihm dieser: „Man wird Ihre Angelegenheit nebenan weiter untersuchen". Und er schickte ihn in die Kaserne. Als er dort eintrat, bemerkte er in einer Ecke einen Haufen von Leichen. Ich habe bereits erwähnt, daß man ihm unter diesen Leichen auch die eines angeblichen Lefrançais zeigte. Es fehlte nur wenig, und Ulysse Parent hätte diesen fürchterlichen Leichenhaufen mit seinem Körper vergrößert. Zu seinem Glück traf er dort einen Regimentsarzt der Nationalgarde, der

ihm aus der Affäre half. Die Zeitungen jener Zeit weisen eine recht große Zahl von Hinrichtungen in dieser Kaserne nach.

Zahlreicher waren die Hinrichtungen auf der Place Vendome. Dort ließ man die Gefangenen von den verschiedensten Punkten von Paris zusammenkommen. Man hielt sie dort vorübergehend in Haft. Ein Profossenhaus war dort errichtet worden.

Als die Truppen die Rue de Valois betraten, wurden alle gefangengenommen, die sich im Hause des Blattes „Le Rappel" vorfanden, einschließlich der Mieter des Hauses und des Druckers M. Balitout. Von diesem und einem meiner alten Mitarbeiter erhielt ich die Erzählung ihrer Reise nach Versailles. Vorerst wurden sie auf die Place Vendome gebracht. Der Platz bot einen Anblick wie ein Feldlager. Die Barrikaden standen noch, man hatte nur Durchgänge in ihnen geschaffen. Beim Betreten des Platzes rechts sahen sie „einen Stapel, ähnlich den Holzstapeln auf einem Werkplatz, nur daß dieser aus Leichen gebildet war." Ein Offizier sagte ihnen, daß man ihnen gleich „den Prozeß machen" würde. Ein höherer Offizier gab einen Gegenbefehl und ließ sie in einen Keller bringen, in dem bereits Gefangene saßen. In ihrem Haftlokal konnten sie das Widerhallen der Schüsse hören.

Als ich von den Pétroleusen und den Vergifterinnen sprach, zitierte ich bereits eine Stelle aus der „Times" vom 29. Mai, die von den auf der Place Vendome hingerichteten Frauen handelt. Die französischen Zeitungen jener Epoche weisen häufig solche Exekutionen nach, so zum Beispiel „Le Paris-Journal" vom 28. Mai:

„Am Donnerstag sahen wir, wie dreizehn, größtenteils junge Frauen, zum Stab auf der Place Vendome geführt wurden . . . Einige Augenblicke später sagte uns eine grausige Detonation, daß der Gerechtigkeit Genüge geleistet war . . ."

Ich habe soeben einige dieser Schlachthäuser aufgezählt. Es fehlen aber noch viele, bevor die Liste vollständig genannt werden kann. Ich wollte nur einige Beispiele anführen, die bezeugen, wie das Gemetzel organisiert war.

VI.

Le Châtelet.

In dieser Schreckenswoche läßt sich nichts mit dem Kriegsgerichte in Le Chatelet vergleichen. Seine Tätigkeit

allein würde genügen, um diese Geschehnisse für ewige Zeiten verabscheuungswürdig zu machen.

Die Geschichte wird staunen, daß solche Greueltaten im vollen Tageslicht, im neunzehnten Jahrhundert, im Herzen von Paris stattfinden konnten, daß sie mehrere Tage lang mit einer Art von amtlicher Regelmäßigkeit sich fortsetzen und auf einem öffentlichen Platze Tausende von Zuschauern versammeln konnten, ohne daß die Regierung diesem in ihrem Namen verübten Gemetzel Einhalt gebot, ohne daß auch nur ein Wort, ein einziges bescheidenes Wort darüber im französischen Parlament gesprochen wurde, ja, sogar ohne daß man wenigstens in den darauffolgenden Jahren sich ihrer erinnert hätte.

Ueber das Kriegsgericht von Le Chatelet sind uns eine Unmenge von Dokumenten erhalten: insbesondere die Blätter Le Siècle und Le Gaulois vom 29. Mai, La Patrie und Le Figaro vom 30., Les Débats vom 31. beschrieben die grausige Tätigkeit dieses Tribunals. Der Abbé Vidieu, Pfarrverweser in Saint-Roche, der im Jahre 1876 eine Geschichte der Pariser Kommune veröffentlichte, bringt als Augenzeuge die genauesten Einzelheiten über dieses abscheuerweckende Schlachthaus. Endlich hat der Prozeß des Blattes La Lanterne, der die näheren Umstände über den Tod Villains zur allgemeinen Kenntnis brachte, auch die Erinnerungen an das Kriegsgericht in Le Chatelet wieder geweckt. Ich hatte mehrere bisher nicht veröffentlichte Dokumente und Informationen in Händen, die mir die Möglichkeit bieten, das traurige Bild des Gemetzels von Le Chatelet zu vervollständigen.

Hier handelt es sich nicht mehr um vereinzelte Hinrichtungen wie im Luxembourg, hier wurden die Opfer massenweise zur Schlachtbank geführt.

Den Beweis hierfür finde ich in dem Blatte Les Débats vom 31. Mai:

„Von Zeit zu Zeit sieht man einen Trupp von fünfzehn bis zwanzig Individuen herauskommen, bestehend aus Nationalgarden, Zivilisten, Frauen und Kindern im Alter von fünfzehn bis sechzehn Jahren, die mit der Waffe in der Hand gefangen genommen wurden oder deren tätige Teilnahme durch einwandfreie Zeugenaussagen zweifellos nachgewiesen erscheint. Diese Individuen sind zum Tode Verurteilte."

Geben wir nunmehr dem Abbé Vidieu, Pfarrverweser von Saint-Roche, das Wort:

„Die Verurteilten kamen in Gruppen von zwanzig bis vierzig Personen aus dem Theater heraus und wurden von Soldaten eskortiert . . . In der Kaserne angelangt, öffnete sich das Tor und schloß sich wieder hinter der „Backofenladung" — dies ist der Ausdruck, den die sehr zahlreiche Menge auf dem ganzen Weg den Verurteilten zurief — dann vernahm man das Pelotonfeuer, gefolgt von raschen Einzelschüssen: Die Backofenladung wurde niedergeknallt! . . ."

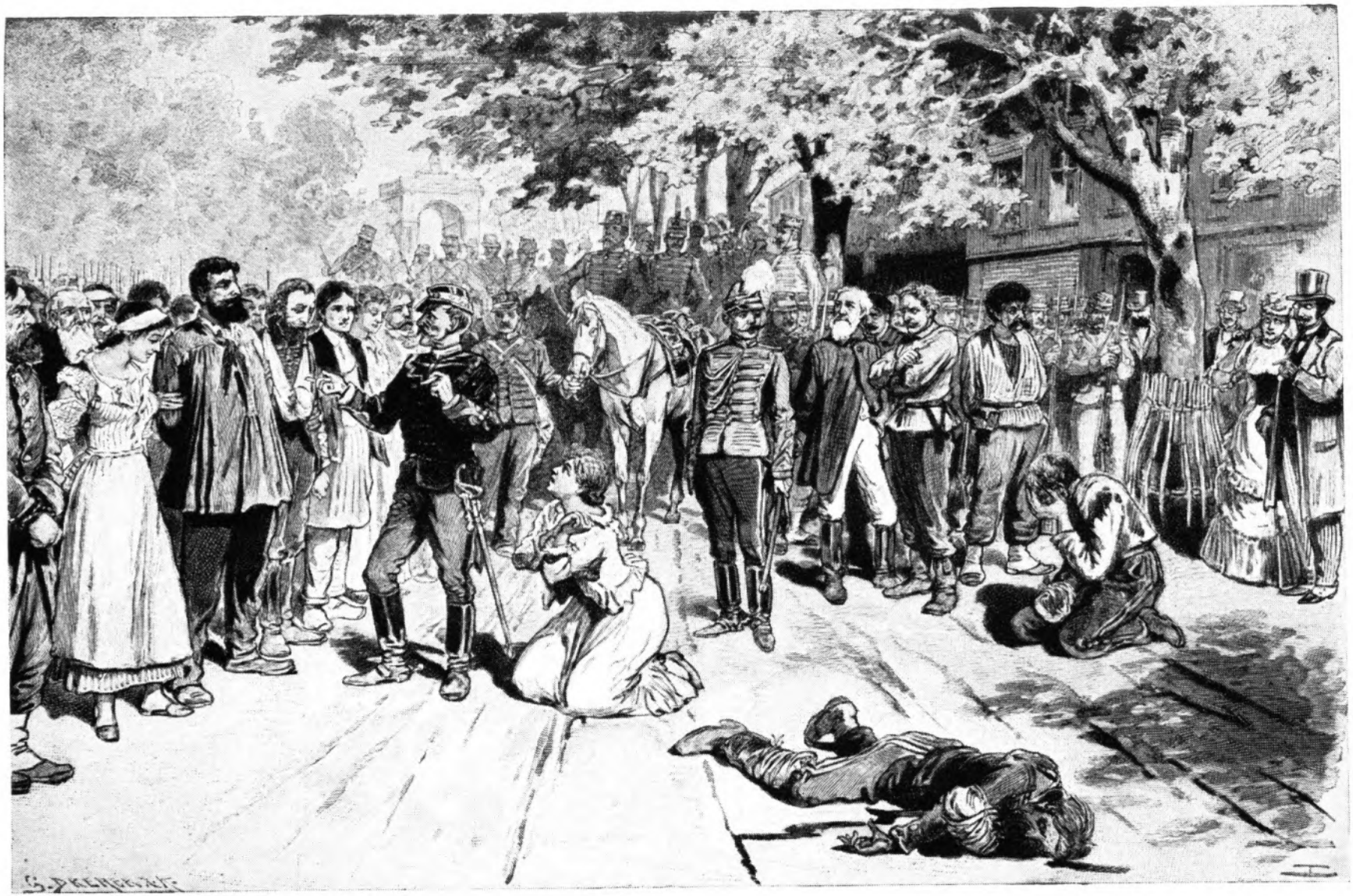
„The Standard". ein konservatives englisches Blatt, veröffentlichte eine Depesche der Agentur Reuter, in der über die Kriegsgerichte in Le Chatelet, auf dem Champ-de-Mars und im Parc Monceau gesagt wird:

„Backofenladungen von fünfzig und hundert Insurgenten wurden auf einmal erschossen".

Schließlich schreibt mir ein Zeuge, daß er am 28. Mai innerhalb von zwei Stunden, beginnend ab zwei Uhr nachmittags, aus dem Chatelet sechs Konvois für Versailles und ebensoviele für die Kaserne Lobau herauskommen sah.

Gruppen von fünfzehn bis zwanzig Verurteilten, so sagt das Blatt Les Débats, von zwanzig bis vierzig sagt der Abbé Vidieu, und noch dazu in kurzen Zeitabständen! In Paris leben noch heute Hunderte von Personen, die diese Todesprozessionen der Verurteilten mit eigenen Augen sahen: sie können bestätigen, daß die Schätzung des Abbé Vidieu in keiner Weise übertrieben ist, eher das Gegenteil.

Das Kriegsgericht in Le Chatelet war bereits am Mittwoch in Tätigkeit getreten, und erst am folgenden Dienstag stellte es seine Verurteilungen ein. Es amtierte Tag und Nacht. Wie soll man die Gesamtzahl der Toten berechnen? Man ist bescheiden, wenn man behauptet, daß sie nach Hunderten zu zählen sind. Nach einem Gespräch, das mir hinterbracht wurde, hätte man sich gerühmt, in Le Chatelet zwei- oder dreitausend Insurgenten füsiliert zu haben. Dies ist auch die Ziffer, die einem Zeugen am Kasernentor genannt wurde; er schreibt mir: „Dort hörte ich, wie einem mit Orden geschmückten Herrn gesagt wurde, man hätte mindestens dreitausend Insurgenten füsiliert." Im Luxembourg hatte man Akten und Listen; ob es in Le Chatelet auch so war, entzieht sich meiner Kenntnis. Sicher aber ist, wie man aus dem Nachstehenden auch ersehen wird, daß die Militärbehörde in der Folge stets behauptete, sie hätte keine Möglichkeit, den Namen irgend eines Opfers aufzufinden. Sprach sie aufrichtig oder wollte sie bloß verhindern, daß man auch nur die kleinste Einzelheit über



Gallifet wählt auf dem Marsche nach Versailles gefangene Kommunarden zum Erschießen aus.

die Opfer von Le Chatelet in Erfahrung bringe? Wir wissen es auch heute noch nicht.

Ein Mann hat seinen Namen in unlösliche Verbindung mit dem Kriegsgericht in Le Chatelet gebracht: der Oberst der Nationalgarde Vabre.

Vabre ist aus dem Unteroffiziersstande der Armee hervorgegangen. Er trat in jungen Jahren aus dem aktiven Dienst aus und ließ sich als Kohlenhändler an der Route d'Asnière, an der Ecke bei der Brücke, nieder. Man sagt, daß er gute Geschäfte machte und sich einiges Vermögen erworben hätte, als der 4. September herankam.

Als die Nationalgarde errichtet wurde, ließ er sich zum Führer eines Bataillons in Clichy, und zwar des 34., wählen. Am 31. Oktober kam er ins Rathaus gelaufen und verstand es, sich dank seinem glühenden Eifer solches Ansehen zu verschaffen, daß er zum Kommandanten des Rathauses ernannt wurde. Man versichert mir, daß ihn der General Ducrot empfohlen hätte. Auf diese Weise wurde er Oberst.

Wer das Rathaus zu Ende der Belagerung kannte, erinnert sich des Obersten Vabre als eines jener Menschen, die es nicht erwarten zu können schienen, zur Zeit des Preußenkrieges eine Gelegenheit zu finden, um auf die Pariser loszuschlagen. Gegen Ende der Belagerung wurde er mit einem Orden ausgezeichnet. Es war unter seinem Kommando, daß die bretonischen Mobilgarden am Vorabend der Kapitulation den Platz mit Gewehrschüssen fegten. Am 18. März erhielt er den Befehl, sich auf Versailles zurückzuziehen. Dort verbrachte er die Zeit des Bürgerkrieges. Mit der Armee nach Paris zurückgekehrt, holte er sich eine unvergeßlich bleibende Revanche.

Man weiß bereits und wird gleich weiter erfahren, was er aus dem sogenannten Kriegsgericht machte, dem er präsidierte. Seine glorreichen Verdienste wurden in aufsehenerregender Form belohnt. Ein Jahr später wurde er Offizier der Ehrenlegion. Dies bedeutete eine außergewöhnlich rasche Beförderung. Innerhalb eines Jahres absolvierte er die beiden ersten Grade dieses Ordens.

Die Untersuchungskommission, der Daru präsidierte, legte Wert darauf, seine Zeugenaussage zu vernehmen, wohlverstanden natürlich nicht deshalb, um zu erfahren, was in Le Chatelet vorgegangen war (darum handelte es sich nicht).

Man erzählt, daß Vabre nach diesen traurigen Ereignissen durch die abstoßenden Erinnerungen des Gemetzels von unbarmherzigen Hallunziationen verfolgt wurde, und daß er, nachdem

er in seine Heimat nach Rodez zurückgekehrt war, angesichts des Empfanges, den man ihm dort bereitete, wieder wegfahren mußte, ferner, daß er, als er von einer Toulouser Zeitung wegen seiner Tätigkeit in Le Chatelet angegriffen wurde, der Regierung drohte, er würde sich verteidigen und den Dienstbefehl vorweisen, der ihm von Thiers unter dem Titel eines Großprofossen erteilt worden war. Daraufhin wäre er zum Offizier der Ehrenlegion ernannt worden.

Von dem Augenblick an wucherte er mit seinen Pfunden.

Oberst Vabre wurde von Offizieren der Armee assistiert. Wie aus einer der im nachfolgenden zitierten Erzählungen zu ersehen ist, präsidierte dem Kriegsgerichte in der Nacht vom 28. auf den 29. Mai der Gendarmeriehauptmann S . . ., der sofort nach Abschluß der Ereignisse nach Korsika geschickt wurde. Es hat den Anschein, als ob unter die Armeeangehörigen dieses Tribunals auch Polizeibeamte gemischt worden wären. Gelegentlich der Wechselfälle seines Prozesses hielt das Blatt La Lanterne gegenüber allen Ableugnungsversuchen die Behauptung aufrecht, daß zwei Polizeioffiziere darunter waren.

Ein großer Teil von Paris war über das Gemetzel in Le Chatelet von Entsetzen gepackt.

Man brachte die Gefangenen ins Theater und urteilte sie dort ab.

Die Verurteilten wurden mit gefesselten Händen in die Kaserne Lobau gebracht.

Die Leichen brachte man auf Lastwagen in den Square Saint-Jacques-la-Boucherie.

Einen Berg von Leichen, überall angesammelte Volksmassen, die die Opfer mit Beschimpfungen überschütteten, der Durchmarsch von Zügen von Gefangenen mit gefesselten Händen, in Strömen in die Seine fließendes Blut, das Théatre-Lyrique, das Rathaus und die Rue de Rivoli in Flammen: so sah es dort am Tage nach Beendigung des Bürgerkrieges aus.

Man muß das Bild, das das Schlachthaus von Le Chatelet bot, in allen seinen Einzelheiten aufzeichnen.

Man kennt die Fassade des Le Chatelet, dieses Musters der Architektur Haußmanns: sie ist durch zwei tiefe Säulengänge ausgehöhlt, deren einer sich im Erdgeschoß befindet, und in welchen die Eingangstüren münden, während der andere, im ersten Stockwerk gelegen, einen Spazierplatz vor den für das Publikum bestimmten Wandelhallen bildet. Am Mittwoch hatte in diesem Theater ein leichter Brand begonnen, der indessen sofort wieder erstickt wurde. Die Flammen verzehrten

gegenüber das Haus Webers und Mozarts, ließen aber die den Feerien und militärischen Stücken geweihte Bühne unberührt, von der herunter die letzten Generationen des Kaiserreiches die Romanze singen hörten: Nimm Deine Füße von da weg!

In den letzten Tagen der Maiwoche (vom Mittwoch, den 24., bis Montag, den 29.) wurde in Le Chatelet ein gleichgültiges Schauspiel gegeben, das nichtsdestoweniger die Neugierigen anzog. Eine gedrängte Menge wimmelte und schrie auf dem Platz. Berittene Munizipalgarden (wie bei den Galavorstellungen der Oper oder der Comédie Francaise) drängten die Massen mit der Brust ihrer Pferde zurück und hielten den das Theater umgebenden Bürgersteig frei. Auf dem Trottoir sah man Offiziere, Soldaten und Polizeimänner stehen und auf- und abgeben. Einige der Offiziere saßen auf Stühlen. Die Tür wurde von einem Sicherheitsagenten von hohem Wuchs und auffallender Miene mit der Waffe im Arm, einer Pistole im Gürtel und einem Band in den Farben der Trikolore am Käppi bewacht.

Alle Augenblicke kamen Gefangene an.

Es war ein ununterbrochenes Kommen und Gehen von zahlreichen Gefangenenzügen und auch vereinzelten Menschen.

Unter den Unglücklichen, die von den Truppenabteilungen herbeigeführt wurden, fanden sich alle möglichen Elemente vor. Der Abbé Vidieu verzeichnet: „Nationalgarden, Blusenmänner, Frauen aus den äußeren Bezirken, Marketenderinnen, zerlumpte Kinder." Fügen Sie dem noch die in den Straßen verhafteten Passanten, die in ihren Häusern verhafteten Leute und die Verwundeten und Kranken der in das Kriegsgericht evakuierten Ambulanzen hinzu. Man brachte die Leute von allen Ecken und Enden aus ganz Paris hierher, angefangen vom Stadtviertel Champs-Elysées bis zum Faubourg Saint-Antoine.

Um bis zur Eingangstüre zu gelangen, mußten sie die Menge passieren, unter welchem Gejohle, unter welchen Tätlichkeiten, Drohungen und Geschrei: in den Tod mit ihnen! — das kann sich der Leser unschwer vorstellen. La Patrie vom 30. Mai berichtet in folgenden sonderbaren Ausdrücken über den den Gefangenen bereiteten Empfang: „Ihre Haltung und ihr Auftreten rufen die Verachtung und den Unwillen der Menge hervor, die bereit ist, sich auf sie zu stürzen. Nur mit größter Mühe können die Soldaten der Bedeckung einige der Anwesenden zurückhalten, die sich auf diese Elenden stürzen wollen." Was sagen Sie zu diesem durch die Haltung und das Auftreten der Gefangenen hervorgerufenen Unwillen?

Hatten die Gefangenen das Theater betreten, so waren sie damit noch lange nicht dem Wutgeschrei der Menge entzogen. Sie mußten auf der gedeckten Terrasse im ersten Stockwerk warten, bis die Reihe an sie kam. Wenn sie auch vor Tätlichkeiten geschützt waren, so wurden sie dennoch von Ausrufen bis hierher verfolgt, als sollten sie dadurch der besonderen Strenge des Kriegsgerichtes empfohlen werden. Die Meute, die an der Türe blieb, bellte noch, nachdem das Wild schon außer dem Bereiche ihrer Zähne war.

Der Abbé Vidieu beschreibt diese Szene folgendermaßen: „Als man sie auf der Terrasse auf- und abgehen sah, waren sie der Gegenstand der Verwünschungen der Menge, die sich ständig auf dem Platz vor Le Chatelet aufhielt.

Die Ausrufe der Mißbilligung — dies muß besonders hervorgehoben werden — waren weit davon entfernt, die Insurgenten, die den Kopf hoch trugen, in Verwirrung zu bringen. Diese feste Haltung war besonders bemerkenswert bei den Kombattanten, und ihre herausfordernden Antworten stimmten nur zu gut mit dem Zynismus überein, der sich auf ihren Gesichtern widerspiegelte: „Wir haben die beiden ersten Partien vom Juni 1848 und vom Mai 1871 verloren, aber unsere Großneffen werden die dritte gewinnen."

Wie großes Zutrauen wir auch zu den Worten des Pfarrverwesers von Saint-Roche haben mögen, so müssen wir doch einigermaßen bezweifeln, daß die Gefangenen, wenn sie nicht über ein Sprachrohr verfügten, von dem sehr hochgelegenen Balkon der Wandelhalle herunter der auf dem Platze versammelten Menge mit einer Darlegung ihrer Grundsätze antworten konnten; wer nur einmal am Chatelet vorbeigegangen ist, wird diese unsere Ansicht teilen.

La Patrie sagt einfach, daß man die Gefangenen auf ihrer Terrasse betrachtete, wie man die wilden Tiere im Jardin des Plantes anstarrt.

Das Tribunal amtierte in dem sehr großen und recht nüchternen Foyer, das hinter der Wandelhalle gelegen ist. Es verhandelte unter dem Lärm, der von außen hereinschallenden Rufe.

Von allen Orten, an denen damals in Paris die Leute niedergemetzelt wurden, war dies das Zentralschlachthaus. Einige waren auf die Laune eines höheren Offiziers hin, andere auf den Befehl eines Korpskommandanten errichtet worden, dieses aber scheint auf den Wunsch der Regierung selbst ins Leben gerufen worden zu sein. In den Zeitungen dieser Tage

wird der Oberst Vabre der „große Profoß" genannt. Nach einer von mir bereits einmal zitierten Information soll er mit einem von Thiers selbst gezeichneten Befehl dorthin gekommen sein. Die Zivilbehörden anerkannten dieses sonderbare Tribunal. Ansart sandte einen Mann dorthin, den er . . verurteilen lassen wollte. Die Polizei versah den regulären Dienst im Chatelet. All dies geht aus dem Prozeß der Zeitung „La Lanterne" hervor (Zeugenverhör).

Préréal, Brigadier-Chef der Sicherheitsbrigade, sagt aus: „Ich wurde mit fünfunddreißig Mann ins Chatelet entsandt."

Und er hatte bereits angegeben, worin seine Aufgabe bestand: „Ich sah, wie man Villain hinrichtete." Hieraus folgt, daß er die Gefangenen vom Tribunal zum Richtplatz führte, — was übrigens auch aus der folgenden Antwort hervorgeht: „Ins Chatelet zurückkehrend, fragte ich den Oberst Favre oder Barre, was denn ein gewisser Villain verbrochen habe usw."

Der Abbé Vidieu versichert in naivster Weise, daß „die vom Kriegsgericht gefällten Urteile nach gründlicher Untersuchung der Angelegenheit erfolgten." Man muß also annehmen, daß die Richter ganz außerordentlich scharfsichtig waren. Die Gefangenen wurden zu Hunderten herbeigebracht und wurden zu zwanzig in den Tod geschickt. Das beweist, wie summarisch das Verfahren, wie rasch erledigt der Prozeß, wie abgekürzt die Verteidigung und wie rasch gefällt das Urteil war. Keine Papiere, keine Zeugen; als Debatte nur einige Worte, die den erschrockenen Unglücklichen in fatale Situationen bringen konnten. Das Sonderbarste waren die Vertreter der Anklage. Man brachte eine Frau hin, deren einziges Verbrechen darin bestand, daß sie die Hausmeisterin von Eduard Lockroy war! Sie schwor, daß sie nichts verbrochen hätte.

„Aber," sagte das Tribunal, „Sie haben Herrn Lockroy die für ihn einlaufenden Briefe eingehändigt."*)

Ausnahmsweise geruhte man, dieses Verbrechen nicht mit dem Tode zu bestrafen. Als Revanche folgen nunmehr einige Urteile, die „nach gründlicher Untersuchung der Angelegenheit" gefällt wurden.

Villain war beim Löschen des Brandes in der Polizeipräfektur beschäftigt. Ansart befiehlt zwei Feuerwehr-

*) Eduard Lockroy veröffentlichte vor kurzem diese Tatsache in der Zeitung „Le Rappel", während er sie mir schon im Jahre 1871 mitgeteilt hatte.

leuten, ihn nach dem Chatelet zu bringen. Was konnte Ansart zu wissen vorgeben. Daß ein vages Gerücht umlief, Villain sei einer der Brandstifter. Was wußten die Feuerwehrmänner davon? Daß Ansart ihnen befohlen hatte, Villain zu verhaften. Was wußte das Profossengericht? Nur das, was die Feuerwehrmänner ihm zu sagen hatten . . . Und am Abend war Villain bereits hingerichtet.

Man bringt alle Verwundeten einer Ambulanz ins Chatelet. Worin besteht ihr Verbrechen? In ihrer Verwundung. Sie läßt vermuten, daß sie gekämpft haben. Aber viele Pariser, die den Kämpfen ganz fern standen, waren zufällig verwundet worden, weil sie sich zu früh in die Straßen gewagt hatten. — Wen kümmert das? Alle Verwundeten wurden hingerichtet, darunter auch ein Unglücklicher, der sich nicht wegen einer Verwundung, sondern krankheitshalber in der Ambulanz befand.

Das Kriegsgericht in Le Chatelet ist Fremden gegenüber besonders unbarmherzig. „In der Liste der am Sonnabend verurteilten Personen figuriert insbesondere eine beträchtliche Anzahl von Fremden," schreibt ein konservatives Provinzblatt vom 1. Juni unter Zitierung eines Pariser Journals. Und Garcin sagt in seiner Aussage: „Alle Italiener, Polen, Holländer und Deutschen wurden füsiliert." Man erzählt mir das Beispiel eines Mannes, der der Kommune feindselig gegenüberstand, aber trotzdem bei seinem Brotgeber verhaftet und am Freitag zum Tode verurteilt wurde. Er hatte einen fremdländischen Namen — Eyth. Und ich will noch die Geschichte eines holländischen Buchhändlers erzählen, der mit seiner Frau in der Rue de Rivoli verhaftet und hingerichtet wurde, weil er hundertfünfzigtausend Franken bei sich trug.

Ebenso wurde nach gefälltem Urteil im Chatelet ein gewisser Lancaster hingerichtet, einer der kleinen Mieter des Hauses, in dem der Marquis de Forbin-Janson alle seine Nachbarn denunzierte und verhaften ließ.

Ferner wurde nach einem im Chatelet gefällten Urteil der Hutmacher und Armeelieferant M. V. . . . aus der Rue Saint-Honoré als Opfer einer Denunziation hingerichtet, die keine andere Unterlage hatte, als persönliche Feindschaft.

Nur wenig fehlte, so hätte den Uhrmacher Fine das gleiche Schicksal erreicht. Ein Geschäftskamerad, ein Rivale, namens M. G. . . . denunzierte ihn sechsmal, wobei er behauptete, er wäre Mitglied der Kommune gewesen! Glücklicherweise hatte Fine von einem im selben Hause wohnenden höheren Offizier

ein Zeugnis erhalten. Lange Zeit nachher überführte er den Denunzianten vor der Gerechtigkeit und erreichte dessen Bestrafung mit 2500 Franken Schadenersatz.

Auf diese Art kam man wegen persönlicher Feindschaft, wegen der haltlosesten Verdächtigungen, wegen einer Verwundung, eines Namens oder eines ausländischen Akzentes oder was weiß ich weswegen ins Foyer des Chatelet, in ganzen „Backofenladungen", und diese Unglücklichen wurden wegen einiger Minuten Verwirrung, Erregung, einer Laune des Richters, unter dem Wutgeheul der Menge, ebenfalls in ganzen „Backofenladungen" in den Tod geschickt.

Im Chatelet sowohl wie im Luxembourg vermied das Tribunal den Tod bei seinem richtigen Namen zu nennen . . .

Einer der grausamsten Verwandten und Stellvertreter des Mehemet-Ali, der von dem Despoten in das obere Nilgebiet entsendet wurde, hatte für die Metzeleibefehle ein geistreiches Synomym erfunden. Wenn er sich eines Menschen entledigen wollte, sagte er: „Führen Sie ihn zum Untersuchungsrichter." Dieser Untersuchungsrichter war eine Kanone, an deren Mündung man den Unglücklichen festband: dann wurde geschossen.

Vabre hatte eine andere, aber nicht minder feine Bezeichnung. Er sagte nicht „der Untersuchungsrichter", sondern „die Brigade". — Das Blatt „La Nation Francaise" vom 1. Juni schreibt:

„Wenn der große Profoß sagt: Bringen Sie ihn zu der Brigade, dann bleibt dem Verurteilten nur mehr übrig, seine Seele Gott zu empfehlen. Indessen weiß er gewöhnlich nicht, was diese Worte bedeuten, und er erfährt sein Schicksal erst, wenn er den Hof der Kaserne betritt."

„Le Gaulois" vom 29. Mai liefert eine weitere Information:

„Nach gefälltem Urteilsspruch läßt der Präsident sie durch die Türe zur Rechten oder durch die zur Linken hinausgehen, je nach dem Grade ihrer Schuld.

Die Gefangenen, die durch die Tür rechts hinausgehen, werden nach Versailles, in den für Satory bestimmten Gefangenenzug gebracht.

Jene aber, die durch die linke Tür hinausgehen, werden nach der Kaserne Lobau geschleppt und unverzüglich erschossen."

Am Tore des Chatelet wurde die Redensart gewechselt: die Soldaten nannten die Gefangenen, je nachdem, ob sie zum

Tode verurteilt oder verschont geblieben waren, „Reisende nach Lobau" oder „Reisende nach Satory". („Le Figaro" vom 20. Mai.)

Lassen wir zuerst die „Reisenden nach Satory" (wir werden sie später wiedertreffen), und folgen wir den „Reisenden nach Lobau". Man fesselt sie „zu zweit an den Handgelenken" (L'Abbé Vidieu). Sodann schlägt der Zug den Weg nach den Quais zum Schlachthaus ein. „Sie marschieren zu zweit, von einem Peloton Jäger zu Fuß eskortiert. Eine Korporalschaft Jäger zu Fuß eröffnet und schließt den Zug" („Les Debats" vom 31. Mai). Man kann sich denken, daß ihnen die Menge die üblichen Schmähungen auf ihrem Wege nicht schenkte.

Von einem Zeugen erhalte ich einen Brief, in welchem er mir in folgenden Worten das Schauspiel beschreibt, daß diese Gefangenenzüge boten:

„Am 28. Mai 1871 befand ich mich gegen zwei Uhr nachmittags gegenüber dem Chatelet. Innerhalb von zwei Stunden sah ich von dort sechs Transporte für Versailles und ebensoviele für die Kaserne von Lobau herauskommen. In allen diesen Transporten sah ich viele junge Mädchen und Frauen. Die Menge, die sich ständig vor dem Theater aufhielt, bestand aus Männern in blauen Blusen und Frauen mit Kopftüchern. Alle diese Leute johlten, während die Gefangenen vorbeikamen.

„Ich sah aus dem Hofe des Kriegsgerichtes sechs Kinder herauskommen, die von vier Polizeimännern geführt wurden. Das älteste der Kinder war knapp zwölf Jahre alt, das jüngste kaum sechs. Die armen Kleinen weinten, während sie das Spalier durchschritten, das von diesen Elenden gebildet wurde. „In den Tod mit ihnen! In den Tod!" schrien diese wilden Bestien, „damit nicht späterhin aus ihnen ebenfalls Insurgenten werden."

„Das jüngste der Kinder steckte mit nackten Füßen in Holzpantoffeln; es war nur mit Hose und Hemd bekleidet und vergoß bittere Tränen.

Ich sah, wie sie die Kaserne Lobau betraten. In dem Augenblicke, wo sich die Tür hinter ihnen schloß, sagte ich: Es ist ein Verbrechen, Kinder zu töten. Ich hatte knapp Zeit, mich in Sicherheit zu bringen, sonst wäre ich, wie so viele andere, auch ins Chatelet gekommen."

* * *

Die Ermordung der Kommunarden

Sobald die Transporte mit Verurteilten in der Kaserne angekommen waren, öffnete sich das Eisentor, um sie zu empfangen; dann schloß es sich wieder hinter ihnen.

Die Füsilierungen begannen sofort.

Ich wünschte, daß ich an dem Folgenden zweifeln könnte; jedoch ich erhielt von den verschiedensten Seiten völlig gleichlautende Aussagen. Das, was sich im Innern der Kaserne abspielte, sobald sich die Tore geschlossen hatten, konnte man nicht mehr Hinrichtung nennen, das war schon eher eine Jagd. Die Oertlichkeit war so beschaffen, daß sie wegen des Zurückprallens der Kugeln so zahlreiche Massenhinrichtungen unter den sonst üblichen Voraussetzungen unmöglich machte. Man begnügte sich nicht damit, die Verurteilten längs der Mauer aufzustellen. Wie hätte man dies auch tun können, wo manchmal eine einzige „Backofenladung" vierzig Todeskandidaten enthielt? Man ließ also die Gefangenen im Hofe frei umherlaufen, und die Schützen schossen gleichsam im Fluge auf sie.

Während sich die Unglücklichen durcheinander und aufs Geratewohl im Hofe bewegten, ging das Pelotonfeuer los, und die Kugeln schlugen in den Haufen. Die meisten stürzten getroffen nieder, aber der Zufall ersparte auch so manchem Opfer die Kugel. Einige von ihnen, die verwundet waren, wehrten sich, erhoben sich mit Anstrengung vom Boden, andere liefen ziel- und zwecklos umher, bis neue Schüsse sie im Sprunge trafen. In der Eile abgegeben, verfehlten die meisten Schüsse ihr Ziel. Draufhin wurde besser gezielt: endlich waren alle zu Boden gestreckt und lagen in ihrem Blute, die mit dem Tode Kämpfenden unter Leichen . . . . Hierauf wurden sie alle durcheinander auf einen Karren geworfen.

Der Abbé Vidieu, Pfarrverweser von Saint-Roche, scheut sich nicht, eine Szene wie die folgende zu schildern. Uebrigens blieb er an der Tür stehen, aber die Angaben, die er macht, lassen die Wahrheit erraten. Er erzählt folgendes:

„Das Tor öffnete sich für eine „Backofenladung" und schloß sich wieder hinter ihr . . . Sodann vernahm man Pelotonfeuer, das von hastigen Einzelschüssen gefolgt war: Die „Backofenladung" wurde niedergeknallt."

Dieses „Pelotonfeuer, das von hastigen Einzelschüssen gefolgt war," was kann das gewesen sein, wenn nicht der Lärm der Jagd, den man draußen vernahm?

Nun wohl! . . . Wer würde das geglaubt haben? . . . Auch dort gab es einen Beichtvater: Jawohl, es gab dort einen Priester, der einverstanden war, bei dieser Schlächterei eine

Rolle zu spielen, einen Priester, der die Opfer durch Erteilung der Absolution für das Gemetzel vorbereitete, einen Priester, der diesem niederträchtigen Massenmord die Sanktion des Evangeliums verlieh, einen Priester, der bei seinen Brüdern in Jesu Christo noch seines Amtes waltete, bevor er sie in den schwirrenden Kugelregen schickte, einen Priester, der das Kreuz auf seiner Brust trug und mit aufgeschürztem Rock im Blute des Schlachthauses watete!

Erinnert Euch daran, daß die Hinrichtungen in der Kaserne Lobau ununterbrochen fünf Tage lang andauerten.

Außerdem zog das Gemetzel eine Menge von Neugierigen an. Leider wurden sie nicht eingelassen, denn alles spielte sich hinter verschlossenen Türen ab: der Menge gelang es nur, zu sehen, wie die Verurteilten ankamen, von außen den Lärm der Hinrichtungen zu hören, und zu sehen, wie die Leichen weggeschafft wurden. Nichtsdestoweniger zog dieses Schauspiel, so unvollständig es auch war, viele Leute an. Man erzählt mir sogar, daß gegenüber dem Eingang in die Kaserne Bänke aufgestellt waren, auf denen Sitzplätze vermietet wurden.

Ein erstklassiger Schriftsteller, eine Künstlernatur, der gar kein Interesse an Politik hat und durch seine Verbindungen und Herkunft weit eher zu den monarchistischen Parteien sich hingezogen fühlt, sah zufällig die nachfolgend geschilderte abscheuliche Szene. Mit der ihm eigenen scharfen Beobachtungsgabe, mit seinem scharf ausgeprägten Sinn für das Malerische und Wahre, die sein seltenes Talent charakterisieren, beschrieb er sie einem unserer Freunde. Er kehrte von dort mit Entsetzen erfüllt zurück.

Er sah, wie die Verurteilten eintraten; er vernahm die herzzerreißenden Explosionen der Füsilierung, die die Metallbeschläge an den Toren mit ihrem dumpfen, tiefen Laut zum Erzittern und Vibrieren brachten. Wenige Sekunden später ergoß sich, wie bei einer zeitweilig aussetzenden Quelle, eine rote Welle frischen Blutes aus dem Rinnstein des Hofes in den Straßenkanal. Die Tür öffnete sich wieder und der Beichtvater erschien, mit seinem Regenschirm in der Hand, während aus seinen Schuhen Blut spritzte.

Vermutlich stammte auch aus diesem Schlachthaus der rote Streifen, der auf den Wassern des Flusses schwamm, ohne sich mit ihnen zu vermengen. „Gestern sah man auf der Seine", schreibt das Blatt „La Petite Presse" (das vom Blatt „La Politique" vom 31. Mai zitiert wird), „einen langen Blut-

streifen, der der Strömung des Wassers folgte und sich durch den zweiten Bogen der Brücke auf der Seite der Tuilerien hindurchzog. Dieser Blutstreifen wollte kein Ende nehmen."

Die Angabe „zweiter Bogen der Brücke auf der Seite der Tuilerien" entspricht genau der Lage der Kaserne Lobau. Um diese Zeit, wo die Kämpfe bereits beendet waren, war der nächstgelegene Ort, von dem dieses Blut kommen konnte, eben das dem Rathaus benachbarte Schlachthaus.

Nächstens werde ich die Geschichte eines in der Kaserne Lobau hingerichteten Opfers erzählen, und zwar an Hand einer sehr dramatischen schriftlichen Schilderung, die Doktor Robinet die Güte hatte, mir zukommen zu lassen. Dieser Schilderung entnehme ich, daß ein Freund der Familie des Füsilierten sich zweimal in die Kaserne begeben hatte, um irgendwelche Nachrichten zu erhalten. Beim zweiten Mal, es war dies am Dienstag, den 30. Mai, amtierte das Kriegsgericht nicht mehr, das Tor der Kaserne war geöffnet. Er sah, wie Soldaten mit aufgekrempelten Hosen in der Mitte des Hofes eine Blutlache aufwischten.

Wie ich bereits erwähnte, machte man nach jeder Hinrichtung den Hof frei von Leichen, „die man", sagt der Abbé Vidieu, „provisorisch auf den steilen Ufern der Seine, in den Gartenanlagen und sonstwo beerdigte." — Das größte Kontingent entfiel auf den Square Saint-Jacques-la-Boucherie. Le Chatelet, die Kaserne Lobau und der Square Saint-Jacques bildeten die drei Etappen für die Opfer. Der Square war des Theaters und der Kaserne würdig.

Umfangreiche Gräben wurden ausgehoben, in welche man die Körper durcheinander hineinwarf. „Soldaten der Genietruppe", sagt der „Siècle" vom 20. Mai, „zusammen mit Zivilarbeitern sind mit dieser entsetzlichen Aufgabe betraut. Die Anzahl der Leichen, die man bereits an diesem Orte verscharrt hat, wird auf mehr als tausend geschätzt."

Die Gittertore blieben geschlossen; vor ihnen gingen Schildwachen auf und ab. Trat man näher, so bot sich einem ein Entsetzen erregendes Bild.

In all diese Greuel des Bürgerkrieges mischte sich noch der Frühling, und man weiß, mit welcher Pracht er sich in den herrlichen Gebüschgruppen, in den prachtvollen Blumenbeeten und exotischen Pflanzenarrangements entfaltet, die die Pariser Gärten so reizend gestalten. Und all dies leuchtende Maiengrün war beschmutzt; mit ihren frischen Knospen hingen zer-

brochene Zweige über den Gräben. In der dichten Vegetation, mitten unter den Blüten und jungen Blättern und aus den merkwürdig erhabenen Beeten sah man ungenügend überdeckte Füße, mit Uniformärmeln bekleidete Arme mit wachsbleichen Händen in unheimlicher Weise aus dem Boden emporragen, versteinerte Gesichter mit starren, toten Augen blickten aus der Erde hervor. Dieser herrliche Lenz war in grauenhaftester Weise befleckt worden: ein höllischer Gestank menschlicher Leichenzersetzung erstickte die Wohlgerüche des Frühlings und ließ das Herz der Vorübergehenden erschaudern, — und wenn die Nacht um den Square herum den lauten Lärm von Paris einschlafen ließ, dann ertönten aus dem Grün schauerliches Gemurmel und ersticktes Stöhnen . . . Denn man hatte sich sehr beeilt, die Karren zu leeren, und mehr als einer lebte und röchelte noch im Massengrab.

Man ist vielleicht der Meinung, daß ich übertreibe? Man lese nur die Zeitungen jener Tage:

„Wer könnte den Square, nein, das Beinhaus von La Tour Saint-Jacques je wieder vergessen, wenn er es auch nur einige Minuten lang gesehen hat? Dort hatte man unter einer dünnen Erdschicht die zufällig aufgelesenen Leichen beerdigt, und, wenn man dazu Zeit hatte, holte man die Leichen in einem Lastwagen wieder ab. („Le Temps" vom 28. Mai.)

„Was das Auge am meisten entsetzen mußte, war der Anblick von La Tour Saint-Jacques. Die Gittertore waren geschlossen; vor ihnen patrouillierten Schildwachen. Von den Bäumen hingen zerbrochene Zweige herab, und überall durchzogen große Gräben den Rasen und durchschnitten die Baumgruppen.

„Aus diesen feuchten Löchern, die frisch mit dem Spaten aufgerissen waren, ragten da und dort Köpfe und Arme, Füße und Hände hervor. Man sah Gesichter von Leichen in der Uniform der Nationalgarde aus der Erde blicken: Es war entsetzlich . . . . ein ekelerregender Geruch entströmte diesem Garten. An gewissen Stellen wurde er zeitweilig zum Gestank. Möbelwagen warteten auf ihre schauerliche Last." („Moniteur Universel" vom 1. Juni.)

„Im Square de la Tour Saint-Jacques wurden die Beerdigungen wie überall, sehr hastig vorgenommen, oftmals zur nächtlichen Stunde; man sah daher aus der Erde hervorragende Arme.

„Einige Leute wurden von Furcht ergriffen, und schon begannen Legenden umzugehen über die Hilferufe und das

Stöhnen, die vom Tageslärm erstickt würden, die man aber während der Nacht hören könnte. Nicht ganz getötete Menschen, die man zusammen mit den Toten in die Massengräber geworfen habe, hätten ohne Beistand ihre fürchterliche Agonie durchgekämpft." („Le Figaro" vom 8. Juni, nach einem Zitat aus dem „Temps".)

So konservativ das Blatt „The Standard" auch ist, so sagt es doch in einer vom 8. Juni datierten Korrespondenz:

„Le Temps", ein vernünftiges Journal, das nicht geneigt ist, Sensationsnachrichten zu verbreiten, erzählt eine entsetzliche Geschichte von Personen, die nicht ganz getötet und beerdigt wurden, bevor das Leben vollständig aus ihnen entflohen war.

„Daß viele Verwundete lebend begraben wurden, darüber hege ich nicht den leisesten Zweifel."

Dasselbe Blatt (in seiner Nummer vom 31. Mai in einer vom 28. Mai datierten Korrespondenz) sagt weiter:

„Die Gefangenen werden in „Backofenladungen" nach gewissen im voraus bestimmten Richtplätzen gebracht. Einer dieser Plätze ist die Militärschule, ein anderer die Kaserne Napoléon, die unmittelbar hinter dem Rathaus liegt.

„Einer der Leute, die hierbei beschäftigt sind, hat mir einige Auskünfte gegeben, von denen ich wünschte, daß sie übertrieben wären. Er erzählte mir, daß seit der verflossenen Nacht in der Kaserne Napoléon fünfhundert Personen hingerichtet worden seien, und daß der Hof mit Blut und Leichen überfüllt sei. Um die Gefangenen dazu zu bringen, daß sie ohne Widerstand marschieren, sagt man ihnen, daß sie nach Versailles kommen werden, und erst wenn sie den Richtplatz betreten und das Blut und die Leichen sehen, werden sie dessen inne, daß ihre letzte Stunde geschlagen hat. Unter den Verurteilten gibt es immer Frauen und Kinder, die weinen und um Gnade flehen, sie werden aber alle vorwärts gestoßen und unverzüglich massakriert."

Im zweiten Bande seiner „Beweisdokumente" behauptet Maxime Ducamp, daß in den drei Squares von Batignolles, Temple und Saint-Jacques nur zweiundsechzig Leichen beerdigt worden seien.

Maxime Ducamp erhielt diese Information von der Polizei.

VII.

Satory.

. . . Wir gelangen zum Lager von Satory.

Man hatte so viele tausend Gefangene gemacht, daß es unmöglich war, sie unterzubringen. Man drängte sie zusammen, man pferchte sie zusammen. Während eine große Anzahl in den langen Kellerräumen, in denen man durch die Uebelkeit erregenden Gerüche vergiftet wurde, eingezwängt war, wurden die meisten in den denkwürdigen Hof von Satory geworfen, wo so viele Unglückliche ihre schlimmsten Leiden und die entsetzlichste Angst ausstanden.

Stellen Sie sich einen sehr großen, von ungefähr drei Meter hohen Mauern umgebenen Hof vor, von einer Seite von Gebäuden begrenzt. Die Unglücklichen, die wir hier ankommen sahen, mit blutigen Füßen, ausgedörrter Kehle, verwirrtem Verstand und zerlumpten Kleidern, waren da zu Tausenden zusammengedrängt, aber nicht in den Gebäuden, sondern auf dem Hofe. Als Betten hatten sie den Erdboden und schmutzige Strohbündel, als Nahrung ein ungenügendes Stück Schwarzbrot, und als Getränk ein wenig Wasser, zu wenig für ihren Durst. Man wird dem Journal Pessard's (Nummer vom 30. Mai) Glauben schenken:

„Wir erfahren, daß mehrere Abgeordnete, die das Lager von Satory besucht haben, über den beklagenswerten Zustand der Gefangenen entrüstet sind . . . Es gibt mehrere Tausende, die sich unter freiem Himmel aufhalten müssen, Tag und Nacht dem Winde, der Sonne und dem Regen ausgesetzt, und die nur auf dem feuchten und schmutzigen Boden schlafen können. Die Nahrung, die man ihnen reicht, besteht ausschließlich aus Brot; sie ist außerdem ungenügend. Sie erhalten nicht das erforderliche Quantum Wasser, um ihren Durst zu löschen."

Am ersten Tage brannte die Sonne mit Macht auf ihren Köpfen. Kein Schatten, kein Versteck. Die Mehrzahl hatte keine Kopfbedeckung, warum, habe ich bereits erwähnt. Soviel Leiden und soviel Angst hatte sie stumpfsinnig gemacht. Dem Redakteur der „Times", der sie besuchte, sagte man, daß die Führer der Kommune sie mit einer Mischung von Schnaps und Tabak betäubt hätten. Merkwürdige und hartnäckige Trunkenheit, die weder nach dem langen Wege von Paris nach Versailles, noch durch die seit ihrer Verhaftung verflossene Zeit verschwinden wollte! Der Leser weiß, was er von dieser

Behauptung zu denken hat. Die Gefangenen standen zum größten Teile der Kommune fern und waren bei sich zu Hause verhaftet worden, und es war der schwere Rausch der Qualen, der Angst und die damit zusammenhängende geistige Verwirrung, die man auf das Konto des Alkohols setzte.

Solange der Himmel klar blieb, waren die Leiden der Gefangenschaft relativ gering. Tags briet man in der Sonne und mehr als einer litt unter starkem Blutandrang zum Kopf; nachts klapperte man in seinen Lumpen mit den Zähnen. Aber vom Donnerstag angefangen verschlechterte sich das Wetter, Gewitter brachen los, endlose Regengüsse durchweichten den Boden. Jetzt wurde die Qual namenlos. Man stelle sich das Los der Unglücklichen vor, die (mehrere Tage lang) in ihre elenden, dünnen Lumpen gehüllt waren, die durch und durch durchnäßt waren, und die des Nachts, da sie sich doch ausstrecken mußten, der Länge nach in einer Schlammlache lagen! Sie waren über und über mit einer Schmutzschicht bedeckt. Und es regnete immer weiter, die Kälte nahm zu, die Zähne klapperten, der Körper bebte, es ward unmöglich zu schlafen!

Schon der erste Regen war entsetzlich. Es wurde der Befehl gegeben, daß alle liegenzubleiben hätten. Es war aber unmöglich, acht Stunden in dieser Kloake ausgestreckt zu liegen! Manche hielten sich nicht daran und erhoben sich. Man verständigte sie, daß man auf sie schießen würde, und — tatsächlich — sobald sich eine schwarze Gestalt im Dunkel zeigte, schossen die Wachen! Wem es gelungen war, ein wenig die Augen zu schließen, wurde durch die Detonationen wieder aufgeweckt! Und dort gab es Frauen und Kinder und insbesondere eine Frau mit fünf Kindern, darunter einen Säugling!

Am nächsten Morgen machte man, um sich zu erwärmen, „das Meer". Einer der Gefangenen, dessen Bericht mir vorliegt, ein Industrieller, der irrtümlich verhaftet worden war, beschreibt „das Meer" folgendermaßen:

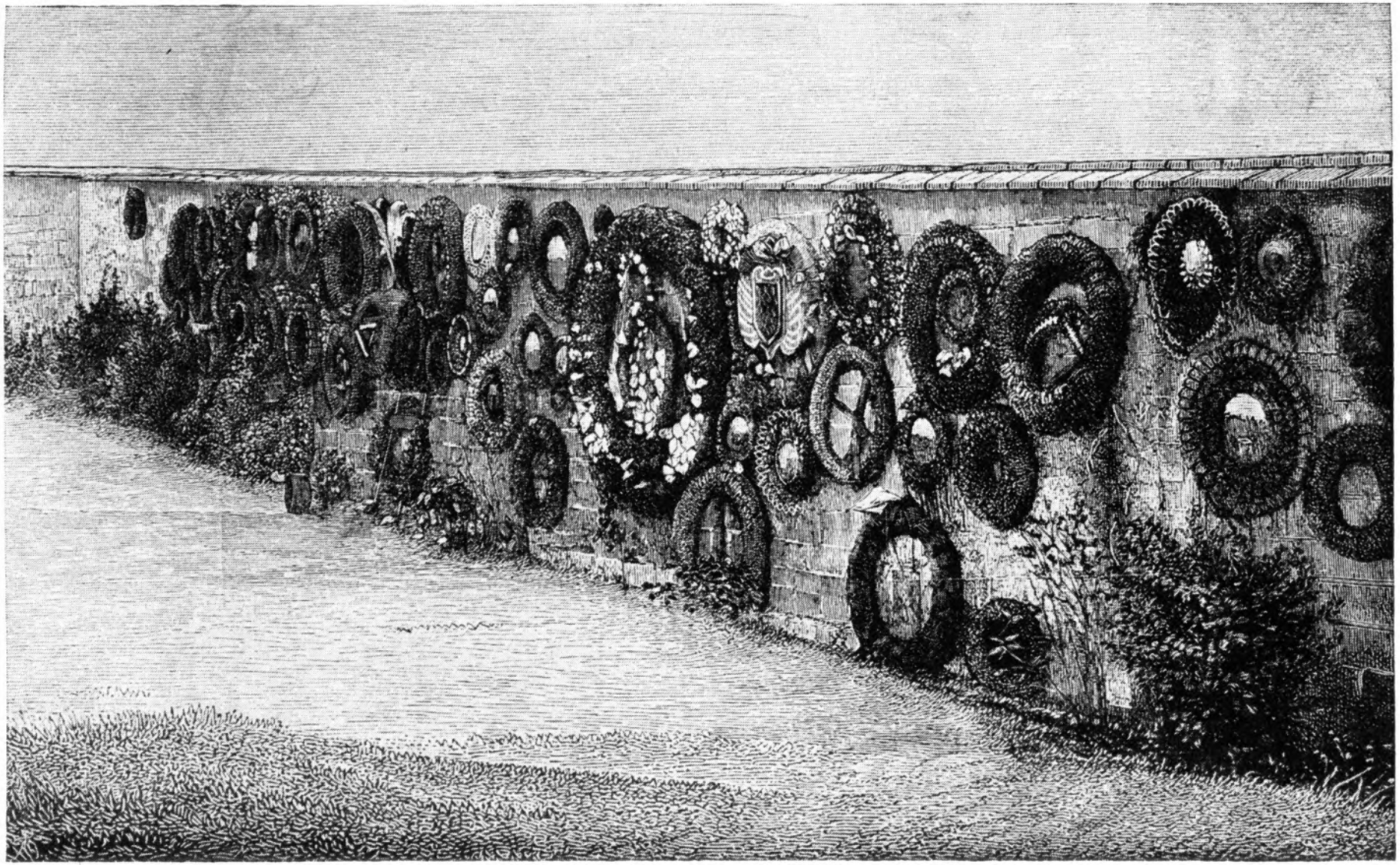
Zwei Männer stellen sich Rücken an Rücken und beginnen sich zu schaukeln. Andere kommen hinzu und lehnen sich an die beiden ersten an; dann kommen weitere, und alle machen die schaukelnde Bewegung mit. Auf diese Art bildeten sich Gruppen von Hundert. Rings um sie herum stieg ein dicker Dampf empor, so wie bei siedendem Wasser."

Seit jener Nacht brachte man in den Mauern die berüchtigten Schießscharten an. Vor jede wurde eine Wache mit Gewehr oder Mitrailleuse oder einer mit Kartätschen geladenen Kanone gestellt, um bei der ersten Bewegung in den Haufen

schießen zu können. Die Versailler Zeitungen und „The Times" haben diese Vorbereitungen beschrieben.

Eine grauenhafte Einzelheit, von der ich wünschen möchte, daß sie unwahr sei. Ich habe jedoch diesbezüglich bündige, übereinstimmende und unwiderlegbare Zeugenaussagen. So verschieden die einzelnen Erzählungen, die mir vorliegen, ihrem Ursprunge nach sind, so gleichen sich doch alle. Die Gefangenen hatten zur Verrichtung ihrer Notdurft einen Winkel im Hofe, einen Erdhaufen, der einer Schießscharte gegenüberlag; dorthin ging man und kauerte sich nieder. Wenn aber der Gefangene, indem er sich wieder erhob, der hinter der gegenüberliegenden Schießscharte stehende Wache seinen Kopf sehen ließ, so entlud sich ein Gewehrschuß. Der Leichnam mußte durch die Gefährten des Toten fortgeschafft werden. An der Mauer klebten Gehirnteile.

In der Nacht vom 27. auf den 28. überschritt das Entsetzen alle Grenzen. In jener Nacht herrschte ein wahres Unwetter: ganze Sturzbäche von Regen fielen nieder, ohne das Lager zu verschonen, und sie waren von schreckenerregenden Donnerschlägen begleitet. Das Wasser fiel eimerweise auf die zitternde Herde, der die Lumpen an der Haut klebten, und die sich in einem wahren Sumpfe wälzte. Es war zum wahnsinnig werden. In der Tat erlitten auch mehrere schwere Anfälle. Im Schmutz stecken zu bleiben, mit dem Körper im Wasser, den Kopf im Schlamm, das war unmöglich. Der Aufruhr der Elemente setzte alle Gemüter in Bewegung: die Herde wurde erregt, viele erhoben sich, streckten sich, suchten einen Unterschlupf und wußten nicht, was weiter geschehen würde . . . da begannen die Schießscharten zu feuern, die Detonationen folgten einander, Gewehr- und Mitrailleusenkugeln schlugen aufs Geratewohl in das Gewimmel der verwirrten Gefangenen; der Lärm der Füsillade, Blitz und Donner, das Röcheln der Verwundeten und Sterbenden mischte sich die ganze Nacht hindurch zu einem furchtbaren Entsetzen . . . Es gab auch Gefangene, die sich erhoben hatten und auf gut Glück weitergingen; vom Regen geblendet, überschritten sie die Grenzen und wurden von den Wachen getötet . . . das Morgengrauen beleuchtete ihre Leichname.



Die Föderiertenmauer auf dem Père la Chaise

„Wenn die Kommune die wahre Vertreterin aller gesunden Elemente der französischen Gesellschaft war, und daher die wahrhaft nationale Regierung, so war sie gleichzeitig, als eine Arbeiterregierung, als der kühne Vorkämpfer der Befreiung der Arbeit, im vollen Sinne des Wortes international. Unter den Augen der preußischen Armee, die zwei französische Provinzen für Deutschland annektiert hatte, annektierte die Kommune die Arbeiter der ganzen Welt für Frankreich."

KARL MARX, „Der Bürgerkrieg in Frankreich".

Die Industriearbeiter der Welt.

Mein kurzer Aufenthalt in Rußland, dem Lande der proletarischen Kommune, hat mich überzeugt, daß es dem Kapital in großem Maße gelungen ist, die Arbeiter Amerikas und Rußlands voneinander fernzuhalten. Das zeigen schon die Artikel, die in Rußland über die Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) geschrieben werden. Die einen erklären uns für Anarchisten, andere behaupten, wir seien nicht genügend revolutionär, wieder andere halten uns für schlechte Taktiker. Wir haben hier den besten Beweis, daß man in Rußland über uns nicht genügend informiert ist.

Wir müssen zugeben, daß wir „anarchistische Elemente" unter uns haben und daß wir nicht Anhänger eines bewaffneten Aufstandes sind. Es ist ebenfalls wahr, daß viele Mitglieder der I. W. W., dem Charakter ihrer Arbeit nach, zum Individualismus neigen, wie z. B. die Holzhauer, die sich mit Mühe durch die riesigen Urwälder der nordwestlichen Staaten durcharbeiten müssen; ebenso die Landarbeiter, die weder Heim noch Familie besitzen, kein Stimmrecht haben und nichts ihr eigen nennen als die Kleider, die sie gerade auf dem Leibe tragen. In vielen Fällen kann man auch die Grubenarbeiter zu dieser Kategorie zählen.

Von 1905 bis 1912 (namentlich im Zeitraum 1908 bis 1912) widmet die I. W. W. sich hauptsächlich der Propaganda der wirtschaftlichen Organisation. Sie wurden hier-

mit zu einer ernsten Gefahr für die herrschenden Klassen. Die wirtschaftlichen Grundsätze Marx', die an allen Straßenecken gepredigt wurden, übten einen starken Einfluß auf das Leben der Arbeiter in den westlichen Staaten aus.

Nach dem Ausscheiden der Westlichen Grubenarbeiterföderation, die die I. W. W. im Jahre 1908 nach der erfolgten Spaltung mit den Anhängern der politischen Aktion verließ, bezw. als der politische Teil des Programms fortfiel, verblieb der Verband in chaotischem Zustande. Infolgedessen drangen viele Dezentralisten anarchistischer Richtung in die I. W. W. ein. Straßenversammlungen und Straßenpropaganda boten ihnen eine günstige Gelegenheit, ihren philosophischen Idealismus zu verbreiten. Trotz des Individualismus der westlichen Arbeiter dauerten diese Verhältnisse jedoch nicht lange. Es gelang den Arbeitern der östlichen Staaten im Jahre 1913, die Krise, die diese Leute wohl unabsichtlich herbeigeführt hatten, glücklich zu beseitigen. Auf dem Kongreß im Jahre 1913, wo sich ein erbitterter Kampf um die Dezentralisationsfrage entspann, trugen die Anhänger der Zentralisation einen glänzenden Sieg davon.

Dieser Beschluß des Kongresses regte die I. W. W. zum Kampf gegen die anarchistischen Elemente an, die zum größten Teil auch bald verschwanden. In den leitenden Zentren und auf den Versammlungen begann eine starke Agitation für die Schaffung eines revolutionären Verbandes mit bestimmten Formen und Richtlinien. Das Ergebnis dieser Kampagne war ein starker Zufluß neuer Mitglieder in den Landwirtschaftsbezirken der westamerikanischen Staaten. 1914 wurde der Industrieverband der Landwirtschaftsarbeiter gegründet, der jetzt eine hervorragende Rolle spielt. Auch der kleine Verband der Waldarbeiter hat sich während der ganzen Zeit mit Erfolg behauptet. Es gelang ihm sogar, 1912 im westlichen Teil des Staates Washington einen recht bedeutenden Streik durchzuführen.

Der Industrieverband der Landwirtschaftsarbeiter entwickelte sich rasch und erhielt die Möglichkeit, den Waldarbeiterverband zu unterstützen. Den I. W. W. wurde somit ein zweiter großer Verband zugeführt. Darauf wurde der Verband der Bergarbeiter gegründet. Die Verbände der Wassertransportarbeiter und der Textilarbeiter begannen wieder mit der Energie zu arbeiten, die sie während der großen spontanen Streiks der Jahre 1912 und 1913 gezeigt hatten, die später aber nachließ. Alle diese Verbände und auch viele andere kleinere Verbände wurden immer mehr sowohl in die wirtschaftlichen Streiks, wie in den Kampf um die Freiheit des Wortes, die Befreiung der Verhafteten usw. hineingezogen. Als der Krieg begann, waren wir fest entschlossen, die Tätigkeit unserer Organisation zu entwickeln, obgleich wir uns wohl bewußt waren, daß wir unsere besten Kräfte im Kampf verlieren würden. Denn wer in Amerika gegen den Kapitalismus kämpft, setzt sein Leben aufs Spiel. Die I. W. W. waren die einzige Organisation, die hierzu bereit war. Einen Beweis liefern die Listen unserer Genossen, die ihr Leben für die Sache der Arbeiter gelassen haben.

Die Kriegsgesetze gaben den Unternehmern die Möglichkeit, sich mit ihrer ganzen organisierten Kraft auf die I. W. W. zu stürzen. Sie fielen mit einer in der Geschichte der amerikanischen Klassenkämpfe beispiellosen Wut über uns her, und sogar unsere nächsten Freunde glaubten, daß wir nicht imstande sein würden, dem Angriff standzuhalten. Fürwahr, der Schlag, den man uns versetzte, war schwer. Unsere Mitgliederzahl sank von 300 000 auf 75 000. Aber die I. W. W. hielten sich nicht für besiegt. „Die Spreu war vom Weizen gelöst", die besten, gesundesten und zuverlässigsten Elemente blieben auf unserer Seite. Zwar befanden sich die meisten unserer besten Genossen in Zuchthäusern und Gefängnissen, jedoch standen wir fest auf unserem revolutionären Posten, und unsere Schar erprobter Revolutionäre trug die hehre Idee

der Befreiung des Proletariats tief im Herzen. Als man die alten Führer verhaftete, traten sofort neue an ihre Stelle. In den nordwestlichen Staaten mußten wir aber illegal weiterarbeiten. In einer ganzen Reihe von Staaten (Washington, Idaho, Oregon, California und Kansas), wo das Gesetz gegen die „verbrecherischen Syndikalisten" in seiner ganzen Strenge angewandt wird, ist unsere Organisation noch immer illegal. Dasselbe Gesetz besteht auch in anderen Staaten, wird dort aber nicht mit solcher Strenge durchgeführt.

Als der Krieg zu Ende war, saßen Tausende unserer Mitglieder im Gefängnis; viele von ihnen schmachten auch noch heute in den amerikanischen Bastillen. Mit dem Abschluß des Waffenstillstandes kam neues Leben in die I. W. W. Wir hofften, daß die Verfolgungen gegen uns nun abnehmen würden, da der Vorwand, den der Krieg geboten hatte, fortfiel. Als die Soldaten heimzukehren begannen, wurden die I. W. W. der Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit; denn wir predigten die alte, aber dennoch ewig neue Wahrheit von der Notwendigkeit des Klassenkampfes, eine Wahrheit, welche die Soldaten in den langen Monaten ihres Aufenthalts in den Schützengräben selbst eingesehen hatten. Die westamerikanischen Kapitalisten gerieten in Aufruhr. Sie erhoben in ihrer Presse ein Riesengeheul über den Einfluß, den wir auf die heimgekehrten Soldaten ausübten. Die Versammlungs- und Arbeitsräume, die wir kurz vorher versuchshalber eröffnet hatten, wurden von der Polizei geschlossen. Wir reichten eine Beschwerde gegen das Vorgehen der Polizei ein, und das Gericht entschied, daß wir gesetzlich berechtigt seien, eigene Lokale und Büroräume zu besitzen. Wir glaubten, gewonnen zu haben. Aber wir waren im Irrtum. Mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen Organisationen, ihrer Handelskammern, übte die Bourgeoisie einen Druck auf die Polizeibehörden aus, und unsere Räume wurden wiederum geschlossen. Wir können in den obengenannten Staaten

jetzt nur illegal arbeiten, aber wir strecken die Waffen trotzdem nicht.

Hiermit gelangen wir zur Frage der Taktik und der revolutionären Propaganda. Obgleich wir, wie erwähnt, in vielen Staaten als illegal gelten, arbeitet unser Generalstab doch offen. Er besitzt eine ziemlich große Druckerei, die ständig im Gang ist und unsere Tätigkeit in den Staaten, wo wir illegal sind, wesentlich erleichtert. Wir wären schlechte Taktiker, wenn wir unsere Zeitungen und Bücher mit Material füllen würden, das den Arbeitgebern und den Behörden einen Vorwand gäbe, unsere Organisation endgültig zu verbieten. Wir haben durchaus nicht die Absicht, Selbstmord zu verüben, unsere Köpfe während des Angriffs aus den Laufgräben zu stecken.

Die Geschichte der I. W. W. zeugt davon, daß wir die proletarische Diktatur anerkennen, wenn wir auch keine offizielle Erklärung abgegeben haben. Wir sind gegen endlose Resolutionen, denen keine wirklichen Taten folgen. Rußland muß unserer Ansicht nach durch die Tat geholfen werden (wie z. B. durch die Weigerung der Hafenarbeiter, Kriegsvorräte für Polen zu verladen). Solche Hilfe betrachten wir als wahren Ausdruck der internationalen Solidarität der Werktätigen. Wir streben fest und bestimmt nach einer Revolution in Amerika, wissen aber nur zu gut, daß sie durch die bloße Annahme von Resolutionen nicht um ein Jota nähergerückt wird. Wir sind uns wohl bewußt, daß die Diktatur des Proletariats eine unbedingte Notwendigkeit ist. Zuerst aber müssen wir für die erforderliche revolutionäre Technik sorgen; wir müssen uns gegen eine unnütze Verschwendung unserer Kräfte schützen, indem wir das Richtige zur rechten Stunde tun.

Die Weiße Garde der Vereinigten Staaten ist bereits vortrefflich organisiert. Die Klubs solcher Organisationen wie die Amerikanische Legion, der Amerikanische Verteidigungsverband, der Kolumbusritter usw. stellen wahre Arsenale vor. Der Verband der Kolumbusritter, eine

katholische Organisation, ist am besten bewaffnet; er umfaßt auch die Nationale Sicherheitsliga und die Amerikanische Schutzliga. Außerdem gibt es eine regelrechte Armee bewaffneter Banditen, die von den Trusts und Korporationen unterhalten wird. Die Armee hat sich bereits bewährt, wie z. B. bei dem Angriff gegen unsere Genossen in Butte im April 1920, wobei 18 unserer aktivsten Mitglieder niedergeschossen, einer tödlich verwundet und drei zu lebenslänglichen Krüppeln gemacht wurden. In derselben Stadt wurde von dieser Armee im August 1917 das Mitglied unseres Vollzugsausschusses, Frank Little, gehängt.

Diese weißgardistischen Truppen, die nur in einzelnen Fällen offen auftreten, sind bereit, die I. W. W. zu bekämpfen. Das ist die Existenzberechtigung dieser Armee. Der grausamste Fall war die Tragödie in Centralia, wo die Handelskammer eine Verschwörung anzettelte, um in dieser kleinen Stadt, die von den Holzbaronen beherrscht wird, unser Lokal zu demolieren und unsere Mitglieder zu ermorden. Ein Geheimkomitee wurde gewählt, das am Jahrestag des Waffenstillstandes (1919) die Parade leiten sollte. Die Mitglieder der Amerikanischen Legion waren bis an die Zähne bewaffnet. Während der Parade führte das Komitee, das an der Spitze stand, die Teilnehmer vor das Lokal der I. W. W. Die Mitglieder der I. W. W., die von dem vorbereiteten Ueberfall Kenntnis erhalten hatten, sammelten die zuverlässigsten Genossen und bewaffneten sich zum Selbstschutz. Als die Banditen in das Lokal eindrangen, eröffneten unsere Genossen Feuer und töteten vier Gegenrevolutionäre.

Die Bourgeoisie und ihre Anhänger gerieten in unbeschreibliche Wut. Es begann eine wilde Jagd auf die Mitglieder der I. W. W.; Gen. Wesley Everetts, der bei dem Selbstschutz in den ersten Reihen stand, wurde über die Hügel verfolgt, wobei er einen seiner Verfolger tötete. Er wurde verhaftet und mußte durch die ganze Stadt „Spieß-

ruten laufen". Man stach ihn mit Bajonetten, schlug ihn mit Stöcken, stach ihm die Augen aus und warf ihn in den Gefängniskorridor, wo er wieder unbarmherzig geschlagen und danach kastriert wurde. Am Abend führte man ihn auf eine Brücke und lynchte ihn. Er starb mit einem Hohnwort für seine Mörder, die „nicht den Mut hatten, ihn bei Tageslicht aufzuhängen."

Nach dieser schauerlichen Tragödie stürzte sich die Bourgeoisie und die dienstbereite Regierung wieder mit ganzer Kraft auf uns. Doch auch diesmal schlugen wir den Angriff zurück, ohne auf unseren Positionen zu wanken. Unsere Genossen wurden durch all diese Geschehnisse hart auf die Probe gestellt; aber mutig, voller Kampflust und entschlossen, wie sie waren, versammelten sie sich im geheimen und setzten ihre Arbeit fort. Sie brachten die Propaganda auf die frühere Höhe, knüpften Verbindungen an, bildeten Ausschüsse zum Schutz der Verhafteten usw.

Unter solchen Kampfbedingungen muß der Vollzugsausschuß aus trefflichen Taktikern bestehen. Er muß überaus vorsichtig zu Werk gehen, muß jeden Schritt messen und erwägen. Der jetzige Vollzugsausschuß hat sich jedoch gegen jede Abschwächung des Kampfes ausgesprochen. Er hat bestimmte Richtlinien für die Presse ausgearbeitet (wir besitzen 18—19 Organe in verschiedenen Sprachen), die mit wenigen Ausnahmen einheitlich vorgeht. Wir streben danach, aus den I. W. W. eine aufs höchste zentralisierte Organisation mit strengster Disziplin zu machen, die für den Erfolg des Kampfes so notwendig ist. Daher weisen wir die Beschuldigung zurück, daß wir anarchistisch gesinnt seien. Die Grundlage der I. W. W. ist der Marxismus. Ihre Bezirksräte, allgemeinen Industriebezirksräte und zentralen Stadträte verleihen ihr jene Organisationsformen, die für die Leitung der Industrie so notwendig sind. Diese Formen entsprechen vollständig der Organisation der Gewerkschaften in Rußland.

Wir organisieren gerade jene Leute, die kein Wahlrecht haben und deren Beteiligung am Wahlkampf daher nutzlos wäre. Millionen von Arbeitern in den Vereinigten Staaten sind des Stimmrechts beraubt; wir hoffen, am leichtesten diese revolutionär gesinnten Proletarier, die die zuverlässigste Stütze im Klassenkampf bilden, zu organisieren, obgleich wir wissen, daß wir unseren Kampf nicht auf diesem Wanderelement allein aufbauen können. Diese Zusammensetzung unserer Organisation erklärt jedoch das Mißtrauen der Mitglieder gegen alles, was Parlamentarismus heißt; sie trauen den Politikern nicht. Dies wäre jedoch nicht gefährlich. Viel schlimmer sind die Ansichten, welche sich infolge dieses Mißtrauens einbürgern, ist die Tatsache, daß der Arbeiterbewegung der politische Einschlag fehlt: die wirtschaftlichen Verbände gelten für das Alpha und Omega der revolutionären Bewegung, sie werden sogar für mächtig genug gehalten, den Kapitalismus stürzen zu können, ohne einen Apparat zu besitzen, der außerhalb der Gewerkschaften stände und von ihnen unabhängig wäre.

Das Streben der I. W. W. geht dahin, eine unabhängige Industrieinternationale zu schaffen. Wir sind der Ansicht, daß der zum Mai bevorstehende internationale Kongreß der Roten Gewerkschaften nicht den Versuch machen soll, die Gewerkschaftsinternationale zu einem Bestandteil der Kommunistischen Internationale zu gestalten. Man sollte ihr die Möglichkeit geben, sich in jedem Lande auf dem Gewerkschaftsgebiet allein frei zu entfalten, ihre Taktik je nach den Bedingungen des Landes zu entwickeln und sich freiwillig den kommunistischen Parteien anzuschließen. In manchen Ländern ist die Partei eine illegale Organisation und befürwortet als solche eine Taktik, die zu den Grundsätzen der wirtschaftlichen Organisationen in größtem Widerspruch steht. Diesen Fall sehen wir in den Vereinigten Staaten. Die I. W. W. sollten die Propaganda des bewaffneten Aufstandes nicht

verwerfen, denn es läßt sich schon jetzt genau sagen, wie die herrschenden Klassen Amerikas, wenn es zu einer Krise kommt, handeln werden.

Die gelbe Amsterdamer Internationale muß bis aufs Blut bekämpft werden. Die chauvinistischen Methoden der Zweiten Internationale dürfen in der Roten Gewerkschaftsinternationale nicht geduldet werden. Wir haben durch bittere Erfahrung gelernt, wozu die herrschenden Klassen in Ländern, in denen solche „Führer" wie Gompers, Longuet, Legien, Henderson usw. an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen, fähig sind. Zahlreiche Resolutionen zugunsten eines Generalstreiks im Falle des Kriegsausbruches wurden angenommen; es blieb aber bei den Resolutionen. Niemand dachte ernstlich daran, den zur Durchführung des Generalstreiks notwendigen Apparat zu schaffen. Weder die Zweite Internationale noch die Gewerkschaftsföderation schenkten dieser Frage genügende Aufmerksamkeit.

In den Vereinigten Staaten könnten die I. W. W. und in Kanada die Einzige Große Union (One Big Union) Bestandteile der Roten Gewerkschaftsinternationale werden. Der Internationale Industrieverband der Arbeiter (Workers' Industrial International Union), der 1908, nach der Spaltung in der I. W. W. gegründet wurde, stellt keine nennenswerte Kraft vor; seine Mitgliederzahl ist ganz unbedeutend. Der zur Amerikanischen Föderation der Arbeit (A. F. of L.) gehörende Vereinigte Grubenarbeiterverband rückt mit raschen Schritten nach links, doch ist seine Linke noch zu schwach, um bestimmte Aktionen durchzuführen. Der Verband hat noch viele reaktionäre Führer, denen der Mut fehlte, den Generalstreik im vorigen Jahr zu Ende zu führen, obgleich ihnen von allen Seiten Unterstützung zugesagt war.

Das Negerproblem in Amerika fordert ebenfalls dringend eine Lösung. Die I. W. W., die von dem Grundsatz ausgehen, daß alle Arbeiter, ohne Unterschied der

Hautfarbe, Rasse und Religion, an der Arbeiterbewegung teilnehmen müssen, sind bestrebt, die Neger zu organisieren. Unser Programm zieht die Neger immer mehr zu uns heran, doch wird unsere Arbeit durch den Mangel an farbigen Organisatoren stark behindert. In den nördlichen Staaten verteilen wir Flugblätter und Aufrufe unter den Negern, im Süden läßt sich diese Arbeit aber nur schwer organisieren. Die I. W. W. machen es sich zur Aufgabe, die schwarzhäutigen Arbeiter zu organisieren. Als Wanderelement haben sie kein Stimmrecht und leben in besonderen Negerstädten und Ansiedlungen, die sich im Besitz der Plantagen- und Waldbarone, der Trusts usw. befinden, unter den denkbar schlechtesten Verhältnissen.

Im vorigen Jahr machte sich in der Amerikanischen Föderation der Arbeit, besonders unter den Eisenbahnern, eine starke Bewegung zugunsten eines Abfalls von der Föderation geltend. Die Eisenbahner erklärten den Streik und legten alle Knotenpunkte Amerikas lahm. Dadurch zwangen sie die Regierung, die die Arbeiter neun Monate lang hingehalten hatte, eine Entscheidung zu treffen. Die starken und einflußreichen Eisenbahnerverbände wollten jedoch die Anhänger der Spaltung nicht zu den Verhandlungen mit der Regierung zulassen. Sie erwiesen den Eisenbahnkönigen und der Regierung dadurch unschätzbare Dienste. Sie warben Streikbrecher aus den zur A. F. of L. gehörenden Verbänden, sodaß der neue unabhängige Eisenbahnerverband beinahe zu Grunde gerichtet wurde. Die I. W. W. unterstützen die Bewegung gegen die Verbände der A. F. of L., wie auch ähnliche Bewegungen in der Metall- und Bauindustrie. Leider sind für die nächste Zukunft noch keine bemerkenswerten Ergebnisse zu erwarten.

Die Arbeitslosigkeit nimmt immer mehr zu, und die Unternehmer benutzen die Gelegenheit, um den Grundsatz der offenen Werkstätten, d. h. der Entfernung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus den Betrieben durch-

zuführen. Die A. F. of L. wird in nächster Zeit einen großen Verlust erleiden, da viele Mitglieder die zur Föderation gehörenden Verbände wohl verlassen werden. Die I. W. W. werden dagegen neue Anhänger gewinnen, ebenso wie während der Krise des Jahres 1914; sie haben bereits eine großzügige Propaganda unter den Arbeitslosen begonnen und bereiten sich vor, die Anschläge des Kapitals gegen die Rechte der Gewerkschaften auf das eifrigste zu bekämpfen.

Wir müssen leider zugeben, daß von der jetzigen Krise und der auf ihr aufgebauten Agitation noch keine unmittelbare revolutionäre Aktion zu erwarten ist. Die I. W. W. setzen alles daran, um kleine, gut organisierte und disziplinierte Gruppen in den Betrieben, Bergwerken usw. zu bilden, die während einer neuen Krise die Führung der Betriebsausschüsse übernehmen könnten. Womöglich, müssen wir bestrebt sein, die Industrie zu retten, denn hiervon hängt nicht nur das Leben der Arbeiter, sondern auch der ganze Ausgang der Revolution ab. Wir sehen, wie die Bourgeoisie ihre Kräfte gegen die Arbeiter sammelt, und es ist unsere Pflicht, uns zum Kampf vorzubereiten. Unsere Haupttätigkeit muß vorläufig jedoch der Agitation und der Organisation des Proletariats gewidmet sein. Ein verfrühtes Hervortreten würde der Arbeiterbewegung und der Revolution in Amerika großen Schaden zufügen und unseren Feinden nur gelegen sein . . .

Ich habe versucht, Euch einen kurzen, sachlichen Bericht über die Lage im Lande der höchstentwickelten Industrie zu geben. Ich schließe meinen Bericht mit dem Ausdruck der größten Bewunderung für Euch, die Ihr alle Schwierigkeiten des revolutionären Kampfes überwunden habt. Wenn Ihr auch gesund und frisch ausseht, so müßt Ihr doch viel gelitten haben. Seid überzeugt, daß Eure Leiden nicht vergeblich waren. Die Weltrevolution ist auf dem Wege zur Vollendung. Ihr, die ihr bereits mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau begonnen habt, werdet den

Arbeitern der anderen Länder mit all dem Wissen und der Erfahrung zu Hilfe kommen können, die Ihr durch Euren mutigen beharrlichen Kampf, wie die Welt seinesgleichen noch nicht gesehen hat, errungen habt.

Es lebe die Weltrevolution!

Es lebe die Werkfreiheit in allen Ländern!

G. H.

Bericht über den Verband für gewerkschaftliche Propaganda in Schweden.

Die schwedische Gewerkschaftsbewegung, deren Leitung aus Sozialpatrioten und Opportunisten reinsten Wassers besteht, hat sich in den vergangenen Jahren in ihren Organisationsformen sterilisiert, ist verwässert und verbürgerlicht worden. Ursprünglich eine Organisation des Klassenkampfes, ist sie im Lauf der Jahre immer tiefer gesunken und zu einer bürgerlich-reformistischen Verhandlungs- und Einigungsinstitution geworden. Anstatt des Kampfes gegen die Arbeitskäufer hat sie die Aussöhnung und Verhandlung mit ihnen zum Gesetz erhoben. Dadurch hat sie die Fähigkeit verloren, die ökonomischen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft zu wahren, ja, indem die Bewegung in bestimmten Formen und in bestimmten Doktrinen erstarrte, verlor sie sogar die Möglichkeit, ihren Mitgliedern auch nur jene Arbeitsbedingungen zu sichern, welche sie in einer früheren Zeit zu erkämpfen imstande war. Hierdurch wurde aber das Vertrauen der Mitglieder zur Bewegung und zu deren Leitung bedenklich geschwächt; eine Opposition entstand spontan. Diese Opposition ist im Verband für Gewerkschaftliche Propaganda organisiert und übt durch ihn ihre Tätigkeit aus.

Die Opposition, die sich ursprünglich gegen die alten Organisationsformen, die alte Taktik und die alten Kampfesmethoden richtete, d. h. gegen den ganzen Aufbau der gewerk-

schaftlichen Bewegung, gegen die langbefristeten Tarife usw. ist durch den Verband für gewerkschaftliche Propaganda in eine Bewegung umgewandelt worden, die bestrebt ist, die Gewerkschaftsbewegung für den Kommunismus zu erobern. Unsere Aufgabe ist, den kommunistischen Geist in die gewerkschaftliche Bewegung hineinzubringen und ihr einen revolutionären Elan zu verleihen. Die wesentliche Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung ist nach unserer Meinung, die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft vorzubereiten und zu leiten, die reformistische Gewerkschaftsbewegung zu einer revolutionären umzugestalten, die den Kommunismus zum Endziel hat.

Organisationsformen.

Das eigentliche Rückgrat, das Gerippe des Verbandes besteht aus kommunistischen Gewerkschaftsklubs, welche in sehr vielen Gewerkschaften gegründet wurden. Diese Klubs werden kollektiv an den Verband für gewerkschaftliche Propaganda angeschlossen. Sie zahlen 5 Oere für jedes Mitglied monatlich.

Außer diesen Klubs haben Gewerkschaften, allgemeine Organisationen und Gewerkschaftsverbände und einzelne Gewerkschaftsmitglieder Anschlußrecht, vorausgesetzt, daß sie unser Programm anerkennen und in seinem Geiste arbeiten wollen. Die Mitgliedergebühr ist dieselbe wie in den Klubs mit starker Ermäßigung bei höherer Mitgliederzahl. So zahlt beispielsweise eine Gewerkschaft mit höchstens 500 Mitgliedern 5 Kr. monatlich, mit 500 bis 1000 Mitgliedern 10 Kr. monatlich usw. mit einer Steigerung von 5 Kronen für je 500, höchstens aber 30 Kronen, die die Maximalgebühr sind. Die Gebühr für einzelne Mitglieder ist 1 Kr. pro Vierteljahr.

Auf diese Weise haben alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, unabhängig davon, ob ihre Hauptorganisation dem Landessekretariat angeschlossen ist oder nicht, unter obenerwähnten Bedingungen Mitgliedsrecht im Verband.

Formen der Tätigkeit.

Unsere Arbeit wird innerhalb des Rahmens der reformistischen Bewegung geleistet. Unter Beibehaltung der organisatorischen Einheit der Gewerkschaften üben wir dort unsere Tätigkeit aus und bekämpfen jede Tendenz, aus den Organisationen auszutreten. Unser Losungswort ist: Die Bewegung soll von innen erobert, nicht von außen gesprengt werden.

Durch eine systematische, unabhängige schriftliche und mündliche Propaganda suchen wir die Mitglieder der reformistischen Gewerkschaftsbewegung für den Kommunismus zu gewinnen. Seit der Gründung des Verbandes am 28. September 1919 bis heute (Mitte November 1920) wurden durch oder für den Verband 300 Vorträge gehalten, welche von 65 000 Personen besucht waren.

Die schriftliche Propaganda arbeitet durch Zeitungsartikel, Flugblätter, Zirkulare und Broschüren. Die Mängel und Schwächen der alten Bewegung haben wir unerbittlich kritisiert, wodurch die Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre Vorstände oppositionell gestimmt wurden. Unsere Artikel werden in sämtlichen Zeitungen der Linkssozialistischen Partei veröffentlicht.

Zwei Broschüren wurden herausgegeben und in 10 000 Exemplaren verbreitet. Die eine dieser Broschüren, „Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung", beleuchtet den grundsätzlichen Unterschied zwischen reformistischer und revolutionärer Gewerkschaftsbewegung. Die andere, „Zunftverbände oder Klassenorganisationen", behandelt die Organisationsformen und empfiehlt nachdrücklichst das Prinzip der Industrieverbände. Beide Broschüren sind von Karl Kilbom verfaßt. Auch dem kleinbürgerlich-industrialistischen und unklaren Anarchismus der Syndikalisten haben wir den Kampf angesagt. Wir bekämpfen ihre anarchistische Ideologie und ihren dezentralistischen Föderalismus.

Vorstand des Verbandes für gewerkschaftliche Propaganda.

Auf dem alljährlichen Kongreß wird eine Vertretung gewählt, die die Geschäfte des Verbandes bis zum nächsten Kongreß führt. Diese Vertretung besteht aus zwei Delegierten jedes Gewerkschafts- oder Industrieverbandes, der einen oder mehrere kommunistische Gewerkschaftsklubs, Gewerkschaften oder Abteilungen hat, welche dem Verband für gewerkschaftliche Propaganda angeschlossen sind. Innerhalb dieser Vertretung wird ein Vollzugsausschuß von 5 Personen gewählt, der die laufenden Geschäfte besorgt.

Größe der Organisation.

Gegenwärtig sind 32 Gewerkschaften, 2 Gewerkschaftssektionen und 30 kommunistische Gewerkschaftsklubs dem

Verband angeschlossen. Die gesamte Mitgliederzahl beträgt 5000.

Diese Ziffern werden erfreulicherweise mit jedem Tage höher, der Anschluß wird immer allgemeiner.

Die Sympathien für unseren Verband sind im Wachsen begriffen, der Erfolg unserer Arbeit ist offenbar.

Die Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaftsverbände.

Durch die zwei Vertreter aus jedem Gewerkschaftsverband, die in der Vertretung des Verbandes für gewerkschaftliche Propaganda sind, halten wir uns auf dem Laufenden über alles, was in den Gewerkschaftsverbänden geschieht.

Von den Zeitungen der Gewerkschaftsverbände machen wir einen ausgedehnten Gebrauch, um unsere Ideen zu propagieren. Durch die Vermittlung von Mitgliedern unseres Verbandes werden Artikel in den verschiedenen Zeitungsorganen veröffentlicht.

Für die Gewerkschaftskongresse organisieren wir die Wahl von Delegierten. Wir setzen uns mit allen Kommunisten in den entsprechenden Gewerkschaften in Verbindung. Mit ihrer Hilfe versuchen wir, zuverlässige Kommunisten als Delegierte zum Kongreß wählen zu lassen.

Außerdem können wir durch diese Delegierten Anträge auf dem Kongreß stellen. Anträge, die mit dem Programm des Verbandes für gewerkschaftliche Propaganda in völligem Einklang stehen, werden in großer Menge aus allen Sektionen des Landes dem Kongreß zugestellt.

Einfluß auf verschiedene Gewerkschaftsverbände.

Die Ideen, die vom Verband für gewerkschaftliche Propaganda vertreten werden, zeigen bereits ihren Einfluß auf die Vorstände einiger Gewerkschaftsverbände. Im Vorstand der Drucker sitzen beispielsweise drei Oppositionelle, von denen jedoch nur zwei unserer Partei angehören. (In dieser Organisation gibt es ungefähr 7000 Mitglieder). Im Vorstand der Metallarbeiter (70 000 Mitglieder) verfügt die Opposition über eine Mehrheit von einer Stimme. Diese Opposition ist jedoch bei weitem nicht einheitlich, da sie sowohl aus Linkssozialisten als auch Anarchosozialisten zusammengesetzt ist. Die

ersteren sind nicht alle klare Kommunisten. Im übrigen haben die Grundsätze, die Organisationsformen und die Taktik des Propagandaverbandes in mehreren Verbandsleitungen Anhänger: „Grov- och Fabriks" (Verband der ungelernten Fabrik- und sonstigen Handarbeiter), Verband der kommunalen Arbeiter, der Schneider, der Eisenbahner, Personalverband der zivilen Angestellten in der Armee, die Grubenarbeiter, der Seemannsverband, der Heizerverband (aus Schiffsheizern bestehend), die Elektriker und die Bäcker. Indessen ist unser Einfluß hier noch ziemlich schwach, wir haben diese Bewegung noch zu erobern.

Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale.

Nachdem die Vertretung des Verbandes für gewerkschaftliche Propaganda von dem Aufruf, von dem Programm und Statutenentwurf des Internationalen Gewerkschaftsrates und von den Beschlüssen, welche auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale gefaßt wurden, Kenntnis genommen hat, beschließt sie einstimmig, sich für die Kommunistische Internationale zu erklären und nach deren Richtlinien zu arbeiten.

Stockholm, im November 1920.

Vollzugsausschuß der Vertretung des Verbandes für gewerkschaftliche Propaganda.

Karl Kilbom Paul Thunell John Lindberg
Albert Bang Emil Anderson

An die Arbeiter Grossbritanniens.

Genossen!

Der bevorstehende Kongreß der Internationalen Gewerkschaftsföderation bietet eine gute Gelegenheit, gemeinsam mit Euch den Charakter und die Rolle jener Organi-

sation näher zu betrachten, die wir, zum großen Zorn der inspirierenden und leitenden Personen — die gelbe Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale benannt haben. Aber es genügt, nur daran zu erinnern, wie diese Organisation entstanden ist, was sie getan hat und noch tun kann, um die ihr von uns gegebene Benennung vollständig zu rechtfertigen. Diese sogenannte Arbeiterinternationale ist gegenwärtig die festeste Stütze des internationalen Kapitals.

Die ungewöhnlich rasche Entwicklung der Kommunistischen Internationale hat bei der Bourgeoisie aller Länder eine große Unruhe hervorgerufen. Vor anderthalb Jahren, als ihr Grundstein gelegt wurde, empfingen die Lakaien der gelben Presse und die reformistischen und zentristischen Führer sie mit geheuchelter Verachtung und mit Hohn. Das ist überhaupt keine Internationale, behaupteten sie, sondern, abgesehen von den Russen, ein Häuflein Menschen ohne jedes Mandat.

Doch der Hohn und die Verachtung waren von kurzer Dauer. Schon ein Jahr nach der Gründung der Kommunistischen Internationale wurde ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter so groß, daß ihre Türen, aus Furcht vor dem Andrang unerwünschter Elemente, verschlossen gehalten werden mußten. Der mächtige Block der deutschen Unabhängigen, der alle diejenigen zu vereinigen suchte, die auf dem Mittelwege zwischen der Kommunistischen und der Zweiten Internationale standen, hat in Halle eine Niederlage erlitten. Die proletarischen Massen Europas und Amerikas sind mit Herz und Hirn auf Seiten Sowjetrußlands und wünschen, daß es von nun an der Mittelpunkt der Arbeiterbewegung sein soll.

Dieses schwindelerregende Wachstum der Kommunistischen Internationale, die mächtige Verbreitung ihrer Ideen und Methoden, haben den aus dem imperialistischen Kriege als Sieger und Besiegte hervorgegangenen Kapitalisten gezeigt, welche Gefahr sie alle bedroht. Die Zweite

Internationale aber, die ihnen während des Krieges so unschätzbare Dienste geleistet hatte, erwies sich jetzt machtlos. Die Internationale der Scheidemann, Thomas, Vandervelde, Branting, Renner und Henderson ist gänzlich in den Abgrund von Schmach und Schande gesunken. Sie hat aufgehört, eine Macht zu sein, und wenn sie noch den Anschein eines Daseins behält, so nur deshalb, weil sich unter den Ueberresten ihrer früheren Parteien die Englische Arbeiterpartei befindet. Die Kapitalisten mußten anderorts um Hilfe anklopfen, und sie fanden sie im Lager der Gewerkschaften.

Am Vorabende des Krieges, beim Ausbruch dieses ungeheuren Konflikts, erwachte in ihnen das Bedürfnis, die Führer der Arbeiterorganisationen für ihre Politik zu gewinnen. Sie erkannten die Notwendigkeit, sich vor der Revolution zu sichern; denn unerschütterlich wie ein Axiom stand die Lehre der ganzen neueren Geschichte, daß auf jeden Krieg eine Revolution folgt: auf den deutsch-französischen Krieg folgte die Kommune und auf den russisch-japanischen die Revolution von 1905, die die Stützpfeiler des Zarismus stark erschüttert und eine Zeitlang ihm sogar mit dem Untergang gedroht hatte. Deshalb ernannten sie die Führer der Arbeiterorganisationen zu Ministern mit und ohne Portefeuille; diese Taktik gelang ihnen völlig und überall, selbst in Frankreich, wo die Confédération Générale du Travail, eine revolutionäre Organisation, bestand. Als der Krieg zu Ende war, brauchten sie nur diese erfolgreiche Politik fortzusetzen. Auf diesem Wege sammelten sich zuerst in Washington und dann in Amsterdam die Legien, die Jouhaux, die Appleton, die Gompers, die „Verbündeten" und ihre „Feinde". Während des Krieges hatte jeder von ihnen seine eigene Bourgeoisie verteidigt und ihr auf diese Weise das nötige Kanonenfutter und gehorsame Arbeiterhände verschafft. Nach dem Kriege haben sie sich wieder zusammengefunden, um die Bourgeoisie aller Länder vor dem gemeinsamen Feinde, dem Bolschewismus, zu ver-

teidigen. Nach einer notwendigen Einleitungskomödie haben sich diese eingefleischten Patrioten ausgesöhnt. Aber trotzdem wollten sie zwischen Versailles und Amsterdam die Harmonie herstellen und auf den Vorschlag der „Verbündeten" Gompers und Jouhaux, nahm der Engländer Appleton anstelle des Deutschen Legien den Posten des Vorsitzenden ein. Taugt er nicht zum Präsidenten der Republik, dieser Vorsitzende Appleton, der die Arbeiterbewegung der Amsterdamer Internationale zu vertreten vorgibt? Während des Krieges ein Jingoist reinsten Wassers, hat er nicht aufgehört, gegen alle in England ausbrechenden größeren Streiks zu protestieren und sie als Vaterlandsverrat zu bezeichnen. Er hat die öffentliche Meinung gegen die englischen Bergarbeiter aufgehetzt, die einen planmäßigen und hartnäckigen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung führen, und tat es in demselben Geiste, von dem die konservativsten Zeitungen wie die „Morning Post" beseelt sind. Er ist immer wie ein echter Gelber aufgetreten, und war wirklich wie vorausbestimmt, in dieser Internationale der Abtrünnigen und der Verräter der Arbeiterklasse eine Rolle zu spielen. Aber ebenso wenig wie er die englischen Arbeiter zu vertreten befugt ist, was sie ihm übrigens selbst erklärt haben, — ebenso wenig kann die Amsterdamer Internationale sich als Vertreterin der Interessen der internationalen Arbeiterklasse gebärden. Aus diesem Grunde eben wollen wir, trotz der Amsterdamer gelben Internationale und gegen sie die wirkliche Gewerkschaftsinternationale gründen.

Kaum hatten wir unsere Absicht verkündet, so sahen wir, daß wir die Bourgeoisie an ihrer wundesten Stelle getroffen haben. Mit einer rührenden Einmütigkeit hat die kapitalistische Presse sofort ein Wehgeschrei über die unglaubliche neue Anmaßung der „Moskauer Hohepriester" begonnen. Und mit Befriedigung hat sie festgestellt, daß die Gewerkschaften diesem Vorhaben größeren Widerstand leisteten als die politischen Parteien. Sie bemit-

leidete das Schicksal der Appleton, Jouhaux, Gompers und Legien, denen die ersten Aufrufe der roten Gewerkschaftsinternationale wenig Achtung zollten. Es versteht sich von selbst, daß diese Herren nicht verfehlt haben, sofort zu erklären, die neue Gewerkschafts - Internationale existiere bloß auf dem Papier. Bei der Gründung der Kommunistischen Internationale haben sie und ihre Gesinnungsgenossen dasselbe getan. Gleichzeitig haben sie aber eingesehen, daß es für sie notwendig wäre, sich in den Augen der Arbeiter zu rechtfertigen. Sie verfaßten einen Aufruf, in dem sie ihre großen Verdienste aufzählten: die Hilfe für die österreichischen Kinder, den Boykott gegen Ungarn.

Sie haben den österreichischen Kindern geholfen! Sie taten es, als nach Beendigung des imperialistischen Blutbades, dessen Mitschuldige all diese Herren waren, Reisende die kümmerliche Lage des damaligen Deutsch-Oesterreich und die Leiden der kleinen Kinder in Wien zu schildern begannen, sodaß die Sieger ein gewisses Unbehagen empfanden. Besondere Hilfskomitees wurden gegründet, und mit einiger Verspätung forderte die Gewerkschaftsinternationale ihre Anhänger auf, eine Subskription zur Linderung dieses Unglücks zu eröffnen. Es war aber ein Akt der Barmherzigkeit und Wohltätigkeit, den verschiedene bürgerliche Gesellschaften, z. B. die Quäker, weit besser vollbrachten als die Gewerkschaftsinternationale, deren Hilfe gering und unzureichend war. Eine Arbeiterinternationale hat andere Aufgaben zu erfüllen. Aber die elende Lage Oesterreichs und der anderen Länder ist ja nur die Folge des imperialistischen Krieges, an dem die Führer der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale einen regen Anteil genommen haben, und diese elende Lage ist noch verstärkt durch den Versailler Vertrag, den all die Jouhaux und Gompers, die an der Friedenskonferenz teilnahmen, vorbereitet und gebilligt haben. Und wenn morgen die Arbeiter Oesterreichs und Deutschlands sich erheben werden, um jene Gesellschaftsordnung zu

stürzen, auf deren Geheiß sie sich gegenseitig zerfleischen mußten und die jetzt nicht in der Lage ist, sie zu ernähren, so werden die Truppen der Entente und ihre Söldlinge die „Ordnung wiederherstellen", und die sogenannte Amsterdamer Internationale wird sich ebensowenig vom Fleck rühren, um dieses neue Verbrechen der Bourgeoisie zu verhindern, wie sie auch nichts getan hat, um dem erdrosselten Sowjetungarn zu Hilfe zu kommen. Sie hat aber nichts dagegen, wenn man ihr den verspäteten Boykott Ungarns gutschreiben würde, der ein Jahr nach Wiederaufrichtung der bürgerlichen Autokratie einsetzte, wobei das Bürgertum genügend Zeit gehabt hat, um ausgiebig Rache zu nehmen, der nur teilweise durchgeführt wurde und, wie jetzt festgestellt ist, gar keine positiven Resultate gezeitigt hat.

Uebrigens wählten die Imperialisten gerade den Zeitpunkt, zu dem der Boykott verhängt wurde, zu Verhandlungen mit Horthy, um zu zeigen, wie wenig sie die schwachen Versuche der Amsterdamer Internationale in dieser Richtung ernst nehmen.

Die Führer der Amsterdamer Internationale bemühen sich, den Beweis zu erbringen, daß ihre Organisation von dem dem Völkerbunde angeschlossenen und dadurch natürlich stark kompromittierten Internationalen Arbeitsbüro vollständig unabhängig sei. Aber dieses Bestreben geht über ihre Kraft; denn wir finden ein und dieselben Personen in Genf, im Internationalen Arbeitsbüro des Völkerbundes und in Amsterdam. Der ganze Unterschied besteht darin, daß in Genf die Vertreter der Arbeiterorganisationen nicht allein sind. Sie halten dort ihre Sitzungen gemeinsam mit den Vertretern der Regierungen und der Unternehmer ab. Und der Vize-Präsident der Amsterdamer Internationale selbst, der Belgier Mertens, war es, der in folgenden Worten dem Genfer Büro ein Lob ausgesprochen hat: „Im Augenblick, da das Arbeitsbüro sich kraft des Art. XIII des Friedensvertrages konstituierte

und in Genf zu arbeiten beginnt, halten wir es für nötig, ihm die Sympathie und die Hoffnungen, die wir auf dieses Büro setzen, auszudrücken. Das ist eine Organisation, zu der die Arbeiter volles Vertrauen haben."

Die Amsterdamer Internationale und der Völkerbund verfolgen das gleiche Ziel, die durch den imperialistischen Krieg erschütterte kapitalistische Ordnung zu festigen und zu beschützen. Die bürgerlichen Staaten, denen der Bankrott droht und die deshalb nicht die Möglichkeit haben, mit Geld um sich zu werfen, geben ein Drittel des Budgets des Völkerbundes — sieben Millionen in Gold aus der Gesamtsumme von zwanzig Millionen — für das Internationale Arbeitsbüro her. Sie wissen, daß es eine gute Kapitalanlage für sie ist, mit deren Hilfe sie die Arbeiter betrügen, irreführen, Uneinigkeit unter ihnen hervorrufen und sie vom richtigen Wege ablenken können.

Trotz der Behauptung des Vizevorsitzenden der Amsterdamer Internationale bringen die Arbeiter dem von der imperialistischen Bourgeoisie geschaffenen und unterhaltenen Internationalen Arbeitsbüro durchaus kein Vertrauen entgegen. Sie erkennen in den Leuten, die dort angeblich ihre Interessen vertreten sollen, dieselben Arbeiterführer wieder, die sie während des Krieges verrieten und ihr Schicksal mit dem der Bourgeoisie verknüpften. Die Lehren, die sie aus dem imperialistischen Kriege zu ziehen haben, werden ihnen von Tag zu Tag klarer. Sie begreifen, daß es dem Kapitalismus nur in dem Falle gelingen wird, unversehrt aus der gewaltigen Krise hervorzugehen, die er selbst heraufbeschworen hat, wenn die Ausbeutung der Werktätigen fortgesetzt und verstärkt wird, und wenn die Möglichkeit bestehen bleibt, daß über kurz oder lang ein neues Gemetzel ausbricht, das noch viel grauenhafter sein wird als das Blutbad, das die Welt in Trauer versetzt und in ein Trümmerfeld verwandelt hat. Aber die Bourgeoisie selbst, die gegen unaufhörlich wachsende, unüberwindliche Hindernisse anzukämpfen

hat, die Bourgeoisie selbst öffnet den Arbeitern durch ihre Grausamkeit und Gewalttaten die Augen.

Nein, weder von Genf noch von Amsterdam können die Arbeiter ihr Heil erwarten. Ihr Instinkt und ihr gesunder Menschenverstand ziehen sie nach Moskau, nach Sowjetrußland. Zusammen mit den russischen Arbeitern und Bauern wollen sie kämpfen und siegen. Es ist ein rauher, schwerer Kampf; denn die Bourgeoisie fühlt, daß ihr Todesgefahr droht, und verteidigt sich; selbst der kleinste Streik fordert oft Opfer an Menschenleben, und nur die Verräter am Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung können versuchen, die Arbeiter zu überzeugen, daß sie auf glattem, ebenem Wege ihre Befreiung aus dem Joch des Kapitalismus erlangen könnten.

Die Internationale der Roten Gewerkschaften wird sich ebenso rasch entwickeln wie die Kommunistische Internationale. Ihr gehören außer den russischen Gewerkschaften bereits die Arbeiterorganisationen an, die sich von den wahren Tendenzen und dem Charakter der Führer der Amsterdamer Föderation überzeugt und sich daher geweigert haben, ihr beizutreten, wie die I. W. W. Amerikas und Australiens, die Unione Syndicale Italiano, die Spanische Nationalkonföderation der Arbeit, die Gewerkschaftsverbände Bulgariens und Südslawiens, deutsche Gewerkschaften, der Norwegische Gewerkschaftsverband, die Transportarbeiterföderation Hollands und Niederländisch-Indiens, die Föderation der argentinischen Syndikate, und endlich die Organisation der Shop Stewards und der Fabrikkomitees Großbritanniens. Ebenso steht der Roten Internationale in Frankreich, Deutschland und England, wo die Gewerkschaftsverbände zur Amsterdamer Föderation gehören, der größte Teil der Arbeiterorganisationen jedoch das Entstehen der wahren Gewerkschaftsinternationale freudig begrüßt und bereit ist, sich ihr anzuschließen, ein weites Arbeitsfeld offen. Diese Elemente müssen nur noch gruppiert und organisiert werden. Diese

Aufgabe wurde kürzlich in Frankreich vollbracht, nachdem der Kongreß in Orleans, auf dem über 600 Arbeiterorganisationen, d. h. ein Drittel der Gesamtmitgliederzahl der Allgemeinen Konföderation der Arbeit vertreten waren, für den Beitritt zur Roten Internationale gestimmt hatte.

Der Plan, eine Rote Gewerkschaftsinternationale zu gründen, entstand vor einigen Monaten, als die Arbeiterdelegationen aus England und Italien in Moskau weilten. An den Versammlungen, die dann abgehalten wurden, beteiligten sich auch die Genossen A. Purcell, Mitglied des Parlamentsausschusses des Kongresses der Trade Unions, und Robert Williams, der Sekretär der Transportarbeiterföderation. Gemeinsam mit den italienischen und russischen Delegierten erkannten sie an, daß die Föderation außerstande sei, den notwendigen Kampf zum Sturz der internationalen Bourgeoisie durch die proletarische Diktatur zu führen. Sie beschlossen, eine Arbeiterkonferenz einzuberufen, welche zahlreicher beschickt wäre und mehr Autorität besäße, eine Konferenz zur Organisation einer wahren Gewerkschaftsinternationale, die weder mit dem kapitalistischen Völkerbunde, noch mit den sogenannten Arbeiterführern, die sich während des Krieges als Chauvinisten und Sozialpatrioten erwiesen und auch noch heute dieselbe Politik fortsetzen, etwas gemeinsam haben würde.

Diese Konferenz wird am 1. Mai 1921 in Moskau stattfinden. Wir rechnen fest darauf, daß die Arbeiterorganisationen Großbritanniens, die die Notwendigkeit eines wahren internationalen Arbeiterverbandes einsehen, unseren Aufruf beantworten und zahlreiche Delegierte zur Konferenz entsenden werden. Erst dann wird die Internationale der Gewerkschaften endgültig geschaffen werden und die Arbeiter aller Länder über ein machtvolles, einheitliches Aktionszentrum verfügen, das ihnen helfen und ihren Kampf leiten wird, das ihnen die Möglichkeit geben wird, der internationalen Bourgeoisie standzuhalten, siegreich gegen sie anzustürmen und auf den Trümmern, die

der einzige Nachlaß der kapitalistischen Ordnung sein werden, eine neue Welt aufzubauen.

Nieder mit dem kapitalistischen Völkerbunde und seinem Gefolge!

Es lebe der internationale Zusammenschluß der Arbeiter!

Es lebe die Rote Gewerkschaftsinternationale!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.
Der Provisorische Rat der Gewerkschafts-Internationale.

Beschlüsse des I. Gewerkschaftskongresses der Balkan-Donauländer.

Resolutionen.

I.

Ueber die internationale Gewerkschaftsbewegung.

1. Der wirtschaftliche Kampf, der im Rahmen der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung geführt wird, während machtvolle Organisationen des Kapitals bestehen und alle Kampfmittel in den Händen der herrschenden Klassen konzentriert sind, erweist sich als ein immer schwächer werdendes Werkzeug für die Interessenvertretung der Werktätigen. Immer öfter wird der Kampf der Arbeiterklasse zum Ausdruck ihres politischen Willens. Die revolutionäre Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern greift immer mehr um sich, zieht immer breitere Arbeitermassen heran und wird zum politischen Kampf um die Macht.

2. Die wirtschaftlichen Streiks verwandeln sich in einen Kampf um die Produktionsmittel. Aus den Fabriken und Werken wird der Kampf auf die Straße hinausgetragen, die

Streiks werden zu bewaffneten Aufständen der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. Immer mehr wird die revolutionäre Arbeiterbewegung in einem Lande durch den Kampf der Arbeiter im anderen beeinflußt.

3. Die Gewerkschaften spielen als wirtschaftliche Organisationen, die breite Arbeitermassen umfassen, eine entscheidende Rolle in diesem Kampf. Da die Gewerkschaften jedoch unter dem Einfluß opportunistischer Führer stehen, so erweisen sie sich als konservative Organisationen, die unfähig sind, für die proletarische Diktatur zu kämpfen. Diese Führer verraten, wie die Erfahrung mit dem Sozialreformismus (Menschewismus) lehrt, die Arbeiterbewegung im entscheidenden Augenblick an den Feind.

4. Die proletarische Revolution in den einzelnen Ländern und in der ganzen Welt kann daher nur in dem Falle Erfolg haben, wenn die proletarischen Massenorganisationen, die Gewerkschaften, zu revolutionären, vom Geist des Kommunismus getragenen Organisationen werden. Die Erfahrung des Kampfes in Rußland einerseits, die Erfahrung Ungarns und Italiens anderseits bestätigen dies vollkommen.

5. Die Bourgeoisie der ganzen Welt verfolgt die revolutionäre Bewegung der Arbeiter aufmerksam. Sie macht verzweifelte Anstrengungen, um die Macht in ihren Händen zu behalten. Sie stützt sich in ihrem Kampf nicht nur auf ihren Generalstab, den „Völkerbund"; sie stellt nicht nur die rückständigen Länder und Völker in ihren Dienst; sie versteht es auch ganz vorzüglich, die Arbeiterorganisationen gegen die Arbeiter selbst auszuspielen. Durch kleine Almosen und klägliche Reformen versucht die Bourgeoisie, ihren Einfluß auf die proletarischen Gewerkschaften aufrechtzuerhalten.

6. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale dient der Weltbourgeoisie als machtvolle Kampfwaffe gegen das Proletariat. Dank Betrug und unerfüllbaren Versprechungen haben die Führer der gelben Gewerkschaften ihre Autorität unter den Arbeitermassen noch bis heute bewahrt. Statt jedoch revolutionär vorzugehen, arbeiten sie im „Arbeitsbüro" des „Völkerbundes" Hand in Hand mit der Bourgeoisie. Die Amsterdamer Internationale ist dem Proletariat daher nicht minder gefährlich als seine offenen Feinde.

7. Wenn wir dieser Internationale Millionen von Arbeitern entreißen, verstärken wir dadurch unmittelbar unsere Reihen und berauben die Weltbourgeoisie zugleich einer machtvollen Stütze.

8. Die breiten Arbeitermassen in der ganzen Welt brechen immer mehr mit dem Opportunismus ihrer Führer. Sie geben ihrer Sympathie für das russische Proletariat bereits durch aktive Unterstützung seines Kampfes gegen den Imperialismus Ausdruck; sie treten ein in die Reihen des vereinigten revolutionären Weltproletariats. Die Amsterdamer Internationale steht vor dem völligen Bankrott. Nichtsdestoweniger aber müssen wir den Kampf gegen Amsterdam tatkräftig fortsetzen.

9. Zu diesem Zweck ist in Moskau der Provisorische Internationale Gewerkschaftsrat geschaffen worden, der bereits 10 Millionen organisierter Arbeiter umfaßt. Die revolutionären Gewerkschaften aller Länder sind verpflichtet, sich tatkräftig an dem Kampf der beiden feindlichen Lager zu beteiligen. Im Verein mit den kommunistischen Parteien ihrer Länder müssen sie sich entschlossen auf die Seite des Internationalen Gewerkschaftsrats der Kommunistischen Internationale stellen und bedingungslos den die Gewerkschaftsbewegung behandelnden Leitsätzen des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale folgen.

10. Die revolutionäre Bewegung in den Balkan-Donauländern und die Gründung der kleinen Entente als Vorhut der großen zum Kampf gegen Sowjetrußland und die proletarische Weltrevolution verpflichten die Gewerkschaften der genannten Länder desto mehr, sobald wie möglich mit der gelben Internationale zu brechen und sich entschlossen mit dem Internationalen Gewerkschaftsrat in Moskau zu vereinigen.

11. Der Kampf verschärft sich von Tag zu Tag. Man darf nicht mehr schwanken. Es ist töricht, Anknüpfungspunkte zwischen Moskau und Amsterdam zu suchen und sich dabei zwischen zwei Stühle zu setzen. Die Zeit zum Handeln ist gekommen, sie wartet nicht!

12. Der revolutionäre Zusammenschluß der Gewerkschaften muß unter der Losung geschehen: Kampf für die Weltdiktatur des Proletariats! Kampf gegen den Reformismus!

Von dieser Analyse der proletarischen Bewegung und der Rolle der Gewerkschaften in ihr ausgehend, beschließt der Gewerkschaftskongreß der Balkan-Donauländer:

1. In den Balkan-Donauländern die weitgehendste Agitation für die Ideen des revolutionären Kampfes im Geiste der Leitsätze des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale zum Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung der proletarischen Diktatur zu beginnen.

2. Den Kampf gegen den zersetzenden Einfluß des Opportunismus in der Gewerkschaftsbewegung zu verstärken.

3. Die revolutionären, klassenbewußten Elemente der Gewerkschaftsbewegung der Balkan-Donauländer zusammenzuschließen und den Kampf gegen die Amsterdamer Internationale und das „Arbeitsbüro" der „Völkerliga" zu beginnen. Hierbei ist unter den einzelnen Gewerkschaften der Balkan-Donauländer die engste Verbindung herzustellen.

4. Die allgemeinen Arbeitskonföderationen der Balkan-Donauländer oder ihre auf dem Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes und der proletarischen Diktatur stehenden Minderheiten, die aus dem einen oder anderen Grunde noch nicht mit Amsterdam gebrochen haben, müssen es unverzüglich tun.

5. Die an diesem Kongreß teilnehmenden Gewerkschaften der Balkan-Donauländer schließen sich dem Internationalen Gewerkschaftsrat an und werden an seinem im Mai 1921 in Moskau abzuhaltenden Internationalen Kongreß teilnehmen.

II.

Ueber die Gründung eines provisorischen Gewerkschaftssekretariats der Balkan-Donauländer.

Der erste Kongreß der Gewerkschaften der Balkan-Donauländer, der Gewerkschaften, die zum Internationalen Gewerkschaftsrat gehören, die sein Programm anerkennen und auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats stehen, erachtete es angesichts der besonderen inneren und internationalen Lage der Balkan-Donauländer als durchaus notwendig, alle vorhandenen Kräfte zum Kampf gegen die geschlossene Front des Kapitalismus und Imperialismus zu vereinigen, und beschloß, im Zusammenhang mit der Kommunistischen Balkan-Donauföderation ein provisorisches Gewerkschaftssekretariat der Balkan-Donauländer als Organ des Internationalen Gewerkschaftsrats in Moskau zu gründen.

Das Sekretariat wird aus je einem Vertreter der Gewerkschaften Bulgariens, Südslawiens, Rumäniens, Griechenlands, der Türkei, der Tschechoslowakei und Ungarns bestehen. Die Vertreter werden von den zentralen führenden Organen der entsprechenden Gewerkschaften delegiert.

Das Sekretariat wird seinen Sitz zeitweilig in Sofia haben und sich unter der Leitung des Zentralorgans der bulgarischen Gewerkschaften befinden.

Die ordentlichen Sitzungen des Sekretariats werden einmal in drei Monaten stattfinden; außerordentliche Sitzungen in dringenden Fällen.

Das Provisorische Sekretariat der Balkan-Donauländer stellt sich zum Ziel:

1. Weitgehende Agitation und Propaganda für die Ideen des Klassenkampfes, der sozialen Revolution, der proletarischen Diktatur und der revolutionären Massenaktion zum Sturz des Kapitalismus und der bürgerlichen Ordnung.

2. Kampf gegen den Opportunismus in der Gewerkschaftsbewegung, bezw. gegen die irrige Auffassung, daß ein friedlicher Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus möglich sei.

3. Vereinigung der revolutionären, klassenbewußten Elemente der Gewerkschaftsbewegung der Balkan-Donauländer unter dem Banner der Kommunistischen Internationale und des Provisorischen Gewerkschaftsrats und ein entschlossener Kampf gegen die Taktik der Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsföderation.

4. Mit den zum Internationalen Rat gehörenden Gewerkschaften der Balkan-Donauländer enge Verbindung herzustellen, ihre Bestrebungen nach Möglichkeit zu vereinigen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaftsbewegung den richtigen Weg einschlägt, welcher den Erfolg des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats sichert.

5. Für den Fall großer Ausstände und sozialer Konflikte gegenseitige moralische und materielle Hilfe der Gewerkschaften der Balkan-Donauländer zu organisieren.

6. Alles Material, alle Dokumente und sonstigen Daten zu sammeln, die die Gewerkschaftsbewegung in den Balkan-Donauländern kennzeichnen, und die Gewerkschaften der einzelnen Länder über die Lage in den Nachbarstaaten zu unterrichten.

7. Regelmäßige Verbindung mit dem Internationalen Gewerkschaftsrat in Moskau zu unterhalten und den von ihm einberufenen internationalen Kongressen und Konferenzen an die Hand zu gehen.

Das Provisorische Sekretariat wird je nach Bedarf Gewerkschaftskongresse der Balkan-Donauländer einberufen. Die Vertretung für diese Kongresse wird wie folgt normiert: je

zwei Delegierte auf jede 50 000 Mitglieder und je ein Delegierter auf jede weiteren 50 000 Mitglieder. Die Vertreter werden von den führenden Zentralorganen der betreffenden Gewerkschaften delegiert.

III.

Ueber die Beziehungen des Provisorischen Gewerkschaftssekretariats der Balkan-Donauländer zur Kommunistischen Balkan-Donauföderation.

Gemäß den Leitsätzen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale und angesichts der dringenden Notwendigkeit, Aktionseinheit der Gewerkschaften und der Kommunistischen Parteien zu erzielen, beschließt der erste Gewerkschaftskongreß der Balkan-Donauländer:

1. Eine möglichst enge Verbindung der Gewerkschaften mit den kommunistischen Parteien der Balkan-Donauländer herzustellen.

2. Das Balkan-Donausekretariat (das Organ des Internationalen Gewerkschaftsrats) wird mit der Kommunistischen Balkan-Donauföderation in direkter Verbindung stehen und im vollen Einklang mit deren Sekretariat vorgehen.

IV.

Ueber die Beteiligung der Gewerkschaften der Balkan-Donauländer an der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Moskau.

Angesichts der außerordentlich großen Bedeutung der Gewerkschaftskonferenz für den Zusammenschluß der Gewerkschaften und den revolutionären Klassenkampf des Proletariats beschließen die Anwesenden wie folgt:

Die leitenden Organe der Gewerkschaften der Balkan-Donauländer haben alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Abreise und das rechtzeitige Eintreffen ihrer Delegierten zu der am 1. Mai 1921 in Moskau stattfindenden Internationalen Gewerkschaftskonferenz zu sichern.

V.

Ueber die gegenseitigen Beziehungen der Kommunistischen Parteien und der Gewerkschaften der Balkan-Donauländer.

Im Zusammenhang mit der Frage der Beziehungen zwischen dem Gewerkschaftssekretariat der Balkan-Donauländer und der Kommunistischen Balkan-Donauföderation nahm der Kongreß einstimmig den Entwurf einer besonderen Resolution über die gegenseitigen Beziehungen der kommunistischen Parteien und der Gewerkschaften an. Die Resolution soll auf dem nächsten Kongreß der Kommunistischen Balkan-Donauföderation erörtert und in endgültiger Form angenommen werden. Es wurde beschlossen, die Resolution bis zur Einberufung des Kongresses dem Sekretariat der Föderation als Richtschnur für seine Tätigkeit in den Balkan-Donauländern zu empfehlen.

Die Resolution lautet wie folgt:

1. Der enge Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen Kampfe, der Uebergang von der einen Kampfform zur andern zwingen das revolutionäre Proletariat der verschiedenen Länder, mit besonderem Nachdruck zu betonen, daß der revolutionäre Klassenkampf, in welchen Formen er sich auch äußern möge, unter der Führung der kommunistischen Parteien stehen muß.

2. Nur sofern die Gewerkschaften, während sie formell unparteiisch bleiben, ihrem Wesen nach kommunistische werden und die Politik der kommunistischen Partei durchführen, sind die proletarische Diktatur und der sozialistische Aufbau gesichert.

3. Je mehr der revolutionäre Klassenkampf die nationalen Grenzen überschreitet und sich zu einem internationalen Kampf gestaltet, desto notwendiger wird eine möglichst enge Verbindung zwischen der Gewerkschafts- und der kommunistischen Bewegung der verschiedenen Länder.

4. Als proletarische Massenorganisationen müssen die Gewerkschaften sich dem Kommunismus anschließen und unter der Führung der kommunistischen Partei am revolutionären Kampf für die Diktatur des Proletariats teilnehmen.

5. Die kommunistische Partei ist die Vorhut der Arbeiterklasse; sie leitet gleichzeitig den wirtschaftlichen und den politischen Kampf der Arbeiter. Es wäre ein schädlicher Gedanke, die Gewerkschaften und die

Partei als im gleichen Grade revolutionäre Organisationen zu betrachten. Ein solcher Standpunkt muß im entscheidenden Augenblick zur Desorganisation der proletarischen Revolution führen.

Von obigen Grundgedanken ausgehend, beschließt der Kongreß:

1. Die Verbindung zwischen den Gewerkschaften und den kommunistischen Parteien der Balkan-Donauländer nicht nur durch gegenseitige Vertretung in den leitenden Organen, sondern auch durch gegenseitige unmittelbare Beteiligung an der Arbeit zu verstärken.

2. In den Gewerkschaften kommunistische Fraktionen zu bilden, um die Tätigkeit aller kommunistischen Elemente in Einklang zu bringen, die Politik der kommunistischen Partei in den Gewerkschaften durchzuführen und gleichzeitig zum Zusammenschluß der Massen und ihrer Gewerkschaftsorganisationen beizutragen. Die kommunistischen Fraktionen haben sich den entsprechenden Parteiorganisationen unterzuordnen.

VI.

Gruß an den Internationalen Gewerkschaftsrat in Moskau und den Allrussischen Gewerkschaftskongreß.

Vor Schluß des Kongresses wurde folgende Begrüßung angenommen:

Der erste Gewerkschaftskongreß der Balkan-Donauländer, der am 3. und 4. November 1920 in Sofia stattfand, um ein Balkan-Donausekretariat der Gewerkschaften Bulgariens, Südslawiens, Rumäniens, Griechenlands, der Türkei, der Tschechoslowakei und Ungarns zu gründen, sendet dem Internationalen Rat in Moskau und dem Allrussischen Gewerkschaftskongreß seinen warmen, kommunistischen brüderlichen Gruß.

Der Kongreß hebt die volle Solidarität des revolutionären Proletariats der Balkan-Donauländer mit der russischen proletarischen Revolution hervor, drückt den Gewerkschaften Sowjetrußlands seinen tiefen Dank für das erhabene Beispiel aus, das sie als Gegengewicht gegen die gelben Amsterdamer Verräter dem Proletariat in der revolutionären Vereinigung der Gewerkschaften für die proletarische Weltrevolution gegeben haben und erklärt, daß die Gewerkschaften der Balkan-

Donauländer fest und entschlossen den richtigen Weg gehen werden, den die Erfahrung der russischen Gewerkschaftsbewegung ihnen gewiesen hat.

Für den 1. Balkan-Donaukongreß

Der Vorsitzende: G. Dmitroff.

•

An die Gewerkschaften der Lederindustrie,

der Gerber, Schuhmacher, Riemer, Handschuhmacher, Portefeuiller, der Kürschner und Borstenmacher aller Länder.

Werte Genossen!

Der Allrussische Verband der Arbeiter und Angestellten der Gerberei-, Kürschner- und Riemenindustrie, der in seinen Reihen mehr als 225 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter — Schuhmacher, Gerber, Riemer, Handschuhmacher, Koffermacher, Portefeuiller, sowie auch Kürschner- und Borstenmacher vereinigt, hat sich am 30. November 1920 mit einem Funkspruch an alle Verbände und Industriezweige, bezw. deren Vertreter, die internationalen Generalsekretäre Simon, Mahler und Sassenbach gewandt und ihnen vorgeschlagen, einen internationalen Kongreß aller Verbände der Gerber, Schuhmacher, Riemer, Handschuhmacher usw. einzuberufen.

Wir haben vorgeschlagen, diesen Kongreß auf den 20. April 1921 in Moskau einzuberufen, da wir annehmen, daß für einen solchen Kongreß die Tagung in Sowjetrußland am günstigsten ist. Wir schlagen diesen Kongreß vor zum Zweck der Schaffung einer einheitlichen internationalen Organisation und der praktischen Verwirklichung einer ganzen Reihe seitens der vorausgegangenen Kongresse aufgestellter Bestimmungen über die Verschmelzung der existierenden drei internationalen Verbände. Wir schlagen ferner die Beratung und Beschließung der Frage „Moskau oder Amsterdam?" durch den Kongreß vor, der Frage, die gegenwärtig alle klassenbewußten Elemente des Proletariats aller Länder erregt.

Auf den früheren Kongressen waren im ganzen nur einige Länder vertreten, und alle bestehenden internationalen Vereinigungen umfaßten bei weitem nicht alle Berufsorganisationen unseres Arbeitszweiges, dem jetzt die Entscheidung der Frage seines Eintritts in die internationale Organisation bevorsteht. Gewiß ist angesichts des Bestehens dreier internationaler Organisationen die Frage des Eintritts in eine derselben schwer genug. Alles dies diktiert nachdrücklichst die Notwendigkeit der Einberufung des von uns vorgeschlagenen außerordentlichen internationalen Kongresses. Ferner ist zu bemerken, daß die Politik der Generalsekretariate, die das Proletariat aller Lederindustriezweige vertreten, keineswegs den wahren Interessen, Hoffnungen und Wünschen der proletarischen Massen entspricht.

Wir bringen dieses zur Kenntnis Aller und hoffen, daß unser Vorschlag zur Einberufung eines Kongresses lebhaften Widerhall und aktive Unterstützung bei Euch findet.

Vorsitzender des Zentralkomitees:
W. Kapranow.
Sekretär J. Jusefowitsch.

An den Generalsekretär des Internationalen Verbandes der Schuhmacher und Lederarbeiter, Simon, den Generalsekretär des Internationalen Verbandes der Handschuhmacher, Maler und den Generalsekretär des Internationalen Verbandes der Sattler und Ledertaschenarbeiter, Sassenbach.

Werte Genossen!

Wir ließen Euch vor kurzem die Erklärung zugehen, daß wir in die Reihen des internationalen Gewerkschaftsverbandes der Lederarbeiter eintreten, welcher durch drei internationale Organisationen vertreten ist.

Wir halten aber das Bestehen dieser drei selbstständigen, in keinem Zusammenhang mit einander stehenden Vereinigungen als völlig unzulässig und fordern dringlichst ihre sofortige Verschmelzung. Wir sind in dieser Beziehung mit dem Beschluß der V. Internationalen Konferenz der Schuhmacher und Lederarbeiter und des letzten Nationalkongresses der französischen Lederarbeiter einverstanden. Wir wissen jedoch, daß alle Resolutionen, die in dieser Richtung angenommen wurden, bis jetzt nicht verwirklicht sind; alle Versuche, eine Verschmelzung herbeizuführen, sind bislang ohne praktisches Ergebnis geblieben.

Im Namen von 225 000 Mitgliedern der Gewerkschaftsorganisationen der Schuhmacher, Lederarbeiter, Sattler, Handschuhmacher, Ledertaschenarbeiter, Kofferarbeiter, sowie der Pelz- und Borstenarbeiter machen wir hiermit den Vorschlag, für den 29. April einen Internationalen Kongreß der Gewerkschaften aller Zweige der Lederindustrie, sowie der Pelz- und Borstenarbeiter einzuberufen. Dieser Kongreß soll endlich die Idee der Gründung einer einheitlichen internationalen Organisation der Lederarbeiter verwirklichen. Wir sind der Ansicht, daß dieser Kongreß sich nicht nur mit Organisationsfragen beschäftigen, sondern auch seine prinzipielle Stellung zum Internationalen Gewerkschaftsrat klarlegen soll.

Das Problem „Moskau oder Amsterdam" muß auf diesem Kongreß im Geist der wahren Interessen und Aufgaben des revolutionären Proletariats der Lederindustrie allerseits beleuchtet werden.

Jetzt, wo nicht nur das Schicksal der russischen, sondern auch das der Weltrevolution entschieden wird, darf diese Frage, die die Gemüter des Proletariats aller Länder beschäftigt und erregt, nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Wir schlagen vor, diesen Kongreß nach Moskau, der Hauptstadt Sowjetrußlands, dem Mittelpunkt der proletarischen Bewegung der Welt, einzuberufen, wo die

Bedingungen für einen derartigen Kongreß begreiflicherweise am günstigsten sind.

Wir erwarten Euren Beschluß, Genossen. Wir erachten es für nötig hinzuzufügen, daß, falls Ihr Euren Entschluß bis zum 15. Februar nicht faßt, wir annehmen werden, daß Ihr der Antwort ausweicht und dem Willen und den Wünschen der russischen Lederarbeiter nicht Rechnung tragen wollt. Letzterenfalls werden wir uns für berechtigt halten, selbständig einen aktiven, weitgehenden Feldzug zugunsten der Einberufung des Kongresses zu unternehmen.

Vorsitzender des Zentralkomitees
W. Kapranow.
Sekretär J. Jusefowitsch.

Die industrielle Krise und die gelben Gewerkschaften in England.

Die industrielle Krisis, welche die ganze kapitalistische Welt ergriffen hat und immer gewaltigere Dimensionen annimmt, fand die gelben Gewerkschaften und ihre wirkenden Führer — sowohl theoretisch wie praktisch —, völlig unvorbereitet und weder zur Lösung der brennenden Arbeitslosenfrage, noch zu irgend welcher unmittelbaren Erleichterung der Lage der Arbeitslosen fähig. Die Krisis, die erst vor einigen Monaten begann, ergreift mit der elementaren Wucht eines Waldbrandes einen Industriezweig nach dem andern, schließt die Werke, Fabriken und Werkstätten in den verschiedensten Industriezweigen und wirft täglich tausende von Arbeitern auf die Straße. Nach der englischen Zeitung „Daily Chronicle" (vom 5. Januar 1921) waren am 4. Januar 1921 auf der Arbeitsbörse über 600 000 Arbeitslose registriert und eine Woche später weist die Zeitung „Daily Herald" (vom 11. Januar 1921)

darauf hin, daß schon 1 448 000 Werktätige arbeitslos sind, die zusammen mit ihren Familien die Zahl von 5 Millionen übersteigen. Dasselbe finden wir auch in Amerika, wo es in New-York allein über 700 000 Arbeitslose gibt; im ganzen Lande übersteigt die Zahl der Arbeitslosen nach den Worten des Präsidenten der Amerikanischen Konföderation der Arbeit, Gompers, zwei Millionen; einige Oekonomen berechnen, daß bis zum 1. März die Zahl der Arbeitslosen bis auf drei Millionen steigen wird („Daily Herald", 10. Januar 1921).

Die Krisis dieses Jahres wird noch dadurch verschärft, daß die Unternehmer unter wohlwollender Mithilfe der Regierungen diese zur Herabsetzung der Löhne, zur Aussperrung aller, auch der in den gelben Gewerkschaften organisierten Arbeiter — und zur Vernichtung der Gewerkschaften selbst auszunutzen versuchen. Unter den Kapitalisten werden Stimmen laut für die Notwendigkeit einer Rückkehr zu den alten, guten Vorkriegszeiten und für die Notwendigkeit, mit der „Kontrolle" (tatsächlich gibt es gar keine Kontrolle) der Gewerkschaften über die Produktion aufzuräumen. Der Sekretär der Amerikanischen Verbandes der Vereinigten Schneider sieht in dem Schließen der Schneiderwerkstätten und der Aussperrung von 18 000 Mitgliedern dieser Organisation eine Verschwörung der Unternehmer — wie er es in seiner Zeitung „Advance" (siehe „New-York Call" vom 23. Dezember) ausspricht — um Chaos und Unordnung in die Produktion zu bringen und eine der bedeutendsten Gewerkschaften Amerikas zu sprengen. „Die Unternehmer" — ruft dieser tätige Vertreter der gelben Gewerkschaftsbewegung aus — „wollen das Rad der Geschichte zu den Tagen ihrer unbeschränkten Herrschaft in der Industrie zurückdrehen, zu den Tagen, wo sie die absoluten Gebieter waren."

So ist die Zeit gekommen, wo die Gewerkschaften zeigen müssen, daß sie nicht nur fähig sind, die Arbeiterklasse im Namen kapitalistischer und imperialistischer Interessen zur wahnwitzigen Vernichtung der Arbeiter anderer Länder zu führen, sondern auch in den Kampf für die Verbesserung der Arbeiterlage, wenn schon nicht in den Kampf zum Sturz des Kapitalismus. Dennoch zeigen die gelben Gewerkschaften in all ihren Taten, daß sie einen solchen Kampf weder verstehen noch führen wollen und daß ihre Vorschläge über die Liquidation der Krisis und die Unterstützung der Arbeitslosen sich eigentlich in nichts von den Vorschlägen der Regierungsvertreter und Kapitalisten unterscheiden.

Der englische Arbeitsminister Dr. Macnomara schreibt in der Zeitung „The Observer" (vom 2. Januar 1921): „Vor der Regierung stehen zwei Aufgaben, deren Durchführung sie sofort und unabänderlich verfolgen muß. Sie muß alle ihre Kräfte zusammennehmen, um die Räder der Produktion wieder in Gang zu bringen. Gleichzeitig muß sie den Leidenden unaufschiebbare Hilfe zur Erleichterung ihres Schicksals bieten. Die englische und die amerikanische Regierung bearbeiten ein Projekt öffentlicher Arbeiten (Erbauung neuer Eisenbahnen, Kanalisation, Häuserbauten usw.), widmen bestimmte Geldsummen sowohl für öffentliche Arbeiten wie auch für Unterstützungen, gehen aber nicht einen Schritt weiter mit Ausnahme vielleicht des Vorschlages, anstatt der allgemeinen Entlassung der Arbeiter aus den Betrieben die Arbeitszeit einzuschränken."

Etwas weiter geht die Arbeiterpartei (Labour Party), deren Exekutivkomitee gemeinsam mit der Parlamentskommission der Gewerkschaftsverbände fordert, daß „der ganze Einfluß der Regierung und ihrer lokalen Organe darauf gerichtet werde, alle Arbeitslosen mit Arbeit zu versorgen", und, „wenn die Erteilung von Arbeit durch die Arbeitsbörse für alle unmöglich wäre, so müsse die Regierung eine Unterstützung von 40 Shilling an die Verheirateten und 25 Shilling an die Unverheirateten auszahlen."

Größeren Erfolg hat unter den Arbeitsmassen die Idee einer sofortigen Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland, die, nach der Meinung der Gewerkschaften, die Möglichkeit geben wird, die industrielle Krisis, wenn auch nicht endgültig zu liquidieren, so doch in bedeutendem Grade zu verringern. Eine ganze Reihe tätiger Mitglieder der gelben Gewerkschaften besteht auf der sofortigen Lösung der „russischen Frage", d. h. auf dem Abschließen von Handelsabkommen, der Anerkennung der Sowjetgewalt usw. Ihre Forderungen erklären sie selbstverständlich nicht vom Standpunkt der Interessen des proletarischen Rußlands oder der internationalen Revolution aus, sondern lediglich — wie dies einer der allergelbsten Führer der Amerikanischen Konföderation der Arbeit, Herr Andrew Furuseth, Vorsitzender des Seemannsverbandes, aussprach — „weil die Unternehmer Verdienste brauchen, die Arbeiter aber Arbeit und Lohn." (New-York Call, 23. Dezember 1921.)

In Amerika hat sich ein besonderer Verband zur Propagierung der Notwendigkeit des Handels mit Rußland, „Ameri-

can Labour Alliance for Trade with Russia" gebildet, und der Vorsitzende dieses Verbandes, Herr Timothy Healy, bereist das ganze Land und schärft den Gewerkschaften die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland ein. Ueberall findet er bei den arbeitenden und arbeitslosen Arbeitern lebendigen Widerhall. In den bedeutenden Industriestädten faßten die gewerkschaftlichen Organisationen Resolutionen, die von der Regierung „die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland forderten, um dadurch die Schrecken der Arbeitslosigkeit zu verringern." (Der Zentrale Arbeiterverband von Pittsburg, Hartford, Bridgeport und vieler anderer kleinerer Städte, der Gewerkschaftsrat der Stadt Denver usw.) Die Abteilung des Metallarbeiterverbandes in San Franzisko begnügte sich aber nicht damit, sondern faßte ihre eigene Resolution, in der sie ihr Exekutivkomitee auf die Notwendigkeit hinweist, den Präsidenten des Verbandes im Namen von 300 000 Mitgliedern nach Sowjetrußland zu schicken, um einen Vertrag auf Herstellung der verschiedensten Erzeugnisse zu schließen. Aber auch diese gelbe Gewerkschaft läßt sich nicht von den Gefühlen der proletarischen Solidarität und den Interessen der sozialen Revolution leiten, sondern nur von dem Umstande, daß „1000 qualifizierte Mitglieder unseres Verbandes untätig sind und daß das Problem der Arbeitslosigkeit in seinem ganzen Ernst vor der amerikanischen Arbeit steht."

Auf die Versuche der Kapitalisten, die Krisis zu ihren Zwecken auszunutzen, antworteten die gelben Gewerkschaften, die bis jetzt die treuen Helfer der Bourgeoisie in der Versklavung der Arbeiter waren und es auch weiterhin sein werden, mit einem Geschrei und Geheul, entfalteten aber keine nützliche Tätigkeit. Die amerikanischen Unternehmer berufen einen besonderen Kongreß ein zur Lösung der Frage der Durchführung des Systems der „offenen Werkstatt" d. h. — mit anderen Worten — der Frage der Aussperrung aller in Gewerkschaften organisierten Arbeiter. Der Sekretär der Amerikanischen Konföderation der Arbeit, Morisson, fand darauf nur die Erwiderung, — wie sie der „New-York Call" veröffentlicht, — „daß die Gewerkschaften stark genug sind, um die Eroberungen der vergangenen Jahre zu verteidigen." Der Redakteur der Zeitung „New Majority", — Organ der linken Richtung innerhalb der gelben Gewerkschaften, auf welches, nebenbei gesagt, Gompers „Maschine" sich mit aller Wucht entlädt, — Robert Beck, schreibt: „Zur Versüßung der Pille nannten

die Unternehmer ihr System der offenen Werkstatt ein „amerikanisches". Aber dieses System der offenen Werkstatt wird bei seiner Anwendung die organisierte Arbeit endgültig zerstören, und darum berührt dieser Kampf all unsere Lebensinteressen." Mit Ausnahme dieser „Kampfansagen" gingen die Führer der gelben Gewerkschaften Amerikas nicht weiter, wenn man von einer Gruppe angesehener Führer der Amerikanischen Arbeitsfederation mit Herrn Warren Stone, dem Präsidenten der Brüderschaft der Lokomotivingenieure, und Herrn Johnson, dem Präsidenten des Metallarbeiterverbandes, an der Spitze absieht, welche für die Gründung einer liberalen Koaliton im neuen Kongreß der Vereinigten Staaten, für den Kampf gegen den Anschlag der Unternehmer hinarbeitete.

Es ist kein Wunder, daß die noch arbeitenden, aber von Tag zu Tag der Entlassung harrenden, wie die bereits entlassenen Arbeiter aufhören, ihre Hoffnungen in die Gewerkschaften zu setzen, und daß sie ohne sie und in einigen Fällen sogar gegen sie den Kampf mit der Krisis aufnehmen. Nach der Beobachtung des englischen „Communist" gelingt es nicht mehr, die Werktätigen zu betrügen. Wenn sie zur Sparsamkeit angehalten werden, so wissen sie sehr wohl, daß die Bourgeoisie selbst keine Sparsamkeit für ihre Armeen in Mesopotamien und Indien, für ihre Garnisonen in Irland und für die Wehr im Innern des Landes kennt; sie wissen ebenfalls, daß die Bourgeoisie keineswegs Sparsamkeit und Mäßigkeit übt, sondern sich nach alter Art auf prächtigen Festen und Bällen amüsiert, und daß das ganze Geschrei über „Sparsamkeit" nur zu dem Zweck erhoben worden ist, um Sand in die Augen der Arbeiter zu streuen. Man wird die Arbeiter auch nicht mit Versprechungen über „Untersuchung" der Frage betrügen. Als Antwort auf solche Versprechen erwidern die Arbeiter durch ihre Organe, daß solche Versprechen schon mehr als einmal gegeben worden sind und daß es unmöglich ist, noch länger zu warten.

Die Londoner Arbeitslosen gründeten ihre lokalen Komitees, und diese lokalen Komitees bilden eine Zentralorganisation. Diese Bewegung ist mit keiner einzigen der bestehenden Arbeiterorganisationen verbunden, sie ist als etwas Elementares unter dem Druck des Lebens selbst entstanden.

Sie hat keine konkreten Pläne; alle Aktionen werden von den Umständen des Augenblicks diktiert und durch unmittelbare Anteilnahme der Massen durchgeführt. Das Londoner Komitee der Arbeitslosen nahm nach einem kurzen Kampfe

mit der Polizei die öffentlichen Badeanstalten, Bibliotheken und Gebäude in seine Hände und bringt dort diejenigen unter, die obdachlos sind. Die Geschichte dieser Bewegung, der es in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen ist, die Arbeitslosen gut zu organisieren und ihre Tätigkeit im ganzen Lande zu entwickeln, ist interessant und charakteristisch. Der „Communist" (Nr. 19 vom 9. Dezember 20) teilt folgendes darüber mit:

„Bei seiner Entstehung stieß das Komitee auf Schwierigkeiten, einen passenden Raum für seine Versammlungen, bezw. einen Raum zur Aufbewahrung und Verteilung von Lebensmitteln, die von lokalen Krämern zum Geschenk dargebracht worden waren, zu finden. Die während des Krieges von einer Abteilung des Verpflegungsministeriums belegt gewesene Bibliothek „South East" stand leer und erwies sich als ausgezeichnete Räumlichkeit für das Komitee. Infolgedessen besetzte es die Bibliothek, und die Arbeitslosen befinden sich noch jetzt dort . . . In anderen Vororten Londons (Edmonton, Tottenham, Walthamstow, Hackney, Southwark, Camberwell, Peckham und Pancras) organisierten sich die Arbeitslosen ebenfalls und besetzten die städtischen Badeanstalten, öffentlichen Bibliotheken und leerstehenden Häuser. Das Zentralkomitee versammelt sich täglich in der Bibliothek auf der Essex-Road, Islington."

Lange Zeit konnten die Behörden sich nicht entschließen, der Bewegung der Arbeitslosen Widerstand zu leisten und duldeten sogar die Besetzung der verschiedenen Institutionen und Räumlichkeiten. Aber diese abwartende Taktik der Polizei war nicht von langer Dauer, und an vielen Stellen Londons haben „das Gesetz und die Ordnung" um den Preis von Arbeiterblut bereits Triumphe davongetragen. In Islington, in dem Rayon, wo sich das Zentralkomitee der Arbeitslosen befindet, fand am 3. Januar eine wahre Schlacht zwischen den Arbeitslosen und der Polizei statt, wobei es Opfer auf beiden Seiten gab. Bei der gerichtlichen Untersuchung stellte es sich heraus, daß an jenem Tage über 30 Arbeitslose verhaftet wurden; die Polizei behauptet, daß die Arbeitslosen gut bewaffnet waren und während der Schlacht mit der Polizei nicht nur von Knütteln, sondern auch von Revolvern und Dolchen Gebrauch machten. Fast alle Verhafteten wurden zu einer Strafzahlung von 10 Pfd. Sterling und einer sechswöchigen Gefängnishaft verurteilt.

Jene Mitglieder der Gewerkschaften, welche noch nicht arbeitslos sind, aber alle Aussichten haben, es zu werden,

legen sich auch nicht auf die faule Bank. Dank ihrem Druck faßte die Parlamentskommission des Gewerkschaftskongresses gemeinsam mit dem Exekutivkomitee der Britischen Arbeiterpartei auf der Sitzung vom 11. Januar dieses Jahres laut „Daily Herald" vom 12. Januar 1921 folgende Beschlüsse: „1. Die Vereinigte Versammlung . . . weist einstimmig den Regierungsvorschlag über die Wahl von Vertretern in ein Komitee zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit zurück und hält es für notwendig, eine eigene Kommission zwecks Ausarbeitung praktischer Maßregeln zur sofortigen Hilfe für die Arbeitslosen und endgültigen Lösung des ganzen Problems zu gründen. 2. Die Vereinigte Versammlung erklärt kategorisch, daß das Regierungsprojekt (die Arbeit allen Werktätigen, aber mit verkürzter Arbeitszeit anzuweisen) . . . in Anbetracht des Fehlens jeder Garantie für die Aufrechterhaltung des Arbeitslohnes" unannehmbar ist. Am 27. Januar wird eine Versammlung der in der Resolution erwähnten Kommission stattfinden, welche „Mittel zur Einwirkung auf die Regierung ausfindig machen wird".

Einige Verbände erörtern selbst die Mittel, womit man auf die Regierung einwirken kann, ohne die Ergebnisse spezieller Kommissionen abzuwarten. Das offizielle Organ des Verbandes der Postangestellten „Post" schreibt: „200 000 Postangestellte müssen selber den Postminister kontrollieren und nicht von ihm kontrolliert werden. Aber dies kann man nicht erreichen, ohne eine Aenderung in die Regierungsform des Staats und die Organisation der Produktion hereinzubringen. Man kann keine Grenze zwischen den Interessen der Postangestellten und jenen der Arbeiterklasse überhaupt ziehen. Indem der Verband der Postangestellten die jetzige soziale Ordnung bekämpft, kämpft er für die Interessen seiner Mitglieder". Aber die Zeitung „Daily Herald" geht in ihrem Leitartikel (vom 11. Januar 1921) noch etwas weiter und schreibt:

„Die Tatsachen sind sehr klar, sogar zu klar. Die Arbeiter schlagen Maßregeln vor, um der Arbeitslosigkeit abzuhelfen, die Regierung weist sie zurück. Die Arbeiter schlagen eine Reihe anderer Maßregeln vor, ihnen widerfährt dasselbe Schicksal. Die Vertreter der organisierten Arbeiter schlagen nach einer Reihe von Verabredungen Mittel zur Hilfeleistung für die Arbeitslosen vor. Die Regierung geht wieder nicht darauf ein. Die Arbeiter müssen jetzt klarstellen, durch welche Taten sie auf die Regierung wirken und sie zur Unterordnung zwingen könnten . . . Die Gewalt ist in Händen von Personen, die sie

mißbrauchen. Für diese Menschen gibt es nichts Teures. Sie kennen weder Gerechtigkeit, noch Ehre, noch Barmherzigkeit. Nur wenn sie Furcht verspüren, wird etwas geschehen. Wenn die Arbeiter die Macht in ihren Händen hätten — wäre alles gut" . . .

Die Arbeiter fangen an, dies zu verstehen, und auf den Massenversammlungen der Arbeitslosen hört man den Ruf: „Es sind Sowjets notwendig" immer häufiger und häufiger. Auf einem Arbeitermeeting in London am 9. Januar, wo das „Arbeitermitglied" des Parlaments, Herr Clynes auftrat, kam es zu einem charakteristischen Zwischenfall. Wie die Zeitung „Manchester Guardian" (10. Januar 1921) mitteilt, wurde der Redner mit dem Singen der „Roten Fahne" und Rufen „Verräter" empfangen. Er wurde durch Rufe „die Revolution ist notwendig! Sowjets sind notwendig!" und Klänge der „Internationale" unterbrochen . . . Denselben Empfang bereiteten die Arbeitslosen auch dem Arbeitsminister Herrn Macnamara bei seinem Auftreten am 10. Januar. „All dies — bemerkt der Londoner „Communist" (9. Dezember 1920) mit Recht — gibt noch nicht das Recht, zu behaupten, daß die Revolution herannaht. Und doch ist es ein bezeichnendes Merkmal, daß die Arbeitslosen sich entschlossen haben, ihre Unzufriedenheit offen und organisiert zu zeigen, anstatt sie schamhaft zu verstecken. Auf dem Wege bitterer Erfahrung erlernen sie die kommunistische Wahrheit, daß nur eine neue soziale Ordnung die Arbeitslosigkeit ganz beseitigen kann. Außerdem überzeugen sie sich davon, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, diese schwierige Frage auch nur oberflächlich zu lösen."

Der Drang nach Moskau.

Die deutsche sozialistische Presse widmet dem Ende Dezember in London stattgefundenen Kongreß der Amsterdamer Internationale der Gewerkschaften eine rege Aufmerksamkeit. Die Zeitungen der rechten Unabhängigen sprechen natürlich ihre volle Befriedigung mit seiner Tätigkeit aus; aber sogar diese Anhänger der Amsterdamer Internationale versuchen, von einigen seiner Beschlüsse, die einen zu klar ausgesprochenen sozialverräterischen Charakter tragen, abzurücken.

Die Delegierte der Deutschen rechten Unabhängigen, Tony Sender, erkennt in einem Artikel über den Kongreß („Freiheit" vom 2. Dezember) an, daß der Beschluß des Kongresses, an das Internationale Arbeitsamt des Völkerbundes in Fragen der Valutaregelung und Rohstoffversorgung heranzutreten, zu keinerlei realen Resultaten führen wird. Diese Fragen können ausschließlich nur auf dem Wege des selbständigen Kampfes der Arbeiter der ganzen Welt entschieden werden. Und doch kam, nach ihrer Meinung, auf dem Kongreß „der ganz gewaltige Stimmungsumschlag" zum Ausdruck. Dieser Wandel hat dazu geführt, daß der Kongreß einstimmig eine Reihe „revolutionärer" Bestimmungen annahm, an welche man — nach ihrer Behauptung — noch vor etlichen Jahren nicht hätte denken können.

Die Beschlüsse des Amsterdamer Kongresses, die die rechten Unabhängigen so sehr entzückt haben, sind in der Tat gar nicht so besonders revolutionär; der Amsterdamer Kongreß hat mit ihnen weder Neues und Revolutionäres geschaffen noch gesagt. Diese Bestimmungen sind folgende: Anerkennung des Massenstreiks und des internationalen Boykotts als Mittel zur Erlangung politischer Ziele und die Aufnahme des unmittelbaren Kampfes um die Sozialisierung der Produktion.

In Entzücken geraten sind die rechten Unabhängigen wahrscheinlich nicht wegen dieses „ganz gewaltigen Stimmungsumschlages", sondern vielmehr durch jene nach der Meinung Tony Senders erfreuliche Einmütigkeit, mit der der Kongreß „die deplacierten und jeder Grundlage entbehrenden Moskauer Beschimpfungen" der Amsterdamer Internationale zurückgewiesen hat. Die Verfasserin und Delegierte der rechten Unabhängigen findet, daß die Amsterdamer Internationale einen wichtigen Faktor darstellen wird, „wenn es nur gelingt, sie gegen die Moskauer Sprengversuche intakt zu halten."

In den deutschen Gewerkschaften spitzt sich der Kampf zwischen den Anhängern Moskaus und Amsterdams immer mehr zu. Das bedeutendste Ereignis waren die im Dezember erfolgten Neuwahlen der Verwaltung des Berliner Metallarbeiterverbandes. Die Anhänger Amsterdams mobilisierten alle Kräfte, um ihre Kandidaten durchzusetzen, täglich übergossen sie die Kommunisten mit ganzen Kübeln Schmutz, Lüge und Verleumdung und begannen eine rasende Hetze gegen den Genosen Rusch, der an der Spitze der kommunistischen Liste stand — (Rusch ist Vorsitzender des Berliner Gewerkschaftsrats und Mitglied der Delegation, die Rußland besucht hat).

Der Metallarbeiterverband spielt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine so bedeutende Rolle, daß die Besitzergreifung seiner Leitung ausschlaggebenden Einfluß auf das ganze gewerkschaftliche Leben Deutschlands überhaupt hat; danach streben — wie es die rechtsunabhängige „Freiheit" zynisch gesteht — die rechtssozialistischen Elemente in ihrer wütenden Kampagne. Durch tolle Bemühungen ist es den Sozialverrätern gelungen, den Sieg zu erlangen; aber dieser Sieg ist derart, daß man ihn nicht einmal einen Pyrrhussieg nennen kann: für ihre Wahlliste sind 31 811 Stimmen, dagegen 30 272 für die Kommunisten abgegeben worden, wobei von der Gesamtzahl der Wähler (160 000) an den Wahlen nur etwas mehr als 60 000 teilgenommen haben. Einige von den provinziellen Verbänden Deutschlands sind ausgesprochen auf die Seite der Kommunisten übergegangen. So wählte der Metallarbeiterverband in Stuttgart auf den Ergänzungswahlen in die Verwaltung den Kommunisten Wüst und nahm eine gegen die Redaktion der „Metallarbeiterzeitung" gerichtete kommunistische Resolution an. Derselbe Verband erließ einen Aufruf an alle in Gewerkschaften organisierten Arbeiter Deutschlands, in welchem er zwecks Verbesserung der Arbeiterlage die Eröffnung einer Offensive unter den folgenden Losungen forderte: 1. Bekämpfung des Wuchers und Herabsetzung der Preise für die wichtigsten Gebrauchsartikel. 2. Wiederaufnahme der Produktion in vollem Umfange und Ausgleich der Arbeitslosenunterstützung mit dem Erwerb der Arbeitenden auf Kosten der Arbeitgeber. 3. Abschaffung des Lohnabzugs; Vermögenssteuern und Konfiskation der großen Vermögen. 4. Kontrolle über Rohstoffversorgung und Lebensmittelverteilung durch die Betriebsräte, Gewerkschaften und Genossenschaften. 5. Entwaffnung der Orgesch und Bewaffnung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften. — Man muß bemerken, daß alle diese Forderungen volle Unterstützung der Kommunisten fanden und daß es ihnen trotz des Widerstandes der rechten Führer gelang, die Annahme der Forderungen der Stuttgarter in dem Berliner Metallarbeiterverband durchzusetzen. Für dieselben Forderungen sprachen sich auch die Arbeiter der Borsigschen Fabrik in Berlin aus.

Der Kampf um die Moskauer oder Amsterdamer Internationale findet in Deutschland seinen Ausdruck noch in einer Reihe von Resolutionen, die meistens von den leitenden Organen der Gewerkschaften eingebracht worden sind. Diese sprechen sich dank ihrer gelbreaktionären Richtung gegen die

Moskauer Internationale aus, während in den Arbeitermassen die Sympathien für die Moskauer Internationale zusehends wachsen. Das kam ganz besonders stark in der Gewerkschaft der Buchbinder zum Ausdruck, deren Verwaltung sich gegen Moskau, die Mitglieder aber für Moskau aussprachen. Einige Gewerkschaften, die zum Metallarbeiterverband gehörten, z. B. die Gewerkschaft der Revolverarbeiter, sprachen sich für Moskau aus. Im Berliner Druckerverband existiert eine geschlossene, gut organisierte Opposition, die auf der Plattform der Moskauer Internationale steht.

In der französischen Gewerkschaftsbewegung läßt sich dasselbe beobachten. Die reaktionären und reformistischen Elemente in den Gewerkschaften nehmen auch hier Zuflucht zu den verschiedensten Mitteln, um die Arbeitermassen unter den Fittichen der Amsterdamer Internationale zu halten. Auch hier gibt es Verbände — in der Art des Landarbeiterverbandes, der folgende Resolution angenommen hat: (Sie ist im Journal du Peuple abgedruckt.)

„Alle Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale, den Komitees der revolutionären Gewerkschaften und allen französischen und internationalen Gruppen, die in den Statuten des Verbandes und in denen der Allgemeinen Konföderation der Arbeit nicht erwähnt sind, angeschlossen haben, werden als ausgeschlossen betrachtet. Der Rat der Verbände schlägt den Gewerkschaften im vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit vor, dieselbe moralische Gesundung bei sich durchzuführen."

Aber auch in Frankreich führt der Versuch der gelben Gewerkschaften nicht immer zu den gewünschten Resultaten. Auf den Wahlen ins Föderalkomitee des Seine-Departements ist in drei Sektionen (der Typographen, Drucker und Lithographen) ein bedeutendes Uebergewicht auf die Liste der sogenannten Minderheit, die jetzt auf diese Weise zur Majorität in diesem Rayon geworden ist, gefallen. Für die Wahlzettel der Revolutionäre wurden 28 065 Stimmen und für die der Reformisten und Neureformisten nur 15 479 abgegeben.

Die unverhehlte Furcht vor Moskau offenbart so klar wie nur möglich die tatsächliche Ohnmacht und Zerrüttung der Amsterdamer Internationale. Wenn „28 Millionen", die sie mit Stolz als ihre Mitglieder betrachtet, tatsächlich unwandelbar für sie einstehen, so brauchte sie doch nicht irgendwelche Versuche Moskaus, einen Bruch durchzuführen, zu befürchten. Aber die Sache liegt ja gerade so, daß die Arbeiter immer

mehr den Gehalt der gelben Internationale zu verstehen beginnen. All ihre „revolutionären" Beschlüsse, sowie überhaupt ihre ganze Tätigkeit sind nur der letzte hoffnungslose Versuch, die sich abwendenden Arbeitermassen in ihrer Einflußsphäre festzuhalten.

Die Gewerkschaftsbewegung in Polen.

Die Tätigkeit der Gewerkschaften in Polen ist, wie die ganze Arbeiterbewegung überhaupt, dem starken Druck der Regierungsverfolgungen ausgesetzt.

Es versteht sich von selbst, daß die ganze Last der Repressalien diejenigen trifft, welche im Rufe stehen, der äußersten Linken oder gar dem Kommunismus anzugehören.

So ist der Redakteur des Organs der Zentralkommission der Gewerkschaften, „Zwiazkowiec", Anton Zdanowski, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden, Der Redakteur des „Robotnik Miejski" wurde zu einem Jahr Festungshaft verurteilt (das Urteil wurde kassiert). Der Redakteur des „Robotnik Budowlany (dieses Organ wurde suspendiert) kam auch vor Gericht, ebenfalls die Redakteure des „Robotnik Mgern" und des „Spoldzielca"; die jüdischen Gewerkschaften „Vereinigte" wurden bestraft; der Redakteur der Zeitung „Das Naje Wort" ist verhaftet (siehe „Swit" Nr. 46 vom 21. November); ebenso der Redakteur des „Robotnik". Das Organ der Vereinigten Freien Gewerkschaften in Bromberg, „Zwiazkowiec", ist verboten („Swit" Nr. 45, vom 14. November). Das Lokal des Sekretariats der Gewerkschaften in Posen ist geschlossen.

Infolgedessen herrscht der Kampf gegen die gelben klassenlosen Gewerkschaften und der Kampf um die Existenz der Klassenorganisationen vor. Unter den klassenbewußten Gewerkschaften Polens gehört die vorherrschende Rolle dem Polnischen Gewerkschaftsverband. Sogar der Gewerkschaftsverband der Landarbeiter, der sich in der Mehrheit als bolschewistisch erwies, wird von Anhängern des polnischen Gewerkschaftsverbandes geleitet. Im Juli des vergangenen Jahres wurden auf den Kongressen der Gewerkschaftsverbände und

Kooperative Polens Resolutionen gefaßt, die forderten, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nicht am politischen Kampf teilnehmen, sondern sich nur auf gewerkschaftliche Fragen beschränken sollen. Diese Resolutionen, angenommen unter dem Einfluß der P. P. S. ließen sich jedoch in der Wirklichkeit nicht durchführen. Die politische Reaktion und der Kampf der polnischen regierenden Kreise mit den linken Elementen hatte die Gewerkschaften so tief berührt, daß sie nicht umhin konnten, sich in politische Fragen einzumischen.

Der Kampf um den Gewerkschaftsverband der Landarbeiter.

Der Verband der Landarbeiter, welcher 140 000 Mitglieder zählt, wurde von dem rechtsstehenden bürgerlich-gutsherrlichen Polen unter Boykott erklärt. Der Verband der Landeigentümer weigerte sich, an den gemischten Kommissionen mit Vertretern des Gewerkschaftsverbandes der Landarbeiter teilzunehmen. Am 14. September des verflossenen Jahres sollte in dem Ministerium für soziale Fürsorge die Sitzung des Schlichtungsausschusses stattfinden. Dem Gesetz nach mußten an ihr außer den Vertretern der Regierung die Delegierten zweier Verbände teilnehmen; ein Arbeiter — vom Gewerkschaftsverband der Landarbeiter und ein Gutsbesitzer — vom Verband der Landeigentümer. Die Delegierten der Gutsbesitzerorganisationen erklärten, daß sie mit Organisationen, deren Mitglieder „den Angriff der Bolschewiki gefördert und in den von der feindlichen Armee geschaffenen Institutionen mitgearbeitet haben" nicht zusammensitzen und in unmittelbare Beziehungen treten wollen. Fast gleichzeitig erfolgten in der Reichstagskommission die Wahlen der Mitglieder des Obersten Landwirtschaftsausschusses, dessen Ziel die Verwirklichung der Agrarreform war. In diesem Komitee mußte ein Vertreter der mittleren und landlosen Bauern sein. Obwohl der Kandidat des Landarbeiterverbandes Kwapinski auch von dem nationalen Arbeiterverband, d. h. einer nichtsozialistischen Organisation unterstützt wurde, boykottierte die Reichstagskommission den Landarbeiterverband für seinen „Bolschewismus" und „Vaterlandsverrat" und schlug zum Kandidaten ein Mitglied der Christlichen Demokraten vor, die in ihren klerikalen Organisationen 15 000 mittlere und landlose Bauern und Tagelöhner zählen wollen.

Die Polnische Sozialdemokratische Partei und ebenso der Gewerkschaftsverband der Landarbeiter versuchten im ersten Moment, gegen diese offizielle Hetze zu protestieren. Das Zentralsekretariat der Gewerkschaft der Landarbeiter erklärt im Zirkular vom 15. September: „daß erstens der Landarbeiterverband als solcher auf dem Standpunkt der Verteidigung gegen die bolschewistischen Truppen stand . . ., zweitens der Verband der Landeigentümer die politische Lage zu seinen engen Kastenzwecken auszunutzen wünsche und deshalb ganz bewußt zu dieser Verleumdung greife, um, in der irrtümlichen Meinung, daß der Verband augenblicklich keine Kraft zur Selbstverteidigung besitze, dadurch die Landarbeitergewerkschaft herauszufordern." Infolgedessen hat der Verband indem er auf das ungesetzmäßige Vorgehen des Ministeriums der Arbeit und der sozialen Fürsorge hinweist, vorgeschlagen: 1. sofort die Vertreter der Verbände aus allen Schlichtungsausschüssen in Land, Bezirk, Kreis und Gemeinde zurückzuziehen; 2. alle Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Landeigentümern auf den Gütern sofort zu entscheiden; 3. zum 19. September eine außerordentliche Sitzung der Hauptverwaltung des Verbandes einzuberufen und 4. zur Unterstützung im Kampfe die Zentralkommission der Klassengewerkschaften heranzuziehen, da die ganze Arbeiterklasse Polens an der Lösung dieses Konflikts interessiert ist.

Das offizielle Organ der P. P. S. „Robotnik" (Nr. 253, November 1920) erklärt, daß „die Agrarier ihre Eigentumsrechte retten und den Kampf beginnen möchten. Und darum . . . ist es die Sache der Regierung, den Agrariern entgegenzuwirken. Wir hoffen, daß die Regierung den Fehler des Arbeitsministers gut machen, und den Agrariern Verstand und Achtung vor den bestehenden gesetzlichen Verordnungen beibringen wird."

Bei einer solchen Fragestellung äußerte sich die im breiten Maßstabe begonnene Kampagne nur in einer ganzen Reihe von Resolutionen, die von den Gewerkschaften über ihre Solidarität mit dem Landarbeiterverband und ihre Kampfesbereitschaft in dessen Interesse gefaßt wurden.

Diese Kampagne, die von sehr häufigen Verhaftungen, Strafmaßnahmen und Gerichtsverurteilungen der einzelnen Mitglieder der Verbände und der einfachen Tagelöhner begleitet war, ging nicht über die Grenzen der rein mündlichen Kampfesmittel, die das offizielle Organ der P. P. S. „Robotnik" von Anfang an bezeichnet hatte, hinaus.

Später, als diese Frage durch die Ereignisse schon einigermaßen von der Tagesordnung abgesetzt war, trat die Zentralkommission der gewerkschaftlichen Klassenverbände „im Namen des Wohls des Staates und seiner Bürger und zum Schutz des Staates und auch des Ackerbaues vor weiteren unerwünschten Erschütterungen und dem unnötigen inneren Kampf", („Kurjer Polski", Nr. 305, vom 6. Dezember 1920) in der Vermittlerrolle auf. Es ist klar, daß der augenscheinliche Zweck dieses Auftretens die Vertuschung des ganzen sich zuspitzenden Klassenkampfes auf dem Gebiet der Wechselbeziehungen war.

Die Opposition gegen den Opportunismus der Gewerkschaftsführer.

Diese Taktik der P. P. S. und der Zentralkommission der gewerkschaftlichen Klassenverbände wird von den mehr linksstehenden gewerkschaftlichen Klassenverbänden nicht gebilligt. In dieser Beziehung ist die Stellungnahme der Gewerkschaft der Bauarbeiter, die sie aus Anlaß des „Offenen Briefes" der Landarbeitergewerkschaft an das Proletariat Warschaus einnahm, charakteristisch.

Am 30. September hatte der Landarbeiterverband im „Robotnik" einen offenen Brief an das Proletariat Warschaus veröffentlicht. Nach Aufzählung einer Reihe von Vergewaltigungen und Repressalien den Tagelöhnern und ihren Organisationen gegenüber erklärt der Verband: „Wir brauchen euch deswegen nicht zu erklären, daß auf den Gütern Orgien von Verfolgungen und Verspottungen der Landarbeiter stattfinden. Diese Vergewaltigungen und Repressalien sind nicht zwecklos. Es ist natürlich, daß, wenn es der polnischen Reaktion gelingen wird, die Befreiungsbewegung im Dorf zu erdrücken, sie ihre Kräfte auf andere Arbeiterorganisationen richten wird."

Viele Mitglieder der Gewerkschaften sind Unannehmlichkeiten, Verhaftungen, Schlägen und sogar dem Tode ausgesetzt. Unterdessen haben die Kreisbehörden keinerlei Vorsichtsmaßregeln getroffen. Das Endziel dieses Kampfes ist, der Reaktion das volle Maß der Gewalt zu garantieren. Darum wendet sich der Landarbeiterverband an die Zentralkommission der gewerkschaftlichen Klassenverbände der Arbeiter, damit sie in kürzester Zeit eine Konferenz aller Gewerkschaften einberuft. Der Landarbeiterverband schlägt dieser Konferenz der Gewerkschaften vor, folgende Forderungen aufzustellen:

1. Einstellung aller Repressalien und Vergewaltigungen, die den Arbeitern sowohl von den Administrativgewalten als auch von den Gutsbesitzern zugefügt werden.

2. Auflösung des Verbandes der Landeigentümer und Verhaftung der Hauptverwaltung dieses Verbandes wegen Widersetzlichkeit gegenüber dem Gesetze.

3. Entsprechende Wahl der Beamten, die die Gesetze erfüllen und nicht die Diener nur einer Klasse des polnischen Volkes sind.

4. Befreiung aller ungesetzlich Verhafteten;

5. Auszahlung von Geldunterstützungen an die Familien der Ermordeten.

6. Heranziehung aller Schuldigen zur strengsten Verantwortung.

7. Verstaatlichung aller Güter, deren Besitzer sich den gesetzlichen Vorschriften nicht unterordnen wollen, und

8. Kontrolle der Landarbeitergewerkschaft über die den Landarbeitern zuzustellenden Produkte.

Das ist der „legale" Klassenkampf dieses Verbandes, richtiger seiner Führer.

Bei Besprechung dieser Vorschläge kann das Organ der Gewerkschaft der Bauarbeiter „Robotnik Budowlany" (Nr. 8, vom 17. Oktober) die Taktik des Landarbeiterverbandes und seinen offenen Brief nicht begreifen. Es erinnert daran, daß der Verband sich vor einem Jahr aus Anlaß des Landarbeiterstreiks an die Zentralkommission mit der Bitte um Unterstützung wandte. Als aber die Zentralkommission den Entschluß faßte, den allgemeinen Streik zum Schutz der Landarbeiter zu erklären, da schraken die Leiter des Tagelöhnerverbandes selber davor zurück. Die P. P. S. widersetzte sich dem allgemeinen Streik. Die Zentralkommission geriet infolgedessen in Bestürzung, und der schon gefaßte Beschluß eines Streiks wurde abgeändert. Die Folge war die noch größere Frechheit der Bourgeoisie und die Verhöhnung der ländlichen Arbeiter . . . Die jetzigen Repressalien bedeuten die Fortsetzung der früheren. Dabei haben sich diese Repressalien in den zeitweise von den Bolschewiki besetzt gewesenen Gegenden noch verschärft; denn hier konnte man sich unter der Flagge des Staatsverrats blutig an den Arbeitern rächen.

Der „Robotnik Budowlany" glaubt, daß nur Massenaktionen der Arbeiter der Bourgeoisie einen Widerstand entgegensetzen können. Unterdessen sagten sich aber sowohl der Vertreter des Landarbeiterverbandes Kwapinski als auch der

Vertreter der Zentralkommission der Gewerkschaften Zutawski auf der Gewerkschaftskonferenz am 7. Oktober von jeder Massenaktion los. Nicht ohne Ironie bemerkt der „Robotnik Budowlany", daß alle diese Forderungen, wie die Auflösung des Verbandes der Landeigentümer oder die Einkerkerung ihrer Hauptverwaltung usw. nur Worte sind, um die ländlichen Arbeiter davon zu überzeugen, daß für sie sehr viel getan wird.

Das genannte Organ hält den allgemeinen Streik für das einzige Mittel zum Selbstschutz. Aber einen Streik hat es nicht gegeben, denn alle Anstrengungen der Polnischen Gewerkschaften und der Lenker des Verbandes ergaben schließlich kompromißlerische Maßnahmen.

Der Kampf auf dem Eisenbaßnerkongreß.

Eine der bedeutendsten Gewerkschaften Polens ist der Verband Polnischer Eisenbahner, der jedoch auf keinem Klassenstandpunkt steht. Der vor kurzer Zeit stattgefundene Kongreß der polnischen Eisenbahner in Lemberg war augenscheinlich der Schauplatz, auf dem die unzufriedene Minorität, die der Meinung ist, daß die P. P. S. und der Verband vom Wege der proletarischen Klasseninteressen abgewichen sind, versuchte, einen ernsten Angriff auf die Führer des Verbandes zu machen. Gegen das Vertrauensvotum stimmten 43.

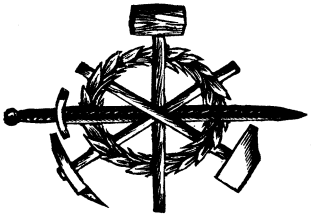
Auf dem Kongreß wurden hauptsächlich Fragen sachlichen Charakters besprochen. Eine allgemeinere Bedeutung hatten folgende Fragen: 1. ob der Verband der Eisenbahner in die sogenannte Zentrale, d. h. die Zentralkommission auf allgemeinen Grundlagen oder mit besonderen Vorbehaltungen eintreten solle. Die Gewerkschaft der Eisenbahner wünscht eine besondere ihr vorbehaltene Autonomie und fordert, daß die Frage des Eisenbahnerstreiks ausschließlich von der Exekutivabteilung des Eisenbahnerverbandes (und nicht in der Zentrale) entschieden werde, und daß der Eisenbahnerverband das Recht auf seine „eigenen Meinungen" habe. Die Zentrale ist im Prinzip bereit, den Eisenbahnerverband unter besonderen Bedingungen aufzunehmen.

Eine gewaltige Mehrheit sprach sich gegen, acht für den Eintritt des Eisenbahnerverbandes in die Zentralkommission der Gewerkschaften aus. (Siehe „Naprzod", Nr. 286, vom 2. Dezember.)

Der Vertreter der Opposition Grocholski sprach sich für den Eintritt in die Zentrale aus und erklärte: „Die ganze Welt

steht vor sozialen Umwälzungen, ist auf dem Wege zur Gründung einer sozialistischen Gesellschaft. Die kleinbürgerliche Richtung schadet dem Sozialismus. Nur der revolutionäre Sozialismus nimmt eine klare Stellung ein. Die Exekutivabteilung des Eisenbahnerverbandes hat die Eisenbahner während des Streiks verraten. Die Polnischen Gewerkschaften sind Kompromißler, welche zur Gründung eines bürgerlich-demokratischen Staates streben. In der nach Klassen organisierten Zentrale bestehen kompromißlerische Tendenzen, mit denen die in die Zentrale entsandten Delegierten der Eisenbahner kämpfen müssen.

Nach den Berichten der Organe der Polnischen Gewerkschaftsverbände „Robotnik" und „Naprzod" ist es schwer, sich ein klares Bild über den Kampf der Gegner der polnischen Gewerkschaftsverbände zu machen. Unzweifelhaft aber ist es, daß die Opposition einen stürmischen Charakter trug, der noch dadurch verschärft wurde, daß auf den Kongreß eine Arbeitermenge eindrang und eine Protestdemonstration gegen die offiziellen Führer des Verbandes organisierte, was eine zeitweilige Unterbrechung in der Tagung des Kongresses hervorrief.



Alle früheren Klassen, die sich die Herrschaft eroberten, suchten ihre schon erworbene Lebensstellung zu sichern, indem sie die ganze Gesellschaft den Bedingungen ihres Erwerbes unterwarfen. Die Proletarier können sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen. Die Proletarier haben nichts von dem ihrigen zu sichern, sie haben alle bisherigen Privatsicherheiten und alle Privatversicherungen zu zerstören.

Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Ueberbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.

Das Kommunistische Manifest.

Die Vereinheitlichung der Genossenschaftsbewegung.

Die Zuspitzung der Klassengegensätze, die sich in der ganzen Welt bemerkbar macht und einerseits in der Gründung und Festigung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik sowie in der Gründung von Kommunistischen Parteien in allen Ländern, anderseits in dem Zusammenschluß aller gegenrevolutionären Kräfte um den Völkerbund ihren Ausdruck findet, konnte natürlich auch auf die Entwicklung der Konsumgenossenschaften, die außer dem Kleinbürgertum auch eine bedeutende Anzahl von Proletariern in ihren Reihen zählen, nicht ohne Einfluß bleiben.

Der vor ungefähr zwei Jahren geschaffene Generalstab der internationalen proletarischen Revolution, die Kommunistische Internationale, wie auch der Internationale Gewerkschaftsrat der Kommunistischen Internationale haben zwischen den pseudo-sozialistischen, die Verständigung mit der Bourgeoisie befürwortenden Elementen und den für die proletarische Diktatur kämpfenden, wahrhaft revolutionären, kommunistischen Streitkräften eine scharfe Grenze gezogen.

In der ganzen Welt war die Genossenschaftsbewegung in noch größerem Maße als die Gewerkschaftsbewegung ein Zufluchtsort aller Opportunisten und Verräter an der Arbeiterklasse, die hinter schönrednerischen

Schlagworten von der Gründung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ihre Furcht vor der Revolution, ihre Anhänglichkeit und ihr Interesse an der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verhüllten.

Der räuberische imperialistische Krieg fand unter den Genossenschaften aller Länder fertige Kaders von Sozialchauvinisten vor, die sich ihren bürgerlichen Regierungen in die Arme stürzten.

Die soziale Umwälzung in Rußland, deren Ergebnis die Gründung der ersten Republik der Arbeiter- und Bauernsowjets in der Welt war, stieß bei den Genossenschaften auf ein im höchsten Grade ablehnendes Verhalten.

Der frische Luftzug der Revolution drang auch in die dumpfen Zufluchtsstätten der Genossenschaftler; doch war er ihnen, die gewohnt waren, unter den Bedingungen der kapitalistischen Ordnung zu arbeiten, unerträglich.

In dem Wirbelwind der sozialen Revolution, die alle alten, morschen Grundlagen der kapitalistischen Ordnung fortfegte, witterten die Genossenschaftler die Gefahr, daß sie mit ihrer Kleinkrämerei, ihrem Bestreben, sanft und leise, auf friedlichem Wege irgendwelche Verbesserungen für die Arbeiterklasse „abzuringen" und die kapitalistische Ordnung als solche beileibe nicht anzutasten, mit leeren Händen ausgehen könnten.

Sie fürchten die Möglichkeit zu verlieren, das „Meer des Volksleids auszulöffeln", wie ein russisches Sprichwort sagt.

Klar und deutlich trat die bürgerlich-sentimentale, philantropische und reaktionäre Richtung dieser Herren zutage, die sich fast für Sozialisten, für Schöpfer eines neuen Lebens gehalten hatten.

Als die Imperialisten aller Länder sich zur „heiligen Alliance" zusammenschlossen, um die proletarische Revolution in Rußland zu bekämpfen, als sie ihre Truppen aussandten, als sie die Truppen der gegenrevolutionären Generäle, die sich gegen die Sowjetmacht erhoben, mit Kleidung

und Munition ausrüsteten und endlich eine unbarmherzige Blockade gegen Sowjetrußland durchführten, was taten da die „unabhängigen", „demokratischen" Genossenschaften der ganzen Welt?! . . .

Sie begnügten sich mit kläglichem Geplapper und Seufzern über die Schrecken des Krieges, ohne auch nur an irgendwelche realen Schritte zu denken. Dagegen trat ihr reaktionäres Wesen in den Beschlüssen der Zentrale der Internationalen Genossenschaftsverbände in der Sitzung im Haag am 9. Oktober v. J. klar zutage.

Bei Erörterung der allgemeinen Richtlinien der internationalen Genossenschaftsbewegung wurden hier zum x-ten Male die alten Grundsätze der Rochdaler Vorkämpfer, die auf ein friedliches Zusammenleben mit der kapitalistischen Ordnung berechnet sind, erhärtet.

In der Frage der „Beziehungen zu Rußland" aber wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Nach Entgegennahme des Berichts des Vollzugsausschusses über die „Beziehungen zu Rußland" protestiert das Zentralkomitee nochmals gegen alle Maßnahmen der Sowjetregierung, die die Organisationen der russischen Genossenschaften ihrer vollen Unabhängigkeit beraubt haben.

Das Zentralkomitee erklärt noch einmal, daß es nur diejenigen Personen als Vertreter anerkennt, die mit Mandaten der Freien und Demokratischen Genossenschaften ausgerüstet sind.

Die jetzigen russischen Delegierten im Zentralkomitee sind die wahren Vertreter der russischen Genossenschaftsbewegung. Gleich den anderen Delegierten werden sie von einem internationalen Kongreß bis zum andern ernannt; folglich bleiben ihre Mandate in Kraft.

In der ersten Frage zeigte sich somit die opportunistische Stellung der gegenwärtigen Vertreter der internationalen Genossenschaftsbewegung, die im Augenblick, wo die Proletarier aller Länder einen erbitterten Ansturm gegen die Feste der bürgerlichen Ordnung führen, ihre

Kompromißpolitik und die versteckte Unterstützung aller Verfechter des Unterdrückungssystems fortsetzen. In der zweiten Frage wiederum zeigte das Zentralkomitee seine ablehnende Haltung gegenüber der Sowjetmacht, die die Diktatur des Proletariats und der Dorfarmut in Rußland verkörpert, und stellte sich offen auf die Seite der Vergangenheit, der früheren Kompromißbewegung im russischen Genossenschaftswesen.

Es genügte dem Zentralkomitee, daß die sogenannte russische Delegation, die aus den Herrschaften Lenskaja, Berkenheim und Selheim bestand, denselben Standpunkt vertrat wie das Zentralkomitee, um diese Leute, die schon längst jede Verbindung mit den russischen Genossenschaften verloren haben und eigentlich nur sich selbst vertraten, als russische Delegierte anzuerkennen.

Das Zentralkomitee hielt es nicht für nötig, die wichtige Tatsache in Betracht zu ziehen, daß der im Juli v. J. stattgefundene Kongreß der russischen Genossenschaften die Tätigkeit der „russischen Delegation" brandmarkte, den sogenannten Delegierten jedes Recht der Vertretung entzog und ein gerichtliches Verfahren wegen Aneignung mehrerer hundert Millionen Rubel gegen sie einleitete.

Der Text der Resolution, lautend, daß „das Zentralkomitee gegen alle Maßnahmen protestiert, die die Organisationen der russischen Genossenschaften ihrer vollen Unabhängigkeit berauben" und daß es „nur diejenigen Personen als Vertreter der Genossenschaften anerkennt, die mit Mandaten der Freien und Demokratischen Genossenschaften ausgerüstet sind", zeigt, daß das Zentralkomitee absichtlich die Wahrheit entstellt, wenn es behauptet, daß die Genossenschaften der Werktätigen in Rußland irgendwie bedrückt sind. Das Zentralkomitee beweist hierdurch noch einmal, daß es grundsätzlich nur mit derjenigen Genossenschaftsbewegung solidarisch ist, die sich im Rahmen der kapitalistischen Ordnung entwickelt,

„frei" von jedem revolutionären Bestreben und so „demokratisch", wie das demokratische Regime, das auf der Ausbeutung von Millionen ihre Arbeitskraft verkaufende Proletarier durch ein Häuflein von Müßiggängern, Kapitalisten, Bankiers und Rentiers beruht.

Das Zentralkomitee kann sich nicht vorstellen, daß das russische Genossenschaftswesen, das unter ganz neuen Verhältnissen — Vernichtung des Kapitalismus und Aufrichtung der Sowjetmacht, der gegenwärtig einzig möglichen Form der Diktatur des Proletariats und der Dorfarmut — arbeitet und sich unter den freiesten Bedingungen entwickelt, die für die Genossenschaftsbewegung der werktätigen Massen denkbar sind.

Dem Zentralkomitee ist es völlig entgangen, daß die Genossenschaftsbewegung gerade im heutigen Rußland ihren Höhepunkt erreicht hat, daß sie die gesamte Bevölkerung des Landes umfaßt — eine Tatsache, die einerseits von der Lebensfähigkeit des Genossenschaftsprinzips zeugt, ja noch mehr — von der Unmöglichkeit, daß irgend jemand nach Aufhebung des Kapitalismus außerhalb der Genossenschaftsbewegung bleibe, — anderseits ihr unbegrenzte Entwicklungsfreiheit zum Wohle der werktätigen Massen gewährt.

Wo, in welchem anderen Lande ist die Verteilung der Lebensmittel und der notwendigsten Bedarfsgegenstände — und zwar in einem den ganzen Staat, die gesamte Bevölkerung umfassenden Ausmaß — den Genossenschaftsorganen übertragen worden?

Hat man je gesehen, daß die Organisierung der unzähligen Zweige der Heimindustrie und die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ausschließlich den Genossenschaften übertragen wurde?

Kann überhaupt die Rede davon sein, die Genossenschaftsbewegung in Rußland sei unfrei und undemokratisch, wo doch buchstäblich die ganze Bevölkerung zu den

Wahlen der Genossenschaftsorgane herangezogen wird und durch besondere Kontroll- und Revisionsausschüsse die Arbeit dieser Organe beaufsichtigt!

Man muß schon ein leidenschaftlicher Anhänger des Kapitalismus, ein Gegner der die Fesseln der Knechtschaft sprengenden internationalen revolutionären Bewegung des Proletariats sein, um sich an die Grundlage des alten kapitalistischen Genossenschaftswesens zu klammern und die neue, wahrhaft sozialistische, kommunistische Genossenschaftsbewegung zu bekämpfen.

So ist aber die Stellung, die die Zentrale der Internationalen Genossenschaftsverbände eingenommen hat. Sie hat hierdurch endgültig mit den werktätigen Massen gebrochen, die für die Idee des unmittelbaren Kampfes gegen das Kapital begeistert sind.

Und es mußte so kommen.

Von Herrn Thomas, dem Minister der reaktionärsten bürgerlichen Regierung der Welt, von Herrn Müller, dem früheren Minister der Scheidemann - Regierung, die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht meuchlerisch hinmorden ließ, von den Herren Vandervelde, Kaufmann, Mansfeld, Poisson u. a. war auch nichts anderes zu erwarten!

Zum Glück schrumpft der Wirkungskreis dieser Herren immer mehr zusammen. In dem Genossenschaftsleben der verschiedenen Länder tauchen neue Richtungen auf. Es werden Stimmen gegen die Politik der Zentralkomitees laut.

Da die Nachrichten über die neuen Strömungen im internationalen Genossenschaftswesen nur recht spärlich nach Rußland dringen, ist es schwer, über den Umfang dieses Prozesses zu urteilen. Dennoch läßt sich schon jetzt eine Reihe erfreulicher Tatsachen feststellen:

Der Genossenschaftsverband von Mailand schließt sich bedingungslos der Taktik des linken Flügels der Italienischen Sozialistischen Partei an.

Auf dem Ende 1919 in Hamer stattgefundenen XII. Nationalkongreß der norwegischen Genossenschaften sonderte sich aus der Gesamtzahl von 198 Delegierten eine Opposition von 87 Delegierten ab, die den Vorsitzenden des Kongresses, Delli, einen Genossenschaftler, veranlaßte, seine Vollmachten niederzulegen.

Auf dem Kongreß des Zentralverbandes der Deutschen Konsumgenossenschaften, der 1919 in Hamburg stattfand, traten Kommunisten auf.

Und endlich hat eine Gruppe französischer Genossenschaftler vor kurzem die Frage angeregt, eine neue internationale Genossenschaftszentrale zu schaffen, die auf dem Standpunkt der Kommunistischen Internationale stehen soll.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es in allen Ländern der Welt bedeutende Gruppen von Genossenschaftlern gibt, die die Ansichten der französischen Genossen teilen.

Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß die jetzige Zentrale der Internationalen Genossenschaftsverbände weder den Interessen noch der Stimmung der in der Genossenschaftsbewegung vereinigten breiten, werktätigen Massen entspricht.

Der Augenblick ist gekommen, wo man auch in den Reihen der Genossenschaftler eine scharfe Scheidung vornehmen muß . . .

Die russische Genossenschaftsbewegung, die als erste den Weg des unerbittlichen Kampfes gegen den Kapitalismus betrat und ihr Geschick mit der sozialistischen Aufbauarbeit der ersten Sowjetrepublik der Welt verband, muß die Grundlage zum Zusammenschluß aller revolutionären Genossenschaften in einem die ganze Welt umfassenden Maßstabe bilden.

Ebenso wie die Kommunistische Internationale geschaffen wurde, wie der Internationale Gewerkschaftsrat entstand, muß aus dem Roten Moskau auch der Ruf ertönen:

Revolutionäre Genossenschaftler aller Länder, vereinigt Euch!

Vereinigt Euch zum unmittelbaren Kampfe gegen die veralteten Stützen der kapitalistischen Ordnung!

Vereinigt Euch zur Verwirklichung der Diktatur des Proletariats und der Dorfarmut, zur Errichtung der internationalen Sowjetrepublik!

Vereinigt Euch unter dem Banner der Kommunistischen Internationale!

Unterzeichneter gestattet sich, dem Exekutivkomitee im Namen der russischen Genossenschaftsbewegung, an deren Spitze der Allrussische Zentralverband der Genossenschaften steht, die obigen Erwägungen zu unterbreiten und bittet das Exekutivkomitee, die Frage aufzuwerfen, ob es nicht zeitgemäß und notwendig wäre, eine Kampagne zur Schaffung einer internationalen Vereinigung der Genossenschaften unter dem Banner der Kommunistischen Internationale zu beginnen.

Vorsitzender des Allrussischen Zentralverbandes der Genossenschaften:
L. Chintschuk.

Richtlinien der internationalen Genossenschaftsbewegung.

1. Im Jahre 1895 wurde zu London der Internationale Genossenschaftsbund gegründet.

2. Der erste Kongreß zu Paris im Jahre 1896 verlief unter dem Zeichen der Beteiligung der Arbeiter an dem Gewinn und der Versöhnung zwischen Arbeit und Kapital.

3. Auf dem Kongreß zu Budapest im Jahre 1904 kam es zu einer Spaltung zwischen den Anhängern der „klassenlosen", „neutralen" Kooperation und den Verfechtern der „Klassenkooperation" als einer der Formen der Arbeiterbewegung im

Kampf für den Sozialismus. Die letztere Strömung siegte. Die kleinbürgerlichen und landwirtschaftlichen Genossenschaften traten aus dem Internationalen Verbande aus und gründeten auf ihrem Kongreß zu Wien im Jahre 1907 den Internationalen Verband der Landwirtschaftsgenossenschaften. Der Internationale Genossenschaftsverband erhielt seit dieser Zeit vorwiegend den Charakter einer Arbeiter- bezw. Konsumkooperation.

4. Nach dem Kongreß der II. Internationale zu Kopenhagen im Jahre 1910, der die Arbeiter aufforderte, sich an der Kooperation zu beteiligen und diese als einen Zweig der Arbeiterbewegung neben der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung anerkannte, drückte der Hamburger Kongreß der Genossenschaftsinternationale 1910 seine Sympathie für die II. Internationale aus.

5. Der Kongreß zu Glasgow (1913) organisierte die Internationale Einkaufsgesellschaft und erhob Einspruch gegen die einsetzenden Kriegsvorbereitungen.

6. 1916 fand in Paris eine Konferenz der Genossenschaften der Ententeländer statt. Der Vollzugsausschuß des Internationalen Genossenschaftsverbandes und die italienischen Genossenschaften verweigerten die Beschickung der Konferenz.

7. Der Vollzugsausschuß des Internationalen Genossenschaftsverbandes nahm 1916 die Herausgabe des Internationalen Bulletins für Genossenschaftswesen wieder auf. Zu den Mitarbeitern gehörten auch Deutsche.

8. Am 7. Februar 1919 fand eine Konferenz der Genossenschaften der Ententeländer statt, an der Vertreter Frankreichs, Englands, Belgiens, Italiens, der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Griechenlands und Litauens teilnahmen. Die Frage der Internationalen Gesellschaft für Engroseinkauf wurde wieder aufgerollt. Es wurde beschlossen, durch Einberufung einer neuen Konferenz unter Beteiligung von Vertretern der neutralen Länder die volle Wiederherstellung der Genossenschaftsinternationale einzuleiten.

9. Der Konferenz der Genossenschaften zu Paris am 26. Juli 1919 wohnten Vertreter aller Länder, mit Ausnahme Italiens, Deutschlands, Dänemarks, Hollands und Schwedens bei.

10. Die auf dieser Konferenz angenommene Resolution verurteilt die kriegerische Politik der kapitalistischen Staaten. Sie entfaltet ein Programm zur Wiederherstellung der internationalen Beziehungen auf der Grundlage der Aufhebung der

imperialistischen Politik und der Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen und Kontributionen. Die Resolution führt ferner eine Reihe von Maßnahmen zum Aufbau des internationalen Wirtschaftswesens an.

Tatsachen, die das Einsetzen der Kommunistischen Bewegung im Internationalen Genossenschaftswesen bestätigen.

England. 1) Die „Coop. News" Nr. 14 vom 5. April 1919 bringt einen Artikel gegen die Intervention und die Blockade Sowjetrußlands. Der Artikel nimmt für den Widerstand Sowjetrußlands gegen die Angriffe der kapitalistischen Länder Westeuropas Partei.

2) Der II. Kongreß der britischen Genossenschaften nahm folgende Resolutionen an: I. Ueber die Beteiligung der Genossenschaften am politischen Leben des Landes gemeinsam mit der Arbeiterpartei (Labour Party). II. Ueber Nationalisierung und Sozialisierung der grundlegenden Zweige des Wirtschaftswesens und Aufhebung des privaten Grundbesitzes.

3) Am 21. September 1919 fand im Hyde-Park unter Beteiligung einer hunderttausendköpfigen Menge eine Kundgebung des Vereinigten Rats der Trade Unions und der Genossenschaften zugunsten der Nationalisierung der Kohlengruben und anderer Industriezweige statt.

Belgien. Unter den Genossenschaftlern besteht eine Gruppe von Kommunisten, die beschlossen haben, für die Anerkennung des Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats durch die Genossenschaften zu kämpfen, ohne die Genossenschaftsorganisationen zu verlassen.

Deutschland. Die Führer des Genossenschaftswesens mit Müller an der Spitze halten die Rückkehr zu den kapitalistischen Formen der Vorkriegszeit für unmöglich. Sie erachten es hingegen für durchaus möglich, den Genossenschaftsapparat in einen staatlichen Apparat zu verwandeln, in dem man das Genossenschaftswesen (und das gesamte System der Verteilung) zu einem System selbstverwaltender, mit Rechtsbefugnis ausgestatteter Wirtschaftsorgane umgestaltet.

2. Im Frühjahr 1919 erschien ein Werk des Spartakisten Dr. Neuraths über die Sozialisierung, das den Gedanken des zwangsmäßigen genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bevölkerung und der Verstaatlichung des heutigen Genossenschaftswesens im Prozeß der sozialistischen Revolution entwickelt.

Indem sich die Gesellschaft zur Herrin der sämtlichen Produktionsmittel macht, um sie gesellschaftlich-planmäßig zu verwenden, vernichtet sie die bisherige Knechtung der Menschen unter ihre eignen Produktionsmittel. Die Gesellschaft kann sich selbstredend nicht befreien, ohne daß jeder Einzelne befreit wird. Die alte Produktionsweise muß also von Grund aus umgewälzt werden, und namentlich muß die alte Teilung der Arbeit verschwinden. An ihre Stelle muß eine Organisation der Produktion treten, in der einerseits kein Einzelner seinen Anteil an der produktiven Arbeit, dieser Naturbedingung der menschlichen Existenz, auf andere abwälzen kann; in der anderseits die produktive Arbeit, statt Mittel der Knechtung, Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem Einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche, wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu betätigen, und in der sie so aus einer Last eine Lust wird.

FRIEDRICH ENGELS, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft.

DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN
KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG

Regeln für die illegale Parteiarbeit.

1. Verrate unter keinen Umständen die Parteiarbeit und die Parteiarbeiter.

2. Trage und behalte keine Namen und Adressen bei Dir, es sei denn in zuverlässiger Geheimschrift.

3. Halte keine belastenden Schriftstücke oder Literatur offen in Deiner Wohnung.

4. Setze Dich bei der Parteiarbeit nicht unnütz Gefahren aus.

5. Weiche der Parteiarbeit nicht aus, weil sie mit Gefahren verbunden ist.

6. Prahle nicht damit, was Du für die Partei tun willst oder getan hast.

7. Mache Deine Zugehörigkeit zur Partei nicht bekannt, wenn es nicht notwendig ist.

8. Gib acht, daß Dir keine Spione folgen, wenn Du zu einer Parteiarbeit oder zu einer Versammlung gehst.

9. Verliere im Augenblick der Gefahr den Mut nicht.

10. Wenn man Dich verhaftet, beantworte weder bei der Voruntersuchung noch vor Gericht irgendwelche Fragen.

1. Es ist eine unverzeihliche Sünde des Parteiarbeiters, die Tätigkeit der Partei oder die Parteiarbeiter zu verraten. Die Regierung hierüber zu informieren, heißt schamlosen Verrat üben, gleichwie mit welchen Mitteln

und Foltern man dem Genossen diese Information abzuringen versucht. Sei kein Verräter! Schärfe es Dir gut ein! Laß diesen Entschluß das tiefste Innere Deines Seins durchdringen, damit Du jedem Einfluß, jeder Folter widerstehen kannst. Kein Wort des Tadels reicht für den Verräter aus.

2. Bei der Verhaftung allgemein verständlich geschriebene Namen und Adressen von Genossen, Parteiarbeitern und Versammlungsplätzen bei sich auffinden lassen, ist beinahe dasselbe, wie sie an die Regierung verraten; zum mindesten ist das Ergebnis dasselbe. Solche Namen und Adressen sollten auch nicht für einen Augenblick lang allgemein verständlich hingeschrieben werden. Sie sollten überhaupt nicht voll ausgeschrieben werden. Sei bestrebt, so viel Du kannst im Gedächtnis zu behalten, Deine Notizen sollen bloß dem Gedächtnis zur Aushilfe dienen. Was Du unbedingt niederschreiben mußt, notiere in zuverlässiger Geheimschrift.

Auf jeden Fall mußt Du aber wissen, daß Du die richtigen Adressen bei Dir hast und kennst. Es ist durchaus unzulässig, sich bei Vorübergehenden oder sogar bei den Portiers und den Hausbewohnern zu erkundigen. Es ist ebenfalls überaus gefährlich, sich bei der Beförderung von Paketen oder Korrespondenz für die Partei in der Adresse zu irren; durch solche Fehler können wichtige Pakete und Briefe nicht nur verloren gehen, sondern sogar der Regierung in die Hände fallen. Die geheimen Beförderungswege von Parteipaketen und Korrespondenz können dadurch aufgedeckt werden, die richtigen Adressen können ausfindig gemacht werden, und zuguterletzt kann ein solcher Fehler zur Verhaftung der Adressaten selbst führen. Wenn Du eine Parteiadresse erfährst oder angibst, prüfe sie stets zweimal um sicher zu sein, daß Du keinen Fehler machst.

Wenn Du schon etwas durchaus hinschreiben mußt, so tue es in guter Geheimschrift. Für Zahlen kann stets

eine leichte Geheimschrift gebraucht werden. Nimm ein Wort, das aus zehn Buchstaben besteht oder zwei Wörter mit je fünf Buchstaben (die Wörter dürfen aber keinen Sinn haben, weil sie sonst leicht entziffert werden können); nimm z. B. die Worte „Verga Dshir" (derselbe Buchstabe darf sich nicht zweimal wiederholen) und ersetze dann den Buchstaben „V" durch 1, „e" durch 2, „r" durch 3 usw.; „w" steht für o.

Wo irgend möglich, müssen für die Korrespondenz und Pakete der Partei indirekte Adressen gebraucht werden.

Ein Organisator, durch dessen Nachlässigkeit Parteinamen und Adressen in die Hände der Regierung gelangen, ist nicht viel besser als ein Verräter.

3. Halte Deine Wohnung stets „rein". Etwas Vorsicht in dieser Beziehung kann Dich bei einer zufälligen Verhaftung oder Haussuchung vom Verdacht retten. Namentlich sorge dafür, daß in Deiner Wohnung Zeitungen, Flugblätter oder Literatur nicht in vielen Exemplaren umherliegen, damit man nicht daraus schließen könne, daß Du an ihrer Verbreitung beteiligt bist. Für das Lesen revolutionärer Literatur kann man Dir nicht viel anhaben, für deren Verbreitung aber kommst Du sicher ins Gefängnis. Und übrigens, wozu sich der Gefahr aussetzen, daß jeder, der Deine Wohnung zufällig betritt — unbekannte „Freunde", Hausierer, Steuereinnehmer, Spendensammler usw., erfahren, daß Du Kommunist bist?

4. Nicht nur um Deiner selbst willen, sondern auch zum Wohle der Partei, damit sie Dich als Parteiarbeiter behalte, mußt Du es vermeiden, Dich unnützerweise Gefahren auszusetzen. Beobachte die größte Vorsicht bei der Verteilung unserer Literatur und bei der Agitation und Propaganda in Betrieben und Gewerkschaften.

Sei doppelt vorsichtig, wenn Dir ein verantwortlicher Posten in der Parteiorganisation anvertraut ist.

Du kannst Dir leicht vorstellen, welchen Schaden die Verhaftung eines Rayonorganisators oder überhaupt eines aktiven Mitglieds des Zentralorgans unserer Organisation zufügen würde. Es wäre durchaus töricht, wenn solche Genossen sich z. B. durch die Verteilung von Literatur in den Häusern und Wohnungen einer Gefahr aussetzen würden. Sie sollten sich eigentlich in den Fällen des öffentlichen Auftretens der Partei fernhalten. Sie sollten sich niemals zu zweien und noch viel weniger in Gruppen zeigen. Steht einer von ihnen unter Verdacht, ein bedeutender Parteiarbeiter zu sein, weshalb soll er dann den Spionen Gelegenheit geben, ihren Verdacht auf die übrigen Genossen zu übertragen?

Je bedeutender der Posten, den das betreffende Mitglied in der Partei bekleidet, desto größer ist die Gefahr, in der es schwebt, und desto aufmerksamer und vorsichtiger muß es sein.

5. Wer bei der Parteiarbeit die äußerste Vorsicht anwendet, kann keineswegs ein Feigling genannt werden. Der Prüfstein ist die Arbeit selbst. Es handelt sich darum, ob er sie leistet oder nicht; ob er bereit ist, sich der unvermeidlichen, mit jeder illegalen Parteiarbeit verbundenen Gefahr auszusetzen oder aber unter dem einen oder anderen Vorwand bestrebt ist, jeder ihm drohenden Gefahr aus dem Wege zu gehen, indem er sich überhaupt von jeder Parteiarbeit fernhält. Leistet der Genosse seinen Teil der Parteiarbeit, so ist sein Verdienst umso größer, je weniger er sich dabei der Gefahr aussetzt. Leistet er die Arbeit nicht, so ist er ein Feigling und Deserteur, mag er den Mund noch so voll nehmen und mit seinem Mut prahlen, soviel er will.

Die Regel lautet: die Parteiarbeit muß getan werden und zwar mit möglichst kleinem Risiko oder sogar ohne Risiko, wenn es angeht, — aber getan muß sie werden.

6. Es ist überhaupt töricht, zu prahlen. Aber mit der Parteiarbeit, die Du leistest, zu prahlen und hiermit Dich selbst und die Parteiarbeit unnützen Gefahren auszusetzen, ist direkt verbrecherisch. Was Du weißt, oder was Dir an Parteiarbeit anvertraut ist, darf niemand wissen, außer denen, die es zu Parteizwecken wissen müssen, sonst aber niemand, nicht einmal Dein bester Kamerad, Deine Frau, Dein Mann, der Freund oder die Freundin Deines Herzens.

Nimm Dich in acht, daß niemand Dich belauscht, wenn Du über Parteiangelegenheiten sprechen mußt.

7. Parteiarbeit, Parteiagitation und Propaganda, sogar das Sammeln von Geldern für die Partei und das Anwerben neuer Mitglieder kann und muß betrieben werden, ohne daß man dabei über seine Zugehörigkeit zur Partei etwas verlauten läßt. In einigen Fällen genügt es, anzugeben, daß Du mit dem Parteiprogramm sympathisierst und die Partei unterstützt; in anderen Fällen, daß Du mit Parteimitgliedern in Verbindung stehst. Nur in dem Falle, wenn Du ein neues Mitglied in die Gruppe der probeweise aufgenommenen Mitglieder einführst, mußt Du ihm sagen, daß Du selbt Mitglied der Partei bist.

Es ist nicht schlimm, wenn man Dich in dem Betrieb oder in dem Verbande, in dem Du arbeitest, infolge Deiner Tätigkeit für einen „Roten" hält, denn diese Bezeichnung ist zu allgemein, als daß sie einen Anhaltspunkt zur gerichtlichen Verfolgung oder Bestrafung bieten könnte; niemand darf aber wissen, daß Du M i t g l i e d der Kommunistischen Partei bist.

8. Jeder von uns weiß, daß Tausende von Spionen tagaus tagein in allen Städten damit beschäftigt sind, unsere Mitglieder, Versammlungen und Arbeitslokale aufzustöbern. Wie viele von uns aber ziehen dies in Betracht und geben acht, daß man ihnen nicht folgt, wenn sie sich zu einer Zusammenkunft, einer Versammlung oder sogar in unsere Arbeitslokale begeben?! Namentlich

müssen diejenigen Genossen dies im Auge behalten, die bereits mehr oder weniger unter Verdacht stehen, polizeilich beobachtet, verhaftet oder gar bestraft worden sind.

Weißt Du auch, daß man sie manchmal absichtlich als Angelhaken auf freien Fuß setzt, damit die Spione ihre Schritte verfolgen und auf diese Weise unsere Mitarbeiter und unsere Adressen ausfindig machen können?

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß diese Genossen jede Parteiarbeit aufgeben müssen; es bedeutet nur, daß sie beonders vorsichtig und wachsam sein müssen.

Weißt Du auch, daß unsere Feinde, um unsere Parteiarbeit zu beobachten, unsere Briefe öffnen, sie photographieren oder abschreiben und sie dann sauber geschlossen an unsere Adresse weitersenden? Sie halten diese Briefe nicht ganz zurück, denn sonst würden wir ja keine Briefe mehr schicken, es würde die Genossen wachsam machen.

Laß Deine Wachsamkeit nicht dadurch einschläfern, daß längere Zeit hindurch keine Verhaftungen oder Haussuchungen vorgenommen wurden. Möglicherweise ist es nur die Stille, die dem Sturm vorangeht. Möglicherweise ist die Polizei damit beschäftigt, nähere Angaben zu sammeln, die Fäden unserer Organisation besser in die Hand zu bekommen, um uns dann plötzlich zu überfallen, unsere ganze Organisation zu vernichten und alle unsere Kräfte lahmzulegen, wie es während der Januarüberfälle geschah. Ein zweites Mal wird es ihnen nicht gelingen, ein derartiges Ergebnis zu erzielen; dennoch aber können wir großen Schaden erleiden, wenn unsere Genossen nicht die größte Vorsicht beobachten.

9. Geistesgegenwart, Selbstbeherrschung, Ruhe und Vorbereitung für alle Eventualitäten sind in der illegalen Parteiarbeit überaus wichtig. Wenn Du an die Arbeit gehst, sollst Du stets im voraus an die Gefahr denken, die Dir drohen kann, und die nötigen Vorbereitungen treffen; Du sollst darüber nachdenken, wie der Gefahr auszu-

weichen ist oder, falls dies unmöglich ist, wie Dich der Gefahr zu entziehen.

Wenn Du Dich zur Parteiarbeit begibst, überzeuge Dich im voraus, daß Du keinerlei belastende Aufzeichnungen oder Sachen bei Dir trägst oder in Deiner Wohnung läßt. Halte immer eine glaubwürdige Antwort auf solche Fragen bereit, wie „Was tust oder suchst Du hier?" „Wohin gehst Du?", „Woher kommst Du?"

Bereite Dich auf unerwartete Gefahren vor. Denke im voraus an sie und nimm Dir fest vor, nicht die Geistesgegenwart zu verlieren und ruhig zu bleiben, wenn sie plötzlich auftauchen. Kaltblütigkeit und äußere Ruhe können Dir oft sehr nützlich sein, während Verwirrung und Angst Dich ins Verderben stürzen können. Wenn Du siehst, daß man Dir auf der Spur ist, verstecke oder vernichte, soweit es möglich ist, alle Sachbeweise. Natürlich mußt Du es nicht ohne weiteres, nicht bei der kleinsten Provokation tun. Ueberzeuge Dich zuerst, daß es kein blinder Alarm ist.

Sei bestrebt, mit allen möglichen Mitteln Deine Verhaftung zu verhüten.

10. Verhaftet man Dich aber dennoch, d. h. haben die Behörden genügende Beweise oder stichhaltigen Grund zu dem Verdacht, daß Du ein Kommunist bist und als solcher, als Todfeind der bestehenden Ordnung bestraft oder eingekerkert werden mußt (ob auf Grund des Gesetzes oder ohne gesetzliche Ursache), wobei man sich Deiner aber erst bedienen will, um anderer Kommunisten habhaft zu werden und, falls möglich, die gesamte Organisation zu zerstören, Dich erst ausfragen und hinter die schwedischen Gardinen setzen, Dir alle möglichen Aussagen abringen und Dich foltern will, — dann ist das Beste, was Du unter den Umständen tun kannst, jede Antwort auf alle Fragen zu verweigern. (Fordere, daß man Dir einen Verteidiger gibt. Du bist dazu berechtigt. Du hast auch das Recht, die Beant-

wortung der Fragen zu verweigern, möge Dir damit geholfen sein oder nicht).

Die Erfahrung, die unsere russischen Genossen in den langen Jahren ihres schwierigen illegalen Kampfes gegen den Zarismus gesammelt haben,, zeigt uns, daß dies die beste Handlungsweise ist. Sie haben ihre Gründe in dem Büchlein „Wie man sich bei dem Verhör zu verhalten hat" dargelegt und raten auf das bestimmteste, keinerlei Fragen zu beantworten.

Ob Du die Fragen nun beantwortest, um Dich selbst freizumachen, um jeden Verdacht gegen Dich zu zerstreuen, damit man Dich loslasse; ob Du Dich selbst preisgeben und dadurch die übrigen Genossen schützen willst; ob Du die Spione und Verfolger dadurch beeinflussen, sie sozusagen bekehren willst — das Ergebnis wird doch stets den Interessen unserer Partei widersprechen. Sei es absichtlich oder ohne Absicht, bewußt oder unbewußt, magst Du die Folgen voraussehen oder nicht, Du wirst ihnen doch gewisse Angaben in die Hand geben. Schon allein die Bestätigung der Angaben, die sie augenscheinlich bereits besitzen, kann ihnen überaus nützlich sein, um die Mitteilungen ihrer Spione und Organisationen zu prüfen; sie kann ihnen beim Verhör anderer Genossen dienen, gegen die sie dann auf Grund Deiner Aussagen die eine oder andere Anklage erheben werden.

Schenke ihnen jedoch keinen Glauben, wenn sie behaupten, daß andere Genossen eingestanden und ihnen verschiedene Angaben gemacht haben; es ist nur einer ihrer vielen Kniffe, durch die sie Dich zwingen wollen, Aussagen zu machen und ihre Fragen zu beantworten. Vergiß auch nicht, daß sie in allen Gefängnissen Spione und Organisationen unterhalten. Vertrau Dich im Gefängnis keinem „Leidensgefährten" an, wenn Du nicht fest überzeugt bist, daß er Dein Vertrauen verdient.

Was den Gedanken anbelangt, daß wir den Gerichtssaal zur Propaganda unserer Ideen ausnutzen können, so

ist er unmöglich. Der Richter wird Dein Bestreben, Deine Ideen klar auszudrücken, vereiteln; er wird Dich nur zu verwirren und herauszufordern versuchen. Die Presse (die sozialistische Presse nicht ausgenommen) wird Deine Erklärungen verhunzen und sie in falschem Lichte darstellen oder sie völlig mit Stillschweigen übergehen. Die Agitation und Propaganda in unseren eigenen Zeitungen und Flugschriften aber können wir mit demselben, vielleicht sogar mit besserem Erfolg fortsetzen, wenn Du die Antwort auf die an Dich gestellten Fragen verweigerst.

Denke daran, daß Dir die fürchterliche Gefahr droht, Deine Genossen preiszugeben und die Partei zu verraten. Sei es auch unbewußt, gegen Deinen eigenen Willen, so setzt Du sie doch den Angriffen unserer Feinde aus, wenn Du die Fragen beantwortest. Denke daran und fasse den festen Entschluß, wenn Du verhaftet wirst, keinerlei Fragen zu beantworten, ebenso wie Du fest entschlossen bist, kein Verräter zu sein.

Das Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Amerikas.

Die Arbeitslosigkeit.

In jedem großen Industriezentrum Amerikas haben in letzter Zeit tausende und abertausende Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Beschäftigung verloren und sind auf das Pflaster geworfen worden. Die Liste der Arbeitslosen wächst von Tag zu Tag mit erschreckender Geschwindigkeit. In New York, Boston, Philadelphia, Pittsburg, St. Louis, Cleveland, Detroit, Chicago, vom Staate Maine bis Californien, von den Großen Seen bis zum Mexikanischen Meerbusen sind Millionen von Arbeitern ohne Verdienst; ihre Familien leiden unter Hunger und Kälte. — Eisenbahnen, Stahlfabriken, Bergwerke, Textilfabriken, Säge-

mühlen, Kraftwagen- und Gummifabriken, Verpackungsunternehmen, Kleiderfabriken, Lager und all die Tausenden von Unternehmen, die die notwendigsten Bedarfsgegenstände produzieren, werden geschlossen oder arbeiten bei verkürzter Arbeitszeit und herabgesetzten Löhnen. —

Eine fürchterliche industrielle Krise ist über das Land hereingebrochen. Die Fabrikanten klagen über den Mangel an Bestellungen, die Bankiers über den Mangel an Geld, die Kaufleute über die schwindende Kaufkraft, die Eisenbahnen über den Rückgang des Frachtverkehrs, die Farmer, daß sie ihr Getreide zum Selbstkostenpreis verkaufen müssen, die Händler, daß die Schleuderpreise sie ruinieren. In den Docks und Warenlagern fault leichtverderbliche Ware in großen Mengen. Die Lager sind brechend voll. Die Ernte der Farmer hat in diesem Jahre den Rekord geschlagen.

Und trotz dieser nie dagewesenen Fülle werden die Unternehmen geschlossen, die Arbeiter werden auf das Pflaster geworfen, dem Hunger und der Kälte preisgegeben. Wo liegt die Ursache dieser Erscheinung? Noch vor kurzem rief die Presse laut nach einer „Hebung der Produktion" als dem einzigen Heilmittel gegen alle Übel des Landes. Man sagte euch, die Unruhen, die Unzufriedenheit und die sich durch das ganze Land wälzende „rote Woge", seien ein Ergebnis der ungenügenden Produktion. Man sagte euch, der einzige Ausweg aus der durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen und politischen Lage bestehe darin, daß man die Produktion „aufrüttle". Nun, die Produktion ist gehoben worden, was aber sind die Ergebnisse? — Ihr habt so viel produziert, daß die Märkte überfüllt sind und ihr arbeitslos geblieben seid. Statt einer Besserung der Lage sehen wir eine Verschlechterung. Statt höhere Löhne zu erhalten, haben viele von euch die Arbeit eingebüßt, während die übrigen bei herabgesetzten Löhnen arbeiten. Soll das

wirklich bedeuten, daß ihr zu viel produziert habt? Durchaus nicht! Die Arbeiterklasse könnte zweifellos mehr Nahrung, mehr Kleidung, mehr von allem gebrauchen, als sie produziert hat. In der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft werden die Waren jedoch in erster Reihe produziert, um Gewinn herauszuschlagen, nicht aber für den Verbrauch. Die Arbeiter erhalten in der Form von Löhnen nur ungefähr ein Fünftel von dem zurück, was sie erzeugt haben. Alles übrige, mit Ausnahme dessen, was die kapitalistische Klasse und ihre Mitläufer verbrauchen, wird in das Ausland ausgeführt.

Und nun kommen wir zur Hauptursache der herrschenden Arbeitslosigkeit und der industriellen Krise. Europa, das während des Krieges und auch nachher der Hauptabnehmer amerikanischer Ware war, ist bankerott. Seine Barmittel und sein Kredit sind erschöpft. Es wird von den riesigen Kriegsschulden schier erdrückt. Seine Industrie ist völlig zerrüttet. Die europäischen Arbeiter hungern; sie sind unzufrieden und drohen, ihre kapitalistischen Regierungen zu stürzen. Die amerikanischen Bankiers wissen es und verweigern Europa daher den weiteren Kredit. Die amerikanischen Bankiers wissen, daß die europäischen Regierungen nie imstande sein werden, ihre riesigen Schulden oder auch nur die Prozente für sie zu bezahlen. Sie wissen ebenfalls, daß die neuen Arbeiterregierungen, wenn sie errichtet werden, für die Schulden der jetzigen kapitalistischen Regierungen nicht aufkommen werden. Die amerikanischen Finanzmänner haben daher Europa den Kredit entzogen, sodaß es außerstande ist, amerikanische Ware zu kaufen. Dies ist ein klarer Beweis, daß der europäische Kapitalismus zusammengebrochen ist. Der amerikanische Kapitalismus, der durch die Bande des Imperialismus eng mit ihm verknüpft ist, beginnt unter den Folgen der europäischen Zerrüttung ernsthaft zu leiden.

Auch die übrigen Weltmärkte sind aus verschiedenen Gründen außerstande, die Ueberfülle der amerikanischen

Produktion aufzusaugen: Erstens, weil die Lage in der ganzen Welt labil ist. Die Volksmassen leiden unter Hunger und Arbeitslosigkeit; die Betriebe stehen still, die Felder liegen brach; in allen Teilen der Weltkugel werden kleine Kriege geführt; die kleinen Nationen und die Kolonien kämpfen um ihre Befreiung von den europäischen Großmächten. Zweitens hat Amerika doch noch einer gewissen Konkurrenz standzuhalten. Drittens hat die Börse den Kurs des Dollars auf dem internationalen Geldmarkt stark heraufgeschraubt, obgleich der Dollar im Lande selbst sehr billig ist. — Die amerikanischen Großkapitalisten leiden natürlich nicht darunter. Sie schließen ihre Betriebe, machen Ferien und begeben sich nach Palm Beach oder in andere teure Villenorte. Ihr Arbeiter aber habt zu leiden. Euren Familien mangelt es an Nahrung, Kleidung und Brennmaterial. Man gibt euch lange Ferien, für die kein Mensch euch bezahlt. Man wirft euch einfach aus den Betrieben heraus.

Die industrielle Krise hat aber noch ein anderes Übel mit sich gebracht. Die kapitalistische Klasse benutzt kaltblütig die Gelegenheit, um eure Löhne herabzusetzen und eure Arbeiterorganisationen zu zerstören. Mit Hilfe der Verbände der Kaufleute, Bankiers und Industriellen führt sie die Politik der „für Alle offenen Betriebe" durch, die darin besteht, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus den Betrieben verjagt werden. Ihre Losung ist: „folgt den Fußtapfen Garys".*) Dies ist die Lage, der ihr euch gegenüberseht. Die Arbeiter müssen nun entscheiden, was zu tun ist. — Es ist ein kritischer Augenblick für die amerikanische Arbeiterklasse. Die Kapitalisten sind bestrebt, die Arbeitslosen gegen die Arbeitenden auszuspielen. Sie hoffen, auf diese

*) Gary ist ein bedeutender amerikanischer Kapitalist, das Oberhaupt des Stahltrusts und der Führer der kriegerischen amerikanischen Bourgeoisie. Sämtliche Ausfälle gegen die Revolutionäre werden von ihm geleitet. (Anmerkung der Redaktion.)

Weise eure Reihen zu spalten, einen Kampf um die Arbeit unter euch hervorzurufen, um die Löhne herabzudrücken und das Prinzip der „offenen Betriebe" durchzuführen. Mit ganzer Kraft müßt ihr diesen erbitterten Angriff abwehren. Ihr müßt einen Druck auf eure Arbeiterorganisationen ausüben, damit sie die Herausforderung der Kapitalisten annehmen. Wenn eure reaktionären Führer, die Verräter an der Arbeiterklasse, sich euch entgegenstellen, so müßt ihr sie beseitigen und sie durch Führer aus den Reihen der gewöhnlichen Arbeiter ersetzen, die tun werden, was ihr von ihnen verlangt!

Ihr müßt durch Massenversammlungen, Demonstrationen und Proteste den größten Druck ausüben, dessen die Arbeiterklasse fähig ist. Ihr müßt den Streik benutzen — Generalstreik und politischen Streik — um eure Forderungen durchzusetzen. Die jetzige industrielle Krise ist der Anfang der revolutionären Bewegung, die mit der Zeit zum Sturz der kapitalistischen Regierung und zur Aufhebung der kapitalistischen Ordnung führen wird. Der amerikanische Kapitalismus geht denselben Weg wie der europäische. Er beginnt zusammenzubrechen. Ihr Arbeiter müßt ihm den Todesstoß versetzen! Ist es nicht Zeit, daß ihr endlich einseht, wie herzlich wenig ihr vom Kapitalismus für eure Klasse erwarten könnt? Alles, was er euch geben kann, ist Arbeitslosigkeit, Hunger, Lebensteuerung, schmutzige Behausungen, Armut, Elend, Krankheit und Krieg. Seid ihr unzufrieden und streikt oder protestiert, so erwarten euch der Stock des Polizisten, gerichtliche Verfolgung, das Gewehr des Sheriff (Sipo), die Bajonette der Soldaten, Maschinengewehre und Kriegszustand. Seid ihr unzu-

frieden, so erwartet euch Verschickung oder Einkerkerung. Ist dem etwa nicht so? Blickt nur auf die Geschichte des Klassenkampfes während der letzten zwei Jahre zurück; erinnert euch an die Ausstände der Küstenschiffer, der Kohlenarbeiter, der Stahlarbeiter, an den „ungesetzlichen" Streik der Eisenbahner, den ebenfalls „ungesetzlichen" Streik der Drucker, an die unzähligen Haussuchungen im ganzen Lande, die Verbannungen und Einkerkerungen.

Wie verhielten sich die Gerichtshöfe dazu? Sie standen auf der Seite der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Wo waren die Polizei, die Sheriffs und die Soldaten? Sie hielten es mit den Kapitalisten gegen die Arbeiter. Wo waren eure Arbeiterführer? Sie unterstützten die Kapitalisten gegen die Arbeiter. Mit wem hielten es die lokalen Verwaltungsbehörden, die Regierungen der einzelnen Staaten und die Bundesregierung? Mit den Kapitalisten gegen die Arbeiter. Selbstverständlich waren sie alle gegen euch. So lange der Kapitalismus besteht und die gesamte Staatsmacht sich in den Händen der Kapitalistenklasse befindet, wird es ihnen stets gelingen, unter den Arbeitern Zwietracht zu säen, eure Streiks zu sprengen und eure Arbeiterorganisationen zu zerstören.

Das einzige Mittel, um dieser Ordnung, die euch in Armut, Elend und Erniedrigung erhält und alle Lebensgüter den Reichen in den Schoß wirft, ein Ende zu machen, ist die Staatsmacht zu erobern und der Arbeiterklasse den ersten Platz in der Gesellschaft anzuweisen. Vor allen Dingen müßt ihr durch Anwendung von Gewalt die jetzige kapitalistische Ordnung stürzen und eine Arbeiter- oder Sowjetregierung errichten, wie es die Arbeiter und Bauern Rußlands getan haben! Es ist Zeit, daß auch die Arbeiter Amerikas endlich an die Notwendigkeit

denken, die Sowjetmacht in ihrem Lande zu errichten! Eine Arbeiterregierung würde zum Wohl der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Klasse tätig sein. Sie würde unter ihrem Schutz und ihrer Leitung die Kontrolle der Arbeiter über die Industrie einführen. Nach Erfüllung ihres Zweckes in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus, nach Aufhebung des Privateigentums an den Produktions- und Konsummitteln, nach Abschaffung der Klassen, nach Unterdrückung aller gegenrevolutionären Versuche, die Macht der Arbeiter zu stürzen, nach Übergabe der gesamten Industrie in die Hände der Arbeiter, bezw. Schaffung des entsprechenden Verwaltungsapparates wird die Arbeitersowjetregierung von selbst „absterben" und der kommunistischen Gesellschaft Platz machen, deren Mitglieder in der Produktion, der Verteilung und dem Genuß der notwendigen Bedarfsgegenstände, der Bequemlichkeiten und des Luxus frei zusammenwirken werden. Genau dies tut die Sowjetregierung in Rußland. Trotz der Blockade durch die Verbündeten, trotz der vom Weltimperialismus geleiteten und finanzierten Gegenrevolutionen, der Einfälle von Koltschak, Denikin, Judenitsch, von Polen und Wrangel, baut Sowjetrußland allmählich die Kontrolle über die Industrie auf und ebnet den Weg für den Kommunismus. Rußland allein kann aber den Kommunismus nicht einführen. Dies muß das Werk aller Arbeiter der Welt sein. Nur der Sieg der proletarischen Weltrevolution und die Niederlage des Weltkapitalismus und Imperialismus können dieses gewaltige Werk zu Ende führen.

Die europäischen Arbeiter beginnen diese Notwendigkeit einzusehen. Sie beginnen von ihren russischen Genossen zu lernen. Die Arbeiter Europas begreifen, von welch ungeheurem Wert das Bestehen Sowjetrußlands ist, und unterstützen es mit aller Kraft. Sie haben ihren Regierungen erklärt, daß ein Angriff gegen Sowjetrußland

einen Krieg im eigenen Lande herbeiführen würde. Gleichzeitig bereiten die europäischen Arbeiter sich vor, ihre kapitalistischen Regierungen zu stürzen und an ihrer Stelle die Sowjetmacht auszurufen. — Die europäischen Arbeiter haben natürlich viel mehr gelitten als ihr amerikanischen Arbeiter. Sie haben eben sechs Jahre des fürchterlichsten, verheerendsten Krieges, den die Weltgeschichte je gekannt hat, hinter sich. Sie begreifen es nun, daß all die Opfer, all das Blutvergießen und die Verheerungen nur den Interessen der einen oder anderen Weltgruppe imperialistischer Räuber und Banditen dienten. Sie sehen nun ein, daß der imperialistische „Friede" noch schlimmer ist als der Krieg. Zahllose Kriege dauern noch fort. Die Massen stöhnen unter der Last der Kriegsschulden. Industrie und Handel sind zusammengebrochen, der Kapitalismus geht seinem Ende entgegen. Die Arbeiter Europas stehen vor der Alternative: Hunger und Sklaverei oder proletarische Revolution. Auch ihr amerikanischen Arbeiter werdet bald zu wählen haben.

Ihr, Arbeiter Amerikas, habt nun dieselbe bittere Erfahrung zu machen. Auch euch trieb man unter der Losung: „der Welt die Demokratie zu sichern" in den Krieg. Auch euch versprach man soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Wohlleben. Gleich den vierzehn Punkten Wilsons handelte es sich auch hier nur um Versprechungen, mit denen man euch betrog, ohne jede Absicht, sie zu erfüllen. Tatsächlich konnten sie auch nicht erfüllt werden, ohne daß man die kapitalistische Gesellschaft vernichtete. Niemand ist so töricht, zu glauben, daß die Kapitalisten sich bereit finden würden, die Gesellschaftsordnung zu vernichten, mit deren Hilfe sie die Arbeiter ausbeuten und berauben und goldene Berge für sich selbst aufhäufen.

Arbeiter Amerikas! Laßt euch nicht mehr durch „Versprechungen" der Kapitalisten betrügen! Man wird euch immer wieder verraten. Es gibt nur einen Ausweg aus diesem Elend, der Armut und der Ausbeutung —

ihr müßt die jetzige kapitalistische Regierung stürzen und in Amerika eine Arbeitersowjetregierung errichten. Es ist keine leichte Aufgabe. Die kapitalistische Regierung ist ein nationaler Apparat, der die Arbeiter durch seine Polizei, seine Armee und Flotte, seine Gerichtshöfe und Bürokratie in Unterjochung hält. Er ist das Werkzeug, mit dessen Hilfe die kapitalistische Klasse ihre herrschende Rolle in der Gesellschaft aufrecht erhält, trotzdem sie nur einen geringfügigen Teil der Bevölkerung bildet. Mit friedlichen Mitteln, wie z. B. durch den Stimmzettel, kann die kapitalistische Ordnung nicht gestürzt werden. Die Wahlurne selbst ist ja ein Werkzeug der kapitalistischen Herrschaft, das in geschickter Weise angewandt wird, um die Arbeiter zu betrügen und sie glauben zu machen, daß sie ihr Ziel durch parlamentarisches Vorgehen erreichen könnten. Ebensowenig könnt ihr die kapitalistische Gesellschaft durch Besitzergreifung der Betriebe vernichten, ohne gleichzeitig die politische Macht zu erobern. Die Arbeiter Italiens haben soeben diesen Versuch gemacht, und sie haben sich überzeugen müssen, daß die Arbeiter nicht siegen können, ohne die politische Macht zu besitzen.

Der einzige Weg, auf dem die kapitalistische Regierung gestürzt werden kann, ist die Massenaktion — Kundgebungen, Proteste, Massenstreiks, Generalstreiks, politische Streiks — die in einem offenen Zusammenstoß mit dem kapitalistischen Staat, im bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg endet. Der Diktatur der kapitalistischen Klasse müssen die Arbeiter die Diktatur der Arbeiterklasse entgegenstellen.

Eure Losungen müssen sein:

Nieder mit dem Kapitalismus!

Nieder mit der kapitalistischen Regierung!

Es lebe die Sowjetregierung Amerikas!

Herausgegeben von dem Zentralvollzugsausschuß der Kommunistischen Partei Amerikas.

Zusatzantrag zum Beschluß über den Beitritt zur Kommunistischen Internationale.

(Antrag des Komitees der Kommunistischen Internationale in Frankreich).

Angesichts dessen, daß der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale es für notwendig erachtet hat, „die Bedingungen der Aufnahme von neuen Parteien ganz genau festzulegen" und infolgedessen 21 Bedingungen für die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale aufgestellt und angenommen hat;

daß die durch die Abstimmung des II. Kongresses sanktionierten 21 Bedingungen ein einheitliches, unantastbares Ganzes bilden, welches der Kommunistischen Internationale bis zum nächsten Kongreß als Gesetz dienen soll; daß § 16 dies kategorisch in den Worten ausdrückt: „Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend";

daß der Kommunistischen Internationale und ihrem Exekutivkomitee das alleinige unumschränkte Recht zusteht, die „verschiedenen Kampfbedingungen in den verschiedenen Ländern" zu beurteilen und sie sich das Recht vorbehalten, „bindende Beschlüsse von allgemeiner Gültigkeit nur in solchen Fragen zu fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind";

daß im Hinblick hierauf weder die französische Partei noch irgend eine andere kämpfende Gruppe in Frankreich das Recht hat, eigenmächtig Abänderungen an den 21 Be-

dingungen vorzunehmen, da sie sonst ihren eigenen Anschluß null und nichtig macht;

daß, falls einige der Bedingungen infolge der besonderen politischen Lage des betreffenden Landes nur schwer durchgeführt werden können, sie dennoch angenommen werden müssen,

eingedenk dessen, daß nach der erfolgten Bestätigung der Aufnahme der Partei die Exekutive der Kommunistischen Internationale die Verhältnisse des Landes prüfen und die Partei eventuell zur Abänderung der Durchführung dieser Bedingungen berechtigen wird,

fest entschlossen, bedingungslos und ohne Aufschub für den Anschluß an die Kommunistische Internationale zu stimmen,

beschließt der Kongreß, die von dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vorgeschlagene Resolution über den Beitritt zur Kommunistischen Internationale mit folgenden Abänderungen anzunehmen:

1) Statt der Worte: „Die Partei erkennt an, daß die in § 20 der Bedingungen vorgesehenen Ausnahmen bezüglich der im § 7 erwähnten Vertreter der Zentrumstendenz unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf die französische Partei Anwendung finden müssen. Diese Ausnahmen gelten ebenfalls für die in § 21 erwähnten Kongreßdelegierten, die ihre Bereitschaft, sich vor den Beschlüssen der Partei zu beugen, erklären werden",

wird die Resolution also lauten: „Im Einklang mit § 20 der Bedingungen wird die Partei das zu diesem Behufe von dem II. Kongreß mit unbeschränkter Machtvollkommenheit ausgestattete Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ersuchen, in Fällen, die im voraus festgestellt werden, den Vertretern der Zentrumstendenz möglichst große Toleranz entgegenzubringen.

2) Statt: „Im Einklang mit dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale verurteilt die Partei jedoch jeden Versuch, eine Spaltung in den Gewerkschaften herbeizuführen. Die zentralen Gewerkschaftsorganisationen müssen selbst mit dem Amsterdamer Gewerkschaftsverband brechen und der Moskauer Gewerkschaftsinternationale beitreten", wird die Resolution lauten:

„Kommunistische Keimzellen, die sich bedingungslos der Partei unterordnen, werden in den Genossenschaften gebildet werden, um für den Kommunismus Propaganda zu machen, sowie auch in den Gewerkschaften zur Propaganda der Idee des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale und des Anschlusses an die Moskauer Rote Gewerkschaftsinternationale";

3) Statt: „Vom Moment des Kongresses an nennt sich die Partei: „Sozialistische Partei, französische Sektion der Kommunistischen Internationale". Sie wird dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die für die provisorische Annahme dieser Benennung sprechenden Gründe vorlegen" wird die Resolution lauten:

„Vom Moment des Kongresses an nennt sich die Partei: „Kommunistische Partei Frankreichs, Sektion der Kommunistischen Internationale."

A. und M. Heine (14. Sektion), J. Hermitte (16. Sektion), G. Latroye (18. Sektion), A. Legrand (18. Sektion), G. Leroy (14. Sektion), Bürgerin Rys (14. Sektion), Th. Simon (14. Sektion).

Aufruf der Kreisleitung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in Reichenberg.

Die Reichenberger Kreisleitung der Sozialdemokratischen Partei erläßt anläßlich der unlängst abgeschlossenen großen Streikbewegung in der Tschechoslowakei folgenden Aufruf, den wir auszugsweise veröffentlichen:

„Das internationale revolutionäre Proletariat der tschechoslowakischen Republik hat seinen ersten großen Kampf hinter sich. Zwei Jahre lang hielt der Nationalismus, hielt die bürgerlich-nationale und Staatsideologie das Proletariat gefangen und verhinderte jede ernste revolutionäre Aktion. Nun ist das Eis gebrochen. Zum ersten Male haben tschechische Proletarier gegen den kapitalistischen Staat die Waffe des Generalstreiks erhoben, zum ersten Male haben deutsche Proletarier sich mit ihnen durch die Tat solidarisch erklärt. Zum ersten Male fühlten die Beherrscher dieses Staates den Boden unter ihren Füßen schwanken und wandten ihre äußersten Machtmittel auf, um sich zu halten. Die bewaffnete Macht wurde in vollem Umfang aufgeboten, Tote bedeckten das Schlachtfeld, viele Verwundete wurden zu Blutzeugen des Klassenkampfes und Hunderte der besten und tapfersten Streiter sitzen hinter Kerkermauern. Zum ersten Male aber auch ist der Aberglaube an die unerschütterliche, unantastbare Machtstellung der herrschenden Klassen dieses Staates erschüttert; die tschechoslowakische Republik ist aus der Reihe jener Staaten gestrichen, die einen sicheren Posten der internationalen Gegenrevolution im Kampfe gegen Rußland, gegen die Weltrevolution bilden.

Es fällt uns nicht ein, zu leugnen, daß der Erfolg der gewaltigen Bewegung ausgeblieben ist. Wir haben nichts von dem Geforderten erreicht.

Warum dieser äußere Mißerfolg? Weil nur ein wenn auch gewaltig großer Teil des Proletariats der Republik an dem Kampfe teilnahm, weil der Generalstreik nicht allgemein war und einige Gebiete von ihm unberührt blieben.

Und wer ist schuld an diesem Versagen eines großen Teiles des Proletariats?

Das Versagen und der Verrat eines großen Teiles der sozialdemokratischen Führer und der Gewerkschaftssekretäre!

Den tschechischen Rechtssozialisten brauchen wir weiter nicht viel Worte zu widmen. Sie haben einen großen Teil des tschechischen Proletariats so tief in den Sumpf der bürgerlich-nationalen Ideologie geführt und ihm das Klassenbewußtsein und die revolutionäre Gesinnung soweit ausgetrieben, daß sie jeden, auch den niederträchtigsten Verrat wagen werden.

Aber was taten unsere deutschen Rechtssozialisten, was tat die Mehrheit des Parteivorstandes, als dieser niederträchtige Verrat zu seiner letzten, lange vorbereiteten Tat schritt, als die Bajonette der Gegenrevolution das revolutionäre tschechische Proletariat niederwarfen und dieses Proletariat sich erhob, um als ein Vorposten der proletarischen Weltrevolution in einer so ernsten, entscheidenden Stunde die Sache des internationalen Proletariats und seine Ehre zu retten?

Was tat der Parteivorstand, als die deutschen revolutionären Proletarier des Reichenberger und Komotauer Gebiets schon mit im Kampfe standen, um ihre internationale Solidarität zu ihren tschechischen Brüdern durch die Tat zu zeigen?

Der Parteivorstand erklärte sich in seiner Mehrheit für an diesem Kampfe unbeteiligt, er forderte euch, Arbeiter und Arbeiterinnen, auf, neutral zu bleiben.

Arbeiter und Arbeiterinnen, bedenkt, was das heißt! Eine Arbeiterpartei, die sich revolutionär nennt, erklärt sich unbeteiligt, desinteressiert, wenn die Gegenrevolution dem revolutionären Proletariat den Krieg erklärt und es niederwerfen will! Ist es Neutralität, wenn man bei einem Generalstreik zum Weiterarbeiten auffordert? Noch niemals haben die Arbeiter das Arbeiten während eines Streiks anders denn als Streikbruch empfunden.

Wie immer die Haltung und die Beschlüsse des Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission gemeint sein mochten, in ihrer tatsächlichen Wirkung bedeuteten sie nichts anderes, als ein Zuhilfeeilen den ärgsten Gegnern des Proletariats, eine Parteinahme für die Gegenrevolution und damit einen Verrat an der Sache des revolutionären Proletariats. Den Leuten, die solchen Verrat am Klassenkampf des Proletariats begangen haben, darf die Führung der Par-

tei nicht länger anvertraut werden. Wenn die Arbeiterschaft ihre künftigen Schlachten nicht ganz verlieren will, braucht sie eine festorganisierte, geschlossene, mit revolutionärem Geist erfüllte Partei, deren Leitung nur ein Ziel kennt: die Zusammenfassung des klassenbewußten, revolutionären Proletariats aller Nationen dieses Staates zu einer einheitlichen internationalen Kampfpartei, Anschluß an die Kommunistische Internationale, Schaffung einer einheitlichen, internationalen kommunistischen Partei in der tschechoslowakischen Republik! Darum fordern wir den außerordentlichen Parteitag auf, mit den Sozialverrätern abzurechnen und die Partei vor die Wahl zu stellen: entweder den Weg der Revolution oder den der Gegenrevolution zu gehen. Einen Mittelweg gibt es nun nicht mehr.

Resolution der irländischen Bürgerarmee.

Auf einer Versammlung der irländischen Bürgerarmee in Dublin aus Anlaß der Feier des dritten Jahrestages der bolschewistischen Revolution wurde einstimmig die nachstehende Resolution angenommen:

Irland befindet sich gegenwärtig unter dem Druck einer Militärdiktatur: Mord, Raub und Verheerung ganzer Städte durch die bewaffneten Kräfte der englischen Regierung sind zur alltäglichen Erscheinung geworden. Da alle politischen Versammlungen unter Androhung härtester Strafe verboten sind, wird diese Versammlung im geheimen abgehalten.

Wir wissen, daß Resolutionen überhaupt von geringer Bedeutung sind. Wir geben uns jedoch der Hoffnung hin, daß die Resolution, die wir unter solchen Verhältnissen annehmen, einen klaren Beweis von der Bereitwilligkeit der irländischen Bürgerarmee bieten wird, ihre Worte in Taten umzusetzen. Diese Vorhut des irischen Proletariats wartet nur auf eine günstige Gelegenheit, um zu der Sache zu stoßen, für die ihre Brüder aus der Roten Armee kämpfen.

Die Versammlung fand unter dem Vorsitz des Gen. Connolly statt, der Hauptreferent war Gen. Mac. Alpine. Seiner Rede folgte eine Debatte, an der alle Mitglieder der Armee sich lebhaft und geschlossen beteiligten.

Die Resolution lautet wie folgt:

„Die Irländische Bürgerarmee, die die einzige Vertreterin der irländischen Arbeiterklasse auf militärischem Gebiet und die einzige Organisation im Lande ist, die sich die Verteidigung der wahren Interessen der Arbeiterklasse zur Aufgabe stellt, begrüßt die heldenmütige Rote Armee der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, beglückwünscht sie zu dem dreijährigen heldenmütigen Kampf gegen die militaristische und kapitalistische Reaktion im Innern des Landes und die Angriffe des auswärtigen kriegerisch-militaristischen Kapitals, sowie zum entschiedenen Erfolg im Kampf gegen die Armeen Koltschaks, Denikins, Judenitschs und Wrangels; sie sendet der Sowjetrepublik und den heldenmütigen werktätigen Massen Sowjetrußlands ihren herzlichsten brüderlichen Gruß, gibt ihrer ungeteilten Sympathie für den revolutionären Kampf zur Befreiung des Weltproletariats Ausdruck und lenkt die Aufmerksamkeit ihrer russischen Waffenbrüder auf den Kampf in Irland, der ja — wir glauben fest daran — nur ein Teil des in Rußland entflammten Weltkampfes ist. Beim Andenken der gefallenen Helden der revolutionären Völker Rußlands und Irlands und namentlich derjenigen, die ihr Leben in den Reihen der Roten Armee und der irländischen Bürgerarmee auf dem Schlachtfelde geopfert haben, schwört sie, in Kameradschaft, Brüderlichkeit und Kommunismus den Kampf mit allen Mitteln fortzusetzen, bis der volle Sieg der ausgebeuteten Massen über die Ausbeuter erreicht sein wird."

„Es lebe die Arbeiterrepublik und die Rote Armee Rußlands!"

„Es lebe die Arbeiterrepublik und die Rote Armee Irlands!"

„Es lebe die Arbeiterrepublik und die Rote Armee der Arbeiter der ganzen Welt!"

Aufruf des Vorstandes der Finnischen Gewerkschaftsorganisation.

Zum Schutze des unglücklichen ungarischen Proletariats gegen die Grausamkeit des Terrors.

In blinder Wut opferten die imperialistischen Mächte mehrere Jahre lang Millionen von Menschenleben auf dem Altar des kapitalistischen Eigennutzes. Sechs Jahre lang sammelten sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Menschenkräfte und nutzten die geistigen Fähigkeiten der Menschen aus, um die Ergebnisse jahrhundertelanger Arbeit zu vernichten. Der Sturm des Weltkrieges hat sich auch heute noch nicht gelegt. Denn es gibt Besiegte, aber keine Sieger.

Die Lüge, die die Augen des Weltproletariats blendete, als man es in den Tod führte, beginnt, sich zu zerstreuen. In ihrer ganzen fürchterlichen Nacktheit steht vor ihm die Wahrheit. Und diese Wahrheit spricht eine Sprache, die die Kapitalisten veranlaßt, alles zu wagen, nur nicht ihre Taten einzugestehen. Als sie den Weltkrieg begannen, wußten sie, daß der Einsatz viel zu hoch war. Sie hofften jedoch, daß der kommende Sieg den Einsatz decken würde. Sie haben sich geirrt, denn eine neue Kraft, die Arbeit, trat auf und strebt tatkräftig danach, die von den Schwindlern und Gaunern ergriffene Macht, die Geschicke der Völker zu lenken, in die eigenen Hände zu nehmen. Der Kampf hat begonnen, sein Ende ist unabsehbar. Mit tierischer Wut, mit den grausamsten Mitteln verteidigen die Kapitalisten ihre Stellung. Wo

der Augenblickssieg ihnen die Möglichkeit gibt, morden sie in blinder Raserei. Sie wissen, daß die Macht, welche sie ablösen wird, ihr Richter und Henker sein wird. Auf den unermeßlichen Ebenen Rußlands hat die Arbeit gesiegt. Wie Schakale irren die einstigen Machthaber an den Grenzen Rußlands umher und suchen eine Stelle, in die sie sich festbeißen könnten.

Dieselbe Hand jedoch, die früher den Stahl für das blutige Spiel dieser Raubtiere schmiedete, schmiedet nun den Panzer, der die russische Sowjetmacht schützt.

In den Ländern wie Finnland, Ungarn, Estland usw., die die Reaktion in ihrem Siegeszug durchzog, scheinen die Horden Attilas gehaust zu haben. Am traurigsten aber war das Schicksal Ungarns. Fast zwei Jahre lang war es ein Land des Schreckens. Haarsträubende Nachrichten gelangen von dort zu uns. Ein bedeutender Teil der Arbeiter und ihrer Führer ist ermordet. Die Gefängnisse sind von Arbeitern überfüllt. Die Arbeiterorganisationen sind gewaltsam aufgelöst worden. Mit den Händen ihrer Helfershelfer tötet die nichtswürdige Bande aristokratischer Räuber, die die Macht ergriffen hat, die aktiven Proletarier im ganzen Lande und sogar jenseits der Landesgrenzen.

Genossen! Die Wehklage des um Hilfe rufenden ungarischen Proletariats dringt in alle Länder. Diese Genossen, die der Weltkrieg zu Krüppeln gemacht hat, erhalten nun von ihrer Bourgeoisie den „Heldenlohn". Wie aus dem Füllhorn schüttet die Horthyregierung Todesurteile auf die Häupter der heldenhaften Vertreter der Arbeiterklasse. Vor kurzem wurde über die ungarischen Volkskommissare das Todesurteil gefällt.

Die Bluttaten mehren sich von Tag zu Tag, und schweigend sieht die ganze „zivilisierte" Welt diesem Schrecken zu. In unersättlichem Blutdurst reibt sie sich die Hände, denn nicht mehr Gold, nur Blut kann ihren Durst jetzt stillen.

Genossen! Überall, in allen Ländern der Welt erheben sich die Arbeitermassen zu Protestkundgebungen gegen den ungarischen Terror. Von dem Weltproletariat hängt es ab, dieser endlosen Reihe von Bluttaten ein Ende zu machen. Nur das Weltproletariat ist imstande, der fürchterlichen Hydra, dem ungarischen Kapitalismus, den Kopf abzuhauen.

Die Allfinnische Gewerkschaftsorganisation, die alle gewerkschaftlich organisierten finnischen Arbeiter in ihren Reihen vereinigt, drückt den Machthabern Ungarns ihren tiefen Abscheu und Haß für die von ihnen verübten Blut- und Greueltaten aus. Sie ist überzeugt, daß die Totenglocken, die jetzt die bürgerliche Gesellschaft zu Grabe läuten, dem Proletariat Ungarns und der ganzen Welt eine neue Morgenröte verkünden.

Helsingfors, 21. Januar 1921.

Der Vorstand
der Finnischen Gewerkschaftsorganisation.

Gruß und Aufruf an die Arbeiterinnen und Arbeiter der ganzen Welt.

Genossen! Die dritte Konferenz von Vertretern der Gouvernementsorganisationen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen der Kommunistischen Partei Rußlands sendet Euch, Arbeiterinnen und Arbeiter der ganzen Welt, ihren Brudergruß.

Schon drei Jahre lang wehren wir, von einem Ring feindlicher kapitalistischer Länder umschlossen, die Angriffe der Welträuber ab und bauen unter unsagbaren

Schwierigkeiten und Hindernissen die neue kommunistische Gesellschaft auf.

Wir haben es schwer. Lange haben wir Entbehrungen, Hunger, Krankheit — alle Qualen, alle Unbill der Übergangszeit erduldet. Wir russischen kommunistischen Arbeiterinnen verlieren jedoch nicht den Mut. Wir sehen, wie unsere werktätige Sowjetrepublik mit jedem Tage mehr erstarkt, wir sehen, daß die proletarische Diktatur unerschütterlich fest steht.

Die Erfolge der roten Truppen haben unsere erbittertsten Feinde gezwungen, ihre Hauptstreitkräfte von der roten Front zurückzuziehen. Diese Erfolge haben es möglich gemacht, unsere Truppen zur Hebung der Produktion im Lande, zur Wiederherstellung der Industrie und Entwicklung der Landwirtschaft auszunutzen.

Wir haben es schwer. Trotzdem aber, Genossinnen, Arbeiterinnen der bürgerlichen Länder des Westens und des Orients, würden wir unsere revolutionäre Verteidigung nicht gegen das scheinbare Wohlleben der Proletarier anderer Länder eintauschen.

Ihr leidet nicht weniger als wir unter den Folgen des blutigen Krieges und der Zerrüttung der Weltwirtschaft, aber Eure Leiden sind z i e l l o s. Ihr habt keinen Ausweg, s o l a n g e d i e M a c h t n i c h t i n E u r e n H ä n d e n i s t. Wir haben schwere Opfer zu tragen, dafür aber sind wir frei. Wir leisten schöpferische Arbeit, wir bauen ein neues Leben auf. Jede übrige Stunde, die die bürgerliche Welt weiterbesteht, bringt Euch, Schwestern und Genossinnen, neue Qualen, verschärfte Leiden. Jede Stunde, die Sowjetrußland weiterbesteht, bringt uns Erleichterung in unseren Leiden, in der Zerrüttung und Anarchie der Produktion, in den Ungerechtigkeiten der früheren kapitalistischen Welt.

Genossinnen! Arbeiterinnen! Noch immer seid Ihr Opfer einer doppelten Versklavung: das Kapital unterjocht Euch, die Gesetze und Gepflogenheiten der bürgerlichen

Lebensweise drücken Euch. Wir hingegen, die Arbeiterinnen und Bäuerinnen des werktätigen Rußlands, sind frei vor dem Gesetz und im Leben; wir errichten den Kommunismus und schmieden unsere volle Befreiung.

Genossen, Schwestern und Brüder, die Ihr verarmt seid und Hunger leidet, die Ihr unter dem Druck des Kapitalismus verschmachtet, werdet Ihr noch lange das Joch unserer gemeinsamen Feinde dulden? Werdet Ihr noch lange Eure nutzlosen Leiden tragen? Je länger Ihr die Revolution aufschiebt, umsomehr wächst der Verfall der Volkswirtschaft: Eure Leiden verzehnfachten sich. Zögert nicht länger! Erhebt das Banner des Aufstandes! Wir tragen es stolz voraus, gemeinsam mit unseren Brüdern, aber wir warten auch auf Eure Unterstützung. Wir glauben an die Nähe der Weltrevolution der Arbeiter, wir glauben an Eure wachsende Kampfbereitschaft. Rechtfertigt unsere Hoffnung, erhebt die sicherste Kampfwaffe der Arbeiterklasse — die Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt! Organisiert Euch um das rote Banner des Kommunismus! Nehmt alle Macht in Eure Hände! Wir rufen Euch von aussichtslosen Qualen zu entschlossenem Kampf, zum Aufbau eines neuen Lebens unter der Diktatur der Arbeiterklasse.

Nieder mit dem Joch der Bourgeoisie und der Eigentümer!

Nieder mit der Sklaverei der Arbeiterinnen und Arbeiter unter der Herrschaft des Kapitals!

Es lebe die Diktatur der Arbeiterklasse, verwirklicht durch die Sowjets!

Es lebe der Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder unter dem Banner der Kommunistischen Internationale!

Es lebe die Weltrevolution der Arbeiter!

Gruß an die geliebte Führerin und Mitkämpferin, Genossin Clara Zetkin.

Die in Moskau tagende Allrussische Konferenz von Vertretern der Gouvernementsorganisationen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen sendet Ihnen, unserer geliebten Führerin und Mitstreiterin im Kampf für die hehre Sache der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus, für die Befreiung der Frau von den Überresten und Traditionen der bürgerlichen Ordnung, für den Triumph des Kommunismus ihren herzlichsten Gruß!

Ihr Besuch im werktätigen Sowjetrußland hat einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen. Er hat uns bestärkt in der Überzeugung von der Richtigkeit unserer Stellung, bestärkt in der Aufgabe unserer Organisationen, die Arbeiterinnen, die Bäuerinnen, und die intellektuellen werktätigen Frauen in den ruhmreichen Kampf für den Kommunismus hineinzuziehen und unsere schöpferische Initiative überall dorthin zu tragen, wo von der Befreiung der Frau vom Sklaventum die Rede ist. Ihr Besuch wird zwischen uns und dem deutschen Proletariat ein lebendiges Band knüpfen. Durch Sie richten wir an die deutschen Genossen, die Arbeiterinnen und Arbeiter unsern Aufruf, die Sklavenketten des Kapitalismus abzuschütteln, mit vereinten Kräften unter dem roten Banner der revolutionären kommunistischen Partei der Welt die Macht in ihre Hände zu nehmen und in dem von den Kapitalisten und Eigentümern befreiten Deutschland die Diktatur der Arbeiterklasse zu verkünden!

Es lebe die Verbrüderung der Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Es lebe die Diktatur der Arbeiterklasse, verwirklicht durch die Sowjets!

Es lebe die Weltrevolution der Arbeiter!

Aus den Protokollen des Exekutivkomitees.

Sitzungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale am 9., 10. u. 14. Januar.

Die Plenarsitzungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale fanden unter dem Vorsitz des Gen. Sinowjew statt.

Die Tagesordnung dieser Sitzungen war folgende:

1. Internationale Gewerkschaftskonferenz.
2. Die Lage in Oesterreich.
3. Die Lage in Italien.
4. Der Kongreß der Französischen Sozialistischen Partei in Tours.
5. Die Kommunistische Bewegung in Dänemark.
6. Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (V. K. P. D.) und die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (K. A. P. D.).
7. Bericht über die Lage in Georgien.
8. Organisationsfragen.
9. Die Orientfrage.
10. Der ökonomische Boykott Spaniens.

In seiner Einleitungsrede zum ersten Punkt der Tagesordnung deutete Genosse S i n o w j e w darauf hin, daß mit

dem Kongreß der Italienischen Sozialistischen Partei eine ganze Epoche der Realisierung der Beschlüsse des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale in den politischen Parteien zu Ende gehe. Der Schwerpunkt unserer Arbeit wird hiermit auf die Eroberung der letzten Feste der Opportunisten — dieser gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse — nämlich auf die Eroberung der Gewerkschaften verlegt. Gen. Sinowjew unterbreitet eine Reihe praktischer Vorschläge, die nach einer kurzen Diskussion angenommen werden. Die Exekutive formuliert ihre Wünsche an den internationalen Gewerkschaftsrat folgendermaßen: a) der internationale Gewerkschaftsrat beruft zum 1. Mai 1921 in Moskau eine internationale Gewerkschaftskonferenz ein; b) zur Beteiligung an der Konferenz werden alle Gewerkschaften und ähnliche Organisationen (oder auch Teile von Organisationen) eingeladen, die gegen die Gelbe Amsterdamer Internationale und für die Vereinigung der revolutionären Gewerkschaften sind; c) die Tagesordnung der Konferenz wird die folgende sein: 1. Berichte; 2. die Rolle der Gewerkschaften in der Uebergangsperiode zum Sozialismus; 3. Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeiterräte; 4. die Gewerkschaften und die Kontrolle der Produktion (die Sozialisierung in der Auffassung der Reformisten); 5. die Gewerkschaften und die Kommunistische Internationale; 6. Organisationsfragen: a) internationaler Streikfonds; b) der Föderalismus und der Zentralismus in der Gewerkschaftsbewegung; c) die internationalen Föderationen der einzelnen Gewerkschaften; 7. Wahlen.

Im Laufe der Debatte ist besonders hervorgehoben worden, daß sich die Vertreter aller revolutionären Schattierungen der Gewerkschaftsbewegung an der Konferenz zu beteiligen hätten.

Der Bericht über die Lage in Oesterreich wurde vom Vertreter der K. P. Österreichs, Genossen Steinhardt, gegeben. Der Berichterstatter verweilte hauptsächlich bei

den letzten Parlamentswahlen. Wie bekannt, agitierte die K. P. Oesterreichs die ganze Zeit für den Boykott der Wahlen und entschloß sich erst im letzten Augenblick, sich dem Beschluß des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale zu fügen, und an den Wahlen teilzunehmen. Die Partei erhielt kein einziges Mandat und sammelte nur 30 000 Stimmen; auch auf den bald darauf stattgefundenen Wahlen in die Arbeiterräte hatte die Partei einen großen Verlust zu verzeichnen; statt eines Fünftels der Totalanzahl der Sitze erhielt sie diesmal nur ein Zwölftel. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die österreichischen Genossen unter ausnahmsweise schweren Bedingungen gegen die geschlossene Front der von den Sozialverrätern unterstützten Bourgeoisie zu kämpfen haben. Uebrigens hat sich jetzt von der Sozialdemokratischen Partei eine ganze Gruppe abgespalten, die „Arbeitergenossenschaft der revolutionären Sozialdemokraten", die eine beträchtliche Mitgliederzahl hat und sich der K. P. Oesterreichs anzuschließen beabsichtigt. Sehr bezeichnend ist es, daß die Spaltung der Sozialdemokraten auf dem Boden der Arbeit in den Arbeiterräten stattgefunden hat.

In der Diskussion über den durch die interessanten Mitteilungen des eben aus dem Auslande eingetroffenen Genossen N. vervollständigten Bericht wies Gen. Varga auf die Abnormität der Erscheinung hin, daß das Verhältnis zwischen der Partei und den Massen gänzlich von der Stellung der Partei in einer solchen untergeordneten Frage wie der Parlamentarismus abhängig gemacht werde. Gen. Bucharin bezeichnete die gegenwärtige Periode in Oesterreich als die Periode des Verfalls und der Zersetzung; der dort jetzt vor sich gehende Prozeß des wirtschaftlichen Absterbens ruft in allen Klassen der österreichischen Gesellschaft eine zerfahrene und hoffnungslose Stimmung hervor, die sich teilweise auch unserer österreichischen Genossen bemächtigt hat. Die Partei muß diesen Pessimismus von sich abschütteln, sie muß den

Glauben an sich und an die Revolution wiedergewinnen und inmitten des allgemeinen Verfalls und der Mutlosigkeit der Arbeiterklasse eine bestimmte klare, revolutionäre Perspektive vor Augen halten.

In Uebereinstimmung mit Gen. Bucharin hat die Versammlung beschlossen, sich an das österreichische Proletariat und die K. P. Oesterreichs mit Aufrufen zu wenden, in denen die Auffassungen der Exekutive über die Lage in Oesterreich und die nächsten Aufgaben der K. P. Oesterreichs zum Ausdruck kommen sollen.

Ueber die Lage in Italien berichtete Gen. Sinowjew. In der Partei, deren Kongreß am 15. Januar eröffnet werden soll, lassen sich drei große Fraktionen erkennen: die kommunistische, an deren Spitze Bombacci und Bordiga stehen; die Fraktion Serrati, die immer mehr nach rechts abschwenkt und — trotz ihrer großen revolutionären Phraseologie — von den Reformisten unterstützt wird, und endlich die Fraktion der Reformisten reinsten Wassers, die ihre ganze Hoffnung auf Serrati setzt. Dann gibt es noch die kleine Fraktion Graciadei, die zwischen den wirklichen Kommunisten und dem Zentrum Serratis steht; auf dem Kongreß wird sie wahrscheinlich zusammen mit den Kommunisten stimmen. Welches Verhältnis sich gegenüber unseren Richtlinien auf dem Kongreß ergeben wird, ist von hier aus schwer zu beurteilen; es ist möglich, daß wir in der Minderheit bleiben werden. Obwohl Serrati sich Kommunist nennt und freundschaftliche Briefe nach Moskau schreibt, verteidigt er in Wirklichkeit in seiner Zeitung die Reformisten und verbreitet blödsinnige Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten zwischen Radek und Lenin usw. Er rollt in letzter Zeit immer schneller die schiefe Ebene herunter.

Der von Sinowjew verlesene Entwurf eines Briefes an den italienischen Kongreß*) wird einstimmig angenommen.

*) Dieser Brief ist bereits in den Zeitungen veröffentlicht worden.

Die Sitzung vom 10. Januar wird mit einem Bericht des Gen. Rosmer über den soeben stattgefundenen Kongreß der Französischen Sozialistischen Partei in Tours eröffnet. Gen. Rosmer weist darauf hin, daß er von der Partei selbst bisher keine unmittelbaren Mitteilungen erhalten habe. Die von uns in Tours erlangte Mehrheit ist noch bedeutender, als man es nach der Abstimmung in den einzelnen Föderationen erwarten konnte. In der Analyse dieser Mehrheit fallen uns zwei interessante Erscheinungen auf: erstens stimmten für die Kommunistische Internationale große Gruppen aus den landwirtschaftlichen Bezirken Frankreichs, deren Bevölkerung, wenn man den rechten Sozialdemokraten Glauben schenkt, alle wie ein Mann gegen Sowjetrußland ist; zweitens traten besonders einstimmig für den Anschluß die industriellen Bezirke (Seinedepartement, Pas-de-Calais u. a.), die sich durch mächtige gewerkschaftliche Organisationen auszeichnen, ein. Die stattgefundene Spaltung hat die Partei von allen rückständigen Elementen gereinigt. Longuet, den man sich so eifrig bemühte, nach links hinüberzuziehen, ist zu seinen rechten Freunden gegangen. Die Mehrheit der parlamentarischen Fraktion ist ebenfalls, wie zu erwarten war, nach rechts gegangen. Das Auftreten Clara Zetkins, die trotz aller Polizeiverbote auf dem Kongreß erschienen war, hat den größten Eindruck gemacht.

Nach Anhören dieses Berichtes hat die Exekutive beschlossen, an die Französische Kommunistische Partei eine Begrüßung zu richten und der Genossin Clara Zetkin für ihr mutiges Auftreten auf dem Kongreß Dank auszusprechen.

Ueber die kommunistische Bewegung in Dänemark erstatteten Bericht die dänischen Delegierten: Gen. J. von der K. P. Dänemarks und Gen. J. von der syndikalistischen Opposition der dänischen Gewerkschaften.

Die Kommunistische Partei Dänemarks wurde im November 1919 aus drei Gruppen gebildet: der Sozia-

listischen Arbeiterpartei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und dem Sozialistischen Jugendverbande. Die Partei zählt zirka 3000 Mitglieder und gibt eine tägliche Zeitung „Arbejdet" heraus. Bei den letzten Parlamentswahlen erhielt die Partei 5200 Stimmen. Die gewerkschaftliche Opposition zählt nur 700 Mitglieder; aber ihr Organ „Solidaritet", das seit 1911 existiert, hat eine Auflage von 7—8000 Exemplaren. Die syndikalistischen Tendenzen, die in der Opposition früher die Oberhand hatten, verschwinden allmählich. Einer der angesehensten Führer der Gruppe, Chr. Christensen, veröffentlichte vor kurzem im „Solidaritet" eine Reihe Aufsätze über den „21. Punkt", in denen er seine volle Uebereinstimmung mit den Richtlinien der Kommunistischen Internationale kundgibt. Die Zentralleitungen der Partei und der Opposition haben jetzt beschlossen, einen Versuch in der Richtung der Vereinigung auf föderativer Basis zu unternehmen. Die von ihnen ausgearbeitete Vereinbarung geht im wesentlichsten auf folgendes hinaus: Beide Organisationen bilden die „Kommunistische Föderation Dänemarks" mit einem gemeinsamen Organ, welches in voller Uebereinstimmung mit allen Resolutionen des Zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und ihren Beschlüssen redigiert werden muß. Beide Organisationen behalten einstweilen ihr Programm. Die Zeitungen „Arbejdet" und „Solidaritet" werden geschlossen. Die gewerkschaftliche Organisation tritt sofort der Roten Gewerkschaftsinternationale bei.

In Ergänzung der Berichte der dänischen Genossen teilte Gen. Kobetzki der Versammlung mit, daß er einen Brief des berühmten dänischen Schriftstellers und proletarischen Dichters Martin Andersen-Nexö erhalten hätte, in welchem der Dichter die Exekutive der Kommunistischen Internationale herzlichts begrüßt und sie bittet, der Vereinigung der dänischen Genossen auf der Grund-

lage einer von ihr ausgearbeiteten Vereinbarung ihren Beistand zu gewähren.

Auf Vorschlag des Gen. Bela Kun wählt die Exekutive eine Kommission aus drei Mitgliedern zum sorgfältigen Studium dieser Frage. In der Sitzung des 14. Januar erstattete der Vorsitzende der Kommission Bericht. Die Kommission, an der sich auch die dänischen Delegierten beteiligten, hat das Projekt der Vereinbarung einstimmig angenommen und einige Aenderungen hinzugefügt. Der wichtigste der abgeänderten Vereinbarungsparagraphen wurde von der Kommission folgendermaßen formuliert: Provisorisch (die ganze Föderation trägt einen provisorischen Charakter) treten alle kommunistischen Zellen der aus Mitgliedern beider Organisationen bestehenden Gewerkschaften der gewerkschaftlichen Organisation bei, wobei indessen für die Zellenmitglieder, die der Partei angehören, die vom Zentralkomitee der Partei ausgehenden Richtlinien stets bindend sind.

Sodann wurde die Frage der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands behandelt. Der Grund zur abermaligen Behandlung dieser Frage war der von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands an die Exekutive gerichtete Brief mit einem Protest gegen die Aufnahme der K. A. P. D. in die Internationale als sympathisierende Partei. Die Zentrale begründet ihren Protest mit folgenden Erwägungen: 1. die K. A. P. D. ist keine revolutionäre Partei, denn in den Ländern, wo das nächste Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse der Kommunismus ist, ist jede nicht kommunistische Partei keine revolutionäre Partei; 2. die K. A. P. D. ist eine aussterbende Partei, und der Beschluß der Exekutive erhält sie künstlich am Leben; 3. im Kampfe gegen die fehlerhafte Taktik der K. A. P. D. werden die deutschen Kommunisten jetzt ihrer Hauptwaffe beraubt sein, nämlich

der Möglichkeit, sich auf die Autorität der Exekutive der Kommunistischen Internationale zu berufen.

Dieser Protest zog lebhafte Debatten nach sich. Gen. Steinhardt unterbreitet den Vorschlag, von der K. A P. D. zu fordern, sie solle in ihrer Polemik gegen die V. K. P. D. die Grenzen des kameradschaftlichen Tones nicht überschreiten. Die Genossen Marchlewski und Schablin bestehen auf der Notwendigkeit, bevor ein endgültiger Beschluß gefaßt wird, sich mit der Presse der K. A. P. D. seit der Zeit ihrer Aufnahme in die Kommunistische Internationale bekannt zu machen. Gen. Sinowjew sprach sich dafür aus, den bereits gefaßten Beschluß bestehen zu lassen. Seiner Meinung nach ist der Protest der V. K. P. D. gänzlich verfehlt. Indem sie die K. A. P. D. provisorisch als sympathisierende Partei aufgenommen hat, hat die Exekutive durchaus in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Zweiten Kongresses gehandelt. Wenn wir eine scharfe Grenzlinie zwischen uns und den rechten, reformistischen Elementen ziehen, so müssen wir die größte Toleranz den revolutionären Arbeitergruppen, die sich für „linke" halten, an den Tag legen, selbst wenn diese Gruppen ihre anarcho-syndikalistischen Verirrungen noch nicht ganz abgeschüttelt haben. Der Kern der K. A. P. D. besteht aus wirklich revolutionären Arbeitern. In der letzten Zeit hat die Partei einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zum Kommunismus gemacht, indem sie Laufenberg, Wolffheim und Otto Rühle ausgeschlossen hat. Es ist kein so großes Unglück, daß die K. A. P. D. unsere deutschen Genossen kritisiert. Die V. K. P. D. ist durchaus nicht unfehlbar: wir wollen nur an ihr Verhalten während der Kapptage und des letzten Streiks der Berliner Elektrizitätsarbeiter erinnern. In unserer Resolution sagen wir klar und deutlich, daß wir die V. K. P. D. für die einzige bevollmächtigte Sektion der Kommunistischen Internationale in Deutschland halten, und wir schlagen den Mitgliedern der K. A. P. D. vor, jetzt schon in diese Partei

einzutreten. Wir sagen, daß wir die Taktik der K. A. P. D., besonders in der Frage der Gewerkschaften und des Parlamentarismus, für verkehrt halten. Indem wir sie in unsere Mitte aufnehmen, weisen wir ihr den Weg zur Vereinigung mit der V. K. P. D.

In Italien sehen wir jetzt die Bestätigung der Richtigkeit unserer Taktik gegenüber den Linken und den Rechten: während d'Aragona, dessen Ausschluß aus der Partei wir nicht aufgehört haben zu fordern, jetzt in den bürgerlichen Paritätskommissionen sitzt und auf jede Weise die revolutionäre Bewegung bremst, sitzt der von uns aufgenommene Armando Borghi im Gefängnis, vor dessen Mauern die Arbeiter revolutionäre Kundgebungen veranstalten.

Nach einer Debatte wird der Vorschlag des Gen. Sinowjew von allen gegen eine Stimme, bei einer Stimmenthaltung angenommen, die frühere Resolution über die K. A. P. D. zu bestätigen und sich an die V. K. P. D. mit einem Brief in dieser Angelegenheit zu wenden; gleichfalls wird der Vorschlag Gen. Bela Kuns über die Veröffentlichung der stenographischen Berichte der Exekutivsitzungen vom 24. und 28. November, in denen die Frage der Aufnahme der K. A. P. D. in die Internationale behandelt wurde, angenommen.

Sodann verliest der Vorsitzende außerhalb der Tagesordnung ein an die Exekutive gerichtetes Begrüßungstelegramm der kommunistischen Parlamentsfraktion Estlands.

Gruß an die Kommunistische Internationale.

Nach langem und schwerem Kampfe ist es den estnischen Genossen gelungen, ihre Vertreter in das bürgerliche Parlament zu bringen. Damit werden die parlamentarischen Schwätzer gezwungen werden, Arbeiter anzuhören. Die Kommunistische Fraktion des estnischen Parlaments sendet brüderliche Grüße an die Kommunistische

Internationale als die einzige Vertreterin des organisierten Klassenproletariats der ganzen Welt.

Reval, 1. Januar 1921.

Im Namen der Fraktion:

Vorsitzender: (Unterschrift.) *Sekretär: (Unterschrift.)*

Es wird einstimmig der Beschluß angenommen, an die estnischen Genossen einen warmen Gruß zu richten.

„Die Exekutive der Kommunistischen Internationale sendet den revolutionären Arbeitern Estlands und ihrer kommunistischen Fraktion ihren brüderlichen Gruß.

Der Kommunismus hat einen großen moralischen Sieg in einem Lande davongetragen, in dem ein Häuflein von gelben Sozialdemokraten unterstützter Bourgeois mit Hilfe des weißen Terrors wirtschaftet.

Es leben die estnischen Kommunisten."

Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.

In der Sitzung vom 14. Januar erhält zuerst das Wort Gen. Zchakaja, der kurz die Lage in Georgien schildert. Diese sozialistische Republik, auf die die Führer der Zweiten Internationale so stolz sind, steht am Vorabende einer vollständigen wirtschaftlichen Katastrophe: Produktion gibt es keine, eine Massenhungersnot hat sich bisher nur dank den Ueberresten früherer Ernten vermeiden lassen. Jetzt ist alles aufgezehrt und einige Gouvernements hungern bereits. Die Regierung hält sich bis jetzt noch, weil die Kommunistische Partei keinen genügend starken Apparat besitzt. Die Kommunistische Partei Georgiens hat sich immer noch nicht von dem Schlage erholt, den ihr die gewaltsame, durch den Friedensvertrag zwischen Sowjetrußland und Georgien auferlegte Trennung von der Kommunistischen Partei Rußlands versetzt hat. Die sozialdemokratische Regierung führt einen erbitterten

Kampf gegen die kommunistische Bewegung, indem sie unsere Genossen ausweist und verhaftet, unsere Zeitungen schließt usw. Dessenungeachtet wächst die Zahl unserer Anhänger in Georgien mit jedem Tage. Unlängst fand in Tiflis die Parteikonferenz und die Konferenz der Druckereiarbeiter statt, auf denen die Menschewiki trotz der polizeilichen Unterstützung seitens der Regierung nur die Mehrheit von einer Stimme (263 gegen 262) erhielten; gewählt wurden 7 Kommunisten, 6 Menschewiki und 2 Vertreter anderer Parteien. Die stärkste der Gewerkschaften — der Eisenbahnerverband — ist ebenfalls vom Bolschewismus „durchseucht". Gen. Zchakaja beendet seinen Bericht mit der Bitte, die georgischen Genossen zu unterstützen und sich mit einem besonderen Aufruf im Namen der Exekutive an sie zu wenden. Auf den Vorschlag des Gen. Sinowjew nimmt die Exekutive einstimmig die Resolution an, die einen brüderlichen Gruß an die georgischen Genossen enthält und die menschewistische Regierung Georgiens, sowie die sie unterstützenden Führer der Zweiten Internationale brandmarkt.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat in ihrer Sitzung vom 14. Januar folgende Resolution angenommen:

„Nachdem die Exekutive der Kommunistischen Internationale den Bericht des Vertreters der Kommunistischen Partei Georgiens, Gen. Zchakaja, angehört hat, sendet sie den georgischen Genossen, die zu Hunderten in den Gefängnissen der georgischen Verräterrepublik schmachten, ihren brüderlichen Gruß.

An der Spitze dieser von den Herren Sozialdemokraten als das demokratische Paradies besungenen Republik steht die zur zweiten Internationale gehörende Partei der Menschewiki. Hinter dem Rücken der regierenden menschewistischen Henker stehen nicht nur die direkten Agenten der Entente, sondern die angesehensten Führer der

Zweiten Internationale mit Vandervelde, Renaudel und Kautsky an der Spitze.

Die Arbeiter der ganzen Welt müssen wissen, daß es kein Verbrechen gegen die Arbeiter und Bauern gibt, das die Anhänger der Zweiten Internationale nicht vollbringen würden, wenn es für die Interessen der Bourgeoisie notwendig ist."

Der Berichterstatter zur nächsten Frage der Tagesordnung — Organisation der Arbeit in der Exekutive — Gen. Sinowjew, weist darauf hin, daß der in einigen Tagen stattfindende Kongreß der Italienischen Sozialistischen Partei eine ganze Epoche der Arbeit der Kommunistischen Internationale abschließt, — die Periode der Diskussion der Resolutionen des Zweiten Kongresses und der Konsolidierung der großen kommunistischen Parteien in Deutschland, Frankreich, Italien. Es beginnt nun eine neue Periode, in der wir unser Hauptaugenmerk auf die Organisation der Arbeit richten müssen. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien ihre Vertreter in der Exekutive haben, daß diese Vertreter die Möglichkeit haben, in dauerndem Kontakt mit ihren Parteien zu stehen und die erhaltenen Mitteilungen der Exekutive unterbreiten; daß das engere Büro sich nicht nur mit Aufrufen begnügt, sondern in dauernder Korrespondenz mit den Zentralen der betreffenden Parteien steht; es ist endlich notwendig, unter Berücksichtigung der Erfahrungen der fortschreitenden Weltrevolution die einzelnen Punkte unseres Programms ausführlich auszuarbeiten. Gen. Sinowjew schlägt daher vor: 1. alle Parteien aufzufordern, ihre Vertreter in die Exekutive zu senden; 2. das engere Büro auf sieben Mitglieder zu erweitern, nämlich außer den jetzt ihm angehörenden vier Mitgliedern noch die Genossen Bela Kun und Rosmere hineinzuwählen; als siebentes Mitglied soll der Vertreter der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt werden; 3. zwei Kommissionen zur

detaillierten Ausarbeitung der einzelnen Punkte des Programms zu wählen: eine Kommission für die Agrarfrage und eine für die Nationalitätenfrage.

Zu diesem Vorschlag werden folgende Zusatzanträge unterbreitet: Gen. Schablin macht den Vorschlag, anstatt der Agrarkommission oder neben derselben eine Kommission zum Studium der Lebensbedingungen in den kapitalistischen Ländern zu ernennen; Gen. Schatzkin macht den Vorschlag, das engere Büro solle der Exekutive über seine Tätigkeit Bericht erstatten.

Der Vorschlag des Gen. Sinowjew wird mit beiden Zusatzanträgen angenommen.

Auf Vorschlag des Gen. Sinowjew wird eine Kommission aus den Genossen Schablin, Janson und Steinhardt gewählt, die den Auftrag erhält, einlaufende Klagen zu untersuchen und Maßnahmen zur Beseitigung etwaiger Fehler in der Arbeit der technischen Organe zu treffen. Sodann wird ein an Gen. Sinowjew vom Büro der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gerichteter Brief verlesen:

„Herr Vorsitzender! Anbei übersenden wir Ihnen in französischer und deutscher Sprache ein Exemplar der auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß in London vom 22.—27. November angenommenen Resolution. Wie Sie wahrscheinlich schon in den Zeitungen gelesen haben, ist diese Resolution mit einer übergroßen Mehrheit angenommen worden; nur Italien und Norwegen haben gegen sie gestimmt. Diese Resolution bestimmt unser Verhältnis zu Ihrer Internationale.

Aus dieser Resolution werden Sie ersehen, daß wir nicht geneigt sind, die von Ihnen gegen uns verbreiteten Verleumdungen unerwidert zu lassen; wir werden auch weiterhin die Interessen von ca. 30 Millionen Arbeitern vertreten, genau wie wir es bisher getan haben, d. h. in dem Geiste, in dem jede selbständige gewerkschaftliche Bewegung arbeiten muß, nämlich: wir werden uns nicht

— wie es die von Ihnen ins Leben gerufene Gewerkschaftsinternationale tut — dem Kommando einer politischen Partei unterwerfen.

Sollte es Sie oder andere Führer der von Ihnen vertretenen Gewerkschaftsbewegung interessieren, ausführlichere Mitteilungen über unsere Bewegung zu erhalten, die Sie vielleicht davon überzeugen würden, daß Sie bisher Ihrer eigenen Sache und der Sache des Proletariats nur Schaden zugefügt haben, so sind wir gern bereit, Ihnen jederzeit diese Mitteilungen zur Verfügung zu stellen, jedoch unter der Bedingung, daß Sie uns gegenüber ebenso handeln werden, wie wir es Ihnen gegenüber tun, nämlich, daß Sie jedenfalls von der Erwägung ausgehen werden, daß wir, was immer wir auch unternehmen, ehrliche Absichten verfolgen und uns nur von einem gemeinsamen Ziele leiten lassen — dem Proletariat nützlich zu sein und ihm aus seiner elenden Lage zu helfen. Nur eine solche Grundlage kann unserer Auffassung nach zum Verständnis unserer gemeinsamen Ziele führen und vielleicht auch zum Anschluß der russischen Gewerkschaften an unsere Internationale. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß Sie diese Resolution und den Brief den Mitgliedern des Präsidiums der Kommunistischen Internationale bekannt geben werden.

L. Jouhaux, Edo Fimmen,
J. Oudegeest.

Anläßlich dieses Schreibens wird einstimmig folgende Resolution angenommen: Herrn Jouhaux u. a. aufzufordern, bei den ihnen freundlich gesinnten Regierungen die Einwilligung zur Abhaltung von Versammlungen in allen europäischen Zentren — London, Paris, Amsterdam — durchzusetzen, um Diskussionen zwischen „Amsterdam" und der Kommunistischen Internationale zu ermöglichen.

In seinem Bericht über die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Osten macht Gen. Sokolnikow

vor allem darauf aufmerksam, daß die Sympathien der Bourgeoisie und der Grundbesitzer des Ostens zu Sowjetrußland sehr wenig dauerhaft sind; diese Sympathien sind durch ihren Haß gegen die Entente hervorgerufen, aber letzterer ist bedeutend schwächer als die Furcht vor den werktätigen Massen der eigenen Länder; dadurch erklärt sich die Tatsache, daß unsere militärischen Verbündeten im Osten bei der ersten besten Gelegenheit Bündnisse mit unseren Feinden — den Ententemächten — eingehen. Bei der Behandlung der Frage, wer der wirkliche Träger der Revolution im Osten ist, müssen wir vor allem den Standpunkt aufgeben, als ob der Osten etwas Ganzes und Einheitliches darstelle. Wie bekannt, bringt der Kapitalismus eine gewisse Einförmigkeit der gesellschaftlichen Beziehungen der verschiedenen Länder mit sich, aber der Osten ist noch beinahe gar nicht vom Kapitalismus berührt. Die Großindustrie ist lediglich in Indien entwickelt, und da wird als Träger und Führer der national-demokratischen Revolution unbedingt das Proletariat auftreten. Von den übrigen Ländern des nahen Ostens — Persien, Buchara, Afghanistan u. a. — kann man im allgemeinen sagen, daß dort die Bauernschaft die unterdrückte Gesellschaftsklasse bildet und die Revolution daher eine agrarische sein wird. Wir müssen uns in unserer Arbeit im Osten vor jeder Schablonisierung hüten und alle Eigenheiten der gesellschaftlichen Beziehungen in jedem einzelnen Lande sorgfältig abwiegen.

Die Diskussion über den Bericht des Gen. Sokolnikow wird bis zur nächsten Exekutivsitzung aufgeschoben, und das Wort erhält Gen. Rosmere zu einer außerordentlichen Mitteilung über den wirtschaftlichen Boykott Spaniens:

Gen. R o s m e r e berichtet, einen Aufruf der Spanischen Konföderation der Arbeit erhalten zu haben, worin gegen den Regierungsterror gegenüber den Arbeiterorganisationen Protest erhoben wird: die Arbeiterzeitungen werden geschlossen, die Gewerkschaften aufgelöst, Versammlungen

auseinandergejagt, tausende Revolutionäre und einfache Arbeiter werden verhaftet nur, weil sie der Organisation angehören. Die Konföderation der Arbeit fordert die Arbeiter aller Länder auf, zum Zeichen des Protests vom 15. Januar ab Spanien unter Boykott zu erklären und keine Waren weder aus noch nach Spanien durchzulassen. Gen. Rosmere macht den Vorschlag, im Namen der Exekutive der Kommunistischen Internationale und des Provisorischen Büros des Gewerkschaftsrats die Arbeiter der ganzen Welt zur Durchführung dieses Boykotts aufzufordern.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sekretär der Exekutive
der Kommunistischen Internationale
M. Kobetzki.

Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat beschlossen, den III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale am 1. Juni 1921 zusammenzurufen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat vorläufig folgende Tagesordnung angenommen:

1. Bericht der Exekutive der Kommunistischen Internationale.

2. Die wirtschaftliche Weltkrise und die neuen Aufgaben der Kommunistischen Internationale.

3. Taktik der Kommunistischen Internationale während der Revolution.

4. Uebergangsperiode (Teilforderungen, Teilaktion und revolutionärer Endkampf).

5. Kampf gegen die Amsterdamer gelbe Gewerkschaftsvereinigung.

6. Internationaler Rat der Roten Gewerkschaften und die Kommunistische Internationale.

7. Organisatorischer Aufbau der Kommunistischen Parteien, Methoden und Inhalt ihrer Arbeit.

8. Organisatorischer Aufbau der Kommunistischen Internationale und ihre Beziehungen zu den angeschlossenen Parteien.

9. Orientfrage.

10. Die Italienische Sozialistische Partei und die Kommunistische Internationale (Appellation der Sozialistischen Partei Italiens gegen den Beschluß der Exekutive).

11. Die K. A. P. D. und die Kommunistische Internationale (Appellation der V. K. P. D. gegen den Beschluß der Exekutive der Kommunistischen Internationale).

12. Frauenbewegung.

13. Jugendbewegung.

14. Wahl der Exekutive der Kommunistischen Internationale und Bestimmung ihres Sitzes.

15. Verschiedenes.

G. Sinowjew.

Aufrufe und Briefe.

Dem Bürger Joußaux, Paris. Den Bürgern Fimmen und Oudegeest, Amsterdam.

Meine Herren, ich habe Ihren an mich adressierten Brief erhalten, der im Namen der Amsterdamer „Internationale" der Gewerkschaften geschrieben ist. Ihrer Bitte entsprechend habe ich dieses Schreiben dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vorgelegt.

Sie erklären, daß Sie im Namen von nicht mehr und nicht weniger als 30 Millionen organisierter Arbeiter sprechen. Gestatten Sie, Ihnen nicht zu glauben, meine Herren. Sie sprechen in dem gleichen Maße im Namen von 30 Millionen organisierter Arbeiter, wie beispielsweise Herr Millerand, der jetzige Präsident der französischen bürgerlichen Republik, der sich zu den Sozialisten gezählt hat und wenn wir nicht irren, auch jetzt noch zählt, — im Namen der 40 Millionen-Bevölkerung Frankreichs spricht, oder im gleichen Maße, wie der Henker der deutschen Arbeiter, Herr Ebert, Mitglied Eurer „ehrwürdigen" Amsterdamer „Internationale" und Präsident der bürgerlichen Republik Deutschland, im Namen der viele Millionen zählenden Bevölkerung Deutschlands spricht.

Nein, meine Herren, Ihnen gelingt es nicht mehr, jemand zu betrügen. Tatsächlich sprechen Sie nicht im Namen von 30 Millionen Arbeitern, sondern im Namen eines kleinen Häufleins der Gewerkschaftsbürokratie, die in allen grundlegenden Fragen die Bourgeoisie g e g e n die Arbeiter unterstützt.

In Ihrem Schreiben an mich fordern Sie von uns, daß wir Ihre Meinung zwar kritisieren, jedoch annehmen, daß sie ausschließlich ehrliche Absichten und den aufrichtigen Wunsch, der Sache der Arbeiterklasse zu dienen, hegen. Trotz allen guten Willens, liebenswürdig zu Ihnen zu sein, meine Herren, können wir diese Bitte leider nicht erfüllen. Selbstverständlich gibt es auch unter den Führern Ihrer gelben Amsterdamer „Internationale" solche, die uneigennützig, bona fide, aufrichtig annehmen, daß sie der Arbeiterklasse dienen. Aber nicht diese Elemente sind tonangebend unter den Führern der Amsterdamer „Internationale". Durchtriebene Geschäftsleute in der Art von Herrn Albert Thomas, in der Art wie Sie, Herr Jouhaux, in der Art des unlängst verschiedenen Herrn Legien, in der Art des früheren englischen Ministers Herrn Henderson, in der Art des Vandervelde, Troelstra, Branting u. a., in der Art von Renaudel, in der Art von Noske (auch ein Ritter der Gewerkschaftsbewegung Amsterdamer Art!), in der Art von Sembat und dergleichen Herren wissen, was sie tun. Es kann nicht sein, daß Sie alle, die durch Feuer und Wasser gegangen sind, die in den bürgerlichen Regierungen oft Minister gewesen sind, wenn es der Bourgeoisie besonders schlecht erging und sie um jeden Preis einen Aderlaß an den Arbeitern unternehmen mußte, es kann nicht sein, daß Sie nicht wußten, was Sie taten.

Einige von Ihnen stammen aus Arbeiterkreisen, Sie sind aber schon längst mit Leib und Seele auf die Seite unserer Todfeinde, auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen. Das wird den breitesten Schichten der Arbeiter immer klarer. Daher beginnt in Frankreich und in Deutschland, in England und Amerika, in Italien und in der Schweiz und in der ganzen Welt Gewerkschaft um Gewerkschaft Euer verpestetes gelbes Lager zu verlassen und auf die Seite des Internationalen Rats der Roten Gewerkschaften, der in Moskau gegründet worden ist, überzugehen.

Sie sind auch deshalb so aufgeregt und nervös, meine Herren, weil Sie fühlen, daß der Boden unter Ihren Füßen schwankt. Wie im Laufe der letzten zwei Jahre eine Partei nach der anderen aus dem Lager der Zweiten Internationale ins Lager der Kommunistischen Internationale überging, so werden jetzt die Gewerkschaften eine nach der anderen aus dem Lager der gelben Amsterdamer „Internationale" in das Lager der roten Moskauer Internationale übergehen. Das ist ebenso unvermeidlich, wie nach dunkler Nacht der Morgen tagt. Das ist ebenso unvermeidlich, wie der Sieg des Proletariats über die Ihnen lieb gewordene Bourgeoisie.

Am 1. Mai 1921 wird in Moskau der erste internationale Weltkongreß der roten Gewerkschaften stattfinden, den der Internationale Rat der Gewerkschaften und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zusammenberufen haben. Zu diesem internationalen Gewerkschaftskongreß wird jede Gewerkschaft eingeladen, die wirklich gegen die Bourgeoisie kämpfen will. Wir stellen keine Forderungen außer der einen: daß die Gewerkschaft, die an unserem Kongreß teilnehmen will, wirklich gegen den Weltimperialismus und folglich auch gegen seine Agentur, die Amsterdamer gelbe „Internationale" zu kämpfen gewillt ist. Und Sie werden sehen, meine Herren, daß dieser erste internationale Weltkongreß der Gewerkschaften ein Triumph der Ideen der Kommunistischen Internationale sein und Ihrer verräterischen Amsterdamer Internationale den entscheidenden Schlag versetzen wird. Jedes Auftreten Ihrerseits, jede Verwünschung der Roten Internationale, jeder Dienst, den Sie dem Weltimperialismus leisten (und darin besteht Ihr Hauptberuf in der letzten Zeit), unterstützt nur die Kommunistische Internationale und vergrößert den Erfolg des am 1. Mai stattfindenden internationalen Kongresses der roten Gewerkschaften.

In Ihrem Briefe an uns ist ein praktischer Antrag gestellt: Sie schlagen uns vor, unseren Organisationen auf Grundlage der Gegenseitigkeit eine ausführlichere Information über ihre Tätigkeit zu geben. Sie wünschen augenscheinlich eine ausführliche Diskussion in der Frage über unsere und Ihre Grundsätze mit uns einzuleiten. Gestatten Sie, Ihnen, meine Herren, den folgenden einstimmigen Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale mitzuteilen.

Auf Ihren Antrag haben das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sowie der Internationale Rat der Gewerkschaften einstimmig beschlossen, eine öffentliche Diskussion mit Ihnen anzunehmen.

Wir wissen sehr gut, so schwach Ihr Einfluß auf die proletarischen Massen ist, so bedeutend ist er in den Ministerkreisen der bürgerlichen Regierungen. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß es Herrn Jouhaux keine große Mühe kosten würde, Herrn Millerand von der Notwendigkeit zu überzeugen, zum Nutzen der Sache den Vertretern der Kommunistischen Internationale behufs öffentlicher Diskussion mit Herrn Jouhaux die Einreise nach Paris zu gestatten. Es ist höchstwahrscheinlich, daß Herr Henderson dasselbe in England erreichen würde, Herr Troelstra in Holland usw.

Davon ausgehend, beantragt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, etwa vom ersten Februar laufenden Jahres an eine Reihe von öffentlichen Diskussionen für die Arbeiter von Paris, London, Amsterdam und anderen europäischen Hauptstädten zu veranstalten, wobei an diesen Diskussionen die Vertreter der Amsterdamer gelben „Internationale" und Vertreter der Kommunistischen Internationale mit gleichen Rechten teilnehmen sollen. Durch den Völkerbund, der Ihnen so freundlich gesinnt ist, durch das internationale Arbeitsbüro, das das direkte Bindeglied zwischen der Amsterdamer gelben „Internationale" und dem Völkerbunde ist, wird es Ihnen, meine Herren, nicht schwer sein, das Einverständnis zu unserem Antrag zu erlangen. Erörtern Sie ihn also baldmöglichst in Ihren Kreisen, d. h. in den Kreisen der Bürokraten der Amsterdamer „Internationale" und der Minister des Innern und des Aeußern Ihrer bürgerlichen Republiken und

geben Sie uns dann Antwort. Wir werden mit Ungeduld Ihre Antwort erwarten.

Empfangen Sie, meine Herren, unsere Versicherung, daß wir die Schwierigkeit Ihrer Lage sehr wohl einsehen. Wir nehmen an, daß Ihr an uns gerichtetes Schreiben der Ausfluß Ihrer wenig beneidenswerten Situation ist. Empfangen Sie unser Beileid anläßlich dessen, daß Ihre Reihen vor den Augen der gesamten Welt rapid zusammenschmelzen und seien Sie überzeugt, daß die Arbeiter der ganzen Welt Sie richtig einschätzen. In der letzten Zeit wurde es Ihnen klar, daß der Weg zur Ueberwindung der Kapitalistenherrschaft über die verräterische gelbe Amsterdamer „Gewerkschaftsinternationale" geht; es muß über sie hinweggeschritten werden.

Stets zu Diensten bereit

Petrograd, d. 17. Januar 1921.

G. Sinowjew.

Ein neuer Versuch des internationalen Betruges.

(Ueber die Zweieinhalb Internationale.)

Die Zweite Internationale ist zusammengefallen wie ein Kartenhaus. Mit verächtlichem Achselzucken nennen sie die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt die Gendarmeninternationale. In immer dichteren Reihen gehen sie zur Kommunistischen Internationale über.

Jedoch können sich die verabschiedeten „Führer" mit dieser Tatsache keinesfalls versöhnen. Und da entsteht nun unter den Anhängern des „Zentrums" der Gedanke, eine „neue" Internationale zu bilden: nicht die Zweite und nicht die Kommunistische — sondern die Zweieinhalb Internationale. Ueber ein Jahr schon bemüht man sich um diesen wunderbaren Plan des Aufbaus der Zweieinhalb Internationale. Alle mühen sich und tun geschäftig: die Sozialpazifisten in der Art Longuets, die offenkundigen Sozialverräter à la Renner, die konterrevolutionären „Sozialdemokraten" in der Art Martows

und sogar die internationalen Hochstapler von der Spezies des Herrn Grumbach.

Unter der Vorspiegelung der Bildung einer neuen Internationale verbirgt sich der Versuch, die Zweite Internationale wiederherzustellen. Für die nächste Zeit ist zu diesem Zweck eine „internationale" Konferenz angekündigt.

Wer wird sich nun an dieser berühmten Konferenz beteiligen? Renner, Bauer und Konsorten, d. h. jene Herren, die sich durch nichts anderes von Scheidemann und Noske unterscheiden, als etwa durch ihre größere Handfertigkeit. Die Partei der österreichischen Sozialverräter, die sich während des Krieges und nach seiner Beendigung auf das schändlichste benommen hat, die täglich und stündlich die Interessen der Arbeiterklasse verraten hat und noch verrät, erscheint jetzt als Vorhut der Zweieinhalb Internationale. Schon diese Tatsache allein spricht nur allzu deutlich für den Charakter dieser Konferenz. Die gestrigen Minister der bürgerlichen Republik, heute von den Herren Kapitalisten aus den Ministerien vertrieben, weil kein Bedarf mehr für sie vorliegt, opfern jetzt ihre Mußestunden der Sache der Wiederherstellung der „Internationale".

Deutschland wird auf der bevorstehenden Konferenz durch die Herren Dittmann und Crispien — auch frühere Minister der deutschen Bourgeoisie — vertreten sein. Verschmäht von den deutschen Arbeitern, neigen sich diese Herren mit jedem Tage mehr nach rechts, und bald wird es nicht mehr möglich sein, selbst im Vergrößerungsglase den Unterschied zwischen Dittmann und Scheidemann zu erkennen.

Frankreich wird wahrscheinlich durch die Partei des Bürgers Longuet vertreten sein. Longuet, der neulich in Tours, auf dem Kongreß der Französischen Sozialistischen Partei, vor die Wahl gestellt wurde, mit den französischen Arbeitern oder mit den Sozialverrätern von der Art Renaudels zu gehen — hat ohne Zögern das letztere gewählt. Albert Thomas, Pierre Renaudel und ihre ganze Klique sind den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt zur Genüge bekannt. Sogar in der Zweiten Internationale findet man nicht leicht solche schmutzigen und niederträchtigen Verräter wie diese Herren. Und was geschieht nun? Diese Leute bleiben Mitglieder der Partei, an deren Spitze Herr Longuet steht. Diese Leute werden sich, wenn auch nicht aktiv, so doch moralisch an der Wiederherstellung der Zweieinhalb Internationale beteiligen. Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich werde Dir

sagen, wer Du bist. Longuet ist sehr gut mit Herrn Renaudel bekannt. Herren in der Art Renners und Longuets bilden eine lebendige Brücke von der Internationale Zweieinhalb zur Zweiten Internationale.

Rußland wird auf dieser bevorstehenden „Internationalen" Konferenz durch Herrn Martow und andere Menschewiki vertreten sein. Verschmäht und verachtet von der Arbeiterklasse ganz Rußlands, bleiben Martow und Konsorten trotzdem Ehrenmitglieder der zukünftigen Zweieinhalb Internationale. Alle oben erwähnten europäischen „Größen" haben ihr Ideengepäck dermaßen auseinandergestreut, haben einen solchen Bankrott gemacht und alle ihre Prinzipien so weit verloren, daß sogar ein Martow in ihren Augen als unerreichbarer geistiger Führer dasteht. Die russischen Menschewiki, die die Interessen der proletarischen Revolution in Rußland von den ersten Tagen ihres Ausbruchs an verraten haben, die russischen Menschewiki, die in den Ministerien Miljukows, Kerenskis und Koltschaks gesessen haben, die im Anfang des imperialistischen Krieges sogar der Zarenregierung geholfen hatten, diese russischen Menschewiki sind der Ehre, die Führer der Zweieinhalb Internationale zu sein, voll und ganz würdig.

Wir wollen nicht von den kleineren Parteien sprechen, die die Wiener Konferenz wahrscheinlich durch ihre Anwesenheit beglücken werden. Die schweizerischen Sozialpatrioten und Zentrumsleute, von denen sich alle ehrlichen Arbeiter abgewendet haben, werden selbstverständlich nach Wien gehen. Alle diese Pflüger und Müller, die sich in gar nichts von den guten, ehrbaren Spießbürgern unterscheiden, sind in gleicher Weise bereit, Mitglieder der Zweiten wie der Zweieinhalb Internationale zu sein. Die lettischen sozialdemokratischen Menschewiki, die mehr als einmal ihre Hände mit dem Blute der Arbeiter besudelt haben, eilen ebenfalls zur Wiener Konferenz. Ebenso die bulgarischen „Weiten"-Sozialisten, die Sozialpatrioten, deren Vertreter in der Regierung Pastuchord die Arbeiter in Pernik und Gliven zusammenschossen. Mit einem Wort, eine kleine, aber saubere Gesellschaft.

Einige der Urheber der Zweieinhalb Internationale versuchen, den Arbeitern einzureden, daß die Wiener Konferenz zusammenberufen wird, damit alle aufgezählten Parteien organisiert der Kommunistischen Internationale beitreten können. Die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt müssen wissen, daß das nichts anderes als Betrug ist. Niemals wird die Kommunistische Internationale Agenten der Bourgeoisie in ihre

Mitte aufnehmen. Die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt müssen wissen, daß die Deutschen Unabhängigen, die französischen Longuetisten, die österreichischen Sozialpatrioten die Feinde der proletarischen Revolution sind, daß ihre Zeitungen immer wütendere Verleumdungen gegen Sowjetrußland ausstoßen, daß ihre Führer immer zynischer der Bourgeoisie gegen die Arbeiter helfen. Die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt müssen die bevorstehende Wiener Konferenz der Betrüger und Verräter mit der Verachtung stempeln, die sie verdient. Die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt müssen der Zweieinhalb Internationale denselben B o y k o t t erklären, den sie der Zweiten Internationale erklärt haben.

Moskau, den 15. Januar 1921.

Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.
Vorsitzender. G. Sinowjew.

N. Lenin, L. Trotzki, N. Bucharin, K. Radek (Rußland), Rosmere (Frankreich), Jansen (Holland), Bela-Kun, Rudnyanszky, E. Varga (Ungarn), M. Schakaja (Georgien), P. Quelch (England), N. Schablin (Bulgarien), K. Steinhardt (Oesterreich), N. Hurvich (Amerika), Sultan Sade (Persien), K. Manner (Finnland), P. Stutschka (Lettland), L. Schatzkin (Jugendinternationale).

An die Arbeitenden aller Länder, an alle der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Organisationen.

Genossen!

Seit zwei Jahren schon erdulden die Arbeiter Spaniens, besonders in den wichtigsten Industriebezirken, grausame und barbarische Verfolgungen seitens der herrschenden Kapitalisten.

Die Regierung verschärft als Agent der im Kriege reich gewordenen Großindustriellen mit jedem Tage die grausame Behandlung ihrer Arbeiter.

Seit zwei Jahren sind die konstitutionellen Garantien aufgehoben. Der Belagerungszustand ist verhängt. Die Arbeiterzeitungen sind geschlossen, die Gewerkschaften aufgelöst, Versammlungen verboten. Zu hunderten und tausenden werden die fortgeschrittensten, sogar die einfach gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in die Gefängnisse geworfen und sind der blinden Willkür der tyrannischen Provinz- und Lokalbehörden preisgegeben.

Dennoch haben sich unsere spanischen Genossen nicht vor der Gewalt gebeugt. Sie haben einen Widerstand organisiert. Sie haben trotz allem ihre Gewerkschaften zu erhalten gewußt und haben die Solidarität der Arbeiterklasse befestigt. Die Gewaltmaßnahmen der Regierung haben sie mit doppeltem Mut und Tapferkeit beantwortet.

Nachdem die Bourgeoisie ihre eigene Gesetzgebung mit Füßen getreten hatte, ergriff sie eine Reihe von Maßregeln, darunter einige von mittelalterlicher Grausamkeit.

Die besten und fortgeschrittensten Arbeiter sind nach Fernando Po, nach Afrika, Mahon und auf die Insel Minorca im Mittelländischen Meere deportiert worden. Andere hat man in die Heimat abgeschoben, wobei die Unglücklichen gezwungen waren, den Weg zu Fuß zurückzulegen und die Brutalitäten der sie eskortierenden Gendarmen zu ertragen. Da Polizei und Armee nicht ausreichten, hat die Bourgeoisie außerdem ihre Weiße Garde gegen die Arbeiter gehetzt.

Unsere spanischen Genossen können sagen, daß sie die Opfer desselben Terrors sind, wie er von den Weißen in Finnland und Ungarn ausgeübt wurde. Aber sie weichen nicht. Sie nehmen den Kampf gegen alle Kräfte der Bourgeoisie auf. Sie richten an die Arbeitenden aller Länder die Bitte, ihnen in diesem großen Kampfe beizustehen, sie gegen die durch ihren Widerstand aufgestachelte und in

Wut gebrachte Bourgeoisie zu verteidigen. Diese Hilfe muß unverzüglich geleistet werden und die Form des absoluten Boykotts aller spanischen Erzeugnisse annehmen, der, laut dem Wunsche unserer Genossen, am 15. Januar in Kraft treten soll. Von diesem Tage an müssen die Arbeiter aller Länder es ablehnen, aus Spanien kommende oder dorthin gehende Waren zu transportieren bezw. zu verladen und auszuladen; sie müssen sich weigern, irgend welche Erzeugnisse spanischer Herkunft zu kaufen. Isoliert und getrennt von der übrigen Welt, in ihrem Barbarentum vor dem Proletariat aller Länder bloßgestellt, wird die spanische Bourgeoisie kapitulieren müssen.

Die Kommunistische Internationale und der Internationale Rote Gewerkschaftsrat richten an die Arbeitenden aller Länder die inständigste Bitte, der Aufforderung ihrer spanischen Brüder nachzukommen. Der große Kampf, den die Bourgeoisie ihnen aufgezwungen hat und den sie bisher mit eigenen Kräften ausgefochten haben, muß mit ihrem Siege enden. Laßt ihnen die Hilfe, derer sie jetzt bedürfen, sofort und im vollen Ausmaße zuteil werden!

Alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Organisationen müssen der Aufforderung der gleichfalls an Moskau angeschlossenen Nationalen Arbeitskonföderation Spaniens Folge leisten. Alle Organisationen müssen die notwendige Propaganda und Tätigkeit entfalten, um der Bewegung den Erfolg zu sichern. Der über die spanische Bourgeoisie errungene Sieg wird ein Sieg des ganzen Proletariats sein.

Zeigen wir, daß die durch die Tat unterstützte Solidarität der Arbeitenden unüberwindlich ist.

Es lebe das spanische Proletariat!

Es lebe die Solidarität der Arbeitenden!

Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.
Das Bureau des Internationalen Rats
der Roten Gewerkschaften.

An den Kongreß der Französischen Sozialistischen Partei in Tours.

Werte Genossen!

Mit gespanntem Interesse wird das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die Arbeit Eures Kongresses verfolgen, der zweifellos einen bedeutenden Platz in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung einnehmen wird.

Wir haben den Entwurf der Resolution gelesen, der die Unterschriften der Genossen Loriot, Monatte, Souvarine, Cachin, Frossard und anderer trägt. Mit Ausnahme einzelner Punkte (wie z. B. der Frage über die Benennung der Partei) können wir uns mit dieser Resolution vollkommen solidarisch erklären.

Wir haben auch den Entwurf der von Jean Longuet, Paul Faure u. a. unterzeichneten Resolution gelesen. Diese Resolution ist durch und durch vom Geist des Reformismus und der kleinlichsten Diplomatenkniffe durchdrungen. Die vom II. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommenen Leitsätze lassen gewisse Ausnahmen für jene Reformisten zu, die sich jetzt den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale unterordnen und sich von ihrem früheren Opportunismus lossagen. Der erwähnte Entwurf, der die Unterschriften Longuets und Paul Faures trägt, zeigt jedoch, daß Longuet und seine Gruppe durchaus keine Ausnahmen im Lager der Reformisten sein wollen. Sie waren und bleiben beharrliche Träger des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat. In der Resolution Longuets und Paul Faures ist nicht nur das bemerkenswert, worüber die Verfasser sprechen; viel bemerkenswerter noch ist das, worüber sie sich a u s s c h w e i g e n. Longuet und seine Freunde ziehen es vor, über die Weltrevolution, die proletarische Diktatur, das Sowjetsystem entweder völlig zu schweigen, oder sie mit den banalsten Zweideutigkeiten abzufertigen. Mit den Verfassern solcher Resolutionen kann die Kommunistische Internationale nichts zu schaffen haben.

Man erweist dem französischen Proletariat unter den jetzigen Verhältnissen den denkbar schlechtesten Dienst, wenn man ein verwickeltes Kompromiß zusammenstoppelt, das Eurer Partei später wie Blei an den Füßen hängen wird. Wir sind fest überzeugt, werte Genossen, daß die Mehrzahl der bewußten Arbeiter Frankreichs kein faules Kompromiß mit den Reformisten zulassen, sondern in Tours endlich eine einheitliche, starke, von allen reformistischen und halbreformistischen Elementen befreite wahre kommunistische Partei schaffen wird.

In diesem Sinne begrüßen wir Euren Kongreß und wünschen ihm Erfolg.

Es lebe die Kommunistische Partei Frankreichs!

Es lebe das französische Proletariat!

Im Auftrag des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.
G. Sinowjew.

An den Kongreß der Italienischen Sozialistischen Partei in Florenz.

Werte Genossen!

Euer Parteitag, der in einem Augenblick stattfindet, wo die proletarische Revolution an die Tore Eures Landes pocht, wird für das Geschick der internationalen Revolution von ungeheurer Bedeutung sein. Das italienische Proletariat ist endlich nahe daran, eine von reformistischen und halbreformistischen Elementen gereinigte kommunistische Partei zu gründen. Die gesamte Lage in Italien lehnt sich gegen das Kompromiß mit den Reformisten auf. Die tiefsten, grundlegenden Interessen des italienischen Proletariats und der Weltrevolution fordern dringend einen bedingungslosen Bruch mit dem Reformismus.

Wir erhielten die Antwort Eurer Parteizentrale vom 31. Oktober 1920 auf das Schreiben, das die Exekutive der Kommunistischen Internationale im August an Eure Partei richtete. Wir müssen Euch offen sagen, Genossen, daß die Antwort Eurer Zentrale uns durchaus nicht befriedigt hat. Ein Beispiel genügt.

In dem erwähnten Schreiben hält es die Zentrale noch immer für möglich, die reformistischen Führer der Konföderation der Arbeit mit D'Aragona an der Spitze unter ihren Schutz zu nehmen. Eure Zentrale sagt in dem Schreiben vom 31. Oktober 1920 wörtlich wie folgt: „Obgleich sie (d. h. D'Aragona und seine Freunde) noch zur Amsterdamer Internationale gehören, so kann man sie doch nicht mit solchen sozialverräterischen Führern wie Jouhaux, Legien und Henderson vergleichen".

Die Amsterdamer Internationale ist ein Teil der II. Internationale. Die sogenannte Amsterdamer Internationale, an deren Spitze die ausgesprochensten gelben Sozialverräter stehen, ist heute das hauptsächlichste Werkzeug der Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen das Proletariat. D'Aragona und Konsorten halten es für möglich, noch bis heute dieser Organisation anzugehören, und Eure Parteizentrale hält es ihrerseits für möglich, dies zu dulden.

Wir müssen Euch immer noch einmal wieder erklären, werte Genossen, daß die Kommunistische Internationale mit Leuten, die zum reformistischen Lager gehören, nichts gemeinsam hat noch zu haben wünscht. Wir sagen es Euch fest und bestimmt: Ihr müßt wählen zwischen Turati, D'Aragona und Konsorten einerseits und der Kommunistischen Internationale anderseits.

Die Kommunistische Fraktion Italiens, die vor kurzem in Imola ihre Versammlung abhielt, ist die einzige, die die Frage fest und klar gestellt hat. Wer es mit der Kommunistischen Internationale halten will, muß diese Fraktion unterstützen.

Da die Exekutive der Kommunistischen Internationale Eurem Parteitag eine überaus große Bedeutung beimißt, beabsichtigte sie, zwei Vertreter aus Moskau nach Florenz zu entsenden. Leider sind wir jedoch der Möglichkeit beraubt, es zu tun. Wir haben Euch in einer Anzahl von Dokumenten offen unsere Meinung über die Lage in Eurer Partei gesagt. Jetzt ist die Reihe am italienischen Proletariat und seinen auserlesensten Vertretern, die sich in Florenz versammelt haben, ihre Ansicht kundzutun.

Es lebe die von reformistischen und halbreformistischen Elementen gesäuberte Kommunistische Partei Italiens!

Es lebe die proletarische Revolution in Italien!

Es lebe das italienische Proletariat!

Im Auftrag des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.
G. Sinowjew.

An die Kommunistische Partei Italiens.

Zu Händen der Genossen Bombacci, Bordiga, Terracini und anderer.

Liebe Genossen!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale drückt Euch seine völlige Solidarität aus und sendet Euch brüderliche Grüße.

Eure Partei ist die einzige Sektion der Kommunistischen Internationale in Italien. Wir sind fest davon überzeugt, daß die klassenbewußten Arbeiter Eures Landes von Tag zu Tag in größeren Scharen zu Euch kommen werden. Die Vereinigung Serratis und seiner Fraktion mit der Fraktion der Reformisten, der offenen Gegner der proletarischen Revolution, wird jedem klassenbewußten Arbeiter zeigen, daß die italienische Fraktion der Einheitszentristen den bürgerlich-reformistischen Elementen nähersteht als den proletarischen Kommunisten.

Die ganze Kommunistische Internationale wird daraus die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen.

Bleibt fest, Genossen, wenn auch in diesem Augenblick die ganze Macht der Bourgeoisie samt ihren unzähligen und mannigfachen Helfershelfern sich gegen Eure Partei richtet. Die kommunistischen Arbeiter der ganzen Welt sind mit Euch. Die Zukunft wird Euch gehören und nicht denen, die sich in irgendwelcher Form durch die Vermittlung der Reformisten mit der Bourgeoisie einlassen wollen.

Es lebe die Kommunistische Partei Italiens!

Es lebe das italienische Proletariat!

Moskau, den 25. Januar 1921.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Vorsitzender G. Sinowjew.

Lenin-Rußland, Trotzki-Rußland, Bucharin-Rußland, Radek-Rußland, Jansen-Holland, Rosmer-Frankreich, Bela Kun-Ungarn, Rudnyanszky-Ungarn, Varga-Ungarn, Tschakaja-Georgien, Quelch-England, Schablin-Bulgarien, Hurvich-Amerika, Sultan Sade-Persien Manner-Finnland, Stutschka-Lettland, Schatzkin-Jugendinternationale.

An die Mitglieder der Sozialistischen Partei Rumäniens, an alle klassenbewußten Arbeiter.

Genossen!

Die Delegation der Rumänischen Sozialistischen Partei, die sich nach Rußland begab, um sich über die Bedingungen des Eintritts in die Kommunistische Internationale zu unterrichten, ist eingetroffen. Wie allen Delegationen, die von Arbeiterorganisationen gesandt werden, selbst wenn sie nicht zur Kommunistischen Internationale gehören, begegnete das Exekutivkomitee auch der rumänischen Delegation mit der nötigen Aufmerksamkeit und Bereitwilligkeit, ihr durch alle erforderlichen Angaben und Erklärungen ihre Aufgabe zu erleichtern. Zugleich benutzte das Exekutivkomitee die Ankunft der Delegation, um sich mit der Lage in der Sozialistischen Partei Rumäniens bekanntzumachen. In erster Linie war das Exekutivkomitee bestrebt, eine Antwort auf die natürlich auftauchende Frage zu erhalten, weshalb die Rumänische Sozialistische Partei, die früher zur Sozialdemokratischen Arbeiterföderation des Balkans gehört hatte, außerhalb der Kommunistischen Internationale blieb, während die bulgarische, die serbische und sogar die griechische Partei schon längst das Programm der Kommunistischen Internationale angenommen haben. Die Klärung dieser Frage ist für uns nicht nur von rückschauendem, geschichtlichen Interesse. Es war uns noch viel wichtiger, die Ursachen zu ergründen, die die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Rumänien aufhalten, und diese Hindernisse nach Möglichkeit zu beseitigen. Es kann hier natürlich nur von der Beseitigung der Fehler die Rede sein, die die Rumänische Sozialistische Partei bisher in ihrer politischen Tätigkeit beging.

Betrachtet man das Wirken der Rumänischen Sozialistischen Partei und ihrer leitenden Organe genauer, so zeigt es sich, daß der Vollzugsausschuß der Partei und die Führer die

alleinige Schuld an der Rückständigkeit der rumänischen Arbeiterbewegung tragen. Die Tatsachen in Rumänien lehren dasselbe, was wir bereits in anderen Ländern festgestellt haben, nämlich, daß die Arbeiterklasse ihre Führer stark überflügelt hat, daß die letzteren die Entwicklung der revolutionären Bewegung zurückhalten. Wenn sie sich auch hie und da zu einem Schritt nach links entschlossen, so geschah es nur unter dem Druck der Arbeiterklasse selbst. Solch ein Schwanken bald nach rechts, bald nach links, das an unbewußten Verrat der Interessen der Arbeiterklasse grenzt, wies in den letzten zwei Jahren auch die Taktik des Vollzugsausschusses der Rumänischen Sozialistischen Partei auf.

Unter dem Einfluß der russischen Revolution und infolge der inneren Krise im Lande, das trotz seiner territorialen Vergrößerung zerrüttet aus dem Weltkriege hervorging, erklärte der Vollzugsausschuß der Sozialistischen Partei anfangs, daß er beabsichtige, die Taktik der russischen Kommunisten (Bolschewiki) zu befolgen. Ende 1918, nachdem das Land von der deutschen Okkupation befreit war, gab die Rumänische Partei ihre Benennung „sozialdemokratische" auf, um dadurch zwischen sich und den Opportunisten eine Grenze zu ziehen. Seitdem nennt sie sich „sozialistische Partei", eine Benennung, die nach Ansicht der Mitglieder des Vollzugsausschusses gleichbedeutend ist mit „kommunistische Partei". Eines der Mitglieder des Vollzugsausschusses, sein jetziger Sekretär, der Abgeordnete Ilja Moskowitsch, referierte vor der Bukarester Parteisektion über das neue Programm, das die Partei im Zusammenhang mit den neuen Verhältnissen während und nach dem Kriege und hauptsächlich mit Rücksicht auf die Lehren der russischen Revolution auszuarbeiten hatte. Der Grundgedanke seines Berichts lag in der Aufhebung jedes Minimalprogramms und in der alleinigen Beibehaltung des Maximalprogramms der Partei, das in der „Eroberung der politischen Macht mit allen Mitteln und der Sozialisierung der Produktionsmittel" bestand. Für dieses Programm waren sämtliche Mitglieder der Partei mit Ausnahme einer kleinen Gruppe Linker, die gegen die Ausnutzung der Parlamentstribüne selbst zu dem Zweck, den Parlamentarismus zu demaskieren, Einspruch erhoben. Am 15. November desselben Jahres erschien in der ersten Nummer der Zeitung „Es lebe der Sozialismus" ein Manifest im Geist des obigen Programms; Anfang Dezember veröffentlichte das Blatt

eine Prinzipienerklärung derselben Richtung. Die weiteren Ereignisse jedoch zeigten, daß es mit dem revolutionären Geist der Führer des rumänischen Proletariats nicht weit her war, daß die „Programmentwürfe", „Prinzipienerklärungen" usw. nur Redensarten, literarische Uebungen waren, daß spießbürgerlicher Kleinmut und Opportunismus fest in ihren Seelen wurzelten.

Am 13. Dezember stellte die rumänische Regierung den Arbeitern während einer Kundgebung eine Falle und schoß auf sie aus Maschinengewehren. Ueber hundert Personen wurden getötet und mehrere hundert verwundet. Und dieses organisierte Abschlachten der Arbeiter durch die rumänische Regierung, das nicht nur auf die Einschüchterung der Massen berechnet war, sondern auch auf den Wankelmut der Führer baute, jagte vor allem diese Führer ins Bockshorn. Kaum hatte die Regierung sie verhaften lassen, so gaben sie auch schon alle ihre revolutionären Positionen auf. Die rumänischen Behörden leiteten einen ihrer gewohnten Prozesse ein. Sie erfanden eine Reihe sinnloser, völlig unbegründeter Anklagen gegen die Arbeiterführer, nur zum Zwecke politischer Erpressung. Die rumänische Regierung war gezwungen, das Gerichtsverfahren einzustellen und die Verhafteten noch vor Abschluß der Voruntersuchung auf freien Fuß zu setzen; denn die Angelegenheit entbehrte zu offensichtlich jeder ernsten Grundlage. Die rumänische Regierung hatte ihr Ziel jedoch erreicht. Mit Hilfe der Polizei triumphierte der Opportunismus in der Rumänischen Partei.

Dieselben Führer, die im November und Dezember 1918 kommunistische Losungen aufgestellt hatten, verfaßten im Mai 1919 ein Programm, das den Archiven der am meisten opportunistischen Parteien Europas entnommen war. In diesem Programm stellten sie der rumänischen Regierung die Aufgabe, die ungelernten Geburtshelferinnen in den Dörfern durch „diplomierte Hebammen" zu ersetzen . . . Zur Information der rumänischen Arbeiter, die infolge der in Rumänien waltenden Zensur mit der neueren Geschichte ihrer eigenen Partei sicherlich ungenügend bekannt sind, müssen wir erwähnen, daß auf der Maikonferenz der Partei die eingefleischten transsylvanischen Opportunisten, Jumanca, Flueras u. a., welche bis dahin und sogar zu jener Zeit Mitglieder der provisorischen Regierung Transsylvaniens waren, als wahre Diktatoren auftraten. Die Mitglieder des Vollzugsausschusses, die vorgeschlagen hatten, daß der Programmentwurf vom November

1918 als Grundlage angenommen werde, zogen ihren Antrag wieder zurück, nachdem der transsylvanische Opportunist Jumanca und der bukowinische Opportunist Grigorowitsch erklärt hatten, daß sie auf solch ein Programm nicht eingehen könnten. Der Vollzugsausschuß der Rumänischen Sozialistischen Partei, der schon ohnehin schwankte, ergab sich völlig der Woge des Opportunismus, als die in der archiopportunistischen Schule der ungarischen und österreichischen Sozialdemokraten erzogenen transsylvanischen und bukowinischen Sozialdemokraten sich ihnen zugesellten. Ohne Murren ordnete sich die rumänische Zentrale den transsylvanischen Sozialopportunisten unter, die schon zu jener Zeit gemeinsam mit der rumänischen Regierung einen Krieg gegen die ungarische Sowjetrepublik vorbereiteten.

Auf Kommando der zwei sozialverräterischen transsylvanischen Minister Flueras und Jumanca verwandelte sich der Vollzugsausschuß der Rumänischen Sozialistischen Partei in ein klägliches Werkzeug der rumänischen Regierung. Er nahm an und bestätigte die Deklaration, die Bratianu auf der Versailler Friedenskonferenz zu verlesen hatte. Die Führer des rumänischen Proletariats wurden zu wahren Laufburschen des Herrn Bratianu. Die Inspiratoren der rumänischen imperialistischen Politik, die das Dezembermorden veranstaltet hatten, die Mörder Wechslers und vieler anderer rumänischer Sozialisten, die Initiatoren der Teilnahme Rumäniens am imperialistischen Krieg, der von den Arbeitern und Bauern 800 000 Opfer gefordert hat, die eingefleischten reaktionären Feinde des Proletariats bedurften für die Versailler Konferenz einer Deklaration der rumänischen Sozialisten, daß sie ebenfalls für die nationale Vereinigung, für den Anschluß Transsylvaniens an Rumänien, d. h. für die Raubpolitik seien. Die transsylvanischen Minister, die Sozialdemokraten Flueras und Jumanca übernahmen die Mission, dieses Schriftstück zu besorgen. Sie begaben sich nach Bukarest und erhielten von dem derzeitigen provisorischen Vollzugsausschuß der Rumänischen Sozialistischen Partei die Erklärung, daß er mit der Resolution einverstanden sei. In dieser Resolution, die später im Namen der rumänischen Arbeiterklasse in Versailles verlesen wurde, wird der imperialistische Krieg als „Krieg zur Befreiung der Völker", die Annexion Transsylvaniens und der gesamte territoriale Raub der rumänischen Grundbesitzer als „freie Vereinigung des rumänischen Volkes" bezeichnet. Die Mitglieder des Vollzugsausschusses, die zu jener Zeit verhaftet waren, er-

klären jetzt, nach ihrer Befreiung, daß sie vom Gefängnis aus gegen die Unterzeichnung dieser Deklaration protestiert hätten. Die Schuld trügen die Mitglieder des provisorischen Vollzugsausschusses. Auch die Bukarester Parteiorganisationen protestierten voller Empörung gegen diese unerhörte Verhöhnung der ganzen Vergangenheit der Rumänischen Sozialistischen Partei, die mit dem Blute vieler, im Kampf gegen den Eintritt Rumäniens in den Krieg getöteter Arbeiter die Interessen des Proletariats redlich verteidigt hat. Anstatt offen gegen die Deklaration hervorzutreten und die Verräter aus der Partei auszuschließen, rieten die aus dem Gefängnis entlassenen Mitglieder des Vollzugsausschusses, über diese Angelegenheit keinen Lärm zu schlagen, d. h. sie gestanden, daß sie an dieser Deklaration mitbeteiligt waren. Es muß hier ferner erwähnt werden, daß Flueras und Jumanca sich in Bukarest mit der Bitte um Befreiung der Verhafteten an den König wandten.

Seit Mai 1919, nachdem die Rumänische Sozialistische Partei sich mit der Transsylvanischen und Bukowinischen vereinigt hatte, nach der Gründung eines allgemeinen Generalrats und einer allgemeinen Zentrale, versumpften die Mitglieder des Vollzugsausschusses völlig im Opportunismus. Um der transsylvanischen Führer willen, die nach Jahresfrist von den transsylvanischen Arbeitern selbst aus ihren Reihen verjagt wurden, gaben sie die revolutionären Traditionen der rumänischen Arbeiterbewegung preis.

Die weitere Tätigkeit der rumänischen Zentrale zeichnet sich durch unerhörten Opportunismus aus. Sie sucht Gelegenheit, sich den bürgerlichen Parteien zu nähern, trifft ein Uebereinkommen mit dem jetzigen Ministerpräsidenten General Averescu, den die rumänische Bourgeoisie auf den leitenden Posten stellte, weil er unter einem Teil der Bauernschaft populär war, damit er die Rolle eines rumänischen Generals Cavaignac spiele.

Averescu und Take Jonescu, die selbst zur Macht zu gelangen und die Wahlen zu leiten wünschten, anstatt es General Woitojanu zu überlassen, beschlossen, die anberaumten Wahlen zu boykottieren. Sie begannen eine demagogische Agitation für den Boykott der Wahlen. Uebrigens knauserten sie hierbei durchaus nicht mit republikanischen Losungen und allerhand Versprechungen. Statt eines offenen Kampfes gegen die Generäle, hinter denen die rumänische Plutokratie mit Bratianu u. a. steckt, sowie gegen den bonapartistischen General Averescu, der die „letzte Stütze der

Bourgeoisie" gegen die Arbeiter und Bauern genannt wird, traf der Vollzugsausschuß mit ihm ein geheimes Abkommen über gemeinschaftlichen Boykott der Wahlen. Der Arbeiterklasse stellte er diesen Boykott als revolutionäre Tat vor. Als jedoch sieben sozialistische Abgeordnete, von denen die meisten zum Vollzugsausschuß gehörten, größtenteils durch die Stimmen des Kleinbürgertums gewählt wurden, während die Arbeiter, der Parteidisziplin folgend, ihre Stimmzettel zu tausenden unbenutzt in den Räumen der Partei ablieferten, vergaß der Vollzugsausschuß, daß er die Parole ausgegeben hatte, das „Parlament der Generäle" zu boykottieren und gestattete den Abgeordneten, d. h. sich selbst, ihre Sitze im Parlament einzunehmen. Die Stimmen, die das Kleinbürgertum für die sozialistischen Deputierten abgegeben hatte, wogen in den Augen des opportunistischen Vollzugsausschusses mehr als die unbenutzten Stimmzettel der revolutionär gesinnten Arbeiter.

Als es Averescu diesmal mit Hilfe der Liberalen selbst gelang, ein Mandat zur Kabinettbildung zu erhalten und das von der Parlamentsmehrheit unterstützte Kabinett Waida Wojewodas zu beseitigen, als nach der Auflösung des Parlaments Neuwahlen anberaumt wurden, da war der Vollzugsausschuß der Ansicht, daß der revolutionäre Augenblick vorüber sei und beeilte sich, an den neuen Wahlen im Zeichen der Generäle teilzunehmen. Wir sprechen von „Wahlen im Zeichen der Generäle", denn es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß General Averescu genau so wie sein Vorgänger bei den Wahlen zu Gewalt, Fälschungen und Mißbräuchen greifen würde. Das Programm, das der Vollzugsausschuß anläßlich der Wahlen aufstellte, war das alte vom Mai 1919 mit seiner berühmten Forderung, daß die Geburtshelferinnen durch staatlich besoldete, diplomierte Hebammen ersetzt werden sollten. Zugleich veröffentlichte der Vollzugsausschuß einen Aufruf an die Bauernschaft, dessen Aufgabe es sein sollte, den revolutionären Geist der Bauern zu heben! Das Manifest erinnert die Bauern an die elftausend Opfer, die während des Bauernaufstandes vom Jahre 1907 fielen und gibt der Bauernschaft den Rat, von der Anwendung der Gewalt Abstand zu nehmen. „Man erlangt seine Rechte nicht durch Gewalt", — heißt es im Manifest — „sondern durch Organisation und Entsendung ehrlicher Vertreter der Bauerninteressen in das Parlament, die die schlechten Gesetze in gute abändern werden."

Die Wahlergebnisse ließen viel zu wünschen übrig. Es wurden zwar ungefähr 20 sozialistische Abgeordnete gewählt, doch gehörten die meisten in Transsylvanien und Bukowina Gewählten zur äußersten sozialistischen Rechten und zum rechten, Kautskyanischen Zentrum. Nicht mehr als 4—5 Mann standen auf dem Boden der Sowjetmacht. Zu den Gewählten zählten die Hauptinspiratoren der opportunistischen Politik des Vollzugsausschusses. Der Opportunismus, der sich in der Presse und der Agitation mit gewissen Klauseln äußerte, warf im Parlament die letzte Hülle von sich und begann, ohne sich irgend welchen Zwang aufzuerlegen, mit den bürgerlichen Parteien in der „Gesetzlichkeit" zu wetteifern. Jeder Opportunist hielt es für seine Pflicht, am Schluß seiner Rede zu erklären, daß die Aufgabe der Sozialistischen Partei in der Wiederherstellung der „Achtung vor dem Gesetz" bestehe.

Selbst jene Schritte der sozialistischen Parlamentsfraktion, die an und für sich richtig waren, wurden oft von einer derartig opportunistischen Motivierung begleitet, daß sie ihre revolutionär-agitatorische Bedeutung fast ganz einbüßten. So wurde z. B. der Kampf gegen die Kriegspartei, die die Einmischung Rumäniens in den Krieg gegen Sowjetrußland wünschte, von einigen sozialistischen Abgeordneten dadurch gerechtfertigt, daß Rumänien durch die russische Revolution Bessarabien erhalten habe. Der bukowinische Senator und Sozialdemokrat Grigorowitschi veröffentlichte in dem Parteiorgan „Sozialismus" Artikel, in denen er vom Standpunkt eines „vernünftigen Nationalismus" zum Frieden mit Sowjetrußland riet.

Man müsse nicht deshalb mit Sowjetrußland Frieden schließen, damit das rumänische Proletariat, gestützt auf die Sowjetrepublik, seine ganze Kraft gegen die eigene Bourgeoisie richten könne, sondern weil der „vernünftige Nationalismus" den Frieden fordere, weil Denikin, wenn er anstelle von Sowjetrußland treten würde, Rumänien wegen Bessarabien den Krieg erklären könnte. Und damit auch nicht der leiseste Zweifel darüber aufkomme, daß die Sozialisten nicht deshalb Frieden mit Sowjetrußland fordern, weil es Sowjetrußland ist, sondern aus nationalistischen Erwägungen heraus, hält Grigorowitschi im Senat eine Rede gegen die Bolschewiki zur selben Zeit, als die polnische weiße Armee Kiew und Borissow besetzte. Derselbe Grigorowitschi benutzt jede Gelegenheit, um sich im Parlament von seinen rumänischen Kollegen loszu-

sagen, die die allzu anspruchsvollen bürgerlichen Zeitungen als Bolschewiki bezeichnen.

Was tat der Vollzugsausschuß, um dieser zweifellos verräterischen Tätigkeit der Parlamentsfraktion ein Ziel zu stecken? Rein gar nichts. Was antwortete das offizielle Organ der Partei auf die wütende Ausfälle Grigorowitschi's gegen die Bolschewiki in derselben Zeitung oder in seinem eigenen antibolschewistischen Blatt, das unter seiner Redaktion in Czernowitz erscheint? Rein gar nichts. Die leitenden Parteiorgane geben die Losung aus, daß „im Interesse der Einheit jede Polemik zu vermeiden sei". Die Opportunisten und Sozialnationalisten können somit ungestraft die russische Revolution, das kämpfende russische Proletariat und seine Führer schmähen.

Führen wir noch eine andere Tatsache an: Ein in Dobrudska gewählter kommunistischer Abgeordneter schreibt einen Artikel, in dem er seine Kollegen kritisiert. Die Redaktion weigert sich, den Artikel zu veröffentlichen. Nach erhobenem Protest läßt der Sekretär der Redaktion ihn drucken, jedoch mit orthographischen und grammatischen Fehlern, und fügt ihm die sarkastische Bemerkung hinzu, daß der Verfasser die rumänische Sprache mangelhaft beherrsche. Es dürfte von Interesse sein, daß der Redaktionssekretär des Parteiorgans ein ehemaliger Renegat ist, der aus dem Lager der Sozialisten in das Lager des nationalistischen Straßenblattes „Adeverul" überging, von wo aus er die Rumänische Sozialistische Partei in ihren kritischsten, schwersten Jahren, namentlich während des Kampfes um die Neutralität, mit schmutzigen Verleumdungen überschüttete. Jetzt, wo der Krieg zu Ende ist, gehört er wieder zur Partei, bekleidet den Posten eines Redaktionssekretärs und kontrolliert das geistige Leben der Partei.

Um unsere flüchtige Uebersicht der Tätigkeit der Parlamentsfraktion zu vervollständigen, müssen wir noch erwähnen, daß einige Monate vor dem Generalstreik der Bukarester Arbeiter, der als Protest gegen das reaktionäre Regierungsgesetz, das die Arbeiter der Staatsunternehmungen des Streikrechts beraubt, geführt wurde, der sozialistische Abgeordnete Transsylvaniens, Cziser, — nicht der Sozialpatriot Flueras — einem von dem Arbeitsminister Trankojas veranstalteten offiziellen Bankett beiwohnte. Die empörten Angestellten aus dem Kellnerverbande weigerten sich, diese gemischte Gesellschaft zu bedienen.

Von dem Zentralorgan der Partei erübrigt es sich zu reden. Zwar ist es gezwungen, hie und da einige Veröffentlichungen der Kommunistischen Internationale, namentlich als Diskussionsmaterial, zu veröffentlichen. Es vermeidet jedoch gerade, solche Aufrufe zu drucken, wie die Aufrufe des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die sozialistischen Parteien der Balkanländer und an die Rumänische Partei im besonderen. Im übrigen würde es schwer fallen, die Zeitungen von einem gewöhnlichen bürgerlich-demokratischen Blatt zu unterscheiden, wenn ihre Aufschrift nicht besagen würde, daß sie das Organ der Sozialistischen Partei ist.

* * *

Wir müssen hier auch die Gleichgültigkeit erwähnen, die das Zentralkomitee, die Parlamentsfraktion und das Zentralorgan bei der Verhaftung der illegalen Gruppe der rumänischen Kommunisten an den Tag legte. Der Vollzugsausschuß, der sich um keinen Preis von den Opportunisten, den Verrätern und Lakaien Bratianus und Averescus, lossagen wollte, beeilte sich, zu erklären, daß er mit den verhafteten Kommunisten nichts gemeinsam habe. Er überschüttete sie mit einem Hagel von Beleidigungen und erklärte, daß er ihre Ansichten nicht teile, und daß sie sich selbst außerhalb der Bewegung gestellt hätten.

Zur Ehre der Arbeiterklasse Rumäniens sei es hier gesagt, daß sie lauten Einspruch gegen das Vorgehen ihrer Führer erhob und daß die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Rumänischen Partei die Politik des Vollzugsausschusses auf das entschiedenste verurteilt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Beschluß, der Kommunistischen Internationale beizutreten, den man so lange hinausschob, unter dem Druck der Arbeitermassen gefaßt wurde. Aber auch hier handelte das Zentralkomitee mit dem ihm eigenen opportunistischen Leichtsinn. Zur Entsendung nach Rußland wählte es eine Delegation, zu der unter anderen auch ein früherer Minister gehört, der an der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages teilnahm und die unmittelbare Verantwortung für denselben trägt.

Die rumänische Delegation kann keine der hier angeführten Tatsachen verneinen. Sie verneint sie auch nicht, bemüht sich jedoch, wie alle Opportunisten, sie durch die Verhältnisse zu erklären.

Alle oben angeführten Tatsachen beweisen, daß die ganze Tätigkeit der Partei, soweit sie vom Zentralkomitee abhängt, durchaus opportunistisch ist und die Interessen der Arbeiterklasse offen verrät, indem sie die Arbeiter von dem revolutionären Wege ablenkt, auf den sie ihr Klasseninstinkt hinweist.

Statt das rumänische Proletariat entschlossen zum Kampf gegen die rumänische Bourgeoisie und Gutsbesitzer zu führen, legte der Vollzugsausschuß bis jetzt alle diese Schwächen an den Tag. Es fiel der rumänischen Regierung daher nicht schwer, die spontane revolutionäre Bewegung (Streiks usw.) zu unterdrücken, die hunderttausende Arbeiter in Rumänien umfaßte, aber dennoch mit Mißerfolg endete, weil ihre Führer kleinmütige, wenn vielleicht auch unbewußte Opportunisten waren, die schon bei der ersten Drohung, bei der ersten Verhaftung ihre Positionen aufgaben.

Durch die Schwäche der sozialistischen Führer ermutigt, wurde die rumänische Regierung herausfordernd und zynisch und verübte eine Reihe der scheußlichsten Verbrechen an der Arbeiterklasse. Die Mißhandlung der Verhafteten nahm eine Ausdehnung an, wie sie selbst in den trübsten Zeiten der Zarenherrschaft nicht bekannt war. Der Tod im Gefängnis infolge von Mißhandlungen, wie es mit Dr. Armanjan in Bukarest geschah, der während des letzten Generalstreiks verhaftet wurde, ist ein neuer und wohl kaum der letzte Akt des von der rumänischen Regierung geübten weißen Terrors.

Nur die Beseitigung der Opportunisten aus der Parteileitung, nur die Organisation eines entschlossenen, mit allen Mitteln geführten Kampfes gegen den Terror der rumänischen Gutsbesitzer und Kapitalisten können die rumänische proletarische Bewegung auf den revolutionären Weg lenken, der zum Sturz der Bourgeoisie und zur Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse führt.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die rumänische Arbeiterklasse bezw. ihre Vorkämpfer die verräterischen Opportunisten aus dem Wege räumen und unter Führung ehrlicher, der Sache des Proletariats ergebener, revolutionärer Kommunisten fest und entschlossen zum Siege schreiten werden.

Moskau, den 10. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.
G. Sinowjew.

Schreiben des Exekutivkomitees der Sozialist. Partei Rumäniens an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Genossen! Wir haben das Schreiben erhalten, das Ihr uns beauftragt, in unserer Zeitung zu veröffentlichen und in dem Ihr die taktischen Fehler unserer Partei während der Kriegsjahre einer Kritik unterzieht.

Wir sind mit jeder Kritik einverstanden, die sich auf unbestreitbare Tatsachen stützt, denn wir wünschen in Zukunft jeden Mißgriff zu vermeiden.

Wir geben zu, daß ein Teil der in Eurem Schreiben enthaltenen kritischen Bewertung gerechtfertigt ist. Doch müssen wir sagen, daß sie in der Hauptsache unbegründet ist.

Zur Feststellung der Wahrheit, die die Kommunistische Internationale wissen muß, wollen wir hier darlegen, worin Ihr mit Eurer Bewertung Unrecht habt. Die Genauigkeit unserer Behauptungen werden wir auf Grund des Archivs und der Resolutionen unseres Parteitages erschöpfend beweisen.

Ihr klagt die Führer und die Exekutive an, daß sie die Entwicklung der revolutionären Bewegung hemmen, um die Interessen der Arbeiterklasse zu verraten. Diese Beschuldigung trifft uns nicht, denn wir haben den revolutionären Strom nicht aufgehalten. Im Gegenteil, als Sozialisten und Revolutionäre haben wir der Organisationspropaganda und der revolutionären Erziehung zur weitesten Verbreitung verholfen. Wir haben das Klassenbewußtsein der Arbeitermasse gehoben und sie in stän-

diger Aufwiegelung gegen die kapitalistische Ordnung erhalten.

Anfang Dezember 1918 arbeitete unsere Exekutive ein Kampfprogramm aus, das von der Taktik der russischen Kommunisten inspiriert und auf der Beobachtung der revolutionären Krisen, die Deutschland, Oesterreich-Ungarn, ja ganz Europa erschütterten, begründet war. Wir waren zur Annahme berechtigt, daß die objektiven und subjektiven Kampfbedingungen die unverzügliche Durchführung einer Revolution möglich machten. Auf Grund dieser Erwägungen nahmen wir den revolutionären Kampf auf, obgleich er nach einem siegreichen Kriege gewöhnlich sehr schwer ist. Die blutigen Ereignisse vom 13. Dezember haben es bewiesen. Sie haben auch gezeigt, daß unser Proletariat für die revolutionäre Rolle, die wir ihm zugedacht hatten, noch nicht vorbereitet war.

Von Schrecken erfaßt, verließen viele Arbeiter uns völlig; einige verklagten uns sogar vor dem Kriegsrat. Die Armee, die nicht desorganisiert war, unterstützte uns nicht; auf Befehl ihrer Offiziere schoß sie auf uns.

All diese Tatsachen zeigten uns, daß wir unsere ganze Aufmerksamkeit der Organisation und Aufklärung des Proletariats zuwenden müßten, um ihm revolutionären Geist einzuflößen.

Der Mißerfolg der proletarischen Revolution in Deutschland und Oesterreich und das Ausbleiben der Revolution in den Ententeländern zwangen uns, unserer Partei auf dem Parteitag im Mai 1919 ein praktisches Programm zu geben; wir folgten hierin unseren italienischen Genossen, die zu jener Zeit unsere Führer waren. Übrigens kann dieses Programm unserer Ansicht nach zum Teil auch nach der Eroberung der politischen Macht bestehen bleiben.

Es befremdet uns, daß die Internationale aus unserem ganzen Programm nur die unbedeutendsten, nebensächlichsten Forderungen behandelt, wie z. B. die Frage von

den Dorfhebammen, während sie solche Punkte, wie die volle Enteignung der Grundbesitzer, die Sozialisierung aller kapitalistischen Unternehmungen, die Arbeiterversicherung und die Uebergabe der ganzen Macht in die Hände der Arbeiter in den Schatten rückt. In dem theoretischen Teil unseres Programms haben wir dem Proletariat klargelegt, daß es unverzüglich mit allen Mitteln die politische und wirtschaftliche Macht erobern und die kapitalistische Gesellschaft durch die proletarische Diktatur in eine sozialistische verwandeln muß.

Ihr beschuldigt die Exekutive, daß sie in der Annexionsfrage die Deklaration des provisorischen Ausschusses und die durch Flueras und Jumanca erhobenen Forderungen der Transsylvanischen Partei anerkannt habe.

Ihr befindet Euch in dieser Frage im Irrtum. Nachdem ein Teil des Ausschusses das Gefängnis verlassen hatte, wurde in der ersten Sitzung Einspruch gegen das verhaftete Komitee erhoben. Man mißbilligte die vorerwähnte Deklaration und forderte die Veröffentlichung einer anderen, deren Text wir Euch zusenden werden. Auf Anregung des befreiten Teils des Vollzugsausschusses billigten die Organisationen von Bukarest und Ploesti die eingenommene Stellung. Nachdem der ganze Ausschuß in Freiheit gesetzt war, erkannte er die in dieser Frage gefaßten Beschlüsse an. Entgegen Eurer Behauptung riet er keiner einzigen Organisation, keinem einzigen Mitglied davon ab, wegen der von der Transsylvanischen Partei vorgeschlagenen Deklaration Lärm zu schlagen.

Ferner behauptet Ihr, daß wir uns im Mai 1919 mit der Transsylvanischen und Bukowinischen Partei verschmolzen, eine Zentralexekutive und einen Generalrat gewählt hätten. Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Die Verschmelzung der Parteien fand nicht statt. Der Beschluß in dieser Frage wurde an den Kongreß zurückgegeben. Jede der Parteien hat noch jetzt ihren eigenen Ausschuß, der laut dem von ihrem eigenen Partei-

tage angenommenen Statut wirkt. Wahr ist, daß wir laut Beschluß der Konferenz zu Jassy vom Dezember 1919 den erwähnten Parteien eine gewisse Anzahl von Mandaten eingeräumt haben.

Was die Beschuldigung anbelangt, daß wir im Sumpf des Opportunismus untergetaucht sind und versucht haben, uns den bürgerlichen Parteien zu nähern, indem wir die Wahlen boykottierten, so müssen wir sagen, daß wir diesen Boykott als Kundgebung gegen den Belagerungszustand und die Zensur erklärten, um die Demobilisation herbeizuführen. Der Boykott hatte auch wirklich die Auflösung des Parlaments, die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur und die Vornahme der Demobilisation zur Folge.

Ihr erwähnt die Tatsache, daß wir uns mit General Averescu ins Einvernehmen gesetzt haben. Wir geben es zu. Wir entschlossen uns zu diesem Schritt, um eine revolutionäre Lage zu schaffen. Als Beweis dient die Erklärung Generals Averescus vor dem Kriegsrat, der mit der Austragung der letzten gegen unsere Bewegung angeregten Prozesse beauftragt war.

Der Eintritt von sieben Mitgliedern unserer Partei in das Parlament wurde von dem Generalrat beschlossen und von der Konferenz zu Jassy gutgeheißen. Was die Beschuldigung anbelangt, daß die sozialistischen Deputierten ihre Reden stets mit der Erklärung geschlossen hätten, die Partei stelle sich die „Achtung des Gesetzes" zum Ziel, so beruht sie auf erdichteten Angaben.

Die Beschuldigung, daß wir den Interessen der Oligarchie gedient hätten, entbehrt ebenfalls der Begründung. Der Terror, dem unsere Partei im Kampf mit dem Bourgeoisie ausgesetzt war und ist, liefert hierfür genügenden Beweis.

Zur Zeit, als unser Land die Neutralität wahrte, wurden wir auch beschuldigt, daß wir gegen den Krieg kämpften, weil die Deutschen uns dafür bezahlten und

daß wir bloße Agenten der rumänischen Oligarchie wären, die die Politik der Zentralmächte unterstützte. Nach einiger Zeit zeigte es sich jedoch, daß unsere Partei eine loyale Verteidigerin der Sache des Sozialismus war.

Die Beschuldigung, daß unsere Exekutive einen Aufruf an die Bauern veröffentlicht habe, um die revolutionäre Begeisterung zu schwächen, ist nicht ganz klar formuliert. Wir werden Euch auf Grund der Manifeste und Flugschriften, die wir für die Bauern druckten, beweisen, was unsere Partei über sie sagte.

* * *

Die größte Beschuldigung, die Ihr gegen uns vorbringt, ist, daß die Russische Republik uns nur deshalb teuer war, weil sie uns Bessarabien gab, nicht aber weil sie die größte Revolution der Welt durchgeführt und dem Proletariat den Weg zur endgültigen Befreiung geebnet hat. Diese Beschuldigung ist ein Verbrechen, dessen Umfang wir nicht einmal feststellen können. Wir werden jedoch bald in der Lage sein, zu beweisen, inwieweit sie eine niederträchtige Verleumdung ist, die wir auf das bestimmteste zurückweisen.

Ihr klagt die führenden Organe der Partei an, daß sie um der „Vereinigung" der Parteien willen jede breite Diskussion unterdrückt hätten. Auch dies entspricht nicht der Wahrheit. In der Partei selbst wie auch auf Versammlungen und in der Presse wurde die Polemik über alle möglichen taktischen und prinzipiellen Fragen geführt.

Ihr klagt die Parlamentsfraktion an, daß sie sich durch ihre sozialistischen Abgeordneten Cizer und Flueras an dem Bankett zu Ehren des Arbeitsministers beteiligt habe zu einem Zeitpunkt, als die Arbeiter von Bukarest als Protest gegen das reaktionäre Gesetz, das das Streikrecht aufhob, den Streik erklärt hatten.

Wißt denn, daß Flueras nie Abgeordneter war und auch nicht an einem Bankett unter den erwähnten Ver-

hältnissen teilgenommen hat. Es ist wahr, daß er vor 3 bis 4 Monaten als Delegierter nach Bukarest geschickt wurde, um gegen die Verletzung eines Arbeitsvertrags zu protestieren. Man lud ihn in das Restaurant, wo der Minister speiste, und da er auf diese Weise in eine Falle geraten war, willigte er ein, sich an der Mittagstafel zu beteiligen. Seine leichtsinnige Handlungsweise brachte ihm eine Rüge ein.

Ihr klagt ferner unser Preßorgan an, daß es vermieden habe, die Aufrufe der Balkanföderation und auch der Kommunistischen Internationale zu veröffentlichen. Wir erklären hiermit, daß wir weder von der Balkanföderation, noch von der Kommunistischen Internationale irgendwelche Aufrufe erhalten haben. Alles, was wir abdruckten, nahmen wir aus den ausländischen Zeitungen, die wir erhielten, wobei wir uns ausschließlich von unserem sozialistischen Gewissen leiten ließen. Was Eure Einschätzung betrifft, daß unsere Zeitung sich nur durch ihre Benennung von den „gewöhnlichen bürgerlich-demokratischen Blättern" unterscheide, so beweist sie, daß Ihr einzelne Nummern unseres Organs gar nicht in der Hand gehabt habt. Deshalb protestieren wir gegen eine solche Beschuldigung.

Ihr zeiht das Zentralkomitee, die Parlamentsgruppe und das Zentralorgan der Partei der Gleichgültigkeit gegen die illegale Gruppe, die sie angeblich in niederträchtiger Weise im Stich gelassen hätten. Ja, wir haben uns von dieser Gruppe losgesagt, weil wir ein diszipliniertes Vorgehen fordern. Die Handlungsweise dieser Gruppe konnte nur zu ihrer Verhaftung führen. Sie hatte ohne Wissen des Komitees in der Parteikasse Gelder in unabgeschnittenen Kupons gehalten, und bei der Untersuchung ergab es sich, daß die Scheine gefälscht waren. Um unsere Partei nicht zu kompromittieren, verurteilten wir in unserer Presse den Leichtsinn, mit dem unsere Genossen gehandelt hatten.

Ihr beschuldigt unseren Vollzugsausschuß, daß er sich lange Zeit hindurch geweigert habe, der Kommunistischen Internationale beizutreten und schließlich nur unter dem Druck der Massen nachgegeben habe. Das ist nicht wahr; Ihr seid im Irrtum, wenn Ihr glaubt, daß die Massen uns zum Anschluß gedrängt haben.

Die Tätigkeit und die Propaganda unserer Zentrale waren dem Geiste nach durchaus kommunistisch. Wir erachten es keineswegs als unser besonderes Verdienst, müssen jedoch die Wahrheit sagen. Wenn die Zentralkomitees dem Beitritt entgegengearbeitet hätten, so würden die gesamte Partei und die Gewerkschaften jetzt nicht dafür sein. Ihr beschuldigt den Vollzugsausschuß, Flueras nach Rußland geschickt zu haben. Auch dies entspricht nicht den Tatsachen. Flueras wurde von der Transsylvanischen Partei gesandt. Wahr ist, daß unsere Partei ihn ebenfalls als Delegierten in Aussicht genommen hatte, damit alle Richtungen vertreten wären und einige von ihnen sich überzeugen könnten, daß ihre Ansicht über die Methoden der Kommunistischen Internationale falsch war.

Ihr klagt den Vollzugsausschuß an, daß er die Interessen der Arbeiterklasse um Augenblickseroberungen willen verraten und die Arbeiter von dem revolutionären Wege abgelenkt habe, den ihr Klasseninstinkt ihnen weist. Diese Beschuldigung zeigt, wie wenig Ihr von der Geschichte unserer Partei wißt und wie sehr Ihr in dieser Frage irregeführt wurdet. Im Namen des Vollzugsausschusses, der auf Jahrzehnte uneigennützigen Kampfes, auf unzählige Opfer zurückblicken darf, protestieren wir gegen diese Beschuldigung. Ihr behauptet, die Schwäche der sozialistischen Führer habe der rumänischen Regierung die Möglichkeit gegeben, die Arbeiter auf das furchtbarste zu terrorisieren; die Führer hätten bei der ersten Drohung und den ersten Verhaftungen die Flinte ins Korn geworfen. Die Internationale ist über diese Sache augenscheinlich

schlecht informiert. Schweren Herzens denken wir daran zurück, was unsere Führer seit der Gründung der Partei durch den bürgerlichen Terror zu leiden hatten. Sie gaben ihre Positionen nicht auf, sondern eroberten neue. Die Kommunistische Internationale müßte wissen, daß der Kampf, den unsere Partei gegen die rumänische Oligarchie, die giftigste der Welt, zu führen hat, im Vergleich viel schwerer ist, als der Kampf der anderen sozialistischen Parteien.

In einem Lande, wo der größte Teil der Bevölkerung aus Analphabeten besteht, ist der Kampf unsagbar schwierig. Wir wollen uns nicht gegen die Vorwürfe verteidigen, die wir durch unsere Fehler verdient haben. Wir bitten die Kommunistische Internationale jedoch, objektiv zu sein und uns durch Kritik zu lehren. Wer etwas tut, der irrt auch und nur, wer überhaupt nichts tut, macht keine Fehler.

Unsere gesamte Arbeit, unser ganzer Kampf ist der Ausfluß unserer sozialistischen Ueberzeugung. Wir dienen der revolutionären Sache der endgültigen Befreiung des rumänischen Proletariats.

Erklärungen zu den Fragen, die vom Gen. Bucharin in der Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 11. Novbr. 1920 gestellt wurden.

Da die Mitglieder der Rumänischen Sozialistischen Delegation in Rußland erst heute von einer Studienreise in den Donrayon nach Moskau zurückgekehrt sind,

konnten wir leider nicht an der Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 11. November teilnehmen, in der die Frage der Rumänischen Sozialistischen Partei besprochen wurde. Wir beeilen uns hiermit, folgende Erläuterungen zu den vom Genossen Bucharin anläßlich dieser Besprechung gestellten Fragen zu geben.

1. Frage.

„Welche Gründe waren für die transsylvanischen Genossen maßgebend, daß sie während der rumänischen Okkupation in die bürgerliche Regierung eingetreten sind."

a) Die transsylvanischen Parteiführer sind von dem Standpunkt ausgegangen, daß die tatsächliche Okkupation und Annexion Transsylvaniens durch die Bourgeoisie Rumäniens eine „Befreiung vom fremden Joche" bedeute.

b) Sie haben die Abmachung von Alba-Julia (November 1918), die die Grundlage für ihre Teilnahme an der Regierung bildete, als ein Mittel zur friedlichen Entwicklung der arbeitenden Klassen Transsylvaniens angesehen. Ihr Opportunismus und ihr Verrat an den elementarsten Interessen der Arbeiterklasse sind so weitgehend gewesen, daß sie ihre Stellung als Regierungsmitglieder behalten haben, sogar noch dann, als die hauptsächlichsten demokratischen Punkte der feierlichen Abmachung von Alba-Julia mit unerhörtem Zynismus mißachtet wurden.

Und wenn sie auch aus der Regierung ausgetreten sind, so ist das nur darum geschehen, weil die Bourgeoisie die weitere Regierungsarbeit der Sozialchauvinisten nicht mehr für nützlich hielt; die Bourgeoisie hat die erste beste Gelegenheit benützt, um sie durch eine feindselige parlamentarische Manifestation zum Austritt zu zwingen. Ihr Austritt war also erzwungen. Sie selbst wären aber trotzdem bereit gewesen, ihre Demission zurückzuziehen, wenn die Massen, enttäuscht von dieser opportunistischen

Politik, sie nicht davon abgehalten hätten. (In der Siebenbürgischen Sozialistischen Zeitung ist zu jener Zeit ein Artikel unter dem Titel erschienen: „Entweder heraus aus der Regierung oder heraus aus der Partei").

NB. Die betreffenden transsylvanischen Genossen (Flueras, Jumanca) und ihre Anhänger sehen noch heute ihre Teilnahme an der bürgerlichen Regierung nicht als einen Fehler an und haben sich bis heute gehütet, eine bindende Erklärung abzugeben, daß sie in der Zukunft eine ähnliche Verratspolitik nicht mehr führen werden.

2. Frage.

„Warum nennt sich die Partei sozialistisch und nicht kommunistisch?"

Weil ihre Leitung, im Gegensatz zur Stimmung der Arbeitermassen, nicht kommunistisch ist.

NB. Illegale kommunistische Gruppen und illegale Flugblätter, von der Parteileitung ignoriert, sabotiert, sogar desavouiert, sind immer unter dem Namen „Kommunistische Partei", „Kommunistische Arbeiter" aufgetreten bezw. erschienen.

3. Frage.

„Ist es wahr, daß die rumänischen Genossen geheime Besprechungen mit General Averescu gepflogen haben?"

Ja, —

Und zwar haben sie nicht nur einfache Besprechungen gepflogen, sondern auch eine feste bindende, politische Abmachung getroffen. Die Besprechungen wurden geheim geführt. Die Abmachung wurde lange Zeit geheim gehalten und ist nur nachträglich von dem Exekutivkomitee vor einem Parteikonferenzausschuß eingestanden worden, wobei sogar eine Begründung versucht wurde.

Um zur Macht zu gelangen, hat General Averescu prinzipienlos, wie alle Politikanten Rumäniens, alle dazu geeigneten Mittel benutzt.

Einerseits, um die maßgebenden hohen Kreise über seine Absichten zu beruhigen, hat er sich mit junkerlichen Elementen (Argentoianu etc.) umgeben und noch dazu ein öffentliches Bündnis mit der ausgesprochen reaktionären konservativen Partei unter der Führung Take Jonescus abgeschlossen.

Anderseits, um einen Stützpunkt in der städtischen Arbeitermasse zu gewinnen, was nur mittels der sozialistischen Bewegung möglich war, hat er sich an deren Führer gewandt.

Trotz seiner berüchtigten Vergangenheit (die Ermordung von 11 000 Bauern im Jahre 1907), trotz seiner obenbezeichneten politischen Gefolgschaft, ist es ihm dank der politischen Naivität der sozialistischen Führer merkwürdigerweise doch gelungen, faktisch mit ihnen ein Bündnis abzuschließen, auf diese Weise die Arbeitermassen sich dienstbar zu machen und sich so der ersehnten Macht zu nähern.

Die Beweggründe, die unsere Parteiführer zu dieser Politik veranlaßt haben, waren folgende:

a) Sie schenkten den verschwommenen geheimen Versprechungen des Generals, einen revolutionären Aufstand hervorzurufen, Glauben. Es war ihrerseits wirklich ein ganz feiner Plan: die Verantwortung für das Gedeihen der Revolution irgend einem bonapartistischen General aufzubürden, was freilich eine viel bequemere Sache ist, als die Revolution auf eigenes Risiko und unter Verantwortung vorzubereiten.

Dadurch aber haben sie der Partei für eine Zeitlang eine illusionistische, menschewistisch-putschistische Taktik gegeben.

b) Sie glaubten durch dieses Bündnis das Regime der Zensur und des Belagerungszustandes zu stürzen. Zu dem-

selben Zweck haben sie unter dem Einfluß des Generals Averescu und gemeinsam mit ihm die Boykottierung der Parlamentswahlen im Jahre 1919 beschlossen, auf der Parteikonferenz angeregt und dann auch durchgeführt.

NB. Der von den Vertretern der Parteileitung angegebene Grund, daß die Abmachung mit Averescu abgeschlossen worden wäre, um Sowjetrußland zu helfen, scheint auf der Reise nach Rußland gefunden worden zu sein. Jedenfalls stellen wir Unterzeichneten hier fest, daß Averescu diesbezüglich nichts zugesagt hat.

4. Frage.

„Was hat die rumänische Partei getan, um die rumänische Regierung in ihrem mit Unterstützung der russischen Konterrevolutionäre erfolgten Auftreten gegen die Räterepublik Ungarn aufzuhalten?"

a) Infolge des engen Zusammengehens mit den äußerst opportunistischen Elementen von Transsylvanien und der Bukowina und der damit verbundenen, bereits geschilderten Kompromißpolitik der altrumänischen Partei während der jüngsten Zeit ist die Initiativ- und Angriffsfähigkeit unserer Arbeiterbewegung stark beeinträchtigt worden.

b) Was insbesondere Transsylvanien anbetrifft, so haben die dortigen sozialchauvinistischen Minister leichten Herzens die ganze Verantwortung für den Mordanschlag, den die rumänische Regierung gegen Sowjetungarn verübt hat, auf sich genommen.

Sogar n a c h der Niederwerfung Sowjetungarns und nach der klaren Enthüllung der wirklichen Ziele des rumänischen Angriffs haben die Sozialchauvinisten ihre Ministerposten behalten.

c) Zum Schutze Sowjetungarns und Sowjetrußlands hat die Sozialistische Partei jedoch einen gewissen Druck auf die Regierung ausgeübt durch eine zwar sehr gedämpfte Agitation in der Presse und in den Versammlungen und schließlich durch den für den 21. Juli 1919 in London be-

schlossenen Streik, welcher dank der Begeisterung der Massen für die Sowjetrepubliken in Rumänien glänzend durchgeführt wurde.

d) Zum Transportboykott ist es nicht gekommen.

5. Frage.

„Warum hat das Zentralkomitee von Kriegsbeginn an bis jetzt den Parteikongreß nicht einberufen?"

Bis jetzt ist seit dem Kriegsausbruche noch kein Kongreß abgehalten worden.

Die Gründe dazu waren folgende:

Angesichts der Stimmung der Massen wäre es unvermeidlich gewesen, auf die Tagesordnung des I. Kongresses an erste Stelle die Frage des Anschlusses an die Kommunistische Internationale zu setzen. In dieser Frage aber waren die Führer schwankend und richtungslos. Einerseits zogen sie es vor, abzuwarten, bis große europäische sozialistische Parteien eine Entscheidung in dieser Frage getroffen haben. Anderseits verschoben sie eine Kongreßentscheidung deshalb, weil sie wußten, daß diese Entscheidung nur im Sinne des Anschlusses an die Kommunistische Internationale ausfallen würde, und sie fürchteten mit Recht, daß eine solche Entscheidung das weitere enge Zusammengehen mit den opportunistischen Elementen Transsylvaniens und der Bukowina unmöglich machen und den herrlichen Traum der „einheitlichen sozialistischen Front" zerstören würde.

So wurden die Arbeitermassen, die den Kongreß mit fieberhaftem Interesse erwarteten, von den Führern mit Konferenzen abgespeist, welchen man mit Absicht kein Entscheidungsrecht gab.

Aus diesen Gründen mußten sich die Massen mit ihrer Anschlußforderung gedulden, bis Flueras, Grigorovici, Jumanca und Konsorten begeisterte Anhänger des Kommunismus geworden sein würden.

6. Frage.

„Warum haben uns die Genossen überhaupt kein Wort über die Differenzen innerhalb der Partei gesagt?"

Dieses stillschweigende Hinweggehen über die innerhalb der Partei bestehenden Differenzen charakterisiert eben die „marxistische" Auffassung unserer Parteileitung.

Tatsächlich existieren nicht verschiedene sozialistische Provinzialparteien: eine altrumänische, eine siebenbürgische, eine Bukowinaer Partei; sondern es gibt ein politisches Chaos, in welchem man zwei im Entstehen begriffene Parteien auseinander halten kann:

a) Eine sozialdemokratische Partei mit einem Scheidemannschen Flügel (Grigorovici, Flueras, Dunareanu etc.) und einem zentristischen Flügel (Pistoner, Voinea, Geller). Beide Flügel sind ohne jede Unterstützung durch die Massen.

Sogar die Arbeitermassen der neuen Provinzen, die früher unter dem Einfluß der Sozialchauvinisten standen, sind jetzt, dank ihren Erfahrungen seit ihrer „Befreiung", weit nach links abgerückt (siehe Beschlüsse der Provinzkonferenzen von Cluj im August 1920 und Temisoara im September 1920).

b) Eine kommunistische Partei, bestehend aus den bewußten Arbeitermassen, Anhängern der kommunistisch-marxistischen Richtung. Sie ist im Begriff, sich zu einer festen Organisation zusammenzuschließen (Stefanhof, Olteanu, Fabian, Dobrogeanu etc.), die sich zur Schuld anrechnet, nicht rechtzeitig und besonders nicht scharf genug ihre Kampfespflicht innerhalb der Partei erfüllt zu haben, sich aber dafür verpflichtet fühlen, mit doppelter Anstrengung das Versäumte nachzuholen.

Sie besteht weiter aus einer wenig zahlreichen, taktisch anpassungsfähigen, antiparlamentarischen Linken (Al. Constantinescu, Gh. Teodorescu etc.), die entschlossene und mutige Proletarier in ihren Reihen zählt.

Hinter diesen beiden Richtungen, die sich teilweise vereinigt haben, steht die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft.

c) D a z w i s c h e n steht eine Führergruppe, welche zwischen beiden Flügeln hin und her schwankt (Ilic Moscovici, Gm. Cristescu, C. Popovici, etc.), deren ein Teil aber bis zum wirklichen Kommunismus entwicklungsfähig ist. Diese Gruppe, welche heute die Führung der Partei hat, hat eine Politik des Konfusionismus, der Schwankung, des Vertuschens, des Stillschweigens, des Verschiebens, der ewigen Kompromisse mit den Sozialchauvinisten und der geheimen Annäherung an bürgerliche Parteien geführt, zugleich aber hie und da kommunistische Demagogie getrieben, um zuguterletzt als Held in die Kommunistische Internationale einziehen zu dürfen.

Moskau, 24. November.

Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei.

Im Bunde mit den tschechischen Sozialdemokraten und den Führern der II. Internationale sind die tschechische Bourgeoisie und die Gutsbesitzer mit der ganzen Wut ihrer weißgardistischen Skorpionen über das tschechische Proletariat hergefallen.

Was jetzt in der Tschechoslowakei vorgeht, erinnert stark an die Ereignisse der Julitage 1917 in Rußland. Zu jener Zeit standen auch in Rußland die Sozialdemokraten und die Sozialrevolutionäre an der Macht, die in engem Zusammenwirken mit der russischen Bourgeoisie und den Gutsbesitzern vorgingen und sich auf die Autorität der Führer der II. Internationale stützten. Als die bürgerlich-

sozialrevolutionär-menschewistische Gegenrevolution zur Erkenntnis gelangte, daß die Kräfte der proletarischen Revolution nicht nur täglich, sondern stündlich wuchsen, beschloß sie, einen Aderlaß an der Kommunistischen Partei vorzunehmen. Im Bunde mit der Bourgeoisie erdichteten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre das unerhörte, niederträchtige Märchen, daß die Führer der Partei der Bolschewiki von der deutschen Regierung gekauft wären. Auf Grund dieser Behauptung begannen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre im Bunde mit der bürgerlichen Gegenrevolution, die bolschewistischen Organisationen zu zerstören, die Kronstädter Matrosen niederzuschießen und die Petrograder Arbeiter zu entwaffnen. Im ganzen Lande wurde das Gerücht verbreitet, daß man eine bolschewistische Verschwörung aufgedeckt habe. Gefälschte Schriftstücke wurden fabriziert, falsche Aussagen erfunden, die unaufgeklärten Soldaten wurden gegen die Arbeiter aufgestachelt.

Während man auf diese Art Lärm schlug, wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre hofften, auf diese Weise die Macht in ihren Händen zu behalten und sie endgültig mit der Bourgeoisie zu teilen. Bekanntlich geschah gerade das Gegenteil. Kaum waren einige Wochen verstrichen, als die breitesten Schichten der Arbeiter, Bauern und Soldaten die ganze Niederträchtigkeit der sozialrevolutionär-menschewistischen Machenschaften einzusehen und die Partei der Bolschewiki tatkräftiger als je zuvor zu unterstützen begannen. Einige Monate später folgte die Oktoberumwälzung.

Etwas Aehnliches wiederholt sich jetzt in der Tschechoslowakei. Auch dort wachsen die Kräfte der proletarischen Revolution nicht täglich, sondern stündlich. Dadurch in Schrecken versetzt, haben die erbosten, niederträchtigen tschechischen Menschewiki völlig den Kopf verloren. Im Bunde mit der bürgerlichen Reaktion wiederholen sie den

Versuch Kerenskis. Auch die tschechischen Sozialdemokraten lärmen zusammen mit der tschechischen Bourgeoisie über eine von ihnen angeblich aufgedeckte Verschwörung, über „verbrecherische" Beziehungen der tschechischen Kommunisten zu Sowjetrußland, über aufgefundene Schriftstücke usw. Hunderte von Verhaftungen werden vorgenommen; friedlich demonstrierende Arbeiter werden niedergeschossen. Die Aufstände, die bald hier, bald da vereinzelt ausbrechen, werden mit unbarmherziger Grausamkeit unterdrückt.

Wir wenden uns an die Arbeiter der ganzen Welt und sagen ihnen: die Ereignisse in der Tschechoslowakei sind im höchsten Grade symptomatisch. Die Weltgeschichte scheint den Arbeitern der ganzen Welt besonderen Anschauungsunterricht darüber geben zu wollen, was die II. Internationale eigentlich ist und wie die Herren Sozialdemokraten entarteten.

In der Tat. Die unmittelbare Veranlassung zum Beginn der tschechischen Ereignisse bildete die Spaltung zwischen den tschechischen Kommunisten und den Sozialdemokraten. Die überwiegende Mehrheit der alten Partei ging auf die Seite der linken kommunistischen Elemente der Tschechoslowakei über. Die tschechischen Arbeiter besetzten das Volkshaus und nahmen die Arbeiterzeitung in ihre Hände, dessen eingedenk, daß sowohl das Volkshaus wie auch die Zeitung durch langjährige Mühe und Aufopferung der tschechischen Arbeiter selbst entstanden sind. Die tschechischen Sozialdemokraten waren außerstande, die tschechischen Arbeiter mit eigenen Kräften daran zu hindern; sie wandten sich daher an das bürgerliche Gericht. Das bürgerliche Gericht stellte sich natürlich auf die Seite der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten. Die Bourgeoisie schickte auserlesene Abteilungen von Haudegen der Gendarmerie aus, die das Volkshaus und die Redaktion der Zeitung besetzten und das Eigentum der Arbeiter liebevoll den Herren gelben Sozialdemokraten einhändigten.

Dies alles geschah gerade in den Tagen, als Herr Vandervelde und einige andere angesehene Sozialverräter bei den gelben tschechischen Sozialdemokraten zu Gast weilten. Sie hatten die tschechischen Sozialdemokraten im Namen der II. Internationale aufgesucht. Vandervelde und die ganze II. Internationale standen also hinter den Kulissen und inspirierten das Blutbad, das sich jetzt über die tschechischen Arbeiter ergießt! Proletarier aller Länder! Bedarf es noch weiterer Beweise, damit jeder einzelne Arbeiter endlich begreifen lernt, daß die II. Internationale nichts anderes mehr darstellt als eine bürgerliche Organisation? Die berüchtigten Führer der II. Internationale verheimlichen ja selbst nicht mehr, daß sie eine Bande von Agenten des Kapitals sind. Die schmutzigsten, blutigsten Aufträge erteilt die Bourgeoisie jetzt den Sozialdemokraten und den Führern der II. Internationale.

Die Kommunistische Internationale sendet den tschechischen Arbeitern brüderliche Grüße. Die Kommunistische Internationale wendet sich an alle werktätigen Tschechen und an die tschechischen Soldaten mit dem Aufruf, die Bajonette gegen ihre eigenen Unterdrücker zu kehren. Die Kommunistische Internationale ruft die Proletarier der ganzen Welt auf, den tschechischen Arbeitern in ihrer schweren Stunde beizustehen. Die Kommunistische Internationale ruft die Arbeiter der ganzen Welt auf, die verachtungswürdigen Mordgesellen aus den Reihen der II. Internationale zu brandmarken. Die Kommunistische Internationale ruft die Werktätigen der ganzen Welt auf, die Führer der II. Internationale als erkannte Henker der Arbeiterklasse zu betrachten und zu behandeln.

Den tschechischen Arbeitern aber sagen wir: Seid stark, Genossen! In Rußland folgte nach dem Juli der Oktober. Bei Euch wird es ebenso sein. Verachtung und Schande werde den gelben Sozialdemokraten und den Henkern aus der II. Internationale zuteil. Ehre und Ruhm sei den Helden, den tschechischen Arbeitern.

Es lebe die proletarische Revolution in der Tschechoslowakei und in der ganzen Welt!

Moskau, 19. Dezember 1920.

Vorsitzender des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.
G. Sinowjew.

An den Parteitag der Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale begrüßt Euren Vereinigungsparteitag mit großer Freude.

Der Anschluß der Gruppe der revolutionären Linken an die Kommunistische Partei wird die Kampffront der Sektion Deutsch-Oesterreichs der Kommunistischen Internationale kräftigen. Wie in Deutschland, Frankreich, Italien und anderen Ländern, so werden auch in Oesterreich alle wirklich revolutionären Arbeiter sich der kommunistischen Kampffront der proletarischen Weltrevolution anschließen.

Nieder mit der II. Internationale! Nieder mit den Heuchlern, den Dienern der Bourgeoisie, welche sich mit revolutionären Phrasen maskieren!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Moskau, 21. Januar 1921.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

An die Allrussische Konferenz des „Bund" in Minsk.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sendet den jüdischen proletarischen Kommunisten einen brüderlichen Gruß. Genossen! Wie Ihr wißt, hat das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale nach Beratung der Frage in einer Sonderkommission beschlossen, Euch vorzuschlagen, in die Reihen der Kommunistischen Partei Rußlands einzutreten. Diesem Beschluß liegt das Bestreben zugrunde, einen möglichst engen Zusammenschluß aller kommunistischen Kräfte zu erzielen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale schätzt und begreift die Anhänglichkeit vieler Mitarbeiter des „Bund" an den Namen der Organisation, die namentlich in der Morgenröte der revolutionären Bewegung in Rußland in den ersten Reihen schritt. Das Exekutivkomitee erinnert jedoch die Genossen daran, daß auch die Bolschewiki den alten Namen ihrer Partei änderten, als das Interesse der Sache es erforderte. Das Exekutivkomitee erinnert Euch ferner daran, daß die deutsche Linke dasselbe tat und eine ganze Reihe von Parteien im Westen gegenwärtig ebenso handelt. Ohne vollste Einigkeit aller kommunistischen Kräfte können wir in dem schweren, aber hehren Kampf, den wir führen, nicht siegen. Der Erzielung der Einigkeit muß alles andere untergeordnet werden.

Mit kommunistischem Gruß

Vorsitzender des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

G. Sinowjew.

Der fünfzigste Jahrestag der Pariser Kommune.

An alle der III. Internationale angeschlossenen Parteien und Organisationen.

Genossen! Im Frühjahr dieses Jahres kehrt der fünfzigste Jahrestag der Pariser Kommune wieder. Ein halbes Jahrhundert ist verflossen, seitdem — zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit — die Pariser Arbeiter sich gegen die Bourgeoisie erhoben und die Macht ergriffen. Eine Seite unvergänglichen Ruhmes haben die Kommunards von Paris in das goldene Buch der internationalen proletarischen Bewegung geschrieben.

Die Pariser Kommunards waren die Vorkämpfer und Verkünder der heutigen proletarischen Revolution in Rußland und in der ganzen Welt. Dort, wo heute der Schwerpunkt der internationalen Reaktion liegt, — in Paris — dort flatterte vor fünfzig Jahren stolz die rote Fahne zum Himmel, für die Tausende und Abertausende heldenhafter Pariser Proletarier ihr Leben geopfert haben.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale fordert die klassenbewußten Arbeiter aller Länder auf, den fünfzigsten Jahrestag der Pariser Kommune feierlich zu begehen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat beschlossen, diesem Jahrestag eine spezielle Nummer der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale" zu widmen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat ferner beschlossen: Die in der Kommunistischen Internationale vereinigten kommunistischen Arbeiter

aller Länder beschließen, den französischen Kommunards im Namen der Kommunistischen Internationale ein Denkmal in Paris zu errichten. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale übernimmt die Initiative in dieser Sache und bittet die französischen Genossen, ihm dabei behilflich zu sein.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wird abwarten, ob die jetzige bürgerliche Regierung Frankreichs es wagen wird, die internationale Arbeiterklasse an der Errichtung eines Denkmals für die Helden der Pariser Kommune zu hindern.

Moskau, den 25. Januar 1921.

Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.
Vorsitzender: G. Sinowjew.

Lenin, Trotzki, Bucharin, Radek (Rußland), Rosmere (Frankreich), Jansen (Holland), Bela Kun, Rudnyanszki, Varga (Ungarn), Tschakaja (Georgien), Quelch (England), Schablin (Bulgarien), Steinhardt (Oesterreich), Hurwitz (Amerika), Sultan Sade (Persien), Manner (Finnland), Stutschka (Lettland), Schatzkin (Jugendinternationale).

Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunist. Internationale.

Organisation des Statistisch-Wirtschaftlichen Büro.

Seit Mitte November 1920 funktioniert bei dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ein Statistisch-Wirtschaftliches Büro, dessen Ziele und Aufgaben von seinem Leiter, dem Genossen Maharadse, folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Das Statistisch-Wirtschaftliche Bureau der Kommunistischen Internationale stellt sich die Aufgabe, eine genaue Statistik der Arbeiterbewegung nach allen Richtungen hin sowie der Lage der Produktion in der ganzen Welt zu führen, d. h. einerseits die revolutionär-politische Seite der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt, anderseits die objektiven und materiellen Bedingungen dieser Bewegung zu ergründen und darzulegen. Seine Aufgabe ist somit eine rein praktische, und zwar besteht sie in der Versorgung des Kampfstabes des internationalen Proletariats — der Kommunistischen Internationale — mit den erforderlichen wirtschaftlichen Angaben über den Zusammenbruch des Kapitalismus und das rasche Heranreifen der internationalen proletarischen Revolution.

Wir gehen hierbei von der Tatsache aus, daß sich die ganze alte bürgerlich-kapitalistische Welt seit der Großen Oktoberrevolution in zwei Teile gespaltet hat: Auf der einen Seite sehen wir die Russische Sozia-

listische Föderative Sowjetrepublik, in der die kapitalistische Wirtschaft nicht mehr besteht und feste Grundlagen zur Organisation der kommunistischen Wirtschaft geschaffen sind, auf der anderen Seite stehen fast alle andern Länder der Welt, in denen die kapitalistische Wirtschaft zwar in allen ihren Grundpfeilern erschüttert ist und unvermeidlich dem Untergang entgegentreibt, der Kapitalismus aber noch seine Herrschaft aufrecht erhält. Daher können auch die konkreten Hauptaufgaben des Statistisch-Wirtschaftlichen Büros der Kommunistischen Internationale in bezug auf Sowjetrußland einerseits und die bürgerlichen Staaten anderseits nicht die gleichen sein.

Diese Aufgaben sind:

A. In bezug auf Sowjetrußland.

1. Die Ergründung des Grads der Zerrüttung der städtischen und landwirtschaftlichen Industrie in Rußland während des imperialistischen Weltkrieges (1914 — 1917).

2. Die Ergründung des Grads der Zerrüttung des gesamten Wirtschafts- und Handelsapparats und der Verringerung der Arbeitsproduktivität in der Epoche der proletarischen Diktatur und des Bürgerkrieges.

3. Die Fragen der Organisation des sozialistischen Staates, der Bildung neuer Sowjetrepubliken und autonomer Sowjetgebiete auf dem Territorium der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik.

4. Die Frage der Wiederherstellung der gesamten städtischen und landwirtschaftlichen gesellschaftlichen Produktion auf neuen Grundlagen, d. h. die Zusammenfassung der gesamten schöpferischen Arbeit des Arbeiter- und Bauernrußland während der Herrschaft des Proletariats.

5. Die Rolle und Arbeit der Kommunistischen Partei Rußlands, der Gewerkschaften und des Kommunistischen Jugendverbandes auf allen Gebieten des gesellschaftlich-wirtschaftlichen Lebens.

6. Der Kampf gegen die innere und äußere Konterrevolution, die Organisation der Allrussischen Außerordentlichen Kommission, der Roten Armee, der Zentralstelle für militärische Ausbildung der Jugend.

B. In bezug auf die bürgerlichen Länder.

1. Die während des imperialistischen Krieges in den bedeutendsten kapitalistischen Ländern der Welt auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und des Verkehrs eingetretenen Veränderungen.

2. Die Anzeichen des in allen kapitalistischen Ländern rasch heranreifenden wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruchs (das Anwachsen der Schulden, das zunehmende Sinken der Arbeitsproduktivität, die Defizite usw.).

3. Die neuesten Angaben über die Syndikate, Kartelle und Trusts sowie über das Bankkapital (Finanzkapital).

4. Die Entwertung des Geldes und der Warenhunger.

5. Die Lage der Arbeiterklasse in den bedeutendsten Ländern Europas, Amerikas, Australiens usw. während des imperialistischen Kriegs und nach dem Kriege.

6. Der Stand der Arbeitslosigkeit.

7. Die Streiks (Anzahl der Streiks und der Streikenden).

8. Angaben über die wirtschaftliche Lage der Kolonien und Halbkolonien (China, Indien, die Türkei, Aegypten, Persien usw.).

9. Die politischen Parteien der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse (die II. gelbe Internationale), ihre Rolle und Bedeutung.

10. Die Kommunistischen Parteien und Gruppen, ihre Entstehung und ihr Wachstum.

11. Die Gewerkschaftsbewegung.

12. Die kommunistischen Jugendverbände.

Zur genaueren Erforschung der revolutionären Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Ländern hat das Statistisch-Wirtschaftliche Büro im Namen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale folgenden Aufruf an die Vertreter der Kommunistischen Internationale in allen Ländern gesandt:

„An alle Mitarbeiter der Kommunistischen Internationale im Auslande".

Genossen!

Vor kurzem ist der Kommunistischen Internationale ein Statistisch-Wirtschaftliches Büro angegliedert worden, das die Aufgabe hat, ein auf genauen statistischen Angaben beruhendes klares Bild von der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt in allen ihren Formen und Arten zu entwerfen.

Unsere auswärtigen Mitarbeiter erweisen dieser Sache einen ungeheuren Dienst, falls sie dem Exekutivkomitee systematisch alle diesbezüglichen wichtigen Angaben über die Arbeiterbewegung, das Gewerkschafts- und Parteileben, Kongresse und Konferenzen, Streiks und Arbeitslosigkeit (wenn möglich nach Jahren oder sogar Monaten geordnet), das Wirtschaftsleben in den kapitalistischen Ländern, über Trusts und Syndikate, die Teuerung, finanzielle und wirtschaftliche Krisen, den Geldkurs usw. zusenden.

Alle diese Angaben müssen mindestens einmal monatlich zugestellt werden.

Wir bitten ebenfalls um Zusendung der neuesten Bücher über die Arbeiterfragen und finanziell-wirtschaftliche Fragen."

Als Ergänzung zu diesem Aufruf sandte das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale den kommunistischen Parteien und Organisationen aller Länder Anfang Dezember den nachstehenden, von dem Statistisch-Wirtschaftlichen Büro ausgearbeiteten Fragebogen.

Fragebogen.

1. Land:
2. Zahl der städtischen Arbeiter:
3. Macht sich unter der Arbeiterklasse eine revolutionäre Bewegung bemerkbar?
4. Ungefähr welcher Teil der Arbeiter ist organisiert:
   a) in Gewerkschaften
   b) in Betriebsausschüssen
   c) in anderen Organisationen
   in welchen?
5. Kommunistische Partei oder Gruppe:
   a) Gibt es eine oder mehrere Organisationen oder Gruppen kommunistischer Richtung?
   b) Seit wann besteht die Kommunistische Partei?
   c) Gesamtmitgliederzahl der Kommunistischen Partei oder Gruppe:
   d) Aus welchen Schichten der Arbeiterklasse setzen sich die Kader der Kommunistischen Partei zusammen?
   e) Steht die Partei mit den landwirtschaftlichen Arbeitern in Verbindung und welchen Einfluß übt die Kommunistische Partei auf sie und auf die Bauernschaft im allgemeinen aus?
   f) Die politischen Strömungen und besonders die kommunistischen Strömungen in den Gewerkschaften (nach Möglichkeit in Ziffern):
   g) Zahl der periodisch erscheinenden Parteiorgane: Zeitungen, Zeitschriften, ihre Benennung und ungefähre Auflage:
   h) Lage der Partei: ob legal oder illegal?
   i) Zahl der verfolgten Mitglieder?
6. Linke Strömungen in den sozialistischen Parteien
7. Rechte sozialistische Parteien (Benennung, Mitgliederzahl, Einfluß)
   a) Sind sie im Parlament vertreten?
   b) Sind sie in der Regierung vertreten?

8. Jugendorganisationen und kommunistischer Jugendverband (Anzahl der organisierten Mitglieder der kommunistischen Jugendverbände):
9. Die Frauenbewegung unter den Arbeitern:
   a) Die Rolle der Frau in den Gewerkschaften (Anzahl):
   b) Die Rolle der Frau in den politischen Parteien (Anzahl):
   c) Die kommunistische Bewegung unter den Arbeiterinnen (Anzahl):
10. Bürgerliche Parteien, ihre Einteilung, Kräfte und Bedeutung:
11. Aufbau der Gewerkschaften nach Berufs- oder Industriezweigen:
12. Statistische Angaben über die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren (nach Monaten) und ihre Hauptursachen:
13. Statistische Angaben über die Arbeiterstreiks in den letzten Jahren:
14. Bewegung der Arbeitslöhne und Existenzminimum:
15. Lage der Industrie: Belebung, Niedergang, Krise usw.:
16. Besteht eine Agrarbewegung, und worin äußerst sie sich?
17. Stand des Warenmarktes (Teuerung):
18. Geldkurs:
19. Gebt die Hauptquellen an, aus denen die erforderlichen Angaben über obige Fragen geschöpft werden können:
20. Datum der Ausfüllung des Fragebogens:

P. S. Es sind möglichst ausführliche Antworten erwünscht. Sie können auf besonderen Bogen geschrieben werden, wobei jedoch die obige Reihenfolge der Fragen zu beobachten ist und die Antworten mit den entsprechenden Ziffern versehen werden müssen.

Unterschrift des Ausfüllers des Fragebogens:

Vorläufig ist noch keine einzige Antwort eingelaufen!

In nächster Zeit wird das Büro besondere Fragebogen an die Orientländer senden.

3. Februar 1921.

Statistisch-Wirtschaftliches Bureau.

Sektionen d. Kommunistischen Internationale.

Die Lage in Norwegen.

Norwegen erlebt augenblicklich eine außerordentlich schwere ökonomische und soziale Krisis. Am 1. Dezember d. J. entbrannte auf fast allen Eisenbahnen des Landes ein Streik, der beinahe in einen Generalstreik übergegangen wäre.

Norwegen ist all dem Unglück des Weltkrieges entgangen. Die kapitalistische Klasse des Landes hat während des Krieges gewaltige Reichtümer angesammelt; besonders war dies der Fall auf dem Gebiet der Handelsschiffahrt und ebenso auf dem des Metall-, Bauholz-, Papier- und Fischexports u. a. m. Dennoch ist die Staatsschuld Norwegens in der Kriegszeit von ungefähr 200 Millionen Kronen auf 1 Milliarde gestiegen. Die Summe, die jetzt zur Bezahlung der Prozente für die Staatsschuld erforderlich ist, entspricht ungefähr der Summe aller Staatsausgaben vor 20 bis 25 Jahren.

Der Kurs der norwegischen Valuta steht im Augenblick sehr niedrig. Vor dem Kriege konnte man einen Dollar für 3,74 Kronen kaufen; jetzt kostet er dagegen ungefähr 7 Kronen. Während des Krieges war die Teuerung in Norwegen sehr groß. Die Ausgaben eines Arbeiters für den Lebensunterhalt haben sich im Vergleich zum Jahre 1914 um 400 Prozent erhöht. Die Preissteigerung dauerte auch während des letzten Halbjahres fort. Dies ist unter anderem auch dadurch zu erklären, daß die neue Regierung, die die Macht im Juni übernommen hatte, alle gegen die Teuerung

getroffenen Maßregeln fallen ließ und den Spekulanten volle Handlungsfreiheit gewährt. Im Lande macht sich ein furchtbarer Mangel an Geld fühlbar. Einer der Hauptgründe dafür liegt darin, daß die Kapitalisten — die Besitzer der Schiffahrtsunternehmen und Exporteure — ihr Geld im Auslande, hauptsächlich in den Vereinigten Staaten, angelegt haben, die nach ihrer Meinung die zuverlässigste Schutzwehr der Kapitalisten sind. Vor kurzer Zeit mußte Norwegen in Amerika eine 100 Millionen Kronenanleihe unter den unmenschlichsten Bedingungen aufnehmen. Dieses „amerikanische" Geld war tatsächlich norwegisches. Es stellte nur ungefähr den vierten Teil davon dar, was die norwegischen Eigentümer von Schiffahrtsunternehmen in die amerikanischen Banken eingezahlt haben.

Der Geldmangel in Norwegen zieht einen allgemeinen Stillstand des industriellen Lebens des Landes nach sich. Die Fabriken bleiben stehen, und die Stadtarbeiten, wie Dammbauten, Bauten zur Ausnutzung der Wasserleitung u. a. m., werden entweder eingeschränkt oder ganz eingestellt.

Die linksstehende Regierung, die das Land in der Kriegszeit regierte, sah diese Krisis, der das Land entgegenging, voraus und wollte mehr als einmal demissionieren. Dies gelang ihr aber so lange nicht, bis endlich im Juni d. J. die sozialdemokratische Fraktion sich bei der Abstimmung über eine der Budgetfragen auf dieselbe Seite mit den Konservativen stellte. Da blieb die Regierung in der Minderheit und die Partei der Rechten mußte die Verantwortung für die Gewalt auf sich nehmen. Aber auch die Rechten waren gleichfalls in der Minderheit. Darum erließ die Regierung eine äußerst vorsichtige Erklärung: Die Regierung — hieß es in ihr — glaubt, ein „begrenztes Mandat" zu haben, und erklärt, daß ihre Hauptaufgabe in der Stärkung der Macht des Stortings besteht.

Gleichzeitig war aber die Zusammensetzung der Regierung eine genügend klare. Ihre Mehrheit bestand aus

reichen Unternehmern, Direktoren und Advokaten, die erst vor kurzer Zeit Vertrauensmänner des Verbandes der Arbeitgeber waren. Darum mußte erwartet werden, daß die neue Regierung — sobald es dazu nur einen Anlaß gab — ihren Kurs in äußerst rechter Richtung nehmen wird. Denn die ganze Existenzberechtigung der Regierung lag darin, die Arbeiter für die Krisis zahlen zu lassen, in die das Land durch die Spekulanten gebracht worden war.

Dieser von der Regierung erwartete Anlaß fand sich im Zusammenhang mit dem Erscheinen der Moskauer Thesen in der Presse. Gleichzeitig geschah auch das Unglück mit dem Gold, das Alfred Madsen bei sich in Kurland hatte. Anläßlich der Thesen und des Goldes begann eine solche Schmutz- und Lügenkampagne, wie sie noch kein einziger der jetzt lebenden Norweger vorher erlebt hat. Die große und kleine Bourgeoisie vereinigte sich in eine gewaltig heulende Masse. Dieses schreckliche Geheul war den rechten Sozialisten sehr gelegen, die die Lage auszunutzen und sich der Mehrheit der Partei zu bemächtigen hofften, oder für sich jedenfalls eine glänzende Zahl von Anhängern gewinnen wollten, um in der Lage zu sein, eine eigene Partei zu gründen.

Von diesem Augenblick an stießen die Arbeiter überall und in all ihren Forderungen auf einen entschiedenen Widerstand. Die Lohnforderungen wurden zurückgewiesen, wobei darauf hingewiesen wurde, daß jetzt der Lohn herabgesetzt und die Arbeitszeit (in Norwegen ist das Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag in Kraft) bedeutend verlängert werden müsse. Genau dieselbe Antwort erhielten auch die Eisenbahner. Die Regierung wünschte überhaupt nicht, mit ihnen in Verhandlungen über die Lohnerhöhung zu treten.

Zwei Eisenbahner, die gleichzeitig die Ausführung von Ueberstundenarbeit verweigert hatten, wurden aus dem Dienst entlassen, der eine von ihnen mit der klaren Motivierung, daß er einen Streik hätte organisieren wollen. Die

Eisenbahner beschlossen daraufhin, mit bedeutender Mehrheit, einen Streik am 1. Dezember zu beginnen. Sie forderten Erhöhung des Arbeitslohnes und Wiedereinstellung der beiden entlassenen Genossen. Im letzten Moment versuchten die Maschinisten, die ein sehr konservatives Element sind, die Einwilligung des Stortings für ein Schiedsgericht zu erhalten. Aber da erklärten die Führer der bürgerlichen Parteien, daß sie keine Mitglieder des Stortings zu diesem Schiedsgericht schicken würden. Außerdem, sagten sie, sei es jetzt notwendig, klarzustellen, wer eigentlich die Macht im Lande hätte: der Storting oder das Volkshaus*). Sie forderten von der Regierung die Niederdrückung des Streiks mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln.

Der Zorn der bürgerlichen Elemente wurde teilweise auch dadurch hervorgerufen, daß sie sich gar nicht die Möglichkeit eines solchen Streiks vorstellen konnten. Sie hatten jene revolutionierende Wirkung, die die Moskauer Thesen schon nach einigen Tagen oder Wochen auf die Arbeiter ausübten, nicht in Rechnung gezogen. Je vertrauter die Arbeiterklasse mit den Thesen der Kommunistischen Internationale wird, um so begeisterter schließt sie sich ihnen an, und nur eine unbedeutende Minderheit schwankt noch. Was zunächst noch Ungewißheit und Widerstand bei den norwegischen Arbeitern hervorrief — war das Prinzip des Zentralismus.

Die besten Parteigenossen in Norwegen gehören zur sogenannten „Opposition der Gewerkschaftsbewegung", deren Gründer und Führer der Sekretär der Partei Tranmel ist. Der Hauptpunkt des „Oppositionsprogramms" besteht darin, daß jene Macht, die bisher in den Gewerkschaften konzentriert war, nun den vereinigten Gewerkschaftsorganisationen in verschiedenen Städten und Kreisen (lokalen Verbänden)

*) Im „Volkshaus" in Christiania finden gewöhnlich die großen Versammlungen der Arbeiterorganisationen statt.

übergeben werden soll. Diese müssen in unmittelbarer Verbindung mit der norwegischen Konföderation der Arbeit stehen. Ein solcher Föderalismus steht selbstverständlich in keinem Widerspruch zu den Moskauer Thesen, im Gegenteil — er kann in volle Uebereinstimmung mit der Taktik der Kommunistischen Internationale gebracht werden. Als die Moskauer Thesen Tranmel und den anderen Gliedern der Opposition bekannt wurden, wurden sie zu ihren feurigsten Anhängern. Das norwegische Proletariat spaltete sich nicht, sondern es steht jetzt so geeint da, wie noch nie zuvor. Die aufrichtige, klartönende Sprache der Moskauer Thesen hat im höchsten Grade erleuchtend und erfrischend auf die norwegische Arbeiterbewegung gewirkt. Wenn die rechten Sozialisten in der nächsten Zeit — aus freiem Willen oder nicht — aus der Partei austreten werden, so werden sie nur eine kleine Handvoll hauptsächlich kleinbürgerlicher Elemente nach sich ziehen.

So war die tatsächliche Situation der norwegischen Arbeiterbewegung im Spätherbst d. J. Aber dies war unserer Regierung unbekannt, und darum war auch der Entschluß der Eisenbahner für sie und ihre Freunde etwas ganz Unerwartetes.

Im letzten Moment begann die Regierung umfangreiche Maßnahmen zu treffen. Sie trat in offizielle Verbindung mit der „sozialen Hilfe" (technische Hilfe *), und der Ministerpräsident, der zugleich auch Justizminister ist, erließ einen geheimen Befehl an den Polizeiminister, eine Klausel in die Verordnung über das Verkaufverbot von Waffen hereinzubringen. Jetzt ist es erlaubt, Waffen „vertrauenswürdigen Personen", die ihrer zum Selbstschutze bedürfen, zu verkaufen.

Dank diesem Dokument — welches dem „Sozialdemokraten" aufzutreiben gelungen war — wurde die Frage der Bewaffnung der Arbeiter eine alltägliche und praktische

*) Regierungsorganisation der Streikbrecher, die zum Scheine auf privater Initiative beruht.

Frage auch in Norwegen. In Norwegen weiß jedermann, daß das norwegische Proletariat jetzt in einem vollkommen waffenlosen Zustande ist. Aber alle bewußten Arbeiter — und ihrer sind nicht wenig in Norwegen — werden verstehen, daß eine solche Lage unbedingt unduldbar ist.

Die Norwegische Arbeiterpartei hat ungefähr 125 000 und die Norwegische Konföderation der Arbeit 160 000 Mitglieder. (Die Zahl der Gesamtbevölkerung beträgt ungefähr 2,5 Millionen.)

Die Partei hat etwa 40 Abendschulen, die über das ganze Land verstreut liegen, mit einer Schülerzahl von ungefähr 1000. In diesen Abendschulen werden unter anderem auch die Moskauer Thesen, das „Kommunistische Manifest" und das „Kapital" studiert. Die 20 besten Schüler der Abendschulen besuchen den dreimonatlichen Kursus (voller Tageskursus) der höheren Parteischule in Christiania. Die Ausgaben werden größtenteils von den Gewerkschaften gedeckt. Der Kursus der Abendschulen wird jährlich zweimal durchgenommen, sodaß die jährliche Schülerzahl ungefähr 2000 beträgt.

Außerdem werden jetzt in allen Verbänden Kaders von kommunistischen Agitatoren organisiert. Die Mitglieder dieser Agitationsgruppen verpflichten sich, 6 Monate für den Kommunismus den Weisungen des Zentralkomitees der Partei gemäß zu agitieren. „Subbotniki" — (freiwillige Sonnabendsarbeit) sind ebenfalls eingeführt. Die gratis übersetzten Broschüren werden von jungen Genossen kostenlos gesetzt und gedruckt. Diese Broschüren, die nach besonderem Muster herausgegeben sind, werden in großer Menge für einen dem Papierwert entsprechenden Preis verbreitet.

Die illegale Propaganda in der Armee und der Flotte hat zur Gründung von zweiundvierzig revolutionären militärischen Gruppen geführt. Die stärksten Gruppen sind in der Flotte, da hier die Mannschaft das ganze Jahr beisammen bleibt und die Mehrheit der Angestellten Prole-

tarier sind. Auf einem der größten Kriegsschiffe „Harald Haarfagre", nehmen 80 Prozent der Mannschaft am Matrosenrat teil, der schon vielfach offen aufgetreten ist und seine Forderungen durchgeführt hat.

Die norwegischen Deputierten auf dem Gewerkschaftskongreß in London brachten den Vorschlag des Abbruchs der Beziehungen zur Amsterdamer Internationale und der Völkerliga ein; aber dieser Vorschlag wurde von der Gesamtheit gegen die Stimmen der Norweger und Italiener abgelehnt. Auf Grund dessen kann man die Frage des Austritts der Norwegischen Konföderation der Arbeit aus der Amsterdamer Internationale und ihren Beitritt zur neuen Internationale der Gewerkschaften als feststehend betrachten.

Die Krisis, in der sich Norwegen jetzt befindet, ist der Vorbote des völligen ökonomischen Zusammenbruchs. Die Versuche einer Reorganisation des norwegischen Wirtschaftslebens auf kapitalistischer Grundlage werden immer hoffnungsloser. Unsere Fischereibesitzer haben schon jetzt keinen Absatzmarkt mehr für die norwegischen Fische und Heringe. Im vorigen Sommer hatte Rußland den Wunsch ausgesprochen, unsere Heringe zu kaufen; aber die Unterhandlungen über die norwegisch-russischen Handelsbeziehungen wurden aus Furcht der norwegischen Bourgeoisie vor dem bolschewistischen Einfluß nach dem Moskauer Kongreß unterbrochen. Der Dampferverkehr, der der zweitbedeutendste Zweig des wirtschaftlichen Lebens in Norwegen ist, bringt nur Verluste. Während des Krieges sind die Dampferfrachtpreise bis zu einer unglaublichen Höhe hinaufgeschraubt worden; jetzt aber ist der Zusammenbruch unausbleiblich.

Der Eisenbahnerstreik ist der erste Zusammenstoß des proletarischen Vortrupps mit der kapitalistischen Gewalt, der an das baldige Nahen des großen Entscheidungskampfes mahnt.

Das norwegische Proletariat ist von dem lebendigen Wunsch erfüllt, daß die Kommunistische Internationale in allen Ländern erstarke. Das norwegische Proletariat fühlt, daß sein Schicksal fest und unzerreißbar mit der Kommunistischen Internationale verbunden ist.

Moskau, den 10. Dezember 1920.

Olaf Scheflo.

Schreiben der Kommunistischen Partei Amerikas an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale*).

7. November 1920.

Liebe Genossen!

Am 3. November erhielten wir Euren Brief Nr. 191 vom 20. August 1920 mit der ultimativen Forderung, die Vereinigung der Kommunistischen Partei (C. P.) mit der Vereinigten Kommunistischen Partei (U. C. P.) durchzuführen. Wir beeilen uns, Euch mit diesem Briefe eine offizielle Antwort zu geben.

Wir sind schon jetzt bestrebt, den Wünschen und Beschlüssen der Kommunistischen Internationale möglichst nachzukommen. Die in Abschrift beigefügte Korrespondenz zwischen uns und der U. C. P. wird Euch die Möglichkeit geben, die Richtigkeit der von uns getroffenen Schritte zu beurteilen. Ihr werdet finden, daß die Verhandlungen infolge der Hartnäckigkeit der U. C. P. in zwei wesentlichen

*) Vollständiger Objektivität halber bringen wir weiter unten auch den Brief der Vereinigten Kommunistischen Partei.

Die Redaktion.

Fragen auf einem toten Punkt angelangt sind: 1. die Frage der nationalen Förderationen soll noch vor der Vereinigungskonferenz zugunsten der U. C. P. gelöst und der Kompetenz der Konferenz entzogen werden; 2. verlangt die U. C. P., man solle ihr, unabhängig von der wirklichen Mitgliederzahl, 60 Prozent der Vertretung garantieren, also die absolute Oberhand auf der Konferenz. Wir antworteten hierauf, daß wir die Rechte der Vereinigungskonferenz — sofern diese auf dem Boden der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale handeln wird — nicht zu schmälern wünschen, und daß wir uns nur auf eine proportionale Vertretung einlassen können. Sollte die U. C. P. hiermit nicht einverstanden sein, so würden wir an die Kommunistische Internationale appellieren. Diesen Standpunkt haben wir eingenommen, noch bevor uns der Beschluß der Exekutive der Kommunistischen Internationale bekannt war, wonach nur die im Laufe des Juli, August, September und Oktober tatsächlich eingezahlte Anzahl der Mitgliedsbeiträge als Basis der Vertretung dienen soll. Als wir diesen Beschluß erfuhren, teilten wir ihn sofort der U. C. P. mit und erwarten jetzt ihren Bescheid.

Da die von der Exekutive der Kommunistischen Internationale für die Einberufung der Vereinigungskonferenz festgesetzte Frist sehr kurz ist, haben wir einen Aufruf mit der Einladung zur Konferenz erlassen; die Wahlen sollen Ende dieses Monats beginnen.

Wir möchten Eure Aufmerksamkeit auf einige Tatsachen lenken, die die Sachlage in Euren Augen vielleicht in einem etwas anderen Licht erscheinen lassen wird.

In den letzten Tagen des Oktober erhielten wir vom Büro eine Mitteilung in russischer Sprache, die Auszüge aus dem Protokoll der Sitzung Eures Komitees vom 20. September enthielt. Nach dem Bericht über die Baku-Konferenz der Völker des Ostens lautet der Brief wie folgt:

„Die Frage der amerikanischen kommunistischen Par-

teien wurde, infolge der Ankunft des Gen. H. aus Amerika, nochmals in der Exekutive erörtert.

Im allgemeinen mit dem von der Exekutive in bezug auf die amerikanischen Parteien bereits getroffenen Beschluß übereinstimmend, hat Gen. H. noch folgende Abänderungsvorschläge hinzuzufügen: den äußersten Termin der Verschmelzung bis zum 1. Februar hinauszuschieben und provisorisch einen Vertreter der Amerikanischen Kommunistischen Partei für die Exekutive zuzulassen.

Genosse Bucharin erwiderte hierauf, er sei prinzipiell gegen irgend welche Aenderungen des bereits angenommenen Beschlusses, halte es indessen für möglich, gewisse Konzessionen zu machen, wie z. B. in der Frage der Verlängerung des Vereinigungstermins.

Nach einer kurzen Diskussion wurde die vom Genossen Sinowjew vorgeschlagene Resolution folgenden Inhalts angenommen: 1. der letzte Termin der endgültigen Verschmelzung der Parteien wird auf den 1. Januar 1921 angesetzt; 2. die Exekutive fordert ultimativ eine Verschmelzung der amerikanischen Parteien auf der Grundlage der auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommenen Beschlüsse."

Das war a l l e s, was wir erhalten haben.

Sodann erschienen bei uns die Delegierten der U. C. P., F. und M. (beide als Vertreter der Kommunistischen Arbeiterpartei), — überreichten uns Eure Korrespondenz und erstatteten Bericht über die Tätigkeit des Kongresses der Kommunistischen Internationale. Beide bemühten sich, uns zu überzeugen, der U. C. P. wären sechs Stimmen (gegen die vier Stimmen der C. P.) zuerkannt worden, nicht wegen ihrer numerischen Ueberlegenheit — daß dem nicht so ist, hat sie ja selbst klar bewiesen, indem sie sich geweigert hat, auf der Grundlage einer proportionalen Vertretung an der Vereinigten Konferenz teilzunehmen — sondern nur, weil sie als die einzige, wirkliche anglo-ameri-

kanische kommunistische Partei des Landes betrachtet werde, während die C. P. nur eine föderative Gruppe sei.

War das nicht alles darauf berechnet, in uns den Eindruck zu erwecken, als ob uns nichts übrig bliebe, als uns vor den Forderungen der U. C. P. zu beugen und uns von ihr erdrücken, „liquidieren" zu lassen, wie sie sich in ihrem letzten Briefe selbst geäußert hat?

Mit brüderlichem Gruß

Der Sekretär C.

Beilagen.

I.

5. November 1920.

An das Zentralexekutivkomitee der Kommunistischen Partei.

Genossen!

Nach eingehender Behandlung des Vorschlages des Z. E. K. der C. P. bezüglich des Beschlusses der Exekutive der Kommunistischen Internationale in der Vereinigungsfrage ist das Z. E. K. der U. C. P. zu folgendem Entschluß gekommen:

1. Die Frage der Vereinigung der der U. C. P. noch nicht angeschlossenen föderativen Gruppe der alten Kommunistischen Partei mit der U. C. P. kann keineswegs Gegenstand von Verhandlungen oder Vereinbarungen mit der genannten Gruppe sein, sondern ist eine Frage der Erfüllung einer imperativen, dieser Gruppe von der Exekutive der Kommunistischen Internationale auferlegten Pflicht.

Die U. C. P., als eine Organisation, durch deren Vermittlung die Kommunistische Internationale ihre Tätigkeit in den Vereinigten Staaten entwickelt, hat die Aufgabe, für die Erfüllung dieses Auftrages Sorge zu tragen.

Das Z. E. K. der U. C. P. ist deshalb der Auffassung, daß eine sofortige Vereinigung ohne jede Konferenz die einzige passende Lösung der Frage nach dem Sinne und dem Wortlaute des Beschlusses der Exekutive der Kommunistischen Internationale ist. Nur die Erwägung, daß eine derartige Art der Vereinigung — ohne Konferenz —, die eine gewaltsame Liquidation der Kommunistischen Partei und ihrer Föderationen

darstellt, als ungerecht betrachtet werden könnte, läßt die Einberufung einer Konferenz wünschenswert erscheinen. Aber, trotzdem das Z. E. K. die Notwendigkeit einer Konferenz zugibt, besteht es dennoch auf seiner Auffassung, daß die Vereinigung von keinerlei vorhergehenden Verhandlungen oder Vereinbarungen abhängig gemacht werden darf.

Die Tätigkeit der Konferenz muß sich in allem, was die Vereinigung betrifft, lediglich auf die technische Seite und Erleichterung der Liquidation der Föderativen Kommunistischen Partei beschränken.

2. Nachdem das Z. E. K. der U. C. P. seine Zustimmung zur Einberufung der Konferenz gegeben hat, hat es sich mit ihrem Wahlmodus befaßt. Zwei Methoden waren möglich: eine proportionale Vertretung nach der Zahl der Beiträge leistenden Mitglieder, oder aber eine festgesetzte Anzahl von Vertretern für eine jede Partei.

Wahlen nach dem System der proportionalen Vertretung können der Kommunistischen Partei nur durch gewisse Machenschaften eine Mehrheit verschaffen. Wir verstehen sehr wohl, daß derartige Machenschaften der Praxis der Föderationsleitung nicht fremd sind. Die Möglichkeit solcher Wahlmachenschaften wird im hohen Grade durch die Organisationsform der Föderationen der Kommunistischen Partei erleichtert. Diese Föderationen zählen unter ihren Mitgliedern Elemente, die nur nominell der illegalen Organisation angehören. Viele ihrer Mitglieder stehen in der Partei hauptsächlich aus sozialen oder nationalistischen Erwägungen. Solche Mitgliedersozialisten legen größeren Wert auf die Verwirklichung ihrer sozialen oder nationalistischen Bestrebungen durch die Föderationen, als auf die Bildung einer vereinigten kommunistischen Organisation. Das Z. E. K. der C. P. hat keine Möglichkeit, die Tätigkeit solcher legaler Föderationsmitglieder zu kontrollieren, und dennoch hält es sie für wirkliche, echte Kommunisten und möchte diese Elemente als Grundlage seiner Vertretung auf der Konferenz ausnützen.

Die Interessen der kommunistischen Bewegung in Amerika fordern von der U. C. P. gebieterisch, schon die bloße Möglichkeit einer Mehrheitsbildung auf der Konferenz mit Hilfe solcher Machenschaften zu vereiteln — denn: a) den separatistischen und dogmatischen Tendenzen der Führer der jetzigen, unter dem Namen der C. P. bekannten föderativen Gruppe in der kommunistischen Bewegung der Vereinigten Staaten die Möglichkeit geben, auf der Konferenz Oberhand zu gewinnen, be-

deutet, diese Bewegung zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen; b) infolge der Organisationsform der C. P. liegt die wirkliche Gewalt weder in den Händen des Z. E. K. noch bei den von den Parteimitgliedern zur Konferenz gewählten Vertretern, sondern im Gegenteil in den Händen der verschiedenen einzelnen Föderationen. Die Handlungen solcher Delegierten unterliegen noch der Kontrolle jeder einzelnen Föderation, die sie nach eigenem Gutdünken gutheißen oder verwerfen kann. Infolgedessen könnte sich die scheinbare Mehrheit der Delegierten der C. P. auf jeder beliebigen Konferenz nach ihrem Schluß in eine unbedeutende Minderheit verwandeln. Diejenigen, die nominell von diesen Delegierten vertreten werden, sind in keiner Weise durch die Beschlüsse der Konferenz gebunden.

3. Aus den von beiden Parteien veröffentlichten Zahlen ergibt sich, daß die U. C. P. im Juli, August und September 1920 zweimal so viel Mitglieder hatte als die C. P. Die U. C. P. hat daher keinen Grund, eine auf der Basis der proportionalen Vertretung einberufene Konferenz zu fürchten, wenn die Anzahl der wirklichen Mitglieder den Wahlen tatsächlich zugrunde liegen sollte. Die U. C. P. lehnt aus prinzipiellen Erwägungen die proportionale Vertretung ab. Es handelt sich nicht darum, inwiefern die C. P. quantitativ stärker oder schwächer ist als die U. C. P. Es handelt sich darum, daß die C. P. keine zentralisierte Partei darstellt, sondern lediglich eine Vereinigung verschiedener Fraktionen auf föderativer Basis, die sich der U. C. P., als der einzigen die Kommunistische Internationale in den Vereinigten Staaten vertretenden Organisation unterwerfen müssen.

Selbst wenn das Verhältnis von 6 zu 4, daß der C. P. von der U. C. P. als Vertretungsnorm für die bevorstehende Konferenz vorgeschlagen wurde, ihr eine größere Vertretung gewähren würde, als diejenige, auf die sie zufolge ihrer Mitgliederzahl ein Recht hätte, bestehen wir trotzdem auf dieser Norm. Indem wir dies fordern, haben wir nicht die numerische Ueberlegenheit oder Schwäche der föderativen Organisation der C. P. im Auge, sondern lediglich ihre wirkliche Bedeutung für die kommunistische Bewegung.

Aus den oben erwähnten Gründen beharren wir auf der Erfüllung aller Bedingungen, die wir Ihnen in unserer Resolution mitgeteilt haben. Wir sind jederzeit bereit, uns auf der von uns vorgeschlagenen Grundlage zu vereinigen.

Die Interessen der kommunistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten verlangen eine Vereinigung ohne jeden weiteren Aufschub. Die U. C. P. stellt schon jetzt eine starke, zentralisierte und wohldisziplinierte Partei dar. Ihre Propaganda, Agitation und kulturelle Aufklärungsarbeit haben einen in der Geschichte der amerikanischen kommunistischen Bewegung bisher ungekannten Umfang erreicht. Wir können diese schöpferische Arbeit nicht aufgeben, um uns in unnütze Verhandlungen mit Parteien einzulassen, deren Führer vom Sektierergeist durchdrungen sind. Wenn sie sich daher diesen Bedingungen nicht unterwerfen wollen, werden wir uns an die Kommunistische Internationale wenden und sie auffordern, entschiedene Maßnahmen zwecks Erfüllung ihres Beschlusses über die Vereinigung zu treffen und sie gleichzeitig bitten, die Föderationen der C. P. zu liquidieren und die bedingungslose Vereinigung der ihr angehörenden Gruppen mit der U. C. P. herbeizuführen.

Mit brüderlichem Gruß

Das Zentralexekutivkomitee der Vereinigten Kommunistischen Partei Amerikas.

Sekretär: P. H.

II.

(Auszug aus ihrem Brief vom 3. Novbr. 1920).

Da das Z. E. K. der C. P. sich bereit erklärt hat, von seiner früheren Stellung Abstand zu nehmen und sich dem Beschlusse der Exekutive der Kommunistischen Internationale zu unterwerfen, sind wir bereit, uns an einer Vereinigungskonferenz zu beteiligen und ernennen eine aus drei Mitgliedern, den Genossen H., A. und M. bestehende Kommission, um mit der entsprechenden Kommission der C. P. zu verhandeln.

Wir bevollmächtigen diese Genossen, die Einberufung einer Vereinigungskonferenz unter folgenden Bedingungen vorzubereiten:

1. In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des 2. Kongresses in der Frage der Durchführung des Zentralisationsprinzips in den Parteiorganisationen können keine autonomen Gruppen oder Föderationen in der Vereinigten Partei gestattet werden.

2. Nur diejenigen Mitglieder, die der illegalen Organisation der Partei angehören, haben das Wahlrecht zu der besagten Konferenz.

3. Die Grundlage der Vertretung auf der Konferenz ist dieselbe, die bei den Wahlen der amerikanischen Delegierten zum 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommen wurde, nämlich: die U. C. P. und die C. P. müssen im Verhältnis von 6 zu 4 vertreten sein.

4. Die vom 2. Kongreß angenommenen Thesen und alle Beschlüsse der Exekutive der Kommunistischen Internationale bilden die Grundlage für die Verhandlungen der Vereinigungskonferenz in allen zu behandelnden Fragen.

5. Um die Vereinigung bis zum 1. Januar (der letzte von der Exekutive der Kommunistischen Internationale angesetzte Termin) vollziehen zu können, muß die Konferenz vor diesem Zeitpunkt stattfinden.

III.

20. Oktober 1920.

An das Zentralexekutivkomitee der Vereinigten Kommunistischen Partei.

Liebe Genossen!

Zufällig lasen wir am 14. Oktober im offiziellen Organ der Sowjetrepublik, den „Iswestia" vom 14. September, folgenden Beschluß über die Vereinigung der C. P. mit der U. C. P.:

„Beide kommunistischen Parteien Amerikas müssen sich unverzüglich laut dem Beschluß des Zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, zu einer Partei zusammenschließen. Diese Vereinigung muß spätestens in zwei Monaten, also bis zum 10. Oktober 1920, vollzogen werden. Die Gruppe, welche sich diesem Beschlusse nicht fügt, wird aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen."

Infolge dieses Beschlusses der Exekutive der Kommunistischen Internationale hat das Z. E. K. der C. P. folgende Resolution angenommen:

„Da der Beschluß der Exekutive der Kommunistischen Internationale über die sofortige Vereinigung der beiden Parteien uns erst nach dem hierzu angesetzten endgültigen Termin bekannt wurde, und in Anerkennung der Tatsache, daß derselbe dem Sinne und Wortlaute nach von uns möglichst ohne

weitere Verzögerungen ausgeführt werden muß, beschließen wir:

„Unverzüglich alle nötigen Schritte zu treffen, um binnen zwei Monaten zusammen mit der U. C. P. eine Konferenz einzuberufen. Beide Parteien müssen auf ihr im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl vertreten sein; der Wahlmodus muß gerecht und für beide Teile gleich sein.

„Ferner beschließen wir, die Exekutive der Kommunistischen Internationale davon in Kenntnis zu setzen, daß wir ihre Autorität in dieser Frage voll und ganz anerkennen, sowie ihr über die von uns sofort nach Kenntnisnahme ihres Beschlusses hierzu getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten."

Auf Grund obigen Beschlusses hat das Z. E. K. der C. P. folgende Punkte festgestellt, die zur leichteren Vereinigung beider Parteien auf ihrer gemeinsamen Konferenz beitragen sollen:

1. Eine Kommission aus drei Mitgliedern, den Genossen A., D. und L., wird bevollmächtigt, mit einer demselben Zweck dienenden, das Z. E. K. der U. C. P. vertretenden Kommission zu verhandeln.

2. Falls ein Einverständnis erreicht wird, müssen die Zentralexekutivkomitees beider Parteien einen Aufruf zur Beteiligung an der gemeinsamen Konferenz erlassen.

3. Die Grundlage dieses allgemeinen Aufrufes soll die folgende sein: a) die Beschlüsse des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale; b) die Bedingungen des Beitritts zur Kommunistischen Internationale; c) die Beschlüsse der Exekutive bezüglich der amerikanischen kommunistischen Bewegung.

4. Die Vereinigungskonferenz muß binnen zwei Monaten stattfinden.

5. Die Wahlen zu dieser Konferenz geschehen auf folgender Grundlage: Die Vertretung muß der Mitgliederzahl proportional sein und auf der Grundlage einer gerechten und für beide Teile gleichen Norm durchgeführt werden.

Angesichts der äußerst kurzen Frist für die Einberufung der Vereinigungskonferenz erwarten wir Ihre Antwort in kürzester Zeit.

Mit brüderlichem Gruß

Amerikanische Kommunistische Partei.
Der Sekretär.

IV.

3. November 1920.

An das Zentralexekutivkomitee der Kommunistischen Partei.

Genossen!

Das Z. E. K. der U. C. P. hat folgende Resolution in der Frage der Vereinigung aller kommunistischen Strömungen in den Vereinigten Staaten angenommen:

Die Vereinigung der Kommunistischen Parteien ist notwendig für den Sieg des Kommunismus. Die U. C. P. hat diese Auffassung stets vertreten und sie im Wortlaut der auf der Konferenz angenommenen Beschlüsse über die Vereinigungsfrage niedergelegt:

„Die Amerikanischen Kapitalisten mobilisieren alle ihre Kräfte, um die stetig wachsende revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse zu ersticken; insbesondere unterdrücken sie die kommunistische Bewegung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln."

„Infolgedessen und angesichts der Gleichheit ihrer Grundprinzipien müssen sich alle kommunistischen Elemente zu e i n e r Partei vereinigen. Die U. C. P. fordert daher alle ihr bis jetzt noch nicht angeschlossenen Gruppen auf, dies sofort nachzuholen."

Das Z. E. K. der U. C. P. hat im vollen Bewußtsein seiner Pflicht — die Einigung der Kampffront der revolutionären Arbeiter der Vereinigten Staaten herbeizuführen — den Versuch des Genossen A. begrüßt, der uns im Namen der Exekutive der Kommunistischen Internationale seine Dienste zur Verwirklichung der endgültigen Vereinigung aller kommunistischen Kräfte angeboten hatte. Wir halfen ihm mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir haben es tief bedauert, daß das feindliche Verhalten des Exekutivkomitees der C. P. in der Frage der Vereinigung die Bemühungen des Genossen A. zunichte gemacht hat. Als uns diese Tatsache klar wurde, haben wir der Kommunistischen Internationale wiederum über die Situation in der Vereinigungsfrage aller kommunistischen Elemente in den Vereinigten Staaten Bericht erstattet.

Unterdessen fand der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale statt, und ihre neugewählte Exekutive hat in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Kongresses die ulti-

mative Forderung der Vereinigung aller Kommunisten in den Vereinigten Staaten gestellt.

Da das Z. E. K. der C. P. jetzt von seiner früheren Auffassung Abstand genommen und sich bereit erklärt hat, sich den Beschlüssen der Exekutive der Kommunistischen Internationale zu fügen, sind wir ebenfalls mit der Einberufung einer Vereinigungskonferenz einverstanden und ernennen eine Kommission in der Person der Genossen H., A. und M., welche mit der entsprechenden Kommission der C. P. verhandeln soll.

Wir bevollmächtigen diese Kommission, die zur Einberufung der Konferenz nötigen Vorbereitungen auf folgender Grundlage zu treffen:

1. In Uebereinstimmung mit der Resolution des II. Kongresses über die Zentralisation der Parteiorganisationen können autonome Gruppen oder Föderationen in der Vereinigten Partei nicht zugelassen werden.

2. Nur die den illegalen Parteiorganisationen angehörenden Mitglieder sind zu den Wahlen in die Vereinigungs-Konferenz stimmberechtigt.

3. Die Vertretungsnorm für die bevorstehende Konferenz muß die gleiche sein, wie für die Wahlen der amerikanischen Delegierten zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, nämlich: 6 — für die Delegation der U. C. P. und 4 — für die C. P.

4. Die vom II. Kongreß angenommenen Thesen, sowie die Beschlüsse der Exekutive der Kommunistischen Internationale, bilden die Grundlage bei der Behandlung aller auf der Konferenz zu behandelnden Fragen.

5. Damit die Vereinigung am 1. Januar, der als letzter Termin von der Exekutive der Kommunistischen Internationale festgesetzt worden ist, vollzogen werden kann, muß die Konferenz vorher abgehalten werden.

Mit kommunistischem Gruß

Das Zentralexekutivkomitee
der Vereinigten Kommunistischen Partei.
Der Sekretär.

V.

3. November 1920.

An das Zentralexekutivkomitee der Kommunistischen Partei Amerikas.

Genossen!

Das Z. E. K. der Kommunistischen Partei Amerikas hat beschlossen, nur die Anzahl der Beiträge zahlenden Mitglieder als Grundlage für die Vertretung auf der Vereinigungskonferenz anzunehmen. Falls die U. C. P. uns nicht unverzüglich ihr Einverständnis hiermit mitteilt, werden wir an die Exekutive der Kommunistischen Internationale appellieren.

Mit brüderlichem Gruß

Amerikanische Kommunistische Partei.
Der Sekretär.

VI.

4. November.

An das Zentralexekutivkomitee der Kommunistischen Partei Amerikas.

Genossen!

Sollten Sie durch Ihre eigenen Vertreter noch nicht erschöpfend informiert worden sein, so beeilen wir uns, Sie von den folgenden Beschlüssen der Exekutive der Kommunistischen Internationale, wie sie uns von unseren Vertretern F. und A. in einem von ihnen beiden unterzeichneten und heute morgen von uns erhaltenen Schreiben mitgeteilt worden sind, in Kenntnis zu setzen:

1. „Den Termin der endgültigen Vereinigung auf den 1. Januar 1921 zu verschieben.

2. Solange unsere Bewegung nicht vollständig vereinheitlicht dasteht und ein Vertreter Amerikas von der Vereinigten Partei in das Exekutivkomitee entsandt wird, hat jede Partei ihre Vertreter in der Exekutive und zwar mit demselben Stimmrecht.

3. Die Vereinigung muß auf Grundlage aller Beschlüsse des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale aufgebaut werden (dies ist eine unbedingte Forderung).

4. Die Vertreter beider Parteien verpflichten sich, den Beschlüssen über die Vereinigung Folge zu leisten.

5. Beide Parteien besitzen gleiche Rechte. Die Vereinigung soll auf dem gemeinsamen Kongreß beider Parteien zustande kommen, bei deren gleicher Vertretung.

6. Die Grundlage der Vertretung aus dem Vereinigungskongreß bilden die tatsächlich eingezahlten Mitgliederbeiträge während der Monate Juli, August, September, Oktober."

Da der letzte Punkt hauptsächlich die Frage betrifft, in der unsere Subkommissionen keine Einigung erzielen konnten, geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß Sie sich dem Beschlusse der Exekutive der Kommunistischen Internationale fügen werden, damit unsere Kommissionen unverzüglich ihre Arbeit zur Vorbereitung der Vereinigungskonferenz wieder aufnehmen können.

Mit brüderlichem Gruß

Amerikanische Kommunistische Partei.
Der Sekretär.

Die Vereinigte Kommunist. Partei Amerikas an die III. Internationale über die Vereinigung.

An das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Liebe Genossen!

Da wir überzeugt sind, daß eine kommunistische Partei ihre Mission nur dann erfüllen kann, wenn alle Kräfte des Kommunismus in einer einzigen Partei zusammengeschlossen sind und von einer Zentrale geleitet werden, so strebten wir stets nach der Vereinigung dieser Kräfte und der Gründung einer einheitlichen kommunistischen Partei in den Vereinigten Staaten. Um unsere Pflicht als Kommunisten zu erfüllen, warfen wir bei jeder Gelegenheit bereitwillig und völlig aufrichtig die Frage der Vereinigung auf. Wir brachten Eurem Vorschlag,

daß die Kommunistische Partei sich mit der Vereinigten Kommunistischen Partei zusammenschließe, volle Sympathie entgegen und schritten unverzüglich an die nötigen Vorbereitungen zu seiner Durchführung. Die gerichtliche Verfolgung einiger Mitglieder unseres Zentralexekutivkomitees führte jedoch einen zeitweiligen Aufschub herbei.

Während dieses Aufschubs, der uns der Möglichkeit beraubte, eine Plenarversammlung des Zentralexekutivkomitees einzuberufen, erhielten wir von der Zentrale der Kommunistischen Partei eine Anfrage über diese Angelegenheit. Wir legen eine Kopie dieses Schreibens unserem Bericht bei (siehe Anlage Nr. 1).

Die Antwort unseres Zentralexekutivkomitees auf das erwähnte Schreiben fügen wir ebenfalls unserem Bericht bei (Anlage Nr. 2).

Am 2. November faßte die Plenarsitzung der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei einen Beschluß über den Inhalt des Schreibens, das ihr von der Zentrale der Kommunistischen Partei zugegangen war. Eine Kopie dieses Beschlusses liegt diesem Bericht bei (Anlage Nr. 4). Unser Schreiben wurde einer Vereinigten Sitzung der Subkommissionen vorgelegt, die uns darauf das Original der Anlage Nr. 3 einhändigten. Auf einer anderen vereinigten Sitzung der Subkommissionen, die zu einem späteren Zeitpunkt stattfand, übergab die Subkommission der Kommunistischen Partei unserer Subkommission ihre Antwort (Anlage Nr. 5), auf die wir unsererseits am folgenden Tage erwiderten (Anlage Nr. 6).

Einige Tage später ging unserer Subkommission ein Schreiben zu (Anlage Nr. 7), dessen Inhalt die Berichte unserer eigenen Vertreter noch bis heute nicht bestätigt haben und der uns, zum mindesten teilweise, höchst unwahrscheinlich dünkt. Die Aufnahme eines weiteren Mitgliedes in die Exekutive der Kommunistischen Internationale als Vertreter Amerikas widerspricht dem Punkte 8 des Statuts der Kommunistischen Internationale. Die Form der Vereinigung, die Ihr in dem uns zugegangenen Schreiben vorschlagt, erscheint uns technisch möglich, aber doch schwer durchführbar. Wir waren überzeugt, daß Ihr es den amerikanischen Genossen, die die Tatsachen und Verhältnisse im Lande am besten kennen, überlassen würdet, den Modus der Vereinigung zu finden, der in Form und Inhalt dem Geist und Buchstaben Eures Beschlusses und des Beschlusses des 2. Kongresses über die Einigkeit der Kommunisten entsprechen würde.

Nach Empfang der erwähnten Zuschrift beschloß die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei, Euch durch ihren Vertreter in der Exekutive der Kommunistischen Internationale unverzüglich alle Tatsachen vorlegen und Euch ersuchen zu lassen, in dieser Angelegenheit ohne Aufschub zu handeln. Der Zentrale der Kommunistischen Partei wurde eine dementsprechende Antwort gesandt (siehe Anlage Nr. 8).

Es handelt sich bei dem Problem der Vereinigung der beiden kommunistischen Organisationen Amerikas nicht nur darum, wie hoch die Gebühren entrichtende Mitgliederzahl ist. Wir stehen hier vor einer Frage, von deren Lösung es abhängt, ob die Organisation, die die Kommunistische Internationale in den Vereinigten Staaten vertritt, eine lebendige revolutionäre Kraft sein oder zu einer gewöhnlichen Propaganda- und Aufklärungsgesellschaft herabsinken wird.

Die kommunistische Bewegung in Amerika wurde seit ihrer Entstehung durch den Kampf, den eine kleine Gruppe prinzipienloser Elemente um die Macht führte, in ihrer Entwicklung aufgehalten.

Diese Gruppe führte eine Spaltung im linken Flügel herbei, um die Macht in ihren Händen zu behalten. Damit die Spaltung von Dauer sei, vereinigte sich diese Gruppe mit der Michiganer Gruppe, die von dem linken Flügel der Amerikanischen Sozialistischen Partei gegründet wurde und ausgesprochen zentristische Tendenzen vertritt.

Als die Michiganer Gruppe aus der Kommunistischen Partei ausschied, war das Gleichgewicht gestört. Wiederum entbrannte der Kampf um die Macht, der die Form eines Kampfes über die Frage der Vereinigung aller kommunistischen Elemente annahm.

Die Kommunistische Arbeiterpartei, die das Ergebnis der ersten Spaltung des linken Flügels ist, wies stets auf die dringende Notwendigkeit der Vereinigung aller kommunistischen Elemente hin. Sie führte beharrlich für die Vereinigung Propaganda und machte wiederholt Anstrengungen, um dieses Ziel zu erreichen.

Um diese Zeit begann die Regierung der Vereinigten Staaten umfangreiche Repressivmaßnahmen gegen die Kommunisten zu ergreifen. Die Verfolgungen richteten sich in gleichem Maße gegen die Kommunistische Partei und die Kommunistische Arbeiterpartei. Die beiden Parteien, die auf legaler Grundlage fußten und auf solche Verfolgungen nicht vorbereitet waren, wurden dadurch völlig desorganisiert. Die kom-

munistische Bewegung in Amerika mußte von Grund auf neu aufgebaut werden. Es wurde offensichtlich, daß das Bestehen von zwei parallelen, miteinander wetteifernden Parteien verbrecherische Kraftverschwendung und Spaltung der Kräfte bedeutete. Man unternahm daher Versuche, eine unverzügliche Vereinigung zu erzielen.

Die zur Mehrheit des Rats des linken Flügels gehörenden Mitglieder der Zentrale der Kommunistischen Partei vereinigten sich mit dem Nationalen Vollzugsausschuß der Kommunistischen Arbeiterpartei. Die Maßnahmen, die das Ziel verfolgten, der von beiden Parteien vertretenen linksgerichteten Politik ein Ende zu machen, veranlaßten die zentristischen Elemente zum Austritt. Von vielen Tausenden Anhängern des linken Flügels blieben nur einige Tausend wahrhafte Kommunisten.

Während die kommunistische Bewegung unvorbereitet den Angriffen des kapitalistischen Staats standhielt, beharrten die „Hohenpriester des reinen Bolschewismus" noch immer auf einer Spaltung der Kräfte und widersetzten sich auf das entschiedenste einer Vereinigung. Die früheren Mitglieder der Mehrheit des Rats des linken Flügels unternahmen einen ernsten Versuch, das ersehnte Ziel — die Vereinigung — herbeizuführen. Die Führer der Kommunistischen Partei wollten dies aber nicht zulassen. Die Verstärkung der Kommunistischen Arbeiterpartei hätte die Opposition gegen ihre eigene Taktik gefestigt und ihren Einfluß bedroht.

Die erwähnte Gruppe aus der Zentrale der Kommunistischen Partei setzte mit aller Kraft ihre Opposition gegen die Vereinigung mit der Kommunistischen Arbeiterpartei fort, die, wie sie behauptete, aus „Zentristen" und „Gelben" bestände. Inzwischen reiften Ereignisse heran, die zu einer Spaltung in ihren eigenen Reihen führen sollten. Ein Kongreß stand bevor, und die Führer, die die Devise „herrsche oder zerstöre" predigten, schickten sich an, das ihre Taktik mißbilligende Gros der Mitglieder auszuschließen. Die Mehrheit im Rat des linken Flügels erhob Einspruch dagegen, und es erfolgte eine Spaltung.

Die Genossen aus dem Rat des linken Flügels, die bis zum Augenblick der Spaltung Mitglieder der Zentrale der Kommunistischen Partei waren und als Sekretäre und Schriftleiter gearbeitet hatten, wurden nun als „Gegenrevolutionäre" und „Zentristen" bezeichnet. Man fiel über sie her, als ob sie Verräter am Kommunismus wären. Das war aber noch nicht alles. Die Kommunistische Arbeiterpartei, von der sie noch tags zu-

vor behauptet hatten, daß sie „zentristisch" und „gelb" und daß eine Vereinigung mit ihr unmöglich sei, wurde plötzlich zur wünschenswerten Verbündeten für sie und erhielt ganz unerwartet die Aufforderung, an Verhandlungen über eine Vereinigung teilzunehmen. Die Vertreter der Idee „herrsche oder zerstöre" zwangen nunmehr die Kommunistische Arbeiterpartei, ihre revolutionären Mitglieder zur Rückkehr zu bringen.

Die Kommunistische Arbeiterpartei weigerte sich jedoch, zum Spielzeug dieser prinzipienlosen Elemente zu werden. Sie begann auf einen Zusammenschluß mit denjenigen Elementen der Kommunistischen Partei hinzuarbeiten, die wahrhaft für die Vereinigung waren und das Gros der Mitglieder der Partei vertraten. Dies war der einzige Weg, um eine Vereinigung aller kommunistischen Elemente in den Vereinigten Staaten zu erzielen. Die Vereinigte Partei ließ das Problem der Vereinigung nie aus dem Auge und war stets bereit, auf jeder beliebigen Grundlage, die Dauerhaftigkeit der Vereinigung in Aussicht stellte, an seine Lösung heranzutreten. Die Vereinigte Partei hielt es stets für ihre Pflicht, sich vor Elementen zu hüten, für die die Kommunistische Partei bloß ein Machtobjekt ist.

In ihrem Bestreben, die Herrschaft über die Partei zu erobern, gingen die vorerwähnten Führer so weit, daß sie ihr Programm völlig änderten. Sie wußten, daß sie ihren Kampf um die Macht nicht offen und unverhüllt führen konnten. Deshalb trugen sie Sorge, ihre Machenschaften hinter den denkbar schönsten Phrasen und Losungen zu verstecken. Nach der Spaltung konnten sie ihren Mitgliedern nicht ungeschminkt sagen, daß es sich darum handele, die Macht über die Partei zu gewinnen; sie mußten prinzipielle Meinungsverschiedenheiten erdichten, um ihre Zerstörungstaktik so gut es ging zu rechtfertigen. Wir haben bereits erwähnt, daß diejenigen, die man noch gestern als „wahre Kommunisten" anerkannt hatte, über Nacht zu „Gelben" gestempelt wurden. Einen Beweis dieser Umwandlung lieferte — wie man vorgab — ihr Versuch, sich den Massen zu nähern. Dies sei ein schweres Verbrechen gegen den Bolschewismus, behaupteten die besagten Führer aus der Kommunistischen Partei. Die Idee der Verbindung mit den Massen, die diese Genossen zu verwirklichen suchten, bildete später die Grundlage des Programms der Vereinigten Kommunistischen Partei zur Agitationstätigkeit in den Betrieben und Verbänden.

Das Programm ging von dem Standpunkt aus, daß die

Tätigkeit der Arbeiterklasse in allen ihren Formen vom kommunistischen Geist durchdrungen sein muß. Es ist eine Anerkennung des Grundsatzes, daß die Kommunistische Partei eine Aktionspartei sein muß, die dem unbewußten Kampf der Arbeiterklasse eine bewußt kommunistische Richtung verleihen soll.

Um ihre Anklage gegen ihre Genossen zu rechtfertigen, verzerrten die Führer der Kommunistischen Partei ihr Programm und machten die Partei zu einer gewöhnlichen Propagandaorganisation. In dem für die Betriebsgruppen festgesetzten Programm beschränkt die Zentrale der Kommunistischen Partei die Tätigkeit dieser Gruppen ausdrücklich auf die Verbreitung von Flugblättern, die Organisation von Lehrkursen und die Eintreibung von Geldern von Sympathisierenden.

Das für die Betriebsgruppen aufgestellte Programm ist in Nr. 10 des 2. Bandes ihres offiziellen Organs veröffentlicht. Es stellt eine dermaßen verdrehte Deutung der Aufgaben der Partei vor, daß augenscheinlich sogar ihre eigenen Mitglieder, die — zu ihrer Ehre sei es gesagt — bloß ein unfreiwilliges Werkzeug in den Händen ihrer Führer sind, Einspruch erhoben. Einen Schlüssel zur Erkenntnis der Sachlage gibt uns das Vorwort der Redaktion zu dem Artikel des Genossen Sinowjew: „Ueber die Bildung von Arbeiterräten", der in dem offiziellen Organ der Partei abgedruckt ist. Es heißt dort: „Den Genossen, denen das Programm, das die Kommunistische Partei für die Tätigkeit der Fabrikkomitees vorschlägt, unseren unmittelbaren Aufgaben nicht zu entsprechen scheint, empfehlen wir . . . noch einmal durchzulesen" usw.

Die Frage der Massenaktion wurde in gleicher Weise zu einer Karikatur verzerrt. Statt in der Massenaktion die höchste logische Entwicklung des Kampfes der revolutionären Arbeiterklasse um die Macht zu sehen, entwürdigten sie die Massenaktion zum gewöhnlichen Mittel des Alltagskampfes und riefen einzelne um unbedeutende Lohnerhöhungen kämpfende Arbeitergruppen auf, einen bewaffneten Aufstand zu organisieren (siehe Anlage Nr. 9).

Wir klagen diese Führer der Kommunistischen Partei an, die Grundsätze und die Taktik des revolutionären Kommunismus absichtlich verzerrt zu haben, um zu zeigen, daß zwischen ihren Grundsätzen und den Grundsätzen der mit ihnen wetteifernden Partei ein großer Unterschied besteht und um ihre Angriffe gegen die „Zentristen" und „Gelben" zu rechtfertigen.

Wir besitzen einen klaren Beweis, daß die Aufforderung, sich mit ihnen zu vereinigen, die sie einige Tage nach der Spaltung in ihren eigenen Reihen an die Kommunistische Arbeiterpartei sandten, unaufrichtig war. Denn auf dem Kongreß, der einige Wochen später stattfand, wurde auf Antrag der Führer der Kommunistischen Partei in der Frage der Vereinigung eine Resolution angenommen, die gleich in ihrem ersten Satz zeigt, daß es mit der „Sympathie" dieser Führer für die Vereinigung nicht weit her ist: „Die Vereinigung mit der Vereinigten Kommunistischen Partei als einer Partei von Zentristen — heißt es dort — ist unmöglich". Die Resolution ist in Nr. 8 des 2. Bandes ihres offiziellen Organs veröffentlicht.

Sogar jetzt, wo die Zentrale der Kommunistischen Partei vorgibt, Eure Vorschrift über die Vereinigung auszuführen, sendet sie ihren Mitgliedern ein Zirkular (siehe Anlage Nr. 10), in dem zu lesen ist:

> *„Die Vereinigung mit der Vereinigten Kommunistischen Partei bedeutet nicht Frieden, ja nicht einmal Waffenstillstand mit solchen Zentristen, wie Caston und Damon, mit solchen Verletzern der Parteidisziplin, wie Damon und Fischer, mit den „Amerikanern", die keine nationalen Föderationen dulden wollen, mit den Verteidigern von Debs, den Legalisten und anderen Abarten der „Auch-Kommunisten".*

Dieses Zirkular zeigt deutlich, daß sie keine Vereinigung wünschen. Sie sagen es ja selbst ausdrücklich.

Gegen diejenige Form der Vereinigung aber, auf die sie eingehen würden, muß die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei im Interesse ihrer Mitglieder und ihres Organisationsapparats für kommunistische Propaganda und Tätigkeit, im Interesse der Amerikanischen Sektion der Kommunistischen Internationale kämpfen. Denn eine derartige Vereinigung würde für die Vereinigte Kommunistische Partei Ruin bedeuten, da sie einfach auf den Uebergang ihres gesamten Apparats in die Hände der Führer der Kommunistischen Partei hinausläuft.

Die Führer der Kommunistischen Partei klagen uns an, daß wir „Amerikaner" keine nationalen Föderationen dulden wollen.

Genossen! Mitglieder der Exekutive der Kommunistischen Internationale! Es ist die höchste Zeit, sich über diese Frage ein für allemal klar zu werden. Diese Beschuldigung besagt ja nichts anderes, als daß die „Amerikaner" Nationalisten sind.

Die nationalen Föderationen waren das notwendige Ergebnis der Verhältnisse. In der alten Sozialistischen Partei wurde den nicht englisch sprechenden Arbeitern äußerst wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Sozialistische Partei betrachtete die Wahlurne als einziges Mittel zum Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse. Diese Partei begnügte sich daher, sich an die Arbeiter zu wenden, die das Stimmrecht besaßen. Die nicht englisch sprechenden Arbeiter waren zum größten Teil des Wahlrechts beraubt. Die meisten Arbeiter, die amerikanische Bürger geworden waren, konnten soweit englisch lesen und sprechen, daß sie durch Wahlliteratur in englischer Sprache beeinflußt werden konnten. Die Sozialistische Partei vernachlässigte die Propaganda in den fremden Sprachen daher vollständig. Schließlich aber zwangen die nicht englisch sprechenden Mitglieder die Partei, ihnen die Bildung von Föderationen zur Propaganda unter den des Englischen unkundigen Arbeitern zu gestatten. Diese Föderationen wurden mit Einwilligung ihrer Führer von den Führern der Partei von Anfang an für ihre reaktionären politischen Zwecke ausgenutzt. Bis zum Ausbruch des Krieges mußten die Föderationen als Gegengewicht gegen die „Roten" in der Partei herhalten. Erst die russische Revolution erweckte den revolutionären Geist in den Mitgliedern der Föderationen. Die Ausnutzung dieser Organisationen für reaktionäre Zwecke wurde dadurch erleichtert, daß die Mitglieder im allgemeinen nur soviel von der Bewegung wußten, als ihre Führer ihnen zu sagen für notwendig hielten. Sie wußten kaum etwas von dem Kampf, den die Linken und Rechten in der Partei zehn Jahre lang miteinander führten.

Durch die proletarische Revolution in Rußland wurde die Sachlage mit einem Schlage geändert.

In dem Kampf der Linken, der eine Spaltung in der Sozialistischen Partei hervorrief und schließlich zur Gründung der kommunistischen Parteien führte, gelang es, die Föderationen mit Erfolg gegen den reaktionären Flügel der Partei und deren Führer ins Feld zu führen. Die Föderationen waren eigentlich selbständige Körperschaften, die mit der Partei als solcher nur lose verbunden waren. Sie wurden von ihren eigenen nationalen Vollzugsausschüssen geführt und traten als selbständige Einheiten auf, auch nachdem sie sich von der Sozialistischen Partei getrennt hatten. Wie ihre Kraft vorher zum Kampf gegen den rechten Flügel ausgenutzt wurde, so gebrauchte man sie jetzt als Mittel zur Eroberung der Macht in der Kommunistischen Partei. Aus einem Werkzeug zur Propaganda unter den

nicht englisch sprechenden Arbeitern wurden sie zu einem Mittel, die Herrschaft zu gewinnen; die Propaganda unter den Ausländern diente bloß als Vorwand.

Nun sind die nationalen Föderationen zur Propagandaführung unter den anderssprachigen Arbeitern nicht mehr nötig. Eine revolutionäre Partei kann nur dann auf Erfolg hoffen, wenn sie sich mit ihrer Propaganda an alle Arbeiter ohne Ausnahme wendet. Wenn die Arbeiter nicht alle dieselbe Sprache verstehen, muß man sich ihnen in verschiedenen Sprachen nähern. Davon hängt das Leben und die Tätigkeit der Kommunistischen Partei ab. Nun liegt keine Gefahr vor, daß man die auswärtigen Arbeiter vernachlässigen wird. Die Vereinigte Kommunistische Partei organisiert die Genossen, die fremde Sprachen sprechen, in besondere Gruppen, die in ihren Muttersprachen Propaganda führen. Die anderssprachigen Gruppen bildeten in jedem Bezirk Abteilungen, die wiederum Bezirkspropagandakomitees organisieren. Diese Methode sichert einerseits die notwendige Propaganda in den fremden Sprachen und gibt anderseits die Möglichkeit, die Parteiarbeit vollkommen in den Händen des Zentralexekutivkomitees zu zentralisieren. Diese Organisationsform gestattet der Vereinigten Kommunistischen Partei, den gesamten Parteiapparat von einem einzigen Zentrum aus zu lenken und alle einzelnen Gruppen für jede Parteiarbeit auszunutzen.

Anderseits sind die Föderationen, die die Kommunistische Partei von der Sozialistischen übernommen hat, autonome Parteien mit besonderen nationalen Vollzugsausschüssen. Die Gruppen und Abteilungen der nationalen Föderationen arbeiten durch ihre Bezirkskomitees, die ihrerseits durch die entsprechenden nationalen Vollzugsausschüsse wirken. Die Zentrale der Kommunistischen Partei ist nichts weiter als der Vollzugsausschuß der englisch sprechenden Mitgliedschaft, der den nicht englisch sprechenden Mitgliedern seine Direktiven durch die nationalen Vollzugsausschüsse übermittelt.

Die Selbständigkeit der Föderationen steht der Zentralisation im Wege. Sie beraubt die Zentrale der ganzen Macht. Statt das höchste Organ der Partei vorzustellen, ist das Zentralkomitee tatsächlich ein Werkzeug in den Händen der Föderationen.

Wenn die Führer der Föderationen, die zugleich auch die Führer der Kommunistischen Partei sind, eine ablehnende Haltung gegen diese Organisationsform einnehmen und sie als „amerikanischen Nationalismus" betrachten, so muß dieser

amerikanische Nationalismus der Amerikanischen Sektion der Kommunistischen Internationale als Tugend angerechnet werden.

In der Vereinigten Kommunistischen Partei handelt selbst die kleinste lokale Organisation nach den Beschlüssen der Zentrale. Die Propaganda unter den anderssprachigen Arbeitern wird dabei jedoch keineswegs vernachlässigt. Das offizielle Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei erscheint regelmäßig in englischer, russischer, ungarischer, südslawischer, polnischer, jüdischer, deutscher, finnischer und estnischer Sprache. Als periodische Ausgabe wird es in lettischer, schwedischer, ukrainischer, italienischer und litauischer Sprache herausgegeben. Es werden Vorbereitungen für Ausgaben im Spanischen, Bulgarischen und Tschechischen getroffen. Broschüren und Bücher sind bis jetzt in englischer, russischer, jüdischer und südslawischer Sprache erschienen. Die Herausgabe des Kommunistischen Programms von Bucharin in deutscher Sprache ist in Vorbereitung. Auch andere Bücher werden in verschiedenen Sprachen veröffentlicht werden. Flugblätter werden in großer Anzahl in allen Sprachen verbreitet. Unter einigen dieser anderssprachigen Gruppen besitzt die Partei vorläufig noch kein einziges Mitglied. Dies alles beweist auf das entschiedenste, daß selbständige nationale Föderationen für die Propaganda in den fremden Sprachen durchaus nicht notwendig sind. Auf Grund dieser Erwägungen auf dem Bestehen der nationalen Föderationen beharren — heißt folglich, sich eines falschen Vorwandes bedienen.

Dies ist unsere Erwiderung auf die Beschuldigung, daß wir „Amerikaner" keine Föderationen dulden wollen.

Was den Vorwurf anbelangt, daß wir „Verteidiger von Debs" seien, so überlassen wir es Eurem Komitee, darüber zu urteilen. Ihr habt unsere Erklärungen zweifelsohne bereits erhalten und könnt Euch daher selbst von der Lügenhaftigkeit dieser Beschuldigung überzeugen.

Nun kommen wir zu der Anklage gegen unseren „Legalismus". In dem Schreiben der Vereinigten Kommunistischen Partei an die Kommunistische Partei (Anlage 4) im 2. Punkte unserer Bedingungen könnt Ihr wie folgt lesen: „Nur die zur illegalen Organisation der Partei gehörenden Mitglieder haben das Recht, sich an den Wahlen der Delegierten zum Vereinigungskongreß zu beteiligen."

Diese Forderung begründet sich auf folgendem. Als die Partei nach den Januarrepressalien genötigt war, illegal zu

arbeiten, weigerten sich einige der nationalen Föderationen der Kommunistischen Partei, die neue Organisationsform anzuerkennen. Die Vollzugsausschüsse der Föderationen wissen, daß eine Partei nicht aus lauter „toten Seelen" bestehen kann. Die Partei braucht Mitglieder, Männer und Frauen, die tatsächlich Gebühren zahlen. Die illegale Organisationsform würde aber den bedeutendsten Teil der Mitglieder abspenstig gemacht haben. Viele frühere Vertreter des linken Flügels, denen es an kommunistischem Verständnis und revolutionärem Mut mangelt, erschraken vor dieser Gefahr und verneinten in ihrer Verblendung die Notwendigkeit einer illegalen Organisation. Einige Föderationen behielten ihre legalen Organisationen bei. Solche Organisationen bestehen noch in den Lettischen und Litauischen Föderationen in Boston, New-York, Cleveland, Detroit und anderen Städten. Nominell sind die legalen Organisationen in Gruppen geteilt; diese treten jedoch nicht als Parteiorganisationen auf, sondern bestehen ausschließlich als Gesangvereine, philantropische Gesellschaften und Gewerbevereine. Das einzige Band, das sie mit der Kommunistischen Partei verknüpft, sind die Mitgliedsbeiträge, die sie an die Föderationen zahlen. Die letzteren zahlen ihrerseits einen Teil der Summe an die Kommunistische Partei. Auf diese Weise wird die Mitgliederzahl festgestellt. Diese Gruppen sind eine unnütze Last für die Partei. Sie befürworten die legale Organisationsform, weil sie weder zu wahren Bestandteilen der Partei werden, noch regelmäßige Parteiarbeit leisten wollen.

Die Vereinigte Kommunistische Partei kann diese Leute nicht zu den Wahlen zum Vereinigungskongreß zulassen, denn sie sind keine Kommunisten. Sie kann sich nicht einmal damit einverstanden erklären, daß die Kommunistische Partei sie als tatsächliche Mitglieder betrachtet und auf dieser Grundlage die Zahl ihrer Vertreter berechnet. In dem Augenblick, wo die Parteien sich vereinigen und der Grundsatz der strengen Zentralisation und der illegalen Arbeit auf diese Mitglieder angewandt wird, werden sie aus der kommunistischen Bewegung verschwinden, und mit Recht, denn sie sind nichts weniger als Kommunisten. Dadurch, daß die Kommunistische Partei diese Leute als Mitglieder aufnimmt, liefert sie einen klaren Beweis, daß sie selbst legalistisch ist. Angesichts dieser Tatsachen ist es augenscheinlich, daß die Führer der Kommunistischen Partei kein Recht haben, von einem Legalismus der Vereinigten Kommunistischen Partei zu sprechen.

Die ständigen Behauptungen der Führer der Kommunistischen Partei, daß sie die wahren Hüter des Kommunismus in Amerika seien, werden durch die jüngsten Ereignisse in der Lettischen Föderation (am 24. Juli 1920) auf das klarste widerlegt. Der Sekretär des Vollzugsausschusses der lettischen Föderation wandte sich im Namen des nationalen Vollzugsausschusses der Föderation an die jetzige kapitalistische Regierung Lettlands und sicherte ihr die Unterstützung der lettischen Föderation der Kommunistischen Partei zu. (Wir bringen eine Abschrift dieser Erklärung als Anlage Nr. 11.) Ein Teil der Mitglieder war über diese nationalistische Kundgebung des Vollzugsausschusses empört und forderte seine sofortige Absetzung. Die Zentrale der Kommunistischen Partei aber hüllte sich in Stillschweigen. Der nationale Vollzugsausschuß der lettischen Föderation, der der Unterstützung der Zentrale sicher war, beseitigte pro forma seinen Sekretär und begann darauf, die unzufriedenen Mitglieder auszuschließen. Eine Konferenz, die vom alten Vollzugsausschuß einberufen wurde und völlig unter seinem Einfluß stand, nahm eine Resolution an, die den Sekretär wieder in seine Rechte einsetzte; sie verurteilte das Verhalten des alten Vollzugsausschusses und wählte einen neuen, der aus gehorsamen Werkzeugen des alten gerügten Ausschusses bestand. Wie um dieser Farce einen tragischen Anstrich zu geben, erklärte man, die unzufriedenen Mitglieder würden deshalb ausgeschlossen, weil sie nationalistisch gesinnt seien. Als Schlußakt zu dieser Komödie erbat die Konferenz für ihr Vorgehen den Segen und die Sanktion des Zentralen Vollzugsausschusses. Das Theaterstück, das die Konferenz aufgeführt hatte, war ihr so vorzüglich gelungen, daß die Zentrale ihr unmöglich den Segen vorenthalten konnte. Nun frohlockten die Führer der Kommunistischen Partei.

Die obigen Tatsachen veranlaßten die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei, die in Anlage Nr. 4 angeführten Bedingungen der Vereinigung aufzustellen, und zwar:

1. Keinerlei selbständige Föderationen sind zulässig, da sie die Verwirklichung der Zentralisation stören und eine ständige Gefahr für die Einigkeit der Partei bilden.

2. Nur wahre Mitglieder der Partei dürfen an den Wahlen von Delegierten zum Kongreß teilnehmen; denn alle anderen sind nur nominell Mitglieder.

3. Die Vertretung zum Kongreß wird im Verhältnis 6 zu 4 festgesetzt, um eine Wiederholung des früheren Vorgehens der Führer der Kommunistischen Partei zu ver-

hüten. Diese Forderung beruht durchaus nicht auf der Befürchtung, daß die Kommunistische Partei zahlenmäßig der Vereinigten Kommunistischen Partei überlegen sein könnte. Die in den Parteiorganen und Bulletins veröffentlichten Finanzberichte beider Parteien lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Vereinigte Kommunistische Partei zahlenmäßig im Uebergewicht ist.

4. und 5. Die in der Anlage angeführten Bedingungen bedürfen keiner Erläuterung.

Genossen! Wir haben versucht, Euch alle Tatsachen und Umstände darzulegen, die sich auf die Frage der Vereinigung der Kommunistischen Parteien in Amerika beziehen. Wir haben Euch gezeigt, daß wir auf die Vereinigung auf den von der Kommunistischen Partei vorgeschlagenen Grundlagen deshalb verzichtet haben, weil wir eine wahre Vereinigung anstreben. Die Kommunistische Partei dagegen, die vorgibt, für die Vereinigung zu sein, wünscht tatsächlich die Uneinigkeit zu erhalten, die sie seit der Entstehung der kommunistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten gefördert hat.

Es gibt nur einen Ausweg aus diesem Dilemma: Falls die Exekutive der Kommunistischen Internationale es nicht für möglich hält, den Beschluß der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei zu unterstützen, muß sie der Kommunistischen Partei befehlen, sich unverzüglich mit der Vereinigten Kommunistischen Partei zu vereinigen. Auf dem bevorstehenden Kongreß werden dann die wahrhaft kommunistischen Mitglieder der beiden vereinigten Parteien und die Gruppen, die das Recht haben, sich Kommunisten zu nennen, vertreten sein.

Wir haben unsere Vertreter in Eurer Exekutive beauftragt, Euch den Inhalt dieses Berichts, wie auch andere ihnen bekannte Tatsachen, die zur Aufklärung über die Verhältnisse dienen können, zu unterbreiten.

In der Ueberzeugung, daß das Schicksal der Amerikanischen Sektion der Kommunistischen Internationale Euer volles Interesse besitzt, erwarten wir, daß Ihr unverzüglich Maßnahmen ergreifen und Beschlüsse fassen werdet, die zur wahren, dauerhaften Vereinigung der kommunistischen Kräfte in Amerika führen werden.

Mit kommunistischem Gruß

Das Zentralexekutivkomitee der Vereinigten Kommunistischen Partei Amerikas.

Anlage Nr. 1.

New-York, 15. Oktober 1920.

An die Vereinigte Kommunistische Partei Amerikas.

Liebe Genossen!

Aus den „Iswestija" vom 14. September haben wir soeben von folgendem Beschluß der Exekutive der Kommunistischen Internationale erfahren. Wir zitieren aus der Zeitung, die wir am 13. Oktober erhielten:

„In bezug auf die kommunistische Bewegung in Amerika und England faßte das Exekutivkomitee eine Reihe von Beschlüssen, die von den amerikanischen und englischen Genossen eine Politik des Zusammenschlusses und der Vereinigung fordern. Hierbei wurde folgende Resolution angenommen: „Die beiden Kommunistischen Parteien Amerikas — die United Communist Party und Communist Party — verpflichten sich, sich unverzüglich zu einer Partei zusammenzuschließen — auf Grund der Beschlüsse des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

Diese Vereinigung hat endgültig nicht später als in zwei Monaten stattzufinden, d. h. bis zum 10. Oktober 1920. Die Gruppe, die sich diesem Beschluß nicht unterwirft, wird aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen."

Wir bitten Euch, uns diesbezüglich folgendes mitzuteilen:

1. Ist Euch schon früher eine Mitteilung über diesen Beschluß zugegangen? Falls ja, so . . .
2. Wann habt Ihr sie erhalten?
3. Wie ging sie Euch zu? . . Offiziell? . . Durch? . .
4. Was habt Ihr im Zusammenhang mit diesem Beschluß unternommen (habt Ihr überhaupt etwas in dieser Hinsicht unternommen)?

Ferner ersuchen wir Euch um Information über die nachstehende Frage: Wie wir aus zwei verschiedenen zuverlässigen Quellen erfahren, habt Ihr in Eurem Wochenbulletin den Mitgliedern Eurer Organisation mitgeteilt, daß die Kommunistische Partei es rundweg abschlage, mit der von Euch gewählten Kommission aus zwei Mitgliedern über die Frage der Vereinigung in Verhandlung zu treten.

Tatsächlich jedoch ist es uns völlig unbekannt, daß Eure Kommission sich an uns wandte oder auf die eine oder andere Weise Verhandlungen mit uns anzubahnen versuchte; jeden-

falls haben wir uns nicht geweigert, Verhandlungen mit ihr zu führen.

Welche Erklärung habt Ihr für diese Tatsachen, denen gegenüber die Mitteilung in Eurem Bulletin eine direkte Lüge ist?

Die Fragen sind zweifelsohne überaus wichtig und erfordern im Interesse der gesamten kommunistischen Bewegung in Amerika eine Aufklärung.

Eure schriftliche Antwort muß uns bis Montag, den 18. Oktober, 10 Uhr morgens zugestellt werden, damit wir die Möglichkeit haben, unverzüglich einen offiziellen Beschluß zu fassen.

Mit brüderlichem Gruß

Sekretär der Kommunistischen Partei Amerikas.

(Unterschrift).

Anlage Nr. 2.

New-York, 21. Oktober 1920.

An das Zentralexekutivkomitee der Kommunistischen Partei Amerikas.

Genossen!

Das Zentralexekutivkomitee der Vereinigten Kommunistischen Partei hat die Anfrage Eures Sekretärs vom 15. Oktober erörtert und teilt Euch daraufhin folgendes mit:

1. Der Beschluß der Exekutive der Kommunistischen Internationale, der die Vereinigte Kommunistische Partei und die Kommunistische Partei im Lauf eines bestimmten Zeitraums zur Vereinigung verpflichtet, ging uns in Form eines Protokolls der Sitzung des Exekutivkomitees vor ungefähr 10 Tagen auf dem gewöhnlichen Wege zu, auf dem wir mit der Kommunistischen Internationale verkehren.

2. Inzwischen haben wir noch eine zweite Mitteilung erhalten, der wir entnehmen, daß Euer Vertreter am 22. September vor dem Exekutivkomitee der Internationale erschien und in einer Reihe von Punkten eine Abänderung des Beschlusses der Exekutive über die Frage der Vereini-

gung zu erzielen versuchte. Die Exekutive schlug es ab, ihren früheren Beschluß zu ändern und willigte bloß ein, den Termin der Vereinigung bis zum 1. Januar 1921 zu verlängern.

3. Einer unserer Vertreter, der dem Kongreß der Internationale und den Sitzungen der Exekutive der Internationale beiwohnte, ist soeben nach Amerika zurückgekehrt. Sein Bericht bestätigt den Beschluß der Exekutive der Kommunistischen Internationale in der Form, in welcher er in Eurer Mitteilung und in dem uns zugegangenen Protokoll dargelegt ist.

4. Was die in unserem Bulletin erschienenen Angaben über die Frage der Vereinigung anbelangt, so wurde unsere Mitteilung an das Exekutivkomitee, daß Eure Organisation sich weigere, diese Frage zu erörtern, gerechtfertigt durch den Beschluß Eurer Konferenz, die Stellungnahme Eures offiziellen Organs und die lächerlichen Angriffe gegen unser Programm. Der Kongreß der Internationale wies die letzteren auf das entschiedenste zurück, erkannte die Vereinigte Kommunistische Partei als bedeutendste Partei der Vereinigten Staaten an und gewährte ihr eine größere Anzahl von Stimmen auf dem Kongreß. Der erwähnte Bericht bezog sich jedoch nicht auf den Beschluß des Exekutivkomitees, sondern auf den Versuch des Vertreters der Kommunistischen Internationale, Gen. A., eine Vereinigung herbeizuführen. Auf Ersuchen des Gen. A. wählten wir aus den Mitgliedern unseres Zentralexekutivkomitees eine Kommission, die mit einer ähnlichen Kommission aus Vertretern Eures Zentralkomitees über die Vereinigung verhandeln sollte. Genosse A. beabsichtigte — seinen Worten zufolge — Euch um die Ernennung einer solchen Kommission zu ersuchen. Er teilte uns später mit, daß Ihr seinen Versuch, eine Vereinigung zu erzielen, zurückgewiesen hättet. Hierauf beruht unsere Mitteilung an unsere Mitglieder und die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Wir nehmen an, daß Ihr angesichts des Beschlusses der Exekutive der Kommunistischen Internationale bereit seid, den Standpunkt, auf den Eure Konferenz sich gestellt hat und der in Eurem offiziellen Organ Ausdruck fand, aufzugeben und unverzüglich Verhandlungen über die Vereinigung Eurer Partei mit der unsrigen zu beginnen. Wir vertraten in dieser Frage stets den gleichen Standpunkt, daß man alles daran wenden

muß, um eine Vereinigung aller kommunistischen Elemente in Amerika zu erzielen. Wir haben deshalb wiederum eine Kommission aus zwei Mitgliedern, den Genossen X. und Y. gewählt, die gemeinsam mit Eurer Kommission die zur Vereinigung notwendigen Schritte tun soll. Da die Sache Eile hat und damit wir dem Beschluß des Exekutivkomitees nachkommen können, schlagen wir Euch vor, noch in dieser Woche eine Sitzung der Kommissionen abzuhalten.

Mit brüderlichem Gruß

Sekretär d. Vereinigten Kommunistischen Partei.

(Unterschrift).

Anlage Nr. 3.

Schreiben der Kommunistischen Partei Amerikas an das Zentralexekutivkomitee der Vereinigten Kommunistischen Partei vom 20. Oktober 1920. Siehe vorstehend.

Anlage Nr. 4.

Schreiben des Zentralexekutivkomitees der Vereinigten Kommunistischen Partei an das Zentralexekutivkomitee der Kommunistischen Partei vom 3. November 1920. Siehe vorstehend.

Anlage Nr. 5.

Schreiben der Kommunistischen Partei an das Zentralexekutivkomitee der Vereinigten Kommunistischen Partei vom 3. November 1920. Siehe vorstehend.

Anlage Nr. 6.

Schreiben der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei an die Zentrale der Kommunistischen Partei vom 5. November 1920. Siehe vorstehend.

Anlage Nr. 7.

Schreiben der Kommunistischen Partei an die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei vom 4. November 1920. Siehe vorstehend.

Anlage Nr. 8.

14. November 1920.

An das Zentralexekutivkomitee der Kommunistischen Partei.

Im Zusammenhang mit Euren beiden letzten Zuschriften hat die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei folgende Resolution angenommen:

„In Beantwortung der jüngsten Schreiben der Zentrale der Kommunistischen Partei, deren Inhalt zum Teil eine Darlegung des letzten Beschlusses der Kommunistischen Internationale über die Vereinigung enthält, erklären wir, daß wir uns bloß auf unseren eigenen Verkehr mit der Exekutive der Kommunistischen Internationale verlassen können. Wir sehen keinen Grund, die bereits begonnenen Vorbereitungen zum Vereinigungskongreß oder die Grundlage der Vertretung zum Kongreß zu ändern."

Mit brüderlichem Gruß

Sekretär der Vereinigten Kommunistischen Partei Amerikas

(Unterschrift)

Anlage Nr. 9.

Diese Anlage besteht aus einem Flugblatt, das die Kommunistische Partei während des Streiks der Angestellten der Brooklyner Eisenbahn veröffentlichte. In diesem Flugblatt ruft die Partei zum bewaffneten Aufstand auf, wodurch sie den kommunistischen Begriff des bewaffneten Aufstandes völlig entstellt.

Anlage Nr. 10.

20. Oktober 1920.

An alle Mitglieder der Kommunistischen Partei.

Liebe Genossen!

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat beschlossen, daß die Kommunistische Partei sich unverzüglich mit der Vereinigten Kommunistischen Partei vereinigen muß.

In der Nummer der Moskauer „Iswestija" vom 14. September, die wir erst am 14. Oktober erhielten, ist der nachstehende Beschluß der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 7. August 1920 angeführt:

„Die beiden kommunistischen Parteien Amerikas — die United Communist Party und die Communist Party — verpflichten sich, sich auf Grund der Beschlüsse des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale unverzüglich zu einer Partei zusammenzuschließen. Diese Vereinigung hat endgültig nicht später als in zwei Monaten stattzufinden, d. h. bis zum 10. Oktober 1920. Die Gruppe, die sich diesem Beschluß nicht unterwirft, wird aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen."

Euer Zentralexekutivkomitee wurde unverzüglich zusammenberufen und nahm in dieser Sache folgende Resolution an:

„Da der Beschluß der Exekutive der Kommunistischen Internationale, der eine unverzügliche Vereinigung der Kommunistischen Partei und der Vereinigten Kommunistischen Partei fordert, uns erst nach dem für die endgültige Vereinigung festgesetzten Termin zuging, beschließen wir in Anerkennung dessen, daß wir diesen Beschluß nach seinem Geist und Sinn nach Möglichkeit ohne Verzögerung ausführen müssen, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um im Lauf der nächsten zwei Monate einen Kongreß zur Vereinigung mit der Vereinigten Kommunistischen Partei einzuberufen. Die Vertretung muß im Verhältnis zur Mitgliederzahl stehen und auf einer für beide Parteien gleichen und gerechten Grundlage beruhen. Der Exekutive der Kommunistischen Internationale ist es zur Kenntnis zu bringen, daß wir ihre Autorität in dieser Frage vollkommen anerkennen; auch sind ihr die Schritte mitzuteilen, die wir sofort nach Empfang ihres Beschlusses zu seiner Ausführung unternommen haben."

Genossen! Als Sektion der Kommunistischen Internationale und in vollem Einklang mit den Beschlüssen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale, in denen es heißt: „Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale, wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Die in Verhältnissen des schärfsten Bürgerkrieges tätige Kommunistische Internationale muß bei weitem zentralisierter aufgebaut werden, als das in der II. Internationale der Fall war" — müssen wir uns ohne Schwanken und

Zaudern unverzüglich der Vorschrift über den Zusammenschluß mit der Vereinigten Kommunistischen Partei unterordnen.

Wir verstehen es sehr wohl, daß es in jedem Lande nur eine von der Kommunistischen Internationale anerkannte kommunistische Partei geben kann. Wir erkennen an, daß die Verfügung über die Vereinigung der Parteien notwendig war, da die Internationale es nicht für möglich befunden hat, die Kommunistische Partei oder die Vereinigte Kommunistische Partei anzuerkennen. Der Verfügung muß daher Folge geleistet werden. Wir haben deshalb die erforderlichen Schritte zur Einberufung eines Vereinigungskongresses eingeleitet. Dies will jedoch nicht sagen, daß wir unseren Kampf gegen die nicht kommunistischen Elemente in der Vereinigten Kommunistischen Partei (besonders unter ihren Führern) oder gegen derartige Elemente in unserer eigenen Partei aufgegeben haben oder aufgeben müssen. Die Einberufung des Vereinigungskongresses muß im Einklang mit den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale und ihren Aufnahmebedingungen erfolgen, deren zweiter Punkt besagt: „Jede Organisation, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen will, muß regelrecht und planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (Parteiorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Genossenschaften, Kommunalverwaltungen) die reformistischen und Zentrumsleute entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen, ohne sich daran zu stoßen, daß besonders am Anfang an Stelle von „erfahrenen" Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse die Posten verwalten werden.

Die Vereinigung mit der Vereinigten Kommunistischen Partei bedeutet nicht Frieden, ja nicht einmal Waffenstillstand mit solchen Zentristen wie Caston und Damon, mit solchen Verletzern der Parteidisziplin wie Damon und Fisher, mit den „Amerikanern", die keine nationalen Föderationen dulden wollen, mit den Verteidigern von Debs, den Legalisten und anderen Abarten der „Auch-Kommunisten", die in dem Bestehen von zwei Parteien ein bequemes Schild und eine Rechtfertigung für die Verletzung der Parteidisziplin und Grundsätze fanden. Es bedeutet nur, daß wir, statt sie im Rahmen einer fremden Partei zu bekämpfen und sie aus unserer Partei in eine andere zu verdrängen, wie es jetzt der Fall ist, sie in den Reihen ein und derselben Partei bekämpfen und sie, falls nötig, aus der Partei ausschließen werden. Wir werden unsere Kampfmethoden gegen sie ändern müssen; dafür wird

es ihnen aber schwerer fallen, die übrigen Mitglieder hinters Licht zu führen und sie beim Verlassen der Partei mit sich zu ziehen.

Unter diesen Verhältnissen müssen alle wahren Kommunisten dazu bereit sein, die neue Kommunistische Partei auf den richtigen Weg zu lenken und sie trotz des Vorhandenseins nichtkommunistischer Elemente in ihren Reihen vor Irrungen zu bewahren. Alle Gruppen der Kommunistischen Partei müssen unverzüglich zum Studium und zur Erörterung der Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale und der „Aufnahmebedingungen" schreiten. Und wenn die Zeit kommt, Delegierte zum Vereinigungskongreß zu wählen, müssen sie Sorge tragen, daß nur wahre Genossen, standhafte, überzeugte und unversöhnliche Kommunisten als Kongreßdelegierte gewählt werden.

Mit kommunistischem Gruß

Sekretär der Kommunistischen Partei
(Unterschrift)

Anlage Nr. 11.

Diese Anlage besteht aus der Nummer des Organs der Lettischen Föderation der Kommunistischen Partei „Rihts" vom 24. Juni 1920. Die Zeitung wurde der Exekutive der Kommunistischen Internationale zugestellt.

Der Kongreß der Finnischen Sozialistischen Organisation Amerikas.

Der in diesen Tagen beendete Kongreß der Finnischen Sozialistischen Organisation Amerikas hat mit 15 gegen 3 Stimmen beschlossen, aus der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten auszutreten. Die Organisation motiviert ihren Entschluß in einer weitläufigen Resolution, in der es unter anderem heißt:

„Die Sozialistische Partei hat ihr Programm beschnitten, sich von allem Revolutionären losgesagt und aus ihren Reihen die revolutionären Elemente vertrieben. Die offiziellen Vertreter der Sozialistischen Partei beschimpfen öffentlich den proletarischen Klassen-

kampf und den Marxismus und machen von den niedrigsten Mitteln Gebrauch, um das Proletariat zu betrügen. Ihre Aufrufe und Programme sind von erfahrenen opportunistischen Politikern häufig so zusammengestellt, daß die Arbeitermassen ihren tatsächlichen antisozialistischen Charakter kaum herausfinden werden. Aber schon ihre Tätigkeit hat den Massen deutlich die ganze Untauglichkeit der Partei gezeigt, was am besten durch die ständige Verringerung der Zahl der Parteimitglieder und den völligen Verlust an Einfluß in der amerikanischen Arbeiterbewegung bewiesen wird."

Auf Grund des oben Erwähnten erklärt die Finnische Sozialistische Organisation, daß sie nicht dem Urteil verfallen möchte, das von der Kommunistischen Internationale über die Amerikanische Sozialistische Partei infolge ihres Opportunismus sowohl auf theoretischem, als auch auf praktischem Gebiet gefällt worden ist. Die Sozialistische Partei hat völlig aufgehört, der politische und wirtschaftliche Ausdruck der Interessen der bewußten Arbeiterklasse Amerikas zu sein. Das von der Kommunistischen Internationale gefällte noch schwerwiegendere Urteil wird durch den Umstand gerechtfertigt, daß die Sozialistische Partei in verwerflichster Weise Ränke schmiedet für die Gründung einer neuen Internationale, die logischerweise ihrem innersten Gehalt nach ein internationales Bindeglied der Konterrevolutionäre, deren objektives Ziel die Unterdrückung der russischen Revolution ist, sein muß.

Auf dem Kongreß wurden die schändlichen Andeutungen und lügenhaften Mitteilungen der opportunistischen Zeitung „Raiwaja" über die Ausnützung des sogenannten Millionenfonds widerlegt. Dieser Fonds von einer Million finnischer Mark war seinerzeit von den finnischen Arbeitern Amerikas für die Hilfeleistung an die Sozialisten Finnlands gesammelt worden. Die Tatsache, daß dieser Fonds infolge gewisser praktischer Schwierigkeiten nicht sofort nach Finnland geschickt werden konnte, benutzten die Anhänger der „Raiwaja" zu der Behauptung, daß das Exekutivkomitee diese Mittel zu Privatzwecken gebrauche. Als auf dem Kongreß die Quittung über den Empfang des Fonds verlesen wurde, begrüßte der Kongreß die Finnländische Sozialistische Arbeiterpartei in begeisterten Zurufen.

Der Kongreß erhielt von Debs aus dem Gefängnis von Atlanta folgendes Begrüßungstelegramm: Ich begrüße Euch alle im Namen des internationalen Sozialismus, der keine Grenzen auf dem Gebiet der Religion, der Rasse und des Geschlechts zieht. Ihr nehmt jetzt teil an der Lösung einer heiligen Aufgabe, an der Befreiung der Welt durch die heilige Tätigkeit der Liebe und der Brüderlichkeit. Jeder Tropfen Blut, jede Faser meines Organismus bewillkommnet jenes erstaunliche Beispiel der Tätigkeit und des Erreichten, das das revolutionäre Rußland gezeigt hat. Jene schwarzen und heimtückischen

Kräfte, die diesem ersten Kind der Freiheit ein Leid antun wollen, werden sich bald davon überzeugen, daß dieses Kind der Freiheit, diese Frucht der Liebe des Proletariats leben und seinen Namen in den Himmel des internationalen Sozialismus einschreiben wird."

Es ist eine Begrüßungsantwort an Debs abgesandt worden. Ebenfalls wurden Begrüßungen an die Finnländische Sozialistische Partei, an die in den Gefängnissen schmachtenden Genossen und an die sich in Stockholm befindenden Emigranten abgeschickt.

Ueber die Mitgliederzahl der Finnischen Sozialistischen Organisation Amerikas können wir folgende aus der Zeitung „Suomen Tijömies" (vom 18. 1. 21) erhaltenen Daten anführen. Man zählt im Ganzen 205 Organisationen, von denen 145 die Fragebogen ausgefüllt haben. In diesen 145 Organisationen gibt es 8 013 Mitglieder — (4 744 Frauen und 3 269 Männer). Die finnische Bevölkerung derjenigen Gebiete, in denen diese Organisationen tätig sind, beträgt 101 732.

Die Frage der Internationale im Helsingforser Metallarbeiterverband.

Auf der Versammlung der sozialistischen Gesellschaft der Helsingforser Metallarbeiter wurde am 19. Januar die Frage, ob die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Finnlands sich der Amsterdamer Gelben Internationale der Gewerkschaften anschließen, ob sie einstweilen unabhängig bleiben oder sich der Moskauer Internationale anschließen sollen, besprochen.

In der Diskussion traten die Redner einstimmig gegen den Anschluß an Amsterdam auf. Unter anderem wurde festgestellt, daß die Führer der Amsterdamer Internationale am Anfang des Weltkrieges und während seiner Dauer sämtlich zugunsten der kapitalistischen Klasse ihres Landes wirkten und das Proletariat daran hinderten, sich gegen das von den Kapitalisten organisierte Arbeitergemetzel zu erheben.

Auf der Versammlung wurde festgestellt, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Finnlands noch nicht reif zum Anschluß an die Moskauer Internationale der Gewerkschaften seien. Obwohl sich bei der Abstimmung die Majorität für den Anschluß an die Moskauer Internationale der Gewerkschaften aussprach, so würde dies doch die finnländische Gewerkschaftsbewegung mit einer Spaltung bedrohen, was aber vermieden werden muß. Nach der Meinung der Versammlung muß man deshalb zwecks Erhaltung der Einigkeit unabhängig bleiben. Die Versammlung des Verbands hat darum beschlossen, den Metallarbeitern des Landes vorzuschlagen,

gegen den Anschluß an die Amsterdamer Internationale und für die Unabhängigkeit zu stimmen. („Suomen Tijömies", 28. 1. 21).

New-York, 6. Januar.

Die Konferenz der Kommunistischen Parteien in England.

Die Verhandlungen über die Vereinigung, die die Vertreter der drei kommunistischen Parteien Englands: der Kommunistischen Partei Großbritanniens, der Kommunistischen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei (B. S. C. I) mehrere Monate lang führten, sind nunmehr von Erfolg gekrönt worden. Auf dem Kongreß in Leeds beschlossen die Delegierten aller Parteien einstimmig, eine Vereinigte Kommunistische Partei Großbritanniens zu gründen.

Dem Kongreß in Leeds, der am 29. und 30. Januar stattfand, wohnten 150 Delegierte bei. Vorsitzender des Kongresses war Jack Tanner.

Den Hauptgegenstand der Erörterung bildete natürlich die Frage der Vereinigung. Der Vorsitzende wies in seiner kurz gehaltenen Rede darauf hin, daß „die erste Pflicht der Versammelten gegenüber der internationalen kommunistischen Bewegung im allgemeinen und der Arbeiterklasse Großbritanniens im besonderen in der Gründung einer Vereinigten Kommunistischen Partei bestehe."

Darauf sprachen die Vertreter der drei Parteien, die an den Vereinigungsverhandlungen teilgenommen hatten, die Genossen Leckie von der Kommunistischen Arbeiterpartei, Watkins von der Kommunistischen Partei und Mac Manus von der Kommunistischen Partei Großbritanniens. Jeder von ihnen unterstrich im Namen seiner Partei die Notwendigkeit der Vereinigung. Genosse Mac Manus sagte in seiner Rede unter anderem: „Wir sind nicht mehr Diener von Sektionen. Die Kommunistischen Parteien sind tot. Es lebe die Kommunistische Partei!" Nach den Berichten der Vertreter der drei Parteien gelangte die Resolution zur Abstimmung und wurde einstimmig angenommen.

Darauf begrüßten die Genossen G. H. Brown von dem Linken Flügel der I. L. P. und J. T. Murphy, Vertreter der Shop Stewards und Workers-Committees im Namen ihrer Organisationen den Kongreß. Genosse Murphy, der zugleich als Vertreter der Roten Gewerkschaftsinternationale zugegen war, „wies auf die Ur-

sachen hin, die zur Gründung der Kommunistischen Internationale geführt hatten und berichtete darauf über die Gründung eines Zentrums für die Gewerkschaften, die zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in Opposition stehen... Ungefähr 12 Millionen Gewerkschaftsmitglieder in der ganzen Welt gehörten der Roten Internationale an, und er (Murphy) fordere die Kommunistische Partei auf, ihrerseits für den Beitritt der britischen Trade Unions zur Roten Internationale zu wirken.

Der Kongreß nahm einstimmig die nachstehende, vom Genossen Bell beantragte Resolution an: „Der Kongreß erklärt sich mit der Roten Gewerkschaftsinternationale solidarisch, verspricht ihr Unterstützung und empfiehlt dringlichst, alles daranzusetzen, um eine möglichst starke Vertretung der Gewerkschafts- und Industrieorganisationen auf dem Kongreß der Roten Gewerkschaften am 1. Mai und ihren Beitritt zur Internationale zu sichern. Der Kongreß beauftragt seinen Vollzugsausschuß, sich so bald wie möglich mit den Vertretern der Internationale und ihres britischen Büros in Verbindung zu setzen."

Darauf schritt man zur Wahl des Provisorischen Vollzugsausschusses. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Arthur Mac Manus gewählt,, zu Mitgliedern die Genossen Maclean und Kirker als Vertreter Schottlands, Hewlett und Watkins als Vertreter von Wales, Murphy, Paul und Webb als Vertreter Nordenglands, Kerran, Montefiore und Vaughan für Südengland.

Zum Kongreß war Genosse Friis als Delegierter der Exekutive der Kommunistischen Internationale und Vertreter der norwegischen Kommunisten in England eingetroffen. In seiner Rede sagte er unter anderem: „Die Tatsache, daß ich hier bin (die Behörden hatten die Visierung seines Passes verweigert) zeigt, daß wir fest entschlossen sind, zu kämpfen und es verstehen, die bürgerlichen Gesetze und Verfügungen zu umgehen. Unsere Bewegung hat Freunde an jeder Grenze, Genossen auf jedem Schiff, Helfer auf allen Stationen... Durch Eure Resolution habt Ihr Euch mit der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt, mit Moskau, wie mit Norwegen verbunden.

In der Vergangenheit habt Ihr uns manchmal enttäuscht. In Norwegen hatten wir gegen Maßnahmen zu kämpfen, an denen Eure Regierung die Schuld trägt; vergebens warteten wir jedoch auf Euren Beistand. Auf Veranlassung des britischen Ministers wurde die Einfuhr von Literatur aus Rußland nach Norwegen und ihre Ausfuhr nach England verboten. Norwegen ist zu einer britischen Kolonie geworden. In dieser Sache, an der Ihr nicht minder interessiert seid als wir, bitten wir um Eure Hilfe. Wir wollen uns diesem Beschluß nicht unterordnen. Im Gegenteil, wir kämpfen gegen ihn. Alle

unsere Parteiorgane rufen die Genossen auf, das Regierungsverbot zu mißachten; der Vorsitzende unserer Partei ist für dieses „Verbrechen" zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden..."

Genosse Friis verschwand aus dem Sitzungssaal ebenso geheimnisvoll wie er gekommen war.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale und die Exekutive der Kommunistischen Partei Frankreichs hatten dem Kongreß Begrüßungsschreiben gesandt, die verlesen und mit dem Gesang der „Internationale" beantwortet wurden.

Die kommunistische Presse Englands („The Workers Dreadnought" und „The Communist" vom 5. Februar 1921) betrachtet den Beschluß des Kongresses zugunsten einer Vereinigung als etwas Selbstverständliches. „Die Leedser Konferenz — sagt "The Workers' Dreadnought" in seinem Leitartikel, — hat vollbracht, was wir wünschten und erwarteten. Sie hat die kommunistischen Elemente vereinigt und alle bis dahin zerstreuten revolutionären Kräfte in einer einzigen Gruppe zusammengeschlossen . . . „The Communist", der von der Exekutive der Kommunistischen Partei Großbritanniens herausgegeben wird, schreibt in seiner Ausgabe vom 5. Februar 1921: „Die Konferenz, die sich zum Ziel stellte, die Parteien zu vereinigen, ist von vollem Erfolg gekrönt gewesen. Ihre gesamte Tätigkeit — vom ersten Augenblick bis zum letzten — verlief unter dem Zeichen der Vereinigung; alle Delegierten waren von demselben Geist beseelt... Die Notwendigkeit der Vereinigung und die Bedingungen ihrer Durchführung waren allen schon vor Beginn der Konferenz bekannt. Tatsächlich vollzog sich auf der Konferenz keine Vereinigung im Namen des Einigkeitsprinzips, sondern die Vereinigung von Kommunisten, die sich über alle grundlegenden Programm- und taktischen Fragen bereits einig waren."

Konferenz der deutschen Linken in Reichenberg am 9. und 10. Januar 1921.

Infolge des Verhaltens des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei während des jüngsten Generalstreiks sahen sich die Reichenberger Genossen genötigt, für den 9. und 10. Januar eine Konferenz der Linken nach Reichenberg einzuberufen. An dieser Konferenz nahmen

86 Genossen teil und zwar 73 Delegierte, 6 Gäste, 4 Vertreter der Jugendlichen und 3 Vertreter der tschechischen Linken.

Am 9. Januar, 10 Uhr morgens, eröffnete Genosse Kreibich die Konferenz und teilte den Anwesenden die Gründe mit, die die Kreisleitung Reichenberg zur Einberufung derselben bewogen haben. Bei der darauffolgenden Wahl in das Präsidium wurden die Genossen Zorn, Freiwaldau, Brandel, Winterberg und Genossin Wünsch ins Präsidium gewählt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Politische Lage

hielt Genosse Kreibich ein ausführliches Referat, aus dem wir hier einen kurzen Auszug wiedergeben. Er führte u. a. aus:

Die heutige Konferenz hat nicht den Zweck, irgendeine lange theoretische oder prinzipielle Auseinandersetzung zu führen. Ueber die Grundlagen sind wir uns schon im vorigen Jahr einig gewesen. Unser heutiges Zusammenkommen hat den Zweck, uns über das taktische Vorgehen in der nächsten Zeit einig zu werden. Die in unserer Konferenz vom 9. Mai aufgestellten bekannten Reichenberger Richtlinien haben in der Partei lebhafte Diskussionen hervorgerufen; besonders der Punkt: Beitritt zur Kommunistischen Internationale. Schließlich kam es zur Einberufung des Parteitages, der darüber entscheiden sollte. Inzwischen hat der zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale stattgefunden und dieser war gezwungen, sich nicht allein mit den Grundsätzen in der Taktik der Kommunistischen Internationale zu beschäftigen und sie klar zu formulieren, sondern er mußte auch die Kommunistische Internationale gegenüber der Zweiten Internationale und gegenüber den verschiedenen Arbeiterparteien in den einzelnen Ländern scharf abgrenzen. Die Gründung der Kommunistischen Internationale in Verbindung mit der Tatsache, daß sich die russische Revolution trotz aller Anfeindungen der ganzen Welt hielt, hat in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt im Zusammenhang mit den ökonomischen Verfallserscheinungen des Kapitalismus nach dem Weltkrieg eine gewaltige Gärung hervorgerufen. Genosse Kreibich schildert dann das Versagen der Zweiten Internationale, das Entstehen oppositioneller Parteien in den verschiedenen Ländern und die Entstehung der Kommunistischen Internationale.

Er fährt dann fort: Als wir in Reichenberg vor dem Parteitag unsere Kreiskonferenz abhielten, da waren die 21 Bedingungen nicht lange vorher bekannt geworden, und wir haben unser Aktionsprogramm auch auf dieser Grundlage aufgestellt. Damals war es unser Ziel, die Partei, in der wir uns befanden, so zu gestalten, daß

sie berechtigt und reif wäre, in die Kommunistische Internationale aufgenommen zu werden. Wenn auch das Ziel der sozialistischen Bewegung von ihrem Beginn an bis heute stets dasselbe war, nämlich die Beseitigung des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus, so haben wir doch seit ihrem Beginn eine Entwicklung so vieler verschiedener Phasen erlebt, daß die Partei, die das Proletariat in seinen Kämpfen führen soll, nicht in allen Phasen das gleiche Gesicht haben kann. Das Ziel der Arbeiterbewegung war in den letzten Jahrzehnten nicht die Eroberung der politischen Macht, sondern die Vorbereitung dazu. Infolgedessen wurden der Endkampf und das Endziel immer mehr zurückgedrängt, denn wenn man 40 Jahre lang sich nur theoretisch mit den Vorbereitungen befaßt, muß natürlich das Endziel immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden. Durch den Weltkrieg und seine Folgeerscheinungen sind wir endlich unserer Auffassung nach wieder in die Situation gekommen, wie sie herrschte, als Marx und Engels den Bund der Kommunisten gründeten und das Kommunistische Manifest verfaßten. Wir sind wieder in einer Situation, wo wir uns sagen müssen: wir stehen vor dem Endkampf des Proletariats und müssen auf dieses Ziel die ganze proletarische Bewegung einstellen. Wenn wir daher in der Partei als Linke auftreten und von der Partei verlangen, daß sie sich der Kommunistischen Internationale anschließt und ihren Bedingungen voll entspricht, so tun wir dies, weil wir der festen Ueberzeugung sind, daß wir den Endkampf des Proletariats jetzt organisieren müssen und daß es unbedingt notwendig ist, die Partei in diesem Sinne zu gestalten, wenn sie ihre ursprünglichen Aufgaben vollenden soll. In ihrer jetzigen Form ist die Partei diesen Aufgaben nicht gewachsen, weil ihr Programm und ihr ganzes Gefüge nicht den Anforderungen des revolutionären Endkampfes des Proletariats entspricht und weil sich ihre Leitung in den Händen von Leuten befindet, welche auf dem Standpunkt stehen, es gibt keine Weltrevolution und es sei infolgedessen nicht notwendig, das Proletariat für den Endkampf zu mobilisieren. Darum gibt es zwischen uns und den Rechtssozialisten keine Möglichkeit, auf die Dauer in einer Partei vereinigt zu bleiben. Darum ist die Spaltung der Partei in dieser oder jener Form unvermeidlich.

Es gibt zwei Arten, in der die Spaltung vollzogen werden kann. Wir können versuchen, aus der Partei eine kommunistische Partei zu machen, die allen Anforderungen der Kommunistischen Internationale entspricht. Wenn uns das gelingt, so ist damit erst der erste Schritt auf unserem Wege getan. Wir müssen die Führung dieser Partei und die verantwortlichen Aemter der Partei ausschließlich in die Hände von Leuten bringen, welche unabweichbar auf diesem Boden stehen, und müssen trachten, alle jene loszuwerden,

welche mit dieser Form der Partei nicht einverstanden sind. Mit schwankenden Elementen kann der Kampf natürlich nicht geführt werden.

Auf dieses Ziel sind wir losgesteuert, und in Karlsbad haben wir den Versuch gemacht, die Partei auf unsere Seite hinüberzuziehen. Es ist uns nicht gelungen. Wir haben damals vor der Tatsache gestanden, daß wir aus der Partei hinausgedrängt werden, und die rechte Mehrheit der Partei hat den Beschluß gefaßt, wonach die Agitation für die Kommunistische Internationale unvereinbar sei mit der Mitgliedschaft der Partei. Der Bruch ist im letzten Augenblick vermieden worden durch den sogenannten Kompromiß, der diese Frage offen ließ.

Heute ist die Kommunistische Partei in der tschechischen Bewegung unbedingt auf dem Marsch, und die Gründung der Kommunistischen Partei durch die Deutschen wird unbedingt ein Ansporn für die tschechischen Arbeiter sein. Die Kommunistische Partei wird sich auch in der tschechischen Arbeiterbewegung einen Platz erobern, wenn es sein muß, auch gegen die tschechischen Linken.

Im weiteren Verlauf seiner Rede teilt Genosse Kreibich mit, daß sich die Reichenberger Genossen nach dem Karlsbader Parteitag veranlaßt sahen, mit Vertretern der Kommunistischen Internationale in Verbindung zu treten, und daß diese ihre Zustimmung zu dem Handeln der Reichenberger gegeben haben.

Zum Schluß seiner Rede führt Genosse Kreibich dann aus: Wir müssen unbedingt fordern, daß in allernächster Zeit ein außerordentlicher Parteitag stattfindet; wir dürfen uns nicht vertrösten lassen, sodaß die Sache auf die lange Bank geschoben wird. Der Streik hat uns gezeigt, daß eine einheitliche Führung unbedingt notwendig ist. Das ist sehr wichtig. Weiter haben wir aus dem Streik die Lehre ziehen müssen, daß aus jedem Kampf, den wir beginnen, sich immer ein Kampf ums Ganze gestalten kann. Wir sind in einer Situation, in der jeder Kampf, den wir beginnen, uns zu den äußersten revolutionären Konsequenzen führen kann. Bevor wir aber zum nächsten Kampf schreiten, müssen wir eine entschlossene energische Kampfleitung haben. Und diese kann nur eine einheitliche Kommunistische Partei sein. Ohne diese Voraussetzung können wir keinen Kampf mehr wagen.

Sodann gab Genosse Neurath das Referat über den zweiten Punkt der Tagesordnung:

Der Weg zur Kommunistischen Internationale.

Unsere nächste Aufgabe, sagte er, muß sein, vom Parteivorstand die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zu verlangen, auf dessen Tagesordnung der Antrag des bedingungslosen Anschlusses an

die Kommunistische Internationale gestellt werden muß. Es gibt keine Verständigung, die von dieser Forderung abweicht. Zwei Möglichkeiten sind gegeben. Wir können den Parteivorstand mit Hilfe der Mittel, die uns im Rahmen des Parteistatutes gegeben sind, zwingen, den Parteitag einzuberufen, oder aber der Parteivorstand setzt seinen Willen durch und nimmt die Einberufung des Parteitages nicht vor. Wir haben dem Parteivorstand schon Dinge vorgeworfen, die sich sonst kein Parteivorstand gefallen läßt. Wir werden alle diese Anklagen wiederholen und werden ihm außerdem sagen, daß wir die Bezirksorganisationen auffordern, Konferenzen einzuberufen, in denen die Einberufung des außerordentlichen Parteitages beantragt werden muß. Nach dem Statut genügt es, wenn 25 zur Delegation berechtigte Organisationen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages verlangen. Und die Aussichten, daß wir 25 Organisationen dafür gewinnen, sind groß. Begründen werden wir die Forderung nach diesem Parteitag damit, daß wir den Parteivorstand anklagen, daß er in der gröbsten Weise seine Pflichten gegenüber dem Proletariat während des Streikes verletzt hat. Und wir werden von ihm verlangen, daß er sich rechtfertige.

Der größte Teil der anwesenden Delegierten, besonders die Auswärtigen, kamen zu Worte, und die Aussprache zeigte, daß mit Ausnahme von ein oder zwei Genossen sämtliche Anwesenden zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft nicht länger eine Politik der Halbheit und Unentschlossenheit mitmachen kann und darf und daß sie eine Erlösung aus den jetzigen unhaltbaren Zuständen nur in der Gründung einer einheitlichen internationalen Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei finden wird.

Als erster Diskussionsredner sprach Genosse Dr. Brunner. Er führte unter anderem aus: Die Frage, vor der wir stehen, ist: Wollen wir die neue Partei gründen und warum wollen wir sie gründen? Oder wollen wir die Partei nicht gründen und warum nicht? In dieser Frage ist bereits eine vollendete Tatsache geschaffen. Selbst wenn Sie wollten, Sie könnten gar nicht mehr zurück. Meine Ansicht ist, daß wir auch jetzt noch die Partei nicht gründen sollten und vor allem nicht abweichen dürfen von dem Ziel, die Partei zu erobern. Darunter stelle ich mir vor, daß wir Schritt für Schritt vorwärtsgehen. Eines muß ich Ihnen noch sagen: Wenn Sie die Partei spalten, schließe ich mich nicht aus; ich bin immer bei dem revolutionären Teil des Proletariats gewesen und werde, was auch immer kommen mag, bei Ihnen und nicht bei dem rechten Flügel sein. Ob die Spaltung aber im Interesse der Arbeiter liegt, das ist eine andere Frage; ich glaube nicht.

Diese Ausführungen von ausgesprochen menschewistischem Geiste haben in der Versammlung nicht den geringsten Widerhall gefunden.

Nachdem eine Reihe anderer Redner sich über die örtlichen Verhältnisse in verschiedenen Provinzen geäußert hatte, antwortete dem Genossen Brunner Genosse Kreutz.

Kreutz (Reichenberg): Genosse Brunner hat hier die Frage aufgeworfen, ob wir spalten sollen oder nicht. Bereits in Karlsbad sind wir uns klar darüber gewesen, daß wir die Spaltung unter Umständen wollen; davon wußte Brunner. Und heute kommt er unschuldig und fragt uns, ob wir ernstlich an eine Spaltung denken. Ich möchte ihn fragen, ob er vielleicht noch zehn solcher Niederlagen braucht, wie die letzte, um zu wissen, daß wir eine Kommunistische Partei haben müssen. Nur eine Kommunistische Partei gibt uns die Gewähr dafür, daß wir die Kämpfe, die vor uns stehen, mit jener Energie durchführen können, die notwendig ist. Erst jetzt verstehe ich, warum die Kommunistische Internationale so scharfe Bedingungen gestellt hat. Es bedarf eben einer scharfen und reinlichen Scheidung innerhalb der Führer. Man muß den Arbeitern vor allem die tiefgehenden Gegensätze klarmachen, die zwischen uns und den Rechten bestehen, dann kann kein Zweifel darüber sein, daß die Arbeiter den Standpunkt der Gewerkschaftsbonzen und der Parteiführer als jene Politik erkennen werden, die nicht die unsrige sein kann. Das, was Dr. Brunner hier gesagt hat, ist auch in anderen Staaten von einer ganz bestimmten Richtung betont worden. Wenn wir die Partei haben werden, werden wir die, die sie nicht mitgeschaffen haben, nicht ablehnen; diese Genossen pflegen von selbst nicht zu uns zu kommen. Das Argument der Eroberung der Partei ist im gegenwärtigen Augenblick eine ideale Phrase. In einer gewissen Situation schließen sich diese beiden Dinge, revolutionäre Partei und Massenpartei, vollkommen aus. Wir wissen, daß wir nicht die Mehrheit hinter uns haben, wenn wir jetzt die Kommunistische Partei gründen. Die Kommunistische Partei wird und muß aber kommen, ob Sie sie heute beschließen oder nicht.

Genosse Trötsch (Settenz): Wenn wir eine so wichtige Frage wie die einer Parteigründung erörtern, müssen wir uns klar werden, ob wir noch in der Partei bleiben können oder nicht. Wer die letzten Ereignisse mitgemacht hat, wird mir recht geben, wenn ich sage, daß unser Verbleiben in der Partei unmöglich ist. Wir sehen, daß die Partei die revolutionären Elemente als eine Minderheit ansieht, die am Rande der Partei abbröckelt. Jeder, der im Sinne des Kommunismus arbeitet, wird von der Partei ausgeschlossen. Ich selbst habe mich nur an der Gründung eines internationalen Aktionskomitees beteiligt und war am nächsten Tage durch den Beschluß

der Rechten nicht mehr Parteimitglied. So steht es um die Eroberung der Partei. Unsere nächste Aufgabe ist, in jeder Lokalorganisation noch vor der Spaltung den denkbar größten Einfluß zu gewinnen.

Ulbricht (Schlag): Bei uns sind die Genossen zur Tat bereit; sie werden bei der Kommunistischen Partei sein. Dringend notwendig ist, daß wir eine Verbindung mit den Militärstellen herstellen und die Bewaffnung der Arbeiter auf irgend eine Weise durchführen, um gerüstet zu sein. Die Schaffung einer Roten Armee erscheint mir unerläßlich notwendig. Große Vorarbeiten können in dieser Hinsicht unsere Turnvereine leisten. Der Kurierdienst muß ausgebaut werden; Streikleitungen müssen festgesetzt werden, damit sie im Augenblick der Aktion sofort funktionieren können. Die unpolitischen Gewerkschaften sind ein Schwert ohne Klinge. Sie müssen so rasch wie möglich revolutioniert und für uns gewonnen werden.

Beuer (Morgenstern): Die ökonomische Entwicklung arbeitet heute für uns, doch nur so lange, wie wir aus ihr die richtigen Schlüsse ziehen. Es besteht heute kein Zweifel mehr darüber, daß sich der Kapitalismus und die kapitalistische Wirtschaftsordnung in Auflösung befinden. Die heutige Produktionsweise bringt jene Erscheinungen mit sich, die wir die Revolutionierung der Arbeiter nennen. Das führt schließlich dahin, daß sich eines Tages eine vollkommene Umgestaltung vollzieht, und die Frage, die sich damit aufwirft, ist die, ob die Arbeiter eine revolutionäre Organisation brauchen, um diesem Kampfe gewachsen zu sein, d. h. ob eine Kommunistische Partei notwendig ist. Da es heute nur zwei Möglichkeiten gibt, entweder den vollkommenen Zusammenbruch, unter dem die Arbeiterklasse vernichtet wird, oder die Revolution und den Sieg des Proletariats, ist es vollkommen überflüssig, in einer solchen Situation noch über ein Drittes zu diskutieren. Das würde ein vollkommenes Verkennen der wirtschaftlichen Tatsachen bedeuten. Die Verhältnisse treiben zur Gründung einer Kommunistischen Partei, und sie sind uns nur so lange günstig, wie wir sie in diesem Sinne ausnützen. Als wir in Karlsbad die Rechten vor der Koalition bewahrten, haben wir damit keine kommunistische Taktik eingeschlagen; nur durch uns konnten sie sich vor dem Urteil der Arbeiter retten. Es ist aber unsere Aufgabe und die richtige kommunistische Taktik, die Rechten zu zwingen, aus ihren theoretischen Anschauungen auch praktische Schlüsse zu ziehen und sich an diesen vor den Arbeitern zu entlarven. Wenn viele Arbeiter heute noch nichts von der Spaltung der Partei wissen wollen, so ist das eben nur darauf zurückzuführen, daß sie durch die Rechte zur Tatenlosigkeit erzogen wurden. Das muß von uns überwunden werden. Geben wir den Arbeitern eine Begründung dafür, warum wir die Kommunistische Partei wollen, so wird sich aus dieser Erklärung folgerichtig die

Reinigung der Partei von den opportunistischen Elementen ergeben und damit die Spaltung. Die Eroberung der Partei erscheint mir unmöglich, weil man uns, bevor wir dieses Ziel noch erreicht haben werden, längst aus der Partei ausgeschlossen hat. Jede Hinausschiebung der Schaffung einer Kommunistischen Partei bedeutet, Verwirrung unter den Arbeitern anzurichten. Vorläufig ist unsere nächste Forderung der außerordentliche Parteitag. Sollte man diesen auf der Reichskonferenz ablehnen, so haben wir sofort auf eigene Faust einen Parteitag einzuberufen. Das fordern die kommenden Kämpfe von uns.

Gampe (Böhm.-Leipa): Wenn wir einmal von der Eroberung der Partei gesprochen haben, so geschah das unter ganz anderen Voraussetzungen. Der Generalstreik und die letzten Ereignisse haben uns bewiesen, daß wir mit den Genossen der Rechten nicht mehr zusammenarbeiten können. Bei der Spaltung dürfen wir uns nicht dadurch irremachen lassen, daß Zentristen von uns abfallen. Es ist heute eine Notwendigkeit, die Kommunistische Partei zu gründen. So viel als möglich werden wir noch erobern; doch die Gründung der Partei darf nicht von der Eroberung der Mehrheit abhängig gemacht werden. Die meisten von uns haben einmal an diese Eroberung geglaubt. Die Opposition, die sich gegen diese Vorstellung bildete, wurde vom Genossen Kreibich, der damals Smeral schützte, in Karlsbad abgewürgt. Auch Lenin steht auf dem Standpunkt, daß nicht die Quantität, sondern die Qualität der Mitglieder einer Organisation entscheidend ist. Wenn man bei uns noch weiter von der Gründung einer Kommunistischen Partei absieht, so geraten wir in ein vollständiges Grüppchen. Darum sage ich Ihnen, daß wir sofort die Kommunistische Partei ins Leben rufen müssen. Die Arbeiter von B.-Leipa sind dann mit Ihnen.

2. Verhandlungstag.

Debatte.

Rösel (Königinhof) legt dar, daß die Sozialdemokratie im Verlaufe der letzten 30 Jahre ihrem ursprünglichen Programm untreu geworden ist und es verwässert hat. Er vergleicht die Entwicklung der Sozialdemokratie mit der des Christentums.

Genosse Dr. Hahn: Ich werde gegen die Kommunistische Partei sprechen. Eine Rede, die ich nicht halten wollte, weil ich die Absicht hatte, nicht zu sprechen; aber es ist unmöglich, in einer solchen Situation zu schweigen, weil es von den Genossen so aufgefaßt werden könnte, als ob ich mit dem einverstanden wäre, was sie fordern. Ich war von Anfang an dagegen, als von den Reichenberger Genossen und besonders von dem „Vorwärts" die Parole zur Grün-

dung der Kommunistischen Partei ausgegeben wurde und die Propaganda dafür einsetzte. Für mich ist es kein Argument, wenn der Genosse Brunner sagt, die Arbeiter wollen die Einheit; für mich ist es aber auch kein Argument, wenn der Genosse Gampe sagt: die Arbeiter wollen die Spaltung. Für mich ist es auch kein Argument, wenn der Genosse Bierer sagt: wir können nicht länger mit den Rechten beisammen sitzen. Ob das dem Genossen Bierer angenehm oder peinlich ist, mit den Genossen beisammenzusitzen, das ist eine Geschmacksfrage. Das ist noch kein Grund für mich, eine neue Partei zu gründen; denn es ist kein Argument für mich, mit den Genossen beisammenzusitzen oder nicht. Ich sage, daß es für mich auch kein Argument ist, wenn hier und da die Genossen aufhören, die Parteibeiträge zu zahlen; das hängt mit der Agitation des „Vorwärts" zusammen. Das Einzige, was mir der Erwägung wert scheint, sind die Ergebnisse des Streiks, und da muß ich sagen, daß ich aus dem Streik nichts schließen kann, was für die Notwendigkeit einer Parteigründung spricht. Der Streik ist für mich mehr oder weniger doch nur eine Episode. Die Rechten haben während und nach dem Generalstreik so viele Schuftereien und Gemeinheiten begangen, daß es wirklich schwer ist, mit ihnen beisammenzusitzen. Aber, Genossen, ich meine, das ist für mich ein Grund, um die Stimmung dieser Konferenz zu begreifen, aber ein Grund zu einer Parteigründung ist das für mich nicht. Als die wesentlichste Frage sehe ich die an: Welche Politik will die neue Partei machen? Und da habe ich aus allen Reden bisher, mit Ausnahme der Rede des Genossen Schiff, noch nicht gehört, welche Politik die neue Partei machen will. Für mich handelt es sich darum, die Grundsätze der Kommunistischen Internationale anzuwenden auf die Verhältnisse und auf den Staat, in dem wir leben. Diese Dinge wären meiner Ansicht nach zu untersuchen, nämlich der Weg von der kommunistischen Theorie zur kommunistischen Praxis. Die wichtigste Sache ist die: welche Aktionen wird die Kommunistische Partei durchführen? Wir müssen uns vor allem vergegenwärtigen, wie aktionsbereit oder nichtaktionsbereit die tschechischen Genossen sind. Wir müssen uns überlegen, ob wir Aktionen allein durchführen können, wenn die tschechischen Genossen noch nicht so weit sind. Welche Aktionen wird die Kommunistische Partei z. B. durchführen, wenn Lebensmittelkrisen kommen? Das ist sehr wichtig. Wenn ich mir alle diese Fragen vorlege, und wenn ich mich frage, welche Antwort die bisherigen Redner mir darauf gegeben haben, so sehe ich nur eine: Genosse Kreibich sagt, wir sind in einer revolutionären Zeit und aus dieser kann jederzeit der Endkampf hervorgehen. Da komme ich an einen Punkt, wo ich Ihnen anheimstelle, mich als einen Nichtkommunisten zu verurteilen. Ich stelle mir vor, daß wir wissen müssen, ob wir

einen Endkampf daraus machen sollen. Um diese Frage zu entscheiden, dazu gehören tausend Voraussetzungen, dazu gehört die Beurteilung der ökonomischen und politischen Lage in der Tschechoslowakei und die Beurteilung der weltpolitischen Lage. Genosse Schiff war der einzige, der eine Ansicht darüber ausgesprochen hat. Ich habe mich nicht dazu entschließen können, zu sagen, daß wir auf alle Fälle vorangehen müssen. Zumindest nicht, solange ich nicht sicher und bestimmt weiß, daß die Exekutive der Kommunistischen Internationale diese Auffassung von der Tschechoslowakei hat. Wenn ich weiß, daß die Kommunistische Internationale uns diese Aufgabe stellt, dann werde ich sagen, das muß so sein, dann werde ich mir überlegen, was alles dazu gehört. Das weiß ich jetzt nicht bestimmt. Obwohl wir einen Vertreter der Kommunistischen Internationale hier haben, bin ich mir noch nicht ganz klar über diese Sache geworden. Ich muß sagen, daß ich gern bereit bin, mit Euch zu gehen, wenn Ihr Euch auf die Spaltung einrichten wollt, aber wenn Ihr glaubt, daß ich genau weiß, wohin die Reise geht, so muß ich sagen, daß ich das nicht weiß. Und ich glaube, es ist gescheiter, es jetzt zu sagen als nachher. Ueber alle Voraussetzungen einer Parteigründung hätte man erst nachdenken und beraten und dann den ersten Artikel für die Grüdung der Kommunistischen Partei schreiben sollen. Und wenn das auch zwei, drei Monate gedauert hätte. Meine Auffassung, Genossen, ist die, daß unsere Taktik bisher so war, daß wir die Gefangenen unserer eigenen Worte wurden. Wir reden immer zuerst, und dann, nachdem die Arbeiterschaft darauf wartet, sagen wir, jetzt können wir natürlich nichts anderes tun, sonst enttäuschen wir die Arbeiterschaft.

Genosse Dr. Brunner (Aussig): Es ist mir nicht eingefallen zu behaupten, daß ich auf dem Standpunkt stehe, die Partei jetzt zu erobern. Ich habe die Art und Weise kritisiert, wie die Reichenberger von diesem Standpunkt weitergegangen sind. Nun aber bin ich mir aus der Debatte klar darüber geworden, daß es keinen Sinn hat, Bedenken zu wiederholen, die nicht durch die vorhergegangene Debatte in mir zerstört worden sind. Ich glaube, alles das, was ich in meinen Ausführungen festhalte, wird noch im weiteren Verlaufe der Praxis notwendig sein. Ich kann es begreifen, daß Genosse Hahn, der sich verpflichtet, nicht nur mitzugehen, sondern an diesen Dingen beteiligt zu sein, sich etwas andere Gedanken macht als die anderen. Alle anderen Dinge werden sich durch die Praxis viel besser und deutlicher lösen, als durch meine Methode. Mit der Vorgangsweise des Genossen Neurath bin ich einverstanden. Ich werde mich also daran halten und werde dagegen keine Opposition machen; das Vertrauen der Genossen zu mir und meines zu Ihnen wird sich auch durch die

Praxis herstellen. Ich bin überzeugt, daß sich alle Sozialisten in dieser neuen Kommunistischen Partei vereinigen werden.

Dr. Stern, Halle: Die Tatsache, an Ihren Beratungen teilnehmen zu dürfen, war mir zuerst erfreulich, weil ich sehe, was für eine Stimmung hier herrscht. Aber es war mir auch interessant zu sehen, in der Praxis zu erfahren, wie tatsächlich in allen Staaten dieselben Richtungen mit graphischer Treue eingeschlagen werden. Ich komme aus Deutschland, ich kam durch Deutschösterreich; ich habe dort mit Politikern verschiedener Richtung gesprochen, die Presse verfolgt, ich habe die Debatten verfolgt, und es sind haargenau dieselben Gegensätze, dieselben Richtungen, wie sie hier verhandelt werden. Es ist keine Privatangelegenheit der tschechoslowakischen Bewegung, es handelt sich um eine Frage von weltpolitischer Bedeutung. Wenn Sie einen großen, gewaltigen Kampf mitgemacht haben, so haben wir in Deutschland eine ganze Reihe solcher schwerster Kämpfe durchgemacht. In der Hinsicht sind wir weiter. Wir hatten gegen Politiker zu kämpfen, die sagten, daß sie auf dem Boden der Diktatur ständen, die das ganze politische Programm von Moskau abgeschrieben hatten, wir standen Politikern gegenüber, denen die Arbeiter noch glaubten. In dieser Aktion, im Kapp-Putsch, haben sich die Rechtssozialisten jedoch entlarvt. Die Arbeiter haben außerordentlich viel daraus gelernt. Sie haben gelernt, daß ein Generalstreik zusammenbrechen muß, wenn ihm nicht bewaffneter Beistand zur Seite steht. Die Kommunistische Partei ist eine unbedingte Notwendigkeit dafür, daß der Sieg errungen wird, sondern auch eine unerläßliche Bürgschaft dafür, daß nicht jede Aktion mit einem Mißerfolg endet. Es wurde uns immer gesagt: Ihr stellt Euch unter das Diktat Lenins und Trotzkys. Genosse Hahn meint, es sei demagogisch zu sagen, die Rechten seien an der Niederlage schuld, weil der Schwerpunkt bei den Tschechen liegt. Hier handelt es sich vor allem um das tschechische Proletariat. Aber das ist national gesinnt und nicht international. Wenn jetzt der Kampf beginnt, dann können Sie sich gefaßt machen, daß von der Gegenseite nicht mit den saubersten Mitteln gearbeitet wird. In dem Augenblick, wo es ernst wird, wird die Gegenseite jedes Mittel gegen uns anwenden.

Genosse Neurath, Reichenberg, verweist in seinem Schlußwort nochmals auf die organisatorischen Vorbereitungen, die getroffen werden müssen, um in allernächster Zeit an die Gründung der Kommunistischen Partei herangehen zu können. Besonders bespricht er die Art des Kampfes, der nun gegen die Rechten in der Partei und der Gewerkschaft zu führen ist. Seine Rede schließt mit einer Aufforderung, mit aller Kraft für die Kommunistische Partei zu arbeiten.

Genosse Kreibich, Reichenberg, beschäftigt sich in seinem Schlußwort kurz mit den Ausführungen des Genossen Hahn, die er widerlegt mit den Ausführungen des Genossen Dr. Brunner, die er gleichfalls auf eine Verkennung unserer Aufgabe in der gegenwärtigen Situation, die den schärfsten Kampf erfordert, zurückführt. Auch er kommt zu dem Schluß, daß das tschechische Proletariat heute überhaupt keine Partei besitzt, die imstande ist, die Arbeiter zu führen. Diese Unklarheit, die sich auch den breiten Massen mitteilt, kann erst beseitigt werden durch eine Kommunistische Partei, die die revolutionären Teile des Proletariats zusammenfaßt und sich an die Spitze der Gesamtbewegung der Arbeiterschaft stellt.

Die Konferenz hat klar gezeigt, daß alle Vertreter der Arbeiterschaft, die an ihr teilnahmen, sich für die rascheste Gründung der Kommunistischen Partei aussprachen.

Beschlüsse.

A) Die Konferenz der auf dem Boden der Kommunistischen Internationale stehenden Genossen der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik verurteilt aufs schärfste den Verrat des Parteivorstandes und der Gewerkschaftsführer während des gewaltigen Kampfes des revolutionären tschechischen Proletariats und begrüßt es lebhaft, daß trotz des Verrats die Genossen des Reichenberger und Komotauer Gebietes nicht zögerten, die deutsche Arbeiterschaft zur Betätigung internationaler proletarischer Solidarität aufzurufen.

Das Versagen der rechtssozialistischen Mehrheit des Parteivorstandes in ernstester Stunde hat in unserer Partei eine unerträgliche Situation geschaffen. Der Parteivorstand hat nicht nur während des gewaltigen Kampfes des Proletariats in der Tschechoslowakei die deutschen Arbeiter dieses Staates zum Verrat aufgefordert, er wagte es sogar, diejenigen, welche diesem Ansinnen nicht Folge leisteten, wegen ihrer selbstverständlichen Solidarität mit dem kämpfenden tschechischen Proletariat des Disziplinbruches anzuklagen und will offenbar einer Auseinandersetzung mit den berufenen Vertretern der Parteimitglieder ausweichen. Er hat anstatt des Parteitages bloß den Reichsausschuß einberufen, der von der Stimmung der Parteimitglieder kein richtiges Bild geben kann, um in dieser ganz in seinem Sinne zusammengesetzten Körperschaft die Rolle des Angeklagten mit der Rolle des Klägers zu vertauschen und durch Vortäuschung eines angeblichen Vertrauensvotums der Gesamtpartei für seinen Standpunkt Stimmung zu machen. Sogar über die Lebensfrage der Zugehörigkeit zu einer Internationale will der Parteivorstand den Reichsausschuß statt eines Parteitags entscheiden lassen, indem er den Ausschuß auffordert, die Beteiligung am Wiener Kongreß

der 2½ Internationale zu beschließen. Wir bestehen dem gegenüber auf der sofortigen Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, der Klarheit darüber bringen soll, ob die Gesamtpartei gewillt ist, sich unter restloser Annahme der 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale anzuschließen, durch Bruch mit dem Opportunismus eine aktionsfähige Partei zu werden und zielbewußt die Bildung einer internationalen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zu fördern, sowie alle diejenigen, welche zum Verrat aufforderten, aus der Partei auszuschließen und so dem revolutionären deutschen Proletariat der Tschechoslowakei das weitere Verbleiben in dieser Partei zu ermöglichen.

Die letzten Ereignisse haben klar gezeigt, daß die Partei in ihrer gegenwärtigen Form und unter der jetzigen Führung den großen Aufgaben, vor denen das Proletariat im Zeitalter der Weltrevolution steht, nicht gewachsen ist und die rascheste Schaffung einer Kommunistischen Internationalen Partei der Tschechoslowakei als Sektion der Kommunistischen Internationale eine solche Lebensnotwendigkeit des Proletariats ist, daß jedes weitere Zurückweichen und jeder Kompromiß, die diese Gründung gefährden, Verrat wären.

Wir fordern daher die gesamte Arbeiterschaft auf, gemeinsam mit uns den Kampf für die Einberufung des Parteitages aufzunehmen. Der Parteivorstand muß gezwungen werden, Farbe zu bekennen und Klarheit zu schaffen. Die Kommunistische Partei muß geschaffen werden, entweder durch unsere Partei oder ohne sie.

B) Die Konferenz brandmarkt das Verhalten der Rechtssozialisten in Komotau unter der Führung der Teplitzer Kreisleitung, welche gleich Hyänen des Schlachtfeldes von den Verfolgungen eilig profitierten und die Verhaftungen unserer Genossen und die dadurch erreichte Mehrheit in der Preßkommission benutzten, um der Komotauer Arbeiterschaft wieder ein Blatt zu rauben, das der revolutionären Gesinnung, welche sie so glänzend bewiesen hat, bisher entsprach.

C) Die Konferenz entsendet allen Genossen, welche im Gefolge des letzten Kampfes gemaßregelt und verfolgt wurden, welche als Opfer der Brutalität der Unternehmer und der Verfolgungswut der Machthaber des bürgerlichen Klassenstaates auf der Straße liegen und in den Kerkern der demokratischen Republik schmachten, ihre brüderlichen Grüße und fordert alle Genossen und Genossinnen auf, die Verfolgten und Gemaßregelten kräftig zu unterstützen und die Gewerkschaften sowie die Partei zu zwingen, diesen Genossen gegenüber ihre Pflichten zu erfüllen. Die Konferenz gelobt den eingekerkerten Genossen, daß ihre Leiden und Verfolgungen alle revolutionär gesinnten Proletarier nur anspornen werden, ihre Pflicht mehr denn je zu erfüllen, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

Die Lage in der Kommunistischen Internationale.

Bericht des Genossen G. Sinowjew auf dem X. Kongreß der Kommunist. Partei Rußlands.

Genossen!

Das Zentralkomitee, das dem Kongreß soeben seine Vollmachten zur Verfügung gestellt hat, hatte der internationalen Arbeiterbewegung im laufenden Jahre recht bedeutende Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß unsere Sektion der Kommunistischen Internationale — die Kommunistische Partei Rußlands — in der Kommunistischen Internationale die Führerrolle spielt, insofern unsere Vertreter in allen bedeutenden politischen und organisatorischen Fragen, die in der internationalen Arbeiterbewegung auf der Tagesordnung standen, als Führer auftreten mußten. Wie Euch bekannt ist, fand im verflossenen Jahr der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale statt, dessen geschichtliche Bedeutung außer jedem Zweifel steht. Er wird eine unauslöschbare Spur in der internationalen Arbeiterbewegung hinterlassen. Ich werde Euch hier keinen eingehenden Bericht über den Kongreß vorlegen, denn ich bin überzeugt, daß den meisten unter Euch seine Arbeiten zur Genüge bekannt sind. Ich möchte bloß bei dem verweilen, was nach dem II. Kongreß erfolgte.

Die internationale politische Konjunktur, unter der er einberufen wurde, unterschied sich in vielem stark von der jetzigen. Der II. Kongreß tagte zur Zeit, als unsere Armeen sich Warschau näherten. Im Sitzungssaale hing eine große Karte, auf der die Stellungen unserer Truppen

tagtäglich vermerkt wurden. Jeden Morgen standen die Delegierten in atemloser Spannung vor ihr. Es war gewissermaßen symbolisch: mit gespanntem Interesse, ja klopfenden Herzens verfolgten die besten Vertreter des internationalen Proletariats jedes Vorrücken unsrer Armeen. Sie waren sich alle voll bewußt, daß die Erreichung des militärischen Zieles, das der Armee gestellt war, das Zeichen einer ungeheuren Beschleunigung der internationalen proletarischen Revolution sein würde. Es war allen klar, daß von jedem Schritt vorwärts, den unsere Rote Armee tat, damals im buchstäblichen Sinne des Wortes das Schicksal der internationalen proletarischen Revolution abhing.

Ihr wißt, Genossen, daß das Kriegsglück uns nicht hold war. Der Rückzug hat eine gewisse Verzögerung des sich damals andeutenden Tempos der internationalen proletarischen Revolution herbeigeführt. Selbstverständlich haben hier auch eine Reihe Faktoren, die von Sowjetrußland und seinen Armeen unabhängig waren, eine Rolle gespielt; aber es ist unzweifelhaft, daß unsere Mißerfolge auf diesem Teile der militärischen Front, der in der Tat der wichtigste Teil der Front der internationalen proletarischen Revolution war, ihre ungeheure Wirkung gehabt haben.

Das Tempo der internationalen proletarischen Revolution hat sich zweifellos verlangsamt. Der II. Kongreß baute seine gesamte Taktik jedoch auf zwei Fronten, auf zwei Möglichkeiten, zwei Perspektiven auf. Für Marxisten, für die Führer des internationalen Proletariats, die genügend Weitsichtigkeit besitzen, ist dies ganz natürlich. Selbst als wir bereits bedeutende militärische Erfolge verzeichnen konnten, war die überwiegende Mehrheit des Kongresses sich dessen voll bewußt, daß wir für die Kommunistische Internationale eine biegsame Taktik ausarbeiten mußten, die sich beiden Möglichkeiten — einem beschleunigten und einem verlangsamten Tempo — anpassen konnte. Ich

nehme daher an, daß die hauptsächlichsten taktischen Beschlüsse des II. Kongresses unerschütterlich dastehen und durch das verzögerte Tempo der internationalen Revolution, das sich in stärkerem Maße verlangsamt hat, als man in den Tagen, als unsere Armee die stärksten polnischen Festungen wie Kartenhäuser einnahm, erwarten konnte und wollte, keineswegs ins Wanken geraten sind. Jedenfalls steht es fest, daß die Beschlüsse des II. Kongresses im Leben der Arbeiterparteien der ganzen Welt epochemachend gewirkt haben. Es gibt keine einzige Partei, die diese Beschlüsse nicht wochen- und monatelang erörtert hätte. Es gibt kein einziges Land, in dem sie trotz aller Verbote, trotz Gefängnisgitter, Kriegs- und anderer Zensur nicht in vollem Wortlaut erschienen wären. In der ganzen Welt gibt es keinen einzigen Arbeiterverband und wahrscheinlich auch keine einzige größere Arbeitergruppe, keine Gruppe klassenbewußter Proletarier, die die Leitsätze des II. Kongresses nicht studiert, sie nicht solange gelesen hätte, bis das Papier in Fetzen riß. Dies erklärt sich dadurch, daß der Kongreß alle akuten Fragen einer ganzen Epoche, die vor der internationalen Arbeiterbewegung standen und noch stehen, aufgeworfen und gelöst, ja, wir müssen sagen, richtig gelöst hat. Ich will versuchen, Euch eine flüchtige Skizze der Ereignisse zu entwerfen, wie sie sich in den wichtigsten, der Kommunistischen Internationale angegliederten Parteien nach dem Kongreß entwickelten und will Euch auch die jetzige Lage in diesen Parteien schildern.

Das erste wichtigste Ereignis nach dem II. Kongreß war der Parteitag in Halle. Er war zweifellos ein Wendepunkt in der Entwicklung der europäischen Arbeiterbewegung. Der Gang der Ereignisse in Halle ist Euch in seinen Grundzügen selbstverständlich bekannt, so daß ich meinen Bericht nicht mit Einzelheiten zu überladen brauche. Ich will mich kurz fassen. Es ergab sich eine

eigenartige Lage in Halle. Vor dem Parteitag hatten wir in Deutschland eine Kommunistische Partei, die ungefähr 50 000 Mitglieder zählte. Nach dem Parteitag in Halle schlossen sich ihr ideell 450 000 Personen an. Fürwahr, eine originelle Lage! Eine halbe Million Personen schlossen sich einer Gruppe von 50 Tausend an. Wir konnten natürlich nicht erwarten, daß die Vereinigung sich auf einmal und ganz schmerzlos vollziehen werde. Es ließen sich gewisse Schwankungen und Rückschläge zu der alten Taktik der Unabhängigen Partei, von welcher wir rund eine halbe Million Mitglieder abspalteten, feststellen. Unsere Ansichten stießen in Halle, der europäischen Tribüne, mit den Ansichten des vervollkommneten, überaus verfeinerten Opportunismus zusammen, wie er in dem rechten Flügel der Unabhängigen seinen Ausdruck fand. Er läßt sich nicht mit dem groben, ungeschlachten, beschränkten russischen Menschewismus vergleichen, sondern ist gewissermaßen die sorgfältig gereinigte, „wissenschaftliche" Begründung des Opportunismus. Eigentlich führten wir einen Disput vor ganz Europa, vor den Arbeitern der ganzen Welt. Es war ein entscheidender ideeller Zusammenstoß zwischen unseren Ansichten und denjenigen der letzten Mohikaner des alten verrufenen Opportunismus Kautskys und Hilferdings. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir als Sieger aus dem Zweikampf hervorgingen. Nicht nur unsere Freunde, auch unsere Feinde gaben es zu; durch ihr Wutgeheul, ihre Klagen, ihr wahnwitziges Geschimpfe bezeugten sie indirekt, daß sie in Halle eine ideelle Niederlage erlitten hatten.

Nun tauchte die Frage auf, wie die aus einer halben Million Mitglieder bestehende Partei, die in bedeutendem Maße durch die Anstrengung der Exekutive der Kommunistischen Internationale geschaffen wurde, sich weiter entwickeln wird. Wie man erwarten konnte, ist die Sache nicht ganz glatt gegangen. Es macht sich jetzt eine kleine Krise in Deutschland bemerkbar. Ich habe hier eine Anzahl Zettel

erhalten, in denen die Genossen mich bitten, zu erklären, warum fünf Mitglieder, darunter solche Persönlichkeiten wie Clara Zetkin. aus der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands ausgetreten sind.

Im Verlauf meines Berichtes werdet Ihr sehen, daß die italienische Frage bei uns eine akute Form angenommen hat. Es handelt sich dabei nicht nur um Italien. Unser Konflikt mit einem gewissen Teil der italienischen Sozialisten ist seinem Wesen nach von internationaler Bedeutung. Ich muß hier vorausgreifen und sagen, daß die italienischen Kommunisten einen Kampf gegen die Zentristen in der Person Serratis und seiner Gruppe führen. Die Zentrumselemente halten sich dort subjektiv für Kommunisten, tatsächlich aber stehen sie noch mit einem Fuß im Lager des „Zentrums". In dem Augenblick, als die italienische Frage akut wurde, begann in der deutschen Partei, die soeben die gleiche Krankheit durchgemacht hatte, ein gewisses Schwanken nach derselben Richtung hin, das auch auf die Zentrale der V. K. P. D. zurückwirkte.

Wenn eine gewisse Gärung in einer Partei einsetzt, wenn sie die Schlußphase einer alten Krise durchmacht oder wenn zum mindesten sich neue Gruppierungen andeuten, so fehlt es am Anfang begreiflicherweise nicht an rein zufälligen Angliederungen, die dann bald wieder zunichte werden. Wie wir aus eigener Erfahrung wissen, hat es einzelne Arbeitergruppen gegeben, die am Anfang einer Krise aus mehr oder weniger vorübergehenden Gründen sich in ein Lager stellten, in dem sie nicht hätten sein sollen. Wenn sich nachher alles aufklärte, nahmen diese Genossen ihre Stellung dort ein, wo sie ihrer Weltanschauung, ihrem Temperament und ihrer früheren Tätigkeit nach hingehörten. Ungefähr dasselbe war auch mit der Genossin Clara Zetkin der Fall. Sie war noch vor kurzem in Rußland. Es erwies sich, daß wir fast in allen

Fragen mit ihr solidarisch waren. Sie erhielt von uns das Mandat, die Exekutive auf dem überaus wichtigen Kongreß in Tours (Frankreich) zu vertreten, und sie hat diese Aufgabe glänzend durchgeführt. Als sich in den Reihen des Zentralkomitees eine gewisse Gruppierung nach rechts bemerkbar machte, stand Genossin Zetkin — ich bin überzeugt, es geschah aus zufälligen Ursachen und wird nicht lange währen — in der ersten Zeit nicht in dem Lager, dem sie morgen oder übermorgen zweifelsohne angehören wird. Ihr Platz ist sicherlich im Lager des linken Flügels der K. P. D., der bedingungslos auf dem Boden der Exekutive der Kommunistischen Internationale steht. Wie sehr es auch betrübt, daß sie aus der Zentrale ausgetreten ist, so sind wir doch überzeugt, daß dies nur eine kleine Episode in ihrem Leben, nur eine rein vorübergehende Erscheinung ist. Dagegen war ein anderes Mitglied, das die Reihen der Zentrale der Vereinigten Partei verlassen hat, durch seine ganze Vergangenheit dazu vorbestimmt, in einem solchen Augenblick nach rechts abzuschwenken. Ich meine hiermit den Genossen Paul Levi, der sich in den letzten Jahren, nachdem die Bourgeoisie der K. P. D. (Spartakusbund) ihre besten Führer geraubt, hervorzutun begann. An der Geschichte Deutschlands können wir uns überzeugen, wie weitsichtig die räuberische Politik der Bourgeoisie manchmal ist. Als Marxisten wissen wir alle natürlich, daß die Rolle einzelner Persönlichkeiten in einer Bewegung, die viele Millionen umfaßt, nicht entscheidend ist. An dem Beispiel der K. P. D. sehen wir jedoch, von welch einschneidender Bedeutung die Ermordung der Führer der deutschen Kommunisten durch die Bourgeoisie war. Genosse Levi hatte das Ruder der Partei zu einer Zeit zu übernehmen, als sie nach Niederwerfung des ersten Januaraufstandes zertrümmert dalag. Seine politische Karriere machte er in dem Kampfe gegen die „linken" Elemente, die tatsächlich viel Irrung und Wirrung hineingetragen haben und es auch noch jetzt tun,

unter denen es aber doch viele der Sache der Revolution ergebene Arbeiter gibt. Genosse Levi zeigte stets eine Neigung, die K. P. D. nach rechts zu lenken. Wir hatten mit ihm auf dem II. Kongreß einen Streit. Da wir wußten, wie wenige gehörig vorbereitete Führer der K. P. D. geblieben waren, bemühten wir uns alle, namentlich Genosse Radek, der die deutschen Verhältnisse besser kannte als die anderen, den Genossen Levi zu unterstützen, ihm im Kampf gegen seine Widersacher zu Hilfe zu kommen. Wir mußten uns jedoch immer mehr überzeugen, daß Genosse Levi zum Opportunismus neigt. Jetzt besteht nicht mehr der geringste Zweifel, nicht die geringste Meinungsverschiedenheit unter uns über die Notwendigkeit, diesen Genossen ideell zu bekämpfen. Diejenigen unter uns, die wie Genosse Radek, aus ganz begreiflichen Ursachen, gerade weil sie der deutschen Arbeiterbewegung überaus nahestehen, sich am meisten bemühten, den Augenblick unseres Bruchs mit Levi hinauszuschieben, denken jetzt, von den Interessen der Arbeiterpartei in Deutschland ausgehend, anders. Wir sind uns jetzt alle einig darüber, daß wir nicht länger zögern dürfen, und Genosse Radek hat als erster den ideellen Kampf gegen Levi und seine Gruppe in Deutschland aufgenommen.

Die Ereignisse entwickelten sich folgendermaßen. Vor kurzem fand eine Sitzung der erweiterten Zentrale der V. K. P. D. statt — solche Sitzung entspricht unserer Parteikonferenz — auf der die Frage über die italienischen Ereignisse und die Frage der Stellungnahme der gesamten Kommunistischen Internationale zu den linken Elementen in Deutschland aufgeworfen wurden. Hierbei kam es zu der Euch bekannten Spaltung. Wir erwarten in zwei bis drei Tagen die Ankunft von zwei neuen Vertretern der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, die am 12. d. M. abgereist sind. Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß die Konferenz der V. K. P. D. alsbald eine neue Zentrale einsetzte, linksgerichtete Elemente an

ihre Spitze stellte und in diesen schwierigen Augenblicken unerschüttert dastand. Wir haben vollen Grund zu der Annahme, daß die Schwankungen, die wir jetzt in Deutschland beobachten, sich auf die Führer beschränken werden. Wird die Frage den breiten Massen zur Erörterung vorgelegt, so werden sie sich zweifelsohne mit überwältigender Mehrheit für die unversöhnliche Politik der Exekutive der Kommunistischen Internationale aussprechen.

Eine recht bedeutende Rolle hat in Deutschland die Frage der Stellungnahme zur K. A. P. D. gespielt. Es ist dies eine verhältnismäßig kleine Partei, die sich nach der Januarniederlage von dem Kern des Spartakusbundes abspaltete. Ein Teil der Mitglieder kehrte nachher zur Kommunistischen Partei zurück, ein ziemlich fester Kern blieb aber als besondere Partei bestehen. Sie besitzt bloß eine kleine Mitgliederzahl. Ihr Programm ist überaus verwirrt. Sie zahlt den syndikalistischen und anarchistischen Strömungen überaus reichlichen Tribut. Unter ihren Mitgliedern gibt es aber dennoch — wie alle Genossen anerkennen — zweifellos einige Tausend Arbeiter, die der Idee der proletarischen Revolution tief ergeben sind und nur durch den opportunistischen Flügel der alten Partei von dieser abgestoßen wurden. Angesichts dieser Sachlage hielt es die Exekutive der Kommunistischen Internationale für notwendig, alles nur Mögliche zu tun, um diesen zwar kleinen aber doch aus Arbeitern bestehenden und revolutionären Kern, wenn er zum Teil auch syndikalistisch gestimmt ist, nicht zu verlieren. Unsere Stellung zu den revolutionären anarchistischen Elementen muß auf dem internationalen Schauplatz dieselbe sein wie in Rußland vor der Oktoberrevolution. Auf dem internationalen Schauplatz müssen wir uns so verhalten, wie wir es bei uns 1917 taten, als wir mehr als einmal zusammen mit einem bestimmten Flügel der Anarchisten und Syndikalisten gegen die Bourgeoisie, gegen Kerenski und die Menschewiki vorgingen. Es handelte sich damals um den Kampf

gegen die Bourgeoisie — dies schloß uns zusammen. Jeder von Euch, der an der Revolution teilgenommen hat, wird sich an viele Fälle erinnern, in denen wir gezwungen waren, mit den syndikalistischen und anarchistischen Elementen gewisse Kampfbündnisse zu schließen. Ein Teil von ihnen ging nachher in unsere Reihen über, ein Teil ist durch die proletarische Revolution assimiliert worden und bekleidet auch noch jetzt verantwortliche Posten in der Sowjetrepublik. Selbstverständlich konnte ein Teil der Anarchisten nach der Machtergreifung durch das Proletariat, als ein neuer und der schwierigste Kampf begann, das Wesen der Ereignisse nicht verstehen. Diesen Teil, der die Revolution manchmal schädigte und ihre Reihen desorganisierte, mußten wir den Kampf ansagen. Auf der internationalen Arena aber, wo wir am Vorabend der proletarischen Revolution stehen, sind wir auf Grund der Erfahrungen der russischen Revolution gezwungen, unseren Genossen größere Toleranz zu empfehlen, namentlich den Arbeitergruppen und Arbeiterorganisationen gegenüber, die die Bedeutung unserer Taktik noch nicht ganz verstanden haben und sich nach der ungeheuren Krise des Sozialismus, die die internationale Bewegung im Zusammenhang mit dem Kriege durchmachte, noch nicht zurechtfinden können. Dies war unsere Taktik auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. In Anpassung an die deutschen Verhältnisse ließen wir die K. A. P. D. als sympathisierende Partei mit beratender Stimme zu unseren Kongreßsitzungen zu. Die Lage in der Zentrale der V. K. P. D. spitzte sich dadurch etwas zu. Genosse Levi und seine Gruppe, die gerade durch den Kampf gegen diese Elemente emporgekommen sind, sahen darin einen Sündenfall der Kommunistischen Internationale, die diesen Elementen Unterstützung gegen Levis Gruppe gewähre. Daraus entstand die jetzige Lage. Wir gedenken diese Frage auf dem nächsten Kongreß in entscheidender Form zu stellen. Es kann natür-

lich nicht mehr lange so gehen, daß zwei Parteien aus einem Lande vertreten sind. Wir werden jedoch alles tun, was in unseren Kräften steht, um die gesundesten Elemente der K. A. P. D. den Reihen der Vereinigten Kommunistischen Partei zuzuführen. Ich glaube, daß unsere Taktik richtig war und ist. Die Schwankungen, die sich in den oberen Schichten der Führerschaft bemerkbar machten, können uns keineswegs veranlassen, unsere Stellung zu diesen Elementen zu ändern.

Was Frankreich anbelangt, so haben wir zweifellos einen ungeheuren Erfolg zu verzeichnen, indem wir da zugleich die Rechte und das „Zentrum" aus der Partei ausgeschlossen haben. Bis zum Kongreß in Tours zählte die französische Partei nicht nur Zentristen, nicht nur Longuet, sondern auch offene Scheidemänner, wie Renaudel, Albert Thomas und Konsorten in ihren Reihen. Wir mußten in Frankreich im Schnellschritt dasselbe vollbringen, was in den anderen Parteien bereits früher und nicht auf einmal geschah. Es gelang uns, zugleich den rechten Flügel und das „Zentrum" zu vertreiben. Diese Operation gelang vorzüglich; wir hatten nun mit einem Mal eine gesäuberte Partei vor uns. 160 000 Mitglieder sind in Frankreich in unserer Partei geblieben. Ihr täglich erscheinendes Organ hat eine Auflage von mehr als 300 000 Exemplaren. Auch in den Gewerkschaften hat jetzt die Partei eminenten Erfolg. Das will noch nicht sagen, daß wir in Frankreich bereits 160 000 überzeugte Kommunisten besitzen. Es ist leicht möglich, daß auch dort noch gewisse Schwankungen, gewisse Krisen erfolgen werden. In der Hauptsache jedoch haben wir das Nötige erreicht und die Partei von den der Kommunistischen Internationale feindlichen Elementen gesäubert. Nirgends in der Welt war das sozialistische Banner so tief gesunken, so erniedrigt worden, wie in Frankreich. Nur dadurch, daß man ungefähr 40 000 Opportunisten und „Zentristen" aus der Partei ausschloß, ist es jetzt gelungen, andere Verhältnisse zu schaffen. Die Ar-

beiter sehen jetzt, daß sie eine ehrliche Arbeiterzeitung haben, daß es ehrliche revolutionäre Parlamentarier in der Welt gibt. Die Achtung vor der Arbeiterpartei und dem sozialistischen Banner, die in Frankreich so tief gesunken war, hat sich dank diesem Umstand bedeutend gehoben.

Ich gehe nun zu Italien über, das jetzt im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der gesamten Kommunistischen Internationale steht. Die Frage ist sehr verwickelt. Aeußerlich hat es den Anschein, als ob wir auf dem italienischen Kongreß eine Niederlage erlitten hätten. Dies hat in den Reihen einiger deutscher Kommunisten eine gewisse Verwirrung hervorgerufen; denn auch in der Kommunistischen Internationale gibt es Leute, die stets in der Mehrheit sein wollen, die sich fürchten, in der Minderheit zu bleiben und es nicht verstehen, nötigenfalls gegen den Strom zu schwimmen. Die Ereignisse in Italien entrollten sich folgendermaßen. Vorigen Sommer besuchte uns eine italienische Delegation, die nachher auch am Kongreß teilnahm. Die meisten Delegierten waren Gewerkschaftler und, wie es sich später zeigte, eingefleischte Opportunisten. Wir waren lange Zeit von Europa abgeschnitten gewesen, kannten die dortigen politischen Verhältnisse nicht und nahmen die Italiener daher anfangs als Brüder auf. Ein Teil der Delegierten erwies sich jedoch als offene Verräter, die direkt dazu hergekommen waren, um später „ihrer" Bourgeoisie gegen uns zu helfen. Es gab auch solche unter ihnen, die unverblümte Schmähschriften gegen Sowjetrußland veröffentlichten. Andere wiederum begannen, weißgardistische Denunziationen gegen Sowjetrußland und die Kommunistische Internationale zu veröffentlichen, sobald sie jenseits der Grenze waren. Erst nach sorgfältiger Bekanntschaft mit ihnen hier am Platze und nach ihrer Rückkehr nach Italien konnten wir uns eine richtige Meinung von der italienischen Partei bilden.

Am verwickeltsten war die Sache mit dem Genossen Serrati. Wir waren ihm schon in Zimmerwald begegnet.

Schon damals trat er als unser Gegner auf und nahm Martow in Schutz. Auf dem zweiten Kongreß in Kienthal näherte er sich uns. Während des Krieges arbeitete er ehrlich und leitete ehrlich sein Zentralorgan, den „Avanti", den er zu einer der besten sozialistischen Zeitungen in ganz Europa gestaltete. Genossen! Bei den europäischen Sozialisten ist es aber oft der Fall, daß es genügt, einen derartigen europäischen „Kommunisten" gründlich abzuschaben, um eine Figur in der Art unserer „linken" Menschewiki vor uns zu sehen. So war es auch mit dem Genossen Serrati. Italien steht vor der Revolution. Wie es bei den Opportunisten oft geschieht, sinkt ihnen das Herz immer mehr in die Hosen, je näher die Revolution rückt. Wenn sie fühlen, daß das alte Gleichgewicht gestört wird, verlieren sie den Kopf, und statt die Ereignisse zu lenken, werden sie selbst von den Ereignissen gelenkt. Statt die sich entwickelnde Bewegung zu lenken, hat Serrati sich selbst verstrickt und auch andere irregeführt. Er will die Opportunisten um jeden Preis in der Partei belassen, denn nach der Revolution, sagt er, wird es eine ausgedehnte Wirtschaft geben, und in einer großen Wirtschaft kann jedes Schnürchen gebraucht werden. Wer wird denn Stadthaupt von Mailand sein, wenn wir den Genossen, der unter dem opportunistischen Banner ergraut ist, aus der Partei ausschließen? Wir haben auch ohnehin wenig Menschen. — Also spießbürgerlich stellt Serrati die Frage und versteckt sich dabei hinter Redensarten über die Einigkeit. Unverfälschte Menschewiki mit Turati an der Spitze bleiben in der italienischen Partei. Turati gibt jetzt eine Zeitschrift heraus, in der er die niederträchtige Rede Martows in Halle als Leitartikel bringt. Er verlacht den Kommunismus und verhöhnt die Idee der proletarischen Revolution in Italien; er ist ein Reformist vom reinsten Wasser. Dies sind die Leute, von denen Serrati sich nicht trennen kann.

Während des Kongresses selbst war die italienische

Delegation überaus buntscheckig. Es gab fast keine einzige Frage, in der sie eine einheitliche Stellung eingenommen hätte. Trotzdem aber kristallisierte sich aus der Delegation späterhin ein bestimmter Kern heraus, der sich jetzt zur wahren Kommunistischen Partei gestaltet hat. Ein gewisser Flügel in Italien, der den syndikalistischen Strömungen Tribut zahlte, war gegen den Parlamentarismus. Der Flügel wurde von dem Genossen Bordiga geführt. Mit größter Genugtuung dürfen wir sagen, daß dieser Genosse und seine Gruppe sich der internationalen Disziplin unterordnet haben und nunmehr zur zuverlässigsten Keimzelle der neuen Kommunistischen Partei geworden sind.

In Italien leuchtet der Glorienschein der Kommunistischen Internationale hell; ihre Volkstümlichkeit ist ungeheuer. Auch die Opportunisten halten es dort den Worten nach mit der Kommunistischen Internationale. 1905 und 1916 war es auch bei uns der Fall, daß mancher linke Kadett radikaler aussah als dieser oder jener europäische Sozialdemokrat. Ungefähr dasselbe beobachten wir jetzt in Italien. Dort sieht alles radikaler aus als es wirklich ist. Die Opportunisten führen revolutionäre Redensarten im Munde; die Zentristen scheinen radikaler als sie sind und nennen sich Kommunisten. Auf dem Kongreß in Livorno ergaben sich folgende Ziffern: 97 000 „Unitaristen", Anhänger der Einigkeit, die sich auch Kommunisten nennen — dies sind die Anhänger Serratis; 11 000 Anhänger des Opportunismus, d. h. Turatis, und ungefähr 60 000 unserer Anhänger, die alle unsere Bedingungen annehmen. Die Mehrheit nahm eine überaus schwankende Stellung ein. Sie erklärte an allen Ecken und Kanten und sagte es auch auf dem Kongreß, daß sie ebenfalls unsere Bedingungen annehme, aber „nur" fordere, daß man ihr „Autonomie" gebe und es ihr überlasse, die Bedingungen in Italien durchzuführen, wie und wann sie es für nötig halte. Unsere Erfahrung lehrt uns, was alle diese Erörterungen und der Wunsch bedeuten, daß man erlaube, die 21 Bedingungen

nach Belieben anzuwenden. Es bedeutet, daß diese Bedingungen überhaupt nicht durchgeführt werden, sondern daß alles beim alten bleiben soll. Unsere Anhänger standen vor der Frage, ob sie sich von den Unitaristen abspalten sollten oder nicht. Wir waren auf dem Kongreß durch den bulgarischen Genossen Kabaktschieff vertreten, der mit uns in allem solidarisch war. Er unterstützte die Delegierten der 60 000 Kommunisten, die mit Serrati gebrochen hatten. Darauf nahmen die 97 000, die sich mit den Opportunisten vereinigt hatten, einstimmig eine Resolution an, laut der sie sich an den III. Kongreß der Kommunistischen Internationale mit der Erklärung wenden wollen, daß sie sich ebenfalls den Beschlüssen dieses Kongresses unterordnen.

Wie dem auch sei, die Dinge liegen jetzt so, daß der Liebhaber der Einigkeit, Serrati, sich um der schönen Augen von 11 000 Opportunisten willen von 60 000 Kommunisten getrennt hat. Dies hat ihn in die denkbar unangenehmste Lage versetzt. Er begab sich vor kurzem nach Berlin, um durch die deutschen Genossen mit uns zu verhandeln. Als man ihn über seine Stellung befragte, gebrauchte er folgende Redewendung: „Wir gleichen denen, die vor der Kirche (devant l'église) stehen; wir werden noch ein Weilchen warten, bis die Pforte sich vor uns öffnet". Wie lange sie in dieser Pose werden verharren müssen, wissen wir nicht. Jedenfalls glauben wir, dafür sorgen zu müssen, daß die Pforte sich nicht eher öffnet, als bis das ganze Gesindel, das zu den Opportunisten zählt, aus der Partei Serratis vertrieben ist.

Dieser Umstand schuf ein gewisses besonderes Moment in der Entwicklung der Kommunistischen Internationale. Die italienische Partei war eine der besten. Die Lage ist in diesem Lande die revolutionärste. Und dennoch stoßen wir auch dort auf Ueberbleibsel des Opportunismus; auch dort will man die direkten Agenten des Kapitals nicht aus der Partei vertreiben. Wir er-

innerten den Genossen Serrati auf dem II. Kongreß an die Worte Liebknechts: „Der Feind steht im eigenen Lande". „Bei Euch aber — sagten wir — steht der Feind in Eurem eigenen Hause. Turati und seine Anhänger sind unsere Feinde; im Herbst des vorigen Jahres, als die italienischen Arbeiter die Betriebe auf revolutionärem Wege zu ergreifen und rote Truppenteile zu organisieren begannen, sprengten sie die großartige revolutionäre Bewegung. Sie wurde durch die Anhänger der italienischen Menschewiki, an deren Spitze Turati und D'Aragona stehen, zertrümmert". Aeußerlich, wiederhole ich, schienen wir in Italien keinen Erfolg zu haben; wir sammelten bloß eine Minderheit um uns. Aber das ist uns recht so, wir brauchen keine schwankenden Elemente. Schon vor dem II. Kongreß sagten wir, daß der Zudrang zum Tor der Kommunistischen Internationale zu groß ist und wir eine gute Wache aufstellen müßten, die keine unzuverlässigen Elemente durchlassen soll. Dasselbe sagen wir auch jetzt. Wie Ihr seht, haben wir hier eine ganze Kette. Levi verlangt Einigkeit mit Serrati, Serrati mit Turati, Turati mit der Bourgeoisie. Es versteht sich von selbst, daß wir, die wir den gesamten Kampf in unserem eigenen Lande durchgemacht haben, ihn nicht dazu in nationalem Maßstab geführt haben, um unsere Positionen auf dem internationalen Kampfplatz aufzugeben. Hier ist selbst der kleinste Rückzug unzulässig. Die italienische Frage ist der zentrale Knoten, um ihn entwickelt sich auch der Kampf in Deutschland.

Von zweitgrößter Bedeutung ist ferner die tschechoslowakische Partei. Die tschechoslowakische Linke hat ungefähr eine halbe Million Anhänger. Am 20. d. M. hält sie ihren Parteitag ab. Wir wissen nicht genau, wie die Ereignisse sich dort gestalten werden. Der größte Teil der Arbeiter ist natürlich auf unserer Seite. Wir erlebten in der Tschechoslowaki den ersten Fall, daß ein alter Sozialdemokrat, ein Führer von alter sozialdemokratischer Herkunft, auf unsere Seite überging. Er kam hierher zu uns,

legte für seine Sünden Buße ab und erhielt unsere Einwilligung, ihn an der Organisation der Kommunistischen Partei arbeiten zu lassen. In letzter Zeit zeigt sich bei ihm jedoch ein Rückfall in die alten Schwankungen; die Kommunistische Partei wird daher allem Anscheine nach ohne ihn zur Welt kommen müssen. Wir haben in der Tschechoslowakei ein starkes Gemisch von Nationalitäten. Die Bourgeoisie hat die dort lebenden Arbeiter verschiedener Nationalitäten Jahrzehnte lang gegeneinander aufgehetzt. Die Geburt der Kommunistischen Partei geht hier daher nur schwer vonstatten. Wir können die Geburtswehen gegenwärtig beobachten. Wir haben jedoch genügend kompetente Vertreter hingesandt und hoffen, daß es unseren Genossen gelingen wird, legal aufzutreten. In diesen Tagen erwarten wir den endgültigen Beschluß der tschechoslowakischen Kommunisten.

In Oesterreich haben sich die unabhängigen Linken von der alten Sozialdemokratischen Partei losgelöst und sind in die Reihen der Kommunisten übergetreten. Unsere österreichische Partei ist dadurch gestärkt; sie ist aber trotzdem wenig zahlreich. Die Arbeiterklasse geht in Oesterreich physisch zugrunde. Oesterreichische Genossen, die hierher kamen, sagten uns: „Wenn man sich die demonstrierenden Arbeiter Wiens ansieht, wenn man ihre Gesichter sieht, wenn man weiß, wie sie hungern, wie sie erschöpft, ausgezehrt, mitunter apathisch sind, so begreift man, daß in diesem Lande, das einem besonders scharfen Kreuzfeuer der gesamten internationalen Bourgeoisie ausgesetzt war, die Arbeiter im wahren Sinne des Wortes untergehen. Man hat die Arbeiterklasse in Oesterreich dermaßen von Kräften gebracht, sie so sehr hungern und frieren lassen, daß sie physisch keine Zukunft mehr zu haben scheint. Sie ist im wahren Sinne des Wortes so stark verblutet, daß sie sich wohl nur noch mit Hilfe der internationalen Revolution wieder aufrichten kann. Ungeheuerlich war hier der Verrat, den die Sozialdemokratie

übte; schlau und listig war die Bourgeoisie. Unbarmherzig hat das Rad der Geschichte die Proletarier Oesterreichs verkrüppelt, mit voller Wucht ist die Walze des Krieges und des Hungers über sie hingerollt".

Und nun zur Balkanfrage. Genossen, wir haben auf dem Balkan in solchen Ländern wie Bulgarien und Südslawien recht starke Parteien. Unsere Genossen sind dort nahe daran, die Mehrheit im Lande zu erobern, und zwar, wie eine ganze Reihe von Wahlen gezeigt hat, auf dem legalen Boden der bürgerlichen Konstitution. In Bulgarien ist unsere Partei der einzige revolutionäre Faktor. Frühere Menschewiki und auch gewisse Mittelelemente gehen dort in großen Massen zu unserer Partei über. Dies beweist, welche ungeheure Kraft sie in Bulgarien vorstellt. Auch bei uns ließ sich, als der Zusammenbruch des Menschewismus begann, ein ziemlich massenhafter Uebergang ganzer Gruppen und Organisationen, des Besten, das die Menschewiki besaßen, in unsere Reihen beobachten. Ungefähr dasselbe geschieht jetzt in Bulgarien. Wir müssen es frei heraus sagen, daß hierin auch eine gewisse Gefahr für die Partei liegt. Die Führer der Kommunistischen Partei Bulgariens, unter denen es durchaus erprobte Marxisten gibt, die Jahre und Jahrzehnte lang gezeigt haben, daß sie wahre Marxisten sind, sehen die Gefahr ein. Wie ich hoffe, werden sie den in der Partei sich vorbereitenden Prozeß mit vollster Aufmerksamkeit verfolgen und sorgfältigst achtgeben, daß die neueintretenden Mitglieder die bulgarische Partei nicht anstecken, nicht das Element des Opportunismus mit hineinbringen.

Das neueste Ereignis ist die Spaltung in der rumänischen Partei. Die Rumänier entsandten eine Delegation zu uns. Es waren auch frühere Minister darunter, die es dennoch für möglich hielten, zu uns zu kommen mit der Bitte um Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Wir hatten manchmal recht ergötzliche Vorfälle in der Exekutive, wie z. B. mit den Vertretern Spaniens und Ru-

mäniens. Wir konnten deutlich sehen, daß die Arbeiter diese Leute am Kragen gepackt und zu uns geschickt hatten. Reist hin — sagten sie ihnen wohl — und sorgt dafür, daß man uns in die Kommunistische Internationale aufnimmt. Mancher von ihnen ist selbst Reformist; aber wenn er zu uns kommt, führt er sein Mandat aus. So war es z. B. mit den Spaniern. Der eine Delegierte war ein Professor, ein überzeugter Opportunist, der andere ein Arbeiter, der auf unserer Seite stand. „Ich glaube nicht an die proletarische Revolution — sagte der Opportunist — ich habe eine Menge Bücher gelesen, ich halte den Studenten Vorlesungen und lege ihnen klar, daß der Kommunismus nicht verwirklicht werden kann. Die spanischen Arbeiter aber sagen mir: trete der Kommunistischen Internationale bei". Recht ergötzlich war auch der Vorfall mit einem rumänischen Delegierten. Dieser, ein Herr Flueras, ein früherer Minister, traf hier ein, um die 21 Bedingungen mit uns zu erörtern. Man hätte sehen sollen, wie sein Gesicht sich in die Länge zog, als wir unhöflich genug waren, folgende offizielle Resolution anzunehmen: Wir fordern den besagten Bürger Flueras auf, das Lokal der Exekutive zu verlassen, da wir mit solchen Herren nichts gemeinsam haben. Natürlich bildete er sich eine ganz bestimmte Meinung über unsere Höflichkeit im internationalen Verkehr. Unter den 21 Punkten gibt es jedoch keinen einzigen, der uns verpflichten würde, den Herren Opportunisten gegenüber höflich zu sein. Die meisten rumänischen Genossen sind jetzt auf die Seite der Kommunisten übergegangen und bilden eine Kommunistische Partei, obgleich sie unter illegalen Bedingungen arbeiten müssen. Sämtliche Parteien des Balkans haben eine Hochflut des weißen Terrors durchzumachen. Die Bourgeoisie hat es fast zu einem Handgemenge kommen lassen, weil sie sieht, daß die meisten Arbeiter auf unsere Seite übergehen. Im allgemeinen reift der Balkan recht schnell für die Revolution heran; wir sehen dort eine zuverlässige Stütze für die Kommunistische Internationale.

In den skandinavischen Ländern, namentlich in Norwegen, besitzen wir eine sehr starke Partei. Die Lage war dort recht eigenartig. Die Partei nahm früher ganze Gewerkschaften auf Grund einer Kollektivliste auf: wir mußten es durchsetzen, daß eine vollständige Umregistrierung der Mitglieder durchgeführt und die unzuverlässigen Elemente ausgeschlossen werden. In Schweden haben wir eine Partei, die aus der alten Gruppe der Linkssozialisten hervorgegangen ist. Jetzt wird die Partei von allen nationalistisch-reformistischen Elementen gereinigt werden.

Einen besonders großen Erfolg haben unsere Genossen in Finnland zu verzeichnen. In diesem Lande, wo noch vor kurzem der weiße Terror herrschte, ist die alte Sozialdemokratie aufs Haupt geschlagen; die Arbeiter schließen sich zu Tausenden den Kommunisten an. Selbst in der Gewerkschaftsbewegung hat die Sozialdemokratie Fiasko erlitten. In Helsingfors und im ganzen Lande haben wir die Mehrheit für uns. In diesem Lande, wo die Bourgeoisie sich auf das Grausamste an den Arbeitern rächte, ist sie jetzt gezwungen, die kommunistische Presse zu dulden und zu hören, wie die Arbeiter sich offen für Kommunisten erklären. Wir sehen, wie wichtig die Erfahrung selbst einer unterdrückten proletarischen Revolution ist. Nirgends haben die Arbeiter solch teures Lehrgeld zahlen müssen wie in Finnland; sie haben sich aber auch nirgends so schnell wieder vom Schlage erholt wie dort. Genosse Kuusinen, der vor kurzem aus Finnland zurückkehrte, sagte mir: „Jetzt noch gegen die Sozialdemokratie zu agitieren, ist Zeitverlust". Die reale Frage ist jetzt, wie sich organisieren. Der Arbeiter braucht nicht mehr überzeugt zu werden, daß er gegen die weiße Sozialdemokratie vorgehen muß. Diese Stufe ist bereits überschritten. Selbst eine besiegte proletarische Revolution ist ein überaus wichtiger Faktor in der Befreiung der Arbeiterklasse.

Nun noch einige Worte über die angelsächsischen

Länder. Dort sind wir noch relativ schwach. In England ist mit großer Mühe eine Vereinigung der kommunistischen Gruppen erzielt worden. Während des II. Kongresses hatten wir eine Beratung von Vertretern von 8 oder sogar 9 verschiedenen kommunistischen Gruppen Englands. Jetzt ist es gelungen, sie zu vereinigen. Sie zählen etwas mehr als 10 000 Mitglieder, die vorläufig keine große Macht vorstellen. Es muß jedoch gesagt werden, daß auch die übrigen politischen Arbeiterparteien in England zahlenmäßig recht schwach sind. Wir haben dort einen eigenartigen Komplex einer halb gewerkschaftlichen, halb parlamentarischen Vereinigung, die die Arbeiterklasse noch bis heute an der Nase herumführt. Es wird ein gewaltiger Prozeß im Innern der Gewerkschaftsbewegung erforderlich sein, ein Prozeß, der bereits begonnen hat und vorwärts schreitet, um dort eine kommunistische Massenpartei zu schaffen. In Amerika haben wir dieselbe Lage, mit dem Unterschied, daß die Kommunistische Partei dort illegal arbeiten muß. Es gab dort einige Strömungen, die der Vereinigung nahe standen. Der Kommunismus ist in Amerika mehr populär als in England. Man verhaftet dort Tausende unserer Anhänger, die Bourgeoisie stürzt sich in unerhörter Weise über sie her, sie reißt ihre eigenen Gesetze nieder. Eine kommunistische Massenpartei haben wir aber in Amerika noch nicht.

Im allgemeinen durchleben wir jetzt einen Wendepunkt in der Entwicklung der Kommunistischen Internationale. Unser Kongreß muß dies fest im Auge behalten. Die Krise in Italien und in Deutschland, die Unklarheit in der Tschechoslowakei, dieses alles zusammengenommen bezeugt, daß die Kommunistische Internationale eine Periode von Schwankungen und Wankungen unter den Führern durchlebt. Dies ist der Wendepunkt. Es ist daher wichtig, daß unsere Partei, die, wie ich mir zu sagen gestatte, die Gründerin der Kommunistischen Internationale ist, und ihr X. Kongreß den Beschluß fassen, daß unsere

Vertreter an diesem Wendepunkt das Ruder fest in Händen halten und nicht den Elementen weichen sollen, die die Politik der Kommunistischen Internationale nach rechts lenken wollen. Es gab eine Zeit, wo die schwankend gewordenen Zentristen glaubten, es sei ein Leichtes, sich Kommunist zu nennen und der Kommunistischen Internationale beizutreten, in der Tat aber die alte Politik fortzusetzen. Sie haben sich jetzt überzeugen müssen, daß es nicht ganz so leicht ist.

Nun hat ein Zusammenschluß in der 2½ Internationale begonnen. Wie Ihr wißt, hat in Wien eine Konferenz stattgefunden, der einige Dutzend Leute beiwohnten, und auf der sich alle Ueberreste der am Leben gebliebenen Gruppen und Parteien vereinigten. Es ist ein Gemisch der verschiedenartigsten Gruppen, abgenagter Knochen und Ueberbleibsel einzelner Organisationen der opportunistischen Parteien, die in Europa noch ihr Leben fristen. Es genügt zu sagen, daß der bedeutendste Führer auf dem Kongreß der 2½ Internationale in Wien unser Martow war. Und wenn man die Ideenarmut seiner Kollegen in Betracht zieht, ist Martow auch tatsächlich eine erhabene Leuchte. Es waren dort auch Parteien vertreten, die im Lager der II. Internationale stehen, und Parteien, die mit einem Fuß dieselbe bereits verlassen haben, kurzum — Gruppen, die von dem Gang der Geschichte zum alten Eisen geworfen worden sind. Vor kurzem kam mir ein Zeitungsartikel des schweizerischen Sozialdemokraten Grimm vor Augen. Grimm hält sich für einen „Linken" und begab sich ebenfalls nach Wien. Als er seine Koffer packte, schrieb er: „Wir reisen nach Wien; das ist nicht schlecht. Und dennoch, welch eigentümliche Lage ergibt sich! Wer wird aus Frankreich nach Wien fahren? Mein Freund Longuet. Er hat aber auch noch einen Freund, Renaudel, der ebenfalls in den Reihen der alten „Sozialistischen" Partei geblieben ist. Wozu fahren wir eigentlich? Um uns einig zu werden und mit der Kommunisti-

schen Internationale Verhandlungen über eine Milderung der 21 Punkte anzubahnen". Longuet reist also nach Wien; ihm zur Rechten steht jedoch sein Freund Renaudel. Wie kann Renaudel über die 21 Bedingungen verhandeln? Er ist ja Anhänger der Bourgeoisie. Nichtsdestoweniger begab sich Grimm in dieser Stimmung nach Wien. Die Wiener „2½ Internationale" hat natürlich keine Zukunft. Ohne Glauben, ohne recht zu wisssen, was sie wollen, organisieren sie ihre 2½ Internationale und denken, wir würden uns erweichen lassen und ihnen gegenüber duldsamer werden, wenn sie sich zusammenschließen. Dieses Beginnen ist unvermeidlich dem Untergange geweiht. Aber dies alles zusammengenommen, ergibt einen gewissen Wendepunkt im Leben der Kommunistischen Internationale, und es wird die Aufgabe unserer Partei sein, an diesem Scheidewege keine Abschwenkung nach rechts zuzulassen.

Nun noch ein paar Worte über den Internationalen Gewerkschaftsrat und den Kampf im Lager der Gewerkschaften. Ich habe bereits gesagt, daß der Kampf in der internationalen Gewerkschaftsbewegung mit voller Wut tobt. Er ist von entscheidender Bedeutung; denn die Gewerkschaften umfassen eine vielmillionenköpfige Arbeitermasse. In Deutschland haben wir nicht nur der alten Sozialdemokratie, sondern auch jener, die sich mit den rechten Unabhängigen gegen uns vereinigt hat, eine ganze Reihe von Gewerkschaften abgerungen. In Frankreich haben wir auch eine Anzahl solcher Siege zu verzeichnen. Dasselbe hat auch in Italien begonnen und wird sich über die ganze Welt ausbreiten.

Im Zusammenhang hiermit bereiten wir uns vor, am 1. Juni, nicht später, eine internationale Gewerkschaftskonferenz zu veranstalten. Ihre Tagesordnung wird wie folgt sein:

1. Berichte. 2. Die Rolle der Gewerkschaften in der Uebergangsperiode zum Sozialismus. 3. Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeiterräte. 4. Die Gewerkschaften und

die Kontrolle der Produktion (die Sozialisierungsforderung der Reformisten). 5. Die Gewerkschaften und die Kommunistische Internationale. 6. Organisationsfragen: a) Internationaler Streikfonds, b) Internationale Föderation der einzelnen Gewerkschaften, c) Föderalismus und Zentralismus in der Gewerkschaftsbewegung, d) Wahlen.

Das Zentralkomitee und die Exekutive der Kommunistischen Internationale beschlossen, die Einberufung des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale zu beschleunigen. Wir bitten die Genossen, diesen Beschluß zu unterstützen. Eine ganze Reihe von Gründen macht es notwendig. Erstens die italienische Frage, die von internationaler Bedeutung ist. Die Italiener appellieren schon jetzt an den III. Kongreß und erklären im voraus, daß sie sich seinem Beschluß unterordnen. Durch Beschleunigung des III. Kongresses werden wir in Italien, dem Lande, das uns an revolutionärem Geist näher steht als jedes andere, um so sicherer den Zusammenschluß herbeiführen. Zweitens hoffen wir, wenn uns nichts in den Weg kommt, die Organisationsarbeit der Kommunistischen Internationale dann zu vollenden. Es wird folgende Tagesordnung für die Tagung des III. Kongresses in Aussicht genommen:

1. Bericht der Exekutive der Kommunistischen Internationale.

2. Die wirtschaftliche Weltkrisis und die neuen Aufgaben der Kommunistischen Internationale.

3. Taktik der Kommunistischen Internationale während der Revolution.

4. Uebergangsperiode (Teilforderungen, Teilaktionen und revolutionärer Endkampf).

5. Kampf gegen die Amsterdamer gelbe Gewerkschaftsvereinigung.

6. Der Internationale Rat der roten Gewerkschaften und die Kommunistische Internationale.

7. Organisatorischer Aufbau der kommunistischen Parteien, Methoden und Inhalt ihrer Arbeit.

8. Organisatorischer Aufbau der Kommunistischen Internationale und ihre Beziehungen zu den angeschlossenen Parteien.

9. Die Orientfrage.

10. Die Italienische Sozialistische Partei und die Kommunistische Internationale (Berufung der Sozialistischen Partei Italiens gegen den Beschluß der Exekutive).

11. Die K. A. P. D. und die Kommunistische Internationale (Berufung der V. K. P. D. gegen den Beschluß der Exekutive der Kommunistischen Internationale).

12. Frauenbewegung.

13. Jugendbewegung.

14. Wahl der Exekutive der Kommunistischen Internationale und Bestimmung ihres Sitzes.

15. Verschiedenes.

Genossen! Die Kommunistische Internationale hat bis jetzt drei Stadien durchgemacht. In der ersten Periode befand sie sich sozusagen im Mutterleibe. Wir bereiteten uns zum ersten Kongreß vor und streuten die Saat der Kommunistischen Internationale auf internationalen Boden aus. Als zweite folgte eine Agitationsperiode, in welcher die Kommunistische Internationale eine Gesellschaft von Propagandisten war, und sie ihr Banner erhob, hinter dem die Arbeiter aller Länder sich zu erheben begannen. Die dritte Stufe war eine Periode der Organisation. Hier gehen wir sozusagen zur Werktagsstimmung über. Die Parteien sehen schon jetzt ein, daß es nicht genügt, mit der Kommunistischen Internationale im allgemeinen solidarisch zu sein, „Hurra" zu schreien und ihre Losungen zu unterstützen; sie fangen an zu begreifen, daß sie als Bestandteile der Internationale sich den Beschlüssen der Exekutive unterordnen müssen, daß wir keine „Autonomie" geben werden, die ihnen erlauben würde, Seitensprünge zu machen und der Bourgeoisie zu helfen. Wir wollen eine einzige internationale Partei haben, und darum dreht sich jetzt der Kampf. Unsere Gegner schreien, daß

„Moskau" alles in seine Faust nehmen will, die Parteien aber bedürfen unbedingt der Selbständigkeit. Wir dagegen sagen, daß wir die Selbständigkeit der Parteien in einer ganzen Reihe von Fragen anerkennen, uns jedoch zum Hauptziel stellen, eine einzige Weltpartei zu schaffen, die ihre Abteilungen (Sektionen) in allen Ländern haben soll. Diese Organisationsperiode machen wir nun in großartigem Maßstabe durch. Genossen! Es gibt zurzeit keine einzige Stadt in Europa, in der wir nicht zum mindesten eine Keimzelle oder Gruppe haben. Ich hatte anfangs die Absicht, Euch eine Liste der uns angeschlossenen Parteien, Organisationen, Gewerkschaften und Gruppen vorzulegen, mußte es jedoch aufgeben, da diese Liste viel zu umfangreich ist.

Wir haben jetzt in allen Teilen der Welt Anhänger. Wir müssen sie nicht nur dazu bringen, die Ideen des Kommunismus anzuerkennen. Nein, unsere Aufgabe ihnen gegenüber ist viel komplizierter, viel schwerer, es ist eine Organisationsaufgabe im weiten Sinne des Wortes. Es handelt sich um die Organisierung von Parteien, die nicht, wie Dutzende unserer Genossen, die Erfahrung illegaler Arbeit hinter sich haben, die nicht in langem Zeitraum illegaler Tätigkeit Gefängnis und Verbannung bis zur Neige ausgekostet haben. Man muß den Genossen dort buchstäblich die Anfangsgründe der Konspiration usw. beibringen. Die Frage, die jetzt auf der Tagesordnung steht, ist, ob wir es verstehen werden, all die mächtigen Kräfte, die für die künftige Arbeit notwendig sind, nicht nur ideell, sondern auch organisatorisch zu gewinnen. Wenn diese dritte Periode zu Ende geht, dann beginnt die vierte, die Periode des unmittelbaren Kampfes. Natürlich sind diese Perioden nicht untereinander scharf abgegrenzt, es ist vielmehr ein einziger gemeinsamer Prozeß. Während in einigen Ländern die dritte Periode sich dem Ende nähert, treten andere Länder bereits in die vierte ein; wieder andere dagegen befinden sich noch im zweiten Sta-

dium. Im allgemeinen jedoch schließt die Kommunistische Internationale unzweifelhaft ihre dritte Periode ab, die mit einer Menge von Alltagsfragen, mit bedeutenden, recht schwer zu lösenden Organisationsproblemen in internationalem Ausmaß verbunden ist. Wir haben hier soeben über die Organisationsfragen in unserer Partei gestritten, in der die meisten von uns Jahrzehnte, und zwar in demselben Lande, unter gleichen Bedingungen arbeiten. In der Kommunistischen Internationale sind die Organisationsprobleme bedeutend komplizierter; sie müssen unter den viel verschiedenartigeren, verwickelteren und schwierigeren Verhältnissen des internationalen Maßstabes gelöst werden.

Die Beschleunigung des III. Kongresses wird schon deshalb selbstverständlich notwendig, weil wir in einer besonderen Resolution die italienischen Kommunisten und den linken Flügel der deutschen Kommunisten unterstützt haben. Die Stimme unseres Kongresses wird machtvoll durch viele Länder schallen. Es ist uns durchaus wichtig, daß wir in Italien eine ebenso unversöhnliche kommunistische Taktik durchführen wie zur Zeit, als wir eine kleine Gruppe der Zimmerwalder Linken bildeten. Wir müssen nicht nach zahlenmäßiger Größe jagen, nicht den Kopf verlieren, weil wir in Italien zeitweilig in der Minderheit sind, sondern nach einer monolithischen, aus einem Stück gegossenen Kommunistischen Internationale streben; wir müssen nicht davor zurückschrecken, daß einige Parteien noch ein oder sogar zwei Jahre lang jenseits der Tore der Internationale stehen werden, denn wenn wir die Tore zu weit öffnen, können wir leicht den Feind in unser eigenes Haus hineinlassen.

Genossen! Ihr solltet die Liste derjenigen lesen, die sich der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben. Ihr solltet die Begeisterung der Arbeiter gesehen haben, die ich in den wenigen Tagen meines Aufenthalts in Deutschland beobachten konnte. Die Worte „Kommunistische Inter-

nationale" übten dort eine ungeheure zündende Wirkung aus; sie riefen eine Explosion, eine Welle der Begeisterung und des Entzückens unter den besten, klassenbewußten Arbeitern Deutschlands hervor. Ungefähr dasselbe sehen wir in Frankreich; dasselbe geht auch in dem erwachenden Orient vor sich. Wenn Ihr auf der Karte all die einzelnen Gruppen, die Keimzellen, die Massenbewegung unter den Frauen und in der Jugend vermerken könntet; wenn Ihr auf der Weltkarte überall da rote Pünktchen stellen könntet, wo wir Freunde besitzen, dann würden wir folgendes sehen: obgleich Sowjetrußland jetzt in „kapitalistischer Umzingelung" lebt, so geht doch gleichzeitig ein zweiter Umzingelungsprozeß dem ersten parallel vor sich — wir dringen durch die Gewerkschaftsorganisationen in das tiefste Hinterland der Weltbourgeoisie ein und führen dort eine wahrhaft freundschaftliche Umgehung durch, vor der die Bourgeoisie bereits zu erzittern beginnt. Und wenn wir nur fest bleiben, unsere Taktik nicht umformen werden, weil die Weltrevolution ihr Tempo verlangsamt hat; wenn wir die Umzingelung der Kapitalisten fortsetzen, so werden wir sehen, daß die Kommunistische Internationale in einer ganzen Reihe von Ländern sich zum Siege durchringen wird.

Genosse Lenin hatte durchaus recht, als er sagte, daß die Kommunistische Internationale bereits zum wichtigsten Faktor der Weltpolitik geworden sei. Wenn Marx dies von der I. Internationale behauptete, so haben wir viel mehr Grund, es von der Kommunistischen Internationale zu behaupten. Sie ist zur ersten Großmacht der Welt geworden. (Beifall.)

Ueber die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften.

(Resolutions-Entwurf einer Gruppe von Mitgliedern des Zentralkomitees der K. P. R. und Mitgliedern der Gewerkschaftskommission des Zentralkomitees. Vorgelegt dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands.)*)

Die Rolle der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats.

1. Die allgemeinen Aufgaben und die Rolle der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats sind in einer ganzen Reihe von Entschließungen früherer Kongresse und Konferenzen sowohl der Partei als auch der Gewerkschaften durchaus richtig festgelegt. Schon der erste Allrussische Gewerkschaftskongreß, der Anfang Januar 1918 stattfand, d. h. unmittelbar nach der Uebernahme der Macht durch die Sowjets, wies in seiner Resolution auf folgendes hin:

> „Das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Arbeit muß im gegenwärtigen Moment auf das Gebiet der Organisation der Volkswirtschaft gelegt werden. Als Klassenorganisation des Proletariats müssen die Gewerkschaften, aufgebaut nach dem Produktionsprinzip, die Hauptarbeit der Organisation der Produktion und des Wiederaufbaus der zerrütteten Produktivkräfte des Landes übernehmen. Sie müssen auf das energischste in allen Zentralinstituten mitarbeiten, die die Produktion regulieren, die Arbeiterkontrolle organisieren, die Arbeitskraft registrieren und verteilen, den Austausch zwischen Stadt und Dorf organisieren, sie müssen tätigsten Anteil nehmen an der Um-

*) Vom X. Kongreß der K. P. R. mit einigen Zusätzen und Aenderungen mit großer Mehrheit angenommen.

stellung der Industrie auf die Friedenswirtschaft. Sie müssen den Kampf gegen die Sabotage führen, die allgemeine Arbeitspflicht durchführen usw. Das sind die Aufgaben des Tages."

„Im weiteren Verlauf der sozialistischen Revolution müssen die Gewerkschaften zu Organen der sozialistischen Staatsgewalt werden. Als solche müssen sie gemeinsam mit anderen Organisationen das wirtschaftliche Leben auf neuer Grundlage wieder in Gang bringen."

Ebenso wird auch schon in dem Programm unserer Partei (1919) darauf hingewiesen, daß „der Organisationsapparat der vergesellschafteten Industrie sich in erster Linie auf die Gewerkschaften stützen muß."

„Nach den bestehenden Gesetzen der Sowjetrepublik und nach der bisherigen Praxis haben die Gewerkschaften schon in allen örtlichen und zentralen Instituten der Industrieverwaltung mitgearbeitet. Jetzt müssen die Gewerkschaften — heißt es weiter im Programm unserer Partei — dazu übergehen, die gesamte Verwaltung der ganzen Volkswirtschaft als einheitliches wirtschaftliches Ganzes wirklich in ihren Händen zu konzentrieren. Sie knüpfen so ein unlösbares Band zwischen der zentralen staatlichen Verwaltung der Volkswirtschaft und den breiten Massen der Werktätigen, die in weitestem Umfange zu der Leitung der Wirtschaft herangezogen werden müssen."

Bereits der IX. Kongreß der K. P. R. 1920 beschloß:

„Die Aufgaben der Gewerkschaften liegen hauptsächlich auf dem Gebiete der Organisation der Wirtschaft und der Erziehung. Sie müssen diese Aufgaben nicht als organisatorisch isolierte Kraft an sich erfüllen, sondern als eines der Hauptwerkzeuge des Sowjetstaates, der von der Kommunistischen Partei geleitet wird." Die Resolution des IX. Parteitags fährt fort: „Da die Sowjetgewalt die denkbar breiteste Organisation ist, die die ganze soziale Macht des Proletariats umfaßt, ist es klar, daß die Gewerkschaften entsprechend der Weiterentwicklung des kommunistischen Bewußtseins und der schöpferischen Rolle der Massen, sich allmählich in Hilfsorgane des proletarischen Staates verwandeln müssen und nicht umgekehrt."

In gleichem Sinne sprachen sich der zweite und der dritte Allrussische Gewerkschaftskongreß und die fünfte Allrussische Gewerkschaftskonferenz über die allgemeinen Aufgaben der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats

aus. Diese Definitionen haben noch heute ihre volle Gültigkeit; irgendein Grund zu Abänderungen liegt nicht vor. Der X. Parteitag hat nicht die Aufgabe, irgendwelche neuen theoretischen Formulierungen über die Rolle der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats zu finden, sondern Mittel und Wege zu schaffen, das vorhandene Programm zu verwirklichen.

Nicht Krise, sondern Aufwärtsentwicklung.

2. Die schweren Bedingungen dreier Jahre des grausamsten Bürgerkrieges haben bisher die Gewerkschaften stets daran gehindert, die oben aufgezeichneten Aufgaben zu erfüllen. Die Gewerkschaften mußten, wie alle übrigen Arbeiterorganisationen, fast alle ihre Kräfte der militärischen Front zur Verfügung stellen.*)

Dessenungeachtet spielten die Gewerkschaften eine ernste Rolle im Wirtschaftsaufbau.

Unmittelbar nach der Oktoberrevolution waren die Gewerkschaften fast die einzigen Organe, die neben der Arbeiterkontrolle noch die Organisation der Produktion und der Industrieverwaltung übernehmen konnten und mußten. Der staatliche Apparat zur Leitung der Wirtschaft funktionierte noch nicht in der ersten Periode des Bestehens der Sowjetmacht. Ueberdies stellte die Sabotage der Besitzer, der Unternehmer und des höheren technischen Personals die Arbeiterklasse vor die dringende Aufgabe, die Industrie zu erhalten und wieder normale Verhältnisse in dem ganzen Wirtschaftsapparat des Landes zu schaffen.

In der darauf folgenden Periode bestand die Arbeit des Obersten Rates für Volkswirtschaft hauptsächlich in der Organisation der staatlichen Verwaltung der Industrieunternehmen. Damals führten die Gewerkschaften diese Arbeiten gleichermaßen und gemeinsam mit den staatlichen Organen der Wirtschaftsverwaltung. Die Schwäche der staatlichen Organe

*) Innerhalb des einen Jahres stellten sich in den Bezirkskommandos nach einer gewerkschaftlichen Mobilisierung (die neben allen anderen Mobilisierungen stattfand) 79 368 Gewerkschaftsmitglieder. Während des einen ersten Halbjahres 1919 stellten die Gewerkschaften für die Verpflegungsdetachements 31 000 Gewerkschaftsmitglieder. Bei wiederholten Mobilisierungen kam es soweit, daß viele Verbandsleitungen im Laufe einer ganzen Anzahl von Monaten ohne Vorsitzende und Sekretäre blieben.

erklärte nicht nur, sondern rechtfertigte auch diesen Parallelismus.

In der damaligen Periode bestand die Arbeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Organisierung der Produktion hauptsächlich in der Mitarbeit bei der Bildung von Kollegien, Hauptverwaltung, Zentral-Verwaltungen und Werkleitungen und gab die Möglichkeit, diese Organe zu proletarisieren.*)

Indessen trug die Entsendung von Arbeitern aus den Gewerkschaften in die wirtschaftlichen Organe bisher einen zu episodischen Charakter und führte darum — was besonders wichtig ist — häufig dazu, daß die in die wirtschaftlichen Organe delegierten Arbeiter von den sie delegierenden Verbänden losgerissen wurden. Das wiederum führte dazu, daß sowohl die Verbände, als auch ihre Delegierten in den wirtschaftlichen Organisationen nicht genügend Einfluß auf den Gang der Arbeit ausüben konnten.

Um durch die Proletarisierung der wirtschaftlichen Organe wirklich die erwünschten Resultate zu erreichen, ist es notwendig, dafür zu sorgen, daß die von den Gewerkschaften delegierten Arbeitskräfte die Verbindung mit ihren Organisationen ständig aufrecht erhalten und daß die Gewerkschaften als solche sich bedeutend intensiver an der Organisation und Verwaltung der Produktion beteiligen.

Die Beendigung des ersten Stadiums des Bürgerkrieges und die Verlegung der Hauptaufmerksamkeit auf die wirtschaftliche Front erlauben jetzt in der Tat in bedeutend größerem Umfange als bisher, die denkbar engste Verbindung zwischen den volkswirtschaftlichen Organisationen der Sowjetrepublik und den Gewerkschaften herzustellen. Die ganze gegenwärtige Situation verlangt kategorisch die unmittelbare Beteiligung der Gewerkschaften an den Produktionsorganisationen, nicht nur durch personelle Delegation ihrer Mitglieder in die volkswirtschaftlichen Organe, sondern auch die Mitarbeit der Gewerkschaften als Ganzes. Nur g e m e i n s a m mit den organisierten Arbeitermassen, durch ihre Gewerkschaften, und nur auf

*) Nach den Daten des Obersten Rates für Volkswirtschaft wurde am 1. Januar 1921 in den Präsidien des Obersten Rates für Volkswirtschaft und den Gouvernements-Volkswirtschaftsräten, in den Kollegien der Abteilungen der Hauptverwaltungen und Zentralverwaltungen, in den Kollegien und an Direktoren von Fabriken und Werken 61,6 Proz. Arbeiter gezählt (Angestellte usw. 7,7 Proz., Spezialisten 30,7 Prozent.)

der Basis breiter Selbstätigkeit der letzteren sind ernste Erfolge an der Wirtschaftsfront möglich.

Der Anfang der neuen Periode findet die Gewerkschaften — in organisatorischer Beziehung — äußerst geschwächt gegenüber den ungeheuren Aufgaben, die die Wirtschaftsfront auf die Tagesordnung gesetzt hat. Die Besonderheiten der jetzigen Uebergangszeit wie jeder Uebergangszeit überhaupt schaffen für die Gewerkschaften besondere Schwierigkeiten. Ungeachtet dessen aber bedeuten die Erscheinungen, die wir jetzt in den Gewerkschaften beobachten, nicht eine Krise und nicht den Zerfall der Gewerkschaften, sondern ein Symptom der Aufwärtsbewegung. In dieser Beziehung unterscheidet sich das Schicksal der Gewerkschaftsbewegung in Rußland durch nichts von den Schicksalen der Partei und der Sowjets. Es handelt sich darum, für die Gewerkschaften alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, die ihnen ermöglichen, wirklich die Aufgaben zu erfüllen, die die neue Epoche ihnen stellt.

Die Gewerkschaften als Stütze der proletarischen Diktatur.

3. Die Kommunistische Partei Rußlands muß die Diktatur des Proletariats in einem Lande mit einer gewaltigen Mehrheit an bäuerlicher Bevölkerung verwirklichen. Jetzt, wo dem Bauerntum nicht mehr unmittelbar die Gefahr der Wiederaufrichtung der Gutsbesitzergewalt droht, stößt die Verwirklichung der proletarischen Diktatur auf neue Schwierigkeiten. Eine erfolgreiche Verwirklichung dieser Diktatur ist nur möglich, wenn machtvolle, von einheitlichem Streben und Willen durchdrungene Gewerkschaften als Massenorganisationen vorhanden sind, die für alle Proletarier ohne Unterschied des Entwicklungsgrades ihres Klassenbewußtseins zugänglich sind.

Die Gewerkschaften als Schule des Kommunismus.

4. Die wichtigste Rolle der Gewerkschaften in Sowjet-Rußland bleibt ihre Rolle als Schulen des Kommunismus. Die Gewerkschaften können nur dann Anfangsschule für die Ausbildung von organisatorischen Fähigkeiten und für die politische Erziehung der breitesten Massen und sogar der zurückgebliebenen Massen der Werktätigen sein, wenn sie sich

systematisch um alle Fragen des täglichen Lebens des Arbeiters in und außerhalb der Fabrik kümmern.

Die Hauptmasse der Gewerkschaftsmitglieder (6 970 000 Mitglieder, wovon nur ungefähr eine halbe Million der Partei angehört) besteht aus Parteilosen. Der Kommunismus wird mit dem Menschenmaterial geschaffen, das uns als Erbschaft des Kapitalismus geblieben ist. Die Gewerkschaften in Sowjet-Rußland werden allmählich zu einer Organisation, die sämtliche Arbeiter ohne Ausnahme umfaßt. Die Gewerkschaften organisieren die Elemente der Werktätigen, die während der Epoche des Kapitalismus in ihrer großen Mehrheit der proletarischen Gemeinschaft indifferent gegenüber standen (frühere Handelsangestellte, Krankenhauspersonal, werktätige Künstler u. a. m.). Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften als Schulen des Kommunismus ist die Bearbeitung dieser Elemente, ihre Annäherung an die fortgeschrittensten Schichten des Proletariats, ihre Heranziehung zur Mitarbeit an dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Zur erfolgreichen Durchführung dieser ihrer Aufgaben müssen die Gewerkschaften vor allem Organisationen werden, in denen jedes einzelne Mitglied zu einer bewußten und aktiven Teilnahme an dem allgemeinen Leben seines Verbandes erzogen wird. Die Gewerkschaften müssen als Schule des Kommunismus auf allen Gebieten des täglichen Lebens der werktätigen Massen wirken, sie müssen deswegen die breitesten Schichten der Werktätigen zur Arbeit am staatlichen Aufbau heranziehen, ihren Weg stets mit den Ideen unseres Programmes erleuchten, sie aus ihrer Vereinzelung zum sozialen Bewußtsein führen und allmählich sie von der Parteilosigkeit zum Kommunismus erheben.

Für die Gewerkschaften Sowjet-Rußlands birgt der Begriff „Schule des Kommunismus" gleichermaßen das Moment der wirtschaftlichen Erziehung in sich. Im gegenwärtigen Moment erfüllen die Gewerkschaften ihre Rolle als Schule des Kommunismus soweit, als sie Führer der proletarischen Massen in der kommunistischen Praxis sind, d. h. in der praktischen Reorganisation und im Aufbau der Wirtschaft auf kommunistischer Grundlage. Nur der Verband in Sowjet-Rußland ist eine wirkliche Schule des Kommunismus, der allmählich die zurückgebliebenen Schichten der Werktätigen zur bewußten Mitarbeit an der Verbesserung der Sowjet-Volkswirtschaft heranzuziehen versteht.

Der X. Kongreß der K. P. R. lenkt die Aufmerksamkeit aller Mitglieder der Partei besonders auf diese Rolle der Ge-

werkschaften. Die Anerkennung und Autorität in der Gewerkschaftsbewegung soll der Kommunist nur ausschließlich durch stetige und unermüdliche tägliche Arbeit innerhalb des Verbandes erringen — so daß die Massen selbst ihn auf einen führenden Posten stellen. Die Aufgabe der halben Million Mitglieder unserer Partei, die gegenwärtig Mitglieder der Gewerkschaften sind, besteht darin, durch eine lange, geduldige und standhafte erzieherische Arbeit, durch persönliches Beispiel, organisatorische Fähigkeiten, Geschicklichkeit in der Wirtschaftsführung, durch Sorge für die materiellen und geistigen Interessen der werktätigen Massen, die Millionen parteiloser Arbeiter, die gegenwärtig in den Gewerkschaften die Mehrheit darstellen, völlig für unsere Partei zu gewinnen.

Die Frage der Verstaatlichung der Gewerkschaften.

5. Eine übereilte Verstaatlichung der Gewerkschaften würde gerade deswegen ein großer politischer Fehler sein, weil sie im gegenwärtigen Stadium die Gewerkschaften im höchsten Grade daran hindern würde, die oben aufgezeigten Aufgaben zu lösen.

Die jetzige Lage der Gewerkschaften in Sowjet-Rußland ist, was ihr Verhältnis zum Staat anbelangt, eine eigenartige. Die Gewerkschaften erfüllen bereits im gegenwärtigen Moment einige Funktionen rein staatlicher Organe (Ausarbeitung der Tarife, Regelung des Bekleidungswesens u. a. m.). Im Sowjetstaat werden sich diese staatlichen Funktionen der Gewerkschaften ständig vergrößern. Ungeachtet dessen aber der Parteitag anerkennt, daß jede künstliche Beschleunigung des Tempos der Verstaatlichung der Gewerkschaften nicht im geringsten die wirtschaftliche Lage der Sowjet-Republik verbessern und nur den Gewerkschaften ihre Rolle als Schulen des Kommunismus erschweren würde. Die Aufgabe besteht darin, für den Sowjetstaat mehr und mehr, nicht nur in Worten, sondern in der Tat, diese nichtparteimäßigen Massenorganisationen zu erobern, während sie den Charakter von Organisationen beibehalten, zu denen alle Arbeiter freien Zutritt haben, gleichviel, welche politischen Ansichten und Stimmungen sie hegen, ob sie politisch organisiert sind oder nicht, ob sie lesen und schreiben können oder nicht, ob sie religiös oder nichtreligiös sind usw.

Die Methoden der Ueberzeugung und die Methoden des Zwanges in den Gewerkschaften.

6. Die Hauptmethode der Gewerkschaften ist nicht die Methode des Zwanges, sondern die Methode der Ueberzeugung, was durchaus nicht bedeutet, daß die Gewerkschaften nicht auch nötigenfalls die Prinzipien des proletarischen Zwanges erfolgreich anwenden können und müssen. (Zwangsweise Mobilisierung von Zehntausenden von Verbandsmitgliedern für die Front, Disziplinargericht und ähnliches.) Ein Umbau der gewerkschaftlichen Organisationen von oben ist völlig unzweckmäßig. Die Methoden der Arbeiterdemokratie, die während drei Jahren des grausamsten Bürgerkrieges stark eingeengt waren, müssen in erster Linie und in breitestem Maße vor allem in der Gewerkschaftsbewegung wieder zu ihrem Recht gelangen. In den Gewerkschaften muß vor allem eine breite Wählbarkeit aller Organe der Gewerkschaftsbewegung wirklich Platz greifen und die Methode der Ernennungen beseitigt werden. Die gewerkschaftliche Organisation muß nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein. Gleichzeitig aber muß in der Sphäre der Gewerkschaftsbewegung besonders energisch und planmäßig der Kampf mit den Auswüchsen des Zentralismus und den militarisierten Formen der Arbeit geführt werden, mit dem Bürokratismus und einer staatlichen Mißwirtschaft. Eine durch den Druck der Verhältnisse notwendig gewordene Militarisierung der Arbeit wird nur in dem Maße von Erfolg gekrönt, als es Partei, Räten und Gewerkschaften gelingt, den allerbreitesten Massen der Werktätigen die Notwendigkeit dieser Methode zur Rettung des Landes verständlich zu machen und zumindest die vorgeschrittensten Schichten dieser werktätigen Massen für diese Arbeit organisatorisch zu erfassen.

Die Partei und die Gewerkschaften.

7. Die K. P. R. beeinflußt durch ihre zentralen und lokalen Organisationen unbedingt wie bisher die ganze Arbeit der Gewerkschaften. Die Kommunistischen Fraktionen der Gewerkschaften unterstehen völlig den Parteiorganisationen; über diese wechselseitigen Beziehungen wird der X. Parteitag der K. P. R. besondere Bestimmungen treffen. Gleichzeitig aber warnt der X. Parteitag dringend und kategorisch alle Parteiorganisationen und einzelnen Genossen vor jeder kleinlichen Bevormundung

und Einmischung in die laufenden Arbeiten der Gewerkschaften. Selbstverständlich muß die Auswahl des leitenden Personals der Gewerkschaftsbewegung unter der Führung und Kontrolle unserer Partei stattfinden. Die Parteiorganisationen aber müssen die normalen Methoden der proletarischen Demokratie besonders sorgfältig gerade in den Gewerkschaften durchführen, wo vor allem an der Auswahl der Führer die breiten organisierten Massen teilhaben müssen.

Die Partei muß für die leitenden Posten der Gewerkschaftsbewegung Organisatoren und Volkswirtschaftler stellen, die von der besonderen Wichtigkeit der Aufgaben der Produktion durchdrungen sind. Dabei muß die Partei darauf achten, daß die Kandidaten nicht nur über diese Eigenschaften verfügen, sondern auch unbedingt dem Kommunismus ergeben, diszipliniert und insonderheit mit der Arbeit in den breiten Arbeitermassen vertraut sind und mit ihnen umzugehen verstehen. Man darf keinen Augenblick vergessen, daß die ganze praktische Arbeit in den Gewerkschaften besonders große Aufmerksamkeit und ein feines Gefühl erfordert gegenüber den kleinsten, aber für die werktätigen Massen lebenswichtigsten Fragen.

Die Gewerkschaften und die politischen Abteilungen.

8. Während des Bürgerkrieges mußte die Partei ausnahmsweise die Organisation der politischen Abteilungen sanktionieren, die bis zu einem gewissen Grade zeitweilig die Funktionen der Gewerkschaften übernehmen. Eine solche Ausnahme war das politische Hauptbüro für das Verkehrswesen. Der IX. Kongreß, der die Gründung dieser Abteilung beschlossen hatte, unterstrich ausdrücklich den provisorischen Charakter dieses Organs, in der Praxis aber wuchsen sich diese politische Hauptabteilung des Verkehrswesens und das aus ihm hervorgegangene „Zentralkomitee des Transports" (Zektrans) zu Organen aus, die losgelöst von der gewerkschaftlich organisierten Masse, sich in Gegensatz zu der allgemeinen gewerkschaftlichen Organisation stellte und die Methoden der normalen Demokratie in den Gewerkschaften durch bürokratische Methoden ersetzte. Der X. Kongreß der K. P. R. billigt die Liquidierung der politischen Hauptabteilung für das Verkehrswesen und die Entschließung des Zentralkomitees der Partei, die das Zentralkomitee des Transports anweist, die

Spezialistenwirtschaft durch die normale Arbeiterdemokratie zu ersetzen. Der X. Kongreß der K. P. R. erklärt die weitere Beibehaltung des Stoßgruppenprinzips bei der Verwirklichung des Wirtschaftsplanes für notwendig; gleichzeitig muß energisch dazu übergegangen werden, allmählich die Lage verschiedener Arbeitergruppen den entsprechenden Gewerkschaften anzugleichen durch immer stärkere Ausdehnung der allgemeinen gewerkschaftlichen Organisation. Der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften umfaßt mehrere Millionen Gewerkschaftsmitglieder; die Partei muß mit allen Kräften danach streben, ihn in eine machtvolle Organisation zu verwandeln, die wirklich fähig ist, die gigantischen Aufgaben auszuführen, vor denen die Allrussische Gewerkschaftsbewegung jetzt steht. Keinesfalls ist es zulässig, die gesamte Gewerkschaftsbewegung mit einzelnen ihrer Teile in Gegensatz zueinander zu bringen; genau so unzulässig ist es, das Zentralkomitee eines Verbandes aus der allgemeinen gewerkschaftlichen Bewegung herauszuheben. Der X. Kongreß der K. P. R. bestätigt deshalb folgende Erklärung des IX. Parteitages:

„Wenn das Proletariat als Klasse vor der Aufgabe steht, von nun an die Arbeit auf den Krieg einzustellen, d. h. wenn jetzt größte Genauigkeit, Pünktlichkeit in der Ausführung, Schnelligkeit in der Arbeit, Intensität, unbegrenzte Opferfreudigkeit der Arbeiter erforderlich sind, so geht das in erster Linie die Organe der Industrieverwaltung überhaupt und deshalb auch die Gewerkschaften an."

Die Rote Armee konnte nicht ausgebaut werden, wenn nicht die wählbaren Komitees des alten Typus beseitigt worden wären. Im Gegensatz hierzu ist es unmöglich, die Volkswirtschaft auf die erforderliche Höhe zu bringen, wenn man nicht gleichzeitig die gewerkschaftlichen Organisationen ausbaut und hebt. Die in der Roten Armee angewandten Methoden sind vollauf durch den Sieg über die Konterrevolution gerechtfertigt und haben dem Lande die Möglichkeit gegeben, den Wiederaufbau der Wirtschaft zu beginnen. Um die volkswirtschaftlichen Aufgaben erfolgreich zu lösen, muß die Partei verstehen, die auf diesem Gebiet erforderlichen Methoden anzuwenden, d. h. in erster Linie die Methoden der Arbeiterdemokratie.

II.

Der Parteitag erachtet es für notwendig, nachdrücklich zu betonen, daß die organisatorisch-wirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften und die Konzentrierung ihrer Aufmerksamkeit auf die praktischen Fragen der Wirtschaft — so wie sie von allen Gewerkschaftskongressen und -Konferenzen festgelegt sind — noch nicht in genügendem Maße in die alltägliche Praxis der Gewerkschaften eingedrungen sind und daß die Verwirklichung dieser Aufgaben durch die Gewerkschaften im Augenblick die wichtigste Aufgabe ist.

Anderseits sind schnelle und entschiedene Erfolge im Kampfe mit der Zerrüttung der Wirtschaft nur unter der Bedingung möglich, daß die Gewerkschaften sich bedeutend intensiver als bisher mit den wirtschaftlichen Aufgaben beschäftigen und auf das Tätigste an der Organisation und Verwaltung der Industrie teilnehmen.

Aus diesen Gründen erachtet der Kongreß folgende organisatorischen Maßnahmen für dringend erforderlich:

Die ökonomischen Abteilungen der Gewerkschaften.

Um den proletarischen Massen systematisch die volkswirtschaftlichen Erfahrungen zu eigen zu machen und diese Erfahrungen für den einheitlichen Wirtschaftsplan auszuwerten, müssen in den Gewerkschaften und ihren Kartellen ökonomische Abteilungen geschaffen werden. Die ökonomischen Abteilungen nehmen unmittelbar an allen Arbeiten der Ausarbeitung und Verwirklichung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes teil. Sie sind daher Organe, durch die die breiten Arbeitermassen zu der Verwaltung der Wirtschaft der Sowjet-Republik herangezogen werden.

Zu ihren Aufgaben gehören:

1. die Arbeiten der volkswirtschaftlichen Organe systematisch zu studieren und auf breitere Grundlage zu stellen,
2. Inspektions- und Kontrollfunktionen,
3. Mitarbeit an der Schaffung des Wirtschaftsplanes, der Kontingentierung des Wirtschaftsbedarfs und Aufstellung eines Produktionsprogramms,
4. Studium der Technik aller Arten des Arbeitsprozesses,
5. Teilnahme an der Bildung von volkswirtschaftlichen Organen,

6. Kontrolle der Registrierung und Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte und Spezialisten, ebenso Kontrolle der richtigen Verteilung von Materialien und Rohstoffen,
7. Ausarbeitung von Methoden und Verfahren des Kampfes gegen die Verletzung der Arbeitsdisziplin, der Arbeitsdesertion, der Selbstversorgung auf Kosten der Arbeitszeit (Pfuscharbeit) u. a. m.,
8. Studium der technischen Erfahrungen der Delegierten-Konferenzen, Betriebsräte, Produktionsgruppen und einzelner Arbeitergruppen und sofortige Verwertung durch die volkswirtschaftlichen Organe (Unterabteilung zur Vervollkommnung des Produktionsprozesses).
9. Ohne neben den volkswirtschaftlichen Organen eigene administrative Parallelorgane zu schaffen, müssen die ökonomischen Abteilungen über einen gut funktionierenden und nach den Erfahrungen der Wissenschaft und Technik ausgerüsteten Apparat verfügen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.
10. Die Erfüllung der genannten Aufgaben setzt eine Organisation der ökonomischen Abteilungen voraus, die mit der Produktionsgruppe (bei dem Betriebsrat) beginnt. Die Kollegien der ökonomischen Abteilungen setzen sich aus den Vertretern der volkswirtschaftlichen Organisationen und den Vertretern der Gewerkschaften zusammen.

Bildung volkswirtschaftlicher Organe.

1. Die Organe der Industrieverwaltung, angefangen von den einzelnen Unternehmungen bis auf den Obersten Rat der Volkswirtschaft, werden nach Uebereinkunft zwischen den Gewerkschaften und den volkswirtschaftlichen Organen gebildet, wobei die Produktionsverbände und ihre Kartelle Kandidaturen vorschlagen. Es empfiehlt sich, die vorzuschlagenden Kandidaturen zuerst auf den Delegiertenberatungen, Konferenzen usw. zu besprechen.

2. Um eine engere Verbindung zwischen Verbänden und volkswirtschaftlichen Organen herzustellen, ist eine richtige Organisation, Erweiterung und Feststellung der Vertretung der Gewerkschaften auf den Gouvernements- und Allrussischen Kongressen der Volkswirtschaftsräte notwendig. Die ökonomischen Abteilungen der Gewerkschaftskartelle sind verpflichtet, zu diesen Kongressen Vertreter zu entsenden.

3. Zum gleichen Zwecke müssen nach den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse die Führer der Gewerkschaften in die höchsten Organe der Volkswirtschaftsräte eintreten und umgekehrt.

4. Dementsprechend werden auch andere volkswirtschaftliche Organe der Republik unter nächster und unmittelbarer Beteiligung der Gewerkschaften gebildet.

Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Aufstellung des einheitlichen Wirtschaftsplans und der Produktionsprogramme.

1. Um die gewerkschaftlichen Organisationen und die von ihnen erfaßten Arbeitermassen für die Verwaltung der Produktion zu schulen, ist es besonders wichtig, daß der allrussische Zentralrat der Gewerkschaften, die Zentralkomitees der einzelnen Verbände, die Gouvernementsräte der Gewerkschaften, die Gouvernementsabteilungen usw. intensiv an der Aufstellung des Wirtschaftsplanes und der Produktionsprogramme mitarbeiten.

2. Diese Mitarbeit darf nicht nur darin bestehen, daß die Verbände ihre Vertreter in die entsprechenden Produktionskommissionen der volkswirtschaftlichen Organe delegieren, sondern auch darin, daß die Produktionsprogramme ausführlich auf Konferenzen und Beratungen besprochen werden. Hierbei muß besonderer Wert darauf gelegt werden, die praktischen Erfahrungen der Arbeitermassen in der Organisation der Produktion zu verwerten.

Die Kontroll- und Inspektionstätigkeit der Gewerkschaften.

1. Um die volkswirtschaftlichen Organe bei der Verwirklichung des einheitlichen Wirtschaftsplanes zu unterstützen, üben die Verbände die Kontrolle und Inspektion über den Gang und die Lage der Produktion in den Betrieben und die Tätigkeit der sie regulierenden Organe aus, indem sie durch ihre Abteilungen und untersten Zellen die Durchführung der Produktionsprogramme, die rechtzeitige Zuführung von technischen und materiellen Mitteln, Arbeitskraft usw. unmittelbar überwachen. Um schädlichen organisatorischen Parallelismus zu vermeiden, muß in Zusammenhang hiermit bestimmt werden, daß die Arbeiter- und Bauerninspektion für einzelne administrativ-wirtschaftliche Revisionen die Gewerkschaftszellen in

den Betrieben benützt, ohne eigene ständige Organe hierfür zu schaffen.

2. Außerdem wachen die Gewerkschaften darüber, daß die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse und Konferenzen sowohl in bezug auf die Regelung der Arbeit als auch in bezug auf die Produktion tatsächlich durchgeführt werden.

3. Die Kontrolle und Ueberwachung der Tätigkeit der volkswirtschaftlichen Organe durch die Gewerkschaften, die mit Hilfe der ökonomischen Abteilungen der Letzteren durchgeführt werden, müssen, nicht nur um den Wirtschaftsaufbau und die Produktionsverwaltung zu verbessern, sondern auch um hieran unmittelbar breite Schichten der Arbeiter teilnehmen zu lassen, den Charakter von Inspektionen tragen.

Registrierung und Verteilung der Arbeitskraft.

Der Parteitag hält die Registrierung und Verteilung der Arbeitskraft für eine Vorstufe zur kommunistischen Organisation der Arbeit und ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften sich aufs intensivste an dieser Arbeit beteiligen müssen. Der Parteitag spricht sich im Prinzip dafür aus, daß es wünschenswert ist, die ganze Angelegenheit der Registrierung und Verteilung der Arbeitskraft in den Händen des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften und der Gouvernementsräte der Gewerkschaften zu konzentrieren.

Die Aufgaben auf dem Gebiete des Tarifwesens.

1. Die Grundlage der Tarifpolitik und -Praxis muß eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Bedarfsartikel unter den werktätigen Massen bilden. Gleichzeitig benutzen die Gewerkschaften den Natural- und Geldlohn als Mittel zur Disziplinierung und zur Steigerung der Produktivität (Prämiensystem usw.).

2. Zu diesem Zweck muß die Beschaffung und Verteilung der Bedarfsartikel nach einem System geschehen, das die Arbeit der Verpflegungsorgane mit der der Gewerkschaften nach Maßgabe der Bestimmungen der Volkswirtschaftsräte regelt und in Einklang bringt.

3. Besondere Aufmerksamkeit muß darauf verwandt werden, praktisch und in großem Maßstabe zentral und lokal das Dekret des Rates der Volkskommissare über die unentgeltliche

Verteilung von Produkten und Gegenständen des Massenbedarfs der Werktätigen durchzuführen.

4. In möglichst kurzer Zeit ist der Fonds für Naturalprämien bis zu den Normen zu steigern, die den Normen der Stoßgruppenration für alle Arbeiter und Angestellte der Sowjet-Unternehmen und -Institute entsprechen.

5. Der Fonds für Naturalprämien muß nach Möglichkeit auch zu dem Zweck vergrößert werden, um die Prämiierung durch Naturalien von den Stoßgruppenunternehmungen und Produktionszweigen auf alle übrigen auszudehnen.

6. In der Annahme, daß der Geldlohn notwendigerweise für absehbare Zeit noch beibehalten werden muß, und daß aus einer ganzen Reihe von Gründen zeitweilig auch noch eine verschieden hohe Entlöhnung je nach der Qualifikation der Arbeitskraft beibehalten werden muß, muß die Tarifpolitik dessen ungeachtet auf möglichst großen Ausgleich der Löhne aufgebaut werden, wobei in das allgemeine Tarifsystem auch die Gehälter der leitenden Angestellten einbezogen werden müssen.

7. Als konkrete Maßnahmen auf dem Gebiete der Naturalisierung des Arbeitslohnes müssen die Gewerkschaften Normen aufstellen für die unentgeltliche Versorgung mit Bedarfsartikeln und die unentgeltliche Benutzung der Verkehrsmittel, Wohnungen, Theater usw.

8. Die Entlöhnung und Verteilung von Massenbedarfsartikeln muß entsprechend den Resultaten der Normierung der Arbeit geregelt werden, auf die die Gewerkschaften und volkswirtschaftlichen Organe ganz besondere Aufmerksamkeit verwenden müssen.

Um alle diese Maßnahmen durchzuführen, ist es notwendig: a) den Parallelismus bei der Normierung der Arbeit zu liquidieren, indem die ganze Tarifarbeit in den Händen der Verbandsorgane konzentriert wird; b) den örtlichen und Gouvernements-Gewerkschaftskartellen die größte Selbständigkeit bei der Durchführung aller Fragen der Politik und Praxis des Tarifwesens zu überlassen; c) alle Sowjet-Institute, die militärischen wie die zivilen zu verpflichten, genau und streng alle Bestimmungen der Organe der Normierung der Arbeit innezuhalten; d) die Normierungsorgane müssen aufs engste durch wählbare Berechnungskommissionen usw. mit der Arbeitermasse verbunden sein; e) die lokalen Parteiorganisationen müssen mit aller Kraft den Gewerkschaften helfen, ihren Tarif-

apparat zu festigen und auf wissenschaftlicher Grundlage zu organisieren.

Die Gewerkschaften und die Spezialisten.

1. Um die Gewerkschaftsmitglieder mit technischer Bildung und administrativ-volkswirtschaftlicher Erfahrung rationell im Produktionsprozeß auszunutzen, organisieren die ökonomischen Abteilungen der Gewerkschaften die Eintragung der qualifizierten Kräfte.

2. Auf Grund dieser Registratur und der Empfehlung der Gewerkschaftssektion der technischen Kräfte und der lokalen Werkorganisationen, nehmen die Gewerkschaften die Auswahl des Personals für höhere administrative und technische Posten vor.

3. Dieser Auswahl wird zugrunde gelegt: a) die wirkliche technische Bildung und wissenschaftliche Vorbereitung; b) die persönlichen Fähigkeiten des betr. Verbandsmitgliedes für die Ausführung der ihm übertragenen Pflichten in der Leitung; c) seine soziale Lage in der Vergangenheit; d) sein Verhältnis zur Sowjetmacht während des bisherigen Sowjetaufbaus.

Die Produktionspropaganda.

1. Ein schneller und entschiedener Sieg der Arbeiterklasse über den Zerfall der Wirtschaft ist nur unter der Bedingung denkbar, daß die ganze Masse der Werktätigen ein klares Bild von den gewaltigen Produktionsaufgaben hat, vor denen sie steht. Darum muß die Produktionspropaganda vor allem darauf gerichtet sein, das Interesse der Massen hierfür zu wecken und ihnen verständlich zu machen, welches die nächsten Aufgaben (einheitlicher Wirtschaftsplan) und die Grundaufgaben der Volkswirtschaft sind.

2. Die nächsten praktischen Aufgaben der Produktionspropaganda sind:

a) die breiten Massen der Werktätigen für die Probleme der Produktion im einzelnen Unternehmen sowohl wie in der Gesamtwirtschaft zu interessieren;

b) die Sammlung der Massen für die wichtigsten Produktions- und Wirtschaftsaufgaben der Gegenwart;

c) Bildung von Stoß- und Initiativgruppen zur Beseitigung von Mängeln sowohl auf der allgemeinen Produktionsfront,

als auch im Rahmen einzelner Unternehmen und Produktionszweige (Heizmaterial, Rohstoffe, Transport, Lebensmittel usw.);

d) Steigerung und Festigung der Arbeitsdisziplin und Kampf gegen die Arbeitsdesertion in allen ihren Formen (Feiern, Sabotage, offene und versteckte Verletzung des normalen Ganges der Arbeit, Mißbräuche);

e) die Unterstützung bei Arbeitermobilisierungen und bei der systematischen Erfassung von Arbeitern, Angestellten und technisch-administrativem Personal, die in irgendwelchen Instituten beschäftigt sind und durch Spezialkenntnisse in den Werken, Fabriken, dem Transportwesen und im Bergbau rationell ausgenutzt werden müssen. Mitarbeit bei der Vorbereitung und Aufstellung eines Kontingentes von qualifizierten Arbeitern, Organisatoren und Administratoren aus dem Arbeiterstand;

f) die technischen Kräfte müssen zum Sowjet-Wirtschaftsaufbau nutzbar gemacht werden, indem sie durch die Gewerkschaften zur Mitarbeit bei der Durchführung des einheitlichen Wirtschaftsplanes auf dem Gebiete der Elektrifizierung und der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit im Produktionsprozeß herangezogen werden.

3. Werkversammlungen, technische Beratungen, Konferenzen jeder Art, darunter solche für Produktionszweige, Delegiertenberatungen, Presse, Kunst, Wanderausstellungen, Kino, Industriemuseen, Klubs u. a. m. — das alles muß der Produktionspropaganda dienstbar gemacht werden.

4. Bei dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften wird ein Büro der Produktionspropaganda geschaffen, das aufs kräftigste von der Partei unterstützt wird. Dieses Büro muß zum Zentrum des praktischen Studiums der verschiedenen Formen der Produktionspropaganda, der Resultate der volkswirtschaftlichen Tätigkeit der Gewerkschaften, der gemeinsamen Arbeit der Gewerkschaften, der volkswirtschaftlichen Organe und der Resultate der Anwendung von Disziplinarverfahren usw. werden.

Arbeitsdisziplin und Disziplinargerichte.

1. Die Gewerkschaften sind nicht nur ein Organ der Selbsterziehung der werktätigen Massen im Produktionsprozeß, sondern sind auch gleichzeitig, wie die Erfahrung dreier Jahre proletarischer Diktatur gezeigt hat, eine Schule der Disziplin,

wo der Arbeiter, die Arbeiterin und der Angestellte tagtäglich bei Aufstellung von Tarifen, Prämiierungen, die Verteilung der Arbeitskräfte, der Reihenfolge bei der Urlaubserteilung, Besuch der Erholungsheime, bei der Arbeit in den Bekleidungsämtern, Lebensmittelämtern usw. lernen, sich den Interessen der Allgemeinheit und den auf ihnen beruhenden Direktiven der Gewerkschaften unterzuordnen.

2. In Anbetracht dessen, daß einzelne zurückgebliebene Elemente der Werktätigen sich noch nicht über ihre Klassenpflichten klar geworden sind, und manchmal durch Verletzung der Arbeitsdisziplin die allgemeine Arbeit der Arbeiterklasse beim Aufbau Sowjet-Rußlands stören, waren die Gewerkschaften gezwungen, besondere Organe des proletarischen Zwanges zu schaffen.

3. Im allgemeinen System dieser Organe und Maßnahmen haben die größte Bedeutung das Institut der kameradschaftlichen Disziplinargerichte und das Institut der Bevollmächtigten im Kampf mit der Arbeitsdesertion, die beide den Gewerkschaften angegliedert sind.

4. Das Institut der Bevollmächtigten zum Kampf gegen die Arbeitsdesertion arbeitet nach den Bestimmungen der höchsten Gewerkschaftsorgane. Dieses Institut trifft Maßnahmen zum Kampf gegen alle Formen der Arbeiterdesertion und der Verletzung der Arbeitsdisziplin. Als Grundlage dienen ihm die objektiven Tatsachen, die in der Form von täglichen Arbeitsberichten aus den Betrieben und Instituten den ökonomischen Abteilungen der Gewerkschaften übermittelt werden.

5. Die kameradschaftlichen Disziplinargerichte spielen ihrem Charakter und ihren Aufgaben entsprechend im Proletariat die Rolle proletarisch-kameradschaftlicher Ehrengerichte. Ihre Sitzungen müssen öffentlich stattfinden.

6. Die Kompetenz und die disziplinarischen Strafmaßnahmen des kameradschaftlichen Disziplinargerichtes erstrecken sich auf alle Gewerkschaftsmitglieder, sowohl auf die Arbeiter, als auch ohne Ausnahme auf das ganze höhere gewerkschaftliche und leitende volkswirtschaftliche und administrativ-technische Personal.

III.

Die nächsten Organisationsaufgaben der Gewerkschaften.

1. Unsere Gewerkschaftsbewegung hat sich im Laufe der letzten drei Jahre von den Berufsverbänden zu 23 zentralisier-

ten allrussischen Produktionsverbänden entwickelt, die alle Arbeiter, Angestellten und das administrativ-technische Personal sämtlicher Produktionszweige erfassen.

2. Parallel mit dieser horizontalen Zentralisation dehnte sich die Bewegung vertikal von den Industriezentren auf die Gouvernementszentren vom Gouvernement auf den Ujesda (Regierungsbezirk) und schließlich auf die Ortschaften und Kreise (Dörfer) durch ein Netz von Sekretariaten aus. Die Gewerkschaften, die im Jahre 1917 hauptsächlich das Industrieproletariat umfaßten, erfaßten bereits 1918 neue Schichten (Mediziner, werktätige Künstler usw.). So wurde auch zuerst das höhere Kontorpersonal und dann im Jahre 1919 und 1920 das höhere administrativ-technische Personal in den allgemeinen Verbänden der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert und allmählich durch Einordnung unter die allgemeine proletarische Disziplin erzieherisch beeinflußt. Schließlich begann man, auch die Heimarbeiter und die halbbäuerlichen Elemente in den Gewerkschaften zu erfassen (Land- und Forstarbeiter, Holzfäller-Genossenschaften, Torfarbeiter usw.).

3. Der Ausbau der Gewerkschaften führt in der nächsten Periode zweifelsohne zu einer weiteren Verringerung der Zahl der Verbände. Diese Verringerung und die Zusammenlegung verschiedener Arbeiterkategorien zu einem Verband hat eine große organisatorische Rolle gespielt bei der Vernichtung zünftlerischer Tendenzen und der Ausmerzung von Reibereien zwischen einzelnen Arbeiterkategorien. Gleichzeitig aber hatte dieser Prozeß vom Standpunkte der Produktion gewisse negative Seiten, in dem Maße als einzelne Verbände nicht je einem, sondern zahlreichen volkswirtschaftlichen Organen gegenüberstehen.

4. Die Differenz zwischen der Zahl der Gewerkschaften und der Zahl der Hauptverwaltungen und Zentralverwaltungen, der Unterschied in der Kompetenz der Hauptverwaltungen und gewerkschaftlichen Organisation ist die Ursache der Schwäche unserer volkswirtschaftlichen Organe und erschwert den Einfluß der Arbeitermassen auf die entsprechenden volkswirtschaftlichen Organe. Darum erachtet der X. Kongreß der K. P. R. es für notwendig, alle unsere volkswirtschaftlichen Organe nach Gesichtspunkten der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit umzugruppieren und zum gleichen Zweck eine organisatorische Umgruppierung innerhalb der Produktionsverbände in Uebereinkunft mit dem Allrussischen Zentralrat der

Gewerkschaften und dem Obersten Rat der Volkswirtschaft vorzunehmen.

5. Parallel mit der Vereinfachung und der Vervollkommnung des Apparates der Gewerkschaften ist ihre wichtigste Aufgabe, die Wiederaufrichtung und Befestigung der Gewerkschaftsdisziplin, Genauigkeit in der Ausführung von Aufträgen, strengste Rechnungsführung und Verantwortlichkeit sowohl vor der Masse der Wähler, als auch vor den höheren Verbandsorganen.

6. Den Gewerkschaften werden neue außerordentlich wichtige Aufgaben zugewiesen. Das Schwergewicht der Arbeit für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft wird bis zu einem gewissen Grade in die Gewerkschaften verlegt. Deshalb müssen Partei und Sowjetmacht ihnen mit allem Notwendigen zu Hilfe kommen, damit die Gewerkschaften wirklich diese Aufgaben erfüllen können. Der Apparat der Gewerkschaften muß verbessert werden. Die lokalen Parteiorganisationen und das Zentralkomitee der Partei sind verpflichtet, den Gewerkschaften zu helfen, ihre untersten Zellen wieder aufzurichten, zu befestigen, auszubauen und zu systematisieren. Diese Arbeit muß sich erstrecken auf alle gewerkschaftlichen Organisationen, angefangen von den Branchen und Betriebsgruppen über die Delegiertenversammlungen und Gouvernementsräte bis zu dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften. So ist die wichtigste Aufgabe der Partei-, Sowjet- und Gewerkschaftsorganisationen die Befestigung des ganzen zentralen und lokalen Apparates der Gewerkschaften.

Ueber die Arbeiten der Gewerkschaften auf dem Lande.

Für Partei und Gewerkschaften steht gegenwärtig auf der Tagesordnung eine organisatorische Aufgabe, die die größte Sorgfalt und die Anspannung aller Kräfte erfordert, nämlich, die Vergrößerung des organisatorischen und ideellen Einflusses des städtischen Proletariats auf die werktätigen Massen des Dorfes. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn im Dorf genügend weitere Organisationen geschaffen werden, welche die dem Proletariat zunächst stehenden Schichten des Dorfes erfassen und sie im Sinne der proletarischen Disziplin erziehen.

Diese Aufgabe verleiht außerordentliche Bedeutung der Organisation der Kartellsekretariate in den Kreisen, Dörfern

und Flecken und gleichermaßen auch dem allrussischen Verband der Land- und Forstarbeiter und seinen lokalen Organen.

Die Gouvernementsräte der Gewerkschaften und die Bezirksbüros der Gewerkschaften müssen erkennen, wie wichtig ihre Aufgabe im Dorfe ist und mit allen Kräften die Tätigkeit ihrer Sekretariate ausbauen und festigen. Die Sekretariate müssen zu Organen der Sammlung der in den Dörfern verstreuten Fabrikarbeiter und Handwerker und zu Vorposten des städtischen Proletariats im Dorfe werden.

Die außerordentliche Bedeutung des allrussischen Land- und Forstarbeiterverbandes muß auch von der Partei und den Gewerkschaften in Rechnung gezogen werden, die ihn und alle seine Organe unterstützen und ihm materielle Mittel und Arbeitskräfte zur Verfügung stellen müssen. Die Gewerkschaften müssen praktische und genügend biegsame Formen der Organisation der breiten halbproletarischen Schichten des Dorfes ausfindig machen und diesen neuen Typ der Organisation mit den gewerkschaftlichen Organisationen verbinden und in die Sphäre der allgemeinen Klasseninteressen des Proletariats hineinziehen.

N. Lenin. G. Sinowjew. M. Tomski. J. Rudsutek. M. Kalinin. L. Kamenew. A. Losowsky. G. Petrowski. Artjom Ssergejeff. K. Stalin. W. Schmidt. W. Miljutin. G. Zyperowitsch.

Ueber die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften.

(Entwurf, vorgelegt dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands.)

Einleitung.

Die eingehende Parteidiskussion über die Gewerkschaftsfrage hat bereits das positive Ergebnis gehabt, daß sie die Klärung vorhandener und die Beseitigung vermeintlicher Differenzen und einfacher Mißverständnisse gefördert hat.

Als Ergebnis der Diskussion kann die Herausbildung von drei Standpunkten innerhalb der Partei in der Gewerkschaftsfrage festgestellt werden.

Die Stellungnahme der Zehn, die tatsächlich die alte Praxis des Präsidiums des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften sanktioniert, bedeutet gleichzeitig einen Verzicht auf jene „radikale Aenderung der Arbeitsmethoden und des Arbeitstempos" der Gewerkschaften, deren Notwendigkeit der IX. Parteitag bereits konstatiert hat. Die Position der Zehn bedeutet ein Verschließen der Augen gegenüber der tiefgehenden Krise innerhalb der Gewerkschaften, die in der außerordentlich geringen Fühlung zwischen den Gewerkschaftsorganen und dem Wirtschaftsleben und in dem Mißverhältnis zwischen den Methoden der gewerkschaftlichen Tätigkeit und den vor den Gewerkschaften stehenden Produktionsaufgaben zum Ausdruck kommt.

Die Zehn betonen treffend die Notwendigkeit eines entschlossenen Ueberganges aller Gewerkschaften zu den Methoden der Arbeiterdemokratie, verschließen sich jedoch der Tatsache, daß die Methoden der Demokratie innerhalb der Gewerkschaften an sich — ohne eine Aenderung in der Stellung und der Rolle der Gewerkschaften im Arbeiterstaat — die Frage nicht lösen und keinen Ausweg aus der Krise bieten.

Auf dem Gebiete der praktischen Folgerungen bedeutet die Plattform der Zehn zwar eine Reihe einzelner Konzessionen gegenüber unseren Ansichten, im großen und ganzen behält sie jedoch die Trennung zwischen den gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen bei, unter denen es nur von Zeit zu Zeit zu einer „Verständigung" (oder einem Zusammenstoß) kommt, und beleuchtet diese Trennung.

Die Plattform der „Arbeiteropposition" geht von dem durchaus berechtigten und richtigen Bestreben aus, die Verwaltung der Industrie in den Händen der Gewerkschaften zu konzentrieren, sie bringt jedoch dieses Bestreben sowohl vom praktischen als auch vom theoretischen Standpunkt absolut falsch zum Ausdruck und neigt immer mehr dem Syndikalismus zu.

Unter Nichtachtung der Tatsache, daß unsere wirtschaftlichen Organe mit Unterstützung der Gewerkschaften selbst entstanden sind und bei allen ihren bürokratischen Zügen die angehäufte organisatorische und wirtschaftliche Erfahrung des Arbeiterstaates in sich bergen, empfiehlt die „Arbeiteropposition", die ganze vorangegangene wirtschaftliche Aufbautätigkeit fallen zu lassen, und versucht statt einer Umbildung und Durchsetzung der gebildeten Wirtschaftsorgane mit Arbeitern,

sie mechanisch durch gewählte Arbeitervertreter zu ersetzen, beginnend mit der Fabrik und dem Bergwerk bis hinauf zu den obersten Wirtschaftsorganen der Republik.

Eine solche Lösung der Frage würde unvermeidlich — unabhängig von den Absichten der Väter dieser Anträge — zu einer gegenseitigen Isolierung der Fabriken und Werke, zu einer Zerstörung des zentralisierten gemeinwirtschaftlichen Apparates und zu dem Verlust des führenden Einflusses der Partei sowohl auf die Gewerkschaften als auch auf die Wirtschaft führen.

Unsere Plattform, die im Gegensatz zu der beruflichen eine Produktionsplattform ist, geht von der Anerkennung der tiefgehenden Krise innerhalb der Gewerkschaften aus, deren Ursache nicht nur die außerordentliche Einschränkung der Methoden der Arbeiterdemokratie ist, die in der verflossenen Periode erfolgte, sondern in erster Linie die außerordentlich unbestimmte Stellung der Gewerkschaften im Arbeiterstaat, die außerordentliche Schwächung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsorganen und den Wirtschaftsorganen und der durchaus ungenügende Einfluß der Gewerkschaften auf die Organisation der Produktion.

Die in bezug auf die Methoden der Gewerkschaftsdemokratie vorhandenen Schattierungen erwiesen sich als völlig unerheblich und verflüchtigten sich im Laufe der Diskussion. Dies gab nicht nur die Möglichkeit einer endgültigen Vereinigung der „Produktions"-Plattform mit der „Puffer"-Plattform, sondern ermöglichte es uns auch, die Formulierung der Frage betreffend die Arbeiterdemokratie in die gleichen Worte zu kleiden, die in der Plattform der Zehn zu finden sind. (Siehe den Abschnitt „Methoden der Ueberzeugung und Methoden des Zwanges in den Gewerkschaften".) Wir haben diese Fassung gewählt, um die weitere Verschiebung der Debatten auf das Gebiet der Frage zu verhindern, wer für und wer gegen die Arbeiterdemokratie sei. In dieser Hinsicht gibt es, wie wir von Anfang an behauptet haben, keinerlei Differenzen innerhalb der Partei. Der Kongreß wird nur die immer mehr zunehmende Anwendung der Methoden der Arbeiterdemokratie auf allen Gebieten des Lebens und der Arbeit in erster Linie bei den Gewerkschaften feststellen müssen.

Wir haben unseren Thesen die Form eines Entwurfes zu einem Beschluß des X. Parteitages gegeben und unseren Entwurf im Aufbau jenem der Zehn genähert, um allen Genossen das Studium und den Vergleich beider Dokumente zu erleich-

tern. Wir haben aus den ursprünglichen Thesen alles das fortgelassen, was bloß eine Beleuchtung der Frage zur Aufgabe hatte, dem Wesen nach jedoch im Beschluß des Parteitages keine Aufnahme finden konnte. Wir haben jene Formulierungen beseitigt, die zu Recht oder zu Unrecht Mißverständnisse herbeiführten, soweit hierdurch das Wesen unserer Position nicht untergraben wurde. So haben wir in den Wortlaut unseres Entwurfes den Ausdruck „Produktionsdemokratie" aufgenommen, der zunächst von unseren Gegnern stillschweigend oder offen anerkannt wurde und später ebenso scharfe, kühle und unbegründete Angriffe hervorzurufen begann. Wir streiten um das Wesen, nicht um die Form, um die Sache, nicht um den Namen. Mit einem Wort, wir haben alles getan, um die Differenzen auf ihren tatsächlichen prinzipiellen und praktischen Kern zurückzuführen. Gegenwärtig kann jedes Parteimitglied mit dem geringsten Aufwand an Zeit sich darüber klar werden, worin wir alle übereinstimmen und worin wir tatsächlich auseinandergehen.

*

Die Gewerkschaftskommission des Zentralkomitees unter Vorsitz des Genossen Sinowjew war ursprünglich bestrebt, eine mit der „Arbeiteropposition" gemeinsame Richtlinie in der Gewerkschaftsfrage zu finden; ein durchaus berechtigtes Bestreben, da die „Arbeiteropposition", welch unzulässige Uebertreibungen sich die Führer dieser Gruppe auch zuschulden haben kommen lassen, eine große Zahl wertvoller Parteielemente umfaßt. Die von der Kommission des Genossen Sinowjew ausgearbeitete Plattform führte jedoch nicht nur zu keiner Annäherung, sondern vertiefte im Gegenteil die Differenzen mit der „Arbeiteropposition" und trieb sie in noch höherem Maße dem Syndikalismus zu.

Die „Arbeiteropposition" — wenn man ihre führenden Elemente beiseite läßt — nährte und nährt sich von Tendenzen zweierlei Art: erstens von der Unzufriedenheit mit dem harten Charakter des Partei- und Rätezentralismus in der vergangenen Epoche, zweitens vom Protest gegen eine Herabminderung der Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften im Betrieb. Durch Hervorhebung, Betonung, Uebertreibung der Differenzen, die angeblich in bezug auf die Anwendung von militärischen Methoden, von Zwang und Ueberzeugung, „Umschachtelung" von oben herab usw. usw. bestehen sollen, suchte die Gruppe des Genossen Sinowjew gerade auf dem Boden dieser Uebertreibungen eine Annäherung an die „Arbeiteropposition" und

verschwieg vollkommen die grundlegenden Differenzen mit dieser Gruppe in der Frage der wirtschaftlichen Rolle der Gewerkschaften. Als es völlig offenbar wurde, daß die Kommission des Genossen Sinowjew, indem sie für die Methoden der „Arbeiterdemokratie" in den Gewerkschaften eintrat, nicht einen Schritt vorwärts getan hatte in der Frage einer Hebung der Rolle der Gewerkschaften in der Produktion, wendete sich die „Arbeiteropposition" nicht nur von dieser Plattform ab, sondern verstärkte in letzter Zeit auch ihren Einfluß in den gewerkschaftlichen Organisationen.

Nicht nur Anwachsen der Arbeiterdemokratie im Gewerkschaftsverband, sondern auch Steigerung des Einflusses der Gewerkschaften auf die Produktion; „Schule des Kommunismus" — in erster Linie im Sinne einer Erziehung der Massen und ihrer Bevollmächtigten zur Produktion; organisatorische Zusammenfassung und Verschmelzung der Gewerkschafts- und Wirtschaftsorgane und Durchsetzung des wirtschaftlichen Apparats mit Arbeitern auf Grund der ständig wachsenden Rolle der Gewerkschaften als Massenorganisationen — dies ist die von uns vertretene Richtungslinie im Gegensatz sowohl zu der professionellen Formlosigkeit, die in der Plattform der Zehn ihren Ausdruck gefunden hat, als auch zu dem ständig zunehmenden Hinneigen der „Arbeiteropposition" zum Syndikalismus.

* *
*

Projekt zu einem Beschluß des X. Parteitages über das Wesen der Krise in der Gewerkschaftsbewegung.

1. Ueber die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats besagt unser Parteiprogramm:

„Der Organisationsapparat der vergesellschaftlichten Industrie muß sich vor allem auf die Gewerkschaften stützen. Diese müssen sich immer mehr von der zunftartigen Enge freimachen und sich in große Produktionsverbände verwandeln, die die Mehrzahl und allmählich auch die Gesamtheit der Arbeiter des betreffenden Produktionszweiges umfassen."

Da die Gewerkschaften nach den Gesetzen der Räterepublik und nach der eingebürgerten Praxis bereits an allen örtlichen und zentralen Verwaltungsorganen der Industrie

teilnehmen, müssen sie soweit kommen, daß sie tatsächlich die gesamte Verwaltung der ganzen Volkswirtschaft als einer wirtschaftlichen Einheit in ihren Händen konzentrieren. Indem die Gewerkschaften auf diese Weise ein unlösbares Band zwischen der zentralen Staatsverwaltung, der Volkswirtschaft und den breiten Massen der Werktätigen sichern, haben sie in größerem Umfange letztere zur unmittelbaren Arbeit an der Wirtschaftsführung heranzuziehen. Die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und die Heranziehung der großen Massen bilden sogleich auch das beste Kampfmittel gegen die Bürokratisierung des wirtschaftlichen Apparates der Rätemacht und bieten die Möglichkeit, eine wirkliche Volkskontrolle über die Ergebnisse der Produktion auszuüben.

2. Ein völlig offensichtlicher und unanfechtbarer Gedanke des Parteiprogramms besteht darin, daß die Besitzergreifung der Produktion durch die Gewerkschaften — unter der Leitung der Partei und der Kontrolle des Arbeiterstaates — keine einmalige Handlung, sondern ein langwieriger Prozeß der Erziehung, Organisation und Gruppierung der Arbeiterklasse ist, auf der Grundlage der im Aufbau befindlichen sozialistischen Wirtschaft.

Dieser Prozeß an sich hat, wie die gesammelten Erfahrungen bereits lehren, verschiedene Etappen zurückzulegen, denen verschiedene Formen der Beteiligung der Gewerkschaften an der Organisation der Wirtschaft entsprechen. So sonderte die Arbeiterklasse nach den Oktobertagen, hauptsächlich durch Vermittlung der Gewerkschaften, die ersten einfachsten Organe aus sich heraus, um von den nationalisierten Unternehmungen Besitz zu ergreifen.

Mit der zunehmenden weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Institutionen, ihrer Spezialisierung usw., erfolgte ihre in diesem Stadium unvermeidliche Absonderung von den Gewerkschaften. Die wachsende Selbständigkeit der Wirtschaftsorgane hatte unvermeidliche Erscheinungen des Parallelarbeitens, Kompetenzstreitigkeiten, organisatorische Reibungen und Konflikte zur Folge. Die Anstrengungen der Wirtschaftsorgane sind in dieser Periode der Spezialisierung und Abgrenzung darauf gerichtet, den Gewerkschaften bestimmte Grenzen zu setzen und ihre Einmischung in das Wirtschaftsleben zu beschränken.

Nach der gleichen Richtung bewegten sich alle Anstren-

gungen und die gesamte Aufmerksamkeit der Partei hinsichtlich der Fronten. Die wirtschaftlichen Aufgaben wurden, den Bedürfnissen des Krieges entsprechend, vornehmlich auf dem Wege außerordentlicher Maßnahmen gelöst. Die Fragen der Gewerkschaftsbewegung traten an zweite und dritte Stelle.

Diese zwei grundlegenden Ursachen — die Absonderung der wirtschaftlichen Organe und der Krieg — führten zu dem Mißverhältnis zwischen den Arbeitsmethoden der Gewerkschaften und den vor ihnen stehenden Aufgaben, eine Tatsache, die vom IX. Parteitag auch bestätigt wurde.

Der Krieg gegen das weiße Polen und gegen Wrangel hinderte die Partei daran, die „radikale Aenderung der Arbeitsmethoden und des Arbeitstempos" der Gewerkschaften zu verwirklichen, die der IX. Parteitag gefordert hatte. Tatsächlich ist im verflossenen Jahr die Absonderung der wirtschaftlichen Organe von den gewerkschaftlichen, insbesondere von den Zentralorganen, noch stärker geworden. Diese Erscheinung zusammen mit dem vorerwähnten Mißverhältnis zwischen den Arbeitsmethoden und den Aufgaben der Gewerkschaften macht das Wesen der tiefgehenden Krise innerhalb der Gewerkschaften aus.

3. Es sind die größten Anstrengungen nicht nur seitens der fortgeschrittenen Gewerkschaftsfunktionäre, sondern seitens der ganzen Partei in ihrer Gesamtheit erforderlich, um in möglichst kurzer Frist die Gewerkschaften zu beleben, zu erneuern und sie ideell zu festigen, um eine engere und richtigere Verbindung zwischen den Gewerkschaften und den Wirtschaftsorganen herbeizuführen, eine Uebereinstimmung zwischen den Methoden der gewerkschaftlichen Arbeit und den wirtschaftlichen Aufgaben zu erzielen und hierdurch den ständig wachsenden Einfluß der Gewerkschaften auf die Organisation der Produktion zu sichern. Hierin besteht die Aufgabe der Partei in der beginnenden Epoche des wirtschaftlichen Aufbaues.

Die Gewerkschaften als Stütze der Partei.

4. Indem die Gewerkschaften unmittelbar an ihre grundlegende Aufgabe der Organisation der Wirtschaft herantreten, müssen sie ihren Charakter als einer Massenorganisation der Arbeiterklasse, die Millionen Werktätiger bis einschließlich der rückständigsten und unwissendsten Schichten in Dorf und Stadt systematisch und unermüdlich in das Leben des

Rätestaates einbezieht, nicht nur beibehalten, sondern weiter entwickeln und vertiefen.

Ein wirklicher, d. h. lebendiger und bewußter, nicht nur formeller Zusammenschluß von Millionen Arbeitern in den Gewerkschaften kann nur auf dem Boden einer aktiven und schöpferischen Teilnahme der Gewerkschaften selbst am wirtschaftlichen Leben des Landes erreicht werden.

Seinerseits kann nur das Heranziehen von Millionen Proletariern zu bewußter wirtschaftlicher Tätigkeit durch die Gewerkschaften der Partei ihre grundlegende Klassenstütze fest sichern und hierdurch der Rätemacht die Möglichkeit geben, alle jene Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus der Zersplitterung, aus der wirtschaftlichen und politischen Rückständigkeit der nach vielen Millionen zählenden Bauernmassen ergeben.

Die erzieherische Tätigkeit der Gewerkschaften („Schule des Kommunismus").

5. Die Umwandlung der professionellen Verbände in Industrieverbände, nicht nur dem Namen, sondern dem Wesen ihrer Arbeiten und ihrer Methoden nach, bildet eine der gewaltigsten Aufgaben unserer Epoche. Die erzieherische Arbeit der Gewerkschaften, die von den Gewerkschaften als einer Schule des Kommunismus zu sprechen berechtigt, ändert radikal Inhalt und Methoden. Während die Gewerkschaften unter dem bürgerlichen Regime ihre erzieherische Arbeit hauptsächlich auf der Grundlage des wirtschaftlichen Klassenkampfes ausüben, kann sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Haupterziehungsarbeit durch die Gewerkschaften nur auf der Grundlage einer ständig zunehmenden Heranziehung der Massen zur Organisation der Produktion entfalten.

6. Die große und kleine Alltagsarbeit der Gewerkschaften, die verschiedene Seiten des Lebens und der Sitten der Arbeitermassen umfaßt und die Bekämpfung aller Erscheinungen des Bürokratismus, der Willkür usw. in sich schließt, muß und wird, je länger je mehr, ihr Schwergewicht auf den Boden der Organisation der Wirtschaft selbst verlegen; die Sorge für Arbeiterhäuser, Kleidung, Bücher, Zeitungen, Theater usw. wird greifbare Resultate nur unter der Bedingung von Erfolgen in den entsprechenden Wirtschaftszweigen zeitigen, was wiederum mit dem Anwachsen der Bedeutung der entsprechenden Ge-

werkschaften (Bauarbeiter, Drucker u. a. m.) für die Produktion zusammenhängt.

7. Der Industrieverband muß alle Arbeiter umfassen, die für den betreffenden Wirtschaftszweig notwendig sind, beginnend mit dem ungelernten Arbeiter bis hinauf zu dem hochqualifizierten Ingenieur, der dem Regime der proletarischen Klassenorganisation untergeordnet ist.

Der Verband muß seine Mitglieder unter dem Gesichtswinkel der Produktion registrieren und stets über eine genügend vollständige und genaue Kennzeichnung des Wertes eines jeden Arbeiters für die Produktion verfügen.

Der Verband muß in immer erhöhterem Maße allen Funktionären, die diese oder jene administrativen und technischen Posten bekleiden, bestimmte Verbandspflichten auferlegen. Die Tätigkeit für den Verband muß eine notwendige und obligatorische Ergänzung zu der administrativen und industriellen Tätigkeit bilden.

8. Es ist notwendig, daß die Arbeitermasse von der Erkenntnis durchdrungen wird, daß ihre Interessen am besten von jenen vertreten werden, die die Produktivität der Arbeit steigern, die Wirtschaft erneuern, die Zahl der materiellen Güter vermehren. Es ist notwendig, daß derartige Organisatoren und Administratoren, soweit sie den notwendigen politischen Forderungen entsprechen, in die leitenden Organe der Verbände neben den nach wie vor am Schraubstock tätigen Arbeitern und neben den besonderen berufsmäßigen Funktionären hineingewählt werden.

Sämtliche Wahlen, die Aufstellung der Kandidaten, ihre Unterstützung usw., müssen nicht nur unter dem Gesichtswinkel der politischen Standhaftigkeit, sondern auch dem der wirtschaftlichen Befähigungen, der administrativen Vergangenheit, der organisatorischen Fähigkeit und der durch die Tat erwiesenen Fürsorge für die materiellen und geistigen Interessen der arbeitenden Massen erfolgen.

Die Verbände müssen mit allen Mitteln den neuen Typus eines Gewerkschaftlers, eines energischen, von Initiative beseelten Wirtschaftlers unterstützen und großziehen, der das Wirtschaftsleben nicht vom Standpunkte der Verteilung und des Konsums, sondern unter dem Gesichtswinkel der wachsenden Produktion betrachtet, sie nicht mit den Augen eines an die Rätemacht Forderungen stellenden und mit ihr Verträge abschließenden Mannes, sondern mit denen eines Organisators und Eigentümers betrachtet.

Anderseits müssen die Funktionäre der Wirtschaftsorgane lernen, an alle Fragen der Produktion einschließlich der rein technischen in erster Linie — wie an Fragen der Organisation einer lebendigen, in ihrer Erkenntnis ständig wachsenden Arbeitskraft heranzutreten.

9. Die Produktionspropaganda als Bestandteil der Erziehung zur Produktion hat zur Aufgabe, neue Wechselbeziehungen zwischen den Arbeitern und der Produktion herbeizuführen. Wenn das Denken des Arbeiters unter dem kapitalistischen Regime sich in dem Maße entwickelte, als es sich aus der Zwangsjacke der Lohnarbeit befreite, müssen sich Denken, Initiative und Willen der Werktätigen in erster Linie auf eine bessere Ausgestaltung der Produktion selbst und ihrer Organe, auf eine bessere Konstruktion und Verwendung der Instrumente und Werkbänke konzentrieren, auf die Mechanisierung und maschinelle Ausgestaltung der Produktion, auf ihre wissenschaftliche Organisation im Rahmen der Werkstätten, Fabriken, der Gaue und des ganzen Landes, auf einen zweckentsprechenden Aufbau der Verwaltungen, Hauptstellen, Kommissariate usw.

Diese eingehende, unermüdliche, immer von neuem unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen einsetzende Agitation und Propaganda — hauptsächlich durch die Tat und das Beispiel, aber auch durch Wort und Schrift — muß von nun an den wichtigsten Teil der Tätigkeit der Gewerkschaften ausmachen. Einen der hauptsächlichsten Gradmesser für die Lebensfähigkeit und den Wert des Verbandes werden die Sachlichkeit, die konkrete Gestaltung und der Erfolg der von ihm betriebenen Produktionspropaganda bilden.

Die Verstaatlichung der Gewerkschaften.

10. In Wirklichkeit ist die Verstaatlichung der Gewerkschaften bereits sehr weit vorgeschritten, soweit es sich um die Einwirkung des Staates auf den Arbeiter handelt. Durch Vermittlung des Gewerkschaftsverbandes registriert der Staat den Arbeiter, weist ihm eine bestimmte Arbeit zu, normiert diese Arbeit und setzt für sie Tarife fest und sieht Strafmaßnahmen gegen den Arbeiter bei Verletzung der Arbeitspflichten und -disziplin vor.

Eine andere Seite des Prozesses der Verstaatlichung — die Einwirkung der nach Industrien zusammengeschlossenen Arbeiter auf die Organisationen der Wirtschaft — ist in ihrer

Entwicklung stark zurückgeblieben. Dabei ist nur der Ausbau dieser zweiten Seite der Verstaatlichung imstande, den Gewerkschaften eine gebührende Stelle im Arbeiterstaat zu gewährleisten und damit auch den weitesten Massen der Werktätigen die Möglichkeit zu geben, den sozialistischen Charakter des durch die Verbände durchzuführenden Regiments der Arbeitspflicht zu begreifen; ohne dies ist eine umfassende und dauerhafte Hebung der Wirtschaft undenkbar.

11. Die allmähliche Konzentrierung der gesamten Produktionsverwaltung in den Händen der Gewerkschaften, wie dies unser Programm erfordert, bedeutet gleichzeitig eine planmäßige Umwandlung der Gewerkschaften in Apparate des Arbeiterstaates, d. h. das allmähliche Verwachsen der Gewerkschafts- und Räteorgane miteinander.

Es handelt sich nicht um eine Erklärung der Gewerkschaften zu staatlichen Organen, sondern um ihre tatsächliche Umwandlung in Organisationen der Produktion, die unter Leitung des Staates jeden Industriezweig von allen Seiten umfassen und für die Interessen sowohl der Produktion als auch der Erzeuger verantwortlich sind.

Die Verstaatlichung ist somit keine einmalige juridische Handlung, sondern ein etappenweiser, entsprechend dem tatsächlichen Gang des kommunistischen Aufbaues und der kommunistischen Erziehung sich vollziehender, langwieriger schöpferischer Prozeß. Diese Etappen müssen aufmerksam und genau bestimmt, das allgemeine Niveau der Massen und die Besonderheiten der einzelnen Industriezweige berücksichtigt werden. Das Tempo der Entwicklung kann ein verschiedenes sein, je nach den Grundbedingungen, unter denen unsere Entwicklung als Ganzes in der nächstliegenden Periode sich vollziehen wird. Notwendig ist jedoch, daß die Richtung in der Entwicklung der Gewerkschaften allen Arbeitern klar erscheint und einen Schritt vorwärts bedeutet. Es ist notwendig, daß die tatsächliche Verstaatlichung der Gewerkschaften, im Sinne einer Organisation der lebendigen Arbeitskraft für Zwecke der Produktion, der sich steigernden Einwirkung der Gewerkschaften selbst auf die Organisation der Wirtschaft entspricht.

12. Die Befestigung der Position der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiet ist die wirksamste Form des Kampfes gegen den Bürokratismus. Unser Parteiprogramm besagt, daß gerade die Beteiligung der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und die Heranziehung der breiten Massen durch sie das wichtigste Mittel zur Bekämpfung der Bürokratisierung des

Wirtschaftsapparates bildet. Der Kampf gegen den Bürokratismus ist daher keine Aufgabe für sich, die durch einzelne organisatorische Methoden gelöst werden könnte, sondern er bildet in erster Linie einen Bestandteil der Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Erziehung der Massen zur Produktion und der tatsächlichen Besitzergreifung der Produktion.

Hieraus folgt im besonderen, daß der Arbeiterstaat im Kampf gegen den Bürokratismus seine Kraft weniger für die Schaffung immer neuer Kontrollorgane, als vielmehr für die Besserung und Vervollkommnung der bestehenden Wirtschaftsorgane durch deren Zusammenwirken mit den die Massen umfassenden Industrieverbänden verausgaben muß.

Methoden der Ueberzeugung und Methoden des Zwanges in den Gewerkschaften.

13. Die wichtigste Methode der Gewerkschaften ist nicht die des Zwanges, sondern die Methode der Ueberzeugung. Dadurch wird jedoch nicht die Möglichkeit ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften im Bedarfsfalle auch die Methoden des proletarischen Zwangs (Mobilmachung von Zehntausenden von Mitgliedern der Industrieverbände für die Front, Disziplinargerichte usw.) mit Erfolg zur Anwendung bringen. Der Umbau der gewerkschaftlichen Organisation von oben aus erscheint absolut unzweckmäßig. Die Methoden der Arbeiterdemokratie, die im Laufe der drei Jahre eines erbitterten Bürgerkrieges eine starke Beschränkung erfuhren, müssen in erster Linie und in weitestem Maße in der Gewerkschaftsbewegung wieder hergestellt werden. In den Gewerkschaften muß zu allererst die Wählbarkeit aller Organe der Gewerkschaftsbewegung in weitem Umfange verwirklicht und das Prinzip der Ernennungen auf ein tatsächlich unumgängliches Mindestmaß beschränkt werden. Die gewerkschaftliche Organisation muß auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. Gleichzeitig ist auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung der energischste und planmäßigste Kampf gegen die Auswüchse des Zentralismus und der militarisierten Arbeitsformen zu Bürokratentum und Beamtenwesen erforderlich. Die durch die Notwendigkeit erzwungene Militarisierung der Arbeit wird nur soweit Erfolge zeitigen, als die Partei, die Räteorgane und die Gewerkschaften es verstehen werden, die Not-

wendigkeit dieser Methoden zur Errettung des Landes den breiten Massen der werktätigen Bevölkerung klar zu machen und zum mindesten die fortgeschrittensten Schichten dieser werktätigen Massen in organisierter Form zu diesen Arbeiten heranzuziehen.

Partei und Gewerkschaften.

14. Angesichts der außerordentlichen Wichtigkeit, die in der nächstliegenden Periode die Gewerkschaftsbewegung gewinnt, muß die Partei ihr eine ungleich größere Aufmerksamkeit zuwenden als dies bisher der Fall war, und die Leitung der ganzen Gewerkschaftsbewegung durch die Partei besser gestalten. Diese Leitung muß hauptsächlich in der ideellen richtunggebenden Beeinflussung der gesamten Tätigkeit der Gewerkschaften bestehen, sich jedoch kleinlicher Eingriffe und einer übermäßigen Einmischung in ihre laufenden Arbeiten enthalten. Die kommunistischen Fraktionen der Gewerkschaften in den Zentralstellen und den lokalen Organisationen unterstehen den Parteiorganisationen auf Grund des Parteistatuts. Die Auswahl des leitenden Personals der Gewerkschaften muß unter der richtunggebenden Kontrolle der Partei erfolgen, die durch die Parteifraktionen in den Gewerkschaften den von ihr zur Verfügung gestellten und empfohlenen Funktionären entsprechende leitende Posten in den gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen sichert. Die Parteiorganisationen müssen jedoch besonders peinlich die normalen Methoden der proletarischen Demokratie gerade in den Gewerkschaften beachten, und die Auswahl der Leiter muß hauptsächlich durch die organisierten Massen selbst erfolgen.

15. Auf diese Weise werden die Bedingungen geschaffen, unter denen die Parteiorganisationen bei absoluter Beibehaltung der Gesamtleitung sich nicht in die internen Arbeiten der Gewerkschaften werden einzumischen brauchen. Anderseits werden auch von den kommunistischen Fraktionen geleitete Gewerkschaftsorgane die Möglichkeit erhalten, viel selbständiger, planmäßiger und systematischer ihre Funktionäre zu verteilen und ihnen diese oder jene Wirtschaftsposten zu übertragen, unter Beobachtung der notwendigen Aufeinanderfolge in den Arbeiten, unter Berücksichtigung ihrer früheren Tätigkeit, durch Führung von Empfehlungsverzeichnissen usw. usw.

Gewerkschaften und Abteilung für Politik.

16. In der verflossenen Periode, als die Aufmerksamkeit und die Kräfte der Partei hauptsächlich auf die Fronten gerichtet waren, mußte die Partei unter dem Drucke der wirtschaftlichen Notwendigkeit besondere Organe — die Abteilungen für Politik — schaffen, um auf außerordentlichem Wege die Aufgaben ausführen zu können, denen die entsprechenden Gewerkschaften nicht gewachsen waren. Auf diese Weise kam als provisorisches Organ die Hauptstelle für politische Aufklärung im Verkehrswesen zustande, wobei der IX. Parteitag sie damit beauftragte, außerordentliche Maßnahmen zu treffen, um den fortschreitenden Zerfall des Transportwesens aufzuhalten, eine völlige Lahmlegung des Transportes und den hiermit verbundenen Untergang der Räterepublik abzuwenden.

Der X. Parteitag konstatiert, daß die unmittelbare wirtschaftliche Aufgabe, um deretwillen die Hauptstelle für Politik geschaffen wurde, von ihr gelöst worden ist (was in einem Beschluß des VIII. Rätekongresses auf Grund eines Berichtes des Volkskommissariates für das Verkehrswesen festgelegt wurde), und hält die Auflösung der Hauptstelle für Politik für richtig.

17. Der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften muß als ein Organ, das mehrere Millionen Gewerkschaftsmitglieder umfaßt, durch die Anstrengungen der Partei in eine machtvolle Organisation verwandelt werden, die befähigt ist, die gigantischen Aufgaben tatsächlich auszuführen, die vor der Allrussischen Gewerkschaftsbewegung stehen, und die gewerkschaftliche Einheit und Disziplin zu festigen.

Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands bestätigt die Erklärung des IX. Parteitages, die folgendes besagt:

„Wenn das Proletariat als Klasse vor die Aufgabe gestellt ist, die Arbeit zu militarisieren, d. h. für die größte Exaktheit, Pünktlichkeit, Verantwortlichkeit, Schnelligkeit, Anstrengung, eine unbegrenzte Aufopferungsfreudigkeit seitens der Arbeiter zu erreichen, so bezieht sich das in erster Linie auf die Organe der Industrieverwaltung überhaupt, und somit auch auf die der Gewerkschaften."

Die Rote Armee konnte nicht aufgebaut werden vor Beseitigung der Wahlkomitees der früheren Art. Die Volkswirtschaft kann dagegen nicht auf die entsprechende Höhe gebracht

werden, ohne gleichzeitig die auf den Methoden der Arbeiterdemokratie aufgebaute Gewerkschaftsorganisation auszubauen und zu heben.

* * *

18. Ein entschlossener Uebergang zur Heranziehung der breiten Massen zur Teilnahme an der Beratung aller grundlegenden Fragen, zur Wählbarkeit von oben bis unten, d. h. zu der Methode der Arbeiterdemokratie, muß in allen Gewerkschaften zur Durchführung gelangen.

Gleichzeitig stellt der X. Parteitag fest, daß an sich der Uebergang zu den Methoden der Arbeiterdemokratie innerhalb der Gewerkschaften — ohne Aenderung der Lage und der Rolle der Gewerkschaften selbst im Arbeiter-Rätestaat — die Kernfrage des sozialistischen wirtschaftlichen Aufbaues nicht löst.

Praktische Maßnahmen.

19. Die gegenwärtige Lage, wo der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften und die Zentralkomitees der einzelnen Industrieverbände außerhalb der grundlegenden wirtschaftlichen Arbeit bleiben, wodurch sie den allgemeinen Zustand der Verbandsorganisationen widerspiegeln, — kann nicht als normal bezeichnet werden. Es muß der Zustand beseitigt werden, daß jeder Verbandsfunktionär, der durch seine organisatorischen, wirtschaftlichen und administrativen Eigenschaften sich hervorgetan hat, dem Verbande und somit den Massen entzogen und vom Produktionsapparat absorbiert wird.

20. Um zweckmäßigere Wechselbeziehungen herzustellen, ist es in erster Linie notwendig, daß alle Gewerkschaften an der Ausarbeitung der Wirtschaftspläne und der Methoden ihrer tatsächlichen Verwirklichung teilnehmen.

Im Arbeitsstaat darf es nicht organisatorisch voneinander getrennte Fachleute für die Organisation der Produktion und Spezialisten der Gewerkschaftsbewegung geben. Es muß als allgemeines Prinzip gelten, daß jeder, der von der sozialistischen Produktion benötigt wird, gleichzeitig auch von der Gewerkschaft benötigt wird, und umgekehrt, daß jeder wertvolle Gewerkschaftler gleichzeitig an der Organisation der Produktion teilnehmen muß.

Die ganze Tätigkeit der Gewerkschaften nach dieser Richtung hin zu beeinflussen, muß von nun ab die wichtigste Auf-

gabe des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften und des Zentralkomitees der Gewerkschaften bilden.

21. Um eine innere Ineinklangbringung der Arbeiten des Industrieverbandes, des Wirtschaftsverbandes und des Wirtschaftsorgans zu erreichen, ist es in erster Linie notwendig, daß der eine und der andere wirtschaftlich und territorial aufgebaut werde, d. h. daß sie die gleiche Summe Unternehmungen umfassen, entsprechend der Struktur und den Bedürfnissen des betreffenden Produktionszweiges.

Beim Umbau und bei der Reorganisation der Bezirke der Gewerkschaften usw. muß man sich nicht nur von den Bedürfnissen und den Bequemlichkeiten des Gewerkschaftsapparates, sondern in erster Linie von den Bedürfnissen der Wirtschaft selbst leiten lassen.

Der X. Parteitag erachtet daher die Schaffung einer Zentralkommission (des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften auf der einen, des Obersten Volkswirtschaftsrates, des Volkskommissariats für Ackerbau, des Volkskommissariats für das Verkehrswesen u. a. m. auf der anderen Seite) für dringend notwendig, um eine organisatorische Uebereinstimmung zwischen den Gewerkschaften und den Wirtschaftsorganen zu erzielen, durch entsprechende Umgruppierung der einen wie der anderen unter Zugrundelegung der Ergebnisse der in der Produktion gesammelten Erfahrungen.

22. Die Kongresse der wirtschaftlichen Organisationen und der entsprechenden Gewerkschaften müssen zur gleichen Zeit und am gleichen Ort tagen. Die Einberufung des Allrussischen Gewerkschaftskongresses muß gleichzeitig mit dem des Rates der Volkskommissare erfolgen, der Kongreß des Metallarbeiterverbandes gleichzeitig mit dem der Abteilung Metalle usw. tagen. Das gleiche gilt für die verschiedenen Gau-, Gouvernements-, Bezirks- u. a. Organe. Die Tagesordnung dieser parallelen Kongresse muß vorher in Einklang gebracht werden und zwar derart, daß die grundlegende Arbeit (Ausarbeitung der Pläne, Aufbau der Organe usw.) gemeinsam, in gemeinsamen Sektionen, Kommissionen und in vereinigten Vollversammlungen beider Kongresse erfolgen kann.

Es liegt klar zutage, daß eine solche Arbeitsmethode, die jetzt bereits mit Erfolg an einzelnen Plätzen Anwendung findet, für eine Annäherung zwischen den Gewerkschaften und dem Rate für Volkswirtschaft, für die Ausarbeitung der Formen eines organisatorischen Zusammenschlusses („Verwachsens"), für die Beseitigung des schädlichen Parallelarbeitens, die Auf-

stellung geeigneter Kandidaten u. a. m. von größter Bedeutung sein wird.

23. Bei dem streng zentralistischen Charakter unserer Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane ist die systematische Heranziehung der Massen zu einem bewußten wirtschaftlichen Aufbau, auf Grund bestimmter vorgesehener Aufgaben, nur unter der Voraussetzung möglich, daß die leitenden Organe der Verbände selbst an den Wirtschaftsarbeiten teilnehmen.

Das System einer einfachen Entsendung von Gewerkschaftsvertretern in die Wirtschaftsorgane sichert, wie die Erfahrung lehrt, in keiner Weise eine organisatorische Verbindung und eine miteinander in Einklang gebrachte Tätigkeit beider Organe. Dabei besteht hierin gerade die Aufgabe. Ein ernster Lösungsversuch, der sich aus dem Wesen der Dinge ergibt und sich bereits in einzelnen Fällen praktisch bewährt hat, muß dahin gehen, daß an den gewerkschaftlichen und den entsprechenden wirtschaftlichen Organen eine gewisse Zahl der gleichen Funktionäre, die eine mehr oder minder große gewerkschaftliche und wirtschaftliche Praxis hinter sich haben, teilnehmen und dort die Arbeiten leiten.

24. Erforderlich ist, daß der Personalbestand der Präsidien des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften und des Obersten Volkswirtschaftsrates schon jetzt zu einem Drittel bezw. zur Hälfte der gleiche ist, wofür die entsprechenden Kongresse Sorge zu tragen haben. Auf diese Weise wird die einseitige Spezialisierung und Absonderung der beiden für die Produktion verantwortlichsten Kollegien beseitigt werden. Somit wird jedem von ihnen ein Teil solcher Funktionäre angehören, die unmittelbar, administrativ und technisch den Bedürfnissen der Produktion dienen und gleichzeitig mit der Tätigkeit der proletarischen Massenorganisationen unlösbar verbunden sind.

25. Beide Kollegien, der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften und der Oberste Volkswirtschaftsrat, haben in corpore in den gemeinsamen Sitzungen periodisch Tätigkeitsberichte zu erstatten, alle die Organisation der Wirtschaft und der Arbeit betreffenden Fragen durchzuberaten und zu entscheiden.

26. Ein ähnlicher Modus der organisatorischen Wechselbeziehungen und des zu einem Drittel bezw. zur Hälfte gleichen Mitgliederbestandes mit der Verpflichtung, in beiden Institutionen regelmäßig zu arbeiten, wird gegenüber den wirtschaftlichen Kommissariaten, den Abteilungen des Obersten Volks-

wirtschaftsrates, den Hauptstellen und Zentralkomitees der entsprechenden Industrieverbände festgesetzt.

27. Das gleiche Organisationsprinzip findet Anwendung gegenüber den unteren Gliedern der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen (Gaue und Kreise, Gouvernements, Bezirke, Eisenbahnen, Werke, Fabriken usw.).

28. In Fällen, wo das verwaltungswirtschaftliche Organ auf dem Prinzip der persönlichen Verantwortung aufgebaut ist, ist die Aufnahme des Verwaltungsleiters in die entsprechende Verbandszelle (mit beratender Stimme) erwünscht.

Soweit es sich um einen Funktionär handelt, der das volle Vertrauen des Verbandes genießt, ist es erwünscht, einen solchen Verwaltungsleiter in die Verbandszelle mit entscheidender Stimme hineinzuwählen.

Handelt es sich um einen Fachmann, den der Verband aus diesen oder jenen Gründen in seine Zelle aufzunehmen nicht für möglich hält, so entsendet der Verband seinen Bevollmächtigten (Kommissar), möglichst aus der Zahl der Mitglieder der Verbandszelle des betreffenden Unternehmens, der die Kontrolle des Verbandes gegenüber dem fachmännischen Verwaltungsleiter verkörpert.

29. In den einzelnen Fabriken, Bergwerken usw. wird der organisatorische und persönliche Zusammenschluß der administrativen und gewerkschaftlichen Organe sich um so leichter gestalten, je entschlossener die Verbände den Kurs auf die Produktion einschlagen, je gründlicher die Massen den Gradmesser der Produktion bei den verschiedenen Wahlen erfassen werden. Es erscheint dadurch zweckmäßig, ein Mitglied des Betriebsrates zum Leiter einer Fabrik zu bestimmen, unter der Voraussetzung natürlich, daß eine geeignete Persönlichkeit vorhanden ist.

30. Die wirtschaftlichen Abteilungen der Gewerkschaften, verstärkt durch die tüchtigsten administrativen und technischen Funktionäre aus den entsprechenden Wirtschaftsinstitutionen, müssen zu machtvollen Waffen der Vervollkommnung der ganzen Wirtschaftsorganisation, der wissenschaftlichen Ausgestaltung der Produktion, der Mechanisierung usw. werden.

31. Die verantwortlichen Betriebszellen (Zellen zur Förderung der Produktion usw.) müssen in ein bestimmtes Verhältnis zur Werkverwaltung treten, die verpflichtet ist, alle technischen und organisatorischen Anträge zu prüfen und periodisch über die Ausnutzung der eingebrachten Vorschläge Rechenschaft abzulegen, und zwar möglichst vor der Generalversammlung des Betriebes.

32. Die Verteilung der Arbeitskraft, der Arbeitsschutz und die Regelung der Tarife und Normen werden den Verbandsorganen übertragen. Sie werden diese so wichtige Arbeit um so eher bewältigen, je inniger sie organisatorisch mit den Arbeitskräfte verwendenden Wirtschaftsorganen verknüpft sein werden.

Anmerkung: Das Volkskommissariat für Arbeit wird aufgelöst; seine Hauptbefugnisse werden auf die Gewerkschaften übertragen.

33. Konflikte zwischen Arbeitern und Wirtschaftsorganen im Produktionsprozeß werden von den Gewerkschaften entschieden; sie tragen dafür vor dem Arbeiter- und Bauernstaat die Verantwortung.

34. Alle Fachleute ohne Ausnahme müssen den Filter eines Gewerkschaftsverbandes passieren. In anbetracht der gesamten Verhältnisse in der Vergangenheit und des soeben abgeschlossenen Bürgerkrieges müssen die Spezialisten in drei Kategorien verteilt werden: 1. Zu Prüfende (die Koltschak- und Wrangelleute von gestern u. a. m.). 2. Kandidaten. 3. Vollberechtigte Gewerkschaftsmitglieder.

Nur Fachleute der letzten Kategorie können ohne Kommissare auf verantwortliche Posten gestellt werden. Fachleute der zweiten Kategorie können verantwortliche Posten nur zusammen mit Kommissaren des Industrieverbandes bekleiden. Spezialisten der ersten Kategorie dürfen nur als Gehilfen oder Berater von Verwaltungsleitern Verwendung finden, die Verbandsmitglieder sind. Auf diese Weise erlangt ein vollberechtigtes Verbandsmitglied einen großen Einfluß auf die Produktion, der eine gleich wohltätige Wirkung sowohl auf das Bewußtsein der Arbeiter als auch auf das der Fachleute ausübt.

35. Auf alle Verwaltungsmitglieder, darunter auch solche, die nicht Mitglieder des Verbandes sind, erstreckt sich die Kompetenz der von den Gewerkschaften organisierten Disziplinargerichte.

36. Einheitlichkeit der Verwaltung eines Industrieunternehmens bleibt unbedingt die Regel, trotz des parallelen Bestehens von Industrieverbänden und Wirtschaftsorganen in der Uebergangszeit. Die Geschäftsführung liegt in Händen der auf dem vorgeschriebenen Wege eingesetzten Verwaltung. Der Modus der Einsetzung der Verwaltung selbst muß diese immer mehr zu einem verwaltungswirtschaftlichen Organ machen, das zu diesem Zweck vom Industrieverband bestimmt ist und

mit ihm in ständiger Fühlung bleibt. Unter solchen Umständen muß die Frage der Einmischung oder Nichteinmischung der Verbände in die Verwaltung der Produktion von selbst verschwinden.

37. Es gibt kein fertiges Organisationsschema, das alle Fälle der Wechselbeziehungen zwischen den wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen in der Uebergangszeit umfaßt. Auf diesem Gebiet sind schöpferischer Geist, Initiative, persönliche und organisatorische Kombinationen, die den konkreten Verhältnissen der Situation entsprechen, notwendig. Alle diese Versuche müssen jedoch von der einheitlichen Aufgabe getragen sein: unter den Gewerkschaftlern wirtschaftliche, industrielle und administrative Kräfte heranzuziehen und namhaft zu machen, die Tätigkeit der Verbände und der wirtschaftlichen Apparate einander näherzubringen und sie organisatorisch miteinander zu verbinden; den gemeinsamen Teil ihrer Arbeit abzusondern und die Vorbedingungen für eine gemeinsame Lösung derselben zu schaffen; systematisch danach zu streben, daß dieser gemeinsame Teil der Arbeiten immer breiteren Boden gewinnt und schließlich die ganze Arbeit absorbiert, d. h. die Gewerkschafts- und Wirtschaftsorgane endgültig miteinander verschmelzt.

38. Indem wir dieses System umfassend ausbauen, die verantwortliche Rolle im Verband immer inniger mit der verantwortlichen Rolle in der Produktion verknüpfen, werden wir früher oder später dahin kommen, daß der Verband, der einen bestimmten Produktionszweig voll und ganz umfaßt, durch Kombinierung der Methoden der Wahl und Auswahl den ganzen verwaltungswirtschaftlichen Apparat aus sich selbst heranbildet — unter der allgemeinen Kontrolle und Leitung des Arbeiterstaates, der die Tätigkeit in allen Wirtschaftszweigen untereinander in Einklang bringt.

39. Die Frage der Wechselbeziehungen zwischen den wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organen kann in den einen Wirtschaftszweigen ihre Lösung wesentlich früher als in den anderen finden.

Die Politik des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane muß in dieser Beziehung biegsam sein, sich von der konkreten Berücksichtigung der Besonderheiten eines jeden Wirtschaftszweiges leiten lassen und keinesfalls einen mechanischen Ausgleich aller Verbände und Wirtschaftszweige zum Ziele haben.

Es wird jedoch der Einigkeit und der Solidarität der Arbeiterklasse nicht nur keinen Abbruch tun, sondern für ihre ganzen Arbeiten von größtem Nutzen sein, wenn die am meisten vorgeschrittenen Industrien in ihrem sozialistischen Aufbau die zurückgebliebenen überholen, diesen als Beispiel dienen und hierdurch das Tempo ihrer Entwicklung beschleunigen werden. Im besonderen wird schon in der nächsten Zukunft einzelnen, hierzu durch den Stand ihrer Entwicklung am meisten geeigneten Verbänden die Organisation der Verwaltung des entsprechenden Industriezweiges übertragen werden — unter Verpflichtung des Verbandes auf die allgemein staatlichen Programme und Aufträge und bei Unterordnung des Verbandes auf dem Gebiete der Produktion unter das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats, nach den gleichen Grundsätzen wie für die Wirtschaftsorgane.

40. Auf dem Gebiete der Produktion bleibt das Prinzip der Stoßgruppen für uns noch nicht entscheidend: nur nach Zurücklegung dieses Stadiums werden wir in den grundlegenden Wirtschaftszweigen die erforderliche Proportionalität erlangen.

Auf dem Gebiete des Konsums, d. h. in bezug auf die persönlichen Existenzbedingungen, ist es notwendig, die Richtlinien eines Ausgleichs zu befolgen, im Sinne einer wachsenden Sicherung des Existenzminimums für alle Arbeiter, sowohl in Geld als auch in Naturalien.

Nur unter dieser Bedingung kann das auf gründlich geprüften Leistungsnormen aufgebaute und den erforderlichen Naturalfonds sichernde Prämiensystem zu einem machtvollen Hebel für die Steigerung der Produktivität der Arbeit werden.

41. Die Fragen des persönlichen Lebens und der Lebensweise der Arbeiter müssen den Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit eines jeden Industrieverbandes bilden. Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten in unserem Lande ist es möglich, die Versorgung der Arbeiter mit Wohnungen, Kleidung und Lebensmitteln mit Unterstützung der örtlichen Räteorgane, bei einer entsprechenden Initiative der Arbeiter und Arbeiterinnen selbst und bei Einführung der Elemente des Kollektivismus in das Gebiet des Alltagslebens (Häuser der Kommunen, öffentliche Speiseanstalten, Kinderheime, genossenschaftliche Reparaturwerkstätten usw.) besser zu gestalten. Jeder verantwortliche Verbandsfunktionär ist verpflichtet, Mittel und Wege zu suchen, um die Lebensbedingungen für die Arbeiter

zu bessern und die vorgenannten Verbandsorgane sowie die Verbandspresse über die von ihm getroffenen Maßnahmen und die erzielten Resultate in Kenntnis zu setzen.

Dieser Entwurf wird in Vorschlag gebracht von den:

Mitgliedern des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands:

L. Trotzki, N. Bucharin, A. Andrejew, F. Dsershinski, N. Krestinski, E. Preobraschensky, Ch. Rakowski, L. Ssrebrjakow.

Mitgliedern des Zentralkomitees der Allrussischen Gewerkschaftsvereinigungen und der Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung

Gurewitsch, Kalnin, Ssudik, Axelrodt, Tscherepow, Amosow, Bumaschnyj, Rosenholz, Chruleff, Gajewski, Süßkind, Stanzow, Babrok, Ssacharow, Schelejew, Charitonow, Paderin, Juchwitz, Malochowski.

Moskauer Funktionären:

J. Larin, Ssokolnikow, W. Jakowlewa, J. Krumin, W. J. Ssolowjow, Minkow, Feldmann, Lessitzyn, M. N. Rogow, Droshin, W. Lichatschow, Lawrow, Gormotkin, Chloplankin, Galperstein, N. Merkulow, M. Ssowetnikow, A. Alexandrow.

Liste der Organisationen, die sich für die Kommunistische Internationale erklärt haben.

Parteien, einzelne Fraktionen, einzelne Gewerkschaften und Jugendverbände, die sich in der einen oder anderen Form für die 21 Bedingungen ausgesprochen und sich der Kommunistischen Internationale, der Kommunistischen Jugend-Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale nach dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, seit Mitte August 1920, angeschlossen haben.

Verzeichnis Nr. 1 bis zum 1. März 1921.)*

A. Sozialistische Parteien und Gruppen.

I. Großbritannien.

1) Die Kommunistische Partei Schottlands hat sich nach den Prinzipien der Kommunistischen Internationale konstituiert.	„Daily Herald" Nr. 1466 vom 6. X.
2) Die Kommunistische Partei Großbritanniens hat das Programm der Kommunistischen Internationale uneingeschränkt angenommen.	Berichte aus verschiedenen englischen Zeitungen.
3) Die Kommunistische Partei (Britische Sektion der Kommunistischen Internationale) — Gruppe S. Pankhurst — erklärt ihren Beitritt zur Kommunistischen Internationale, behält aber den Charakter einer linken Opposition.	Berichte aus verschiedenen englischen Zeitungen.

*) Das Verzeichnis ist sehr unvollständig.

4) Die Kommunistische Arbeiter-Partei bildete sich in Glasgow am 11. 9. (wie unter 3).	Berichte aus verschiedenen englischen Zeitungen.
5) Die Londoner Sektion der Unabhängigen Arbeiter-Partei Englands erklärte sich mit allen gegen 4 Stimmen für den Anschluß an die Kommunistische Internationale.	Wiener „Rote Fahne" Nr. 522 28. I. 21.
6) Die Kommunistische Partei Großbritanniens, die Kommunistische Partei (Sylvia Pankhurst) und die Schottische Kommunist. Partei, die Shop Stewards und Fabrik-Komitees und eine Reihe einzelner Kommunistischer Gruppen haben sich auf dem Kongreß in Leeds am 29.—30. I. zur Vereinigten Kommunistischen Partei Großbritanniens verschmolzen.	„Communist" vom 4. II.

II. Skandinavien.

1) Das Exekutivkomitee (Arbetsutskott) nahm zusammen mit dem Parteirat (Representatskap) und Vertretern von Parteiorganisationen auf einer Konferenz in Stockholm, vom 17. bis 21. X., mit einer Mehrheit von 13 : 2 beschließenden und 26 : 6 beratenden Stimmen die 21 Bedingungen an und behielt sich das Recht vor, dem nächsten Kongreß der Kommunistischen Internationale einen Entwurf zur Abänderung verschiedener Einzelheiten vorzulegen.	„F. D. P." Nr. 246 v. 22. X. (Folkets Dagblad Politiken).
2) Die Norwegische Arbeiterpartei sprach sich auf einer Konferenz in Kristiania, 30.—31. X., mit einer Mehrheit von 280 gegen 32 Stimmen für die Kommunistische Internationale aus. Das Zentralkomitee der Partei nahm mit einer Mehrheit von 20 gegen 3 Stimmen die 21 Bedingungen an.	„F. D. P." Nr. 255 v. 2. XI.
3) Die dänische Links-Sozialistische Partei beschloß auf dem Außerordent-	„F. D. P." Nr. 269 v. 20. XI.

lichen Parteitag der Vertreter von 43 Organisationen in Fredericia am 7. XI. einstimmig, die 21 Bedingungen anzunehmen und von nun an den Namen Dänische Kommunistische Partei zu führen.

4) Die Organisation der linken Sozialistischen Partei Schwedens in Göteborg nahm mit Zweidrittelmehrheit eine Resolution über bedingungslosen Anschluß an die Kommunistische Internationale an. „Intern." Nr. 34 vom 4. XII.

5) Die Parteiorganisation von Alingsås und der Jugendklub nahmen die Resolution Ström an (über den bedingungslosen Anschluß an die Kommunistische Internationale). „F. D. P." Nr. 284 v. 6. XII.

6) In Hudiksvall nahm die Parteiorganisation zusammen mit dem Frauenklub und dem Klub der Kommunistischen Jugend die Resolution Ström an. „F. D. P." Nr. 282 v. 3. XII.

7) Ein Meeting in Ronneby nahm die Resolution der Mehrheit der Stockholmer Konferenz über den Anschluß an die Kommunistische Internationale an. „F. D. P." Nr. 257 v. 4. XI.

8) In Exkilstun wurde die Mehrheitsresolution angenommen. „F. D. P." Nr. 277 v. 22. XI.

9) Die Stockholmer Organisation nahm mit einer Mehrheit von 180 : 6 die Mehrheitsresolution an. „F. D. P." Nr. 279 v. 30. XI.

10) In Andebol wurde einstimmig die Mehrheitsresolution angenommen. „F. D. P." Nr. 255 v. 2. XI.

11) Der Bezirk Weriland nahm auf einer Tagung, der Vertreter von vier Organisationen beiwohnten (es nahmen ungefähr hundert Personen teil) einstimmig die Mehrheitsresolution an. „F. D. P." Nr. 262 v. 10. XI.

12) Das Parteibezirkskomitee des nördlichen Smolander Kreises erklärte sich mit einer Mehrheit von 3 gegen 2 Stimmen gegen die Annahme der 21 Punkte, ohne ihre vorherige Prüfung. Ungeachtet dessen wurde auf einer Versammlung der Vertreter von 19 Organisationen mit einer Mehrheit von 12 „F. D. P." Nr. 284 v. 6. XII.

gegen 7 Stimmen die Solidarität mit der Mehrheitsresolution ausgesprochen.

13) Die Versammlung der Vertreter der Parteiorganisationen von Christiania nahm mit einer Mehrheit von 148 : 58 Stimmen (rechte Opposition — 13 Stimmen) die Mehrheitsresolution der Parteikonferenz an. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 269 v. 19. XI.

14) Eine Versammlung in Trondhjem am 21. XI. (es waren ungefähr 1000 Personen anwesend) nahm mit einer Mehrheit von allen gegen 6 Stimmen die Mehrheitsresolution an. „Sozialdemokrat" (Norwegen). Nr. 272 vom 23. XI.

15) In Stavanger wurde auf einer Versammlung von Vertretern der Parteiorganisationen mit einer Mehrheit von 180 : 51 Stimmen (rechte Opposition 58 Stimmen) die Mehrheitsresolution angenommen (indessen ohne Aenderung des Namens). „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 281 v. 3. XII.

16) Die Skiener Abteilung des Jugendverbandes nahm mit allen gegen 2 Stimmen die Mehrheitsresolution an. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 259 v. 8. XI.

17) Eine Bezirkskonferenz von Jevnaker nahm mit allen gegen 8 Stimmen die Mehrheitsresolution an (mit Ausnahme der Namensänderung). „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 259 v. 8. XI.

18) Auf einer Versammlung der Organisation von Harstad wurde mit allen gegen 6 Stimmen ein Antrag, aus der Kommunistischen Internationale auszutreten, abgelehnt. Es wurde die Mehrheitsresolution angenommen. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 280 v. 2. XII.

19) Die Organisation Evre-eker nahm mit allen gegen 3 Stimmen die Mehrheitsresolution an. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 280 v. 2. XII.

20) In Hammer (Norwegen) wurde auf einer Versammlung des Parteibezirks mit bedeutender Stimmenmehrheit die Mehrheitsresolution der Konferenz in Christiania angenommen. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 301 v. 26. XII.

21) In Aner nahm die Vertretung der örtlichen Parteisektion auf ihrer Versammlung vom 10. XII. die Mehrheits- „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 295 v. 20. XII.

resolution der Konferenz in Christiania mit 55 gegen 20 Stimmen an. Die Namensänderung der Partei wurde mit 40 gegen 23 Stimmen abgelehnt.	
22) Der Klub der Kommunistischen Jugend Björknäs änderte am 1. I. 21 seinen Namen in „Klub der Kommunisten".	„Stormklockan" Nr. 5
23) Die Sozialistische Jugend in Jukkusfarvi beschloß einstimmig, ihren Klub „Klub der Kommunisten" zu nennen.	„Stormklockan" Nr. 5
24) Der Klub der Sozialistischen Jugend in Sali hat seinen Namen bereits geändert und heißt „Kommunistischer Klub".	„Stormklockan" Nr. 5
25) Die Kommunistische Jugend in Uddervalla beschloß einstimmig, die Namensänderung zu verlangen.	„Stormklockan" Nr. 5
26) Der Klub in Nikko bezeichnet sich bereits als kommunistisch.	„Stormklockan"
27) Skörgadskluben (in Zederham) tritt für Namensänderung des Verbandes ein.	„Stormklockan" Nr. 8
28) Der Klub in Vanlind (südl. Vorort von Stockholm) tritt für die Namensänderung ein.	„Stormklockan" Nr. 8
29) In Stockholm bildete sich ein Kommunistischer Studentenklub.	„F. D. P." Nr. 269 v. 20. XI. 20.
30) Die Organisation von Hedemark (Norwegen) nahm nach einem Referat des Genossen Jnudsen mit 32 gegen 8 Stimmen die Resolution über den völligen Anschluß an die Mehrheit an.	„Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 1 v. 3. I. 21.
31) Der Bezirk Suno nahm mit 25 gegen 2 Stimmen die Mehrheitsresolution an.	„Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 2 v. 4. I. 21.
32) Die Organisation von Westeroles schloß sich einstimmig der Mehrheitsresolution an .	„Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 7 v. 10. I. 21.
33) In der Organisation von Gjowik wurden für den Anschluß an die Mehrheitsresolution 33 Stimmen abgegeben, 17 Stimmen für die Resolution der Min-	„Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 7 v. 10. I. 21.

derheit und 6 Stimmen gegen beide Resolutionen.

34) In Tronden wurde auf einer Zusammenkunft von 40 Vertretern von 9 Verbänden der Anschluß an die Mehrheitsresolution mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 8 v. 11. I. 21.

35) Die Arbeiterpartei in Narvin nahm mit einer Mehrheit von 23 gegen 19 Stimmen die Moskauer Thesen an. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 15 v. 19. I. 21.

36) In Selsban, Oridal und Homelvin schlossen sich die Organisationen der Arbeiterparteien der Resolution der Mehrheit an. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 21 v. 28. I. 21.

37) Die Organisation von Prigero nahm mit zwei Drittel ihrer Stimmen den Anschluß an die Mehrheitsresolution an. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 23 v. 26. I. 21.

38) In Sindfjord spaltete sich die Arbeiterpartei auf ihrer Versammlung, wobei 32 Mitglieder den Saal verließen, um in einem anderen weiter zu tagen, wo sie einstimmig die Mehrheitsresolution annahmen unter Beibehaltung des alten Namens der Partei. Die rechten Sozialisten beschlossen in einer Anzahl von ungefähr hundert Mann, aus der Norwegischen Arbeiterpartei auszutreten und sich vom 1. Mai der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei anzuschließen. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 24 v. 28. I. 21.

39) Die Organisation von Bumeros nahm mit 74 gegen 70 Stimmen die Mehrheitsresolution an. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 25 v. 31. I. 21.

40) Die Arbeiterpartei in Iveland nahm einstimmig die Mehrheitsresolution an, beschloß aber die Beibehaltung des alten Namens. Vier Stimmen wurden für die Namensänderung abgegeben. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 25 v. 31. I. 21.

41) Die Arbeiterpartei in Rjenen nahm die Mehrheitsresolution mit 86 gegen 10 Stimmen an. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 29 v. 4. II. 21.

42) Die Arbeiterpartei in Seljord nahm einstimmig die Mehrheitsresolution an. „Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 29 v. 4. II. 21.

43) Die Arbeiterpartei in Swolwir nahm mit allen gegen 1 Stimme den Anschluß an die Mehrheitsresolution an, mit Ausnahme des Punktes, der sich auf die Namensänderung bezieht.	„Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 29 v. 4. II. 21.
44) Die Arbeiterpartei in Lids nahm mit 52 gegen 36 Stimmen die Mehrheitsresolution an. Gleichzeitig wurde das Vorgehen der Rechtssozialisten verurteilt, das zu einer Spaltung in der Arbeiterklasse führt.	„Sozialdemokrat" (Norwegen) Nr. 31 v. 7. II. 21.

III. Deutschland.

1) Die Sozialistische Organisation der Berliner Studenten zerfiel in zwei Gruppen: eine Sozialdemokratische und eine Kommunistische.	„Avanti" Nr. 267 vom 7. XI.
2) Die Oberschlesische Sozialistische Partei nahm die 21 Bedingungen an (Berlin, 25. XI. aus der Zeitung „Die Internationale").	„Prawda" Nr. 269 vom 30. XI. 20.
3) Die Mehrheit der U. S. P. (linker Flügel) trennte sich auf dem Parteitag zu Halle von der Minderheit (rechter Flügel) und verschmolz sich auf dem Vereinigungsparteitag vom 4. XII. mit der Kommunistischen Partei Deutschlands.	Deutsche Zeitungen
4) Verband der Sozialistischen Proletarierjugend. Auf der Reichskonferenz in Leipzig vom 7. XI. wurde mit einer Mehrheit von 10 Stimmen beschlossen, die Organisation zu liquidieren, sich mit der Kommunistischen Jugend zu verschmelzen und sich dadurch der Kommunistischen Internationale anzuschließen.	„Rote Fahne" Nr. 236 vom 17. XI. 20.
5) Der Parteitag der Unabhängigen Sozialisten in Danzig beschloß mit einer Mehrheit von 77 gegen 8 Stimmen, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen.	„Rote Fahne" Nr 38 vom 24. I. 21.

IV. Schweiz.

1) Die Sozialistische Organisation von Rüthi sprach sich mit einer Mehrheit von 46 gegen 1 Stimme für die Moskauer Bedingungen aus.	„Die Internationale" Nr. 17 vom 18. XI.
2) Die Schweizerische Sozialistische Partei. Die III., Berner Sektion erklärte sich für die Annahme der 21 Bedingungen. Das Komitee der Züricher Sektion sprach sich mit 21 gegen 18 Stimmen für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und die Annahme der 21 Bedingungen aus.	„Avanti" vom 10. XI. und 13. XI. 1920.
3) Der außerordentliche Kongreß des Kantons Zürich nahm mit einer Mehrheit von 178 : 97 Stimmen die Moskauer Bedingungen an.	„Avanti" Nr. 278 vom 20. X. „Humanité" vom 19. XI.
4) In Basel fand am 22. XI. der Gründungskongreß der linken Sozialdemokratischen Partei statt, die aus der Schweizer Sozialistischen Partei ausgetreten war, weil sie den Anschluß an die Kommunistische Internationale ablehnte.	„Rote Fahne" Nr. 263 vom 18. XII.
5) Die Sozialisten Genfs beschlossen mit einer Mehrheit von 44 gegen 9 Stimmen den Anschluß an die Kommunistische Internationale, wobei sie eine Revision der 21 Punkte vorschlugen.	„Die Internationale" Nr. 27 vom 27. XI., Nr. 36 vom 6. XII.
6) Die Sozialisten Basels erklärten sich für die Annahme der 21 Bedingungen.	„Tribuna" Nr. 28 vom 2. XI.
7) Der Luzerner Kanton der Schweizer Sozialistischen Partei nahm auf seinem Kongreß mit 51 gegen 31 Stimmen eine Resolution über den Anschluß an Moskau auf der Grundlage der 21 Bedingungen an.	„Avanti" vom 13. XI. 20.
8) Der Kongreß der Sozialistischen Partei Schaffhausens beschloß mit allen gegen eine Stimme den Anschluß an die Kommunistische Internationale.	„Avanti" 30. X.

V. Frankreich.

1) Die Sozialistische Jugendföderation des Departements Seine nahm auf ihrem Kongreß mit einer Mehrheit von fünf Sechsteln aller Stimmen eine Resolution über den Anschluß an die Kommunistische Internationale an. (24. X.)	„Rote Fahne" Nr. 225 vom 4. XI.
2) Der Verband der Sozialistischen Jugend Frankreichs nahm am 1. XI. auf der Schlußsitzung seiner Konferenz in Paris mit einer Mehrheit von 5443 gegen 1958 Stimmen den Anschluß an die Kommunistische Internationale an.	„Prawda" Nr. 247 v. 4. XI. 20. „Humanité" v. 25. X. „Rote Fahne" Nr. 251 vom 3. XI. „Avanti" 31. X.
3) Der Nationalkongreß der A. R. A. C. (ass. répl. des anciens combattants) nahm eine Resolution über die Anerkennung der Kommunistischen Internationale an.	„Humanité" vom 20. VII.

(Vorbereitungen zum Nationalkongreß in Tours.)

1. Departement Seine.

1) Der Kongreß der 20. Sektion der Seine-Föderation (am 24. X.) nahm mit einer Mehrheit von 376 gegen 83 Stimmen eine Resolution über den Anschluß an die Kommunistische Internationale an.	„Humanité" vom 25. XI.
2) Die Sektion Dré-Saint Gervais der Französischen Sozialistischen Partei nahm mit einer Mehrheit von 206 gegen 13 Stimmen, bei 6 Stimmenthaltungen eine Resolution über den Anschluß an die Kommunistische Internationale an. (25. X.)	„Humanité" vom 25. XI.
3) Die vierte Sektion der Seine-Föderation nahm mit 74 gegen 8, bei 6 Stimmen für den bedingten Anschluß, eine Resolution über den sofortigen und	„Humanité" v. 13. XI.

bedingungslosen Anschluß an die Kommunistische Internationale an. (6. XI.)

4) Die XII. Sektion der Seine-Föderation nahm mit einer Mehrheit von 264 Stimmen den sofortigen und bedingungslosen Anschluß an die Kommunistische Internationale an. (Für den bedingten Anschluß 32 — für die Resolution Blum-Meyer 6.) „Humanité" v. 13. XI.

5) Die Sektion Arcai-Cachan der F. S. P. nahm mit einer Mehrheit von 50 gegen 10 Stimmen eine Resolution über den bedingungslosen Anschluß an. (Die 10 Stimmen wurden für den bedingten Anschluß abgegeben.) (7. XI.) „Humanité" v. 14. XI.

6) Die Sektion Suresnes der F. S. P. nahm eine Resolution über den bedingungslosen Anschluß mit einer Mehrheit von 154 gegen 8 (für den bedingten Anschluß) an. (7. XI.) „Humanité" v. 14. XI.

7) Die Sektion Neuilly-en-Thelle nahm einstimmig die Resolution über den bedingungslosen Anschluß an. „Humanité" v. 14. XI.

8) Die Sektion Saint-Maur der F. S. P. nahm die Resolution über den bedingungslosen Anschluß mit einer Mehrheit von 43 gegen 13 (für den bedingten Anschluß) bei 2 Stimmenthaltungen an. „Humanité" v. 12. XI.

9) Die Sektion Chantilly der F.S.P. nahm eine Resolution über den bedingungslosen Anschluß mit einer Mehrheit von 77 gegen 16 Stimmen (für die Resolution über den bedingten Anschluß an. (10. XI.) „Humanité" v. 11. XI.

10) Die VIII. Sektion der Seine-Föderation nahm eine Resolution über den Anschluß an die Kommunistische Internationale an: 212 Stimmen für den bedingungslosen Anschluß, 47 für den bedingten und 37 gegen den Anschluß. (1. XI.) „Humanité" v. 11. XI.

11) Die IX. Sektion: für den Anschluß 1222, für die Resolution Longuet-Faure 7 Stimmen. (8. XI.) „Humanité" v. 9. XI.

12) Die X. Sektion: für den Anschluß 134, für die Resolution Longuet-Faure 61, gegen den Anschluß 28. „Humanité" v. 9. XI.

13) Die XI. Sektion: für den Anschluß 248, für die Resolution Longuet-Faure 47, gegen den Anschluß 3. (6. XI.) „Humanité" v. 9. XI.

14) XII. Sektion: für die Resolution Frossard 271, für die Resolution Longuet 55, für die Resolution Laurice 10, für die Resolution „La vie sociale" 8, eine Stimmenthaltung. „Humanité" v. 9. XI.

15) Die Sektion Crémelon-Bizerte: für den Anschluß 77, für die Resolution Longuet-Faure 17, gegen 9. (4. XI.) „Humanité" v. 11. XI.

16) II. Sektion: für den Anschluß 123, für die Resolution Longuet-Faure 7, für die Resolution Blum-Paoli 10. „Humanité" v. 17. XI.

17) Sektion Bras-sur-Marne: einstimmig für den Anschluß. „Humanité" v. 18. XI.

18) Sektion Choisy le Roi; für den Anschluß 126, für die Resolution Longuet-Faure 3, für die Resolution Blum 2. „Humanité" v. 18. XI.

19) Die Sektion Fontaine-sous-Bois: für den Anschluß 108, für die Resolution Longuet-Faure 2, für eine Resolution mit besonderen Vorbehalten 10, für die Resolution Blum 4. „Humanité" v. 18. XI.

20) Sektion Clichy: für den Anschluß 173, für die Resolution Longuet-Faure 8, für die Resolution Blum 2. „Humanité" v. 19. XI.

21) Sektion Montreuil: für den Anschluß 178, für die Resolution Longuet-Faure 71, für die Resolution Blum 1, Stimmenthaltungen 115. „Humanité" v. 19. XI.

22) V. Sektion der Seine-Föderation: für den Anschluß 103, für die Resolution Longuet 18, für die Resolution Blum 32. (20. XI.) „Humanité" v. 20. XI.

23) Sektion Ivry: für den Anschluß 108, für die Resolution Longuet 22, Stimmenthaltungen 1. „Humanité" v. 20. XI.

24) Sektion S. Etienne: für den Anschluß (die Zahl ist nicht angegeben). „Humanité" v. 20. XI.

25) Sektion Mouchard: für den Anschluß (Zahl ist nicht angegeben). „Humanité" v. 21. XI.

26) Sektion Long-le-Sugny: für den Anschluß (Zahl nicht angegeben). „Humanité" v. 21. XI.

27) Sektion Nogent s. Marne: für den Anschluß 24, für die Resolution Longuet-Faure 8, gegen den Anschluß 2. „Humanité" v. 21. XI.

28) Sektion Saint Gaudens: für den Anschluß 29, für die Resolution Longuet-Faure 12, gegen den Anschluß 2. „Humanité" v. 27. XI.

29) XIV. Sektion der Seine-Föderation: für den Anschluß 395, für den Zusatz - Antrag Heine - Leroy 137, für die Resolution Blum 117, für die Resolution Longuet-Faure 33. „Humanité" v. 27. XI.

30) Sektion Courneuve: einstimmig für den Anschluß. „Humanité" v. 27. XI.

31) Sektion Sault: für den Anschluß 30, für die Resolution Longuet-Faure 20, für die Resolution Blum 6. „Humanité" v. 27. XI.

32) Sektion Saint Mandé: für den Anschluß 34, für die Resolution Longuet-Faure 11, für die Resolution Blum 6. „Humanité" v. 27. XI.

33) Sektion Nuichob: für den Anschluß 271, für die Resolution Longuet-Faure 104. „Humanité" v. 28. XI.

34) Sektion Bacalange: für den Anschluß die Mehrzahl. (Zahlen sind nicht angegeben.) „Humanité" v. 28. XI.

35) Sektion Morly: einstimmig für den Anschluß. „Humanité" v. 28. XI.

36) Sektion Carouble: ebenfalls. „Humanité" v. 28. XI.

37) Sektion Saint-Seaulby: ebenfalls. „Humanité" v. 28. XI.

38) Sektion Fénain: ebenfalls. „Humanité" v. 28. XI.

39) Sektion Lofer: ebenfalls. „Humanité" v. 28. XI.

40) Sektion Rondin: ebenfalls. „Humanité" v. 28. XI.

2. Departement Seine und Oise

1) Die Sektion Nancherre der Französischen Sozialistischen Partei nahm eine Resolution über den bedingungs- „Humanité" v. 11. XI.

losen Anschluß mit einer Mehrheit von 43 Stimmen gegen 9 (für die Resolution des bedingten Anschlusses) an. (10. XI.)

2) Sektion Beauchamp: einstimmig für den Anschluß. „Humanité" v. 17. XI.

3) Der IV. Bezirk einstimmig für den Anschluß. „Humanité" v. 21. XI.

4) Die Sektion Beaujour einstimmig für den Anschluß. „Humanité" v. 20. XI.

5) Die Sektion Corbeille: für den Anschluß 94, für Longuet-Faure 7, für die Resolution Blum 2. „Humanité" v. 20. XI.

6) Sektion Seine-Oise: für den Anschluß 159, für die Resolution Longuet-Faure 32, für die Resolution Blum 6. „Humanité" v. 27. XI.

7) Sektion Crocy: für den Anschluß 21, für Longuet-Faure 2, Stimmenthaltungen 9. „Humanité" v. 27. XI.

3. Departement Hérault.

1) Sektion Béziers der F. S. P. nahm die Resolution des bedingungslosen Anschlusses mit einer Mehrheit von 58 gegen 32 (16 für die Resolution des bedingten und 16 gegen den Anschluß) an. (12. XI.) „Humanité" v. 12. XI.

2) Sektion Montpellier: für den Anschluß 38, für die Resolution Longuet-Faure 2, für die Resolution Blum 3, Stimmenthaltungen 2. „Humanité" v. 19. XI.

3) Sektion Mourvielle: fast einstimmig für den Anschluß. „Humanité" v. 7. XII.

4. Departement Lyon.

1) Sektion Villebrons: für den Anschluß 103, für die Resolution Longuet-Faure 37. (16. XI.) „Humanité" v. 18. XI.

5. Departement Seine und Marne.

1) Sektion Coulommiers; einstimmig für den Anschluß. „Humanité" v. 18. XI.

6. Departement Nord.

1) Sektion Onnaing Administrativ-Commission: für die Resolution Chin-Frossard. „Humanité" v. 21. XI.

2) Hellemmes: einstimmig für den Anschluß. „Humanité" v. 23. XI.

3) Sektion Anstaing: für den Beitritt alle Stimmen gegen 6. „Humanité" v. 23. XI.

4) Sektion Lallaing einstimmig für den Beitritt. „Humanité" v. 1. XII.

5) Sektion Dainin: für den Beitritt alle Stimmen gegen 6. „Humanité" v. 1. XII.

7. Departement Vienne.

1) Sektion Cannes-la-Becca: für den Beitritt 12, Stimmenthaltungen 2. „Humanité" v. 21. XI.

8. Departement Creuse.

1) Sektion Saint-Sulpicele-Chant einstimmig für den Beitritt. „Populaire" v. 13. XII.

9. Departement der Oberen Garonne.

1) Sektion Illan Dodon einstimmig für den Beitritt. „Populaire" v. 13. XII.

10. Departement der Oberen Loire.

1) Sektion Chazelles einstimmig für den Beitritt. „Humanité" v. 18. XI.

2) Sektion Chalette (Loire) einstimmig für den Beitritt. „Humanité" v. 7. XII.

11. Departement Nièvre.

1) Sektion La Charité einstimmig für den Beitritt. „Populaire" v. 13. XII.

2) Sektion La Machine einstimmig für den Beitritt. „Populaire" v. 13. XII.

3) Sektion Verneuil: für den Beitritt (Stimmenzahl unbekannt). „Populaire" v. 13. XII.

12. Departement der Vogesen.

1) Sektion Epinal: für den Anschluß 4 Mandate gleich 16 Stimmen, für die Resolution Longuet-Faure 1 Mandat gleich 4 Stimmen.	„Populaire" v. 7. XII.
2) Sektion Ramonchamp: für den Anschluß gegen eine Stimme.	„Populaire" v. 7. XII.
3) Sektion Géradmer: für den Anschluß 18, für die Resolution Longuet-Faure 1.	„Populaire" v. 7. XII.

13. Departement Obere Marne.

1) Sektion La Motte d'Aveillans: einstimmig für den Anschluß.	

14. Die übrigen Departements Frankreichs.

1) Die Straßburger Sektion der F.S.P. sprach sich für den Anschluß an die Kommunistische Internationale aus. (Radio aus Lyon.)	„Prawda" Nr. 270 v. 2. XII. 20.
2) Die Versammlung der Sektion Pas-de-Calais der F. S. P. sprach sich am 24. X. mit einer Mehrheit von 600 Stimmen für den Anschluß an die Kommunistische Internationale aus. (5. XI.)	„Humanité" v. 13. XI.
3) Die Sektion Lille: einstimmig für den Anschluß. (1. XI.)	
4) Sektion Rivesaltes: einstimmig für den Anschluß.	„Humanité" v. 18. XI.
5) Sektion Drancy: einstimmig für den Anschluß.	„Humanité" v. 18. XI.
6) Sektion Vassy: einstimmig für den Anschluß.	„Humanité" v. 18. XI.
7) Sektion Ruelle (Föderation Charente): für den Anschluß 110, für die Resolution Longuet 40.	„Humanité" v. 18. XI.
8) Sektion Metz: für den Anschluß 24, für die Resolution Longuet-Faure 2, für die Resolution Blum 3, Stimmenthaltungen 2.	„Humanité" v. 19. XI.

9) Sektion Bagneux: für den Anschluß 25, für die Resolution Longuet-Faure 9, Stimmenthaltung 1. „Humanité" v 20. XI.

10) Sektion Cannes: einstimmig für den Anschluß. (41.) „Humanité" v. 21. XI.

11) Sektion Mülhausen: für den Anschluß 159, gegen (für die Aufschiebung der Resolution) 61. „Humanité" v. 27. XI.

12) Sektion Fécamp (untere Seine): für den Anschluß, gegen 2 Stimmen. „Humanité" v. 27. XI.

13) Sektion Douai: für den Anschluß, gegen 4 Stimmen. „Humanité" v. 28. XI.

14) Sektion Epinai: für den Anschluß 34, für die Resolution Longuet-Faure 1, für die Resolution Blum 1. „Humanité" v. 28. XI.

15) Sektion Aulnoy-le-Valenciennes: einstimmig für den Anschluß. „Humanité" v. 28. XI.

16) Sektion Valenciennes: einstimmig für den Anschluß. „Humanité" v. 28. XI.

17) Sektion Anzin: für den Anschluß, gegen 4 Stimmen. „Humanité" v. 28. XI.

18) Sektion Antières: für den Anschluß mit überwiegender Mehrheit. „Humanité" v. 7. XII.

19) Sektion Segré: für den Anschluß mit überwiegender Mehrheit. „Humanité" v. 7. XII.

20) Sektion Berne-sur-Mèr: für den Anschluß 37, dagegen 17. „Humanité" v. 7. XII.

21) Sektion Meilhan: für den Anschluß 57, für die Resolution Longuet-Faure 13. „Humanité" v. 7. XII.

22) Sektion Tourcuing (Föderation Ysère) für den Anschluß 53, für die Resolution Longuet-Faure 5. „Populaire" v. 13. XII.

23) Sektion Roubaix: für den Anschluß 237, für die Resolution Longuet-Faure 182, für die Resolution Blum 11. „Populaire" v. 7. XII

24) Sektion Cette: für den Anschluß 77, für die Resolution Longuet-Faure 16, für die Resolution Blum 5. (27. XI.) „Humanité" v. 29. XI.

15. Föderationen.

1) Die Sozialistischen Organisationen der Provence beschlossen auf ihrem Kongreß vom 1. XI. mit einer Mehrheit von 5443 gegen 1958 Stimmen den Anschluß an die Kommunistische Internationale. (S. Liste Nr. 1.)	„Rote Fahne" vom 4. XI. Nr. 225.
2) Die Föderation Correse (3000 Mitglieder, 100 Sektionen) beschloß auf dem Kongreß einstimmig den Anschluß. Mit den Einschränkungen des Antrages Frossard: die Beibehaltung des Namens der Organisation, den Nichtausschluß der Zentrumsfraktion und die Nichtunterordnung der professionellen Organisation der Sozialistischen Partei.	„Humanité" v. 10. XI.
3) Die Föderation des oberen Savoy stimmte mit 20 Mandaten gleich 200 Stimmen für den Anschluß, für die Resolution Longuet-Faure 8 Mandate gleich 32 Stimmen.	„Humanité" v. 28. XI.
4) Die Marnefóderation: für den Anschluß 608, für die Resolution Longuet-Faure 375, für die Resolution Blum 14.	„Humanité" v. 28. XI.
5) Die Föderation der Charente: für den Anschluß 22 Mandate gleich 880 Stimmen, für die Resolution Longuet-Faure 6 Mandate gleich 240 Stimmen, für die Resolution Blum 1 Mandat gleich 40 Stimmen.	„Humanité" v. 7. XII.
6) Die Föderation Metz einstimmig für den Anschluß.	„Humanité" v. 7. XII.
7) Föderation Indre-Loire: für den Anschluß 50 Mandate gleich 2000 Stimmen, für die Resolution Longuet-Faure 26 Mandate gleich 1040 Stimmen, für die Resolution Blum 1 Mandat gleich 40 Stimmen.	„Humanité" vom. 10. XII.
8) Föderation Doubs: für den Anschluß 53, für die Resolution Longuet-Faure 5, verschiedene 7.	„Humanité" v. 29. XI.
9) Föderation Loire: einstimmig für den Anschluß. (107 Mandate.)	„Humanité" v. 29. XI.

10) Föderation Dordogne: für den Anschluß 1311, für Longuet-Faure 22. „Humanité" v. 29. XI.

11) Föderation Nimes: für den Anschluß 1327, gegen 57 Stimmen. D. G. vom 8. XII.

12) Föderation Seine: nahm am 28. XI. mit einer Mehrheit von 13 488 Stimmen gegen 1161 die Resolution Cachin-Frossard an. „Humanité" v. 29. XI.

Cachin-Frossard . .	13488
Longuet-Faure . . .	2114
Blum	1961
Heine	248

13) Die Föderation Finistère nahm mit einer Mehrheit von 167 gegen 98 Stimmen die Resolution Cachin-Frossard an. „Rote Fahne" Nr. 255 vom 9. XII.

14) Die Föderation des Moseldepartements sprach sich für den Anschluß an die Kommunistische Internationale aus. „Rote Fahne" Nr. 255 vom 9. XII.

15) Die Föderation Eurs-Loire: für den Anschluß 88 Mandate gleich 3520 Stimmen, für die Resolution Longuet-Faure 20 Mandate gleich 800 Stimmen, für die Resolution Blum 4 Mandate gleich 160 Stimmen, Stimmenthaltung 1 Mandat gleich 40 Stimmen. „Populaire" v. 13. XII.

Seit Anfang Dezember veröffentlichen die französischen sozialistischen Zeitungen nur die Resolutionen der Föderationen, weil es nicht möglich ist, die Abstimmungen nach Sektionen, infolge ihrer großen Zahl und verschiedenen Größe, in vollem Umfange zu veröffentlichen.

Für die Kommunistische Internationale sprachen sich folgende Föderationen aus:

1) Aveyron:		„Humanité" vom 22. XII.
Cachin-Frossard . . .	282 Stimmen	
Longuet-Faure	174 „	
Blum-Paoli	7 „	
2) Allier:		„Humanité" vom 13. XII.
Cachin-Frossard . . .	1204 Stimmen	
Longuet-Faure	266 „	
Blum-Paoli	746 „	
3) Die Südalpen, einstimmig für die Kommunistische Internationale.		„Humanité" vom 11. XII.

4) Die Seealpen:			„Humanité" v. 5. XII.
Cachin-Frossard . . .	56	Mandate	
Longuet-Faure	5	„	
5) Ariége:			„Humanité" vom 14.
Cachin-Frossard . . .	9	Mandate	XII.
Blum-Paoli	1	„	
6) Algier:			„Humanité" vom 22.
Cachin-Frossard . . .	39	Mandate	XII.
Longuet-Faure	1	„	
Blum-Paoli	2	„	
7) Belfort, Kreis: einstimmig für die Kommunistische Internationale.			„Humanité" v. 5. XII.
8) Rhonemündung:			„Humanité" vom 13.
Cachin-Frossard . . .	70	Mandate	XII.
Longuet-Faure	20	„	
Blum-Paoli	3	„	
9) Vienne:			„Humanité" vom 21.
Cachin-Frossard . . .	38	Mandate	XII.
Longuet-Faure	6	„	
Blum-Paoli	14	„	
10) Vendelle:			„Humanité" vom 15.
Cachin-Frossard . . .	4	Mandate	XII.
Longuet-Faure	1	„	
Blum-Paoli	1	„	
11) Vogesen:			„Humanité" vom 22.
Cachin-Frossard . . .	14	Mandate	XII.
Longuet-Faure	4	„	
Blum-Paoli	3	„	
12) Vaucluse:			„Humanité" vom 21.
Cachin-Frossard . . .	42	Mandate	XII.
Longuet-Faure	3	„	
Blum-Paoli	1	„	
13) Gard:			„Humanité" v. 6. XII.
Cachin-Frossard . . .	1327	Stimmen	
Longuet-Faure	1057	„	
Blum-Paoli	215	„	
14) Drome:			„Humanité" vom 20.
Cachin-Frossard . . .	298	Mandate	XII.
Longuet-Faure	79	„	
15) Sèvre:			„Humanité" vom 18.
Cachin-Frossard . . .	9	Mandate	XII.
Longuet-Faure	3	„	

16) Gironde:			„Humanité" vom 13.
Cachin-Frossard . . .	1290	Stimmen	XII.
Longuet-Faure	350	„	
Blum-Paoli	910	„	
17) Ysère:			„Humanité" vom 14.
Cachin-Frossard . . .	84	Mandate	XII.
Longuet-Faure	21	„	
18) Ille und Vilaine:			„Humanité" vom 22.
Cachin-Frossard . . .	8	Mandate	XII.
Longuet-Faure	4	„	
Blum Paoli	3	„	
19) Cotes d'Or:			„Humanité" vom 21.
einstimmig für die Kommunistische Internationale.			XII.
20) Korsika:			„Humanité" vom 15.
Cachin-Frossard . . .	17	Mandate	XII.
Blum-Paoli	5	„	
21) Cotes du Nord:			„Humanité" v. 9. XII.
Cachin-Frossard . . .	198	Mandate	
Longuet-Faure	134	„	
Blum-Paoli	3	„	
22) Calvados:			„Humanité" vom 15.
Cachin-Frossard . . .	13	Mandate	XII.
Longuet-Faure	8	„	
Blum-Paoli	2	„	
23) Creuse:			„Humanité" vom 15.
Cachin-Frossard . . .	37	Mandate	XII.
Longuet-Faure	6	„	
Blum-Paoli	5	„	
24) untere Loire:			„Humanité" vom 21.
Cachin-Frossard . . .	20	Mandate	XII.
Longuet-Faure	4	„	
Blum-Paoli	13	„	
25) obere Loire:			„Humanité" vom 22.
Cachin-Frossard . . .	4	Mandate	XII.
Longuet-Faure	1	„	
26) Loire:			„Humanité" vom 16.
Cachin-Frossard . . .	592	Stimmen	XII.
Longuet-Faure	90	„	
Blum-Paoli	58	„	
27) Loire und Cher:			„Humanité" vom 15.
Cachin-Frossard . . .	6	Mandate	XII.
Heine	3	„	
zusammen 9 Mandate			

Longuet-Faure	5	Mandate	
Blum-Paoli	1	„	
28) Lot und Garonne:			„Humanité" vom 15.
Cachin-Frossard . . .	65	Mandate	XII.
Longuet-Faure	5	„	
Blum-Paoli	1	„	
29) Lozère:			„Humanité" v. 9. XII.
Cachin-Frossard . . .	5	Mandate	
Longuet-Faure	2	„	
30) obere Marne:			„Humanité" vom 18.
Cachin-Frossard . . .	9	Mandate	XII.
Longuet-Faure	2	„	
Blum-Paoli	1	„	
31) Maine und Loire:			„Humanité" vom 22.
Cachin-Frossard . . .	11	Mandate	XII.
Longuet-Faure	7	„	
32) Morbihan:			„Humanité" vom 18.
Cachin-Frossard . . .	10	Mandate	XII.
Longuet-Faure	4	„	
Blum-Paoli	2	„	
33) Manche:			„Humanité" vom 20.
einstimmig für die Kommunistische Internationale.			XII.
34) Meuse:			„Humanité" vom 21.
Cachin-Frossard . . .	2	Mandate	XII.
Longuet-Faure	1	„	
35) Nièvre:			„Humanité" vom 20.
Cachin-Frossard . . .	30	Mandate	XII.
Longuet-Faure	6	„	
Blum-Paoli	8	„	
36) Nord:			„Humanité" vom 20.
Cachin-Frossard . . .	462	Stimmen	XII.
Heine	2	„	
zusammen 464 Stimmen			
Longuet-Faure	247	„	
Blum-Paoli	23	„	
Stimmenthaltungen . .	81	„	
37) untere Pyrenäen:			„Humanité" vom 22.
Cachin-Frossard . . .	11	Mandate	XII.
Longuet-Faure	6	„	
Blum-Paoli	1	„	
Stimmenthaltungen . .	2	„	

38) obere Pyrenäen:			„Humanité" vom 14.
Cachin-Frossard . . .	107	Stimmen	XII.
Longuet-Faure	2	„	
Blum-Paoli	19	„	
Stimmenthaltungen . .	34	„	
39) Pas-de-Calais:			„Humanité" vom 21.
Cachin-Frossard . . .	267	Mandate	XII.
Longuet-Faure	145	„	
Blum-Paoli	67	„	
40) Rhone:			„Humanité" vom 21.
Cachin-Frossard . . .	80	Mandate	XII.
Longuet-Faure	7	„	
Blum-Paoli	14	„	
41) Unterrhein:			„Humanité" vom 13.
Cachin-Frossard . . .	102	Stimmen	XII.
gegen den Anschluß .	29	„	
42) Oberrhein:			„Humanité" vom 22.
Cachin-Frossard . . .	24	Mandate	XII.
Longuet-Faure	1	„	
43) Saone und Loire:			„Humanité" vom 15.
Cachin-Frossard . . .	55	Mandate	XII.
Longuet-Faure	15	„	
Blum-Paoli	7	„	
44) untere Seine:			„Humanité" vom 14.
Cachin-Frossard . . .	65	Mandate	XII.
Longuet-Faure	6	„	
Blum-Paoli	5	„	
45) Seine und Marne:			„Humanité" vom 10.
Cachin-Frossard . . .	435	Stimmen	XII.
Heine	6	„	
zusammen 441 Stimmen			
46) Seine und Oise:			„Humanité" vom 20.
Cachin-Frossard . . .	3472	Stimmen	XII.
Heine	78	„	
Longuet-Faure	489	„	
Blum-Paoli	101	„	
Stimmenthaltungen . .	60	„	
47) Tarn und Garonne:			„Humanité" vom 20.
Cachin-Frossard . . .	25	Mandate	XII.
Longuet-Faure	14	„	
48) Oise:			„Humanité" vom 21.
Cachin-Frossard . . .	78	Mandate	XII.
Longuet-Faure	40	Mandate	
Blum-Paoli	1	„	

49) Cher:			„Humanité" vom 18.
Cachin-Frossard . . .	24	Mandate	XII.
Longuet-Faure	5	„	
Blum-Paoli	2	„	
50) untere Charente:			„Humanité" v. 7. XII.
Cachin-Frossard . . .	29	Mandate	
Longuet-Faure	8	„	
Blum-Paoli	8	„	
51) Indre:			„Humanité" vom 18.
Cachin-Frossard . . .	10	Mandate	XII.
Longuet-Faure	2	„	
52) Indre und Loire:			„Humanité" vom 10.
Cachin-Frossard . . .	2000	Stimmen	XII.
Longuet-Faure	1040	„	
Blum-Paoli	40	„	
53) Eurs:			„Humanité" vom 22.
Cachin-Frossard . . .	71	Mandate	XII.
Longuet-Faure	2	„	

Auf dem Kongreß in Tours wurde der Anschluß an die Kommunist. Internationale beschlossen.

Cachin-Frossard . . .	3208	Stimmen
Longuet-Faure	1022	„
Blum-Paoli	394	„
Heine	44	„

VI. Italien.

1) 460 Arbeiter der Sektion Mailand beschlossen den Anschluß an die Kommunistische Internationale. „Prawda" v. 9. XII.

2) Auf dem Parteitage in Reggio Emilia vom 10. bis 11. Oktober bestätigte die Konzentrationsfraktion ihren Anschluß an die Kommunistische Internationale und nahm die 21 Bedingungen an. „Avanti" vom 23. XI.

3) Die Sozialisten Venedig-Julia, die zur Unitaristenfraktion gehören, erklärten in ihrer Deklaration, daß sie für die Aufrechterhaltung des Anschlusses an die Kommunistische Internationale einstehen. „Avanti" vom 10. XI.

4) Die Fraktion der Kommunisten-Asstenzionisten beschloß den Anschluß an die Kommunistische Fraktion der Italienischen Sozialistischen Partei. „Sowjet" Nr. 26.

5) Das Komitee der Jugendfraktion der Partei der Kommunisten-Asstenzionisten beschloß den Anschluß an die Kommunistische Fraktion der Partei. „Sowjet" Nr. 27.

6) Auf dem Parteitag zu Florenz am 20. bis 21. XI. beschloß die Fraktion der Unitaristen der J. S. P. (Gruppe Serrati) die Annahme der Moskauer Bedingungen in ihrer vollen Gültigkeit. „Avanti" vom 23. XI.

7) Der kommunistische Flügel der Sektion Provinz Bologna sprach sich auf der Versammlung vom 14. XI. für die Notwendigkeit des Verbleibens der J. S. P. in der Kommunistischen Internationale aus. „Avanti" vom 18. XI.

Hierbei sind jedoch von der Partei eine Reihe wesentlicher Einschränkungen gemacht worden.

8) Die maximalistische Fraktion der Provinz Reggio Emilia bestätigt nach erfolgter Prüfung der innerhalb der Partei bestehenden Richtungen ihren Anschluß an die Kommunistische Internationale. „Avanti" vom 24. XI.

9) Auf dem Parteitag zu Imola vom 27. und 28. XI. bestätigt die Kommun. Fraktion der J. S. P. ihren Anschluß an die Kommunistische Internationale. In der Nachmittagssitzung des ersten Tages teilt Ilari im Namen der Mandatsprüfungskommission mit, daß sich dem Kongreß 321 Sektionen angeschlossen haben (sowohl Mehrheiten wie Minderheiten).

Die Sektionen verteilen sich wie folgt

1. Alessandria	11	Sektionen
2. Aquila	19	„
3. Arezzo	16	„
4. Bari	5	„
5. Bologna	6	„
6. Cosenza	1	„
7. Cuneo	3	„

8.	Cremona	10	Sektionen
9.	Florenz	5	„
10.	Ferrara	1	„
11.	Forli	7	„
12.	Genua	13	„
13.	Mantua	5	„
14.	Lecce	1	„
15.	Lucca	1	„
16.	Macerata	1	„
17.	Mailand	11	„
18.	Modena	2	„
19.	Neapel	10	„
20.	Novara	16	„
21.	Pavia	4	„
22.	Pesaro	1	„
23.	Pisa	1	„
24.	Pistoja	6	„
25.	Porto Mauricio	2	„
26.	Poteneso	1	„
27.	Ravenna	2	„
28.	Reggio Emilia	3	„
29.	Reggio Calabria	1	„
30.	Rom	1	„
31.	Taranto	3	„
32.	Teramo	1	„
33.	Turin	8	„
34.	Trapani	1	„
35.	Venedig	1	„
36.	Venedig-Julia	5	„

Im Auslande schlossen sich 13 Sektionen an. An einzelnen Genossen 28.

Von den Komitees der Sozialistischen Provinzföderationen mit einzelnen Vertretern 2, ohne Vertreter 1.

Von den Provinzföderationen der Jugend 14, und außerdem das Zentralkomitee der Italienischen Föderation der Jugend in seiner größten Mehrheit.

85 Jugendgruppen sandten eine Erklärung über ihren Anschluß.

Von den Mitgliedern des Zentralkomitees der J. S. P. traten bei Genari (Sekretär), Belloni, Mazziani, Cessa, Terraccini und Tuntar („Avanti" 30. XI.).

Auf der Morgensitzung des zweiten Tages wurde der Anschluß neuer Sektionen mitgeteilt, sie verteilen sich wie folgt:

Aquila 11, Casarma 13, Cosenza 1, Cuneo 4, Genua 5, Mantua 19, Modena 3, Novara 1, Teramo 1, Turin 5, Venedig-Julia 5.

Ebenfalls trat der Mailänder Verband der Kommunistischen Jugend bei. (Avanti 1. XII.)

So war die Lage im Moment des ersten Kongresses der im Entstehen begriffenen Partei. Seitdem dauern während des ganzen Dezembers und Anfang Januar die Beitritte zur Kommunistischen Internationale ohne Unterbrechung fort. Die lange Liste dieser Beitritte zieht sich durch eine lange Reihe von Nummern des „Avanti" und am 14. I. („Avanti" Nr. 12 vom 14. I.) erreicht die Zahl der Sozialistischen Organisationen, die sich der Kommunistischen Bewegung angeschlossen haben, die Höhe von 1263. In vielen Sektionen traten Majoritäten, in anderen Minoritäten bei, in dritten gibt es nur kommunistische Zellen.

1) Der Provinzparteitag der Kommunistischen Fraktion Liguri sprach am 16. XII. in Genua seine große Begeisterung und engste Solidarität mit dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale aus. „Avanti" vom 18. XII.

2) Auf dem Sozialistischen Parteitag der Provinz Lacium siegten die Kommunisten-Sezessionisten mit einer Mehrheit von 203 gegen 200 Stimmen. „Avanti" vom 24. XII.

3) Auf dem Parteitage der Provinz Ravenna siegten die Kommunisten-Sezessionisten mit einer Mehrheit von 62 gegen 51 Stimmen. „Avanti" vom 15. XII.

4) Der Parteitag der Provinz Turin brachte folgende Ergebnisse: „Avanti" vom 22. XII.

Kommun.-Sezessionisten	3344 Stimmen
Unitaristen	2070 Stimmen
Konzentrationisten . .	7 Stimmen

5) Die auf dem Kongreß in Livorno abgegebenen Stimmen verteilen sich wie folgt:

Kommunisten	58 783 Stimmen
Unitaristen	98 028 „
Reformisten	14 695 „

Als Ergebnis dieser Abstimmung konstituierten sich die Kommunisten zu einer besonderen Partei.

6) Die Sektion Grado der J. S. P., die im Begriff stand, sich mit den Unitaristen zu vereinigen, machte ihren Entschluß rückgängig und trat der Kommunistischen Partei Italiens bei. (Telegramm aus Triest vom 10. II.) — „Rote Fahne" vom 13. II. 21.

7) Der Kongreß der Sozialistischen Jugend (Unitaristen) Florenz, dem die Vertreter von 315 Sektionen mit 12 000 Mitgliedern beiwohnten, bestätigt seinen Anschluß an die Berliner Jugend-Internationale. Er nimmt ihr Programm und ihre Grundsätze an und gibt dem neuen Exekutivkomitee die Vollmacht, alle notwendigen Schritte zu tun, um den Anschluß durchzuführen. — „Ordine Nuovo" vom 2. II. 21.

VII. Belgien und Luxemburg.

1) In Gent wurde die vlämische Kommunistische Partei gegründet, deren Verschmelzung mit der Wallonischen Gruppe (Brüssel) bevorsteht. — „Internationale" Nr. 14.

2) Die Kommunistische Partei Belgiens hat sich auf dem Parteitage in Brüssel (31. X. bis 1. XI.) endgültig als Sektion der Kommunistischen Internationale gebildet. Alle Grundsätze der Kommunistischen Internationale wurden anerkannt. — „Prawda" Nr. 261 v. 20. XI. 20.

3) In Luxemburg hat sich nach dem Parteitag in Differdingen, auf dem mit einer Mehrheit von 67 gegen 21 Stimmen die 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale abgelehnt wurden, eine besondere Kommunistische Partei Luxemburgs gebildet. — „Rote Fahne" v. 21. I. 21.

VIII. Oesterreich.

1) Der linke Flügel der Oesterreichischen Sozialdemokraten hat sich von der Partei abgespalten und eine neue Organisation gebildet (Sozialistische Ar- — „Rote Fahne" Nr. 248 vom 1. XII.

beiterpartei), deren Verschmelzung mit der Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs in der nächsten Zeit bevorsteht. Auf ihrem Gründungsparteitag beschloß die Partei einstimmig ihren Anschluß an die Kommunistische Internationale.

2) Die Sozialdemokratische Jugendgruppe Ottakring (Volksheim) beschloß auf ihrer allgemeinen Sitzung vom 9. XI., der Kommunistischen Jugendinternationale beizutreten. „Rote Fahne" Nr. 237 vom 18. XI.

3) Auf dem Parteitag in Wien am 19. und 20. I. vereinigten sich die linken Sozialisten und die Kommunisten zu einer Kommunistischen Partei Oesterreichs. „Rote Fahne", Wien vom 21. I. 21.

IX. Balkan und slavische Staaten.

1) Die ungarischen, deutschen und slowenischen sozialistischen Parteien der Slowakei vereinigten sich auf dem Parteitag zu Neitwe zu einer Partei, die sich einmütig auf den Boden der Kommunistischen Internationale stellt. „Internationale" vom **4. XI. Nr. 34** und Nr. 37 vom 7. XI.

2) Die Vertreter von 10 000 organisierten Arbeitern der Tekoverzupa beschlossen auf ihrer Konferenz in Prable am 28. XI., als Grundlage für ihre Tätigkeit das Programm der Kommunistischen Internationale zu übernehmen und sich den linken Sozialisten Oesterreichs anzuschließen. „Rote Fahne" Nr. 255 vom 9. XII.

3) Die bulgarische Kommunistische Partei erklärte auf ihrem Parteitag Ende Dezember ihren Anschluß an die Kommunistische Internationale. Aus rumänischen Zeitungen.

4) Der linke Flügel der bulgarischen sozialdemokratischen Partei (Minderheit) spaltete sich ab und schloß sich den Kommunisten an und damit der Kommunistischen Internationale. „Rote Fahne" Nr. 239 vom 20. XI.

5) Die deutsch-böhmische Jugend beschloß auf ihrem Kongreß am 31. X. bis 1. XI. mit Stimmenmehrheit den Beitritt zur Kommunistischen Jugendinternationale.	„Rote Fahne" Nr. 455 vom 7. XI. J. J. Col. vom 11. XI.
6) Die slowenische sozialistische Jugend beschloß auf ihrem ersten Kongreß am 5. IX. einmütig, der Kommunistischen Jugendinternationale beizutreten.	„Rote Fahne", Wien Nr. 412 vom 18. IX. R. F. Berlin Nr. 194 v. 28. IX.
7) Die tschechische linke sozialistische Partei beauftragte auf ihrem Kongreß im September den Parteivorstand, den Anschluß an die Kommunistische Internationale zu vollziehen.	„Freiheit", Berlin Nr. 407 vom 28. IX.
8) Die Bezirkskonferenz der deutschen Sozialisten der Tschecho-Slowakei sprach sich in Iglau mit einer Mehrheit von 27 gegen 6 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen für die Kommunistische Internationale aus.	„Humanité" vom 22. II. 21.
9) In Reichenberg fand am 31. I. die Gründung einer neuen Kommunistischen Partei statt aus Arbeitern, die sich aus den Reihen der deutschen Sozialisten der Tschecho-Slowakei losgelöst hatten. Die Partei macht es sich zur Aufgabe, das deutsche Proletariat der Tschecho-Slowakei nach den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale zu revolutionieren und den unbedingten Anschluß an diese in die Tat umzusetzen. Dem Kongreß wohnten 350 Delegierte bei, die 18 000 Mitglieder vertraten.	„Rote Fahne" Nr. 51 vom 1. II. 21. Wiener R. F. Nr. 527 vom 3. II. 21.
10) In Kraijowa sprach sich die sozialistische Organisation für die Kommunistische Internationale aus.	„Sozialismus" vom 24 VII. 20.
11) Auf dem ersten Kongreß der Sozialistischen Jugend von Ssemigrad und Banat in Kluje wurde eine Resolution ausgearbeitet, die an die Parteiorganisation gerichtet ist und worin die Notwendigkeit ausgesprochen wird, der	„Sozialismus" vom 31. VII. 20.

Kommunistischen Internationale beizutreten.

12) Auf dem Kongreß der Sozialistischen Partei von Ssemigrad und des Banat sprach sich die Mehrheit für den Anschluß an die Kommunistische Internationale aus. Die endgültige Entscheidung in dieser Frage wird dem rumänischen Kongreß überlassen. „Sozialismus" vom 26. VIII. 20.

13) Die Sektion der rumänischen Sozialisten beschloß in Fokschano den Beitritt zur Kommunistischen Internationale. „Sozialismus" vom 15. VIII. 20.

14) Der Kongreß der Sozialistischen Partei des Banat sprach sich am 19. bis 20. XI. in Temeschware für die Kommunistische Internationale aus. „Sozialismus" vom 24. IX. 20.

X. Spanien.

1) Die Spanische Sozialistische Partei beschloß mit einer Mehrheit von 8269 gegen 5016 Stimmen Maßnahmen zum Anschluß an die Kommunistische Internationale zu ergreifen. „Rote Fahne" Nr. 225 vom 4. XI.

2) Der spanische Jugendbund beschloß, sich der Moskauer Jugendinternationale anzuschließen. „Kommunist" Nr. 18 vom 2. X.

XI. Portugal.

1) Auf dem Außerordentlichen Kongreß in Lissabon am 3. X. beschlossen die Portugiesischen Sozialisten, Maßnahmen zum Eintritt in die Kommunistische Internationale zu ergreifen. „Internationale" vom 27. X.

XII. Baltische Länder.

1) Die estnische Kommunistische Partei nahm auf ihrem Kongreß einmütig die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale an. „P. Prawda" vom 16. X. 20.

XIII. Der nahe Osten.

1) Die Türkische Kommunistische Partei in Angora.
2) Die Iranische Kommunistische Partei (Persien).
3) Die Kommunistische Partei Aserbeidjans.
4) Die Kommunistische Partei Grusiens.
5) Die Kommunistische Partei Armeniens.

hatten ihre Vertreter auf dem 1. Kongreß der Ostvölker in Baku vom 1. bis 8. IX. 20.

XIV. Die übrigen Länder und internationalen Organisationen.

1) In Johannisburg (Transvaal) löste sich aus der „Internationalen Sozialistischen Liga" (International Socialist League) eine besondere Gruppe los, die „Communist League". Sie hat eine Einladung zum 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale erhalten.

„Kommunismus" Nr. 45 vom 3. XII.

2) Auf der Insel Cypern hat sich eine Kommunistische Gruppe gebildet, die im engsten Zusammenhang mit den britischen kommunistischen Organisationen zu arbeiten gedenkt.

„Rote Fahne" Nr. 225 vom 4. XI.

3) In der Stadt Mexiko tagte der erste Kongreß der mexikanischen Kommunistischen Partei. (Sektion der Kommunistischen Internationale.) Es waren die Vertreter von 5 Provinzen zugegen (Mexiko, Pueblo, Veracruz, Yukatan, Tamaulipas.)

„Labour Leader" vom 2. XII.
„Avanti" Nr. 272.

4) Die Poale Zion beschloß auf dem Weltkongreß in Wien den Anschluß an die Kommunistische Internationale.

„Vorwärts", Berlin Nr. 442 vom 25. VIII. 20.

5) Die Sozialistische Partei der südamerikanischen Republik Uruguay beschloß auf ihrem Jahreskongreß in Montevideo mit zwei Drittel Stimmenmehrheit den Anschluß an die Kommunistische Internationale. (Radio Agent. Unigraphe.)

„M. Prawda" Nr. 215 vom 28. IX. 20.
„Tribuna" Nr. 30.

6) Der Eintritt der Sozialistischen Partei Aegyptens in die Kommunistische Internationale ist geplant.	„Rote Fahne" Nr. 6 1921.
7) Die finnische Föderation ist aus der Sozialistischen Partei Amerikas ausgetreten, weil diese sich weigert, die 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale anzunehmen.	„New York Call" vom 6. I. 21.
8) Laut einer Mitteilung aus Sydney hat sich in Australien eine Kommunistische Partei gebildet.	„New York Call" vom 6. I. 21.
9) Die argentinische Sozialistische Partei der Internationalisten nahm auf ihrem Parteitage einstimmig die 21 Bedingungen an und nennt sich jetzt „Kommunistische Partei Argentinien — Sektion der Kommunistischen Internationale". (Telegramm aus Buenos Aires.)	„Rote Fahne" vom 13. II. 21.
10) Die Sozialistische Partei Chile beschloß auf ihrem Kongreß in Santiago fast einstimmig den Beitritt zur Kommunistischen Internationale.	„Rote Fahne" vom 13. II. 21.

B. Gewerkschafts-Organisationen.

I. Deutschland.

1) Die Opposition des Berliner Buchdruckerverbandes nahm auf ihrer Versammlung vom 29. X. die Grundsätze der Kommunistischen Internationale an.	„Rote Fahne" Nr. 223 vom 2. XI.
2) Der Berliner Holzarbeiterverband beschloß auf seiner Versammlung vom 8. XI. einstimmig, seine Tätigkeit nach den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale einzustellen und dies dem Büro der K. P. D. zur Kenntnis zu bringen.	„Internationale" Nr. 15 vom 13. XI. 20.
3) Der Verband der Berliner Bekleidungsarbeiter beschloß, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen.	„Rote Fahne" Nr. 241 vom 23. XI.

4) Der Deutsche Bauarbeiterverband Bezirk Chemnitz beschloß den Anschluß an die Kommunistische Internationale.	„Internationale" Nr. 27 vom 27. XI.
5) Der Maurerverband nahm auf seiner Versammlung vom 11. X. einstimmig eine Resolution für Moskau an.	„Rote Fahne" Nr. 208 vom 15. X. 20.
6) In Fürstenwalde nahm die Ortsgruppe des Metallarbeiterverbandes die „Stuttgarter Forderungen" an. Bei der Bürowahl wurde als Vorsitzender ein Kommunist mit 427 gegen 168 Stimmen des unabhängigen und rechtsozialistischen Blocks gewählt.	„Rote Fahne' Nr. 208 vom 15. X. 20.
7) In Hamburg nahm am 14. XII. die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes die Resolution der Kommunisten an und lehnte die Resolution der Ortsverwaltung ab, die zum Kampf gegen die Kommunisten auffordert.	„Rote Fahne" vom 29. XII. 20.
8) In Aue (Sachsen) wurden in die Bezirksvorstände des Metallarbeiterverbandes im ganzen 15 Kommunisten gewählt. Die Kommunisten erhielten 275 Stimmen, die Rechtssozialisten 130, die Unabhängigen 20 Stimmen.	„Rote Fahne" Nr. 6 v. 7. I. 21.
9) In Essen erklärte sich die Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes mit ungeheurer Mehrheit für revolutionäre Taktik der Gewerkschaften.	„Rote Fahne" vom 25. XII. 20 Nr. 269.
10) In Düsseldorf erklärte sich am 20. XII. die Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes mit überwiegender Mehrheit für die revolutionäre Taktik und die „Stuttgarter Forderungen".	„Rote Fahne" vom 25. XII.
11) In Binningen (Württ.) erklärte sich die Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes einstimmig für die Moskauer Internationale und die „Stuttgarter Forderungen".	„Rote Fahne" vom 25. XII. 20.
12) In Schrammberg erklärte sich am 18. XII. die Mitgliederversammlung des	„Rote Fahne" vom 25. XII. 20.

Metallarbeiterverbandes einstimmig für die „Stuttgarter Forderungen".

13) In Coswig wurden einstimmig die „Stuttgarter Forderungen" angenommen. „Rote Fahne" vom 23. XII. Nr. 267.

14) In Inteln (Niedersachsen) nahm die Ortsgruppe des Glasarbeiterverbandes auf ihrer Mitgliederversammlung die „Stuttgarter Forderungen" an. „Rote Fahne" vom 21. X. Nr. 213.

15) In Borsigwalde setzten am 23. XII. die Arbeiter der Borsigwerke den gesetzlichen Betriebsrat ab und wählten eine revolutionäre Vertretung. Daselbst nahm eine Betriebsversammlung die „Stuttgarter Forderungen" an. „Rote Fahne" vom 21. X. Nr. 213.

16) Die Bauarbeiter Leipzigs erklärten sich mit einer Mehrheit von 600 gegen 3 Stimmen gegen Amsterdam und für Moskau. „Rote Fahne" vom 23. XII.

17) In Berlin nahm eine Versammlung der Arbeiter der Gaswerke am 30. XII. mit allen gegen 3 Stimmen eine Resolution über die Umwandlung der Gewerkschaften in Industrieverbände zur Unterstützung der Moskauer Internationale gegen Amsterdam an. „Rote Fahne" vom 4. I. 21.

18) In Königsberg beschloß am 25. XII. eine Konferenz von Vertretern des Eisenbahnerverbandes in Ostpreußen einstimmig, gegen die Beschlüsse des Hauptvorstandes zu protestieren. Die „Stuttgarter Forderungen" wurden angenommen, ebenso eine rein kommunistische Resolution. „Rote Fahne".

19) Eine Versammlung der erwerbslosen Techniker der Berliner Ortsgruppe des Verbandes der technischen Angestellten und eine ordentliche Mitgliederversammlung desselben Verbandes Bezirk „Norden" nahmen einstimmig die „Stuttgarter Forderungen" an. „Rote Fahne" vom 29. XII.

20) Die Funktionäre des deutschen Eisenbahnerverbandes in Ihlen erklärten ihre Sympathie für die Kommunistische „Rote Fahne" vom 29. XII.

Internationale, was von der Mitgliederversammlung bestätigt wurde.

21) Die Eisenbahner Ostpreußens nahmen eine Protestresolution gegen die Taktik ihrer Verwaltung gegenüber der Kommunistischen Internationale an. „Rote Fahne" vom 22. XII.

22) Eine Konferenz der Wirtschaftsräte der Freien Arbeiter-Union in Gelsenkirchen erklärte sich am 1. II. 21 für den Anschluß an die Moskauer Internationale. „Rote Fahne" vom 10. II. 21 Nr. 63.

23) Die Berliner Töpfer beschlossen nach einem Referat des Genossen Abramowitsch, Delegierte nach Moskau zu entsenden. „Rote Fahne" vom 30. I. 21.

24) Die Arbeiter der Bekleidungsbranche in Plauen nahmen eine Resolution für Moskau an. „Rote Fahne v. 19. I.

25. Die Arbeiter des Gaswerks II, Berlin, haben sich für die Rote Gewerkschafts-Internationale ausgesprochen. „Rote Fahne" v. 27. I.

26) Die Versammlung der Arbeiter der Anilinfabrik in Treptow forderte die Sendung der Delegierten zum Kongreß der Gewerkschaften in Moskau. (24. I.) „Rote Fahne" v. 27. I.

27) Die Versammlung des Holzarbeiterverbandes in Berlin nahm die Resolution für Moskau an. (24. I.) „Rote Fahne" vom 25. I. 21.

28) Die Berliner Glaser sprachen sich auf ihrer Sitzung am 16. I. für Moskau aus. „Rote Fahne" vom 20. I. 21.

29) Die Kohlenarbeiter Berlins sprachen sich für die Rote Gewerkschafts-Internationale und für die Umwandlung der Gewerkschaften in Industrieverbände aus. „Rote Fahne" vom 10. I. 21.

II. Skandinavien.

1) Die größte Gewerkschaft Norwegens, der Maurer-, Erdarbeiter- und Zementarbeiterverband nahm die Moskauer Bedingungen an. „Sozialdemokraten" (Norwegen) vom 4. II. 21 Nr. 29.

III. Schweiz.

1) Die Züricher Gewerkschaften. Auf der Delegiertenversammlung im September wurde der Beitritt zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale beschlossen.	„Fr." Nr. 132 vom 18. IX.
2) Der Schweizer Gemeindearbeiterverband sprach sich für den Anschluß an die Kommunistische Internationale aus.	„Rote Fahne". „Mosk. Prawda" Nr. 247 vom 4. XI.

IV. Italien.

1) Die Gewerkschaft der italienischen Textilarbeiter (Federazione Italiana Operai Tessili) beschloß den Anschluß an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale.	„Rote Fahne" Nr. 225 vom 4. XI.
2) Der Kongreß der italienischen Transportarbeiter endete mit dem Sieg der Kommunisten. Er sandte an die Kommunistische Internationale ein Begrüßungstelegramm und erklärte sein Zusammengehen mit der neuen Kommunistischen Partei Italiens.	„Rote Fahne" v. 2. II. 21 Nr. 54.
3) Die Vertreter von mehr als 25 000 Metallarbeiter aus 80 Mailänder Fabriken erklärten ihren Bruch mit Amsterdam und sprachen sich für den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale aus.	„Rote Fahne" vom 18. II. 21. „Avanti" vom 11. II. 21.
4) Ca. 10 000 Arbeiter der Chemischen Industrieunternehmungen Mailands traten zur Kommunistischen Partei Italiens über und erklärten sich bereit, ihren Gewerkschaftsverband auf kommunistische Grundlage zu stellen.	„Rote Fahne" vom 18. II. 21.
5) Das römische Gewerkschaftskomitee sprach sich für die Kommunistische Internationale und für die Teilnahme am Moskauer Kongreß am 1. Mai aus.	„Ordine Nuovo" vom 5. II. 21.

6) Die Arbeitskammern in Neapel und Nuovi-Ligurien sprachen sich für die Kommunistische Internationale aus und protestierten gegen die Politik der Allgemeinen Arbeitskonföderation.	„Ordine Nuovo" vom 4. II. 21.
7) Die Arbeitskammer in Cuneo sprach sich für die Kommunistische Internationale aus.	„Ordine Nuovo" vom 12. II. 21.
8) Der Kongreß der Lehrer-Gewerkschaft in Modena sprach sich für die Kommunistische Internationale aus.	„Rote Fahne" Nr. 36.

V. Balkan und slavische Staaten.

1) Nach der Sitzung des Bundesrates, auf dem die kommunistische Resolution, die den Anschluß an die Kommunistische Internationale forderte, 18 Stimmen erhielt (Zentrum 12, der rechte Flügel 8) bildeten die Kommunisten eine besondere Gruppe. In ihren Händen befindet sich der Parteiapparat und die Zeitung „Socialismus".	„Avanti" vom 9. XII.
2) Die bulgarischen kommunistischen Gewerkschaften erklärten im Oktober auf dem Kongreß zu Sofia ihren Beitritt.	Aus rumänischen Zeitungen.
3) Die griechischen Gewerkschaften schlossen sich auf ihrem Kongreß in Athen der Moskauer Gewerkschaftsinternationale an.	„Humanité". Mosk. „Iswestija" Nr. 257.
4) Die Gewerkschaften der Hafen- und Bauarbeiter Jugoslawiens beschlossen auf ihrem Kongreß in Sagribo mit allen gegen eine Stimme den Anschluß an Moskau.	„Rote Fahne" Nr. 225 vom 4. XI. „Internationale" Nr. 16 vom 14. X.
5) In Lubano wurde auf der Versammlung von 149 Delegierten, die 240 000 Arbeiter vertraten, einstimmig eine Resolution angenommen, in der die unerschütterliche Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale ausgedrückt wird. (17. I.)	„Rote Fahne" vom 20. I. 21.

6) In Mährisch-Ostrau sprach sich die Arbeiter-Bezirkskonferenz für das Reichenberger Programm aus.	„Rote Fahne" v. 20. I.
7) Laut Mitteilungen der Generalkommission der rumänischen Gewerkschaften sprachen sich folgende Gewerkschaften für die Kommunistische Internationale aus, als der einzigen Organisation, die die Durchführung des Klassenkampfes verwirklicht: die Holzarbeiter, Schuhmacher, Metallarbeiter, Lederarbeiter, Kellner, Arsenalarbeiter, die Arbeiter der staatlichen Tabakfabrik „Benveder" und der staatlichen Streichholzfabrik, die Bäcker, Müller, Konditoren, die städtischen Angestellten, Buchbinder, die Angestellten der Kinos, Theater, die Hafen- und Dockarbeiter in Galatz.	„Sozialismus" vom 23. VII. Nr. 160.
8) In Crajova sprachen sich die städtischen Gewerkschaften in einer allgemeinen Versammlung für den Anschluß an die Kommunistische Internationale aus.	„Sozialismus" vom 24. VII. 20.

VI. Spanien.

1) Der Arbeitsbund und der Allgemeine Arbeiterverband erklärten sich für Moskau. Ihr Anschluß steht bevor.	Berlin. „Rote Fahne" Nr. 236 vom 17. XI.

VII. Frankreich.

1) Die Syndikalisten Mittelfrankreichs nahmen auf einer Konferenz eine Resolution über den Anschluß an die Kommunistische Internationale an.	„Mosk. Prawda" Nr. 217 vom 29. IX.
2) Der Gewerkschaftskongreß der Minorität (es sind 86 Delegierte vertreten, 87 Gewerkschaften, 1 Ortsverband, 2 ausländische Komitees) nahm am 5. IX. eine Resolution an, die den Beitritt der Conféderation Générale du Travail zur Moskauer Gewerkschafts-	„Humanité" vom 6. u. 7. IX.

internationale fordert und die die Kommunistische Internationale als die einzige revolutionäre Internationale anerkennt.

3) Der Gewerkschaftskongreß der Steinbrucharbeiter sprach sich für den Anschluß an die Kommunistische Internationale aus. (15. IX.)

4) Der Kongreß der Seine-Gewerkschaft der Graveure sprach sich für den Anschluß an die Kommunistische Internationale aus, (16. IX.) — Französ. Zeitungen

5) Der Kongreß der revolutionären Gewerkschaften des Departements Vienne und des südöstlichen Frankreichs nahm am 15. IX. eine Resolution über den direkten und vollen Anschluß an die Kommunistische Internationale an mit einer Mehrheit von 43 gegen 5 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen. Vertreten waren 58 Gewerkschaften, 2 Ortsverbände (Vienne und Grénoble), 2 Departementsverbände (Ysère, Obere Savoi und Doubs). — Französ. Zeitungen

6) Der Gewerkschaftskongreß der Metallarbeiter von Argenteuil nahm eine Resolution an, die sich für den Anschluß der Conféderation Générale du Travail an die Rote Gewerkschaftsinternationale ausspricht. (16. IX.) — Französ. Zeitungen

7) Der Vorkongreß der Elektromonteure des Departements Seine sprach sich für die Grundsätze der Kommunistischen Internationale aus. — Französ. Zeitungen

8) Der Gewerkschaftsrat der Buchdrucker erklärte sich für den Anschluß an die Kommunistische Internationale. (15. IX.) — Französ. Zeitungen

9) Die Vorkonferenz der Erdarbeiter des Departements Seine sprach sich für den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale aus. — Französ. Zeitungen

10) Der Verband der Fuhrleute des Departements Seine erklärte sich auf — Französ. Zeitungen

der Konferenz vom 18. IX. für die Resolution der Minderheit, (für den Anschluß an die Kommunistische Internationale).

11) Der Verband der Dekorateure des Departements Seine erklärte sich auf der Konferenz vom 14. IX. für die Resolution der Minderheit (für den Anschluß an die Kommunistische Internationale). Französ. Zeitungen

12) Die Transportangestellten erklärten sich auf ihrer Vorkonferenz für den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Französ. Zeitungen

13) Der Gewerkschaftsbund der Fleischer des Departements Seine sprach sich für den Anschluß an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale aus. (20. IX.) Französ. Zeitungen

14) Der Gewerkschaftskongreß der Minderheit beschloß am 26. IX. in Orléans einstimmig (gegen 1 Stimme) den Anschluß an die Kommunistische Gewerkschaftsinternationale. — Vertreten waren die Ortsverbände obere Savoy, untere Charente, Indee, Ysère, Doubs, Dordoyne, drei Föderationen (Friseure, Fuhrleute, Lehrer). Französ. Zeitungen

15) Der Nationalkongreß der Möbeltischler nahm am 26. IX. in Orléans (mit 18 gegen 14) eine Resolution an und forderte die Entsendung einer Delegation nach Rußland zwecks Verhandlung in der Anschlußfrage. Französ. Zeitungen

16) Der Verband der Zeichner, Ingenieure und Angestellten der Metallbranche sprachen sich am 26. IX. für den Anschluß an die Kommunistische Internationale aus. Französ. Zeitungen

17) Der Verband der Stereotypisten ebenfalls zu gleicher Zeit. Französ. Zeitungen

18) Die Delegiertenversammlung der Gewerkschaft der Minorität nahm nach dem Kongreß zu Orléans am 3. X. eine Französ. Zeitungen

Resolution für den Anschluß an die Kommunistische Internationale an.	
19) Die Sektion des Cooperativverbandes nahm eine Resolution über den Anschluß an die Kommunistische Internationale an. (10. X.)	Französ. Zeitungen
20) Der außerordentliche Kongreß der Organisationen Lothringens sprach sich mit einer Mehrheit von 16 429 gegen 8642 Stimmen (bei 794 Stimmenthaltungen) für den Anschluß an die Kommunistische Internationale aus.	„Rote Fahne" Nr. 255 vom 9. XII.
21) Der Chauffeurverband der Stadt Paris beschloß den Beitritt zur Roten Gewerkschaftsinternationale.	„Humanité".
22) Der Pariser Friseurverband nahm auf seiner allgemeinen Versammlung das Programm des Komitees der revolutionären Syndikalisten an und beschloß den Anschluß an die Kommunistische Internationale.	„Humanité" vom 20. XII. 20.

Die Gewerkschaften, die das Programm des Komitees der revolutionären Syndikalisten angenommen haben, sagen sich damit von der reformistischen Politik der Confédération Générale du Travail los und stellen sich auf den Boden der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Für das Komitee der revolutionären Syndikalisten sprachen sich folgende Vereinigte Gewerkschaften aus:

1) Die Gewerkschaftsföderation der Arbeiter der Lebensmittelbranche sprachen sich am 31. I. in der Sitzung des Föderationskomitees mit einer Mehrheit von 13 gegen 9 Stimmen (1 Stimme Enthaltung) für die Revolutionierung der Gewerkschaften aus und protestierten gegen die Politik der C. G. d. T.	„Humanité" vom 2. II. 21.
2) Die Arbeiter der Raffinerien des Departements Seine.	„Humanité" vom 23. XII. 20.
3) Der Verband der Syndikalisten des Departements Rhone.	„Humanité" vom 24. XII. 20.
4) Der Verband der Syndikalisten des Departements obere Vienne.	„Humanité" vom 16. XII. 20.
5) Der Verband der Syndikalisten des Departements Rhonemündung.	„Humanité" vom 9. I. 21.

6) Im Verband der Syndikalisten des Departements Maine und Loire bildete sich ein Komitee der revolutionären Syndikalisten; dahinter steht nach dem Resultat der letzten Abstimmung die Hälfte der Mitglieder der Organisation. „Humanité" vom 20. I. 21.

7) Im Departement Chere hat sich die frühere Minorität ständig vergrößert und stellt jetzt eine sichere Mehrheit im Verband der Syndikalisten dar, die hinter der Roten Gewerkschaftsinternationale steht. „Humanité" vom 4. II. 21.

VIII. Holland.

1) Der Kongreß des Zentralkomitees des niederländischen Arbeitersekretariats und der an ihn angeschlossenen Gewerkschaftskomitees wählte am 9. I. eine Delegation zur Beschickung des im Mai in Moskau stattfindenden Gewerkschaftskongresses. „Tribune".

IX. Oesterreich.

1) Der Bezirk des Landarbeiterverbandes in Winnningen (Oesterr.) beschloß seinen Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale und beauftragte seinen Vorstand, entsprechende Unterhandlungen mit der Kommunistischen Internationale einzuleiten. „Rote Fahne" Nr. 54 vom 2. II. 21.

Die Einberufung des zweiten internationalen Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale.

Die „Internationale Jugendkorrespondenz" teilt in Nr. 32 mit, daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale beschlossen hat, im April 1921 den zweiten Internationalen Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale einzuberufen. Zum Kongreß werden die der Jugendinternationale beigetretenen kommunistischen Jugendverbände eingeladen, ferner die sympathisierenden wirtschaftlichen Jugendverbände, die bestehenden sozialistischen Kindergruppen und Sonntagsschulen, die revolutionären Soldatenorganisationen und ebenfalls die bestehenden Kommunistischen Studentengruppen und -verbände. So ist der Kongreß tatsächlich der Weltkongreß der ganzen revolutionären Jugend. Die Tagesordnung des Kongresses ist außerordentlich reich und weist folgende Hauptpunkte auf:

1. Bericht des Exekutiv-Komitees.
2. Die weltpolitische Lage.
3. Der wirtschaftliche Kampf der proletarischen Jugend.
   a) Das wirtschaftliche Programm in der letzten Phase des proletarischen Klassenkampfes vor Uebernahme der Macht.
   b) Die Träger dieses Kampfes. (Kommunist. Jugendorganisationen, Gewerkschaftsgruppen, Lehrlingsverbände, die Stellung und ihr Verhältnis zueinander.)
4. Kommunistische Jugenderziehung.
   a) Das Erziehungsproblem nach Uebernahme der Macht in der Schule, in den Fabriken etc.

b) Die kommunistische Erziehungsarbeit vor Uebernahme der Macht in den kommunistischen Jugendorganisationen.

c) Die kommunistische Erziehungsarbeit in den Kindergruppen und Sonntagsschulen.

d) Die internationale Zusammenfassung der Kindergruppen und ihr organisatorisches Verhältnis zu den kommunistischen Jugendorganisationen.

5. Die Agitationsmethoden der kommunistischen Jugendorganisationen.
   a) Unter der Industriearbeiterjugend.
   b) Unter der Bauernjugend.
   c) Unter den Schülern und der studierenden Jugend
   d) Unter den Kolonialvölkern.
6. Die antimilitaristische Taktik der Kommunistischen Jugendorganisationen.
7. Die Kommunistische Jugendinternationale und die revolutionären nationalistischen Jugendverbände (jüdische, irische).
8. Das Verhältnis der Kommunistischen Jugendorganisation zu den kommunistischen Parteien und das der Kommunistischen Jugendinternationale zu der Kommunistischen Internationale.
9. Abänderungsanträge zu den Statuten.
10. Organisatorische Fragen.
    a) Die Frage der Untersekretariate und ihr Verhältnis zu dem Exekutivkomitee einerseits und zu den Landesorganisationen andererseits.
    b) Die Zeitung der Jugendinternationale und ihre Herausgabe und Verbreitung in allen Ländern und Sprachen.
    c) Der Internationale Verlag. (Schriften, Karten, Abzeichen.)
    d) Der internationale Schriftenvertrieb etc.
11. Wahlen.
12. Verschiedenes.

Die Anträge, Resolutionen und Richtlinien des Exekutivkomitees werden im Januar in einer Sonder-Ausgabe der „Jugend-Internationale" sofort in mehreren Sprachen erscheinen.

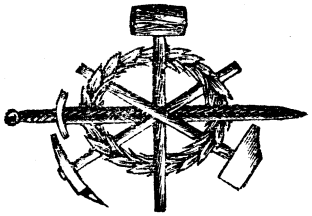
Es ergeht aber heute schon an alle eingeladenen Verbände der Appell, innerhalb ihrer Organisationen, auf Konferenzen

und Kongressen, in den Jugendzeitungen etc. die einzelnen Fragen gründlich und eingehend zu besprechen und ihrerseits Anträge und Resolutionen einzusenden.

10. November 1920.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

Die Anträge, Resolutionen und Richtlinien des Exekutivkomitees werden alsbald in einer besonderen Nummer der „Jugend-Internationale" in mehreren Sprachen erscheinen. Soweit man nach den Vorbereitungsarbeiten und den Fragen urteilen kann, die auf dem Kongreß zur Diskussion stehen, wird letzterer zweifellos eine ungeheuere Bedeutung haben und sich zu einer machtvollen Demonstration der kommunistischen Bewegung gestalten.



Einleitung zur russischen Ausgabe der Richtlinien zur internationalen Kommunistischen Frauenbewegung.

Den russischen Genossinnen dürften einige Absätze der nachstehenden Richtlinien für die internationale kommunistische Frauenbewegung überflüssig, überholt, unzutreffend erscheinen. So die Auseinandersetzung über unsere Stellung zur bürgerlichen Frauenrechtlerei und ihren Zielen, die Förderungen voller politischer Gleichberechtigung der Frauen vor dem Gesetz und in der Praxis, des ausgedehnten, gesetzlichen Schutzes der weiblichen Berufstätigen, des Rechts der Frauen auf Berufsbildung und Berufstätigkeit, der gesellschaftlichen Wertung der Mutterschaft etc. Unsere Genossinnen müssen bedenken, daß die Richtlinien nicht bloß für Sowjetrußland gelten sollen, sondern für die internationale kommunistische Frauenbewegung. Die Richtlinien müssen daher in den Kreis ihrer Betrachtung auch gesellschaftliche Erscheinungen ziehen, die in Sowjetrußland nicht vorhanden oder ohne Bedeutung sind, mit denen sich aber die Kommunistinnen anderer Länder auseinanderzusetzen haben, in denen das Proletariat noch nicht die Staatsmacht erobert und seine Diktatur in der Sowjetordnung aufgerichtet hat.

In Rußland hat zum Beispiel die bürgerliche Frauenbewegung nie eine bedeutende Rolle gespielt. Hier war

der Kampf für die volle soziale und menschliche Gleichberechtigung des Weibes von Anfang an ein Teil der revolutionären Bewegung und wurde von revolutionär gesinnten Männern und Frauen als eine gemeinsame soziale Sache durchgeführt. Zuerst als Kampf der „Söhne" gegen die „Väter", als Kampf der jungen, liberalen gegen die alte, konservative Generation, die Trägerin und Hüterin der ererbten Vorurteile und Traditionen. Dann als Kampf der verschiedenen sozialrevolutionären und sozialistischen Richtungen gegen den Zarismus und seine knechtenden Wesensäußerungen und Einrichtungen auf den Gebieten der Politik, der Wissenschaft etc. Schließlich als proletarischer Klassenkampf gegen den alten Feind, den Zarismus, und den neuen Feind, den Kapitalismus, der für die Ausbeutung, soziale Entrechtung und Versklavung des Weibes veränderte Formen schuf und die breitesten Massen der Proletarierinnen revolutionierte. Die bürgerliche Frauenrechtlerei ist erst nach der Revolution von 1905 als ein schwächlicher Ableger der bürgerlichen Frauenbewegung Westeuropas und der Vereinigten Staaten nach Rußland verpflanzt worden, und sie ist hier allzeit ein Gewächs ohne Kraft und Saft geblieben.

Anders in Westeuropa. Dort hat sich die sozialistische Frauenbewegung von ihren Anfängen an in Theorie und Praxis, ideologisch und organisatorisch unter Kämpfen mit der bürgerlichen Frauenrechtlerei entwickeln müssen. Dort muß die kommunistische Frauenbewegung noch heute mit ihr um die Seelen der berufstätigen Frauen und Hausfrauen des schaffenden Volkes ringen. Das trifft für die Länder zu wie Belgien, Frankreich, die Schweiz etc., wo das weibliche Geschlecht noch immer nicht seine volle politische Gleichberechtigung auch nur auf dem geduldigen Gesetzespapier erlangt hat. Das gilt nicht minder für die Länder, wo der Krieg und die Revolution endlich die vielerlei starken Widerstände gegen die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts niedergebrochen haben.

Ja gerade dort, wo dies der Fall ist, müssen sich die Kommunistinnen mehr als je mit der frauenrechtlerischen Theorie und Praxis auseinandersetzen. In diesen revolutionären Zeitläuften werden die frauenrechtlerischen Ideologien von allen bürgerlichen Parteien und Gewalten begünstigt, um zu verhindern, daß die Frauen des werktätigen Volkes sich um das Banner des Kommunismus zum Ansturm wider den Kapitalismus und seinen Staat sammeln. Die frauenrechtlerischen Auffassungen, über die die bürgerlichen Parteien früher Zeter und Mordio schrieen, werden heute geschätzt als Bausteine der Mauer, an der sich die „rote Flut des Bolschewismus" brechen soll. Um nur eins herauszugreifen: die angeblich befreiende Zaubermacht des alleinseligmachenden Stimmzettels wird heute den Proletarierinnen, Kleinbäuerinnen etc. in Deutschland in allen Tönen von den gleichen Leuten angepriesen, für die vor der proletarischen Revolution vom November 1918 die Einführung des Frauenwahlrechtes gleichbedeutend war mit dem Vorspiel zum Weltuntergang. Die Frauenrechtlerei soll dazu dienen, den Aberglauben der bürgerlichen Demokratie unter den breitesten Frauenmassen einzupflanzen und zu verwurzeln. Die plötzlich entbrannte Liebe für Frauenrecht entpuppt sich bei Licht als Haß gegen das Recht des revolutionären Proletariats, als Ausfluß der Furcht vor dessen Freiheitskampf. Sie verträgt sich daher auch ausgezeichnet schwesterlich mit der Praxis, die Vorzugsstellung des Mannes im politischen, im staatlichen Leben aufrechtzuerhalten. Der Frau sei es gestattet, als Wählerin einen Stimmzettel in die Urne zu werfen, als Gewählte in einem Parlament mitzureden und mitzubeschließen. Aber Regierung und Verwaltung, alles, was die Beschlüsse politisch und sozial lebendig macht, zu Fleisch und Blut werden läßt, das bleibe in der Hauptsache hübsch Sache des Mannes. In allen Ländern mit Frauenwahlrecht ist die Zahl der Frauen klein, ja außerordentlich winzig, die Ausführende in Regierungs- und Verwaltungs-

organen sind. Je höher hinauf in Aufgabe und Verantwortlichkeit — was in den kapitalistischen Staaten meist bedeutet in Rang und Gehalt —, um so seltener die ausführende, mitarbeitende Frau. Wenn es sich um die Besetzung eines wichtigen Amtes handelt, so wird bei gleicher Eignung und gleicher Leistungsfähigkeit in der Regel der Mann vorgezogen, lediglich weil er Mann ist, es sei denn, daß die konkurrierende Frau sich besonders wirksamer gesellschaftlicher Beziehungen und besonderer Gönnerschaft erfreut. Im allgemeinen muß die Frau mehr leisten als der Mann, wenn sie den gleichen politischen und sozialen Wirkungskreis wie er erringen will. Nur in den Gemeindevertretungen und ihren verschiedenen Organen liegen die Dinge für die Mitarbeit der Frauen günstiger, und hier haben diese denn auch ihre volle Leistungsfähigkeit für das öffentliche Leben erwiesen. Allein das Wirkungsfeld der Gemeindekörperschaften ist in den meisten Staaten eng umgrenzt und im höchsten Maße abhängig von den übergeordneten Staatsgewalten.

Wie fremd, gleichsam wie aus einer anderen Welt müssen diese Verhältnisse und die aus ihnen sich ergebenden Forderungen die russischen Genossinnen anmuten! In Sowjetrußland beschränkt sich die Gleichberechtigung der Frauen nicht auf das Wählen und Gewähltwerden, auf das Reden und Beschließen. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, in allen Sowjetorganen, von den örtlichen angefangen bis zu den zusammenfassenden hinauf: überall ist die Frau Mitarbeitende, Mitdurchführende, Gestaltende. Ueberall kann sie die Kraft ihres Geistes, die Glut und Hingabe ihres Herzens daransetzen, neues gesellschaftliches Leben emporblühen zu lassen, Worte in Taten, Ideen und Forderungen in Einrichtungen und Maßnahmen zu verkörpern. Ja noch mehr. In Sowjetrußland wird die Frau als Gleichberechtigte, Gleichverpflichtete, Mitarbeitende für alle gesellschaftlichen Organe gesucht, berufen, gewürdigt, ermuntert. Im kommunistischen Sowjetrußland setzt sich

die Forderung durch, den wirtschaftlichen und sozialen Gegensatz zwischen Mann und Weib aufzuheben, den Konkurrenzkampf zwischen ihnen zu beseitigen. Hier ist man sich klar bewußt, daß Frauenmassen, erfüllt von Verständnis und Begeisterung für die neue Ordnung der Dinge, unentbehrlich sind sowohl für die Verteidigung Sowjetrußlands an der Front und in der Heimat gegen alle feindlichen Gewalten, wie für den Aufbau der kommunistischen Wirtschaft und aller gesellschaftlichen Einrichtungen, die auf ihrem Boden entstehen.

Was bedarf es dann der entsprechenden Forderung für die umfassende öffentliche Betätigung der Frau in Staaten mit Sowjetordnung? So könnte man fragen. Darauf ist verschiedenes zu antworten. Zuerst und vor allem, daß diese Forderungen für das revolutionäre Sowjetrußland in der Hauptsache anderen Wesens sind als in den Ländern mit kapitalistischer Herrschaft. Es sind nicht Kampfesrufe, um das Recht der Frau zur Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen, des sozialen Lebens zu erringen, nicht Kampfesansagen an all die Gewalten, die der Frau dieses Recht streitig machen. Es sind in erster Linie Mahnrufe an die Frau selbst, ihr in Sowjetrußland unbestrittenes Recht auszuüben, sich für die politische Ausnutzung dieses Rechts zu schulen und zu erziehen. Diese Forderungen sind zugleich eine moralische Unterstützung für die Geltendmachung von Frauenrecht und die Erfüllung von Frauenpflicht dort, wo Ueberbleibsel des alten Vorurteils gegen das weibliche Geschlecht sich der Betätigung der Frauen entgegenstellen sollten, im Widerspruch zu dem Wesen des Kommunismus und seinen Zielen. Außerdem gelten diese Forderungen für die künftigen Sowjetstaaten, die sich hoffentlich in naher Zeit dem russischen Arbeiter- und Bauernstaat anreihen werden. Kaum in einem von ihnen dürfte der Urväterhausrat an Vorurteil gegenüber dem weiblichen Geschlecht

so gering sei, sich so rasch und leicht bei Seite schieben lassen, als in Sowjetrußland.

Auch die Forderungen betreffs des Arbeiterinnenschutzes, sozialer Fürsorge für Mutter und Kind, sozialer Einrichtungen zur Entlastung der Hausfrauen, zur Ueberführung der hauswirtschaftlichen Arbeiten in die Gesellschaftswirtschaft etc. tragen für Sowjetstaaten einen anderen Charakter, als für Länder unter der Fuchtel der kapitalistischen Klassenherrschaft. Sie sind mehr als Schutzeinrichtungen zu Gunsten der Frau und des nachwachsenden Geschlechts. Sie sind mehr als Reformen der bürgerlichen Gesellschaft, um die Lasten und Leiden der Proletarierinnen, Kleinbäuerinnen und aller berufstätigen, schaffenden Frauen zu mildern und ihre Kampfestätigkeit gegen den Kapitalismus zu heben. Losgelöst von dem giftgeschwängerten, verkümmerten Mutterboden der kapitalistischen Wirtschaft, sind sie wichtige Bausteine einer neuen sozialen Ordnung, die allein das Weib in Wahrheit und Tat zu befreien, ihm Vollmenschentum zu sichern vermag, das sich frei auswirkt, eingestellt auf Solidarität mit dem Gesellschaftsganzen und nur durch die Solidarität mit dem Gesellschaftsganzen gebunden. Geradezu verblüffend werden den russischen Genossinnen die Darlegungen der Richtlinien erscheinen, die sich mit der starken Tendenz beschäftigen, die berufstätigen Frauen aus allen Wirkungsgebieten zu verdrängen, und dem dadurch gebotenen Kampf für das Recht der Frau auf Arbeit in der Gesellschaft, selbstverständlich auf dieses Recht nicht in dem engen bürgerlich-frauenrechtlerischen Sinne. Im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten kennt Sowjetrußland nicht mehr von fremder Arbeit Lebende. Die Arbeitspflicht für alle gesunden, normalen Erwachsenen ist eines der obersten Gesetze der proletarischen Republik. Hier kann man die Frau als Arbeiterin in Fabriken, Werkstätten, in Büros, Schulen, Krankenhäusern, im Verkehrsdienst, in der Bauernwirtschaft etc. nicht entbehren, auch wenn man

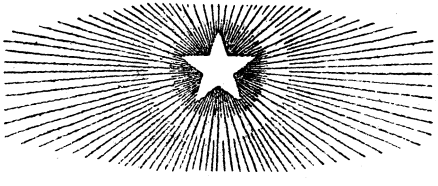
wollte, weil die vereinigten Gegenrevolutionäre aller Länder Millionen Männer von Pflug und Amboß reißen und an die Front zwingen. Hier will man aber auch der Frau als Mitarbeitender in der Wirtschaft, der Verwaltung, auf dem Gebiet des Bildungs- und Gesundheitswesens etc. durchaus nicht die Tür weisen. Hier hat die proletarische Revolution titanenhafte Aufgaben gestellt, die nur gelöst werden können, wenn die weibliche Hälfte der Gesellschaftsmitglieder einsichtig und hingebungsvoll mitwirkt. Wie anders das Bild in den Ländern, wo der zerfallende Kapitalismus herrscht. Die unaufhaltsame Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft biegt Wesenszüge, Tendenzen dieser Wirtschaft um. Der sich entfaltende, seiner Kraft und Macht sichere Kapitalismus, der Kapitalismus in seinen Jugend- und Mannesjahren, riß die Frau von Heim und Familie und peitschte sie als Ausbeutungsobjekt in die gesellschaftliche Wirtschaft, drängte sie als Berufstätige auf alle Arbeitsgebiete, die früher allein dem Manne offen standen. Er atomisierte die Familie der Ausgebeuteten und verwandelte alle ihre Glieder in Erwerbstätige, ihm Tributpflichtige, deren Konkurrenz untereinander er entfesselte zum Zweck der Erhöhung seiner Profite. In der Industrie, im Handel und Verkehr, überall bedurfte der Kapitalismus der Frauen als billige, willige Arbeitskraft, die er als Schmutzkonkurrenz gegen die Männer ausspielen konnte. Nun, in den Tagen der Greisenhaftigkeit, des Zusammenbruchs, stößt er als erste die Frauen und Mädchen erwerbslos, brotlos aus seiner Wirtschaft zurück in das Heim, dessen vier Wände er zertrümmert, dessen Herd er verlöscht hat. Aber diese Entwicklung der Dinge darf keineswegs den alten Konkurrenzkampf zwischen Männern und Frauen um Betätigung und Lebensunterhalt stärker emporlohen machen. Sie muß vielmehr die Frauen und Männer zusammenschließen zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, zum gemeinsamen Kampf für den gemeinsamen Erlöser, den

Kommunismus, dem die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat das Tor öffnet und die Steige ebnet.

Die rückläufige Tendenz zur Verdrängung der Frauen aus der Wirtschaft und Kulturarbeit der kapitalistischen Staaten ist ein hypokratischer Zug der bürgerlichen Ordnung. Sie kündet, daß diese Ordnung die Aufgaben nicht zu lösen vermag, die aus den von ihr geschaffenen Zuständen hervorwachsen. Sie ruft den Frauenmassen der kapitalistischen Länder zu:

W a c h e t a u f ! Die Zeit ist nahe herbei gekommen, da Eure Ketten brechen! Erkennet, wollet, handelt, kämpft! Es muß auch Euer Werk sein, wenn das Proletariat durch seine Diktatur den Kapitalismus in die Grube stößt, Euer Werk auch, wenn sich der Kommunismus triumphierend erhebt.

Clara Zetkin.



Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution.

Zwei Opfer der amerikanischen Bourgeoisie.

Der Verband der Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) in Amerika hat während der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestehens viele Opfer bringen müssen. Während der erbitterten Streikbewegungen, die dieser Verband führen mußte und die zeitweise geradezu in einen Bürgerkrieg ausarteten, sind ganze Dutzende von Mitgliedern dieser Kampforganisation nicht nur von Agenten der Regierung, sondern auch vom rasenden amerikanischen Pöbel getötet und verwundet worden. Kein einziger Kampf der Industriearbeiter, ob Streik, Demonstration oder Aktion zur Wiederherstellung der Wortfreiheit, verlief friedlich im Rahmen des Gesetzes. Hunderte, Tausende von Genossen, Mitglieder der I. W. W., schmachten noch heute in den dumpfen Gefängnissen Amerikas, zu unerhörten Strafen von 20 bis 30jähriger, ja sogar lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Eine Zeitlang zählten die Opfer aus unserer Organisation bis zu 5000, die entweder die Strafe schon abbüßten, oder der Gerichtsverhandlung in Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern harrten. Lynchgerichte des Pöbels, Begießen mit siedendem Pech, Einbrennen verschiedener Zeichen auf der Haut und etwas „barmherzigere" Verprügelungen hagelten in Fülle auf die Mitglieder der I. W. W., diesen selbstlosen Kämpfern des wilden Amerika um die Befreiung des Proletariats, herab. Die außerhalb der

bürgerlichen Gesetze gestellten Genossen fühlen über sich beständig das Damoklesschwert des Todes, und niemand hat bis jetzt versucht, die im Kampfe gefallenen Genossen zu zählen.

Von den unzähligen Opfern der amerikanischen Bourgeoisie erfreuten sich der größten Popularität in den Reihen des Proletariats zwei frühzeitig umgekommene Genossen, zwei Kämpfer, die ihr Leben im größten Kriege, im Kriege der Arbeit und des Kapitals gelassen haben.

Ich habe meine Genossen und Freunde Joseph Hallström (der unter dem verkürzten Namen Joe Hill bekannt ist) und Frank Little im Auge. Beide sind von Henkershand gefallen; der erste wurde am 17. November 1915 von der Regierung des Staates Utah erschossen, der zweite am 1. August 1917 von gedungenen Banden des Kupfertrustes gelyncht.

Beide waren hervorragende Führer der revolutionären Bewegung, selbstlose Kämpfer, talentvolle Organisatoren, geniale Strategen bei Streiks und anderen Zusammenstößen mit dem Kapital und seiner Regierung. Es ist nicht zu verwundern, daß das amerikanische Kapital mit ihnen am grausamsten verfuhr, daß die Gewalthaber sie nicht wie uns in ihren unzähligen Gefängnissen halten wollten, sondern sie sofort umbrachten ...

Joe Hill begann seine Tätigkeit mit kleinen Anfängen. Er war Waldarbeiter, als die Organisatoren und Delegierten des Verbandes der I. W. W. mit den Losungen „der Organisation der Werktätigen des Waldes" in die Wälder N.-W. Amerikas eindrangen. Hill war einer der ersten, die dem Verbande beitraten; er lebte seitdem unermüdlich dem Wirken des Verbandes; er litt seine Leiden, er trug die Last seines Kampfes und starb für ihn. Im Verbande erfüllte er alle Funktionen: als Sekretär, Schatzmeister, Organisator, Propagandist, Vorsitzender; er wurde vielfach auf allgemeine und lokale Kongresse delegiert; er war Mitarbeiter der Zeitungen des Verbandes, er schrieb Flug-

schriften, Aufrufe und Proklamationen. Er scheute keine Arbeit in der Organisation in der richtigen Erkenntnis, daß jegliche Arbeit wichtig und verantwortlich ist und deshalb getan werden muß.

Gleichzeitig war Joe Hill ein außergewöhnlicher Dichter und talentvoller Musiker. Er war der erste Arbeiterdichter Amerikas, und als solcher wird er immer im Gedächtnis des Proletariats der Vereinigten Staaten leben. Sein kleines Gedicht- und Liederbuch hat schon 10 Auflagen mit einem Gesamtumsatz von 250 000 bis 300 000 Exemplaren erlebt.

In seinen Gedichten, die er größtenteils selbst volkstümlich vertont hat, grämt er sich mit dem ganzen Schmerz eines liebenden Herzens über die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, über das schwere physische und geistige Leben des Proletariats in der lasterhaften, dumpfen, durch den Patriotismus und die Roheit vergifteten Atmosphäre des amerikanischen Lebens; er beweint das Schicksal der Kinder, die vom zwölften oder vierzehnten Lebensjahre an gezwungen sind, in die dumpfen und feuchten Fabriken zu gehen, in die finsteren Höhlen hinabzusteigen und 8, 9 und 10 Stunden zu arbeiten, die mit ihren kleinen Händchen, ihren noch nicht erstarkten Körpern, ihrem kindlichen Schweiß und Blut die unglaublichen Reichtümer der anderen — ihrer Feinde — schaffen müssen. Seine ganze Seele schreit und empört sich gegen die Verprügelung der Streikenden, ihre Uebergabe an das Regierungsgericht und das Lynchgericht gedungener Banden, gegen die unerhörten Grausamkeiten, die die Kapitalisten Kolorados, Lawrens und anderer Gegenden, wo das Arbeiterblut in Strömen floß, verübten, wo der Rauch der brennenden Arbeiteransiedlungen zum Himmel stieg und ihn verdunkelte, wo das Wehklagen und Seufzen der Kinder sogar die gefühllosen und versteinerten Herzen der sklavischen Verehrer der Bourgeoisie rührte, wo die Proletarier nie dagewesene Beispiele von

Heldenmut gaben und dadurch sich selbst, ihre Kinder, ihre Zukunft, die Ehre der Arbeiterklasse retteten. Diesen namenlosen Helden und Märtyrern sang er Hymnen, die das klassenbewußte Proletariat im Lande des Gelben Teufels erschütterten.

In seinen Gedichten zeichnete er Bilder von phantastischen Bällen der Bourgeoisie, von Hochzeitsgelagen, die verschiedene zeitgenössische Krösusse für ihre Affen und Diener veranstalteten. Besonders stark griff er die Lakaien der Bourgeoisie, die gelben Sozialisten und Verräter aus dem Lager der Gewerkschaftsbewegung an. Erbarmungslos verlachte, geißelte, brandmarkte er sie . . . Doch beschränkte er sich nicht hierauf, sondern rief die Arbeiterklasse Amerikas auf, sich mit den Werktätigen der anderen Länder zu vereinigen und in den Krieg gegen die Bourgeoisie zu ziehen. Er war ein Fanatiker der Organisation, und fast alle seine Lieder und Gedichte beweisen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses, der Einigkeit, des organisierten Kampfes und des organisierten Sieges.

Die Lieder Joe Hill's sind allgemein bekannt. Ueberall, wo sich eine Gruppe von Arbeitern vereinigt, kann man das Lied des Arbeiterdichters über „John Farmer", die „Organisierten Streikbrecher" oder „Wie sich alle Werktätigen vereinigen" hören. In den unendlichen Prärien der westlichen Staaten, in den jungfräulichen Wäldern Kanadas, wohin der Mensch zum erstenmal mit Beil und Hammer eindringt, tief unter der Erde, auf den Meeren und Ozeanen — überall hört man seinen Kampfhymnus „Die Rote Fahne". Nicht eine einzige Versammlung der Industrialisten verlief, ohne daß dieser Hymnus gesungen wurde. Wir sangen die Lieder unseres Dichters während der erbittertsten Zusammenstöße, während der Verhaftungen, beim Anhören der Zwangsarbeitsverurteilungen, auf dem Wege zur Zwangsarbeit.

1914 wurde er auf die Beschuldigung hin verhaftet,

einen Krämer in der vom Streik ergriffenen Gegend ermordet zu haben. Er wurde gerichtet wie alle politischen Verbrecher Amerikas, nicht für das begangene Verbrechen, sondern dafür, daß er Joe Hill, der talentvolle Organisator und Lieblingsdichter der I. W. W. war. Es lohnt sich gar nicht, über seine Nichtbeteiligung am Morde zu sprechen. Er hätte sich leicht retten können, wenn er sich entschlossen hätte, den Namen seiner Freundin, bei der er während des Mordes zum Besuch war, zu nennen. Er nannte ihn nicht und wurde zum Tode verurteilt.

Die Protestbewegung, die während des Prozesses von der Organisation geführt wurde, umfaßte im Augenblick der Verurteilung alle ehrlichen und aufrichtigen Männer und Frauen der amerikanischen Gesellschaft. Meetings fanden statt, Demonstrationen wurden organisiert, Resolutionen angenommen, Streiks eingeleitet — es gab einen unermüdlichen Krieg für das Leben des Dichters und Kämpfers. Präsident Wilson, der zu jener Zeit noch als Idealist betrachtet wurde, forderte die Revision des Prozesses; die Regierung Schwedens, deren Untertan Joe Hill war, forderte seine Befreiung. Aber es half nichts: ein Gericht nach dem anderen verweigerte die Wiederaufnahme des Prozesses und die Begnadigung, und in der Morgendämmerung des 17. November wurde Joe Hill in Gegenwart der Henker und Regierungsbeamten niedergeschossen. In seinen letzten Worten wandte er sich mit einem Aufruf an seine Freunde und den Verband der I. W. W.: „Beweint mich nicht, sondern organisiert Euch."

Dieser letzte Wille des Märtyrers ist voll durchgeführt worden und nach ein paar Jahren war der Verband der I. W. W. aus einer wenig zahlreichen Gruppe zu einer Organisation mit 300 000 Mitgliedern geworden — einer Organisation, die in der Lage war, gleichzeitig die allgemeinen Streiks der Waldarbeiter, der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Bergarbeiter durchzuführen.

Genosse Frank Little ist aus den Reihen der West-

lichen Föderation der Bergarbeiter (Western Federation of Miners), der ersten sozialistischen Gewerkschaft Amerikas, hervorgegangen. Diese Organisation hat eine ganze Reihe revolutionärer Demonstrationen und Streiks der Bergarbeiter des Westens geleitet, welche unter dem unmittelbaren Einfluß ihres Vorsitzenden, des Genossen William Haywood, von sozialistischem Geist durchdrungen waren und den sofortigen Umsturz des kapitalistischen Systems erstrebten. Das war die glänzendste Epoche in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung, und allein der Name dieser späterhin dem Einfluß der Konservativen verfallenen und verkommenen Organisation läßt die Unternehmer, die sich des von dieser Organisation im Laufe von 10 Jahren im Staate Kanada geleiteten Bürgerkrieges wohl erinnern, erbeben. Aus ihren Reihen ist der im Kampf gestählte, bestdisziplinierte und vom Geist des Marxismus durchdrungene Genosse Frank Little hervorgegangen. Zum erstenmal lenkte er die Aufmerksamkeit auf sich auf dem ersten Organisationskongreß des zukünftigen Verbandes der I. W. W. Hier führte er zusammen mit anderen Führern der Westlichen Bergarbeiterföderation (William Haywood, Saint John) den Kampf um die Gründung einer solchen industriellen Organisation, zu der alle Arbeiter dieses Industriezweiges gehören sollten, unabhängig von ihrer Spezialarbeit, ihrer Nationalität, Rasse und ihrem Geschlecht; er kämpfte für die Gründung eines einheitlichen Verbandes aller industriellen Organisationen Amerikas, welcher seinerseits nur ein Teil des Weltverbandes der Werktätigen sein sollte. Daher auch der Name der Organisation: Verband der Industriellen Arbeiter der Welt.

Der Verband der I. W. W. wurde also hauptsächlich unter dem Einfluß der Westlichen Bergarbeiterföderation gebildet, und Frank Little ging aus der Westlichen Bergarbeiterföderation in die I. W. W. über. Fast das ganze Leben der I. W. W. war Kampf, und wenn auch Little nicht

den ganzen Kampf leitete, so nahm er doch an ihm die nächste Anteilnahme. Von ihm kann gesagt werden, daß er, wenn er nicht gerade im Gefängnis saß, auf dem Schlachtfelde war.

1916 wurde auf dem Kongreß der Organisation eine Resolution gegen den Krieg gefaßt, an dem damals die Vereinigten Staaten noch nicht teilnahmen. Als die Vereinigten Staaten 1917 in den Krieg eintraten, war die I. W. W. nicht in der Lage, einen Kongreß einzuberufen. So hat die allerrevolutionärste Organisation des amerikanischen Proletariats nicht Stellung zur Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten am imperialistischen Kriege nehmen können. Genosse Little forderte auf den Sitzungen des Exekutivkomitees die Veröffentlichung einer Deklaration gegen den Krieg, für die die Mitglieder des Exekutivkomitees die Verantwortung tragen sollten. Dazu hat aber nach den Statuten des Verbandes das Exekutivkomitee nicht das Recht. Es wurde beschlossen, daß die Mitglieder der I. W. W. sich von dem schroff abweisenden Grundsatz, den die I. W. W. dem Kriege gegenüber überhaupt einnehmen, leiten lassen müßten; der Verband müsse die sofortige Organisation der in den besonders kriegswichtigen Industriezweigen beschäftigten Arbeiter beginnen und in ihrer Mitte eine Streikbewegung hervorrufen. Die Organisierung der Bergleute und die Leitung ihres Streiks wurde dem Genossen Little übergeben.

Genosse Little verschwand, und in den breiten Kreisen der Organisation erfuhr man von seiner Arbeit erst nach 1½ Monaten, als der Streik der Arbeiter der Kupfergruben im Staate Arizona entbrannte. Das war ein gigantischer Kampf. Die Arbeiter verschiedener Nationalitäten zusammenzuschmieden, war keine leichte Arbeit. Aber es gelang dem Genossen Little, den Streik nicht nur nach dem Staate Montana, sondern auch über den Michigan auszubreiten.

Aber ein Unglück geschah ... Während der Fahrt

aus einer Bergwerksansiedlung in die andere kam das Automobil des Genossen Little unter einen Zug. Man brachte ihn nach Chicago in einem traurigen Zustande. Nach einem kurzen Aufenthalt im Lazarett erschien er auf Krücken im Hauptquartier der I. W. W. mit der Forderung, ihn sofort in den Staat Montana, wo die Streikenden nach ihm verlangten, zu kommandieren. Zwei Stunden lang überredete man ihn, diesen wahnsinnigen Einfall aufzugeben. Er wurde auf seinen krankhaften Zustand und darauf, daß ein Krüppel nicht mit dem Bergwerkstrust kämpfen könne, hingewiesen. Er ließ sich aber nicht überreden, und so wurde ihm denn das Mandat und die Abkommandierung gegeben, im Bewußtsein, daß er in den sicheren Tod geschickt wurde.

Und nun wirkt der Krüppel, der eben erst vom Lazarettlager aufgestandene Genosse Little, Wunder. Aus dem Streikzentrum, der Stadt Butte leitet er die Bewegung von 75 000 Streikenden, die an verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten kämpfen. Er stürmt aus der einen Ansiedlung in die andere, hält täglich mehrere Reden, nimmt an den verschiedensten Kommissionen teil, gibt eine Reihe von Proklamationen und Flugschriften heraus, wird zum Zentrum des gigantischen Kampfes gegen den einflußreichsten Trust, hinter dessen Rücken eine mit den Insignien aller alten und neugebackenen Kriegsgesetze bekleidete Regierung steht . . .

In der Nacht auf den ersten August stürmten in sein kleines Gasthaus sechs vermummte Mörder, ergriffen ihn in Unterwäsche, zerrten ihn hinter sich, banden ihn hinten an das Auto, fuhren ihn durch die ganze Stadt und erhängten ihn auf der Eisenbahnbrücke. Es ist sogar Grund vorhanden, zu glauben, daß er schon unterwegs, hinter dem wie toll über die bergigen Straßen der Stadt dahinsausenden Auto schleifend, gestorben ist und daß man ihn schon als Toten erhängte. An seinen Körper war ein Zettel an-

gesteckt: „Die erste und letzte Warnung. Achtung, ihr anderen!"

So lebten, kämpften und fielen die größten Märtyrer des proletarischen Amerika, die Genossen Joe Hill und Frank Little.

V. L.

Franz Wippel.

(Klassenjustiz in Oesterreich).

Vergangene Woche fand in Wien ein Aufsehen erregender Prozeß gegen neun Kommunisten statt, die nach 1½ Jahren Untersuchungshaft vor das bürgerliche Klassengericht gestellt wurden.

Der Untersuchungsrichter hat es meisterhaft verstanden, den klaren Tatbestand, der von 8 Angeklagten voll eingestanden wurde, zu verwirren. Absichtlich wurden drei ganz verschiedene Delikte, die von verschiedenen Personen begangen worden waren, durcheinander gebracht und dadurch der Schein eines gemeinen Verbrechens auch auf jene Leute gelenkt, die nur als politische Verbrecher, als Kommunisten, vor dem Gericht ihrer Klassenfeinde standen.

Diese neun Leute, die da zusammen verurteilt wurden, hatten nur wenige Beziehungen zueinander. Sie waren alle in der Kommunistischen Partei organisiert. Aber die einen waren zur Zeit des Umsturzes zur Partei gestoßen, um hier ihre persönlichen Interessen zu vertreten, andere wieder waren altbewährte Kämpfer der proletarischen Sache, die in jener Zeit der Unruhe und Wirrnis in ehrlichem revolutionären Willen gehandelt haben. Und gerade über diese wurden harte Strafen verhängt.

Zu vier Jahren schweren Kerkers wurde Franz Wippel verurteilt, ein Mann, der zur Zeit des Krieges streikende Arbeiter gegen das aufmarschierende Militär geführt hat, ein Mann der jede Stunde seines Lebens seine ganze Kraft der Verbreitung der kommunistischen Ideen widmete. Den Urteilsspruch, 4 Jahre schweren Kerkers, nahm er entgegen mit dem Ruf: „Es lebe die Weltrevolution! Es lebe der Sowjet!"

Und aus welchem Grunde wurde dieser Mensch in der demokratischen Republik Oesterreich zu einer so harten, grausamen Strafe verurteilt?

Nicht weit von Wien, in einem kleinen Kurort mit einer großen Fabrik, in der Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Blut und ihre Kraft lassen, ist Franz Wippel zu Hause. Die „Räterepublik" Vöslau, wie es scherzend genannt wird. Denn Vöslau war wirklich schon einmal in der Hand der Arbeiterschaft, und der Arbeiterrrat hatte die Verwaltung übernommen. Damals freilich stand Wippel noch in der Gunst der Sozialdemokraten des Ortes. Es war nach den Gemeinderatswahlen gewesen. Die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten waren aus den Wahlen gleich stark hervorgegangen. Man wollte deshalb einen christlich-sozialen Bürgermeister einsetzen. Da wandten sich die Sozialdemokraten in ihrer Not an die Kommunisten. Franz Wippel, immer bereit, einzustehen, wenn es gegen das Bürgertum ging, marschierte mit der Vöslauer Arbeiterschaft auf. „Wir dulden keinen klerikalen Bürgermeister, die Gemeindefunktionäre mögen sich nach Hause trollen, der Arbeiterrat übernimmt die Macht". Und wirklich zog der Arbeiterrat ins Gemeindehaus ein und schickte sich an, die Verwaltung in seine Hand zu nehmen. Wie wurden die Bürger da klein! Rasch stimmten sie zu, daß ein Sozialdemokrat Bürgermeister sein solle. So hatte wieder Franz Wippel den Sozialdemokraten die Kastanien aus dem Feuer geholt. Dem Bürgertum war er das rote Tuch.

Ein andermal, auch bald nach dem Umsturz, in bewegter Zeit, wurden die Arbeiter Vöslaus auf das Pflaster geworfen. Die große Kammgarnfabrik hatte kein Garn, also durften die Proletarier auch kein Brot haben. Sie litten Hunger, verelendeten in einem Kurort, wo der größte Luxus entfaltet wird, wo reiche Weinhändler in Ueppigkeit leben. Dies duldete Franz Wippel nicht. Eines Tages rief er sich die Arbeitslosen zusammen, es kamen einige Tausend. „Warum sollen wir zu Grunde gehen?" fragte er sie, „die Bürgerlichen hier sind reich, sie haben ihre Schätze aus unserem Schweiß und Blut zusammengescharrt. Sie müssen uns jetzt erhalten". Und wirklich gelang es durch die geschlossene Haltung der Arbeiterschaft und durch die energische Führung Wippels im Einvernehmen mit den Staatsämtern den Bürgern Vöslaus eine Kontribution aufzuerlegen. Sie wurde zu einer Arbeitslosenunterstützung verwendet. Eigentlich gaben die Bürger diese Unterstützung „freiwillig". Nun war aber Wippel noch mehr verhaßt. Verhaßt bei den einen und geliebt und bewundert von den anderen. Die Arbeiterschaft der Umgebung hing an Wippels Munde, wenn er sprach. Und er war kein Redner. Er stand nur auf, sagte mit schlichten Worten, was er zu sagen hatte, was er sagen mußte, weil ihm das Herz voll davon war. Er selbst war ja einer von ihnen. Er lebte mit seiner jungen Frau und seiner kleinen Tochter, die Namen wie Lenina, Spartaka, Rosa und noch viele ähnliche führte, in einer feuchten, dunklen Küche. Er hatte nichts für sich als das Wenige, was er sich durch Kolportage kommunistischer Literatur verdienen konnte. Bei der polizeilichen Haussuchung wurde Katzen- und Hundefleisch in seinem Kochtopf gefunden.

Was hatte er eigentlich verbrochen? Wessen wurde er angeklagt?

Lange schon wollte die Polizei, diese Exekutive des Bürgertums, Wippel beseitigen. Sie wagte sich aber nicht

an ihn heran. Sie wußte, wie besorgt ihn die Liebe des Proletariats schützte. Doch eines Abends spät kamen die Schergen und führten Wippel fort.

Man warf ihm vor, daß er Munition aufbewahre und weitergäbe, daß er dem sozialdemokratischen Bürgermeister, jenem, den er zum Bürgermeister gemacht hatte, gedroht habe, daß er in Vöslau einen Eisenbahnzug aufgehalten habe.

Und Wippel erklärte einfach: „Jawohl, ich habe im Walde eingegraben und versteckt in alten Gewändern Waffen und Munition gehabt. Ich hatte sie in Aufbewahrung für die Ungarische Räterepublik. Durch verläßliche Genossen, die ein Losungswort sagen mußten, wurden sie über die Grenze gebracht. Bald kamen sie mit Rucksäcken, bald mit Streifwagen. Ich habe unzählige solcher Partien abgefertigt. Dem Bürgermeister habe ich gedroht, weil er die Waffen, die zur Bewaffnung der Arbeiterschaft vom Arbeiterrat in Vöslau deponiert waren, fortschaffen wollte". Aber die Drohung war recht unschuldig, wie der als Zeuge vernommene Bürgermeister selbst sagte. „Wenn die Waffen nicht hier bleiben, hängst du morgen am nächsten Baum!" So drohte der Wippel, von dem man wußte, daß er im Innern der sanfteste Mensch war. Freilich, er konnte auch in Zorn geraten über die Hinterhältigkeit der Sozialdemokraten, die im Arbeiterrat öffentlich der Bewaffnung der Arbeiterschaft zustimmten und sie dann durch Schliche zu vereiteln suchten.

„Jawohl, ich habe auch einen Zug in Vöslau angehalten. Aber das war ein Streikbrecherzug, als alle Arbeit auf den Bahnen ruhte. Es wäre gegen die Ehre der Vöslauer Arbeiterschaft gewesen, einen solchen Zug durchzulassen."

Und dafür bekam Franz Wippel v i e r J a h r e s c h w e r e n K e r k e r s. In ihm sollte der Revolutionär gestraft werden, der es wagte, dem Bürgertum Steuern

aufzuerlegen, der in solidarischem Pflichtgefühl der Ungarischen Räterepublik Waffen geliefert hatte, der das Gewehr in die Hand des Arbeiters geben wollte.

Der Prozeß gegen die Gründer der Finnländischen Sozialistischen Arbeiterpartei.

Bekanntlich hat die Finnländische Regierung im Mai 1920 die konstituierende Versammlung der Finnländischen Sozialistischen Partei auseinandergejagt, wobei die Leiter der Versammlung verhaftet wurden. Der gegen sie angestrengte Prozeß hat bis jetzt gedauert. Am 8. Februar schloß der Prozeß mit dem vom Hofgericht der Stadt Abo gefällten Urteil.

In dem Gerichtsurteil wird darauf hingewiesen, daß es aus den Dokumenten ersichtlich sei, daß die Angeklagten, mit den Parteibeschlüssen des Jahres 1919 unzufrieden, beschlossen haben, an die Gründung einer neuen Partei heranzutreten und zur Ausarbeitung der vorbereitenden Maßnahmen eine provisorische Leitung wählten. Auf ihren Vorschlag hin wurde sodann auf dem am 13. bis 14. Mai 1920 tagenden Parteikongreß beschlossen, „eine auf dem Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes stehende Arbeiterorganisation" zu gründen*). Ein Teil der Beschuldigten wirkte auf diesem Kongreß als Amtspersonen. Die von dem Kongreß gegründete neue Partei beschloß, sich der Kommunistischen oder sogenannten Moskauer Internationale anzuschließen.

*) Siehe Nr. 15 der Kommunistischen Internationale.

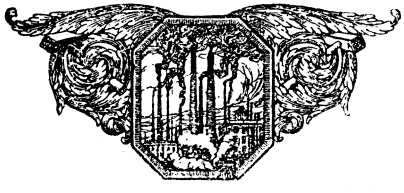
In der erklärenden Vorlage des Gerichtskanzlers, auf Grund deren die Anklage erhoben wurde, wird darauf hingewiesen, daß die Beschuldigten sich vereinigt hätten, um eine Partei zu gründen, deren Zweck die Ergreifung der Gewalt durch das Proletariat, die Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparates und die allgemeine Vertreibung der Bürokratie war. Auf Grund dieser Angaben des Gerichtskanzlers hat das Hofgericht die Angeklagten als schuldig erkannt, daß sie an der Gründung einer Vereinigung mitgewirkt haben, deren Ziel die Vernichtung der jetzigen Staatsform Finnlands sei. Darum sind sie der Vorbereitung eines Staatsverbrechens schuldig. Auf Grund dessen hat das Hofgericht die Beschuldigten: den Arbeiter Ratikainen, den cand. jur. Pekkala, den Magister Vuolijöki, den Setzer Lehtinen, den Oekonom Leino, den Blechschmied Jalawa und den Redakteur Heikkilä zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnishaft und zur Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren nach Beendigung der Gefängnishaft verurteilt. Die übrigen Angeklagten, — der Tischler Heinonen, die Frau des Arbeiters Vatanen, der Tischler Häikäräinin, der Böttcher Laine, der Agent für Maschinenverkauf Partanen, die Schneiderin Kantanen und der Redakteur Virta sind vom Hofgericht zu 1 Jahr Gefängnishaft und zur Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre nach Ablauf der Gefängnishaft verurteilt worden.

Da einige Angeklagte schon früher zu Gefängnisstrafen verschiedener Dauer verurteilt und nur bedingungsweise befreit waren, so wird die Frist der Gefängnisstrafe und der Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte dementsprechend verlängert. Ratikainen muß in der Haft 4 Jahre 10 Monate 21 Tage bleiben und die Bürgerrechte werden ihm auf sechs Jahre aberkannt; Vuolijöki: 4 Jahre 10 Monate 21 Tage und Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf acht Jahre; Lehtinen: 3 Jahre 1 Monat 15 Tage und Entziehung der Ehrenrechte auf fünf Jahre;

Leino: 6 Jahre 9 Monate 15 Tage und Entziehung der Ehrenrechte auf acht Jahre; Jalawa: 6 Jahre 16 Tage und Entziehung der Ehrenrechte auf sieben Jahre und Heikkilä: 6 Jahre 11 Monate 25 Tage und Entziehung der Ehrenrechte auf 14 Jahre.

Das Hofgericht hielt die sofortige Verhaftung der Angeklagten für notwendig. Die Gerichtskosten müssen von allen Angeklagten, bezw. von den bemittelten unter ihnen gedeckt werden.

Nach dem Urteilsspruch ordnete das Hofgericht der Stadt Abo an, alle 14 Angeklagten sofort zu verhaften und gab telegraphisch der Zentralpolizei den entsprechenden Befehl. Auf Grund dieses Befehles sind in Helsingfors Ratikainen, Pekkala Jalawa, Häikäräinin, Heinonen und Virta, in Tammerfors Lehtinen, in Wasa Laine und in Iti Vuolijöki verhaftet worden.



BÜCHERSCHAU

Die Presse der Kommunistischen Internationale am 1. Februar 1921.

Internationale Organe.

1. „Die Kommunistische Internationale", Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Petrograd. Gegründet am 1. Mai 1919. Erscheint gleichzeitig in deutscher, russischer, französischer und englischer Sprache; wird von G. Sinowjew geleitet.

2. „Bulletin des Provisorischen Internationalen Rates der Roten Gewerkschaftsinternationale". Moskau, gegründet 1920. Erscheint in vier Sprachen.

3. „Völker des Orients". Organ des Propaganda- und Aktionsrates der Völker des Orients. Baku. Gegründet 1920. Erscheint in russischer, türkischer, persischer und arabischer Sprache.

4. „Die Jugendinternationale". Kampforgan der Kommunistischen Jugendinternationale. Deutsche Ausgabe, Berlin. Gegründet 1919. Russische Ausgabe, Moskau, Schwedische Ausgabe, Stockholm.

5. „Internationale Jugendkorrespondenz". Herausgegeben vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale. Deutsche Ausgabe, Berlin. Gegründet 1920. Erscheint alle 10 Tage.

6. „Bulletin der Kommunistischen Internationale". Informationsblatt für die russische Presse, die Organisationen der Kommunistischen Partei Rußlands und die Politische Abteilung in Moskau. Erscheint täglich.

7. „Die Internationale Arbeiterbewegung", Moskau. Bulletin des Provisorischen Internationalen Gewerkschaftsrats. Erscheint monatlich.

8. „Bulletin des Internationalen Gewerkschaftsrats". Informationsblatt über die ausländische Gewerkschaftsbewegung für die russischen Gewerkschaften, Organisationen der Kommunistischen Partei Rußlands und die Partei- und Gewerkschaftspresse. Erscheint in Moskau.

9. „Russische Rundschau". Wöchentliche Uebersicht der russischen Presse. Erscheint gleichzeitig in deutscher, französischer und englischer Sprache. Herausgegeben von der Exekutive der Kommunistischen Internationale in Moskau.

Rußland.

1. „Prawda". Organ des Zentralkomitees und des Moskauer Komitees der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Moskau. Erscheint täglich.

2. „Iswestija des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees der Arbeiter-, Bauern-, Kosaken- und Rotarmistendeputierten und des Moskauer Rats der Arbeiter- und Rotarmistendeputierten". Moskau. Erscheint täglich.

3. „Die Kommunistin". Organ der Frauensektion des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands. Gegründet im Sommer 1920. Schriftleitung: Bucharin, Winogradskaja, Krupskaja, Kollontai, Nikolajewa und Olminski. Erscheint einmal monatlich.

4. „Der junge Kommunist". Organ des Zentralkomitees und des Moskauer Stadt- und Gouvernementskomitees des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands. Moskau. Gegründet 1919. Erscheint zweimal monatlich.

5. „Die Petrograder Prawda". Organ des Petersburger Komitees der Kommunistischen Partei Rußlands. Petrograd. Gegründet 1912. Erscheint täglich.

6. „Der Junge Proletarier". Organ des Petersburger Komitees und des Nördlichen Bezirksbüros des Kommunistischen Jugendbundes Rußlands. Petrograd. Erscheint zweimal monatlich.

Außer den oben erwähnten führenden Organen erscheinen zahlreiche andere, von der Partei herausgegebene Zeitungen und Zeitschriften.

Finnland.

Die Kommunistische Partei Finnlands.

1. „Wapaus". Petrograd. Gegründet 1918; 1920 wurde das Blatt von der Partei dem Zentralausschuß der finnischen Organisationen der Kommunistischen Partei Rußlands übergeben. Erscheint täglich.

2. „Kumous", Zeitschrift. Petersburg. Gegründet 1918. Das Blatt ist ebenfalls dem Zentralausschuß der finnischen Organisationen der Kommunistischen Partei Rußlands übergeben worden.

3. „Punainen Lippu". Erscheint illegal in Finnland; hat ihr Erscheinen eingestellt.

4. „Proletaari", Wochenzeitung. Gegründet am 26. November 1920. Erscheint illegal.

Deutschland.

1. „Die Rote Fahne", Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Gegründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Berlin. Erscheint zweimal täglich.

2. „Die Internationale", Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Gegründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring. Erscheint zweimal monatlich.

3. „Kommunistische Rätekorrespondenz". Gegründet 1919, Herausgeber: Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands. Erschien unregelmäßig. Eingegangen. An ihrer Stelle erscheint seit dem 8. Januar 1921. „Der kommunistische Gewerkschaftler".

4. „Die Kommunistin", Berlin. Organ der V. K. P. D. (Sektion der Kommunistischen Internationale.) Herausgegeben vom Frauenreichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Klara Zetkin.

5. „Klassenkampf". Organ der V. K. P. D. für Halle-Merseburg. Halle. Erscheint täglich.

6. „Bergische Volksstimme". Remscheid. Organ der V. K. P. D. (Sektion der III. Internationale.) Publikationsorgan der freien Gewerkschaften und Betriebsräte der Kreise Remscheid-Lennep-Mettmann-Wipperich-Gummersbach-Elberfeld-Barmen-Hagen. Erscheint täglich.

7. „Bergische Arbeiterstimme". Solingen. Organ der V. K. P. D. (Sektion der III. Internationale). Amtliches Publikationsorgan der Stadt Wald. Erscheint täglich.

8. „Volkswacht". Rostock. Organ der V. K. P. D. für Lübeck, Mecklenburg und Vorpommern. Erscheint täglich.

9. „Mansfelder Volkszeitung". Eisleben. Tageszeitung der V. K. P. D. (Sektion der Kommunistischen Internationale). Amtliches Verordnungsblatt für den Mansfelder See- und Gebirgskreis.

10. „Rundschreiben" der Zentrale der Kommunistischen Jugend Deutschlands. Berlin.

11. „Lichtstrahlen". Berlin. Zeitschrift für wissenschaftlichen Kommunismus. Herausgegeben von Julian Borchardt. Erscheint zweimal monatlich.

12. „Der Junge Genosse". Berlin. Internationale Zeitung für Arbeiterkinder. Herausgegeben vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale. Schriftleiter: Edwin Hoernle. Verlag: „Der Junge Genosse".

13. „Der Pflug". Sonntagsblatt für Landarbeiter und Kleinbauern. Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands. Gegründet 1919. Erscheint vierzehntägig.

14. „Der Kommunistische Landarbeiter". Herausgegeben von der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Gegründet 1920. Erscheint vierzehntägig.

15. „K. P. D. Propaganda". Herausgegeben von der Zentrale der K. P. D. (Sektion der Kommunistischen Internationale).

16. „Der Kommunistische Gewerkschaftler". Wochenzeitung für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Berlin. Redaktion: Fritz Heckert.

17. „Kommunistische Rundschau". Berlin. Herausgegeben von Ernst Däumig, Kurt Geyer, Walter Stoecker. Erschien zweimal monatlich vom Oktober 1920 bis Dezember 1920. An ihrer Stelle erscheint seit Januar 1921 „Die Schmiede".

18. „Die Schmiede". Wochenblatt der Zentrale der V. K. P. D. (Organ für Agitation und Propaganda), Berlin. Gegründet 14. Januar 1921.

19. „Spartakus". Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund). Gegründet 1919. Essen (Ruhr).

20. „Die Internationale", Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin. Erschien täglich vom 8. bis 31. Dezember 1920.

21. „Die Rote Fahne des Ostens". Tageszeitung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. (Bezirk Ostpreußen). Königsberg. Gegründet 1920. Erscheint täglich.

22. „Der Kommunist". Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei Württembergs. Stuttgart. Erscheint täglich seit 1. Januar 1921. Früher „Der Sozialdemokrat".

23. „Volkszeitung". Organ der V. K. P. D., Augsburg. Red. Wendelin Thomas. Erscheint täglich.

24. „Der Kommunist". Erfurt, Tageszeitung der K. P. D. für Mitteldeutschland. Erscheint seit 1. Juli 1920 nicht mehr.

25. „Der Kämpfer". Organ der V. K. P. D. Bezirk Sachsen. Chemnitz. Gegründet 1918. Erscheint täglich.

26. „Der Rote Kurier". Tageszeitung der V. K. P. D. für Sachsen, Leipzig. Gegründet 1. Februar 1921.

27. „Freiheit". Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Bezirk Rheinland-Westfalen. Duisburg. Red. Max Lorenz.

28. „Die Rote Fahne". Organ der V. K. P. D. der Bezirke Baden und Pfalz. Mannheim.

29. „Mitteilungsblatt" der V. K. P. D. des Industriebezirks Chemnitz-Erzgebirge-Vogtland. Chemnitz. Gegründet 1919.

30. „Hamburger Volkszeitung". Organ der V. K. P. D. (Sektion der Kommunistischen Internationale). Hamburg. Erscheint täglich.

31. „Arbeiterpolitik". Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus. Mitteilungsblatt des Nord- und Nordwestbezirks der K. P. D. Hamburg.

32. „Das freie Volk", Danzig. Organ der V. K. P. D. Bis 1. Februar 1921 Organ der U. S. P. D.

33. „Schlesische Arbeiterzeitung". Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. (Sektion der Kommunistischen Internationale). Breslau. Erscheint wöchentlich sechsmal.

34. „Freiheit". Organ der V. K. P. D. Düsseldorf.

35. „Die junge Garde". Zentralorgan der Kommunistischen Jugend Deutschlands. Sektion der Jugendinternationale. Berlin. Gegründet 1918. Erscheint zweimal monatlich.

36. „Die Rote Gewerkschaftsinternationale". Berlin. Mitteilungsblatt für den Zusammenschluß der

im Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände wirkenden Arbeiter und Angestellten.

37. „Der Kommunist". Bremen. Organ der K. P. D. (Spartakusbund), Bezirk Nordwest. Erscheint täglich.

38. „Der Kommunist". Dresden. Flugzeitung der V. K. P. D., Ostsachsen. Erscheint wöchentlich.

39. „Der Gegner". Berlin. Blätter zur Kritik der Zeit. Herausgeber: Julian Gumperz und Carl Otten.

40. „Kommunistische Arbeiterzeitung". Hamburg. Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei und der Allgemeinen Arbeiterunion Deutschlands.

41. „Kommunistische Arbeiterzeitung". Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. Red. Kunze.

42. „Kommunistische Montagszeitung". Organ der K. A. P. D. in Groß-Berlin. Red. Kunze. Erscheint Montags an Stelle der „Kommunistischen Arbeiterzeitung".

England.

1. „The Communist". Organ der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Großbritanniens. Gegründet im Juli 1920. Erscheint einmal wöchentlich.

2. „The Worker's Dreadnought". London. Herausgegeben von E. Sylvia Pankhurst. Erscheint wöchentlich.

3. „The Worker". Glasgow, Organ der Worker's Committees Schottlands.

4. „The Communist International". London. Englische Ausgabe des Organs des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Großbritanniens.

5. „The Red Dawn". Glasgow. Monatsschrift für die Arbeiterjugend. Offizielle Arbeitsschulenzeitschrift.

6. „The Red Commune". Glasgow. Monatsschrift der kommunistischen Gruppen in Glasgow.

7. „The Spur". Glasgow. Zeitschrift der Kommunistischen Partei.

8. „Solidarity". London. Organ der Shop Stewards Committees.

9. „The Big Strike". London. Organ der „National Federation of Shop Stewards".

10. „The Vanguard". Glasgow. Zeitschrift der Kommunistischen Arbeiterpartei.

11. „The International Communist", London. Zeitschrift der International Communist Federation.

12. „Watchword of Labour". Zeitschrift des Verbandes der Irischen Transportarbeiter.

13. „The Plebs". London. Monatsschrift für das kommunistische Denken.

Australien.

1. „The Australian Communist Sudney". Wochenschrift der K. P. von Australien.

2. „The Socialist". Melbourne. Organ der Sozialistischen Partei von Viktoria. Gegründet von Tom Mann.

Frankreich.

1. „Bulletin Communiste". Organ des Komitees der Kommunistischen Internationale. Paris. Gegründet am 2. März 1920. Erscheint zweimal monatlich; seit dem 1. April 1920 allwöchentlich.

2. „La Revue Communiste". Monatsschrift für Wissenschaft, Politik und Literatur. Paris. Redakteur Charles Rappoport. Gegründet im März 1920.

3. „Le Soviet". Organ der Kommunistischen Rätekonföderation (französische Sektion der Kommunistischen Internationale in Moskau). Gegründet im März 1920. Erscheint zweimal monatlich.

4. „L'Avantgarde ouvrière et communiste". Offizielles Organ der Nationalen Föderation der sozialistischen und kommunistischen Jugend. Paris. Red. William. Erscheint zweimal monatlich.

5. „L'Humanité". Sozialistische Tageszeitung. Paris. Gegründet von Jean Jaurès im Jahre 1904.

6. „La Voix Paysanne", Organ der Sozialistischen Partei (französische Sektion der Kommunistischen Internationale.) Herausgegeben von „L'Humanité". Red. Renaud Jean. Sekretär der Redaktion: Louis Bernard.

7. „Volkstribüne". Organ für Lothringen. Erschien früher in Diedenhofen, jetzt in Metz.

8. „Germinal", Belfort. Gegründet von Frossard.

9. „Le Prolétaire du Centre", Périgueux. Sozialistisches und syndikalistisches Blatt unter der Kontrolle der städtischen und ländlichen Arbeiterorganisationen. Erscheint zweimal monatlich. Verantwortlicher Herausgeber: Elie Reix.

10. „L'Internationale". Paris. Kommunistisches Abendblatt. Redakteur Daniel Renoult. Gegründet den 7. Januar 1921.

11. „La Vie Ouvrière". Paris. Redakteur P. Monatte. Erscheint wöchentlich.

12. „L'Aube Sociale de Seine-Oise". Paris. Organ der Fabrik- und Landarbeiter. Gegründet den 19. Februar 1921. Erscheint wöchentlich.

Spanien.

1. „El Communista". Organ der Kommunistischen Partei Spaniens. Madrid. Gegründet am 1. Mai. Erscheint täglich.

Italien.

1. „Il Comunista". Organ der Kommunistischen Fraktion der Sozialistischen Partei Italiens. Bologna. (Imola). Verantwortlicher Sekretär der Redaktion N. Bombacci. Gegründet am 7. November 1920.

2. „L'Ordine Nuovo". Kommunistische Tageszeitung. Turin. Gegründet 1. Januar 1921.

3. „Il Soviet". Organ der Fraktion der Kommunistischen Antiparlamentaristen I. S. P. Neapel. Erscheint wöchentlich.

4. „Rassegna Comunista". Mailand. Zeitschrift für Theorie und Praxis der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von der K. P. I. Red. Luigi Repossi. Gegründet den 30. März 1921. Erscheint zweimal monatlich.

5. „Avanguardia". Rom. Wochenblatt der Sozialistischen Jugendföderation Italiens. (I. S. P.) Eingegangen. An ihrer Stelle erscheint seit dem 27. Februar 1921 „Avanguardia", Mailand.

6. „Avanguardia", Mailand. Wochenschrift der Kommunistischen Jugendföderation Italiens (I. K. P.) Erscheint seit dem 27. Februar 1921.

7. „Il Lavoratore", Organ der Kommunistischen Föderation des Julischen Venetien. Triest. Gegründet 3. Februar 1921.

8. „Il Comunista". Zentralorgan der K. P. Mailand. Gegründet 30. Januar 1921. Red. Luigi Repossi. Erscheint zweimal wöchentlich.

Außer den obenerwähnten werden noch folgende Zeitschriften von der K. P. I. herausgegeben.

9. „Falce e Martello", Turin.
10. „L'Azione Comunista", Florenz.
11. „L'Eco des Soviet", Venedig.
12. „Bandiera Rossa", Savona, Wochenblatt der ligurischen Organisation der K. P. I.
13. „La lotta di classe", Forli.
14. „Bandiera Rossa", Ancona.
15. „La Battaglia Comunista", Massa.
16. „Tortona del Popole", Tornota.
17. „L'Adda", Sondrio.
18. „L'Eco dei Comunisti", Cremona.
19. „Il Bolscevico", Novara.
20. „La Comune", Como.
21. „Il Proletario Comunista", Mantua.
22. „La Giovane Umbria", Spoleto.
23. „La Voce dei Comunisti", Messina.
24. „La Voce Comunista", Mailand.
25. „La Lotta Comunista", Mailand.
26. „La Dittatura Proletaria", Belluno.
27. „L'Idea Comunista", Grosseto.
28. „La Russia dei Soviet", Rom. Wochenschrift für Literatur, Wissenschaft, Kunst, Nationalökonomie und Gesetzgebung. Schriftleiter: Guglielmo Dannunzio.

Holland.

1. „De Tribune", revolutionär-sozialistisches Volksblatt, Organ der Niederländischen Kommunistischen Partei. Amsterdam. Gegründet 1907. Schriftsteller: Van Ravestein und Wijnkoop. Erscheint täglich.

2. „De Nieuwe Tid", revolutionär-sozialistische Halbmonatsschrift. Schriftleiter: Henriette Roland-Holst, Anton Pannekoek und Van Ravestein.

3. „De Jonge Communist", Organ des Kommunistischen Jugendbundes „De Zaier" (Der Säer), Haag. Schriftleiter: Van Bern und Dolleman. Erscheint einmal monatlich.

4. „De Roode Vaan", Amsterdam. Unabhängige Monatsschrift für kommunistische Politik. Schriftleiter: B. Luteraan.

5. „De Communistische Onderwijzer", Amsterdam. Herausgegeben von der Kommunistischen Lehrerver-

einigung. Schriftleiter: I. W. Stuurman, W. Wolda. Erscheint monatlich.

6. „De Voorbode", Organ des revolutionär-sozialistischen Frauenverbandes. Schriftleiter: Henriette Roland-Holst. Stam-Ponsen, Dina Blom, Marie Mensing. Erscheint alle 14 Tage.

Belgien.

Die Wallonische Kommunistische Föderation.

1. „L'ouvrier Communiste", Brüssel. Gegründet am 1. März 1920. Erscheint zweimal monatlich.

Luxemburg.

1. „Neue Jugend", Luxemburg. Wochenschrift der Kommunistischen Jugend.

2. „La Lutte", Luxemburg. Blatt der revolutionären Arbeiter Luxemburgs. Beiblatt der „Neuen Jugend".

3. „Der Junge Kommunist", Luxemburg. Organ der Kommunistischen Jugend (Sektion der Kommunistischen Jugendinternationale). Erscheint halbmonatlich.

4. „Der Kampf". Organ der K. P. L. (Sektion der Kommunistischen Internationale), Luxemburg, gegründet 1921. Erscheint täglich.

Schweiz.

1. „Bieler Vorwärts", Organ der Kommunistischen Partei der Schweiz, Biel. Erschien zweimal wöchentlich bis an seine Stelle am 2. Oktober 1920 die „Neue Ordnung" trat.

2. „Neue Ordnung". Biel, Offizielles Organ der Schweizer Kommunistischen Partei (Sektion der Kommunistischen Internationale). Bern. Gegründet am 2. Oktober 1920. Erschien dreimal wöchentlich, vom 18. Januar 1921 ab viermal wöchentlich. Verantwortlicher Redakteur: H. Robert.

3. „Der Kommunist". Herausgegeben von der Kommunistischen Partei der Schweiz. Winterthur. Gegründet 1919. Erscheint monatlich. Auflage 2 500—4 000 Exemplare.

4. „Neue Jugend". Basel. Organ des Kommunistischen Jugendbundes der Schweiz (Sektion Basel) — Mitglied der Kommunistischen Jugendinternationale. Verantwortlich E. Arnold. Erscheint seit 1920 zweimal monatlich.

5. „La Nouvelle Internationale". Offizielles Organ der Kommunistischen Internationale für die romanische Schweiz. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Brunner. Erscheint wöchentlich.

6. „Le Phare". La Chaux-de-Fonds. Offizielles Organ der Kommunistischen Internationale für die romanische Schweiz. Schriftleiter Jules Humbert-Droz. Erscheint monatlich.

7. „L'Avant Guarde". Kommunistische Tageszeitung für die romanische Schweiz. Wird seit 1. April 1921 herausgegeben.

Dänemark.

1. „Arbejdet". Organ der Kommunistischen Partei Dänemarks. Seit 1. Dezember 1919 — Wochenschrift, seit 10. April 1920 — Tageszeitung.

2. „Fremad". Organ des Jugendbundes. Kopenhagen. Erscheint zweimal monatlich.

Schweden.

1. Norrskenflamman". Organ der Kommunistischen Partei Schwedens. Lulea. Erscheint täglich, auch in finnischer Sprache als „Revontulet".

2. „Folkets Dagblad Politiken". Organ der Kommunistischen Partei Schwedens. Stockholm. Erscheint täglich. Red. Z. Höglund.

3. „Skanes-Folkblad". Trelleborg. Erschien allwöchentlich, seit 1920 dreimal wöchentlich.

4. „Hilsinge-Kuriren", Bollnäs. Erscheint zweimal wöchentlich.

5. „Ovre Dalarnes Tidning". Mora. Erscheint zweimal wöchentlich.

6. „Nya Värmland". Karlstad. Erscheint zweimal wöchentlich. Red. Jon Bohlin.

7. „Ostgöta-Folket", Linköping. Erscheint zweimal wöchentlich.

8. „Inlandet". Oestersund. Wochenschrift.

9. „Medelpads-Kuriren". Bollnäs. Wochenschrift.

10. „Oerebro Läns Folkblad". Oerebro. Wochenschrift.

11. „Västsvenska-Kuriren". Göteborg. Wochenschrift.

12. „Norra Smaland". Husquarna. Wochenschrift.
13. „Blekinge Kuriren". Romeby. Erscheint wöchentlich.
14. „Revontulet" in finnischer Sprache. Lulea. Erscheint zweimal wöchentlich.
15. „Stormklockan". Offizielles Organ des Jugendbundes. Stockholm. Schriftleiter Jalmar Wiksten. Wochenschrift.
16. „Röda Röster". Organ des Arbeiterinnenbundes. Stockholm.
17. „Zimmerwald". Sozialistische Monatsschrift. Stockholm.
18. „Den Tyste Kamraten", Zeitschrift für Taubstumme. Stockholm.
19. „Wiesti". Zeitschrift. Stockholm. Gegründet 1918.

Norwegen.

Die Norwegische Arbeiterpartei.

1. „Social-Demokraten". Kristiania. Schriftleiter Martin Tranmael. Erscheint täglich.
2. „Arbeidet". Schriftleiter Sverre Krog. Erscheint täglich.
3. „Ny Tid". Trondhjem. Schriftleiter Alfred Madsen. Erscheint täglich.
4. „I. Mai". Stavanger. Schriftleiter Andreas Hansen.
5. „Fremtiden". Drammen. Schriftleiter Torgeir Vraa. Erscheint täglich.
6. „Brattsberg-Demokraten". Skien. Schriftleiter Eivind Reiersen. Erscheint täglich.
7. „Sörlandets Social-Demokraten Kristiansund". Schriftleiter Olaf Soljberg. Erscheint täglich.
8. „Demokraten". Hamar. Schriftleiter Alfred Aakerman. Erscheint täglich.
9. „Nybrot". Larvik. Schriftleiter A. Eines. Erscheint täglich.
10. „Vestfold Arbeiderblad". Tönsberg. Schriftleiter Ole Oisang. Erscheint täglich.
11. „Tiden". Arendal. Schriftleiter Karl Hornli. Erscheint täglich.
12. „Glommendales Social-Demokraten". Kongsvinger. Schriftleiter Waldemar Karlsen. Erscheint täglich.
13. „Tidens Kray" Kristiansund. Schriftleiter Ingvald B. Jakobson. Erscheint täglich.

14. „Ny Dag". Gjövik. Schriftleiter Nilsa Odegard. Erscheint täglich.

15. „Daggry". Horten. Schriftleiter Ole Bakke. Erscheint dreimal wöchentlich.

16. „Oesterdalens Social-Demokraten". Elverum. Schriftleiter Olaf Säter. Erscheint dreimal wöchentlich.

17. „Arbeidets Ret". Röros. Schriftleiter J. Galdaen. Erscheint dreimal wöchentlich.

18. „Nordlands Social-Demokraten", Bodö. Schriftleiter Harald Langhelle. Erscheint dreimal wöchentlich.

19. „Folkeviljen". Harstad. Schriftleiter Alfred Skar. Erscheint dreimal wöchentlich.

20. „Nordlys". Tromsö. Schriftleiter Peder Kaasmoli. Erscheint dreimal wöchentlich.

21. „Fremover". Narvik. Schriftleiter Aksel Olsen. Erscheint dreimal wöchentlich.

22. „Namdalens Social-Demokraten". Namsos. Schriftleiter Johannes Eide. Erscheint dreimal wöchentlich.

23. „Akerhus Social-Demokraten". Lilleström. Schriftleiter August Iverson. Erscheint dreimal wöchentlich.

24. „Hönefos og Opl. Social-Demokraten". Henefos. Schriftleiter Jörgen Thom. Erscheint dreimal wöchentlich.

25. „Folkets Frihet". Kirkenes. Schriftleiter Martin Gjösnes. Erscheint zweimal wöchentlich.

26. „Helgelands Fremtid". Moi Ranen. Schriftleiter R. Knutson. Erscheint zweimal wöchentlich.

27. „Vestfinmarkans Social - Demokrat". Hammerfest. Schriftleiter Chr. Andreas Claussen. Erscheint zweimal wöchentlich.

28. „Uttröndelagens Social - Demokraten". Orkedalsören. Schriftleiter Martin Foß. Erscheint zweimal wöchentlich.

29. „Gudrandsdalens Social-Demokraten". Lillehammer. Schriftleiter O. Rossow. Erscheint zweimal wöchentlich.

30. „Det Tyvende Aarhundrede". Red. Arwid Hansen und Trygve Lie.

31. „Kvinden". Organ des Frauenbundes der Arbeiter-Partei.

32. „Klassenkampen". Organ des Norwegischen Kommunistischen Jugendbundes. Kristiania. Erscheint wöchentlich.

Außer den schon erwähnten Parteiorganen erscheinen noch folgende Zeitschriften, die sämtlich auf dem Standpunkt der Partei stehen.

33. „Indtröndelagens Social-Demokraten". Levanger. Schriftleiter N. Hallan. Erscheint dreimal wöchentlich.

34. „Folkets Röst". Askim. Schriftleiter Sverre Hjertholm. Erscheint dreimal wöchentlich.

35. „Hardanger Social-Demokraten". Odda, Schriftleiter Edv. Jörstad. Erscheint dreimal wöchentlich.

36. „Finmarken". Vardo. Schriftleiter John Andraa. Erscheint zweimal wöchentlich.

37. „Sogns Social-Demokraten" Lärdal. Schriftleiter Erik Nordberg. Erscheint zweimal wöchentlich.

38. „Felle Social-Demokraten". Dröbak. Schriftleiter A. Chr. Holthe. Erscheint zweimal wöchentlich.

39. „Moß Social-Demokraten". Moß. Erscheint zweimal wöchentlich.

40. „Folkets Ret". Molde. Schriftleiter Jakob Dahle. Erscheint wöchentlich.

41. „Romerikes Blad". Jesseim. Schriftleiter M. Jul. Halvorsen. Erscheint zweimal wöchentlich.

Lettland.

1. „Zihna". Zentralorgan der Lettischen Kommunistischen Partei. Erschien 1919—1920 illegal. Auflage 7000 Exemplare.

2. „Mitteilungen des Zentralkomitees". Es erschienen zwei Nummern. Auflage 1000 Exemplare.

3. „Der Kommunist", illegales Organ des Libauer Parteikomitees. Es erschienen 38 Nummern. Auflage 2000 Exemplare.

4. „Der Kampf des Landarbeiters", illegales Organ des Libauer Parteikomitees. Es erschien eine Nummer.

5. „Mitteilungen des Libauer Komitees". Es erschienen 5 Nummern. Auflage 1000 Exemplare.

6. „Spartakus", illegales Organ der Rigaer Organisationen. Es erschienen 3 Nummern. Auflage 3000 Exemplare.

7. „Der Rote Schütze", illegales Organ der Libauer Militärorganisationen. Es erschienen 5 Nummern. Auflage 3000 Exemplare.

8. „Der Jugendliche Spartakus". Organ des Jugendbundes. Es erschien eine Nummer. Auflage 1000 Exemplare.

Litauen und Weißrußland.

1. „Komunistas" Organ des Organisationsbüros der Litauischen Kommunistischen Partei.

2. „Komunistas" Organ des Z. K. der Kommunistischen Partei Litauens und Weißrußlands.

3. „Stern" in jüdischer Sprache. Organ des Z. K. der Kommunistischen Partei Litauens und Weißrußlands und des Hauptbüros der jüdischen Sektion Weißrußlands, Minsk, erscheint täglich.

Deutsch-Oesterreich.

1. „Die Rote Fahne", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs (Sektion der Kommunistischen Internationale) Wien. Schriftleiter Josef Strasser. Gegründet 1918. Erscheint täglich.

2. „Klassenkampf", Organ der provinziellen Parteiorganisationen. Wien. Erscheint wöchentlich.

3. „Rätekorrespondenz", Organ der Kommunistischen Fraktion der Arbeiterräte. Wien.

5. „Der Kriegsgefangene". Von der Partei heraus-Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs. Wien. Redakteur E. Kanscher. Erscheint zweimal monatlich.

5. „Der Kriegsgefangene", von der Partei herausgegeben.

6. „Die Kommunistische Jugend", Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs. Wien. Gegründet 1919. Auflage 3000—6000 Exemplare.

7. „Kommunismus". Zeitschrift der Kommunistischen Internationale. Wien. Gegründet 1920. Verantwortlicher Redakteur Gerhard Eisler. Erscheint wöchentlich.

8. „Sowjet". Kommunistische Monatsschrift. Schriftleiter Otto Kaus, Wien. Eingegangen.

Ungarn.

1. „Die Rote Zeitung", in ungarischer Sprache. Wien. Erschien täglich, seit dem Juni 1920 einmal wöchentlich.

2. „Proletar" („Der Proletarier"), das ungarische Organ der Kommunistischen Internationale. Wien. Gegründet im Juli 1920. Erscheint einmal wöchentlich.

Tschechoslowakei.

1. „Rude Pravo", Zentralorgan der marxistischen Linken der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei. Prag. Erscheint täglich.
2. „Vecernik Rude Pravo", Abendausgabe des vorhergehenden Blattes.
3. „Svoboda". Kladno. Schriftleiter B. Hula. Erscheint täglich.
4. „Rovnost", Brünn. Erscheint täglich.
5. „Snaha" Zabor.
6. „Volnost" Nimburg.
7. „Pruboj" Laun.
8. „Slovazko" Hodolein.
9. „Rovno Pravo" Nusle.
10. „Zizkovan" Zizkov.
11. „Iskra" Hrebik.
12. „Inzi Morava" Zuaim.
13. „Nas Server".
14. „Straz Poizeri" Ml. Boleslaw.
15. „Straz Lidu" Kromeriz.
16. „Pravda Hodoby". Rosenberg (Slowakei).
17. „Spravedlivost" Rokitzan.
18. „Az Iflu Garda", in ungarischer Sprache. Organ des Kommunistischen Jugendbundes der Slowakei. Kozic. Erscheint zweimal monatlich.
19. „Az Iflu Proletar" („Der Junge Proletarier"), Organ des Jugendbundes. Erscheint illegal zweimal monatlich.
20. „Ertesito". („Mitteilungsblatt"), Organ des Jugendbundes. Erscheint illegal zweimal monatlich.

Bulgarien.

1. „Der Arbeiterbote", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Bulgariens. Sofia. Auflage 25 000—30 000 Exemplare. Erscheint täglich.
2. „Die neue Zeit" Sofia. Parteitheoretischen Fragen gewidmete Halbmonatsschrift. 6 000 Abonnenten.
3. „Das Rote Lachen", humoristische Wochenschrift. Auflage 6 000 Exemplare.

4. „Der Dorfbote", Organ für kommunistische Propaganda im Dorfe. Auflage 8 000 Exemplare.

5. „Parteikorrespondenz".

6. „Der Freund", Monatsschrift für Kinder.

7. „Die Bibliothek des Freundes", Monatsschrift für die proletarische Jugend.

Die Gesamtauflage der letztgenannten Zeitschriften beträgt 20 000 Exemplare.

8. „Gleichheit", kommunistische Zeitung für Frauen. Auflage 6 250 Exemplare.

9. „Jugendwahrheit", Organ des kommunistischen Jugendbundes Sofia. Halbmonatsschrift. Auflage 5 100 Exemplare.

10. „Die Befreiung", Organ für kommunistische Propaganda unter den Emigranten Mazedoniens, Thraziens und der Dobrudscha. Auflage 5000 Exemplare.

11. „Der Pädagogische Funke", Organ der kommunistischen Lehrerverbindung. 4 300 Abonnenten.

12. „Der Angestellte", Organ der kommunistischen Verbindung der in Staats, Bezirks- und Munizipaldiensten stehenden Angestellten. 1 500 Abonnenten.

13. „Der Invalide Kämpfer", Organ der kommunistischen Invalidenverbindung. 2 018 Abonnenten.

Jugoslawien.

1. „Arbeiterzeitung", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Schriftleiter Ssima Markowitsch, Belgrad. Auflage 14 000 Exemplare. Erscheint täglich.

2. „Die Rote Fahne", Organ des kommunistischen Jugendbundes Jugoslawiens. Belgrad. Auflage 6 000 Exemplare. Erscheint zweimal monatlich.

3. „Gleichheit", Organ der kommunistischen Frauenbewegung. Belgrad. Erscheint zweimal monatlich. Auflage 5000 Exemplare.

4. „Die Zukunft", Zeitschrift für Kinder. Belgrad. Erscheint zweimal monatlich. Auflage 5 000 Exemplare.

6. „Der Arbeiter", Kragujewac. Erscheint einmal wöchentlich. Auflage 5 000 Exemplare.

7. „Der Kampf der Lehrer", Kragujewac, Monatsschrift. Auflage 3000 Exemplare.

8. „Der Volkswille" Prozega. Auflage 2000 Exemplare.

9. „Das Sozialistische Morgenrot". Skoplje. Erscheint zweimal wöchentlich. Auflage 3000 Exemplare.

10. „Die Stimme der Freiheit". Serajewo. Erscheint täglich. Auflage 5000 Exemplare.

11. „Stimme des Volkes", Wochenschrift für Bauern. Banja Luka. Auflage 3000 Exemplare.

12. „Neue Wahrheit" („Nova Istina"). Agram. Erscheint einmal wöchentlich. Auflage 8000 Exemplare. Ist nach dem Parteikongreß in Wukowar „sozialistisch" geblieben.

13. „Der Proletarier", Wirawitiza. Erscheint einmal wöchentlich. Auflage 1000 Exemplare.

14. „Arbeiterblatt", Nowy Ssad. Erscheint zweimal wöchentlich. Auflage 6000 Exemplare.

15. „Das Wort des Arbeiters", Ossek. Erscheint einmal wöchentlich. Auflage 2000 Exemplare.

16. „Arbeiterwacht", Wukowar. Erscheint einmal wöchentlich. Auflage 2000 Exemplare.

17. „Unsere Aufzeichnungen". Laibach. Monatsschrift. Auflage 2000 Exemplare.

18. „Die Rote Fahne" („Redeci Prapor"), in slovenischer Sprache. Laibach. Auflage 4000—5000 Exemplare.

19. „Die Befreiung". Spalato. Erscheint einmal wöchentlich. Auflage 4000 Exemplare.

Rumänien.

1. „Tineretul Socialist", Organ des Verbandes der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend. Bukarest. Halbmonatsschrift.

2. „Lupta de Clasa" (Der Klassenkampf), Bukarest. Erscheint halbmonatlich.

3. „Sozialismul", Bukarest.

Griechenland.

1. „Ergatikos Agon", offizielles Organ der Griechischen Sozialistischen Arbeiterpartei (der Kommunisten). Athen. Erscheint einmal wöchentlich. Auflage 6000 Exemplare.

2. „Ridsospastis", steht auf dem Standpunkt der Partei. Athen. Erscheint täglich. Aufl. 10 000 Exemplare.

3. „Avanti", in jüdisch-spanischer Sprache. Organ der Partei und der Arbeitsbörse. Saloniki. Auflage 2000 Exemplare.

4. „Fonitu Ergatu", Organ der Partei und der Arbeitsbörse. Saloniki. Auflage 2000 Exemplare.

5. „Ergatismos", Wochenschrift der Partei. Kawalla. Auflage 3000 Exemplare.

Georgien.

1. „Kommunist", Organ des provisorischen Z. K. der Kommunistischen Partei Georgiens. Tiflis. Gegr. 1920. Erscheint täglich. Schriftleiter: M. Saganja.

2. „Achuli Kommunist", erscheint in georgischer Sprache. Organ des Z. K. der K. P. G. Tiflis. Schriftleiter L. Suchoschwili.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

1. „The Communist", offizielles Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei. Gegründet 1920. Erscheint in englischer, ungarischer, jüdischer, litauischer, polnischer, russischer, finnischer und kroatischer Sprache.

2. „The Voice of Labour", illegal, herausgegeben von der Vereinigten Kommunistischen Partei Amerikas. Erscheint zweimal monatlich.

3. „The Communist", Organ der K. P. A. Erscheint zweimal monatlich. Auflage 8000 Exemplare.

4. „Nowo Mir", Organ der K. P. A. Gegründet von L. G. Deigem im Jahre 1912, es waren russische Bolschewiki an diesem Blatt tätig. Seit Anfang 1920 erschien es halblegal und seit Juni völlig illegal.

5. „Rote Fahne", in jüdisch. Organ der K. P. A. Erscheint illegal. Auflage 3000.

6. „The Communist Unity". Herausgegeben seit Mitte Januar von einer Gruppe aktiver Kommunisten beider Parteien. Erscheint gleichzeitig in russischer, englischer und jüdischer Sprache.

Folgende Zeitschriften kommunistischer Richtung erscheinen legal:

1. „The Toiler", Cleveland, Ohio. Erscheint wöchentlich.

2. „Der Proletarier" in jüdisch. Illustrierte Zeitschrift. New-York. Herausgegeben von der proletarischen Verlagsgenossenschaft.

3. „Der Kampf". Erscheint wöchentlich in jüdisch.

4. „Molot" in ukrainischer Sprache.

5. „Soviet Russia", Wochenschrift, Organ zur Verbreitung der Wahrheit über Sowjetrußland. Offizielles Organ des Büros der Russischen Sowjetregierung. New-York. Gegr. November 1917.

6. „Gale's International Monthly for revolutionary Communism" Mexiko; Schriftleiter: Linn A. E. Gale und Magdalena E. Gale.

7. „El Communista de Mexico", Organ der Kommunistischen Partei Mexikos (Sektion der Kommunistischen Internationale). Erscheint monatlich.

8. „La Lucha". Neue sozialistische Schrift der Stadt Mexiko. Erscheint täglich.

9. „Juventud Mundial". Mexiko. Organ der Föderation der Kommunistischen Jugend. Erscheint monatlich.

10. „La Internacionai". Buenos Aires. Organ der Kommunistischen Partei Argentiniens (Sektion der Kommunistischen Internationale). Schriftleiter Alberto Palcos. Erscheint wöchentlich.

11. „Vorwärts". Tagesblatt. Erscheint in New-York in jüdischer Sprache. Schriftleiter B. Schlesinger.

Da die Schaffung einer vollen Uebersicht der gigantisch anwachsenden Presse des Kommunismus sehr schwierig ist, hofft die Redaktion, daß ihr Versuch alle Sektionen der Kommunistischen Internationale veranlassen wird, ihr genaue Berichte über die geschichtliche Entwicklung, Auflage und die gegenwärtige Lage der kommunistischen Presse der ganzen Welt zukommen zu lassen.

Rezensionen und Notizen.

Kommunistische Rundschau, herausgegeben von Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker, erster Jahrgang, erscheint vierzehntägig. Nr. 2, 14. Oktober 1920. Nr. 3, 1. Novbr. 1920, Nr. 4, 25. Novbr. 1920. A. Hoffmanns Verlag, Berlin.

In diesem lebendig und interessant geleiteten Organ finden alle aktuellen Fragen unserer Tage eingehende Erörterung.

Ernst Däumig widmet in Nr. 2 einen Artikel dem „Parteitag in Halle" (14. Oktober 1920):

Vor 30 Jahren, im Jahre 1890 tagte in Halle der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Dieser Parteitag hat unter den gegebenen ökonomischen und politischen Verhältnissen seine historische Aufgabe erfüllt.

Wie anders ist in 30 Jahren das Weltbild geworden! Der Kinderglaube an den Ewigkeitsbestand der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der vor 30 Jahren noch die Proletarierköpfe beherrschte, ist geschwunden. Der Sozialismus ist nicht mehr ein weltfernes theoretisches Ideal. Der Wille zum Sozialismus hat in den Massen in dem Worte: Sozialisierung! seinen konkreten, zur Tat drängenden Ausdruck erhalten.

Alle republikanisch-demokratischen Forderungen sind mehr oder weniger bereits verwirklicht oder der Verwirklichung nahe.

Däumig erinnert an die Worte Wilhelm Liebknechts auf dem Halleschen Parteitag 1890:

„Was heute Ideal, ist morgen Wirklichkeit, übermorgen Reaktion!"

Vor 30 Jahren, sagt Däumig, waren Republik und freies Wahlrecht ideal, 1918 wurden sie Wirklichkeit, 1920 sind sie Reaktion; denn im Schutze dieser demokratischen Errungenschaften sucht der Kapitalismus seine Herrschaft wieder aufzurichten.

Leider täuscht die demokratische Maskierung des staatlichen und politischen Lebens viele Proletarier über die gefährlichen Lebensregungen ihres Todfeindes. „Gerade proletarische Parteien, die das demokratische Prinzip als Dogma verkünden, sind es, die am Betrug der Arbeiterklasse mitwirken."

Angesichts der gegebenen historischen Situation genügt es nicht mehr, wenn der Parteitag einer proletarischen, einer revolutionären Partei verkündet, wir wollen den Sozialismus, oder: wir wollen die Diktatur des Proletariats, sondern ein solcher Parteitag hat die Frage zu lösen: wie erkämpfe ich heute die politische Macht, wie erhalte ich sie mir für morgen und für die Zukunft, um das sozialistische Ideal durchführen zu können.

Das ist die Kardinalfrage, die der Parteitag in Halle 1920 zu lösen hatte.

Und er hat sie gelöst: Die Spaltung der U. S. P. D., die Verschmelzung der abgespalteten Linken mit der K. P. D. in eine Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, das ist der erste und wichtigste Schritt zur Verwirklichung der erwähnten Aufgabe. Schwer ist ja nur der erste Schritt . . .

Wilhelm Koenen widmet seinen Artikel der Frage über die „Organisation der Partei".

Um das Maximum der Tatkraft zu erreichen, muß die Partei „aus der Opposition der Aktiven zum Zentrum der Aktion werden . . . Wollen wir, fährt Koenen fort, die kommenden schweren Erschütterungen und Kämpfe erfolgreich überstehen, so müssen wir unsere Organisation auf die Zeiten des Belagerungszustandes, des Bürgerkrieges und der Diktatur des Proletariats einrichten." Die Losung des Zentralismus neben dem Anschluß an die Kommunistische Internationale ist der direkte Weg dazu.

Paul Böttcher berührt die Frage der „Probleme des Bürgerkrieges".

„Organisiert das Proletariat, sagt der Verfasser, die Parlamentswahlen, die Massenstreiks, so muß es auch den bewaffneten Aufstand organisieren, genau wie die besitzende Klasse die Orgesch, die Einwohnerwehren und Studentenkompagnien formiert. Der Verzicht auf diese Arbeit kommt einem Verrat an den revolutionären Pflichten einer proletarischen Klassenpartei gleich." Die Skeptiker können darauf erwidern: Wie wollt ihr, waffelosen Massen, die bewaffnete Macht überwinden?

Wir antworten: Wir werden die notwendigen Machtmittel erobern!

Victor Stern unterwirft in dem Artikel: „Die Verschiedenheit der Kampfbedingungen der Revolution im Osten und Westen" (Nr. 2 und 3) das Buch Otto Bauers „Bolschewismus oder Sozialdemokratie" einer kritischen Analyse*).

Stern betont die außerordentliche Einseitigkeit Otto Bauers, der nur die Unterschiede der wirtschaftlichen und politischen Situation im Osten und Westen berücksichtigt, die tiefgehende, wesentliche und entscheidende Gleichartigkeit und Uebereinstimmung, die daneben besteht, dagegen ganz außer acht läßt.

O. Bauers ganzer Beweisgang läuft darauf hinaus, daß der Revolution im Westen gewaltigere Schwierigkeiten im Wege stehen, als in Rußland; er ignoriert völlig die günstigen Umstände der Revolution im Westen, muß aber ein sehr interessantes Zugeständnis machen: daß die sozialen Unterschiede in der ländlichen Bevölkerung im Westen für die Revolution leichter ausgenützt werden können, als in Rußland.

Gewiß ist bei uns in Deutschland, schließt Stern, die Besiegung der kapitalistischen Klassen weitaus schwieriger als in Rußland, aber es stehen hier dem Proletariat auch ungleich gewaltigere Kräfte zur Verfügung. Es besteht hier dazu noch die harte Notwendigkeit der Diktatur, weil der Industriestaat die Krise des Kapitalismus stärker erleidet.

Man soll ein für allemal dem Gedanken entsagen, daß wir durch den demokratischen Weg des Kompromisses den bitteren Kelch des Bürgerkrieges vermeiden können. Für die Kapitalistenklasse ist jeder ernstliche Beginn der Sozialisierung das Signal zum Bürgerkrieg.

Hic Rhodus, hic Salta! ruft gebieterisch die unbeugsame Göttin der Geschichte.

Die dritte Nummer der Zeitschrift beginnt mit dem Artikel Ernst Däumigs „Neue Wege".

Von Halle datiert die erste große Niederlage der Moskauer Methode, also sprach selbstsicher und verfrüht das geistige Oberhaupt der gemäßigten Unabhängigen, Rudolf Hilferding.

In Wirklichkeit, bemerkt aus diesem Anlaß Däumig, liegen die Dinge so, daß durch den Halleschen Parteitag „die

*) Siehe den Artikel Karl Radeks in der „Kommunistischen Internationale" Nr. 15.

Moskauer Methode" in der ganzen Welt erst recht in den Vordergrund der politischen Erörterungen getreten ist. Davon zeugt die verstärkte Dosierung der sozial-reformistischen Homöopathie und das verstärkte Vertrauen auf die sieghafte Kraft der Kommunistischen Internationale, die sich in den Zeitungen der kommunistischen und revolutionären Arbeiterschaft äußert.

In Wirklichkeit bedeutet das auf dem Halleschen Parteitag gezeitigte Ergebnis die Vereinigung aller revolutionären Elemente des deutschen Proletariats und damit die Anbahnung des gleichen Prozesses innerhalb des Proletariats der anderen Länder.

Der Verfasser stellt einen sehr interessanten Gegensatz in den Ausführungen unserer Gegner fest.

Einerseits sind die „Moskauer Gewaltmenschen" am Ende ihrer Herrlichkeit. Sie wollen daher das Proletariat Mittel- und Westeuropas wie Amerikas in den Dienst ihrer imperialistischen, militaristischen und unsozialistischen Politik stellen.

In demselben Atemzuge versichern sie, das einzige Trachten der Moskauer Apostel des tatarischen Sozialismus laufe darauf hinaus, die proletarischen Parteien der Welt zu zerreißen, zu spalten und dadurch zu schwächen.

Wie naiv und, sagen wir es glatt heraus, wie dumm diese „Moskowiter" doch sind: sie graben sich selbst eine Grube, sie schwächen selbst die Kraft, auf die sie sich in ihren Kämpfen stützen wollen.

Ein weiterer Widerspruch der Moskaugegner besteht darin, daß sie versichern, sie wollten eine Internationale wiederherstellen, in der auch die Kommunistische Internationale mit einbegriffen wäre. Können denn die Juden an einem Tisch mit den Samaritern sitzen?! In der Kommunistischen Internationale ist ja, wie sie behaupten, nicht der marxistische Geist lebendig, sondern der Geist Bakunins!

In derselben dritten Nummer finden wir den Artikel von Richard Müller. „Die Gewerkschaften, die Betriebsräte und die Kommunistische Internationale".

In der vierten Nummer der Zeitschrift widmet Paul Böttcher einen Artikel der Frage über die „Finanzierung der Konterrevolution".

Die gegenrevolutionäre Rolle des heutigen Frankreich, das die Feinde der Freiheit freigebig mit Gold belohnt, tritt in den angeführten Ziffern klar zutage.

Es versteht sich, daß die Gegenrevolution nach einem großzügigen Plan im internationalen Maßstabe arbeitet. Unsere

Feinde schlafen nicht. Wir müssen den schwarzen Kräften die roten Streitkräfte der Kommunistischen Internationale entgegenstellen.

Curt Geyer gibt in dem Artikel „Zur Wirtschaftspolitik der proletarischen Diktatur" eine kritische Analyse des interessanten Buches von Professor Eugen Varga, gewesener Volkskommissar und Präsident des obersten Wirtschaftsrats der Ungarischen Republik, „Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur" (Wien 1920, Genossenschaftsverlag der Neuen Erde).

E. Varga hat, gestützt auf seine praktische Erfahrung in Ungarn, zum ersten Mal die Probleme der Verwirklichung der kommunistischen Wirtschaftsweise wissenschaftlich untersucht.

Varga konstatiert aus seinen Erfahrungen, daß der Ideologie in revolutionären Zeitläufen eine viel größere Bedeutung zukomme, als ein großer Teil der Marxisten geglaubt habe. An dieser irrtümlichen Wertung der Ideologie ist zweifellos die mechanistische Auffassung der Doktrin des historischen Materialismus schuld, die das Bewußtsein, den Willen, die Bestrebungen der Menschen von dem Wirtschaftsfaktor losreißt.

Der Rolle der Minderheit in dem historischen Prozeß widmet Hermann Duncker den Artikel die „Minorität in demokratischer und revolutionärer Beleuchtung."

Wo haben wir, sagt der Verfasser, in der Weltgeschichte jemals eine bewußte Aktion der Mehrheit gehabt? Alle historischen Aktionen und selbst breiteste Massenbewegungen sind doch nur der Initiative von Minoritäten entsprungen.

Seit dem Entstehen des klassenscheidenden Privateigentums waren die politischen Maßnahmen der herrschenden Klasse natürlich Aktionen einer Minderheit, denn die Herren waren stets eine verschwindende Minderheit.

Das alles haben unsere Gegner, die Ritter der „demokratischen Mehrheit", vergessen, oder sie geben sich den Anschein, als ob sie es vergessen hätten.

Außer den obenangeführten Artikeln sind in den erwähnten Heften der „Kommunistischen Rundschau" noch folgende Artikel erschienen:

Nr. 2. Walter Stoecker „Die Kommunisten und wir".
Curt Geyer, „Trotzki gegen Kautsky".
Bertha Braunthal, „Die Frauen vor der Entscheidung".

Nr. 3. Walter Stoecker „Die Kommunisten und wir".
Politikus, „Der Frieden von Riga".

Wolfgang Bartels, „Der Kultus der Gewalt".
Willi Elberfeld, „Der Kampf um die Jugend".
Nr. 4. M. Philipps Price, „Der Bergarbeiterstreik in England".
Politikus, „Die Menschewisten in Rußland".
Wilhelm Koenen, „Der Rätekongreß".

* *
*

Kommunismus. II. Jahrg. Heft 1/2 Wien, 15. Januar 1921.

Der 15. Januar ist der Tag, an dem der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verübt wurde. Das vorliegende Heft der Zeitschrift bringt daher in erster Reihe zwei Artikel, die dem Gedenken und der Einschätzung dieser Kämpfer und Märtyrer der kommunistischen Revolution gewidmet sind.

Der Artikel George Lukasz' „Rosa Luxemburg als Marxistin" behandelt die theoretische Bedeutung dieser hervorragenden Kämpferin für das kommunistische Ideal.

Der Verfasser verweilt namentlich bei dem Hauptwerk Rosa Luxemburgs „Die Akkumulation des Kapitals", das methodologisch sowie in seinen praktischen Schlußfolgerungen von einer einzigen Idee durchdrungen ist, der Idee des revolutionären Marxismus, der Einheit von Theorie und Praxis, wie sie noch Marx in seinen Thesen über Feuerbach verlangt hatte.

Dementsprechend ist die Partei in den Augen Rosa Luxemburgs keine bloße Form der Organisation des Proletariats, sondern vielmehr „die Trägerin des Klassenbewußtseins des Proletariats, das Gewissen seiner geschichtlichen Sendung".

Rosa Luxemburgs klarer theoretischer Verstand, ihr erhabenes ethisches Gefühl ließen sie verstehen, daß „das Klassenbewußtsein die Ethik des Proletariats ist, die Einheit seiner Theorie und seiner Praxis, der Punkt, wo die ökonomische Notwendigkeit seines Befreiungskampfes dialektisch in Freiheit umschlägt . . . Denn die Kraft der Partei ist eine moralische".

Den ewig jungen Karl Liebknecht zog es zur Jugend hin. Dort, in der von Enthusiasmus erfüllten Atmosphäre hoffte er auf eine begeisterte Aufnahme seiner kraftvollen Aufrufe zur Errichtung eines neuen, lichteren Lebens. Und er fand sie auch. In seinem Artikel „Karl Liebknecht und die Jugend" gibt Johann Lekai eine richtige Einschätzung Karl Liebknechts.

Liebknechts Leben war ein wahres Symbol einer Generation, der das Schicksal die heilige Pflicht auferlegt hat, sich für die Zukunft zu opfern.

Liebknecht verkörperte dieses Symbol durch seinen Tod.

In demselben Heft finden wir den Anfang eines langen Artikels von Henriette Roland-Holst, betitelt „Die Aufgabe der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution".

Paul Frölich weist in seinem Artikel „Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands" darauf hin, daß die endgültige, volle Verschmelzung der zusammengeschlossenen Teile nur im Prozeß allgemeiner großer revolutionärer Taten geschehen könne. „Gemeinsame Opfer, gemeinsame Wunden, gemeinsame Erfolge — heißt es im Artikel — werden das Metall flüssig machen, werden die Schlacken ausscheiden und aus der Partei eine starke Waffe schmieden".

Das Schwergewicht der Parteitagsdebatten lag bei den praktischen Aufgaben, namentlich bei der Gewerkschaftsfrage und dem Arbeitslosenproblem". In bezug auf die Gewerkschaften besteht die Aufgabe der Partei nicht darin, die Gewerkschaften zu spalten, sondern sie zu durchdringen, sie mit ihren Bestrebungen zu durchtränken.

„Hier aber, wie in der Arbeitslosenfrage, kam der Wille zur Tat, das Bestreben, jede Bewegung voranzutreiben, die Konflikte zu steigern und Kämpfe auszulösen, zum Ausdruck.

„Die Atmosphäre in Deutschland" — so schließt der Verfasser seinen Artikel — „ist mit Elektrizität" geschwangert.

„Aktivität! Das ist die Parole".

Das Heft enthält ferner die folgenden Artikel:

1. St. Sz., Der Kampf um Oberschlesien.
2. G. Z., Die Krise in der Italienischen Sozialistischen Partei.
3. Jakob Herzog. Politisches und Wirtschaftliches aus der Schweiz.

* * *

In Heft 3/4 des „Kommunismus" vom 1. Februar 1921 finden wir einen Artikel von J. L., betitelt „Der wirtschaftliche Zusammenbruch der ungarischen Gegenrevolution".

Die Führer der ungarischen Sozialdemokratie — sagt der Verfasser — beschränkten sich nicht darauf, den sterbenden Löwen, die proletarische Diktatur, nach Kräften anzuspeien, sie predigten den Arbeitern die Rückkehr zu „normalen" Zu-

ständen, beschworen sie, alle Kräfte der Wiederherstellung der „freien" Wirtschaft zu widmen.

Alle besitzenden Klassen, vom Kleinbauer, Handwerker und Krämer bis zum Feudalherrn, die Industrie- und Handelsbourgeoisie waren selbstverständlich für dieses Ideal begeistert.

Wie nutzte die gegenrevolutionäre Macht diese ihre günstige Lage aus? Worin äußerte sich ihre „schöpferische" Arbeit?

In der Wirtschaftspolitik zeigte sie sich unsicher und unentschlossen. Sie wagte es nicht einmal, den freien Handel uneingeschränkt wiederherzustellen. Der freie Getreidehandel wurde bald gestattet, bald wieder verwehrt, ebenso die private Ausfuhr. Es wurden feste Preise eingeführt. Bald drohten die Behörden den Getreideproduzenten, bald appellierten sie an die patriotischen und christlichen Gefühle der Besitzenden. Alles umsonst.

Zugleich hat die Gegenrevolution nicht verstanden, die großen Massen der bäuerlichen Kleinbesitzer für sich zu gewinnen. Ihre „Agrarreform" verfolgt vor allem das Ziel, die Interessen der 870 Großgrundbesitzer zu schützen, die über ein Drittel des Ackerlandes Ungarns verfügen.

Das gänzliche Fehlen eines bestimmten Wirtschaftsplans, eines Finanzplans (das Defizit erreicht 15 Milliarden), der Niedergang der landwirtschaftlichen Kultur in diesem vorwiegend agrarischen Lande dies alles bestätigt die Schlußfolgerung des Verfassers, daß „die ungarische Reaktion einen wirtschaftlichen Bankerott erlitten hat".

Es konnte auch nicht anders kommen, denn die Reaktion verfolgte keinerlei Politik; sie kannte nur einen Beweggrund — die Rache.

Von Interesse ist ferner durch seine zahlenmäßigen Angaben der kurze Artikel von A. B. Soep (Holland): Der „Wiederaufbau Belgiens".

Das erwähnte Heft enthält ferner:

1. Henriette Roland-Holst: Die Aufgabe der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. (Fortsetzung).

2. K. S.: Der Dezemberstreik in der Tschechoslowakei.

* * *

Bulletin Communiste. Organ des Komitees der Dritten Internationale.

Im „Bulletin Communiste" (Nr. 3 vom 20. Januar 1921) bringt Varine einen Artikel: „Kommunistischer Geist".

Er weist darauf hin, daß die Französische Vereinigte Partei immer Schwäche, Wankelmütigkeit, Mißtrauen ihrer eigenen Kraft gegenüber gezeigt habe, sie habe weder politisches Gefühl noch Entschlossenheit besessen. Kompromißlertum und Kultus des Parlamentarismus sind so tief in die alte Partei eingedrungen, daß sie sogar in den kritischsten Momenten ihrer Existenz ihre Losungen bei Poincaré entlehnte.

Aber der Geist des Kommunismus, der von dem unauslöschlichen Haß gegen die bürgerlichen Mörder der 20 Millionen junger, blühender Leben ausgeht, dringt auch in die alte Partei ein. Er bringt das klare Bewußtsein der wirtschaftlichen Realitäten, das Verständnis der Grundsätze, die durch Erfahrung erprobt und bereichert sind, und dadurch auch das richtige politische Gefühl mit.

Jetzt, nach dem Kongreß von Tours, ist es nötig, die Partei so schnell wie möglich zu reorganisieren. Besonders muß dagegen angekämpft werden, daß in die Partei selbstsüchtige Elemente, die sich nur von persönlichen Motiven leiten lassen, eindringen.

Nicht nach einer hohen Mitgliederzahl muß man in erster Linie streben, sondern nach ihrer Qualität. „Es war nicht die Stärke unserer alten französischen Partei, — fährt Varine fort — daß sie 180 000 Mitglieder zählte, sondern ihre Schwäche." Denn es hat ja nur der vierte Teil an der Entscheidung einer so tiefbedeutenden Frage, wie sie der Eintritt in die Kommunistische Internationale bedeutet, teilgenommen. Und k a u m d e r h u n d e r t s t e T e i l bildete die Zelle der aktiven, tätigen, wahrhaft ergebenen Parteiarbeiter . . . Die sozialistische Erziehung der Massen interessierte in Wahrheit die Partei nicht.

Der Partei liegt die Leitung der breiten Bewegung der aufständischen Massen ob, und leiten kann nur eine Partei, die sich der Interessen des Proletariats bewußt und deren Ergebenheit der Klasse der Ausgebeuteten gegenüber erprobt ist. Daraus ergibt sich nur das eine: die Partei muß von den zweifelhaften Elementen gereinigt werden.

Aber „die normale Entwicklung der Partei — schließt Varine seinen Artikel — kann nur unter der Bedingung gesichert werden, daß ihren Reihen die revolutionären Syndikalisten zuströmen, die ihr reines Blut, das die Partei so nötig hat, auf sie übertragen. Anderseits werden die revolutionären Syndikalisten durch die von der Partei gewonnene politische Erfahrung gewinnen".

In derselben Nummer werden außerdem noch folgende Artikel gebracht:

1. L. Trotzki, „Karl Kautsky und seine Schule".
2. I. Marchlewsky (Karsky), „Dem Gedächtnis Rosa Luxemburgs und Leon Tyschko's (Jogliches). Persönliche Erinnerungen.
3. Eden und Cèdar Paul, „Der Aktionsrat".

Polen.

„Czerwony Sztandar" („Rote Fahne") wird von der von der Polnischen Sozialistischen Partei abgespalteten Kommunistischen Partei Oberschlesiens herausgegeben. Nr. 1 erschien am 8. Oktober 1920. Erscheint zweimal wöchentlich.

* * *

Der „Kommunar" — monatlich erscheinendes Organ des Gouvernementskomitees von Altai der Russischen Komunistischen Partei Nr. 1 (Barnaul. 1921).

Das weitentfernte Sibirien tritt auf den Weg des kommunistischen Aufbaus, nachdem es das weißgardistische Joch abgeworfen hat.

Davon legt die erste Nummer des Altaier „Kommunar" anschaulich Zeugnis ab.

Der Artikel des Genossen W. Aristow „Zur Befestigung der Partei" berührt die Grundfrage über „die qualitative Verwässerung des Bestandes der Parteiorganisationen". „Man muß dem rechtzeitig vorbeugen", sagt der Verfasser. Aber dazu muß „eine weitgehende Propaganda innerhalb der Partei" geführt werden. Weiter müssen die Parteizentren mit den lokalen Organisationen verbunden werden. Eines der wichtigsten Bindeglieder dieser Beziehungen ist der Kader der Rayon-Instruktoren. Jeder verantwortliche Arbeiter muß die Unterhaltung der Verbindung mit irgend einem Rayon übernehmen. Das Ziel der Propaganda muß die Erziehung neuer, von dem revolutionären Aufschwung mitgerissene Genossen zu standhaften beharrlichen Marxisten sein.

Der Verfasser vergißt nicht, daß in Sibirien der Boden ungünstig ist, denn es gibt dort kein reines Proletariat. Aber der Weg der Revolution ist so klar, daß auch das Halbproletariat und die Bauernschaft ihn beschreiten werden. Und in richti-

ger Erkenntnis schließt der Verfasser: „Ohne einen festen, starken, überzeugten Kern der Partei ist kein Sowjet, kein Wirtschafts- und kein revolutionärer Aufbau möglich".

Der folgende Artikel des Genossen T. Dmitriew ist der Frage des „Partisanentums und der Konterrevolution" gewidmet. Der Verfasser weist darauf hin, daß das Partisanentum seit der Errichtung der Sowjetordnung in Sibirien seine Rolle zu Ende gespielt hat, daß es jetzt nur noch die Sache des kommunistischen Aufbaus aufhalten kann und nur Wasser auf die Mühle der Konterrevolutionäre gießt.

Der Versorgungsfrage ist der Artikel des Genossen P. Kanzeljarski: „Vergeßt nicht die Lebensmittelfront!" gewidmet.

Das vielseitige Leben von Sowjetsibirien widerzuspiegeln, den möglichst geraden und schmerzlosen Weg zum kommenden Reich des Kommunismus aufzuzeigen, — das ist die Aufgabe des Altaier „Kommunars".

Wir wünschen unserem jungen Mitgenossen Erfolg.

„T i d e n". Tidskrift för socialistik kritik och politik. Utgiven av Sverges socialdemokratiska Arbetarparti. Redaktion Gustav Möller. 1920, Nr. 7—8 (November—Dezember).

(„Die Zeit". Zeitschrift für sozialistische Kritik und Politik. Herausgegeben von der Schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Redakteur Gustav Möller).

In dem Artikel „Die Aussichten der Weltrevolution", der für das Organ der Anhänger Brantings bezeichnend ist, schreibt G u s t a v M ö l l e r: „Eine Weltrevolution oder auch nur eine neue Revolution in Zentraleuropa könnte für die leidende Arbeiterklasse keine besseren Verhältnisse schaffen; es ist im Gegenteil wahrscheinlicher, daß dies einen Zusammenbruch aller Kultur bedeuten würde."

Eine Analyse der Lage Deutschlands, wo der Weltbrand sich zuerst entzünden könnte, führt den Wächter der bürgerlichen Kultur zu der für die herrschenden Klassen beruhigenden Schlußfolgerung, daß sie von seiten der deutschen Arbeiterschaft keine revolutionäre Initiative zu befürchten hätten. Möller wendet sich daher an die Bourgeoisie der Entente und Deutschlands und fordert sie auf, das Proletariat, das nach friedlicher Entwicklung lechzt, nicht durch übermäßige Gewinnsucht (der Ententebourgeoisie) und Versuche der Wiederaufrichtung der Monarchie (in Deutschland) zu provozieren.

N. S t r a n n i k o w gibt in seinem Artikel über „Lenins Konzessionen" seiner Unzufriedenheit mit der kurzen Formel

Ph. Snowdens und Konsorten Ausdruck und äußert die Ansicht, daß sich hier der Bankerott und die Kapitulation der Sowjetmacht zeige. Die Sowjetmacht sei vor das Problem gestellt, sich zur Wiederherstellung des Wirtschaftslebens Rußlands entweder an die qualifizierten Proletarier Europas wenden zu müssen, die gewillt sind, ihr Vaterland zu verlassen, oder an die Kapitalisten. Er wirft der Sowjetrepublik vor, daß sie mit der Verteilung der Konzessionen den letzteren Weg eingeschlagen habe.

In dem Artikel „Osteuropas politische Entwicklung" sagt Miroslaw Sichinski, gestützt auf die Autorität Otto Bauers, einen baldigen Zusammenbruch der bolschewistischen Macht voraus. Es fällt ihm jedoch schwer, zu weissagen, wem das „Erbe" zufallen wird.

* * *

Vom Zentralkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale wird in verschiedenen Sprachen eine Serie von Flugschriften herausgegeben, die im „Internationalen Jugendverlag" in Berlin gedruckt werden. Vorläufig sind folgende Broschüren in französischer Sprache erschienen:

Nr. 1. Arrachez les poteaux-frontières! (Nieder mit den Grenzpfählen!). 2. Auflage.

Nr. 2. Wilhelm Münzenberg. Notre programme (Unser Programm).

Nr. 3. G. Sinowjew. A la jeunesse paysanne et ouvrière. (An die Bauern- und Arbeiterjugend.)

Nr. 4. La jeunesse prolétarienne socialiste d'Allemagne et l'Internationale Communiste (Die proletarische sozialistische Jugend Deutschlands und die Kommunistische Internationale).

Nr. 5. Bernhard Ziegler. Qu'est—ce que nous apprend la jeunesse ouvrière russe? (Was die russische Arbeiterjugend uns lehrt?)

Nr. 6. La fédération de la jeunesse ouvrière socialiste d'Autriche et l'Internationale Communiste des Jeunes (Der Bund der sozialistischen Arbeiterjugend Oesterreichs und die Kommunistische Jugendinternationale.)

Nr. 7. Une année d'Internationale Communiste des Jeunes. (Ein Jahr Arbeit der Kommunistischen Jugendinternationale.)

„Left Wing" Communism. An Infantile Disease, by Nikolai Lenin. Verlag der Communist Party of

Great Britain, 21-a, Maiden Lane, London W. C. 2. Price Two Shillings.

Wir haben hier eine sorgfältige Uebersetzung der bekannten Broschüre des Gen. Lenin „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" vor uns. Das Büchlein enthält die Artikel: „Die Spaltung in der Kommunistischen Partei Deutschlands", „Die Kommunisten und die Unabhängigen in Deutschland", „Turati und Konsorten in Italien", „Falsche Schlußfolgerungen aus richtigen Prämissen, sowie Briefe des Vertreters der holländischen Delegation auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Genossen D. Wynkoop.

Bolshevik Russia, by G. E. Raine in collaboration with Edouard Luboff. Verlag Nisbeut & Co., Ltd., 23, Berners Street, London. W. I, 1920.

Dieses neue Buch enthält alte, abgedroschene Ausfälle gegen die Bolschewiki, in deren Programm und Taktik die Verfasser nicht nur für Rußland, sondern für die ganze Welt eine Gefahr sehen. Die Verfasser empfehlen dem englischen Publikum daher, „die russische Revolution in allen ihren Folgen und Einzelheiten gründlich zu studieren" und den Kommunismus nicht mehr fälschlich Bolschewismus zu nennen, denn: „bei dem Zusammenbruche der russischen Revolution werden unsere englischen Sozialisten ihren alten Text weiter ableiern, daß noch ein . . . ismus gestorben sei. Tatsächlich aber ist dem nicht so. Der marxistische Sozialismus hat Rußland an der Gurgel gepackt; bewährt er sich nicht unter Lenin, so müssen wir eben den Marx'schen Sozialismus verdammen". (S. 9.)

Trotzdem die Verfasser sich über die neue soziale Lebensordnung, den „roten Terror" empören und sich darüber ereifern, daß die Sowjetmacht den Arbeitern „keinerlei Rechte" zuerkenne, müssen sie doch zugeben, daß Rußland ein Land unermeßlicher Naturreichtümer ist und für die Zukunft glänzendere Entwicklungsaussichten, als irgend ein anderes Land der Welt hat". (S. 103.) Das ganze Unglück ist, „daß der Bolschewismus, der 1917 durchaus pazifistisch war, heute militaristisch und kraß aggressiv ist. Hierin liegt die überaus große Gefahr für die Zivilisation des Westens . . . Lenin strebt wissentlich danach, mit Hilfe des organisierten russischen Proletariats die Befreiung der ganzen Welt zu erzielen" . . . (S. 154 bis 156).

Die Verfasser, die Martow, Axelrod, Longuet, Turati u. a. in Schutz nehmen, verschonen natürlich auch die Kommuni-

stische Internationale nicht. Dennoch erkennen sie an, daß die Moskauer Internationale eine große Kraft ist. „Sie betätigt sich auf das eifrigste. Sie arbeitet heute in den Bergwerken, Fabriken und Werkstätten Englands . . . sie besitzt überaus zahlreiche Agenten". (S. 156.)

Pioneers of the Russian Revolution, by Dr. Angelo C. Rappoport. Verlag Stanley, Paul & Co., 31, Essex Street, Strand, W. C. 2, London, 1918.

Dieses Buch, das gleichzeitig in England und Amerika (Verlag Bretano, Newyork) erschien, hat, zum mindesten in Amerika, viel zur richtigen Einschätzung der geschichtlichen Voraussetzungen der russischen Revolution beigetragen und die irrigen oder absichtlich entstellten Auffassungen des Charakters der russischen Revolution zerstreut. Der Verfasser, der mit der allgemeinen und revolutionären Geschichte Rußlands gut bekannt ist, widerlegt die in Amerika und England weit verbreitete Ansicht, daß die russische Revolution durch deutsches Ränkespiel hervorgerufen sei.

Der Verfasser zeigt mit Verständnis und Sympathie alle Aeußerungen des „Geistes des Aufruhrs" in der russischen Geschichte auf; die Bewegungen des letzten Jahrhunderts, die Dekabristen, die „Land und Freiheit" - Bewegung, die „Volksfreiheits"bewegung, die „Schwarze Umparzellierung" usw. behandelt er eingehender. Nebenbei bringt er eine Charakteristik der hervorragenden russischen Revolutionäre. Außerdem widmet der Verfasser zwei Kapitel den „Literaten, Philosophen und Soziologen", behandelt die Hauptströmungen in der russischen Literatur und Gedankenwelt und erklärt ihre Bedeutung für den Entwicklungsgang der Revolution.

In den Schlußkapiteln erwähnt Rappoport die Lage der nichtrussischen Nationalitäten, hauptsächlich der Juden im zaristischen Rußland und schildert ihren Einfluß auf den Gang der Revolution. Er hält es für ganz natürlich, daß die Nichtrussen eine bedeutende Rolle in der Freiheitsbewegung Rußlands gespielt und an dem Sturz des Zarismus tätigen Anteil genommen haben. Da der Verfasser aber „weder Kollektivist noch Sozialist" ist, so wirft er die Behauptung auf, daß „der Internationalismus der bis zum logischen Ende geführte Sozialismus" sei . . . „Vom logischen Standpunkte aus kann ich nicht begreifen, wie man gleichzeitig Sozialist und Nationalist sein, d. h. zum Internationalismus in Opposition stehen kann." (S. 27—28).

Ueber die Februar- und Oktoberrevolutionen 1917 spricht der Verfasser nur flüchtig.

Dem Text ist eine Bücherschau der bedeutendsten Werke in russischer, deutscher und französischer Sprache über die russische Revolution und ihre Vorkämpfer beigefügt. Das Buch enthält Bildnisse der Helden der Revolution und der russischen Staatsmänner aus der Zeit der Zarenherrschaft.

Viator. Die internationale Lage Rußlands. Rußland und Deutschland. 1918. Genossenschaftsbuchdruckerei, Basel.

Der Verfasser behandelt die einander widersprechenden kapitalistischen Interessen in der russischen Frage. Er zeichnet in allgemeinen Umrissen die Politik des proletarischen Staates, der sich in den Klauen zweier miteinander wetteifernder imperialistischer Gruppen befindet. Obgleich die Broschüre vor der deutschen Revolution und der Veränderung der internationalen Lage zugunsten der Entente geschrieben ist, hat sie ihr Interesse bis heute nicht verloren.

* * *

Felix Stössinger und Karl Holtz. „Das System Noske". Eine politische und satyrische Abrechnung, 1920. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung. Berlin C., Breitestraße 8—9.

In einer Reihe geistreicher, scharf umrissener Karikaturen werden hier die sozialverräterische Politik der deutschen Sozialdemokratie, die Liebedienerei Noskes vor den deutschen Junkern und der Offizierschaft, die gesamte Lüge der „Demokratie" und der „republikanischen Freiheit" dargestellt.

Josef Halmi: Das schwarze Buch über Kecskemét. Mit einem Vorwort von Andor Gábor Wien, 1920. Verlagsgenossenschaft „Neue Erde" Wien VII, Mariahilferstraße 74 a, III/19.

Das Buch von Halmi ist ein kostbarer Beitrag zur Geschichte der „Zivilisation". Der Verfasser macht uns mit einer blutigen Episode aus Horthys Reich bekannt: der Bartholomäusnacht von Kecskemét im November 1919. Auf Grund von Dokumenten und Auszügen aus ungarischen Zeitungen malt der Verfasser alle Schrecken des weißgardistischen Terrors aus: abscheuliche Räubereien, Erpressungen, raffinierte Vergewaltigungen der Frauen, sadistische Mißhandlungen der Männer, allerhand grausame Foltern und endlich qualvoller Tod der unglücklichen Opfer der Offiziersgelage. Dieses Blutbad, das nur „ein einziger Tropfen in dem entsetzlichen Blutmeer" ist, das das niedergeworfene Sowjetungarn überschwemmt hat, ge-

schah unter der offenen Teilnahme des Admirals Horthy selbst und mit voller Uebereinstimmung der Ententemächte. Die Vertreter der letzteren haben nicht einen einzigen energischen Protest gegen diese abscheulichen Grausamkeiten erhoben.

Interessant ist die Bemerkung Gábors im Vorwort, daß der größte Teil der in Kecskemét zu Tode gemarterten zweihundert Menschen, obwohl sie der Teilnahme an der Kommune beschuldigt wurden, in Wirklichkeit zu ihr gar keine Beziehungen hatte. Das Vorwiegen der Großbauern in den schwarzen Banden des Oberleutnants Héjjas und der bedeutende Prozentsatz begüterter Juden und besitzender Städter unter den Opfern des Weißgardistentums deuten auf einen zweifachen Charakter des wütenden Terrors hin. Er entpuppt sich vor uns nicht nur als Aeußerung der Rache des Kapitals an der Diktatur des Proletariats, sondern nimmt die Form eines erbitterten Klassenkampfes der Landmagnaten gegen die städtische Industrie und den städtischen Handel an. Den Feudalherren erschienen die Juden immer als die typischsten Vertreter des letzteren. Hier zeigt sich vor uns die sozialökonomische Grundlage des magyarischen Antisemitismus. Dies ist auch der Grund der Opposition der ungarischen Bourgeoisie gegen den Terror.

Italien.

1. G r a z i a d e i. La guerra mondiale ed il socialismo communista. Mailand. Biblioteca Avanti, 1920. — 80 c.
(Der Weltkrieg und der Kommunistische Sozialismus.)

2. N u t i. L'esercito del Lavoro (mobilitazione del Lavoro nella Russia dei Soviet) Lire 1.30 (Die Arbeitsarmee in Rußland).

Ungarn.

Die Grundsätze der Kommunistischen Internationale.
1. Lieferung der kommunistischen Bibliothek. Verlag der Kommunistischen Jugend Ungarns, Wien (6000 Exemplare).

Schweden.

1. L a n d a r b e t a r e n" ist ein neues Organ des schwedischen Landarbeiterverbandes, dessen erstes Heft soeben erschienen ist.

2. Den kapitalistiska Varlden och III Internationalen. Frams förl., Stockholm, 1920.

(Die kapitalistische Welt und die III. Internationale). Das Werk, das 200 Seiten umfaßt, enthält verschiedene Leitsätze mit einer Einleitung von O. Grimlund. Preis Kr. 3.25.

3. Den communistiska Internationalen. Skandinaviska Upplagen Nr. 1, Frams förl., Stockholm, 1920. Preis Kr. 4.

In dem Buch sind einige Artikel aus Nr. 12 der „Kommunistischen Internationale" nachgedruckt.

4. Karl Kilbom, Revolutionär fackföreningsrörelsa. Frams förl., Preis Kr. —.50.

(Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung.)

5. Jalmar Viksten, Hemmaboljsevikerha och soldaterna. Frams förl. St. 1919. Preis Kr. —.15 (Unsere Bolschewiki und die Soldaten).

* *
*

1. A. Pannekoek, Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik des Kommunismus.

Der Verfasser sieht in der russischen Revolution den Anfang der Revolution Asiens gegen das westeuropäische Kapital. Mit dem Uebergang zur kommunistischen Produktionsweise werden Rußland und Asien seiner Ansicht nach zum Mittelpunkt der Welt werden. Er polemisiert mit Radek und verteidigt die Stellung derjenigen, die gegen die Beteiligung der Kommunisten an den Parlamentswahlen sind.

2. Ernst Drahn. Engels-Brevier.

Das Buch enthält Zitate aus den Werken Engels, die dem Leser die Vielseitigkeit seiner Begabung, seiner Interessen und schöpferischen Tätigkeit vor Augen führen. Als Anlage bringt der Verfasser eine Lebensbeschreibung und Charakteristik von Engels und Marx.

3. Ernst Drahn. Marx-Bibliographie. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Charlottenburg 1920.

Ein chronologisches Hilfsbuch zur Biographie und Bibliographie von Marx. 60 Seiten.

4. Josef Krasny. Zum Jahrestag der Kommunistischen Revolution in Rußland. 3 Kr.

5. A. Pannekoek. Bolschewismus und Demokratie. Kr. —.30.

6. Revolution from 1789 to 1906, by R. W. Postgate, Verlag Grant Richards. The Bolshevik Theory, erschienen im selben Verlag, 1921.

Das erste der beiden Werke behandelt die „sozialistischen und kommunistischen Bewegungen in den Revolutionen Europas im Lauf der letzten 117 Jahre". Es enthält Dokumente aus der französischen Revolution, der Chartistenbewegung, der Revolution von 1848, aus dem Leben der Ersten Internationale, der Pariser Kommune, der russischen Revolution usw.

Das zweite Buch gibt eine Erklärung des Bolschewismus vom kommunistischen Standpunkt aus.

* * *

The Crisis in Russia, by Arthur Ransome, Verlag George Allen and Union, London 1921.

Ransome, dessen „Six Weeks in Russia" seinerzeit großes Aufsehen erregte, veröffentlicht nun ein zweites Werk über das revolutionäre Rußland. Der Londoner „Communist" schreibt diesbezüglich: „Dieses Buch gleicht einer Nuß. Die inneren Kapitel . . . sind recht gut, das Material, das sie umgibt, ist aber unverdaulich". Wenn der Leser von diesem Standpunkt aus an das Werk herantritt, so wird er sehen, daß „es gut ist . . und um mehr bitten". Das Buch enthält unter anderem Kapitel über die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsausschüsse, die „Samstagsarbeiten", die Arbeitsmobilisation, die Propagandazüge usw.

Women in Trade Unions, by the Labour Research Departement, Verlag George Allen and Union, London, 1921.

Eine geschichtliche Uebersicht der „Beteiligung der Frauen an der Gewerkschaftsbewegung von den ersten Vereinigungsversuchen der Arbeiter zu Beginn des vorigen Jahrhunderts bis zur kritischen Periode" des Krieges von 1914. Das Buch enthält unter anderem die Statuten und Programme der bedeutendsten Frauenorganisationen und beschreibt die gegenwärtige Stellung der Frau in jedem einzelnen Industriezweig. Fragen wie: „Die Stellung der Frau in der Industrie", „Die Vorurteile der Gewerkschaft gegen die Arbeit der Frauen", „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" werden in besonderen Kapiteln behandelt.

* * *

Trade Unions in Soviet Russia. A collection of Russian Trade Union documents, compiled by the I. L. P. Information Commitee and the International Section of the Labour

Research Departement, — The Rand School of Social Science, Newyork, 1921.

Wie „The Call Magazine" (vom 13. Februar d. J.) berichtet, enthält das Werk die Geschichte der russischen Gewerkschaften nach der Darstellung des Genossen Losowski, einen Bericht über den III. Gewerkschaftskongreß in Rußland, die Rede des Genossen Lenin auf diesem Kongreß, Berichte der einzelnen Gewerkschaften, usw.

The Life and Teaching of Karl Marx, by Max Beer, National Labour Preß, London, 1921.

Wie „The Workers Dreadnought" (vom 5. März) versichert, ist dieses Buch angetan, „Marx und seine Lehre den Herzen seiner Jünger näherzubringen."

Soviet Russia, — eine Wochenschrift — Official Organ of the Russian Soviet Government Bureau, New-York, 25. Dezember 1920. (Vol. III. Nr. 26); 1, 8, 15, 22, 29. Januar 1921. (Vol. IV, Nr. 1, 2, 3, 4, 5); 5, 12, 19. Februar (Vol. IV, Nr. 6, 7, 8).

Bis zur Ausweisung des Genossen Martens, des Vertreters Sowjetrußlands, aus den Vereinigten Staaten, war die Wochenschrift, „Soviet Russia" das offizielle Organ der Vertretung. Nach seiner Ausweisung ging die Zeitschrift in die Hände von Privatpersonen über und ist nun eine „Wochenschrift zur Information". Die oben erwähnten Hefte enthalten Berichte und Reden der Genossen Lenin, Trotzki, Radek u. a., offizielle Mitteilungen und Telegramme über die Aufbauarbeit in Sowjetrußland, über den Handel mit dem Westen, über die Friedensverhandlungen mit Polen usw. Außerdem Artikel von Ausländern, die in Rußland leben oder es besucht haben, wie z. B. Mac Laine, Alfons Goldschmidt, M. Katz, John Clerk, Rosa Luxemburg u. a.

Von Zeit zu Zeit bringt das Organ auch Illustrationen: photographische Aufnahmen, Karikaturen, Plakate usw., die in Sowjetrußland oder in der ausländischen Presse erschienen sind.

Der Krach in der II. Internationale.

Der große Krieg von 1914—1918 ist ein Wendepunkt in der Weltgeschichte. Eine neue Geschichtsepoche, die die kapitalistische Aera der friedlichen Entwicklung, die Epoche der Evolution abschließt, eine neue Phase, eine Phase der Kriege und Erschütterungen, der revolutionären Stürme hat begonnen.

Der große Krieg von 1914—1918 hat das Uebergangsstadium von der alten zur neuen Welt angebahnt. Er hat die alten Lebensgewohnheiten bis auf die Fundamente zerstört und die Menschheit vor die unausweichliche Frage gestellt: entweder Untergang und Aussterben, oder — vorwärts zum Kommunismus.

Der Krieg hat das Tempo der historischen Entwicklung ungewöhnlich beschleunigt. Er hat den Fäulnisprozeß der alten Gesellschaft verstärkt und allgemein kenntlich gemacht.

Der Krieg war die Krisis der kapitalistischen Ordnung, von der sie sich nicht mehr erholen kann, um ihre Existenz unter den neuen Bedingungen fortzusetzen. Der Krieg hat gezeigt, daß der Imperialismus die letzte Entwicklungsstufe des Kapitalismus ist und daß letzterer — nach den Worten Marx — aus einem Förderer der Produktivkräfte zu deren „Fessel" wird.

Der Krieg hat die Gegensätze zwischen den Bedürfnissen der entwickelten Gesellschaft und ihrer kapitalistischen Form zum Ausdruck gebracht.

Die Weltkatastrophe war jedoch nicht nur die Krisis des Kapitalismus, sie hat auch zur Krisis des auf dem Boden der friedlichen kapitalistischen Entwicklung groß gewordenen Sozialismus, des reformistischen und opportunistischen Sozialismus der Epoche der II. Internationale geführt.

Diesem Problem ist auch das Buch des Genossen Sinowjew „Der Krieg und die Krisis des Sozialismus", dessen zwei Teile, die anfangs einzeln erschienen, nun, im Jahre 1920, in einem Bande vom Staatsverlag herausgegeben worden sind, gewidmet.

Das Buch ist in der Emigration in den Jahren 1915 bis 1916 geschrieben; das Vorwort des Verfassers ist vom 4. August 1916 datiert. In ihm spricht er ohne Umschweife vom Schiffbruch der 2. Internationale und konstatiert, daß es eine einige deutsche Sozialdemokratie nicht mehr gibt, daß Liebknecht und Scheidemann zwei verschiedene Parteien, noch mehr — zwei verschiedene Klassen darstellen, und daß die volle, endgültige und ausgesprochene Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie einen gewaltigen Nutzen der Bewegung nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern bringen wird. Früher oder später werden sich die Liebknechte aller Länder gegen die Scheidemänner aller Länder vereinigen und das neue Gebäude einer Kommunistischen Internationale aufbauen.

Diese Prophezeiung, die nach der richtigen Bemerkung des Verfassers „die Weiterentwicklung der schon im September 1914 vom Zentralkomitee der Partei der Bolschewiki aufgestellten Grundthesen" ist, hat sich glänzend bewahrheitet in den Jahren der Weltrevolution, die 1917 durch den siegreichen Aufstand des russischen Proletariats eingeleitet wurde.

Der erste Teil des Werkes des Genossen Sinowjew ist historischen Charakters. Er beginnt mit der Analyse zweier Kriegsepochen: der Epoche der nationalen Kriege, die mit der Großen Französischen Revolution begann und fast das

ganze 19. Jahrhundert ausfüllte, deren Resultat die nationale Vereinigung Italiens und Deutschlands war, ferner der imperialistischen Kriege des Ausgangs des 19. und des Anfangs des 20. Jahrhunderts.

Der historische Teil der Arbeit hat aber auch eine tiefe praktische Bedeutung, da die Anfänge des opportunistischen Sozialismus der Epoche der II. Internationale tief in die Geschichte zurückreichen. Nur nachdem man sich über seinen Ursprung und die Bedingungen, unter denen die Entwicklung der Sozialdemokratie vor sich ging, klar geworden ist, kann man die Gründe der Katastrophe von 1914 verstehen.

Der theoretische Grundfehler der Opportunisten der 2. Internationale bestand darin, daß sie die Eigenart der imperialistischen Epoche nicht bewerten konnten und an die neue historische Sachlage, wie sie sich am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts gebildet hatte, den Prüfstein legten, der nur für die Epoche der nationalen Kriege Geltung hatte. Die nationalen Kriege charakterisierten die Epoche der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus, seinen Siegeszug über den europäischen Kontinent, die Epoche, in der seinem Einfluß ein Land nach dem anderen unterlag.

Die Bildung nationaler Staaten, die Vereinigung der von derselben Nation bewohnten Territorien im Rahmen eines einigen Staates war das Bedürfnis des sich entwickelnden Kapitalismus, und wenn die herrschenden Klassen diese Tendenz auch durch Eisen und Blut verwirklichten, so änderte das nichts am progressiven Charakter der Entwicklungslinie selbst. Darum konnten Marx und Engels — nach dem Hinweis des Genossen Sinowjew — sowohl in den Jahren 1848, 1854 und 1859, als auch 1870 bis 1871 „Partei nehmen" für die eine Gruppe der europäischen Mächte gegen die andere.

Sie waren für die Unterstützung der gerechten nationalen Kriege in einer Epoche, als die Fragen der Bildung

von nationalen, geeinten kapitalistischen Staaten im Kampf gegen den Feudalismus, den Absolutismus und die Fremdherrschaft und der Eroberung der Macht durch die Bourgeoisie, des Sieges der Bourgeoisie über die Ueberreste des Feudalismus auf der Tagesordnung standen.

Marx und Engels sprachen sich für den Sieg der einen oder der anderen Bourgeoisie aus, indem sie davon ausgingen, daß der Sieg der betreffenden Bourgeoisie für die Demokratie und den Sozialismus vorteilhafter sein werde.

Bekanntlich haben die Sozialpatrioten aller Länder versucht, durch diese Taktik von Marx und Engels in der Epoche der nationalen Kriege ihren eigenen Verrat an den Interessen der Sache der Arbeiter in der Epoche der imperialistischen Kriege, die sich ihrer ganzen Natur nach von der vorhergehenden Epoche unterscheidet, zu rechtfertigen. Da Marx und Engels den Sieg der einen oder der anderen Bourgeoisie in der Epoche der Entwicklung der kapitalistischen Welt als Fortschritt anerkannten, so — sagten die Sozialpatrioten — müssen die Arbeiter ein halbes Jahrhundert später — in einer ganz anderen historischen Epoche, wo der Gang der sozialen Entwicklung die Frage der Eroberung der Gewalt durch das Proletariat, des Sieges der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie aufgestellt hat — sich ebenfalls für den Sieg der Bourgeoisie des einen oder des anderen Landes aussprechen und sich auf die Seite der einen oder der anderen Koalition stellen.

Genosse Sinowjew deckt das vollkommene Mißverstehen der Lehre von Marx seitens der Sozialchauvinisten auf, die seine revolutionäre Seele, seine Dialektik, diesen Grundzug des Marxismus, vergessen haben. Die von Grund aus erfolgte Veränderung in der historischen Lage am Anfang des 20. Jahrhunderts hat die wahren Schüler von Marx, die Erben des revolutionären Geistes seiner Lehre, zu neuer Untersuchung der Frage, die aus der Bewertung der neuen, veränderten historischen Situation hervorgeht, gezwungen.

Genosse Sinowjew unterzieht das Verhältnis von Marx und Engels zum Kriege von 1870—1871 einer ausführlichen Analyse und stellt die Versuche der Herren Tschernow und Plechanow, die den Briefwechsel von Marx und Engels zur Rechtfertigung der Position der Sozialpatrioten während des imperialistischen Krieges ausnutzen wollten, bloß.

Schon 1848 verteidigte Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung" die Idee eines Krieges des revolutionären Deutschlands gegen das alte Rußland.

1891 trat Engels in seinem Artikel „Sozialismus in Deutschland" gleichfalls als eifriger Prediger eines revolutionären Krieges Deutschlands gegen Rußland, gegen den russischen Absolutismus, auf.

Auf Grund dieser Auszüge glaubten die deutschen Sozialpatrioten den imperialistischen Krieg, den Wilhelm mit Hindenburg gegen die feindliche Koalition führte, zu rechtfertigen; — doch im Kriege von 1914 trat als Gegner des Zarismus nicht ein revolutionäres, sondern ein imperialistisches Deutschland auf.

Weiterhin unterzieht der Genosse Sinowjew die Frage des Angriffs- und Verteidigungskrieges, der g e r e c h t e n und der u n g e r e c h t e n Kriege einer Analyse. Er weist darauf hin, daß die Frage, ob der Krieg ein Angriffs- oder Verteidigungskrieg ist, im Hinblick darauf entschieden werden muß, wer den geschichtlichen Fortschritt vor dem Ueberfall der Vergewaltiger verteidigt, und unabhängig davon, welchem Staat der Krieg zuerst erklärt, welcher Staat als erster dem Ueberfall und dem Eindringen des feindlichen Heeres ausgesetzt worden ist.

Und wenn — bemerkt Genosse Sinowjew (Seite 108) — „der Kapitalismus im Vergleich zum Feudalismus ein historischer Fortschritt ist, so ist im Vergleich zum Kapitalismus nur der Sozialismus ein Fortschritt. Darum konnte in der Epoche der nationalen Kriege ein Verteidigungskrieg nur dann geführt werden, wenn eine nationale kapitalistische Einheit gegen eine feudale oder halbfeudale Zer-

splitterung verteidigt wurde". Darum kann in der Epoche der imperialistischen Kriege, die bei der größten Reife des Kapitalismus geführt werden, von der Führung eines Verteidigungskrieges nur dann die Rede sein, wenn hier oder dort ein entstandener sozialistischer Staat gegen kapitalistische Staaten verteidigt wird.

Indem der Genosse Sinowjew die imperialistische Politik der letzten Jahrzehnte analysiert, enthüllt er, daß das einzige Motiv der Kriege am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts nur die Interessen des Raubes und der Vergewaltigung von seiten der Bourgeoisie, der Kampf um die Teilung der Welt unter die Sklavenhalter, um die Besitzergreifung der Kolonien, um die alleinige Beherrschung des Weltmarkts war.

Genosse Sinowjew weist darauf hin, daß das Kriterium der Verteidigungskriege seine vollkommene Untauglichkeit in der Katastrophe von 1914—1918 bewiesen hat, da, um ihre Raubpolitik zu rechtfertigen — die Imperialisten aller Länder, die Regierungen aller Völker sich darauf beriefen, daß sie einen Verteidigungskrieg führen. Nicht genug — alle offiziellen sozialchauvinistischen Parteien versicherten, daß sie, und eben nur sie, einen Verteidigungskrieg führen. Deutsche, Franzosen, Engländer, alle behaupten, daß sie das Schwert zur Verteidigung des Vaterlandes erhoben haben.

Jetzt ist die Theorie der Verteidigungskriege für alle ehrlichen Sozialisten abgesetzt. Die Erfahrungen von 1914 bis 1918 haben sie begraben.

Die Idee der Vaterlandsverteidigung hat zur Vernichtung der Internationale geführt, zur schändlichen Katastrophe vom 4. August 1914, als die französischen und deutschen Sozialisten an ein und demselben Tage in ihren Parlamenten im Namen der Vaterlandsverteidigung für die Bewilligung der Kredite, für den „gerechten Verteidigungskrieg" stimmten.

Die auf den Ruinen der Zweiten aufgebaute Dritte

Internationale hat ein für allemal sowohl mit der Idee der nationalen Verteidigung, als auch mit der Verteidigung eines kapitalistischen Vaterlandes gebrochen. Das Proletariat kann nur ein sozialistisches Vaterland verteidigen. Die Arbeiterklasse darf und muß nur dann die Waffen zur Verteidigung erheben, wenn sie die Staatsmacht besitzt und ihre neue proletarische Macht aufgebaut hat. In allen anderen Fällen muß sie in der imperialistischen Epoche gegen einen Krieg sein; denn — bemerkt Genosse Sinowjew — ein gerechter Krieg ist zwischen imperialistischen Regierungen ebenso unmöglich, wie man sich vom Gesichtspunkt ehrlicher Menschen einen gerechten Raub und gerechten Kampf zwischen mehreren Räubern wegen der Teilung der geraubten Beute nicht vorstellen kann. Es gibt und es kann keinen gerechten Krieg zwischen großen imperialistischen Mächten, die eine gleiche imperialistische Politik verfolgen, geben; denn alle ihre Gruppierungen werden unter dem Zeichen des Imperialismus geboren, leben und wirken unter diesem.

Es ist wahr, in den Kriegen der jetzigen Epoche, in den imperialistischen Kriegen können auch nationale und rein dynastische Interessen eine Rolle spielen. Aber diese Rolle wird nur eine zufällige, eine episodische sein. In der Epoche der nationalen Kriege flochten sich, wie wir gesehen haben, auch Elemente einer anderen Ordnung ein. Aber im historischen Sinne können und müssen wir zwei verschiedene Epochen unterscheiden: die der nationalen und die der imperialistischen Kriege. Und wir müssen dessen eingedenk sein, daß die Vertreter des Imperialismus, die Vertreter des allmächtigen Finanzkapitals, sich immer bemühen werden, die imperialistischen Kriege vor den Augen des Volkes zu verschönern, sie werden sich bemühen, diese Raubzüge mit der Pflicht der nationalen Verteidigung zu verhüllen und zu rechtfertigen.

Die Imperialisten des 20. Jahrhunderts haben in ihrer Politik des Massenbetruges nicht wenig Vorläufer in der Geschichte.

Die regierenden Klassen haben seit jeher danach gestrebt, ihre Eroberungszüge, die sie aus ökonomischen Motiven unternahmen, mit einem dichten ideologischen Schleier zu verdecken.

Als im 4. Jahrhundert v. Chr. die regierenden Klassen Griechenlands die Unterjochung des Ostens, dieses nach dem Ausspruch des Rhetors Isokrates „reichen, prachtvollen Landes, wo wir Glück, behagliche Freiheit und Ueberfluß erlangen können", planten, begründeten sie die Notwendigkeit des Krieges aus den religiösen und moralischen Vorurteilen der Griechen. Isokrates wendet sich an den Herrscher Mazedoniens und sagt ihm, daß er durch den Sieg über Persien „das menschliche Geschlecht vom barbarischen Despotismus befreien und die Menschheit durch die hellenische Kultur beglücken werde".

Im 11. und 12. Jahrhundert riefen die Päpste unter dem Banner der Rückeroberung des Heiligen Landes aus der Gewalt der Mohammedaner die westliche Kriegerschaft zur Unterjochung des sündhaften und heidnischen Ostens, der die christliche Welt mit seinen Reichtümern lockte, auf.

Endlich, im 15. und 16. Jahrhundert, als das europäische Kapital den Weg nach Indien und Amerika gefunden hatte, als es die riesigen Reichtümer Ost- und Westindiens zu rauben begann, fand dieser Raub auch sein ideologisches Gewand in der Losung der Bekehrung der Heiden zum christlichen Glauben.

Der bekannte deutsche Gelehrte Heinrich Schurz schrieb in seiner „Geschichte der Urkultur" (St. Petersburg 1910, S. 294):

„Wenn man die Ereignisse mit den Augen der antiken Historiker betrachtet, so erscheint die Erde als Bühne, auf der mit hochtrabenden Bewegungen die Könige und Helden auftreten und miteinander kämpfen, das Volk aber zahlt nur und vergießt sein Blut, — obwohl es sich eigentlich um s e i n Wohl und Wehe handelt, und nur selten, an besonders

gelungenen Stellen wird es ihm gestattet, Beifall zu klatschen. Sogar dort, wo das leitende Motiv der allergewöhnlichste ökonomische Egoismus ist, liebt man sich hinter dem Schild des Idealismus zu verstecken. Die Portugiesen suchten den Weg ins reiche Indien und beschützten voll Eifersucht ihr Handelsmonopol mit diesem Lande und seine Ausbeutung; aber es erschien ihnen doch wünschenswert, die Welt glauben zu lassen, daß ihr Hauptziel der Kampf mit den Heiden sei. Und das ist nicht das einzige Beispiel solch einer klugen Scheinheiligkeit. Nur in der neusten Zeit lenkt der Geschichtsforscher den Blick von diesem betrügerischen Glanz ab und versucht den ökonomischen Untergrund des politischen und selbst des geistigen Lebens klarzustellen." (S. 294.)

Fast in keinem einzigen der zahlreichen Aufrufe, mit denen sich die Herrscher an die ausrückenden Armeen wenden, finden wir das Geständnis, daß der Krieg nur wegen irdischer Güter geführt werden soll. Wie schemenhaft der ideale Vorwand auch ist, nach ihm wird gegriffen, er wird mit allen Mitteln in den Vordergrund geschoben, und die leitenden Motive ökonomischen Charakters werden vertuscht — mit einem Wort, es wird vorgezogen, als Rächer und Erretter zu erscheinen, aber nur nicht als Räuber. Wenn aber trotz der kulturellen Scheinform die pure Habsucht zu klar durchblickt, wie z. B. im Opiumkriege der Engländer gegen China oder in ihrem Kriege mit den südafrikanischen Buren, so ruft das die allgemeine Entrüstung der Zuschauer hervor." (S. 297.)

Um diese Entrüstung zu vermeiden, brauchten die Imperialisten den Massenbetrug.

Da die religiösen Fetische in der jetzigen Zeit ihre Macht über die Geister eingebüßt haben, so hüten sich die regierenden Klassen, an diese niedrigste Form der Ideologie zu appellieren. Sie müssen ihre Gelüste, ihren „heiligen Egoismus" in zeitgemäßere Mäntel hüllen und sich darauf berufen, was Marx in einem seiner Briefe an

Kugelmann die neue Mythologie mit den Göttinnen des Rechts und der Gerechtigkeit nennt.

Die schwere Artillerie dieser Mythologie — die Errettung der Zivilisation und der Kultur vor den Barbaren, der Sieg des Rechts und der Gerechtigkeit — diese Schlagworte haben die herrschenden Klassen beider Koalitionen in der Zeit des imperialistischen Krieges benutzt.

Auf diese Mythologie stützten sich sowohl die Junker Deutschlands und Oesterreich - Ungarns, die sich berufen fühlten, die Kultur vor dem Sturm der Kosaken und des zarischen Despotismus zu retten, als auch die Bankiers Frankreichs, Englands und Amerikas, die das Schwert zur Rettung der Menschheit vor dem ihr drohenden Joch des deutschen Militarismus erhoben.

Diese Mythologie sollte die imperialistischen Kriege in den Augen der Massen rechtfertigen und ihr trostloses inneres Wesen verdecken.

Im zweiten Teil seines Werkes definiert Genosse Sinowjew auf Grund einer Analyse der ökonomischen und politischen Literatur den Imperialismus, diese höchste und letzte Stufe der Entwicklung des Kapitalismus, der die Menschheit in das Unheil des Weltkrieges gestürzt hat.

Er stellt den Unterschied zwischen der „alten" und der „neuen Kolonialpolitik" fest, wobei er — was wohl kaum richtig ist — den unterscheidenden Zug der ersteren darin sieht, daß „ihre Seele der Adel war". Es wäre richtiger, zu sagen, daß die Kolonialpolitik des 15. bis 16. und 17. Jahrhunderts vom Handelskapital geleitet wurde, während die Kolonialpolitik des 19. Jahrhunderts in den Händen des Industriekapitals lag und die des 20. Jahrhunderts ein Kind des Finanzkapitals ist.

Weiterhin spricht der Verfasser über die Teilung der Welt zwischen den imperialistischen Mächten am Vorabend des Weltkrieges, die Teilung, die im großen und ganzen bereits verwirklicht, aber noch nicht zu Ende geführt war.

Der Kampf um die Teilung der Kolonien und die Wiederverteilung der ganzen Welt war der Grund des Krieges. Richtiger gesagt: — es war nichts mehr zu teilen; man konnte nur die Kolonien und die zurückgebliebenen Länder Asiens und Afrikas von neuem aufteilen.

Der Kampf um die Kolonien war auch der Grund für die ununterbrochenen militärischen Konflikte zwischen den großen imperialistischen Mächten, die zu einer neuen Gruppierung der Großmächte führten.

Hier verfolgt Genosse Sinowjew die Geschichte der allergrößten Staatsgruppierungen — des Dreibundes und des Dreiverbandes — und stellt fest, daß diese beiden Kombinationen unter dem Stern des Imperialismus geboren sind. Nach seinen Worten war der Imperialismus sowohl die Geburtshelferin des Dreibundes, als auch die des Dreiverbandes.

Ein besonderes Kapitel ist dem Antagonismus zwischen den beiden großen Zentren des kapitalistischen Europas — England und Deutschland — deren industrielle Konkurrenz der Hauptgrund zum Weltkriege war, gewidmet. Die imperialistische Bourgeoisie Englands verfolgte dieselben räuberischen Kriegsziele wie die Industriemagnaten Deutschlands. Englands Bourgeoisie schnitt die Weltkarte nach ihrem Geschmack zurecht, sie entwickelte Annexionspläne für Länder, die unter der Herrschaft Oesterreichs und Preußens standen; aber auch ihr Gegner, der deutsche Imperialismus, stand an Zynismus seinen Feinden nicht nach. Wenn der Friede von Brest-Litowsk gezeigt hat, wohin die Reden über die Verteidigung der Zivilisation und des Fortschritts durch die deutschen Junker geführt haben, so haben die Verträge, die von der Entente in Versailles, Saint-Germain, Sèvres und Trianon den Besiegten diktiert worden sind, gezeigt, daß die Entente den Zentralmächten vollkommen ebenbürtig ist.

Der imperialistische Krieg kann mit keinem anderen als einem imperialistischen Frieden enden, schrieb Genosse

Sinowjew. Die Verträge von Brest-Litowsk, Versailles, Trianon, Saint Germain und Sèvres haben diese Worte vollkommen gerechtfertigt. „Der Inhalt des Friedens, der von den Großmächten abgeschlossen werden wird, wird den wahren imperialistischen Charakter des Krieges aufdecken, ungeachtet der Erklärungen über die Kriegsziele, die fürs Volk gemacht wurden. Wen der imperialistische Krieg nicht belehrt hat, den, muß man hoffen, wird der imperialistische Frieden belehren" fährt der Verfasser fort. Diese Worte sind vollkommen gerechtfertigt worden durch das mächtige Anwachsen der revolutionären Massenbewegung, die sowohl durch den imperialistischen Krieg, als durch den imperialistischen Frieden beschleunigt worden ist. Der Vertrag von Brest-Litowsk hat stark dazu beigetragen, das deutsche und österreichische Proletariat aufzuklären. Die räuberischen Friedensbedingungen, die von den Siegern den Besiegten aufgezwungen wurden, haben den Revolutionierungsprozeß der Arbeiter der Ententeländer außerordentlich beschleunigt.

Zu den wichtigsten und interessantesten Kapiteln der Arbeit des Genossen Sinowjew gehören die letzten Kapitel des zweiten Teils. Die Frage über den „Internationalismus und die deutsche Sozialdemokratie von den 90er Jahren bis zur neuesten Zeit" erforschend, weist er darauf hin, welch tiefe Wurzeln die alte Tendenz der Einteilung der Kriege in Verteidigungs- und Angriffskriege gefaßt hat.

Die Kriterien, die in einer anderen historischen Epoche enstanden sind, fahren fort, vermöge des Beharrungsgesetzes auch unter den neuen Umständen fortzuwirken. Doch formell treten diese Traditionen in die Vergangenheit zurück.

Genosse Sinowjew weist darauf hin, „daß es in der neuesten Zeit keinen einzigen Parteibeschluß gegeben hat, weder von Seiten der deutschen Sozialdemokratie, noch von Seiten der Zweiten Internationale, der direkt und

folgerichtig das Kriterium der Verteidigungskriege anerkannt und erklärt hätte, daß in jedem Verteidigungskriege die Sozialdemokratie hinter ihrer Regierung stehe. Kein einziger Kongreß der deutschen Sozialdemokratie hat sich offiziell für die Theorie des Verteidigungskrieges erklärt. Es ist wahr, es hat einzelne Erklärungen einflußreicher Führer, einzelne Tatsachen in der Revolution gegeben, welche indirekt zu dieser Theorie führten, es sind diesem Standpunkt auch einzelne Konzessionen gemacht worden; aber es hat keine solche Beschlüsse gegeben. Doch hat das alles nicht verhindert, daß breite Resolutionen und wunderbare Reden mit einer radikalen Phraseologie auf dem Papier stehen geblieben sind. Der Gesichtspunkt der Opportunisten hat gesiegt; sie hatten sich schon längst den Imperialisten ihres Landes genähert, gegen die Imperialisten und Chauvinisten der anderen Länder."

Weiter behandelt Genosse Sinowjew das Verhältnis der französischen Sozialisten zum Kriege. Der bedeutendste ihrer Vertreter, Jaurès hatte seine Linke und seine Rechte. Wenn die eine Hand von Jaurès die Samen des Sozialismus, die Samen des Hasses gegen den Kapitalismus aussäte, so fielen aus seiner anderen Hand diejenigen bösen Samen, die später reichlich hervorsprossen — die Samen des Chauvinismus. Seinen sonst so klaren Blick verdunkelten pazifistische Träumereien. Er sah das Unterpfand des Völkerfriedens in der Bildung des Dreiverbandes, in der Uebereinstimmung zwischen den Imperialisten Frankreichs und Englands und des zaristischen Rußlands, und verstand nicht, daß nur materielle Interessen der bürgerlichen Kreise hinter dieser Vereinbarung standen.

In der Position von Jaurès, einem der bedeutendsten Vertreter der Zweiten Internationale, widerspiegeln sich die Widersprüche der Politik dieser Internationale.

In einer Reihe von Resolutionen geißelt Jaurès grausam den Imperialismus und ruft die Arbeiter zum aktivsten

Kampf gegen den imperialistischen Krieg auf, bedient sich aber anderseits in weitem Sinne der Phrasen vom Verteidigungskriege und von der Vaterlandsverteidigung. In seinen Reden klingt die sozialpazifistische Note durch, all das was als Ausgangspunkt des imperialistischen Bacchanals gedient hat.

Genosse Sinowjew bringt eine Reihe von Auszügen aus den Reden Jaurès, die dieser kurz vor seinem Tode, direkt vor dem Beginn des letzten Krieges gehalten hat. So hält es Jaurès für Pflicht der Sozialisten, dafür zu sorgen, daß das verbrecherische Unternehmen der regierenden Klassen verhindert werde; er gibt zu, daß am Kriege die Kolonialpolitik Frankreichs schuld ist. Und dennoch hält es der Verfasser für unzweifelhaft, daß Jaurès, wenn er nicht getötet worden wäre, im großen und ganzen jetzt dieselbe Politik führen würde, wie seine Nachfolger, da in ihm der bürgerlich-demokratische Pazifismus zu stark war, als daß er mit der Idee der Vaterlandsverteidigung hätte brechen können, als deren Opfer die Zweite Internationale gefallen ist. Das ganze Buch von Jaurès, „L'armée nouvelle", beruht auf der Idee der Vaterlandsverteidigung.

Auch Jules Guesde, der 1914 Minister ohne Portefeuille im Ministerium der Nationalen Verteidigung wurde, war einst ein wahrhaft revolutionärer Marxist und Feind des Pazifismus. Im Jahre 1885, als der Konflikt zwischen England und Rußland in Verbindung mit der Afghanistaner Frage sich bis zum Aeußersten zuspitzte, als der Krieg vollständig unausbleiblich schien, wünschte Guesde den Untergang beider Feinde, er entzündete Aufstände in den Kolonien gegen die imperialistischen Metropolen, er war ein „Défaitiste".

Einer der allerwichtigsten Teile des Werks des Genossen Sinowjew ist das Kapitel über die sozialen Wurzeln des Opportunismus. „Wenn mit dem Eintreten des Krieges der Opportunismus in allen wichtigsten Ländern der Welt

sich in Chauvinismus umwandelte, wenn die Arbeiterpartei fast überall ein Werkzeug in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie wurde, so muß diese Erscheinung seine tiefen, in der Klassenstruktur der Gesellschaft wurzelnden Gründe haben, — anders kann ein revolutionärer Marxist nicht an die Frage herantreten."

Genosse Sinowjew weist darauf hin, daß eine der Quellen des Opportunismus die sogenannten Mitläufer sind, d. h. die Schichten des Kleinbürgertums, welche in die Arbeiterpartei das Schwanken, die politische Haltlosigkeit und andere für die Zwischenklassen charakteristische Eigenschaften gebracht haben, sie haben den Sozialismus verwässert und zum Opportunismus getrieben. Um die kleinbürgerlichen Mitläufer hat die deutsche Sozialdemokratie während der Wahlen den Kampf mit der Bourgeoisie, dem Junkertum und dem Pfaffentum geführt. Diesen Mitläufern und nicht nur den Stimmen der Arbeiter verdankt die deutsche Sozialdemokratie in bedeutendem Grade ihre Wahlerfolge. Diese ihre Abhängigkeit von den kleinbürgerlichen Trabanten gab der Partei in nicht geringem Grade einen opportunistischen Charakter. Aus Angst, die Trabanten zu verlieren, hat die offizielle Sozialdemokratie dem kleinbürgerlichen Patriotismus immerfort Zugeständnisse gemacht.

Aber ein noch wichtigerer Faktor, der den Opportunismuß in den Reihen der deutschen Partei nährte, war die Arbeiterbürokratie. Die genaue, auf reichhaltigem Ziffernmaterial begründete Analyse der Rolle der Arbeiterbürokratie gehört zu den besten Seiten des Buches. Es ist wahr, die Beamten der Partei- und der gewerkschaftlichen Organisationen stammen größtenteils aus den Arbeiterkreisen. Aber diese gewesenen Arbeiter haben längst aufgehört, sich in ihrem Beruf zu betätigen; sie sind Arbeiter nur noch dem Namen nach. In der Tat sind sie Bürokraten, die eine ganz andere Lebensweise führen, als der Durchschnitt der Arbeiter. Die Arbeiterbeamten gehen sehr häufig auch aus

der Mitte der Arbeiteraristokratie hervor. Die Arbeiterbürokratie und die Arbeiteraristokratie sind zwei leibliche Schwestern. Nicht umsonst blickten die weitstehendsten unter den Führern der deutschen Reaktionäre auf die opportunistischen Führer der deutschen Sozialdemokratie wie auf ihre Leute.

Hier weist Genosse Sinowjew auch darauf hin, daß „der Verrat der Führer selbst in der Geschichtsepoche tiefer begründet liegt, aber dies darf nicht zum Vertuschen der Tatsache des Verrats der Führer, die in der Tat Emissäre der bürgerlichen Gesellschaft im Lager des Proletariats sind, führen."

Die andere Wurzel des Opportunismus und Sozialchauvinismus ist die Arbeiteraristokratie. Wenn vor dem Kriege die Frage über die Arbeiteraristokratie, über ihre konservative Rolle in der Arbeiterbewegung fast ausschließlich in der englischen Arbeiterbewegung gestellt wurde, so hat der Zusammenbruch des offiziellen Sozialismus von 1914 bis 1918 diese Frage im Weltmaßstabe gestellt.

Den englischen Kapitalisten war es dank ihrer monopolen Stellung gelungen, die Spitzen der Arbeiterklasse durch ihre Gnadengeschenke zu kaufen und so die englische Arbeiterbewegung zu demoralisieren. Marx und Engels haben mehr als einmal über die konservative Rolle des qualifizierten Teils des englischen Proletariats gesprochen; die neueste Epoche der kapitalistischen Entwicklung zeigt uns in klarer Weise dieselben Verhältnisse auch in anderen Ländern.

In Deutschland ist die Arbeiteraristokratie fast restlos auf die Seite der Bourgeois übergetreten; sie ging dabei davon aus, daß es im Interesse der Arbeiterklasse läge, wenn ihr eigener vaterländischer Kapitalismus sich stärker entwickele und wenn das ökonomische Wachstum des eigenen Landes so rasch und so frei wie möglich vorwärtsschreite.

Nach dieser Beweisführung ersetzen die Sozialchauvi-

nisten die Interessen der Arbeiterklasse durch die der „Arbeiteraristokratie", und zwar nicht durch ihre tatsächlichen Interessen, sondern durch ihren unmittelbaren materiellen Vorteil, die Interessen des Augenblicks.

Als Agenten der Bourgeoisie begünstigen die Sozialchauvinisten die Spaltung zwischen den einzelnen Schichten der Arbeiterklasse, sie spalten von ihr ihre Spitzen ab, indem sie sich auf die Existenz kleinerer Schichten der Arbeiteraristokratie, denen einiges aus dem Löwenanteil der Kanonenkönige in den Schoß fällt, stützen.

Genosse Sinowjew weist auf Grund statistischer Forschungen über die Zusammensetzung der Berliner sozialdemokratischen Organisationen von 1906 bis 1907 darauf hin, daß in ihren Reihen eine bedeutende Gruppe von Nichtarbeitern vorhanden ist und dabei ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz der Parteimitglieder aus den Reihen der unqualifizierten Arbeiter stammt. Die Hauptmasse der Mitglieder der sozialdemokratischen Organisationen bildeten zu jener Zeit die am besten bezahlten Schichten der Arbeiter, die Schichten, aus denen sich auch die Gewerkschaften, die am Anfang des Krieges über vier Millionen Mitglieder umfaßten, zusammensetzten. Aber sie vereinigten in ihren Reihen nicht die Hauptmasse der unqualifizierten Arbeiter. In den Gewerkschaftsverbänden war nur eine geringe Minderheit der ungelernten Arbeiter organisiert. Die Hauptmasse ihrer Mitglieder warben sie aus den gelernten und am besten gestellten Arbeitern. Die wahren Massen der ungelernten Arbeiter, die am meisten ausgebeuteten und niedergedrückten Teile des Proletariats, waren, wie Genosse Sinowjew beweist, in den Organisationen der deutschen Sozialdemokratie sehr schwach vertreten und bildeten eine Gruppe von ungefähr 15 Prozent, wobei dieser Gruppe eine fast ebenso zahlreiche Gruppe (10 Prozent) von Nichtarbeitern: Besitzern von Restaurationen und Buden, Friseuren, kleinen Kaufleuten, kleinen Fabrikanten usw., entgegenstand. Unter den kleinbürger-

lichen Elementen der deutschen sozialdemokratischen Organisationen haben die Restaurationsbesitzer eine bedeutende Rolle gespielt. Das kleinbürgerliche Element war neben der Arbeiteraristokratie die Quelle des Opportunismus.

Die Krisis der Jahre 1914—1916 hat gezeigt, daß die offizielle deutsche Sozialdemokratie nicht nur nicht revolutionär, sondern direkt gegenrevolutionär ist. „Nur gegen diese offizielle Sozialdemokratie, nur im Kampf mit den spezifischen Interessen der Arbeiteraristokratie bahnt sich die wirkliche sozialistische Bewegung sowohl in Deutschland, als auch in den andern Ländern ihren Weg." (S. 355.)

Die Erfahrung von 1918 bis 1920, als die deutsche Sozialdemokratie mit der Waffe in der Hand gegen die kommunistische Avantgarde des deutschen Proletariats auftrat, die deutschen Arbeiter vernichtete und ihre besten Führer tötete, hat diese Charakteristik vollkommen gerechtfertigt und bestätigt.

Doch muß die revolutionäre Arbeiterbewegung zu ihrem Siege nicht nur den offenen Opportunismus, der während des Krieges die Form des Sozialchauvinismus angenommen und sich mit seiner herrschenden Klasse gegen das Proletariat seines eigenen und der fremden Länder vereinigt hat, überwinden, sondern auch die feineren Abirrungen der proletarischen Ideologie.

Der bürgerliche Einfluß auf das Proletariat äußert sich außerdem noch in der Form des Sozialpazifismus. Der Sozialpazifismus ist mit dem bürgerlichen Pazifismus, der von der Möglichkeit einer Vernichtung der Kriege unter Beibehaltung des kapitalistischen Eigentumsrechts auf die Produktionsmittel träumte, eng verbunden. Der europäische Krieg hat den Bankrott der bürgerlichen Pazifisten erwiesen. Wenn sie während des Friedens sich einbilden konnten, daß sie eine Position, die über die Klassen erhaben ist, einnehmen, so waren sie seit Kriegsanfang ge-

zwungen, überall auf die Seite der Imperialisten ihres Landes überzugehen.

Der Sozialpazifismus ist vom bürgerlich-philantropischen Pazifismus nicht sehr verschieden. Einer der besten Vertreter des Sozialpazifismus, Jaurès, ist in seinen Reden 1905 so weit gegangen, daß er behauptete, die französisch-russische Verständigung trage keinen aggressiven Charakter und sei keine Gefahr für den allgemeinen Frieden.

Aber — Sozialismus ist nicht Pazifismus, sagt Genosse Sinowjew, Sozialismus ist kriegerischer Marxismus. Die Partei des Proletariats ist gegen die räuberischen und die imperialistischen Kriege, gegen die Kriege, die auf die Unterjochung der werktätigen Massen ausgehen; aber sie leugnet nicht die positive Bedeutung der revolutionären Kriege.

Endlich kommt der Verfasser zur Frage des Verhältnisses der II. Internationale zum Kriegsproblem.

Am Anfange der 90er Jahre stellte Engels, mit dem Bebel in der deutschen und Plechanow in der russischen Sozialdemokratie immer solidarisch waren, die Frage eines revolutionären Krieges, eines Krieges des revolutionären Deutschlands gegen das absolutistische Rußland, gegen den Zarismus, auf. Engels führte auch damals, unter den neuen Bedingungen, die Traditionen von Marx, die Traditionen der „Neuen Rheinischen Zeitung", die 1848 zum revolutionären Kriege gegen den Zarismus aufgerufen hatte, fort. Aber den Verrat an der Internationale haben die deutschen Sozialchauvinisten begangen, als sie 1914 auf die Seite des Imperialismus übergingen, sie haben den revolutionären Haß der deutschen Proletarier gegen den blutigen Zarismus dazu ausgenutzt, die deutschen Arbeiter zu zwingen, ihr Blut für die Interessen des deutschen Imperialismus zu vergießen. Denn seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts, als sich eine neue Epoche, die Marx und Engels noch nicht hatten voraussehen können, in der Entwicklung

des Kapitalismus anbahnte — die Epoche des Imperialismus —, mußte der Schlachtruf des Proletariats dem Kampf gegen den Imperialismus gelten.

Genosse Sinowjew weist in seinem Buch darauf hin, daß es im Laufe der ganzen Geschichte der opportunistischen Zweiten Internationale, im Verlaufe der 25jährigen Tätigkeit der Zweiten Internationale immer zwei Strömungen gegeben hat und daß zum Ende der Zweiten Internationale ihr opportunistischer Flügel, der mit dem Zentrum gemeinsam seine Verpflichtungen nicht ernst nahm und nicht an den Ausbruch einer Revolution glaubte, Oberhand gewonnen hat.

Weiterhin weist der Genosse Sinowjew auf den Unterschied zwischen dem revolutionär-marxistischen Standpunkt und der anarchistischen Position Domela Nieuwenhuis hin, der in der von ihm auf dem Züricher Kongreß eingebrachten Resolution formuliert ist.

Anderthalb Jahrzehnte später, im Jahre 1907, auf dem in Stuttgart tagenden Internationalen Kongreß, also nach der russischen Revolution, in der Epoche der Zuspitzung der Rüstungen, als der heraufziehende europäische Krieg reale Umrisse annahm, wurde die Kriegsfrage von neuem gestellt. Auf den Sitzungen der Kommission des Kongreses, wo die Resolution über den Krieg ausgearbeitet wurde, gab es keinen prinzipiellen Unterschied in der Stellungnahme der französischen und deutschen Mehrheit. Sie standen auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung.

Prinzipiell unterschied sich von dieser Haltung nur die Rede Rosa Luxemburgs, welche die revolutionär-marxistische Stellungnahme im Namen der russischen und polnischen Delegation begründete. Rosa Luxemburg ließ die Möglichkeit einer Vaterlandsverteidigung in den imperialistischen Kriegen nicht zu, sie brachte eine Berichtigung in die Grundthesen der Stuttgarter Resolution hinein, welche folgendermaßen lautete: Im Falle eines Krieges

muß für seine schnellste Beendigung gekämpft und zur selben Zeit die durch den Krieg geschaffene Krisis ausgenutzt, die Massen müssen zum Aufstande geführt werden, um den Zusammenbruch der ganzen kapitalistischen Ordnung zu beschleunigen.

Während die beiden Hauptlager der französischen und der deutschen Mehrheit in der Tat für die Vaterlandsverteidigung waren, wurde auf dem Kongreß selbst und in seinen Beschlüssen nicht einmal eine Andeutung für dieses Prinzip gemacht. Das erklärt sich daraus, daß viel von den wirkenden Vertretern der Zweiten Internationale anerkannten, daß der nächste Krieg ein imperialistischer, räuberischer Krieg sein werde, in dem vom Standpunkt des Proletariats aus von Verteidigung und Ueberfall gar keine Rede sein könne. Deshalb erwähnt der Stuttgarter Kongreß mit keinem Wort die Notwendigkeit der Einteilung der modernen Kriege in Verteidigungs- und Angriffskriege, darum sagt er kein Wort über die Vaterlandsverteidigung im kommenden Kriege. 1907 wagte es kein einziger Sozialist, sich auf die Seite eines der imperialistischen Trusts, die um die Teilung und Wiederaufteilung der Welt kämpften, zu stellen. Sie wagten es nicht, sich an die Arbeiter aller Länder mit Worten über Vaterlandsverteidigung und Kriegsunterstützung zu wenden. Die Opportunisten und das Zentrum, die in erdrückender Mehrheit in Stuttgart waren, mußten mit den Massen rechnen und darum die Berichtigung der revolutionären Marxisten, die auf dem Kongreß in einer geringen Minderheit waren, annehmen.

Doch nahmen die opportunistische Mehrheit und das Zentrum ihre Verpflichtungen nicht ernst und glaubten nicht an die furchtbaren Worte über Krieg und Revolution.

Das Manifest des außerordentlichen revolutionären Kongresses in Basel (1912) ist in Erwartung des europäischen Krieges, der sich 1914 entlud, geschrieben. Davon

ausgehend, daß dies ein imperialistischer Krieg sein wird, sprach das Manifest kein Wort über Vaterlandsverteidigung. Es rief zur Organisierung des Bürgerkrieges auf, indem es sich auf die Erfahrungen der Pariser Kommune und des russisch-japanischen Krieges stützte.

Um so klarer wird dadurch die Schuld Adlers und der anderen Führer, die damals über Revolution sprachen, um so tiefer wird ihr Fall, um so schändlicher ihr Verrat. Nichts stellt die Schande der Sozialverräter in einem solchen Maße bloß, wie die Erklärungen, die sie selber im Laufe der letzten Tage vor der offiziellen Kriegserklärung von 1914 gemacht haben. Die deutschen Sozialisten sagten, daß der deutsche Imperialismus am Kriege schuld sei, die offiziellen französischen Sozialisten wiesen darauf hin, daß die Schuld am Kriege die Kolonialpolitik Frankreichs und die auswärtige Politik des Zarismus tragen.

Und Genosse Sinowjew kommt zu dem Schluß, daß die schwache Seite der Internationale darin bestand, daß sie das Prinzip der Vaterlandsverteidigung — richtiger die Ideen der nationalen Kriege — anerkannt habe, ohne klar und genau zu sagen, daß dieses Kriterium auf die imperialistischen Kriege nicht anwendbar ist.

Während des 25jährigen Bestehens der Zweiten Internationale stritten in ihr zwei Grundrichtungen — die marxistische und die opportunistische. Die Opportunisten und das Zentrum haben in den letzten Jahren der Existenz der Zweiten Internationale die Mehrheit erhalten. Aber die Vertreter der proletarischen Revolution haben nicht eine Minute lang das Erbteil der revolutionär-marxistischen Richtung, die in der Zweiten Internationale fortbestand, aufgegeben. Der Opportunismus einerseits und der Anarchosyndikalismus anderseits haben während des Krieges Bankerott gemacht. Der Krieg war für den Sozialismus ein riesiger Schlag; aber er hat auch die beiden kleinbürgerlichen Abirrungen des Sozialismus begraben helfen.

Das Zentrum hat die ganze Zeit über in der Zweiten Internationale dem Opportunismus geholfen; jetzt hilft das Zentrum dem Sozialchauvinismus.

„Sowohl gegen die Opportunisten, als auch gegen die Marxisten des Zentrums!"

„Zurück zu Marx, und in diesem Zeichen hoch die Kommunistische Internationale!", so schließt Genosse Sinowjew sein Buch.

Die vier Jahre, die seit der Verfassung dieses Buches verflossen sind, haben die Richtigkeit seiner Analyse der Grundtendenzen der proletarischen Bewegung durch unzählige Tatsachen bewiesen. Wenn in der Zeit des imperialistischen Krieges die Sozialchauvinisten in jedem Lande einen Block mit ihrer Regierung zum Kampf gegen die Bourgeoisie und das Proletariat der fremden Länder bildeten, so haben die Opportunisten nach dem imperialistischen Krieg, der in den Bürgerkrieg übergegangen ist, den Bund mit ihrer Bourgeoisie fortgeführt, diesmal gegen die proletarische Revolution, die in Rußland gesiegt und zum Siege in der ganzen Welt schreitet. Mit der Bourgeoisie und gegen das revolutionäre Proletariat, das ist die Taktik der Sozialchauvinisten der ganzen Welt.

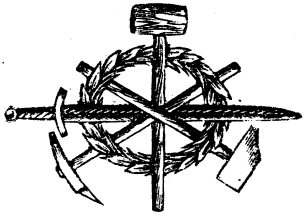
Die Pseudomarxisten des Zentrums haben während des Friedens die Linie, die sie in der Kriegszeit verfolgten, weitergeführt. Während des Bürgerkrieges der Bourgeoisie gegen das Proletariat gossen sie Wasser auf die Mühle des Sozialchauvinismus, indem sie seine Position stützten, die Sache der proletarischen Revolution sabotierten und das Prinzip der bürgerlichen Demokratie, hinter dem sich die Unterjochung der Massen durch das Kapital verbirgt, verteidigten.

Wie der imperialistische Friede als die Vollendung des imperialistischen Krieges erschien und den wahren Inhalt dieses Krieges enthüllte, ebenso ist auch die Taktik der Sozialpatrioten in der Zeit des imperialistischen

Friedens die würdige Vollendung ihres Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse zur Zeit des Raubkrieges.

Die Kommunistische Internationale, die die Tendenz der revolutionär-marxistischen Richtung, die immer in der Zweiten Internationale existiert hat, fortführt, ist zum Marxismus zurückgekehrt und erklärt in seinem Namen einen erbarmungslosen Vernichtungskrieg sowohl der offenen Verräterei der Scheidemänner an den Interessen der Arbeiter, als auch dem verdeckten Opportunismus der Kautskyaner.

W. Bystrjanski.



Monatsschau der Kommunistischen Internationale.

Januar—Februar 1921.

1. Januar.

Die Regierung Jugoslawiens ergreift entschiedene Maßregeln gegen die bolschewistische Bewegung: Schließung der kommunistischen Organisationen und Verbot der kommunistischen Druckausgaben.

2. Januar.

In Berlin findet auf Vorschlag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands eine Massenprotestkundgebung gegen den weißen Terror in Ungarn statt.

Auf dem Kongreß in Differding, an dem Klara Zetkin teilgenommen hat, stimmte die Sozialistische Partei Luxemburgs mit 97 gegen 21 Stimmen für einen bedingten Anschluß an die Kommunistische Internationale. Die 21 Delegierten, die für einen bedingungslosen Anschluß an die Kommunistische Internationale waren, sind aus der Partei ausgetreten und haben die Kommunistische Partei Luxemburgs gegründet.

Die Regierung der Tschechoslowakei hat in einigen Gegenden, besonders in der Slowakei, in dem ruthenischen Gebiet südlich der Karpathen, in Prag und Brünn die Tätigkeit der Geschworenengerichte eingestellt. Die verhafteten Kommunisten werden einem besonderen aus sechs Richtern bestehenden Gericht übergeben.

3. Januar.

In Larbert ist unter dem Vorsitz von Williams Martin der Kongreß der Unabhängigen Partei Schottlands zur Entscheidung über die Anschlußfrage an die Kommunistische Internationale eröffnet worden. Die Frage wurde mit 93 gegen 57 Stimmen in negativem Sinne entschieden.

4. Januar.

Das Direktionskomitee der Sozialistischen Partei (Französische Sektion der Kommunistischen Internationale) hat die Wahlen ins Büro vorgenommen. L. O. Frossard ist zum Generalsekretär wiedergewählt worden; Loriot ist zum internationalen Sekretär gewählt worden, ebenso Antonio Coen zum Gehilfen des Sekretärs, Dondicol zum Schatzmeister, Marcel Cachin zum Direkteur der „Humanité", Raoul Verfeuil, André Julien, Lucie Colliard und F. Veyren sind zur Führung der Propaganda gewählt worden. In die Finanzkommission sind gewählt worden: als Sekretär Gourdaux und als Mitglieder Louis Sellier, Boyet, Dondicol und Servantier. Die Propagandakommission setzt sich aus dem Sekretär Vaillant-Couturier und den Mitgliedern Alexandre Blanc, Rappoporte, Treint, Renoult, Marthe Bigot, Bestel und Cachin zusammen. In die Archivkommission wurden als Sekretär Lucie Leuciague und als Mitglieder Amédée Dunois, Victor Méric, Alexandre Blanc und Paul Louis gewählt. Die Statuten- und Reglementskommissionen bestehen aus dem Sekretär Coen und den Mitgliedern R. Bureau, Renoult, Frossard und Georges Lévy.

In Islington (südlicher Teil Londons) endigte die Demonstration der Arbeitslosen mit einem Zusammenstoß mit der Polizei.

In Flensburg fand während der Beerdigung des ermordeten Kommunisten Hoffmann ein blutiger Zusammenstoß mit der Polizei statt.

In Berlin ist der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne", Bruno Schäfer, für die Veröffentlichung des Aufrufs des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Proletarier aller Länder aus Anlaß der Oktoberjahresfeier zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

5. Januar.

Die Kassationsklage von Sylvia Pankhurst, die zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist abgelehnt worden.

7. Januar.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands hat dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Arbeitsgemeinschaft freier Arbeiterverbände, der Allgemeinen Arbei-

terunion, der Freien Arbeiterunion der Syndikalisten, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands vorgeschlagen, ihre Wirksamkeit im Kampf um die Lohnerhöhung und Verbilligung des Lebens, für die sofortige Entwaffnung und Auflösung der bürgerlichen Selbstschutzorganisationen, die Gründung proletarischer Selbstschutzorganisationen, die Amnestie, die sofortige Wiederaufnahme der Handels- und diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland usw. zu koordinieren.

9. Januar.

In Berlin fand auf Vorschlag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands eine Massendemonstration als Protest gegen die Ermordung des Kommunisten Hoffmann in Flensburg statt.

In Reichenberg wurde die Bezirkskonferenz der Deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei eröffnet.

10. Januar.

Die Sozialistische Partei Argentiniens lehnte auf dem Kongreß von Bahia-Blanca mit 5013 Stimmen gegen 3656 den Anschluß an die Kommunistische Internationale ab.

Die Reichenberger Konferenz verurteilte den von dem Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei und den Gewerkschaftsführern während des letzten Hervortretens verübten Verrat und nahm eine Resolution an über die Notwendigkeit der Gründung einer selbständigen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, die der Kommunistischen Internationale angeschlossen sein müsse.

11. Januar.

Die Zeitung „L'Humanité" teilt mit, daß Anatole France sich der Kommunistischen Internationale angeschlossen hat.

In Frankreich sind aus der sozialistischen Parlamentsfraktion, die 70 Deputierte zählt, 12 ausgetreten, um eine selbständige kommunistische Fraktion zu gründen. Es sind die Genossen Aussoleil, Berthon, Alexandre Blanc, Cachin, Dormoy, E. Lafont, Georges Lévy, Maurel, Moricci, Philbois,

Vaillant-Couturier und Jean Renauld. Zum Sekretär der Fraktion ist Pierre Dormoy, zum Schatzmeister Aussoleil gewählt.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Partei (Französische Sektion der Kommunistischen Internationale) übergab die Sache Lafonts der Konfliktkommission.

Die Freie Arbeiterunion Deutschlands (Syndikalisten) nimmt den Vorschlag der V. K. P. D. vom 7. Januar über gemeinsame Tätigkeit unter dem Vorbehalt der Wahrung der vollen Unabhängigkeit an.

Die Allgemeine Arbeiterunion beantwortet den Vorschlag der V. K. P. D. vom 7. Januar mit einer scharfen Kritik der Partei.

12. Januar.

„L'Humanité" teilt mit, daß Henri Barbusse und Sévérine beschlossen haben, sich formell der Kommunistischen Internationale anzuschließen.

13. Januar.

Die Sozialdemokratische und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands weisen den Vorschlag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands zurück.

In Frankreich beschloß das Gericht die Auflösung der Allgemeinen Konföderation der Arbeit.

14. Januar.

Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands weist den Vorschlag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands als opportunistisch zurück.

15. Januar.

Der Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs wurde in Deutschland durch Demonstrationen begangen, die teilweise zu Zusammenstößen mit der Polizei führten.

In Livorno wurde der XVII. Kongreß der Italienischen Sozialistischen Partei im Beisein von Humbert-Droz, Kabaktschijeff, Paul Levi, Rosa Bloch und anderen eröffnet.

In Christiania wurde die Konferenz der Oppositionsgruppe der Arbeiterpartei Norwegens eröffnet. Nachdem sie die 21

Bedingungen der Kommunistischen Internationale zurückgewiesen hat, beschließt sie mit 168 gegen 5 Stimmen die Gründung einer selbständigen Organisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Norwegens. In die neue Partei sind der Präsident des Stortings, Buen, und der Präsident des Landtages, Nielsen, eingetreten.

16. Januar.

Da der Vorschlag der V. K. P. D. vom 7. Januar abgelehnt wurde, wendet sich die Partei an das gesamte deutsche Proletariat mit der Aufforderung, eine einheitliche revolutionäre Kampffront gegen den Kapitalismus zu bilden und mit den Zerstörern der Einheit des Proletariats zu brechen.

In Lubochnia (Slowakei) wurde der Kongreß der linkssozialistischen Parteien aller Nationalitäten der Slowakei eröffnet. Auf dem Kongreß sind 240 000 organisierte Arbeiter vertreten.

Die Konferenz des Bezirks Ostrau (Mähren) der Deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei nahm mit 41 gegen 5 Stimmen die 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale an.

In Tiflis ist in der Nacht auf den 17. von der Regierung das Lokal der Redaktion des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Grusiens zerstört worden.

17. Januar.

Die Deutsche Sozialdemokratische Partei Tschechoslowakiens hat aus ihrer Mitte die Teilnehmer an den letzten kommunistischen Ausschreitungen ausgeschlossen.

Der Kongreß in Lubochnia nahm einstimmig die 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale an.

19. Januar.

Infolge von Gerüchten über die Formierung von kommunistischen Kampforganisationen führt die deutsche Regierung eine Reihe von Haussuchungen und Verhaftungen in Rheinland-Westfalen durch.

Die „Humanité" bringt die Erklärung des Komitees der Kommunistischen Internationale über seine bevorstehende Vereinigung mit der Kommunistischen Partei.

20. Januar.

Auf Bestimmung des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees ist eine autonome Daghestaner Sozialistische Republik und eine Sozialistische Republik der Bergvölker gebildet worden.

Von 216 337 Mitgliedern der Italienischen Sozialistischen Partei haben 172 487 an der Abstimmung teilgenommen. Die Unitaristen (Serrati) haben 98 028 Stimmen, die reinen Kommunisten (Bombacci) 58 783 und die Konzentrationisten (Turati) 14 695 Stimmen erhalten; 981 enthielten sich der Stimme.

Der Stettiner Kongreß des Deutschen Seemannsbundes, der 15 000 Mitglieder zählt, hat eine Resolution angenommen, welche den Internationalen Gewerkschaftsrat begrüßt und sich vollkommen auf die von dem letzteren angenommene Plattform stellt. Es ist beschlossen worden, an der Moskauer Konferenz der Gewerkschaften teilzunehmen, weiter: einen Baltischen Verband zu gründen, um den militärischen Maßregeln gegen Rußland entgegenzuwirken und die Handelsbeziehungen Rußlands zu erleichtern.

Haussuchung im Lokal der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands infolge von Gerüchten über militärische Organisationen.

21. Januar.

Die Kommunistische Fraktion verläßt den Kongreß von Livorno und organisiert sich zu einer Kommunistischen Partei (Italienische Sektion der Kommunistischen Internationale). Ins Zentralkomitee sind Bombacci, Marabicci, Bordiga, Polano, Belloni, Tarsia, Grieco, Sepra, Terracini, Repossi, Parodi, Misiano, Fortichiari, Gramsci und Gennari gewählt. Das Zentralkomitee wird seinen Sitz in Mailand haben.

22. Januar.

In Wien tagen die Erste Landeskonferenz der Soldatenorganisationen der Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs und die Erste Landeskonferenz der kommunistischen Frauen.

23. Januar.

In Lippe haben bei den Wahlen in den Landtag die bürgerlichen Parteien 46 000 Stimmen (13 Mandate), die Sozial-

demokratischen Partei Deutschlands 25 400 Stimmen (7 Mandate) und die Kommunisten 3400 Stimmen (1 Mandat) erhalten.

24. Januar.

In Wien ist der Vereinigte Parteitag der Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs, der Sozialistischen Arbeiterpartei (der Linken) und der Tschechischen Zentralisten eröffnet worden. Die Begrüßungsrede von seiten der deutschen Kommunisten hielt Stöcker. Nach ausführlicher Diskussion wurde eine Resolution, die die Verbindung Westungarns mit Oesterreich fordert, angenommen. Bezüglich der Vereinigungsfrage von Oesterreich mit Deutschland ist die von der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands vorgeschlagene Resolution, welche die Teilnahme an der sozialdemokratischen Kampagne zugunsten der Vereinigung ablehnt, angenommen. Zum Zweck der engsten Zusammenarbeit mit den deutschen Genossen wird eine zwischen parteiische Kommission gebildet werden.

25. Januar.

Der Wiener Parteitag schloß mit der Vereinigung der Sozialistischen Arbeiterpartei (der Linken) und der Tschechischen Zentralisten mit der Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs. In den engen Parteivorstand wurden gewählt: Strasser, Wertheim, Tomann, Glass, Gruber, Koritschoner, Frey, Tober und Novotny; in den erweiterten Vorstand: Riehs, Haidt, Stein, Guhrmann, Maresch, Reiter, Harich, Teubler, Markus, Kehldorfer, Kirchberger, Klocker, Idl, Schlesinger, Trantiner, Timel und Strömer; in die Kontrollkommission: Mornik, Pollack, Rath, Schroth, Doleschal, Krumböck, Verdini, Tuttinger, Rinner und Wenger.

26. Januar.

Die Parlamentsfraktion der Kommunistischen Partei Italiens zählt folgende Genossen: Roberto, Rabezzana, Misiano, Belloni, Repossi, Franceschi, Grandi, Ferrari, Marabicci, Graciadei, Bombacci, Croce, Caroti, Salvatori, Della Seta, Quarantini und Radi.

27. Januar.

In Anbetracht des Verbots der norwegischen Regierung, die Stockholmer Ausgabe der „Kommunistischen Internationale" einzuführen, ruft der bekannte Mediziner Scharfenberg im „Sozialdemokraten" die ganze radikale Intelligenz des Landes zu einem Protest gegen diesen wahnsinnigen Versuch, die kommunistische Literatur zu blockieren, auf.

29. Januar.

Die Petrograder „Prawda" druckt einen Aufruf der Sozialrevolutionäre Leo Liebermann, Gregor Rattner, A. A. Beresowski, Georg Harbeck und B. A. Smapro-Babina (alias Newskaja) ab, die ihre Parteigenossen infolge des Bankrotts des theoretischen Systems des „Narodnitschestwo" zum Eintritt in die Russische Kommunistische Partei auffordern.

In Leeds ist die Vereinigte Konferenz der britischen Kommunisten unter dem Vorsitz von Tanner eröffnet worden.

30. Januar.

Die Konferenz in Leeds schloß mit einer Vereinigung aller kommunistischen Gruppen in eine einige Partei unter dem Namen Vereinigte Kommunistische Partei Großbritanniens. Zum Vorsitzenden der Partei ist Mac Manus gewählt worden.

Die „Freiheit" zieht das Fazit der Urabstimmung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Von 54 000 Stimmen beteiligten sich an der Abstimmung 34 974 (64.9 Proz.). Für den Anschluß an die Kommunistische Internationale waren 8777 Stimmen, gegen den Anschluß — 25 475.

In Paris hat die Polizei eine Reihe von Haussuchungen ausgeführt und sechs Serben und drei Russen verhaftet, gegen die der Verdacht besteht, daß sie Sowjetagenten sind.

Die außerordentliche Reichenberger Kreiskonferenz der Deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei hat sich für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und die Gründung einer unabhängigen kommunistischen Partei ausgesprochen. Zu diesem Zweck wird ein Parteitag auf den 13. März zusammenberufen.

31. Januar.

In Paris ist das Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei (Französische Sektion der Kommunistischen Internationale) Ker verhaftet worden.

In Moskau haben die Demokratische Republik Georgiens und die Ukrainische Sowjetrepublik einen Vertrag über gegenseitige Anerkennung ihrer Unabhängigkeit unterzeichnet.

1. Februar.

In Magdeburg wurde Albert Vater verhaftet und auf den Verdacht hin, daß Kampforganisationen vorbereitet würden, eine Haussuchung im Lokal des Magdeburger Sekretariats der Vereinigten Kommnuistischen Partei Deutschlands unternommen.

2. Februar.

Am vierten Tage der Beratungen in Bukarest spaltete sich der Generalrat der Sozialistischen Partei Rumäniens. 18 Stimmen wurden für die bedingungslose Annahme der 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale abgegeben, 12 nahmen eine zentristische Stellung ein, acht blieben dem alten sozialdemokratischen Programm treu. Der Führer der Kommunisten im Parlament ist der Abgeordnete Christescu.

4. Februar.

In Berlin wurde das Gerichtsverfahren gegen die fünf Kommunisten aus Weißensee: Karl Ziegler, Martin Conrad, Hermann Logé, Erich Laudien und Paul Arndt eröffnet. Sie werden der Teilnahme an der Roten Armee im Jahre 1920 beschuldigt.

Der Redakteur der Münchener „Neuen Zeitung" Otto Thomas und der Sekretär des Bayerischen Komitees der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, das Mitglied des Bayerischen Landtags Otto Graf haben sich öffentlich in national-bolschewistischem Geiste ausgesprochen.

Der Rat der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik beschloß, die Zahlung für die laut Rezepten aus den Apotheken verabfolgten Medikamente aufzuheben.

5. Februar.

Das Gerichtsverfahren gegen die Kommunisten aus Weißensee schloß mit der Verurteilung Paul Arndts zu sechs Monaten Gefängnis; die anderen Angeklagten sind infolge Mangels an Beweisen freigesprochen worden.

Amédé Dunois, Sekretär der Redaktion der „Humanité" und Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei (Französische Sektion der Kommunistischen Internationale) ist in einer Ausländerangelegenheit in Paris verhaftet worden.

6. Februar.

Bei den Gemeindewahlen in Philippopel erhielten die Kommunisten 3228 Stimmen (11 Mandate), die rechten Sozialisten 513 Stimmen (1 Mandat) und die bürgerlichen Parteien 3410 Stimmen (11 Mandate).

7. Februar.

Auf dem gemeinsamen Kongreß der kommunistischen Jugend Tschechiens und der Vertreter der Deutschen und der Slowaken wurde der Beschluß gefaßt, unverzüglich eine selbständige kommunistische Organisation zu gründen, die den Richtlinien der Kommunistischen Jugendinternationale entspricht.

8. Februar.

P. A. Krapotkin ist um 3 Uhr 10 Min. morgens in Dmitrijew verschieden.

Die Parlamentsfraktion der Kommunistischen Partei Italiens hat den Genossen Bucco für sein Betragen während der Bolognaer Ereignisse aus ihren Reihen ausgeschlossen.

Das Hofgericht von Abo verurteilte 14 Personen zu Gefängnisstrafen von 5 bis 14 Jahren für die Gründung einer Arbeiterorganisation, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht und beschlossen hat, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen.

In Paris wurde die Sitzung des Nationalkomitees der Allgemeinen Konföderation der Arbeit eröffnet.

9. Februar.

Das Nationalkomitee der Allgemeinen Konföderation der Arbeit in Frankreich hat mit 88 Stimmen (34 Föderationen, 54 Verbände) gegen 24 (7 Föderationen, 17 Verbände) bei 10 Enthaltungen und 14 Abwesenden beschlossen, auf dem bevorstehenden Kongreß von Lille die Frage des Austritts aus der Amsterdamer Internationale und des Beitritts zum Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften nicht aufzuwerfen.

10. Februar.

Das Nationalkomitee der Allgemeinen Konföderation der Arbeit in Frankreich hat mit 82 Stimmen (34 Föderationen, 48 Verbände) gegen 31 (5 Föderationen, 26 Verbände) bei 12 Enthaltungen und 12 Abwesenden beschlossen, alle diejenigen Organisationen, die dem Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften beitreten, als ausgeschlossen zu betrachten. Die revolutionäre Minderheit antwortete mit der Erklärung, daß sie bis zum Kongreß von Lille in der Konföderation bleiben wird, da dieser allein berechtigt ist, diese Frage zu entscheiden.

In Mailand wurde der Kongreß des Verbandes der Landwirtschaftsarbeiter eröffnet. Für den Vorschlag Constantinis, sich unverzüglich und bedingungslos dem Internationalen Rat der Roten Gewerkschaften anzuschließen, wurden 350 000 Stimmen abgegeben, für den Vorschlag der Opportunisten 405 000.

11. Februar.

In Essen begann das Gerichtsverfahren gegen 15 kommunistische Arbeiter, die der Teilnahme an den Kämpfen während des Kapp-Putsches beschuldigt werden.

14. Februar.

In Kassel begann der Prozeß gegen 7 Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands, die am 19. Januar im Ruhrgebiet verhaftet wurden. Sie werden angeklagt, eine Kampfesorganisation vorbereitet und zum Aufstand aufgerufen zu haben.

15. Februar.

In Paris sind der Leiter der Zeitung „Le Conscrit", Louis William, und der politische Sekretär der Nationalföderation der kommunistisch-sozialistischen Jugend, Maurice Laporte, verhaftet worden.

In Gotha ist der III. Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands eröffnet worden.

16. Februar.

Der vierte Prozeß der Kommunisten aus Cöthen schloß mit der Verurteilung aller 25 Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu 9 Monaten.

18. Februar.

Das Dessauer Gerichtsverfahren gegen die Staßfurter Kommunisten schloß mit der Verurteilung Käppners zu 10 Monaten, Kunischs zu 6 Monaten, Adams zu 5 und Klaffkes zu 3 Monaten Gefängnis.

Der Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands wurde geschlossen. In der Frage der Kommunistischen Internationale ist folgende Resolution angenommen worden: „Der Parteitag genehmigt den Anschluß an die Kommunistische Internationale als sympathisierende Partei unter den zwei bekannten Bedingungen. Er verpflichtet sowohl die Partei im allgemeinen als auch jeden Genossen im einzelnen, auch innerhalb der Kommunistischen Internationale den unversöhnlichen Kampf gegen jede Art von illusorischem Opportunismus und Reformismus fortzuführen. Alle von der Kommunistischen Internationale an die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands gestellten Forderungen, die unserem Programm und unserer Taktik widersprechen, müssen abgewiesen werden, auch auf die Gefahr des Ausschlusses hin." Diese Resolution wurde mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen. Vorher war die Resolution Pfemferts, sich der Kommunistischen Internationale nicht anzuschließen, durch sämtliche Stimmen gegen zwei abgelehnt worden.

19. Februar.

Der erste Wahltag in den Wiener Arbeiterrat.

20. Februar.

Die Wahlen in den Preußischen Landtag sind abgeschlossen. Die bürgerlichen Parteien erhielten 9 761 370 Stimmen (255 Mandate anstatt 233 am 19. Januar 1919), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 4 294 071 Stimmen (114 Mandate anstatt 145), die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1 075 344 Stimmen (28 Mandate gegen 24) und die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands 1 211 741 Stimmen (31 Mandate; im früheren Landtag hatte sie kein einziges Mandat).

Die Wahlen in die Hamburger Bürgerschaft. Die bürgerlichen Parteien erhielten 208 749 Stimmen (anstatt 154 766) 64 Mandate (anstatt 46), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 216 521 Stimmen (gegen 254 237) 65 Mandate

(gegen 78), die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 7640 Stimmen (anstatt 42 852) 2 Mandate (anstatt 13), die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands 58 920 Stimmen Stimmen 17 Mandate (im früheren Parlament kein einziges).

Die Wahlen in die Bremer Bürgerschaft: Die bürgerlichen Parteien erhielten 95 145 Stimmen (anstatt 73 292) 63 Mandate (anstatt 56), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 41 886 Stimmen (anstatt 26 173) 28 Mandate (anstatt 22), die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 38 093 Stimmen (anstatt 46 834) 23 Mandate (anstatt 27), die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands 12 239 Stimmen (gegen 7313) 6 Mandate (gegen 5).

Der zweite Wahltag in den Wiener Arbeiterrat. In der Arbeitersektion wurden 112 525 Stimmen für die freien Gewerkschaften, 6932 für die Kommunisten und 5245 für die Christlich-Sozialen abgegeben; in der Angestelltensektion wurden 39 072 Stimmen für die freien Gewerkschaften, 7249 für die Christlich-Sozialen, 5525 für die Deutschnationalen und 228 für die Kommunisten abgegeben.

In ganz Italien fanden Massendemonstrationen zugunsten der Kommunistischen Partei statt.

Fritz Platten ist nach Ablauf seiner sechsmonatlichen Gefängnishaft auf freien Fuß gesetzt worden.

24. Februar.

Nachdem in der Frage der italienischen Parteispaltung die Resolution Thalheimer-Stöcker angenommen worden war, endete die Sitzung des Zentralausschusses der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands mit dem Austritt folgender Personen aus dem Zentralkomitee: der Vorsitzenden Ernst Däumig und Paul Levi, der Sekretäre Clara Zetkin und Otto Braß und des Mitglieds Adolf Hoffmann. Anstelle der Ausgeschiedenen sind gewählt: als Vorsitzende: Heinrich Brandler und Walter Stöcker, als Sekretäre: Paul Frölich, Ernst Meyer, Paul Böttcher und Max Sievers, als Mitglied: Wegmann. Da Thomas und Graf ihren Fehler eingesehen haben, so beschränkt sich das Zentralkomitee in ihrer Angelegenheit auf die Absetzung beider Genossen von ihren Posten in der Partei und die Abberufung Grafs aus dem Landtag. Ins Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sind Koenen und Heckert delegiert.

25. Februar.

Tiflis ist von den aufständischen Proletariern Georgiens eingenommen worden; Georgien wurde zur Sowjetrepublik erklärt.

In Charkow wird der V. Allukrainische Rätekongreß eröffnet.

26. Februar.

In Livorno wird der Kongreß der Allgemeinen Konföderation der Arbeit eröffnet.

27. Februar.

Die Berliner Organisation der Internationale der Kriegsopfer veranstaltete eine Massendemonstration. Es ertönten die Rufe: „Es lebe die Kommunistische Internationale!" „Es lebe Sowjetrußland!"

28. Februar.

In Paris beginnt der Prozeß gegen die Kommunisten, die einer Verschwörung gegen die öffentliche Sicherheit angeklagt werden. Die Beschuldigung hängt mit dem allgemeinen Streik der auf die Maifeier 1920 folgte, zusammen. Es sind dem Gericht übergeben worden: die Mitglieder des Komitees der Kommunistischen Internationale Loriot, Monatte, Souvarine, Monmousseau, die Mitglieder der Kommunistischen Partei Sigrand, Bott, Rabilloud und die Mitglieder der Kommunistischen Sowjetföderation Hanot, Lebourg und Giraud.